

Der Rektor
der
Technischen Hochschule

Stuttgart N,
Seestraße 16

Einschreiben!

Norbert Becker
Katja Nagel

VERFOLGUNG UND ENTRECHTUNG

an der Technischen Hochschule Stuttgart
während der NS-Zeit



belser

VERFOLGUNG UND ENTRECHTUNG

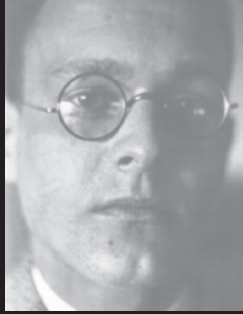
an der Technischen Hochschule Stuttgart
während der NS-Zeit



Name: *Amdolfiger, Fritz* *stud. elect.*

Prüfungsfach	Prüfungsgebühr				Prüfungsfach
	§	Pl.	§	Pl.	
I. Vorprüfung re Mathematik					II. Hauptprüfung 1. Elektrische Meßinstrum und Meßmethoden 2. Konstruktion und Berechnung elektr. Maschinen u. Appa 3. Theorie u. Unterzucht Maschinen und Apparat 4. Elektrische Kraftwerke 5. Elektr. Antriebe u. Beleg 6. Elektrische Bahnen 7. Schwahtromtechnik 8. Elektrochemie 9. Mathematisch schwierige Probleme der Elektrotechnik 10. Radiotechnik

*Original Vorlesungsprotokoll
Bekanntmachung angeschlossen
- Akt. fol. n. 317, 318 u. 411 -*



Leibesübungen
Schule Stuttgart
Schloßstraße 25341
Telefon 2327

Dem Helmut Weiss
dass er als Nichtangehöriger
zu Leibesübungen nicht verpfl.



An die
Geheime Staatspolizei
Leitstelle Stuttgart
Ausländerabteilung
Stuttgart



Vorprüfung

Abschluß:	Nicht bestanden:		Note:
	§	Pl.	
1. Baukonstruktionen	8.34	20	✓
2. Vermessungskunde			5.5
3. Techn. Zeichnen			4.0
4. Techn. Mechanik	8.34	24	4.3
5. Baustofflehre			1.0
6. Bauwesen I			5.7

I. Hauptprüfung	
2. Eisenbetonbau	...
3. Ing.-Hoch- und Ind.-Bau	...
4. Baugeschichte	...
5. Hochbaukunde II	...
6. Städtebau	...
7. Nationalökonomie	...
8. Baupol. und Bodenpol.	...
9. a) Kunstgeschichte oder b) Staats- u. Verw.kunde	...

VERFOLGUNG UND ENTRECHTUNG

an der Technischen Hochschule Stuttgart
während der NS-Zeit

von Norbert Becker und Katja Nagel

im Auftrag des Rektorats der Universität Stuttgart

belser

Gedruckt mit Mitteln der Stiftung der Württembergischen Gesellschaft
zur Förderung der Wissenschaften

Umschlagvorderseite:

Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion verladen um 1944 die Bibliothek
der Materialprüfungsanstalt (Stuttgart, Universitätsarchiv).

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet abrufbar
über <http://www.dnb.ddb.de>.

Lektorat: Sabine Besenfelder, Tübingen

Gestaltung und Produktion: Verlagsbüro Wais & Partner, Stuttgart

Druck und Bindung: Offizin Scheufele, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten

© 2017 Universität Stuttgart, Verlagsbüro Wais & Partner GbR, Stuttgart

Kommission und Vertrieb:

Chr. Belser Gesellschaft für Verlagsgeschäfte GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-7630-2805-4

INHALT

Vorwort	9
Einführung: Fragestellung, Stand der Forschung und Quellen	12
Teil I Hintergründe und Entwicklung der Verfolgungen	
von Norbert Becker	19
1 Die Akteure: Studenten und Professoren	20
1.1 Nationalistische, völkische und nationalsozialistische Studierende	21
1.2 Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB)	25
1.3 Die Rote Studentengruppe	26
1.4 Der Republikanische Studentenbund	29
1.5 Freistudenten	30
1.6 Katholische Studierende	31
1.7 Die Professoren	32
2. Machtübernahme und nationalsozialistische Herrschaft an der Technischen Hochschule Stuttgart	34
2.1 Vorgeschichte	34
2.1.1 Durchsetzung der Listenwahl für den ASTA	34
2.1.2 Kontroverse um den Freiwilligen Arbeitsdienst	36
2.1.3 Agitationen und Pressekampagnen gegen NS-Gegner	37
2.2 Machtübernahme an der Technischen Hochschule Stuttgart	38
2.2.1 Aktionen der Studierenden	38
2.2.2 Rolle der Rektoren	45
2.2.3 Rolle des Dozentenführers	48
2.2.4 Bespitzelung durch Gestapo und Sicherheitsdienst der SS	48
2.2.5 Nationalsozialismus in der Lehre	50
2.2.6 Nationalsozialismus in der Lehre: Arbeitswissenschaften	51
2.2.7 Nationalsozialismus in der Lehre: „Arische Physik“	52
2.2.8 Nationalsozialismus in der Lehre: Architektur und Städtebau	52

3 Die Verfolgung an der Technischen Hochschule Stuttgart	55
3.1 Entlassung und Verdrängung von Professoren, Assistenten und Mitarbeitern	55
3.1.1 Entlassung und Verdrängung von Wissenschaftlern in der Phase der „revolutionären“ Machtübernahme (1933–1934)	55
3.1.2 Entlassung und Verdrängung von Wissenschaftlern nach 1934	61
3.1.3 Anzahl der entlassenen und verdrängten Hochschullehrer im Vergleich zu anderen deutschen Hochschulen	65
3.1.4 Entlassung und Verdrängung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in Technik und Verwaltung	67
3.2 Relegation und Vertreibung kommunistischer und demokratischer Studierender	68
3.3 Vertreibung der jüdischen und sogenannten „nichtarischen“ Studierenden	73
3.3.1 Vertreibungen der jüdischen und der sogenannten „nichtarischen“ Studierenden von 1933 bis 1938	73
3.3.2 Studiensituation der jüdischen und der sogenannten „nichtarischen“ Studierenden	80
3.3.3 Anzahl der rassistisch verfolgten Studierenden	85
3.3.4 Relegation der jüdischen Studierenden am 12. November 1938	86
3.3.5 Das Schicksal der sogenannten „Mischlinge“	90
3.4 Verfolgung nonkonformer Studierender	94
3.5 Repression und Verfolgung der ausländischen Studierender	96
3.6 Aberkennung von Promotionen und Ehrendoktorwürden	100
3.7 Aberkennung von Ehrenbürger- und Ehrensensatorwürden	102
3.8 Zwangsarbeit an der Technischen Hochschule Stuttgart	104
3.8.1 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt	106
3.8.2 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart	108
3.8.3 Zwangsarbeiter am Flugtechnischen Institut/an der Forschungsanstalt Graf Zeppelin	117

4	Dissens und Verweigerung	119
4.1	Studentischer Widerstand der Weißen Rose an der TH Stuttgart?	119
4.2	Gemeinschaft katholischer Studenten der Technischen Hochschule Stuttgart	120
4.3	Dissens in der Architekturabteilung und im Rektorat	120
5	Langfristige Folgen der Vertreibungen für die Betroffenen	122
6	Aufarbeitung der Verfolgungen durch die Technische Hochschule/Universität Stuttgart nach 1945	125
6.1	Das Selbstverständnis der Technischen Hochschule Stuttgart in der Nachkriegszeit	125
6.2	Entnazifizierung der Technischen Hochschule Stuttgart	128
6.3	Kontroverse über die Wiedenzulassung von Korporationen	130
6.4	Wiederaufleben der Disziplinargerichtsbarkeit nach 1945	131
6.5	Mitwirkung der Technischen Hochschule Stuttgart bei den Wiedergutmachungsverfahren	133
6.6	Beginn der wissenschaftlichen Erforschung des NS-Unrechts in den 1980er Jahren	135
6.7	Kontroverse um ein Denkmal für die Widerstandskämpferin Lilo Herrmann 1988	135
6.8	Gedenktafel für die Opfer des NS-Regimes im Jahr 2000 und Gedenkfeier im Februar 2017	136
7	Ein Fazit: Strukturelle Fehler der Technischen Hochschule Stuttgart	138
8	Analyse und Bilanz der Verfolgung: Zusammenfassung der Ergebnisse	141
9	Summary of Results	147

**Teil II Biographien der während der NS-Zeit
an der Technischen Hochschule Stuttgart Verfolgten**

	von Norbert Becker und Katja Nagel	153
1	Biographien A–Z	154
2	Anonyme Schicksale	462

Teil III Anhang	467
1 Abkürzungen	468
2 Tabellen	469
3 Quellen- und Literaturverzeichnis	475
3.1 Quellen in Archiven	475
3.2 Datenbanken	478
3.3 Zeitzeugeninterviews	479
3.4 Autobiographische Aufzeichnungen	479
3.5 Publierte Quellen und Online-Quelleneditionen	479
3.6 Bibliographien	480
3.7 Literatur	480
4 Glossar: Erläuterungen zu Institutionen und Fachbegriffen	490
5 Register	498
5.1 Personenregister	498
5.2 Sachregister	504
5.3 Herkunft, Geburtsorte und Wohnorte der Verfolgten	510
5.4 Exilländer und Exilorte der Verfolgten	512
5.5 Nationalsozialistische Haftorte und Konzentrationslager	513
5.6 Wissenschaftliche Disziplinen und Berufe der Verfolgten	514
5.7 Die Verfolgten nach Status und Tatbeständen	516
6 Abbildungsverzeichnis zu Teil I	518
7 Bildnachweis	518
8 Dank	519
9 Die Autoren	520

VORWORT

Im Februar 1946 fand anlässlich der Wiedereröffnung der Technischen Hochschule Stuttgart ein Festakt statt. Der damalige Rektor Richard Grammel nahm in seiner Festrede auch Stellung zur Rolle der Hochschule im Nationalsozialismus. Wie in dieser Zeit nicht unüblich, sah er die Hochschule selbst als Opfer des sogenannten „Dritten Reiches“. Dabei nahm er die Technische Hochschule Stuttgart und alle ihre Forschenden und Lehrenden vor möglichen Vorwürfen, nationalsozialistisch gewesen zu sein, vehement in Schutz. Richard Grammel trug den Festgästen vor, dass die technischen Hochschulen „ihrem inneren Gefüge nach“ ganz unpolitische Körperschaften seien. Der Ingenieur und Naturwissenschaftler orientiere sich in seinem Tun fernab der Tagespolitik nur an den immerwährenden, ewigen Naturgesetzen. Eine Verbindung zwischen politischem Handeln und der Arbeit in den Ingenieur- und Naturwissenschaften sei nicht gegeben. Fern von aller nationalsozialistischer Ideologie und Agitation könne für die Technische Hochschule Stuttgart eine Verantwortung an Verbrechen, Diktatur und Unrecht gar nicht entstanden sein, so Grammel.¹

Durch die hier vorliegende Studie ist sehr deutlich geworden, dass auch die Technische Hochschule und heutige Universität Stuttgart – die Umbenennung fand 1967 statt – ein Instrument der nationalsozialistischen Herrschaft war. Sehr viele, wenn nicht die meisten Hochschulangehörigen – Studierende, Professoren, Assistentinnen und Assistenten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung – sind begeistert und willig dem NS-Regime gefolgt oder haben mit ihm sympathisiert.

Die Technische Hochschule war vielfach Urheber von Ungerechtigkeit und Verfolgungsmaßnahmen: Professoren, Assistentinnen und Assistenten wurden entlassen, weil sie Juden waren oder jüdische Vorfahren hatten oder weil sie sich als Mitglieder demokratischer Parteien für die Weimarer Republik engagiert hatten. Studierende wurden wegen ihrer politischen Einstellung als Kommunisten oder Demokraten, wegen ihres Engagements für den Frieden und die Völkerverständigung von den Mitstudierenden aus der Hochschule vertrieben, durch die Rektoren von der Hochschule verwiesen, und ihr weiteres Studium in Deutschland wurde unmöglich gemacht. Jüdische Studierende oder Studierende mit jüdischen Vorfahren wurden von ihren Mitstudenten oder den Beamten in der Verwaltung aus der Hochschule gedrängt oder relegiert, von ihren Mitstudenten geschnitten, und sie durften nur räumlich getrennt von den anderen Studierenden in den Laboren arbeiten. Viele, die nicht in das rigide völkische Gesellschaftsbild des Nationalsozialismus passten, mussten auf Veranlassung von Mitstudenten oder der Hochschulleitung ihr Studium aufgeben: Studierende mit psychischen Erkrankungen, Homosexuelle, Ausländer oder Studierende, die – bei welcher Gelegenheit auch immer – mit dem NS-Staat in Konflikt geraten waren. Während des Zweiten Weltkriegs

¹ Ansprachen beim Festakt der Technischen Hochschule Stuttgart zur Feier ihrer Wiedereröffnung am 23. Februar 1946. Stuttgart o. J. [1946], S. 12–14

waren an der Technischen Hochschule Stuttgart mindestens 292 Zwangsarbeiterinnen, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus den von deutschen Truppen besetzten Gebieten in West- und Osteuropa beschäftigt. Institutsdirektoren und Rektoren hatten sich nicht gescheut, diese Menschen mit Hilfe des Gewaltinstrumentariums des NS-Staates in die Arbeit an ihren Forschungsinstituten zu pressen. Viele Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wurden an der Technischen Hochschule Stuttgart menschenunwürdig behandelt. Auch scheute man sich nicht, bei angeblichen Arbeitsvergehen auch deutsche Mitarbeiter in Gestapohaft nehmen zu lassen. Die Technische Hochschule Stuttgart trug auch zur Demütigung und Verfolgung so mancher ihrer Geehrten bei, indem sie ihren Doktoren, Ehrenbürgern und Ehrensensoren, die den NS-Machthabern missliebig waren, die Titel entzog.

Die Universität Stuttgart hat in einem nun abgeschlossenen dreijährigen Forschungsprojekt 442 Personen ermittelt, denen in der NS-Zeit durch die Hochschule Unrecht geschah und die Verfolgung erleiden mussten. Hiervon sind 303 Personen namentlich bekannt. In der vorliegenden Dokumentation schildern die beiden Autoren Norbert Becker und Katja Nagel in verdienstvoller Weise die Umstände der Verfolgungen. Sie beschreiben – soweit dies möglich war – das Schicksal jedes namentlich bekannt gewordenen geschädigten Mitgliedes der Technischen Hochschule und halten fest, welche Auswirkungen das hier erlittene Unrecht auf den weiteren Lebensweg hatte. Da die Akten und Unterlagen der Technischen Hochschule Stuttgart im Jahr 1944 bei Bombenangriffen verbrannten, ist nicht auszuschließen, dass es noch weitere Schicksale gibt. Es ist sogar wahrscheinlich, dass die Dunkelziffer sehr groß ist.

Die derzeitigen Studierenden dürften nun mindestens der dritten Generation angehören, die nach dem Ende der NS-Herrschaft geboren wurde. Mehr als 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs leben nur noch wenige Zeitzeugen oder Opfer des NS-Unrechts. Warum erinnert die Universität Stuttgart also zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch an ihre Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus? Die Universität Stuttgart möchte allen Studierenden eine Bildung ermöglichen, die eben nicht eine reine oder neutrale Wissenschaft ist – eine „unpolitische“ Wissenschaft, wie man sie sich in der Nachkriegszeit gewünscht hat, gibt es nicht. Wissenschaft ist immer mit der Verantwortung für die Gesellschaft verbunden. Sie verlangt – und dies gilt gerade für unsere Zeit der Globalisierung – eine Atmosphäre von Toleranz und Mitmenschlichkeit. Rechtsstaat und Wissenschaftsfreiheit gehören zusammen, beide sind nicht durch die stille Arbeit in Laboren oder vor Versuchseinrichtungen von selbst entstanden. Rechtsstaat und Wissenschaftsfreiheit sind erstritten worden durch demokratisches, politisches Engagement.

Bei der Gründung der Bundesrepublik haben die Verfasser des Grundgesetzes mit der Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur in Artikel 1 nicht nur die Würde des Menschen als zentralen Wert unseres Staates festgelegt, sondern auch gleich in Artikel 5 die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre als Grundrecht, also als fundamentale Grundlage unserer Gesellschaft definiert. Indem wir der Verfolgten der NS-Diktatur gedenken, wollen wir diese Mitglieder unserer Hochschule nicht nur ehren, sondern auch auf die Gefährdungen aufmerksam machen, die der Wissenschaftsfreiheit, der

freien Lehre und der ungebundenen Forschung auch heute stets drohen. Es wäre naiv, zu denken, dass der derzeitige demokratische Rahmen unserer Universität eine unabänderliche Selbstverständlichkeit ist. Einer international ausgerichteten Universität wie der Universität Stuttgart würden die Grundlagen ihrer Existenz entzogen, sollten in Gesellschaft und Politik wieder die geistige Enge des Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, ein völkisches Gesellschaftsbild, Homophobie oder Intoleranz gegenüber fremden Kulturen vorherrschend werden.

Der Blick in die Vergangenheit eröffnet somit die Perspektive in die Zukunft: Wissenschaftlicher Fortschritt und die Lebendigkeit in Forschung und Lehre an den Universitäten ist nur denkbar durch die persönliche und geistige Freiheit ihrer Mitglieder, mit der Akzeptanz von kultureller Vielfalt, mit der Toleranz gegenüber vermeintlichen Abweichungen von Normen und in einer Atmosphäre der Weltoffenheit. Die hier vorliegende Dokumentation zur Verfolgung und Entrechtung an der Technischen Hochschule Stuttgart soll im Hinblick auf diese Grundvoraussetzungen einer Universität zu einem offenen, kritischen und daher fruchtbaren Umgang mit der eigenen Geschichte beitragen.

Stuttgart, im Juli 2017

Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. Wolfram Ressel
Rektor der Universität Stuttgart

EINFÜHRUNG: FRAGESTELLUNG, STAND DER FORSCHUNG UND QUELLEN

Die vorliegende Untersuchung enthält die Ergebnisse eines Forschungsprojekts, das im Auftrag des Rektorats der Universität Stuttgart zwischen 2013 und 2016 durch das Universitätsarchiv Stuttgart durchgeführt wurde. Das Projekt hatte zum Ziel, möglichst alle Mitglieder der Hochschule namentlich zu ermitteln, denen während der NS-Zeit von Seiten der damaligen Technischen Hochschule Stuttgart Unrecht, Benachteiligung oder Verfolgung widerfahren ist. Neben der Aufklärung der Einzelschicksale haben wir uns zudem auch zur Aufgabe gemacht, den politischen Kontext, die Hintergründe und Motive der Handelnden sowie insbesondere auch die Auswirkungen der Verfolgungsmaßnahmen auf die einzelnen Opfer aufzuzeigen.

Obwohl das Phänomen durch die jüngere Forschung zur NS-Zeit bekannt war, so war es bei unseren Recherchen doch immer noch überraschend, in welchem starkem Maße die Verfolgungsmaßnahmen von einzelnen interessierten Personen und Personengruppen vor Ort ausgingen. Erschreckend war auch, wie stark mitunter die Zustimmung zum Unrecht oder die Gleichgültigkeit innerhalb der Technischen Hochschule war, die die Grundlage für Vertreibungen und Benachteiligungen bildete. Die Rolle der Gesetzgebung des NS-Staates und die Erlasse und Verordnungen aus Ministerien und Parteidienststellen sollen zwar als Ursachen für das konkrete Unrechtsgeschehen nicht unterschätzt werden. Die hier untersuchten konkreten Verfolgungsfälle zeigen aber, dass die Verantwortlichen bei der Anwendung von Gesetzen und Erlassen einen breiten Ermessensspielraum hatten, den man zugunsten oder eben auch zuungunsten der bedrohten Mitglieder der Hochschule auslegen konnte. Wie schon der Stuttgarter Historiker Professor Johannes H. Voigt nachgewiesen hat,² ist die Behauptung aus den Nachkriegsjahren, man habe lediglich die unumgänglichen Bestimmungen der NS-Machthaber ausgeführt, ansonsten aber die unpolitische, reine Wissenschaft gepflegt, in keiner Weise mehr zu halten.

Als Verfolgung gelten alle Maßnahmen, die dazu führten, dass Studierende aus rassistischen oder ideologischen Gründen von der Hochschule verwiesen oder Wissenschaftler und Mitarbeiter aus denselben Gründen entlassen wurden oder selbst ihre Hochschullaufbahn abbrachen. Ebenso sind die Aberkennungen von Diplom- und Doktorgraden und der Ernennungen zum Ehrenbürger oder zum Ehrensenator aus rassis-

² Voigt, Johannes H.: Universität Stuttgart. Phasen ihrer Geschichte. Stuttgart 1981, bes. S.33–50; ders.: Hitlers Machtantritt und die TH Stuttgart. Ein geschichtlicher Rückblick in fünf Folgen, in: Stuttgarter Uni-Kurier Nr. 11, Febr. 1983, S.1–3: 1. Die Studenten; ebd. Nr. 12, April 1983, S. 6f.: 2. Die Professoren; ebd. Nr. 13, Juni 1983, S. 6f.: 3. Die Architektur; ebd. Nr. 14, Dez. 1983, S. 6f.: 4. Allgemeine Wissenschaften; ebd. Nr. 15, Febr. 1984, S. 5f.: 5. Ingenieurwissenschaften; ders.: Die TH Stuttgart während der Zeit des Nationalsozialismus, in: Von der Verführbarkeit der Naturwissenschaften. Naturwissenschaften und Technik in der Zeit des Nationalsozialismus. Hrsg. v. Martin Stöhr, Frankfurt/Main 1986 (Arnoldshainer Texte, 44), S. 35–58

tischen oder politischen Gründen hinzuzurechnen. Zu den Verfolgten zählen auch die zahlreichen Zwangsarbeiter, die unfreiwillig während des Zweiten Weltkriegs an der Technischen Hochschule Stuttgart arbeiten mussten oder als zunächst freiwillig angeworbene ausländische Arbeitskräfte in das System der Zwangsarbeit gezwungen wurden. In die Liste der Verfolgten wurden auch alle jüdischen bzw. im NS-Staat als jüdisch oder „nichtarisch“ geltenden Studierenden aufgenommen, und zwar auch dann, wenn sie ihr Studium an der Technischen Hochschule Stuttgart (scheinbar) ungestört beenden konnten. Während der Arbeit an dieser Dokumentation haben sich nämlich so viele Zeugnisse gefunden, die eine systematische Ausgrenzung dieser Studierenden bezeugen, dass es unrealistisch wäre anzunehmen, nicht alle jüdischen bzw. „nichtarischen“ Studierenden seien von den Diskriminierungen betroffen gewesen.

Die erste Liste von deutschen Hochschullehrern, die von den Nationalsozialisten aus rassistischen oder politischen Gründen entlassen wurden, erschien schon 1936 in London.³ Ob das Ziel der Herausgeber, den Amtsenthobenen hierdurch neue Arbeitsstellen zu verschaffen, in Anbetracht der Aktivitäten der Gestapo vielleicht etwas naiv war, sei dahingestellt. Jedenfalls übernahm die Gestapo aus diesem Verzeichnis die Daten der Betroffenen sofort in ihre Karteien, um diese Regimegegner gleich zentral zu erfassen.⁴ In der Nachkriegszeit wurden die ersten Forschungsarbeiten zur Verfolgung an deutschen Universitäten und technischen Hochschulen von der Frage bestimmt, in welchem Maße die Entlassungen und Vertreibungen jüdischer und regimekritischer Hochschullehrer die deutsche Wissenschaft geschädigt haben. Die Emigration, mit der ein in seiner Bedeutung nicht hoch genug zu bewertender Wissenstransfer vor allem in die USA einherging, war das Phänomen, das im Fokus der wissenschaftsgeschichtlichen Darstellungen lag. Aus dieser Perspektive, die das Schicksal der Wissenschaftler im Blick hatte, wurden Statistiken über die Entlassungen vor allem von Professoren und habilitierten Dozenten erstellt, die jedoch trotz der Einschränkung auf diesen Personenkreis aufschlussreiche Vergleiche zwischen dem Verfolgungsgeschehen an den einzelnen Universitäten und Hochschultypen erlaubten. Im Jahr 2007 erschien eine umfassende Untersuchung von Michael Grüttner und Sven Kinas,⁵ in der nun insbesondere aufgrund lokaler Einzelstudien präziser als in früheren Darstellungen valide Daten ermittelt werden konnten. Demzufolge wurden in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft im Durchschnitt etwa 19,3 Prozent der Hochschullehrer an deutschen Universitäten entlassen – davon etwa vier Fünftel, weil sie Juden waren oder nach der nationalsozialistischen Rassenlehre als Juden galten, und ein Fünftel, weil sie politische Gegner des NS-Regimes waren. An technischen Hochschulen war der Anteil der Entlassenen mit 10 bis 11 Prozent etwas niedriger. In Stuttgart – dies sei vorweggenommen – betrug der Anteil der amtsenthobenen und verdrängten Professoren 10,9 Prozent. Die Quote bei den entlassenen und verdrängten nichthabilitierten Assistenten lag hier für

³ Schwartz, List of displaced German scholars; Strauss/Buddensieg/Düwell, Emigration

⁴ Siehe die Karteikarten im BA Berlin R 58/9581 bis R 58/9641.

⁵ Grüttner/Kinas, Vertreibung

den Zeitraum von 1933 bis 1934 bei mindestens 8,6 Prozent (siehe hierzu ausführlicher Kapitel 3.1 und Tabelle 1 im Anhang).⁶

Es ist schwierig, den Anteil der Verfolgten unter der Gruppe der nichthabilitierten Assistenten zu ermitteln. Viele dieser Fälle bleiben unbekannt, weil das formale Verfahren, einen zeitlich befristet beschäftigten Assistenten nicht mehr weiterzubeschäftigen oder spontan zu entlassen, einen weitaus geringeren bürokratischen Aufwand bedeutete, als der Verwaltungsvorgang, einen auf Lebenszeit beamteten Professor vorzeitig in den Ruhestand zu versetzen. Auch die Schicksale der Hilfskräfte und sogenannten „Privatassistenten“ d. h. der wissenschaftlichen Mitarbeiter, die aus Drittmitteln bezahlt wurden und deren Stellen daher oftmals – so auch an der TH Stuttgart⁷ – nicht von der Hochschulverwaltung erfasst waren, lassen sich nur schwer ermitteln. Die Universität Stuttgart bietet zudem ein unrühmliches Beispiel dafür, dass in der lokalen Erinnerungskultur der Nachkriegsjahrzehnte zumeist nur der in der universitären Hierarchie höher gestellten Professoren gedacht wurde, während die Entlassungsfälle bei den ohnehin nur kurzfristig beschäftigten Assistenten schnell vergessen waren oder allenfalls in den Lebenserinnerungen ihrer ehemals vorgesetzten Professoren aufscheinen.⁸ Die Annahme, dass nach Mitte der 1930er Jahre in der Regel nur noch linientreue Personen angestellt wurden und es daher in der Gruppe der nichthabilitierten Assistenten wohl kaum noch zu politisch motivierten Entlassungen oder Verdrängungen kam, sodass die Assistenten bei der Erfassung des Anteils verdrängter Wissenschaftler nicht mehr berücksichtigt werden brauchen,⁹ hat sich zumindest für Stuttgart als nicht zutreffend erwiesen. Hier fanden Verdrängungen von Assistenten, die sich den ideologischen Anforderungen des Regimes nicht beugen wollten, noch bis Ende der 1930er Jahre statt.

Mitte der 1990er Jahre erschien die Monographie Michael Grüttners über die „Studenten im Dritten Reich“, in der auch die Verfolgungen in dieser Gruppe eingehend behandelt werden.¹⁰ An der TH Stuttgart – dies sei hier ebenfalls schon als Ergebnis vorweggenommen – kamen zwischen 1933 und 1945 etwa 1,5 bis 2 Prozent der Studierenden aus rassistischen oder politischen Gründen in eine prekäre Situation oder wurden aus diesen Gründen sogar relegiert (siehe Kapitel 3.2 bis 3.5). Nicht einberechnet in diesen Wert sind die zahlreichen ausländischen Studierenden vor allem aus den mit dem Deutschen Reich verbündeten Staaten, die teilweise bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges und bis in die ersten Nachkriegsjahre hier studierten und als Ausländer

6 Alle Zahlen für die Technische Hochschule Stuttgart einschließlich der angegliederten Forschungsanstalt Graf Zeppelin (FGZ) und des Forschungsinstituts für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS). Die Verfolgungsfälle am Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) für Metallforschung sind nur berücksichtigt, wenn die Betroffenen als Dozenten oder Studierende mit der TH Stuttgart verbunden waren. Zu den aus rassistischen oder politischen Motiven Verfolgten am KWI für Metallforschung siehe Maier, *Forschung als Waffe* S. 1094 f.

7 UAST 41/4a Bl. 330 (siehe Abb. 3)

8 Die von Johannes H. Voigt, Universität Stuttgart S. 35 f. behandelte Gruppe von vertriebenen Stuttgarter Wissenschaftler umfasst sieben Professoren und nur einen Assistenten, dessen Fall in den Lebenserinnerungen des damaligen Professors Paul Bonatz erwähnt wird.

9 So Grüttner/Kinas, *Vertreibung* S. 129, 131

10 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*

in der Regel misstrauisch behandelt und zum Teil zur Aufgabe des Studiums gedrängt wurden (Kapitel 3.5).

Ein weiterer Schwerpunkt der universitätsgeschichtlichen Forschung im Bereich der nationalsozialistischen Verfolgung in den 1990er Jahren wurde die Untersuchung der Aberkennung von Doktorgraden. Für die Technische Hochschule Stuttgart konnten drei Fälle der ideologisch bzw. rassistisch motivierten Aberkennung von Promotionen ermittelt werden (Kapitel 3.6). Mangels Quellen wissen wir nicht, ob und in welcher Zahl auch Ehrendoktorwürden aberkannt wurden. Einen guten Einblick haben wir dagegen in die Fälle der rassistisch oder politisch motivierten Aberkennung von Ehrenbürger- und Ehrensensoren-Ernennungen (Kapitel 3.7).

Im Zuge der Entschädigung von osteuropäischen Zwangsarbeitern durch die Bundesrepublik Deutschland geriet schließlich Ende der 1990er Jahre auch die Tatsache ins Bewusstsein, dass Zwangsarbeiter auch von Universitäten und technischen Hochschulen angefordert und zur Arbeit in deren Einrichtungen und Instituten gezwungen worden waren. Die Zahl der bis jetzt ermittelten Zwangsarbeiter der TH Stuttgart beträgt 292 (Kapitel 3.8).

Um die Unrechtsmaßnahmen, die an den Hochschulen und Universitäten nach Beginn der NS-Herrschaft geschahen, zu erklären und die Verursacher, die Hintergründe und Motive ihrer Taten zu ermitteln, standen in der Forschung der Nachkriegsjahrzehnte vor allem die Unterlagen aus den Hochschulen selbst und aus den vorgesetzten Ministerien zur Verfügung, ergänzt durch vereinzelte schriftlich niedergelegte oder publizierte Lebenserinnerungen und Zeitzeugeninterviews. Im Wesentlichen folgte die Forschung formaljuristischen Texten in Personal- und Ministerialakten, dem Wortlaut von Gesetzen und Erlassen, dem Schrifttum der Täter. Dass diese normativen Quellen nicht unbedingt zu einer schlüssigen Rekonstruktion des tatsächlichen Geschehens tauglich sind, haben schon die Aussagen in Zeitzeugeninterviews gezeigt, die der Verfasser in den Jahren um 2000 mit noch lebenden Alumni – darunter zwei ehemalige NS-Studentenführer – führen konnte. In unserer Untersuchung haben dann weitere Einzelfälle deutlich gemacht, dass Unrecht sogar über die in Verordnungen und Erlassen geforderten Bestimmungen hinaus ausgeübt wurde oder – im Gegenteil – Unrechtsmaßnahmen entgegen der einschlägigen Verordnungen unterlassen wurden.

Dieser erweiterte Einblick in das Geschehen konnte deshalb gewonnen werden, weil inzwischen in viel größerem Maß, als dies der frühen universitätsgeschichtlichen Forschung möglich war, bisher kaum von der Forschung genutzte Quellengruppen eingesehen werden konnten. So bilden eine Hauptquelle für diese Untersuchung die Aussagen und Feststellungen in den Entnazifizierungsverfahren (Spruchkammerakten), denen sich die Mitglieder der Hochschule, sofern sie der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen beigetreten waren, nach 1945 stellen mussten, sowie die Einzelfallakten der Landesämter für Wiedergutmachung, in denen die Verfolgten ab den 1950er Jahren zu Wort kamen und in denen sie die Umstände ihrer Entlassung oder Relegation schildern konnten. Beide Aktengruppen sind überhaupt erst durch die großen Erschließungsprojekte des Staatsarchivs Ludwigsburg, die zwischen 1996 und 2006 durchgeführt wurden, in Form und Umfang für diese Untersuchung zugänglich geworden. Zudem laufen zurzeit

die Fristen zum Schutz der Persönlichkeitsrechte kontinuierlich aus, sodass diese beiden Aktengruppen nun auch umfassender als in den vergangenen Jahrzehnten für die historische Forschung nutzbar sind. Die hier gefundenen Aussagen sind zentral für die Rekonstruktion des konkreten Verfolgungsgeschehens und für die Sicht der Opfer auf diese Vorgänge.

Gegenüber der älteren Forschung von Vorteil und ebenfalls ganz zentral für unsere Recherchen waren die Möglichkeiten, die nun Datenbanken und das Internet für die Informationsbeschaffung bieten. So konnte – um nur ein Beispiel zu nennen – die sogenannte „Residentenliste“ des Bundesarchivs genutzt werden, eine Datenbank, die aus mehr als 1000 Publikationen, Archivquellen und lokalen Datenbanken Informationen zu den Schicksalen von über 600 000 jüdischen Personen zusammenführt, die zwischen 1933 und 1945 im Deutschen Reich ansässig waren.¹¹ Schließlich bietet das Internet, erschlossen u. a. durch die Suchmaschinen Google und Google Books, zahlreiche Informationen zu den weiteren Lebenswegen der Verfolgten. Die Internet-Recherche ermöglichte es nun auch, die Kinder und Enkel zahlreicher Verfolgter zu ermitteln. Von ihnen erhielten wir viele weitere Informationen zu den Verfolgungsvorgängen sowie Dokumente aus den Familiennachlässen.

Obwohl wir systematisch die einschlägigen Quellen nach den Verfolgten der Technischen Hochschule Stuttgart durchsucht haben, ist es nicht nur wahrscheinlich, sondern fast schon sicher, dass in Zukunft weitere, bisher noch unentdeckte Fälle bekannt werden. Wenn jüdischen Studierenden im Studentensekretariat der Technischen Hochschule die Einschreibung oder die Rückmeldung einfach verwehrt wurde, oder wenn Assistenten aufgrund ihrer ablehnenden Haltung zum Nationalsozialismus die ansonsten übliche Verlängerung ihrer befristeten Anstellung nicht erhielten, entstanden über diese Vorgänge keine Dokumente, die der Historiker später in den Akten finden könnte. Nur die Zeugenaussagen in Entnazifizierungsprozessen, in den Akten der Wiedergutmachungsämter oder die Lebenserinnerungen der Beteiligten sind hierfür Quellen, die allerdings nur punktuelle und eher zufällig überlieferte Informationen bieten. Auch hat sich nur etwa ein Fünftel der Studentenkartei aus dem Zeitraum von 1935 bis 1944 erhalten, aus der die Namen der jüdischen Studierenden zu erfahren waren und Hinweise auf die politisch missliebigen Studierenden entnommen werden konnten. Da zudem 1944 bei Bombenangriffen alle Personalakten und fast alle Studentenakten der Technischen Hochschule Stuttgart verbrannt sind, war die Möglichkeit einer systematischen Suche nach Verfolgungsfällen in den eigenen Akten nicht gegeben, zumal – was einige Beispiele aus den Studentenakten zeigen – der Verfolgungstatbestand aus diesen Unterlagen mitunter auch nicht ersichtlich wäre. Schließlich kennen wir in der Regel nur die Namen derjenigen Zwangsarbeiter, die bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges vor Ort waren und zu diesem Zeitpunkt von den Kommunen in den heute einsehbaren „Ausländerlisten“ zu erfassen waren. Diejenigen, die nur zwischenzeitlich an den Instituten der TH beschäftigt wurden, sind uns daher zumeist nicht bekannt. Eine Ausnahme hiervon

¹¹ BA Berlin: Residentenliste. Die Liste der jüdischen Einwohner im Deutschen Reich 1933–1945. 7. Aufl. Stand: 29.11.2013

bilden die Zwangsarbeiter des Forschungsinstituts für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS), deren Namen und Beschäftigungszeiten wir fast alle durch die erhaltene Lohnkartei kennen. Zahl und Namen der Kriegsgefangenen jedoch, die ebenfalls am FKFS und womöglich auch an anderen Instituten der Technischen Hochschule Stuttgart zur Arbeit gezwungen wurden, sind uns mit wenigen Ausnahmen nicht bekannt. Denn die schriftlichen Dokumente zu ihrer Verwaltung bzw. zu ihrem Arbeits-einsatz sind im Wesentlichen bei der Wehrmacht entstanden, weshalb sich ihre Anwesenheit bzw. Tätigkeit an der Technischen Hochschule, wenn überhaupt, so nur zufällig in den erhaltenen Dokumenten hat niedergeschlagen können. Die hier erstellte Liste der Verfolgten der Technischen Hochschule Stuttgart strebt zwar Vollständigkeit an. Diese ist aber aufgrund der geschilderten Quellenlage mit Sicherheit nicht zu erreichen.

Die vorliegende Dokumentation besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil werden die Voraussetzungen der Verfolgungsmaßnahmen und die handelnden Gruppen mit ihren Motiven und ideologischen Einstellungen behandelt und das Geschehen selbst im Kontext der Gesetze und Verordnungen sowie im Vergleich zu den Vorgängen an anderen Hochschulen beschrieben. Es werden Handlungsspielräume und Strukturen der Hochschule sichtbar, die die Unrechtsmaßnahmen begünstigten oder Verfolgungsmaßnahmen auch einschränken oder verhindern konnten. Wie die Hochschulleitung und die Hochschulverwaltung in der Nachkriegszeit mit der Teilhabe am NS-Unrechtssystem umgegangen ist, ist abschließend Gegenstand dieser Untersuchung. Hier steht die Frage im Vordergrund, welche Grundhaltungen und Verhaltensmuster aus der NS-Zeit bis in die Nachkriegsjahrzehnte wirksam blieben und mit welchen Traditionen gebrochen wurde.

Im zweiten Teil, einer Liste aller Opfer, möchten wir den verfolgten Mitgliedern der Hochschule ein Gesicht geben. Ihre Namen werden genannt, wenn dies der Schutz der Persönlichkeitsrechte zulässt. Soweit dies bei der großen Zahl von 442 Verfolgten möglich war, wird jede Person mit einer kurzen Biographie gewürdigt. Etwa 100 Fälle sind anonymisiert, weil die betroffenen Personen noch leben könnten, gesetzliche Schutzfristen dies gebieten oder weil die Nennung der Namen von den Nachfahren nicht gewünscht war. Beim Kontakt mit einem in der NS-Zeit betroffenen Studenten wurde schnell klar, dass er seine Relegation im Jahr 1938 nicht mehr zur Sprache bringen wollte. Auch wenn er schon lange verstorben ist und alle gesetzlichen Sperrfristen für diesen Fall abgelaufen sind, respektieren wir diese Entscheidung und nehmen seinen Fall ebenfalls nur in anonymisierter Form auf.

Zu beachten ist, dass die biographischen Texte auf die Umstände und Auswirkungen der Verfolgung abzielen. Wichtige Lebensbereiche der Betroffenen wie etwa die Familiengründung werden bewusst ausgespart, die wissenschaftlichen Arbeiten nur kurz behandelt. Hierdurch mag sich in manchen Fällen – bei denen vielleicht eine ausführlichere Darstellung des wissenschaftlichen und persönlichen Lebenswerkes erwartet wird – der Eindruck einer einseitigen oder verkürzten Biographie einstellen. Der Fokus der biographischen Texte liegt jedoch auf den Vorgängen an der Technischen Hochschule Stuttgart, deren Rolle im Verfolgungsgeschehen gerade auch durch die Schilderung der Einzelfälle geklärt werden soll.

Einführung: Fragestellung, Stand der Forschung und Quellen

Nicht Gegenstand dieser Untersuchung sind die Verbindungen der TH Stuttgart mit dem NS-Regime und der NS-Ideologie, die auf dem Gebiet der Rüstungs- und Autarkieforschung oder durch die Beteiligung an prestigeträchtigen Großprojekten wie dem Bau der Reichsautobahn entstanden sind. Die Mitwirkung hieran und die dabei geknüpften Personennetzwerke haben in einigen Wissenschaftsbereichen noch bis Anfang der 1960er Jahre die Forschungsschwerpunkte der Hochschule sowie die Berufungen von Professoren mitbestimmt. Für einige Disziplinen sind die wehrtechnischen Arbeiten an der TH Stuttgart und die Rolle einzelner Professoren in der Wissenschaftsorganisation des NS-Staates bereits gut erforscht,¹² eine umfassende Darstellung muss aber einem eigenen Projekt vorbehalten bleiben.

Das Zeichen ↗ verweist jeweils auf die biographischen Artikel im 2. Teil des Buchs.

12 Maier, Forschung als Waffe; ders.: Dreistoffsysteme; 75 Jahre FKFS – Ein Rückblick; 75 Jahre FKFS. Forschung 1930–2005; Elsässer, Forschungsmotor; Ditchen, Beteiligung; ders.: Ein Fall der Entnazifizierung in Stuttgart; ders.: Otto Graf.; Kleinmanns/Weber, Fritz Leonhardt 1909–1999; Dörner, Drei Welten; Voigt/Bresan, Paul Bonatz

e: *Andelfinger*

Prüfungsfach
Vorprüfung
e Mathematik

Prüfungsg...

<i>M</i>	Pf.	<i>M</i>	
----------	-----	----------	--

sonnen Vorlesung
Bewertung

**TEIL I
HINTERGRÜNDE UND ENTWICKLUNG
DER VERFOLGUNGEN**

von Norbert Becker

- Katt fol. n. 31.7

1 DIE AKTEURE: STUDENTEN UND PROFESSOREN

Darstellungen über die Verfolgungen an Universitäten und Hochschulen in der Zeit des Nationalsozialismus orientieren sich häufig an der Abfolge der Gesetze und Verordnungen, die die Grundlage für Entlassungen von Professoren und Mitarbeitern oder Relegationen von Studierenden waren. Hier soll von diesem Zugang zum Thema abgewichen werden, weil sich gezeigt hat, dass vielfach sowohl der Ausschluss von Studierenden als auch die Verdrängung von Professoren und Assistenten ohne eigentliche Rechtsgrundlage erfolgte. Es waren vielfach die Aktionen der nationalistischen und nationalsozialistischen Studierenden, die – schon seit Beginn der 1930er Jahre dominierten sie den ASTA – bei den Verdrängungen nun die alte Feindschaft zu den Vertretern der demokratischen und kommunistischen Studentengruppen und den unliebsamen oder „nichtarischen“ Professoren und Assistenten ausleben konnten. Schon vor 1933 hatten sie belastendes Material zu ihren politischen Gegnern gesammelt, das nun den Verfolgungsorganen des NS-Staates zur Verfügung stand.¹³ Eine Darstellung nach der Abfolge der einschlägigen nationalsozialistischen Gesetze suggeriert, dass die Verfolgungen auf Initiative der Reichsregierung oder der nationalsozialistischen Länderregierungen erfolgt seien – infolge von Gesetzen, die vor Ort lediglich durch das Verwaltungspersonal ausgeführt wurden. Im Kontext der oben genannten alten Konflikte zwischen Nationalsozialisten und ihren Gegnern erscheinen die einschlägigen Gesetze, wie zum Beispiel das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933, das die formaljuristische Grundlage für die Entlassung von politisch linken und jüdischen Professoren und Assistenten bildete, jedoch vielmehr als eine Reaktion auf die Forderungen der nun unruhigen und auf Taten drängenden Anhänger der NSDAP. So sind die Erlasse des Württembergischen Kultministeriums, in denen die oppositionellen Studentengruppen verboten (23. März 1933) oder die Relegation von kommunistischen Studierenden angeordnet (8. Juli 1933) wurden, nur ministerielle Reaktionen auf längst geforderte und auch bereits praktizierte Aktionen der nationalistischen Studierenden, deren Euphorie über die im Reich und an den Hochschulen errungene Macht tunlichst nichts entgegenzusetzen war, wollten die neuen Machthaber ihre eigene Position innerhalb der nationalsozialistischen „Bewegung“ nicht schwächen.

Im Folgenden soll daher zunächst die politische und weltanschauliche Haltung der Studierenden dargestellt werden, aufgrund derer die Unrechtsmaßnahmen der NS-Zeit durchgeführt werden konnten. Soweit noch Informationen über sie zu erhalten waren, werden auch die oppositionellen oder nicht-konformen Studentengruppen an der Technischen Hochschule Stuttgart kurz behandelt.

13 Siehe die Karteien der Regimegegner, die die Gestapo in Württemberg angelegt hat und in denen u. a. Einzelheiten über die kommunistischen und linken Studierenden gesammelt wurden: BA Berlin R 58/9581 bis R 58/9641.

1.1 Nationalistische, völkische und nationalsozialistische Studierende

Zu Beginn der 1920er Jahre, als die Teilnehmer des Ersten Weltkriegs und mit ihnen viele Pazifisten die Hochschulen weitgehend verlassen hatten, breitete sich unter den deutschen Studierenden eine aggressive nationalistische Grundhaltung aus. Die Mehrheit der Studierenden hing völkisch-irrationalen Gedankengut an und duldet oder vertrat antisemitische Einstellungen. Im völkisch-antisemitischen „Deutschen Hochschulring“ organisierten sich seit 1920 Korporationen, aber auch ein Teil der Freistudenten. Die Demokratie von Weimar wurde mehrheitlich abgelehnt.¹⁴ In der späteren Rechtfertigung Heinz Schaates, der von 1935 bis 1939 an der Technischen Hochschule Stuttgart Bauingenieurwesen studierte, ist exemplarisch die Sozialisation eines deutschen Jugendlichen zu diesen völkisch-antidemokratischen Anschauungen prägnant beschrieben. Die hier geschilderten Folgen einer deutschnationalen Erziehung dürften für die meisten Studenten dieser Zeit zutreffen:

In der Schule und im Elternhaus sind wir zu gewissen Idealen erzogen worden. Die Liebe zu Deutschland wurde geweckt, man lernte aus der Geschichte große Deutsche, große Feldherrn kennen, fast der gesamte Geschichtsunterricht war ein Auswendiglernen von Zahlen und Namen, die meisten davon bezogen sich auf Kriege. Man hat uns schon damals unter einer demokratischen Republik die ersten Tropfen des Giftes eines Militarismus' eingeträufelt. Man hat uns von der berüchtigten Dolchstoßlegende am Ende des Weltkrieges erzählt; man hat uns systematisch dazu erzogen, die anderen Nationen nicht zu achten, weil sie uns unterdrückten. Man hat uns in der Schule so erzogen, dass sich die Jugend unbedingt für das Soldatische begeistern musste.¹⁵

In den Korporationen wurden nun die nationalistischen und antidemokratischen Grundeinstellungen der jungen Männer unter deutlichem Konformitätsdruck in ritualisierten Formen eingeübt und verstärkt. Die jungen Studenten, im schwebenden Übergang in die Erwachsenenwelt noch ohne eigene private oder öffentliche Verantwortung, waren gerade in ihrem Eingebundensein in die Peergroups der Verbindungsstudenten leicht zu beeinflussen. Im Wintersemester 1930/31 gab es an der Technischen Hochschule Stuttgart 30 Verbindungen, in denen ähnlich wie an den anderen deutschen Hochschulen etwa 60 Prozent der Studierenden Mitglieder waren.¹⁶ Der Einfluss, der hier auf die

¹⁴ Schwarz, Studenten in der Weimarer Republik S.168–174, 395f., 401f.; Kater, Studentenschaft und Rechtsradikalismus S.19–23; Faust, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund, Bd. 1 S.128–152; Bleuel/Klinnert, Deutsche Studentenschaft S.79–215. Zu den lokalen Verhältnissen an der TH Hannover: Schröder, Nationalismus S.33–85

¹⁵ StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 62037 Bl.18 (Schreiben Heinz Schaates an die Spruchkammer Stuttgart v. 15.03.1947)

¹⁶ Der Anteil der korporierten Studenten an der Gesamtzahl der Stuttgarter Studierenden lässt sich für den Anfang der 1930er Jahre nicht genau ermitteln. Einen Anhaltspunkt gibt jedoch die Liste der Stuttgarter Korporationen vom Wintersemester 1930/31 (in: Doeberl, Das Akademische Deutschland, Bd. 2, S.1017–1024) mit Zahlenangaben zu den aktiven und inaktiven Mitgliedern jeder Korporation. Da für drei Stuttgarter Korporationen keine solche Zahlen genannt sind und in

jungen Studenten ausgeübt wurde bzw. ausgeübt werden konnte, war daher erheblich. So schreibt der Stuttgarter Student und spätere Manager bei Daimler Benz und MTU (Motoren- und Turbinen-Union München) Bruno Eckert in seinen Lebenserinnerungen:

Wenn Ihr mich fragt, wo ich damals stand, so muß ich antworten, daß ich zu Beginn des Dritten Reiches positiv eingestellt war. Mein „Weltbild“ war von zwei Institutionen, dem Dachverband meiner Korporation, dem CV (Cartellverband farbentragender, katholischer Studentenverbindungen), und den Empfehlungen des deutschen Episkopates geprägt. Beide haben sich geirrt.¹⁷

Die jährlichen Reichsgründungs- und Sonnenwendfeiern am Stuttgarter Bismarckturm verbanden patriotische Reichsverherrlichung mit emotional aufgeladenen, antirationalen und religionsähnlichen Ritualen und nahmen damit die späteren Inszenierungen der nationalsozialistischen nächtlichen Massenveranstaltungen vorweg. Das Minderwertigkeitsgefühl, das sich an einem durch das „Diktat“ des Versailler Vertrages angeblich geschwächten und gedemütigten Vaterland festmachte, wurde in den Verbindungen wachgehalten. So – um nur ein Beispiel unter vielen zu nennen – ließen sich die Mitglieder des Corps Catena im Sommer 1931 mahnen, „zu unserem Teil alles zu tun, um unserem geliebten Vaterland wieder zur Macht und zur Weltgeltung zu verhelfen“.¹⁸ Es verwundert daher nicht, dass 1933 – beim vermeintlich großen Aufbruch der Nation – die Verbindungsstudenten geschlossen in die NSDAP oder in die SA eintraten und Beschlüsse der Korporations-Gremien hierzu bezeugt sind.¹⁹

Für den Nationalismus wie für das Verbindungswesen konstitutiv waren die Identifikation mit der selbstdefinierten Gemeinschaft und im daraus folgenden Umkehrschluss die Konfrontation mit anderen Gruppen. Die Deutschtumsideologie, emotional durch ein dem Versailler Friedensvertrag geschuldetes Minderwertigkeitsgefühl hoch aufgeladen, hatte einen Volksstaat als Ideal vor Augen, in dem für die sogenannten „fremd-

der Liste viele inaktive Mitglieder mitgezählt wurden, die längst exmatrikuliert waren, kann man nur ungenau und mit Hilfe einer Hochrechnung die Zahl von ca. 1100 aktiven korporierten Studenten im Wintersemester 1930/31 ansetzen. Bei abs. 1867 Studierenden im Wintersemester 1930/31 (Quelle: UAST 17/36) sind dies ca. 59 Prozent. Zu den Zahlen der korporierten Studenten an den Hochschulen im Deutschen Reich siehe Kater, Studentenschaft S. 24.

17 Eckert, Erinnerungen (UAST 72/18) S. 55

18 UAST Z 101 (Corps Catena im RSC Stuttgart. 44. Rundschreiben vom 30. Juli 1931)

19 Einige Beispiele: Landsmannschaft Borussia: StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 50117 Bl. 5; ebd. EL 902/16 Bü 1002 Bl. 7; Burschenschaft Ulmia: StA Ludwigsburg EL 902/15 Bü 9421 Bl. 37; Deutsche Christliche Studentenvereinigung (D.C.S.V.): StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 82583 Bl. 5; geschlossener Beitritt in die SA; Burschenschaft Hilaritas (Der Convent beschließt am 11. 05. 1933 nach harten Auseinandersetzungen den geschlossenen Beitritt zum NSDStB); 125 Jahre Hilaritas. 100 Jahre Burschenschaft Hilaritas Stuttgart, Stuttgart 1998, S. 46; Corps Rhenania: Geschichte des Corps Rhenania Stuttgart 1859–1994, Stuttgart 1994, S. 200 f.; Akademisch-Wissenschaftliche Verbindung Makaria: Festschrift zur Feier des 100-jährigen Bestehens der Akademisch-Wissenschaftlichen Verbindung Makaria an der Universität Stuttgart 1875–1975, Stuttgart o. Dat. [1975], S. 33; geschlossener Beitritt zu NSDAP und SA; Turnerschaft Westmark: UAST Z 101 (Westmarkzeitung Nr. 3 Dezember 1933, S. 22); Stuttgarter Wingolf: StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 50311 Bl. 8a; Katholische Deutsche Studentenverbindung Der Hohentwiel: StA Ludwigsburg EL 902/25 Bü 8193 Bl. 1a

rassigen“ Gruppen kein Platz war. Sie führte folgerichtig zu rassistischer antisemitischer Ausgrenzung.

Schon in den 1920er Jahren, lange Jahre vor dem Machtantritt der Nationalsozialisten, hatten viele Korporationen das sogenannte „Arierprinzip“ in ihre Satzungen aufgenommen, wonach Juden oder mit Jüdinnen verheiratete Studenten nicht Mitglieder werden durften. Von den 29 Korporationen, in die im Jahr 1932 Studenten der TH Stuttgart eintreten konnten, gehörten mindestens 14 zu Dachverbänden, die schon vor dem Machtantritt der Nationalsozialisten per Satzung die Aufnahme von jüdischen oder mit jüdischen Frauen verheirateten Studenten untersagten. In diesen Korporationen war im Wintersemester 1930/31 ca. ein Viertel der Stuttgarter Studenten organisiert.²⁰ Antisemitismus war unter den Studenten eine diskutabile, aber durchaus zu tolerierende Haltung, wie die Ausgabe der Württembergischen Hochschulzeitung vom November 1931 zeigt, in der mehrere Artikel zum Thema erschienen.²¹ Dass das Lebensbundprinzip der Verbindungen ab 1933 nicht mehr viel galt, zeigen auch die Ausschlüsse von Mitgliedern derjenigen Korporationen, die vor 1933 das „Arierprinzip“ noch abgelehnt hatten.²² Zu der Beobachtung, dass sich antisemitische Haltungen unter den Studierenden der deutschen Hochschulen verstärkten, weil diese die Konkurrenz der jüdischen Kommilitonen bei der Arbeitsplatzsuche fürchteten,²³ lässt sich für Stuttgart mangels Quellen keine Aussage machen.

Rechte und revanchistische politische Anschauungen gingen zudem einher mit Männlichkeitsidealen, die sich vor allem in der Forderung nach Wehrhaftigkeit der Studenten zeigten. Nicht von ungefähr waren es die Studenten, die seit Beginn der 1920er Jahre die Einführung des Sportunterrichts an der TH Stuttgart erfolgreich einforderten. Er war im Grunde für die Wehrrüchtigung gedacht und wurde schon 1925 zu einer Pflichtveranstaltung, die die Studierenden nachweisen mussten, bevor ihnen das Vordiplom erteilt werden konnte.²⁴ Ein überzogener, auf Männlichkeit zielender Ehrbegriff erzwang für die meisten Verbindungsstudenten die Teilnahme an Messuren, also den Zweikämpfen mit Säbeln, bei denen man teils entstellende Schnittwunden im Gesicht („Schmissee“) erhalten oder austeilen konnte. Von den 29 Korporationen an der

20 Liste der Korporationen/Verbindungen siehe Stuttgarter Hochschulführer 1932/33. Stuttgart o.J. [1932], S.111; Das Akademische Deutschland. Berlin 1930–1931, Bd. 2, S. 1017–1024 (Stand v. Nov. 1930). Zu den Beschlüssen der Verbände gegen Aufnahme von sogenannten „Nichtariern“: Kaupp, Burschenschaft und Antisemitismus S. 2 f.; entsprechend zur Deutschen Gildenschaft: Kellershohn, Dienst S. 30 f. Die genannten 14 Stuttgarter Verbindungen waren: Ghibellinia, Alemannia, Hilaritas, Ulmia, Arminia, Saxonia, Germania, Marcomannia, Borussia, Alt-Württemberg, Westmark, Widar, Alania, Hohentwiel.

21 WHZ 32 (1. Nov. 1931)

22 Die Akademische Verbindung Makaria schloss 1935 ihr Mitglied („Alter Herr“) A. H. Rüd aus „wegen seiner Verheiratung mit einer jüdische Frau (gemäß Bestimmungen des Allgemeinen Deutschen Waffenrings)“. UAST 189/64 S. 6 (Mitteilungen des Altherrenverbands und der Aktivitas der Akademischen Verbindung Makaria im S. B. Nr. 26 [Oktober 1935]); zum Ausschluss von sogenannten „Nichtariern“ aus den Corps siehe Schmoeckel, Corps Rhenania S. 201.

23 Siehe hierzu Kater, Studentenschaft S. 145–162

24 Voigt, Universität Stuttgart S. 31 f.

TH Stuttgart im Jahr 1931 waren 24 schlagend, d. h. die Mitglieder konnten oder mussten diese Säbelduelle ausfechten.²⁵

In den Korporationen waren also Wertvorstellungen und Verhaltensregeln eines nationalistischen, chauvinistischen und teilweise antisemitischen Milieus zu erlernen. Dieses Milieu bot mit seinen Kommunikationskonventionen, Hierarchien und Selbstdarstellungsformen den Rahmen für die Vorgespräche und Planungen der Aktionen, die die Diskriminierung und Verfolgung von Mitstudierenden, Assistenten und Professoren zum Ziel hatten.

Allerdings sollte von diesem allgemeinen Bild der Korporationen, ihrer Werte und Gesinnungsanforderungen nicht automatisch auf die Weltanschauung und das Verhalten jedes einzelnen Mitglieds geschlossen werden. Die Diskussionen zur Einführung des „Arierprinzips“ im Jahr 1933 wurden z. T. sehr kontrovers geführt.²⁶ Einzelne Beispiele zeigen auch, dass man auch als Gegner von Nationalismus und NS-Regime Mitglied einer Verbindung sein konnte (→ Paul Stohrer, → Hermann Hoerlin). Gerade im bürgerlichen Milieu, dem die meisten Studierenden entstammten oder dem sie – mit dem Studium als Werkzeug des sozialen Aufstiegs – zustrebten, war die Mitgliedschaft der männlichen Familienvorstände in einer studentischen Korporation vielfach eher eine identitätsstiftende Familientradition als ein politisches Bekenntnis. So blieben während der ganzen NS-Zeit trotz des Verbots der Korporationen und deren Gleichschaltung in Kameradschaften die alten Verbindungen de facto erhalten. Dies zeigt u. a. die sogenannte „Stadtgartenaffäre“: Im Mai 1937 wurde in einem Restaurant am Stadtgarten ein Kabarettist von Korporationsstudenten verprügelt, weil er das Verbindungswesen karikiert hatte. Der daraufhin in der NS-Zeitung *Der Stürmer* erschienene korporationskritische Artikel stieß bei den Stuttgarter Studenten auf starke Kritik. Die Aktion wurde allgemein gebilligt – auch vom Stuttgarter Studentenführer Friedrich Stender – und blieb für die Studentenschaft wie für die unerkannt gebliebenen Täter folgenlos.²⁷ Der letzte Studentenfürher berichtete 1997 im Interview mit dem Verfasser, dass noch Anfang der 1940er Jahre die im NS-Staat verbotenen Mensuren geschlagen wurden.²⁸ So waren die studentischen Korporationen nicht nur Nährboden für die Verfolgungsmaßnahmen, sondern bildeten in späterer Zeit zugleich – jetzt im Gewand der gleichgeschalteten nationalsozialistischen Kameradschaften – ein vom NS-Regime durchaus toleriertes Ventil für mögliche politische Frustrationen der Studierenden.²⁹

Als These sei hier auch formuliert, dass dieses Milieu der Korporationen, das Frauen nicht ernst nahm, und das traditionelle bürgerliche Frauenbild, das den Frauen eine klare Nebenrolle in Politik und Beruf zuwies, möglicherweise auch zur Schonung der

25 Stuttgarter Hochschulführer 1931–32. Stuttgart o. J. [1931], S. 210 f.

26 In der Hilaritas waren es vor allem die „Alten Herren“, die sich gegen den Ausschluss von Freimaurern und Juden einsetzte: StA Ludwigsburg EL 902/15 Bü 20888 Bl. 14.

27 Die „Stadtgartenaffäre“ wird erwähnt in: StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 79473; EL 902/20 Bü 97101 Bl. 42; EL 902/6 Bü 4222 Bl. 13; EL 903/4 Bü 203 Bl. 99 u. 102. Siehe ferner: *Chronik des Corps Stauffia zu Stuttgart*. 2 Bde. Privatdruck 2000, S. 100 f.

28 UAST Z 93: Zeitzeugeninterview mit B.S. 1997

29 Hierzu Grüttner, *Studenten* S. 404–409

weiblichen Regimegegnerinnen beitrugen. Die jüdische Studentin Gertrud Goldschmidt berichtete Anfang der 1980er Jahre im Rückblick: „Ich hab während der Studienzeit nicht ein einziges Mal einen Affront von Seiten der Kollegen oder Professoren erlebt ... Professoren gaben mir immer den Vortritt, wenn ich für Korrekturen von Entwürfen und für Projekte im Arbeitssaal erschien.“³⁰ Etwa 1938/1939 gestattete der damalige Studentenführer der Architekturstudentin ↗ O.R., die als „Mischling ersten Grades“ galt, eine Hilfskraftstelle am Lehrstuhl Hugo Keulerlebers anzunehmen und zudem – was ihr zuvor versagt war – die Mensa zu benutzen.³¹ Der Studentin ↗ F.Z., der vom Studentenführer Karlheinz Herzer Anfang 1943 aus unbekanntem Gründen die weitere Zulassung zum Studium versagt wurde, wurde durch Fürsprache eines Assistenten dann doch die Fortsetzung des Studiums ermöglicht.³² Für eine Tendenz zur Schonung von Studentinnen spricht auch die Beobachtung, dass unter den acht bekannten jüdischen oder „nichtarischen“ Studierenden, die von den Verdrängungen im Jahr 1933 nicht betroffen waren, die Hälfte – also überdurchschnittlich viele – Frauen waren (↗ Józsa Balog-Speemann, ↗ Gertrud Goldschmidt, ↗ Ilse Sahlmann, ↗ Dora Steiner). Allerdings dürften die Hemmungen, das „schwache Geschlecht“ in die Bekämpfung der NS-Gegner miteinzubeziehen, auch nur in der direkten persönlichen Begegnung wirksam geworden sein. Erst wenn weitere ähnliche Fälle bekannt würden, könnte diese These untermauert werden.

1.2 Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB)

Die Erfolge, die der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund Anfang der 1930er Jahre bei den AstA-Wahlen reichsweit, aber auch an der TH Stuttgart verbuchen konnte, gründeten auf diesem oben beschriebenen Nationalismus, dem damit verbundenen Antisemitismus und dem völkischen Gedankengut des großen Teils der Studenten.³³ In Stuttgart wurde im Januar 1929 die Hochschulgruppe des NSDStB gegründet.³⁴ Bei den AstA-Wahlen am 4. März 1932 errangen die Mitglieder des NSDStB 14 der 33 Sitze, im Dezember 1932 25,6 Prozent der Stimmen und 7 der 25 Sitze (28 Prozent). Zusammen mit der Liste der „Völkischen Studenten“, die vor allem von den Korporationen getragen wurde, waren es aber 86 Prozent der Stimmen und 88 Prozent der Sitze,³⁵ die auf rechtsradikale Gruppierungen entfielen. Zu diesem Zeitpunkt hatte man im NSDStB schon längst die Propagierung antibürgerlicher Ressentiments und die grundsätzliche Kritik an den Korporationen aufgegeben, und Mitglieder des NSDStB kandidierten sowohl als ungebundene Studenten wie auch auf den Wahllisten der Korporationen.³⁶

30 Goldschmidt, Gedanken S. 241

31 StA Ludwigsburg EL.902/6 Bü 4222 Bl. 11

32 StA Ludwigsburg EL.902/20 Bü 42688 Bl. 24

33 Grüttner, Studenten S. 25 ff.

34 Schöpfer, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund S. 54

35 Voigt, Hitlers Machtantritt und die TH Stuttgart, in: Stuttgarter Uni-Kurier 11 (Febr. 1983), S. 3; ders.: Universität Stuttgart S. 32 f.; WHZ 49 (15. Dez. 1932) S. 6 f.

36 WHZ 25 (Febr. 1931) S. 5: Artikel „Wählerreform“

Im Wintersemester 1930/31 hatte der NSDStB an der TH Stuttgart 210 Mitglieder.³⁷ Dies waren 10,8 Prozent der männlichen deutschen Studierenden, im Wintersemester 1932/33 waren es 166 Mitglieder (10,4 Prozent).³⁸ Wie an fast allen deutschen Hochschulen waren die Ergebnisse des NSDStB bei den ASTA-Wahlen seit Beginn der 1930er Jahre besser als die der NSDAP bei den Reichstagswahlen, ein Zeichen dafür, dass in der Anfangsphase der NS-Herrschaft die Begeisterung und die Mobilisierung der jungen Generation für die Festigung der NS-Herrschaft und die Verfolgung ihrer Gegner eine wichtige Rolle spielte.

1.3 Die Rote Studentengruppe

Die im vorigen Kapitel geschilderten Wahlerfolge der völkischen und nationalsozialistischen Wahlgemeinschaften machen es verständlich, dass Anfang der 1930er Jahre studentische Gruppen, die eine von der gängigen völkischen und nationalistischen Ideologie abweichende Weltsicht vertraten, etwa kommunistische, pazifistische oder demokratische Ziele verfolgten, von der Mitgliederzahl her marginal blieben. So war die kommunistische Rote Studentengruppe, die als Organisation der KPD anzusehen ist, nicht groß: Im Jahr 1931 umfasste die Gruppe – nicht alle Angehörigen waren Mitglieder der KPD – mindestens 25 Personen.³⁹ Nach den Erinnerungen des ehemaligen Mitglieds ↗ Adolf Butz waren es ca. 40 Personen.⁴⁰ Anlässlich der Ermittlungen gegen ein Mitglied, ↗ Herbert Oßwald, berichtete ein Polizeibeamter von einer „Versammlung (Diskussionsabend)“ der Roten Studentengruppe, die Ende Januar 1933 in einer Stuttgarter Gaststätte stattfand, an der gerade einmal 14 Personen teilnahmen.⁴¹ In einem Bericht des Schriftführers der Stuttgarter Studentenschaft erwähnt dieser „die 5 Anhänger der Roten Studentengruppe“, die die Vollversammlung der Stuttgarter Studierenden am 10. März 1933 verlassen hätten.⁴² Die geringe Zahl kommunistischer Studierender findet eine Erklärung auch in der sozialen Herkunft des Großteils der Studierenden, die in der Mehrheit aus traditionell kommunismusfeindlichen Familien der Mittel- und Oberschicht kamen.⁴³ Zwischen den Mitgliedern der Roten Studentengruppe und den Angehörigen der klassischen kommunistischen Arbeiterschaft dürften – mit dem Ausnahmefall Lilo Herrmanns, wie noch zu zeigen sein wird – kaum persönliche Kontakte bestanden haben.

37 Schöpfer, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund S.56

38 Grüttner, Studenten S.500 Tab.27

39 Letsche, Lilo Herrmann S.68 u. 83 Anm.12 aufgrund einer Erhebung der „Kommunistische Studentenfraktion“ (Kostufra) der KPD vom 15.12.1931: BA Berlin (SAPMO) IfGA ZPA I4/16/1

40 Freundl. Mitteilung von Herrn Lothar Letsche, der Adolf Butz im Jahr 1974 als Zeitzeugen befragt hatte, an den Verfasser v. 29.05.2017 (UASt 202)

41 BA Berlin R3003 Nr. 8J339/33 Bl.13f.

42 BA Berlin NS38/2272 (Wilhelm Bär, Schriftführer der Studentenschaft der Technischen Hochschule Stuttgart an den Vorstand der Deutschen Studentenschaft v. 11.03.1933)

43 Siehe hierzu Kater, Studentenschaft S.25, 36–43.

Die Artikel in „Der braune Student“, der Zeitung der NS-Studenten, zeigen, dass die Mitglieder der Roten Studentengruppe ihren politischen Gegnern durchweg bekannt waren. So kannten auch die württembergische politische Polizei und später die Gestapo dank der Spitzeldienste aus der gegnerischen Studentenschaft die meisten Namen und einige Aktivitäten der Mitglieder, wie Karteien der Gestapo, die heute im Bundesarchiv Berlin zu finden sind,⁴⁴ beweisen.

Der geringen Mitgliederzahl entsprechend erhielten die linken bzw. kommunistischen Studentengruppen bei den AStA-Wahlen auch nur wenige Stimmen. Im März 1932 entfielen auf die antifaschistische Wahlgemeinschaft, in der man auch die kommunistischen Studenten vermuten darf, 2,3 Prozent der Stimmen, im Dezember 1932 auf die „Linke Einheitsfront“ 5,3 Prozent, wodurch immerhin ein Vertreter dieser Liste in den AStA gewählt wurde.⁴⁵

In der nationalistischen Stimmung zu Beginn der 1930er Jahre behielten die Mitglieder der Roten Studentengruppe und der demokratischen Studentengruppierungen einen klaren Blick auf die politischen Ziele der Nationalsozialisten, wie ein Wahlplakat aus der Zeit nach dem 30. Januar 1933 zeigt (Abb. 1).

Viele Mitglieder der kommunistischen Studentengruppe waren neben jüdischen bzw. sogenannten „nichtarischen“ Studierenden die ersten, die nach den Märzahlen 1933 und im Juli 1933 von der Technischen Hochschule Stuttgart vertrieben wurden (↗ Fritz Andelfinger, ↗ Otto Eberwein, ↗ Max Guthert, ↗ Kurt Lingens, ↗ Herbert Oßwald, ↗ Edwin Roth, ↗ Heinz Sieveking, ↗ Paul Stohrer, ↗ Walter Trockels). Die Vollversammlung der Studenten genehmigte am 10. März 1933 einen Antrag des AStA-Vorstandes, die Rote Studentengruppe zu verbieten.⁴⁶ Dies geschah dann durch den württembergischen Kultminister Mergenthaler mit Verordnung vom 23. März 1933.⁴⁷ Zur Geschichte der Roten Studentengruppe gibt es kaum Quellen, da diese zum einen ab 1933 in die Illegalität gezwungen wurde, und ihre Mitglieder zum anderen auch nach Ende der NS-Herrschaft und mit dem beginnenden Ost-West-Gegensatz ihre kommunistische Vergangenheit lieber verschwiegen haben. Selbst bei einiger Distanz zur kommunistischen Ideologie kann man doch mit Recht annehmen, dass es diese Gruppe war, in der bedeutende Persönlichkeiten heranreifen konnten, wie etwa ↗ Kurt Lingens oder ↗ Adolf Butz. Bekannt ist insbesondere Liselotte (Lilo) Herrmann, die bis zum Sommersemester 1931 an der TH Stuttgart Chemie studiert hatte.⁴⁸ Sie ist hier nicht als Verfolgte der TH Stuttgart aufgelistet, weil sie zu Beginn der NS-Zeit als Studentin in Berlin war, dort wegen ihrer Mitgliedschaft in der KPD relegiert wurde und von den Unrechtsmaßnahmen der Technischen Hochschule Stuttgart nicht betroffen war. Lieselotte (Lilo) Herrmann wurde wegen ihrer Widerstandstätigkeit 1938 hingerichtet. Ein Gedenk-

44 BA Berlin R58/9581 bis R58/9641

45 Voigt, Hitlers Machtantritt und die TH Stuttgart, in: Stuttgarter Uni-Kurier11 (Febr. 1983), S.3; ders.: Universität Stuttgart S.32 f.; WHZ 49 (15. Dez. 1932) S. 6 f.

46 BA Berlin NS38/2272 (Wilhelm Bär, Schriftführer der Studentenschaft der Technischen Hochschule Stuttgart an den Vorstand der Deutschen Studentenschaft v. 11.03.1933)

47 Amtsblatt des württembergischen Kultministeriums v. 07.04.1933 S. 25 f.

48 Siehe die Verzeichnisse der Studierenden: UAST10/53 S.62 und 10/54 S.62.

Wir kämpfen

für Gebührenherabsetzung und Staffellung nach sozialen Gesichtspunkten unter gleichzeitiger Einführung einer fachlichen Eignungsprüfung vor Beginn des Studiums,
gegen die materielle und ideelle Aufrüstung zur Wehrhaftmachung der studentischen Jugend,
gegen Werbung und Förderung des Wehrgedankens durch die Hochschule, z. B. durch Einführung eines Lehrstuhls für Wehrwissenschaft,
gegen die reaktionäre Politik der Deutschen Studentenschaft,
gegen ihr unsoziales Verhalten in der Gebührenfrage,
gegen den nationalistischen Mißbrauch der Toten von Langemarck,
gegen die 200prozentige Erhöhung des Beitrags für die Deutsche Studentenschaft,
gegen die Ausnützung der Württembergischen Hochschulzeitung als Sprachrohr für nationalsozialistische Parteipolitik,
gegen die einseitig reaktionären Vorträge und Veranstaltungen der Studentenschaft,
gegen jeglichen Terror an den Hochschulen,
gegen das drohende Verbot der Roten Studentengruppe an der T. H. Stuttgart,
gegen die Arbeitsdienstpflicht.

Wir kämpfen gemeinsam mit der Arbeiterschaft gegen die Regierung Hitler-Papen-Schleicher und gegen eine Politik des Eroberungskriegs und der militärischen Intervention.

Wir fordern alle Kommilitonen auf, die ernsthaft gegen den Faschismus kämpfen wollen, sich unserem überparteilichen Ausschuß anzuschließen.

Der Aktionsausschuß:

für die Rote Studentengruppe	für die Republikanischen Studenten	für die Nichtorganisierten
Edwin Roth	Hans Heinrich Meinecke	Karl Ernst Ruge

Verantwortlich: Hans Heinrich Meinecke — Druck: Schwäbische Tagwacht, beide in Stuttgart

Abb. 1: Wahlaufdruck des „überparteilichen Ausschusses“ aus der Roten Studentengruppe, den Republikanischen Studenten und den Nichtorganisierten vermutlich vom Februar 1933 (28,5 x 22,4 cm.) Quelle: StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 101233

stein, der auf Initiative des Stadtjugendrings und mit Unterstützung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) 1988 im Stuttgarter Stadtgarten beim Campus der Universität Stuttgart aufgestellt wurde, erinnert an ihr Schicksal.⁴⁹ Der notwendigerweise konspirative Charakter des Widerstands gegen das NS-Regime ist die Ursache dafür, dass es kaum schriftliche Quellen gibt, aus denen hervorgeht, ob und in welchem Umfang die weiteren Mitglieder der Roten Studentengruppe nach deren Auflösung im Widerstand gegen das NS-Regime tätig waren. Eugen Eisenhut,⁵⁰ Hellmut Riegraf⁵¹ und ↗ Adolf Butz waren jedenfalls noch aktiv – mit großer Wahrscheinlichkeit aber nicht an der Technischen Hochschule Stuttgart.

1.4 Der Republikanische Studentenbund

Bis zum Beginn der NS-Herrschaft bestand an der Technischen Hochschule Stuttgart auch eine Ortsgruppe des Republikanischen Studentenbundes, der von linken und liberalen Studierenden getragen wurde, sich aber von der kommunistischen Studentengruppe distanzierte. Er ging aus der Anfang 1931 vollzogenen Vereinigung einer Studentengruppe der Paneuropa-Union mit den Republikanischen Studenten hervor.⁵² In dieser Zeit hatte der Republikanische Studentenbund etwa 30 bis 35 Mitglieder.⁵³ Die Studierenden dieser Gruppe bekannten sich zur Demokratie, zur Weimarer Republik sowie zum Gedanken der Völkergemeinschaft und standen damit in Opposition zu den meisten Mitstudierenden. „Zweck und Ziel des Bundes sind Pflege und Förderung republikanischer Gesinnung unter der akademischen Jugend. Unbeeinflusst von Parteizugehörigkeit und religiöser Einstellung vereinigt er Korporierte und Nichtinkorporierte, die die künftige großdeutsche Republik erstreben ...“⁵⁴ Vom nationalistischen Ziel einer Vereinigung von Österreich mit dem Deutschen Reich abgesehen, engagierten sich die Mitglieder gegen die völkischen und nationalsozialistischen Ziele der Studentenführung und der NS-Regierung, wie das oben (Abb. 1) abgebildete Plakat vom Februar oder Anfang März 1933 zeigt. Die Wahlergebnisse der Republikanischen Studenten im

49 Lilo Herrmann, eine Stuttgarter Widerstandskämpferin. Stuttgart 1993

50 Carlé, Eugen Eisenhut; BA Berlin R3017/14 J 59/34; ebd. R58/9585 (Karteikarte der Gestapo) Auch Eugen Eisenhut war 1933/34 sehr wahrscheinlich nicht mehr Student oder Mitglied der TH Stuttgart und ist deshalb in der Liste der Verfolgten nicht genannt.

51 Hellmut Riegraf war nach Aufzeichnungen der Gestapo im Wintersemester 1931/32 Mitglied der Roten Studentengruppe (BA Berlin R58/9598). Im Jahr 1933 wurde er aufgrund seiner politischen Betätigung als Studienassessor aus dem Schuldienst entlassen. Riegraf konnte sich in den folgenden Jahren nur durch Hilfsarbeit über Wasser halten, arbeitete für die KPD im Untergrund und wurde im Laufe der NS-Zeit mehrfach verhaftet. Zwischen 1947 und 1974 war er als Hochschullehrer in der DDR tätig, danach kehrte er in seine Heimatstadt Heilbronn zurück: StadtA Heilbronn D037.

52 WHZ 25 (Febr. 1931) S. 23

53 Nach der Aussage des Vorsitzenden ↗ Georg Henze: StA Ludwigsburg F302 III Bü 54

54 Ein Führer, hrsg. vom Allgemeinen Studentenausschuss der Technischen Hochschule und von der Stuttgarter Studentenhilfe e.V. W[inter]-S[emester] 1925/26, Stuttgart o. J. [1925] S. 77; zum Republikanischen Studentenkartell in Deutschland siehe auch Schwarz, Studenten in der Weimarer Republik, S. 163, 388–389; Kreutz, Studenten im Kampf für die Weimarer Republik.

Jahr vor der nationalsozialistischen Machtübernahme lassen sich nicht mehr ermitteln. Bei den AStA-Wahlen im März 1932 erhielt jedenfalls eine Liste mit der Bezeichnung „Republikanische Freistudenten“ gerade einmal 0,7 Prozent der Stimmen, im Dezember dürfte die Gruppe bei der „Linken Einheitsfront“ angetreten sein, auf die, wie schon oben erwähnt, 5,3 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen.⁵⁵ Das Bekenntnis zur Demokratie und Völkerverständigung war auch für Mitglieder dieser Gruppe nicht ohne Folgen. So wurde deren Leiter ↗ Georg Henze im Juli 1933 relegiert und sogar kurzzeitig in Gestapohaft genommen. Über den Architekturstudenten Wolfgang Frankl – wahrscheinlich auch Mitglied der Republikanischen Studenten – notierte man bei der Gestapo, dass er „1932 Angehöriger der Antifa-Wahlgemeinschaft“ gewesen war.⁵⁶

1.5 Freistudenten

Auch an der TH Stuttgart hatte sich eine Freistudentenschaft organisiert. Das konstitutive Element der Mitgliedschaft war, dass man keiner Korporation angehörte. Die Bewegung, die deutschlandweit im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts als Gegenströmung zu den Korporationen entstanden war, zielte in dieser Zeit auf die Reform der Universitäten und wollte nach dem Ersten Weltkrieg demokratischen Geist pflegen, aber parteipolitisch ungebunden bleiben und ebenso einen neutralen Standpunkt zur „Judenfrage“ einnehmen. Sie zersplitterte aber in den 1920er Jahren aus weltanschaulichen und politischen Gegensätzen.⁵⁷ Die Freistudentenschaft an der TH Stuttgart wurde Anfang der 1930er Jahre dann auch durch den NSDStB unterwandert, wie die AStA-Wahlen ab 1930 zeigen, bei denen Kandidaten des NSDStB als Freistudenten antraten.⁵⁸ Die Freistudentenschaft an der TH Stuttgart löste sich ab Mai 1933 wahrscheinlich selbst auf, denn Mitte Mai 1933 wurden die Mitglieder auf einer „Pflichtversammlung des Freistudentenbundes“ gedrängt, in die SA einzutreten.⁵⁹

55 Voigt, Hitlers Machantritt und die TH Stuttgart, in: Stuttgarter Uni-Kurier 11 (Febr. 1983) S. 3; ders.: Universität Stuttgart S. 32 f.; WHZ 49 (15. Dez. 1932) S. 6 f.

56 BA Berlin R 58/9586: Frankl verließ Stuttgart bereits im Januar 1933. Zur Biographie: Frankl, Cenni sulla mia vita; Signori, Paola (Hrsg./Bearb.): Mario Ridolfi. Poggibonsi 1984, S. 75–77

57 Ssymank, Geschichtlicher Verlauf der freistudentischen Bewegung S. 599 f.; Mahrholz, Freistudentenschaft S. 593–599; Schwarz, Studenten in der Weimarer Republik S. 147–152

58 WHZ 25 (Febr. 1931) S. 5. Die im Wahlplakat von 1933 (StA Ludwigsburg EL.902/20 Bü.101233; siehe Abb. 1) gelistete Gruppe der „Nichtorganisierten“ scheint nicht mit den Freistudenten identisch zu sein. Der für die „Nichtorganisierten“ unterzeichnende ↗ (Karl) Ernst Ruge war zu diesem Zeitpunkt Kommunist.

59 StA Ludwigsburg EL.902/20 Bü.44733

1.6 Katholische Studierende

An der Technischen Hochschule Stuttgart war Anfang der 1930er Jahre ca. ein Fünftel der Studierenden katholisch.⁶⁰ Das geschlossene katholische Milieu förderte die Entstehung eigener katholisch geprägter Studentenverbindungen und Gruppierungen.⁶¹ Die drei katholischen Stuttgarter Korporationen (Alania, Hohentwiel, Rheno-Nicaria) lehnten die Durchführung von Mensuren ab und unterschieden sich dadurch vom Großteil der anderen Korporationen mit ihrer Ideologie der männlichen Wehrhaftigkeit. Die Verbindungen Alania und Hohentwiel gehörten jedoch zum Cartellverband der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen (CV), in dem antisemitische Ressentiments durchaus salonfähig waren.⁶² So konnte man schon beim 50. Stiftungsfest der Alania im Jahr 1920 antisemitische und nationalistische Äußerungen vernehmen.⁶³

Auch in Stuttgart traten katholische Studierende in eigenen Listen zu den AStA-Wahlen an. Im März 1932 erhielten die „Katholisch-Deutschen Studenten“ 6,3 Prozent der Stimmen und stellten zwei Vertreter im 33-köpfigen AStA, im Dezember 1932 konnte die „Katholisch-Deutsche Studentengruppe“ 7,9 Prozent der Stimmen gewinnen und ebenfalls zwei Vertreter in den 25-köpfigen AStA entsenden.⁶⁴ Bemerkenswert ist die Diskrepanz zwischen dem Anteil der katholischen Studierenden und den Wahlergebnissen der katholischen Liste. Die Zugehörigkeit zur Katholischen Kirche bestimmte demnach Anfang der 1930er Jahre wohl nicht wesentlich die Weltanschauung und das politische Verhalten der Studierenden; ein Konflikt zwischen dem studentischen katholischen Milieu und den nationalistischen und antisemitischen Anschauungen ist nicht zu beobachten, sodass die religiöse Orientierung auch kein Faktor war, der den Verfolgungsmaßnahmen an der Technischen Hochschule Stuttgart hätte entgegenwirken können.

Bemerkenswert ist aber, dass im Rahmen der katholischen Studentenseelsorge während der NS-Zeit der Raum geschaffen wurde, den Dissens mit dem Nationalsozialismus und eine von nationalsozialistischen Bezügen freie Begegnung zu pflegen (siehe hierzu u. Kap. 4.2).

60 Im Sommersemester 1930 waren 18,9 Prozent der Studierenden der TH Stuttgart katholisch (Grüttner, Studenten S. 495 Tab. 24).

61 Hierzu allgemein: Schwarz, Studenten in der Weimarer Republik S. 389–394

62 Grüttner, Studenten S. 42

63 UAST Z 162 (50. Stiftungsfest der Akademischen Verbindung Alania-Stuttgart... S. 7, 9)

64 Voigt, Hitlers Machtantritt und die TH Stuttgart, in: Stuttgarter Uni-Kurier 11 (Febr. 1983), S. 3; ders.: Universität Stuttgart S. 32 f.; WHZ 49 (15. Dez. 1932) S. 6 f.

1.7 Die Professoren

Die Ansicht Johannes H. Voigts, dass die Haltung der Professoren der Technischen Hochschule Stuttgart sich „zwischen den Polen einer begeisterten Hinwendung zum Nationalsozialismus und einer nur äußerlichen Anpassung an das neue Regime“⁶⁵ bewegte, lässt sich heute noch weiter präzisieren. Die meisten der 42 ordentlichen und hauptamtlichen außerordentlichen Professoren dürften Anfang 1933 mit der Distanz der älteren, im Kaiserreich sozialisierten, nationalbewussten Generation dem Treiben der Studierenden mit unterschiedlich großen Sympathien bis hin zu deutlicher Ablehnung zugehört haben. Neben dem Bauingenieur Wilhelm Stortz, der als einziger der Professoren schon vor 1933 Mitglied der NSDAP war,⁶⁶ unterzeichneten noch der Architekt Paul Schmitthenner und der Historiker Helmut Göring im Juli 1932 einen Wahlauftrag zugunsten der NSDAP.⁶⁷ Schmitthenner hatte ebenfalls schon vor 1933 eine Versammlung der Stuttgarter Gruppe des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes besucht, die sich mit dem „Kampf gegen den Kulturbolschewismus“, konkret also mit der Verurteilung des Neuen Bauens befasste.⁶⁸ Er versuchte nach der Machtübernahme der NSDAP nun, seine Auffassung von Architektur durchzusetzen und Karriere im NS-Staat zu machen. Es finden sich aber auch andere Positionen. Ein ausgesprochener Gegner des Nationalsozialismus war der ord. Professor für Elektrotechnik, ↗ Immanuel Herrmann, der gleich 1933 verhaftet und entlassen wurde. Politisch linke Ansichten vertrat zudem der a. o. Professor für Architektur ↗ Walter Körte. Als Gegner des Regimes können auch die Physiker ↗ Paul Peter Ewald und ↗ Erich Regener gelten. Ewald trat im April 1933 aus Protest gegen die reichsweiten Entlassungen der jüdischen Professorenkollegen von seinem Amt als Rektor zurück. ↗ Leopold Rothmund, Professor für Wasserbau, hatte während seiner Amtszeit als Rektor von 1930 bis 1932 den gerade in dieser Phase aufstrebendem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) die rechtsstaatlich gebotenen Maßnahmen entgegengesetzt, als er Aushänge politischen Inhalts des NSDStB vom Schwarzen Brett der Hochschule entfernen ließ.⁶⁹ In seiner Rede bei der Sonnenwendfeier der Studenten im Juli 1931 hatte er sich gegen die Politisierung der Hochschule ausgesprochen, die zu dieser Zeit ein zentrales Ziel des NSDStB war, und von den versammelten Studenten gefordert, „Verständnis zu pflegen und zu üben für die Ansichten Andersdenkender“.⁷⁰ Er musste sich zu Beginn der NS-Herrschaft unter dem Vorwand, erkrankt zu sein, von der Technischen Hochschule fernhalten, um nicht den massiven Anfeindungen der nationalsozialistischen Studierenden zu begegnen, die zudem auch seinen an der TH studierenden Sohn bedrängten.⁷¹ Die Reihe der NS-kriti-

65 Voigt, Johannes H.: Hitlers Machtantritt und die TH Stuttgart. Ein geschichtlicher Rückblick in fünf Folgen, 2. Die Professoren, in: Stuttgarter Uni-Kurier, Nr. 12, April 1983, S. 6 f., hier S. 6

66 Becker, Stortz S. 283–285

67 Hierzu Heiber, Universität Bd. II, 1 S. 16 f.

68 Schöpfer, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund S. 56

69 Ebd. S. 55. Der Name Rothmunds wird nicht ausdrücklich genannt.

70 WHZ 31 (15. Juli 1931) S. 1

71 StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 16511

schen Konservativen ließe sich noch durch die Professoren des Maschinenbaus ↗ Alfred Widmaier, ↗ Wilhelm Maier und ↗ Wilhelm Häbich ergänzen, die ab 1935 insbesondere aufgrund ihrer nonkonformen politischen Einstellungen vorzeitig in den Ruhestand versetzt wurden (s. hierzu unten Kap. 3.1.2).

Auch ↗ Paul Peter Ewald, Rektor der Jahre 1932 und 1933, erinnerte sich viel später, dass es unter den Professoren bis 1933 nur wenige Nationalsozialisten gab: „Im Senat waren es nur wenige Mitglieder, die die Nazis willkommenen, vor allen Dingen Schmitthenner, Stortz und vielleicht andere Mitglieder der Architekturabteilung und einige wenige unter den anderen Kollegen.“⁷² So wird schließlich ein Bericht des Professors für Geschichte Helmut Göring – dessen Aussagen allerdings zumeist als nicht sehr glaubwürdig erscheinen – dann doch wahrscheinlich: Göring erzählte in seinem Entnazifizierungsverfahren, dass er kurz vor dem 1. Mai 1933 zum neuen nationalsozialistischen Kultminister Christian Mergenthaler gerufen worden sei, der sich über die politischen Einstellungen der Stuttgarter Professoren beklagt habe.⁷³ Die sich im Frühjahr 1933 häufende Kritik der württembergischen NS-Studenten an den zahlreichen Opportunisten dürfte nicht zuletzt auch auf die Professorenschaft gezielt haben, zumal dann, wenn der alte Gegensatz zwischen den Straßenkämpfern der SA und den intellektuellen bürgerlichen Schreibtischarbeitern herangezogen wurde.⁷⁴ Noch Anfang März 1934 beklagte sich der Studentenführer Albert Schmehl in einer Rede in der Technischen Hochschule über den Liberalismus mancher Professoren.⁷⁵

72 UAST SN 1/35 (Zeitzeugeninterview mit P.P. Ewald 1979) S. 15

73 StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 80446 (Spruchkammerakte Göring, Helmut): Spruch S. 5

74 Siehe verschiedene Beiträge in WHZ 56 (1933 Mai 20), 57 (1933 Juni 1), 60 (1933 Juli 25) S. 1f.

75 Chronik der Stadt Stuttgart 1933–1945 S. 104

2 MACHTÜBERNAHME UND NATIONALSOZIALISTISCHE HERRSCHAFT AN DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE STUTTGART

2.1 Vorgeschichte

Zu Beginn der NS-Herrschaft waren es zwei wesentliche Akteure, die die Durchsetzung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems an der Technischen Hochschule organisierten: Das Württembergische Kultministerium unter Christian Mergenthaler und dem neuen Hochschulreferenten Erich Keller⁷⁶ sowie die Studentenschaft, die schon seit Jahren durch ihre Vertreter im AstA nationalistische Hochschulpolitik betrieben hatte und nun rigoros und vielfach gegen geltendes Recht ihre Ziele durchsetzte. Drei Aktionen aus der Zeit vor 1933 ragen hierbei heraus: Die zunehmende Politisierung der Studentenvertretung und insbesondere die Durchsetzung der Listenwahl für den AstA, die Auseinandersetzung um den freiwilligen Arbeitsdienst für Studenten und schließlich die Agitationen gegen die Professoren ↗ Immanuel Herrmann und Theodor von Pistorius. Bei allen drei Kampagnen konnte sich der NSDStB besonders profilieren.

2.1.1 Durchsetzung der Listenwahl für den AstA

Schon im Wintersemester 1930/31 gab es unter den Studierenden in Württemberg ein breites Interesse, das Wahlverfahren für die Allgemeinen Studentenausschüsse der württembergischen Hochschulen zu ändern. Bisher konnten die Studierenden nur Vertreter ihrer Fachrichtung (Fachschaft) in den AstA wählen, wobei jeder Fachschaft je nach der Zahl der durch sie repräsentierten Studierenden ein Kontingent an Vertretern zugeteilt war. Dass die Allgemeinen Studentenausschüsse mit ihren fächerübergreifenden Aufgaben aufgrund eines durch die Fachschaftsgröße gebrochenen Persönlichkeitswahlrechtes zusammengesetzt sein sollten, war nicht unbedingt einleuchtend. Was die politischen Aktionen der Studentenschaft betraf, funktionierte dieses System zunächst, weil sowohl unter den Korporationsstudenten als auch unter einem Teil der Freistudentenschaft nationalistische Einstellungen vorherrschten und eine grundlegende Übereinstimmung bei politischen Themen wie den Reparationsleistungen durch das Deutsche Reich, der Glorifizierung des Ersten Weltkriegs und der Ablehnung des Pazifismus bestand. Doch bereits innerhalb dieses alten Wahlmodus hatten sich schon fächerübergreifende Wahlgemeinschaften der Korporationen gebildet, die der Wahlgemeinschaft der Freistudenten gegenübertraten. Es war sicherlich kein Zufall, dass mit der wachsenden politischen Krise der Weimarer Republik nun auch innerhalb der Stuttgarter Studentenschaft eine Politisierung einsetzte, die sich vor allem in der Forderung

⁷⁶ Zu Erich Keller siehe Jooß, Erich Keller S. 287–298; Tilitzki Universitätsphilosophie S. 211f.

nach Wahlgemeinschaften zeigte, deren Vertreter sich nach Weltanschauung zusammenschließen sollten.⁷⁷

Die Einbindung der studentischen Selbstverwaltung in die politische Parteiarbeit war insbesondere ein Ziel des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes. Den ersten Erfolg hatte der NSDStB bereits vor 1930 erzielt. Seine Mitglieder ließen sich sowohl in den Gruppen der Korporationen als auch bei den Freistudenten aufstellen, wodurch der alte Gegensatz Korporations- versus Freistudent konterkariert und das politische Element des NSDStB-Auftritts deutlich wurde.⁷⁸ Als treibende Kräfte der Wahlreform erscheinen nun nationalistische und nationalsozialistische Studierende. Der Student C.A. Bühring forderte im Februar 1931 unverblümt die Listenwahl als Voraussetzung für den Kampf gegen Pazifisten, Kommunisten und Juden:

So gibt die Politisierung durch das Listenwahlsystem die Möglichkeit, die studentische Selbstverwaltung in die Hände derer zu legen, deren wahrhaft nationalpolitische Gesinnung Gewähr bietet, im AStA alles daran zu setzen, um eine nationalpolitische Bildung und Ausbildung der Studentenschaft in weitgehendem Maße zu ermöglichen. Dazu gehört auch der Kampf gegen die Lauheit und nationalpolitische Interessenlosigkeit der 'Auch-Nationalen'; ferner der Kampf gegen die 'nationalen' Kräfte, deren heutiges Streben trotz der Notzeit des deutschen Volkes als Ziel Paneuropa, Moskau oder Alljuda hat.⁷⁹

Auch wenn in Stuttgart wegen des noch bis 1932 geltenden Persönlichkeitswahlrechts keine Zahlen über die Wahlerfolge der nationalsozialistischen Studierenden bei AStA-Wahlen vorliegen, so zeigen doch die Äußerungen der Anhänger wie der Gegner, dass die Entwicklung des NSDStB in Stuttgart mit der an den meisten Hochschulen des Deutschen Reichs parallel lief und ab 1930 die „nationalsozialistische Bewegung an der Hochschule [...] immer stärker“ wurde.⁸⁰ Einen weiteren Teilerfolg bei der Wahlrechtsreform konnte der NSDStB im Juli 1931 erzielen, als ein Kompromiss nach dem Vorschlag seines Mitglieds Kröger vom AStA angenommen wurde.⁸¹ Schließlich wurde ab 1932 der Stuttgarter AStA nach den gewünschten nach politischen Gruppen und Weltanschauungen zusammengesetzten Listen gewählt. Wie oben (Kap.1.2) schon erwähnt, entfielen bei der AStA-Wahl im Herbst 1932 86 Prozent der Stimmen auf die völkischen und nationalsozialistischen Wahllisten.

77 Die Diskussion um das neue Wahlrecht ausführlich in: WHZ 24 (Jan. 1931) S.1–4

78 WHZ 24 (Jan. 1931) S.5, 11

79 WHZ 25 (Febr. 1931) S.14

80 Zitat aus einer Pressemeldung der „Panstud – Republikanischen Studenten“ in WHZ 25 (Febr. 1931) S.23. Aus nationalsozialistischer Sicht C.A. Bühring, Artikel „Wahlreform als Folge der neuen Geisteshaltung“ ebd. S.14. Zu den Wahlerfolgen des NSDStB an den Universitäten und technischen Hochschulen des Deutschen Reichs ab 1930 siehe Grüttner, Studenten S.496 Tab.25.

81 WHZ 31 (1931 Juli 15) S.12

2.1.2 Kontroverse um den Freiwilligen Arbeitsdienst

Der Freiwillige Arbeitsdienst für Studenten der Technischen Hochschule Stuttgart war 1931 nach schweizerischem Vorbild von Studierenden der TH initiiert worden und hatte die Unterstützung \nearrow Leopold Rothmunds gefunden, der zu diesem Zeitpunkt Rektor der TH Stuttgart war. Die Idee war aus der Not der Weltwirtschaftskrise mit ihrer drückenden Arbeitslosigkeit insbesondere bei den Ingenieuren und anderen Hochschulabsolventen geboren worden und stand auch im Zusammenhang mit der politischen Diskussion um einen allgemeinen Arbeitsdienst. Ziel des studentischen Arbeitsdienstes (meist Erdarbeiten wie Bachkorrekturen und Meliorationen) war es,

... produktive Arbeit, die sonst aus Mangel an Geldmitteln nicht ausgeführt werden konnte, zu Gunsten der Volkswirtschaft [zu] leisten, [...] Arbeitsgelegenheit für die heranwachsende Jugend [zu] schaffen; in der Arbeitskolonie sollte der Gemeinsinn gepflegt werden, sie sollte die Möglichkeit des Kennen- und Verstehenlernens von Arbeiter, Bauer und Student sein, während der Arbeit und während der Freizeit.⁸²

Zudem könnte dieses Beschäftigungsprogramm den Teilnehmern ein kleines Einkommen sichern. Zu Beginn der Initiative wurde zwar auch die Förderung sozialer Einstellungen der studentischen Teilnehmer angesprochen, doch dieser „ideelle Wert“ des Arbeitsdienstes war kein zentrales Anliegen, sondern blieb sekundär gegenüber dem zu erreichenden volkswirtschaftlichen Nutzen.⁸³

Für den Rektor Leopold Rothmund galt der Freiwillige Arbeitsdienst als Vorform eines Pflichtarbeitsdienstes eines jeden Studierenden nach dem Studium, mit dessen Hilfe die allgemeine Arbeitslosigkeit bekämpft werden sollte. Seine Initiative für den Arbeitsdienst entsprang seinem sozialen, patriotischen Engagement. Mit seiner Forderung nach einem Pflichtarbeitsdienst der Studierenden verfolgte Rothmund zwar ein Ziel des NSDStB, dem jedoch wiederum die Pläne des Rektors nicht weit genug gingen.⁸⁴ Die Initiative erfuhr ebenfalls von der Roten wie von der Republikanischen Studentengruppe⁸⁵ Kritik. Bereits Ende 1932 war mit Karl Heinz Dehlf's ein Mitglied des NSDStB der „Berichterstatte[r] für Freiw[illigen] Arbeitsdienst“ im AStA.⁸⁶ Dehlf's stellte jetzt zumindest verbal den Freiwilligen Arbeitsdienst ganz in den Dienst der Bildung einer nationalsozialistischen Volksgemeinschaft und der soldatischen Erziehung.⁸⁷ Im

82 H. Stumpp, Artikel „Stuttgarter Bund, Rückblick“, in: WHZ 52 (1933 Febr. 15) S. 5

83 So der abgehende AStA-Vorsitzende Fritz Warber in WHZ 23 (1930 Dez.) S. 1–4 und in WHZ 31 (1931 Juli 15) S. 4

84 Andeutung bei H. Stumpp: Artikel „Stuttgarter Bund, Rückblick“, in: WHZ 52 (1933 Febr. 15) S. 5; UAST 57/53 (Stellungnahme Leopold Rothmunds v. 20. 01. 1948 zum Spruchkammerbescheid Helmut Görings, Bl. 1f.). Der Konflikt zwischen Rothmund und dem NSDStB wird in seiner Schärfe aus Sicht des Letzteren geschildert von Schöpfer, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund S. 55f. Siehe ferner die Schilderung im Lebenslauf des Studentenfürh[er]ers Albert Schmehl von 1934: StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 80446.

85 H. Stumpp, Artikel „Stuttgarter Bund, Rückblick“, in: WHZ 52 (1933 Febr. 15) S. 5

86 WHZ 50 (1933 Jan. 15) S. 10

87 Karl Heinz Dehlf's: Artikel „Arbeitsdienstpflicht! Gestaltungsanforderungen“, in: WHZ 52 (1933 Febr. 15) S. 6f.

Juni 1933 hatten dann die langwierigen Bemühungen des NSDStB ihr Ziel erreicht. Die Deutsche Studentenschaft, die seit 1931 nationalsozialistisch dominierte Dachorganisation der lokalen Studentenausschüsse, konnte jetzt für alle männlichen Studenten der ersten vier Semester einen zehnwöchigen Arbeitsdienst verpflichtend vorschreiben.⁸⁸ Die Gelder des Stuttgarter Trägervereins für den Freiwilligen Arbeitsdienst wurden von der jetzt nationalsozialistisch geführten Studentenschaft eingezogen, die ↗ Leopold Rothmund aus der Leitung hinausdrängte und versuchte, ihn mit Beschuldigungen zu seiner Amtsführung vor der Öffentlichkeit zu diskreditieren.

2.1.3 Agitationen und Pressekampagnen gegen NS-Gegner

Mit Beginn der 1930er Jahre setzten Kampagnen studentischer Gruppen und der Studentenschaft der TH Stuttgart gegen politische Gegner ein. Hierzu gehörten diskreditierende Presseartikel gegen Hochschullehrer in der NS-Presse, etwa gegen den außerordentlichen Professor ↗ Walter Körte oder den Assistenten in der Architekturabteilung ↗ Curtis Fremond. Zu den Agitationen, die von Republikgegnern systematisch betrieben wurden, um die Repräsentanten der Weimarer Republik und damit die demokratische Staatsform selbst zu diskreditieren, gehörte auch eine Initiative der Stuttgarter Studentenschaft im Jahr 1931. In diesem Jahr beanstandete der Vorstand der Stuttgarter Studentenschaft in Briefen an den württembergischen Kultminister und an den Landtag den Bezug von Ministerruhegehältern durch die Professoren ↗ Immanuel Herrmann und Theodor von Pistorius. Zuvor war die württembergische Regierung durch eine Entscheidung des Reichsgerichts zugunsten von Herrmann daran gehindert worden, Änderungen an der Ruhegehaltszahlung vorzunehmen. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass nicht nur die nationalistischen und völkischen Studentengruppen am Appell beteiligt waren, sondern auch Mitglieder demokratischer Studentengruppen.⁸⁹ Der Angriff der Studierenden auf die beiden Professoren muss im Kontext von Kampagnen gesehen werden, die von kommunistischen und nationalsozialistischen Kreisen gegen demokratische Landesminister geführt wurden, um deren Ansehen in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Ein ähnlicher Fall hatte sich ein halbes Jahr zuvor in Baden zugetragen.⁹⁰ Nicht von ungefähr nahm eines der ersten Verfolgungs-Gesetze des NS-Regimes, das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933, die Kampagnen nationalsozialistischer Kreise gegen die Ministergehälter auf, indem es in §12 die rückwirkende Neufestsetzung der Bezüge von Reichs- und Landesministern vorsah.⁹¹

Die Kampagnen vor 1933 richteten sich gegen Persönlichkeiten, die dann gleich zu Beginn der NS-Herrschaft entlassen oder von der Hochschule gedrängt wurden. Sie zeigen, in welchem starkem Maß die während der NS-Zeit stattfindenden Verfolgungen und Unrechtsmaßnahmen auf breite Zustimmung innerhalb der Studentenschaft stießen,

⁸⁸ Grüttner, Studenten S.78

⁸⁹ WHZ 31 (1931 Juli 15) S. 12

⁹⁰ Merz, Nationalsozialismus im Vormarsch S.2–7

⁹¹ Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (07.04.1933): <http://www.documentArchiv.de/ns/beamtenenges.html> (03.09.2015); Mühl-Benninghaus, Beamtentum S.31

deren Mitglieder sie zum Teil ja schon seit langem und rechtsstaatlichen Prinzipien widersprechend eingefordert hatten.

2.2 Machtübernahme an der Technischen Hochschule Stuttgart

2.2.1 Aktionen der Studierenden

Die viel zitierte Zäsur vom 30. Januar 1933 – dem Tag, an dem Reichspräsident Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannte – wurde an der Technischen Hochschule Stuttgart kaum als Wendepunkt empfunden. Tags darauf fand der Rektoratsball statt, und Rose Ewald, die junge Tochter des amtierenden Rektors \nearrow Paul Peter Ewald, hörte an diesem festlichen Abend allgemein die Meinung, dass sich bald wieder eine neue Reichsregierung unter Führung des Zentrums bilden würde.⁹² Diese Fehleinschätzung teilte die Hochschulgemeinschaft mit dem Großteil der Deutschen. Auch die oben geschilderten Anzeichen für die bald einsetzende Verfolgung von missliebigen Hochschulangehörigen hatte man über Jahre hinweg wohl nicht ernst genommen.

Während im Reich durch die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes (4. Februar 1933), durch die Reichstagsbrandverordnung (18. Februar 1933) und das Ermächtigungsgesetz (24. März 1933) die Bürgerrechte und die parlamentarische Kontrolle der Regierung demontiert wurden und Ende Februar die Verfolgung der Kommunisten begann, setzte an der TH Stuttgart der eigentliche Umsturz erst nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 ein. Am 8. März 1933 zogen nationalsozialistische Studenten in einem Aufmarsch vor die Technische Hochschule, wo gerade eine Senats-sitzung stattfand. Eine Abordnung forderte vom Rektor Paul Ewald die Erlaubnis, die Hakenkreuzfahne auf dem Hochschulgebäude hissen zu dürfen.⁹³ Am Sonntag zuvor, dem 5. März, hatten die Reichstagswahlen eine absolute Mehrheit von 52 Prozent der Stimmen für das Bündnis von NSDAP und Kampffront Schwarz-Weiß-Rot gebracht. In diesen Tagen waren die Nationalsozialisten auch im Begriff, die Regierung in Württemberg zu übernehmen, und seit zwei Tagen gab es in Stuttgart Zusammenstöße zwischen SA-Leuten und Vertretern der Landesregierung und der Stadt wegen des Hissens der Hakenkreuzfahne auf öffentlichen Gebäuden.⁹⁴ Ewald gab den Studenten nach, weil es ihm sinnlos erschien, über solche Formalitäten noch zu streiten, war doch tags zuvor die Hakenkreuzfahne auf dem württembergischen Landtag gehisst worden. Mutig kritisierte er aber noch am 10. März auf einer Vollversammlung der Studierenden das Aufziehen der Hakenkreuzfahnen auf Gebäuden der Technischen Hochschule.⁹⁵

Nach der kontinuierlichen Machtübernahme der Nationalsozialisten in der ersten Jahreshälfte 1933 waren die auf rechtsstaatlicher Grundlage handelnden Autoritäten auch an der Technischen Hochschule Stuttgart in die Defensive gedrängt. Unter den nationalsozialistischen Studierenden brach wie an fast allen Hochschulen des Deut-

⁹² Schweber, *Nuclear Forces* S.367

⁹³ Das Vorkommnis ist festgehalten in: Zeitzeugeninterview mit P.P.Ewald 1968 S.27f. und desgl. 1979 (UAST SN1/35) S.15f.

⁹⁴ Chronik der Stadt Stuttgart 1933–1945 S.13–14

⁹⁵ Ebd. S.15



Abb. 2: Vorbeimarsch der Stuttgarter Korporationen vor dem vom NS-Staat eingesetzten württembergischen Polizeikommissar von Jagow vor dem Neuen Schloss am 21. März 1933. Die „Kundgebung aller nationalen Verbände“ fand aus Anlass der Eröffnung des neuen Reichstags („Tag von Potsdam“) statt. Foto: UASt 189 o. Sign.

schen Reichs ein „revolutionärer“ Eifer aus, der sich gegen die alten politischen Gegner unter den Studierenden und in der etablierten Professorenschaft wandte. Zu Beginn des Sommersemesters brachte ein Artikel in der Württembergischen Hochschulzeitung unter dem Titel „Revolution an den Hochschulen“ das erstarkte Lebensgefühl dieser Studierenden auf den Punkt: „Revolution an den Hochschulen heißt den Ballast von Jahrhunderten über Bord werfen und in einem neuen Geiste schaffen, im Geiste des Nationalsozialismus.“⁹⁶ Als Hintergrund der studentischen Aktionen ist aber auch die Angst der NS-Studenten zu sehen, dass die nun im NS-Staat zu verteilenden Positionen oder zumindest der gewonnene politische Einfluss an „reaktionäre“, bürgerliche und intellektuelle Personenkreise verloren gehen könnte, obwohl diese in der sogenannten „Kampfzeit“ der NSDAP sich im Gegensatz zu den nationalsozialistischen Studierenden keinerlei Verdienste erworben hätten.⁹⁷ So wurde die Zeit vor der Machtübernahme der NSDAP als Leidenszeit und Ära des heldenhaften Außenseitertums ihrer studentischen

96 WHZ 56 (1933 Mai 20) S. 2

97 Ebd. S. 1f.

Anhänger verklärt.⁹⁸ Folgerichtig erfolgte nun die Abrechnung der nationalsozialistischen und nationalistischen Studierenden mit ihren Gegnern an der Hochschule. In den täglichen Lehrveranstaltungen blieb es aber zunächst ruhig.⁹⁹

Neben dem Hissen der Hakenkreuzfahne bildete die stürmische Studentenvollversammlung am 10. März 1933 einen Höhepunkt der nationalsozialistischen Agitation. Rektor Paul Peter Ewald erinnerte sich noch einige Jahrzehnte später an die starke Konfrontation mit der geschlossenen Masse der Studierenden. Sie forderten die Entlassung des Bibliotheksdirektors ↗ Ernst Marx. Marx war Jude und war mit dem NSDStB und dem nachmaligen nationalsozialistischen Kultminister Mergenthaler auch deshalb in Konflikt geraten, weil er das Auslegen des Völkischen Beobachters im Lesesaal der Bibliothek untersagt hatte.¹⁰⁰

Since Marx had great assets for the library, I told the students that if they made any demonstration against Marx, I would not stand it. I do not know how I could have resisted; this was really a dramatic moment where I confronted some 2000 students, I guess – most of them in their student uniforms, their fraternity, their corps uniforms and others in their Nazi uniforms – and told them I would not stand any demonstrations against Marx. They finally gave in. It was quite a fight and quite exciting.¹⁰¹

Auch wurde das Verbot der Roten Studentengruppe gefordert. Deren wenige anwesende Mitglieder mussten die Versammlung verlassen. Ewald beschreibt eindrücklich die defensive Haltung, in die er sich als Rektor auf der Studentenvollversammlung gedrängt fühlte.

Freilich konnte ich nicht die drei oder vier republikanischen Studenten¹⁰² schützen vor der im Hintergrund des Saales aufmarschierten nationalsozialistischen Gruppe in ihren schwarzen Stiefeln und mit ihren ausgebildeten Boxern, so daß die Republikaner sich zurückziehen mußten.¹⁰³

Spätestens nach dem Ende der anschließend beginnenden Semesterferien (23. April 1933) setzten nun die Verfolgungen von Studierenden, Professoren und Assistenten ein, die unten (Kap. 3) sowie in den zahlreichen Biographien in Teil II ausführlich geschildert werden.

98 WHZ 60 (1933 Juli 25); Schöpfer, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund S. 54 f.; siehe hierzu auch Grüttner, Studenten S. 19.

99 Zeitzeugeninterview mit P. P. Ewald 1968 S. 30 und desgl. 1979 (UAST SN 1/35) S. 15

100 Schöpfer, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund S. 55; UAST 57/53 (Stellungnahme Leopold Rothmunds v. 20. 01. 1948 zum Spruchkammerbescheid Helmut Görings Bl. 1)

101 Zeitzeugeninterview mit P. P. Ewald 1968 S. 30

102 Die von Ewald hier erwähnten republikanischen Studenten waren sehr wahrscheinlich aber Mitglieder der Roten Studentengruppe, wie sich aus dem Zusammenhang mit der Forderung nach dem Verbot dieser Gruppe und einem Schreiben der Stuttgarter Studentenschaft an den Vorstand der Deutschen Studentenschaft v. 11. 03. 1933 (BA Berlin NS 38/2272) ergibt.

103 UAST SN 1/35 (Zeitzeugeninterview mit P. P. Ewald 1979), S. 16. Eine Schilderung der Vollversammlung aus der Sicht der NS-Studenten: BA Berlin NS 38/2272 (Schreiben der Studentenschaft der TH Stuttgart an Vorstand der Deutschen Studentenschaft v. 11. 03. 1933)

Für die nationalsozialistischen Studenten begannen nun arbeitsreiche Zeiten. Am 1. Mai 1933 erfolgte aufgrund des Reichsgesetzes über die Bildung von Studentenschaften an wissenschaftlichen Hochschulen (22. April 1933) die Verordnung des Württembergischen Kultministeriums über die Bildung der Studentenschaften.¹⁰⁴ Der gewählte AStA wurde aufgelöst und der seit Ende April im Amt befindliche Kommissar für die württembergischen Studentenschaften, der Tübinger Student Gerhard Schumann, ernannte den Studenten der Elektrotechnik Albert Schmehl zum kommissarischen Führer der Stuttgarter Studentenschaft. Schmehl seinerseits ernannte die Amtsleiter der Stuttgarter Studentenschaft, ausschließlich Mitglieder von Korporationen und ca. die Hälfte zugleich Mitglieder des NSDStB.¹⁰⁵ Damit war die demokratische Verfassung der Studentenvertretung zugunsten des Führerprinzips abgeschafft. Zur Studentenschaft zählten nunmehr nur noch die „voll eingeschriebenen Studenten deutscher Abstammung und Muttersprache“, nicht die ausländischen und sogenannten „nichtarischen“ Studierenden. Diese Ausgrenzung konnte für die betroffenen Studierenden durchaus von Vorteil sein, da sie von den vielen Verpflichtungen wie den SA-Diensten oder den ideologischen Pflichtvorlesungen befreit waren. In der Praxis waren sie jedoch wie ihre deutschen Mitstudierenden der Willkür der Studentenfürher und der Rektoren ausgesetzt.¹⁰⁶ Mit Albert Schmehl, einem Mitglied der Burschenschaft Hilaritas, kam ein altgedienter Nationalsozialist in eine verantwortungsvolle Position. Schmehl war seit Ende 1931 Mitglied der NSDAP und des NSDStB und war im Mai 1932 der SA beigetreten.¹⁰⁷ In einem Bericht der Studentenschaft und des NSDStB wurde Ende 1933 nicht ohne Stolz festgestellt, „dass der Studentenschaftsführer mit dem Reichsstatthalter [von Württemberg: Wilhelm Murr; Zusatz N. B.] und der Gauleitung der Partei eng befreundet ist“.¹⁰⁸

Die Studentenführung begann schon im Sommersemester 1933, alle Studenten zum Beitritt möglichst in die NSDAP, den NSDStB, vor allem aber in die SA zu zwingen, wobei auch in den Korporationen hierzu ein Konformitätsdruck aufgebaut wurde. Nur in sehr seltenen Fällen war es möglich, dass sich ein Student diesem Zwang entziehen konnte, zumal man ab jetzt praktisch nur noch bei der SA die Pflichtsportübungen absolvieren konnte, die bis zur Vordiplomprüfung zwingend geleistet werden mussten. Albert Schmehl bezeichnete den Pflichtsport ganz offen als „studentischen Wehrsport“.¹⁰⁹ Auch wenn sehr viele Studenten, die ab April und Mai 1933 in die SA Aufnahme fanden, nach den Morden an der SA-Führung bzw. der Entmachtung der SA durch Wehrmacht und SS Mitte 1934 („Röhmputsch“) wieder aus der SA austraten, kann man doch von einer überwiegenden Zustimmung zum Eintritt ausgehen, die mitunter sogar in den Entnazifizierungsakten zugegeben wurde: „Ich bin im Mai 1933 als Zwanzigjähriger freiwillig in die SA und den Studentensturm eingetreten. Ich war damals begeistert von dem

104 Regierungsblatt für Württemberg vom Jahr 1933 S. 124–128, 413

105 WHZ 54 (1. Mai 1933) S. 5

106 Zitat aus dem Gesetz über die Bildung von Studentenschaften v. 22. April 1933 nach Voigt, Universität S. 38

107 BA Berlin NS 38/3646 Bl. 39

108 BA Berlin NS 38/3646 Bl. 38

109 WSZ 61 (1. Nov. 1933) S. 4

Gedanken der nationalen Einheit“, heißt es in einer Spruchkammerakte.¹¹⁰ Störender als die ideologische Ausrichtung der SA war vielmehr der Zeitverlust, den die Studenten durch den SA-Dienst hinnehmen mussten. Ein ehemaliger Student berichtet für die Jahre 1933 und 1934 von „normale[m] SA-Dienst bis zu 50 Stunden pro Woche in Form von Geländedienst auf dem Burgholzhof am Samstag und Sonntag, Ausbildungskursen auf der Hunnewell-Hütte, Schiessen, Schwimmen und Innendienst.“ Hinzu kamen mehrwöchige Arbeitslager und der studentische Pflichtarbeitsdienst von zehn Wochen.¹¹¹ Ein anderer ehemaliger Student schreibt: „Der SA-Dienst in den Jahren 1933–34 war in den Studentenstürmen derart häufig und ausgedehnt, dass von einem geordneten Studium nicht mehr gesprochen werden konnte.“¹¹² Die Technische Hochschule sah sich 1934 gezwungen, Zeitüberschneidungen ihrer Lehrveranstaltungen mit den Sportübungen der SA zu vermeiden,¹¹³ und es gab Pläne, das Wintersemester 1933/34 wegen des neu eingeführten studentischen Arbeitsdienstes und des SA-Geländesports um drei Wochen zu verkürzen.¹¹⁴ Ende 1933 wurden in Tübingen und Stuttgart wie an allen deutschen Hochschulstandorten eigene SA-Hochschulämter gegründet.¹¹⁵ In den Aussagen der ehemaligen Studenten in ihren Spruchkammerverfahren werden sehr verschiedene Zwänge genannt, warum man in die SA oder eine andere Gliederung der NSDAP eingetreten war: Erhalt eines Stipendiums oder von Kolleggeldnachlass, überhaupt die Möglichkeit, zum Studium zugelassen zu werden, einzige Möglichkeit zum Pflichtsport bzw. zur Vordiplom- oder zur Diplomprüfung zugelassen zu werden. Mögen viele dieser Aussagen vorgeschützt sein, um die eigene Initiative und die Begeisterung für das NS-Regime zu kaschieren, so zeigt die Uneindeutigkeit in den Angaben doch, dass dem von der Studentenführung und den Korporationen ausgeübten Zwang offenbar bis Ende 1933 keine einheitliche Verordnung zugrunde lag, sondern dass den Studentenschaften und ihren nationalsozialistischen Führern einiger Spielraum zur Disziplinierung und Gleichschaltung der Studierenden gegeben war. Erst im September 1933 beauftragte Hitler die SA mit der sportlichen und ideologischen Ausbildung aller Studenten, und seit Oktober 1933 gab es den Zwang für studentische Mitglieder, der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen oder der SA beizutreten. Ab dem Frühjahr 1934 wurde durch das Reichsinnenministerium und die Kultusministerien der Länder praktisch allen sogenannten „arischen“ Studenten die Mitgliedschaft in der SA – zumindest aber eine Wehrsportausbildung bei der SA – zur Pflicht gemacht.¹¹⁶ Erst nach der Ermordung des SA-Führers Ernst Röhm und der Entmachtung der SA durch Wehrmacht und SS Mitte 1934 ließ schließlich der Druck der SA auf die Studenten nach; das Stuttgarter SA-Hochschulamt wurde – wie

110 StA Ludwigsburg EL902/11 Bü 1372 Bl. 7

111 StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 3531 Bl. 25 f.

112 StA Ludwigsburg EL902/15 Bü 9421 Bl. 22

113 UAST 41/4b Bl. 618, Pkt. 13

114 UAST 41/1 Bl. 300

115 WSZ 64 (15. Dez. 1933) S. 1

116 Grüttner, Studenten S. 251 f.

die anderen SA-Hochschulämter – aufgelöst.¹¹⁷ Anhand der Spruchkammerakten aus der Nachkriegszeit können wir zudem feststellen, dass zahlreiche der studentischen SA-Mitglieder nun wieder aus der SA austraten, wobei die Gründe hierfür wiederum vielfältig waren: Neben der Ablehnung des NS-Regimes wollte man sich vor allem dem SA-Dienst entziehen.

Die spektakulärsten öffentlichen Auftritte der Studierenden in diesen Tagen waren die Bücherverbrennungen im Mai 1933. Diese Aktion war von der Deutschen Studentenschaft, dem Dachverband der örtlichen Studentenschaften, zentral geplant worden. In Stuttgart sowie in Tübingen und Hohenheim fanden jedoch keine Bücherverbrennungen statt, da der württembergische Studentenfürher („Kommissar für die württembergische Studentenschaften“) Gerhard Schumann, literarisch interessiert und selbst Verfasser von Lyrik, diese untersagt hatte.¹¹⁸ Einige Tage später rief aber die Stuttgarter Studentenschaft in einem Zeitungsartikel Verlage, Leihbüchereien und Buchhandlungen auf, „Erzeugnisse von Juden, unseren schärfsten Widersachern“ zu kennzeichnen. „Wir deutschen Studenten wollen Wächter und Hüter deutscher Art sein, deshalb werden wir unser Volk schützen vor fremdem Geist.“¹¹⁹

In die beiden ersten Jahre der NS-Herrschaft fielen auch die Aktionen gegen missliebige Professoren wie Vorlesungsboykotte (↗ Walter Körte) und mehr oder minder gewaltsame Demonstrationen (↗ Erich Regener, ↗ Leopold Rothmund). Weniger spektakulär und ohne öffentliche Resonanz verliefen hingegen die ersten Vertreibungen von jüdischen, demokratischen und kommunistischen Studierenden (siehe hierzu Kapitel 3.2 und 3.3) sowie die Einführung einer ideologisch indoktrinierenden Fachschaftsarbeit, die den Studierenden zur Pflicht gemacht wurde. Zum Wintersemester 1933/34 berichtete die Stuttgarter Studentenfürherung zwar noch: „Diese Arbeit ist bekanntlich besonders für die technischen Hochschulen nicht gerade einfach, da die Technik auf den ersten Blick verhältnismässig wenig weltanschauliche Berührungspunkte hat. [...] Am besten klappte es in der Abteilung Architektur und in der Abteilung Maschinenbau.“¹²⁰ In der Physik, in der eine Studentengruppe entstand, die vehement die sogenannte „Arische Physik“ vertrat, wurde die Fachschaftsarbeit jedoch einige Jahre später sogar zu einem Instrument der Verfolgung (↗ Erich Regener, ↗ Hans Wetzel).

In den ersten Jahren der NS-Herrschaft verwendeten die nationalsozialistischen Studentenfunktionäre auch viel Zeit und Energie auf interne Machtkämpfe zwischen NSDStB, SA und Deutscher Studentenschaft, die keinerlei inhaltliche Gründe hatten.¹²¹ Auch in Stuttgart gab es einen Machtkampf zwischen dem württembergischen Studentenfürher Schumann und dem Stuttgarter Studentenfürher Schmehl¹²² sowie überhaupt

117 Akten der Parteikanzlei der NSDAP, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter (14. 01. 2016). <http://db.saur.de.dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=APK-009006>.

118 Grüttner, Biographisches Lexikon S.157f.

119 Chronik der Stadt Stuttgart 1933–1945 S. 33; Sauer, Württemberg S. 231 f.

120 BA Berlin NS 38/3646 Bl. 37

121 Zu diesen Machtkämpfen allgemein siehe Grüttner, Studenten S. 250–254.

122 BA Berlin NS 38/2186 Bl. 157–161

erhebliche Spannungen zwischen der Führung des SA-Hochschulamtes und dem Stuttgarter NSDStB.¹²³ Auch die Auflösung der Korporationen und deren Umwandlung in nationalsozialistische Kameradschaften, die erst 1935/36 einen vorläufigen Abschluss fanden, bargen ein großes Konfliktpotenzial für Streitigkeiten innerhalb der völkisch und nationalsozialistisch orientierten Studentenschaft.¹²⁴ Schließlich führte Ende November 1934 eine Korruptionsaffäre zur Absetzung Schmehls von seinem Amt als Stuttgarter Studentenführer.¹²⁵ Sein späterer Nachfolger, der Architekturstudent Friedrich Stender, überwarf sich mit dem NSDStB und trat im Oktober 1936 wegen der Kompetenz-Konflikte zwischen Reichserziehungsministerium und NSDStB aus dieser Organisation aus.¹²⁶

Das politische Engagement der nationalsozialistischen Studierenden hatte für deren Studium durchaus Folgen. Offenbar waren im Herbst 1933 18 Maschinenbaustudenten und 3 Studenten der Elektrotechnik durch die Prüfungen in Mathematik gefallen. Da dies aber geschehen war, weil sie sich wegen ihrer zeitlichen Beanspruchungen in SA, SS und sonstigen NSDAP-Gliederungen auf die Prüfungen nicht ausreichend hatten vorbereiten können, wurden die mangelhaften Prüfungsleistungen kurzerhand von der Hochschule annulliert.¹²⁷ Den SA-Mitgliedern unter den Studenten des Maschinenbaus und der Elektrotechnik, die im Sommersemester 1933 Vorlesungen und Übungen versäumt hatten, wurde zugestanden, diese im nächsten Semester gebührenfrei erneut zu belegen.¹²⁸ Gegen die Leistungsgerechtigkeit, ein wesentliches Prinzip wissenschaftlicher Hochschulen, wurde jetzt durchgängig verstoßen. Nach einer Verfügung des Württembergischen Kultministeriums vom Mai/Juni 1933 waren Studierende, die sich in SA, SS oder anderen Gliederungen betätigten, bei der Vergabe von Stipendien und Gebührenerlassen „besonders zu berücksichtigen“.¹²⁹ Dieses Privileg wurde in den folgenden Jahren auch vom Reichserziehungsministerium mehrfach erneuert.¹³⁰ Als an Studierende der Abteilung für Maschineningenieurwesen und Elektrotechnik im Wintersemester 1935/36 Stipendien vergeben werden sollten, lautete die Anweisung im diesbezüglichen Rundschreiben: „... in erster Linie sind alte Kämpfer zu berücksichtigen“, d.h. Studenten, die schon vor 1933 Mitglieder in der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen waren.¹³¹ Während 1933 noch bestimmt wurde: „Jüdischen oder marxistischen Studierenden dür-

123 Siehe die Rede des Studentenführers Albert Schmehl in WSZ 71 (1934 Juni 1) S. 4–6.

124 Die Diskussionen und Konflikte haben einen breiten Niederschlag in den Berichten der Korporationen gefunden: UAST Z101, Z360; UAST 189 (o. Sign.); siehe auch WSZ 69 (1934 Mai 1) S. 3 sowie ebd. 72 (1934 Juni 15) S. 6.

125 StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 80446 (Spruchkammerakte Göring, Helmut)

126 BA Berlin NS 38/3624 (Korrespondenz v. 9.–29. Oktober 1936)

127 UAST 41/4b Bl. 616

128 UAST 41/4b Bl. 623

129 WHZ 57 (1. Juni 1933) S. 5

130 Siehe z.B. WSZ 84 (1935 Juni 27) S. 7f.; UAST 41/4a Bl. 183 und 41/4b Bl. 510f. (Erlass des Reichserziehungsministeriums v. 25. 03. 1935); UAST 41/4a. Bl. 58–60 und 41/4b Bl. 483–485 (Erlass des Reichserziehungsministeriums v. 10. 07. 1937)

131 UAST 41/4b Bl. 589

fen Vergünstigungen nicht mehr bewilligt werden“,¹³² war dies später dadurch sichergestellt, dass nur noch Mitglieder der Deutschen Studentenschaft, der Ausländer und sogenannte „Nichtarier“ nicht angehörten, Stipendien und Gebührenerlasse erhalten durften. Umso erstaunlicher ist es, dass die Professoren der Architekturabteilung sich offenbar nicht daran hielten und dem jüdischen Studenten ↗ Hartmut Colden den vor der Diplomarbeit üblichen Gebührenerlass gewährten.¹³³ Die nationalsozialistischen Aktivisten wurden jedoch tatsächlich belohnt. Listen der vergebenen Gebührenerlasse für Studenten der Abteilung Maschinenwesen und Elektrotechnik, die Professor Richard Grammel zusammen mit dem Studentenführer erarbeitet hatte, belegen dies deutlich, wenn es zum Beispiel heißt:

Bei Gärtner schlage ich mit Rücksicht darauf, daß er alter Kämpfer ist, und die Einkommensverhältnisse nicht besonders günstig sind, 2/4 (statt 0/4) Nachlaß vor.¹³⁴

Bei Bögle schlage ich einen Nachlaß von 4/4 (statt 2/4) vor, da er als alter Kämpfer in der SA viel Zeit geopfert hat und bei der weiteren Durchführung seines Studiums unterstützt werden sollte. ... Aus gleichem Grunde schlage ich für Ott die Gewährung eines Staatsstipendiums vor ...¹³⁵

Bei Reiniger schlage ich mit Rücksicht auf seine freudige Mitarbeit in der Studentenschaft 4/4 (statt 2/4) Nachlaß vor.¹³⁶

2.2.2 Rolle der Rektoren

Anfang 1933 war die Universitätsleitung, konkret die Rektoren, gegenüber den neuen Machthabern in der Politik und in der Studentenschaft deutlich in der Defensive. ↗ Paul Ewald war Mitte April 1933 aus Protest gegen die Pläne der Reichsregierung, die jüdischen Kollegen zu entlassen, von seinem Amt als Rektor zurückgetreten. Erst Anfang Mai 1933 kam mit Heinz Wetzels, Professor für Städtebau, der neue Rektor in sein Amt. Wetzels exekutierte konsequent das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, auf dessen Grundlage Professoren und Assistenten der Technischen Hochschule zwangspensioniert bzw. entlassen wurden (siehe Kap. 3.1.1 bis 3.1.3). Andererseits pflegte er, wie Ewald sich erinnerte, eine ironische Distanz zum Regime.¹³⁷ Ohne Gegeninitiative nahm er die Verfolgung und Entrechtung an seiner Hochschule hin, wie ein Zeugnis des

132 WHZ 57 (1933 Juni 1) S. 5

133 Archiv der Moderne Weimar III/01/067 (Studentenakte Colden, Hartmut: Antrag auf Zulassung zur Diplom-Hauptprüfung in Weimar v. 07. 06. 1948)

134 UAST 41/4a Bl. 178 (Schreiben Richard Grammels an Rektorat v. 25. 05. 1936)

135 UAST 41/4a Bl. 201 (Schreiben Richard Grammels an Rektorat v. 03. 02. 1936)

136 UAST 41/4a Bl. 147 (Schreiben Richard Grammels an Rektorat v. 17. 12. 1936); vgl ebd. 41/4b Bl. 588

137 Paul Ewald berichtete die folgende Anekdote über Wetzels: „... who, of course, was a strongly conservative German nationalist – that was inevitable – but a very decent man and at heart very anti-Nazi. He belonged to the Department of Architecture and he had a little dog, a fox terrier, and when I paid him visits in his Rektorat room, he would close the door carefully, call his dog Hexe, and tell her, ‚Hexe, Mach‘ ‚Sieg-Heil‘ And Hexe would sit up on her hind quarters and have one paw hanging down and the other one lifted up.“ (Zeitzeugeninterview mit P. P. Ewald S. 28). Zu den Rektoren der NS-Zeit siehe Heiber, Universität Bd. II, 2 S. 51–58.

politisch links orientierten Architekturstudenten Max Guther aus der Nachkriegszeit zeigt: „Nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus 1933 wurde ich von dem damaligen Rektor, Herrn Prof. Wetzel, darauf aufmerksam gemacht, dass ich Stuttgart verlassen müsse, wenn ich mich nicht Schwierigkeiten aussetzen wolle. Ich ging damals ins Elsass, kam jedoch schon im Herbst 1933 zurück.“¹³⁸ Offenbar sah Wetzel sich in seiner Eigenschaft als Rektor nicht in der Lage, den unrechtmäßigen Verdrängungen und Relegationen grundsätzlich Einhalt zu gebieten. Auch stellte er sich nicht den Angriffen der Studentenführung gegen Professorenkollegen entgegen, sondern riet zum Beispiel ↗ Leopold Rothmund, Professor für Wasserbau, den Anfeindungen auszuweichen und die Hochschule zeitweise zu verlassen.

Analog zur Studentenvertretung wurde auch die demokratische Selbstverwaltung der Technischen Hochschule Stuttgart im November 1933 durch eine autoritäre Verwaltungsstruktur ersetzt. Nach einer Verordnung des Württembergischen Kultministeriums wurde an den württembergischen Hochschulen das Führerprinzip eingeführt, wonach der Kultminister den Rektor, nunmehr „Führer“ der Hochschule, ernannte. Das demokratische Prinzip der Wahlämter und der Gremienbeschlüsse in der akademischen Selbstverwaltung wurde abgeschafft. Der Rektor vereinigte nun in seiner Person die Kompetenzen des Kleinen und des Großen Senats, ernannte eigenständig seinen Stellvertreter und die Dekane. Die Dekane bestimmten wiederum ihre Stellvertreter. Die Mitglieder der Abteilungen (Fakultäten) hatten nun gegenüber dem Dekan nur noch beratende Funktion. Nach der Errichtung des Reichsministeriums für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung (Reichserziehungsministerium) am 1. Mai 1934 gingen die meisten Kompetenzen des Württembergischen Kultministeriums, etwa die Ernennung der Rektoren, Professoren und Assistenten, an dieses über.¹³⁹

Wetzels Prorektor und Nachfolger im Rektoramt von 1934 bis 1935, der Historiker Helmut Göring, schwamm auf der nationalistischen Welle mit und versuchte, die persönliche Anerkennung der NS-Machthaber zu gewinnen. Er hatte bereits 1932 einen Wahlauf Ruf deutscher Professoren zugunsten der NSDAP mitunterzeichnet, betonte aber vor Dritten seine Distanz zum Regime und insbesondere zu seinem Vetter, dem späteren Reichsmarschall Hermann Göring. Helmut Göring wurde als Prorektor gewählt, weil die Professoren sich von ihm versprachen, dass er die unruhige nationalsozialistische Studentenschaft steuern könne. Er war oder wurde zum persönlichen Freund des ersten nationalsozialistischen Studentenführers Albert Schmehl. Aussagen zu seinem Charakter sind durchweg negativ, wenn auch seine Kritiker einräumen, dass er einiges zugunsten der Technischen Hochschule habe bewirken können. Seine späteren Aussagen über Vorkommnisse und Verfolgungen zeigen – um es vorsichtig auszudrücken – eine starke Tendenz, die Wirklichkeit zu seinem Vorteil umzudeuten. Nach eigener Aussage spielte er zum Beispiel eine positive Rolle zugunsten der Studierenden

138 StA Ludwigsburg EL902/21 Bü 4298 Bl. 27: Erklärung von Max Guther v. 07. 10. 1947

139 Voigt, Universität S. 37f. Zur Tätigkeit des Reichserziehungsministeriums in Bezug auf die TH Stuttgart haben sich außer Personalakten einige Sachakten erhalten: BA Berlin R 4901 Nrn. 2372, 2373, 2374, 2374a, 2374b, 13221, 13234, 13623, 13624, 13625, 13626, 14143, 23093

der Roten Studentengruppe, die sich anhand der Lebensläufe der einzelnen Mitglieder jedoch nicht nachvollziehen lässt.¹⁴⁰

Als Konkurrent um die Macht an der Technischen Hochschule Stuttgart trat den beiden Rektoren Wetzell und Göring schon vor seinem eigenen Rektorat der Bauingenieur Professor Wilhelm Stortz entgegen.¹⁴¹ Bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten war Stortz der einzige Professor der Technischen Hochschule Stuttgart, der bereits (seit Februar 1932) Mitglied der NSDAP war. Er gehörte demnach zu den verdienten, als zuverlässig geltenden „Alten Kämpfern“, die für Führungsaufgaben Verwendung fanden. Der Kultminister ernannte ihn am 21. April 1933 zum Beauftragten mit besonderen Vollmachten (Staatskommissar) an der TH Stuttgart. Die Aufgaben und Vollmachten des Staatskommissars wurden jedoch nicht näher beschrieben, Verwaltungs- und hoheitliche Befugnisse standen ihm jedenfalls nicht zu, sodass es Stortz überlassen blieb, welche Initiativen er im Sinne des NS-Regimes ergreifen wollte. Tatsächlich scheint es, dass ihm im Machtgerangel der NS-Stellen lediglich die Mitarbeiter der Verwaltung blieben, die er schikanieren konnte und mit der Androhung der Entlassung zum Eintritt in die NSDAP zwang. Die Studierenden blieben im Machtbereich des Studentenführers bzw. der SA, die Assistenten und Dozenten in dem des Dozentenführers, die Professoren im Machtbereich des Kultministers. Auf Stortz und wohl auch auf den Architekturprofessor Paul Schmitthenner ging sehr wahrscheinlich die Initiative vom Mai 1933 zurück, Adolf Hitler die Ehrendoktorwürde der Technischen Hochschule Stuttgart anzutragen, die Hitler jedoch ablehnte.¹⁴²

Stortz wurde vom Reichserziehungsministerium im April 1935 als Nachfolger Görings als Rektor eingesetzt.¹⁴³ In nicht wenigen Fällen lässt sich für Stortz die Urheber-schaft für viele Verfolgungen von Hochschulmitgliedern nachweisen (siehe zum Beispiel ↗ Paul Peter Ewald, ↗ Erwin Schopper, ↗ C.W., ↗ Helmut Wolff). Stortz war der erste Rektor nach 1933, der die Studentenführung wieder deutlicher kontrollierte.¹⁴⁴

Stortz' Nachfolger im Rektoramt, Erich Schönhardt (Rektor 1938–1942), exekutierte zwar willig die nationalsozialistische Hochschulpolitik, erhielt aber nach dem Krieg von seinen Kollegen eine im Vergleich zu Stortz bessere Beurteilung seiner Rektoratsführung.¹⁴⁵

Das Gleiche gilt für den letzten Rektor der Technischen Hochschule Stuttgart in der NS-Zeit, den Elektrotechniker Professor Heinrich Hess (Rektor 1942–1945). Hess war ohne Zweifel auch nationalistisch eingestellt, wie sein erhaltenes Redemanuskript für

140 UAST 57/53 (Personalakte Göring, Helmut); StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 80446 (Spruchkammerakte Göring, Helmut); Zeitzeugeninterview mit P.P.Ewald 1968 S.29. und desgl. 1979 (UAST SN1/35) S.13, 18.

141 Zum Folgenden siehe Becker, Stortz S.283–285; Heiber, Universität Bd. II,2 S.53–56.

142 Voigt, Universität Stuttgart S.34; Chronik der Stadt Stuttgart 1933–1945 S.28

143 Hierzu und zu den folgenden Rektoraten: Heiber, Universität Bd. II,2 S.51–58

144 So nach den Aussagen K.W.s, des Studentenführers der Jahre 1938/39, im Zeitzeugeninterview mit dem Verfasser am 11.08.1998 (UAST 44/7)

145 UAST 65/179b (Niederschrift über die Sitzung des Großen Senats v. 06.09.1948 S.11); Böttcher, Schönhardt S.223–226

die Immatrikulationsfeier Anfang Februar 1945 zeigt.¹⁴⁶ Allerdings erhielt er in seinem Spruchkammerverfahren gute Beurteilungen von Studenten, die als „Mischlinge ersten Grades“ galten, und von ausländischen Studenten, denen er in ihrer schwierigen Lage am Ende des Zweiten Weltkrieges beigestanden hatte (siehe hierzu unten Kap. 3.5).

2.2.3 Rolle des Dozentenführers

Eine weitere Stelle, von der aktiv die Verfolgung politisch missliebiger Hochschulangehöriger ausging, war der Dozentenführer bzw. der Führer des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes der TH Stuttgart. Während der gesamten NS-Zeit nahm diese Position der Elektrotechniker Reinhold Bauder (1902–1994) ein, der hierdurch auch eine ungehinderte Karriere vom Assistenten (1930) zum ordentlichen Professor (1943) machte. Bauder war schon 1932 Mitglied der NSDAP geworden und konnte 1938 sogar zum Gaudozentenbundführer von Württemberg-Hohenzollern aufsteigen.¹⁴⁷ Ihm gelang es, bestimmenden Einfluss bei der Besetzung oder Verlängerung von Assistentenstellen zu erlangen, wie einerseits die im Bundesarchiv erhaltenen Akten und andererseits die zahlreichen Klagen der davon Betroffenen zeigen. Er achtete auf die ideologische Ausrichtung der Assistenten und wollte zum Beispiel auch durchsetzen, dass diese bei Vorlesungen ihre SA-Uniformen trugen.¹⁴⁸ Mit dem nachmaligen Rektor Wilhelm Stortz hatte er ein gutes Einvernehmen und gehörte zum informellen internen Führungszirkel der Hochschule. Als es etwa ab 1935 schwieriger wurde, die Assistentenstellen mit geeigneten Personen zu besetzen – die Weltwirtschaft hatte sich erholt und viele junge Diplomabsolventen zogen es vor, in der freien Wirtschaft Stellen zu suchen – wurde sein Zugriff auf Assistenten und habilitierte Dozenten zwar erschwert, doch gibt es zahlreiche Zeugnisse, dass Bauder von Assistenten und Dozenten weiterhin den Beitritt in eine NS-Organisation verlangte und dass er für den Abbruch vieler Hochschulkarrieren zumindest mitverantwortlich war.¹⁴⁹

2.2.4 Bespitzelung durch Gestapo und Sicherheitsdienst der SS

Ein wichtiger Faktor der nationalsozialistischen Herrschaft an der Technischen Hochschule Stuttgart waren die Spitzel der Gestapo bzw. des Sicherheitsdienstes (SD) der SS. Schon vor 1933 gab es unter den nationalsozialistischen Studenten Zuträger, die ihrer Parteidienststelle Informationen über die politische Einstellung von Professoren lieferten. Auch die späteren Karteikarten der politischen Polizei bzw. Gestapo enthalten Informationen über das politische Engagement bei AStA-Wahlen, die wahrscheinlich

146 UAST 57/64 (Personalakte Hess, Heinrich), Redemanuskript 09.02.1945

147 Grüttner, Biographisches Lexikon S.18f. Zur Karriere Bauders im Netzwerk des NS-Staates siehe die Lebenserinnerungen Prof. Richard Feldtkellers: UAST SN8/6 S.45f., SN 8/23 S.23–25.

148 BA Berlin R4901/2373; UAST 44/8a (Zeitzeugeninterview mit E.Schopper v. 12.08.2003) 47:30, 55:22

149 BA Berlin R4901/2373; Beispiele für einzelne Fälle: StA Ludwigsburg EL902/6 Bü20800, ebd. EL902/15 Bü20888; ebd. EL902/20 Bü34119, 55682, 85846, 86536, 96249, 96271

durch Beobachtungen durch Mitstudierende gewonnen worden sind.¹⁵⁰ Zwei Mitglieder des SD sind sogar namentlich bekannt, darunter der Architekturstudent Otto Schöpfer, der als Studentenführer und Führer des NSDStB in Stuttgart seit Anfang 1935 von allen wichtigen Vorgängen in der Studentenschaft Kenntnis hatte und auch einen Überblick über alle Mitstudierenden in prekärer politischer Situation gehabt haben dürfte. Seine Mitgliedschaft im SD ist allerdings erst für die späteren Jahre 1938–1939 nachgewiesen.¹⁵¹ Ein zweiter SD-Spitzel war Assistent im Physikalischen Institut, wo der Institutsleiter Professor ↗ Erich Regener und seine als Jüdin geltende Ehefrau politisch und rassistisch motivierten Anfeindungen ausgesetzt waren. Dieser Spitzel arbeitete Anfang der 1940er Jahre auch am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS).¹⁵² Ein „Beauftragter des SD“ besuchte regelmäßig auch den Leiter des Forschungsinstituts für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren an der TH Stuttgart, Professor Wunibald Kamm, um über Probleme, die bei Forschungsarbeiten auftraten, informiert zu werden.¹⁵³ Ein „Hochschulverbindungsman“ des SD kam Anfang der 1940er Jahre wohl regelmäßig zum damaligen Rektor Heinrich Hess.¹⁵⁴ Einige erhaltene Spitzelberichte zeigen, worüber berichtet wurde bzw. welche Sachverhalte für den SD offenbar wichtig waren. So war zum Beispiel vom Gegensatz der Stuttgarter Architekturschule zur Monumentalarchitektur des NS-Staates die Rede sowie vom wachsenden Einfluss der Stuttgarter Architekturprofessoren u. a. auf „den deutschen Straßenbau“. Einzelheiten in den Texten zeigen, dass die Berichte von einem Insider stammen, der auch Zugang zu den Vorlesungen und Übungen hatte. Er oder sie war sogar so linientreu, dass er/sie Kritik am traditionellen Baustil Paul Schmitthenners übte und erst recht am moderat moderneren Stil von Paul Bonatz: „Es besteht die Gefahr, dass Prof. Bonatz mit seinen Leuten immer mehr gleichgesinnte, die wie sie früher rot eingestellt waren, sich heute auf Nat[ional-]Soz[ialistisch] umgestellt haben, nach sich zieht.“ Alle Aktivitäten, die nicht ganz konform mit den ideologischen Forderungen des NS-Regimes gingen oder dessen Herrschaft auch nur annähernd gefährden konnten, waren von Interesse. Aber auch die Aktivitäten der eigenen Stellen und Parteigänger, etwa des württembergischen Dozentenbundes oder des Rektors Wilhelm Stortz, waren Gegenstand der Berichte.¹⁵⁵ Die Hochschulrektoren – so auch die Stuttgarter Rektoren – nutzten

150 Der Gaugeschäftsführer der NSDAP-Gauleitung Württemberg-Hohenzollern bat am 9. Mai 1930 den Architekturstudenten Leidenberger um Mitteilung darüber „... wie der Professor der Architektur an der Techn. Hochschule in Stuttgart, Paul Schmitthenner, politisch eingestellt ist.“ StA Ludwigsburg PL501 II Bü 124. Beispiele für Einträge über politisches Engagement bei ASTA-Wahlen: BA Berlin R 58/9596 (Karteikarte Perlstein, Oskar van) oder R 58/9586 (Karteikarten Fischges, Werner und Frankl, Wolfgang). Zur Rekrutierung von Studierenden durch den SD generell siehe Giles, Students S. 199f.

151 StA Ludwigsburg EL903/5 Bü 1063

152 StA Ludwigsburg EL902/5 Bü 5341

153 Nach einem Bericht des stellvertretenden Institutsleiters Christian Schmid v. 09.04.1947 in UAST 131/1/80

154 HStA Stuttgart EA 3/150 Bü 879 (Personalakte Hess, Heinrich)

155 StA Ludwigsburg K110/44–46 (SD-Unterabschnitt Württemberg-Hohenzollern, SD-Lageberichte v. 4. Quartal 1938 und v. 1. und 2. Quartal 1939); 1. Vierteljahreslagebericht 1939 des Sicherheits-

offenbar die Kontakte zum SD auch, um auf diesem Weg konfliktlos auf Missstände wie den kriegsbedingten Assistentenmangel, die langjährigen Vakanzen von Lehrstühlen, den Raummangel und die ungenügende finanzielle Ausstattung der technischen Hochschulen aufmerksam zu machen.¹⁵⁶

2.2.5 Nationalsozialismus in der Lehre

Die nach 1945 vertretene Auffassung, die technischen Wissenschaften seien so gut wie nicht durch die NS-Ideologie beeinflusst worden, lässt sich nach den Forschungsarbeiten der letzten Jahrzehnte nicht mehr vertreten. Neben Einzelstudien haben die großen Forschungsprojekte zur Geschichte der DFG und der Max-Planck-Gesellschaft ein gegenteiliges und differenzierteres Bild zur Wissenschaftsgeschichte in der NS-Zeit ergeben.¹⁵⁷ In Stuttgart brachte der erste Nachkriegsrektor Richard Grammel den angeblich unpolitischen Charakter der Natur- und Ingenieurwissenschaften in seiner Festrede zur Wiedereröffnung der Hochschule am 23. Februar 1946 auf den Punkt:

*Die Technischen Hochschulen sind ihrem inneren Gefüge nach ganz unpolitische Körperschaften. Ihre geistige Haltung wird nämlich allein von Ingenieuren und Forschern bestimmt. Der Ingenieur aber ist in der strengen Zucht der Naturgesetze erzogen, denen er dienen muß, der Naturgesetze, die unabhängig von den politischen Strömungen des Tages und des Jahrhunderts ihre Bahn in der geistigen Welt ebenso unbeirrbar ziehen, wie die Gestirne ihre ewigen Bahnen gelassen im Weltall durchschreiten.*¹⁵⁸

Diese Aussage ist jedoch im Zusammenhang mit Grammels Bemühungen zu sehen, sich selbst und möglichst viele der alten Professorenkollegen mit Blick auf deren Entnazifizierungsverfahren zu entlasten, einerseits um die (falsch verstandene) Professorenkollegialität zu wahren, andererseits sicherlich auch, um die Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen zu erreichen und den Lehrbetrieb schnell und störungsfrei wieder aufnehmen zu können.

Tatsächlich hatte auch an der TH Stuttgart zwischen 1933 und Kriegsende in deutlichem Maß eine Ideologisierung der Lehre stattgefunden. Neben den indoktrinierenden Ringvorlesungen und der Vorlesung zur „Rassenhygiene“¹⁵⁹ für alle Studierenden gerie-

hauptantes, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter. 12. 09. 2015. <http://db.saur.de.dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=MAR-0009>

156 Meldungen aus dem Reich (Nr. 311) 24. August 1942, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter. 17. 09. 2015 <http://db.saur.de.dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=MAR-0318>

157 http://dfg.de/dfg_profil/geschichte/zeit_des_nationalsozialismus/index.jsp (21. 09. 2015); Rüdiger vom Bruch, Ulrich Herbert und Patrick Wagner (Hrsg): Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, z. Zt. 10 Bde. 2007–2015; Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, z. Zt. 6 Bde. 2006–20013; <http://www.mpiwg-berlin.mpg.de/KWG/publications.htm> (21. 09. 2015)

158 Ansprachen beim Festakt der Technischen Hochschule Stuttgart zur Feier ihrer Wiedereröffnung am 23. Februar 1946, Stuttgart o. J. [1946], S. 12. Vgl. hierzu Voigt, Universität Stuttgart S. 52 f.

159 Siehe Chronik der Stadt Stuttgart 1933–1945 S. 244 f., 276.

ten ideologische Inhalte und Forschungsarbeiten auch in die naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen.

2.2.6 Nationalsozialismus in der Lehre: Arbeitswissenschaften

Anfang November 1935 wurde Georg Meyer auf den Lehrstuhl für Industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb berufen. Meyer, offenbar ein persönlich schwer zugänglicher Mensch, für den wir außer seiner Dissertation keine wissenschaftlichen Publikationen nachweisen können, kann – wie seine Spruchkammerakte deutlich zeigt – als aktiver Träger des NS-Regimes gelten. Er trat 1933 der NSDAP bei, 1937 wurde er Mitglied bei den Deutschen Christen und im April 1938 durch das Oberkommando der Wehrmacht zum Wehrwirtschaftsführer bei der Rüstungsinspektion V (Stuttgart) ernannt. In dieser Funktion hatte er die Unternehmen in seinem Zuständigkeitsbereich im Hinblick auf Effizienz für die Rüstungsproduktion zu überwachen und griff mitunter erheblich in die Betriebsabläufe und Bereitstellung von Raum und Produktionsmitteln ein, Maßnahmen, die bis zur Stilllegung der Betriebe reichen konnten.¹⁶⁰ Darüber, ob seine Berufung die Ursache für die Verdrängung der zwei Professoren *↗* Wilhelm Häbich und *↗* Alfred Widmaier war, lässt sich mangels Quellen keine eindeutige Aussage mehr treffen.¹⁶¹ Dass unter seiner Ägide eine Indienstellung der Betriebswissenschaften für die Kriegsführung, insbesondere auch für die Zwangsarbeit stattfand, wird aber durch zwei Funde deutlich: Eine (nicht angenommene) Dissertationsschrift dieser Zeit behandelt die Optimierung des Einsatzes von Zwangsarbeiterinnen in der Optischen Industrie (Fa. Zeiss).¹⁶² Eine weitere, angenommene Dissertation – Georg Meyer hat zwischen 1935 und 1945 nur zwei Dissertationen als Hauptgutachter erfolgreich betreut – hatte einen eindeutig rüstungswissenschaftlichen Bezug (Fließfertigung für Flak- und Artilleriezünder)¹⁶³. Unter den ehemaligen Mitarbeitern des Lehrstuhls findet sich mit dem Assistenten Helmut Beisswänger ein späterer Betriebsleiter, der nach eigenen Angaben für den Einsatz von ca. 350 jüdischen KZ-Häftlingen in der Württembergischen Metallwarenfabrik (WMF) in Geislingen an der Steige zuständig war.¹⁶⁴

160 StA Ludwigsburg EL902/18 Bü 5296; Nachrufe in: Technische Hochschule Stuttgart. Reden und Aufsätze, 27. Stuttgart 1961, S.57–59; ebd. Bd. 28 [o. O. und o. J.], S.21–24; [Jahresbericht der] Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule Stuttgart 1960/61. Stuttgart 1961, S.5 f.; Dolezalek, Institut S.29–35, hier S.35; Spur, Produktionstechnische Forschung S.55 f.

161 Widmaier wurde vor Erreichen der Altersgrenze auf eigenen Wunsch emeritiert, weil er nicht weiter genannten Anfeindungen durch Anhänger des NS-Regimes an der Technischen Hochschule ausgesetzt war und einen Beitritt in die NSDAP abgelehnt hatte: UAST 57/2319 (Personalakte Alfred Widmaier: Bescheinigung [des Rektors, Richard Grammel] v. 08.08.1946). Siehe hierzu Kap.3.1.2.

162 UAST 17/578

163 Spur, Produktionstechnische Forschung S.136–139, 384–406 mit einem Überblick über die Dissertationen bei Häbich, Widmaier und Meyer

164 StA Ludwigsburg EL902/8 Bü 995 Bl.12v. Das Lager in Geislingen war ein Außenlager des KZ Natzweiler-Struthof mit über 1000 jüdischen Häftlingen, vor allem Frauen aus Ungarn, die bei der WMF in der Produktion von Düsentriebwerken Zwangsarbeit leisteten. Siehe auch die Dokumentation des Stadtarchivs Geislingen an der Steige: <http://www.geislingen.de/fileadmin/Dateien/Dateien/PDF-Dateien/Aussenlager.pdf> (11.07.2014).

Nicht im Bereich der Arbeitswissenschaften, jedoch bei der Abteilung für Bauingenieurwesen wurde gegen Ende des Zweiten Weltkriegs eine Habilitationsschrift mit dem Titel „Unterirdische Fertigungsanlagen“ angenommen, betreut von Carl Pirath, Professor für Eisenbahn-, Flug- und Verkehrswesen. Zur Habilitation fehlte nur noch die mündliche Prüfung. Das Verfahren wurde jedoch nach Kriegsende mit Verweis auf die Forschungsbeschränkungen der Alliierten – aber nicht wegen des Zusammenhangs der Forschungen mit Zwangsarbeit – ohne Habilitation beendet.¹⁶⁵

2.2.7 Nationalsozialismus in der Lehre: „Arische Physik“

Der schwerwiegendste Fall einer Ideologisierung von Forschung und Lehre fand jedoch an den Physikalischen Instituten statt. Hier wurde im Jahr 1937 als Nachfolger des entlassenen Professors ↗ Paul Peter Ewald der Physiker Ferdinand Schmidt berufen, ein Anhänger der „Deutschen Physik“. Die Vertreter dieser Richtung lehnten aus antisemitischer Aversion die Rezeption einer sogenannten „jüdischen“ oder „mathematischen“ Physik ab und gingen zurück auf den Stand der Wissenschaft vor der Publikation von Relativitätstheorie und Quantenmechanik. Diese Stellenbesetzung war eindeutig ideologisch motiviert, wie die noch vorhandenen Akten des Reichserziehungsministeriums zeigen.¹⁶⁶ Ein Schreiben Schmidts hat sich erhalten, in dem er auf ein Rundschreiben des Rektors an alle Professoren auf die Frage antwortet, welche Lehrbücher er verwendet. Für die Physik finden sich Publikationen der deutschen Physiker Philipp Lenard und Rudolf Tomaschek.¹⁶⁷ Als der Assistent ↗ Erwin Schopper sich in einer Vorlesung mit ironischer Kritik zum Handbuch Lenards äußerte, erntete er Proteste von Seiten der Studenten.¹⁶⁸ Nicht nur der Institutsdirektor Schmidt vertrat eine „Deutsche Physik“, sondern auch der Assistent bzw. a. o. Prof. Ernst Lenz versuchte seine Karriere als Anhänger einer „Deutschen Physik“ voranzutreiben, indem er die Arbeitsgruppen der Fachschaft leitete, in der die Studierenden die Geschichte der Physik mit antisemitischer Tendenz betrieben.¹⁶⁹

2.2.8 Nationalsozialismus in der Lehre: Architektur und Städtebau

Ein wesentliches Merkmal der Stuttgarter Architekturschule vor 1945 war der Gegensatz ihrer wichtigsten Entwurfslehrer Paul Schmitthenner, Heinz Wetzel sowie – mit Einschränkungen – Paul Bonatz zu modernen Architekturformen des Bauhauses, zum Neuen Bauen.¹⁷⁰ Mit seiner rigorosen Ablehnung moderner Architekturformen strebte Paul Schmitthenner zu Beginn des NS-Regimes eine zentrale Position in der Kultur-

165 UAST 17/578

166 Zur Berufung Ferdinand Schmidts siehe BA Berlin R4901/13624; Voigt, Universität Stuttgart S. 42 f.; Seeger, Ulrich Dehlinger S. 308–310

167 StA Ludwigsburg EL902/2 Bü 1998 Bl. 124v.

168 UAST 44/8a (Zeitzeugeninterview mit Erwin Schopper v. 12. 08. 2003) 49:00

169 Siehe den Artikel zu ↗ Erich Regener.

170 Voigt, Paul Bonatz 1877–1956; Voigt, Paul Schmitthenner 1884–1972; Blunck, Heinz Wetzel; Pamppe, Heinz Wetzel; Wetzel, Stadt – Bau – Kunst; Neupert, Stadtbaukunst; Sohn, Städtebau; Sohn, Stadtbaukunst

politik des NS-Staates an, die ihm aber von den Machthabern in Berlin nicht gewährt wurde. Er vertrat weiterhin in seinen Entwürfen und in der Lehre eine intolerante Ablehnung der Moderne, die die Stuttgarter Schule in dieser Beziehung auf eine Linie mit der offiziellen Architekturauffassung des „Dritten Reiches“ brachte. Dass Schmitthenner auf die nationalsozialistischen Kritiker der Moderne mäßigend eingewirkt hätte, ist nicht zu erkennen. Rudolf Büchner, bis 1936 Architekturstudent an der TH Stuttgart und nach dem Zweiten Weltkrieg Professor für Architektur an der Technischen Hochschule Karlsruhe, erinnert sich: „man bedenke, man befand sich bereits im dritten reich. auch an der hochschule machten sich die diffamierungen der modernen kunst und insbesondere der architektur als entartung und kulturbolschewismus doch schon und zunehmend bedrohlich bemerkbar.“¹⁷¹ Büchner, schon als Student begeisterter Anhänger des Bauhauses, führte sein erstes Scheitern mit einem modernen Entwurf in der Baukonstruktions-Prüfung bei Paul Schmitthenner aber nicht auf den Einfluss der NS-Ideologie oder NS-Ästhetik auf diesen zurück. Schmitthenner, den er als Lehrer im Fach Baukonstruktion durchaus schätzte, hatte einen eigenen Stil, das „Schmitthennern“ (Büchner). Die Engführung der Entwurfslehre in der Grundstufe auf die antimoderne, auf Weltflucht hinzielende, großbürgerlich materielle Kulturauffassung¹⁷² Schmitthenners, der sich ganz im Sinne einer biedermeierlich-rückwärtsgewandten, anachronistischen Einstellung als „Meister“ bezeichnen ließ, ist oft bezeugt.¹⁷³ Offenbar war Schmitthenner nicht in der Lage, die moderne Formensprache einiger Studierenden zu akzeptieren. Es fällt auf, dass Studierende, die später im Stil der Moderne ihre Bauten ausführten, im Vordiplom im Fach Baukonstruktionslehre bei Paul Schmitthenner schlechte Noten erhielten oder sogar beim ersten Versuch durchfielen.¹⁷⁴ Es ist nicht unwahrscheinlich, dass zahlreiche Studierende Anfang der 1930er Jahre wegen Schmitthenners doktrinärer Architekturlehre Stuttgart verließen und zum Beispiel nach Berlin gingen, um dort bei Heinrich Tessenow zu studieren.¹⁷⁵ Allerdings ist auch deutlich, dass Schmitthenners Architekturauffassung und seine Entwürfe, Bauten und seine Lehre sich von der offiziellen, von Hitler geförderten monumentalen NS-Architektur absetzten. Die Gestapo-Berichte, die daher die Stuttgarter Architekturschule entsprechend kritisch beurteilen, sind aus Sicht eines Insiders, der die Lehrveranstaltungen besuchte, verfasst

171 Büchner, Ergebnisse eines Architekturstudiums (ohne Seitenzahlen)

172 Siehe hierzu Bresan, Stifters Rosenhaus

173 Siehe die Aussagen von Dorothee Keuerleber in: Grammel, Paul Stohrer S.28; Büchner, Ergebnisse eines Architekturstudiums (ohne Seitenzahlen). Siehe auch Offenberg, Mosaik meines Lebens S.154.

174 Siehe ↗ Gertrud Goldschmidt, ↗ Erika Rathgeber. In seinem Spruchkammerverfahren musste sich Paul Schmitthenner vor allem gegen den Vorwurf einer im Zuge der NS-Herrschaft durchgesetzten doktrinären antimodernen Lehre verteidigen: StA Ludwigsburg EL.902/20 BÜ 161.

175 Ein Beispiel ist der Architekt Dieter Oesterlen (<http://www.bauwelt.de/cms/buch.html?id=6252209#.U0amx6LK0uc> (10.04.2014)). Nach Berlin wechselten Anfang der 1930er Jahre die Architekturstudentinnen Christa Dirxen, Ewa Freise, Sigrid Rauter, ↗ Ilse Sahlmann, Johanna Tönnemann (Bauer, Architekturstudentinnen S.341, 347f., 358–369, 386, 391, 402).

worden.¹⁷⁶ Auch gibt es keinen zwingenden Zusammenhang zwischen dem Architekturstil Schmitthenners und den politischen Einstellungen seiner Schüler. So waren zum Beispiel seine Studenten ↗ Otto Eberwein und Frank Beyer als Mitglieder der Roten Studentengruppe ausgesprochene Gegner der NS-Ideologie.¹⁷⁷

Gerade unter den Studierenden und den jungen Assistenten war die Stimmung gegen das „kulturbolschewistische“ Bauen aber noch unduldsamer als bei den Stuttgarter Professoren, wie die Kampagne gegen den a. o. Professor ↗ Walter Körte zeigt, die diesen schließlich veranlasste, seine Professur aufzugeben. Aber auch der Konflikt um die Diplomarbeit Rudolf Büchners macht deutlich, dass der Konformitätsdruck eher von der jüngeren Generation kam. Büchner reichte 1936 seine Diplomarbeit bei Paul Bonatz ein. Da alle Stuttgarter Professoren an der Benotung beteiligt waren, konnte auch Paul Schmitthenner ein Urteil abgeben. Er plädierte für „durchgefallen“, denn Büchners Entwurf war ganz eindeutig im Stil des Neuen Bauens gehalten und zwar so konsequent, dass – wie Paul Bonatz dem Prüfling später mitteilte – die Diplomarbeit als Provokation empfunden wurde. Nach langer Diskussion einigten sich die Professoren schließlich auf „gut bestanden“. Einige – an der Prüfung nicht beteiligte – Assistenten versuchten jedoch, die Note über eine Einflussnahme durch die SA zu verändern bzw. eine Benotung überhaupt zu verhindern, ein Vorhaben, das jedoch vergeblich blieb.¹⁷⁸

176 StA Ludwigsburg K110/44–46 (SD-Unterabschnitt Württemberg-Hohenzollern, SD-Lageberichte v. 4. Quartal 1938 und v. 1. und 2. Quartal 1939); 1. Vierteljahreslagebericht 1939 des Sicherheitshauptamtes, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter. 12.09.2015. <http://db.saur.de.dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFull-CitationView.jsf?documentId=MAR-0009>

177 Zu Beyer: Privatarchiv Paul Schmitthenner, München (Schreiben Beyers v. 16.01.1947 an Paul Schmitthenner)

178 Büchner, Ergebnisse eines Architekturstudiums (ohne Seitenzahlen); StA Ludwigsburg EL902/20 Bü96249 (Spruchkammerakte Gutbier, Rolf) Bl.28

3 DIE VERFOLGUNG AN DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE STUTTGART

3.1 Entlassung und Verdrängung von Professoren, Assistenten und Mitarbeitern

Gleich zu Beginn der NS-Herrschaft setzte eine erste große Verfolgungswelle ein. An den deutschen Universitäten und Hochschulen wurden Studierende verdrängt und relegiert und zahlreiche Entlassungen und Zwangspensionierungen von Hochschulangehörigen ausgesprochen. Der Umfang und die langfristigen Folgen dieser Vertreibungen für die deutsche Wissenschaft sind schon seit langem ein Gegenstand der Wissenschaftsgeschichte.¹⁷⁹ Einen tieferen Einblick in die Hintergründe, die Täterkreise und ihre Motive erhält man, wenn die entsprechenden Bestimmungen der NS-Gesetzgebung im Zusammenhang mit dem vor Ort ausgeübten Unrecht und den konkreten Einzelfällen betrachtet werden.

3.1.1 Entlassung und Verdrängung von Wissenschaftlern in der Phase der „revolutionären“ Machtübernahme (1933–1934)

Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (BBG) vom 7. April 1933 bestimmte in §3 die Versetzung in den Ruhestand bzw. die Entlassung von Beamten und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, „die nicht arischer Abstammung“ waren. Damit waren Juden und auch solche Personen gemeint, die dem NS-Regime nach dessen rassistischen Anschauungen als Juden galten. Darüber hinaus galt nach der ersten Durchführungsverordnung auch als „nichtarisch“, wer eine jüdische Großmutter oder einen jüdischen Großvater hatte.¹⁸⁰ Den zweiten Kern des Gesetzes bildeten die Bestimmungen, dass auch Personen in den Ruhestand versetzt bzw. entlassen werden konnten, die „nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“ (§4). Die Entlassung bzw. Pensionierung konnte auch „zur Vereinfachung der Verwaltung“ (§6) geschehen. Die erste Formulierung richtete sich gegen Kommunisten und Sozialdemokraten bzw. politisch links stehende Demokraten. Die zweite konnte wiederum gegen jüdische Beamte angewendet werden, die als Teilnehmer am Ersten Weltkrieg nach §3 BBG zunächst noch vor einer Entlassung hätten verschont bleiben müssen – ein Wunsch des noch amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg.

179 Ich folge der Definition des Begriffs Verfolgung, die Michael Grüttner und Sven Kinas in Anlehnung an viele Lokalstudien gegeben haben (Grüttner/Kinas, Vertreibung S. 131–133). Wie Grüttner und Kinas erfassen wir die direkten Entlassungen, die Fälle der eigenen Kündigungen oder Emeritierungen unter Zwang, der Suizide, bis hin zu den „freiwilligen Rücktritten mit politischem Hintergrund“ bzw. dem freiwilligen Ablehnen einer Stelle bzw. einer Hochschullaufbahn aus politischen Gründen.

180 Mühl-Benninghaus, Beamtentum S. 47

Die Aufgabe des BBG war im Grunde nur, die nun anlaufenden scheinlegalen Entlassungen vor der bürgerlichen, staatsgläubigen Öffentlichkeit zu legitimieren und zugleich mögliche Auswüchse der nationalsozialistischen Anhängerschaft in dieser Phase der „nationalsozialistischen Revolution“ einzudämmen. (So bestimmte zum Beispiel §6 BBG, dass Stellen, deren Inhaber „zur Vereinfachung der Verwaltung“ entlassen werden, nicht wiederbesetzt werden durften – konkret bedeutete dies: dass sich NS-Anhänger durch Entlassungen beliebiger Beamter keine lukrativen Stellen verschaffen sollten.) Den Charakter des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ als Freibrief insbesondere für die nationalsozialistische Jugend, endlich mit den Autoritäten der demokratischen Republik abzurechnen, zeigt eine Notiz, die ein Referent des Reichserziehungsministeriums 1936 im Rückblick niederschrieb. Jüdische Lehrer und Professoren seien nach §6 BBG („zur Vereinfachung der Verwaltung“) auch dann entlassen worden, wenn dies aufgrund der Tatsache, dass sie Teilnehmer am Ersten Weltkrieg waren, nicht hätte geschehen dürfen: „Zu dieser Maßnahme hatten zum Teil bestimmte äußere Vorfälle (Widerstand der Schüler oder Studenten gegen nichtarische Lehrpersonen usw.) Anlaß gegeben, zum Teil aber auch lediglich die Erwägung, daß an Lehrer und Jugenderzieher ein strengerer Maßstab als an andere Beamte auch auf rassischem Gebiet angelegt werden muss.“¹⁸¹ Gegen Entscheidungen, die aufgrund des BBG gefällt wurden, etwa Klage einzureichen oder auch nur auf der Grundlage des Gesetzestextes selbst zu argumentieren hatte also keine Aussicht auf Erfolg wie der Fall ↗ Hugo Kauffmanns deutlich zeigt. Die beginnende Auflösung des Rechtsstaates bestand insbesondere in der Beschränkung der Möglichkeit, staatliche Entscheidungen durch Gerichte überprüfen zu lassen.¹⁸²

Der scheinlegale Charakter des BBG wird insbesondere auch darin deutlich, dass bei den Entlassungen nun Willkür und Zufall herrschten. So wurde zum Beispiel der noch amtierende Rektor Paul Peter Ewald nicht entlassen, obwohl er nach der späteren Terminologie „Mischling zweiten Grades“ war, also zumindest einen als jüdisch geltenden Großelternanteil hatte.¹⁸³ Es scheint, dass in diesem Fall eine hohe Position in der hierarchischen Struktur der Hochschule vor Verfolgung zunächst schützen konnte. Denn auch der Architekturprofessor für Entwerfen ↗ Paul Bonatz, der um die Jahreswende 1918/1919 einem Stuttgarter Arbeiterrat und der SPD angehört hatte,¹⁸⁴ blieb von einer Entlassung verschont, während der Assistent am Elektrotechnischen Institut ↗ Richard Kümmich wegen seiner kurzzeitigen Mitgliedschaft in der KPD in den Jahren 1919 und 1920 seine Stelle verlor. Die Diskrepanz bei der Behandlung von Assistenten und ordentlichen Professoren stellte im Rückblick auch Manfred Bräuhäuser, Professor für Geolo-

181 BA Berlin R 4901/312 Bl. 21 (Konzept v. 08.04.1936); vgl. Mühl-Benninghaus, *Beamtentum* S. 50

182 Zum allmählichen Verschwinden der gerichtlichen Nachprüfung von staatlichen Entscheidungen siehe Fraenkel, *Doppelstaat* S. 78–88.

183 BA Berlin R 4901/13234

184 Bonatz, *Leben und Bauen* S. 88–95. Ewald und Bonatz waren trotz ihrer skeptischen Haltung zum NS-Regime bei der Studentenführung angesehen. Bonatz erhielt sogar, nachdem er 1933 als NS-Gegner denunziert worden war, die Unterstützung des Studentenführers Albert Schmehl (ebd. S. 155).

gie und Mineralogie, fest, wenn er über die Entlassungen als „Gewalt“ sprach, „vor der damals nur die alten Hochschullehrer noch geschützt waren.“¹⁸⁵ War man aber wie Professor ↗ Immanuel Herrmann, der einer linken württembergischen Landesregierung als Minister angehört hatte und zudem als Pazifist bekannt war, schon lange im Visier der Anhänger der NS-Regierung, schützte auch der Rang als ordentlicher Professor an der Technischen Hochschule nicht vor der „Schutzhaft“. Bei Immanuel Herrmann erfolgte die Verhaftung am 23. März 1933 – also noch vor dem Erlass des BBG – formaljuristisch wahrscheinlich aufgrund der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes“ vom 4. Februar 1933 und der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933.

War man bisher nicht in die Schusslinie von nationalistischen und nationalsozialistischen Aktivisten geraten, konnte man auch Glück haben und von Verfolgung (zunächst) verschont bleiben, wie der Fall des Eugen Lutterklas zeigt: Im Kontext der gleichzeitig stattfindenden Relegationen und Vertreibungen der jüdischen, demokratischen und kommunistischen Studierenden (siehe Kap. 3.2 und 3.3.), die vielfach vor der Schaffung einer offiziellen Rechtsgrundlage erfolgten und sogar schon zu diesem frühen Zeitpunkt Personen betrafen, die lediglich jüdische Ehepartner hatten, ist hier die prekäre Lage von Eugen Lutterklas zu sehen. Lutterklas war bis Oktober 1933 Assistent in der Architekturabteilung. Er war mit einer als Jüdin geltenden Frau verheiratet, konnte dies aber lange, auch über seine Zeit an der TH Stuttgart hinaus verheimlichen, sodass er an der TH Stuttgart noch keinen Angriffen ausgesetzt war.¹⁸⁶ Die rassistische Verfolgung war demnach Anfang 1933 noch nicht in dem Maße organisiert, als dass einzelne bedrohte Personen in dieser Zeit nicht durch das Netz der Diskriminierungs- und Verfolgungsmaßnahmen hätten schlüpfen können.

Die neue nationalsozialistische Reichsregierung schuf mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ den Rahmen, in dem ihre alten Anhänger und nationalistische Kreise wie die Studenten und ihre Korporationen nun mit den Vertretern eines lange kultivierten politischen Feindbildes abrechnen konnten. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang der §12, in dem de facto die Kürzung der Bezüge und Ruhegelder der Reichs- und Landesminister aus demokratischer Zeit eingeleitet wurde. Damit entsprach die NS-Regierung Forderungen, die schon vor 1933 zum propagandistischen Repertoire republikfeindlicher Parteien gehört hatten und die auch von den nationalistischen und nationalsozialistischen Studenten der TH Stuttgart im Jahr 1931 gegen die beiden Professoren ↗ Immanuel Herrmann und Theodor von Pistorius erhoben worden waren (siehe hierzu Kap. 2.1.3).¹⁸⁷ Außer Herrmann und Pistorius gerieten nun Persönlichkeiten, die vor 1933 den Mitgliedern des NSDStB die Stirn geboten

185 StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 28663 (Schreiben Bräuhäusers v. 24. 01. 1946)

186 StA Ludwigsburg EL350 I Bü 37058 (Wiedergutmachungsakte Lutterklas, Eugen). Lutterklas wurde erst später an seinem Arbeitsplatz in einem Architekturbüro denunziert und musste emigrieren.

187 WHZ 31 (15. 07. 1931) S. 12. Zum Motivkreis nationalsozialistischer Propaganda auf Parteiveranstaltungen siehe Merz, Nationalsozialismus im Vormarsch S. 3–5; zur Entstehung des BBG Mommson, Beamtentum im Dritten Reich S. 154

hatten, in das Schussfeld der Studenten. Etwa der Bibliotheksdirektor ↗ Ernst Marx, der sich geweigert hatte, die Zeitung der NSDAP, den rassistischen „Völkischen Beobachter“, im Lesezimmer der Bibliothek auszulegen. Oder der ehemalige Rektor ↗ Leopold Rothmund, Professor für Wasserbau, der als Rektor der Jahre 1930 bis 1932 viele Konflikte mit den Mitgliedern des NSDStB hatte. Oder der Professor für Architektur ↗ Walter Körte, der schon beim Amtsantritt in der Stuttgarter NS-Presse als „bolschewistischer Baukünstler“ verunglimpft worden war, genauso wie der jüdische Assistent am Lehrstuhl von ↗ Paul Bonatz, ↗ Curtis Fremond, der in der NS-Presse als Jude und mit der Unterstellung, den „Kulturbolschewismus“ in der Architektur zu unterstützen, angegriffen worden war.¹⁸⁸ Die Bespitzelungen, die von studentischen NSDAP-Mitgliedern schon vor 1933 vorgenommen worden waren, konnten nun bei der Verfolgung der politischen Gegner genutzt werden. Über den Architekturprofessor Paul Schmitthenner war offenbar schon 1930 bei der NSDAP ein Dossier angelegt worden.¹⁸⁹

Schon zwei Wochen nach dem Erlass des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ wurde im Württembergischen Staatsanzeiger vom 21. April 1931 zur Kenntnis gegeben: „Ferner sind an der Technischen Hochschule Stuttgart einige Assistenten nichtarischer Abstammung mit sofortiger Wirkung entlassen worden.“¹⁹⁰ Der kurze zeitliche Abstand zum Erlass des BBG am 7. April 1933 zeigt die Vehemenz, mit der interessierte Personenkreise die Zwangsmaßnahmen des NS-Staates auch an der TH Stuttgart durchsetzten. Während der Rektor ↗ Paul Ewald sich für die Durchführung des BBG nicht hergegeben hatte, scheint sein Nachfolger als Rektor, Heinz Wetzel, Professor für Gebäudelehre, Städtebau und Entwerfen in der Architekturabteilung, engagierter gehandelt zu haben. Mit eigens in Druck gegebenen Rundschreiben vom 23. Mai 1933 (siehe Abb. 3) gingen an alle Hochschulmitglieder Fragebogen, die dazu dienten, die Personaldaten zwecks Durchführung des BBG zu erheben und insbesondere die Abstammung festzustellen. Da offenbar an den Lehrstühlen und Instituten auch Hilfskräfte aus Mitteln Dritter beschäftigt waren, deren Personaldaten nicht in der Hochschulverwaltung erfasst waren, wurden die Professoren aufgefordert, die Anschriften dieser Personen binnen zwei Tagen mitzuteilen, damit auch über deren Verbleib oder deren Kündigung entschieden werden konnte.¹⁹¹ Inwieweit das der Technischen Hochschule Stuttgart vorgesetzte Württembergische Kultministerium bei den Entlassungen mitgewirkt hat, ist unklar. Bei den Fällen der Professoren sollte man dies annehmen, da es sich in deren Personalangelegenheiten auch später nicht das Heft aus der Hand nehmen ließ. Bei den

188 Nachlass Paul Bonatz (im Privatbesitz): Aushang und Schreiben von Paul Bonatz mit Erwidern auf diese Angriffe vom Mai 1932. Für den Hinweis auf diese Schriftstücke danke ich Herrn Dr. Wolfgang Voigt, Deutsches Architekturmuseum Frankfurt.

189 Der Gaugeschäftsführer der NSDAP-Gauleitung Württemberg-Hohenzollern bat am 09.05.1930 den Architekturstudenten Leidenberger um Mitteilung darüber „... wie der Professor der Architektur an der Techn. Hochschule in Stuttgart, Paul Schmitthenner, politisch eingestellt ist.“ (StA Ludwigsburg PL501 II Bü. 124).

190 Voigt, Universität S.36

191 Ein Exemplar des Rundschreibens hat sich im Universitätsarchiv Stuttgart erhalten: UAST 41/4a Bl.330. Siehe auch Abb.3.

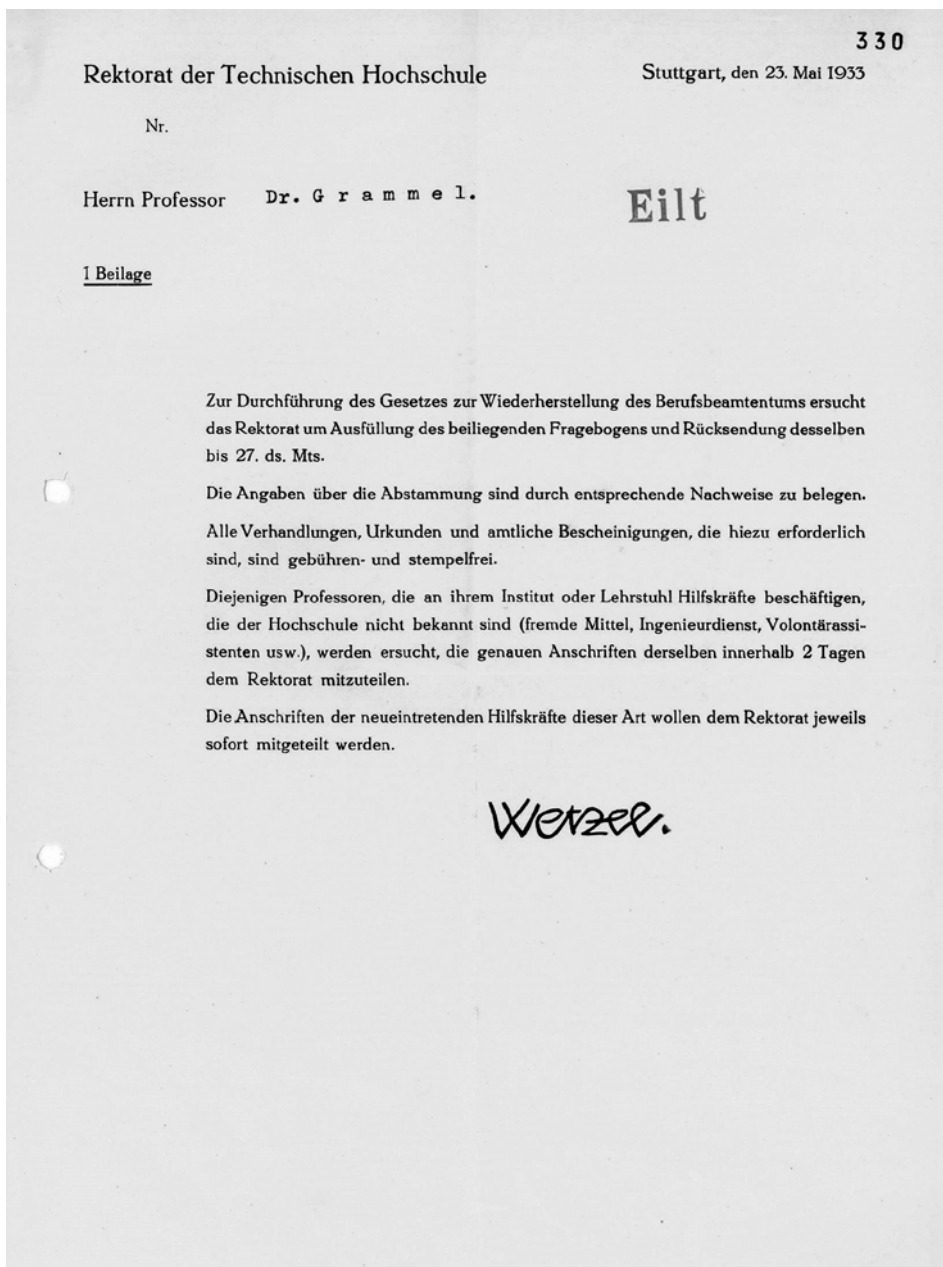


Abb. 3: Rundschreiben des Rektors Heinz Wetzel v. 23. Mai 1933 an die Professoren und Institutsdirektoren (hier das Exemplar von Prof. Richard Grammel, Technische Mechanik) zur Feststellung der Abstammung der Hochschulmitarbeiter. Quelle: UAST 41/4a Bl. 330

Entlassungen der jüdischen bzw. „nichtarischen“ Assistenten, die nur kurze Zeit nach Erlass des BBG erfolgte (s. o.), ist eine Zwischenschaltung des Ministeriums zum Beispiel bei ↗ Curtis Fremond bezeugt. Später, im Fall des Assistenten ↗ Richard Kümmich, wurde es ebenfalls hinzugezogen und hat die Entscheidung zur Entlassung getroffen.

Die Einzelfälle machen deutlich, dass ein großer Teil der Verantwortung für die Entlassung eher im lokalen Umfeld der Betroffenen, vermutlich bei der Studentenführung, dem Staatskommissar, dem Dozentenführer oder Stuttgarter NS-Stellen außerhalb der Hochschule zu suchen ist. Zur Schädigung einer missliebigen Person bedurfte es vielfach eines Anstoßes oder einer Denunziation aus Kreisen vor Ort. Dies zeigt vor allem auch der umgekehrte Fall, in dem Personen, die nach der Gesetzeslage hätten entlassen werden müssen, vor Ort Unterstützung fanden und verschont blieben. So konnte Professor August Wewerka (1891–1964), Direktor des Maschinenlaboratoriums, zunächst verheimlichen, dass seine Ehefrau einen jüdischen Elternteil hatte. Als dieses Geheimnis im weiteren Verlauf der 1930er Jahre nicht mehr gewahrt werden konnte und das Reichserziehungsministerium 1937 schon Listen der deutschen Professoren erstellte, die mit Jüdinnen und Mischlingen ersten und zweiten Grades verheiratet waren, fand Wewerka Hilfe ausgerechnet bei Wilhelm Stortz, dem ehemaligen NS-Kommissar für die Technische Hochschule Stuttgart und vom Nationalsozialismus überzeugten Rektor. Beide Professorenkollegen und ihre Ehefrauen waren persönlich miteinander befreundet, Wewerka selbst dem NS-Regime gegenüber wohl auch durchaus aufgeschlossen.¹⁹² In den Akten des Reichserziehungsministeriums spiegelt sich diese Hilfe. Dort finden sich zu Wewerkas Namen Notizen, dass sein Fall – als das Reichserziehungsministerium durch Rundschreiben die sogenannten „jüdisch versippten“ Professoren ermitteln wollte – „von Württemberg seinerzeit nicht gemeldet“ worden war. Zur Randnotiz „Entpflichtung?“ neben seinem Namen findet sich eine Notiz, aus der zu schließen ist, dass das Kultministerium Württemberg offenbar verfügt hatte, Wewerka im Amt zu belassen. Es gäbe für die Entfernung aus dem Amt auch keine gesetzliche Handhabe mehr. Aus der Technischen Hochschule waren über das Kultministerium Württemberg dann offenbar die Begründungen gekommen, dass Wewerka sich als Leiter des Studentenwerks verdient gemacht habe und wichtige Forschungsaufträge für das Reichskriegsministerium bearbeite.¹⁹³ Der Fall Wewerka zeigt, dass es Hochschulleitung und Ministerium – sicherlich nicht immer, so doch in manchen Fällen – durchaus möglich war, zugunsten der von Entlassung bedrohten Mitarbeiter und Professoren zu intervenieren.

In dieser ersten Phase der Verfolgungen wurden entlassen bzw. in den vorzeitigen Ruhestand zwangsversetzt oder verdrängt: ↗ Georg Adler, ↗ Paul Balter, ↗ Julius Baum, ↗ Werner Ehrenberg, ↗ Curtis Fremond, ↗ Bernhard Gross, ↗ Immanuel Herrmann, ↗ Hugo Kauffmann, ↗ Walter Körte, ↗ Richard Kümmich, ↗ Karl Erich Loebell, ↗ Ernst Marx, ↗ Irmgard Reis.

Eine Folge der antisemitischen Angriffe war auch der Freitod des a. o. Professors für Organische Chemie, ↗ Julius Schmidt.

192 Aufschlussreich ist die Spruchkammerakte Wewerkas im StA Ludwigsburg EL902/20 Bü85846.

193 BA Berlin R4901/312 Bl. 422, 437

3.1.2 Entlassung und Verdrängung von Wissenschaftlern nach 1934

Nach der großen Verfolgungswelle vom Frühjahr und Sommer 1933, die sich z.T. bis 1934 hinzog, erfolgte ab 1935 eine zweite Phase von Entlassungen und Verdrängungen. An der Technischen Hochschule Stuttgart war jedoch nach jetzigem Wissensstand niemand von den Bestimmungen betroffen, die die Durchführungsverordnungen zum Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 (Nürnberger Gesetze) enthielten: Alle Juden oder als Juden geltende Personen mussten nun aus dem Dienst entfernt werden; die Ausnahmen für Teilnehmer am Ersten Weltkrieg galten nicht mehr.

Angewandt wurde an der TH Stuttgart jedoch ein anderes Gesetz dieses Jahres, das sich offenbar gegen die NS-skeptische, in der Kaiserzeit aufgewachsene ältere Professoren-Generation richtete und das auch an anderen Hochschulen genutzt wurde, um unliebsame Professoren zu entfernen,¹⁹⁴ das „Gesetz über die Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern aus Anlass des Neuaufbaus des Hochschulwesens vom 21. Januar 1935“ (GEVH). Es bestimmte in §4: „Fällt aus Anlaß des Neuaufbaus ein Lehrstuhl fort oder wird er einem anderen Fachgebiet zugeschlagen, so kann der bisherige Inhaber von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden werden.“ Offenbar wurde diese Regelung gegen den ordentlichen Professor für Werkzeugmaschinen, Mechanische Technologie und Eisenhüttenkunde ↗ Alfred Widmaier (1873–1956) angewandt, der nun vorzeitig seine zum Ende September 1935 erfolgte Emeritierung beantragte. Vorausgegangen war jedoch ein nicht näher beschriebener Konflikt mit Vertretern des NS-Regimes an der Technischen Hochschule. Auffällig ist auch, dass zwei weitere Professoren der „Abteilung für Maschineningenieurwesen, Elektrotechnik und Luftfahrt“ im Jahr 1935 früher ausschieden, als dies zuvor üblich war. Es handelt sich um ↗ Wilhelm Häbich (1870–1957), Professor für Anlage und Organisation von Fabriken und Betriebslehre, der Ende Juni 1935 mit 65 Jahren zwar gesetzeskonform ausschied, jedoch nach dem GEVH auch bis zur Vollendung des 68. Lebensjahrs hätte im Amt bleiben können, sowie um ↗ Wilhelm Maier (1872–1945), Professor für Maschinenelemente, Hebezeuge und Verbrennungsmotoren, der bei seiner Emeritierung Ende September 1935 erst 63 Jahre alt war.¹⁹⁵ Widmaier, Häbich und Maier waren schon im Kaiserreich auf ihre Professuren berufen worden. Wie Widmaier waren wahrscheinlich auch Häbich¹⁹⁶ und Maier eher einem politisch konservativem Milieu verbunden gewesen und dürften daher dem NS-Regime skeptisch oder ablehnend gegenübergestanden haben. Maier wird in der „List of displaced German Scholars“ der „Notgemeinschaft Deutscher Wissen-

194 Grüttner/Kinas, Vertreibung S. 135 f.

195 UAST SN 9/3

196 Hinweise auf eine nationalkonservative, NS-skeptische Haltung Häbichs gibt es: Wilhelm Häbich war im Ersten Weltkrieg als Hauptmann der Landwehr u. a. in Ypern an der Front im Einsatz (siehe seinen Lebenslauf in seiner Personalakte: UAST 57/59) sowie seit 1904 Mitglied im Krieger- und Militärverein Stuttgart-Berg (UAST SN10/15). Ein Zeitungsbeitrag im Nachlass mit dem Titel „Besinnung“ nimmt einige Motive nationalkonservativer Publikationen auf (ebd. SN10/9). Einen Brief an einen Doktoranden aus dem Jahr 1942 unterzeichnet er nicht, wie für diese Zeit üblich gewesen wäre, mit „Heil Hitler“, sondern mit „Ihr sehr ergebener“ (Nachlass Oskar Bihlmaier: UAST Z 801).

schaftler im Ausland“ vom Herbst 1936 als ein aus politischen Gründen Entlassener aufgeführt.¹⁹⁷ Für Häbich ist es nach späteren Quellen ebenfalls wahrscheinlich, dass er der Hochschule nicht freiwillig den Rücken kehrte.¹⁹⁸ Das GEVH gab jedenfalls zu diesem Zeitpunkt den Rektoren und dem Kultministerium die Handhabe, unliebsame und nonkonforme Professoren von ihren Lehrstühlen zu verdrängen. Die Voraussetzung hierfür, der im Gesetz für die vorzeitige Emeritierung geforderte „Neuaufbau“ der Hochschule, scheint später zwar auch geschaffen worden zu sein, indem eine Professur für Maschinenbau nun der Elektrotechnik zugeschlagen wurde. Allerdings wird die eigentliche Intention der Verdrängung anhand der Neubesetzungen deutlich: Nicht alle, aber einige der vakanten Stellen und der in den nächsten Jahren freiwerdenden Ordinariate besetzte man nun mit Personen, die dem NS-Regime schon durch die frühen Beitritte zur NSDAP besonders genehm waren (sogenannte „Alte Kämpfer“) oder der Partei nahestanden. Zwei der drei neuen Professoren der Elektrotechnik waren bereits vor der Machtübernahme in die NSDAP eingetreten: Adolf Leonhard (1899–1995), berufen 1936, war schon 1925 Parteimitglied geworden¹⁹⁹, Wilhelm Bader (1900–1984), berufen 1939, war 1931 der NSDAP beigetreten.²⁰⁰ Für seine Berufung auf eine Professur hatte sich im April und im Mai 1935 sein ehemaliger Mitschüler und Freund Hans Frank, damals Reichsminister ohne Geschäftsbereich und später „Generalgouverneur“ des besetzten Polen, beim Reichserziehungsministerium schriftlich eingesetzt.²⁰¹ Der Nachfolger Häbichs, Georg Meyer, war zwar erst nach dem 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP geworden, engagierte sich aber schnell bei den Deutschen Christen und übernahm 1938 das Amt eines Wehrwirtschaftsführers, dessen Aufgabe es war, die Unternehmen in seinem Zuständigkeitsbereich in Hinblick auf Effizienz für die Rüstungsproduktion zu überwachen.²⁰² Außer seiner Dissertation scheint Meyer keine weiteren Publikationen verfasst zu haben. Seine Tätigkeit hat er später selbst so beschrieben: „Ich bin an sich kein Wissenschaftler im Sinne eines Professors. Ich war 25 Jahre Betriebsführer, war ein Praktiker ... Ich habe eigentlich keinen wissenschaftlichen Lehrstuhl gehabt, sondern einen über Fabrikorganisation.“²⁰³

Im Zusammenhang mit der Verdrängung nationalkonservativer Professoren dürfte auch die Beendigung des Lehrauftrags von ↗ Ernst Jenny stehen. Jenny war Professor für Volkswirtschaftslehre an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim und hielt

197 Schwartz, List of displaced German scholars S. 38; Strauss/Buddensieg/Düwell, Emigration S. 38

198 Eine Andeutung des späteren Rektors Richard Grammel im Spruchkammerverfahren Georg Meyers, des Nachfolgers von Widmaier und Häbich, scheint den Dissens Häbichs mit dem NS-Regime zu bestätigen. Grammel schreibt: „Die Vorgänger [Georg Meyers; gemeint sind Alfred Widmaier und Wilhelm Häbich, Zusatz N.B.] wurden emeritiert, sie hatten die Altersgrenze erreicht. Ich weiss nicht, ob vielleicht politische Momente mit reingespielt haben, dass sie vielleicht aus diesem Grunde früher weggegangen sind.“ (StA Ludwigsburg EL.902/18 Bü.5296 Bl. 149).

199 StA Ludwigsburg EL.902/20 Bü.97101 (Spruchkammerakte Leonhard, Adolf)

200 StA Ludwigsburg EL.902/7 Bü.437 (Spruchkammerakte Bader, Wilhelm)

201 BA Berlin R4901, Karteikarte zur Personalakte Bader, Wilhelm (ehemals BDC). Zur Freundschaft zwischen Bader und Frank siehe den Brief Franks an Bader v. 21. 08. 1944 in UAST SN 32/1.

202 StA Ludwigsburg EL.902/18 Bü.5296

203 StA Ludwigsburg EL.902/18 Bü.5296 insbes. Bl. 28, 45, 143, 145

seit 1932 auch an der TH Stuttgart Vorlesungen. Als 1933 das Führerprinzip anstelle der Selbstverwaltung der Hochschule eingeführt wurde, geriet Jenny mit der Hohenheimer Hochschulleitung in Konflikt, sodass er im Herbst 1935 pensioniert wurde. Jennys Name findet sich auch in der „List of displaced German Scholars“ der „Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaftler im Ausland“ vom Herbst 1936.

Geht man von der weiter erfolgten NS-Gesetzgebung aus, so schloss sich an den deutschen Hochschulen 1937 nun eine dritte Verfolgungsphase an.²⁰⁴ Betrachtet man die tatsächliche Verfolgungspraxis, so kann man einzelne Phasen wohl nicht unterscheiden. Denn offenbar ohne Rechtsgrundlage wurden die Assistenten ↗ Ernst Schütte 1935/1936, ↗ Rolf Mumbrauer und ↗ Erwin Schopper 1937 entlassen bzw. nicht mehr weiter beschäftigt. Schütte, weil er eine jüdische Frau hatte, was nach den Rechtsvorschriften erst ab 1937 ein Kündigungsgrund hätte sein dürfen; Mumbrauer, weil er in keiner NS-Organisation aktiv sein wollte; Schopper, weil er mehrfach mit regimekritischen Bemerkungen aufgefallen war. Der Konflikt eskalierte, als Schopper bei der SA denunziert wurde, er habe seine Verlobung in der Wohnung Professor Regeners gefeiert, der mit einer Jüdin verheiratet sei (Abb. 4). Ebenfalls 1935 musste ↗ Adolf Butz, Assistent am Geographischen Institut, seine „eingeschlagene akademische Laufbahn“ wegen seiner früheren Zugehörigkeit zur Roten Studentengruppe aufgeben. Auch der Physiker ↗ Carl Hermann gab 1935 seine Assistentenstelle wegen der Zumutungen durch die Nationalsozialisten an der Technischen Hochschule auf. Zu den Verdrängungen, die ohne neue Rechtsvorschriften vonstatten gingen, zählt auch der Fall des Assistenten ↗ Hermann Hoerlin, der wegen seiner „nichtarischen“ Lebenspartnerin eine Hochschullaufbahn für aussichtslos hielt und die von seinem ebenfalls bedrohten Doktorvater Professor ↗ Erich Regener hierzu angebotene Stelle ausschlug.

Es scheint, dass mit dem Amtsantritt des überzeugten Nationalsozialisten Wilhelm Stortz²⁰⁵ als Rektor im April 1935 auch für die Beschäftigung von Assistenten nun strenge Maßstäbe an die Regimetreue der Kandidaten gelegt wurden. Einem ministeriellen Erlass entsprechend, den er „in jeder Weise zu fördern beabsichtig[t]e“, forderte Stortz im Januar 1936 von den Lehrstuhlinhabern, als Einstellungskriterium für Assistenten deren Mitgliedschaft in NSDStB, SA, SS oder HJ vorzusetzen.²⁰⁶ Die Assistenten waren zudem der subjektiven politischen Beurteilung des Dozentenführers ausgeliefert. Diese war ausschlaggebend für die Verlängerung der befristeten Assistentenverträge, wie eine Akte des Reichserziehungsministeriums zeigt, die zahlreiche politische Beurteilungen von Stuttgarter Assistenten enthält. Die Schreiben Bauders verdeutlichen, wie der Dozentenführer noch bis in die 1940er Jahre Verlängerungen von Anstellungen verhinderte. Andererseits schreckte er aber davor zurück, bei offensichtlichen Regimegegnern, die durch ihre Persönlichkeit oder den Rückhalt in der Fakultät eine starke Position im Gefüge der TH hatten, ein negatives Urteil abzugeben.²⁰⁷ Die Annahme, man könne beim

204 Grüttner/Kinas, Vertreibung S. 136 f.

205 Zu Stortz siehe Becker, Stortz S. 283–285

206 UAST 41/4a Bl. 203 f. Der Erlass des Württembergischen Kultministers v. 09.12.1935 in Abschrift: StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 28663 Bl. 33

207 BA Berlin R 4901/2373



Abb. 4 (UAST SN 16/11): Dieses Foto verdeutlicht wie kaum ein anderes Dokument die Situation der Hochschulmitglieder zwischen bürgerlicher Normalität und antisemitischem NS-Regime. Es fand sich im Nachlass des späteren Assistenten am Physikalischen Institut, Sascha Magun (1912-1980, Dritter von rechts). Abgebildet sind die Gäste der Verlobungsfeier \nearrow Erwin Schoppers (1909-2009, sitzend), damals Assistent am Physikalischen Institut. Sie fand 1936 in der Dienstwohnung Professor \nearrow Erich Regeners und seiner Frau Victoria Regener (nebeneinander in der Bildmitte) im Physikalischen Institut in der Wiederholdstraße statt. Das Ereignis wurde denunziert: Dem Rektor wurde zugetragen, Schopper habe seine Verlobung „im Hause des jüdisch versippten Professors Regener“ begangen, woraufhin Rektor Wilhelm Stortz Schopper zwang, seine Assistentenstelle aufzugeben. Victoria Regener (1879-1949) galt im NS-Staat als Jüdin, was - zusammen mit anderen Anschuldigungen - Ende 1937 zur Entlassung Professor Erich Regeners führte. Das Bild zeigt weitere Assistenten und Mitarbeiter des Physikalischen Instituts, darunter \nearrow Hermann Hoerlin (1903-1983, oberste Reihe, Dritter von links), der eine von Regener angebotene Assistentenstelle und Habilitationsmöglichkeit ausschlug. Er hatte eine sogenannte „nichtarische“ Verlobte und schätzte richtig ein, dass diese Verbindung eine Hochschullaufbahn in Deutschland verhindern würde. Erich Regeners Sohn \nearrow Victor Regener (1913-2006, Vierter von rechts) emigrierte nach der Promotion 1938 über Italien in die USA - er galt als Sohn einer jüdischen Mutter als „Mischling ersten Grades“. Die zweite Person von rechts ist ebenfalls identifiziert: Es handelt sich um einen Spitzel des SD (Sicherheitsdienst der SS), wie einwandfrei aus späteren Akten hervorgeht. Erwin Schopper konnte 2003 noch als Zeitzeuge zu diesem Foto befragt werden.

Vergleich von Fallzahlen der Vertreibungen an verschiedenen Hochschulen die nichthabilitierten Assistenten vernachlässigen, da das NS-Regime nach 1933/34 keine Einstellung von Regimegegnern mehr zuließ²⁰⁸ und mithin keine Entlassungen oder Vertreibungen aus politischen Gründen mehr stattfanden, trifft also nicht zu.

Eine dritte Phase der Verfolgungen an der Technischen Hochschule Stuttgart kann jedoch in der Entwicklung der Rechtsvorschriften konstatiert werden: Im Fokus der Gesetzgebung und Erlasse standen seit 1937 nun Professoren und Mitarbeiter, die selbst als sogenannte „Mischlinge“ galten oder mit jüdischen Ehepartnern oder „Mischlingen“ ver-

²⁰⁸ So Grüttner/Kinas, Vertreibung S. 129, 131

heiratet waren.²⁰⁹ Diese Rechtsvorschriften wurden nun herangezogen, um die Professoren ↗ Erich Regener, ↗ Paul Peter Ewald und ↗ Hans Hildebrandt von der Hochschule zu entfernen. Die gesetzlichen Bestimmungen bildeten tatsächlich schwerwiegende Gründe für Entlassungen im Hochschulbereich, doch gewichtig sind auch die Interessen vor Ort, die eine Entfernung aus dem Amt vorantrieben. Erich Regener, Paul Peter Ewald und Hans Hildebrandt waren im lokalen NS-Milieu als Gegner des Regimes bekannt. August Wewerka, der mit seiner „halbjüdischen“ Frau in einer rechtlich ähnlich prekären Situation war, fand aber wie oben gezeigt im lokalen Netzwerk des NS-Regimes Schutz vor der Entlassung.

Zu den entlassenen und verdrängten Wissenschaftlern der TH Stuttgart in dieser Phase zählen: ↗ Paul Bonatz, ↗ Adolf Butz, ↗ Paul Peter Ewald, ↗ Fröschl, ↗ Wilhelm Häbich, ↗ Carl Hermann, ↗ Hans Hildebrandt, ↗ Hermann Hoerlin, ↗ Ernst Jenny, ↗ Hermann Keller, ↗ Wilhelm Maier, ↗ Karl Meyer, ↗ Rolf Mumbrauer, ↗ Erich Regener, ↗ Victor Regener, ↗ Günter Schöll, ↗ Erwin Schopper, ↗ Ernst Schütte, ↗ Alfred Widmaier, ↗ Klaus Zwiauer.

3.1.3 Anzahl der entlassenen und verdrängten Hochschullehrer im Vergleich zu anderen deutschen Hochschulen

Ein Vergleich des Anteils der entlassenen oder verdrängten Hochschullehrer der Technischen Hochschule Stuttgart mit den entsprechenden Zahlen deutscher Universitäten zeigt einen für Stuttgart vergleichsweise niedrigen Anteil. Während im Durchschnitt etwa 19,3 Prozent der Hochschullehrer (ordentliche und außerordentliche Professoren einschließlich der Emeriti, Honorarprofessoren, Privatdozenten, Lehrbeauftragten und sonstigen Lehrkräften ohne nichthabilitierte Assistenten), die Anfang 1933 an deutschen Universitäten lehrten, in der NS-Zeit aus rassistischen oder politischen Gründen entlassen oder aus ihren Stellen gedrängt wurden, sind es an der Technischen Hochschule Stuttgart ca. 10,9 Prozent.²¹⁰ Die Ursache für diesen im Vergleich niedrigen Wert kann darin liegen, dass aufgrund der schlechten Quellenlage besonders für die Gruppe der Privatdozenten nicht alle Fälle von Entlassung und Verdrängung ermittelt werden konnten. Andererseits weichen die Zahlen für die einzelnen Universitäten mitunter sehr stark – nach unten wie nach oben – vom Durchschnitt ab.²¹¹ Diese Differenzen spiegeln jedoch nicht eine mögliche unterschiedliche Intensität der Verfolgung an den jeweiligen Hochschulen wider, sondern vielmehr den Anteil der Juden oder der dem NS-Regime als Juden geltender Personen am Lehrkörper, da nämlich ca. vier Fünftel der Entlassungen und Verdrängungen wegen der Zugehörigkeit der Betroffenen zu einer jüdischen

209 Ebd. S. 137–139; Mühl-Benninghaus, Beamtentum S. 163

210 Es sind dies die 13 Professoren ↗ Julius Baum, ↗ Paul Bonatz, ↗ Paul Peter Ewald, ↗ Wilhelm Häbich, ↗ Immanuel Herrmann, ↗ Hans Hildebrandt, ↗ Hugo Kauffmann, ↗ Walter Körte, ↗ Wilhelm Maier, ↗ Ernst Marx, ↗ Erich Regener, ↗ Julius Schmidt und ↗ Alfred Widmaier. Zeitweise verdrängt war ↗ Leopold Rothmund. Grundlage der Berechnung ist das Personal- und Vorlesungsverzeichnis zum Wintersemester 1932/33, nach dem insgesamt 129 Personen den Lehrkörper der TH Stuttgart (einschließlich Emeriti und ohne nichthabilitierte Assistenten) bildeten.

211 Siehe Tabelle 3 in Grüttner/Kinas, Vertreibung S. 140.

Gemeinde, jüdischer Vorfahren oder wegen eines jüdischen oder „nichtarischen“ Ehepartners erfolgten.²¹² Der Anteil von Juden an der Zahl der Lehrenden ist allerdings nicht nur auf die Größe der jüdischen Gemeinde am Hochschulort zurückzuführen, wie etwa in Berlin, dessen Universität 36,5 Prozent des Lehrkörpers verlor, oder Frankfurt, wo der Anteil der Entlassenen und Verdrängten 34,9 Prozent betrug, sondern kann schon durch eine frühere antisemitische Berufungspolitik während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik bedingt sein, wie sie an der Universität Tübingen üblich war und wo der Biologie Professor Ernst Lehmann niederschrieb: „... jüdische Professoren hat Tübingen ja, ohne viel Worte zu machen, stets von sich fern zu halten gewußt“.²¹³ An der Universität Tübingen waren 1933 fast keine „nichtarischen“ Lehrenden tätig, sodass nur 4,0 Prozent des Lehrkörpers entlassen wurden.²¹⁴ Ob antisemitische Vorbehalte auch die Berufungspolitik an der Technischen Hochschule Stuttgart vor 1933 bestimmt oder beeinflusst haben, lässt sich nicht mit Sicherheit ausschließen. So gab es unter den 48 ordentlichen Professoren und Emeriti keine Person jüdischen Glaubens und die vier 1933 entlassenen und verdrängten jüdischen Professoren (Julius Baum, Hugo Kauffmann, Ernst Marx, Julius Schmidt) waren in der akademischen Hierarchie als a. o. Professoren nur bis zur Gruppe der Privatdozenten aufgestiegen. Auszuschließen sind allerdings antisemitische Vorbehalte in den beiden physikalischen Instituten, wo die Professoren Erich Regener und Paul Peter Ewald jüdische Assistenten beschäftigten. Die Stuttgarter Gestapo notiert im Jahr 1944 über Ewald: „Er galt als ausgesprochener Judenfreund und hat in seiner Eigenschaft als Professor der Technischen Hochschule in Stuttgart vorwiegend jüdische Assistenten herangezogen.“²¹⁵ Auch die Professoren der Architekturabteilung dürften mit Ausnahme des nationalsozialistischen Kommissars und späteren Rektors Wilhelm Stortz von antisemitischen Ressentiments frei gewesen sein, wie ihre vielfache Hilfe für jüdische und „nichtarische“ Studierende zeigt (s. u. Kap. 4.3).

Ein Grund für den im Vergleich niedrigen Anteil von vertriebenen Lehrenden mag auch darin liegen, dass aufgrund des Phänomens der „Berufsvererbung“ (Kinder orientieren sich bei der Berufswahl am Vater bzw. an Familienmitgliedern) nur eine geringe Zahl von Juden oder Personen mit jüdischen Vorfahren technische Berufe bzw. Studiengänge wählte, wie sie von Technischen Hochschulen angeboten wurden. Während das Studium von Medizin oder Jura den Mitgliedern jüdischer Familien im Emanzipationsprozess des 19. Jahrhunderts eher eine Gleichstellung in der nicht-jüdischen deutschen Gesellschaft versprach, waren die technischen Studiengänge und die daraus resultierenden Berufe noch nicht als akademisch angesehen. Der Beruf des Ingenieurs ermöglichte zu dieser Zeit noch nicht ohne Weiteres einen entsprechenden Status in der gebildeten bürgerlichen Gesellschaft. Dies mag der Grund gewesen sein, dass noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Juden oder Personen mit jüdischen Vorfahren in Ingenieurberufen und auch in entsprechenden Stellungen an technischen Hochschulen unter-

212 Ebd. S.148

213 Zitat nach Adam, Hochschule und Nationalsozialismus S.30

214 Grüttner/Kinas, Vertreibung S.142. Zu Tübingen: Adam, Hochschule und Nationalsozialismus S.30f.

215 BA Berlin R4901/13234 (Gestapo Stuttgart an Reichssicherheitshauptamt v. 31. 08. 1944)

repräsentiert waren.²¹⁶ Generell scheint deshalb die Vertreibung von Hochschullehrern von den deutschen technischen Hochschulen im Vergleich zu den Universitäten von geringerem Ausmaß gewesen zu sein.²¹⁷

Die Quote bei den entlassenen und verdrängten nichthabilitierten Assistenten beträgt für den Zeitraum von 1933 bis 1934 mindestens 8,6 Prozent.²¹⁸ Die Zahl bleibt jedoch unsicher, da für eine systematische Recherche nach Entlassungen von Assistenten keine Quellen mehr vorhanden sind. Das letzte erhaltene Personalverzeichnis, das auch die Namen von nichthabilitierten Assistenten aufführt, ist vom Sommersemester 1932.²¹⁹ Die Informationen zu den Vertreibungen sind mehr oder weniger zufällig erhalten geblieben: In der Personalakte des entlassenen a. o. Professors Hans Hildebrandt fand sich ein Notizzettel mit einigen Namen entlassener Assistenten.²²⁰ Ansonsten werden verdrängte Assistenten nur sporadisch in Lebenserinnerungen, in Rechtfertigungsschreiben in den Spruchkammerakten, in Personalakten aus der Nachkriegszeit oder in Zeitzeugengesprächen erwähnt, sodass es wahrscheinlich ist, dass wir zur Zeit nicht alle Fälle von entlassenen Assistenten kennen und in Zukunft noch weitere bekannt werden könnten.

3.1.4 Entlassung und Verdrängung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in Technik und Verwaltung

Über die Verfolgungen der Beamten und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung wissen wir kaum etwas. In den Instituten und Sammlungen, in der Bibliothek und der zentralen Verwaltung arbeiteten im Sommersemester 1932 145 Personen: Verwaltungsbeamte, Schreibgehilfinnen, Mechaniker, Hausverwalter, Zeichner usw., darunter auch 22 Ingenieure in der Materialprüfungsanstalt.²²¹ Es ist sehr unwahrscheinlich, dass es nicht auch in dieser Gruppe zu einer größeren Zahl von Entlassungen aus rassistischen und politischen Gründen gekommen wäre. Da wir von diesen Personen jedoch zumeist nur den Nachnamen und den Anfangsbuchstaben des Vornamens kennen, war es nur in sel-

216 So waren auch die vier an der TH Darmstadt entlassenen bzw. verdrängten Ordinarien keine Ingenieure, sondern Naturwissenschaftler (zwei Chemiker, ein Physiker) und ein Jurist (Dipper/Hanel/Schmidt, TH Darmstadt S. 92 f.).

217 Hartshorne, German Universities S. 95. An der TH Darmstadt wurden zwischen 1933 und 1936 ein Fünftel der Professoren (13 von 63) und ein Sechstel der Privatdozenten entlassen oder verdrängt (Dipper/Hanel/Schmidt, TH Darmstadt S. 95). Von der TH Karlsruhe wurden rund 13,5 Prozent der Hochschullehrer vertrieben, dabei allerdings 22 Prozent der Ordinarien (Seidl, Personelle Säuberungen S. 465).

218 Folgende Assistentinnen und Assistenten wurden nach bisherigem Wissensstand zwischen 1933 oder 1934 aus rassenideologischen oder politischen Gründen entlassen bzw. nicht eingestellt: ↗ Georg Adler, ↗ Paul Balter, ↗ Werner Ehrenberg, ↗ Curtis Fremond, ↗ Bernhard Gross, ↗ Richard Kümmich, ↗ Karl Erich Loebell, ↗ Irmgard Reis. Grundlage der Berechnung sind die Anzahl der für das Sommersemester 1932 in einem Personalverzeichnis genannten 93 Assistenten (UAST10/54) und die Zahl von 92 Assistenten nach dem Statistischen Handbuch von Württemberg. 25. Ausgabe, Stuttgart 1937, S. 269.

219 UAST10/54

220 UAST57/66

221 UAST10/54. Reinigungskräfte sind in diesem Verzeichnis nicht enthalten.

tenen Fällen möglich, überhaupt weitere Unterlagen zu finden, die über eine mögliche Verfolgung hätten Auskunft geben können.

Lediglich fünf Fälle sind bekannt, die Mitarbeiter aus Technik und Verwaltung betrafen: ↗ Robert Kress, Schlosser an der Materialprüfungsanstalt, war am Ende des Krieges denunziert worden, musste untertauchen und seinen Arbeitsplatz meiden. ↗ Adolf Daferner, Motorenschlosser am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS), kam Ende 1941 auf Veranlassung des Institutsdirektors Wunibald Kamm für einige Tage in Gestapohaft, weil er öfter unentschuldig gefehlt hatte und zu spät zur Arbeit erschienen war. Aus ähnlichen Gründen musste auch der Maschinenschlosser ↗ Ernst Stütz, ebenfalls am FKFS beschäftigt, in Gestapohaft. Glück hatte hingegen sein Kollege ↗ Hermann Schmidt, den das FKFS zwar bei der Polizei wegen angeblicher „Arbeitsbummelei“ angezeigt hatte, der aber keine Haft erdulden musste. Anonym bleibt der Mitarbeiter der Zentralen Verwaltung, der gegen Ende der NS-Zeit wegen seiner „nichtarischen Frau“ in eine prekäre Situation kam (↗ N.N. 5).

3.2 Relegation und Vertreibung kommunistischer und demokratischer Studierender

Zu den Verfolgten der ersten Monate der nationalsozialistischen Herrschaft gehörten an der Technischen Hochschule auch die Mitglieder der Roten Studentengruppe und Studierende, die in demokratischen Studentenvereinigungen organisiert waren. Bei der Verfolgung der linken und demokratischen Studenten ist es wiederum auffällig, dass diese zum Teil schon im März und April 1933 am Weiterstudium oder sogar an der Beendigung ihrer Prüfungen gehindert wurden (↗ Herbert Oßwald, ↗ Paul Stohrer). Wahrscheinlich wurden diese zu Beginn des Sommersemesters 1933 von den Hochschulen vertriebenen Studierenden den anderen deutschen Hochschulen noch gar nicht gemeldet – was bei den später Vertriebenen der Fall sein sollte – und konnten daher ihr Studium noch andernorts fortführen, wie es der Architekturstudent Paul Stohrer, einer der früh Betroffenen, schildert: „Meine Gesinnungsfreunde gingen entweder ins Ausland oder an andere Hochschulen.“²²²

Die meisten der aus politischen Gründen relegierten Studenten kennen wir aus einer Namenliste der Berliner Universität, die dazu diente, die erneute Immatrikulation dieser Studierenden in Berlin oder an einer anderen deutschen Hochschule zu verhindern.²²³ Die Mehrzahl der hierin genannten zwangsexmatrikulierten Stuttgarter Studenten gehörte zur Roten Studentengruppe. Eine weitere Quelle ist eine Kartei, die wohl am Anfang der NS-Herrschaft von der politischen Polizei bzw. Gestapo in Südwestdeutschland angelegt wurde und weitere Namen und Angaben zu Mitgliedern der Roten Studentengruppe enthält.²²⁴ Zumindest einzelne kommunistische Studenten waren schon vor

²²² StA Ludwigsburg EL902/20 Bü14366 (Schreiben Stohrers v. 10.05.1946)

²²³ Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin, Bestand Universitätsrichter Nr.3017, 3018; vgl. Grüttner, Studenten S.504 Tab.31.

²²⁴ BA Berlin R58/9581 bis R58/9599

1933 von der Stuttgarter Polizei beobachtet worden und standen auch nach ihrer Relegation weiterhin im Fokus der Gestapo, wie die oben genannte Kartei zeigt, die offenbar vom Reichssicherheitshauptamt in Berlin weitergeführt wurde.²²⁵ Es ist wahrscheinlich, dass ähnlich wie an der Universität Tübingen²²⁶ die Wahlaufrufe und Kandidatenlisten zu den früheren AStA-Wahlen ausgewertet wurden, aber auch, dass an der Bespitzelung der kommunistischen und demokratischen Studierenden Stuttgarter Mitstudenten beteiligt waren. Denn den Mitgliedern des NSDStB waren die wenigen Anhänger der Roten Studentengruppe persönlich oder mit Namen bekannt, wie die diffamierenden Artikel in der Zeitungsbeilage zum Stuttgarter NS-Kurier „Student im Braunhemd“ zeigen.²²⁷ Bereits 1932 und dann wieder im März 1933 hatte der NSDStB beim Rektor der Technischen Hochschule Anträge auf Verbot der Roten Studentengruppe gestellt.²²⁸ Schon vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Württemberg hatte die württembergische Landeskriminalpolizei die Massenverhaftung von Funktionären der KPD vorbereitet²²⁹ – ob hierbei auch Stuttgarter Studenten auf den Adress- bzw. Verhaftungslisten standen, wissen wir aber nicht.

Es waren jedoch nicht nur linke oder kommunistische Studierende, die relegiert wurden. Der Architekturstudent ↗ Georg Henze, der im Sommersemester 1933 von der Technischen Hochschule Stuttgart verwiesen wurde, war „Präsident“ des „Republikanischen Studentenbundes“, einer demokratischen Studentenorganisation, die sich von Kommunisten und Nationalsozialisten gleichermaßen distanzierte und sich zur Demokratie bekannte (siehe hierzu o. Kap. 1.4). Die Vermengung von Unrecht und formaler Korrektheit zeigt das nähere Vorgehen: Henze wurde zwar relegiert, erhielt aber die für das aktuelle Semester gezahlten Studiengebühren zurückerstattet.²³⁰

Bei den Relegationen gingen Staatsorgane und Hochschule offenbar gemeinsam vor. Diese wurden mitunter durchaus mit Gewalt durchgeführt. Zur Relegation Georg Henzes wurde nach dem Ende der NS-Herrschaft festgestellt:

Als ehemaliger Präsident des Republikanischen Studentenbundes wurde er im Juli 1933 in Stuttgart in Untersuchungshaft genommen, vor einer Hochschulkommission verhört, nach 10 Tagen entlassen und durch Dekret des Reichskultusministers Rust vom Studium an sämtlichen deutschen Hochschulen und Universitäten ausgeschlossen. Das Sommersemester 1933 wurde von der Techn. Hochschule Stuttgart als ungültig erklärt ...²³¹

Gemeint war wahrscheinlich der Erlass des Württembergischen Kultministeriums vom 8. Juli 1933, nach dem „Studierende, die sich in den letzten Jahren nachweislich

225 Letsche, Lilo Herrmann S. 83, Anm. 12

226 Wimmer, Verfolgung der kommunistischen Studenten S. 184–194

227 Zum Beispiel Ausgabe v. 14. 02. 1932

228 WHZ Nr. 45 v. 01. 07. 1932; BA Berlin NS 38/2272 (Die Studentenschaft der Technischen Hochschule Stuttgart an den Vorstand der Deutschen Studentenschaft v. 11. 03. 1933)

229 Brüggemann in Bauz, Die Geheime Staatspolizei S. 176

230 StA Ludwigsburg EL.350 I Bü 37890

231 Ebd.

im kommunistischen Sinne betätigt“ haben, sofort relegiert werden konnten, ohne dass die Bestimmungen der Disziplinarordnungen aus demokratischer Zeit noch Gültigkeit hatten. Dieser Erlass, den man offenbar auch auf demokratische Studenten wie Henze angewendet hat, folgte dem Text der entsprechenden Verordnung des preußischen und nachmaligen Reichserziehungsministeriums.²³² Auch der Architekturstudent ↗ Paul Stohrer wird seinen Verfolgern nicht freiwillig seinen Schrank in der Hochschule, in dem NS-kritische Flugblätter lagerten, geöffnet haben. Und auch dem Leiter der Roten Studentengruppe ↗ Otto Eberwein drohte 1933 die nächtliche Verhaftung durch die politische Polizei, der er sich durch die Flucht aus Stuttgart jedoch entziehen konnte.²³³ Glück hatte der kommunistische Architekturstudent ↗ (Karl) Ernst Ruge. Auf dem Weg von der Hochschule nach Hause konnte er beobachten, wie sein Studentenzimmer von der Polizei durchsucht wurde, sodass er noch rechtzeitig vor der Verhaftung die Flucht ergriff. Ebenfalls Glück hatte der Architekturstudent Frank Beyer, ebenfalls Mitglied der Roten Studentengruppe. Er entging der Relegation und konnte 1934 mit der Diplomprüfung abschließen und als Architekt berufstätig werden, weil er im Sommersemester 1933 als Beurlaubter nicht vor Ort war.²³⁴ Hieran zeigt sich der oftmals willkürliche Charakter der offenbar vielfach spontanen Verfolgungsmaßnahmen.

Als Urheber sind vor allem die nationalsozialistischen Kommilitonen anzusehen, die schon seit langem in Feindschaft zur Roten Studentengruppe standen und schon vor den einschlägigen Erlassen ihre politischen Gegner von der Hochschule vertrieben.²³⁵ Da sie als SA-Mitglieder bei den Verhaftungen von Regimegegnern auch als Hilfspolizisten im staatlichen Auftrag handelten,²³⁶ standen ihnen die Möglichkeiten der staatlichen Repression zur Verfügung. Entsprechend erschien am 1. November 1933 auch eine kurze Notiz in der Württembergischen Studentenzeitung:

Ausschluß vom Studium

*Die Führung der Württ. Studentenschaften macht darauf aufmerksam, daß einige Studenten, die sich noch im letzten Semester in zersetzender Weise im Sinne eines intellektuellen Bolschewismus betätigt haben, vom Studium an sämtlichen deutschen Hochschulen ausgeschlossen wurden. Wir werden auch weiterhin etwa auftretenden Bestrebungen mit rücksichtsloser Schärfe entgegenreten.*²³⁷

An der Vertreibung demokratischer und linker Studierender war aber auch das Rektorat beteiligt, wie die Aussage Helmut Görings, Prorektor vom Mai 1933 bis zum April 1934 und späterer Rektor, deutlich macht. Er berichtete 1947 in seinem Spruchkammerver-

232 Wischnath, Student sein verpflichtet S. 687; Grüttner, Studenten S. 207

233 StA Ludwigsburg EL.902/20 Bü 161 Bl. 16 f., 31, 32a

234 StA Ludwigsburg EL.902/20 Bü 161 Bl. 21; Nachlass Paul Schmitthenner, Unterlagen zur Entnazifizierung, Bl. 15 (Schreiben Frank Beyers an Paul Schmitthenner v. 16. 01. 1947)

235 An der Universität Berlin setzte die rechtlich nicht gestützte Vertreibung von politisch missliebigen und „nichtarischen“ Studierenden durch ihre nationalsozialistischen Mitstudenten bereits nach dem 30. Januar ein. Vgl. Bühnen/Schaarschmidt, Studierende als Täter und Opfer S. 153–157.

236 Wie zum Beispiel der Architekturstudent Alfred Vollmer, vgl. StA Ludwigsburg EL.902/20 Bü 17232

237 WSZ 61 (1933 Nov. 1) S. 4

fahren von einer „kommunistischen Studentengruppe“, die zur Zeit seines Prorektorats „in unserer TH aufgedeckt und verhaftet wurde.“ Görings Schilderung der Vorgänge um die Rote Studentengruppe, insbesondere was die Dramatik und seine eigene Rolle anbetrifft, muss jedoch unter dem Vorbehalt geprüft werden, dass Göring stets bestrebt war, seine eigene Beteiligung an den nationalsozialistischen Unrechtstaten zu verwischen. Er berichtet weiter: „Ich war dafür verantwortlich als Studentenfürher, dass die Betroffenen ins KZ kamen. Mit meiner Intervention wurden die Studenten durch Wetzel [d.i. Heinz Wetzel, Rektor von 1933 bis 1934; Zusatz N.B.] und mich vernommen und so kam es, dass keinem der Studenten ein Haar gekrümmt wurde; sie konnten weiterstudieren.“²³⁸ Dies ist nachweislich falsch, wie das Schicksal der betroffenen Studierenden zeigt (↗ Fritz Andelfinger, ↗ Otto Eberwein, ↗ Kurt Lingens, ↗ Herbert Oßwald, ↗ Edwin Roth, ↗ Heinz Sieveking, ↗ Joachim Sopher, ↗ Paul Stohrer, ↗ Walter Trockels). Durchweg drohte den kommunistischen und politisch missliebigen Studierenden in Deutschland zu diesem frühen Zeitpunkt der NS-Herrschaft nicht die KZ-Haft, sondern in der Regel zunächst „nur“ die Verweisung von der Hochschule. Dass Rektor und Prorektor in nennenswerter Weise zugunsten der linken Studenten eingegriffen hätten, ist eher unwahrscheinlich. Tatsächlich schloss man sich 1933 – wie oben gezeigt – auch in der Technischen Hochschule Stuttgart der Praxis an, die Namen der relegierten Studenten an die anderen deutschen Hochschulen weiterzuleiten, um die Fortsetzung des Studiums dort zu verhindern.

Bemerkenswert ist, dass ähnlich wie bei den Relegationen der „nichtarischen“ Studierenden und wie bei vielen Entlassungen von Assistenten und Professoren, die treibenden Kräfte an der Technischen Hochschule Stuttgart selbst zu suchen sind. Zwar stützten sich die meisten deutschen Hochschulen bei der Relegation ihrer marxistischen Studierenden auf entsprechende Erlasse ihrer vorgesetzten Ministerien, in Württemberg etwa auf die ministeriellen Verbote kommunistischer und anderer oppositioneller Studentengruppen vom 23. März 1933,²³⁹ den Ausschluss von jüdischen und marxistischen Studierenden von Stipendien und anderen Vergünstigungen (Mai/1. Juni 1933)²⁴⁰ und die Möglichkeit, kommunistische Studierende ohne Disziplinarverfahren sofort zu relegieren (8. Juli 1933),²⁴¹ doch zeigt die Praxis der Universität Tübingen, die 1933/34 keinen ihrer kommunistischen Studierenden relegierte,²⁴² dass an der TH Stuttgart der tatsächlich vorhandene Handlungsspielraum zuungunsten der missliebigen kommu-

238 StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 80446 Bl.72. Göring spielt mit dem Begriff „Studentenfürher“ auf seine offiziöse Aufgabe an, mächtigen Einfluss auf die fanatisierten nationalsozialistischen Studierenden auszuüben.

239 Amtsblatt des Württembergischen Kultministeriums 3 (7. April 1933) S. 25 f.

240 Bekanntmachung der Verfügung in der WHZ 57 (1933 Juni 1) S. 5. Ab Mai 1933 begann das Deutsche Studentenwerk, jüdische und marxistische Studierende von der Studienstiftung des Deutschen Volkes auszuschließen. Siehe hierzu Kunze, Studienstiftung S. 254.

241 Wischnath, Student sein verpflichtet S. 687. Zu der an den Hochschulen unterschiedlich gehandhabten Relegationspraxis siehe Grüttner, Studenten S. 206–209.

242 Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin, Bestand Universitätsrichter Nr. 3017, 3018; vgl. Grüttner, Studenten S. 504 Tab. 31; Wimmer, Verfolgung der kommunistischen Studenten S. 193

nistischen Studierenden ausgeschöpft wurde. Studentenführung und Rektorat dürften beide an diesem Unrecht beteiligt gewesen sein.

Andererseits erhielten die Mitglieder der Roten Studentengruppe auch Hilfe von ihren Professoren. Otto Eberwein wurde vor einer möglichen Verhaftung von einem Assistenten Professor Paul Schmitthenners gewarnt.²⁴³ Und ausgerechnet der Rektor Heinz Wetzel, Professor für Gebäudelehre, Städtebau und Entwerfen, riet nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 dem Studenten ↗ Max Guther, Stuttgart zu verlassen, wenn er sich nicht „Schwierigkeiten aussetzen wolle“.²⁴⁴ In letzterem Fall wird das widersprüchliche Nebeneinander von patriarchalischer Sorge für die eigenen Studenten und von Pflichterfüllung für die nationale Bewegung sehr deutlich.

Wir besitzen ein bemerkenswertes Zeugnis für den Widerstand, den einige Studenten dem NS-Regime entgegenstellten. Ein Plakat aus dem Frühjahr 1933 zeigt, dass sich die Rote Studentengruppe, die Republikanischen Studenten und die „Nichtorganisierten“ kurz vor dem Untergang der Demokratie überparteilich gegen den „Faschismus“ der Stuttgarter Studentenschaft zusammengeschlossen hatten (siehe o. Abb. 1). Dieser Widerstand ist umso bemerkenswerter, als die Studenten sich sicherlich im Klaren waren, mit ihren Aktivitäten weder beim Rektorat Wetzel/Göring, noch bei den SA-Mitgliedern der Studentenführung oder ihrem in Prügeleien mit Kommunisten unruhlich hervorgetretenen Führer Albert Schmehl irgendeine Sympathie oder auch nur Duldung erwarten zu können. Sie mussten damit rechnen, ihren Mut mit dem Abbruch des Studiums, der Unsicherheit ihrer beruflichen Zukunft, vermutlich auch mit einem Verzicht auf einen akademischen Beruf bezahlen zu müssen.

Das weitere Schicksal der Relegierten ist recht unterschiedlich. ↗ Fritz Andelfinger konnte sein Studium nicht abschließen und arbeitete später in einem nicht-akademischen Beruf. (Es ist ungeklärt, ob die relegierten bzw. vertriebenen Studenten ↗ Heinz Sieveking, ↗ Joachim Sopher und ↗ Walter Trockels später noch einen Studienabschluss erreichten.) Der Architekturstudent ↗ (Karl) Ernst Ruge musste ins Ausland fliehen, schlug einen anderen Berufsweg ein und wurde ein erfolgreicher Bankmanager. ↗ Kurt Lingens, der finanziell gut gestellt war, konnte an die Universität Wien ausweichen. ↗ Georg Henze verlor nur ein Semester und schloss sein Architekturstudium an der ETH Zürich ab. Andere konnten ihr Studium mit einigen Jahren Verzögerung in Stuttgart wieder aufnehmen, weil sie dem Regime durch Eintritt in eine Parteigliederung die hierfür notwendige Reverenz erwiesen (↗ Edwin Roth). Dieser Ausweg war den kommunistischen Studierenden seit 1935 durch einen Erlass des Reichserziehungsministeriums geebnet worden.²⁴⁵ Auch durch den Dienst als Wehrmachtssoldat erlangte man Rückhalt und neues Vertrauen, sodass man wieder zum Weiterstudium zugelassen wurde (↗ Herbert Oßwald, ↗ Paul Stohrer). ↗ Otto Eberwein erhielt sein Diplomzeugnis erst nach dem En-

243 StA Ludwigsburg EL.902/20 Bü.161 (Spruchkammerakte Schmitthenner, Paul) Bl. 16 f., 32a

244 StA Ludwigsburg EL.902/21 Bü. 4298 Bl. 27 (Erklärung Max Guthers v. 07.10.1947)

245 Grüttner, Studenten S. 209, 211

de der NS-Diktatur. Einige Mitglieder der Roten Studentengruppe wurden in ihrem beruflichen Fortkommen vergleichsweise gering beeinträchtigt (↗ Max Guther).²⁴⁶

In der Nachkriegszeit mussten sich die ehemaligen „roten“ Studierenden ebenfalls bedeckt halten. In ihren Zeugnissen und Erklärungen wurde die Rote Studentengruppe nicht als solche genannt, sondern die ehemaligen Mitglieder schrieben von der „antifaschistischen Studentengruppe“ oder der „sozialistischen Studentengruppe“ oder von der „Teilnahme am hochschulpolitischen Kampf gegen den Nationalsozialismus“²⁴⁷, um in der antikommunistischen Stimmung in der nun beginnenden Zeit des Kalten Krieges Konflikten bzw. einer erneuten Diskriminierung aus dem Weg zu gehen.

3.3 Vertreibung der jüdischen und sogenannten „nichtarischen“ Studierenden

3.3.1 Vertreibungen der jüdischen und der sogenannten „nichtarischen“ Studierenden von 1933 bis 1938

Gleich zu Beginn der NS-Herrschaft wurden sogenannte „nichtarische“ Studenten von der Hochschule vertrieben. Es traf Studierende, die nach nationalsozialistischer Definition als Juden galten – es zählte die Abstammung von jüdischen Vorfahren, nicht die tatsächliche Religionszugehörigkeit – sowie Studierende, die nur jüdische Ehepartner hatten. Der NSDStB hatte schon in den 1920er Jahren einen Numerus clausus – die Beschränkung der Zahl jüdischer Studierender – gefordert. An einigen deutschen Hochschulen konnte diese Forderung mit den Stimmen von völkischen Studierenden schon vor 1933 als offizieller Antrag der Studentenvertretungen durchgesetzt werden – dem aber von den Hochschulverwaltungen zu dieser Zeit selbstverständlich nicht stattgegeben wurde.²⁴⁸ Auch die Stuttgarter NS-Hochschulgruppe verlangte die Ausgrenzung, konkret: die Begrenzung der Zahl der jüdischen Mitstudenten, wobei man sich besonders auf die Forderungen der österreichischen bzw. Wiener Korporationen berief.²⁴⁹ Vorreiter eines staatlich sanktionierten Numerus clausus für jüdische Studierende war Ungarn, wo seit 1920 – später aber abgemildert – ein entsprechendes Gesetz bestand. Die Bestimmungen in Ungarn trafen auch zu einer christlichen Konfession übergetretene Juden, was den rassistischen Hintergrund der Maßnahmen deutlich macht.²⁵⁰ In

246 Als Mitglied der Roten Studentengruppe bezeichnete sich auch der Architekturstudent Frank Beyer. Beyer konnte sein Studium 1934 mit der Diplomprüfung abschließen und war nach dem Zweiten Weltkrieg beim Hochbauamt Freiburg beschäftigt. StA Ludwigsburg EL902/20 Bü161 (Spruchkammerakte Schmitthenner, Paul), Bl.21 sowie Nachlass Paul Schmitthenner, München („Politisches Zeugnis“ Frank Beyers für Paul Schmitthenner v. 16.01.1947); UAST120/1778 (Prüfungsakte)

247 So 1947 Adolf Butz: UAST 122/1 (Schreiben an die TH Stuttgart v. 15.05.1947)

248 Kater, Studentenschaft S. 146 f.; Faust, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund Bd. 1, S. 89–93

249 Student im Braunhemd, Beilage zum Stuttgarter NS-Kurier v. 19.02.1932

250 Jüdisches Lexikon Bd. 4 (Nachdruck der 1.Aufl. Berlin 1927 von 1982), Artikel Numerus Clausus Sp. 531–534; Nagy, Péter Tibor: Art. Numerus Clausus (Ungarn 1920), in: Handbuch des Antisemitismus Bd. 8, S. 258–260

Österreich hatten die Forderungen der Studenten ebenfalls Erfolg: Anfang der 1920er Jahre beschloss der Senat der Technischen Hochschule Wien, den Anteil der jüdischen Studierenden zu begrenzen.²⁵¹

Die nationalsozialistische Reichsregierung erfüllte nun eine lang gestellte Forderung des NSDStB, als sie mit dem „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“ vom 25. April 1933 und der Ausführungsverordnung vom gleichen Tag die Zahl der jüdischen Studierenden begrenzen wollte. Doch die Bestimmungen des Gesetzes und der Verordnung griffen nicht – allein schon wegen der zahlreich zu Buche schlagenden Ausnahmen für die als „jüdische Mischlingskinder“ bezeichneten Personen, für Kinder von „Frontkämpfern“ des Ersten Weltkriegs und für ausländische jüdische Studierende. Wie bei den meisten deutschen Hochschulen hätte das Gesetz auch an der TH Stuttgart folgenlos sein müssen, da die Höchstzahl der jüdischen Erstimmatrikulierten von 1,5 Prozent und der maximale Anteil der jüdischen Studierenden an einer Fakultät von 5 Prozent gar nicht erreicht wurde.²⁵² Zwischen 1930 und 1932 waren an der Technischen Hochschule Stuttgart lediglich zwischen 1,1 und 1,3 Prozent der Studierenden Mitglieder jüdischer Gemeinden. Jeder „nichtarische“ Bewerber bzw. Student hätte de jure also immatrikuliert bzw. wieder eingeschrieben werden dürfen.²⁵³

Die Relegationen, die nun zu Beginn des Sommersemesters 1933 und im weiteren Verlauf der NS-Herrschaft stattfanden, waren daher rein willkürlich, wie auch schon der verbal gewalttätige Umgang im Fall der Vertreibung des Studenten ↗ Erich Gebhardt zeigt. Gebhardt, der seit 1932 Chemie studierte und mütterlicherseits jüdische Vorfahren hatte, berichtete im Jahr 1947:

251 Faust, Nationalsozialistische Studentenbund Bd. 1 S.90

252 Amtsblatt des Württembergischen Kultministeriums v. 10. 06. 1933 S. 55–60

253 Im Sommersemester 1930 waren 1,1 Prozent der Studierenden der TH Stuttgart Juden (Grüttner, Studenten S. 495), im Sommersemester 1932 1,2 Prozent (abs. 20: Deutsche Hochschulstatistik Bd. 9 S. 102), im Wintersemester 1932/33 1,3 Prozent (abs. 23 Studierende: ebd. Bd. 10 S. 102), im Sommersemester 1933 waren es 1,2 Prozent (abs. 20 Studierende: Müller, Stuttgart S. 286). Allerdings war der Kreis der Personen, die ab 1933 für das NS-Regime als Juden galten, durchaus größer, da die Abstammung von jüdischen Eltern bzw. Großeltern das Kriterium für die vorgebliche Rassezugehörigkeit bzw. die Stigmatisierung als „nichtarisch“ war, nicht die tatsächlich praktizierte Konfession. Andererseits waren diejenigen „Juden“ von den Studienbeschränkungen ausgenommen, deren Väter am Ersten Weltkrieg als Soldaten teilgenommen hatten, die Ausländer waren oder die später als sogenannte „Mischlinge“ bezeichnet wurden. So ist es sicher, dass der Grenzwert von 1,5 Prozent jüdischer Studierender bei den Neuimmatrikulationen bzw. der Grenzwert von insgesamt 5 Prozent jüdischer Studierender an den einzelnen Fakultäten der TH Stuttgart nicht erreicht wurde und somit als Begründung für Relegationen oder Verweigerung der Erstimmatrikulation nicht angeführt werden konnte. Zum Gesetz siehe Grüttner, Studenten S. 213f. u. S. 495; Olenhusen, Studenten S. 178f. Es wurde offenbar nur an den Universitäten in Frankfurt/Main, Leipzig und Königsberg sowie an der TH Berlin zur Rechtfertigung von Zwangsexmatrikulationen und Verweigerung von Immatrikulationen genutzt (Olenhusen, Studenten S. 183 mit Anm. 46; Grüttner, Studenten S. 213f.). Die Zulassungsbedingungen der TH Stuttgart nach dem o. g. Gesetz finden sich im „Programm der Technischen Hochschule Stuttgart für das Studienjahr 1934/35“, Stuttgart 1934, S. 6–8.

Als 1933 die T.H. Stuttgart die ersten Abstammungsnachweise verlangte [...] wurde mir bei der Abgabe meines Fragebogens auf dem Sekretariat der T.H. Stuttgart mitgeteilt, dass ich nunmehr studieren könne, wo der Pfeffer wächst. Verschiedenen damaligen Kommilitonen erging es ebenso. Ein guter Bekannter von mir, Herr stud. arch. Bär, beging daraufhin Selbstmord.²⁵⁴

Der Chemiestudent ↗ Oskar Heilbrunn musste sein Studium 1933 ebenfalls aufgeben. Ihm war bedeutet worden, dass sein Studium zwecklos und er als Jude durchaus unerwünscht sei.²⁵⁵ Ein weiterer Fall ist dokumentiert: Auch der Architekturstudent Oskar von Perlstein (↗ Shlomo Pashtan) musste sein Studium 1933 wegen seines Status als Jude beenden. Nicht unwahrscheinlich, dass auch der jüdische Student Alfred Landauer (↗ Alfred Oren) und der „nichtarische“ Student ↗ Joachim Sopher aufgrund der willkürlichen Maßnahmen 1933 vom Studium ausschieden. Betroffen waren aber nicht nur die sogenannten „Nichtarier“, sondern mitunter schon in dieser frühen Phase der NS-Herrschaft ihre Ehepartner. Der Studienbewerber Werner Jeremias berichtete:

In einem Falle hatte ein sogenannter jüdischer Mischling I. Grades schon im Juni 1933 gerade noch unter Schwierigkeiten sein Apotheker-Staatsexamen ablegen können. Im zweiten Falle wurde der arische Ehemann (!) eines sogenannten Mischlings I. Grades an der Technischen Hochschule Stuttgart schon im Herbst 1933 nicht mehr zu demselben Examen zugelassen, da hier der grosse ‚Ariernachweis‘ verlangt wurde.²⁵⁶

Die hier ermittelten zwangsexmatrikulierten jüdischen Studenten dürften jedoch für eine viel größere Zahl von Betroffenen stehen: Die Umstände der Relegation Heilbrunns zeigen, dass, wenn nicht alle, so doch wohl die meisten der als „nichtarisch“ geltenden Studierenden von Diskriminierung und Vertreibung betroffen waren. Eine Ausnahme bildete hier die Architekturstudentin ↗ Gertrud Goldschmidt.

An vielen deutschen Hochschulen dürften die jüdischen oder „nichtarischen“ Kommilitonen nach der Machtübernahme den Demütigungen der nationalsozialistischen Studierenden schutzlos ausgesetzt gewesen sein, wobei man auch vielfach marxistische Gesinnung zum Vorwand für die Vertreibung jüdischer Kommilitonen nahm.²⁵⁷ Für Stuttgart trifft die Gleichsetzung von Juden mit Kommunisten nicht zu, da unter den bekannten Mitgliedern der Roten Studentengruppe meines Wissens nur zwei Studenten (Hugo Kahn, der 1933 nicht mehr an der TH studierte, und ↗ Joachim Sopher) Juden waren bzw. im NS-Staat als Juden galten.

Diese frühen und viele spätere Verfolgungen hatten keine Rechtsgrundlage. Auch das neue nationalsozialistische Recht für die württembergischen Studentenschaften,

254 StA Ludwigsburg EL902/15 Bü6490 Bl.12 (Schreiben Erich Gebhardts an Spruchkammer Ludwigsburg-Kornwestheim v. 24.11.1947)

255 UAST17/724 Nr. 4–5

256 StA Ludwigsburg El350 I Bü2827 Bl.7 (Werner Jeremias an Landesamt für Wiedergutmachung Stuttgart v. 26.08.1949)

257 Siehe hierzu Bodo, Role of Antisemitism S.193–196. Zur Gleichsetzung von Kommunisten und Juden im Stuttgarter NSDStB siehe „Student im Braunhemd“, Beilage zum Stuttgarter NS-Kurier v. 13. und 19.02.1932.

das seit dem 1. Mai 1933 galt, konnte nicht als Begründung für die Willkürmaßnahmen dienen. Es bestimmte zwar u. a.:

Bei der Anmeldung hat jeder Student eine nach bestem Wissen und Gewissen verfasste ehrenwörtliche Erklärung darüber abzugeben, ob seine Eltern und Großeltern deutscher Abstammung sind, d. h. ob sich unter diesen keine Angehörigen fremder Rassen, insbesondere der jüdischen, befinden. Auf Grund dieser Erklärung entscheidet der Führer der Studentenschaft oder ein von ihm mit dieser Aufgabe betrauter Mitarbeiter über die Zugehörigkeit zur Studentenschaft.²⁵⁸

Dies bedeutete aber nicht, dass jüdischen Studierenden von jetzt an das Studium de jure verwehrt werden durfte. Sie wurden zwar insofern entrechtet, als sie – wie schon die ausländischen Studierenden – lange vor 1933 als Mitglieder der Studentenschaft, der Selbstverwaltungskörperschaft innerhalb der Hochschule, nicht mehr zugelassen waren, eine Forderung, die der NSDStB auch in Stuttgart schon lange aufgestellt hatte.²⁵⁹ Da die demokratische Organisation der Studentenschaft bald vom nationalsozialistischen Führerprinzip abgelöst wurde, war dies im Hinblick auf ihre demokratischen Rechte zunächst kein großer Verlust. Dies galt umso mehr, als nun die jüdischen Studierenden, wenn sie die Verfolgungswelle überstanden und ihren Studienplatz behalten hatten, als Nicht-Mitglieder der Studentenschaft vom SA-Dienst befreit waren, der für die meisten Studenten zwischen 1933 und 1934 eine erhebliche zeitliche Belastung und Behinderung ihres Studiums bedeutete.

Ich gehe davon aus, dass durch die wilden Vertreibungen und Verdrängungen die Zahl der jüdischen Studierenden (sogenannter „Volljuden“) an der TH Stuttgart im Verlauf des Jahres 1933 stark abgenommen hat.²⁶⁰ (Nach dieser ersten Verfolgungsphase scheint ihr Anteil an der Studentenschaft aber im weiteren Verlauf der 1930er Jahre fast wieder zur alten Relation der Zeit vor 1933 angewachsen zu sein – siehe hierzu Kap. 3.3.3). Statistische Angaben hierzu liegen für die TH Stuttgart nicht vor. Jedoch gibt es entsprechende Zahlen für alle deutschen Hochschulen insgesamt. Eine Statistik des Reichserziehungsministeriums aus dem Jahr 1937 über die Zahlen der jüdischen bzw.

258 Verordnung des Kultministers über die Bildung von Studentenschaften an den württembergischen Hochschulen v. 1. Mai 1933 §1, in: Regierungsblatt für Württemberg vom Jahr 1933, S. 124–128, hier S. 124

259 Student im Braunhemd, Beilage zum Stuttgarter NS-Kurier v. 19. 02. 1932

260 Für die TH Berlin ist ein solcher Rückgang nachgewiesen durch Ebert, Technische Hochschule Berlin S. 460. Für die Universität Berlin siehe Jarausch, Vertreibung S. 126–128. Für die Universität Marburg siehe Nagel, Philipps-Universität Marburg S. 171–174 Nr. 69. Zu Hamburg siehe Grüttner, Sorgenkind S. 211f. und Freimark, Juden S. 137. Zum Rückgang der Zahl jüdischer Studierender an der TH Aachen siehe Kalkmann, Technische Hochschule Aachen S. 236–240, für die Universität Köln: Lauf, Jüdische Studierende S. 19 Tab. 1.2, S. 22 Tab. 1.4, S. 29 Abb. 2.1, für Heidelberg: Giovannini, Republik S. 182–185; für Bonn: Höpfner, Universität Bonn S. 128–130; für die durch die Universität Rostock ab 1933 selbst zu verantwortende Ablehnung jüdischer Studienbewerber siehe Deinert, Studierenden S. 255–261. Zum Rückgang der Zahl jüdischer Studierender im antisemitischen Klima der Münchener Hochschulen schon vor 1933 siehe Wengenroth, Aufruhr und Diktatur S. 234.

„nichtarischen“ Studierenden an den deutschen Hochschulen²⁶¹ zeigt – auch wenn man den zumindest 1933/1934 schwer zu ermittelnden Zahlen der „nichtarischen“ Studierenden nur mit Einschränkung trauen darf – einen deutlichen Rückgang der Zahl der „volljüdischen“ Studierenden 1933. Im Jahr der nationalsozialistischen „Revolution“ an den deutschen Hochschulen verringerte sich ihre Zahl um 77,1 Prozent. Mehr als drei Viertel der jüdischen Studierenden in Deutschland beendeten oder unterbrachen in diesem Jahr das Studium. Bei den übrigen Studierenden gab es im selben Zeitraum nur einen Rückgang von 11,2 Prozent. Der drastische Rückzug der „volljüdischen“, aber auch vieler anderer als „nichtarisch“ geltender Studierender von den deutschen Hochschulen ist nur zum geringen Teil auf das oben erwähnte „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“ vom 25. April 1933 zurückzuführen. Auch die späteren Berufsbeschränkungen für Juden oder der Emigrationsdruck dürften in dieser Phase der Verfolgung noch keine wesentliche Rolle gespielt haben. Die in den Tabellen 3 und 4 im Anhang aufgeführten Studierendenzahlen sprechen daher für eine große, gesetzlich nicht legitimierte Verdrängung jüdischer Studierender, die zu Beginn der NS-Herrschaft an den Hochschulen selbst initiiert wurde.²⁶²

Ein wichtiger Grund, das Studium zu beenden, dürften neben den Vertreibungen aber auch die durch das NS-Regime hervorgerufenen wirtschaftlichen Behinderungen für jüdische Familien gewesen sein, die die Finanzierung des Studiums der Kinder erschwerten oder verhinderten. Denn die jüdischen bzw. „nichtarischen“ Studierenden wurden durch einen Erlass des Württembergischen Kultministeriums seit 1933 von Stipendien und Gebührenerlassen ausgeschlossen.²⁶³ Entsprechend hatte das Deutsche Studentenwerk schon Anfang Mai 1933 reichsweit mit Maßnahmen zum Ausschluss von Juden und Marxisten aus der Studienstiftung des Deutschen Volkes begonnen. Ab dem 17. Juni 1933 konnte kein „nichtarischer“ Student mehr ein Stipendium der Studienstiftung erhalten.²⁶⁴ Da das Stuttgarter Studentenwerk von Mitgliedern der Stuttgarter NS-Studentenführung geleitet wurde und es im Kontext zum Vorgehen der Studienstiftung durchaus glaubhaft ist, wenn nach dem Krieg behauptet wurde, Sozialleistungen und Stipendien seien von der Mitgliedschaft in einer Parteigliederung abhängig gemacht worden,²⁶⁵ ist anzunehmen, dass umgekehrt auch die Vergünstigungen und Sozialleistungen des Studentenwerks „nichtarischen“ Studierenden wie selbstverständlich verwehrt wurden, zumal diese nach dem neuen Studentenrecht nun auch keine Mitglieder der Studentenschaft mehr waren. So ist ein Fall aus späterer Zeit bekannt, dass eine Studentin, „Mischling ersten Grades“, die Mensa nicht betreten durfte.²⁶⁶ In der Folgezeit bekam der Studentenführer

261 Siehe hierzu Tabellen 3 und 4 im Anhang.

262 Für die Universität Kiel ist dies beschrieben worden von Wieben, *Aus Deutschland* S. 238–240 und ders., *Studenten* S. 63–82; für die Universität Gießen siehe Jordan, *Studenten des Führers* S. 72–77; für die Universität Berlin: Jarausch, *Vertreibung* S. 122 f., 126.

263 WHZ 57 (1933 Juni 1) S. 5

264 Kunze, *Studienstiftung* S. 216–221, 363

265 So jedenfalls Aussagen in Spruchkammerakten: StA Ludwigsburg EL902/15 Bü 2858 Bl. 16; EL902/8 Bü 2114 Bl. 14

266 StA Ludwigsburg EL902/6 Bü 4222 Bl. 11 (Hugo Keuerleber an Spruchkammer v. 31.08.1946)

auch das Recht, die Beschäftigung von einzelnen Studierenden als Hilfsassistenten an den Lehrstühlen zu untersagen. Auch hierdurch entstanden den jüdischen bzw. „nichtarischen“ Studierenden Schwierigkeiten bei der Finanzierung ihres Studiums.²⁶⁷

Neben dem Ausschluss von Stipendien, Kolleggelderlassen und Hilfskraftstellen kam für die wirtschaftliche Situation der „nichtarischen“ Studierenden noch erschwerend hinzu, dass ihre Familien die Kosten für das Studium vielfach nicht mehr aufbringen konnten. Da die Väter entweder selbst Juden waren oder als solche galten oder mit einer jüdischen Frau in einer sogenannten „Mischehe“ lebten, waren sie in vielen Fällen aus ihren Stellen verdrängt oder entlassen worden. Es entstanden Schwierigkeiten, das Studium des Kindes zu finanzieren, sofern nicht ein Familienvermögen hierfür herangezogen werden konnte²⁶⁸ oder der Student durch Ferienarbeiten selbst ein Einkommen erzielte. Ein konkreter Fall ist belegt, in dem das Berufsverbot für den jüdischen Vater zugleich das Aus für das Studium des Sohnes bedeutete. Der Chemiestudent ♂ P.Z. „studierte im Sommersemester 1938 an der Technischen Hochschule Stuttgart 1 Semester, gab aber auch dieses Studium aus Gründen der Rasse auf und weil sein Vater, der aus Gründen der Rasse seine Stellung verloren hatte, die Ausbildung des Antragstellers nicht mehr bezahlen konnte“.²⁶⁹ Über Schwierigkeiten, sein Studium zu finanzieren, berichtete auch ♂ Walter Betting, der als „jüdischer Mischling ersten Grades“ galt. Sein Vater, leitender Beamter im höheren Postdienst, war unter Einbußen seiner Bezüge zwangsweise vorzeitig pensioniert worden, weil seine Ehefrau, Bettings Mutter, als Jüdin galt. Ein weiterer Fall ist unklar: Alfred Landauer (später ♂ Alfred Oren) beendete im Sommersemester 1933 sein Bauingenieurstudium nach nur einem Semester. Im Jahr 1954 ließ er sich von der Verwaltung der Technischen Hochschule lediglich die Studienzeiten bescheinigen.²⁷⁰ In einem Interview, das er in den 1990er Jahren gab, erwähnte er keine Relegation oder Vertreibung, weshalb eher wirtschaftliche Gründe für den Studienabbruch anzunehmen sind. Der Abbruch des Studiums mag aber durch die allenthalben erfahrene Drangsalierung, insbesondere auch durch ein Pogrom Ende März 1933 in seiner Heimatgemeinde Creglingen, bei dem auch Landauer schwer misshandelt wurde, motiviert gewesen sein.²⁷¹

Vielen Kindern aus jüdischen oder als jüdisch geltenden Familien mit geringerem Einkommen war also der Zugang zur Hochschule allein schon dadurch verwehrt, dass sie keine Stipendien oder Gebührenerlasse erhalten konnten. So wird umgekehrt verständlich, dass fast alle Väter der als jüdisch und „halbjüdisch“ geltenden Studierenden,

267 Beispiele für solche Bewilligungsschreiben der Studentenführer haben sich erhalten in UAST 41/4a Bl. 11, 33–35, 50 ff.

268 Dies dürfte z. B. beim Vater von ♂ William Alan Fraser der Fall gewesen sein, für den als Beruf notiert wurde: „Rechtsanwalt und Notar, jetzt Privatmann“ (UAST 10/55 Karteikarte Fackenheim, Wolfgang A.).

269 StA Ludwigsburg EL350 I Bü 37886 (Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Stuttgart) Bl. 31 f. P.Z. war zudem durch die Relegation am 12. November 1938 betroffen, wie der Eintrag auf seiner Karteikarte (UAST 10/55) „gestrichen weil Jude“ zeigt.

270 UAST Z 996

271 Naser, Lebenswege Creglinger Juden S. 59–82, 97–111

die bis 1938 noch an der TH studierten, zu den höheren Einkommensgruppen gehört haben und aufgrund der sozialen Orientierung der Familien an akademischen Berufen das Risiko einer schwierigen Studienfinanzierung einschätzen konnten und eingehen wollten. Nach den Einträgen in der erhaltenen Studentenkartei handelte es sich um Direktoren von Fabriken, Juristen, Fabrikanten, Ärzte und Beamte im höheren Dienst. Es passt ins Bild, dass nur der Vater \nearrow P.Z.s, der die Hochschule aus finanziellen Gründen verlassen musste, als „Handelsvertreter“ geringere Einkünfte erzielt haben dürfte. Betrachtet man im Vergleich die soziale Herkunft der nichtjüdischen Studierenden für den gleichen Zeitraum, so fällt auf, dass nur etwa die Hälfte der Väter in höheren Positionen arbeiteten, gefolgt von einem Viertel, das aus Beamten und Lehrern des gehobenen Dienstes und vergleichbarer Berufe gebildet wurde. Etwa ein Fünftel der Studierenden stammten aus Handwerker-, Angestellten oder Arbeiterhaushalten.²⁷² Die vielfach nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Spruchkammerakten zu findende Behauptung, man hätte sich als Studierender den NS-Organisationen willig anschließen müssen, um u. a. den Entzug von Stipendien und Kolleggelderlassen zu vermeiden, damit bei dem geringen Einkommen der Väter bzw. der Familien das Studium nicht hätte abgebrochen werden müssen, zeugt – auch wenn sie vielfach eine Schutzbehauptung gewesen sein dürfte – doch von der Abhängigkeit eines Teils der Studierenden von Stipendien und Vergünstigungen.

Die prekäre und unsichere Lage der „nichtarischen“ Studenten wurde noch dadurch verschlimmert, dass die NS-Studentenführung zwischen 1933 und 1934 darauf drang, dass alle Studierenden, vor allem aber die Studienanfänger, in die NSDAP oder in die SA eintraten. Auch wenn diese Anweisung weder durch ein Gesetz noch durch eine Rechtsverordnung vorgeschrieben war, wurde sie von fast allen Studenten als zwingend empfunden.²⁷³ Die Mitgliedschaft in einer NS-Organisation wurde von der Studentenführung als Voraussetzung für die Zulassung oder Wiedenzulassung zum Studium und zu den Prüfungen propagiert (siehe hierzu Kap. 2.2.1). Ein besonderes Problem erwuchs daraus nun den „nichtarischen“ Studenten, denen die Mitgliedschaft in NS-Organisationen von vornherein verwehrt war. Jüdische Studierende waren – sofern sie sich 1933 noch an der Technischen Hochschule halten konnten – von dieser Zwangsvorschrift zwar nicht betroffen. Es gibt aber auch den Fall des oben schon genannten Chemiestudenten Erich

272 Zahlen aufgrund einer Stichprobe aus der Studentenkartei UAST10/55 nach Auszählung der Berufsangaben der Väter derjenigen deutschen, nicht-jüdischen Studierenden, die bis 1938 immatrikuliert waren (Buchstabe A bis Borst, Heinz): Beamte des höheren Dienstes (z. B. Stadtbaumeister), Fabrikdirektoren, Geschäftsführer, Prokuristen, Offiziere, Unternehmer („Fabrikanten“), Bankiers, andere Akademiker (u. a. Ingenieure, freie Architekten) in leitenden Funktionen u. dergl.: 50 von 101; Kaufleute, Beamte des gehobenen Dienstes, Volksschullehrer u. dergl.: 26 von 101. Zu etwa jedem fünften Studierenden finden sich Angaben des Vaterberufs wie „Schlossermeister, Metzgermeister, Zugführer, Lokomotivführer, Bäckermeister, Werkzeugführer, Mechaniker“ u. dergl.: 21 von 101 ausgezählten Fällen.

273 Die Verfassung der Deutschen Studentenschaft vom 7. Febr. 1934 sieht „die Verpflichtung“ der deutschen Studenten „zum SA-Dienst und Arbeitsdienst“ vor (siehe den Auszug in Stuttgarter Hochschulführer 1934/35 S.63), was de jure nicht gleichbedeutend mit einem Eintritt in die SA war, de facto aber vielfach als ein Zwang zum Eintritt verstanden wurde.

Gebhardt, der mit einem Freund, der in der SA führend war, vereinbaren konnte, seinen Status als sogenannter „Nichtarier“ zu verheimlichen. Mit Hilfe dieses Freundes trat er dann 1933 der SA bei und konnte so sein Weiterstudium sichern.²⁷⁴

Auch nachdem im Sommer 1934 die Macht der SA beim sogenannten „Röhm-Putsch“ gebrochen worden war, die SA-Hochschulämter aufgelöst worden waren und sich zunächst eine Beruhigung der Verfolgungslage an der TH Stuttgart einzustellen schien, kam es noch zu willkürlichen Maßnahmen gegen jüdische Studierende. So erhielt \nearrow Werner Jeremias, der an der TH Stuttgart studieren wollte, im Jahr 1935 aufgrund seines Status als „Nichtarier“ erst gar keine Zulassung zum Studium.²⁷⁵ Angesichts des Boykotts jüdischer Geschäfte am 1. April 1933, der Entlassungen aufgrund des BBG und der willkürlichen Verhaftungen von politischen Gegnern ist es plausibel, dass es niemand für aussichtsreich hielt, auf die formale Rechtslage zu vertrauen und etwa einen Studienplatz einzuklagen. Der im Jahr 1935 abgewiesene Studienbewerber Werner Jeremias schrieb nach Ende des Zweiten Weltkriegs an das Stuttgarter Landesamt für Wiedergutmachung zu der Vorhaltung der Verwaltung der TH Stuttgart, dass ihm nach der Rechtslage im Jahr 1935 als sogenannter „Mischling“ grundsätzlich ein Studium an der TH Stuttgart möglich gewesen wäre: „Die angegebenen Verordnungen mögen wohl bestanden haben und in einem Rechtsstaat auch entsprechend durchgeführt worden sein, aber für den nationalsozialistischen Staat trifft ja dies nicht zu.“²⁷⁶

Noch bis zur ministeriell angeordneten Relegation der letzten jüdischen Studierenden im November 1938 kam es zu willkürlichen Übergriffen gegen „nichtarische“ Studierende. So berichtete der Student der Elektrotechnik \nearrow Dietrich Alsberg in seinen Lebenserinnerungen, dass der Studentenführer ihn 1938 mit Verhaftung gedroht habe, sollte er sich noch einmal in einem Unterrichtsraum zeigen.²⁷⁷ Der jüdische Maschinenbau-Student \nearrow Raphael Scharf-Katz, der zum Zwischensemester 1937 an die TH Stuttgart kam, berichtete: „Zu Beginn des 2. Semesters mußte ich das Studium abbrechen, da die antisemitischen Haltungen der Dozenten und der Studenten ein geregeltes Studium nicht mehr zuließen.“²⁷⁸

3.3.2 Studiensituation der jüdischen und der sogenannten „nichtarischen“ Studierenden

Die Lebens- und Studiensituation der „nichtarischen“ Studierenden lässt sich anhand einzelner Zeugnisse rekonstruieren. Nicht nur im täglichen Leben, sondern auch an der Technischen Hochschule wurden sie an den Rand gedrängt, sozial isoliert. So erinnerte sich die Architekturstudentin \nearrow Gertrud Goldschmidt zwar: „Ich hab [sic] während der

274 StA Ludwigsburg EL.902/15 Bü 6490; ebd. EL.902/20 Bü 99813; UAST10/55 (Karteikarte Gebhardt, Erich)

275 UAST17/724 Nr. 1; StA Ludwigsburg EL350 I Bü 2827

276 StA Ludwigsburg EL350 I Bü 2827 Bl.23 (Werner Jeremias an das Justizministerium Stuttgart v. 11.03.1950)

277 Alsberg, Witness S.71

278 Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg B.1/38 Nr. 448 (Lebenslauf von Raphael Scharf-Katz von ca. 1987)

Studienzeit nicht ein einziges Mal einen Affront von Seiten der Kollegen oder Professoren erlebt ... Professoren gaben mir immer Vortritt, wenn ich für Korrekturen von Entwürfen und für Projekte im Arbeitssaal erschien“ und ergänzte jedoch: „... bin allerdings selber allen ausser akademischen Aktivitäten aus dem Weg gegangen“ und „... im übrigen arbeitete ich in meiner Wohnung.“²⁷⁹ Für sie war jedoch klar, dass sie auf der Abschlussfeier ihres Prüfungsjahrgangs nicht erscheinen durfte, weil „das wohl nicht im Sinne der jungen Absolventen sei.“²⁸⁰ Diese Bemerkung kann zweierlei bedeuten: Entweder musste sie mit der antisemitisch bedingten Abneigung von Seiten der Mitstudenten rechnen oder sie fürchtete, ihre Kommilitonen durch ihre Anwesenheit zu kompromittieren. Der Architekturstudentin \nearrow O.R. war als sogenanntem „Mischling ersten Grades“ der Zutritt zur Mensa untersagt. Aus gleichem Grund durfte sie nicht als studentische Mitarbeiterin an einem Lehrstuhl eingestellt werden. Dies ist bezeugt, weil der damalige Studentenfürher sie 1938 oder 1939 von diesen Beschränkungen befreite.²⁸¹

Jochen Ernst, der als sogenannter „Mischling ersten Grades“ galt, durfte von 1940 bis 1941 nur studieren, nachdem er zugesichert hatte, keinen Kontakt zu den „arischen“ Mitstudenten aufzunehmen. Einmal musste er einen auf ihn abzielenden antisemitischen Anwurf eines Dozenten ertragen und den Hörsaal verlassen.²⁸² Der Architekturstudent \nearrow K.F., der als sogenannter „Mischling zweiten Grades“ eingestuft war, berichtete 1949, dass ihm der Studentenfürher Karlheinz Herzer verboten hatte „mit anderen Studenten Umgang zu suchen.“²⁸³ Als „Mischling zweiten Grades“ galt auch der Architekturstudent \nearrow Hans Josef Ritzdorf. Er berichtete 1946: „Durch meine zur Zeit des Naziregimes sehr belastende Abstammung (jüdische Großmutter) hatte ich sowohl während des Studiums auf der Hochschule selbst sowie nach Beendigung des Studiums durch die Reichskulturkammer außerordentliche Schikanen auszustehen, obwohl nach den Nürnberger Gesetzen keinerlei gesetzliche Handhabe dazu vorlag.“ Er spricht ferner von „einige[n] sehr hinterhältige[n] Angriffe[n] aus Kreisen der Studentenschaft.“²⁸⁴ Der Student der Elektrotechnik \nearrow Fritz Hohenemser, im NS-Regime „Mischling ersten Grades“, berichtete 1945 von „Übergriffe[n] von Seiten des Fachschaftsobmannes und einzelner fanatischer Kommilitonen.“²⁸⁵ Liest man die folgende Aussage aus dem Jahr 1947 kritisch, so ist sie ein Zeugnis für das Gebot, jüdische Kommilitonen im Umgang zu schneiden: „Zur Kennzeichnung des Milieus sei gesagt, daß ein jüdischer Mitstudent, Herr Dipl. Ing. Hans Mannheimer aus Göppingen, bis zur Beendigung seines Studiums und seiner Emigration im Jahr 1937 unbehelligt in dem Saal arbeiten konnte und mit einigen Mitstudenten sogar

279 Goldschmidt, Gedanken S. 241

280 Ebd.

281 StA Ludwigsburg EL902/6 Bü 4222 Bl.11 (Hugo Keuerleber an Spruchkammer Böblingen v. 31.08.1946)

282 Mitteilung von Dr. Christina Schwilk, Ulm, an den Verfasser v. 01.08.2014 und 08.08.2014

283 StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 42688 (Spruchkammerakte Herzer, Karlheinz) Bl. 43

284 StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 56882 Bl.12 („Eidesstattliche Versicherung“ von H.-J. Ritzdorf v. 25.03.1946)

285 StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 97101 Bl.23, 43

Umgang pflegte.²⁸⁶ Der Chemiestudent Rudolf Öchslin berichtete nach dem Krieg, er sei mit der Studentenführung in Konflikt geraten, weil er „freundschaftliche Beziehungen zu einem halbjüdischen Studienkameraden“ unterhalten habe.²⁸⁷ Für den jüdischen Architekturstudenten ↗ Hans Eckers war die Studienzeit in Stuttgart ein glücklicher Lebensabschnitt, die Relegation im November 1938 „ein schwerer Schlag“. In seinem Fall ist bemerkenswert, dass er zwei Studienfreunde fand, aber dies wahrscheinlich nur, weil sich diese beiden Studenten ebenfalls in prekärer Situation befanden. Denn der eine hatte eine ausländische, der andere „vielleicht“ (so Hans Eckers) eine jüdische Mutter.

Ein Höhepunkt der Ausgrenzung dürfte die Absonderung von jüdischen Chemiestudenten im Praktikum gewesen sein, die für das Jahr 1938 durch den ehemaligen Assistenten an der Abteilung für Chemie, Walter Aldinger, bezeugt ist: „Während meiner Assistententätigkeit an der Technischen Hochschule Stuttgart, hatte ich zur selbständigen Unterrichtung in einem Praktikum die zusammengefassten jüdischen Studenten zu betreuen. Es war im letzten Semester, da diese zum Studium zugelassen waren.“²⁸⁸ Diese Absonderung der jüdischen Studierenden war kein Ruhmesblatt für die Lehre; sie wird in den Spruchkammerverfahren der für die Lehre verantwortlichen Chemieprofessoren auch nicht als entlastend angeführt, sondern verschwiegen. Dass die Separierung aber von den nationalsozialistischen Mitstudenten ausging, zeigt ein ähnlicher Fall an der Technischen Hochschule München. Dort wurde von Seiten der Chemiestudenten die Forderung erhoben, jüdische und ausländische Studierende in einem Labor im Keller unterzubringen, um deren angeblichen „üblen Einfluß“ zu verhindern, ein Vorhaben, das aber am Widerstand des zuständigen Konservators am Institut für Organische Chemie scheiterte.²⁸⁹

Auch der als jüdisch geltende Student der Elektrotechnik ↗ Dietrich Alsberg berichtet in seinen Lebenserinnerungen, dass er in den Lehrveranstaltungen in einer eigenen Bank getrennt von den anderen Studierenden habe sitzen müssen, was die Möglichkeit zu Kontakten verhindert habe. Urheber dieser Maßnahme war der Studentenführer. Von fast allen Professoren sei er jedoch „fair“ behandelt worden.²⁹⁰

Zeugnisse dafür, dass der Kontakt zwischen „arischen“ und jüdischen Studierenden oder „Mischlingen“ als Problem angesehen wurde und er negative Folgen für beide Seiten zeitigen konnte, gibt es in den Quellen noch zahlreich.²⁹¹ Ein einheitliches Bild der Formen und des Grades der Ausgrenzung lässt sich angesichts der großen Zahl an betroffenen Personen und des langen Zeitraums mit den wenigen punktuellen Erinnerungen nicht mit Sicherheit gewinnen. Es fällt aber auf, dass die Betroffenen eher Zeugnis für die Ausgrenzung und Diskriminierung nicht nur durch die Studentenführung, sondern auch durch Mitstudenten ablegen, während die Berichte über einen normalen,

286 StA Ludwigsburg EL902/20 Bü94201 (Eugen Gruber an Spruchkammer Stuttgart v. 26. 07. 1947)

287 StA Ludwigsburg EL902/2 Bü1998 (Spruchkammerakte Hess, Heinrich) Bl. 54

288 StA Ludwigsburg EL902/20 Bü15739 (Spruchkammerakte Aldinger, Walter)

289 Pabst, Geschichte der Technischen Universität München S. 242; TUM Archiv, PA Treibs, Alfred (Schreiben A. Treibs an F. Weigand v. 25. 01. 1960)

290 Ebd.

291 Siehe z. B. StA Ludwigsburg EL902/6 Bü4222 (Spruchkammerakte K.W.).



Abb. 5: Dieses Foto (Quelle: Privatbesitz Susan Liebel, Toronto) stammt aus dem Nachlass des jüdischen Chemiestudenten \nearrow Georg Liebel (Vierter von links). Auf der Rückseite ist in der Handschrift Liebels notiert: „Abschiedsfeier von Günther, frisch aus dem Konzentrationslager, Februar 38, Stuttgart“. Bei der ersten Person von links handelt es sich um den hier gemeinten Chemiestudenten Günter Benno Zittwitz (\nearrow Gunter Benno Seaton), der während der Novemberpogrome 1938 verhaftet, dann am 10. Januar 1939 aus dem KZ Dachau entlassen wurde und am 26. Februar 1939 emigrierte. Bei der Jahresangabe „[19]38“ dürfte Liebel sich um 1 Jahr geirrt haben. Das Bild zeigt wahrscheinlich weitere Mitglieder des Freundeskreises von fünf jüdischen Studenten, die sich zur Kammermusik zusammengefunden hatten und von der \nearrow Dietrich Alsberg in seinen Lebenserinnerungen berichtet.²⁹² Nach den Fotos im Nachlass Georg Liebels gehörten neben Günter Zittwitz/Seaton und Dietrich Alsberg noch Wolfgang Fackenheim (\nearrow William Alan Fraser; sehr wahrscheinlich die Person rechts, auf dem Stuhl sitzend) und \nearrow Hans Oppenheimer zu dieser Gruppe.

nicht diskriminierenden Umgang unter den Studierenden eher von den nicht verfolgten Mitgliedern der Studentenschaft im Kontext ihrer späteren Rechtfertigungen insbesondere in ihren Spruchkammerverfahren stammen. Der Zeitzeuge A.G. berichtete 1998 für die Zeit ab dem Wintersemester 1937/38, dass die Studierenden auf ihr Studium sehr konzentriert waren und die Stuttgarter Chemiestudenten sich ohne Ansehen der Person bzw. Abstammung gegenseitig im Labor unterstützt hätten. Von einer Separierung der jüdischen Chemiestudenten berichtet er nichts.²⁹³

Wie sich an der Hochschule und insbesondere in den Lehrveranstaltungen die rassistische Verfolgung über die persönliche Ausgrenzung hinaus auswirkte, lässt sich schwer feststellen. Gertrud Goldschmidt berichtet, dass sie als Jüdin davon befreit war, die indoktrinierende Ringvorlesung für alle Studierende zu besuchen.²⁹⁴ Jüdische Stu-

²⁹² Alsberg, Witness S. 62

²⁹³ UAST 44/10 (Zeitzeugeninterview mit A.G. v. 24.04.1998) 33:44

²⁹⁴ Goldschmidt, Gedanken S. 241

dierende mussten auch keine Veranstaltungen im Pflichtsport absolvieren, wie ihre Karteikarten zeigen.

Wer von den Studierenden Jude/Jüdin war bzw. im NS-Regime als solche/r galt oder einen Mischlingsstatus hatte, war an der Technischen Hochschule neben Rektor und Verwaltung auch der Studentenführung bekannt. Die Schikanen, aber auch die Hilfe, die die „nichtarischen“ Studierenden von den verschiedenen späteren Studentenführern erfuhren, zeigen, dass diese gut darüber informiert waren, wer von ihren Kommilitonen/Kommilitoninnen als „nichtarisch“ geführt wurde. Die Studenten im NSDStB hatten die jüdischen Kommilitonen schon lange vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler im Blick, wie einige Artikel in ihrem Publikationsorgan „Student im Braunhemd“ zeigen.²⁹⁵ Im Juni 1934 gab es dann Pläne, bei der Studentenführung das Amt eines „Prüfer[s] der Ahnennachweise“ einzurichten und bei den einzelnen Fachschaften eine Studentenkartei mit Angaben zur sogenannten Rassenzugehörigkeit zu führen.²⁹⁶ Im Studentensekretariat der Verwaltung begann man ab dem Wintersemester 1935/36 eine reichsweit neu eingeführte Studentenkartei, in der spezielle gelbe Karteikarten für die jüdischen und „nichtarischen“ Studierenden angelegt wurden.²⁹⁷

Den Überblick darüber, wer von den Mitstudenten als Jude oder als Mischling galt, hatten die Betroffenen selbst nicht. In seinen Lebenserinnerungen schrieb Dietrich Alsberg, der als Jude galt, dass nur fünf sogenannte „nichtarische“ Studenten zu seiner Zeit an der TH waren, was nicht richtig ist.²⁹⁸ Der jüdische Architekturstudent ↗ Hans Eckers kannte keine anderen jüdischen Kommilitonen. Professoren und Assistenten scheint der Status ihrer Studierenden nicht immer klar gewesen zu sein. So berichtete die jüdische Architekturstudentin Gertrud Goldschmidt, dass ihr Lehrer Professor Paul Bonatz fälschlich angenommen hatte, sie sei ein sogenannter „Mischling“.²⁹⁹ In der Regel dürften aber die Lehrenden wie auch die Studierenden gewusst haben, welchen Status ihre Mitstudenten hatten, sonst wäre die vielfach erwähnte Aufforderung, den Kontakt zu den „nichtarischen“ Studierenden zu meiden, nicht durchsetzbar gewesen. Teilweise fanden in dieser ausgrenzenden Situation die jüdischen und sogenannten „nichtarischen“ Studenten zusammen: Dietrich Alsberg berichtet von seinem Freundeskreis, dem noch vier weitere jüdische Studenten angehörten und der sich zum Musizieren zusammenfand.³⁰⁰ Fotos und Fotobeschriftungen im Nachlass des als jüdisch geltenden Chemiestudenten ↗ Georg Liebel zeigen, dass neben Alsberg und Liebel auch ↗ William Alan Fraser (Wolfgang Fackenheim), ↗ Gunter Benno Seaton (Günter Zittwitz) und ↗ Hans Oppenheimer zu diesem Freundeskreis gehörten. Auch die jüdischen bzw. „nichtarischen“ Architekturstudentinnen ↗ Gertrud Goldschmidt und ↗ Erika Regener (Rathgeber) verband eine Freundschaft.³⁰¹ Ebenso scheint ↗ Hans Eckers seine Studienfreunde im Kreis von

295 Student im Braunhemd, Beilage zum Stuttgarter NS-Kurier v. 13.02.1932

296 WHZ72 (15. Juni 1934) S.7

297 Einzelne gelbe Karteikarten sind erhalten geblieben: UAST10/55

298 Alsberg, Witness S.62

299 Goldschmidt, Gedanken S.241

300 Alsberg, Witness S.62

301 Siehe den Brief Goldschmidts an Regener aus dem Jahr 1946: UAST SN16/108.

Personen gefunden zu haben, die wie er in prekärer Situation lebten. Zeugnisse oder Quellen für eine Benachteiligung von jüdischen bzw. „nichtarischen“ Studierenden bei Prüfungen haben sich bisher nicht gefunden.

3.3.3 Anzahl der rassistisch verfolgten Studierenden

Die genaue Zahl und die Namen der aus rassistischen Gründen an der TH Stuttgart verfolgten Studierenden lassen sich nur schwer ermitteln, da die möglichen Quellen im Zweiten Weltkrieg vernichtet wurden und von der Studentenkartei, die zwischen Herbst 1935 und 1945 geführt wurde, nur etwas mehr als ein Fünftel der Karteikarten erhalten geblieben ist. Beim jetzigen Stand der Forschung gehen wir davon aus, dass zwischen dem Wintersemester 1932/33 und 1945 etwa 100 bis 120 Studierende der Technischen Hochschule Stuttgart Juden waren oder im NS-Unrechtssystem als „nichtarisch“, als Juden oder sogenannte „Mischlinge“ galten. Von mindestens zehn jüdischen Studierenden, die in der Statistik für das Wintersemester 1932/33 ausgewiesen sind (siehe unten), kennen wir nicht die Namen. Im folgenden Zeitraum bis zum Anfang der 1940er Jahre ist die Quellenlage zur Ermittlung rassistisch verfolgter Studierender an der TH Stuttgart ebenfalls schlecht. Die Nachweise gründen vor allem auf zufälligen Funden. Quellen, die sich systematisch auswerten ließen, existieren nicht mehr oder sind ihren Entstehungsbedingungen zufolge lückenhaft (wie zum Beispiel die Volkszählungsdatenbank; siehe hierzu im Anhang unter 3.1. Bundesarchiv Berlin). Erst ab Anfang der 1940er Jahre können wir die sogenannten „Mischlinge“, die letzte Gruppe der noch an der Technischen Hochschule aus rassistischen Gründen Verfolgten, aufgrund der erhaltenen Akten des Reichserziehungsministeriums annähernd vollständig erfassen. Ich schätze die unbekannt gebliebenen Fälle vor Anfang der 1940er Jahre auf ca. 30 bis 40 Personen. Bei einer für den Zeitraum von 1933 bis 1945 ermittelten Gesamtzahl der Studierenden von ca. 6500 Personen (ohne fernmatrikulierte Wehrmachtssoldaten) sind also mindestens 1,2 Prozent, wahrscheinlich jedoch bis zu 1,8 Prozent der Stuttgarter Studierenden den rassistischen Maßnahmen und ideologischen Vorurteilen ausgesetzt gewesen.³⁰²

Angesichts der oben nachgewiesenen konkreten Fälle der Vertreibung jüdischer Studierender von der TH und der Feststellung, dass diejenigen aus weniger vermögenden Haushalten kaum mehr an der TH immatrikuliert waren, überrascht es jedoch, dass ihr prozentualer Anteil trotz der Vertreibungen im Jahr 1933 bis 1938 offenbar nur geringfügig zurückging. Dies gilt umso mehr, als im Zuge der Hochschulzugangsbefreiungen zu Beginn der NS-Zeit die jüdischen Abiturienten besonders benachteiligt wurden. So durften von ihnen zum Beispiel 1934 nur 7,1 Prozent (60 Personen) reichsweit ein Studium aufnehmen.³⁰³ Der Anteil Studierender, die sich selbst als Juden bezeichneten bzw. Mitglieder jüdischer Gemeinden waren, an der Gesamtzahl der Stuttgarter Studierenden, der im Sommersemester 1932 1,2 Prozent (20 Personen) und im Wintersemester

302 Zur Ermittlung der Studierendenzahl siehe Tabelle 5 im Anhang.

303 Lang, Jüdische Lehrende und Studierende in Tübingen S. 616

1932/33 1,3 Prozent (23 Personen) betragen hatte,³⁰⁴ war zu Beginn des Wintersemesters 1938/39 mit einem Wert von schätzungsweise 0,7 bis 1,2 Prozent (6 bis 10 Personen) kaum gesunken. Diese Beobachtung betrifft – um die Vergleichbarkeit mit den Werten von 1932 zu erhalten – zwar nur diejenigen Studierenden, die sich selbst der jüdischen Religion zugehörig fühlten bzw. nicht zu einer christlichen Konfession konvertiert waren, also nur einen Teil der Juden nach nationalsozialistischer Definition. Der Befund dürfte aber auch repräsentativ für die Gruppe von jüdischen Studierenden sein, die nur im Sinne der NS-Verfolger als Juden bzw. als „nichtarisch“ galten.³⁰⁵

Die Erklärung für die Geringfügigkeit des Rückgangs dürfte sein, dass zwar wie oben gezeigt im Jahr 1933 eine deutliche Verdrängung von jüdischen Studierenden an der TH stattgefunden hatte, etwas später aber (neue) jüdische Studierende an die Technische Hochschule kamen, weil sie, da ihnen die berufliche Tätigkeit als Arzt oder Jurist versperrt war, nun ein Ausweichstudium suchten. Im Unterschied zu den klassischen Universitäten wurden an der Technischen Hochschule nämlich im Bereich der Architektur, der Ingenieurdisziplinen und der Naturwissenschaften Studiengänge angeboten, von denen sich die als „nichtarisch“ eingestuften Studierenden noch Mitte der 1930er Jahre den Zugang zu akademischen Berufen in Selbständigkeit oder als Angestellte in der freien Wirtschaft erhoffen konnten. Inwiefern die Technische Hochschule Stuttgart für jüdische Studienbewerber wirklich attraktiver war als andere Hochschulen, lässt sich nicht bestimmen. Dietrich Alsberg jedenfalls, der zum Studium der Elektrotechnik aus Kassel nach Stuttgart kam, kolportiert das Gerücht, dass damals nur noch die TH Stuttgart Juden zum Studium zugelassen hätte.³⁰⁶

3.3.4 Relegation der jüdischen Studierenden am 12. November 1938

Unmittelbar nach den Novemberpogromen 1938 war vom Reichserziehungsministerium am 11. November 1938 ein Telegramm an alle deutschen Universitäten und Hochschulen gesandt worden, das die Vertreibung der noch verbliebenen jüdischen Studierenden anordnete.³⁰⁷ Der Rektor der Technischen Hochschule Stuttgart, der Mathematiker Erich

304 Deutsche Hochschulstatistik Bd. 9 (Sommerhalbjahr 1932) S.102 sowie Bd. 10 (Winterhalbjahr 1932/33) S.102

305 Vergleichbar mit den 23 jüdischen Studierenden des WS 1932/33 sind diejenigen nach nationalsozialistischer Definition als jüdisch anzusehenden Studierenden, die bzw. deren Eltern nicht zu einer christlichen Kirche konvertiert sind, also noch der jüdischen Gemeinde angehörten. Bekannt sind aus der fragmentarisch erhaltenen Studentenkartei (UAST 10/55) 6 Personen, die der israelitischen Glaubensgemeinschaft angehörten. Anhand der Lücken in den fortlaufend vergebenen Hochschulnummern für „Nichtarier“ und der Verteilung dieser Nummern auf sogenannte „Mischlinge“ und Personen, die im NS-Staat als Juden galten, dürften maximal noch 4 Fälle hinzukommen. Bei den nach verschiedenen Quellen unterschiedlichen Studierendenzahlen für das Wintersemester 1938/39 (868 bzw. 911) ergeben sich ein Minimalwert von 0,7 und ein Maximalwert von 1,2 Prozent.

306 Alsberg, Witness S.57

307 Das Exemplar für die Universität Freiburg ist abgebildet in Sauer, Dokumente 1. Teil S.244f. Nr.201.

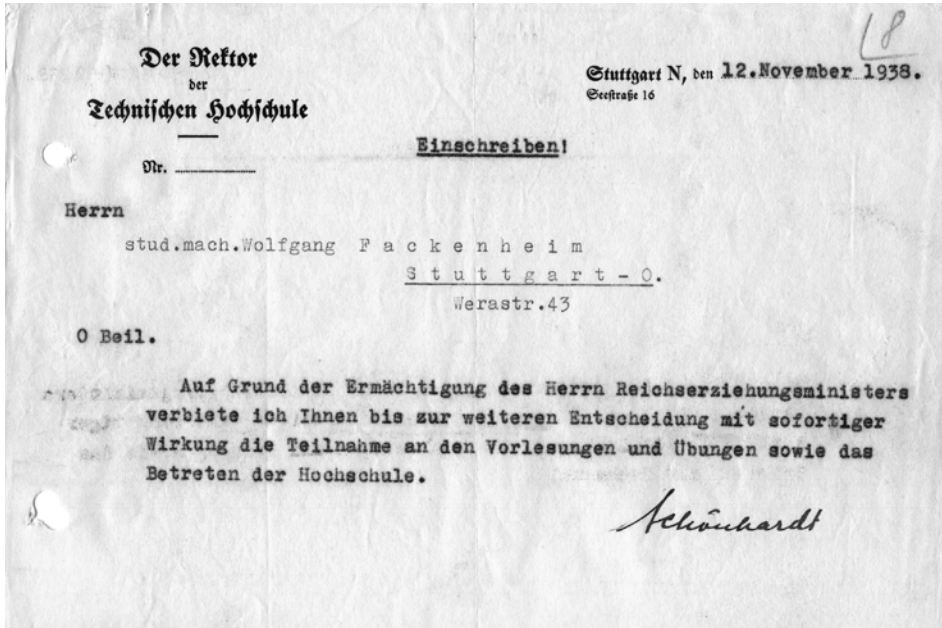


Abb. 6: Schreiben des Rektors der Technischen Hochschule Stuttgart, Erich Schönhardt, an Wolfgang Fackenheim (⚭ William A. Fraser) v. 12. November 1938: Mitteilung über Fackenhaims Relegation. Quelle: StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 36001, Bl. 8

Schönhardt, schickte daraufhin am 12. November an alle jüdischen Studierenden ein Einschreiben mit folgendem Wortlaut:

*Auf Grund der Ermächtigung des Herrn Reichserziehungsministers verbiete ich Ihnen bis zur weiteren Entscheidung mit sofortiger Wirkung die Teilnahme an den Vorlesungen und Übungen sowie das Betreten der Hochschule.*³⁰⁸

Wahrscheinlich in zeitlichem und ursächlichem Zusammenhang mit dem Pogrom in Stuttgart und der Relegation der jüdischen Studierenden stand ein Ereignis, von dem ein Zeitzeuge im Jahr 1998 berichtete und das seinen jüdischen Freund ⚭ S.B. betraf:

*Ich hörte Physik und er hörte Chemie [...] Er hatte im Labor auch einen Platz gehabt, wir waren zusammen im Labor. Das ging bis [19]38, da stand dann eines morgens auf unseren Tischen mit Kreide gemalt: „Juden sind hier unerwünscht“. Und im Herbst 1938 ging er weg [...] Das Verhältnis der Studenten untereinander war hervorragend und der Schmierer, das war der Fachschaftsleiter, ein gewisser Ebert, und der hat das entweder veranlasst, oder selber darauf geschmiert.*³⁰⁹

³⁰⁸ StA Ludwigsburg EL350 I Bü36001 Bl.8 (siehe Abb. 6).

³⁰⁹ UAST44/10 (Zeitzeugeninterview mit A.G. v. 24.04.1998) 29:50

Teil I Hintergründe und Entwicklung der Verfolgungen

A	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B	08/07	09/37	10/37	03/38	19/38																
C	08	07	08	08	08																
D	Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung										Sachfach: <i>Physik</i> Sachabteilung: <i>Waffenbauwesen</i> Hochschulsemester: <i>6</i> Studienziel: <i>Physik</i> Fachsemester: <i>6</i> Berufsziel: <i>Lehrer</i> Frühere Studiengebiete: <i>von / bis</i> Studiengebiete: <i>/</i> von <i>/</i> bis <i>/</i>										
E											Familienname: <i>Fackenheim</i> Reichs-Nr.: <i>N/ 1143</i> Vorname: <i>Wolfgang Arnold</i> Sekulität: <i>Waldenburger</i> geboren am: <i>17. I. 1918</i> in: <i>Süßbrunn</i> Konfession: <i>evangelisch</i> Staatsangehörigkeit: <i>Deutscher Reich</i> Volkszugehörigkeit: <i>jüdisch</i> Schulvorbildung: <i>Realschule</i> in: <i>Süßbrunn</i> Abkürzungenjahrgang: <i>0. 1936</i> Charakter der Prüfung: <i>Bestanden</i> (Mittelschulendes bischulreife) als Schüler, <i>Gelehrter</i> Immatrikulation: <i>2. II. 1938</i> Hochschul-Nr.: <i>93/N/24</i> Exmatrikulation: <i>30. II. 1938</i> Grund: <i>gestrichen weil jüdisch</i> Immatrikulation: Hochschul-Nr.: <i>/N/</i> Exmatrikulation: Grund: Immatrikulation: Hochschul-Nr.: <i>/N/</i> Exmatrikulation: Grund: Beurlaubt: Studium im Ausland (Uniserität oder Hochschule, Ort und Zeit): Demen angedreht <i>.....</i> Semester: von <i>.....</i> bis <i>.....</i> von <i>.....</i> bis <i>.....</i> von <i>.....</i> bis <i>.....</i>										Studentische Vereinigung: <i>.....</i> Verband: <i>.....</i> Mitglied seit: <i>.....</i> Darin tätig als: <i>.....</i> Wohnheim: <i>.....</i> Parteien: <i>.....</i> Mitgliedschaft in (auch früheren) Jugendbünden: <i>Ring Baden 1937, 1938, 1939, 1940, 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1970, 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024</i> sonstigen Vereinigungen: <i>.....</i> Berufständlicher Verband: <i>.....</i> Sprachkenntnis: <i>.....</i> Fertigkeit in Stenographie, Schreibmaschine, Plakatschrift und Zeichen. (Schriftliches unterstreichen): Welche Schreibzeug-Sührerheime besitzen Sie: a) Land: <i>I</i> , b) Waller: <i>.....</i> , c) Kutt: <i>.....</i> Häufige Anschrift: Postfach <i>0</i> Straße <i>.....</i> Nr. <i>42</i> bei <i>.....</i> Fernsprecher: <i>.....</i>
F	Familienstand: <i>ledig</i> Kinder: <i>.....</i> Geschwister: <i>.....</i> Ahnen-Tafel: Vater, Großvater, Großmutter — Mutter, Großvater, Großmutter. Vater war Kriegsteilnehmer: Ja <i>.....</i> Frontkämpfer: Ja <i>.....</i> Name des Vaters: <i>Dr. Julius Fackenheim</i> Berufsstellung: <i>Rechtsanwalt</i> Beruf: <i>Lehrer</i> Hochschulbildung: <i>.....</i> Wohnung des Vaters: <i>Süßbrunn</i> / über <i>.....</i> weitere 5000 Einwohner (Gemeinde-Gebäude) (nähere Umgebung der Hochschulortes (Mittelstädte bis Großstädte)) Straße Nr. <i>.....</i> Fernsprecher: <i>.....</i> Dien <i>.....</i>																				
G																					
H																					
I																					
J																					
K																					
L																					
M																					
N																					
O																					
P																					
Q																					
R																					
S																					
T																					
U																					
V																					
W																					
X																					
Y																					
Z																					

Abb. 7: Für Juden bestimmte, im Original gelbe Karteikarte – hier das Exemplar für Wolfgang Fackenheim (≠ William A. Fraser) – mit den Matrikelnummern für „Nichtarier“ („N 1143“ und „93/N/24“) und dem Vermerk „gestrichen weil Jude“. Die Exmatrikulation wurde auf das Ende der Vorlesungszeit des Sommersemesters 1938 zurückdatiert. Quelle: UAS 10/55

Der Zeitzeuge erinnerte sich auch noch daran, dass außer seinem Freund ≃ S.B. noch zwei weitere jüdische Studenten, darunter der kubanische Staatsbürger ≃ Juan Pasternachia, aufgrund der antisemitischen Schmierereien das Praktikum verließen und nicht mehr in die Technische Hochschule kamen. Bekannt sind die Namen von zehn jüdischen Studenten, die aufgrund des oben genannten Erlasses relegiert wurden: ≃ Dietrich Alsberg, ≃ S.B., ≃ Hartmut Colden, ≃ William A. Fraser, ≃ Georg Liebel, ≃ Hans Oppenheimer, ≃ Juan Pasternachia, ≃ Gunter Benno Seaton, ≃ Hans Eckers, ≃ P.Z.

Ein Blick auf andere Hochschulen zeigt, dass an der TH Stuttgart bis zu den Novemberpogromen 1938 mit mindestens zehn Studenten noch vergleichsweise viele jüdische Studierende immatrikuliert waren. An vielen Universitäten, so in Freiburg, Rostock und wohl auch an der TH Darmstadt, gab es keine jüdischen Studenten mehr, die vom oben genannten Erlass betroffen waren, in Karlsruhe, in Kiel und an der Universität München waren es je einer, in Aachen ca. sieben, in Hamburg waren es noch neun.³¹⁰

310 Grüttner, Studenten S.221; ders., Sorgenkind S.212; Rostock: Deinert, Studierende S.265; Darmstadt: Hanel/Schmidt, Ausgrenzung S.210f.; zur TH Aachen siehe Kalkmann, Technische

Als bei den Novemberpogromen am 9. und 10. November 1938 zahlreiche jüdische Männer in Stuttgart verhaftet wurden, kamen auch (mindestens) drei Stuttgarter Studenten in Haft und wurden in Konzentrationslager verschleppt: ↗ Hans Oppenheimer und ↗ Gunter Benno Seaton (Günter Benno Zittwitz) wurden im KZ Dachau inhaftiert, der Student des Maschinenbaus ↗ William A. Fraser (Wolfgang Fackenheim) im KZ Welzheim. Die Gestapo suchte den Studenten der Elektrotechnik ↗ Dietrich Alsberg in seiner Heimatstadt Kassel. Er floh von dort nach Stuttgart, wo er sich in der Wohnung seines Freundes Hans Oppenheimer verstecken konnte.³¹¹ Vermutlich wurden die Verhaftungen während der Novemberpogrome und dem Niederbrennen der Synagogen vor Ort zentral organisiert und mit Hilfe einer Kartei der Stuttgarter Juden nach Wohnadressen straßenweise vorgenommen.³¹² Es bleibt offen, ob es Denunziationen aus der Technischen Hochschule heraus gegeben hat, die für die Auswahl der verhafteten Studenten ursächlich waren. William Fraser und mit ihm der ebenfalls verhaftete Professor ↗ Julius Baum mussten neben den üblen Haftbedingungen zudem eine weitere Demütigung hinnehmen: Bei ihrer Festnahme wurden Portraitfotos gemacht, die sie und viele andere Stuttgarter Juden, die nach Welzheim verschleppt wurden, in der NS-Zeitung „Flammenzeichen“ im Dezember 1938 unter der Überschrift „Schach dem Judentum – Die sogenannten vornehmen angeblich harmlosen Hebräer“ mit diskriminierenden Kommentaren zeigten.³¹³ Aber auch die Studierenden, die der Verhaftungsaktion entgangen waren, standen unter erheblichem Druck. Ein anonymer Zeitzeuge berichtete nach dem Ende der NS-Herrschaft zur Situation in Stuttgart: „Die Verhaftungen dauerten etwa eine Woche: eine ganze Reihe von [jüdischen: Zusatz N. B.] Maennern blieben ihren Wohnungen fern um nicht gefasst zu werden. Man wagte kaum, sich telephonisch mit Anderen in Verbindung zu setzen, und man ging nur vor's Haus, um die noetigsten Einkaeufe zu machen oder sich nach Bekannten zu erkundigen. Es war ein unvorstellbarer Druck.“³¹⁴

Noch während Oppenheimer und Seaton im KZ festgehalten wurden, vollzog die Universitätsleitung die Zwangsexmatrikulation. Wie die Studienbücher zeigen, mussten offenbar Dritte – Freunde oder Verwandte – zum Studentensekretariat kommen, um den Exmatrikulationsstempel ins Studienbuch eintragen zu lassen und die vorgeschriebenen Gebühren hierfür zu entrichten.³¹⁵ Der Architekturstudent ↗ Hans Eckers

Hochschule Aachen S.240 f.; Universität München: Böhm, Selbstverwaltung S.218; Universität Kiel: Wieben, Aus Deutschland S.243

311 Alsberg, Witness S.72–75

312 Siehe den Zeitzeugenbericht in Zelzer, Weg und Schicksal S.198; Müller, Stuttgart S.305

313 Abgebildet in Zelzer, Weg und Schicksal S.428 f.; ein Exemplar findet sich in StA Ludwigsburg EL350 I Bü36001.

314 Datenbank „Testaments to the Holocaust“ (Archives of the Wiener Library, London), document reference number: 048-EA-0577. P.I.I.D. No. 749, S.3

315 Die Studienbücher nahmen beide mit in ihre Exilländer und sandten nach dem Krieg Kopien an das Landesamt für Wiedergutmachung in Stuttgart, sodass wir den Vorgang heute nachvollziehen können. – In einer früheren Publikation bin ich davon ausgegangen, dass schon im Sommersemester 1938 eine vor allem durch die Studentenführung oder eine aktive nationalsozialistische Studentengruppe initiierte Vertreibung der letzten jüdischen Studierenden von der Technischen

berichtet, dass ihm die schon zu Beginn des Wintersemesters 1938/39 entrichteten Studiengebühren nach der Relegation zurückerstattet wurden.³¹⁶ Der Architekturstudent ↗ Hartmut Colden, der vor der Diplomarbeit sogar noch Gebührenbefreiung erhalten hatte und dann das Glück hatte, nach den Novemberpogromen nicht in ein KZ verschleppt zu werden, erhielt mit Datum vom 17. Dezember 1938 gegen eine Gebühr von fünf Reichsmark ein Abgangszeugnis. Es enthält die Bemerkung: „Er wurde vom weiteren Hochschulbesuch ab Winters[emester] 1938/39 ausgeschlossen, weil er Jude ist.“³¹⁷ Wie bei der Rückerstattung der Studiengebühren tritt hier das für den NS-Staat vielfach beobachtete Paradoxon des Zusammengehens von brutaler Gewalt mit formaljuristisch korrektem Vollzug der Unrechtstat als bizarre Verschränkung von vorgeblicher Korrektheit und amtlicher Willkür deutlich zutage. Willkür der Verwaltung oder eines einzelnen Verwaltungsmitarbeiters lag auch vor, als das Prüfungsamt der Technischen Hochschule Ende 1938 dem jüdischen Absolventen ↗ Gustav Jacobsthal, der schon vor der offiziellen Zeugnisausgabe emigriert war, die Zusendung des Diplomzeugnisses nach Guatemala verweigerte – eine Maßnahme, die weitreichende wirtschaftliche Folgen für ihn hatte, da er ohne diese Zeugnisurkunde im Exilland erst nach einigen Jahren die amtliche Anerkennung als Architekt erhalten konnte.

Mit der Relegation und der anschließenden erzwungenen Emigration wurden die beruflichen Karrieren der Betroffenen erheblich beeinträchtigt. Man kann feststellen, dass alle Relegierten große Schwierigkeiten hatten, ihr Studium in den Exilländern fortzusetzen – nicht selten mussten sie dort als Deutsche, denen man misstraute, mit Beginn des Zweiten Weltkriegs noch eine längere Haftzeit in Internierungslagern erdulden. Nur wenige konnten die erstrebten akademischen Berufsziele erreichen. In den Schreiben an die Ämter für Wiedergutmachung berichteten sie mitunter noch in den 1960er Jahren von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sie im Ausland aktuell zu bewältigen hatten.

3.3.5 Das Schicksal der sogenannten „Mischlinge“

Nach der Vertreibung der jüdischen Studenten von den Hochschulen verschlechterte sich auch die Lage der später sogenannten „Mischlinge“ kontinuierlich.³¹⁸ Schon vor den Nürnberger Gesetzen und ihren Ausführungsverordnungen waren die „jüdischen Mischlinge“ in vielfacher Weise als „nichtarisch“ verfolgt worden. Noch bevor von Seiten

Hochschule stattgefunden habe (Becker, Entnazifizierung S. 44). Diese Annahme gründete sich vor allem darauf, dass auf den Karteikarten der jüdischen Studenten als Exmatrikulationsdatum der 30. Juni 1938 vermerkt war. Tatsächlich zeigen aber die jetzt vorliegenden Dokumente, dass die jüdischen Studierenden der TH Stuttgart genauso wie diejenigen der anderen deutschen Hochschulen im Zuge der Novemberpogrome am 12. November 1938 vertrieben wurden. Das Datum der Exmatrikulation war jedoch auf das Vorlesungsende des vorangegangenen Semesters zurückdatiert worden. Dies war an der TH Stuttgart bei allen Exmatrikulationen üblich, die während eines laufenden Semesters vorgenommen wurden.

316 UAst 44/15 (Zeitzeugeninterview mit Hans Eckers v. 05.11.2015) 08:10

317 Archiv der Moderne, Weimar III/01/067 (Studentenakte Coldens der Staatlichen Hochschule für Baukunst und Bildende Künste, Weimar)

318 Die folgende Darstellung folgt Grüttner, Studenten S. 221–227; Bodo, Antisemitismus S. 215–227

der NSDAP und des Reichserziehungsministeriums Restriktionen für diese Gruppe von Studierenden erlassen wurden, kam es – wie ja schon oben im Fall des Studienbewerbers ↗ Werner Jeremias oder des Studenten ↗ Erich Gebhardt und anderer gesehen – zu Verfolgungsmaßnahmen, die aus der TH Stuttgart selbst erwuchsen. Diese hochschulintern motivierten Verfolgungen lassen sich auch andernorts beobachten.³¹⁹

Am 5. Januar 1940 erging an die deutschen Hochschulen ein vertraulicher Erlass des Reichserziehungsministers, wonach von nun an das Ministerium über die Zulassung von „Mischlingen ersten Grades“ (also von Personen, die zwei jüdische Großelternanteile hatten) zum Studium entscheiden sollte. Die Antragsteller mussten u. a. zwei Lichtbilder vorlegen, „von denen das eine eine Profilaufnahme sein“ sollte. In dieses Verfahren der rassistischen Diskriminierung wurden nun auch die Rektoren der Hochschulen eingebunden. Sie mussten eine „ausführliche Stellungnahme“ zu dem Gesuch verfassen, in dem „insbesondere auf den persönlichen Eindruck über die Persönlichkeit und das Aussehen des Gesuchstellers einzugehen“ war. Dabei war „zu erwähnen, ob und inwieweit Merkmale der jüdischen Rasse beim Gesuchsteller äußerlich erkennbar“ waren.³²⁰ Im Oktober 1940 wurde der Erlass noch verschärft, indem u. a. bestimmt wurde, dass die Betroffenen nicht nur für die Zulassung, sondern auch für die Fortsetzung des Studiums eine Genehmigung des Ministeriums benötigten.³²¹

Einen gewissen Schutz erhielten zunächst noch die sogenannten „Mischlinge ersten Grades“, die in der Wehrmacht gedient hatten. Sie waren zwar auf Anordnung Hitlers ab April 1940 aus der Wehrmacht entlassen worden, zumindest sollten aber diejenigen unter ihnen, die aufgrund von „Tapferkeit vor dem Feind“ ausgezeichnet oder befördert worden waren, nach einer Äußerung Hitlers von Anfang Oktober 1940 studieren dürfen.³²² Für die betroffenen „Mischlinge“ begann eine Hängepartie, denn zahlreiche Anträge auf Zulassung zum Studium an den verschiedenen Hochschulen und Universitäten blieben im Reichserziehungsministerium unbearbeitet liegen, bis Anfang September 1941 im Gerangel zwischen Ministerium, Parteikanzlei und dem Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, die Äußerung Hitlers in einen entsprechenden neuen Erlass eingegangen war.³²³ Die Auffassung der Forschung, dass durch die weiteren Erlasse bis Mai 1944 den „Mischlingen ersten Grades“ das Studium de facto verwehrt wurde,³²⁴ muss zumindest eingeschränkt werden, da im Juni 1944 reichsweit noch 89 Studierende mit diesem Status an den Hochschulen immatrikuliert waren, darunter acht Frauen, die ja gar nicht die Möglichkeit gehabt hatten, sich als Soldaten an der Front zu bewähren.³²⁵

319 Die Universität Frankfurt/Main verhinderte schon vor Beginn des Zweiten Weltkriegs die Immatrikulation von jüdischen „Mischlingen“. Siehe hierzu Grüttner, Studenten S. 222.

320 UAST17/724 (Kopie des Erlasses v. 05.01.1940 an die Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim); zum Folgenden auch Meyer, Jüdische Mischlinge S. 200–202

321 Grüttner, Studenten S. 222; Olenhusen, Studenten S. 111

322 Nicht veröffentlichter Erlass des Oberkommandos der Wehrmacht v. 08.04.1940: Olenhusen, Studenten S. 195; Grüttner, Studenten S. 222

323 Olenhusen, Studenten S. 195–197

324 Grüttner, Studenten S. 222 f.; Meyer, Jüdische Mischlinge S. 200–202

325 BA Berlin R4901/13125; vgl. Meyer, Jüdische Mischlinge S. 201.

In Einzelfällen konnten „Mischlinge“ also im unübersichtlichen System der NS-Unrechts-Erlasse mitunter eine Möglichkeit zum Studieren finden.

Auch die Zulassung der sogenannten „Mischlinge zweiten Grades“ zum Studium wurde ab Januar 1940 durch das Reichserziehungsministerium geprüft. Zwar wurde die Entscheidung über die Zulassung zum Studium im Juni 1942 an die Rektoren zurückverwiesen: „Den Gesuchen von Mischlingen 2. Grades wird in der Regel zu entsprechen sein, wenn nicht im Einzelfalle in der Person des Gesuchstellers liegende politische oder charakterliche Bedenken dem entgegenstehen.“ Jedoch regelte schon im Dezember 1942 ein neuerlicher Erlass, dass die Zulassung zwingend nur nach einer politischen Beurteilung durch die Gauleitung der NSDAP erfolgen durfte, was de facto zu einem Zulassungsstopp für diese Gruppe von Studierenden an den Hochschulen geführt hätte, wenn sich einzelne Rektoren im Zusammenspiel mit dem Reichserziehungsministerium hierüber nicht hinweggesetzt hätten.³²⁶

An der Technischen Hochschule Stuttgart trafen die „Mischlinge“ auf eine unklare, prekäre Situation. Während der Studentenführer der Jahre 1938/1939 ihnen Unterstützung zusagte und auch gewährte,³²⁷ schikanierte sein Nachfolger Karlheinz Herzer sie und versuchte, sie von der Hochschule zu vertreiben. Den Vorwand hierfür lieferte Ende März 1943 – nach der Niederlage in Stalingrad – ein Rundschreiben der Reichsstudentenführung an alle Hochschulen mit der Anordnung, Studierende, die „nach Leistung und Haltung für ein Studium unter den erhöhten Anforderungen des Krieges nicht geeignet erschienen“, zu beurlauben und den Arbeitsämtern zu melden.³²⁸ Vor dem Büro des Studentenführers Herzer fanden sich nun die Studierenden ein, darunter vor allem sogenannte „Mischlinge“, die Herzer aufgrund dieses Erlasses von der Hochschule verweisen wollte. Der Student \nearrow E.G. erinnerte sich nach dem Krieg:

Ich wurde abermals zum Studentenführer Herzer vorgeladen. Die NSDAP hatte eine Verordnung erlassen, wonach Studenten, die nach Leistung und Haltung dem geforderten Durchschnitt nicht entsprachen, von der Hochschule zu verweisen und der Rüstung einzugliedern seien. Vom Standpunkt der Leistung aus konnte man mir nichts anhaben, jedoch ließ sich der Begriff der Haltung beliebig dehnen. Bei meiner Vorladung wartete ich lange mit einer Menge von Studenten, die in gleicher Sache bestellt waren.³²⁹

Die Konfrontationen mit dem Studentenführer gingen unterschiedlich aus. Einige Studierende mussten die Technische Hochschule verlassen – in der offiziellen Statistik für

326 Abschriften der Erlasse v. 05.01.1940, 25.10.1940, 22.06.1942 und 02.12.1942 in: StA Ludwigsburg EL902/2 Bü1998 (Spruchkammerakte Hess, Heinrich), Bl.24–27; siehe ferner Grüttner, Studenten S.222f., Olenhusen, Studenten S.194, 202–205.

327 UAST44/13 (Zeitzeugeninterview mit Walter Betting v. 14.03.2000); StA Ludwigsburg EL902/6 Bü4222

328 Grüttner, Studenten S.415

329 StA Ludwigsburg EL902/20 Bü42688 Bl18f. (Schreiben des E.G. an die Spruchkammer Stuttgart v. 16.04.1947). E.G. schildert denselben Vorfall ebenfalls in StA Ludwigsburg EL905/4 Bü736 (Schreiben des E.G. v. 16.04.1947).

die TH Stuttgart waren es nur zwei³³⁰ – andere blieben verschont, eine dritte Gruppe studierte schwarz weiter, d. h. mit Duldung ihrer Professoren und ohne offiziell immatrikuliert zu sein. Nach dem Weggang Herzers im April 1943³³¹ konnten diese letzteren Studierenden dann weitgehend unbehelligt ihr Studium fortsetzen.

Bei Professoren der Architekturabteilung, Hugo Keuerleber und Paul Schmitthenner, einem ungenannten Assistenten (wahrscheinlich Gottlieb Hoss³³²) sowie beim Rektor Heinrich Hess erhielten die sogenannten „Mischlinge“ jedoch Unterstützung. Hierbei spielte, zumindest für den Rektor Heinrich Hess nachweisbar auch die Hochachtung eine Rolle, die man den Betroffenen als ehemaligen aktiven Wehrmachtssoldaten entgegenbrachte³³³ und die für die ältere, nationalkonservative Generation allgemein angenommen werden kann. Hess nutzte den ihm durch die Erlasse gegebenen Beurteilungsspielraum durchaus zugunsten der „Mischlinge“. Die Architekturstudenten ↗ Jochen Ernst und ↗ Walter Betting und auch der Student des Maschinenbaus ↗ E.G. konnten zeitweise studieren, ohne offiziell immatrikuliert zu sein. ↗ K.F., sogenannter „Mischling zweiten Grades“ konnte offen mit dem Rektor über seine Situation beraten.³³⁴ Die Erlaubnis zum „vorläufigen“ Studium – Hess führt sie zu seiner Entlastung in seinem Entnazifizierungsverfahren an – war jedoch nicht ungewöhnlich und offensichtlich für die Beteiligten auch nicht gefährlich. An den Universitäten in Berlin, Graz, München, Breslau, Heidelberg, Freiburg und der Hochschule für Welthandel in Wien ist dasselbe Entgegenkommen von einigen Rektoren und Professoren gegenüber „Mischlingen“ unter offensichtlicher Duldung durch das Reichserziehungsministerium zu beobachten.³³⁵ Bei der Flut von Erlassen, die bis zur Sinnlosigkeit vorangetrieben wurden, und dem Kompetenzgerangel zwischen Ministerien, Verwaltung und NSDAP-Parteidienststellen konnten die Rektoren offenbar, ohne selbst Schaden zu nehmen, ihre formalen Kom-

330 SD-Berichte zu Inlandsfragen vom 24. Januar 1944 (Rote Serie: Kulturelle Gebiete), in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter. <http://db.saur.de.dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=MAR-0641> (15.09.2015)

Die Zahl stimmt mit den Angaben des damaligen Rektors Heinrich Hess überein: „Bei der nach Stalingrad einsetzenden ersten Totalisierung des Krieges wurden von über 1000 Studierenden nur 5, davon 3 Frauen, beurlaubt bzw. dem Arbeitsamt gemeldet, von denen aber 3 nach einiger Zeit wieder zur Hochschule zugelassen wurden.“ UAST 57/64 (Personalakte Hess, Heinrich: Bericht von H. Hess „Die Technische Hochschule Stuttgart im Kriege 1940–45.“ S. 6 f.)

331 Eigene Angabe Herzers in seiner Spruchkammerakte: StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 42688 Bl. 51

332 Siehe die Zeugnisse in Hoss' Spruchkammerakte im StA Ludwigsburg EL902/6 Bü 9757.

333 StA Ludwigsburg EL902/2 Bü 1998 (Spruchkammerakte Hess, Heinrich) Bl. 39. In seiner Verteidigungsschrift gibt Hess als Gründe für die Unterstützung der „Mischlinge“ an: „... weil ich als Wissenschaftler die Rassentheorie des Nationalsozialismus als zu wenig fundiert nicht anerkennen konnte und die Zurücksetzung von Mischlingen, die Soldat gewesen waren, für ein besonderes Unrecht hielt.“ Ebd. Bl. 68. Zu den Motiven der Professoren in Deutschland, die „Mischlinge“ zu unterstützen, siehe Bodo, Antisemitismus S. 216 f.

334 StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 42688 (Spruchkammerakte Herzer, Karlheinz) Bl. 23, 43

335 Olenhusen, Studenten S. 198 f. mit Anm. 142 u. S. 204; Grüttner, Säuberung S. 27 (Schutz für „Mischlinge“ durch Professor Heinrich Wieland, Universität München, Nobelpreisträger für Chemie 1927); BA Berlin R 4901/13125

petenzen überschreiten. Andererseits konnte auch der Stuttgarter Studentenführer sich Kompetenzen anmaßen, wenn er entgegen den Erlassen ebenfalls Gutachten zur Persönlichkeit der „Mischlinge“ abgab.³³⁶

Nach einer Umfrage des Reichserziehungsministeriums³³⁷ studierten Ende Mai bzw. Anfang Juni 1944 an den deutschen Hochschulen und Akademien noch 89 „Mischlinge ersten Grades“, darunter acht Frauen, und 350 „Mischlinge zweiten Grades“, darunter 156 Frauen. Im unterschiedlichen Frauenanteil in den Gruppen der „Mischlinge“ ersten und zweiten Grades sieht man die Auswirkungen des Erlasses über die Bewährung im Felde. Die meisten der „Mischlinge zweiten Grades“ dürften nicht an den Hochschulen gewesen sein, sondern befanden sich als Soldaten der Wehrmacht in den Kriegsgebieten. Hochschulen mit einer vergleichsweise hohen Zahl an „Mischlingen“ finden sich in Berlin und Wien, wo bis zur Shoah große jüdische Gemeinden gewesen waren. Bemerkenswert ist die vergleichsweise hohe Zahl von zehn „Mischlingen ersten Grades“ an der Technischen Hochschule München, die vielleicht auf ein Entgegenkommen der Hochschulverwaltung oder der Studentenführung der TH zurückzuführen ist. Nach der Statistik aus dem Reichserziehungsministerium studierten an der Technischen Hochschule Stuttgart Ende Mai 1944 nur noch drei „Mischlinge zweiten Grades“, zwei Männer und eine Frau. Darunter war der Architekturstudent ↗ K.F., der die Zulassung über die TH Aachen genutzt hatte, um an die TH Stuttgart wechseln zu können,³³⁸ sowie die Architekturstudentin ↗ D.C., die mit der Bemerkung „in vorläufiger Weise eingeschrieben“ aufgelistet ist,³³⁹ ein Indiz für die renitente Haltung der Architekturabteilung zugunsten ihrer Studierenden in prekärer Lage (siehe hierzu Kap. 4.3).

3.4 Verfolgung nonkonformer Studierender

Repressalien oder Relegation mussten auch Studierende über sich ergehen lassen, die sich im gesellschaftlichen Umgang nicht konform verhielten oder psychisch erkrankten und damit den Normen der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft nicht entsprachen. So wurden zwei Studenten relegiert, nachdem sie wegen homosexueller Kontakte gerichtlich verurteilt worden waren (↗ Kurt Schulmeister, ↗ Helmut Wolff). Relegationen als zusätzliche Strafe der Hochschule nach vorausgegangenen Gerichtsurteilen waren noch bis in die 1960er Jahre üblich (siehe Kap. 6.4). Bezeichnend für das Rechtsverständnis der Hochschulleitung ist, dass sich im Fall ↗ Helmut Wolffs Rektor Wilhelm Stortz über das formale Verfahren – die Anhörung vor dem sogenannten Dreierausschuss des hochschulinternen Disziplinargerichts – einfach hinwegsetzte. Ein anderer Student, ↗ F.T., konnte seine dauerhafte Relegation gerade noch verhindern. F.T. war mit dem Studentenführer Karlheinz Herzer in Konflikt geraten, weil er seinen Hund zu einer Exkursion mitgebracht hatte, „wie ein englischer Gentleman“ (Herzer) auftrat und extra-

336 Olenhusen, Studenten S. 197

337 BA Berlin R 4901/13125

338 StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 42688 (Spruchkammerakte Herzer, Karlheinz) Bl. 43

339 BA Berlin R 4901/13125 (Rektor der TH Stuttgart an Reichserziehungsministerium v. 18. 05. 1944)

vagante, unübliche Kleidung trug – möglicherweise ein Hinweis darauf, dass F.T. zu der im NS-Staat verpönten „Swingjugend“ gehörte.

Kennzeichnend für die Willkürmaßnahmen des Rektors Wilhelm Stortz ist die Relegation des Schweizer Architekturstudenten ↗ T.C. Auf dessen Karteikarte aus dem Prüfungsamt ist zu lesen³⁴⁰:

Vom Rektor ausgeschlossen!

Ist beim Absingen der Nationalhymne am Wahltag 10. 4. 1938 trotz Aufforderung nicht aufgestanden. Hat sich gegenüber Straßensammlungen dauernd ablehnend verhalten.
12. 4. 38

Am Tag der Abstimmung über den sogenannten „Anschluss“ Österreichs, dem 10. April 1938, war T.C. mit einem aus der Schweiz angereisten Freund in ein Stuttgarter Lokal gegangen. Dort hatte eine Gruppe von Männern an einem Nebentisch nationalistische Lieder angestimmt. Danach wurde er zur Rede gestellt, weil er nicht in den Gesang eingestimmt hatte und auch beim Singen der deutschen Nationalhymne nicht aufgestanden war. Dieser Vorfall wurde beim Rektor der TH Stuttgart denunziert und mit weiteren Vorwürfen angereichert, die nach ihrem Inhalt aller Wahrscheinlichkeit nach aus Kreisen der Studierenden kamen.

Die rücksichtslose Vorgehensweise des Rektors Stortz zeigt auch der Fall des Studenten der Elektrotechnik ↗ C.W. C.W. hatte offenbar während des Reichsarbeitsdienstes eine Depression erlitten. Stortz setzte, ohne von einer Ausnahmeregelung Gebrauch zu machen, eine entsprechende Verfügung des Reichserziehungsministeriums um, die sich gegen erkrankte Studierende wendete, und verwies C.W. von der Hochschule, so dass dieser trotz der vorliegenden guten Eignung das Studium aufgab.³⁴¹

Politisch nonkonforme Studierende wurden auch finanziell benachteiligt. So finden sich in den schon oben zitierten Akten Professor Richard Grammels, Professor für Technische Mechanik an der Abteilung für Maschineningenieurwesen und Elektrotechnik, Namenlisten von Studierenden mit Grammels Vorschlägen für die Höhe des zu gewährenden Kolleggeldnachlasses oder die Bewilligung von Stipendien (siehe Kap. 2.2.1). Nicht selten wurden der Kolleggeldnachlass und die Stipendien vom politischen Engagement der antragstellenden Studenten abhängig gemacht:

*Bei Aichinger wird vorgeschlagen, den Nachlaß von $\frac{3}{4}$ auf $\frac{2}{4}$ herabzusetzen, da er sich an Fachschaftsarbeiten usw. nicht beteiligt.*³⁴²

*Bei Sorberger (Diplomkandidat) besteht kaum Anlaß, über $\frac{2}{4}$ Nachlaß hinauszugehen, da er keiner Gliederung [der NSDAP; Zusatz N.B.] angehört und nicht besonders bedürftig ist.*³⁴³

340 UAST120

341 StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 97101

342 UAST 41/4a Bl.147 (Schreiben Grammels an Rektorat v. 17.12.1936)

343 UAST 41/4a Bl.179 (Schreiben Grammels an Rektorat v. 25.05.1936)

3.5 Repression und Verfolgung der ausländischen Studierenden

Die ausländischen Studierenden standen beim NSDStB und bei den Studentenführern durchgehend unter Verdacht, „politisch unzuverlässig“, d. h. latent oppositionell, möglicherweise deutschfeindlich, mindestens aber widerwillig an die NS-Ideologie angepasst zu sein. Sie nahmen allgemein und auch an der Technischen Hochschule Stuttgart eine Sonderstellung ein, wie eine spätere Aussage eines ausländischen Architekturstudenten illustriert, in der es heißt, dass sie „von anderen Stellen meist als Menschen zweiter Klasse angesehen wurden“.³⁴⁴

Der Zugriff der Studentenführer auf diese Gruppe von Studierenden war zunächst eingeschränkt. Weder waren die ausländischen Studierenden ohne Weiteres zu Arbeitslagern und Mitgliedschaften in NS-Organisationen zu zwingen noch konnte man sie durch die Androhung des Entzugs von Stipendien oder anderer materieller Vergünstigungen für die NS-Ideologie gefügig machen, da sie – von der Mitgliedschaft in der Deutschen Studentenschaft ausgeschlossen – in aller Regel sowieso die materiellen Vergünstigungen nicht oder nur eingeschränkt erhalten konnten. Sofern sie aus mit dem Deutschen Reich verbündeten Ländern kamen, konnten sie zudem bei Konflikten auf die Hilfe ihrer Konsulate bauen. Der niederländische Architekturstudent Dirk Hulshoff berichtet im Rückblick Anfang der 1980er Jahre:

*Bis 1939 lief für mich das Studium weiter ohne große Hindernisse. Die ausländischen Studierenden (wohl fünfundzwanzig verschiedene Nationalitäten) suchten einander und waren in einem Club verbunden. Sie waren im großen Ganzen nicht interessiert in der Politik und nahmen den nationalsozialistischen Zauber nicht ernst.*³⁴⁵

Der damalige Studentenführer – es handelte sich um denjenigen, der den „Mischlingen“ seine Unterstützung angeboten hatte (Kap. 3.3.5) – begegnete der Gruppe der ausländischen Studierenden zwar mit Skepsis, ansonsten blieb sein Verhalten aber souverän und harmlos, wie die Schilderung einer Geburtstagsfeier im Mai 1939 zeigt:

*Ein kleiner Teil meiner Freunde, an dem Tag zu Besuch, waren Deutsche und der übrige Teil aus verschiedenen Ländern. Aus Zufall erschien in Begleitung eines norwegischen Freundes der damalige Studentenführer. Es war gerade das, was ich nicht wollte, denn meine deutschen Freunde waren alles Gegner des Nationalsozialismus. Dieser Studentenführer war erstaunt über meine Sammlung schwarzer Schafe aus der Studentenherde. Weil er ein eitler, reicher Mitläufer war, aber kein Fanatiker, hat es ihm damals irgendwie doch noch Spaß gemacht.*³⁴⁶

Als problematisch wurde von Seiten der Studentenführung nicht nur die freiere Stellung der Ausländer in Verbindung mit ihrer Gruppenbildung angesehen, sondern insbeson-

344 So der ehemalige Architekturstudent Antoni Semkoff in einem Schreiben zu einem Spruchkammerverfahren im Jahr 1946: StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 77065 Bl. 25

345 Hulshoff, Vom anderen Deutschland S. 91

346 Ebd.

dere ihr vermeintlich ideologisch-schädlicher Meinungs-austausch mit den deutschen Studierenden. Bei dem späteren Studentenführer Karlheinz Herzer war die Situation für die ausländischen Studierenden Anfang der 1940er Jahre offensichtlich prekärer geworden. Ein türkischer Student bezeugt, wie die gemeinsamen Treffen der ausländischen und deutschen Studenten in der Mensa durch das Erscheinen des Studentenführers Herzer gesprengt wurden: „... und sofort unbemerkt waren die deutschen Studenten verschwunden ... später kamen sie überhaupt nicht mehr zu uns“.³⁴⁷

Der Kontakt oder Freundschaften zu ausländischen Kommilitonen konnte für Herzer ein Grund sein, die Zustimmung zur Rückmeldung zu verweigern, sodass der Studierende, der sich dieses Vergehens schuldig gemacht hatte, von der Hochschule verwiesen wurde.³⁴⁸

Außer der Unterstellung der politischen Unzuverlässigkeit dürfte auch eine allgemeine Fremdenfeindlichkeit gegenüber den ausländischen Studierenden geherrscht haben. Hierfür gibt es zwar keine ausdrücklichen Zeugnisse aus Stuttgart, jedoch finden sich in den allgemeinen Berichten des SD die typischen Vorurteile über ausländische Studierende an anderen Hochschulorten. So befände sich „minderwertiges Menschenmaterial“ unter den ausländischen Studenten, die zudem auf dem Campus „augenfällig in Erscheinung“ träten. Viele bezahlten nicht die Studiengebühren und suchten „in auffälligem Maße“ den sexuellen Kontakt zu „deutschblütigen Mädchen und Frauen“, wobei sie sich „bewußt über die deutschen Rassevorstellungen hinwegsetzen“.³⁴⁹ In diesen Meldungen scheint sehr deutlich das ganze Repertoire fremdenfeindlicher Vorurteile auf, teils mit pornografischen Assoziationen, wie sie schon im nationalsozialistischen „Stürmer“ für die antisemitische Propaganda eingesetzt worden waren.

Die größte Gruppe ausländischer Studierender an der TH Stuttgart stellten mit etwa 150 Personen die bulgarischen Staatsbürger. Da es bis dahin keine technische Hochschule im eigenen Land gab, besuchten viele Bulgaren die technischen Hochschulen in Zagreb oder Belgrad und auch traditionell die entsprechenden deutschen Hochschulen in München und Stuttgart. Im Jahr 1941 schlossen sie sich an der TH Stuttgart in der studentischen Vereinigung „Pejo Jaworow e.V.“ (seit 1946 „Deutsch-Bulgarischer Freundeskreis e.V.“) zusammen. Ohne diese hohe Zahl bulgarischer Studierender wäre in Stuttgart in den letzten Kriegsjahren die Lehre an der Hochschule zum Erliegen gekommen. Im Frühjahr 1944 erhielten die bulgarischen Männer zwar den Einberufungsbefehl – zuvor waren sie als Studenten vom Kriegsdienst befreit gewesen – konnten aber zu diesem Zeitpunkt wegen der militärischen Lage nicht mehr nach Bulgarien gelangen.³⁵⁰

347 StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 42688 (Spruchkammerakte Herzer, Karlheinz) Bl.21 (Schreiben des Usseinoff, Mechmed Ali Aliev an die Spruchkammer I Stuttgart v. 11.04.1947)

348 Ebd. Bl.21 u. Bl.38 (Schreiben Gyula Schneiders an die Zentralspruchkammer Nord-Württemberg v. 05.03.1949); ebd. Bl.40 (Schreiben Friedhelm Eckenraths v. 19.03.1949: „Er [d.i. Karlheinz Herzer; Zusatz N.B.] verbat mir den Verkehr mit bulgarischen Staatsangehörigen.“)

349 Meldungen aus dem Reich (Nr.167) 3.März 1941, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter. 15.09.2015. <http://db.saur.de/dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=MAR-0174>

350 Ebd.



Abb. 8: Bulgarische Studierende auf der Dachterrasse der Mensa in der Schellingstraße um 1943. In den letzten Jahren vor Ende des Zweiten Weltkriegs besuchten ca. 150 bulgarische Studierende die Technische Hochschule Stuttgart.³⁵¹ Quelle: UAST Fotosammlung, Foto: D. Batscheff

Im weiteren Verlauf des Zweiten Weltkriegs wandelte sich die Duldung vieler ausländischer Studierender zu einer Bedrohung durch Reichsstudentenführung und Studentenführer vor Ort. Zunächst, Anfang 1943, verlangte das Reichserziehungsministerium auf Veranlassung der Reichsstudentenführung, dass sich alle volksdeutschen Studenten, d.h. ausländische Studenten mit deutschstämmigem Elternteil, für die Genehmigung zur Fortsetzung des Studiums bei Wehrmacht oder Waffen-SS anmelden mussten. Teils gelang es Rektor Heinrich Hess, diese Forderung abzuwehren,³⁵² teils mussten Studierende die TH Stuttgart verlassen, um diesem Erlass auszuweichen, wie der Fall des Ungarn ↗ Gyula Schneider zeigt.³⁵³

Ein Erlass des Reichserziehungsministeriums vom 28. November 1944 betraf dann alle ausländischen Studierenden. Es sollten nur diejenigen wehrfähigen ausländischen Studenten weiter an den Hochschulen bleiben dürfen, die sich zur Waffen-SS oder zur eigenen Truppe meldeten. Wer sich nicht anmeldete, sollte über die Arbeitsämter zu

351 UAST Z 132 (Zeitzeugeninterview mit Dimitter Batscheff am 01. 09. 1997), S. 2

352 StA Ludwigsburg EL902/2 Bü1998 (Spruchkammerakte Hess, Heinrich) Bl.34 (Schreiben des Johann Tschima v. 16.04.1946). Tschima konnte sein Studium Anfang 1945 mit dem Diplom abschließen: UAST 120/Tschima, Johann (Prüfungsakte).

353 StA Ludwigsburg EL905/4 Bü736 (Spruchkammerakte Herzer, Karlheinz: Schreiben des ehemaligen ungarischen Studenten Gyula Schneider v. 05.03.1949 an Zentralspruchkammer Nord-Württemberg); ebd. EL902/20 Bü42688 Bl.38

einem Arbeitseinsatz befohlen werden.³⁵⁴ Für die bulgarischen Studierenden der TH Stuttgart war besonders prekär, dass ihr Heimatland inzwischen die Seiten gewechselt und kurz zuvor, im September 1944, dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hatte. Das Wohlwollen der Hochschulleitung blieb den Bulgaren aber erhalten: Dimiter Batscheff berichtete, dass er, als im Frühjahr 1944 die Verbindung zur Heimat und damit auch die Unterstützung der Familien aus Bulgarien abgerissen war, ein Stipendium der Technischen Hochschule erhielt, um sein Studium abschließen zu können.³⁵⁵

Ein neuer Studentenführer versuchte zudem – am Ende vergeblich – für die ausländischen Studierenden der TH Stuttgart bei der Reichsstudierendenführung Ausnahmegenehmigungen vom Stellungsbeehl zu erwirken. Viele betroffene Studenten bezeugten nach Ende des Krieges, dass Rektor Heinrich Hess die Bearbeitung des Vorgangs hinausgezögert und sich zuletzt über den Erlass des Reichserziehungsministeriums hinweggesetzt hatte.³⁵⁶ Die Verzögerungstaktik schien auch sinnvoll, denn amerikanische Truppen waren im November 1944 schon bis ins Elsass vorgedrungen, und das Ende des Krieges mit dem Einmarsch der französischen Truppen in Stuttgart fünf Monate später (21. April 1945) war absehbar. Ein Trick, die betroffenen ausländischen Studenten vor der Meldung zur Waffen-SS zu bewahren, bestand auch darin, ihnen an den Lehrstühlen eine Anstellung zu geben, wie ein Fall bei Wilhelm Bader, Professor für Elektrotechnik, zeigt.³⁵⁷

Letztlich blieb die Situation der ausländischen Studierenden aber prekär. Wenn sie – der Personalknappheit der Kriegszeit geschuldet – zu Assistenten aufrücken konnten, war mit der Missbilligung der Hochschulleitung zu rechnen, wie die Einstellung des schon oben erwähnten Niederländers Hulshoff zeigt, die sein Professor Paul Schmitthener jedoch gegen die Vorbehalte des damaligen Prorektors Wilhelm Stortz durchsetzte.³⁵⁸ In den Berichten des Sicherheitsdienstes wurden die ausländischen Assistenten an deutschen Hochschulen allgemein negativ beurteilt. An der TH Stuttgart und einigen anderen Hochschulen wurde beklagt, dass deutsche Studierende – teils sogar Soldaten der Wehrmacht – Unterricht und Beurteilung durch ausländische Assistenten hinnehmen müssten:

*Der Assistentenmangel habe die Technischen Hochschulen gezwungen, sich zur Betreuung der deutschen Studenten und Wehrmachturlauber der Ausländer zu bedienen, vor denen dann deutsche Soldaten z. T. Zwischen- und Fleißprüfungen ablegen mußten.*³⁵⁹

354 StA Ludwigsburg EL.902/2 Bü 1998 (Spruchkammerakte Hess, Heinrich) Bl. 36 f.

355 UAST Z132 (Zeitzeugeninterview mit Dimiter Batscheff v. 01.09.1997), S. 2

356 StA Ludwigsburg EL.902/2 Bü 1998 (Spruchkammerakte Hess, Heinrich) Bl. 34–37; ebd. EL.902/7 Bü 437 (Spruchkammerakte Bader, Wilhelm) Bl. 25 (Schreiben des jugoslawisch-amerikanischen Studenten Johann Tschima v. 03.03.1946), Bl. 26 (Schreiben des brasilianischen Studenten Robert Machemer)

357 StA Ludwigsburg EL.902/7 Bü 437 (Spruchkammerakte Bader, Wilhelm) Bl. 12 (Schreiben des bulgarischen Studenten Swetoslaw Stoeff v. 11.11.1946)

358 Hulshoff, Vom anderen Deutschland S. 92 f.

359 Meldungen aus dem Reich (Nr. 311) 24. August 1942, in: Meldungen aus dem Reich (Nr. 311) 24. August 1942, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-

3.6 Aberkennung von Promotionen und Ehrendoktorwürden

Schon vor der NS-Herrschaft war es den Hochschulen möglich, Dokortitel zu entziehen, etwa wenn falsche Angaben zur Vorbildung gemacht wurden, die Dissertation ein Plagiat war oder wenn die promovierte Person durch eine schwerwiegende Straftat die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hatte. In der NS-Zeit nahmen die Aberkennungen der Doktorgrade aber erheblich zu. Grundlage hierzu war in erster Linie ein Reichsgesetz vom 14. Juli 1933, wonach man Reichsangehörigen, die sich im Ausland aufhielten, die deutsche Staatsangehörigkeit aberkennen konnte, „sofern sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben“. Eine Folge des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit wurde alsbald auch der Verlust des Dokortitels. Eine länderweit einheitliche Regelung erfolgte dann mit dem Gesetz zur Führung akademischer Grade vom 7. Juni 1939.³⁶⁰ Ziele die frühe Regelung auf die politischen Gegner des NS-Regimes ins Ausland, so waren bald auch die rassistisch Verfolgten betroffen, die aus Deutschland in die Emigration flohen.

Da sich im Universitätsarchiv als einziges Dokument für Aberkennungen akademischer Grade an der Technischen Hochschule Stuttgart nur ein Verzeichnis der Promotionen von 1901 bis Juli 1934 erhalten hat,³⁶¹ sind nur Angaben zu den Aberkennungen bzw. Rehabilitierungen der in diesem Zeitraum erfolgten Promotionen möglich.

Wegen seiner Emigration wurde dem Architekten ↗ Alfred Gellhorn, der im NS-Staat als Jude galt, die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt.³⁶² Daraufhin erfolgte ebenfalls und zwar am 20. Januar 1941 die Aberkennung des Doktorgrades, den Gellhorn 1914 erworben hatte.³⁶³ Die Beteiligung der Technischen Hochschule Stuttgart an diesem Vorgang geht aus ihrem Rundschreiben an die anderen deutschen Hochschulen und die entsprechende Anzeige im Deutschen Reichsanzeiger (Abb. 9) hervor.

Im Rundschreiben der TH Stuttgart an alle deutschen Hochschulen wurde der Entzug des Doktorgrades wie folgt angezeigt:

Der am 26. Mai 1885 in Ohlau/Schlesien geborene Alfred Gellhorn ist auf Grund des §2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933 der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt worden. Dem Genannten ist daher der ihm am 12. März 1914 von der Technischen Hochschule Stuttgart verliehene akademische Grad eines Doktor-Ingenieurs entzogen worden. i.V. [Unterschrift:] Hess³⁶⁴

Datenbank. De Gruyter. 08.01.2016. <http://db.saur.de.dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=MAR-0318>

360 Happ, Aberkennung S. 285–287 (auch Zitate); Moritz, Aberkennung S. 540–542

361 UAST 10/103

362 Liste 119 – Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr.138 vom 19.6.1939, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter. 05.10.2015. <http://db.saur.de.dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=ADS-0127>

363 UAST 10/103 Nr.112

364 UA Freiburg B1/3737 (Exemplar des Rundschreibens v. 24.01.1941 der Universität Freiburg). Der Unterzeichner ist Professor Heinrich Hess, zu diesem Zeitpunkt Prorektor der TH Stuttgart.

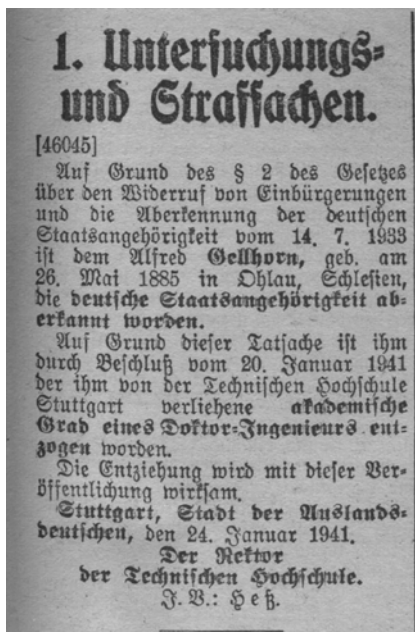


Abb. 9: Bekanntmachung der Depromotion Alfred Gellhorns durch den Prorektor der Technischen Hochschule Stuttgart, Heinrich Hess, im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger Nr. 24 v. 29. 01. 1941, S. 3

Zu einem unbekanntem Zeitpunkt in der Nachkriegszeit (möglicherweise um 1947) wurde Alfred Gellhorn von der Technischen Hochschule Stuttgart „auf Anordnung der Militärregierung rehabilitiert“.³⁶⁵

Aufgrund einer Verurteilung wegen Verrats militärischer Geheimnisse durch den 4. Strafsenat des Reichsgerichts vom 23. November 1929 wurde ♂ Eduard Ludwig (Promotion in Luftfahrttechnik 1928) wahrscheinlich im Jahr 1939 aus dem Promotionsbuch gestrichen.³⁶⁶ Am 30. Juli 1947 erhielt Ludwig auf eigenen Antrag von Rektor und Abteilungsvorstand (Dekan) die Promotionsurkunde, da das Urteil des Reichsgerichts aufgrund der §§2 i, 9 Abs. 1 und 3 des Gesetzes Nr. 29 zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts aufgehoben worden war.

Dem Chemiker ♂ Gustav Unselt (Promotion 1927) wurde zu einem unbekanntem Zeitpunkt (wahrscheinlich zwischen 1939 und 1944) die Doktorwürde aberkannt. Eine Notiz über eine spätere Rehabilitierung fehlt im Promotionsverzeichnis.³⁶⁷ Der Fall könnte einen politischen Hintergrund haben: Unselt war schon früh Mitglied der NSDAP, aber bereits 1932 wieder ausgetreten, was Konflikte mit den späteren NS-Machthabern ver-

365 UAST10/103 Nr. 112

366 UAST10/103 Nr. 575

367 UAST10/103 Nr. 501 sowie Index unter Buchstabe „U“

muten lässt.³⁶⁸ Unselts führte nach dem Zweiten Weltkrieg wieder seinen Dokortitel,³⁶⁹ allerdings nicht vor der Verwaltung der TH Stuttgart: Im Jahr 1961 meldete er sich dort und erbat zwecks Rentenberechnung einen Studiennachweis. Sein Schreiben trägt keinen Briefkopf, sodass wir nicht erfahren, ob er damals den Dokortitel führte. Die Hochschulverwaltung richtete ihr Antwortschreiben auch nur an „Herrn Dipl.-Chem. Gustav Unselts“.³⁷⁰

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Hochschulleitung zu Beginn der NS-Herrschaft auch die Ehrenpromotionen von regimekritischen und jüdischen Wissenschaftlern für ungültig erklärt hat. Wie unten (Kap. 3.7) noch gezeigt wird, hatte die Technische Hochschule Stuttgart Ehrenbürgerwürden und Ehrensensatorwürden aberkannt. Da der Studentenführer auch die Aberkennung von Ehrenpromotionen gefordert hatte, dürften auch Ehrendoktorate für ungültig erklärt worden sein. Leider können wir die einzelnen Fälle nicht benennen bzw. nicht sehen, welche Ehrendoktoren hiervon betroffen waren, da diese in den 1930er Jahren in den Vorlesungsverzeichnissen nicht aufgeführt wurden und somit ein Vergleich der Namenlisten vor und nach 1933 nicht möglich ist.

3.7 Aberkennung von Ehrenbürger- und Ehrensensatorwürden

Als im Oktober 1933 die Änderungswünsche für das neue Vorlesungsverzeichnis gemeldet werden mussten,³⁷¹ kam es zu einer weiteren öffentlichkeitswirksamen Aktion des Studentenführers Albert Schmehl. Er forderte in einem Artikel im Württembergischen Staatsanzeiger Rektor Wetzels auf, die Ehrendoktor- und Ehrensensatorwürden, die während der Weimarer Republik verliehen worden waren, zu überprüfen.³⁷² In die gleiche Richtung zielten zwei Erlasse des Württembergischen Kultministeriums und des Reichserziehungsministeriums von 1934. An der nun folgenden Streichung der Geehrten aus den Listen der Vorlesungsverzeichnisse, die zwischen dem Oktober 1933 und Oktober 1934, vermutlich aber in der zweiten Jahreshälfte 1934 entschieden wurde,³⁷³ war dann sehr wahrscheinlich auch der von der nationalsozialistischen württembergischen Regierung eingesetzte Hochschulkommissar und nachmalige Rektor Wilhelm Stortz beteiligt.³⁷⁴ Während Schmehl die Aberkennung der Titel bei „marxistischen und zentrümlichen Parteibonzen“ und bei Mitgliedern des „liberalistischen Großkapitals“ verlangt

368 StA Ludwigsburg EL903/4 BÜ 203, Bl. 106 (Eidesstattliche Versicherung des Dr.-Ing. Gustav Adolf Unselts v. 25.01.1948)

369 Ebd.

370 UAST 120/Unselts, Gustav

371 UAST 41/4a Bl. 635 f.

372 Sauer, Württemberg S. 232 f. aufgrund Staatsanzeiger v. 2. Okt. 1933

373 Dies geht aus der Laufzeit der Studienjahre und dem jeweils 5 bis 6 Monate vorher erfolgenden Redaktionsschluss des Vorlesungsverzeichnisses hervor bzw. aus dem Todesdatum des Ehrensensators Adolf Schott (16.06.1934), das bei der Streichung noch berücksichtigt wurde.

374 So jedenfalls Richard Grammel in einem Brief an Richard Heilner v. 06.08.1945 in: UAST 127/196 (Ehrensensatorakte R. Heilner), sowie Otto Schmitt in einem Brief an Walter Molt v. 31.07.1948 in: UAST 127/254 (Ehrensensatorakte E. Pick)

hatte,³⁷⁵ wurden nun neben den politischen Gegnern auch jüdische Persönlichkeiten von der Aberkennung erfasst. Bereits im Vorlesungsverzeichnis für das Studienjahr 1934/35 fehlen die sonst üblichen Listen der Ehrenbürger und Ehrensensoren. Dann, im nächsten Vorlesungsverzeichnis, sind für das Sommersemester 1935 die folgenden Ehrenbürger aus den Listen getilgt:

- ↗ Josef Beyerle (1881–1963), württembergischer Justizminister von 1923 bis 1933, Landesvorsitzender des Zentrums,
- ↗ Eugen Bolz (1881–1945, hingerichtet), letzter demokratischer Staatspräsident von Württemberg von 1928 bis 1933 (Zentrum),
- ↗ Albert Pflüger (1879–1965), Abgeordneter des württembergischen Landtags von 1913 bis 1933 und von 1928 bis 1932 dessen Präsident (SPD),
- ↗ Arnold Sommerfeld (1868–1951), Physiker,
- ↗ Richard Willstätter (1872–1942), Nobelpreisträger für Chemie 1915.³⁷⁶

Aus der Liste der Ehrensensoren wurden gestrichen:

- ↗ Hans Bredow (1879–1959), Staatssekretär im Reichspostministerium,
- ↗ Heinz Grünwald (1870–1945), Kunsthändler in Baden-Baden und Berlin, die Unternehmer ↗ Richard Heilner (1876–1964), Deutsche Linoleum-Werke A.G. in Bietigheim und
- ↗ Hugo Jacobi (1885–1980), Fa. Jacob Jacobi AG, Weinbrennerei und Likörfabrik,
- ↗ Adolf Müller (1863–1943), sozialdemokratischer Politiker und deutsche Diplomat, der in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg u. a. die soziale Unterstützung deutscher Studierender aus der Schweiz organisiert hatte,³⁷⁷
- ↗ Edgar Pick (1877–1972), Bankier in Stuttgart,
- ↗ Wilhelm Stettiner (1879–1933), Teilhaber der Firma Hermann Stettiner, Isoliermaterialien und Korksteinplattenfabrik.³⁷⁸

Angesichts von Haft, Emigration oder Ermordung, Schicksalen, die den meisten hier genannten Personen noch widerfahren sollten, scheint der Entzug der Ehrenwürden

375 Zitate nach Sauer, Württemberg S. 233

376 Die Ehrenbürger Paul von Hindenburg (gest. 02.08.1934) und Heinrich Krefß (gest. 29.09.1933) dürften aufgrund ihres Todes aus der Liste gestrichen worden sein, ebenso wie Wilhelm Bazille (gest. 01.02.1934), Württembergischer Staatspräsident von 1924 bis 1928 und von 1924 bis 1933 Württembergischer Kultminister (DNVP).

377 Pohl, Adolf Müller S. 286 f. und 298 f. Dass Müller auch aus einer jüdischen Familie stammte, dürfte jedoch unbekannt geblieben sein.

378 Gottlob Egelhaaf (1848–02.03.1934), langjähriger Lehrbeauftragter für Geschichte und Direktor des Stuttgarter Karls Gymnasiums, dürfte aufgrund des Todes aus der Liste gestrichen worden sein, ebenso Eugen Anhegger (1864–05.10.1933), Direktor der Baumwollspinnerei und -weberei Brühl in Eßlingen (Auskunft des Stadtarchivs Eßlingen v. 23.11.2000), Adolf Schott (1873–16.06.1934), Direktor des Portland-Zementwerks in Nürtingen (Auskunft des Stadtarchivs Nürtingen v. 22. November 2000) und Louis Zimmer, Generaldirektor Berlin. Sein Todesdatum kennen wir nicht. Er ist noch bis 1934 im Berliner Adressbuch verzeichnet, nicht mehr jedoch im Jahr 1935 (Berliner Adressbuch für das Jahr 1933, S. 3066; ebd. für das Jahr 1934 S. 2883, ebd. für das Jahr 1935 S. 2999).

der Technischen Hochschule Stuttgart eher eine Kleinigkeit. ↗ Hans Bredow berichtet jedoch in seinen Lebenserinnerungen, dass der Entzug der Ehrensensatorwürde der TH Dresden auch zu seinem „Sturz“ und der von ihm sehr schmerzlich empfundenen gesellschaftlichen Ächtung beigetragen hat. Ebenso dürfte der Ehrenbürger ↗ Josef Beyerle die Aberkennung seines von ihm sehr geschätzten Titels als deutliche gesellschaftliche Zurücksetzung empfunden haben. Der Entzug der Ehrensensator-, Ehrendoktor- und Ehrenbürgerwürden, die durch die Technische Hochschule Stuttgart selbst vorgenommen worden sind, gehörten in vielen Fällen zu den ersten Maßnahmen, die die Entrechtung und Verfolgung der betroffenen Personen im NS-Regime einleiteten.

3.8 Zwangsarbeit an der Technischen Hochschule Stuttgart

Die Zwangsarbeit an deutschen Hochschulen während der NS-Diktatur ist bisher nur wenig erforscht. Lediglich für die Universitäten Tübingen, Greifswald und Berlin sowie für die Technischen Hochschulen Hannover und Darmstadt liegen ausführliche Untersuchungen vor.³⁷⁹ An der Technischen Hochschule Stuttgart wurden bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs mindestens 292 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen beschäftigt, von denen uns 158 namentlich bekannt sind. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs, insbesondere seit Mitte 1942 bis zum Sommer 1944, nahm ihre Zahl stark zu. In dieser Zeit waren ständig mindestens ca. 180 bis ca. 250 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen gleichzeitig in den Instituten der TH beschäftigt.³⁸⁰ Der Einsatz von ausländischen Arbeitskräften wurde gerade in diesem Zeitraum forciert, als einerseits viele deutsche Arbeitnehmer zur Wehrmacht eingezogen worden waren und am Arbeitsplatz ersetzt werden sollten, andererseits nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 eine enorme Zahl russischer und ukrainischer Kriegsgefangener für den Arbeitseinsatz verfügbar war und sich zudem die Möglichkeit ergab, russische und ukrainische Zivilisten aus den besetzten Gebieten ebenfalls in großer Zahl zur Arbeit in Deutschland zu zwingen. Da auch viele Ingenieure, Facharbeiter und Handwerker aus den technischen Instituten der TH Stuttgart zur Wehrmacht eingezogen wurden, versuchten die Hochschulleitung und die Leiter der Institute, diese durch möglichst qualifizierte Arbeitskräfte zu ersetzen, und forderten über die Arbeitsämter Zwangsarbeiter an. Namenlisten und Personalunterlagen von Zwangsarbeitern liegen insbesondere vor aus der Materialprüfungsanstalt, dort aus dem Institut für die Materialprüfung im Bauwesen, und aus dem Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren (FKFS). Es

379 Zur Zwangsarbeit an der TH Darmstadt siehe Hanel, Normalität S. 398–404; zur Universität Berlin Rückl/Schulze/Noack, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangeneneneinsatz; zur TH Hannover siehe Jung, Begeisterung S. 304–307. Wiglusch/Schittenhelm, Zwangsarbeiter S. 647, haben für die Universität Tübingen die Zahl von (mindestens) 158 Zwangsarbeitern ermittelt, Eberle, Greifswald S. 574–577, schätzt für jedes Kriegsjahr die Zahl von ca. 100 bis 250 Kriegsgefangenen, die als Zwangsarbeiter an der Universität Greifswald beschäftigt waren.

380 UAST 202/1 (Chr. A. Wäldner, Dokumentation Zwangsarbeit an der Technischen Hochschule Stuttgart 2013) S. 249. Die Statistik Wäldners ist mit den Zahlen der Zwangsarbeiter am Flugtechnischen Institut (FIST)/Forschungsinstitut Graf Zeppelin (FGZ) zu ergänzen.

wurden aber auch Zwangsarbeiter am Flugtechnischen Institut (FIST) bzw. der hieraus entstandenen Forschungsanstalt Graf Zeppelin (FGZ) in Ruit, im Hauptgebäude der TH (u. a. zum Betrieb der Heizung) und in den kleineren Instituten beschäftigt. Ein großer Teil der ausländischen Arbeitskräfte kam aus der Sowjetunion, hauptsächlich aus der Ukraine und aus Russland. Zu diesen sogenannten „Ostarbeitern“ zählten zudem die Zwangsarbeiter, die aus dem von den deutschen Besatzern als „Generalkommissariat Weißruthenien“ bezeichneten früheren polnischen Teil Weißrusslands (einschließlich des Gebietes um Minsk) stammten,³⁸¹ weswegen nicht alle sogenannten „Ostarbeiter“ zum Zeitpunkt ihrer Zwangsverpflichtung bzw. Verschleppung als Bürger der Sowjetunion anzusehen sind. Zwei polnische Staatsbürgerinnen sind als Zwangsarbeiterinnen ermittelt worden. Sie arbeiteten am FKFS als Küchenhilfe und Putzfrau. Die größte Gruppe der sogenannten „Westarbeiter“ an der TH Stuttgart kam aus Italien. Es handelte sich zumeist um Facharbeiter, die am FKFS und an der FGZ/am FIST eingesetzt wurden. Weitere Zwangsarbeiter aus Westeuropa kamen u. a. aus den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Jugoslawien bzw. dem von 1941 bis 1945 „Unabhängigen Staat Kroatien“³⁸² und der Tschechoslowakei.

Hinsichtlich des Ausmaßes der Zwangsmaßnahmen und der persönlichen Unfreiheit gab es deutliche Unterschiede zwischen den Arbeitskräften aus Westeuropa und aus Osteuropa. Anfangs waren viele ausländische Arbeitskräfte angeworben worden und freiwillig nach Deutschland gekommen. Neben den vielen verschleppten und zwangsweise zur Arbeit in Deutschland verpflichteten „Ostarbeitern“ und „Westarbeitern“ müssen wir also auch mit Personen vor allem aus dem westlichen Ausland rechnen, die zunächst freiwillig an die TH Stuttgart gekommen waren. Bei einigen Personen, die im biographischen Teil als Zwangsarbeiter aufgelistet sind, ist es nicht sicher, ob sie tatsächlich vom Zwangsarbeitssystem des NS-Staates erfasst wurden, d. h. ob sie als Verfolgte des NS-Staates gelten können oder einfach nur ausländische Arbeitnehmer waren. Zweifel kommen etwa auf bei tschechischen oder jugoslawischen bzw. kroatischen Staatsbürgern, die hier zum Teil nur kurzzeitig und nicht bis zum Kriegsende gearbeitet haben oder deren Namen auf deutsche Vorfahren schließen lassen, derentwegen ihnen als sogenannte „Volksdeutsche“ eine Sonderstellung unter den Ausländern gewährt wurde (siehe zum Beispiel ↗ A.C., ↗ Marko Calogovic, ↗ Rudolf Horvat, ↗ Caspar Kani, ↗ Wilhelm Schilberger, ↗ Ernst Vesely). Als Zwangsarbeiter kamen an der TH Stuttgart auch Kriegsgefangene aus Ost- und Westeuropa zum Einsatz. Letztere wurden im Laufe des Krieges in der Regel in ein „ziviles“ Arbeitsverhältnis überführt, wodurch sie den Bestimmungen der Genfer Konvention entzogen wurden, womit kein formaljuristisches Hindernis mehr bestand, sie bei rüstungstechnischen Arbeiten zu verwenden (siehe zum Beispiel die französischen Kriegsgefangenen an der MPA ↗ Robert Jollain, ↗ Rene Lambert, ↗ Eugene Louis, ↗ Robert Michoudet, ↗ Paul Roche sowie ↗ Louis Meini, der im FKFS arbeitete).

381 Siehe zur Definition des Begriffs „Ostarbeiter“ §1 der „Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter“ vom 30. Juni 1942, in: Reichsgesetzblatt 71 (02.07.1942) S. 419.

382 Siehe hierzu Schölzel, Verbündete als Zwangsarbeiter

Mit fortschreitendem Krieg wurden auch die freiwillig nach Deutschland gekommenen Ausländer, gerade auch die vielen Facharbeiter aus Italien am FKFS und FGZ, vom Zwangssystem der Arbeitsämter und der Gestapo erfasst. Zwar betonte der aus Italien stammende Facharbeiter \nearrow Paolo Ribetto nach dem Krieg ausdrücklich, freiwillig nach Deutschland zur Arbeit gekommen zu sein. Einige seiner italienischen Kollegen erlitten jedoch Verfolgung durch die Gestapo und unmenschliche Behandlung in einem Arbeits-erziehungslager (siehe hierzu Kap. 3.8.2), sodass von einem normalen Arbeitsverhältnis nicht mehr die Rede sein kann und auch der eher verharmlosende Begriff „Fremdarbeiter“ auch für die italienischen Arbeitskräfte nicht angemessen erscheint. Die rassistische NS-Ideologie wurde auch in den amtlichen Vorschriften zur Verpflegung, Unterbringung und zum Freigang bzw. vor Ort im konkreten Umgang mit den „Ostarbeitern“ wirksam. Arbeiter und Kriegsgefangene aus Osteuropa galten als minderwertige Menschen, die entsprechend schlecht behandelt wurden. Die rassistische Politik zeigte sich insbesondere in den Verboten, denen diese Gruppe von Ausländern im sexuellen Bereich unterworfen waren, in den Bestrafungs- und Gewaltmaßnahmen, denen sie im Arbeitsalltag schutzlos ausgeliefert waren, in der schlechten Verpflegung oder der Missachtung von Sicherheitsvorschriften am Arbeitsplatz.³⁸³

3.8.1 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt

Ein gutes Bild von der Lage der russischen und ukrainischen „Ostarbeiter“ an der Materialprüfungsanstalt (MPA) geben die Aussagen der beiden ehemaligen ukrainischen Zwangsarbeiter \nearrow V.M. und \nearrow R.H. Beide hatten sich anlässlich der Abwicklung der Entschädigungszahlungen durch die „Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft“ im Jahr 2000 bei der Stadtverwaltung Stuttgart gemeldet. Den Kontakt nutzte das Stadtarchiv und schickte ihnen Fragebögen zu ihrer damaligen Lebenssituation in Deutschland, die V.M. und R.H. auch beantworteten. V.M. stammte aus der Ukraine. Er hatte einen Tag vor dem Abfahrtstermin den schriftlichen Bescheid zum Arbeitseinsatz in Deutschland erhalten. V.M. wurde im Güterwaggon nach Deutschland gebracht, und wohnte dann – im Vergleich zu anderen Ostarbeitern relativ gut untergebracht – mit vier weiteren Männern in einem Raum der MPA. Hier arbeitete er zusammen mit deutschen Kollegen. Verpflegung gab es am Arbeitsplatz und offenbar zusätzlich Lebensmittelmarken, die er in Läden einlösen konnte. V.M. konnte sich in der Stadt frei bewegen, und gab an, keinen Schikanen ausgesetzt gewesen zu sein. Jedoch blieb er die ganze Zeit über ohne Informationen über den Verlauf des Krieges. Ferner berichtete er, dass den ukrainischen Zwangsarbeitern bei Luftangriffen Zugang zum Bunker gewährt wurde.³⁸⁴ Der Freigang insbesondere an Sonntagen wurde auch vom Sohn des ehemaligen deutschen Vorarbeiters \nearrow Robert Kress bestätigt. Kress, der vor der NS-Zeit der KPD nahe stand oder Mitglied der KPD war, lud offenbar die ukrainischen Arbeitskollegen an Sonntagen nach Hause ein, woran sich sein Sohn noch erinnern konnte.³⁸⁵

383 Siehe hierzu Schäfer, Zwangsarbeiter S. 101–252

384 StadtA Stuttgart 140/1

385 Mitteilung von Hans Kress (Sohn von Robert Kress) an den Verfasser v. 19. 01. 2004 u. 03. 02. 2004



Abb. 10: Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion verladen um 1944 die Bibliothek der Materialprüfungsanstalt. Der zweite Mann von links trägt auf der Jacke den Schriftzug „OST“, der ihn als „Ostarbeiter“ kenntlich macht. Quelle: UASt 17/684

Der zweite Zeitzeuge, der Zwangsarbeiter R.H., stammte ebenfalls aus der Ukraine. Er war am Sonntag, dem 23. Januar 1944 im Alter von gerade einmal 18 Jahren zusammen mit weiteren 28 Bewohnern seines Dorfs Saporoschkoje (bei Dnipropetrowsk) verschleppt worden. Zunächst musste er die Strecke von 300 Kilometern nach Odessa zu Fuß zurücklegen. Von dort wurde die ganze Gruppe in Güterwagen nach Bietigheim gebracht.³⁸⁶ Es ist nicht mehr klar zu trennen, ob alle weiteren Angaben, die R.H. in seinem Fragebogen machte, sich nicht auch auf seine Tätigkeit beim Bezirksbauamt der Stadt Stuttgart beziehen. Jedenfalls gibt er für seine Zeit an der MPA – vom Januar 1945 bis zur Befreiung durch die französischen Truppen am 21. April 1945 – im Rückblick an, dass die Behandlung in der MPA gut war, Beleidigungen habe es selten gegeben. Die Zwangsarbeiter der MPA hatten im Krankheitsfall Zugang zu ärztlicher Behandlung, wie es für zwei seiner Kollegen, einen Niederländer und einen Ukrainer, aus einer anderen Quelle belegt ist.³⁸⁷ An der MPA arbeiteten zudem auch Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus den westeuropäischen Ländern.

Wie sein Kollege V.M. erinnert R.H. sich, dass die Ostarbeiter bei Luftangriffen zusammen mit Deutschen die Bunker benutzen durften.³⁸⁸ Der Leiter des Instituts für Baufor-

386 StadtA Stuttgart 140/1

387 StadtA Stuttgart, Zwangsarbeiterdatenbank Nr. 14938 u. 15014

388 StadtA Stuttgart 140/1

schung der MPA, Professor Otto Graf, musste sich nach dem Krieg gegen den Vorwurf verantworten, Anweisung gegeben zu haben, die Ostarbeiter bei Arbeitsverweigerung zu schlagen.³⁸⁹ Immerhin zeigt der Vorgang, dass es nur bei der Drohung geblieben ist.

Eine weitere Gruppe von Zwangsarbeitern an der MPA bestand aus Untersuchungshäftlingen der Gestapo, darunter mit ↗ Max Moosreiner mindestens ein Deutscher. Moosreiner berichtete später, dass er zusammen mit sechs oder acht weiteren Gefangenen, die meisten Ausländer, „einem Arbeitskommando der Technischen Hochschule, Materialprüfungsanstalt, zugeteilt“ war. Die Behandlung durch den für diese Gruppe zuständigen Betriebsobmann der Technischen Hochschule war offenbar anständig. Dieser sorgte für „Zusatzverpflegung, Rauchwaren, Kleidungsstücke“ und „unterließ jedes Antreiben zur Arbeit“.³⁹⁰ Die Aussage Max Moosreiners ist auch die einzige Quelle für die Beschäftigung von Zwangsarbeitern im zweiten Teilinstitut der MPA, dem Institut für Materialprüfungen des Maschinenbaus. Da der hier erwähnte Betriebsobmann Robert Kiesel Ingenieur am Institut für Materialprüfungen des Maschinenbaus war,³⁹¹ dürfte diese Gruppe von Zwangsarbeitern auch zu diesem Teilinstitut gehört haben.

Beim Eintreffen der französischen Truppen in Stuttgart am 21. April 1945 wurden auch die Zwangsarbeiter befreit. An der MPA gab es keine Gewalt- oder Racheakte der „Ostarbeiter“ gegen ihre früheren Kollegen oder Vorgesetzten.³⁹² Der Oberingenieur Paul Gimmel schrieb in seiner 1949 verfassten, aber nicht veröffentlichten Geschichte der MPA: „In unserem Haus feierten 34 Fremdarbeiter des Instituts Bauwesen, Russen, Franzosen, Belgier, Holländer, Sieg.“³⁹³

Beide oben zitierten Zwangsarbeiter gerieten nach ihrer Befreiung wieder in die Mühlen einer Diktatur, die ihnen als vermeintlichen Kollaborateuren misstraute: Sie wurden in die Rote Armee eingezogen. R.H. war fünf Jahre in Ostdeutschland stationiert und kehrte erst 1950 nach Hause zurück. Bis zum Tod Stalins wurde er, wie er schreibt „als Verräter behandelt“.³⁹⁴

3.8.2 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart

Die Lage bzw. Behandlung der ausländischen Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren (FKFS) war deutlich schlechter. Schon den deutschen Mitarbeitern wurde hier eine große Arbeitsdisziplin abverlangt. Entsprechend das Verhalten am Arbeitsplatz nicht den Erwartungen oder fehlten Mitarbeiter häufig unentschuldigt, schreckte die Institutsleitung auch nicht davor zurück, die Zwangsmaßnahmen des NS-Staates gegen die eigene Belegschaft einzusetzen. So beantragten der Institutsleiter Professor Wunibald Kamm und der für den Personaleinsatz zuständige Betriebsingenieur Paul Schmid bei der Gestapo die Einweisung deutscher Mitarbeiter

389 StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 45498 (Spruchkammerakte Graf, Otto); Ditchen, Entnazifizierung

390 StA Ludwigsburg EL902/15 Bü 11470 („Erklärung“ Max Moosreiners v. 08.01.1946)

391 UAST 57/98 (Personalakte Kiesel, Robert)

392 StadtA Stuttgart 140/1 (Zeitzeugenaussagen V.M. und R.H.)

393 UAST 17/682 S.32

394 StadtA Stuttgart 140/1

und eines Schweizer Betriebsangehörigen in das berüchtigte Arbeitserziehungslager in Oberndorf am Neckar, als deren Arbeitsleistungen oder persönliches Verhalten ihren Anforderungen nicht entsprachen (↗ Adolf Daferner, ↗ Ernst Stütz, ↗ Oskar Wyss). Sehr schnell unterstellte man den Mitarbeitern „Arbeitsbummelei“ und meldete sie zwecks Bestrafung den zuständigen Stellen des NS-Staates (↗ Hermann Schmidt). Selbst der Gestapo in Stuttgart ging der Eifer des Betriebsingenieurs Paul Schmid zu weit, sodass man vor dem FKFS betonte, dass für die Einweisung in Arbeitserziehungslager allein die Gestapo zuständig sei.³⁹⁵ Der Institutsleiter Wunibald Kamm war mit der repressiven Behandlung der Mitarbeiter und der Zwangsarbeiter deutlich stärker an den Unrechtstaten des NS-Staates beteiligt als nur mit einer einfachen, aus patriotischer Gesinnung entstandenen Selbstmobilisierung für die Rüstungsforschung. Dies wird auch dadurch deutlich, dass Kamm das FKFS als Erziehungsstelle für die „nationalsozialistische Gedankenwelt“ ansah und Wert darauf legte, dass sich die Mitarbeiter des FKFS in NS-Organisationen engagierten.³⁹⁶

Dieser Grundhaltung entsprechend wurden gerade auch die Zwangsarbeiter des FKFS aus West- und Osteuropa schlecht behandelt. Am FKFS war seit 1942 zudem eine unbekannte Zahl russischer Kriegsgefangener eingesetzt, über deren Schicksal wir nur wenig wissen. Nur von einem russischen Kriegsgefangenen ist uns der Name bekannt (↗ Semen Ochmusch). Wie an der Materialprüfungsanstalt wurden am FKFS zudem auch französische Kriegsgefangene eingesetzt.³⁹⁷ Nach den Personalunterlagen des FKFS, die allerdings nicht vollständig erhalten sind, waren hier während des Zweiten Weltkrieges als „zivile“ Zwangsarbeiter mindestens 15 Frauen und 85 Männer sowie 4 weitere „Ostarbeiter“, deren Namen und Geschlecht wir nicht kennen, beschäftigt. Für deren Lebens- und Arbeitsbedingungen gibt es ebenfalls einen Zeitzeugen, den „Ostarbeiter“

395 UAST131/3/41 (Personalakte Daferner, Adolf): Schreiben W.Kamms an die Gestapo Stuttgart v. 23.12.1941. Ein deutscher „jugendlicher“ Lehrling, der betrunken im FKFS angetroffen wurde, sollte nach dem Willen Paul Schmidts Anfang 1945 in ein Arbeitserziehungslager eingewiesen werden (UAST131/3/46). Die gleiche Behandlung wurde 1944 für einen 16-jährigen Lehrling beantragt, der häufig von der Arbeitsstelle ferngeblieben war (UAST131/3/56).

396 Wunibald Kamm schrieb 1935 an den für die Ausbildung der Lehrlinge zuständigen Betriebsleiter Lorenz Stölzle: „Das Institut muss darauf sehen, dass nur solche Lehrlinge eingestellt werden, die dem Jungvolk oder der Hitlerjugend angehören, denn das Institut hat als eine vom Staat unterstützte Stelle die Verpflichtung, diese jungen Leute in der nationalsozialistischen Gedankenwelt weiter zu erziehen ... Auch gibt dem Institut die Mitgliedschaft zur HJ eine bestimmte Gewissheit der politischen Sauberkeit der jungen Leute sowie ihrer Familien.“ UAST131/3/32. Potthoff/Schmid, Kamm befassen sich zwar ausführlich mit dem Wirken Wunibald Kamms im NS-Staat, beurteilen es aber weitgehend unkritisch und zu positiv.

397 Potthoff/Schmid, Kamm S. 215. Im Jahr 1942 hat das FKFS einen „Wachmann für Kriegsgefangene“ beschäftigt (UAST131/3/76 – Karteikarte Zieser, Alfred); Thalhofer, Fremdarbeiter in Kirchheim unter Teck S.147. Die Meldekartei von Kirchheim nennt für das FKFS 124 Zwangsarbeiter, darunter 90 Russen (gemeint sind wohl Bürger der Sowjetunion). Diese Zahl umfasst neben den bekannten „Ostarbeitern“ offenbar auch die Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion. In einem Bericht der Stadtverwaltung Kirchheim aus der Nachkriegszeit heißt es: „Außerdem waren hier russ. Kriegsgefangene beim Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren untergebracht.“ (StadtA Kirchheim/Teck A1290).

↗ E.D. Auch E.D. hatte den Fragebogen des Stadtarchivs Stuttgart³⁹⁸ ausgefüllt, sodass wir gute Einblicke in den Arbeitsalltag speziell der „Ostarbeiter“ am FKFS haben, die zudem noch durch weitere Quellen bestätigt und ergänzt werden.

E.D. wurde im Alter von 17 Jahren von deutschen Soldaten gefangen genommen. Nach Deutschland verschleppt, ohne dass er noch etwas mitnehmen konnte, kam er mit zahlreichen weiteren Zwangsarbeitern aus der Sowjetunion am „Bahnhof“ in Stuttgart an, von wo aus die Gruppe gleich in das FKFS gebracht wurde.

E.D. gibt an, dass die Holzbaracke auf dem FKFS-Gelände, in der er leben musste, aus einem großen Raum bestand, der von 60 Männern bewohnt wurde. Das Gebäude wurde durch Metallöfen beheizt. In zweistöckigen Betten mit Strohmattlatzen und jeweils einer Decke wurde geschlafen. Der Raum war zudem mit nur einem Tisch ausgestattet, es gab eine Waschgelegenheit in der Toilette, jedoch keine Küche.³⁹⁹ Die Baracken standen im umzäunten Gelände des FKFS und waren selbst wiederum umzäunt.⁴⁰⁰ Entsprechend der rassistischen Hierarchie der NS-Ideologie waren die französischen und italienischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter in einer getrennten Baracke etwas abseits untergebracht.⁴⁰¹ Wahrscheinlich wurden die Kriegsgefangenen und die Zwangsarbeiter (verschleppte und zwangsverpflichtete Zivilisten) aus der UdSSR nicht getrennt untergebracht oder unterschiedlich behandelt.

Für die „Ostarbeiter“ gab es auf dem Gelände des FKFS keine Aufseher. E.D. schreibt aber, dass ein weißrussischer Zwangsarbeiter über die Ordnung im Lager wachte. Die Baracke wurde nachts abgeschlossen. Auch hatte man – nicht näher erläuterte – Kontrollen über sich ergehen zu lassen und war mit der Polizei regelmäßig konfrontiert,⁴⁰² vermutlich abends, wenn diese das Einschließen der „Ostarbeiter“ überprüfte. Bei Einsätzen außerhalb des FKFS-Geländes wurden die „russischen“ Kriegsgefangenen und wahrscheinlich auch die „Ostarbeiter“ von Bewaffneten bewacht.⁴⁰³

E.D. wurde an einem Gerät angelehrt, mit dem die Oktanzahl von Benzin bestimmt wurde. Die Arbeitszeit dauerte von 7 Uhr bis 19 Uhr mit zwei Pausen zu je 15 Minuten. Die sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter wurden als Küchenhilfen, Reinigungskräfte, bei Aufräumarbeiten nach Bombenangriffen und bei der Verlagerung des Instituts eingesetzt. In Kirchheim/Teck, wohin Teile des FKFS gegen Ende des Zweiten Weltkriegs ausgelagert wurden, arbeiteten sie am Bau eines Stollens.⁴⁰⁴

Die Zwangsarbeiter konnten den betriebsärztlichen Dienst des FKFS in Anspruch nehmen, allerdings berichtet E.D. auch, dass ernsthaft Erkrankte in ein anderes Lager gebracht wurden, wohin genau, konnte er nicht angeben. Diese Information wird durch einen Fall auch belegt: Die russische Zwangsarbeiterin am FKFS ↗ Julija Ruran, die zwei Jahre dort beschäftigt war, wurde Anfang Juli 1944 mit der Diagnose „offene Lungentu-

398 StadtA Stuttgart 140/1 Nr.12

399 Ebd.

400 Potthoff/Schmid, Kamm S.215

401 Ebd.; StadtA Stuttgart 140/1 Nr.12

402 StadtA Stuttgart 140/1 Nr.12

403 Potthoff/Schmid, Kamm S.218

404 Ebd. S.216

berkulose“ in das Kranken- bzw. Sterbelager Großsachsenheim gebracht, wo sie ohne ausreichende medizinische Versorgung am 20. September 1944 starb.⁴⁰⁵ Das Krankenlager Großsachsenheim für ca. 600 Zwangsarbeiter lag etwa 30 km nördlich von Stuttgart und bestand aus einem bewachten umzäunten Barackengelände. Es hatte keine medizinischen Einrichtungen, wurde aber zeitweise von zwei Ärzten betreut, die im NS-Regime ebenfalls in prekärer Situation lebten. Hier starben bis zum Kriegsende mindestens 678 Personen, die meisten „Ostarbeiter“, darunter auch Kinder und Jugendliche.⁴⁰⁶ Die Erkrankung Julija Rurans an TBC dürfte eine Folge der schlechten Lebensbedingungen und harten Arbeit am FKFS gewesen sein. Ihre Erkrankung und ihr Tod sind gerade angesichts der Tatsache skandalös, dass das FKFS über für die damalige Zeit sehr gute eigene betriebsärztliche Einrichtungen verfügte und als nationalsozialistischer Musterbetrieb besonders auch diese vorbeugende medizinische Betreuung für die Mitarbeiter in den Vordergrund stellte.⁴⁰⁷

E.D. berichtet weiter: Es gab drei Mahlzeiten am Tag, die aus Kohl, Kartoffeln und seit Sommer 1943 aus Gemüse bestanden, dazu 300 Gramm Brot pro Tag. An Sonntagen wurde Margarine ausgegeben. Das Mittagessen wurde in der Kantine des FKFS eingenommen. Dass die osteuropäischen Zwangsarbeiter die Gelegenheit wahrnahmen, nach Arbeitsende im FKFS auch noch in Privathaushalten zu arbeiten, um Kleidung und Essen zu erhalten, und dass sie von deutschen Kolleginnen Nahrungsmittel erhielten,⁴⁰⁸ zeigt, dass die vom FKFS bereitgestellte Verpflegung nicht ausreichend war. Dies bestätigen auch ein italienischer Kollege, der den russischen Kriegsgefangenen nach Möglichkeit von seinem Essen abgab,⁴⁰⁹ sowie ein weiterer Zeitzeuge.⁴¹⁰ Die unzureichende Versorgung der Ostarbeiter ist insbesondere auch deshalb skandalös, weil das FKFS damals einen eigenen Gemüsegarten unterhielt, der etwa unzureichende Lebensmittelzuteilun-

405 UAST 202/1 (Chr. A. Wäldner, Dokumentation Zwangsarbeit an der Technischen Hochschule Stuttgart 2013) S. 214

406 Zum Krankenlager für Zwangsarbeiter in Großsachsenheim siehe: http://www.alemannia-judaica.de/sachsenheim_friedhof.htm; Axmann, Zwangsarbeit im Nationalsozialismus S. 193–219 (S. 209: Anzahl der im Krankensammellager Großsachsenheim Verstorbenen); Schäfer, Zwangsarbeiter S. 199–205; dies: Durchgangs- und Krankensammellager S. 213–224; Tholander, Fremdarbeiter S. 436–453

407 Leistungskampf des Forschungsinstituts für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren an der Technischen Hochschule Stuttgart für das Arbeitsjahr 1940/1941 (UAST 131/o. Sign.); Bilder zum Leistungsbericht des Forschungsinstituts für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren an der Technischen Hochschule Stuttgart zum Antrag auf Verleihung des Leistungsabzeichens für „Vorbildliche Sorge um die Volksgesundheit“ Arbeitsjahr 1941/42 (UAST 131/o. Sign.)

408 StadtA Stuttgart 140/1 Nr. 12

409 E-Mail von Marco Ribetto, Sohn von \nearrow Paolo Ribetto, an den Verfasser v. 31.07.2014: „In quella fabbrica [gemeint: FKFS; Zusatz N.B.] vi erano operai di molti paesi, tanti erano italiani e francesi, e molti prigionieri russi. Dai racconti dei miei genitori i loro capi o superiori li hanno sempre trattati bene, mentre i russi erano veramente trattati molto male, e quando potevano, di nascosto passavano loro del cibo.“

410 Potthoff/Schmid, Kamm S. 218

gen hätte ausgleichen können.⁴¹¹ Ausgerechnet in diesem Gemüsegarten mussten nun einige der schlecht gepflegten russischen Kriegsgefangenen arbeiten.⁴¹²

Der Umgang und die Behandlung der russischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen hing – wie so oft anderenorts – auch im FKFS von den deutschen Kollegen ab: E.D. berichtet, von seinen unmittelbaren Vorgesetzten und den anderen deutschen Kollegen anständig behandelt worden zu sein. Das wird indirekt bestätigt durch den Vorwurf, den die Leitung des FKFS einem deutschen Mitarbeiter im August 1944 machte, er halte zu den Ostarbeitern „keinen Abstand“ und dulde ihre Untätigkeit.⁴¹³ Nach der Aussage E.D.s sprach man im Allgemeinen bei der Arbeit, die Deutschen hielten sich aber mit Kontakten zu den Ostarbeitern zurück. Er berichtet ferner von einem deutschen Elektromechaniker, der es sich herausnehmen konnte, „jeden Ostarbeiter“ zu schlagen. Offenbar griff die Leitung des FKFS hier nicht regulierend ein. Bis August 1943 war E.D. im Lager bzw. im FKFS-Gelände eingeschlossen, danach konnte er an Sonntagen für vier bis sechs Stunden das Lager verlassen. Bei Luftangriffen mussten die Ostarbeiter zunächst Schutz in sogenannten „Splittergräben“ suchen, später gewährte man ihnen wie in der MPA auch den Zugang zum Bunker.⁴¹⁴ Bei dem in anderen Quellen bezeugten linientreuen Klima am FKFS ist es gut möglich, dass die Angabe in einer Spruchkammerakte stimmt, wonach dies von der Institutsleitung nur gegen den Widerstand vieler deutscher Institutsangehöriger durchgesetzt worden sei.⁴¹⁵

Insgesamt war die Behandlung der Ostarbeiter im FKFS schlecht und unwürdig, wie schon der italienische Kollege \nearrow Paolo Ribetto grundsätzlich bestätigte. Es mag auch an dieser schlechten Behandlung gelegen haben, dass am 1. Mai 1945, also geraume Zeit nach dem Einmarsch der alliierten Truppen in Kirchheim/Teck, wohin der größte Teil des FKFS ausgelagert worden war, der für den Zwangsarbeitereinsatz zuständig gewesene Ingenieur Paul Schmid und ein Kollege aus dem FKFS, Hans Hahn, „von Russen erschossen“ wurden.⁴¹⁶

Auch die Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen aus den westeuropäischen Ländern erfuhren am FKFS keine gute Behandlung. Dass man von Seiten der Leitung niederländische Zwangsarbeiter nicht bzw. erst spät mit der notwendigen Kleidung für Forschungsarbeiten im Schnee des Hochgebirges versorgte, ist eher eine Nachlässigkeit, die aber viel über die geringe Achtung für die Fremdarbeiter im Betriebsalltag des FKFS

411 Bilder zum Leistungsbericht des Forschungsinstituts für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren an der Technischen Hochschule Stuttgart zum Antrag auf Verleihung des Leistungsabzeichens für „Vorbildliche Sorge um die Volksgesundheit“ Arbeitsjahr 1941/42 (UAST 131/o. Sign.)

412 Potthoff/Schmid, Kamm S. 216

413 UAST 131/3/52: Personalakte Stütz, Ernst

414 StadtA Stuttgart 140/1 Nr. 12

415 UAST 131/1/80 (PA Christian Schmid: „Bescheinigung“ v. Hans Vierling v. 08.04.1947); siehe auch die Zeitzeugenaussage hierzu bei Potthoff/Schmid, Kamm S. 218.

416 StadtA Kirchheim/Teck A1290 (Bericht über Kriegsgefangene in Kirchheim/Teck o. Dat.); ebd. B 3036 Nr. 182, 186 (Sterbeurkunden); mdl. Mitteilung von Frau Wiltrud Steudel an den Verf. Über den Vorfall wird als Racheakt für schlechte Behandlung auch berichtet bei Thalhofer, Fremdarbeiter in Kirchheim S. 146 f. u. ders.: Fremdarbeiter in Kirchheim unter Teck 1940–1945, in: Schwäbische Heimat 4 (1988), S. 318–326, hier S. 325 f.

aussagt.⁴¹⁷ Wie mit Zwangsarbeitern aus Westeuropa verfahren wurde, die nicht mehr zur Arbeit erschienen und untertauchten, zeigen mehrere dokumentierte Fälle. In einer Gruppe von 30 Arbeitskräften aus den Niederlanden, war der gerade 18 Jahre alt gewordene ↗ M.K. aus Den Haag Ende März 1943 als Hilfsarbeiter vom Arbeitsamt Stuttgart dem FKFS zugewiesen worden. Knapp ein halbes Jahr hielt er es hier aus und ging am 18. September 1943 „nach Holland“ zurück, wie man im Institut zu wissen glaubte. Schon drei Tage später unterrichtete das FKFS das zuständige Stuttgarter Arbeitsamt. Nach vergeblicher Vorladung des M.K. vor das Arbeitsamt in Den Haag und einer vergeblichen Hausdurchsuchung bei seinen Eltern wurde der Fall „dann am 17. 11. 43 dem hiesigen deutschen Sicherheitsdienst, zwecks Ergreifung von Strafmaßnahmen durchgegeben“. Wahrscheinlich wurde M.K. gefasst und musste wieder im FKFS arbeiten, denn ein späteres Schreiben des Arbeitsamts Stuttgart wies das FKFS an, 60 Prozent seines Nettolohns künftig an ein Konto des Reichskonsulenten voor Sociale Zaaken in Arnheim zur sozialen Unterstützung (wahrscheinlich für niederländische Arbeitnehmer) anzuweisen.⁴¹⁸ Zweien seiner niederländischen Kollegen, dem Installateur ↗ B.F. und dem Weber ↗ E.Z. gelang jedoch Anfang September 1943 bzw. im Oktober 1943 die Flucht vom Arbeitsplatz. Jedenfalls finden sich in der Aktenüberlieferung des FKFS keine Unterlagen dazu, dass die beiden von der Gestapo gefasst worden wären.

Dem niederländischen Mechaniker ↗ K.U. erging es schlechter. Er war mit der gleichen Gruppe niederländischer Zwangsarbeiter wie M.K. Ende März 1943 an das FKFS gekommen. Ein halbes Jahr später erschien er nicht zur Arbeit und wurde daraufhin vom FKFS gemeldet: „Es wird angenommen, dass er ohne Genehmigung nach Holland zurückgekehrt ist.“ K.U. wurde gefasst und am 12. Oktober 1943 von der Gestapo in das Arbeitserziehungslager Oberndorf am Neckar eingewiesen, von wo er sechseinhalb Wochen später wieder entlassen wurde und zu seinem Arbeitsort, dem FKFS, zurückkehren musste. Hier wurde zudem sein Arbeitslohn gekürzt.⁴¹⁹ Dasselbe Schicksal erlitt sein niederländischer Kollege ↗ M.C., der nach seiner Flucht im Oktober 1943 zusammen mit K.U. die Haft im Arbeitserziehungslager Oberndorf am Neckar erdulden musste. Die Flucht aus dem FKFS hatten beide wahrscheinlich gemeinsam unternommen, da sie am selben Tag, dem 2. Oktober 1943, im FKFS vermisst wurden.

Die ersten Arbeitserziehungslager für Zwangsarbeiter waren bereits 1940 von der Gestapo eingerichtet worden. Die Einweisung war eine Strafe für Fehlverhalten, etwa für langsames Arbeiten oder für Fluchtversuche. Eine Gefängnisstrafe hätte in der Logik der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft die Arbeitskraft des Zwangsarbeiters oder der Zwangsarbeiterin nicht ausgeschöpft. Die Einweisung in ein Konzentrationslager hätte aus Sicht des NS-Systems dagegen die Gefahr in sich geborgen, dass die auszubeutende Arbeitskraft zu lange oder durch Tod für immer verloren ging. Für das Arbeitser-

417 Über die Behandlung der Zwangsarbeiter gab es im Vorfeld des Institutsjubiläums des FKFS im Jahr 2005 eine kontroverse Diskussion, die sich in zwei Publikationen niedergeschlagen hat: Mayer, Forschungsrate, hier S. 96–99; Potthoff/Schmid, Kamm, hier S. 213–218

418 UAST 131/3/39. In der Lohnkartei des FKFS wird allerdings keine Karteikarte mehr für M.K. geführt, ein Indiz dafür, dass er im FKFS nicht mehr weiter beschäftigt wurde.

419 UAST 131/3/51 und 131/3/80

ziehungslager Oberndorf am Neckar sind sehr schlechte hygienische Verhältnisse, völlig unzureichende Verpflegung und schwere körperliche Misshandlungen bekannt, die bis zum Totschlag von Insassen durch die Wachmannschaften reichten. Es dürfte den Zwangsarbeitern des FKFS in Oberndorf nicht anders ergangen sein als ihren Leidensgenossen aus dem Daimler-Benz-Werk in Sindelfingen, die nach der Haft alle in sehr schlechter körperlicher Verfassung, teils stark unterernährt an ihren Arbeitsplatz zurückkamen und alle schwer erkrankt waren, zum Teil mit späterer Todesfolge.⁴²⁰

Dass auch die italienischen „Fremdarbeiter“ unter Zwang arbeiteten, zeigen deutlich die Schicksale des Mechanikers ↗ Vittore Gava und des Drehers ↗ Silvio Udavissich, die beide am 2. Mai 1944 von der Gestapo in das Arbeitserziehungslager Oberndorf eingewiesen wurden und am 15. Juni 1944 wieder zur Arbeit am FKFS entlassen wurden.⁴²¹ Wir wissen nicht, welche Gründe dazu führten, dass das FKFS beide der Gestapo meldete. Jedenfalls finden sich in den Akten keine Hinweise auf Fluchtversuche, die etwa die Leitung des FKFS – um sich nicht selbst durch einen möglichen Vorwurf der Vertuschung der Flucht in Schwierigkeiten zu bringen – zur Meldung bei der Gestapo gezwungen hätten. Vielmehr scheint hier eine aktive Rolle der Institutsleitung bei der Verfolgung ihrer ausländischen Mitarbeiter vorzuliegen. Hierzu passt auch, dass das FKFS wie im Fall des ↗ K.U. den Lohn der beiden aus dem Arbeitserziehungslager Oberndorf zurückkehrenden Mitarbeiter kürzte. Die Bereitschaft, sich ohne Zwang von außen der Verfolgungsorgane des NS-Staates zu bedienen, wird auch im Fall des ↗ Orasio Parisati deutlich. Dem italienischen Staatsbürger, der als Schweißer im FKFS arbeitete, gelang offenbar 1944 die Flucht vom Arbeitsplatz. Jedenfalls finden sich in den Akten des FKFS keine Hinweise darauf, dass er gefasst und zurückgebracht wurde. Die Institutsleitung betrieb die Verfolgung Parisatis durch die Gestapo offenbar mit Nachdruck: Es wurde nicht nur die Meldung des Fernbleibens vom Arbeitsplatz erstattet, sondern man schickte der Gestapo zudem noch zwei Postkarten, die an Parisati gerichtet und an seine Adresse im FKFS gelangt waren. Ihr Inhalt war der Institutsleitung verdächtig vorgekommen, sodass sie gleich Übersetzungen ins Deutsche hatte anfertigen lassen, die sie nun mitschicken konnte. „Das Institut bittet, die Fahndungsmaßnahmen nach Parisati energisch zu betreiben. Parisati ist Facharbeiter, sodass auf ihn schwerlich verzichtet werden kann.“⁴²²

Wie die Leitung des FKFS die sowjetischen Zwangsarbeiter disziplinierte, wissen wir nicht, da Personalakten für die Mitglieder dieser Gruppe nicht vorhanden sind, wahrscheinlich auch gar nicht erst angelegt wurden. Sowjetische Zwangsarbeiter durften erst ab 1943 in die Arbeitserziehungslager eingewiesen werden. Zuvor war für sie bei den

420 Zum Arbeitserziehungslager Oberndorf am Neckar: Maier in Bauz, *Die Geheime Staatspolizei* S.143–154; Schäfer, *Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik* S.239–245; Timm, *Zwangsarbeit in Esslingen* S.319–325, zu den Haftbedingungen im Arbeitserziehungslager Oberndorf am Neckar siehe hier besonders S.323 f. sowie die Aussagen von Zwangsarbeitern bei Hopmann, *Zwangsarbeit bei Daimler-Benz* S.150–153, 453 und Tholander, *Fremdarbeiter* S.159.

421 UAST 131/3/40

422 UAST 131/3/40 (Zitat aus einem Schreiben des FKFS an die Ausländerabteilung der Gestapo Stuttgart v. 06.09.1944)

entsprechenden Verfehlungen die direkte Einweisung in ein Konzentrationslager vorgesehen.⁴²³

Das Nebeneinander von Gewaltherrschaft und der Illusion von Normalität und Rechtllichkeit wird auch in der Entlohnung der Zwangsarbeiter deutlich. Die erhaltenen Unterlagen des FKFS unterrichten sehr gut über die Bezahlung und die vorgenommenen Lohnabzüge.⁴²⁴ Unabhängig davon, ob es sich um „Ostarbeiterinnen“ oder um Zwangsarbeiterinnen aus den westeuropäischen Ländern handelte, erhielten diese als Putzfrauen und Küchenhilfen Anfang der 1940er Jahre am FKFS Stundenlöhne zwischen 0,35 bis 0,50 Reichsmark (RM), während ihre deutschen Kolleginnen zwischen 0,35 und 0,65 RM pro Stunde verdienten. Der einzige männliche „Küchenhilfsarbeiter“, der Niederländer Adrian Staal, erhielt jedoch einen Stundenlohn von 0,75 RM, was zeigt, dass die herkömmliche Ungleichbehandlung von Männern und Frauen im Lohnbereich auch für die ausländischen Arbeitskräfte wirksam war.

Der Stundenlohn der männlichen Zwangsarbeiter, die als Hilfsarbeiter geführt wurden, variierte beim FKFS Anfang der 1940er Jahre von ca. 0,50 RM bis 0,88 RM, bei den Zwangsarbeitern, die als Facharbeiter (Dreher, Mechaniker, Monteur, Schweißer usw.) geführt wurden, lag er zwischen 0,60 RM und 1,18 RM. Die Entlohnung richtete sich anscheinend nicht so sehr nach der Art der Tätigkeit, sondern wohl vielmehr nach der Leistung des einzelnen Arbeiters, wodurch die großen Unterschiede des Stundenlohns einer Berufsgruppe zu erklären sind. So verdienten zum Beispiel Dreher zwischen 0,60 RM und 1,05 RM pro Arbeitsstunde. Stichproben aus den Lohnabrechnungskarteien lassen erkennen, dass unabhängig vom Faktor der individuellen Leistung die deutschen Kollegen als Hilfsarbeiter jedoch zwischen 0,70 RM und 1,00 RM (deutsche Frauen als Hilfsarbeiterinnen: 0,35 RM bis 0,70 RM) und als Facharbeiter zwischen 0,88 RM und 1,18 RM durchschnittlich 10 bis 20 Prozent höhere Löhne erhielten als die zwangsweise neben ihnen arbeitenden Kollegen aus Italien oder den besetzten Gebieten.

Ein deutlicherer Unterschied in der Vergütung ergab sich jedoch durch die Abzüge, die das FKFS von den Bruttolöhnen vornahm oder vorzunehmen hatte. Während bei den Zwangsarbeitern aus Westeuropa und den deutschen Mitarbeitern die Abzüge aus Steuern, Versicherungsbeiträgen, Sparverträgen oder Beiträgen zur Deutschen Arbeitsfront usw. zwischen 48 und 62 Prozent lagen, wurden vom ohnehin geringeren Lohn der „Ostarbeiter“ im Durchschnitt drei Viertel des Bruttolohns einbehalten. Möglicherweise sind Teil dieser hohen Abzüge auch Spareinlagen, die die Ostarbeiter im Rahmen des „Ostarbeitersparens“ ansammeln und die de jure teilweise zugunsten der Angehörigen in die Heimatländer überwiesen werden konnten.⁴²⁵ Die Versprechung, den Großteil dieser Spareinlagen nach Beendigung des Arbeitseinsatzes ausbezahlt zu bekommen, dürfte wohl nicht eingehalten worden sein. Wir wissen jedoch nicht, ob und in welchem Maße die „Ostarbeiter“ des FKFS am „Ostarbeitersparen“ teilgenommen haben. Im Juli 1945

423 Maier in Bauz, Die Geheime Staatspolizei S.145

424 Für die folgenden Angaben wurden die erhaltenen Karteikarten des FKFS für die Lohnabrechnung der Jahre 1940 bis 1945 ausgewertet: UASt131/3 Nrn. 69–91.

425 Siehe zu den Sparmöglichkeiten: „Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter“ vom 30. Juni 1942, in: Reichsgesetzblatt 71 (02.07.1942) S. 421 §13.

gab es in Stuttgart zwar die Initiative, den ehemaligen „Ostarbeitern“ gewisse Abgaben zu erstatten,⁴²⁶ doch dürften die meisten von ihnen zu diesem Zeitpunkt nicht mehr vor Ort gewesen sein. Die Regierung der Sowjetunion drängte auf die zügige Rückführung ihrer Staatsbürger und ließ die ehemaligen Zwangsarbeiter als mögliche Kollaborateure vom sowjetischen Geheimdienst überprüfen. Auf dem Weg in den Zwangsdienst der Roten Armee oder in das sowjetische Lagersystem dürften diese somit für Rückerstattungen nicht mehr erreichbar gewesen sein.

Es ist unklar, welchen Wert der Teil des Arbeitslohns, der vor Ort noch ausgezahlt wurde, für die „Ostarbeiter“ überhaupt hatte. Da sie in ihrer Bewegungsfreiheit sehr eingeschränkt waren und gerade die entbehrten Nahrungsmittel und die notwendige Kleidung auch wegen der Bewirtschaftung dieser Güter mit Lebensmittelkarten und Bezugscheinen mit Geld allein nicht zu kaufen waren, konnten sie ihn wohl gar nicht nutzen. Der Arbeitslohn scheint also nur ein Instrument gewesen zu sein, mit dem der Staat die Anforderung von Ostarbeitern durch die deutschen Arbeitgeber regulieren und zugleich die mit Hilfe der erzwungenen Arbeitskraft erwirtschafteten Gewinne der Industrie zum größten Teil wieder abschöpfen konnte. Diesem Zweck diente insbesondere auch die am Arbeitslohn bemessene „Ostarbeiterabgabe“, die die Arbeitgeber für jeden beschäftigten „Ostarbeiter“ an das Deutsche Reich zu entrichten hatten und deren Höhe im Wesentlichen aus der Lohndifferenz zu einem gleichwertigen deutschen Arbeitnehmer bestand.⁴²⁷ Mit den Lohnzahlungen hoffte man wohl auch, die Zwangsarbeiter ruhigzustellen und den Arbeitgebern die Möglichkeit einzuräumen, den Glauben an die Rechtmäßigkeit dieser Beschäftigungsverhältnisse aufrechtzuerhalten.

Zur Zwangsarbeit am FKFS lässt sich zusammenfassend feststellen: Die Institutsleitung des FKFS war über die Zwangsmaßnahmen gegen ihre ausländischen Arbeitskräfte nicht nur unterrichtet, sondern nahm auch die Möglichkeiten zu Gewaltmaßnahmen wahr, die der NS-Staat zur Aufrechterhaltung von Zwangsarbeit und Unfreiheit zur Verfügung stellte. Mit dem Einsatz von Zwangsarbeitern und insbesondere auch in der Form ihrer Behandlung, die etwa bei der Zuteilung von Kleidung, Nahrung und medizinischer Versorgung dem rassistischen Menschenbild der NS-Ideologie Rechnung trug, unterschied sich die Leitung des FKFS in keiner Weise positiv von anderen Arbeitgebern im Umfeld. Die Verantwortung der leitenden Wissenschaftler ist auch nicht dadurch gemindert, dass im FKFS ein von den führenden Mitgliedern der Deutschen Arbeitsfront (DAF) ausgehender, enormer Konformitätsdruck herrschte, der schon von deutschen Mitarbeitern als starker Zwang empfunden wurde.⁴²⁸ Die Leitung und sicher auch zahlreiche Beschäftigte des FKFS fügten sich, ohne dass wir heute einen Widerstand hiergegen feststellen könnten, in den Gewalt- und Verfolgungsapparat des NS-Regimes ein und wirkten am Unrechtsregime mit. Auch die Fixierung der leitenden Wissenschaftler auf ihre als wichtig angesehenen Rüstungsprojekte, wie sie zum Bei-

426 UAST 33/1/65 (Abschrift Schreiben des Bezirksbauamts Stuttgart v. 18.07.1945)

427 „Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter“ vom 30. Juni 1942, in: Reichsgesetzblatt 71 (02.07.1942) S. 420 §§10–11 und Anlagen S. 422–424

428 Zum Zwang, der „Werkschar“ des FKFS, der Führungsgruppe der Nationalsozialisten im Betrieb, beizutreten, siehe StA Ludwigsburg EL902/24 Bü 8487; ebd. EL902/20 Bü 40823.

spiel der Institutsleiter Professor Wunibald Kamm als Rechtfertigung der Zustände am FKFS in der Nachkriegszeit reklamierte,⁴²⁹ entband sie nicht von ihrer Verantwortung und entschuldigt die hier geschilderten Verfolgungen und Zwangsmaßnahmen in keiner Weise.

3.8.3 Zwangsarbeiter am Flugtechnischen Institut/ an der Forschungsanstalt Graf Zeppelin

Eine weitere Einrichtung, an der in großer Zahl Zwangsarbeiter beschäftigt waren, war die Forschungsanstalt Graf Zeppelin (FGZ) in Ruit (heute Stadtteil von Ostfildern), die aus dem Flugtechnischen Institut der Technischen Hochschule Stuttgart (FIST) hervorgegangen war. Die Forschungsanstalt Graf Zeppelin unterstand zwar dem Reichsluftfahrtministerium, das auch den Hauptanteil der Finanzierung leistete, ist aber auch als Einrichtung der Technischen Hochschule Stuttgart anzusehen, weil die Leitung durch den Stuttgarter Professor Georg Madelung wahrgenommen wurde. Zudem kamen einige der Abteilungsleiter und viele der hier tätigen Ingenieure aus der Technischen Hochschule. Forschung und Lehre der Technischen Hochschule auf dem Gebiet der Luftfahrttechnik geschahen in den Räumen der FGZ. Forschungsprojekte galten der Abwurfballistik von Bomben, Bombenfallschirmen und Brems- und Rettungsfallschirmen, der Aerodynamik schneller Flugzeuge (Me 261), Zusatzbehältern an Flugzeugflügeln und einer Flugzeugschleuder zur Verkürzung der Abflugstrecke von stark beladenen Flugzeugen. Kernstück der Forschungseinrichtungen war ein Hochgeschwindigkeitswindkanal. Am Ende des Krieges arbeiteten hier etwa 300 Personen.⁴³⁰

Da kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs sowohl die Akten der FGZ wie auch diejenigen des Reichsluftfahrtministeriums weitgehend vernichtet wurden, wissen wir nur wenig über die Mitarbeiter der FGZ. Bei Kriegende wurden 32 russische Männer und 80 Italiener als Zwangsarbeiter gezählt. Es müssen aber zwischenzeitlich zumindest noch zehn „Ostarbeiterinnen“ an der FGZ gearbeitet haben, die am 5. Juli 1944 hierher kamen.⁴³¹ Über die Zwangsarbeiter an der FGZ gibt es jedoch Interviews mit deutschen Zeitzeugen, die Jochen Bender geführt und ausgewertet hat.⁴³² Aus den Beobachtungen und Erlebnissen aus deutscher Sicht ergibt sich kein eindeutiges Bild. Neben Zeugnissen für gute Behandlung und kollegiales Verhalten stehen Erinnerungen an die Strenge des für die Zwangsarbeiter zuständigen Mitarbeiters und an ein offizielles Kontaktverbot. Die Zwangsarbeiter – wahrscheinlich nur die russischen – waren in einer umzäunten Baracke untergebracht. Auch in dieser Gruppe von „Ostarbeitern“ hatte es offenbar wie bei den Zwangsarbeitern der Materialprüfungsanstalt und des FKFS Verschleppung von

429 Siehe hierzu Potthoff/Schmid, Kamm S.181.

430 Bender, Geschichte des Scharnhäuser Parks S.93–124. Zur Forschung am FIST und FGZ siehe auch Dörner, Drei Welten S.103–124; Maier, Forschung als Waffe Bd. 2 S.904–915; Elsässer, Forschungsmotor Mangel sowie die Nachlässe der beiden Abteilungsleiter Helmut G.Heinrich (UAST SN20) und Theodor W.Knacke (UAST Z173, Z253) im Universitätsarchiv Stuttgart; ferner die einschlägigen Archivalien im Stadtarchiv Ostfildern.

431 StadtA Ostfildern NA932, NA1289; Bender, Geschichte des Scharnhäuser Parks S.121

432 Bender, Geschichte des Scharnhäuser Parks S.119–121

Teil I Hintergründe und Entwicklung der Verfolgungen

der Straße gegeben. Zahlreicher sind die Zeitzeugenaussagen über den Hunger, unter dem die russischen Kriegsgefangenen stark litten. Ein Zeitzeuge erinnerte sich, dass unter den russischen Kriegsgefangenen Piloten mit Brandverletzungen im Gesicht waren und dass die russischen Offiziere „abgeholt“ wurden, und er vermutete, dass sie erschossen worden seien.⁴³³

433 Ebd.; StadtA Ostfildern D18

4 DISSENS UND VERWEIGERUNG

Angesichts der vielfältigen Verfolgungsmaßnahmen, denen eine große Zahl von Hochschulangehörigen ausgesetzt war, stellt sich die Frage nach dem Widerstand, der den nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen in den Jahren nach der Machtübernahme aus der Hochschule heraus entgegengesetzt wurde. Die Aktionen der demokratischen und kommunistischen Studentengruppen wurden oben (Kap. 1.3 und 1.4) schon erwähnt. Es lassen sich jedoch nur wenige Personengruppen ausmachen, die nach 1933 zumindest noch im Dissens mit dem NS-Regime agierten, den Verfolgungsmaßnahmen zuwiderhandelten oder Vorschriften des NS-Regimes missachteten oder umgingen. Neben einer Gruppe katholischer Studierender sind vor allem einige Professoren und Dozenten der Architekturabteilung und der letzte Rektor der NS-Zeit, Heinrich Hess, zu nennen.

4.1 Studentischer Widerstand der Weißen Rose an der TH Stuttgart?

Am 27. Januar 1943 wurde in Stuttgart das letzte Flugblatt der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ durch die Post an Stuttgarter Adressen versandt. Die hieran beteiligten Susanne Hirzel, zu dieser Zeit Studentin an der Stuttgarter Musikhochschule, sowie ihr Bruder Hans Hirzel gehörten zum Ulmer Freundeskreis von Hans und Sophie Scholl und hatten ebenso wie die beteiligten Franz Müller und Eugen Grimminger keine Verbindung zur Technischen Hochschule Stuttgart.⁴³⁴ Kontakt zur Weißen Rose hatte ebenso ein Student der Stuttgarter Kunstakademie, Siegfried Haas, der wie die Mitglieder der Weißen Rose NS-kritische Flugblätter verteilte und zu einem katholischen studentischen Kreis um den Waiblinger Kaplan Hans Böhringer gehörte.⁴³⁵ Nach jetzigem Stand des Wissens hatten aber auch Haas und sein Kreis keine Kontakte zu Studierenden der Technischen Hochschule. Siegfried Haas zählte in einem Interview oppositionelle katholische Jugendgruppen in mehreren Städten Süddeutschlands auf mit insgesamt wohl 200 Mitgliedern. Stuttgart ist jedoch nicht erwähnt.⁴³⁶

434 Hirzel, Vom Ja zum Nein S. 129–156

435 Broch, Bildhauer <http://www.dr.s.de/profil/glaubenszeugnis/zeitzeugen-im-portraet/siegfried-haas.html> (07. 10. 2014); Frommer, Siegfried Haas S. 17–19

436 Adler, Bevor es zu spät ist S. 352–366. Auch Willi Bohn erwähnt keine Beziehung der Mitglieder der „Weißen Rose“ zur TH Stuttgart: Bohn, Stuttgart S. 137–139.

4.2 Gemeinschaft katholischer Studenten der Technischen Hochschule Stuttgart

Es gab jedoch – wohl Anfang der 1940er Jahre – einen „katholischen Studentenzirkel“ um die beiden Kapläne Eugen Geidel und Alois Rölli, den auch Dr. Adolf Linnebach, Mathematiker an der Technischen Hochschule, besuchte. „Die Tätigkeit dieses Kreises war nicht öffentlich bekannt und sollte ein Gegengewicht gegen die antichristliche und nationalsozialistische Richtung in der Studentenschaft bilden.“ So traf man sich auch halb konspirativ in der Privatwohnung Geidels.⁴³⁷ Doch ist von diesem Kreis kein Widerstand im eigentlichen Sinn ausgegangen. Es dürfte den Mitgliedern eher darum gegangen sein, sich dem NS-Milieu zeitweise entziehen zu können und eine katholisch geprägte, bürgerliche Gegenkultur zu pflegen. Aufschlussreich ist hier die Beurteilung über Eugen Geidel aus dem Jahr 1947: „Die Art und Weise, wie es Herrn Kaplan Geidel gelungen ist, die ihm anvertraute Jugend in antinazistischem Sinne zu beeinflussen, ohne dass es dieser so richtig zum Bewusstsein kam, verdient besondere Anerkennung.“⁴³⁸

4.3 Dissens in der Architekturabteilung und im Rektorat

Von größerer Wirkung waren jedoch Maßnahmen, die von den Professoren der Architekturabteilung ausgingen. Obwohl mit Wilhelm Stortz ein überzeugter Nationalsozialist in ihren Reihen war, gab es von Seiten der Professoren keine antisemitischen Vorbehalte und offenbar spielten auch die politischen Einstellungen der Studierenden für den Studienerfolg keine Rolle. Dies zeigen nicht nur Einzelfälle, wie die Förderung der ungarischen jüdischen Studentin ↗ Józsa Balog-Spemann, die 1933 mit Auszeichnung ihr Diplom bestand,⁴³⁹ oder der jüdischen Studentin ↗ Gertrud Goldschmidt. Erstaunlich ist auch der Fall des jüdischen Architekturstudenten ↗ Hartmut Colden, der noch 1938 einen Erlass der Gebühren erhalten konnte und nach seiner Zwangsexmatrikulation am 12. November 1938 ein ausführliches Abgangszeugnis erhielt.⁴⁴⁰ Die Professoren Paul Schmitthenner, ↗ Paul Bonatz und Hugo Keuerleber ließen auch sogenannte „Mischlinge ersten Grades“, deren Studienberechtigung lange Zeit ungeklärt war (siehe o. Kap. 3.3.2 und 3.3.5), „schwarz“ oder „vorläufig“ studieren, was eine Missachtung von ministeriellen Erlassen darstellte, an der auch der Prorektor und spätere Rektor Heinrich Hess beteiligt war (↗ Walter Betting, ↗ E.G., ↗ Jochen Ernst). Wie die Akten des Reichserziehungsministeriums zeigen, geschahen diese Eigenmächtigkeiten zwar mit Wissen und Duldung des Ministeriums und waren auch an anderen Hochschulen nicht ungewöhnlich, sie bedurften aber zumindest einer aufrechten Haltung der Beteiligten und einem festen Auftreten gegenüber dem Studentenführer, der den sogenannten „Misch-

437 StA Ludwigsburg EL902/20 Bü99172; Zitate: Ebd. Bl.19 (Schreiben Herrmann Schäfflers v. 14.04.1948)

438 Zitat aus der Personalakte Eugen Geidels, mitgeteilt v. Herrn Dr. Herbert Aderbauer, Diözesanarchiv Rottenburg-Stuttgart, an den Verf. Am 30.09.2014.

439 UASt 120/815 (Prüfungsakte)

440 Archiv der Moderne, Weimar III/01/067 (Studentenakte Colden, Hartmut)

lingen“ nicht wohlgesonnen war. Schmitthenner und Bonatz machten zudem von ihrer Möglichkeit Gebrauch, diese Studierenden, denen auch bei der Arbeitsplatzsuche viele Hindernisse in den Weg gelegt wurden, in ihren Büros zu beschäftigen oder an Architekten-Kollegen weiterzuvermitteln.

Letztlich schwierig zu beurteilen ist die Rolle des letzten Rektors der NS-Zeit, Heinrich Hess. Hess konnte bei seinem Spruchkammerverfahren zahlreiche Zeugnisse vorlegen, wonach er sich am Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgreich bemüht hatte, „Mischlingen“ und Wehrmachtssoldaten mit kommunistischer Vergangenheit das Weiterstudium zu ermöglichen und vor allem ausländische Studierende vor der Relegation bzw. dem Einsatz als Soldaten zu bewahren (siehe o. Kap. 3.2, 3.3.5 und 3.5). Um seine Rolle im NS-System an der Technischen Hochschule Stuttgart zu bewerten, müsste man jedoch noch sein weiteres Verwaltungshandeln insbesondere im Vergleich zu den Möglichkeiten und Initiativen der Rektoren anderer Hochschulen untersuchen.

5 LANGFRISTIGE FOLGEN DER VERTREIBUNGEN FÜR DIE BETROFFENEN

Die Folgen der Entlassungen und Relegationen waren für die Betroffenen sehr unterschiedlich. Ein einheitliches Bild lässt sich zwar nicht zeichnen, doch es gibt einige häufiger auftretende Muster in den Lebensläufen der Verfolgten.

Von den amtsverdrängten sieben ordentlichen Professoren kehrte nur der Physiker ↗ Erich Regener nach dem Ende der NS-Herrschaft wieder an die Technische Hochschule Stuttgart zurück. Die anderen Ordinarien waren emeritiert (↗ Paul Bonatz, ↗ Wilhelm Häbich) bzw. nach der damaligen Rechtsauffassung, wenn auch vorzeitig, so doch legal emeritiert worden (↗ Wilhelm Maier, ↗ Alfred Widmaier) und nun im Jahr 1945 im regulären Pensionsalter. Oder sie waren verstorben (↗ Immanuel Herrmann) oder hatten im Exil eine gleichwertige Professur erlangt (↗ Paul Ewald). Von den außerordentlichen Professoren kehrten ↗ Julius Baum und ↗ Hans Hildebrandt an die Technische Hochschule Stuttgart zurück. Der Chemiker ↗ Julius Schmidt hatte Selbstmord begangen. Die außerordentlichen Professoren ↗ Hugo Kauffmann und ↗ Ernst Marx lebten im Exil in den USA und waren 1945 ebenfalls im Pensionsalter. ↗ Walter Körte baute nach 1945 eine neue Existenz als freier Architekt auf. In den Quellen findet sich kein Hinweis darauf, dass die Technische Hochschule Stuttgart oder er selbst eine Erneuerung des Lehrauftrags planten.

Die entlassenen oder verdrängten Assistenten konnten in ihren Exilländern teils beruflich Fuß fassen, zumeist aber nicht ohne Schwierigkeiten bei der formalen Anerkennung ihrer deutschen Diplomabschlüsse und nicht ohne Zeitverlust. Für einen Teil ist durch die Entlassung eine Hochschullaufbahn dauerhaft verhindert worden (siehe zum Beispiel ↗ Karl Erich Loebell, ↗ Adolf Butz, ↗ Hermann Hoerlin). Ein kleiner Teil konnte mit großem Zeitverlust jedoch auch in Deutschland wieder daran anknüpfen.

Bei den aus politischen Gründen relegierten Studierenden gab es eine Gruppe, die einige Jahre später ihr Studium wieder aufnehmen und noch vor 1945 abschließen durfte. Einige relegierte Architekturstudenten haben trotz fehlendem Diplomabschluss für eine Übergangszeit in Architekturbüros Arbeit gefunden. Andere Relegierte jedoch mussten für die Fortsetzung ihrer akademischen Ausbildung ins Ausland gehen (zum Beispiel ↗ Georg Henze, ↗ Kurt Lingens, ↗ Karl Ernst Ruge) oder das Studium aufgeben und in einen nicht-akademischen Beruf ausweichen.

Bemerkenswert ist, dass nicht wenige Mitglieder der Roten Studentengruppe der TH Stuttgart zu Widerstandskämpfern gegen das NS-Regime wurden (↗ Adolf Butz, ↗ Kurt Lingens, ↗ Herbert Oßwald, ↗ Edwin Roth). Hierzu zählen auch die folgenden Studierenden, die in dieser Dokumentation nicht erfasst sind, weil sie vor 1933 die Technische Hochschule Stuttgart verlassen haben: Eugen Eisenhut, Lilo Herrmann, Hugo Kahn, Hellmut Riegraf.⁴⁴¹

441 Zu Eisenhut, Herrmann und Riegraf siehe oben Kap. 1.3, zu Hugo Kahn UASt 202/Kahn Hugo.

Von den jüdischen Studierenden sind – soweit bekannt – nur drei nicht emigriert bzw. gerieten in ihren Heimatländern in das nationalsozialistische Lagersystem: ↗ Raphael Scharf-Katz überlebte die Zwangsarbeit im KZ Dora-Mittelbau. ↗ Georg Adorjan, ungarischer Staatsbürger, kam als jüdischer Zwangsarbeiter eines ungarischen Arbeitsbataillons in der Shoah ums Leben, und ↗ Alfred Mendelsohn musste in Rumänien Zwangsarbeit leisten. Drei der jüdischen Studierenden, die nach den Novemberpogromen 1938 relegiert wurden, wurden zu diesem Zeitpunkt in Konzentrationslager verschleppt, von wo sie erst Anfang 1939 freikamen (↗ William Alan Fraser, ↗ Gunter Benno Seaton, ↗ Hans Oppenheimer). Von den uns bekannten zehn jüdischen Studierenden, die am 12. November 1938 von der Technischen Hochschule verwiesen wurden, konnten nur drei später einen deutschen oder einen dem deutschen Diplom entsprechenden Hochschulabschluss nachholen (↗ Hartmut Colden, ↗ Georg Liebel, ↗ Hans Oppenheimer). Bei zweien kennen wir das weitere Schicksal nach der Relegation nicht. Einigen gelang es jedoch, in ihren Exilländern das deutsche Vordiplom als Bachelor-Abschluss anerkennen oder hierauf anrechnen zu lassen. Als Hindernisse für die Fortsetzung des Studiums im Ausland stellten sich die Studiengebühren in den angelsächsischen Ländern, die britische Internierung der deutsche Staatsangehörigen als „Enemy Aliens“ in Kanada oder Australien und dann die Familiengründungsphase dar, die dazu zwang, das Studium zugunsten der Erwerbstätigkeit aufzugeben. Einige der 1938 relegierten jüdischen Studenten erreichten dennoch im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs der Nachkriegszeit in den Exilländern Großbritannien, Kanada und USA anspruchsvolle und entsprechend gut bezahlte Positionen in der Industrie (zum Beispiel ↗ Dietrich Alsberg, ↗ S.B.).

Die sogenannten „Mischlinge ersten Grades“ (Personen, die zwei jüdische Großeltern hatten) konnten ihr Studium in der Regel in Deutschland beenden. Nach Kriegsbeginn gelang dies meist nur noch, wenn sie Soldaten der Wehrmacht gewesen waren und es ihnen gelungen war, gegen die informellen Behinderungen durch die Studentenführung an der Hochschule zu bleiben. Ihre Lebenssituation war gegen Ende der NS-Zeit gefährlich, da sie zur Zwangsarbeit in Lagern der Organisation Todt bestimmt wurden. Teils durch Flucht, teils durch Glück oder aufgrund ihrer guten beruflichen Qualifikation konnten die meisten der harten körperlichen Zwangsarbeit entgehen und in der Nachkriegszeit ihr Studium an der TH Stuttgart beenden. Die sogenannten „Mischlinge zweiten Grades“ (Personen mit einem jüdischen Großelternanteil) scheinen offiziell nur wenig behelligt worden zu sein, waren aber als sogenannte „Nichtarier“ auch an der Technischen Hochschule beständig in einer gefährdeten Position. In der Regel konnten sie auch noch bis 1945 offiziell unbehelligt ihr Studium abschließen (Ausnahme ist der Fall ↗ K.F.).

Sehr wenig wissen wir über die Beamten und Beschäftigten in der Verwaltung der Hochschule. Es ist unwahrscheinlich, dass in dieser Gruppe nicht auch Personen waren, die aus rassistischen oder politischen Gründen entlassen wurden oder in eine prekäre Lage gerieten. Bekannt ist lediglich der Fall des Schlossers ↗ Robert Kress an der Materialprüfungsanstalt, der wegen seiner politischen Gegnerschaft zum NS-Regime am Ende des Zweiten Weltkrieges untertauchen musste. Namentlich unbekannt bleibt der Mit-

arbeiter in der Verwaltung (↗ N.N. 5), der wegen seiner „nichtarischen“ Ehefrau in eine prekäre Lage geriet. Wir wissen von vier Mitarbeitern des FKFS, zu deren Disziplinierung sich die Institutsleitung der Verfolgungsinstrumente des NS-Staates bediente (↗ Adolf Daferner, ↗ Hermann Schmidt, ↗ Ernst Stütz, ↗ Oskar Wyss).

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die sowjetischen Zwangsarbeiter in der Regel in die Rote Armee eingezogen. Sie stießen in Verwaltung und Bevölkerung der UdSSR mitunter noch bis in die 1970er Jahre auf Misstrauen, da sie im feindlichen Deutschland gearbeitet hatten. Eine russische Zwangsarbeiterin des FKFS starb 1944 an offener Lungentuberkulose. Der Fall fügt sich in das Bild von der schlechten Behandlung, die gerade den sowjetischen Zwangsarbeitern im FKFS widerfahren war.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begegneten viele bulgarische Studierende dem Vorbehalt, mit dem NS-Staat kooperiert zu haben. Ihnen wurde jedoch Möglichkeit eingeräumt, ihr Studium abzuschließen. Viele übersiedelten in die USA. Einige bulgarische Kommilitonen gründeten im Nachkriegsdeutschland eine kommunistische Gruppe. Die Rückkehr in ihr Heimatland wurde für viele ehemalige bulgarische Studierende wegen der bald installierten kommunistischen Regierung jedoch ein zu hohes Risiko. Mindestens 60 von ihnen blieben in Deutschland. Erst Anfang der 1960er Jahre konnten sie wieder gefahrlos zu ihren Familien nach Bulgarien reisen.⁴⁴²

Auch im Westen bekamen Ausländer, die lange oder bis zum Kriegsende in Deutschland gelebt und gearbeitet hatten, bei ihrer Rückkehr in die Heimatländer Schwierigkeiten. So berichtet Dirk Hulshoff, niederländischer Student und später Assistent des Architekturprofessors Paul Schmitthenner:

Erst im Spätsommer 1945 konnte ich die Reise nach den Niederlanden, dem Zuhause, unternehmen. Dort bekam ich nach und nach große Schwierigkeiten, weil man nicht glauben wollte, daß ich kein Nazi war. Freiwillig im feindlichen Land zu leben war doch ganz unverständlich, und das gilt heute noch für alle diktatorisch regierten Länder. Wenn man nicht links ist, dann ist man rechts, Faschist.⁴⁴³

442 UAST Z132 (Zeitzeugeninterview mit Dimiter Batscheff v. 01.09.1997) S.3 ff.

443 Hulshoff, Vom anderen Deutschland S.94

6 AUFARBEITUNG DER VERFOLGUNGEN DURCH DIE TECHNISCHE HOCHSCHULE/UNIVERSITÄT STUTT GART NACH 1945

6.1 Das Selbstverständnis der Technischen Hochschule Stuttgart in der Nachkriegszeit

Nach dem Ende des NS-Regimes wurde die Technische Hochschule Stuttgart von ihren Repräsentanten als eine Institution verstanden, die selbst Opfer dieser Diktatur geworden war. Die vom NS-Staat zu verantwortenden Zerstörungen der Hochschulgebäude waren für diesen Standpunkt der augenfälligste Beweis. Der Blick der Hochschulleitung war in die Zukunft gerichtet: Man würde noch lange und schwer arbeiten müssen, um die Folgen des Nationalsozialismus zu überwinden. Die aktuell wichtigste Aufgabe bestand darin, die Raumnot der Technischen Hochschule durch den Arbeitseinsatz der Studierenden und Studienbewerber zu beheben. Für die Hochschulleitung waren der Wiederaufbau und die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs die konstitutiven Elemente der Hochschulidentität in der Nachkriegszeit.⁴⁴⁴

Leider sind die Protokolle der Senatssitzungen von 1945 bis 1947 verloren, sodass wir nicht wissen, ob und mit welchen Ergebnissen hier über die Rolle der Technischen Hochschule im NS-Regime gesprochen wurde. Auch die Unterlagen des „Reinigungsausschusses“, der im Sommer 1945 gebildet wurde und über die Belastungen der Hochschulmitglieder ein Urteil abgab, existieren nicht mehr. Festzustellen bleibt, dass es keine historischen Quellen gibt, in denen von internen Überlegungen die Rede ist, ob die Technische Hochschule Stuttgart in ihrer Organisation und im Selbstverständnis ihrer Mitglieder selbst als Ursprung von Unrechtstaten oder Mitwirkende hierbei anzusehen sei. Die Liste der acht Personen, die nach dem Ende des „Dritten Reiches“ auf eigene Initiative der Hochschulleitung sofort entlassen wurden, umfasst dieser Grundhaltung entsprechend zwei Kategorien von Hochschulmitgliedern: Mitglieder der Verwaltung, die als ausgesprochene Repräsentanten des NS-Staates („Träger des Nazitums“) galten, darunter mit dem Mathematiker Erich Schönhardt auch einer der Rektoren aus der NS-Zeit sowie der Dozentenführer Reinhold Bauder. Die andere Gruppe bestand aus Personen, die aufgrund politischer Protektion ihre wissenschaftliche Karriere gemacht hatten und deren Belassung im Amt die wissenschaftliche Reputation der Hochschule in Frage gestellt hätte. Manche der Entlassenen passten in beide Kategorien.⁴⁴⁵ Die Entlassungen dieser acht Personen zeigen, dass die Hochschulleitung den Nationalsozialismus als eine von außen in die Hochschule eingebrachte und ihr von einigen wenigen, be-

444 Siehe z.B. die programmatische Denkschrift aus dem Jahr 1947: „Die Technische Hochschule Stuttgart einst und jetzt“: UAST SA2/167.

445 UAST17/294 Bl.60 (Schreiben des Rektors Richard Grammel an die Militärregierung Württemberg-Baden v. 30.11.1947)

stimmten Personen aufgezwungene Ideologie ansah. Die Unrechtsmaßnahmen, die an der Technischen Hochschule Stuttgart geschahen, betrachtete man folgerichtig als für die Hochschule unabwendbar.

Die in der aktuellen geschichtswissenschaftlichen Diskussion als „Selbstmobilisierung“ der Wissenschaft⁴⁴⁶ bezeichneten Handlungen und Verhaltensmuster hatten aus dieser Sicht nicht stattgefunden. Das weitgehende Versagen der fachlichen Autorität der Lehrenden vor den „revolutionären“ nationalsozialistischen Studenten, überhaupt die von keinen Rechtsnormen – auch nicht von denen des Unrechtsstaats – gedeckten Verfolgungsmaßnahmen gegen Assistenten und Studierende, wie sie oben beschrieben wurden (Kap. 3.1 bis 3.5), wurden völlig ausgeblendet. Auch die Beteiligung fast aller Hochschulwissenschaftler an der Rüstungsforschung war in der Nachkriegszeit kein Thema. Rüstungsforschung war auch kein Kriterium für die bald durch die amerikanische Militärregierung und dann in deutscher Verwaltung fortgeführten Entnazifizierungsverfahren und war mithin offiziell nicht in den Katalog der moralisch verwerflichen Handlungen aufgenommen.

Die wissenschaftliche Makellosigkeit der Technischen Hochschule Stuttgart, die nun auch für die Zeit zwischen 1933 und 1945 behauptet wurde, schützte allerdings die Hochschulmitglieder selbst, indem diese nun die Identität vermeintlich unpolitischer und ideologiefreier Wissenschaftler beanspruchen konnten. Der Nachkriegsrektor Richard Grammel resümiert am 23. Februar 1946 beim Festakt zur Wiedereröffnung der Technischen Hochschule:

Die Technischen Hochschulen sind ihrem inneren Gefüge nach ganz unpolitische Körperschaften. Ihre geistige Haltung wird nämlich allein von Ingenieuren und Forschern bestimmt. Der Ingenieur aber ist in der strengen Zucht der Naturgesetze erzogen, denen er dienen muß, der Naturgesetze, die unabhängig von den politischen Strömungen des Tages und des Jahrhunderts ihre Bahn in der geistigen Welt ebenso unbeirrbar ziehen, wie die Gestirne ihre ewigen Bahnen gelassen im Weltall durchschreiten. [...] Man findet unter den großen Forschern nur sehr selten politisch interessierte Männer, unter den wirklich bedeutenden deutschen Forschern der letzten zwanzig Jahre nur verschwindend wenige Nationalsozialisten.⁴⁴⁷

Zur Wiederherstellung der alten unpolitischen Hochschule gehörte nun auch die Wiedereinsetzung der einst vertriebenen Wissenschaftler. So wurde der früh entlassene Professor für Elektrotechnik ↗ Immanuel Herrmann postum rehabilitiert, die beiden Professoren mit Lehrauftrag für Kunstgeschichte ↗ Hans Hildebrandt und ↗ Julius Baum kehrten an die Hochschule zurück, ebenso der Ende 1937 entlassene Professor für Physik ↗ Erich Regener. Sein ebenfalls verdrängter Assistent ↗ Erwin Schopper und auch der ehemalige Assistent am Institut für Elektrotechnik ↗ Richard Kümmich nahmen die

446 Einen Überblick über die zentrale Rolle der technischen Hochschulen für die Rüstung und Autarkieforschung des NS-Staates gibt Maier, *Forschung für den „autarken Wehrstaat“*.

447 Ansprachen beim Festakt der Technischen Hochschule Stuttgart zur Feier ihrer Wiedereröffnung am 23. Februar 1946. Stuttgart o. J. [1946], S. 12 f. Hervorhebung (als Kursive) im Original

Möglichkeit wahr, ihre Hochschullaufbahnen wieder aufzunehmen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat es jedoch an der Technischen Hochschule Stuttgart keine Initiative gegeben, systematisch alle während der NS-Diktatur Entlassenen – also auch die Assistenten oder andere geschädigte Personen – zu ermitteln und ggf. wieder einzustellen. Hierfür gibt es eine ganze Reihe von praktischen und juristischen Gründen, die dies unnötig oder unmöglich erscheinen ließen: der Umstand, dass die Vertreibungen und Verdrängungen zumeist ohne Öffentlichkeit stattgefunden hatten und die Hochschulleitung somit in der Nachkriegszeit gar keinen Überblick über alle unrechtmäßigen Entlassungen erhalten konnte; die Schwierigkeit, den Verbleib von entlassenen und emigrierten Assistenten von Deutschland aus zügig zu ermitteln; die Präferenz, die Stellen schnell mit verfügbarem Personal zu ersetzen, um die Lehre wieder in Gang zu bringen; die rechtliche Vorstellung, dass nur einst beamtete Professoren einen Anspruch auf Wiedereinsetzung in ihr Amt haben sollten; die Lage einiger Vertriebenen, die in den Exilländern mit Glück wieder eine gleichwertige Position in der Wissenschaft erlangt hatten und nun nicht mehr nach Stuttgart zurückkommen wollten. All diese praktischen Gründe rechtfertigen aber nicht das Versäumnis, sich der früheren Verfolgungspraxis zu stellen. Es zeigt aber, dass – sozusagen als erste restaurative Maßnahme der Hochschule in der Nachkriegszeit – das alte Selbstverständnis wiederbelebt wurde: An der Hochschule zählten vor allem die Professoren. Assistenten und weitere Hochschulmitglieder unterhalb der Professoren- und Dozentengruppe spielten nur eine untergeordnete, sekundäre Rolle.⁴⁴⁸

Außer den genannten Personen gelang es nur wenigen, an die in den 1930er Jahren verhinderte oder abgebrochene Hochschullaufbahn in Stuttgart anzuknüpfen. Andere versuchten dies vergeblich, etwa ↗ Walter Körte, ehemals außerordentlicher Professor an der Architekturabteilung, der zumindest aus beruflichen Gründen seinen Professoren-Titel weiterführen wollte,⁴⁴⁹ oder ↗ Adolf Butz, der eine wissenschaftliche Laufbahn als Geograph angestrebt hatte. Es fehlten ihnen nun die einstigen Mentoren, und die ihnen in der NS-Zeit aufgezwungenen Lebensumstände hatten die weitere Qualifizierung durch bedeutende Projekte bzw. wissenschaftliche Arbeiten verhindert.

Der geringere Stellenwert, den man an der Technischen Hochschule den Verfolgten zubilligte, wird durch zwei Initiativen deutlich, die beim Rektorat Präferenz hatten: Zunächst versuchte Rektor Richard Grammel, die Verbindung zu noch verbliebenen Ehrensensoren und Ehrendoktoren der Hochschule wieder aufzunehmen. Alle Lehrstuhlinhaber wurden gebeten, die Namen und wenn möglich die Adressen der Geehrten zu nennen. An diese wurden dann Schreiben gerichtet mit der Bitte, den Kontakt zur Technischen Hochschule zu erneuern.⁴⁵⁰ Das Netzwerk der in Industrie und Wirtschaft leitenden Persönlichkeiten war der Hochschule nun wichtig. Eine mögliche, ähnliche Initiative zur Suche nach den Vertriebenen der Hochschule blieb hingegen aus.

448 Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Bernd Martin für die Verhältnisse an der Universität Freiburg: „Je niedriger die akademische Position eines 1933 vertriebenen Universitätslehrers war, um so geringer die Bemühungen um seine Wiedereingliederung.“ (Martin, Entlassung S. 30).

449 UAST 202/Körte, Walter

450 Siehe z. B. die Korrespondenz in der Ehrungsakte Richard Heilners: UAST 127/196.

Die zweite Initiative betraf die Rückberufung des Professors für Physik ↗ Erich Regener. Es hätte einen großen Image-Schaden für die Hochschule bedeutet, wenn Regener die dringende Bitte des Rektors Richard Grammel ausgeschlagen hätte, seinen Lehrstuhl wieder einzunehmen. Regener, der – wie die Korrespondenzen und Dokumente in seinem Nachlass zeigen – schon längst über allen persönlichen Ehrgeiz erhaben war, hätte die Rückberufung für seine wissenschaftliche Reputation nicht mehr gebraucht. Aus dem Kreis seiner Doktoranden und Habilitanden waren inzwischen wissenschaftlich renommierte Persönlichkeiten hervorgegangen. Trotz seiner Entlassung 1937 war Regener international immer noch gut vernetzt und konnte seine Forschungsarbeiten unabhängig von der Technischen Hochschule an der von ihm gegründeten Forschungsstelle am Bodensee fortführen. Der erste Nachkriegsrektor Richard Grammel hatte die Bedeutung Regeners im nun wieder auflebenden deutschen Wissenschaftsbetrieb richtig eingeschätzt – Regener wurde 1948 Vizepräsident der neu gegründeten Max-Planck-Gesellschaft. Selbst unschlüssig – Erich Regener war zum Zeitpunkt der Verhandlungen bereits 63 Jahre alt und scheute die regelmäßigen Reisen von seinem Forschungslabor am Bodensee nach Stuttgart –, ließ er sich jedoch Ende 1945 überreden, seine alte Position an der Hochschule wieder einzunehmen.⁴⁵¹

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass der Antisemitismus der Zeit vor 1945 auch noch in den ersten Jahrzehnten nach dem Ende der NS-Diktatur wirksam war, wenn es um die Aufarbeitung des Unrechts an der Technischen Hochschule Stuttgart ging. Rolf Gutbier, Professor für Städtebau und Entwerfen und von 1953 bis 1955 Rektor der Technischen Hochschule Stuttgart, berichtete im Jahr 1967, dass es schwer gewesen sei, den Kollegen ↗ Hans Hildebrandt in den 1950er Jahren für das erlittene Unrecht mit einer angemessenen Stelle zu entschädigen: „Auch zu jener Zeit wirkte merkwürdigerweise noch immer die Tatsache, dass er mit einer Jüdin verheiratet war, hemmend auf die Gemüter.“⁴⁵²

6.2 Entnazifizierung der Technischen Hochschule Stuttgart

Die Fiktion, die Technische Hochschule Stuttgart sei in ihren Kernaufgaben von der nationalsozialistischen Ideologie unberührt geblieben, wurde nun gerade durch die weiteren Entnazifizierungsmaßnahmen verstärkt. Gerade frisch ernannt, äußerte sich der erste Nachkriegsrektor Richard Grammel im Juli 1945 zu einigen bereits erfolgten Suspendierungen belasteter Kollegen und resümierte: „Ich werde versuchen, möglichst alle Kollegen bis auf zwei Ausnahmen zu halten.“⁴⁵³ Es ist wohl unstrittig, dass Richard Grammel für die Aufgaben des Wiederaufbaus der Hochschule in Lehre und Forschung zu den Persönlichkeiten gehörte, die aufgrund ihrer Erfahrung im Amt des Rektors vor 1933, ihrem Einsatzwillen und Organisationsvermögen in hohem Maß hierfür geeignet waren. Für die Aufgabe, den zurückliegenden Ereignissen an seiner Hochschule selbst-

451 Zur Rückberufung Erich Regeners siehe UAST SN16/2; 57/177.

452 UAST 57/66 (Personalakte Hildebrandt, Hans: Schreiben Rolf Gutbiers an den Rektor der Universität Stuttgart, Prof. Fritz Leonhardt, v. 29. 09. 1967)

453 Hierzu und zum Folgenden siehe Becker, Entnazifizierung S. 35–48.

kritisch zu begegnen und den Blick auf die Verfolgten zu lenken, war er die denkbar ungeeignetste Person. Dies zeigt nicht nur die oben zitierte Äußerung zur Personalpolitik, die die traditionelle Ordinariensolidarität über die Chance stellte, vertriebene Assistenten oder unbelastete neue Professoren zu berufen. Grammel dürfte zudem einer der wenigen Ordinarien in Stuttgart gewesen sein, der sich antisemitisch geäußert⁴⁵⁴ und ganz entgegen seinem oben zitierten Postulat einer unpolitischen Technischen Hochschule das Engagement von Studenten in NS-Organisationen zu einem Maßstab seiner Beurteilungen gemacht hatte (siehe o. Kap. 2.2.1 und 3.4).⁴⁵⁵

Weder der im Sommer 1945 tagende „Reinigungsausschuss“ der Hochschule, noch die Suspendierungen durch die neu gebildete Landesverwaltung führten zu größeren personellen Veränderungen. Diese fanden erst statt, als die amerikanische Militärregierung ab November 1945 die Entlassungen aussprach und damit auch die Zahlung der Bezüge an die Entlassenen einstellen ließ. Es folgten nun vier Jahre, in denen sich Richard Grammel als Rektor bemühte, die Kollegen in ihren Entnazifizierungsverfahren im Wesentlichen zu entlasten und damit – auch entgegen großen Widerständen aus dem vorgesetzten Kultusministerium – wieder in ihre alten Positionen zu berufen.⁴⁵⁶ Mit der Strategie, die Hochschulmitglieder vom Vorwurf der Mittäterschaft im NS-Regime zu befreien, folgte man einem Muster, das auch bei anderen Hochschulleitungen zu konstatieren ist.⁴⁵⁷ Indem man die Harmlosigkeit der Kollegen beschwor, entlastete man die Institution Hochschule selbst und konnte in einem weiteren Schritt sein eigenes Selbstbild und seine Reputation als ein der reinen Wissenschaft ergebener, unpolitischer und damit unbelasteter Wissenschaftler wahren. Dass Richard Grammel gleichzeitig glaubte, gegen sogenannte „Denunziationen“ einschreiten zu müssen, zeigt deutlich den Unwillen, sich der jüngsten Hochschulgeschichte zu stellen.⁴⁵⁸

Inwieweit die Technische Hochschule an der Auseinandersetzung der Stadt Stuttgart mit ihrer Mitverantwortung an der NS-Diktatur beteiligt war, ist unklar: Im Jahr 1946 beschloss der Stuttgarter Gemeinderat, die Alleinstraße, an der das Hauptgebäude der Technischen Hochschule lag, in „Geschwister-Scholl-Straße“ umzubenennen. Mangels einschlägiger Akten wissen wir nicht, auf wessen Initiative hin dies geschah.⁴⁵⁹ Die Umbenennung eines Teils der „Seestraße“, die damals noch westlich vom Hochschulareal verlief, in „Huberstraße“ ging allerdings nicht von der TH aus. Kurt Huber, Professor für Psychologie an der Universität München, war als Mitglied der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ um die Geschwister Scholl 1943 verhaftet und hingerichtet worden. Die

454 Siehe hierzu auch die kontroversen Artikel bzw. Leserbriefe im Stuttgarter Uni-Kurier 12 (April 1983) S.7 und 13 (Juni 1983) S.7.

455 Zu Richard Grammel siehe Schnerr, Forscher. Grammels Rolle in der Rüstungsforschung des NS-Staates ist bisher kaum erforscht. Vgl. Maier, Forschung als Waffe Bd. 1 S.493–497, 1013.

456 Becker, Entnazifizierung S.35–48

457 Zur TH Darmstadt: Schmidt, Nach dem Nationalsozialismus S.166–237

458 UAST17/294: Rundschreiben Richard Grammels v. 14.05.1946. Hierin schreibt Grammel u. a.: „Wer eine wahre Anklage aus lauterer Beweggründen offen vorbringt, handelt anständig; wer heimlich aus Gehässigkeit denunziert, beschmutzt sich und seine Hochschule.“

459 StadtA Stuttgart 125/1 Hauptamt Straßenbenennungen Nr.30/4, 80/37; ebd. 122 Protokoll der Gemeinderatssitzung v. 06.09.1946

Umbenennung nach seinem Namen ging auf eine Initiative der „Alten Gilde“ zurück, einem Verein ehemaliger Schüler der Höheren Handelsschule Stuttgart, die im 19. Jahrhundert von Kurt Hubers Vater Theodor Huber gegründet worden war. Der Verein nahm ein Jubiläum der Schule und den 100. Geburtstag des Vaters zum Anlass, die Ehrung für den Sohn Kurt Huber bei der Stadt Stuttgart zu beantragen.⁴⁶⁰

6.3 Kontroverse über die Wiederzulassung von Korporationen

Der Geist und die Grundeinstellungen, die in der Nachkriegszeit an der Technischen Hochschule bestimmend waren, werden in der Haltung der Professoren und der Hochschulleitung zu den Korporationen und in der Wiederaufnahme der Disziplinargerichtsbarkeit deutlich. Zugleich stehen beide Problemkreise, die in den ersten Nachkriegsjahren immer wieder die Konferenzen der Hochschulrektoren und die Presse beschäftigten, auch für die Komplexität und Widersprüchlichkeit von nationalistischen Traditionen, persönlicher Identität der Professoren sowie der Hochschulidentität auf der einen und Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Gesellschaftsordnung auf der anderen Seite.

Unter der amerikanischen Militärregierung waren die Korporationen verboten worden.⁴⁶¹ Als die sogenannten „Alten Herren“, also die Mitglieder der Korporationen, die ihr Studium abgeschlossen hatten und bereits im Berufsleben standen, gegen Ende der 1940er Jahre die Wiederbelebung ihrer akademischen Verbindungen betrieben, setzte sofort die öffentliche Diskussion hierüber ein. Die Hochschulen waren insofern betroffen, als es ihre Aufgabe war, alle studentischen Gemeinschaften „an der Hochschule“ zuzulassen oder abzulehnen. Hinter dieser Maßnahme stand die Vorstellung, dass die Studierenden auch zum Ansehen ihrer Hochschule in der Öffentlichkeit beitrugen. Ungeeignete Studentenvereinigungen konnten daher nicht nur von der Nutzung des „Schwarzen Brettes“ oder der Teilnahme an öffentlichen Feiern der Hochschule ausgeschlossen werden, sondern die Rektorate konnten durch die Ablehnung auch die Distanzierung der Hochschule von den ihnen unangenehmen Gruppierungen öffentlich dokumentieren.

In der nun einsetzenden Kontroverse überrascht es, dass die schlagkräftigsten Argumente gegen die Wiederzulassung der studentischen Verbindungen – die frühe Pflege und Verbreitung antidemokratischen, nationalistischen und antisemitischen Gedankenguts sowie die große Rolle der Korporationsstudenten bei den Unruhen und Verfolgungen an den Hochschulen und Universitäten zu Beginn der NS-Zeit – nur selten angesprochen wurden. Die häufigsten Argumente gegen die Verbindungen betrafen die anachronistisch erscheinenden Traditionen, insbesondere das Tragen von Farbbändern und spezifischen Mützen in der Öffentlichkeit und die Bestimmungsmensuren, also den verpflichtenden Zweikampf mit Säbeln, der zu Gesichtsverletzungen führt und letztlich

⁴⁶⁰ StadtA Stuttgart 125/1 Hauptamt Straßenbenennungen Nr. 41/16, 30/4, 80/37

⁴⁶¹ Zum Folgenden siehe die Protokolle der Sitzungen des Großen Senats v. 07.05.1952, 23.07.1952, 12.11.1952, 26.11.1952, 08.07.1953, 28.10.1953, 16.12.1953 (UAST 65/179a) und des Kleinen Senats v. 18.04.1951, 16.07.1951, 06.08.1951 (UAST 65/189b) sowie UAST 17/811.

als Ausfluss eines überholten Ehrbegriffs angesehen werden könnte. Das elitäre Auftreten in der Öffentlichkeit und die gemeinschaftlichen Trinkgelage der Studenten könnten zudem, so die Argumentation, zu Konflikten mit den wirtschaftlich vom Krieg geschädigten Mitbürgern führen und das Wiederaufleben von früheren Klassengegensätzen zur Folge haben.

Die Diskussion, die über das Korporations-Problem im Senat der Technischen Hochschule Stuttgart geführt wurde, ist insofern bemerkenswert, als die meisten Professoren selbst Mitglieder von Verbindungen waren und nun die Aufgabe hatten, den Stellenwert des Verbindungswesens zu begrenzen. Im Jahr 1948 rechtfertigte Carl Pirath (1884–1955), Professor für Eisenbahn- und Verkehrswesen, den „ideellen und materiellen Wert der Corporationen“ u. a. mit folgendem Argument:

Mit Parteipolitik haben sich die Corporationen nicht befasst, sie haben es aber als ihre selbstverständliche Pflicht und ihr Recht angesehen, für ihr Vaterland und ihr Volk in Stunden der Gefahr voll einzutreten und in diesem Sinne nationalen Geist zu pflegen. Dieses Recht, das die Jugend aller Länder für sich in Anspruch nimmt und über das sie eifersüchtig wacht, wird auch heute den deutschen Studenten nicht vorenthalten werden können.⁴⁶²

Fast das ganze Repertoire der jüngst vergangenen nationalistischen Propaganda lebt hier mit der Verknüpfung einschlägiger Schlagworte wie *Pflicht, Volk, Vaterland, Stunde der Gefahr, nationaler Geist, Recht der Jugend* wieder auf. Offenbar war der argumentative Bezug auf Nation und Volk inzwischen wieder salonfähig geworden, was vielleicht auch durch die als Verlust empfundene staatliche Abspaltung der deutschen Ostgebiete und die absehbare deutsche Teilung möglich wurde. Viele Senatsmitglieder konnten sich auch nicht von der angeblichen Legitimität der studentischen Ehrenhändel und der daraus folgenden Mensuren distanzieren, wie eine Diskussion im Senat im Sommer 1952 zeigt.⁴⁶³ Die Folge war ein weitgehendes Entgegenkommen, das den Korporationen wieder bestimmte Formen der Mensur gestattete.⁴⁶⁴ Der Vorgang zeigt, wie schwer es für die Verantwortlichen an der Hochschule war, sich selbst von Denkmustern und damit einhergehenden Traditionen zu lösen, die das Einfallstor der nationalsozialistischen Ideologie und Ursachen der Verfolgungsmaßnahmen im NS-Staat waren.

6.4 Wiederaufleben der Disziplinargerichtsbarkeit nach 1945

Ein weiterer Indikator für das wenig reflektierte Anknüpfen an alte Organisationsformen ist die Wiederaufnahme der Disziplinargerichtsbarkeit. Wie einige Fälle zeigen (siehe zum Beispiel ↗ T.C., ↗ Georg Henze, ↗ Kurt Schulmeister, ↗ Helmut Wolff), war die Disziplinargerichtsbarkeit in der Zeit des Nationalsozialismus ein wichtiges Instrument, Studierende zu relegieren, die dem NS-Regime und seinen Vertretern an der Techni-

462 UAST 17/811 (Schreiben Carl Piraths an den Rektor der TH Stuttgart v. 19.10.1948)

463 UAST 65/179a S. 41f. (Niederschrift Großer Senat v. 23.07.1952)

464 UAST 65/179a S. 61–64 (Niederschrift Großer Senat v. 12.11.1952)

schen Hochschule Stuttgart unerwünscht waren. Die deutschen Hochschulen setzten auch nach 1945 wieder Disziplinargerichte ein, die wie zuvor Studierende zeitweise oder dauerhaft relegieren und sogar vom Besuch aller anderen deutschen Hochschulen ausschließen konnten. Das Disziplinargericht der Technischen Hochschule Stuttgart setzte sich zusammen aus Professoren sowie aus Vertretern der Studentenschaft und der Verwaltung. Verhandelt wurde über Verstöße gegen die akademische Ordnung, konkret zumeist über Eigentumsdelikte, Sachbeschädigung, Verstöße gegen die Hausordnung oder ungebührliches sexuelles Verhalten.⁴⁶⁵ Zudem wurde – wie schon vor 1945 – die Verurteilung eines Studierenden durch ein ordentliches Gericht von diesem der Hochschule mitgeteilt und führte ebenfalls zu einem Nachspiel vor dem Disziplinargericht, meistens zu einer Relegation. Die Disziplinargerichtsbarkeit der deutschen Hochschulen endete im Verlauf der 1960er Jahre durch neue Hochschulverfassungen bzw. das novellierte Hochschulrecht der Bundesländer. Zuvor war sie de facto schon abgeschafft worden, indem die Allgemeinen Studentenausschüsse sich im Verlauf der 1960er Jahre weigerten, die für das Verfahren notwendigen studentischen Mitglieder zu stellen. Alternativ lief die Disziplinargerichtsbarkeit einfach aus, weil die verhängten Strafmaßnahmen allenfalls noch in wirkungslosen mündlichen oder schriftlichen Tadeln bestanden. In Stuttgart fand das letzte Disziplinargerichtsverfahren nach den vorliegenden Unterlagen 1966 statt. Dass die Disziplinalgewalt der Hochschulen eine „gesetzlich unzureichend durchgeformte Materie“ war und die Disziplinargerichte insbesondere nach Inkrafttreten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland nicht „den Charakter von echten Gerichten“ hatten, sodass die Urteile durch die staatlichen Verwaltungsgerichte jederzeit überprüft werden konnten,⁴⁶⁶ hielt die TH wie auch andere Hochschulen nicht davon ab, ihre Disziplinargerichte nach dem Zweiten Weltkrieg wiederzubeleben.

Eine der ersten Verhandlungen nach dem Ende der NS-Herrschaft wurde Anfang 1953 gegen einen Studenten geführt, der im Vorjahr vom Amtsgericht Stuttgart wegen homosexueller Handlungen verurteilt worden war. Das Stuttgarter Disziplinargericht stellte fest: „Durch sein Verhalten habe der Angeschuldigte das Ansehen und die Würde der Techn. Hochschule in der Öffentlichkeit aufs schwerste geschädigt.“ Das Urteil lautete deshalb, dass der Student „vom Studium an allen deutschen Hochschulen ausgeschlossen“ wurde. Das Verfahren ist deshalb bemerkenswert, weil zu diesem Zeitpunkt weder eine gültige Disziplinarordnung in Kraft gesetzt worden war noch die Mitglieder des Disziplinargerichts vom Großen Senat ordnungsgemäß gewählt worden waren. Das Protokoll hielt fest, dass der Große Senat sie nachträglich bestätigen bzw. wählen sollte. Zuletzt entschied man sich, als rechtliche Grundlage des Verfahrens die Strafordnung für Studenten vom 1. April 1935 heranzuziehen, eine Verordnung aus der NS-Zeit.⁴⁶⁷ Der Vorgang gewährt einen, wenn auch punktuellen, Einblick in die autoritären Ordnungs-

465 Erhaltene Einzelfallakten des Disziplinargerichts der TH Stuttgart reichen von 1951 bis 1966: UAST 17 Nr. 742 bis 749, 920.

466 So der Bonner Staats- und Verwaltungsjurist Ernst Friesenhahn in einem Bericht auf der Rektorenkonferenz v. 05.01.1951: UAST 17/811

467 UAST 17/747 (Niederschrift über die mündliche Verhandlung ... v. 21.02.1953)

vorstellungen, die in den Hochschulgremien der TH Stuttgart zu dieser Zeit noch vertreten wurden.

6.5 Mitwirkung der Technischen Hochschule Stuttgart bei den Wiedergutmachungsverfahren

Mit dem Standpunkt, die Technische Hochschule sei im Kern von der NS-Ideologie nicht berührt worden, sondern sei zusammen mit ihren Mitgliedern selbst Opfer des NS-Regimes, mit der Haltung, dass Nationalismus auch für die Deutschen nach 1945 keine abzulehnende Grundeinstellung sei, mit dem Anknüpfen an vermeintliche Rechtllichkeit und an bewährte Traditionen – all dies verbunden mit einer Fremdheit den Normen des Rechtsstaates gegenüber – begegneten die Rektoren, Dekane und die Mitarbeiter der Verwaltung nun den Anliegen der Verfolgten. Dem einmal eingeschlagenen Weg, nichts auf die Hochschule kommen zu lassen, folgte man in den nächsten Jahren auch, wenn es darum ging, Bescheinigungen und Nachweise für die durch die NS-Unrechtsmaßnahmen relegierten oder geschädigten Studierenden auszustellen.

Am 1. Juli 1938 hatte ↗ Gustav Walter Jacobsthal, der im NS-Regime als sogenannter „Mischling ersten Grades“ galt, seine Diplomprüfung im Fach Architektur bestanden. Im September folgte er seinem Vater nach Guatemala in die Emigration. An der Technischen Hochschule, wahrscheinlich beim Prüfungsamt, weigerte man sich aber, ihm das offizielle Abschlusszeugnis vom 24. November 1938 nachzusenden, woraus ihm im Exilland nicht unerhebliche berufliche Schwierigkeiten entstehen sollten. Als Jacobsthal Ende der 1950er Jahre diesen Vorgang vor dem Landesamt für Wiedergutmachung schilderte, weigerten sich Universitätsverwaltung und Rektor Wilhelm Bader, überhaupt die Möglichkeit einzuräumen, dass Jacobsthal aufgrund der Tatsache, dass er als „Mischling“ galt, die Nachsendung der Urkunde in das Exilland verweigert worden war.⁴⁶⁸ Den Anwalt Jacobsthals ließ man wissen: „Der damalige Vorstand der Abteilung für Architektur, Herr Professor Tiedje hat auf unsere Anfrage erklärt, dass er die Verweigerung der Aus-händigung des Diploms für ausgeschlossen halte.“ Und: „Sollte sie [die Nachsendung der Diplomurkunde; Zusatz N.B.] unterblieben sein, war der Grund hierfür keinesfalls die halb-jüdische Abstammung des Herrn Jacobsthal.“⁴⁶⁹ Dabei hatte die Hochschulleitung gleich 1945 den für die Ausstellung der Diplomurkunden zuständigen Prüfungssekretär Guido Reinhardt als aktiven Nationalsozialisten entlassen, stellte sich nun aber nicht die naheliegende Frage, ob die von Jacobsthal geschilderte Unrechtshandlung im Verantwortungsbereich des Entlassenen nicht doch stattgefunden haben könnte.

Ähnlich verhielt man sich im Fall von ↗ Werner Jeremias. Jeremias wollte 1935 ein Studium an der TH Stuttgart beginnen, wurde aber abgewiesen, weil er im NS-Staat als sogenannter „Mischling ersten Grades“ galt. Als das Landesamt für Wiedergutmachung, vor das Jeremias Ende der 1940er Jahre seinen Fall brachte, bei der Leitung der TH Stuttgart für diese Angaben eine Bestätigung erbat, war die Antwort überraschend:

468 StA Ludwigsburg EL350 I Bü38210

469 UAST120/Jacobsthal, Gustav (Prüfungsakte); StA Ludwigsburg EL350 I Bü38210

Nach der damaligen Gesetzeslage hätte Jeremias durchaus studieren dürfen. Die Verwaltung schloss also aus, dass Jeremias von der Hochschule auch nach den damaligen (Unrechts-)Normen der Studienplatz hätte verweigert werden können – und insbesondere, dass die Hochschulverwaltung oder Hochschulleitung über die Bestimmungen des NS-Rechts hinaus Personen Schaden hätte zufügen wollen.

Ebenso handelte man im Fall ↗ Hermann Boczkowskis. Nachdem Boczkowski 1941 aus der Wehrmacht entlassen worden war – auch er galt als „Mischling ersten Grades“ – wollte er sein Maschinenbaustudium an der TH Stuttgart fortsetzen. Doch im Studentensekretariat wurde ihm die Wiedereinschreibung mit Hinweis auf eine hierfür notwendige Genehmigung des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP verwehrt. Von der Verwaltung der Technischen Hochschule erbat er 1953 eine Bestätigung dieses Vorgangs, erhielt aber die Auflistung der damaligen einschlägigen rechtlichen Bestimmungen, wonach er nach Ansicht der Verwaltung ohne Weiteres als „jüdischer Mischling“ hätte studieren dürfen.

Man stellte zum Zweck der Beantwortung der Anfragen des Landesamts für Wiedergutmachung eine Auflistung der einzelnen einschlägigen Gesetze und Ministerialerlasse zusammen⁴⁷⁰ in dem Glauben, dass Rechtsnorm und Rechtswirklichkeit im NS-Staat übereingestimmt hätten. Mit dieser Vorstellung stand die Verwaltung der Technischen Hochschule Stuttgart nicht allein da. Der Wunsch, das nationalsozialistische Unrecht auf die obrigkeitlichen Gesetze und Erlasse allein zurückführen und eine eigene Verantwortung abschütteln zu können, verstärkte diese Fiktion einer Übereinstimmung von Rechtsnorm und Rechtswirklichkeit, an die zu glauben es vielen Juristen und Verwaltungsbeamten ermöglichte, ihr Verwaltungshandeln im „Dritten Reich“ vor sich und Dritten im Nachhinein zu rechtfertigen. Diese Fiktion bildete überhaupt die Grundlage dafür, dass die personellen Kontinuitäten in Verwaltung, Ministerien und Justiz vom NS-Staat bis in die Bundesrepublik gewahrt blieben. Wie man aufrichtiger, jedenfalls wahrheitsgetreuer mit der schwierigen eigenen Vergangenheit hätte umgehen können, zeigt die Verwaltung der Maschinenbauschule im benachbarten Esslingen. Dort antwortete man im Jahr 1958 auf eine ähnliche Anfrage des Landesamts für Wiedergutmachung: „Grundsätzlich können wir jedoch bestätigen, daß seinerzeit nichtarische Studienbewerber bei der Aufnahme in unsere Schule Schwierigkeiten hatten. Nur in ganz besonders gelagerten Fällen konnten Halbarier das Studium aufnehmen.“⁴⁷¹

Die Missgunst, die man an der TH Stuttgart den Personen entgegenbrachte, die Wiedergutmachungsverfahren anstrebten, wird schließlich dadurch deutlich, dass man Jeremias einen finanziellen Schaden durch die Verweigerung des Studiums absprach. Die Ausbildung an einer Fachschule, die er anstelle des Hochschulstudiums absolviert hatte, bedeute nicht zwangsläufig, dass auch sein späteres berufliches Einkommen geringer sei als das von Absolventen technischer Hochschulen. Ein Urteil – noch dazu von einem Geisteswissenschaftler, dem Kunsthistoriker Professor Otto Schmitt, gefällt –, dem sich das Landesamt für Wiedergutmachung bei aller kritischen Prüfung von Wiedergutmachung

470 UAST 17/724

471 StA Ludwigsburg EL350 I Bü27542 Bl. 48

chungsanträgen dann doch nicht anschloss. Erst 1965, als die Anträge im Stuttgarter Landesamt für Wiedergutmachung emotionsloser und aufgrund einer realistischen Einschätzung der Verfolgungswirklichkeit bearbeitet wurden, wurden dort die Ansprüche von Jeremias auf Entschädigung voll anerkannt.⁴⁷²

6.6 Beginn der wissenschaftlichen Erforschung des NS-Unrechts in den 1980er Jahren

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der NS-Zeit beginnt mit der Universitätsgeschichte des Stuttgarter Historikers Professor Johannes H. Voigt. Neben wichtigen Einzelstudien legte Voigt schon 1981 einen Überblick über die wesentlichen Aspekte der NS-Geschichte der Technischen Hochschule vor, darunter auch über die Verfolgungsmaßnahmen und die Rüstungsforschung.⁴⁷³ Zentral waren die Fragen nach der eigenen Verantwortung der Hochschule und ihrer Mitglieder sowie nach der Durchdringung von Forschung und Lehre mit der NS-Ideologie. Damals war die Quellenlage keineswegs so günstig wie heute. Dennoch bietet Voigts Monographie aus dem Jahr 1981 immer noch den besten Überblick über die Universitätsgeschichte für den Zeitraum der 1920er bis 1950er Jahre.

6.7 Kontroverse um ein Denkmal für die Widerstandskämpferin Lilo Herrmann 1988

Im Jahr 1988 entspann sich eine auch in der Stuttgarter Presse heftig geführte Kontroverse um die Stellung der Universität Stuttgart zu ihrer Geschichte in der NS-Zeit. Die Universitätsleitung war der Forderung antifaschistischer Gruppen nicht nachgekommen, eine Gedenktafel für die ehemalige Studentin Liselotte (Lilo) Herrmann anzubringen.⁴⁷⁴ Die Widerstandskämpferin Lilo Herrmann (1909–1938) hatte von 1929 bis 1931 an der Technischen Hochschule Stuttgart Chemie studiert, war sehr wahrscheinlich auch Mitbegründerin der Roten Studentengruppe (siehe o. Kap. 1.3) und war 1931 der KPD beigetreten. Bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde sie von der Universität Berlin relegiert, wo sie inzwischen Biologie studierte. Zurückgekehrt in ihre Heimatstadt Stuttgart, schloss sie sich kommunistischen Widerstandskreisen an, wurde verraten und 1938 in Berlin hingerichtet. Ihrer Standhaftigkeit in den Gestapo-Verhören verdankten einige Mitverschworene ihr Leben, darunter auch der Assistent am Geogra-

472 StA Ludwigsburg EL350 I Bü 2827

473 Voigt, Universität Stuttgart, besonders S.33–50; ders.: Hitlers Machtantritt und die TH Stuttgart; ders.: Die TH Stuttgart während der Zeit des Nationalsozialismus; ders.: „Ehrentitel“; ders.: Paul Schmitthenner. Aus heimatgeschichtlicher Perspektive: Borst, Schule des Schwabenlandes S.391–407

474 Zu dieser Kontroverse siehe die Presseberichte von 1988 bis 1993: UAST SA2/1468 sowie Jäckel, Neues von Lilo Herrmann.

phischen Institut der TH Stuttgart ↗ Adolf Butz, der wahrscheinlich ihr engster Mitarbeiter im Widerstand war.⁴⁷⁵

Die Universitätsleitung verweigerte die Gedenktafel mit der Begründung, dass Lilo Herrmann zur Zeit ihres Widerstandes, ihrer Verhaftung und Hinrichtung nicht Mitglied der TH Stuttgart gewesen sei. Zudem sollten alle Mitglieder der Hochschule, die Opfer des NS-Regimes geworden waren, geehrt werden – eine einzelne Person sollte nicht herausgehoben werden. Sehr unglücklich war das Argument, dass Lilo Herrmann als Kommunistin nicht geehrt werden sollte, da sie eine Ideologie vertreten hätte, die gegen Freiheit, insbesondere gegen die Wissenschaftsfreiheit vorging. Die hier getroffene Unterscheidung zwischen genehmen und nicht genehmen Widerstandskämpfern wurde zu Recht kritisiert. Der Stadtjugendring und die Vereinigung der Verfolgten des NS-Regimes (VVN) setzten daraufhin einen eigenen Gedenkstein für Lilo Herrmann unweit des Haupteingangs zur Zentralen Verwaltung der Universität. Dies geschah mit Billigung des damaligen Oberbürgermeisters Manfred Rommel auf einem Grundstück der Stadt Stuttgart. Die Universität hatte jedoch zwischenzeitlich beschlossen, ein Denkmal für alle Verfolgten der Hochschule zu errichten und einen Architektenwettbewerb durchgeführt. Das Mahnmal sollte an zentralem Ort zwischen den Kollegengebäuden 1 und 2 stehen. Allerdings wurde das Projekt nach 1988 nicht mehr weiter verfolgt. Als der Gedenkstein für Lilo Herrmann Anfang 2016 mit einem Hakenkreuz beschmiert wurde, übernahmen die Universität Stuttgart und das Universitätsbauamt Stuttgart und Hohenheim den Stein in ihre bauliche Zuständigkeit und organisierten die Reinigung.

6.8 Gedenktafel für die Opfer des NS-Regimes im Jahr 2000 und Gedenkfeier im Februar 2017

Im Jahr 2000 beschlossen Rektorat und Senat anlässlich der Ehrung der Stuttgarter Ehrendoktoren und Ehrensensoren auch eine Gedenktafel für die NS-Opfer der Hochschule an zentraler Stelle anzubringen. Sie befindet sich zwischen den beiden Eingängen zum Senatssaal im Gebäude der Zentralen Verwaltung und trägt den folgenden Text:

Den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

Zwischen 1933 und 1945 wurden zahlreiche Männer und Frauen aus unserer Mitte wegen ihrer Überzeugung, ihres Glaubens oder ihrer Abstammung entlassen, verfolgt, vertrieben oder ermordet. Unvergessen sind auch die vielen, die zu unschuldigen Opfern des Krieges wurden. Ihnen allen gilt unser Gedenken.

Die Achtung für die Opfer ist für die Mitglieder der Universität Stuttgart Mahnung und Verpflichtung zugleich, überall und jederzeit Unrecht und Gewalt zu widerstehen und für die Würde und Freiheit des Menschen einzutreten.

475 Zu Lilo Herrmann siehe Letsche, Lilo Herrmann; Clemens, Schweigen über Lilo; Jahnke, Jugend im Widerstand S. 33–43; ders.: Ermordet und ausgelöscht S. 32–43.

Dieser Text verzichtet auf die Nennung der Namen von Opfern des NS-Regimes. Zu diesem Zeitpunkt hätte man nur eine kleine, damals bekannte Gruppe von verfolgten Persönlichkeiten aufführen können.

Angeregt durch einen Antrag, die beiden in der NS-Zeit von der Hochschule verwiesenen Studenten ↗ Kurt Schulmeister und ↗ Helmut Wolff zu rehabilitieren, beauftragte das Rektorat im Frühjahr 2013 das Universitätsarchiv, die Verfolgungen an der Technischen Hochschule Stuttgart zu erforschen und die Schicksale der Opfer zu dokumentieren. In dem hier vorliegenden Buch werden die Ergebnisse dieses Forschungsprojekts der Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Nach Abschluss der Arbeiten fand im Februar 2017 eine Gedenkveranstaltung statt, zu der die Universität viele Angehörige der vertriebenen Hochschulmitglieder als Gäste begrüßen konnte. Der Rektor, Professor Wolfram Ressel, entschuldigte sich im Namen der Universität Stuttgart bei allen Verfolgten und ihren Angehörigen für das Unrecht, das sie in der Zeit des Nationalsozialismus durch die Technische Hochschule Stuttgart hatten erleiden müssen.

7 EIN FAZIT: STRUKTURELLE FEHLER DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE STUTTGART

Fragt man nach den strukturellen Fehlern der Institution Hochschule, die die Verfolgung und Ausgrenzung ihrer Mitglieder ermöglichten oder erleichterten – die allgemeinen gesellschaftlichen Ursachen wie Nationalismus und Antisemitismus sind oben im Kapitel 1.1 schon genannt worden –, so fallen drei Aspekte besonders ins Auge:

Wenn im Kontext des Lernens und der wissenschaftlichen Arbeit die Sprache auf die verfolgten Kollegen oder Mitstudenten kommt, wird gern auf die konzentrierte Arbeit oder die Fixierung auf den Beruf verwiesen. So erinnerte sich ein ehemaliger Chemiestudent an seine jüdische Kommilitonen ↗ Hans Oppenheimer, ↗ Juan Pasternachia und ↗ S.B., machte im Gespräch aber klar, dass deren prekäre Situation in der zielstrebigen Lernatmosphäre bei den Chemikern gegenüber dem Studienziel an Bedeutung zurücktrat: „Man war arbeitszentriert ... man war bestrebt, sein Studium fertig zu machen.“⁴⁷⁶ Trotz der Freundschaft mit S.B. waren die genauen Umstände der Bedrohungssituation unter den beiden Freunden offenbar auch kein Gesprächsthema.⁴⁷⁷

Bei den Verfolgten selbst wird die Fixierung auf den Beruf als gefährliche Ausblendung der politischen Wirklichkeit wahrgenommen. So schrieb die ehemalige jüdische Architekturstudentin ↗ Gertrud Goldschmidt an ihre Freundin ↗ Erika Rathgeber über die Begegnungen mit deren Mutter Victoria Regener, einer Künstlerin, die als Jüdin galt und nur mit großen Anstrengungen das NS-Regime überlebte (↗ Erich Regener): „Wie mag ihre liebe Mutter das alles ertragen, sie hat ein so unwahrscheinlich weiches Empfinden. Für mich war ein Bei-ihr-Sein immer wundervoll – und gefährlich! So ganz Künstler sein, meinte ich, dürfte ich als Architekt nicht sein.“⁴⁷⁸ Gefährlich war nach Goldschmidt also das lockende Vorbild eines Rückzugs in eine künstlerische Gegenwelt, die über die politische Realität des NS-Regimes hinwegtäuschte.

Auch in den Lebenserinnerungen verschiedener Professoren steht die wissenschaftliche bzw. künstlerische Arbeit im Vordergrund. Die Verfolgungen von Kollegen und Mitarbeitern erscheinen im Wesentlichen im Kontext der eigenen Arbeitsleistung als fernes Unrechtsgeschehen, das durch den NS-Staat herbeigeführt wurde. In den Lebenserinnerungen von ↗ Paul Bonatz, der seinen verfolgten Studierenden viel Hilfe hat zukommen lassen, heißt es zum Jahr 1933 lapidar: „Gegen die vorhergehenden Anempfehlungen konnte ich meinen vortrefflichen Assistenten und Kameraden Friedberg noch verteidigen. Nun wurde er entlassen.“⁴⁷⁹ Heinrich Walter, Professor für Botanik, schreibt kurz: „Von der T.H. Stuttgart emigrierte nur ein bedeutender Mathematiker nach England [gemeint ist wohl ↗ Paul Ewald; Zusatz N.B.], sonst merkte man nicht viel, insbe-

476 UAST 44/10 (Zeitzeugeninterview mit A.G. v. 24. 04. 1998) 31:20–31:40

477 Ebd. 32:10

478 UAST SN16/108: Gertrud Goldschmidt an Erika Rathgeber v. 16. 07. 1946

479 Bonatz, *Leben und Bauen* S. 145

sondere in unserer kleinen Abteilung für Chemie, Geologie und Biologie, in der sich alle gut verstanden.“⁴⁸⁰ In seinen Lebenserinnerungen konzentriert sich Richard Feldtkeller, Professor für Elektrische Nachrichtentechnik, auf die äußeren Arbeitsbedingungen seines Instituts und die Gefährdung der eigenen Familienmitglieder und hat überhaupt keinen Blick für die Lebenssituationen Dritter.⁴⁸¹ Die Technische Hochschule bot ihren Mitgliedern also den institutionellen Rahmen, sich auf eine vermeintlich unpolitische Wissenschaft und Kunst zurückzuziehen und die Verantwortung füreinander auf die wissenschaftliche Tätigkeit und die Lehre zu reduzieren.

Ein zweiter Faktor, der die Ausgrenzung und Verfolgung von Studierenden sowohl begünstigte wie auch einschränkte, war der hierarchische Abstand zwischen Studierenden und ihren Professoren. Die Studienordnungen führten zunächst zu einer Anonymität der Hochschule. Der Student der Elektrotechnik ↗ Dietrich Alsberg erklärt den amerikanischen Lesern seiner Lebenserinnerungen das deutsche Hochschulstudium so: „There was no direct contact with the lecturers. The only personal contact and interaction with the professors and instructors was in seminars and lab courses.“⁴⁸² Auch ein Chemiestudent berichtet im Rückblick, dass ein Kontakt zu den Professoren erst ab dem Vordiplom entstand.⁴⁸³ Der Architekturstudent Rudolf Büchner schildert den ersten Besuch bei seinem Prüfer Professor Paul Schmitthenner so: „nach langen zweifeln und überlegungen wagte ich mich unter umgehung der assistenten in die höhle des löwen und wurde auch tatsächlich vorgelassen.“⁴⁸⁴ Der hierarchische Abstand und die Anonymität der Hochschule dürften erklären, warum so viele Studierende gleich zu Beginn der NS-Zeit von der Hochschule vertrieben werden konnten, ohne dass ihre Professoren hieran Anteil nahmen. Selbst ↗ Paul Ewald, der mit seinem Rücktritt als Rektor mutig gegen das Unrechtsregime aufgetreten war, nahm zwar auf einer Studentenvollversammlung im März 1933 die prekäre Lage der wenigen anwesenden regimekritischen Studenten wahr und konstatierte, dass er sie nicht hatte schützen können.⁴⁸⁵ Davon aber, dass er im März und April 1933 die Verfolgungen und Verdrängungen von Studierenden durch ihre nationalsozialistischen Kommilitonen noch bei anderen Gelegenheiten bemerkt oder in seiner Funktion als Rektor darauf sogar reagiert hätte, ist keine Rede.

Andererseits bildete das hierarchische Gefälle für die Professoren auch den Rückhalt, Studierenden in Not zu helfen. Dies zeigt deutlich die Unterstützung der sogenannten „Mischlinge“ durch die Professoren der Architekturabteilung (siehe o. Kap. 4.3), die den Anordnungen der Studentenführer trotzten. Von den Architekturprofessoren wurde zudem die Möglichkeit wahrgenommen, zwangsexmatrikulierte Studierende zumindest zeitweise in ihren Architekturbüros zu beschäftigen oder an die Büros von Kollegen zu vermitteln.

480 Walter, Bekenntnisse eines Ökologen S. 87

481 UAST SN 8/24 S. 23–40

482 Alsberg, Witness S. 63

483 UAST 44/10 (Zeitzeugeninterview mit A.G. v. 24. 04. 1998) 34:22

484 Büchner, Ergebnisse (ohne Seitenzählung)

485 UAST SN 1/35 (Zeitzeugeninterview mit Paul Ewald 1979) S. 16

Teil I Hintergründe und Entwicklung der Verfolgungen

Ein dritter Faktor, der die Verfolgungen an der TH Stuttgart begünstigte, war die Machtlosigkeit des akademischen Selbstverständnisses bzw. der Institution Hochschule gegenüber einer Studentengeneration, die im Zeichen einer nationalistischen und antisemitischen Jugendkultur und Jugendbewegung die Hochschullehrer und Hochschulleitungen massiv bedrängte. Zwar versuchten die beiden Rektoren ↗ Leopold Rothmund und ↗ Paul Ewald noch bis 1933, einen mäßigen Einfluss auf die radikalisierten Studierenden zu nehmen, doch dieser blieb trotz ihrer Amtsautorität als Rektoren wirkungslos. Die Hochschule wurde nicht als Institution des demokratischen Rechtsstaats wahrgenommen, sondern als eine der geistigen Tätigkeit verschriebene Forschungs- und Ausbildungsstätte einer den akademischen Idealen verpflichteten Gemeinschaft, in der der Politik kein Raum gegeben werden sollte. Dieses Konzept scheiterte gleich zu Beginn der NS-Herrschaft an den Forderungen und Aktionen der marschierenden, gewaltbereiten Studenten. Zudem hatte die Hochschule in den 1920er Jahren keine klare Trennung zu den antidemokratischen Traditionen der Korporationen gezogen (wie dies dann später in der Zeit der Bundesrepublik geschah), sodass die hier gepflegten Begriffe von Nation, Ehre und Wehrhaftigkeit die Mobilisierung der Studenten für den Nationalsozialismus gerade an der Hochschule deutlich begünstigte.

8 ANALYSE UND BILANZ DER VERFOLGUNG: ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

Ziel der vorliegenden Untersuchung war es, möglichst alle Mitglieder der Technischen Hochschule/Universität Stuttgart namentlich zu ermitteln, die während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft durch die Hochschule oder deren Organe verfolgt und entrechtet wurden, sowie die Hintergründe der Unrechtshandlungen und die Täter zu benennen und deren Motive zu beschreiben. Die Tatsache, dass viele Verfolgungsmaßnahmen willkürlich, d. h. ohne Rechtsgrundlage, geschahen und hierüber keine schriftlichen Dokumente entstanden sind, macht es sehr wahrscheinlich, dass viele Fälle unentdeckt geblieben sind und es weiterhin bleiben werden.

Als Verfolgung gelten alle Maßnahmen, die dazu führten, dass Studierende aus rassistischen, politischen und ideologischen Gründen oder durch die Willkür der NS-Amtsträger von der Hochschule verwiesen, dass Wissenschaftler und Mitarbeiter aus denselben Gründen entlassen wurden oder selbst ihre Hochschullaufbahn abbrachen. Ebenso sind die Aberkennungen von Diplom- und Doktorgraden und der Ernennungen zum Ehrenbürger oder zum Ehrensensator aus rassistischen oder politischen Gründen hinzuzurechnen. Zu den Verfolgten zählen auch die zahlreichen Zwangsarbeiter, die unfreiwillig während des Zweiten Weltkriegs an der Technischen Hochschule Stuttgart arbeiten mussten oder als zunächst freiwillig angeworbene ausländische Arbeitskräfte in das System der Zwangsarbeit gepresst wurden. In die Liste der Verfolgten wurden alle jüdischen bzw. im NS-Staat als jüdisch oder „nichtarisch“ geltenden Studierenden aufgenommen, und zwar auch dann, wenn sie ihr Studium an der Technischen Hochschule Stuttgart (scheinbar) ungestört beenden konnten. Die oft bezeugten diskriminierenden Maßnahmen und Verhaltensweisen gegen diese Gruppe von Studierenden lassen vermuten, dass keiner der rassistisch verfolgten Studierenden hiervon ausgenommen war. So ist die vorliegende Dokumentation auch ein Gedenkbuch für die jüdischen Mitglieder der Technischen Hochschule/Universität Stuttgart, die während der NS-Zeit an der Hochschule waren.

Gegenüber ähnlichen älteren Untersuchungen zu anderen Hochschulen hat sich die Quellensituation für die vorliegende Dokumentation über die TH/Universität Stuttgart erheblich verbessert, auch wenn 1944 fast das gesamte eigene Archiv der Hochschule verbrannt ist: Inzwischen können nach Ablauf von Datenschutzfristen die Akten der Entnazifizierungsverfahren (Spruchkammerakten) und der Wiedergutmachungsverfahren, die nach Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden sind, genutzt werden. Sie enthalten viele Hinweise auf einzelne Verfolgte oder ausführlichere Angaben zum Unrechtsgeschehen an der Technischen Hochschule Stuttgart während der NS-Zeit. Zudem ermöglichen neuere Fachdatenbanken, die Datenbanken der verschiedenen Archive, vor allem aber die Internetrecherche, entlegene Quellen zu den betroffenen Personen zu ermitteln oder auch die Adressen der Kinder und Enkel zu recherchieren, um von diesen nähere Informationen zum Schicksal der Verfolgten zu erfahren. Schließlich konnten die zwi-

schen 1997 und 2003 noch vom Verfasser geführten Zeitzeugeninterviews mit Betroffenen und mit zwei NS-Studentenführern ausgewertet werden, sodass weitere Informationen zu informellen Vorgängen an der TH Stuttgart während der NS-Zeit bekannt wurden.

Wir haben 442 Mitglieder der Technischen Hochschule Stuttgart ermittelt, die während der NS-Zeit an und durch die Hochschule selbst diskriminiert oder verfolgt wurden (siehe Tabelle 1 im Anhang). An der Technischen Hochschule Stuttgart wurden 10,9 Prozent der ordentlichen und außerordentlichen Professoren, die hier zu Beginn des Jahres 1933 forschten und lehrten, aus rassistischen oder politischen Gründen amtsenthoben bzw. vorzeitig pensioniert. Die Quote der gleich zu Beginn der NS-Herrschaft in den Jahren 1933 und 1934 entlassenen nicht-habilitierten Assistenten betrug mindestens 8,6 Prozent.

Etwa 1,5 bis 2 Prozent aller Studierenden zwischen 1933 und 1945 wurden wegen ihres politischen Engagements als NS-Gegner, aus rassistischen Gründen als sogenannte „Nichtarier“ oder wegen ihres nonkonformen Verhaltens zwangsweise exmatrikuliert bzw. kamen an der Hochschule wegen ihrer Abstammung aus jüdischen Familien in eine prekäre Lage. Durch die Zeugnisse einiger Betroffener war auch die formaljuristisch nicht legitimierte Vertreibung einer größeren Zahl von jüdischen und sogenannten „nichtarischen“ Studierenden durch die Hochschulmitglieder selbst für die Zeit gleich nach Beginn der NS-Herrschaft bis zum endgültigen Studienverbot für Juden im November 1938 nachweisbar, ein Unrechtsgeschehen, dass wohl allgemein stattfand, das bisher aber nur für wenige Universitäten durch Quellen belegt werden konnte.

Ein wesentliches Ergebnis der vorliegenden Untersuchung ist die Erkenntnis, dass ein nicht geringer Teil der Unrechts- und Verfolgungsmaßnahmen von Stellen und Personen der Hochschule selbst ausging und nicht oder nicht allein auf Gesetze und Erlasse von übergeordneten staatlichen Stellen oder NS-Organisationen zurückzuführen ist. Die hier untersuchten konkreten Verfolgungsfälle zeigen, dass die Verantwortlichen zudem bei der Anwendung von Gesetzen und Erlassen einen breiten Ermessensspielraum hatten, den man zugunsten oder eben auch zuungunsten der bedrohten Mitglieder der Hochschule auslegen konnte. In Anbetracht vieler analoger Beobachtungen der NS-Forschung, die in den letzten Jahrzehnten zur Geschichte anderer Institutionen gemacht wurden, ist dies jedoch nicht überraschend.

Zu Beginn der NS-Herrschaft wurden die Verfolgungen im Wesentlichen von den Studierenden initiiert und bei den staatlichen Stellen eingefordert. Sie waren in großer Mehrheit nationalistisch, völkisch und zum Teil auch antisemitisch orientiert. Der Nationalismus erscheint hier als wesentlicher Antrieb für Ausgrenzung und Vertreibung, und die spezifischen Elemente der später durch Schulungen verbreiteten NS-Ideologie bildeten allenfalls bei einem geringeren Teil der Täter die entscheidende Motivation. Fast 60 Prozent der Studenten waren in Korporationen organisiert, in denen die jungen Männer auf eine deutsch-nationalistische Weltanschauung eingeschworen wurden. Die studentischen Mitglieder der Korporationen traten ab Mai 1933 oft geschlossen in die SA und die NSDAP ein. Als Initiatoren der Relegationen ihrer Kommilitonen erscheinen – als Nachfolger der gewählten AstA-Vorsitzenden – aus den Reihen der Studierenden nun die nationalsozialistischen Studentenführer und Fachschaftsleiter.

Ein weiterer Ausgangspunkt der Verfolgung wurde das im NS-Staat neu geschaffene Amt des Dozentenführers, das die ideologische Überwachung und nationalsozialistische Ausrichtung der Assistenten und habilitierten Dozenten zur Aufgabe hatte. Der Dozentenführer erwirkte auch nach der ersten Verfolgungswelle 1933/34 vielfach die politisch motivierte Entlassung von Assistenten und Dozenten. Weitere Initiatoren des Unrechtsgeschehens waren die Rektoren, die zwar bis 1935 gegenüber den nationalsozialistischen Studenten noch in der Defensive waren und mitunter Schwierigkeiten hatten, ihre Autorität durchzusetzen, jedoch bei den Entlassungen und Relegationen willig mitwirkten. In der Zeit des Rektorats des Bauingenieurs Wilhelm Stortz zwischen 1935 und 1938 sind zahlreiche Verfolgungsmaßnahmen zu konstatieren. Weitere Unrechtshandlungen gingen vom Studentensekretariat aus, wo mitunter Mitarbeiter der Hochschule ohne rechtliche Grundlage die Immatrikulation von „nichtarischen“ Studierenden verhinderten. Bei einigen Entlassungen werden die Interessen verschiedener anderer Stellen sichtbar, etwa auch die formaljuristisch motivierten Initiativen des Reichserziehungsministeriums (↗ Paul Peter Ewald, ↗ Erich Regener).

Neben Entlassungen und Relegationen sind auch die Ausgrenzung und die Diffamierung der jüdischen und sogenannten „nichtarischen“ Studierenden als Verfolgung anzusehen. Sie waren in der Regel von den anderen Studenten isoliert. Zudem wurden ihnen auch in den Laboren gesonderte Plätze angewiesen. Auch sind diffamierende antisemitische Äußerungen und Verhaltensweisen von Dozenten bezeugt. Als Reaktion auf diese Ausgrenzungen bildeten die sogenannten „nichtarischen“ Studierenden geschlossene Freundeskreise, denen „deutschblütige“ Studierende fernblieben.

Für den Einsatz und die Behandlung der Zwangsarbeiter waren die Rektoren und die Institutsleiter verantwortlich, die die ausländischen Arbeitskräfte bei den Arbeitsämtern anforderten. Eine sehr schlechte Behandlung ist für das Forschungsinstitut für Kraftfahrzeugwesen und Fahrzeugmotoren (FKFS) bezeugt, wo die sowjetischen Arbeitskräfte hungerten und mitunter geschlagen wurden. Das FKFS machte auch von der Möglichkeit Gebrauch, arbeitsunwillige Zwangsarbeiter aus Westeuropa in das berüchtigte Arbeitserziehungslager der Gestapo in Oberndorf am Neckar einzuweisen, wo KZ-ähnliche Zustände herrschten. Nicht viel besser dürfte es den Zwangsarbeitern an der Forschungsanstalt Graf Zeppelin (Flugtechnisches Institut der TH Stuttgart) ergangen sein, während für die Materialprüfungsanstalt eine bessere Behandlung bezeugt ist.

In den Kontext der Verfolgung gehört auch die Behandlung der ausländischen Studierenden, die noch bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs an der Hochschule waren. Sie gerieten zwar erst gegen Ende der NS-Diktatur in ernsthaftere Bedrängnis, konnten in der Regel aber ihr Studium beenden. Allerdings herrschte ihnen als Ausländern gegenüber von Seiten der Studentenföhrung ein großes Misstrauen, weswegen sie durchweg von den deutschen Studierenden isoliert waren.

Dissens und Widerstand gegen die Unrechtsmaßnahmen leisteten bis 1933 nur die wenigen kommunistischen und demokratischen Studierenden, deren Engagement dann in vielen Fällen die Relegation zur Folge hatte. In den 1940er Jahren existierte eine katholische Studentengruppe, die aber nicht als Widerstandskreis anzusehen ist, sondern ihren Mitgliedern lediglich eine religiöse Rückzugsmöglichkeit bot. Es deutet

nichts darauf hin, dass es unter den Studierenden der TH Stuttgart eine Verbindung zur „Weißen Rose“ gab, der Münchener Widerstandsgruppe um die Geschwister Sophie und Hans Scholl.

Wirksame Gegenmaßnahmen gegen Verfolgungen gingen lediglich von den Professoren der Architekturabteilung und vom Rektor Heinrich Hess aus. In der Architekturabteilung ließen die Professoren einige sogenannte „Mischlinge ersten Grades“ ohne offizielle Immatrikulation weiterstudieren und unterstützten diese zusätzlich durch Erwerbsmöglichkeiten in ihren Architekturbüros. Auch der letzte Rektor der NS-Zeit, der Elektrotechniker Heinrich Hess, ermöglichte entgegen einschlägigen Erlassen das Weiterstudium der „Mischlinge“, eine Praxis, die unter den deutschen Hochschulrektoren nicht unüblich war und vom Reichserziehungsministerium und anderen NS-Stellen geduldet wurde.

Zusammenfassend ist also festzustellen: Als ein Faktor, der die Durchsetzung von Unrechtsmaßnahmen an der Technischen Hochschule Stuttgart begünstigte, wurde der durch die Hochschule gebotene institutionelle Rahmen ausgemacht, der es ihren Mitgliedern erlaubte, sich auf eine vermeintlich unpolitische Wissenschaft und Kunst zurückzuziehen und die Verantwortung füreinander auf die wissenschaftliche Tätigkeit und die Lehre zu reduzieren. Hinzu kam der überkommene stark hierarchische Aufbau der Hochschulgemeinschaft, verbunden mit einem weitgehend anonymen Lehrbetrieb. Die in der Hochschulhierarchie niedrig stehenden Studierenden konnten in diesem System einerseits leicht vertrieben werden, fanden aber – wenn sie denn die Unterstützung ihrer Professoren erhielten – durchaus Rückhalt gegen Unrechtsmaßnahmen. Ein weiterer Faktor, der die Verfolgungen an der TH Stuttgart begünstigte, war die Machtlosigkeit des akademischen Selbstverständnisses bzw. der Institution Hochschule gegenüber einer Studentengeneration, die im Zeichen einer nationalistischen und antisemitischen Jugendkultur und Jugendbewegung halblegal und mit Gewaltandrohungen agierte, und der staatlicherseits zugestanden wurde, gegen Hochschullehrer und Hochschulleitungen und gegen die dem NS-Milieu fremden „bürgerlichen“ Institution Hochschule im Sinne einer „nationalen Revolution“ vorzugehen.

Die Folgen der Entlassungen und Relegationen waren für die Betroffenen sehr unterschiedlich. Ein einheitliches Bild lässt sich zwar nicht zeichnen, doch gibt es einige häufiger auftretende Muster in den Lebensläufen der Verfolgten.

Von den entlassenen 13 Professoren kehrten drei wieder an die Technische Hochschule Stuttgart zurück. Die anderen waren zwischenzeitlich entweder schon verstorben oder emeritiert. Der Physiker Paul Ewald blieb 1945 in Belfast, wo er an der Queen's University Professor für Mathematical Physics geworden war. Die entlassenen oder verdrängten Assistenten konnten in ihren Exilländern teils beruflich Fuß fassen, zumeist aber nicht ohne Schwierigkeiten bei der formalen Anerkennung ihrer deutschen Diplombeschlüsse und nicht ohne Zeitverlust. Ein kleinerer Teil konnte mit großem Zeitverlust an die angestrebte Hochschullaufbahn anknüpfen. Für einen Teil ist durch die Entlassung eine solche Laufbahn dauerhaft verhindert worden.

Bei den aus politischen Gründen relegierten Studierenden gab es eine Gruppe, die einige Jahre später ihr Studium wieder aufnehmen und noch vor 1945 abschließen durfte. Einige relegierte Architekturstudenten haben trotz fehlendem Diplomabschluss in

Architekturbüros Arbeit gefunden. Andere Relegierte jedoch mussten für die Fortsetzung des Studiums ins Ausland ausweichen oder brachen ihr Studium ab, um ihren Lebensunterhalt in einem nicht-akademischen Beruf zu verdienen.

Wie bei den politisch verfolgten Studierenden entschieden offenbar auch bei den vertriebenen jüdischen und „nichtarischen“ Studierenden zum einen die verbleibenden finanziellen Mittel der Familie, zum anderen die Stellung der akademischen Berufe in der Familientradition darüber, ob die Betroffenen ihr Studium abschließen konnten oder einen Abschluss unter den widrigen Umständen noch anstreben wollten.

Von den jüdischen Studenten sind – soweit bekannt – nur drei nicht emigriert bzw. gerieten in ihren Heimatländern in das nationalsozialistische Lagersystem. ↗ Raphael Scharf-Katz überlebte die Zwangsarbeit im KZ Dora-Mittelbau, ↗ Georg Adorjan kam als jüdischer Zwangsarbeiter eines ungarischen Arbeitsbataillons in der Shoah ums Leben und ↗ Alfred Mendelsohn musste in Rumänien Zwangsarbeit leisten. Ein Teil der jüdischen Studierenden, die nach den Novemberpogromen 1938 relegiert wurden, wurde in Konzentrationslager verschleppt, aus denen sie Anfang 1939 wieder entlassen wurden. Es erwies sich in der Regel als sehr schwierig, das Studium im Ausland mit einem dem deutschen Diplom entsprechenden Abschluss zu beenden. Oftmals gelang es nur, das deutsche Vordiplom als Bachelor-Abschluss anerkennen oder hierauf anrechnen zu lassen. Als Hindernisse stellten sich die Studiengebühren in den angelsächsischen Ländern, die britische Internierung der deutsche Staatsangehörigen in England, Kanada oder Australien und dann die Familiengründungsphase dar, Umstände, die dazu zwangen, das Studium im Ausland zugunsten einer Erwerbstätigkeit aufzugeben. Nicht wenige der verfolgten Studierenden erreichten dennoch im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs der Nachkriegszeit in den Exilländern Großbritannien, Kanada und USA anspruchsvolle und entsprechend gut bezahlte Positionen in der Industrie.

Die sogenannten „Mischlinge ersten Grades“ konnten in einigen Fällen ihr Studium in Deutschland beenden, sofern sie Soldaten der Wehrmacht gewesen waren, vor ihrem Einsatz bereits studiert hatten bzw. in höheren Semestern waren, und sofern es ihnen gegen alle informellen Widerstände gelungen war, an der Hochschule zu bleiben. Ihre Lebenssituation war gegen Ende der NS-Zeit gefährlich, da sie zur Zwangsarbeit in Lagern der Organisation Todt bestimmt wurden. Teils durch Flucht, teils durch Glück oder wegen ihrer beruflichen Qualifikation konnten die meisten der harten körperlichen Zwangsarbeit entgehen und in der Nachkriegszeit ihr Studium an der TH Stuttgart beenden. Die sogenannten „Mischlinge zweiten Grades“ scheinen offiziell nur wenig behelligt worden zu sein, waren aber als sogenannte „Nichtarier“ auch an der Technischen Hochschule beständig in einer gefährdeten Position.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die sowjetischen Zwangsarbeiter in der Regel in die Rote Armee eingezogen. Sie stießen in Verwaltung und Bevölkerung der UdSSR mitunter noch bis in die 1970er Jahre auf Misstrauen, da sie im feindlichen Deutschland gearbeitet hatten. Eine russische Zwangsarbeiterin des FKFS starb durch die Arbeit geschwächt 1944 an offener Lungentuberkulose. Ihr Fall ist sicherlich Folge der schlechten Behandlung, die gerade den sowjetischen Zwangsarbeitern im FKFS widerfahren ist.

Nach dem Ende des NS-Regimes wurde die Technische Hochschule Stuttgart von ihren Repräsentanten als eine Institution verstanden, die selbst Opfer dieser Diktatur geworden sei. Das hier geschehene Unrecht galt als eine Folge der Gesetze und Erlasse des NS-Staates. Dementsprechend wurde von der Hochschulverwaltung zum Nachteil einiger rassistisch Verfolgter lediglich auf diese nationalsozialistische Gesetzgebung verwiesen, und es wurden die willkürlichen Maßnahmen der Verwaltung bei Relegationen einfach ignoriert. Es ist deutlich, dass Rektoren und Verwaltungsmitarbeiter kaum Engagement bei der Mitwirkung in Wiedergutmachungsverfahren zeigten. In den 1950er und 1960er Jahren knüpfte die Technische Hochschule Stuttgart mit der Wiederezulassung von Korporationen und mit der Wiedereinsetzung der Disziplinargerichtsbarkeit unkritisch an Traditionen an, die 1933 als geistige Keimzellen bzw. als Werkzeug nationalsozialistischer Unrechtstaten gedient hatten.

Erst mit Beginn der wissenschaftlichen Erforschung der Hochschulgeschichte durch Professor Johannes H. Voigt Ende der 1970er Jahre wurden zum ersten Mal die NS-Verfolgten und die NS-Täter der Hochschule zum Thema. Die Universitätsleitung lehnte zwar 1988 mit guten Gründen eine Gedenktafel für die kommunistische Widerstandskämpferin Lilo Herrmann (die bis 1931 Studentin der TH war) ab, versäumte es aber dann, das schon selbst beschlossene und fertig geplante eigene Denkmal für alle Verfolgten der Universität auszuführen. Erst im Jahr 2000 war ein von Kritik unbelastetes Gedenken möglich, als die Namen aller Ehrenbürger, Ehrendoktoren und Ehrensensatoren auf Glastafeln aufgelistet wurden und vor dem Senatssaal auch eine Gedenktafel für die NS-Opfer der Hochschule angebracht wurde. Im Jahr 2013 beschloss das Rektorat, das Universitätsarchiv mit einem Forschungsprojekt zur Ermittlung der Verfolgungsfälle zu beauftragen. Nach Abschluss der Arbeiten fand im Februar 2017 eine Gedenkveranstaltung statt, zu der die Universität viele Angehörigen der vertriebenen Hochschulmitglieder als Gäste begrüßen konnte. Der Rektor, Professor Wolfram Ressel, entschuldigte sich im Namen der Universität bei allen Verfolgten und ihren Angehörigen für das Unrecht, das sie in der Zeit des Nationalsozialismus durch die Technische Hochschule Stuttgart hatten erleiden müssen.

9 SUMMARY OF RESULTS

The goal of the present study was to identify by name all members of the Technical University, University of Stuttgart, who were persecuted and disenfranchised by the university or its organs during the rule of the National Socialists. In addition, the background of the unjust treatment, the identity of the perpetrators, as well as their motives were to be described. The inadequate sources and the fact that many persecutive measures were carried out without any legal basis and without written documentation, make it very likely that numerous cases have remained and will continue to remain undiscovered.

Persecution is defined as any measures leading to the expulsion of students, scientists, researchers or employees for racist, political or ideological reasons or who were simply expelled from the university through random selection by NS officials. Also included are those who ended their university careers of their own accord. The disqualification of diplomas or doctoral degrees or the withdrawal of appointments as an honorary citizen or senator on racial or political grounds have been included in this definition as well. Among the persecuted were also the numerous forced labourers who worked involuntarily at the Technical University Stuttgart during the Second World War or who had initially been recruited to work as foreign volunteers, but were forced into slave labour. Included in the list of the persecuted were all Jewish students or those referred to by the NS regime as Jewish or “non-Aryan”, even if they were (apparently) able to complete their studies without interruption at the Technical University Stuttgart. Eyewitness accounts of the discriminatory measures taken and the behaviour towards these student groups suggest that there were no exceptions made among the racially persecuted students. Therefore, this documentation is also a commemorative book for all Jewish attendees at the Technical University Stuttgart during the NS era.

In comparison to similar research conducted by other universities in the past, the situation regarding sources for the current documentation on the Technical University, University of Stuttgart has considerably improved, in spite of the fact that nearly the entire university's archive was destroyed by fire in 1944. In the meantime, the denazification trials (Spruchkammerverfahren) and the compensation procedures, which were established at the end of World War II, can be used because of the expiry of the data protection period. These files often contain references to individuals who were persecuted, or detailed information on the unjust acts which took place at the Technical University Stuttgart during the NS era. Furthermore, modern databases, for example, various archive databases, and especially internet research enable the investigation of affected individuals or make it possible to locate children and grandchildren in order to learn more about the destiny of the persecuted. Finally, the author was able to evaluate his interviews, conducted between 1997 and 2003, with victims who were eyewitnesses, as well as with two NS student leaders. In this way, further information on informal processes at the Technical University Stuttgart during the NS era were made known.

We have identified 442 members of the Technical University Stuttgart, who were themselves discriminated against or persecuted by the university during the NS era (see Appendix Table 1). 10.9 percent of the professors and associate professors who taught and did research at the Technical University Stuttgart in early 1933 were stripped of their positions or forced into early retirement based on racial or political grounds. In the early stages of the NS regime, between 1933 and 1934, at least 8.6 percent of non-habilitated assistants were dismissed.

Between 1933 and 1945, approximately 1.5 to 2 percent of all students were forced to exmatriculate due to their political involvement as NS opponents, due to their being so-called “non-Aryans”, that is, on racial grounds or simply due to their nonconformist behaviour. Many found themselves in a precarious situation at the university due to their Jewish line of descent. Through several victims’ testimonies, it was discovered that the legal, non-legitimate displacement of a great number of Jewish and so-called “non-Aryan” students by university members was provable, namely during the initial period of the NS regime until the final prohibition of studies for Jews in November 1938. This was unjust treatment which commonly took place, but which, up until now, could only be proven by few university sources.

One significant result of the current study is the realisation that a not inconsiderable portion of the unjust and persecutive measures taken originated from offices and individuals at the university itself and that these measures cannot be solely put down to laws and ordinances passed by state authorities or NS organisations. The concrete persecution cases examined here show that those responsible for enforcing the laws and ordinances had a broad margin of discretion, which in turn could be interpreted as being in favour or not in favour of the faculty members. However, in view of the numerous analogous observations found in NS research, which became a part of other institutions’ history in recent decades, the practice of persecution has not been uncommon.

At the outset of the NS regime, persecution was mainly initiated by students and demanded by them from the state authorities. Their orientation was predominantly nationalistic, ethnic and partially also antisemitic. Nationalism appears to be the main driving force with regard to exclusion and persecution. The specific elements of the NS ideology, which were later widely spread through instruction courses, were the main source of motivation for a minimal number of perpetrators. Almost 60 percent of the students were members of fraternities in which the young men had to swear allegiance to a German nationalistic *Weltanschauung*. The students in these fraternities often joined the SA (Storm Troopers) and the NSDAP (National Socialist German Workers’ Party) together as closed groups. As the initiators of their co-students’ expulsions – as successors of the elected AstA (The General Students’ Committee) – the National Socialistic student leaders and heads of the student representative body came out of the ranks of the students.

A further starting point for persecution was the NS regime’s newly created position of the head of lecturers (*Dozentenführer*), whose responsibility was to closely observe the ideological and political (in this case the National Socialistic) orientation of university assistants and senior lecturers. Following the first wave of persecutions in 1933/34, the head of lecturers also secured approval for the politically motivated dismissal of

assistants and lecturers. Further initiators of this unjust treatment were the rectors, who were in fact on the defensive with regard to the NS students up until 1935, and occasionally had difficulty exerting their authority. However, they were willing to assist in dismissing and relegating assistants and lecturers. During the construction engineer Wilhelm Stortz's period of office as rector between 1935 and 1938, numerous persecutive measures were implemented and have since been verified. Further unjust acts were carried out by the Registrar's Office, where employees prevented the enrollment of "non-Aryan" students without any legal basis. When examining several dismissals, the interests of different offices become apparent, for example, the formally legal, motivated initiatives of the Reich Ministry of Education (↗ Paul Peter Ewald, ↗ Erich Regener).

Aside from dismissal and relegation, the social marginalisation and defamation of Jewish and so-called "non-Aryan" students are also to be seen as persecution. As a rule, an unspoken ban led to their being isolated from and lacking contact to other students. In addition, they were assigned separate benches in the laboratories. Furthermore, witnesses describe lecturers' antisemitic comments and behavior. One reaction to this marginalisation was the so-called "non-Aryan" students forming their own groups of friends, which the students "of German blood" avoided.

The rectors and heads of the institutes, who requested foreign labour at the unemployment offices, were responsible for the placement and treatment of forced labourers. Witnesses report extremely poor treatment of Soviet labourers who were starving and beaten at the Research Institute for Automotive and Engineering Technology (FKFS). The FKFS also made use of the possibility to commit indolent western European forced labourers to the infamous workers' education camp in Oberndorf, where conditions were similar to those found in concentration camps. Forced labourers at the Graf Zeppelin Research Institute (Aeronautical Institute of the Technical University Stuttgart, FGZ) were probably not any better off, whereas witnesses report better treatment at the Institute for Materials Research.

The treatment of foreign students, who had attended the university until the end of World War II, also fits into the context of persecution. Although they didn't come under serious pressure until the end of the NS dictatorship, they were generally able to break off their studies. However, as they were foreign students, student leaders treated them with great mistrust, which in turn isolated them from German students.

Resistance towards these unjust measures was only expressed by few communist and democratic students until 1933; their involvement often resulted in relegation. A Catholic group of students, which existed in the 1940s, is not to be seen as a resistance group, but rather it offered its members a possible religious retreat from the anti-Christian NS culture. No evidence has been found that the members of the Munich resistance movement "Weiße Rose", associated with the siblings Sophie and Hans Scholl, had any connection to the students at the Technical University Stuttgart.

Effective countermeasures against persecution were only taken by the professors of the faculty of architecture and the rector Heinrich Hess. In the architecture department the professors allowed several so-called "Mischlinge ersten Grades" (persons who had two Jewish grandparents) to continue studying without being officially enrolled and

supported them additionally through employment possibilities in their architecture firms. The electrical engineer Heinrich Hess, who was the last rector during the NS era, enabled the “Mischlinge” to continue their studies in spite of the respective ordinances forbidding this. This was not unusual among German university rectors, and the Reich Ministry of Education, as well as other NS offices, tolerated this.

One factor which favoured the enforcement of unjust measures at the Technical University Stuttgart was the institutional framework provided by the university, enabling its members to retreat behind an allegedly non-political basis of science and art, thereby reducing the common responsibility to doing research and delivering instruction. What's more, there was a strong, traditional hierarchical structure within the university that was connected to a predominantly anonymous academic teaching environment. On the one hand, students in the lower ranks of the university's hierarchy could easily be expelled, but on the other hand, provided they had the backing of their professors, they could certainly receive support in opposing unjust treatment. A further factor fostering persecution at the Technical University Stuttgart was the powerless academic self-conception. In other words, the university as an institution facing a generation of students, who was acting only partly legally and threatening violence under the sign of a nationalistic, antisemitic youth culture and youth movement, while at the same time being allowed by public authorities to act against university instructors and heads and against civic institutions which were opposed to the NS milieu; basically in the sense of a “national revolution”.

The consequences of dismissal and relegation were very different for each victim. It is difficult to paint a uniform picture, however there are several repetitive patterns discernible in the victims' biographies.

Of the 13 professors dismissed, three returned to the Technical University Stuttgart. In the meantime, the others had either passed away or had been appointed professor emeritus. In 1945, the physicist Paul Ewald remained in Belfast, where he had become a professor of mathematical physics at Queen's University. The dismissed or displaced assistants and lecturers could partly gain a professional foothold in exile, mostly with some difficulty in attaining formal recognition of their German degrees, and not without delay. For some, their dismissal became a permanent obstacle to following a university career. A smaller number was able to return to their profession, albeit with great delay.

In the case of students relegated for political reasons, there was one group which, years later, was permitted to continue studying and obtain their degrees before 1945. Several relegated architecture students found work in architecture firms in spite of their incomplete degrees. Others who were relegated, however, had to complete their degrees in foreign countries or broke off completely in order to earn a living in a non-academic profession.

Just as in the case of the politically persecuted students, the Jewish and “non-Aryan” students' ability to attain a degree depended firstly on the remaining financial means of their families, secondly on the significance of academic professions in the family tradition. These factors, in turn, determined whether the affected student was able to complete his/her studies or whether he/she still wanted to pursue a degree under these adverse circumstances.

As far as is known, only three of the Jewish students did not emigrate or ended up in NS concentration camps in their home country. ↗ Raphael Scharf-Katz survived forced labour in the concentration camp Dora-Mittelbau, ↗ Georg Adorjan was assigned to a Hungarian work battalion as a Jewish forced labourer and was killed in the Shoah and ↗ Alfred Mendelsohn had to work as a forced labourer in Romania. Some of the Jewish students, who had been relegated following the November pogroms in 1938, were sent to concentration camps from which they weren't released until early 1939. As a rule, it proved extremely difficult to obtain the equivalent of a German university degree in foreign study programs. More often students were only successful in having their German pre-diploma recognised as a Bachelor degree or having it credited towards one. Common obstacles were the tuition fees in Anglo-Saxon countries, the British imprisonment of German citizens in England, Canada or Australia and then later the phase of starting a family; all were circumstances which forced students to give up their degree studies in foreign countries in favour of acquiring a job. In the course of the post-war economic boom, quite a number of persecuted students nevertheless succeeded in obtaining challenging and well-paid positions in industry while in exile in Great Britain, Canada and the U.S.A.

Several of the so-called "Mischlinge ersten Grades" were able to complete their degree in Germany, provided they had been soldiers, they had been studying or were in the final semesters of their degree before enlisting, and they had succeeded, against all informal resistance, in remaining at the university. Their lives were in danger near the end of the NS era because they had been marked for forced labour in camps belonging to the "Organisation Todt". Partially by escaping, partially through luck or their professional qualifications, most could avoid the hard, forced physical labour and complete their studies at the Technical University Stuttgart after the war. The so-called "Mischlinge zweiten Grades" (persons with one Jewish grandparent), were officially harassed very little, but as "non-Aryans" they were constantly in a dangerous position at the Technical University.

After World War II, Soviet forced labourers were, as a rule, enlisted in the Red Army. In the administration and among the population of the USSR, they encountered mistrust right up into the 1970s because they had worked in Germany, the enemy's country. One female Russian forced labourer in the FKFS died of tuberculosis while working in 1944. This case goes hand in hand with the image of mistreatment which befell Soviet forced labourers in the FKFS.

Following the NS regime, the Technical University Stuttgart as an institution was considered by its representatives to be a victim of this dictatorship. The unjustness which occurred here was considered to be a consequence of the laws and ordinances passed by the NS state. Accordingly, and to the disadvantage of several racially persecuted persons, the university administration merely referred to these national socialist laws and the indiscriminate measures taken by the administration with regard to relegation have simply been ignored. It is clear that rectors and administrative employees barely got involved in compensation procedures. In the 1950s and 1960s the Technical University Stuttgart uncritically took up its traditions again by allowing fraternities and reimple-

menting a disciplinary court, both of which had served as the seeds or instruments of the National Socialists' unjust deeds.

Not until the initial research of the university's history by Professor Johannes H. Voigt at the end of the 1970s was the theme of the persecuted and perpetrators during the NS regime brought to light. In 1988, the university administration refused, on good grounds, a commemorative plaque in memory of the communist resistance fighter Lilo Herrmann (who was a student at the Technical University until 1931). However, it then failed to carry out its own plans for a monument (already discussed and agreed on) in memory of all the persecuted of the university. Commemoration was not possible until the year 2000, namely a critical and value-free commemoration. During this ceremony, the names of all honourable citizens, honorary doctorates and honorary senators were listed on glass plates and a commemorative plaque in memory of all NS victims was placed before the Senatssaal. In the year 2013, the rectorate decided to commission the members of the university's archive with a research project to determine the number of cases of persecution. Following completion of this project, a memorial service was held in February 2017. Several relatives of the displaced were able to attend the memorial as the university's guests. The rector, Professor Wolfram Ressel, officially apologised to all the persecuted and their families for the injustice they endured at the Technical University Stuttgart during the NS-era.

Institut für Leibesübungen

Technische Hochschule Stuttgart
Fernsprecher: Schloßzentrale 25341
Anschluß 2327

Dem Helmut Weiss
dass er als Nichtangehöriger
zu Leibesübungen nicht verpf

TEIL II
BIOGRAPHIEN DER WÄHREND DER
NS-ZEIT AN DER TECHNISCHEN
HOCHSCHULE STUTTGART VERFOLGTEN

von Norbert Becker und Katja Nagel



GEORG ARTHUR ADLER

Assistent in der Architekturabteilung/Entlassung aus rassistischen Gründen

1907 Aug. 2 geb. in Szczecin (Stettin) Polen; israelitisch

1925 Abitur, Realgymnasium Szczecin (Stettin)

1925–1929 Architekturstudium, TH Darmstadt, Vordiplom

1929–1930 Architekturstudium, TH Stuttgart

1930 Dez. 18 Diplomprüfung

1931 Jan.–1933 Mai Assistent am Lehrstuhl für Entwerfen, Baustoffkunde und Technischen Ausbau (Prof. Hugo Keulerleber)

1933 April 25¹ Entlassung aus rassistischen Gründen

1933 Mai–Okt. Aufenthalt in der Schweiz, davon zwei Monate Tätigkeit als Architekt in St. Gallen

1933 Okt.–1936 Nov. Mitarbeiter im Architekturbüro Bloch & Guggenheimer in Stuttgart

1936 Nov. Emigration nach Südafrika

1936–1937 Mitarbeit im Architekturbüro Jones & McWilliams in Port Elizabeth

1938 Zusatzprüfung (Spec. Qual. Exam.), University of Cape Town (Kapstadt), School of Architecture

1939 Gründung des eigenen Architekturbüros in Port Elizabeth, später in Partnerschaft mit L. A. Jones (G. A. Adler & Jones) in Kapstadt

1940 Juni–1945 Eintritt in die südafrikanische Armee als Ingenieur

1969 Sept. 8 gest.

Georg Adler gehörte zu den Assistenten, die gleich zu Beginn der NS-Zeit aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ entlassen wurden, weil sie Juden waren oder dem NS-Regime als Juden galten. Adler ging für einige Monate in die Schweiz, kehrte aber nach Stuttgart zurück, wo er eine Anstellung im Büro der beiden jüdischen Architekten Oskar Bloch und Ernst Guggenheimer fand. Eine selbstständige Tätigkeit als Architekt war ihm aber verwehrt, weil er als Jude nicht in die Reichskulturkammer aufgenommen wurde. Die Reichskammer der bildenden Künste schrieb an Adler:

Ihren Antrag auf Aufnahme in die Reichskammer der Bildenden Künste, Fachverband für Baukunst, lehne ich gemäß §10 der ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. November 1933 ... ab, da Sie Nichtarier sind und als solcher die für die Erzeugung deutschen Kulturgutes erforderliche Zuverlässigkeit und Eignung nicht besitzen.

Ich untersage Ihnen die weitere Berufsausübung als Architekt.²

Im Juli 1936 nahm Georg Adler Kontakt zu der Hilfsorganisation „Society for the Protection of Science and Learning“ (SPSL) in England auf, um seine Auswanderung in ein englischsprachiges Land vorzubereiten.³ Nach seiner Emigration über Paris und Marseille nach Südafrika im November 1936 fasste Georg Adler hier zunächst beruflich Fuß. Seine Anstellung im Architekturbüro Jones & McWilliams in Port Elizabeth endete aber wegen des Mangels an Aufträgen.

Wie bei vielen emigrierten Hochschulabsolventen wurde sein deutscher Studienabschluss offenbar nur bedingt im Ausland anerkannt. Im Jahr 1938 legte er in Kapstadt eine zusätzliche Prüfung ab und konnte dann als selbstständiger Architekt in Port Eliza-

beth und Kapstadt ein eigenes Architekturbüro eröffnen. Der Beginn des Zweiten Weltkriegs führte aber zu einem starken Auftragsrückgang. Nach seiner Militärzeit arbeitete Adler wieder als freier Architekt in Südafrika.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen zum Leben Georg Adlers aus: HStA Stuttgart EA 99/001 Bü 163; StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 36219 (Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Stuttgart); <http://www.artefacts.co.za/main/Buildings/archframes.php?archid=4> (14.10.2015)

1 Bodleian Library, University of Oxford MS SPSL (Archive of the Society for the Protection of Science and Learning) 241/8 fol. 271, 276

2 Der Präsident der Reichskammer der bildenden Künste an Georg Adler v. 29. 04. 1935: StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 36219 Bl. 7 und Bl. 40

3 Wie Anm. 1, fol. 271–281

Weitere Quellen und Literatur: UAST 120/72 (Prüfungsakte); Warhaftig, Deutsche jüdische Architekten S. 38

NB

GEORG (GYÖRGY) ADORJAN

jüdischer Chemiestudent

1912 April 13 geb. in Oradea (dt.: Großwardein, ungar.: Nagyvárad), israelitisch, ungarische Staatsangehörigkeit

1931 Abschluss, Toldi Realschule Budapest

1931–1932 Studium an der TH Berlin

1933–1934 Chemiestudium am University College London

1934–1936 Fortsetzung des Studiums an der

ETH Zürich

1935 Okt. Diplomvorprüfung, ETH Zürich

1936–1937 Fortsetzung des Studiums an der TH Stuttgart

1937 Dez. 12 Diplomvorprüfung, TH Stuttgart

1938 Febr. 2 Diplomprüfung, TH Stuttgart. Als Zwangsarbeiter ums Leben gekommen.

Da er ungarischer Staatsbürger war, legte die Verwaltung der TH Stuttgart 1937 für den Chemiestudenten Georg (György) Adorjan eine blaue (statt eine für Juden vorgesehene gelbe) Karteikarte an, notierte aber unter der Rubrik Konfession: „israelitisch“. Über das Schicksal Adorjans wissen wir nach seiner Diplomprüfung nur wenig. Während des Zweiten Weltkrieges hielt er sich in der Sowjetunion in Krasznaja Jaruga bei Kursk auf, wo er als Zwangsarbeiter in einem ungarischen Arbeitsbataillon ums Leben kam.¹

Quellen: UAST 10/55 (Studentenkarteikarte); 120/77 (Prüfungsakte)

1 Nachweis durch Yad Vashem: <http://db.yadvashem.org/names/nameDetails.html?itemId=5273355&language=en#!prettyPhoto> (03.09.2014)

NB

DIETRICH ANSELM ALSBERG

Student der Elektrotechnik/Relegation aus rassistischen Gründen

1917 Juni 5 geb. in Kassel, evangelisch

1936 Febr. Abitur am Friedrichs-Gymnasium in Kassel

1936 März 1–Aug. 31 Praktikum bei der I. G. Kayser Maschinenfabrik in Nürnberg

1936 Nov. 2 Immatrikulation zunächst für das Fach Maschinenbau, dann Elektrotechnik an der TH Stuttgart, in den kommenden vorlesungsfreien Zeiten Praktika bei verschiedenen Firmen

1938 Mai 14 Vorprüfung, TH Stuttgart „gut bestanden“¹

1938 Nov. 9/10–27 Flucht vor der Verhaftung im Rahmen der Novemberpogrome von Kassel über Frankfurt nach Stuttgart, Versteck in Stuttgart

1938 Nov. 12 Relegation, „Ausschluß v. Studium (Jude)“²

1938 Nov. 29 Flucht aus Deutschland über die Niederlande nach London

1939 März 26 Emigration in die USA

1939 Bachelor of Science in Electrical Engineering (BSEE), Case School of Applied Science, Cleveland, Ohio

1940 Dez. 9 Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit wegen Flucht/Emigration³

1942 Nov. 6 Heirat mit Glenna LeBaron. Der Ehe entstammen vier Söhne.

1943 Mai–1945 Nov. 11 Soldat in der U.S. Army

1943 Annahme der amerikanischen Staatsbürgerschaft

1945 Febr.–Nov. Als Soldat der U.S. Army in Europa, Teilnahme an der Eroberung des Ruhrgebiets

1945 Dez. 5–1982 Juni 30 Tätigkeit als Entwicklungsingenieur bei den Bell Telephone Laboratories

2007 gest.⁴

Dietrich Alsberg entstammte einer großbürgerlichen, standesbewussten Familie aus Kassel. Der Vater, Orthopäde und Chirurg, unterhielt dort eine Privatklinik und gehörte zu den ersten Ärzten, die die neue Röntgentechnik einführten. Die Eltern waren zwar als Juden geboren worden, ließen ihre Kinder aber evangelisch taufen und im christlichen Glauben aufwachsen. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 und den ersten antisemitischen Ausschreitungen fühlten sich die Familienmitglieder wie viele assimilierte und konvertierte deutsche Juden als Ausgestoßene, die – da ihnen der jüdische Glaube und die jüdische Gemeinde fremd waren – nun keiner Gemeinschaft mehr angehörten.⁵

Dietrich Alsberg, schon früh ein guter Schüler in den Fächern Mathematik und Physik, begann sein Studium in Stuttgart schon unter der Prämisse, nach dem Abschluss in die USA zu emigrieren. Alsberg, der – wie er selbst im Rückblick schreibt – durch seine genaue analytische Beobachtung der Ereignisse die antisemitischen Zumutungen seelisch bewältigen wollte,⁶ hatte früh erkannt, dass für ihn und die Familienmitglieder nur die Emigration eine Chance auf ein menschenwürdiges Leben bot. Auch die starken Klassengegensätze, wie er sie im Elternhaus und überhaupt in Deutschland erlebte, ließen ihm die USA mit ihren gerechteren beruflichen und gesellschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten als ideales Auswanderungsland erscheinen.⁷ Dass er die Techni-

sche Hochschule Stuttgart als Studienort wählte, mag an einer Fehlinformation gelegen haben. Noch in seinen Lebenserinnerungen schreibt er irrtümlich, die TH Stuttgart sei die einzige Hochschule in Deutschland gewesen, die noch sogenannte „Nichtarier“ aufnahm.⁸ Zunächst begann er ein Maschinenbaustudium, das ihm als die beste Voraussetzung erschien, in den USA beruflich Fuß zu fassen, wechselte aber nach zwei Semestern zur Elektrotechnik. Seinen späteren beruflichen Erfolg führte er darauf zurück, Kenntnisse in beiden Fächern erworben zu haben.⁹

Aus seiner Studienzeit an der Technischen Hochschule Stuttgart berichtet er, dass er von fast allen Professoren „fair“ behandelt wurde. Probleme bereitete ihm jedoch der Studentenführer. So hatte er als Jude in Lehrveranstaltungen in einer eigenen „bench“ (Bank oder Labortisch) zu sitzen, was, wie er in seinen Erinnerungen schreibt, dazu führte, dass er keine Kontakte zu seinen Mitstudenten aufbauen konnte. Dies und die Anonymität in der Hochschule, die er ebenfalls kurz erwähnt, mag aber auch an diesen Mitstudenten gelegen haben. Zahlreiche Zeugnisse anderer Betroffener belegen, dass die nicht-jüdischen Studierenden den Kontakt zu Juden mieden oder dass dieser sogar von der Studentenführung sanktioniert wurde (s. hierzu Kap.3.3.2). Die Isolation der jüdischen Studierenden innerhalb der Hochschule wird auch dadurch belegt, dass es anderen in seiner Lage nicht besser erging: Es bildete sich bald ein Freundeskreis von fünf jüdischen Studenten, dem ausser Alsborg auch ↗William Alan Fraser, ↗Georg Liebel, ↗Hans Oppenheimer und ↗Gunter Benno Seaton angehörten.

Schon kurz nach seiner Immatrikulation hatte Dietrich Alsborg geahnt, dass er beim Fortgang der antisemitischen Maßnahmen des NS-Staats sein Studium nicht mehr in Stuttgart würde abschließen können. In seinen Lebenserinnerungen beschreibt er anschaulich seine Bemühungen, zusammen mit seiner Mutter nach England oder in die USA ausreisen zu dürfen, und erwähnt auch die wachsende Bürokratie, die ihnen durch die Exilländer in den Weg gelegt wurde. Er schrieb sich für das Wintersemester 1938/39 zwar wieder ein – aber nur, um durch den Studentenstatus dem möglichen Verhaftungsgrund der Landstreicherei zu entgehen. Er rechnete gar nicht damit, noch eine Lehrveranstaltung besuchen zu können, denn im vorhergehenden Semester war er vom Studentenführer mit Verhaftung bedroht worden, sollte er sich noch einmal in einem Unterrichtsraum zeigen.¹⁰

Seine Zwangsexmatrikulation am 12. November 1938 nach der Pogromnacht nahm Alsborg daher als zwangsläufig hin. Die Pogrome in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 erlebte Alsborg in Kassel, wohin er nach seiner Rückmeldung in Stuttgart schnell gefahren war, um bei den erwarteten antisemitischen Ausschreitungen bei seiner Mutter zu sein. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurde Alsborg von einem ehemaligen Schulkameraden telefonisch gewarnt, dass seine Verhaftung unmittelbar bevorstehe. Nach einer abenteuerlichen Flucht über Frankfurt nach Stuttgart wurde er von der Familie des Studienkollegen ↗Hans Oppenheimer in deren Stuttgarter Wohnung versteckt. Hans Oppenheimer und dessen Vater waren zu diesem Zeitpunkt bereits verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau verschleppt worden. Ende November 1938 versuchte Dietrich Alsborg, mit dem Zug über die Grenze in die Niederlande zu kommen, wurde zunächst entdeckt und konnte dann doch mit viel Glück der

Haft im Konzentrationslager entkommen und in die Niederlande fliehen. Über England führte ihn sein weiterer Weg schließlich in das gewünschte Emigrationsland, wo er am 9. April 1939 in New York von Bord ging. Während seine engere Familie durch Emigration das NS-Regime überlebte, starben zahlreiche weitere Verwandte durch Suizid oder Ermordung in den Vernichtungslagern. Das Vermögen der Familie blieb verloren, da die Entschädigungszahlungen nach dem Zweiten Weltkrieg sehr gering ausfielen.

„A New Life“ heißt das Kapitel seiner Lebenserinnerungen, das Dietrich Alsberg seinem Leben in den USA widmet. Schon kurze Zeit nach der Ankunft konnte er unterstützt von Freunden und Verwandten Fuß fassen und an der Case School of Applied Science (heute: Case School of Engineering der Case Western Reserve University) in Cleveland, Ohio, durch eine Zusatzprüfung zu seinem deutschen Vordiplom den Bachelor-Abschluss in Elektrotechnik erreichen. Das Studium finanzierte er durch eigene Arbeit und mittels eines Stipendiums für Flüchtlinge. Seine Master-Arbeit vollendete Alsberg nicht, sondern arbeitete in verschiedenen Maschinenbauunternehmen.

Dietrich Alsberg heiratete und gründete eine Familie, wurde zur U.S.-Army eingezogen und erhielt die amerikanische Staatsbürgerschaft. Anfang 1945 nahm er als Soldat in der 15. US-Armee an der Eroberung des Ruhrgebiets teil. Nach Ende des Krieges fand er eine Anstellung in den Bell Telephone Laboratories, wo er bis zum Rentenalter als Entwicklungsingenieur arbeitete. So wurde er Zeuge und auch aktiver Teilnehmer der elektronischen und digitalen Revolution. Er war beteiligt an Entwicklungsarbeiten zur kontinentweiten Fernsehübertragung, zur Steuerung von Interkontinentalraketen, zu Radarsystemen für die Raketenabwehr und zur Datenübertragung per Glasfaserkabel.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen zur Biographie Alsbergs entnommen aus: Alsberg, Dietrich A.: *A Witness to a Century: A Memoir*. 2. Aufl. San Jose u. a. 2001; UAST 10/55 (Karte aus der Studentenkartei)

- 1 UAST 120/280; Alsberg, *Witness* (siehe unter Quellen) S. 65
- 2 Eintrag auf Alsbergs Karteikarte: UAST 10/55
- 3 Liste 213 – Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 289 vom 9.12.1940, in: *Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945*. Online-Datenbank. De Gruyter: <http://db.saur.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=ADS-0221>. (02.04.2015)
- 4 <https://www.goodreads.com/book/show/12086282-a-witness-to-a-century> (21.11.2016)
- 5 Alsberg, *Witness* (wie unter Quellen) S. 52
- 6 Ebd.
- 7 Ebd. S. 40, vgl. S. 59–61
- 8 Ebd. S. 57
- 9 Ebd. S. 62
- 10 Ebd. S. 71

FRITZ ANDELFINGER

Student der Elektrotechnik/
Relegation aus politischen Gründen



1912 Febr. 28 geb. in Rottweil

SoSe 1931 Beginn des Studiums der Elektrotechnik an der TH Stuttgart

1933 Juli Relegation aus politischen Gründen

ca. ab 1935 Regieassistent bei der Universum-Film AG (UFA), Berlin, später Regisseur und Drehbuchautor u. a. in Hamburg und München

Der Student Fritz Andelfinger wurde im Juli 1933 „wegen kommunistischer Betätigung“ vom Rektor der TH Stuttgart vom Studium ausgeschlossen. Auf seiner Karteikarte im Prüfungsamt findet sich ein entsprechender Vermerk.

Die Verwaltung der Technischen Hochschule meldete Andelfinger auch an die anderen deutschen Hochschulen, damit er sich nirgendwo mehr immatrikulieren konnte. So findet sich sein Name zum Beispiel in dem entsprechenden Verzeichnis relegierter Studenten der Universität Berlin.¹ Damit war eine akademische Ausbildung für ihn nicht mehr möglich.

Fritz Andelfinger fand schließlich seine berufliche Tätigkeit in der Filmproduktion bei der Universum-Film AG (UFA) in Berlin, zunächst als Regieassistent, zu der ihn die

Name: *Andelfinger, Fritz* stud. *electr.*

Prüfungsfach	Prüfungsgebühr						Prüfungsfach	Prüfungsgebühr					
	M	Pl.	M	Pl.	M	Pl.		M	Pl.	M	Pl.		
I. Vorprüfung							II. Hauptprüfung						
1. Höhere Mathematik							1. Elektrische Meßinstrumente und Meßmethoden						
							2. Konstruktion und Berechnung elektr. Maschinen u. Apparate						
							3. Theorie u. Untersuchg. elektr. Maschinen und Apparate						
							4. Elektrische Kraftwerke						
							5. Elektr. Antriebe u. Beleuchtung						
							6. Elektrische Bahnen						
							7. Schwachstromtechnik						
							8. Elektrochemie						
							9. Mathematisch schwierigere Probleme der Elektrotechnik						
							10. Radiotechnik						

*wegen kommunistischer Betätigung
Beurlaubung ausgeschrieben
- Karte fol. n. 31.7.33 Nr. 2481*

Karteikarte für Fritz Andelfinger aus dem Prüfungsamt der Technischen Hochschule Stuttgart mit Aufkleber: „wegen kommunistischer Betätigung ausgeschlossen - Rektor Erlass vom 31. 7. 33 [unleserlich; folgt Tagebuch- bzw. Vorgangsnr.:] 2481.“ Quelle: UASt 120/334.3

Teil II Biographien der Verfolgten

„Reichsfachschaft Film“ im Dezember 1935 zuließ. Der „Reichsfachschaft“ konnte er 1937 auch beitreten.²

Die Gestapo beobachtete Fritz Andelfinger aber weiterhin. Im Jahr 1937 notierte man bei der Geheimpolizei über ihn:

A. war im Jahr 1932 1. Vorsitzender der Roten Studentengruppe in Stuttgart. Jetzt ist er Hilfsregisseur der UFA. Er arbeitet mit an den [sic] Film „Zu neuen Ufern“ und neuerdings ist er zu einem Film der Duday-Produktion verpflichtet. Der Partei oder einer Untergliederung gehört er nicht an. Sein Verhalten lässt erkennen, dass er auch heute noch dem Nationalsozialismus unfreundlich gegenüber steht.³

Fritz Andelfinger setzte seine berufliche Laufbahn beim Film fort und arbeitete bis zum Ende der 1960er Jahre auch als Regisseur und Drehbuchautor für Produktionsfirmen u. a. in Hamburg und München.⁴

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Daten aus: UAST120/334 (Prüfungsakte); UAST10/54.

1 UA der Humboldt-Universität, Universitätsrichter Nr. 3017, 3018

2 BA Berlin R 9361-V/108189; vgl. ebd. R 9361-V/120345 u- R 9361-V/127853

3 BA Berlin R 58/9581. Die beiden Filme „Zu neuen Ufern“ und „La Habanera“ der UFA von der Herstellungsgruppe Bruno Duday wurden 1937 gedreht. Siehe Anm. 4.

4 http://www.filmportal.de/person/fritz-andelfinger_5098fbeb09fc4b9c962df09edb7c17e6 (14.08.2015)

NB

ANGEL ANGELOFF

Architekturstudent/Relegation?

1917 Okt. 22 geb. in Plovdiv, bulgarischer Staatsbürger

1937 Juni 15 Reifeprüfung, Realgymnasium

WS 1941/42-SoSe 1944 und WS 1945/46-

SoSe 1948 Architekturstudium in Stuttgart

1946 Mai 31 Vorprüfung, TH Stuttgart

1958 Juli 30 Diplomprüfung, TH Stuttgart

Der ehemalige Assistent in der Architekturabteilung Paul Betzler erinnerte sich im Jahr 1947 im Spruchkammerverfahren gegen den Studentenführer Karlheinz Herzer, dass dieser „durch bewusst falsche Ausdeutung von Erlassen politisch andersdenkende Studierende von der Technischen Hochschule Stuttgart ausgeschieden und ihnen dadurch wirtschaftlichen Schaden zugefügt“ habe. Unter den Betroffenen war auch ein ausländischer Student namens Angeloff. In welcher Form Angeloff benachteiligt oder geschädigt wurde, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Dafür, dass diese Erinnerung im Wesentlichen aber richtig sein dürfte, spricht der Umstand, dass Angel Angeloff nach dem Som-

mersemester 1944 nicht mehr immatrikuliert war, obwohl er nach eigener Aussage noch im Wintersemester 1944/45 in Stuttgart lebte und sich an den Reparaturarbeiten der durch Bomben beschädigten Hochschulgebäude beteiligte.

Angeloff konnte nach Ende des Krieges zunächst noch die Vordiplomprüfung ablegen, aber erst 1958 – wahrscheinlich hatte er sein Studium aus finanziellen Gründen zuvor nicht abschließen können – mit der Diplomprüfung sein Studium beenden.

Quellen: Schreiben Paul Betzlers an die Spruchkammer I Stuttgart v. 16. 04. 1947, in: StA Ludwigsburg EL.902/20 Nr. 42688 Bl. 20; UAST 120/374 (Studentenakte)

NB

BENEDETTO ANTOLINI

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1914 Sept. 4 geb. in Varace, italienischer Staatsbürger, katholisch

1943 Nov. 20–1943 Dez. 21 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als

Monteur

Quellen: UAST 131/3/81; UAST 202/1 S. 26

NB

C. B.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1921 Juni 8 geb. in Den Haag, niederländischer Staatsbürger

1943 März 31–1945 Zwangsarbeiter am For-

schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Lager- und

Transportarbeiter

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 81, 86, 90; UAST 202/1 S. 79

NB

G. B.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1925 Mai 2 geb. in Chamberi (Frankreich), italienischer Staatsbürger, katholisch
ab 1943 Nov. 20 Zwangsarbeiter am For-

schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Maschinenarbeiter

Quellen: UAST 131/3/81; StadtA Kirchheim/Teck, Fremdarbeiterdatenbank Nr. 520; UAST 202/1 S. 33

NB

J. B.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1926 Juni 5 geb. in „Wieliczka“/„Wilezka“ (Polen), italienischer Staatsbürger, katholisch
1943 Nov. 20–1945 April 20 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Mechaniker

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 81, 86, 90; StadtA Kirchheim/Teck, Fremdarbeiterdatenbank Nr. 557; UAST 202/1 S. 34

NB

P. B.

Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1921 Okt. 1 geb. in Demidow/Smolensk, „Ostarbeiterin“
ab 1943 Okt. 4 Zwangsarbeiterin am For-

schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiterin im Labor und als Küchenhilfe

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 81, 83, 88; UAST 202/1 S. 155

NB

S. B.

Physikstudent/Relegation aus rassistischen Gründen

1919 geb. in Stuttgart; israelitisch

1937 März 16 Abitur am Dillmann-Realgymnasium in Stuttgart

1937 April 4–1937 Juli 1928 Praktikant bei der Zeiss Ikon A. G. Stuttgart

Zwischensemester 1937–SoSe 1938 3 Semester Physikstudium an der TH Stuttgart

1938 Nov. 12 Relegation, „gestrichen weil Jude“¹

1939 Jan. Auswanderung in die USA

1939 City College New York

1939 Sept. –1940, 1943 Student, Columbia University New York, Department of Physics

1943–1945 Supervisory Engineer of Electrical Test Planning, Bell Systems

1944–1948 Chief Engineer, Industrial Instruments

1945 Student, Brooklyn Polytechnic Institute,

Brooklyn, New York

1946 Dez. 16 Polytechnic Institute of Brooklyn, Graduate School, Department of Electrical Engineering, später Georgetown University, Washington D. C.

1949–1952 Section Chief at the National Bureau of Standards

1952–1986 Firmengründung Gaithersburg, Maryland, USA

1966 Ehrendoktor der TU München

1986 Präsident Institute of Electrical and Electronic Engineers (IEEE)

1986–1987 Mitglied in President Reagan's Committee, National Medal of Science

2002 Rückzug aus der Firmenleitung aus gesundheitlichen Gründen

2003 gest.

Als der Verfasser Ende der 1990er Jahre einen Briefkontakt zu S. B. in den USA aufbaute, war auffällig, dass dieser – als jüdischer Student nach den Novemberpogromen 1938 zwangsexmatrikuliert – hierauf nicht zu sprechen kam. S. B. verwies auf seinen in Stuttgart lebenden Freund und Mitstudenten A. G., der dann in einem Zeitzeugeninterview nähere Auskunft über die Vertreibung gab. Der Wunsch S. B.s, die Vertreibung – die er auch in seinen späteren selbst verfassten Lebensläufen nie erwähnte – nicht zu thematisieren, soll auch über seinen Tod hinaus respektiert werden, weshalb sein Schicksal in dieser Veröffentlichung ohne Namensnennung nachgezeichnet wird.

Die antisemitischen Maßnahmen des NS-Staates waren schon weit fortgeschritten, als sich S. B. noch zum Zwischensemester 1937 an der Technischen Hochschule Stuttgart für das Fach Physik immatrikulierte. Er konnte drei Semester studieren, wurde dann aber wie alle anderen noch an der Hochschule verbliebenen jüdischen Studierenden nach den Novemberpogromen am 12. November 1938 durch Erlass des Reichserziehungsministeriums zwangsweise exmatrikuliert. Sein Freund und Studienkollege A. G. erinnerte sich 1998, dass – wohl zuvor – noch in der Hochschule eine Diffamierung stattgefunden hatte: „... da stand eines morgens auf unseren Tischen mit Kreide gemalt: ‚Juden sind hier unerwünscht‘; und im Herbst 1938 ging er [S. B., Zusatz N. B.] weg.“ Als Urheber der antisemitischen Aufschriften vermutete der Zeitzeuge den studentischen Leiter der Fachschaft Chemie.²

Im Januar 1939 konnte S.B. in die USA emigrieren. Dort versuchte er, sein abgebrochenes Studium fortzusetzen. Berufstätigkeit und die Familiengründung verhinderten jedoch einen Studienabschluss. Tatsächlich brauchte er diesen auch nicht, um in den folgenden Jahrzehnten eine äußerst erfolgreiche Karriere als Wissenschaftler und Unternehmer zu machen. Bereits 1952 gründete S.B. eine eigene Firma, die sich auf Geräte im Bereich der Mikrowellentechnik spezialisierte. Mehr als 50 wissenschaftliche Publikationen, 20 Patente und verschiedene Auszeichnungen sind Zeugnis für die wissenschaftliche Produktivität S.B.s. Die Technische Universität München ehrte ihn 1966 für seine wissenschaftlichen Arbeiten mit dem Ehrendokortitel. S.B. war zudem in verschiedenen Verbänden leitend tätig, u. a. 1986 als Präsident des Institute of Electrical and Electronic Engineers (IEEE), womit er zu den auch politisch einflussreichen Unternehmerpersönlichkeiten in den USA zählte. Einige seiner programmatischen Reden aus dieser Zeit finden sich heute auf YouTube. Präsident Ronald Reagan berief ihn 1986 zum Mitglied in das Komitee für die Verleihung der National Medal of Science.

Nach einem unglücklich verlaufenen Verkauf seines Unternehmens³ gründete er 1989 erneut eine Firma, die Produkte auf dem Gebiet der Mikrowellentechnik herstellte. Die Kontaktpflege zu Kunden ließen ihn alle ein bis zwei Jahre zu Besuchen nach Deutschland und nach Württemberg zurückkehren, dem er zeit seines Lebens als Schwabe verbunden blieb.³ S.B. starb im Alter von 83 Jahren, nachdem er sich kurz zuvor aus gesundheitlichen Gründen aus dem Geschäftsleben zurückgezogen hatte, im Jahr 2003.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen die Daten zum Lebenslauf bis ca. 1946 aus der Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Stuttgart (StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 41051) und der Karteikarte im Universitätsarchiv Stuttgart (UAST 10/55), für die Zeit danach aus Lebensläufen in Nachschlagewerken, Zeitzeugeninterviews und einem Firmenprospekt des von S.B. gegründeten Unternehmens (siehe UAST202).

1 Eintrag auf der Karteikarte des Studentensekretariats (UAST 10/55)

2 UAST 44/10 (Zeitzeugeninterview mit A.G.) 29:00–30:50

3 Freundliche Auskunft von Herrn A. G. an den Verfasser v. 29.04.1998; Schreiben S.B.s an den Verf. v. 10.04.1998

NB

GEORG BADT

Student des Maschinenbaus/rassistische Verfolgung

1907 April 9 geb. in Berlin

1925 Abitur

1925–1926 Tätigkeit als Kaufmann bei den Adlerwerken in Frankfurt/Main

WS 1926/27–1936 Juni 30 Studium des Maschinenbaus an der TH Stuttgart

(mit Unterbrechungen)

1931 Juni 1 Diplomvorprüfung

1937 März 11 Diplomhauptprüfung

1939 Nov. 20 Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit wegen Emigration¹

Georg Badt studierte seit 1926 mit Unterbrechungen an der TH Stuttgart Maschinenbau. Auch für ihn wurde 1936 eine gelbe Karteikarte für sogenannte „Nichtarier“ angelegt. Sein Vater (gest. 1934), Geschäftsführer des Ärzte-Verbandes in Frankfurt/Main, galt in der NS-Diktatur als Jude, Georg Badt daher nach den Nürnberger Gesetzen als sogenannter „Mischling ersten Grades“. Georg Badt erhielt Anfang 1937 sein Diplom als Maschinenbauingenieur. Da ihm 1939 die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt wurde bzw. da sein Name in einer Ausbürgerungsliste im Deutschen Reichsanzeiger erschien, wissen wir, dass er kurz zuvor emigriert war.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Daten aus: UAST120/697 (Prüfungsakte); UAST 10/55 (Karteikarte Badt, Georg).

1 Liste 147 – Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 272 vom 20.11.1939, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter. 19.10.2015. <http://db.saur.de.dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=ADS-0155>

NB

BÄR

Architekturstudent/Relegation u. Selbstmord wegen rassistischer Verfolgung

Das Schicksal des Architekturstudenten Bär kennen wir durch eine Aussage des ehemaligen Studenten ↗ Erich Gebhardt. Er schilderte 1947 vor der Spruchkammer Ludwigsburg-Kornwestheim:

Als 1933 die T. H. Stuttgart die ersten Abstammungsnachweise verlangte [...] wurde mir bei der Abgabe meines Fragebogens auf dem Sekretariat der T. H. Stuttgart mitgeteilt, „dass ich nunmehr studieren könne, wo der Pfeffer wächst.“ Verschiedenen damaligen Kommilitonen erging es ebenso. Ein guter Bekannter von mir, Herr stud. arch. Bär, beging daraufhin Selbstmord.

Quellen: StA Ludwigsburg EL902/15 Bü 6490 Bl.12 (Schreiben Erich Gebhardts an Spruchkammer Ludwigsburg-Kornwestheim v. 24.11.1947)

NB

MICHAEL BAKSCHA

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1896 Feb. 26 geb., „Ostarbeiter“

1942 Juli 13–1945 Zwangsarbeiter am For-

schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Heizer

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 83, 90; UAST 202/1 S. 133

NB

JÓZSA BALOG-SPEMANN

Architekturstudentin/rassistische Verfolgung

1905 März 10 geb. in Páty (dt.: Bath) (Ungarn) als Jozefa Balog; ungarische Staatsbürgerschaft

Szilágyi Erzsébet Mädchengymnasium Budapest
Kunstgewerbeschule Budapest

WS 1930/31 Beginn des Architekturstudiums, TH Stuttgart

1933 Jan. 26 Diplomvorprüfung

1935 März 20 Diplomprüfung mit Auszeichnung bestanden

Mitarbeit im Architekturbüro von Paul Bonatz

1940 Emigration über Italien nach Bolivien, später in die USA¹

Die ungarische Architekturstudentin Józsa Balog (später verheiratete Spemann) bestand ihre Diplomprüfung nach nur sechs Semestern mit Auszeichnung. Sie emigrierte erst spät, im Frühjahr 1940, über Italien nach Bolivien. In der Volkszählung vom 17. Mai 1939 wurde sie noch erfasst, und es wurde festgehalten, dass sie mütterlicherseits jüdischer Abstammung war und damit im NS-Staat als „Mischling ersten Grades“ galt.² Balog arbeitete damals im Architekturbüro ihres Lehrers Professor Paul Bonatz,³ der wegen dieser Beschäftigung einer sogenannten „nichtarischen“ Mitarbeiterin Drohbriefe erhielt.⁴ Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs blieb sie mit der Familie Bonatz in brieflichem Kontakt.⁵ Sie lebte später wahrscheinlich in Boston oder an der Ostküste der USA, da sie – wie die Internetrecherche verrät – Ende der 1980er Jahre bis 1991 dem Museum of Fine Arts in Boston Kunstwerke (historische Textilien aus Ungarn) stiftete.⁶

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Daten aus: UAST 120/815 (Prüfungsakte); UAST 10/53 und 10/54 (Studentenverzeichnisse WS 1930/31 bis WS 1931/32).

¹ May, Roland: Pontifex Maximus. Der Architekt Paul Bonatz und die Brücken. Münster 2011, S. 701 Anm. 109; Kirchstein (wie Anm. 3) nennt als Exilland Südamerika und als Ausreisezeitpunkt 1941. Vgl. auch UAST 44/15 (Zeitzeugeninterview mit Elisabeth Schmitthenner v. 03. 04. 2014) S. 16.

2 Recherche des Bundesarchivs in der VZ-Datenbank v. 09.10.2014

3 StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 85330 (Spruchkammerakte Langbein, Heinrich: Schreiben Walter Kirchsteins v. 21.05.1946)

4 Schreiben Kurt Dübbers am 12.10.1961 an ♂ Curtis Fremond: „An die Schwierigkeiten, die Prof. Bonatz hatte, weil er Sie und auch Josa Balog noch in seinem Privatbüro beschäftigte, kann ich mich nur noch ungenau erinnern. Ich weiß aber, dass er mehrmals Drohbriefe erhielt. Ich nehme an, dass diese vom damaligen ‚Kampfbund Deutscher Architekten und Ingenieure‘ ausgingen ...“ (StA Ludwigsburg EL350 I Bü 26738 Bl. 51b).

5 Freundl. Auskunft von Herrn Peter Dübbers an den Verf. v. 24.01.2014; Kondolenzschreiben von Jozsa und Ulrich Spemann am 07.01.1957 im Archiv Paul Bonatz

6 <http://www.mfa.org/collections/object/sewing-sampler-128125>; <http://www.mfa.org/collections/object/bonnet-128169>; <http://www.davidrumsey.com/amica/amico1329064-14789.html>; https://books.google.de/books/about/The_Museum_Year.html?id=nusmAQAAMAAJ&redir_esc=y (alle 19.10.2015)

NB

PAUL BALTER

jüdischer Assistent in der Architekturabteilung

1908 Juni 14 geb. in Tiflis (Georgien)

Mommsengymnasium, Berlin

WS 1928/29–SoSe 1929 Architekturstudium, TH Stuttgart

1929 Dez. 2 Diplomvorprüfung, TH Stuttgart

[WS 1929/30–Sose 1930] Architekturstudium, TH Berlin (2 Semester)

ab WS 1930/31 Fortsetzung des Studiums an der TH Stuttgart

1933 Jan. 3 Diplomhauptprüfung, mit Auszeichnung bestanden

Emigration nach Frankreich¹

1937 als Vertreter der UdSSR Mitglied der internationalen Jury der Weltausstellung in Paris¹

Über Paul Balter, der offenbar noch zu Beginn der NS-Zeit Assistent bei Prof. Wilhelm Tiedje in der Architekturabteilung war,² wissen wir nur sehr wenig. Wahrscheinlich schützte ihn seine sowjetische Staatsbürgerschaft zunächst noch vor der rassistischen Verfolgung in Deutschland. Die Wechsel seiner Staatsangehörigkeit könnte auch ein Hinweis auf das Exilschicksal seiner Familie sein: Balter wurde im Zarenreich geboren, in den Studentenverzeichnissen der TH bis 1929 als litauischer Staatsbürger geführt, danach als Staatenloser. Später scheint er in den Aussagen seiner Professoren (s. u.) als Bürger der UdSSR.

Paul Balter gehörte zu den Schülern Prof. Paul Schmitthenners, hatte schon im Vordiplom in dessen Fach Baukonstruktionslehre sehr gut abgeschnitten, im Architekturbüro Paul Schmitthenners als Praktikant gearbeitet sowie bei diesem auch die Diplomarbeit angefertigt, die mit der Bestnote bewertet wurde. Wahrscheinlich ist er identisch mit dem Architekten Paul Balter, der 1933 ein Stipendium der Villa Massimo in Rom erhielt.³

Prof. Wilhelm Tiedje erwähnt Paul Balter in einem Rechtfertigungsschreiben zu seinem Spruchkammerverfahren:

Teil II Biographien der Verfolgten

Ebenso wurden meine Assistenten nur nach ihrer menschlichen und beruflichen Eignung ausgewählt, darunter auch in der ersten Zeit, als dies noch möglich war, ausgesprochene Gegner des Regimes (Hoffmann, Besserer, das Mitglied der roten Studentengruppe Siebrecht) und rassistisch Verfolgte (der Jude Balter und der mit einer Jüdin verheiratete Assistent Schütte).⁴

Prof. Paul Schmitthenner berief sich ebenfalls auf den Kontakt zu Paul Balter, um sich bei seinem Entnazifizierungsverfahren zu entlasten:

Den russischen Volljuden Paul Balter habe ich als meinen Mitarbeiter beschäftigt und habe ihm nachdem er gezwungenerweise von der Bildfläche verschwinden musste die Wege im Elsass durch meine dortigen Freunde geebnet von wo er dann später mit seiner Frau (Volljüdin) nach Paris ging. Ich stand mit ihm in freundschaftlicher Verbindung bis zum Jahr 37 als Balter in der internationalen Jury der Weltausstellung Paris als Vertreter Russlands war. Seither sind Nachrichten von ihm ausgeblieben.⁴

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Daten aus: UAST 120/819 (Prüfungsakte); UAST 10/48, 10/49, 10/53, 10/54 (Studentenverzeichnisse 1928–1932).

1 Privatarchiv Paul Schmitthenner, München: Text „Meine Fürsorge um halbjüdische und jüdische Studierende“ von Paul Schmitthenner [verfasst von die Jahreswende 1946/1947]

2 In einem Schreiben des ehemaligen Studenten Frank Beyer an Paul Schmitthenner wird Paul Balter auch als langjähriger Hilfsassistent am Lehrstuhl Paul Schmitthenners bezeichnet: Privatarchiv Paul Schmitthenner, München („Politisches Zeugnis“ Frank Beyers für Paul Schmitthenner v. 16.01.1947).

3 http://www.mauspfeil.com/Villa_Massimo.html (21.10.2015)

4 StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 76998 Bl. 28 f. (Spruchkammerakte Tiedje, Wilhelm: Text „Zu meiner Rechtfertigung“ v. 04.11.1945)

NB

BASS

jüdischer Chemiestudent

Den jüdischen Chemiestudenten mit Nachnamen Bass kennen wir nur aus einem Brief Professor Erwin Otts, den dieser in seinem Spruchkammerverfahren an den Minister für politische Befreiung schrieb und in dem er zu seiner Entlastung den Tatbestand anführte:

Besondere Unterstützung und wissenschaftliche Förderung jüdischer Studenten (Fälle Weissenburger, Oppenheimer, Mendelsohn, Jesajas, Bass, Katzenstein)

Quellen: StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 86536 (Spruchkammerakte Ott, Erwin) Bl. 95 (Brief Otts v. 01.03.1949 an Minister für politische Befreiung)

NB

JULIUS BAUM

a. o. Professor für mittelalterliche Kunstgeschichte/
Entlassung aus rassistischen Gründen

1882 April 9 geb. in Wiesbaden

1891–1900 Besuch des humanistischen
„Königlichen Gymnasiums zu Wiesbaden“¹

1900 März Reifeprüfung am humanistischen
„Königlichen Gymnasium zu Wiesbaden“

1900–1905 Studium der Kunstgeschichte, Ge-
schichte und Geographie an den Universitäten
München, Berlin und Tübingen

1905 Promotion über „Die Kirchenbauten
des Heinrich Schickhardt (1558–1634)“ an der
Universität Tübingen bei Konrad Lange²

1905–1907 Studium der klassischen Archäolo-
gie in München

1905–1907 Studienreisen ins Ausland²

1907 Austritt aus dem Judentum¹

1908 Lehrer für Kunstgeschichte an der Kunst-
gewerbeschule

1908–1912 Volontär an der „Königlichen
Staatssammlung vaterländischer Kunst- und
Altertumsdenkmale“ (dem späteren Württem-
bergischen Landesmuseum, heute Landes-
museum Württemberg) in Stuttgart²

1912–1914¹ Assistent an der „Königlichen
Staatssammlung vaterländischer Kunst- und
Altertumsdenkmale“

1912 Habilitation an der Technischen Hoch-
schule Stuttgart bei Heinrich Weizsäcker mit
der 1911 erschienenen Publikation „Die Ulmer
Plastik um 1500“

seit 1912² Privatdozent an der Technischen
Hochschule Stuttgart

1912–1925² Lehrbeauftragter an der Kunst-
akademie Stuttgart

1914–1918 Teilnahme als Kriegsfreiwilliger am
Ersten Weltkrieg

1917 Unteroffizier und Sachverständiger für
Kunstschutz in Belgien¹



1918 Julius Baum wird Mitglied der evange-
lischen Bergkirchengemeinde in Wiesbaden,
Taufe¹

seit 1919 außerordentlicher Professor für
mittelalterliche Kunstgeschichte an der TH
Stuttgart

seit 1922 Konservator und Landesbeamter
am „Museum für vaterländische Altertümer
Stuttgart“ und Mitarbeiter am Württembergi-
schen Landesamt für Denkmalpflege Stuttgart

1922–1933 Lehrauftrag an der Technischen
Hochschule Stuttgart, der Julius Baum kurz
nach der Verabschiedung des „Gesetzes zur
Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“
vom 7. April 1933 entzogen wird³

Ende 1923 Wahl Julius Baums zum Leiter des Museums der Stadt Ulm durch den Ulmer Gemeinderat

1924–1933 Direktor des Museums der Stadt Ulm

1925 Okt. 4 Neueröffnung des „Museums der Stadt Ulm“

1929 Juli 5 Heirat mit Emma Gruner, Tochter eines Esslinger Seifenfabrikanten

1933 März 18⁴ Zwangsbeurlaubung als Museumsleiter

1933 Mai 29 Kündigung und Beantragung der Pensionierung durch den Staatskommissar für die Verwaltung der Stadt Ulm, Friedrich Foerster, aufgrund von §3 Absatz 1 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums“ vom 7. April 1933⁵

Herbst 1933 Umzug der Familie Baum nach Stuttgart-Degerloch

1934 Febr. 1 mit Erhalt der ersten Ruhegehaltzahlung Versetzung in den vorzeitigen

Ruhestand aufgrund von §3 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums“ vom 7. April 1933^{1,2}

1938 Nov. 11² nach der Reichspogromnacht mehr als vierwöchige „Schutzhaft“ im Konzentrationslager Welzheim

Frühjahr 1939 Flucht in die Schweiz (nach Bern)

1939–1946 Schweizer Exil

1941 Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit

1946 Okt. auf Einladung des damaligen württembergisch-badischen Kultministers Theodor Heuss Rückkehr nach Deutschland²

1947 Dez. 14–1952 Direktor an den Landes-kunstsammlungen Stuttgart, Abteilung Landes-museum²

seit dem WS 1947/48⁶ Honorarprofessor an der Technischen Hochschule Stuttgart

1959 Okt. 27 gest. in Stuttgart, Bestattung im Grunerschen Familiengrab in Esslingen²

Als Abkömmling einer wohlhabenden jüdischen Fabrikantenfamilie befand sich Julius Baum, der Sohn Hermann Baums senior (1850–1914), Teilhabers der Firma „Nassauische Leinenindustrie“, in der glücklichen Lage, die Wahl seines Studienfachs seinen Interessen entsprechend auswählen zu dürfen. Auch wenn sich die Mehrheit der männlichen Familienmitglieder für die kaufmännische Laufbahn entschied, stand schon für den Abiturienten fest, dass er seine Lebensaufgabe in der Erforschung von Kunst, der Vermittlung ihrer Geschichte und der Bewahrung von Kunstdenkmälern sah. Schon in der Auswahl der von ihm an den Universitäten Berlin, Tübingen und München belegten Fächer deutete sich sein Streben nach umfassender Bildung an. So interessierte sich der Student nicht nur für Kunstgeschichte, Geschichte und Landeskunde, sondern auch für Literaturgeschichte, Religionsphilosophie, Chemie, Mineralogie, Medizin und Geologie. Nach einem Studienjahr in Berlin wechselte der wissbegierige Student an die Ludwig-Maximilians-Universität München, wo Karl Voll (1867–1917) und Heinrich Wölfflin (1864–1945) ihn unterrichteten. 1903 zog es Julius Baum an die Universität Tübingen, wo er zwei Jahre später beim damaligen Rektor der Universität Tübingen, Konrad Lange (1855–1921), eine Dissertation über die Kirchen des Renaissance-Bau-meisters Heinrich Schickhardt (1558–1634) vorlegte. Mit der Promotion beendete der junge Kunsthistoriker seine Studien an der Universität nicht, sondern absolvierte noch ein zweites Studium. Neben seiner intensiven Beschäftigung mit der klassischen

Archäologie führten ihn in den Jahren 1905 bis 1907 mehrere längere Forschungsreisen ins Ausland.

Die Beschäftigung mit christlich-abendländischer Kunst mag es gewesen sein, die die Abwendung Julius Baums von den jüdischen Wurzeln seiner Familie beschleunigte.⁷ War sein Großvater Joseph Maier Baum 1843 zum Vorsteher der Israelitischen Gemeinde Schiersteins gewählt worden, wuchs der Enkel in einer gut situierten Wiesbadener Unternehmerfamilie auf, die der liberalen israelitischen Einheitsgemeinde der Stadt angehörte. Seine „weitgehend assimilierte Familie“⁷ verstand das Judentum „als eine Religion der Humanität“ und praktizierte ein „liberales konfessionalisiertes Judentum“.⁸ Auch wenn die Familie Baum ein „modernes Judentum“ vertrat, in dem das Hinterfragen und Antasten des Überlieferten erwünscht und neueste Erkenntnisse aus Technik und Naturwissenschaft in den Glaubensalltag mit einbezogen wurden, war für Julius Baum der Bruch mit der jüdischen Familientradition offenbar nur eine Frage der Zeit. 1907 trat er offiziell aus dem Judentum aus. Der mit der Taufe vollzogene Übertritt zum Protestantismus, mit dem er Mitglied der Bergkirchengemeinde in Wiesbaden wurde, erfolgte allerdings erst viele Jahre später, im Januar 1918.

Seine erste Stelle führte Julius Baum in seine Wahlheimat Stuttgart, wo er zunächst als Volontär und seit 1912 als Assistent an der „Staatssammlung vaterländischer Kunst- und Altertumsdenkmale“ tätig war. Verbunden mit dieser Anstellung am späteren Württembergischen Landesmuseum (heute Landesmuseum Württemberg) war eine Tätigkeit am Landeskonservatorium, dem heutigen Landesamt für Denkmalpflege Baden-Württemberg.⁹ Baum sah seine Aufgabe als Denkmalpfleger vor allem in der Erhaltung und Dokumentation der ihm anvertrauten Kunstdenkmäler. Als Anhänger des Heimatschutzgedankens trat er dem im Jahre 1909 gegründeten „Schwäbischen Heimatbund“ als Mitglied bei. Mit seiner wissenschaftlichen Arbeit „Die Ulmer Plastik“ von 1911, mit der er die spätmittelalterliche Kunst der Stadt erstmals erschloss, wurde nun auch die Fachwelt auf ihn aufmerksam. Ein Jahr später konnte sich Julius Baum mit dieser Arbeit bei Heinrich Weizsäcker (1862–1945) am Institut für Kunstgeschichte der Technischen Hochschule Stuttgart habilitieren, wo er fortan als Privatdozent forschte und lehrte. Bevor der vielseitig interessierte Kunsthistoriker die Kunst des Mittelalters und Frühmittelalters in Schwaben, Ulm, Südwestdeutschland und Italien zu erforschen begann, beschäftigte er sich, wie die frühen Veröffentlichungen zeigen, vor allem mit der württembergischen Spätrenaissance, gefolgt von der Renaissance in Italien und Südwestdeutschland. Erst in einer späteren Phase seines Schaffens, besonders während der Schweizer Exiljahre, verlagerte sich sein Forschungsschwerpunkt auf die merowingische Plastik und die frühchristliche Kunst.

Bevor Julius Baum in Stuttgart seine Karriere als Forscher, Pädagoge und Denkmalpfleger erfolgreich fortsetzte, meldete er sich zu Beginn des Ersten Weltkriegs als Kriegsfreiwilliger. Auch sein Bruder Franz entschied sich für den Kriegsdienst. Wie die beiden Söhne waren auch die Eltern – wie die Mehrheit der assimilierten deutschen Juden¹⁰ – „deutschnational und streng patriotisch“ eingestellt. Da Baum nach der Schlacht bei Yser im Oktober 1914 für frontuntauglich erklärt wurde, erschloss er sich eine seinen Interessen entsprechende Aufgabe in den von der deutschen Armee besetzten Gebie-

ten im Westen, die er selbst anregte.¹⁰ So sollte eine von deutschen Wissenschaftlern durchgeführte Bestandsaufnahme belgischer Kunstdenkmäler „dem Vorwurf des Vandalismus entgegen wirken“.¹⁰ Im Sommer 1917 bis 1918 arbeitete Julius Baum als Kunst-sachverständiger für die Provinzen Limburg und Lüttich.

Nach seiner Rückkehr nach Stuttgart wurde er ab 1922 verbeamteter Konservator bei den Landeskunstsammlungen in Stuttgart und Leiter der Abteilung Kunstdenkmalpflege im Württembergischen Landesamt für Denkmalpflege, wo er von 1922 bis 1924 eine Bestandsaufnahme der Kunstdenkmäler in den Oberämtern Blaubeuren, Biberach, Münsingen und Geislingen erarbeitete. 1921/22 nahm er zusätzlich den Aufbau der kunstpädagogischen Abteilung der „Stuttgarter Volksbildungsanstalten“ in Angriff, mit der ihn Theodor Bäuerle (1882–1956), der 1947 württembergisch-badischer Kultminister (1947–1951) wurde, beauftragt hatte. Mit der finanziellen Beteiligung seiner Freunde Robert Bosch (1861–1942) und Ernst Louis Laiblin (1861–1927) tätigte Julius Baum in diesen Jahren „wichtige Ankäufe“¹¹ für die Staatssammlung. Zentrale Bedeutung für den Kunsthistoriker, der seit 1908 an der Kunstgewerbeschule und seit 1912 an der Kunstakademie Stuttgart unterrichtete, hatte die Vermittlung von Kunst für unterschiedliche Zielgruppen. Auch der Umgang mit seinen Schülern und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses waren dem seit 1912 an der Technischen Hochschule Stuttgart lehrenden Privatdozenten sehr wichtig, der nach dem Rücktritt Heinrich Weizsäckers (1862–1945) dessen Vertreter als Ordinarius für Kunstgeschichte wurde.¹⁰

Julius Baum wird im Rückblick als „progressiver Gründungsdirektor“¹² des 1925 eröffneten „Museums der Stadt Ulm“ gerühmt, der aus den Sammlungen des einstigen Gewerbemuseums ein „neues, vorbildliches Museum für Kunst- und Kulturgeschichte“ entstehen ließ. Dieses ergänzte er durch eine „Moderne Galerie“, die er durch Ankäufe immer weiter auszubauen verstand. Doch der „Museumsdirektor zwischen Tradition und Moderne“¹³, der neben dem Gespür für die Moderne auch die alten Bestände zu integrieren, neu zu ordnen und zu einem stimmigen Gesamtkonzept zu vereinen verstand, hatte als innovativer Ulmer Neuzugang in der Stadt von Anfang an einen schweren Stand. Auch wenn er erfolgreich mit anderen Kultureinrichtungen zu kooperieren vermochte und Sponsoren und Stifter für sein Konzept gewinnen konnte, stimmte die Mehrheit der Ulmer nicht mit Baum darin überein, dass Tradition und Moderne keine Gegensätze bildeten.¹⁴ Das Verständnis der Bevölkerung für zeitgenössische Kunst war alles andere als ausgeprägt, und die durch Baum geförderte „Öffnung des lokalhistorischen Museums“ für internationale und besonders für französische Kunst wurde mit Argwohn beobachtet. Vor allem den konservativen Freunden des alten Gewerbemuseums missfiel Baums neuartiges Konzept, da er auch nicht davor zurückschreckte, Exponate zu tauschen, „in das Depot zu verbannen“ oder sogar zu verkaufen.¹⁵ Auch sein Verhältnis zum Ulmer Oberbürgermeister war und blieb schwierig, da Letzterer Baums häufige Dienstreisen und sein starkes Engagement in Stuttgart beanstandete, auch wenn er Baums Werben für die Moderne durchaus unterstützte.

1929 hätte der sich zuspitzende Konflikt zwischen dem vermeintlich eigenmächtigen Museumsgründer und dem Stadtoberhaupt beinahe zur Entlassung Baums durch Emil Schwamberger (1882–1955) geführt.¹⁵ Baum konnte zwar bleiben, doch häuften

sich die Anfeindungen gegen seine Museumspolitik und seine Person nun aus einem anderen Grund. So hatten die Ulmer Öffentlichkeit und die Stadtspitze schon vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten die engen Kontakte Julius Baums zu jüdischen Kunsthändlern beanstandet, die in den 1920er Jahren den deutschen Kunsthandel dominierten.¹⁶ Julius Baum war es durch seine „hervorragenden Kontakte zu namhaften Kunsthändlern“¹⁶ gelungen, mit einem geringen Etat in sehr kurzer Zeit eine erstaunliche Sammlung von Werken der Gegenwartskunst zu präsentieren. Er pflegte Kontakte zu Kunsthändlern in ganz Deutschland und konnte mit Leihgaben zahlreiche Einzelausstellungen realisieren. Besonders eng war sein Kontakt zur Galerie Alfred Flechtheims (1878–1937), zu dessen Mitarbeiter Gustav Kahnweiler, einem Bruder des Pariser Galeristen Daniel-Henry Kahnweiler, und zu dem kurzzeitig in Ulm tätigen Galeristen und Verleger Jakob Hermelin. Flechtheim und Hermelin stifteten dem Ulmer Museum eine Reihe von Graphiken. Die Kritiker Baums forderten ihn auf, die Ulmer Kunsthändler stärker zu berücksichtigen. Die gleiche Forderung richtete sich auf die von Julius Baum in Ulm gezeigten Künstler und die von ihm erworbenen Kunstwerke für die Galerie der Moderne. Auch wenn deutsche und auch Schweizer Künstler die von Baum aufgebaute Sammlung dominierten, wurden die wenigen Ankäufe französischer Künstler – so von Paul Sérusier, Eugène Delacroix, Maurice de Vlaminck, Marie Laurencin und Lucien Adrien – von „populistischen Schreibern“¹⁵ derart heftig angegriffen, dass der Ulmer Gemeinderat 1926 den Etat für den Ankauf moderner Kunst strich.

Auch wenn Julius Baum schon 1907 aus dem Judentum ausgetreten war, nahmen ab 1930 die antisemitisch gefärbten Diskreditierungsversuche der nun auch in Ulm zunehmenden Anhängerschaft der NSDAP gegen ihn stetig zu. Seine Kontakte zu jüdischen Kunsthändlern wurden zum Anlass genommen, ihm „Mauschelgeschäfte mit seinen Rassegenossen“¹⁷ zu unterstellen. 1932 strengte der Ulmer Verleger Karl Höhn eine öffentlich ausgetragene Kampagne gegen Julius Baum an, dem er „dubiose Geschäfte“ und die Annahme von Schmiergeld vorwarf. Oberbürgermeister Emil Schwamberger erstattete Anzeige gegen Höhn wegen Verleumdung. Auch Julius Baum selbst unternahm rechtliche Schritte zu seiner Verteidigung und verklagte Höhn ebenfalls wegen Verleumdung.¹⁸ Zwar wurde Höhn im Juni 1932 wegen Verleumdung verurteilt, doch wurde das Urteil im Zuge der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten nicht mehr vollstreckt. Im gleichen Jahr wurde eine weitere Kampagne von dem der NSDAP angehörenden Wilhelm Dreher, der sowohl Reichstags- als auch Gemeinderatsmitglied in Ulm war, gegen Julius Baum angestrengt. Er und sechs weitere NSDAP-Mitglieder, die ebenfalls im Ulmer Gemeinderat vertreten waren, richteten eine „mit Unterstellungen gespickte Anfrage“¹⁷ an den Gemeinderat und beantragten die Einrichtung einer Untersuchungskommission gegen Julius Baum. Auch in dieser Situation stellte sich der Oberbürgermeister vor seinen Mitarbeiter und versuchte, Dreher und seine Fraktion wegen Verleumdung rechtlich zu belangen. Im März 1933 ordnete er weitere Schritte zum Schutze des Museums an.¹⁷ Am 17. März 1933 wurde Emil Schwamberger schließlich von den Nationalsozialisten beurlaubt, die Stadtverwaltung von „demokratischen Elementen gesäubert“. Im Sommer 1933 wurde er selbst aus der Stadt verjagt. Am Tag nach der Beurlaubung seines Vorgesetzten wurde auch Julius Baum wegen seiner Museumspolitik und seiner

jüdischen Abstammung beurlaubt. Nachdem mit dem Erlass des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 die vermeintlich „rechtliche“ Grundlage für die „Entfernung“ von Personen „nicht arischer Abstammung“, wie es in §3 des Gesetzes lautete, aus ihren Ämtern geschaffen war, erhielt Julius Baum Ende Mai 1933 ein Kündigungsschreiben vom Staatskommissar für die Stadt Ulm, Friedrich Foerster. In einem Verteidigungsschreiben an Foerster beteuerte Baum daraufhin, dass seine politische Einstellung immer „deutsch-national“ gewesen sei und dass er stets die „heimatlichen und nationalen Belange durch wissenschaftliche Forschung, Lehr- und Verwaltungstätigkeit gepflegt“¹⁹ habe.

Im Mai 1933 wurde Julius Baum auch von seiner Lehrtätigkeit an der Technischen Hochschule suspendiert.²⁰ In Ulm hatte der nationalsozialistische Gemeinderat inzwischen beschlossen, dass das einstige Großprojekt Baums nun als Heimatmuseum zu führen sei. Julius Baum wurde verjagt und viele der von ihm angekauften Bilder wurden schon 1933 – vier Jahre vor der eigentlichen „Säuberung“ der deutschen Museen – entfernt. Im August 1933 wurden im Ulmer Museum die Erwerbungen Julius Baums für die „Moderne Galerie“ in einer „Schmähausstellung“ gezeigt, in der neben den Bildern jeweils die Ankaufssumme und der Name des Galeristen angegeben wurden. Ähnliche „Schandausstellungen“ fanden nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten auch in vielen anderen Städten – beispielsweise in Nürnberg, Mannheim, Stuttgart, Karlsruhe und Dresden – statt. Bis etwa 1937 hielten trotz der Hetzkampagnen der Nationalsozialisten gegen Julius Baum noch einige Ulmer Persönlichkeiten zu ihm und setzten sich auch öffentlich für ihn ein. So auch der Ulmer Stadtpfarrer Oskar Gageur, der im Mai 1937 auf einer Sonderseite der NS-Hetzschrift „Flammenzeichen“ mit dem Titel „Der Jude kauft – Hochwürden lobt“ zusammen mit Julius Baum erheblich beleidigt wurde. Auch zeigte der Artikel Abbildungen der Arbeiten der als „entartet“ diffamierten Künstler Marc Chagall, Emil Nolde, Oskar Kokoschka, Paul Klee und weiterer Künstler. Ihre Werke wurden im gleichen Jahr aus dem Ulmer Museum entfernt. Die Autoren des anonym erschienenen Artikels waren Carl Kraus und der Kreispropagandaleiter Max Hörburger.²¹

Ende des Jahres 1933 verließ Julius Baum schließlich Ulm und zog mit seiner Frau Emma und den beiden Kindern Gertrud und Konrat nach Stuttgart, wo er von nun an ständig von der Stuttgarter Gestapo überwacht wurde. Nach seiner Entlassung, die einem Berufsverbot gleichkam, blieb er wissenschaftlich tätig und hielt – vermutlich gegen Honorar – private kunstgeschichtliche Vorlesungen in seiner Wohnung ab. 1936 erhielt er einen Inventarisierungsauftrag, den er später in Bern ausführte. Zwei Jahre später ordnete der von den Nationalsozialisten in Ulm eingesetzte Oberbürgermeister Friedrich Foerster geheime Nachforschungen über Baum an. Sein Ziel war es, die Ruhegehaltszahlungen für Julius Baum gegebenenfalls einstellen zu können.²² Im gleichen Jahr wurde Julius Baum während der Stuttgarter Pogromnacht verhaftet, aus der Stadt verschleppt und als „fremdrassig“ in das KZ Welzheim gesperrt.²³ Für die Nationalsozialisten galt der 1918 mit der Taufe zum evangelischen Glauben konvertierte Julius Baum als „Volljude“. Schon bei ihrer Ankunft wurden die jüdischen Häftlinge „brutal misshandelt“.²⁴ Gesundheitlich schwer geschädigt kam der einstige Stuttgarter Professor nach mehreren Monaten Haft schließlich frei, da Hermann Göring alle jüdischen Häftlinge

entlassen ließ, die – wie Julius Baum – im Besitz des Ehrenkreuzes für Frontkämpfer waren oder, in Einzelfällen, eine Frontkämpfertätigkeit nachweisen konnten.²⁴

Nur durch die Hilfe Schweizer Freunde wie des Schweizer Landeskonservators und Professors Linus Birchler gelang Julius Baum schließlich noch in letzter Minute die rettende Flucht in die Schweiz. Seine Familie konnte erst später nachkommen. Da ihm nach der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz 1941 die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt wurde, verlor er damit auch seine Versorgungsansprüche. Bis Oktober 1946 konnte die Familie in Bern nur durch die Unterstützung der evangelischen Flüchtlingshilfe des Kantons Bern leben. Der Direktor des Historischen Museums der Stadt Bern, Rudolf Wegeli, gab ihm Arbeit. 1941 erschien der von Julius Baum bearbeitete Katalog der kirchlichen Skulpturen des Historischen Museums Bern. Einen weiteren Auftrag erhielt er vom Stadtarchiv Luzern, für das Baum „die frühmittelalterlichen Denkmäler der Schweiz und ihrer Nachbarländer“ bearbeitete.

Nach 1945 erreichte Julius Baum in der Schweiz eine Einladung des damaligen württembergisch-badischen Kultministers und späteren Bundespräsidenten, Theodor Heuss, den Baum noch aus seinem ersten Semester in München kannte. Heuss eröffnete Baum die Möglichkeit der Remigration und der Leitung des Wiederaufbaus und der Neueinrichtung des Württembergischen Landesmuseums. Baum sagte zu und kehrte am 25. Oktober 1946 in das vom Krieg zerstörte Stuttgart zurück, wo er mit seiner Familie in dasselbe Haus in der Melittastraße 9 einzog, in dem die Familie vor dem Krieg gewohnt und ein für zahlreiche Künstler „offenes Haus“ gepflegt hatte. In seiner neuen alten Wahlheimat angekommen, wurde er Direktor des Württembergischen Landesmuseums und beaufsichtigte den Wiederaufbau des zerstörten Alten Schlosses. Er erhielt auch eine neue Staatsangehörigkeitsurkunde, die 1949 ausgestellt wurde.

Auch in Ulm dachte man zum Zeitpunkt der Rückkehr Baums über ähnliche Signale der Wiedergutmachung an den in der Zeit des Nationalsozialismus aus der Stadt Vertriebenen nach. Auch wenn ihm seine alte Stelle als Museumsdirektor nicht angetragen wurde und einem anderen die Aufgabe der Rückführung der ausgelagerten Bestände übertragen wurde, war er den Ulmern gegenüber offenbar ohne Groll. Dem neuen Museumsleiter Joseph Kneer, einem Maler und Oberstudienrat, stand er „mit Rat und Tat zur Seite“ und hielt bei der Wiedereröffnung des Ulmer Museums den Festvortrag.²⁵

Im Februar 1947 wurde Julius Baum vom Rektor der Technischen Hochschule Stuttgart, Richard Grammel, um Hilfe bei der Beschaffung von Lampen für Projektionszwecke aus der Schweiz gebeten, die in Stuttgart zum damaligen Zeitpunkt für Übungen und Vorlesungen dringend gebraucht wurden, aber in der Stadt offenbar nicht zu bekommen waren.²⁶ Baum sagte seine Hilfe zu und bat den Direktor des Städtischen Gymnasiums der Stadt Bern, Max Moser, „auf Grund einer Stiftung und mit der nötigen Ausfühlerlaubnis wenigstens einige Lampen“ nach Stuttgart zu bringen, da sich an der dortigen Hochschule „der Mangel an Projektionslampen sehr störend bemerkbar“²⁷ mache. Zwei Monate später erhielt er zu seinem 65. Geburtstag Post des Prorektors der Technischen Hochschule Stuttgart, Professor Rothmund, der zu entnehmen ist, dass Julius Baum auch von dieser Seite Wiedergutmachungsbemühungen erreicht hatten, die er zu diesem Zeitpunkt bereits angenommen hatte:

... Zur rechten Zeit haben wir noch in Erfahrung gebracht, dass dieses schöne Heute Ihr Festtag ist, der Jubiläumstag, an dem in besseren Zeiten dem Beamten vergönnt war, sein otium cum dignitate anzutreten. Stattdessen sind Sie nach schweren Erlebnissen und dem ‚härtesten Winter‘ Ihres Lebens erst vor kurzem zurückgekommen, um Ihre ganze, glücklicherweise ungebrochene Kraft dem Wiederaufbau der Heimat, insbesondere dem Stuttgarter Landesmuseum und der Technischen Hochschule zu widmen. Mit Freude benutzt die Technische Hochschule die Gelegenheit, Ihnen zu Ihrem Festtage die herzlichsten Glück- und Segenswünsche auszusprechen und damit den aufrichtigsten Dank zu verbinden, dass Sie heimgekommen sind und uns in hochherziger Weise ohne Bitterkeit Ihr reiches Wissen für die Unterrichtung unserer Jugend wieder zur Verfügung stellen. Mögen Ihnen die starke Lebenskraft, die ungewöhnliche körperliche und geistige Frische, der Sie sich erfreuen dürfen, noch lange erhalten bleiben zur Freude und zum Glück Ihrer Familie und zum Nutzen und Segen unserer Hochschule.²⁸

Seit dem Wintersemester 1947/48 konnte Julius Baum als Honorarprofessor seine Vorlesungen an der Technischen Hochschule Stuttgart wieder abhalten. Als im Jahre 1952 die Verlängerung der Lehrtätigkeit Julius Baums ein weiteres Mal beim Kultministerium beantragt wurde, war es nicht in erster Linie das Argument des auch künftig bestehenden Bedarfs eines derart erfahrenen Gelehrten, das gegenüber dem Ministerium vorgebracht wurde, sondern vielmehr das Wiedergutmachungsbestreben der Technischen Hochschule Stuttgart im Falle Baums, der trotz des ihm widerfahrenen Unrechts zurückgekehrt war:

Die Fakultät für Natur- und Geisteswissenschaften überreicht hiermit dem Kultministerium den Antrag, die Lehrtätigkeit des apl. Professors Dr. Julius Baum für das Fach Kunstgeschichte über die Vollendung seines 70. Lebensjahres im April 1952 hinaus bis auf weiteres zu verlängern. Es handelt sich um den Fall einer Wiedergutmachung, da bekanntlich Herr Professor Baum durch den Nationalsozialismus jahrelang in der Ausübung seiner Tätigkeit verhindert worden war.²⁹

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus der von Myrah Adams verfassten, von Brigitte Reinhardt (Ulmer Museum) herausgegebenen und 2006 in Ulm veröffentlichten Publikation „Julius Baum: Museumsdirektor zwischen Tradition und Moderne“ sowie aus der Personalakte von Julius Baum, UAST 57/275 und der Personalakte des Kultusministeriums von Julius Baum, HStA Stuttgart EA 3/150 Bü 93.

1 Mechthild Maisant, Kurzbiographie Julius Baum, Wiesbadener Stadtlexikon, Homepage des Stadtarchivs Wiesbaden: https://www.wiesbaden.de/microsite/stadtlexikon/a-z/baum_julius.php (24.07.2015)

2 Myrah Adams: Julius Baum. Museumsdirektor zwischen Tradition und Moderne. Hrsg. von Brigitte Reinhardt, Museum Ulm. Ulm 2006, S. 73

3 Adams, Julius Baum (wie Anm. 2) S. 48 und 73. Siehe auch Chronik der Stadt Stuttgart 1933–1945 S. 25 sowie Voigt, Universität Stuttgart S. 36.

4 Adams, Julius Baum (wie Anm. 2) S. 48

5 Adams, Julius Baum (wie Anm. 2) Q 1 (Schreiben Bürgermeisteramt Ulm an die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung vom 29. Mai 1933). §3 Absatz 1 des am 7. April 1933 erlassenen „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ sah die Versetzung von „Beamten nicht arischer Abstammung“ in den Ruhestand vor.

Teil II Biographien der Verfolgten

sönlichkeiten in Wort und Bild. Bd. 1. Berlin 1930, S. 74 f.; Kurzbiographie Julius Baum, in: Wer ist's? Unsere Zeitgenossen. Hrsg. von Hermann A. L. Degener. 10. Auflage Berlin/Leipzig 1935, S. 71; Kurzbiographie Julius Baum, in: Wer ist Wer? Berlin-Grunewald 1948, S. 18; Kurzbiographie Julius Baum, in: Handbuch der deutschen Wissenschaft. Bd. 2. Bibliographisches Verzeichnis. Hrsg. vom Fr. K. Koetschau-Verlag, Berlin 1949, S. 816; Kurzbiographie Julius Baum, in: Kürschners deutscher Gelehrtenkalender. Jg. 7, Berlin 1950, S. 82 f.; Baum, Konrat: Julius Baum. Schriften zur Kunstgeschichte, in: Neue Beiträge zur Archäologie und Kunstgeschichte Schwabens. Julius Baum zum 70. Geburtstag am 9. April 1952 gewidmet. Stuttgart 1952, S. 240–246; Kurzbiographie Julius Baum, in: Klimesch, Karl Ritter von (Hrsg.): Köpfe der Politik, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft. Augsburg 1953, S. 73; Kurzbiographie Julius Baum, in: Wer ist wer? 12. Auflage von Degeners Wer ist's? Berlin-Grunewald 1955, S. 48; Hoffmann, H.: In memoriam Professor Dr. Julius Baum, in: Nachrichtenblatt der Denkmalpflege in Baden-Württemberg 2 (1959), Heft 3, S. 88; Fleischhauer, Werner: Zum Tode von Professor Dr. Julius Baum, in: Schwäbische Heimat 11 (1960), Heft 1, S. 25–27; Schmid, Alfred A.: „In Memoriam Julius Baum“, in: Unsere Kunstdenkmäler 11 (1960), Heft 1, S. 20–22; Deusch, Werner R.: Nachruf Julius Baum, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 19 (1960/61), S. 184 f.; Zelzer, Weg und Schicksal S. 198, 428; Kurzbiographie Julius Baum, in: Stockhorst, Erich: 5000 Köpfe. Wer war was im Dritten Reich? Kiel 1967, S. 45; Voigt, Universität Stuttgart S. 36; Kurzbiographie Julius Baum, in: Tetzlaff, Walter: 2000 Kurzbiographien bedeutender deutscher Juden des 20. Jahrhunderts. Lindhorst 1982, S. 19; Leipner, Kurt (Hrsg.): Chronik der Stadt Stuttgart 1933–1945. Stuttgart 1982 (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart, 30), S. 25; Kurzbiographie Julius Baum, in: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Bd. 2. München u. a. 1983, S. 60; Walk, Joseph: Kurzbiographie Julius Baum, in: Kurzbiographien zur Geschichte der Juden. 1918–1945. München/New York/London/Paris 1988, S. 22; Röttgen, Herwarth: Nachvollziehbare Gedanken zur Geschichte des Instituts für Kunstgeschichte, in: Johannes Zahlten (Hrsg.): 125 Jahre Institut für Kunstgeschichte Universität Stuttgart. Stuttgart 1991 (Reden und Aufsätze, 41), S. 28–42; Kurzbiographie Julius Baum, in: Renkhoff, Otto: Nassauische Biographie. 2. Aufl. Wiesbaden 1992, S. 34; Adams, Myrah: Kunst und Kultur in Ulm 1933–1945. Katalog zur Ausstellung im Ulmer Museum 28. Februar bis 25. April 1993. Hrsg. vom Ulmer Museum. Ulm 1993, S. 48 ff.; Kurzbiographie Julius Baum, in: Deutsche Biographische Enzyklopädie. Hrsg. von Walther Killy. Bd. 1. München u. a. 1995, S. 332; Kurzbiographie Julius Baum, in: Wendeland, Ulrike: Biographisches Handbuch deutschsprachiger Kunsthistoriker im Exil. Bd. 1. München 1999, S. 27–31; Adams, Myrah: Julius Baum: Museumsdirektor zwischen Tradition und Moderne. Hrsg. von Brigitte Reinhardt, Museum Ulm. Ulm 2006; Degreif, Uwe: Die Verfolgung von Bildenden Künstlern an Fallbeispielen in Oberschwaben, in: Weber, Edwin (Hrsg.): Opfer des Unrechts. Stigmatisierung, Verfolgung und Vernichtung von Gegnern durch die NS-Gewaltherrschaft an Fallbeispielen aus Oberschwaben. Stuttgart 2009 (Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Sigmaringen, 11), S. 137–158

KN

GUIDO BENZMÜLLER

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1898 Dez. 19 geb. in Walpershofen, französischer Staatsbürger

1941 Mai 20–1943 April 13 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Mechaniker

Quellen: UAST 131/3/75; UAST 202/1 S. 13

NB

WALTER BETTING

Architekturstudent/zeitweise Verdrängung
aus rassistischen Gründen

1918 Juli 29 geb. in Stuttgart

Vater: Eugen Betting, Beamter im höheren
Postdienst

1937 Abitur am Dillmann-Gymnasium Stutt-
gart

1937 April 3-1937 Okt. 23 Reichsarbeits-
dienst

1937/38 Baupraktikum für das Architektur-
studium

1938 April 1 Immatrikulation, TH Stuttgart für
das Fach Architektur

1940 Frühjahr-1941 Herbst Wehrdienst

1942 April 21 Vordiplom

1943 März 31 Zwangsexmatrikulation

1944 März 9

Diplomhaupt-
prüfung

1944 Dienst-
verpflichtung als
Architekt für Bau-
ten unterirdischer

Flugzeugfabriken in Leonberg und Vaihingen/Enz

1945 Architekt im Wiederaufbau und für die
amerikanischen Besatzungstruppen. Danach freier
Architekt und Realisierung von über 100 Projek-
ten.

2008 Jan. 1 gest.¹



Walter Betting entstammte einer bildungsbürgerlichen, musisch orientierten Stuttgarter Familie. Seine Mutter galt nach den NS-Rassegesetzen als Jüdin. Der daraus resultierende Status Bettings als sogenannter „Mischling ersten Grades“ brachte ihm offenbar keinerlei Diskriminierungen durch seine Klassenkameraden am Dillmann-Gymnasium ein; auch die Schikanen im Reichsarbeitsdienst, dem er sich ein halbes Jahr lang nach dem Abitur unterziehen musste, führte er nicht auf seinen Mischlingsstatus zurück, sondern auf seine Herkunft aus gutbürgerlichen Kreisen, an der die Führer des Arbeitsdienstes Anstoß nahmen.

Nach Arbeitsdienst und einem fünfmonatigen Baupraktikum immatrikulierte sich Betting am 1. April 1938 für den Studiengang Architektur an der Technischen Hochschule Stuttgart. Seine Situation war in finanzieller Hinsicht und später auch in Hinblick auf seine persönliche Sicherheit prekär. Denn sein Vater, der im höheren Postdienst beschäftigt war, war schon mit Beginn der NS-Herrschaft wegen seiner Ehe mit einer nach den Nürnberger Gesetzen als jüdisch geltenden Frau („privilegierte Mischehe“) bei Beförderungen benachteiligt und schließlich im Herbst 1937 zwangspensioniert worden. Wegen der nun geminderten Familieneinkünfte musste die Finanzierung des Studiums der zwei Söhne teils durch Aufnahme eines Darlehens, teils durch Verkauf von Besitz und durch Arbeit als Werkstudent geleistet werden.²

In der Anfangszeit war Bettings Status als „Mischling ersten Grades“ an der Hochschule noch folgenlos, insbesondere, weil der damalige Studentenführer ihm Unterstützung bei Problemen zusagte, die hieraus entstehen könnten.³ Doch änderte sich die Situation mit der zunehmenden Verfolgung der „Mischlinge“ sowie unter einem anderen

Studentenführer. In der Wehrmacht, wo Betting zwar nicht Offizier werden durfte, ansonsten aber keinen antisemitischen Vorbehalten begegnete, diente er bei der Artillerie in Tschechien, an der französischen Küste und in Griechenland, wurde aber schließlich wie alle sogenannten „Mischlinge ersten Grades“ aus dem Dienst entlassen.⁴

Der Dienst als Soldat in der Wehrmacht schützte Betting noch einige Zeit vor der Zwangsexmatrikulation, doch im März 1943 nahm der damalige Studentenführer Herzer den Erlass der Reichsstudentenführung (siehe Kap. 3.3.5) zum Anlass, Betting in barschem Ton von der Technischen Hochschule zu verweisen mit der Begründung, er sei als „Halbjude ... politisch unzuverlässig“. Der damalige Rektor Heinrich Hess sowie die Professoren der Architekturabteilung Schmitthenner, Wetzels und Keuerlebers ließen Betting jedoch weiter „schwarz“, d. h. ohne offizielle Immatrikulation, studieren, sodass er noch im März 1944 die Diplomhauptprüfung ablegen konnte.⁵ Zum Ende seines Studiums wechselte Betting häufig die Wohnung, weil er die Verhaftung und Einweisung in Zwangsarbeit fürchtete.⁶

Es folgte wie bei allen „Mischlingen ersten Grades“ die Dienstverpflichtung, wobei Betting einem Architekturbüro zugeteilt wurde, das an den Plänen für die unterirdischen Flugzeugfabriken beim Konzentrationslager Vaihingen/Enz und in Leonberg arbeitete. Bei Kriegsende wurde er zwar noch zum Volkssturm eingezogen, konnte aber dann auf die andere Neckarseite nach Bad Cannstatt ausweichen. In französischer Kriegsgefangenschaft nahm man ihn als Geisel und bedrohte ihn mit Erschießung, was er nur durch den Nachweis seines Mischlingsstatus im Wehrpass abwenden konnte.⁷ Seine Mutter überlebte den Krieg in Hossingen bei Balingen, wohin sie mit ihrem Mann gezogen war, der bei der Wohnungsanmeldung ihren Status als Jüdin verschwiegen hatte.⁸

Nach Kriegsende arbeitete Betting zunächst als Leiter des Wiederaufbaus im Stuttgarter Stadtbezirk Degerloch und als Architekt für die amerikanischen Besatzungstruppen, machte sich aber schnell selbstständig. Zeit seines Lebens blieb er der Entwurfslehre Paul Schmitthenners, zu dessen Freundeskreis er weiterhin zählte, und der Städtebaulehre Heinz Wetzels verpflichtet. Allerdings bekannte er sich auch klar zur klassischen Moderne, wie zwei Bücher über „Bungalows“ und seine eigenen Bauten deutlich zeigen. In den nun folgenden Jahrzehnten realisierte Betting über 100 Projekte von öffentlichen Bauten über Privathäuser bis hin zu großen Siedlungen der Nachkriegszeit wie zum Beispiel in Friedrichshafen, Aalen und Heimerdingen. Sein Lieblingsgebiet blieb der Städtebau in einer Zeit, in der Projekte in der Stadt- und der Dorfsanierung realisiert wurden.⁹ Größere Projekte im Sinne der Dorferneuerung führte er auch in Kooperation mit dem Landesdenkmalamt Baden-Württemberg im Großraum um Heilbronn aus (u. a. in Ellhofen, Walheim, Oberriexingen). Walter Betting starb am 1. Januar 2008.

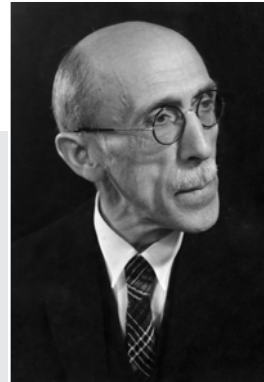
Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: UAST 10/55 (Karteikarte); UAST 44/13 (Zeitzeugeninterview mit Walter Betting v. 14. 03. 2000); StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 7330 (Wiedergutmachungsakte Betting, Eugen), ebd. Bü 9793; ebd. EL 902/20 Bü. 42688 (Erklärung Walter Bettings v. 27. 03. 1947 und Ermittlungsbericht v. 18. 04. 1947); ebd. EL 902/20 Bü 161 (Zeugnisse Bettings in der Spruchkammerakte Paul Schmitthenners); Privatarchiv Paul Schmitthenner, München; freundl. Auskunft von Frau Ruth Betting, Stuttgart, v. August 2016.

- 1 Sterbedatum: Auskunft BDA Stuttgart v. 23.10.2013 an den Verfasser
- 2 StA Ludwigsburg EL3501 Bü7330 (Wiedergutmachungsakte Betting, Eugen); UAST 44/13 00:11:00, 00:17:30.
- 3 UAST 44/13 00:54:10
- 4 UAST 44/13 43:50 bis 49:30
- 5 UAST 10/55 (Karteikarte Betting, Walter); StA Ludwigsburg EL902/20 Bü.42688 (Erklärung Walter Bettings v. 27.03.1947 und Ermittlungsbericht v. 18.04.1947); UAST 44/13 00:55:45 bis 01:03:30
- 6 Aussage Bettings in der Spruchkammerakte Paul Schmitthenners: StA Ludwigsburg EL902/20 Bü161, Bl.12b
- 7 UAST 44/13 01:00:00 bis 01:13:00
- 8 StA Ludwigsburg EL3501 Bü7330 (Wiedergutmachungsakte Betting, Eugen)
- 9 UAST 44/13 01:13:40 bis 01:25:30

NB

JOSEF BEYERLE

Ehrenbürger der TH Stuttgart/Aberkennung der Ehrenbürgerwürde aus politischen Gründen



1881 Aug. 27 geb. in Hohenstadt (Ostalbkreis)
1892–1896 Lateinschule in Rottenburg
1896–1900 Humanistisches Gymnasium Ehingen, Abitur
1900–1905 Studium der Rechtswissenschaft in Tübingen und Berlin, 1905 Gerichtsreferendar
1905–1908 Gerichtsreferendar in Heidenheim, Ellwangen und Stuttgart, 1908 Gerichtsassessor
1908–1910 Mitarbeiter im Anwaltsbüro Dr. Kauffmann, Stuttgart
1910–1911 Gerichtsassessor beim Landgericht Tübingen und beim Grundbuchamt Ulm
1911–1913 Gerichtsassessor im Königlichen Justizministerium
1913–1915 Amtsrichter (Ministerialsekretär)
1915–1918 Landrichter (Ministerialsekretär)
1918 Okt. 9 Landgerichtsrat (Kanzleidirektor)
ab 1919 im Justizministerium des Volksstaates Württemberg, 1921–1923 Oberregierungsrat
1923–1933 März 15 württembergischer Justizminister
1929 Ehrenbürger der Technischen Hochschule Stuttgart

1933 Dez. 31 Beamter im Wartestand
1934 Jan 1–Nov. 30 Landgerichtsrat mit der Dienstbezeichnung Oberlandesgerichtsrat beim Oberlandesgericht Stuttgart
1934–1945 Juni 13 Oberlandesgerichtsrat
1945 Juni 14 von der französischen Militärregierung zum Landesdirektor für Justiz ernannt
1945 Sept. 24 von der amerikanischen Militärregierung zum Justizminister ernannt
1946 Dez. 20 vom Landtag gewählter württemberg-badischer Justizminister (bis 1951)
1949 Febr. 26–1951 Nov. 1 gleichzeitig stellvertretender Ministerpräsident
1949–1951 Mitglied des Bundesrates
1948 Vorsitzender des Grundsatzausschusses beim Verfassungskonvent in Herrenchiemsee
1951–1952 Richter am Staatsgerichtshof des Landes Württemberg-Baden

Teil II Biographien der Verfolgten

1955–1958 Richter am Staatsgerichtshof des Landes Baden-Württemberg

1951–1963 Mitarbeit in kirchlichen Verbänden

(Caritas), Gründungsmitglied der Katholischen Akademie Hohenheim

1963 Juni 2 gest. in Stuttgart

Josef Beyerle gehört zu den großen demokratischen Politikern des 20. Jahrhunderts. Bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten in Württemberg war er württembergischer Justizminister; 1929 hatte ihn die Technische Hochschule Stuttgart zu ihrem Ehrenbürger ernannt. Wie die späteren Listen der Ehrenbürger in den Vorlesungsverzeichnissen und die Korrespondenz in seiner Ehrungsakte zeigen, war ihm diese Würde dann aberkannt worden. Studentenführer Albert Schmehl hatte wohl ihn und den ebenfalls der Zentrums-Partei angehörigen ↗ Eugen Bolz gemeint, als er in der diffamierenden Sprache des Nationalsozialismus die Aberkennung der Ehrentitel der „marxistischen und zentrierten Parteibonzen“ forderte (vgl. Kap. 3.7).

Wie für ↗ Hans Bredow muss die Streichung aus der Ehrungsliste auch für Josef Beyerle eine schmerzliche gesellschaftliche Zurücksetzung gewesen sein, denn kurz vor seinem Tod bat Beyerle seine Kinder, von allen seinen Auszeichnungen und Ehrungen nur die Ehrenbürgertitel seiner Heimatgemeinde Hohenstadt und der Technischen Hochschule Stuttgart, „auf welche er den größten Wert lege“, in seiner Traueranzeige zu nennen.¹

Quellen: Für alle Daten des Lebenslaufs, sofern nicht anders notiert (z.T. in wörtlicher Übernahme): http://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kgl_biographien/118510525/Beyerle+Josef+Ernst (23.10.2015)

1 UASt 127/309 (Ehrenbürgerakte Beyerle, Josef: Aktennotiz über einen Telefonanruf der Tochter Beyerles v. Juni 1963)

NB

MARTIN BIER

Student der Elektrotechnik/
Relegation aus rassistischen Gründen

1919 Aug. 19 geb. in Tübingen

1938 März Abitur an der Rottek-Oberrealschule in Freiburg

1938 April-Okt. Arbeitsdienst

ab 1938 Nov. als Soldat bei der Wehrmacht

1940 Okt. 24 Entlassung aus der Wehrmacht, weil sog. „Mischling ersten Grades“¹

1941 zwangsweiser Einsatz in der Rüstungsindustrie

1941 Sept. 25 nach einjähriger Verzögerung: Genehmigung zum Studium

WS 1941/42-SoSe 1943 Studium der Elektrotechnik an der TH Stuttgart

1943 Arbeitsdienstverpflichtung in der Rüstungsindustrie bei der Fa. Lehr Hochfrequenz in Lenzkirch

1943 März 14 Flucht in die Schweiz und Internierung, dort Mitglied in der Bewegung

„Freies Deutschland“ und der demokratischen Studentengruppe „März“ in Zürich und anderer Oppositionsgruppen

1945 Febr.

Eintritt in die KPD in Zürich

1945 Juli Rückkehr nach Deutschland

WS 1945/46-WS 1947/48 Fortsetzung des Studiums an der TH Stuttgart

1946 Okt. 31 Diplomvorprüfung, TH Stuttgart

1949 Mai 5 Diplomhauptprüfung, TH Stuttgart
Elektroingenieur in der Forschung bei Siemens
Entwicklungshilfe in Taiwan, Singapur und Indien

2002 Sept. 6 gest.



Martin Bier 1975

Nach der Rassenideologie der Nationalsozialisten galt Martin Biers Mutter als Jüdin, auch wenn sie anlässlich ihrer Heirat zur katholischen Kirche übergetreten war. Martin Bier berichtete 1946 in einem Lebenslauf, dass schon gleich im Jahr 1933 die Schikanen gegen ihn – der nun als „nichtarisch“ und nach den Nürnberger Gesetzen ab 1935 als „Mischling ersten Grades“ galt – an seiner Schule eingesetzt hatten: Isolation und Ausschluss von Preisverleihungen. Nachdem Martin Bier wie fast alle sogenannten „Mischlinge ersten Grades“ aus der Wehrmacht entlassen worden war, gelang es ihm aufgrund von Sonderregelungen, einen Studienplatz zu erhalten. Bier war während seines Kriegseinsatzes mit dem „Eisernen Kreuz II. Klasse“ ausgezeichnet worden und konnte damit die notwendige Genehmigung von NSDAP-Parteikanzlei und Reichserziehungsministerium erlangen, als „Mischling ersten Grades“ studieren zu dürfen. Hierfür hatte sich sogar der damalige Stuttgarter Studentenführer ausgesprochen.² Entwürdigend dürfte aber gewesen sein, das Bier sich für das Genehmigungsverfahren auch einer „Beurteilung des Erscheinungsbildes durch das Rassenpolitische Amt der NSDAP in Kiel“ hatte unterziehen müssen.³

Während seines Studiums erlitt Bier die Benachteiligung, dass ihm keine Gebührenbefreiungen zugestanden wurden. Die Arbeitsdienstverpflichtung für Mischlinge im Jahr 1943 beendete sein Studium. Um der drohenden harten Zwangsarbeit in einem

Lager der Organisation Todt zu entgehen, nutzte Martin Bier einen Kontakt, um in der damaligen Rüstungsfirma Lehr Hochfrequenz in Lenzkirch unterzukommen.

Als Eltern und Geschwister, die in Freiburg lebten, am 13. März 1944 anonym gewarnt wurden und andere Anzeichen darauf hindeuteten, dass die Deportation unmittelbar bevorstand, floh Martin Bier tags darauf – wie schon länger geplant – zusammen mit seinen beiden Brüdern auf abenteuerliche Weise in die Schweiz. Sie sprangen aus dem fahrenden versiegelten Zug, der zwischen Weil am Rhein und Grenzach ein kurzes Stück über Schweizer Staatsgebiet fuhr. Der Sprung durch das geschlossene Fenster hatte erhebliche Gesichts- und Kopfverletzungen zur Folge, doch man war in der Schweiz nun in Freiheit, wenn auch in einer bedingten. Nach ihrer Genesung wurden Martin Bier und seine Brüder als Flüchtlinge interniert. Martin Bier, der sich zunächst bemüht hatte, sein Studium an der ETH Zürich fortzusetzen, „lebte in verschiedenen Arbeitslagern, in Landeinsatz bei Bauern und zuletzt frei in Zürich“. Über diese schwere Lebensphase in der Schweiz hat Bier ausführliche Lebenserinnerungen verfasst.⁴ Auch Martin Biers Mutter konnte vor dem Zugriff der Gewalttäter gerettet werden. Sie wurde von vielen Helfern an verschiedenen Orten versteckt und überlebte so das Naziregime.⁵

Schon im Juli 1945 kehrte Martin Bier nach Deutschland zurück, war beim Wiederaufbau der Universitätsbibliothek Freiburg und des Elektrotechnischen Instituts der TH Stuttgart tätig. Im ersten Nachkriegssemester setzte er sein Studium an der TH Stuttgart fort und beendete es trotz schwieriger finanzieller Bedingungen im Jahr 1949. Danach war er als Elektroingenieur in der Forschung bei Siemens tätig. Während seiner Berufstätigkeit hat er über seine Verfolgung nicht gesprochen. Im Ruhestand jedoch stellte er sich Schulklassen als Zeitzeuge zur Verfügung. Sein soziales, gesellschaftliches Engagement zeigte sich auch in mehrjährigen Aufenthalten in Taiwan, Singapur und Indien, wo er im Bereich der Entwicklungshilfe arbeitete.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen die Daten zum Lebenslauf aus der Studentenakte (UAST 120/1850), der Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Stuttgart (StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 5618) sowie aus: Ulrich Tromm: Artikel „So gelang drei Freiburger Juden die Flucht aus Nazi-Deutschland“, in: Badische Zeitung v. 06. 06. 2015. Siehe auch: Neisen, Robert: Sprung in die Freiheit. Die Gebrüder Bier, in: Nationalsozialismus in Freiburg. Begleitbuch zur Ausstellung des Augustiner-museums. Petersberg 2016, S. 202f. Ich danke Frau Elisabeth L. M. Bier für zahlreiche Informationen zum Lebensweg ihres Mannes Martin Bier.

1 Ulrich Tromm: Artikel „So gelang drei Freiburger Juden die Flucht aus Nazi-Deutschland“, in: Badische Zeitung v. 06. 06. 2015 (<http://www.badische-zeitung.de/so-gelang-drei-freiburger-juden-die-flucht-aus-nazi-deutschland--print>; 30. 06. 2015)

2 Akten der Parteikanzlei der NSDAP. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. Bearb. von Helmut Heiber. T. 1, Mikrofiches, 2 Bde. München 1983, Fiches Nr. 009219–009223

3 UAST 120/1850 (Schreiben Biers: „Zur Bekräftigung der in Fragebogen und Lebenslauf gemachten Angaben ...“)

4 Martin Bier: Vor 50 Jahren. Flucht in die Schweiz am 13./14. März 1944. Mss. Selbstverlag 1994. (Bibliothek des Blauen Hauses in Breisach: H 20 Bie 1); ders.: Asyl im Kornhaus. Erinnerungen an die Zeit als Flüchtling in der Schweiz (März 1944 – Juli 1945), in: Bremgarter Neujahrsblätter 1997, S. 23–58

5 Ebd.

FRED BLUM

jüdischer Student der Volkswirtschaftslehre

1914 Jan. 14 geb. als Fritz Hermann Blum in Mannheim; israelitisch

1932 Abitur am Karlsgymnasium in Stuttgart

SoSe 1933–WS 1933/34 Jurastudium, Universität Tübingen

1934 April–Juli Studium der Sozialwissenschaften, Universität Genf

1935 Dez. 4–1936 Febr. 22 Studium der Volkswirtschaftslehre, TH Stuttgart

SoSe 1936–WS 1939 Fortsetzung des Studiums in Genf

1938 Febr. 1 Licence de sciences économique

1939 Emigration in die USA

1940–1943 University of California

1947–1949 Washington School of Psychiatry, Washington D. C.

1952 Jan. 31

Doctor of Philosophy, University of California

Associate Prof. in Social Sciences, University of Minnesota

1959 Wahl des Wohnsitzes in England

1980 Gründung des „New Era Centre“ (ökumenische und spirituelle Begegnungsstätte) in der ehemaligen Benediktinerabtei Sutton Courtenay bei Oxford

1986 Taufe

Ordination zum anglikanischen Pfarrer

1990 Jan. gest. in Sutton Courtenay, Oxfordshire, England



Fred Blum stammte aus einer liberalen jüdischen Familie. Wie viele deutsche Juden seiner Generation konnte er sich als junger Mann durch das Exil retten, während die Eltern 1942 und 1943 in der Shoah ermordet wurden.

Fred Blum studierte nur ein Semester, im Wintersemester 1935/36, an der TH Stuttgart. Vielleicht war sein Interesse an betriebswirtschaftlichen und sozialpsychologischen Fragen der Arbeitswelt schon früh geweckt worden: Auf seiner Karteikarte des Stuttgarter Studentensekretariats steht vermerkt, dass er als praktische Tätigkeit ein Jahr lang in einer „betriebstechnischen und kaufmännischen Ausbildung in einer Weberei“ tätig gewesen war. Fred Blum konnte in die Schweiz emigrieren und dort sein Studium abschließen, später auch in den USA promovieren und eine Hochschullaufbahn als Professor für Soziologie und Sozialpsychologie einschlagen.

Sein Leben und seine wissenschaftliche Tätigkeit – er war zunächst als Berater des amerikanischen Senats und des jungen Senators John F. Kennedy tätig – galten den Wechselwirkungen von industriellen Arbeitsbedingungen und Demokratie, der Tiefenpsychologie nach C. G. Jung und nach seinem Vorbild Gandhi dem Eintreten für Frieden, Gerechtigkeit, Menschenrechte und der Humanisierung der Arbeitswelt. Sein Engagement entsprang einer spirituellen, überkonfessionellen Religiosität.

Teil II Biographien der Verfolgten

Werke von Fred Blum (Auswahl):

- Toward a democratic process. The Hormel-Packinghouse workers experiment. New York 1953 (dt.: Der Weg zum demokratischen Arbeitsprozess. Experimentelle Untersuchungen in einem amerikanischen Fabrikbetrieb. Stuttgart 1956)
- Work and community. The Scott Bader Commonwealth and the quest for a new social order. London 1968
- Ethics of industrial man. An empirical study of religious awareness and the experience of society. London 1970 (dt.: Der industrialisierte Mensch. Seine Einstellung zu Religion und Gesellschaft. Wien u. a. 1973)
- Depth psychology and the healing ministry. London 1990

Quellen: UAST10/55 (Karteikarte Blum, Fritz); HStA Stuttgart EA 99/001 Bü 164; Nachruf von Lutz Poetter: Fred Blum zum 100. Geburtstag, in: <http://www.petrus-giesensdorf.de/themen/2014/02/blum.htm> (26.08.2015)

NB

HERMANN BOCZKOWSKI

Student des Maschinenbaus/

Verweigerung der Rückmeldung aus rassistischen Gründen

1916 April 10 geb. in Kassel

1938–1939 Studium des Maschinenbaus,
TH Stuttgart

1939–1941 Soldat bei der Wehrmacht,
Entlassung als „Nichtarier“

1941 (?) Verweigerung der Wiedereinschreibung durch das Sekretariat der TH Stuttgart

Im Jahr 1953 schilderte der ehemalige Maschinenbaustudent Hermann Boczkowski in einem Schreiben an das Rektorat das Vorkommnis im Studentensekretariat der Technischen Hochschule Stuttgart, als er nach seiner Entlassung aus der Wehrmacht im Jahr 1941 als „Nichtarier“ (Boczkowski galt als sogenannter „Mischling ersten Grades“) sein Studium fortsetzen wollte:

Ich wollte dann mein Studium wieder aufnehmen, doch wurde mir anlässlich einer diesbezüglichen persönlichen Rücksprache beim Sekretariat der TH erklärt, dass dies für einen Nichtarier nicht mehr möglich sei, es sei denn, dass eine Genehmigung des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP vorliege.

Boczkowski musste mit diesem Bescheid sein Studium abbrechen. Von der Verwaltung der Technischen Hochschule erhielt er 1953 die Auflistung der einschlägigen rechtlichen Bestimmungen, wonach er nach deren Ansicht de jure ohne Weiteres als „jüdischer Mischling“ hätte studieren dürfen – eine bornierte Antwort, die der Unrechtswirklichkeit und dem tatsächlichen Verfolgungsgeschehen keinerlei Rechnung trug.

Quellen: UAST 17/724 Nr. 3; UAST 120/2134a (Karteikarte des Prüfungsamts)

NB

EUGEN BOLZ

Ehrenbürger 1929/Entzug der Ehrenbürgerwürde und Ausschluss als Gasthörer aus politischen Gründen



1881 Dez. 15 geb. in Rottenburg

1896–1900 Karls-Gymnasium in Stuttgart

1900–1905 Jurastudium in Tübingen, Bonn, Berlin

1905 Erstes juristisches Staatsexamen, anschließend Tätigkeit beim Amtsgericht Rottenburg und Militärdienst

1909 Zweites juristisches Staatsexamen

1911 Assessor bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart

1912 Mitglied des Reichstags (Zentrum)

1913 Mitglied des württembergischen Landtags (Zentrum)

1915 Kriegsdienst

1919 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung in Stuttgart und der Nationalversammlung in Weimar

1919–1923 württembergischer Justizminister

1923–1933

württembergischer Innenminister

1928–1933 Staatspräsident von Württemberg

1929 Ehrenbürger der TH Stuttgart

1933 Juni 19–Juli 12 Verhaftung und Inhaftierung in Hohenasperg

1941 Verbindung zu Karl Goerdeler und Einweihung in die Pläne der Widerstandsgruppe vom 20. Juli 1944

1944 Aug. 27 Verhaftung

1944 Dez. 12 Verhandlung vor dem Volksgerichtshof

1945 Jan. 23 Hinrichtung in Berlin-Plötzensee

Zu den Persönlichkeiten, die die Technische Hochschule im Jahr 1929 anlässlich ihres 100-jährigen Bestehens zu Ehrenbürgern der Hochschule ernannte, gehörte auch der damalige württembergische Innenminister und Staatspräsident Eugen Bolz.¹ Bolz zählt zu den großen Persönlichkeiten der Weimarer Demokratie. Seine politische Laufbahn hatte er schon im Kaiserreich begonnen und er war bis 1933 als Mitglied des Zentrums Abgeordneter u. a. im Reichstag und im württembergischen Landtag. Von 1928 bis zu seiner gewaltsamen Absetzung 1933 war er württembergischer Staatspräsident. Im Juni 1933 wurde er für einige Wochen in Gestapohaft genommen. 1941 schloss er sich dem Widerstandskreis um Karl Goerdeler an, wurde nach dem missglückten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 verhaftet und nach einem Schauprozess vor dem Volksgerichtshof am 23. Januar 1945 in Berlin hingerichtet. Am 22. Mai 2015 eröffnete die Katholische Kirche ein Seligsprechungsverfahren für Eugen Bolz.²

Wie in ähnlichen Fällen, in denen die Technische Hochschule Stuttgart die Ehrenwürden entzog (↗ Josef Beyerle, ↗ Hans Bredow; vgl. Kap. 3.7), trug die Aberkennung der Ehrenbürgerwürde zur Demontage des Ansehens in der bürgerlichen Gesellschaft bei und war damit ein wirksamer Teil der Verfolgungsmaßnahmen des NS-Staates. Eugen Bolz wurde zudem noch verwehrt, Vorlesungen an der Technischen Hochschule zu hören. Er wollte sich in dem 1933 aufgezwungenen Ruhestand in gesell-

schafts- und geisteswissenschaftlichen Fächern weiterbilden, doch die Hochschulleitung verweigerte ihm die Erlaubnis hierzu, „da sie Demonstrationen der Studenten befürchtete“.³

Quellen: <http://www.eugen-bolz-stiftung.de/eugen-bolz/index.html> (26.10.2015); <http://www.gdw-berlin.de/nc/de/vertiefung/biographien/biografie/view-bio/bolz/> (26.10.2015); <http://www.deutsche-biographie.de/sfz5206.html> (26.10.2015)

1 Schwäbischer Merkur v. 16. 05. 1929 Nr. 226 (Abendausgabe): Bericht über die Feier zum 100-jährigen Jubiläum der TH Stuttgart

2 <http://www.eugen-bolz-stiftung.de/eugen-bolz/seligsprechungsverfahren/index.html> (26.10.2015)

3 Miller, Max: Eugen Bolz. Staatsmann und Bekenner. Stuttgart 1951, S. 463

NB

PAUL BONATZ

ord. Professor für Architektur/
mehrfache Denunziationen

1877 Dez. 6 geb. in Solgne (Lothringen)

1896 Abitur am Gymnasium in Hagenau (Elsass)

WS 1896/97 Studium des Maschinenbaus,
TH München

1897 Wechsel zum Architekturstudium an der
TH München

1899 Gastsemester an der TH Charlottenburg

1899 nach der Rückkehr nach München Ge-
winner des Hochschulpreises des Akademischen
Architektenvereins

1899 Arbeit als Aushilfe im Stadtbauamt
München und erster Kontakt mit dessen Leiter,
Theodor Fischer

1900 Diplom, TH München

1900–1901 Tätigkeit bei Theodor Fischer im
Stadtbauamt München

1901 erste von mehr als zwanzig Studienreisen
nach Italien

1902 Heirat mit Helene Fröhlich

1902–1906 Assistent von Theodor Fischer an
der TH Stuttgart

1902–1904¹ zusätzlich Lehrauftrag „Bauformen-
lehre für Ingenieure“ an der TH Stuttgart

1905–1907²

Bonatz wird
Lehrbeauftragter für
„Entwerfen I“
an der
Architektur-
abteilung der
TH Stuttgart

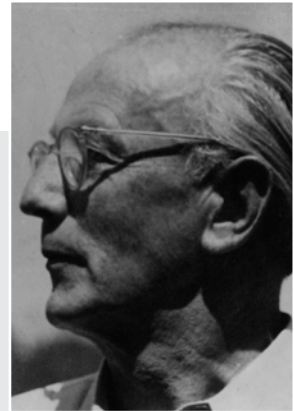
1907 Auftrag für den Bau der Sektkellerei
Henkell in Wiesbaden¹

1907 Beförderung zum außerordentlichen
Professor, TH Stuttgart³

1908 nach dem Wechsel Theodor Fischers
nach München wird Paul Bonatz sein Nachfol-
ger als ordentlicher Professor auf dem Lehrstuhl
für „Entwerfen und Städtebau“, TH Stuttgart

1908 Bürogemeinschaft mit dem Studien-
freund Friedrich Eugen Scholer, die bis zu des-
sen Tod (1949) bestehen bleibt⁴

1908 Fortsetzung einer Serie von Wettbe-
werbssiegen, insbesondere für große öffent-
liche Gebäude, die in den folgenden Jahren



gebaut werden; Eintritt in den Deutschen Werkbund

1910–1912 Bau der Universitätsbibliothek Tübingen

1910–1914 Bau von Schulen in Rottweil, Aalen, Göppingen, Heselach, Feuerbach⁵

1911 Sieg im Wettbewerb für den Hauptbahnhof Stuttgart

1911–1914 Bau der Stadthalle Hannover

1913 Ägyptenreise

1912–1916 Bau des Staatsministeriums und des Landtagsgebäudes in Oldenburg

1914 Freiwilliger bei der Infanterie im Ersten Weltkrieg, allerdings aus gesundheitlichen Gründen baldige Entlassung

1914 Ruf an die TH Charlottenburg, den Bonatz nicht annimmt³

1914 Beginn des ersten Bauabschnitts des Stuttgarter Hauptbahnhofs, der bis 1917 im Rohbau fertiggestellt wird³

1916 Reise nach Konstantinopel aus Anlass des Wettbewerbs für ein deutsch-türkisches Freundschaftshaus

1917 Einberufung zum Landsturm und Kriegsgräberdienst in Polen

1918 Kriegsgräberdienst bei der Etappeninspektion Freiburg im Breisgau³

1918 nach der Novemberrevolution wird Bonatz Mitglied im Vollzugsausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte von Württemberg³

1918⁶ Reform der Architektenausbildung an der TH Stuttgart und Entstehungszeit der „Stuttgarter Schule“⁷

1919 Eintritt in die SPD, die Bonatz nach einem Jahr wieder verlässt⁸

1921–1926 Bau von größeren Einfamilienhäusern in Stuttgart und Köln

1922 Eröffnung des ersten Abschnitts des Stuttgarter Hauptbahnhofs⁹

1924 erste Studienreise nach Stockholm

1926 Auseinandersetzungen bei der Vorbereitung der Weißenhofsiedlung; keine Einigung in der Zusammenarbeit mit Ludwig Mies van der Rohe

1926 Austritt aus dem Planungsgremium und aus dem Deutschen Werkbund

1926 Beginn der Entwurfsarbeit zur Neckar-Kanalisation¹⁰

1926 zweite Reise nach Schweden mit Paul Schmitthenner und Studenten

1927 Reise nach Istanbul

1927–1928 Eröffnung des zweiten Bauabschnitts des Stuttgarter Hauptbahnhofs

1928 Gründungsmitglied der Architektenvereinigung „Der Block“¹¹

1930 zweite Spanienreise; Bonatz wird Vorsitzender der Jury im Wettbewerb für Groß-Madrid

1931 Austritt aus dem „Block“

1931 Eröffnung des Zeppelinbaus

1932 öffentlicher Angriff durch einen nationalsozialistischen Studenten im NS-Kurier¹²

1933 Denunziation und Verhör durch die Gestapo⁹

1933 Beteiligung an der Ausstellungssiedlung „Deutsches Holz“ am Kochenhof¹²

1934 Adolf Hitler weist den vom Entwurf Paul Ludwig Troosts abweichenden Vorschlag von Paul Bonatz zur Umgestaltung des Münchner Königsplatzes zurück¹²

1934 Beginn der Tätigkeit für die Reichsautobahnen²

1935 Angriff des NS-Kuriers auf Bonatz¹²

1935 Paul Bonatz wird künstlerischer Berater des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen Fritz Todt

1935 Gestaltung von Brücken, Schulung von Architekten und Ingenieuren⁹

1936–1942¹³ Zusammenarbeit mit seinem Schwiegersohn Kurt Dübbers

1937 Reise nach Paris als Mitglied der Internationalen Jury der Weltausstellung

1939 Zusammenarbeit mit Albert Speer, Planungsaufträge für den neuen Münchner Hauptbahnhof, das Polizeipräsidium und das Marineoberkommando in Berlin

1941 schwere Erkrankung und Aufenthalt im Sanatorium in Baden-Baden

1942 Reise nach Ankara als Vorsitzender der Jury beim internationalen Wettbewerb für das Atatürk-Mausoleum

1942 Ende der Lehrtätigkeit an der TH Stuttgart und Emeritierung

1943–1946 Berater der Bauabteilung des türkischen Kultusministers bei der Planung von Berufsfachschulen

1944 nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland keine Rückkehr nach Deutschland

1944 Okt. 20 beim Luftangriff auf Stuttgart brennen sein Wohnhaus und das Bürohaus Bonatz und Scholer ab

1944–1948 Bau der Staatsoper und einer Beamten-Wohnstadt in Ankara

1946 Berufung auf den Lehrstuhl „Gebäudelehre III“ an der Technischen Universität in Istanbul

1946 Bonatz lehnt eine Rückkehr an die TH Stuttgart ab, zu der ihn Kultminister Theodor Heuss eingeladen hatte; Wiederaufnahme des

brieflichen Kontakts mit Freunden und Kollegen in Deutschland¹⁴

1946–1953 Professor an der Technischen Universität in Istanbul

1948 erster Besuch in Deutschland nach Kriegsende und Vortrag an der TH Stuttgart über seine Arbeit in der Türkei

1948 Eröffnung der von Paul Bonatz erbauten Oper in Ankara

1949–1953 neben der Hochschultätigkeit in Istanbul Planungs- und Preisrichtertätigkeit in Deutschland⁹

1949 Ehrendoktor der TU Berlin-Charlottenburg

1950 Veröffentlichung der Autobiografie „Leben und Bauen“

1951 mit Fritz Leonhardt Veröffentlichung der gemeinsam verfassten Publikation „Brücken“

1952 Berufung in den Orden Pour le mérite durch Bundespräsident Theodor Heuss

1953 Ehrenbürger der TH Stuttgart

1954 Ende der Lehrtätigkeit an der Technischen Universität Istanbul, die ihm einen Ehrendoktor verleiht

1954 Rückkehr nach Stuttgart

1955 letzte Reise in die Türkei

1956 Dez. 20 gest. in Stuttgart und begraben auf dem von ihm gestalteten Waldfriedhof

Das „verwirrende und von Gegensätzen geprägte Verhältnis“¹⁵ von Paul Bonatz zum NS-Regime beschäftigt die Forschung noch immer. Kaum eine Darstellung über einen der „Star-Architekten“¹⁶ der „Stuttgarter Schule“ und dessen umfangreiches Werk verzichtet auf ein eigenes Kapitel über die Interaktion des „Pontifex Maximus“¹⁷ – wie Paul Bonatz sich gelegentlich selbst scherzhaft bezeichnete – mit dem „Führungspersonal“ des Nationalsozialismus. Paul Bonatz war nach dem Ende des Krieges „davon überzeugt“, dass er – angesichts der engen Zusammenarbeit „mit seinem Förderer Fritz Todt beim Autobahnbau“¹⁸ und Albert Speer bei den Neugestaltungsplänen für Berlin und München – bei einer Rückkehr an seine alte Wirkungsstätte damit rechnen müsse, nicht mit offenen Armen empfangen, sondern „mit Dreck beworfen“ zu werden: „... ‚er hat mit Todt gearbeitet‘ ... worauf ich bis an mein Ende stolz bin“.¹⁹ Dass er Todt „mit Begeisterung“ geholfen habe, „seine schönen Brücken“ zu bauen, ist in dem von Paul Bonatz

während des Krieges geführten „politischen Tagebuch“ nachzulesen, in dem er seinen Kindern auch seine Beweggründe für seinen „architektonischen ‚Pakt mit dem Teufel‘“²⁰ darlegen wollte. Als Hauptmotiv für seine Kooperation mit Todt und Speer als zwei zu den „wichtigsten Säulen des NS-Machtsapparats“¹⁸ zählenden Akteuren und seinen auch in der Nachkriegszeit nicht „widerrufenen“ Eifer bei der gemeinsamen Bewältigung von „Formungsproblemen für einen Meister“²¹ nennt er die nicht zu unterdrückende „Bestimmung“ des Architekten, zu bauen: „Wenn Ihr mich fragt: Warum hast Du bei dem Blödsinn mitgemacht, so muß ich Antwort geben. Wir Architekten wollen und müssen bauen. Um zu arbeiten, bin ich sogar in die Türkei gegangen, als es bei uns aus war, und hier bin ich mit Begeisterung dabei.“²² So gehörte – wie Bernd Nicolai es umschreibt – Paul Bonatz zu den „Janusköpfen einer gemäßigt modernen Architektur“²³, die – vermutlich gerade weil sie die „Lösung der Bauaufgabe Monumentalbau“ am meisten reizte – „keinerlei Berührungsängste mit den Vertretern der staatlichen Macht“²³ hatten. Geht man noch einen Schritt weiter, so musste ein Architekt wie Paul Bonatz, für den ein Leben ohne das Bauen letztlich nicht denkbar war, die Nähe zum Führungspersonal des NS-Regimes geradezu suchen, um sich seiner Lebensaufgabe – vermeintlich – ungehindert widmen zu können. Ebenso klar war für den Mitbegründer der „Stuttgarter Schule“, dass er sein Land in dem Moment verlassen musste, als er dort nicht mehr gestalten konnte, weil die politischen Umstände es nicht mehr zuließen. Das daraufhin angetretene Exil erscheint dann allerdings weniger als ein Zeichen des Widerstands gegen unerträgliche politische Zustände in Deutschland, sondern mehr wie eine unvermeidbare Übersiedelung in ein Land, das Paul Bonatz die Möglichkeit des Wieder-Bauen-Könnens für einen längeren Zeitraum garantierte. Roland May hingegen deutet die Entscheidung von Bonatz, nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Türkei zu Deutschland nicht in seine Heimat zurückzukehren, als einen zwar späten, aber durchaus „oppositionellen Akt gegen das NS-Regime“.²⁴

Folgt man der gedanklichen Logik des „politischen Tagebuchs“ von Paul Bonatz, das er während des Krieges für seine Familie führte, so muss man sich ihn schon allein deshalb als einen der Partei eigentlich „Fernstehenden“²⁵ vorstellen, weil die Politik als solche gar nicht im Zentrum seines Interesses lag. Einflussreiche Protagonisten der Politik – und damit auch zur Zeit des Nationalsozialismus – waren für Bonatz wohl mehr eine Art Gehilfen, die es ihm ermöglichen konnten, dass ihm der Zugang zu seinem eigentlichen Interessengebiet offen stand und er sich als Architekt entfalten konnte. Er machte sich allerdings keine Illusionen darüber, dass er von der Machtübernahme der Nationalsozialisten insofern direkt betroffen war, als er sich als einer der profiliertesten Vertreter der „Stuttgarter Schule“ nun in irgendeiner Weise positionieren musste, und mehr noch: dass er gerade durch seine einflussreiche Stellung als „Stararchitekt“ um ein – wie auch immer geartetes – „Dazugehören“ gar nicht herumkam. Auch dass er Stil und Maßstab der Architektur Albert Speers zu einem Zeitpunkt in Briefen heftig kritisierte²⁶, als er insofern noch zu den Trägern des Systems zu zählen war, als er zu den an der „offiziellen Architektur“ der Nationalsozialisten direkt Beteiligten gehörte, erscheint nicht als Bruch in der Denkweise von Paul Bonatz, sondern vielmehr als überaus charakteristisch für seine Einstellung als ein primär an sachlichen Fragen des Bauens interes-

sierter, höchst erfolgreicher Architekt, der sich auch gegenüber Speer nicht scheute, „hart in der Sache“ zu bleiben. Im Falle der Kritik von Bonatz an Speer erscheint das von ihm in Briefen an Friedrich Tamms zum Ausdruck gebrachte Unbehagen allerdings weniger als ein Akt des Widerstands gegen einen einflussreichen Repräsentanten des NS-Regimes, sondern mehr als eine in erster Linie sachliche Kritik auf einem Gebiet, auf dem er „von einer absoluten Sicherheit im Maßstab“²⁷ geleitet wurde. Vor allem weil Bonatz die Nichtübereinstimmung mit Speer in bestimmten Baufragen diesem nicht persönlich mitteilte, sondern seinem Ärger über den sogenannten „Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt“ im geschützten Raum der Briefe an seinen Kollegen Friedrich Tamms Luft machte, hatte die Kritik an Speer für Bonatz keine Konsequenzen. Im Falle seiner öffentlich vorgebrachten abweichenden Meinung in Bezug auf die Umbaupläne von Paul Ludwig Troost für den Münchner Königsplatz dagegen umso mehr, weil Adolf Hitler persönlich sich alles andere als erfreut über den Alternativplan von Paul Bonatz zeigte.²⁸ „Hitlers Architekt“ Hermann Giesler brüstete sich im Nachhinein damit, dass der bei Hitler in Ungnade Gefallene allein dadurch an den umfangreichen nationalsozialistischen Bauprojekten beteiligt worden sei, weil er sich persönlich und erfolgreich für ihn bei der Gauleitung eingesetzt habe: „Als freier Mitarbeiter bearbeitete er nun für Dr. Todt wesentliche Brückenbauwerke der Autobahnen und wurde mit großen Aufgaben im Rahmen der Neugestaltung deutscher Städte betraut.“²⁹

In Bedrängnis war Paul Bonatz schon ein Jahr zuvor geraten, als ihn die Folgen einer unbedachten Bemerkung über Hitler einholten, die er am Rande eines Essens nach einer in der Schweiz absolvierten Preisrichtertätigkeiten gemacht hatte. Schon Wochen bevor die SS eines Morgens im Dezember 1933 an die Tür von Paul Bonatz pochte, um diesen für ein Verhör bei der Gestapo zu bestellen, hatte es wiederholt Anzeichen dafür gegeben, dass auch er selbst ins Visier der neuen Machthaber geraten war. Er konnte sich daraufhin nicht mehr sicher sein, ob er weiterhin frei leben und seine Stellung an der Technischen Hochschule würde behalten können.³⁰ Als ihm eine fest vereinbarte und schon in der Zeitung angekündigte Vortragsveranstaltung in Stuttgart kurzfristig untersagt wurde³⁰, stand auch für seine Familie fest, dass Unheil für den Vater unmittelbar bevorstand. Er selbst hatte sich auf eine möglicherweise erfolgende Inhaftierung dahingehend vorbereitet, dass er schon seit zwei Wochen „seine dickste wollene Unterwäsche“ trug, „für alle Fälle“.³⁰ Als sich die schon länger angebahnte Gefahr in Gestalt der SS vor der Tür lautstark bemerkbar machte, erlebte er – nach Wochen des unerträglichen Bangens und der Sorge wohl auch um seine Familie – das Ereignis selbst mehr wie eine Befreiung.³⁰ Die – gewiss nicht unberechtigte – Angst vor einer drohenden KZ-Haft³¹ ließ ihm die Ankündigung „nur“ eines Verhörs bei der Gestapo fast wie eine unverhoffte Gnade erscheinen: „So war es fast eine Erlösung, als eines Morgens elf Uhr der schwarze SS-Mann bei mir erschien: Heute Nachmittag zum Verhör bei der Gestapo antreten. Also nicht gleich Verhaftung, was gleichbedeutend ist mit Hoffnungslosigkeit, sondern Verhör, was eine Chance bedeutet.“³⁰

Die Identität des Denunzianten war schon bald kein Geheimnis mehr. Zwar wird Letzterer in der 1950 erschienenen Autobiographie „Leben und Bauen“ von Paul Bonatz lediglich mit dem Kürzel „DE“ – für „Denunziant“ – angegeben, doch war für ehemalige

Schüler, Weggefährten und den Freundeskreis der Familie schnell klar, dass es sich bei dem Mann, der Bonatz bei der SS verraten hatte, nur um dessen ehemaligen Schüler und späteren Baudirektor in Hamburg, Adolf Schuhmacher³², handeln konnte. Auch die recht genaue Beschreibung in den Memoiren von Bonatz erleichterte viele Jahre später alten Freunden, die noch nicht wussten, wer ihn verraten hatte, den Namen zu erraten. Dass dieser Mann, der an der für Bonatz im Nachhinein verhängnisvollen Schweizer Begegnung am anderen Ende des Tisches als Sekretär der Jury saß, „ein fanatischer Nazi war“, habe er „in der freien Luft von Basel nicht ahnen“³³ können, schrieb der Denunzierte viele Jahre später in seinen Erinnerungen an die Stuttgarter Jahre während der Zeit der Verfolgungen und der „steten Angst vor Bspitzelungen und Angebern“³⁴. Gegenüber dem Staatsanwalt, der ihm bei dem Verhör bei der Gestapo gegenüber saß, ließ er über Schuhmacher verlauten, dass dessen „Patriotismus nicht frei von Rachegefühlen sei“. Denn da jener offensichtlich verärgert über seinen alten Lehrer war, sei er zwei Tage zuvor „so töricht“ gewesen, ihm dies „vor anderen ins Gesicht zu schreien“.³⁰ Den Ausschlag für die Vorladung von Bonatz bei der Gestapo gab aber offenbar gar nicht der denunzierende ehemalige Schüler allein, sondern der als Scharfmacher bekannte und mittlerweile zum NS-Staatskommissar für die TH Stuttgart aufgestiegene Wilhelm Stortz³⁵.

Einer der drei Anklagepunkte³⁶, die Paul Bonatz bei dessen Gestapo-Verhör erfuhr, betraf dessen ihm zur Last gelegte „Korrespondenz“ und den „Schutz von Juden“.³⁰ Schon 1932 war es zu einem Angriff eines nationalsozialistischen Studenten gekommen, der Paul Bonatz im NS-Kurier und damit öffentlich bezichtigte, er habe „den Juden [↗] Friedberg zum Hauptassistenten für Entwerfen gemacht“.³⁷ ↗ Curtis Ralph Fremond, der zum damaligen Zeitpunkt noch Kurt Friedberg hieß, war seit dem 1. Januar 1925 als Assistent am Lehrstuhl für Entwerfen und Städtebau von Paul Bonatz beschäftigt und zudem Mitarbeiter in dessen Architekturbüro. Bonatz hatte sich nach Kräften bemüht, seinen von ihm sehr geschätzten Assistenten zu schützen und vor allem vor der Entlassung zu bewahren. Auch hatte er sich in einem Aushang schützend vor seinen Mitarbeiter gestellt, diesen gegen die wiederholten Angriffe nationalsozialistischer Studenten verteidigt und einen ihm namentlich Bekannten zu einer persönlichen Aussprache aufgefordert. Alle seine Bemühungen blieben jedoch insofern wirkungslos, als er die Entlassung von Kurt Friedberg am 20. April 1933 aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ durch das Württembergische Kultministerium nicht verhindern konnte: „Gegen die vorhergehenden Anrempelungen konnte ich meinen vortrefflichen Assistenten und Kameraden Friedberg noch verteidigen. Nun wurde er entlassen.“³⁸ Curtis Ralph Fremond blieb der Familie Bonatz zeit seines Lebens verbunden, ebenso seine ehemalige Kommilitonin, die aus Ungarn stammende Architekturstudentin ↗ Józsa Balog (später verheiratete Spemann), die Paul Bonatz ebenfalls in seinem Architekturbüro beschäftigte.³⁹ Im Falle des Architekten ↗ Walter Körte, der seine außerordentliche Professur letztlich „entnervt“⁴⁰ aufgab, engagierte sich Bonatz dahingehend, dass er Körte auch in seinem Architekturbüro einstellte, damit dieser zumindest ein Auskommen hatte. Mehr Erfolg hatte die Hilfe von Paul Bonatz im Falle der jüdischen Architekturstudentin ↗ Gertrud Goldschmidt, heute bekannt als außerordentlich erfolgreiche Künstlerin „Gego“, deren Werke 2014 im Kunstmuseum Stuttgart zu sehen waren. Ihre Professo-

ren hatten sich darauf geeinigt, ihre Prüfungen vorzuverlegen⁴¹, sodass es ihr gelang, Deutschland noch rechtzeitig zu verlassen und sich in Sicherheit zu bringen.

Eine weitere Episode aus der Vergangenheit von Bonatz nutzten seine Gegner immer wieder, um sein Ansehen in der Öffentlichkeit herabzusetzen: Seine einstige Nähe zur SPD und die (nur kurze Zeit währende) Mitgliedschaft in der Partei. Die Tatsache, dass Paul Bonatz nach der Novemberrevolution Mitglied im Vollzugsausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte von Württemberg war, nutzte der NS-Kurier 1935, um Bonatz erneut anzugreifen. In diesem Fall war es die eigene Hochschule, die ihr prominentes Mitglied verteidigte.⁴²

Eine erneute Denunziation erlebte Paul Bonatz während seiner Tätigkeit in der Türkei, als das türkische Kultusministerium gerade der Verlängerung seines Vertrages bis Mitte Juli 1944 zugestimmt hatte. Ein damaliger deutscher Kollege in Istanbul, später Professor an der Technischen Hochschule München am Institut und Lehrstuhl für Elektrische Maschinen und Geräte, hatte an derartigen Informationen interessierte deutsche Stellen im Dezember 1944 wissen lassen, dass Paul Bonatz eine Rückkehr nach Deutschland ablehne und es vorziehe, weiterhin „in türkischen Diensten zu bleiben“.⁴³ Hatte dieser erneute Verrat auch keine ernstesten Konsequenzen für den Architekten, so lässt die Schilderung des ehemaligen Rektors der TH Stuttgart, Helmut Göring – eines Verwandten von Hermann Göring – hingegen erahnen, in welcher großen Gefahr Paul Bonatz schon im Dezember 1933 schwebte, als es ihm – wie er im Rückblick schilderte – offenbar gelang, sich in allen Anklagepunkten herauszureden⁴⁴:

*Eine besondere Klippe war der Fall Bonatz. Professor Bonatz hatte bereits Rede-
verbot und er war bei der politischen Polizei eingeliefert worden, um ins Konzen-
trationslager geführt zu werden. Nur mit Aufbietung aller Energie glückte es, ihn
zu befreien. Das Ganze ging zurück auf eine von Stortz veranstaltete Bespitzelung
und Beobachtung von Bonatz in Basel bei einem Architekten-Frühstück. Es war ein
dauerndes Herumschnüffeln und Fragen nach früherer Parteizugehörigkeit oder
Vereinsmitgliedschaft, um ‚Material‘ zu bekommen gegen diesen oder jenen. Mehr
oder weniger wurde aber alles immer wieder in Ordnung gebracht und in Ruhe ge-
halten.⁴⁵*

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen zum Lebenslauf von Paul Bonatz aus den folgenden Publikationen: Bongartz, Norbert; Dübbers, Peter; Werner, Frank: Paul Bonatz 1877–1956. Stuttgart 1977 (Stuttgarter Beiträge, Heft 13); Paul Bonatz zum Gedenken. Hrsg. von der Technischen Hochschule Stuttgart. Stuttgart 1957 (Reden und Aufsätze, 23); May, Roland: Pontifex Maximus. Der Architekt Paul Bonatz und die Brücken. Darmstadt 2011. Zugl. Diss. Universität Stuttgart 2007; Voigt, Wolfgang (Hrsg.) u. Bresan, Uwe (Bearb.): Paul Bonatz 1877–1956 [... anlässlich der Ausstellung „Paul Bonatz 1877–1956. Leben und Bauen zwischen Neckar und Bosphorus“, vom 22. Januar bis 20. März 2011, veranstaltet vom Deutschen Architekturmuseum]. 2. Aufl. Frankfurt/Main u. Tübingen 2011

¹ Bongartz/Dübbers/Werner, Paul Bonatz (wie Quellenverzeichnis) Anhang „Lebensdaten“, S. 90–91, hier S. 90

² May, Pontifex Maximus (wie Quellenverzeichnis) S. 689 (Kurzbiografie von Paul Michael Nikolaus Bonatz)

- 3** Voigt/Bresan, Paul Bonatz (wie Quellenverzeichnis): Biographische Chronik S. 303–309, hier S. 304
- 4** Wie Anm. 3. Andere Datierung bei May, Pontifex Maximus (wie Quellenverzeichnis) S. 689: „1908–1941 Assoziierung mit Friedrich Eugen Scholer“
- 5** Paul Bonatz zum Gedenken (wie Quellenverzeichnis), Anhang „Lebensdaten“ S. 79–81, hier S. 79
- 6** Voigt/Bresan, Paul Bonatz (wie Quellenverzeichnis) S. 304. Andere Datierung bei Bongartz/Dübbers/Werner, Paul Bonatz (wie Quellenverzeichnis) S. 90: „1919 Reform des Studiengangs für Architekten an der TH Stuttgart“
- 7** Wie Anmerkung 1. Vgl. dazu ausführlich Jessen, Johann; Philipp, Klaus Jan (Hrsg.): Der Städtebau der Stuttgarter Schule. Berlin, Münster 2015 (Kultur und Technik. Schriftenreihe des Internationalen Zentrums für Kultur- und Technikforschung IZKT der Universität Stuttgart, 39); Philipp, Klaus Jan: Die Stuttgarter Schule. Eine Rezeptionsgeschichte, in: ders.; Renz, Kerstin (Hrsg.): Publikation des wissenschaftlichen Symposiums „Architekturschulen – Programm, Pragmatik, Propaganda“ (8.–9. Juli 2011). Universität Stuttgart, Institut für Architekturgeschichte, Fakultät Architektur und Stadtplanung. Tübingen, Berlin 2012, S. 39–51 sowie May, Roland: Lehren und Bauen. Bonatz und die „Stuttgarter Schule“, in: Voigt/Bresan, Paul Bonatz (wie Quellenverzeichnis) S. 69–77.
- 8** Voigt/Bresan, Paul Bonatz (wie Quellenverzeichnis) S. 305
- 9** Bongartz/Dübbers/Werner, Paul Bonatz (wie Quellenverzeichnis) S. 91
- 10** Voigt/Bresan, Paul Bonatz (wie Quellenverzeichnis) S. 306
- 11** May, Pontifex Maximus (wie Quellenverzeichnis) S. 689
- 12** Voigt/Bresan, Paul Bonatz (wie Quellenverzeichnis) S. 307
- 13** May, Pontifex Maximus (wie Quellenverzeichnis) S. 689
- 14** Voigt/Bresan, Paul Bonatz (wie Quellenverzeichnis) S. 308
- 15** May, Pontifex Maximus (wie Quellenverzeichnis) S. 126
- 16** Philipp, Stuttgarter Schule (wie Anm. 7) S. 47
- 17** So der Titel der 2011 als überarbeitete Fassung der Dissertation von Roland May erschienenen Untersuchung „Pontifex Maximus: Der Architekt Paul Bonatz und die Brücken“. Darmstadt 2011. Zugl. Diss. Universität Stuttgart 2007
- 18** Nicolai, Bernd: Paul Bonatz – Baumeister für Krieg und Frieden, in: Ulrich Kuder (Hrsg.): Architektur und Ingenieurwesen zur Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933–45. Berlin 1997, S. 96–123, hier S. 98
- 19** Paul Bonatz in einem Brief an Erich Böckler vom 13.04.1948, zitiert in: May, Pontifex Maximus S. 126. Vgl. ebd. S. 700 Anm. 86
- 20** Nicolai, Paul Bonatz (wie Anm. 18) S. 97
- 21** Eintrag Paul Bonatz „Politisches Tagebuch“ v. 10.07.1944. Zitiert in: Nicolai, Paul Bonatz (wie Anm. 18) S. 104 Anm. 28
- 22** Ebd. S. 97. Vgl. ebd. Anm. 5.
- 23** Nicolai, Paul Bonatz (wie Anm. 18) S. 97
- 24** May, Pontifex Maximus (wie Quellenverzeichnis) S. 126
- 25** Umschreibung von Richard Reinhardt, zitiert in: May, Pontifex Maximus S. 126. Vgl. ebd. S. 701 Anm. 90.
- 26** Voigt/Bresan, Paul Bonatz (wie Quellenverzeichnis) S. 308: biografische Chronik
- 27** Nicolai, Paul Bonatz (wie Anm. 18) S. 98
- 28** Voigt/Bresan, Paul Bonatz (wie Quellenverzeichnis) S. 307
- 29** Ein anderer Hitler. Bericht seines Architekten Hermann Giesler. Erlebnisse, Gespräche, Reflexionen. 3. Aufl. Leoni am Starnberger See 1978, S. 302. Vgl. ausführlich zu dessen Person sowie zu dessen Lebenserinnerungen Früchtel, Michael: Der Architekt Hermann Giesler. Leben und Werk (1898–1987). München 2008. Zugl. Diss. Univ. München 2007.
- 30** Bonatz, Paul: Leben und Bauen. Vierte, vom Verfasser durchgesehene Auflage. Stuttgart 1957, S. 149: „Es zog sich aber immer wieder einige Tage hin, ich tat meinen Dienst an der Hochschule weiter, mit Wehmut im Herzen und der bangen Frage, ob dies wohl der letzte Tag sei, natürlich mit doppelter Hingabe.“

Teil II Biographien der Verfolgten

- 31** Bonatz, Leben und Bauen (wie Anm. 30) „Auch wenn man zurückhaltend antwortete, ist genügend für ein KZ rasch beieinander, wenn es einer etwa weitererzählen wollte.“
- 32** Vgl. zu seiner Person Krauskopf, Kai: Hamburgs Baudirektor Schuhmacher – ein NS-Planer ohne Fortune, in: Architektur in Hamburg. Jahrbuch 2006. Hamburg 2006, S.182–189.
- 33** Bonatz, Paul: Leben und Bauen. Stuttgart 1950. Zitiert in: Krauskopf, Hamburgs Baudirektor Schuhmacher (wie Anm. 32) S.182
- 34** Bonatz, Leben und Bauen (wie Anm. 30) S.148
- 35** Vgl. Becker, Norbert: Artikel Stortz, Wilhelm, in: Württembergische Biographien 2. Stuttgart 2011, S.283–285.
- 36** Bonatz, Leben und Bauen (wie Anm. 30) S.148 ff.
- 37** Zu den detaillierten Quellenangabe der wiedergegebenen Textstelle siehe die Kurzbiographie von ↗ Curtis Ralph Fremond (früher Kurt Friedberg).
- 38** Bonatz, Leben und Bauen (wie Anm. 30) S.143
- 39** Freundl. Auskunft von Herrn Peter Dübbers an Norbert Becker vom 24.01.2014. Siehe auch May, Lehren und Bauen (wie Anm. 7) S.282 Anm.77.
- 40** May, Lehren und Bauen (wie Anm. 7) S.74
- 41** Vgl. dazu ausführlich die Kurzbiographie über ↗ Gertrud Goldschmidt („Gego“).
- 42** Voigt/Bresan, Paul Bonatz (wie Quellenverzeichnis) S.307
- 43** BA Berlin-Lichterfelde, R 4901/15133 (PA Paul Bonatz).
- 44** Bonatz, Leben und Bauen (wie Anm. 30) S.149 ff.
- 45** StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 80446 (Helmut Göring: „Aufzeichnungen über meine Tätigkeit als Rektor und Professor an der Technischen Hochschule Stuttgart“). Auch Paul Bonatz selbst erwähnt in seinen Memoiren, dass „Helmut Göring im Dezember 1933 seine Hand“ über ihn „gehalten habe“: Vgl. May, Lehren und Bauen (wie Anm. 7) S.282 Anm.59.

Publikationen von Paul Bonatz (Auswahl)

- zs. mit Karl Schaechterle u. Friedrich Tamms: Gestaltungsaufgaben beim Brückenbau der Reichsautobahn. Berlin 1936
- Leben und Bauen. Stuttgart 1950
- zs. mit Fritz Leonhardt: Brücken. Königstein im Taunus 1951
- Leben und Bauen. Vierte, vom Verfasser durchgesehene Auflage. Stuttgart 1957

Literatur über Paul Bonatz (Auswahl)

Kurzbiographie Paul Bonatz, in: Thieme, Ulrich u. Becker, Felix (Hrsg.): Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler. Bd. 4. Leipzig 1910, S. 274f.; Graubner, Gerhard (Hrsg.): Paul Bonatz und seine Schüler. Stuttgart 1931; Tamms, Friedrich (Hrsg.): Paul Bonatz. Arbeiten aus den Jahren 1907–1937. Stuttgart 1937; Kurzbiographie Paul Bonatz, in: Handbuch der deutschen Wissenschaft. Bd. 2. Bibliographisches Verzeichnis. Hrsg. vom Fr. K. Koetschau-Verlag. Berlin 1949, S. 846; Kurzbiographie Paul Bonatz, in: Kürschners deutscher Gelehrtenkalender. Jg. 7 (1950), S. 191; Kurzbiographie Paul Bonatz, in: Klimesch, Karl Ritter von (Hrsg.): Köpfe der Politik, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft. Augsburg 1953, S. 139; Stock, Wolfgang Jean: Kurzbiographie Paul Bonatz, in: Vollmer, Hans (Hrsg.): Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler des XX. Jahrhunderts. B 1, Leipzig 1953, S. 260; Kurzbiographie Paul Bonatz, in: Wer ist wer? 12. Auflage von Degeners Wer ist's? Berlin-Grunewald 1955, S. 111; Paul Bonatz zum Gedenken. Stuttgart 1957 (Reden und Aufsätze, 23); Kurzbiographie Paul Bonatz, in: Vollmer, Hans (Hrsg.): Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler des 20. Jahrhunderts. Bd 5. Nachträge. Leipzig 1961, S. 323; Bongartz, Norbert; Dübbers, Peter; Werner, Frank: Paul Bonatz 1877–1956. Stuttgart 1977 (Stuttgarter Beiträge, 13); Paul Bonatz. Gedenkfeier zum 100. Geburtstag. Stuttgart 1978; Kurzbiographie Paul Bonatz, in: Darmstaedter, Robert (Hrsg.): Reclams Künstlerlexikon. Stuttgart 1979, S. 90; Pfizer, Theodor: Paul Bonatz. Architekt. 1877–1956, in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken 14 (1980), S. 503–527; Durth, Werner: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970. Hrsg. von Heinrich Klotz. Braunschweig 1986; Roser, Matthias: Die Herrschaftshäuser von Paul Bonatz. Stuttgart 1987. Zugl. Diss. Universität Stuttgart 1987; Kurzbiographie Paul Bonatz, in: Benz, Wolfgang u. Graml, Her-

mann (Hrsg.): Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik. München 1988, S. 34; Lurz, Meinhold: Kurzbiographie Paul Bonatz, in: Baden-Württembergische Biographien 1. Stuttgart 1994, S. 37–39; Stark, Ulrike: Architekten – Paul Bonatz. Stuttgart 1995; Kurzbiographie Paul Bonatz, in: Killy, Walther (Hrsg.): Deutsche Biographische Enzyklopädie. Bd. 2. München u. a. 1995, S. 16; Nicolai, Bernd: Paul Bonatz – Baumeister für Krieg und Frieden, in: Ulrich Kuder (Hrsg.): Architektur und Ingenieurwesen zur Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933–45. Berlin 1997, S. 96–123; Krauskopf, Kai: Hamburgs Baudirektor Schuhmacher – ein NS-Planer ohne Fortune, in: Architektur in Hamburg. Jahrbuch 2006. Hamburg 2006, S. 182–189; Dogramaci, Burcu: Kulturtransfer und nationale Identität. Deutschsprachige Architekten, Stadtplaner und Bildhauer in der Türkei nach 1927. Berlin 2008. Zugl. Habil.-Schrift Universität Hamburg 2007; May, Roland: Pontifex Maximus. Der Architekt Paul Bonatz und die Brücken. Darmstadt 2011. Zugl. Diss. Universität Stuttgart 2007; Reichel, Peter, Schmid, Harald; Steinbach, Peter: Der Nationalsozialismus. Die zweite Geschichte: Überwindung, Deutung, Erinnerung. München 2009, S. 383; Voigt/Bresan, Paul Bonatz (siehe Quellenverzeichnis); May, Roland: Lehren und Bauen. Bonatz und die „Stuttgarter Schule“, in: Voigt/Bresan, Paul Bonatz S. 69–77; Philipp, Klaus Jan: Die Stuttgarter Schule. Eine Rezeptionsgeschichte, in: Philipp/Renz, Architekturschulen S. 39–51; Jessen, Johann u. Philipp, Klaus Jan (Hrsg.): Der Städtebau der Stuttgarter Schule. Berlin, Münster 2015 (Kultur und Technik. Schriftenreihe des Internationalen Zentrums für Kultur- und Technikforschung IZKT der Universität Stuttgart, 39)

KN

LAMBERTUS TIJE BOUKEMA

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1923 März 19 geb. in Rotterdam, niederländischer Staatsbürger, evangelisch

1943 März 31–1945 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

1944 Juni 15 Ummeldung nach Kirchheim/Teck

1944 Aug. 18 Abmeldung von Nellingen nach Radstadt (Kreis Salzburg, Österreich)

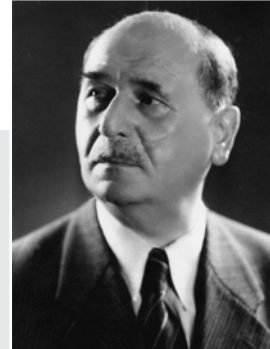
1986 Sept. 20 gest. in Den Haag

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 39, 81, 86, 90; UAST 202/1 S. 65f.

NB

HANS BREDOW

Ehrensator/Aberkennung der Ehrensatorwürde
aus politischen Gründen



1879 Nov. 26 geb. in Schlawe (Pommern, heute Polen)

1898–1903 Studium der Physik und Elektrotechnik an der Universität Kiel und am Friedrichs-Polytechnikum Köthen/Anhalt

1908 Geschäftsführender Direktor der „Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m.b.H.“ (Telefunken) in Berlin

1919 Ministerialdirektor und Leiter der neugegründeten Abteilung für drahtlose Telegraphie im Reichspostministerium

1926 Feb. 24 Ernennung zum Ehrensator, TH Stuttgart

1926 Rundfunk-Kommissar des Reichspostministers, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft (R. R.G.), Dachorganisation der Rundfunk-Sendegesellschaften

1933 Jan. 30 Gesuch um Entlassung aus diesen Ämtern

1933 Okt. 25 Verhaftung

1935 Nov. 5 Beginn des Schauprozesses gegen

Bredow wegen angeblicher Korruption

1937–1945

Tätigkeitsverbot, Aufbau eines historischen Funkarchivs in Wiesbaden

1945 Mai–Sept. Regierungspräsident von Hessen-Nassau in Wiesbaden

1945–1953 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Buderus'schen Eisenwerke und Edelstahlwerke Röchling-Buderus; Aufsichtsratsmitglied der Philipp Holzmann-AG

1946 Vorschläge für eine Neuordnung des Rundfunks

1947 Denkschrift „Entwurf eines Rundfunkgesetzes“

1949–1951 Vorsitzender des Verwaltungsrates des Hessischen Rundfunks

1959 Jan. 9 gest. in Wiesbaden

Am 24. Februar 1926 ernannte die Technische Hochschule Stuttgart Hans Bredow in „Anerkennung hervorragender Verdienste um die technische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Rundfunks“ zu ihrem Ehrensator.¹ Bredow hatte vor dem Ersten Weltkrieg ein deutsches Funknetz für Telegraphie aufgebaut und wurde in den Folgejahren einer der großen Organisatoren der Funktechnik und des Rundfunks. Sein Anliegen war es, den öffentlichen Rundfunk selbstständig und unabhängig von den Einflüssen politischer Parteien oder wirtschaftlicher Interessengruppen zu halten. Damit geriet er schon einige Jahre vor 1933 mit den Nationalsozialisten in starken Konflikt. Am Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler trat er daher von seinem Amt als Vorsitzender der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft zurück, wurde aber als langjähriger Gegner der NS-Bewegung Ende Oktober 1933 verhaftet und 15 Monate gefangen gehalten.

In seinen Lebenserinnerungen berichtet Bredow, der stets im öffentlichen Leben eine exponierte Position innegehabt hatte, dass er einige Zeit brauchte, um die öffentlichen Demütigungen durch das NS-Regime zu überwinden:

In der ersten Zeit der Untersuchungshaft hatte ich meinen Sturz und die Beschimpfungen in der gleichgeschalteten Presse noch als eine Schmach empfunden, die ich glaubte nicht überleben zu können. Aber dann las ich von Männern, die ich kannte und denen es ähnlich ergangen war [...]

Mochten auch die Nationalsozialisten meine Lebensarbeit verleugnen und mich mit Schmutz bewerfen, mochten sie die nach mir benannte Straße in Berlin umbenennen und verkünden lassen, dass ich nicht würdig sei, Ehrenbürger der Stadt Rendsburg und Ehrensenator der Technischen Hochschule Dresden zu sein, – es waren doch nur Nadelstiche von Minderwertigen.²

Auch die Aberkennung der Ehrensenatorenwürde der Technischen Hochschule Stuttgart 1933/34 (s. hierzu Kap. 3.7) dürfte also von Hans Bredow zunächst als starke Zurücksetzung empfunden worden sein.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges kehrte Bredow in das öffentliche Leben zurück und war u. a. kurzzeitig Regierungspräsident von Hessen-Nassau. Bredows Konzept von unabhängigen Rundfunkanstalten fand schließlich Eingang in die Rundfunkgesetze der westdeutschen Bundesländer und prägt bis heute die demokratische Organisation der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen die Informationen zum Lebenslauf aus: <http://www.hans-bredow-institut.de/de/geschichte/hans-bredow-lebensdaten> (31.08.2015); Bredow, Hans: Im Banne der Ätherwellen. 2 Bde. Stuttgart 1954, 1956 (Lebenserinnerungen).

1 UAST 127/155 (Schreiben Bredows v. 15.01.1955 an den Rektor der TH Stuttgart)

2 Bredow, Hans: Im Banne der Ätherwellen. Bd. 2, S. 342

NB

WASSILI BULIN

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1904 Jan. 29 geb. in Bentjai/Witebsk, „Ostarbeiter“

1942 Juli 13–1945 Zwangsarbeiter am

Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Lagerarbeiter

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 90; UAST 202/1 S. 118

NB

STEFANO BURANELLO

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1899 Dez. 12 geb. in Venedig, italienischer Staatsbürger, katholisch

1943 Nov. 20–1943 Dez. 21 oder 1944

Feb. 14 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Kesselschmied und Hilfsarbeiter

Quellen: UAS1 131/3/81; UAS1 202/1 S. 27

NB

ADOLF BUTZ

Assistent am Geographischen Institut/Verdrängung

1907 Febr. 18 geb. in Stuttgart

1926 Reifeprüfung, Friedrich-Eugen-Oberrealschule Stuttgart

SoSe 1926–WS1929/30 Studium der Geographie und der Naturwissenschaften an der TH Stuttgart und an der Universität Tübingen

SoSe 1928–1935 März 31 mit Unterbrechungen Assistent am Geographischen Institut der TH Stuttgart.

ab 1930 leitendes Mitglied der Roten Studentengruppe und enge Zusammenarbeit mit der späteren Widerstandskämpferin Lilo Herrmann.

1934 April 27 Prüfung für das wiss. Lehramt an höheren Schulen

1935 April 1–1935 Sept. 30 Studienreferendar im höheren Schuldienst an der Oberrealschule Stuttgart

Juli 1935–März 1936 nach eigenen Angaben: arbeitslos¹

1935 Mai 04 Mitglied im Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK)²

1935 Juli 02 Meteorologische Prüfung für die Zulassung zum höheren Reichswetterdienst

1935 Okt. 1–1936 Febr. 29 Vorbereitungs-

dienst für den höheren Reichswetterdienst

1936 März 01–1940 Sept. 30 Meteorologe im Reichswetterdienst in Ansbach

1937 Nov. 22 Doktorprüfung in Geographie, TH Stuttgart

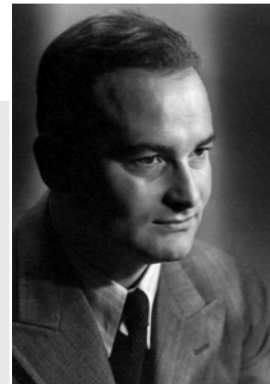
Dissertation: Die Burgen im südlichen Württemberg. Ein Beitrag zur Siedlungsgeographie von Württemberg

1940 Okt. 1–1945 Mai 8 Regierungsrat im Reichswetterdienst

WS 1944/45 Lehrauftrag für Wetterkunde, Universität Würzburg

1946 Mai Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft in Stuttgart.

1946 Nov. 1–1947 Dez. 31 Studienassessor am



Adolf Butz in seiner Zeit als Assistent am Geographischen Institut

Pädagogischen Institut Stuttgart und Lehrtätigkeit am Pädagogischen Institut Markgröningen.

1948 Jan. 1 Studienrat, Beamter auf Lebenszeit. Lehrauftrag Geographie am Pädagogischen Institut Esslingen

1950 Herbst Dozentur für Sozialkunde und Politische Bildung am Pädagogischen Institut Esslingen

1960 Sept. 1 Oberstudienrat

1962 Mai 15 Dozent an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg

1968 April 23/11 Ernennung zum Professor an einer Pädagogischen Hochschule

1969 Nov. 27/10 Versetzung in den Ruhestand

1975 April 12 gest. in Stuttgart

Im Vergleich zu anderen Mitgliedern der Roten Studentengruppe hatte Adolf Butz noch Glück, da er zwar im Jahr 1935 aus seiner Assistentenstelle am Geographischen Institut gedrängt wurde, womit seine geplante wissenschaftliche Laufbahn beendet war, aber noch 1937 seine Promotion abschließen konnte und von Gewaltakten der nationalsozialistischen Verfolger verschont blieb. Nach Ende der NS-Herrschaft schrieb der Kultminister von Württemberg-Baden, Theodor Bäuerle: „Nur durch die Standhaftigkeit einer vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilten Angeklagten entging er der eigenen Verhaftung.“ Gemeint war Lilo Herrmann, die 1938 als Mitglied einer kommunistischen Stuttgarter Widerstandsgruppe hingerichtet wurde. Herrmann und Butz kannten sich gut, sodass Butz sie auch in ihrem Elternhaus besuchte. Butz schreibt, dass er „der engste Mitarbeiter von Lilo Herrmann war“ und mit ihr zusammen 1930 die Rote Studentengruppe gegründet hatte. Vor 1933 engagierte er sich zudem in der Marxistischen Arbeiterschule Stuttgart und später auch noch in der „Lehrergewerkschafts-Opposition“ in Württemberg. Ab 1933 war er in die Widerstandsorganisation der KPD als aktiv Handelnder eingebunden. Auch noch während seiner Stationierung als Soldat der Wehrmacht in Frankreich blieb er dem Kampf gegen den Nationalsozialismus treu und nahm Kontakte zur dortigen Resistance auf.³

Die Dissertation war schon zwischen 1930 und 1933 entstanden. Butz hatte hierin eine interdisziplinäre Betrachtung geographischer Phänomene vorgesehen, berichtete aber später:

„Dunkler Punkt“ in meinem wissenschaftl. Vorleben bildet meine Doktor-Dissertation „Die Burgen in Württemberg. Ein Beitrag zur Siedlungs-Geographie“. [...] Ich hatte erst vorgesehen, das Thema sowohl geographisch, als auch historisch zu behandeln. [...] Um in der für mich aus politischen Gründen schwierigen Zeit nach 1933 zu einem äusseren Abschluss zu gelangen reichte ich die Arbeit auf Wunsch von Prof. Wunderlich [Erich Ernst Wunderlich, Doktorvater von A. Butz; Zusatz N. B.] ohne die historische Begründung und damit in einseitiger und für mich unbefriedigender Form als Doktor-Dissertation ein.“⁴

Inwieweit bei der Vermeidung historischer Aspekte lediglich das Geographiekonzept des Doktorvaters eine Rolle spielte, oder vielmehr einem ideologischen Konflikt mit dem nationalsozialistischen Heimat- und Geschichtsbild vorgebeugt werden sollte, lässt sich heute nicht mehr klären.

Butz beendete jedenfalls seine Referendarzeit für den Lehrerberuf, „weil es ihm unmöglich war, im Unterricht für die nationalsozialistische Weltanschauung einzutreten“ (Bäuerle). Er „wechselte daher auf das politisch und weltanschaulich neutrale Gebiet des Reichswetterdienstes über“ (Butz). Hinzu kam, dass zwischen Juni und Dezember 1935 die Mitglieder der Widerstandsgruppe um Lilo Herrmann verhaftet wurden, sodass Butz Stuttgart auch zu seiner eigenen Sicherheit verlassen musste.¹ Kultusminister Bäuerle sah für ihn 1946 eine Professur in Geographie an der Universität Tübingen vor. Im Jahr 1947 bewarb er sich um einen Lehrauftrag in Geographie an der Technischen Hochschule Stuttgart, doch beide Pläne zerschlugen sich.

Butz' Konzepte einer modernen Lehre in Geographie zielten auf eine Verbindung der Ergebnisse der physischen Geographie und der Sozial- und Kulturgeographie. Wenn er im Jahr 1947 die „Neugestaltung des Geographie-Unterrichts nach den Erfordernissen der Gegenwart“⁵ einforderte, so war mit den „Erfordernissen“ der Aufbau einer demokratischen Gesellschaft mit gut informierten, mündigen Staatsbürgern gemeint. Für die Zukunft war vorgesehen: „Nicht mehr ‚reine‘ Geographie, sondern Aufbau des Fachs im engsten Zusammenhang mit dem Studium der kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Kopplung von Geographie und Geschichte.“⁶

Mit diesem universellen Anspruch an sein Fach war Butz jedoch der optimale Dozent für die Lehrerausbildung, die die Kultusministerien in den Nachkriegsjahren vor Personalprobleme stellte. So lehrte Butz seit 1946 bis zu seiner Pensionierung 1969 am Pädagogischen Institut und später an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg, zuletzt auch die Fächer Politik und Soziologie. Dass diese Fächer ihren festen Platz in der Lehrerausbildung bekamen, musste er gegen Widerstände durchsetzen.

Adolf Butz starb am 12. April 1975.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen die Daten zum Lebenslauf, die Zitate und die weiteren Informationen aus der Personalakte im HStA Stuttgart EA 3/150 Bü 2970.

1 „Erklärung“ Adolf Butz über seine Tätigkeit im Widerstand vom 28.05.1947 (Nachlass A. Butz im Privatbesitz)

2 BA Berlin R 4901/24379 (Fragebogen v. 13.10.1944 in Personalakte des Reichserziehungsministeriums)

3 Letsche, Lothar: Neues über Lilo Herrmann und ihre Mitkämpfer (1993), in: Lilo Herrmann, eine Stuttgarter Widerstandskämpferin. Stuttgart 1993, S. 67–91, hier S. 68; „Erklärung“ Adolf Butz über seine Tätigkeit im Widerstand vom 28.05.1947 (Nachlass A. Butz im Privatbesitz); Fragebogen 1 der Landesstelle Württemberg-Baden für die politisch Verfolgten des Naziregimes Stuttgart v. 09.06.1946 (Nachlass A. Butz im Privatbesitz)

4 UAST 122/1a

5 ebd.

6 ebd.

Werke (Auswahl):

– Die Burgen im südlichen Württemberg: ein Beitrag zur Siedlungsgeographie von Württemberg. Stuttgart 1940 (Stuttgarter geographische Studien, 66/67)

Für zahlreiche Hinweise und Textergänzungen danke ich Herrn Lothar Letsche.

NB

A. C.

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1920 April 11 geb. in Lipuwka, tschechoslowakischer Staatsbürger, katholisch

1942 Aug. 14–1944 Nov. 30 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Ingenieur

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S.196

NB

D. C.

Architekturstudentin/rassistische Verfolgung

Am 28. April 1944 konnte sich D.C., die im NS-Staat als sogenannter „Mischling zweiten Grades“ galt, für das Architekturstudium an der TH Stuttgart „vorläufig“ immatrikulieren. Wir kennen ihren Fall aus der Spruchkammerakte des damaligen Rektors der Technischen Hochschule Stuttgart, Heinrich Hess, der ihre Immatrikulation zu seiner Entlastung anführte.¹ Da das Reichserziehungsministerium in Berlin alle Studierenden erfasste, die als „Mischlinge“ galten, kennen wir aus dessen Unterlagen zudem das Immatrikulationsdatum und wissen auch, dass D.C. vor ihrem Studium den Reichsarbeitsdienst sowie den Kriegshilfsdienst, eine zusätzliche Arbeitsdienstpflicht für junge Frauen während des Zweiten Weltkrieges, hatte ableisten müssen.²

¹ StA Ludwigsburg EL.902/2 Bü 1998, Bll. 70, 138

² BA Berlin R 4901/13125

NB

M. C.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1921 Dez. 30 geb. in Den Haag, niederländischer Staatsbürger, katholisch

1943 März 26–1945 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als

Hilfs- und Transportarbeiter

1943 Okt. 11 Einweisung in das Arbeitserziehungslager Oberndorf am Neckar

1943 Nov. 26 Entlassung aus dem Arbeitserziehungslager Oberndorf am Neckar

Teil II Biographien der Verfolgten

Der niederländische Zwangsarbeiter M.C. war nach einem halben Jahr am FKFS nicht mehr zur Arbeit erschienen. Das FKFS nahm an, „dass er ohne Genehmigung nach Holland zurückgekehrt“ sei.¹ Wahrscheinlich hatte er die Flucht aus dem FKFS zusammen mit \nearrow K.U. unternommen. M.C. wurde gefasst und musste wie andere vom Arbeitsplatz geflüchtete Zwangsarbeiter des FKFS sechs Wochen Haft im berüchtigten Arbeitserziehungslager Oberndorf am Neckar erdulden (vgl. Kap. 3.8.2).

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 41, 81, 86, 90; UAST 202/1 S. 70

1 UAST 131/3/41

NB

O. C.

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1926 Juli 20 geb. in Krasne (Kreis Dnjepropetrovsk), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine)

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65, 33/1/76; UAST 202/1 S. 205

NB

T. C.

Architekturstudent/Relegation aus politischen Gründen

1909 geb. in St. Gallen (Schweiz), Schweizer Staatsbürgerschaft, Vater: Schreinermeister
Besuch der Gewerbeschule St. Gallen und des Kantonalen Technikums in Winterthur

1930 Diplom als Bautechniker

Berufstätigkeit in Architekturbüros in Winterthur, Zürich und Zollikon sowie im Hochbauamt der Stadt St. Gallen

1935 Dez. 4 Immatrikulation an der TH Stuttgart für das Fach Architektur

1937 Abschluss der Vordiplomprüfung

1938 April 21 Relegation von der TH Stuttgart

1938 April Fortsetzung des Studiums an der ETH Zürich

1939 Juli 17 Diplom ETH Zürich (Dipl. Arch. ETH)

Tätigkeit zunächst in verschiedenen Architekturbüros und als selbstständiger Architekt, danach in der eidg. Baudirektion

1974 Pensionierung

1989 gest.

Der Schweizer Architekturstudent, dessen Name auf Wunsch seiner Kinder ungenannt bleibt, geriet 1938 in die Schusslinie nationalsozialistischer Studenten. Am Tag der Abstimmung über den sogenannten „Anschluss“ Österreichs, den 10. April 1938, war er mit einem aus der Schweiz angereisten Freund in ein Stuttgarter Lokal gegangen. Dort hatte eine Gruppe von Männern an einem Nebentisch nationalistische Lieder angestimmt. Danach wurde er zur Rede gestellt, weil er nicht in den Gesang eingestimmt hatte und auch beim Singen der deutschen Nationalhymne nicht aufgestanden war. Dieser Vorfall wurde beim Rektor der TH Stuttgart denunziert und mit weiteren Vorwürfen angereichert, die nach ihrem Inhalt aller Wahrscheinlichkeit nach aus Kreisen der Studierenden kamen. Schon zwei Tage später notierte der Prüfungssekretär Reinhardt auf der Karteikarte des Studierenden: „Vom Rektor ausgeschlossen. Ist beim Absingen der Nationalhymne am Wahltag 10. April 1938 auf Aufforderung nicht aufgestanden. Hat sich gegenüber Straßensammlungen dauernd ablehnend verhalten.“ Und in der Begründung der Relegation hieß es: „Durch sein Verhalten während des Singens der Nationalhymne in einem öffentlichen Lokal sowie durch sein früheres Verhalten an der Hochschule hat er seine innere Beziehung zur Hochschulgemeinschaft verloren und wird deshalb von ihr abgelehnt.“

Den Schweizer Studenten trafen das Verbot des Rektors, die Hochschule zu betreten, sowie die elf Tage später durch das Disziplinargericht der TH ausgesprochene Relegation schwer, denn er war gerade dabei, seine Diplomhauptprüfung abzuschließen. Nun wurden ihm die schon vereinbarten weiteren Teilprüfungen sowie die Diplomarbeit verwehrt. Zu diesem Zeitpunkt war er bereits 28 Jahre alt und hatte sich – finanziell nicht gut gestellt – erst auf dem mühsamen Weg über den Besuch eines Technikums und die berufliche Tätigkeit für ein Hochschulstudium qualifiziert. Immerhin hatte das Disziplinargericht ihn nicht wie in einigen anderen bekannten Fällen vom Besuch einer anderen deutschen Hochschule ausgeschlossen.

Trotz allem machte er seinen Weg. Er nahm das Studium an keiner deutschen Hochschule mehr auf, sondern ging in die Schweiz zurück, wo er sich an der ETH Zürich immatrikulierte und ein Jahr später das Diplom als Architekt erwarb. Danach konnte er in der Schweiz beruflich Fuß fassen. Aus seiner Ehe, 1944 geschlossen, stammen fünf Kinder. Diese erinnern sich, dass die Zeit des Vaters in Deutschland und der Zweite Weltkrieg in der Familie verdrängt wurden. Das misstrauische und verschlossene Wesen des Vaters sowie seine große Skepsis gegenüber Politik und Vereinswesen waren eine Folge der für seine Lebensplanung einschneidenden Relegation. Auch der Tod vieler seiner Stuttgarter Freunde und Kollegen im Zweiten Weltkrieg war für ihn zeit seines Lebens eine schwere Belastung.

Quellen: Korrespondenz des Verfassers mit der Tochter des Studenten v. 06.05.2013 bis 16.01.2014 (UAST 202); Hochschularchiv der ETH Zürich, Studentematrikel EZ-Rek 1/1/23238; UAST 10/55 (Karteikarte Studentensekretariat); UAST 120 (Prüfungsakte)

MARKO CALOGOVIC

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1915 Juni 12 geb. in Agram (Zagreb), jugoslawischer Staatsbürger (Kroatien)

1942 Sept. 14–1943 März 31 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Diplom-Ingenieur

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 53

NB

VITTORIO CANE

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1903 Nov. 1 geb. in Nizza-Marit, italienischer Staatsbürger, katholisch

1943 Nov. 19/20–1943 Dez. 21 Zwangsarbei-

ter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Mechaniker

Quellen: UAST 131/3/81; UAST 202/1 S. 31

NB

HARTMUT COLDEN

Architekturstudent/
Relegation aus rassistischen Gründen

1915 Okt. 2 geboren in Breslau, evangelisch
Vater: Curt Colden (gest. 1937), Augenarzt
Mutter: Eleonore Colden (gest. 1961),
Lehrerin

1933 März 10 Abitur am Staatlichen König-Wilhelm-Gymnasium Breslau

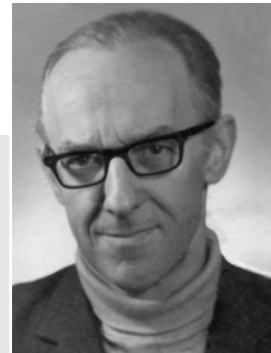
WS 1933/34–SoSe 1935 Architekturstudium an der TH Breslau

1935 Okt. 30 Vorprüfung an der TH Breslau mit „gut“ bestanden

**1935 Dez. 4–
1936 Juni 30**
Studium an der
TH Stuttgart

**1936 Juli 1–
1937 Juni**

Zwischenpraxis
im Architekturbüro Albrecht Jaeger in Breslau
ab 1937 Nov. 11 Fortsetzung des Studiums an
der TH Stuttgart



1938 Nov. 12 von der TH Stuttgart verwiesen; Abgangszeugnis v. 17. Dezember 1938

Ende 1938 Emigration nach England und Mitarbeit in einem Architekturbüro in Cambridge

1939–1940 Landarbeiter

1940 Mai –1941 Juli 14 Monate Internierung in Großbritannien, auf der Isle of Man und in Kanada

1941–1943 Landarbeiter und 1½ Jahre Arbeit als Tierpfleger an der tierheilkundlichen Station der Universität Cambridge

1942 Kandidat der KPD¹

1943–1946 2½ Jahre Arbeit als Bergmann im schottischen Kohlebergbau

1944 Mitglied der KPD

1946–1947 13 Monate Mitarbeit in einem Glasgower Architekturbüro

1947 Sept. Wiederaufnahme des Studiums an der Hochschule für Baukunst und Bildende Künste, Weimar

1947 Mitglied der SED

1949 Jan. 12 Diplomprüfung mit „gut“ bestanden

1949–1950 Architekt und Bauleiter beim Jugendkombinat „Karl Liebknecht“ bei Schlieben (heute Landkreis Elbe-Elster, Brandenburg)

1950–1952 Assistent und Oberassistent, Hochschule für Architektur, Weimar

1952–1978 Architekt und Stadtplaner im Stadtbauamt Rostock und Bezirk Rostock

1958–1961 Stadtarchitekt Rostock

1959 Verdienstmedaille der DDR

1973 Schinkel-Medaille in Silber des Bundes der Architekten der DDR

1982 Sept. 14 gest.

Glaubt man seinem späteren eigenhändig verfassten Lebenslauf, so wollte Hartmut Colden schon als kleines Kind „Baumeister“ werden. In seinem Abiturzeugnis – Colden war zu diesem Zeitpunkt 17 Jahre alt – wurde jedenfalls der Berufswunsch festgehalten: „Colden will Hochbau studieren.“ Der Studienbeginn, der erste Schritt zum erhofften beruflichen Lebensziel, fiel jedoch in das erste Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft. Colden war zwar evangelisch, die Eltern wohl ebenso an die deutsche Mehrheitsgesellschaft assimiliert, doch galten alle Familienmitglieder im NS-Staat wegen ihrer Vorfahren als Juden und gerieten so in die Zwangs- und Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes. Der Vater, der schon 1937 verstarb, musste seine Augenarztpraxis aufgeben – der Sohn notierte nach dem Krieg, dass die Familieneinkünfte daher sehr stark zurückgegangen waren.

Trotz der prekären Lage konnte Hartmut Colden das Architekturstudium aufnehmen, zunächst an der heimischen Technischen Hochschule in Breslau, wo er auch das Vordiplom mit der Note „gut“ bestand. Es dürfte nicht ungewöhnlich gewesen sein, dass er nach der vorgeschriebenen Zwischenpraxis in einem Architekturbüro an die Technische Hochschule Stuttgart wechselte, die damals einen ausgezeichneten Ruf genoss. In einem Lebenslauf aus dem Jahr 1947 betonte Colden: „[Ich] nahm im Besonderen am Stadtbauseminar von Professor Wetzel teil.“² Städtebau wird nach dem Zweiten Weltkrieg Coldens zentrale Aufgabe in Rostock und an anderen Orten in der DDR sein.

Hartmut Colden stand kurz vor Abschluss seines Studiums, als er „im Zuge der antisemitischen Maßnahmen im November 1938 von der Hochschule verwiesen“ wurde.² Es folgte die Emigration nach England, wozu bereits seine Schwester die Vorbereitun-

gen getroffen hatte. Seine Mutter folgte im Jahr 1939. Wie so viele deutsche Emigranten musste auch Hartmut Colden nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs die zeitweise Internierung erdulden. Im Rückblick schreibt er hierzu jedoch: „Das Zusammensein mit hunderten von deutschen Emigranten, vor allem mit politisch und rassistisch verfolgten Jugendlichen in den Internierungslagern, wurde zu einer ganz entscheidenden Erfahrung in meinem Leben.“² Nach der Freilassung engagierte er sich in kommunistischen Kreisen, trat 1942 der KPD bei¹, gründete zusammen mit einem Freund eine Gruppe der Freien deutschen Jugend (F.D.J.) und hielt politische Schulungen für jugendliche Emigranten wie auch für schottische Gewerkschaftler und andere Gruppen ab. In Glasgow beteiligte er sich an den Veranstaltungen des „Freien deutschen Kulturbundes“ (Free German League of Culture), einer Vereinigung vor allem deutscher emigrierter Schriftsteller und Künstler, der die Bewahrung der deutschen, demokratischen, freien Kultur zum Ziel hatte.³

Erst 1947 gelang es Hartmut Colden, die bürokratischen Hindernisse zu überwinden und nach Deutschland zurückzukehren. „Da ich am Aufbau eines besseren Deutschland teilnehmen wollte, habe ich seit Kriegsende meine Rückkehr betrieben“, schrieb er 1947.² Es wäre leicht gewesen, das Studium in Stuttgart abzuschließen. Doch Colden folgte seinen idealistischen Zielen und wählte die Sowjetische Besatzungszone als seine neue Heimat – in Weimar konnte er auch auf die Bekanntschaft mit Kommunisten aufbauen, die er im englischen Exil kennengelernt hatte.⁴ Er immatrikulierte sich daher an der Hochschule für Baukunst und Bildende Künste in Weimar, wo er nach zwei Semestern sein Diplomexamen bestand. Sein Humanismus speiste seine Begeisterung für den Aufbau eines „besseren Deutschlands“.

In Rostock fand Hartmut Colden in der Stadtplanung und Stadterweiterung seine Lebensaufgabe. Am Wiederaufbau des Stadtzentrums unter Schonung des Altbestands und an der Planung neuer Wohngebiete war er maßgeblich beteiligt. Nach Ende des Koreakriegs war er 1955 beim Wiederaufbau der Stadt Hamhùng in Nordkorea tätig. Nach einer Erkrankung 1962 legte er weitgehend seine Leitungsaufgaben nieder und wechselte zeitweilig zum Büro für Städtebau des Rates des Bezirks Rostock, wo er Erholungszentren auf Rügen und in anderen Ostseebädern realisieren konnte. Hartmut Colden identifizierte sich zeitlebens mit der DDR.⁵ Hierfür stehen auch die zahlreichen Auszeichnungen, darunter die Verdienstmedaille der DDR (1959), oder auch seine Tätigkeit als Stadtverordneter in Rostock (1957–1961). Allerdings litt er auch unter den Konflikten, die durch die Einmischung von SED-Stellen in seine fachliche Arbeit entstanden.⁵

Hartmut Colden starb am 14. September 1982. In einem Neubaugebiet Rostocks ist eine Straße nach ihm benannt.

Quellen: Soweit nicht anders angegeben, stützt sich der Lebenslauf bis 1947 auf die Karteikarte des Studentensekretariats (UASt 10/55), die Prüfungsakte (UASt 120/3450) und auf die Dokumente, insbesondere auf den eigenhändigen Lebenslauf (1947) in der Studenten- und in der Personalakte im Archiv der Moderne, Weimar (III/01/067; II/01/33). Für die Zeit nach 1947 stammen die Informationen aus einer tabellarischen Kurzbiographie im Stadtarchiv Rostock (2.1.19 Nr. 74) und aus dem Nachruf auf Hartmut Colden von Kurt Tauscher in: *Architektur der DDR* 31 (1982), S. 765 f.

- 1 BA Berlin/SAPMO SgY30/2222 (Lebensbericht Hartmut Coldens 1979)
 2 Eigenhändiger Lebenslauf 1947: Archiv der Moderne, Weimar III/01/067
 3 Zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend in England und des Freien Deutschen Kulturbunds siehe Brinson, Charmian u. Dove, Richard: Politics by Other Means. The Free German League of Culture in London 1939–1946; Hahn, Ulla: Der Freie Deutsche Kulturbund in Großbritannien. Eine Skizze seiner Geschichte, in: Antifaschistische Literatur. Programme, Autoren, Werke. Hrsg. v. Lutz Winkler, Kronberg 1977, Bd. 2, S. 131–195. Uhlman, Fred: The Making of an Englishman. Erinnerungen eines deutschen Juden. Zürich 1998, S. 269f. schildert die Unterwanderung des Kulturbunds durch „Kommunisten und ihre Sympathisanten“.
 4 Archiv der Moderne, Weimar III/01/067 (Fragebogen für Studenten v. 16. 09. 1947)
 5 Freundl. Mitteilung der Familie an den Verf. v. 08.11. 2016

Für zahlreiche Hinweise, insbesondere auf den Lebensbericht Coldens von 1979 in der SAPMO, danke ich Frau Cris Fischer, Rostock/Berlin.

NB

FRED CONRAD

Assistent an der Architekturabteilung/rassistische Verfolgung

1912 Dez. 12¹ geboren
WS 1933/34 Beginn des Architekturstudiums,
 TH Stuttgart
1937 Febr. 15 Vordiplom, TH Stuttgart

1944 August 25/26¹ als Kommandant einer
 Artilleriefähre im Gefecht mit britischen Kriegsschiffen im Ärmelkanal umgekommen

Über Fred Conrad kennen wir nur eine Aussage seines Professors Paul Schmitthenner. Dieser führte Conrad in einer Liste der jüdischen Studierenden und Mitarbeiter auf, die er anlässlich seines Entnazifizierungsverfahrens zu seiner Entlastung aufgestellt hatte. Unter der Überschrift „Meine Fürsorge um halbjüdische und jüdische Studierende“ schrieb Paul Schmitthenner:

Fred Konrad (Vierteljude) wurde mir als Assistent von Rektor, Dozentenschaftsführer und Studentenschaft abgelehnt. Ich habe durch die entsprechenden Schritte diese Massnahme rückgängig gemacht. Konrad ist im Jahr 42 als Oberleutnant zur See gefallen.²

Die weitere Recherche ergab, dass Fred Conrad 1912 geboren ist und am 25. oder 26. August 1944 als Oberleutnant zur See und Kommandant einer Artilleriefähre im Gefecht mit britischen Schnellbooten und Zerstörern im Ärmelkanal bei Cap d'Antifer ums Leben gekommen ist.¹

Quelle für die Studienzeiten und die Prüfungstermine: UAST 120/3461 (Prüfungsakte)

Teil II Biographien der Verfolgten

1 Recherche in: <http://www.volksbund.de/graebersuche.html> (05.02.2016); http://www.historisches-marinearchiv.de/projekte/landungsfahrzeuge/marinefaehrprahm/ausgabe.php?where_value=1101 (27.03.2017); <http://historisches-marinearchiv.de/projekte/crewlisten/ww2/eingabe.php> (27.03.2017)
2 Archiv Paul Schmitthenner, München

NB

B. D.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1920 Aug. 25 geb. in „Lubaschkowo“/Witebsk, „Ostarbeiter“
1942 Juli 13–1945 Zwangsarbeiter am For-

schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 83, 90; UAST 202/1 S. 125

NB

E. D.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1925 Mai 4 geb. in Tetkino, Kreis Gluschkowskij, Kursk, Staatsbürger der Sowjetunion (Russland)

1942 Juli 13–1945 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

E. D. wurde mit 17 Jahren von deutschen Soldaten gefangen genommen und zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Er meldete sich im Jahr 1999 anlässlich des Entschädigungsverfahrens für ehemalige Zwangsarbeiter bei der Stadt Stuttgart. Anhand des Fragebogens, den das Stadtarchiv Stuttgart ihm dann zugesandt hat, berichtete er über die Lebenssituation in Deutschland und die Arbeitsbedingungen am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (siehe hierzu ausführlich Kap. 3.8.2).

E. D. wurde hier an einem Gerät angelernt, mit dem die Oktanzahl von Benzin bestimmt wurde. Die Arbeitszeit dauerte von 7 Uhr bis 19 Uhr mit zwei Pausen zu je 15 Minuten.

Nach der Befreiung durch die alliierten Soldaten wollte E. D. schnell in die Heimat zurückkehren. Noch in Deutschland wurde er vom KGB erfasst und dann in die Rote

G. D.

Armee eingezogen. Wegen seiner Tätigkeit in Deutschland galt er als Kollaborateur und hatte bis 1976 Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu erhalten. Deswegen konnte er zwischen 1954 und 1970 nur auf der fernen Insel Sachalin eine Stelle finden. Aus Angst um sich und seine Familie hat er keine Erinnerungsstücke aus seiner Zeit in Deutschland aufbewahrt.

Quellen: StadtA Stuttgart 140/1 Nr. 12; UAST 131/3 Nrn. 78, 83, 90; UAST 202/1 S. 122

NB

F. D.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1923 Mai 10 geb. in „Lubaschkowo“/Witebsk, „Ostarbeiter“

ab 1942 Juli 13 Zwangsarbeiter am For-

schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 83, 90; UAST 202/1 S. 126

NB

G. D.

Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1922 geb. in „Pawenschki“, „Ostarbeiterin“

ab 1944 Sept. 26 Zwangsarbeiterin am For-

schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Putzfrau

Quellen: UAST 131/3/88; UAST 202/1 S. 157

NB

H. D.

Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1922 geb. in „Kindino“ [?] Witebsk, „Ostarbeiterin“
ab 1944 Sept. 26 Zwangsarbeiterin am For- schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahr- zeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Putzfrau

Quellen: UAST 131/3/88; UAST 202/1 S. 158

NB

ADOLF DAFERNER

Mitarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)/Gestapohaft auf Veranlassung des FKFS

1920 April 22 geb. in Manolzweiler bei Waib- lingen (heute Ortsteil von Winterbach)
1938 Aug. 19¹-1943 Febr. 26 Motorenschlos- ser am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)
1941 Dez. auf Veranlassung der Institutslei- tung des FKFS mehrere Tage Gestapohaft we- gen Arbeitsvertragsbruch
1943 Febr. 26² als Soldat zur Wehrmacht eingezogen
1989 gest.³

Wunibald Kamm, Direktor des Forschungsinstituts für Kraftfahrwesen und Fahrzeug- motoren Stuttgart (FKFS), beantragte am 6. Dezember 1941 beim Reichstreuhand für den öffentlichen Dienst, den gerade 21-jährigen Motorenschlosser am FKFS Adolf Da- ferner „für einige Wochen in das Zwangsarbeitslager zu stecken“.⁴ Daferner wäre seit et- wa einem Jahr wiederholt zu spät zur Arbeit erschienen, habe an manchen Tagen über- haupt unentschuldig gefehlt. Trotz mehrfacher Ermahnungen habe er diese Praxis des Arbeitsvertragsbruchs fortgesetzt. Die Dienststelle des Reichstreuhanders beantragte daraufhin bei der Gestapo Stuttgart die Einweisung Daferners in ein Arbeitserziehungslager. Die Gestapo lehnte diese Maßnahme jedoch gegenüber dem FKFS ab mit den Begründungen, „dass Daferner an sich nicht schlecht, jedoch etwas verbummelt sei“;⁵ dass seine Verfehlungen nicht so schwerwiegend seien, als dass er in einem Arbeits- erziehungslager diszipliniert werden müsste, in dem er zudem als Deutscher unter den polnischen und tschechischen Zwangsarbeitern fehl am Platz sei. Statt der Einweisung in das Arbeitserziehungslager Oberndorf am Neckar wurde Daferner drei oder vier Tage in Stuttgart in Haft genommen, kehrte dann an das FKFS zurück, wo er offen den Stand- punkt vertrat, „dass er zu Unrecht bestraft worden sei und dass er seine Strafe lediglich durch energisches Zufassen des Instituts erhalten habe“.⁶ Im Gegensatz zur Behand-

lung der ausländischen Zwangsarbeiter, die das FKFS in das Arbeitserziehungslager Oberndorf am Neckar einweisen ließ, wurde Daferners Lohn nach der Freilassung nicht gekürzt, im Verlauf des Jahres 1942 sogar angehoben.⁷ Im Februar 1943 endete seine Tätigkeit im FKFS, weil Daferner als Soldat zur Wehrmacht eingezogen wurde.²

Quellen: UASt 131/3/41 (Personalakte Daferner, Adolf)

1 UASt 131/3/69

2 UASt 131/3/80

3 Auskunft des Standesamts Winterbach an den Verf. v. 19.10.2016

4 Schreiben Wunibald Kamms an den Reichstreuhandler für den öffentlichen Dienst v. 06.12.1941 (UASt 131/3/41 Darferner, Adolf)

5 Aktennotiz Paul Riekerts über ein Telefongespräch mit Herrn Steiner, Gestapo Stuttgart v. 18.12.1941 (ebd.)

6 Schreiben des Institutsdirektors Wunibald Kamm an die Gestapo Stuttgart v. 23.12.1941 (ebd.)

7 UASt 131/3/71

NB

HANS-WERNER DENEKE

Student der Luftfahrttechnik und wiss. Mitarbeiter/
rassistische Verfolgung



1915 Nov. 30 geb. in Hamburg, evangelisch

1926–1935 Oberrealschule Eppendorf in Hamburg

1935 Febr. 22 Abitur

1935 April 1–1935 Sept. 30 freiwilliger Arbeitsdienst

1935 Okt. 1–1937 Sept. 29 Wehrdienst

1937 Okt. 1–1938 März 31 Praktikant Fa. Heidenreich u. Harbeck, Hamburg

1938 April 1–1943 Studium der Luftfahrttechnik an der TH Stuttgart

1939 Sept. 3–1944 Aug. 15 Soldat bei der Wehrmacht (Oberleutnant)

1941 Nov. 20–1942 März 15 als Ingenieur tätig in der Forschungsanstalt Graf Zeppelin (FGZ)

1941 Juni 1–1943 März 15 während des Studiums in der Flugtechnischen Fachgruppe der D.V.L. Außenstelle Stuttgart tätig

1941 März 25

Vordiplom, TH Stuttgart

1943 Juni 15

Diplom, TH Stuttgart

1943 Aug. 1–

1943 Nov. 1 Lehrgang für Ingenieur-Offiziere (Kraftfahrzeugwesen)

1944 Aug. 16–1945 April 30 u.k. gestellt, als Ingenieur tätig in der Forschungsanstalt Graf Zeppelin (FGZ)

1945 Juni 1–1945 Dez. 31 Kraftfahrzeug-Sachverständiger und Dolmetscher im amerikanischen Motor Pool der VII Armee, Esslingen

1946 Jan. 1–1952 März 30 eigenes Ingenieurbüro u. a. für Leichtmetallbau, Elektromaschinen und Leuchtstoffanlagen

Teil II Biographien der Verfolgten

1952 April 1–1956 Jan. 13 wiss. Hilfsassistent im Maschinenlaboratorium, TH Stuttgart
danach Baurat an der Ingenieurschule Ham-

burg (heute: HAW Hamburg). Fächer: Aerodynamik, Kraftfahrzeugbau, Strömungsmaschinen, Kerntechnik¹

Der Lebenslauf Denekes liest sich wie der einer Person, die im NS-Staat nicht zu den Gruppen der Verfolgten gehörte. Deneke durfte studieren, leistete seinen Wehrdienst und stieg bis zum Oberleutnant auf, wurde sogar als Ingenieur 1944 „unabkömmlich“ („u.k.“) gestellt, weil er von der Leitung der Forschungsanstalt Graf Zeppelin für die Rüstungsforschung als wichtig reklamiert worden war.

Sein Status blieb jedoch nach der NS-Rassenideologie prekär, denn er galt als „Mischling zweiten Grades“. Er erwähnte dies in einem Leumundszeugnis, das er seinem Kollegen Ulrich Hütter für dessen Spruchkammerverfahren ausstellte,² sowie in einem weiteren Schreiben gleichen Zwecks für den ehemaligen Studentenführer von 1938/39. Hierin³ heißt es:

In den Jahren 1938 und 1939 habe ich an der Technischen Hochschule in Stuttgart studiert. Wegen meiner, nach den damals geltenden Gesetzen nichtarischen Abstammung, hatte ich mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus der Prüfungsakte (UAST 120/3780) und der Personalakte (UAST 57/623).

1 http://www.haw-hamburg.de/ti-mp/unser-department/zeitleiste/emeriti.html#Werner_Deneke (27.10.2015)

2 StA Ludwigsburg EL.902/18 Bü.3604 (Spruchkammerakte Hütter, Ulrich) Bl.29: „Leumund“ v. 28.07.1947

3 StA Ludwigsburg EL.902/6 Bü.4222 Bl.7 (Schreiben Denekes v. 05.08.1946)

NB

NIKIN DOROSCHKO

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1900 März 26 geb. in „Marinske“ bzw. Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine), „orthodox“

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65, 33/1/76; UAST 202/1 S. 206

NB

IWAN DWORNIK

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1916 Aug. 28 geb., „Ostarbeiter“	Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart
1942 Juli 13–1943 Nov. 16 Zwangsarbeiter	(FKFS)
(„Ostarbeiter Nr. 11“) am Forschungsinstitut für	

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 83

NB

A. E.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1921 Juni 18 geb. in Paris, französischer Staatsbürger	am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Mechaniker
1941 Sept. 12–1943 April 13 Zwangsarbeiter	

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 75, 80; UAST 202/1 S. 14

NB

D. E.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1923 April 15 geb. in Modica, italienischer Staatsbürger, katholisch	am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Mechaniker
1943 Nov. 20–1944 Jan. 10 Zwangsarbeiter	

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 86, 90; UAST 202/1 S. 32

NB

F. E.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1918 Dez. 2 geb. in Rotterdam, niederländischer Staatsbürger, katholisch

1943 März 31–1943 Sept. 18 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als technischer Zeichner

Quellen: UAST 131/3/80; UAST 202/1 S. 80

NB

S. E.

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine)

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter

an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 227

NB

Z. E.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1919 Sept. 16 geb. in Vlaardingen, niederländischer Staatsbürger, evangelisch

1944 Okt. 30 als Schlosser am Forschungsins-

titut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) eingestellt, trat seine Arbeit aber nicht an.

Der niederländische Staatsbürger Z. E. war 25 Jahre alt, als er durch das Arbeitsamt Stuttgart dem FKFS als Schlosser zugeteilt wurde. Möglicherweise wollte er aber von Beginn an dort gar nicht arbeiten. Denn nach den erhaltenen Unterlagen erhielt er vom FKFS, das für ihn auch eine Lebensmittelkarte beantragte, zunächst einen Vorschuss auf den Arbeitslohn, um Arbeitskleidung zu kaufen, wurde nach seinen Angaben am 2. November 1944 bei einem Zugunglück bei Stuttgart-Zuffenhausen leicht verletzt, erhielt einen weiteren Vorschuss, tauchte dann aber unter, ohne je an seinen Arbeitsplatz angetreten

zu sein. Dass er seine prekäre Situation als Zwangsarbeiter am FKFS richtig eingeschätzt hatte, zeigt dessen Reaktion. Wie in anderen Fällen von geflüchteten Zwangsarbeitern informierte das FKFS die zuständigen Stellen. Der für den Einsatz der Ausländer am FKFS zuständige Mitarbeiter bat das Ernährungsamt, Z. E. „festnehmen zu lassen“, falls er sich dort wegen seiner Lebensmittelkarte meldete, und zeigte die Flucht auch dem Arbeitsamt und der Gestapo Stuttgart an, um Z. E. suchen zu lassen. Leider haben wir keine Informationen zum weiteren Schicksal des Z. E.

Quellen: UASt 131/3/37; UASt 202/1 S. 64

NB

OTTO EBERWEIN

Architekturstudent/Relegation aus politischen Gründen

1907 März 18 geb. in Hamburg, evangelisch

1927 Abitur, Hamburg

1927 halbjähriges Praktikum als Maurer

WS 1927/28 Studienbeginn an der TH Stuttgart

1930 Vordiplom, TH Stuttgart

1930–1931 Praktikum im Architekturbüro Hinsch u. Deimling, Hamburg

1931–1933 Fortsetzung des Studiums, TH Stuttgart

1933 Juli 8 Relegation, weil Mitglied der Roten Studentengruppe

1934–1937 Mitarbeiter in einem Kölner Architekturbüro

1937–1938 Mitarbeiter im Büro Konstanty Gutschow

1937 Okt. 15 Eintritt in die NSDAP

1938 Juni 1–? Mitarbeiter bei der Wohnungs-

AG der Reichswerke Hermann Göring unter Leitung von Herbert Rimpl

1938 Sept. 12 Antrag Eberweins auf Mitgliedschaft in der Reichskammer der bildenden Künste, er wurde mit Schreiben v. 5. Februar 1941 „mit Wirkung vom 1. April 1937“ aufgenommen.

1939 Aug.–? Soldat bei der Wehrmacht (Unteroffizier)

1943 Febr.–? (erneut) als Soldat zur Wehrmacht eingezogen

1946 Aug. 6 Eberwein erhält auf Antrag von der TH Stuttgart das Diplomzeugnis mit der Bemerkung, dass er die Diplomprüfung 1933 bestanden habe.

seit 1946 (1945?) Leiter des Referats Bau- forschung in der Geschäftsgruppe für Städte- bau, Wohnungs- und Siedlungswesen beim Oberpräsidenten der Provinz Hannover

Zu den Studierenden, die 1933 aus politischen Gründen relegiert und den anderen deutschen Hochschulen gemeldet wurden, gehörte auch der Architekturstudent Otto Eberwein.¹ Eberwein war von 1931 bis 1932 Vorsitzender der Roten Studentengruppe gewesen und stand nun vor dem Abschluss seines Diploms. Es fehlte im Wesentlichen nur noch die Diplomarbeit. Für die Relegation des „Kommunisten“ Eberwein bezog sich die Verwaltung der Technischen Hochschule auf den Erlass des Württembergischen Kultminis-

Teil II Biographien der Verfolgten

Vorprüfung			Abschluß:		Hauptprüfung		Fachrichtg.: A B	
			Nicht bestanden:	Note:			Nicht bestanden:	Note:
1. Baukonstruktionen . . .				5,5	1. Baustatik A und B . . .	Bestanden	3,0	3,0
2. Vermessungskunde . . .	Wird zur			5,5	2. Eisenbetonbau		3,2	4,2
3. Techn. Zeichnen	keiner			4,0	3. Ing.-Hoch- und Ind.-Bau			
4. Techn. Mechanik	Prüfung mehr			6,0	4. Baugeschichte			
5. Baustofflehre	eingelassen			5,0	5. Hochbaukunde II.			6,5
6. Hochbaukunde I	H. Min. Erl.			5,5	6. Städtebau			
7. Darstell. Geometrie . . .	v. 8. 7. 33			4,0	7. Nationalökonomie	Bestanden	2,5	4,0
8. Kunstgeschichte	nr. 8968.			4,0	8. Baupol. und Bodenpol. . .			
9. Baugeschichte				4,5	9. a) Kunstgeschichte oder			
10. Freihandzeichnen	Kommunist			5,5	b) Staats- u. Verw.kunde			
11. Bauaufnahmen				0,0	10.			
12.					11. Bauaufnahmen			
Zwischenpraxis				Mte.	12. Freihandzeichnen			
					13. Aquarellieren			
					14. Aktzeichn. u. Modellier.			
					15. Entwerfen			
					16. Diplomarbeit			
					17.			

Karteikarte für Otto Eberwein aus dem Prüfungsamt der Technischen Hochschule Stuttgart (UAST 120/4451 a) mit der Notiz: „wird zu keiner Prüfung mehr zugelassen [au]t. Min[isterial] Erl[ass] v. 8. 7. 33 Nr. 8968. Kommunist“.

ters vom 8. Juli 1933, nach dem „Studierende, die sich in den letzten Jahren nachweislich im kommunistischen Sinne betätigt“ hatten, sofort relegiert werden konnten, ohne dass die Bestimmungen der Disziplinarordnungen aus demokratischer Zeit noch Gültigkeit hatten.² Eberwein erhielt mit Datum vom 31. Juli 1933 ein Schreiben des Rektorats mit der Benachrichtigung, dass er wegen seiner Mitgliedschaft in der Roten Studentengruppe „von der Hochschule verwiesen und nicht zu den Prüfungen zugelassen“ würde.³

Unklar ist, welche Bedeutung die Aussagen aus der Nachkriegszeit haben, wonach Eberwein vor einer geplanten nächtlichen Verhaftung durch die Gestapo durch einen namentlich nicht genannten Assistenten seines Lehrers Professor Paul Schmitthenner gewarnt worden sei.⁴ Eberwein hatte sich zuvor auch außerhalb der Hochschule als KPD-Mitglied exponiert, wie die Gestapo noch 1937 oder später notierte. Demnach war er 1932 „Herausgeber der Zeitung ‚Rote Studenten‘“ gewesen und war „am 29. Januar 32 bei einer Funktionärssitzung der KPD in Stuttgart festgenommen“ worden.⁵

Nach der Relegation begann für Eberwein eine Zeit der beruflichen Unsicherheit. Seine Arbeit in den verschiedenen Architekturbüros, denen er ohne Diplomabschluss nachging, tarnte er im Antrag vor der Reichskulturkammer als „Büropraxis“, als hätte es keine reichsweit geltende Relegation gegeben und als würde er noch studieren. Der Eintritt in die NSDAP und der Antrag auf Mitgliedschaft in der Reichskulturkammer bzw. der Reichskammer der bildenden Künste, ohne die er nicht als selbstständiger Architekt hätte arbeiten dürfen, waren sicherlich der wirtschaftlichen Not geschuldet. Noch 1939 oder 1940 lässt er sich als Soldat von den Beiträgen zur Kammer befreien und schrieb: „Ich erkläre dazu, dass ich kein Vermögen und keine Rücklagen habe, um größere Nach-

zahlungen bezahlen zu können.“ Wie viele der politisch Verfolgten der TH musste er sich gerade auch jetzt in der Zeit der Familiengründung mit dem NS-Staat auf Kompromisse einlassen, um beruflich Fuß fassen zu können. Werden ihm die Zugeständnisse an das NS-Regime schwer gefallen sein, so dürfte er als Schüler Paul Schmitthenners eher keine ästhetischen Bedenken gehabt haben, im Architekturbüro Konstanty Gutschows (ebenfalls ein Schmitthenner-Schüler) an der von Hitler favorisierten Umgestaltung des Elbufers in Hamburg mitzuarbeiten.⁶

Im Jahr 1946 wandte sich Eberwein an das Rektorat der Technischen Hochschule Stuttgart: „Nach der veränderten Lage der Dinge bitte ich nunmehr zu prüfen, wie ich jetzt doch noch zu meinem Diplom kommen kann.“ Der Dekan Professor Hugo Keuerleber und die Architekturabteilung empfahlen daraufhin dem Rektor, die Diplomprüfung, zu der nur noch die Diplomarbeit fehlte, in Hinblick auf die Berufspraxis Eberweins als abgelegt anzusehen. Otto Eberwein erhielt damit im selben Jahr seine Diplomurkunde.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus der Studentenakte Otto Eberweins: UAST 120/4451a sowie aus den Mitgliedsunterlagen der Reichskulturkammer: BA Berlin R 9361-II/190427; R 9361-V/29558.

¹ UA der Humboldt-Universität Berlin, Universitätsrichter Nr. 3017, 3018

² Wischnath, Student sein verpflichtet S. 687; vgl. Grüttner, Studenten S. 207

³ UAST 120/4451a: Schreiben Otto Eberweins an das Rektorat der TH Stuttgart v. 10. 01. 1946

⁴ StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 161 (Spruchkammerakte Schmitthenner, Paul) Bl. 16 f., 31a; Zeitzeugeninterview mit Elisabeth Schmitthenner v. 03. 04. 2014 (UAST 44/14) S. 36

⁵ BA Berlin R 58/9585

⁶ BA Berlin R 9361-V/99558; zu Konstanty Gutschow: http://architekten-portrait.de/konstanty_gutschow/index.html (28. 10. 2015)

NB

FRIEDHELM ECKENRATH

Architekturstudent/Relegation aus politischen Gründen

Friedhelm Eckenrath studierte vom Sommersemester 1941 bis zum Beginn des Sommersemesters 1943 an der TH Stuttgart Architektur, bis ihm vom Studentenfürher Karlheinz Herzer die Zustimmung zum Weiterstudium verweigert wurde. Die Vorwürfe, die ihm gemacht wurden, betrafen seine Kontakte zu ausländischen, konkret zu den bulgarischen Mitstudenten, und sein mangelndes Engagement für den Nationalsozialismus. Herzer meldete Eckenrath dem Arbeitsamt, das ihn offenbar aber nicht vermitteln wollte, sodass er im darauf folgenden Semester in München weiterstudieren konnte.

Eckenrath konnte sein Studium jedoch nicht beenden, da sein Vater im Herbst 1944 starb und damit die weitere Finanzierung nicht mehr möglich war. Eckenrath emigrierte am 29. Oktober 1951 nach Kanada.¹ Noch im Jahr 1962 schrieb er von hier aus an die TH Stuttgart und bat um Bescheinigung der Anfang der 1940er Jahre bereits abgelegten Teilprüfungen zum Vordiplom.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Daten aus: UAST 120/4487 (Prüfungsakte) und StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 42688 (Spruchkammerakte Herzer, Karlheinz) Bll. 40, 43, 47v (Aussage und schriftliche Erklärung Eckenraths v. 19. u. 22. 03.1949).

1 0.1/20011197, ITS Digital Archive, Bad Arolsen

NB

HANS ECKERS

Architekturstudent/Relegation aus
rassistischen Gründen

1918 Juni 29 geb. als Hans Eckstein in Wetter
Vater: Alfred Eckstein, Stadtarchitekt in Hagen
Mutter: Meta Eckstein, geb. Dittmar¹
Realgymnasium in Hagen²

1937 Abitur²

1938 April 1 Immatrikulation, TH Stuttgart

1938 Nov. 12 Zwangsrelegation, „Streichung weil Jude“²

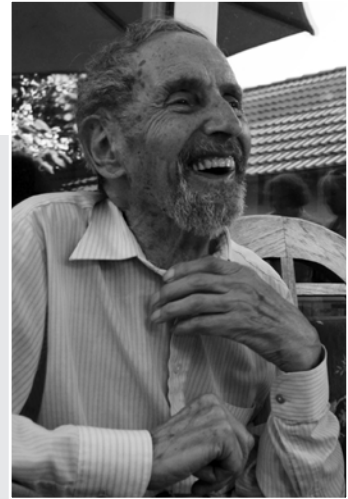
1939 Emigration nach England

Internierung und Übersiedlung nach Kanada

Änderung des Nachnamens von Eckstein in Eckers

Architekt in Kanada

2016 Juli 10 gest.³



Hans Eckers 2007

Für den jungen Architekturstudenten Hans Eckers war es ein „schwerer Schlag“, als er nach den Novemberpogromen am 12. November 1938 von der Technischen Hochschule Stuttgart relegiert wurde. Dabei hatte er bisher eine glückliche Zeit in Stuttgart verlebt. Die Immatrikulation an der TH Stuttgart war – obwohl er Jude war – problemlos gewesen. Wie es zur Entscheidung kam, an der TH Stuttgart zu studieren, wusste Hans Eckers nicht mehr. Die Wahl fiel wahrscheinlich auf Stuttgart, weil hier eine Tante lebte – jedenfalls spielte bei der Hochschulwahl sein Status als Jude wohl keine Rolle. Nach seiner Erinnerung war sein Studium „demokratisch“, d. h. die NS-Ideologie war in der Lehre nicht spürbar. Eckers gewann in Stuttgart zwei Studienfreunde, die möglicherweise auch in einer Außenseiterposition (die Hans Eckers an der Technischen Hochschule für sich nicht als solche empfunden hat) waren, denn der eine hatte eine französische, der andere „vielleicht eine jüdische Mutter“. Andere jüdische Studierende der TH Stuttgart hat Hans Eckers nicht kennengelernt.

Nach der Relegation begann für Hans Eckers eine „sehr, sehr schwierige Zeit“. Mit Hilfe einer Bürgerschaft eines Architektenkollegen seines Vaters¹ konnte er 1939 nach England emigrieren. Seine Hoffnung, bei diesem ein Auskommen zu finden, wurde aber enttäuscht. So musste er zunächst als Landarbeiter seinen Lebensunterhalt bestreiten,

einmal ein halbes Jahr in einem harten Winter, eine Zeit, die er als seine „härtesten Monate“ bezeichnete. Weil das Geld hierzu fehlte, war eine Fortsetzung des Studiums in England nicht möglich.

Nach Kriegsbeginn wurde auch Hans Eckers wie so viele Deutsche, die nach England emigriert waren, interniert. Zusammen mit deutschen Kriegsgefangenen wurde er in ein Lager nach Kanada gebracht.¹ Er arbeitete dort als Dolmetscher und Briefzensor, eine Arbeit, die – wie er sich erinnerte – erheblich besser für ihn war als die schwere Landarbeit. Eckers hat hier von gefangenen deutschen Architekten viel gelernt, sodass, wie er selbst sagte, dies „viele Jahre“ waren, „die nicht ganz verloren gegangen sind“.

In Kanada legte er seinen Namen Eckstein ab und nannte sich fortan Eckers. Im April 1945 heiratete er seine kanadische Frau, die er bei der Arbeit bei der Briefzensur kennengelernt hatte.¹ Aus der Ehe entstammen eine Tochter und ein Sohn. Seine unmittelbaren Verwandten hatten sich ebenfalls durch Emigration vor der Ermordung retten können, kehrten aber wieder nach Deutschland zurück, während Eckers in Kanada blieb.

Hier arbeitete Hans Eckers in einem Architekturbüro in Montreal, zumeist aber als freier Mitarbeiter in verschiedenen Projekten.¹ Allerdings hatten seine Relegation und die späteren Lebensumstände zur Folge, dass er als Architekt „nicht die volle Anerkennung“ erhielt.

Hans Eckers lebte bis zu seinem Tod in der Nähe von Montreal in dem Haus, das er für sich nach dem Zweiten Weltkrieg selbst erbaut hatte.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen von Hans Eckers selbst, mit dem der Verf. am 05.11.2015 ein Telefongespräch geführt hat (Mitschnitt: UAST 44/15).

1 Freundl. Auskunft von Hans Eckstein, Neffe von Hans Eckers, an den Verf. (E-Mail v. 01.09.2015)

2 UAST 10/55 (Karteikarte Eckstein, Hans)

3 Freundl. Auskunft von Hans Eckstein, Neffe von Hans Eckers, an den Verf. v. 08.02.2017

CASPAR EHMCKE

Architekturstudent/rassistische Verfolgung

1908 März 29 geb. in Düsseldorf

Maximiliansgymnasium München

4 Semester Architekturstudium, TH München

1929 Aug. 2 Diplomvorbereitung, TH München

WS 1930/31 Fortsetzung des Architekturstudiums, TH Stuttgart¹

Praktika in den Architekturbüros von Fritz

Höger in Hamburg und Otto Haesler in Celle

1933 Nov. 15 Diplomprüfung (Diplomarbeit bei Paul Bonatz)

Mitarbeiter im Büro von Roderich Fick

1937 Emigration in die USA

1943 amerikanische Staatsbürgerschaft

Militärbauten für die US-Navy

Anfang 1950er Jahre selbstständiger Architekt

1995 gest.

Der Architekturstudent Caspar Ehmcke schloss sein Studium im Sommer 1933 mit der Diplomarbeit ab – mitten in der Phase der Entlassungen und Relegationen der „nicht-arischen“ und politisch missliebigen Mitglieder der Hochschule. Zunächst konnte er als Architekt – eher zur konservativen Ästhetik seiner Lehrer an der TH Stuttgart neigend als zum „Neuen Bauen“ – einige Bauten in der Umgebung Münchens realisieren und wurde dann Mitarbeiter im Büro des von Hitler geförderten Architekten Roderich Fick. Hier arbeitete er an Bauten für die Wehrmacht und sogar an Hitlers Privatbauten auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden mit.

Als Ehmcke 1937 seine Zulassung zur Reichskammer der bildenden Künste beantragte, erhielt diese auf Anfrage von der Gauleitung München-Oberbayern der NSDAP die vernichtende politische Beurteilung: „Der Architekt Caspar Ehmcke ist Judenstämmling und politisch vollkommen unzuverlässig.“² Mit der Ablehnung der Mitgliedschaft in der Reichskammer der bildenden Künste war es Ehmcke nicht mehr möglich, als selbstständiger Architekt zu arbeiten. Zudem wurde die Lage der „Mischlinge“ im NS-Staat zusehends prekärer, was ebenfalls zum Entschluss Ehmckes zur Emigration beigetragen haben dürfte.

Mit dem traditionsverpflichteten Architekturstil, den er an der TH Stuttgart kennengelernt hatte, wurde Ehmcke als Privatarchitekt in Kalifornien sehr erfolgreich. „Seine in den 60er und 70er Jahren entstandenen ‚Country Chateaus‘ folgten jener ‚French Empire‘-Mode, die sich bei einer wohlhabenden Klientel als Gegenbewegung zur rationalen Moderne zu behaupten verstand“ (R. Jaeger). Nach Aussage Roland Jaegers konnte Ehmcke sich im Gegensatz zu vielen anderen aus Deutschland emigrierten Architekten, die eher die Formensprache des „Neuen Bauens“ vertraten, besser mit dem traditionellen Architekturgeschmack seiner amerikanischen Auftraggeber arrangieren, sodass er im Exilland eine wirkliche neue Heimat fand.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus UAST 120/4601 (Prüfungsakte); Jaeger, Roland: Caspar Johann Ehmcke 1908–1995, in: *Bauwelt* 87 (1996), S. 135.

¹ UAST 10/53

² BA Berlin R 9361-V/99604

WERNER EHRENBERG

Assistent am Physikalischen Institut/
Entlassung aus rassistischen Gründen



1901 Juli 20 geb. in Berlin; israelitisch

1911 Erkrankung an Kinderlähmung mit der Folge der teilweisen Lähmung der Beine und einer Skoliose

1919–1924 Studium Philosophie und Physik in Berlin und Heidelberg

1924 Promotion bei Karl Jaspers über „Reflexion und Wertung in Nietzsches Philosophie“

1924 Okt.–1927 Febr. Volontär, später Assistent am Kaiser-Wilhelm-Institut für Faserstoffchemie Berlin¹

1927 Febr.–1928 Febr. Assistent am Physikalischen Institut der Universität Berlin

1928 Febr.–1929 Dez. Assistent am Röntgenlaboratorium der TH Stuttgart (Prof. Richard Glocker)

1930 Jan.–1933 April 30 Assistent am Physikalischen Institut der TH Stuttgart (Prof. Erich Regener)

1933 April 21 Entlassung aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ zum 30. April 1933

1933 Sept. 14 Ehrenberg verlässt Deutschland, Emigration über die UdSSR nach England, Ankunft am 3. Nov. 1933

1933–1936

mit Zuschüssen des Academic Assistance Council (AAC) Tätigkeit am Birkbeck College, University of London

1936 März–1946 Entwicklungsingenieur bei Electric and Musical Industries Ltd. (EMI) in Hayes, Middlesex, Arbeit an Radartechnik während des Zweiten Weltkriegs

1940 Mai 16–August 3 Monate Internierung auf der Isle of Man, Onchan Camp

ab 1946 Research Fellow am Department of Experimental Physics, Birkbeck College, University of London

1949 Master of Science

1950 Doctor of Science

1951 Reader (Prof. ohne Lehrstuhl/Hochschullehrer)

1963 Professor

1964 Head of Department

1968 Emeritierung

1975 Nov. 15 gest. in Wembley, Middlesex, Großbritannien

Der Physiker Werner Ehrenberg gehörte zu den ersten Assistenten, die aufgrund ihrer jüdischen Abstammung im April 1933 entlassen wurden. Ehrenberg stand zu diesem Zeitpunkt kurz vor dem Abschluss seiner Habilitation.² Gleich im November 1933 emigrierte er nach England, wo er mit Hilfe eines Stipendiums des Academic Assistance Council (AAC), einer Hilfsorganisation für vertriebene Wissenschaftler, und durch Vermittlung des Physikers Patrick Blackett am Birkbeck College der Universität London arbeiten konnte. Sein beruflicher Weg führte ihn zu Electric and Musical Industries Ltd. (EMI) in Hayes, Middlesex, wo er an der Entwicklung der Radartechnik mitwirkte. Schließlich konnte er seine Hochschullaufbahn fortsetzen und war zuletzt Head of Department of Experimental Physics am Birkbeck College der Universität London.

Teil II Biographien der Verfolgten

Das weite Interesse Ehrenbergs wird durch seine philosophische Promotion bei Karl Jaspers mit einem Dissertationsthema zum Werk Friedrich Nietzsches deutlich; in der Physik arbeitete er u. a. über Röntgenstrahlen und Elektronenoptik, später zur elektrischen Leitung in Halbleitern und Metallen.³ In seinen letzten Lebensjahren suchte er eine Synthese zwischen der Philosophie der klassischen Antike und der modernen Physik.⁴

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, stammen die Daten zum Lebenslauf aus: International Biographical Dictionary of Central European Emigres 1933–1945, Bd. II, Teil 1, (Hrsg. A. Strauss, W. Röder, München u. a. 1983), S. 238; StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 38490 (Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Stuttgart); Bodleian Library, University of Oxford MS SPSL (Archive of the Society for the Protection of Science and Learning) 326/3 fol. 21–246.

1 WBIS: Artikel Ehrenberg, Werner, in: Poggendorff VI (1923–1931), Teil 1 (1936); Bodleian Library, University of Oxford MS 326/3 fol. 27

2 HStA Stuttgart EA 99/001 Bü 165 (Erhebungsbogen Ehrenberg, Werner); StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 38490 Bl. 3 (Schreiben Erich Regeners v. 05.09.1933), Bl. 5 (Schreiben Werner Ehrenbergs v. 15.09.1957)

3 Hiley, B. J.: The Early History of the Aharonov-Bohm Effect, in: arXiv:1304.4736v1 [physics.hist-ph] (Submitted on 17 Apr 2013), S. 6 (28.10.2015)

4 Postum erschienen: Ehrenberg, Werner: Dice of the Gods. Causality, Necessity and Chance. Dundee 1977

NB

JOCHEN ERNST

Architekturstudent/rassistische Verfolgung

1919 Sept. 20 geb. in Nordhausen/Harz, evangelisch

Vater: Dr. Albert Ernst (Physiker, BASF) Ludwigshafen

Mutter: Elsbeth Ernst geb. Schönbeck (1893–1923)

1939 März 15 Reifeprüfung, Realgymnasium Ludwigshafen/Rhein

Arbeitsdienst

1940 Jan. eingezogen zur Luftwaffe

1940 Juli 11 als sog. „Mischling ersten Grades“ aus der Wehrmacht entlassen

1940 Sept. bis 1941 Dez. ohne offizielle Immatrikulation Besuch von Vorlesungen der Architekturabteilung während dreier Semester mit Billigung der Architektur-Professoren

1941 Nov. 1 Reichserziehungsministerium verweigert Immatrikulation an der TH Stuttgart

1941/42 Tätigkeit als Maurer und Zimmermann

1942–März 1944 Tätigkeit als Zeichner in den Architekturbüros von Paul Schmitthenner und Prof. [Fritz] Norkauer (München)

1944 Flucht und illegaler Aufenthalt in Italien

1945 Nov.–1946 Dez. 22 Haft und Internierung in Meran und Bozen (DP-Lager)



1947 Wiederaufnahme des Architekturstudiums an der TH Stuttgart

1949 Jan. 25 Diplomvorprüfung Architektur, TH Stuttgart

1953 März 2 Diplomhauptprüfung Architektur, TH Stuttgart

1956 März 6 3. Staatsprüfung für Regierungsbaumeister, Beamter in der Bundesbaudirektion und beim Bundesverteidigungsministerium

1984 pensioniert als Baudirektor⁷

1998 März 20 in Bonn gest.⁷

Weil seine Mutter im NS-Staat als Jüdin galt, wurde Jochen Ernst als sogenanntem „Mischling ersten Grades“ das Studium an der Technischen Hochschule Stuttgart verwehrt. Ernst war zwar nach Abitur und Arbeitsdienst 1940 noch als Soldat eingezogen worden, wurde aber dann wie so viele sogenannte „Mischlinge“ ein halbes Jahr später aus der Wehrmacht entlassen. Vielleicht war sich Ernst selbst noch nicht ganz im Klaren über die verbrecherischen Ziele und Methoden des NS-Regimes oder er suchte bewusst den – wenn auch geringen – Schutz, den die Wehrmacht den sogenannten „Mischlingen“ noch bot, als er Anstrengungen unternahm, wieder als Soldat in die Wehrmacht aufgenommen zu werden. Ein Zeuge aus der Nachkriegszeit berichtet über die verzweifelte Lage von Ernst und darüber, dass er erst spät „klare Einsicht, zu welchen bewussten Schandtaten die damalige Regierung und Behörden im Stande waren“, gewonnen habe.¹

Doch Jochen Ernst fand nun Helfer. Er berichtete 1957:

Hierauf versuchte ich, die von mir erstrebte Berufsausbildung als Architekt an der Techn. Hochschule in Stuttgart zu beginnen. Ein Gesuch um Zulassung zum Studium wurde von mir im September 1940 gestellt. Es wurde mir gegen die ehrenwörtliche Versicherung mit keinem Studenten privat zu verkehren gestattet, auch ohne Einschreibung vorerst die Vorlesungen an der Architekturabteilung zu besuchen.²

Ernst konnte nun drei Semester studieren – nach dem Krieg wurden sie ihm bei der Fortsetzung seines Studiums in Stuttgart anerkannt –, musste aber eine beschämende Behandlung von Seiten des Studentenführers hinnehmen: „Ich wurde streng abgesondert, öffentlich wurden Studenten und Studentinnen verwarnt, und ihnen befohlen jeden privaten Verkehr und wenn irgend möglich jede Unterhaltung mit mir zu meiden. Im Nichteinhaltungsfalle drohte er mir wiederholt mit sofortiger Verweisung von der Hochschule.“³ „Eigentlich müssten Sie den Judenstern tragen“, sagte einmal der Studentenführer Herzer zu Ernst.⁴

Von Ende September 1940 bis Anfang November 1941 lag der Antrag auf Zulassung zum Studium bei den damals zuständigen Stellen. Der Stab beim Stellvertreter des Führers lehnte ihn schon im Februar 1941 ab, das Reichserziehungsministerium, das immerhin noch beim Rektor der TH Auskunft über eine mögliche Frontbewährung und besondere Einsatzbereitschaft Ernsts als Soldat einforderte, entschied Anfang November 1941, dass Ernst die Hochschule verlassen müsse.⁵ Auch an der benachbarten Staatsbauschule (heute: Hochschule für Technik Stuttgart) wurde sein Antrag auf Aufnahme als Student abgelehnt. Seine Professoren halfen ihm jetzt weiter. Nach einem Jahr Tätig-

keit als Maurer und Zimmermann fand er eine Anstellung als Zeichner im Architekturbüro Paul Schmitthenners. Später vermittelte ihn Paul Bonatz an das Architekturbüro von Fritz Norkauer in München.

Inzwischen hatte sich jedoch die Lage der sogenannten „Mischlinge“ im NS-Regime verschlechtert. Als sich Jochen Ernst im März 1944 zum Arbeitsdienst bei der Organisation Todt melden sollte, täuschte er eine Ohnmacht vor und konnte aus dem Amtsgebäude entkommen. Nun begann mit Hilfe von Freunden eine abenteuerliche Flucht – sein Vater, der als „Beauftragter des Generalbevollmächtigten für die Chemische Erzeugung“ Beziehungen hatte, besorgte ihm einen Pass, sodass er nach Italien gelangen und bei Freunden untertauchen konnte. Im August 1945 konnte er dann aus Bozen an seine Familie schreiben: „Ich habe alles gut überstanden und bis jetzt geht es mir nicht schlecht. Ich bin völlig frei ...“⁶

In den Wirren der Nachkriegsmonate wurde Jochen Ernst jedoch – jetzt ohne gültigen Ausweis – in Meran verhaftet und kam erst kurz vor Weihnachten 1946 aus einem Lager für Displaced Persons in Bozen frei. Er kehrte nach Deutschland zurück, nahm wieder sein Studium in Stuttgart auf, konnte aber aus finanziellen und gesundheitlichen Gründen erst 1953 mit dem Diplom abschließen.

Ernst arbeitete in der Nachkriegszeit bei der Bundesbaudirektion, wo ihn seine Tätigkeit auch ins Ausland nach Istanbul (Bau der Deutschen Schule) und Monrovia (Bau der Deutschen Botschaft) führte. Er wechselte später zum Bundesverteidigungsministerium, wo er für den Bau von Krankenhäusern und Bundeswehrhochschulen verantwortlich war und für das er von 1966 bis 1968 in Fontainebleau arbeitete. Nebenberuflich entwarf Ernst Einfamilienhäuser in der Formensprache und Tradition des Bauhauses. Jochen Ernst starb nach kurzer schwerer Krankheit im Jahr 1998.⁷

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus der Studentenakte von Jochen Ernst im Universitätsarchiv Stuttgart (UAS 120) sowie aus der Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Stuttgart (StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 37333).

¹ StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 37333 Bl. 33 (Schreiben des D. Hulshoff an Landesamt f. Wiedergutmachung Stuttgart)

² Ebd. Bl. 4 (eigenhändiger Lebenslauf von Hans-Joachim Ernst v. 15.06.1957)

³ StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 42688 (Spruchkammerakte Herzer, Karlheinz), Bl. 22 (Stellungnahme Ernsts v. 11.04.1947)

⁴ StA Ludwigsburg EL 905/4 Bü 736 (Spruchkammerakte Herzer, Karlheinz), S. 2 (Spruch v. 22.03.1949)

⁵ Akten der Parteikanzlei, Microfiches Nr. 009274 f. (= BA Berlin R21/86 (874) Bl. 109 f.)

⁶ Schreiben v. 23.08.1945 im Privatbesitz Dr. Christina Schwillk, Ulm

⁷ Freundl. Mitteilung durch Dr. Christina Schwillk, Ulm, an den Verfasser v. 01.08.2014 und 08.08.2014

PAUL PETER EWALD

ord. Professor für Theoretische Physik/Entlassung
aus rassistischen und politischen Gründen

1888 Jan. 23 geb. in Berlin, evangelisch
1905 Abitur am Königlichen Victoriagymnasium Potsdam
1905 Chemiestudium in Cambridge
1906–1907 Fortsetzung des Chemiestudiums in Göttingen, Wechsel zur Mathematik
1907–1912 Fortsetzung des Mathematikstudiums an der Universität München, Studium bei Arnold Sommerfeld
1912 Promotion bei Arnold Sommerfeld
1912 Assistent von David Hilbert, Universität Göttingen
1913–1921 Assistent von Arnold Sommerfeld, Universität München
1913 Heirat mit Ella Philippon
1914–1918 Kriegsdienst als „Feld-Röntgen-Mechaniker“ an der russischen Front
1917 Dez. Habilitationsschrift Universität München
1918 Privatdozent Universität München
1921 Extraordinarius für Theoretische Physik, TH Stuttgart
1922 Ernennung zum ord. Professor
1924–1937 Mitherausgeber der „Zeitschrift für Kristallographie“
1930/1931 Ewald erhält nach der Ablehnung eines Rufes nach Hannover an der TH Stuttgart ein eigenes Institut und Institutsgebäude¹
1932 Mai 7–1933 April 20 Rektor der TH Stuttgart²
1937 August 31 Versetzung in den Ruhestand³

Paul Peter
Ewald
1929 als Professor der
Technischen
Hochschule
Stuttgart



1937 Emigration nach England
1937–1939 Fellow, Cambridge University⁴
1939–1949 Lecturer und ab Mai 1945 Professor für Mathematical Physics, Queen's University, Belfast
1948–1959 Herausgeber der internationalen Zeitschrift „Acta Crystallographica“
1949–1959 Professor für Physik und Head of Department am Polytechnic Institute of Brooklyn (heute: Polytechnical University of New York)
1954 Ehrendoktor der TH Stuttgart
1958 Fellow der Royal Society of London
1958 Ehrendoktor der Universität Paris
1966 Ehrendoktor der Adelphi University, New York⁴
1968 Ehrendoktor der Universität München
1972 Ehrendoktor des Polytechnic Institute of Brooklyn⁴
1978 Max-Planck-Medaille der Deutschen Physikalischen Gesellschaft
1979 Gregori-Aminoff-Preis der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften
1985 Aug. 22 gest. in Ithaka, New York, USA

Paul Ewald ist neben Max von Laue (Nobelpreis für Physik 1914) und Sir William Lawrence Bragg (Nobelpreis für Physik 1915) der dritte bedeutende Physiker, der die Kristalloptik der Röntgenstrahlen als Forschungsgebiet begründete.⁵ Seit den 1920er Jahren gehörte er zu den international angesehensten Experten der jungen Disziplin

der Kristallstrukturanalyse. Im Jahr 1931 schrieb Max von Laue: „Ewalds dynamische Theorie der Röntgenstrahlinterferenzen gehört nach unserer Ansicht auf alle Zeiten zu den Meisterwerken der mathematischen Physik.“⁶ An der Technischen Hochschule Stuttgart baute Ewald ein – wie es in heutiger Terminologie heißen würde – Zentrum der Theoretischen Physik auf, das personell eng mit der Schule Arnold Sommerfelds in München verbunden blieb, von wo Ewald Absolventen als Assistenten und Stipendiaten übernahm.⁷ Auch der spätere Nobelpreisträger Hans Bethe, ebenfalls ein Verfolgter des NS-Regimes, war Ewalds Assistent und wurde später sein Schwiegersohn. Ewald gelang es trotz seiner Vertreibung von der Technischen Hochschule Stuttgart, in der Emigration in England und den USA beruflich wieder Fuß zu fassen. Am Ende seines langen Wissenschaftlerlebens konnte er auf fast 70 Jahre wissenschaftlicher Forschung zurückblicken.⁸

Es lag sicherlich nicht daran, dass Ewald als Soldat am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte, dass er nicht schon gleich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 entlassen wurde. Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, das die Entlassung aller sogenannter „nichtarischer“ Beamter bestimmte und nur in diesem Fall vorerst noch eine Ausnahme machte, war im Grunde nur das juristische Feigenblatt für die Verfolgungen, die ohne sonderliche Beachtung von Gesetzesnormen in der nun wachsenden Unrechtswirklichkeit stattfanden. Ewald, der später, als genauere Definitionen des „Nichtarischen“ durch die Ausführungsverordnungen der Nürnberger Gesetze von 1935 vorlagen, als sogenannter „Mischling zweiten Grades“ galt und zudem mit einer als Jüdin geltenden Frau verheiratet war,⁹ hatte 1933 wohl noch nicht als solch ein exponierter Regimegegner gegolten, als dass sich die „Alten Kämpfer“ der NS-Bewegung an ihm hätten rächen wollen. Im Gegenteil: Die Studentenschaft respektierte ihn und bedauerte bei allen Meinungsunterschieden in einem Schreiben an ihn seinen 1933 erfolgten Rücktritt vom Rektoramt – und dies gerade in der emotional hoch aufgeladenen Phase ihrer Siegesstimmung.¹⁰

Paul Ewald hatte sich aber bereits in der ersten Zeit der NS-Herrschaft sehr aufrecht und mutig den Zumutungen der neuen Machthaber entgegengestellt. Hatte man noch Ende Januar 1933 auf dem Hochschulball die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler als vorübergehende Erscheinung eingeschätzt – die Zentrumspartei würde wohl bald wieder den nächsten Reichskanzler stellen¹¹ –, so musste Ewald – inzwischen waren die Reichstagswahlen vom 5. März 1933 zugunsten des nationalsozialistischen Lagers ausgegangen – am 9. März 1933 machtlos das Hissen der Hakenkreuzfahne auf dem Dach des TH-Hauptgebäudes, das die Abordnung der nationalsozialistischen Studenten von ihm gefordert hatte, hinnehmen als Symbol für die Machtübernahme der Nationalsozialisten in der Technischen Hochschule.¹² Auf einer Studentenvollversammlung am 10. März 1933 konnte er sich zwar noch den Anfeindungen gegen den jüdischen Bibliotheksdirektor ↗ Ernst Marx entgegenstellen, erinnert sich aber: „Freilich konnte ich nicht die drei oder vier republikanischen Studenten schützen vor der im Hintergrund des Saales aufmarschierten nationalsozialistischen Gruppe in ihren schwarzen Stiefeln und mit ihren ausgebildeten Boxern, so daß die Republikaner sich zurückziehen mußten.“¹³ Seine Machtlosigkeit gegenüber den nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen musste Ewald schließlich auf der Rektorenkonferenz am 12. April 1933 in Wiesbaden erfahren,

wo die Rektoren der Universitäten und Hochschulen die bevorstehenden Entlassungen ihrer jüdischen und politisch nicht mehr genehmen Professorenkollegen zwar nach langer Diskussion, jedoch ohne Gegeninitiative hinnahmen. Zurück in Stuttgart schrieb er an den Württembergischen Kultminister und an den Senat der Technischen Hochschule: „Da es mir nicht möglich ist, in der Rassefrage den Standpunkt der nationalen Regierung zu teilen, so bitte ich, mein Amt als Rektor der Technischen Hochschule Stuttgart mit sofortiger Wirkung niederlegen zu dürfen und auch von dem Amt als Prorektor entbunden zu werden.“¹⁴ Der Rücktritt brachte aber nicht die von ihm gewünschte öffentliche Resonanz.¹⁵

Michael Eckert hat gezeigt, dass Ewald schon 1933 daran gedacht hat, Deutschland zu verlassen. Wesentlicher Grund hierfür dürfte nicht so sehr der sich anbahnende Krieg mit England und anderen Ländern gewesen sein, den Ewald auf keinen Fall mit seiner Anwesenheit in Deutschland zwangsläufig hätte unterstützen müssen, oder gar seine absehbare eigene Entlassung, sondern vor allem die Sorge um seine vier Kinder, die als „volljüdisch“ galten und ganz offensichtlich keinerlei Zukunft in Deutschland haben würden.¹⁶ In England bereitete man sich bereits vor, Ewald bei der Emigration zu helfen. Der Kollege William Lawrence Bragg schrieb über Ewald im Oktober 1933 an die Hilfsorganisation für entlassene deutsche Wissenschaftler, Academic Assistance Council: „I know very well indeed. I understood that he still held his post, but I believe he is anxious to get away.“¹⁷

Ewald registrierte den zunehmenden Einfluss der Nationalsozialisten an der Hochschule, insbesondere nach dem Rektoratsantritt von Wilhelm Stortz. Er bemerkte, dass Professorenkollegen die Straßenseite wechselten, um eine Begegnung mit ihm zu vermeiden und ihn nicht in der Öffentlichkeit grüßen zu müssen. Als Ewald im Jahr 1936 eine Pflichtveranstaltung für alle Dozenten und Assistenten besuchte, in der der Dozentenführer Reinhold Bauder ein Schreiben des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung über „die sogenannte ‚objektive Wissenschaft‘“ verlas, deren Grundlage nationales Empfinden wäre, war er mit eigenen Worten „so entsetzt darüber“, dass er aufstand und den Saal verließ. Einige Wochen später, wahrscheinlich Anfang 1937, wurde er daraufhin von Rektor Stortz zur Rede gestellt und – da er seine Zustimmung zum ideologisierten Wissenschaftsbegriff der Nationalsozialisten verweigerte – genötigt, um seine Versetzung in den Ruhestand zu bitten.¹⁸

Paul Ewald wurde nach der Bestimmung „zur Vereinfachung der Verwaltung“ oder „im Interesse des Dienstes“ in den Ruhestand versetzt. Diese „Vereinfachung der Verwaltung“ war schon seit 1933, seit Inkrafttreten des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, ein sehr dehnbarer Begriff, mit dem sich der NS-Staat für alle möglichen willkürlichen Entlassungen eine juristische Basis geschaffen hatte. Neben seiner politischen Haltung wurde Ewald zur Last gelegt, dass seine Frau nach der nationalsozialistischen Rassenlehre als Jüdin galt.¹⁹ Nicht nur in Stuttgart war Ewald missliebig, sondern auch im Reichserziehungsministerium in Berlin wurde er noch im Jahr 1937 auf eine Liste von Professoren gesetzt, die für das NS-Regime als „jüdisch versippte Professoren“ problematisch waren.²⁰ Im Jahr 1944 notierte die Gestapo über den inzwischen im Exil Lebenden:

Ewald war als Gegner des Nationalsozialismus bekannt. Er galt als ausgesprochener Judenfreund und hat in seiner Eigenschaft als Professor der Technischen Hochschule in Stuttgart vorwiegend jüdische Assistenten herangezogen. Auch durch seine Heirat zeigt er, dass er sich zum Judentum bekennt. Im Jahre 1937 hat Ewald ein Gesuch um Versetzung in den Ruhestand beim Rektor der Technischen Hochschule in Stuttgart eingereicht und gab in der Begründung an, dass ihm ‚die Weiterführung seines Lehrstuhles aus weltanschaulichen Gründen nicht möglich sei, vor allem, weil er den Rassegedanken ablehnen müsse:‘²¹

Ewald emigrierte 1937 – seine älteste Tochter war schon 1936 in die USA ausgewandert – und führte unter geschickter Umgehung der schwierigen Ausreisevorschriften im Jahr darauf seine Frau, seine beiden jüngeren Kinder und seine Mutter in das rettende Exil nach England. Sein ältester Sohn Lux emigrierte unabhängig von der Familie über England in die USA.²² Ewald hatte Glück und wurde nicht – wie sein Sohn Arnold – als „Enemy Alien“ interniert.²³ Seine Tätigkeit als Fellow in Cambridge wurde Dank einer Initiative seines Kollegen Lord Rutherford von der „Society for the Protection of Science and Learning“ mitfinanziert.²⁴ Über seine Zeit in Belfast schrieb eine Beobachterin: „Paul as a rule is overworked and rather depressed after all he had to go through.“²⁵ Auch wenn zunächst die Familieneinkünfte gering waren – Das Ruhegehalt aus seiner Stuttgarter Tätigkeit wurde nur noch bis zum 1. April 1940 ausbezahlt²⁶ – gelang es Ewald jedoch später wieder, eine mit den deutschen Verhältnissen vergleichbare Professur einzunehmen und sein Werk als international anerkannter Wissenschaftler fortzusetzen. Als er, der die Anpassung vieler Kollegen an das NS-Regime hatte erleben müssen, nach dem Ende der NS-Herrschaft erfuhr, dass von den ca. 50 Professoren der Technischen Hochschule 30 wegen ihres Engagements für das NS-System (zunächst) entlassen und 20 im Amt geblieben waren, urteilte er: „that seemed a thorough purge – to which I agree.“²⁷

Paul Ewald wurde mit fünf Ehrendokortiteln (u. a. der Universität Stuttgart) und zahlreichen Akademie-Mitgliedschaften geehrt. In den 1950er Jahren wurde der Kontakt zwischen ihm und der Technischen Hochschule Stuttgart, wo zwei seiner Schüler inzwischen Professoren waren, erneuert. Ewald erhielt die Rechte eines Emeritus und besuchte bei verschiedenen Anlässen, zuletzt 1979 anlässlich des 150-jährigen Jubiläums der Universität Stuttgart seine alte Hochschule.²⁸ Im Alter von 97 Jahren starb er am 22. August 1985 in Ithaka, New York, USA.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen die Informationen zum Lebenslauf aus Walter Kaiser: Art. Ewald, Paul Peter, in: Dictionary of Scientific Biography 17 (1990), S. 272–275; Kipnis, Alexander: Ewald, Paul (1888–1985), Physiker, in: <http://www.kipnis.de/index.php/alexander/kurzbiografie/164-ewald-paul-1888-1985-physiker> (19. 07. 2015).

¹ Zeitzeugeninterview mit P.P.Ewald 1979 (UAST SN 1/35) S.10; Renninger, M: Paul Peter Ewald, [Nachruf] in: Zeitschrift für Kristallographie 173 (1985), S. 159–167, hier S. 163

² Das Datum des Rektoratsantritts: Technische Hochschule Stuttgart. Reden gehalten bei der Übergabe des Rektorats am 7. Mai 1932 (Reden und Aufsätze, 8). Zum Rücktrittsdatum siehe Eckert, Michael: Paul Peter Ewald (1888–1985) im nationalsozialistischen Deutschland: eine Studie über die Hintergründe

- einer Wissenschaftleremigration, in: „Fremde“ Wissenschaftler im Dritten Reich. Die Debye-Affäre im Kontext. Hrsg. v. Dieter Hoffmann u. Mark Walker. Göttingen 2011, S. 265–289, hier S. 272.
- 3** UAST 57/48: Abschrift des Wiedergutmachungsbescheids v. 22.02.1955, S. 2. Der württembergische Reichsstatthalter Wilhelm Murr hatte mit Schreiben v. 09.03.1937 beim Reichserziehungsministerium Ewalds Versetzung in den Ruhestand beantragt: BA Berlin R 4901/13624 Bl. 59.
- 4** IBDE 2 (1983) S. 275 f.
- 5** Hildebrandt, Gerhard: Zum Tode von Paul Peter Ewald, in: *Physikalische Blätter* 41 (1985), Nr. 12, S. 412–413, hier S. 413
- 6** Zitiert nach Hildebrandt, Gerhard: 62 Jahre Kristalloptik der Röntgenstrahlen, in: *Physikalische Blätter* 35 (1979), S. 55–64, 103–118, hier S. 56
- 7** Eckert, Ewald (wie Anm. 2) S. 268 f.
- 8** Juretschke, Hellmut J.: Paul P. Ewald – a personal appreciation, in: P. P. Ewald and his Dynamical Theory of X-ray Diffraction. Oxford 1992, S. 44–50, hier S. 45
- 9** Siehe die Akte zu Ewalds Ausbürgerung im BA Berlin, R 4901/13234.
- 10** Dropkin, J. J. u. Post. B.: [Nachruf auf] Paul Peter Ewald, in: *Acta Crystallographica* A42 (1986), S. 1–5, hier S. 4; Bethe, Hans A. u. Hildebrandt, Gerhard: [Nachruf auf] Paul Peter Ewald, in: *Biographical Memoirs of Fellows of the Royal Society* 34 (1988), S. 133–175, hier S. 146
- 11** So die Erinnerung von Rose Bethe, Tochter von P. P. Ewald, zitiert in: Schweber, Silvan S.: *Nuclear forces: the making of the physicist Hans Bethe*. Cambridge, Mass. 2012, S. 367
- 12** Zeitzeugeninterview mit P. P. Ewald 1979 (UAST SN 1/35) S. 15
- 13** Ebd. S. 16. Das Ereignis auf der Vollversammlung wird auch aus der Sicht der Studentenschaft berichtet in: BA Berlin NS 38/2272 (Schreiben der Studentenschaft der Technischen Hochschule Stuttgart an den Vorstand der Deutschen Studentenschaft v. 11.03.1933). Danach waren es fünf kommunistische Studenten, die den Saal verließen.
- 14** Zitat nach Eckert, Ewald (wie Anm. 2) S. 272
- 15** Zeitzeugeninterview mit P. P. Ewald 1979 (UAST SN 1/35) S. 17
- 16** Zeitzeugeninterview mit P. P. Ewald 1968 S. 32; Eckert, Ewald (wie Anm. 2) S. 284
- 17** Bodleian Library, University of Oxford MS SPSP (Archive of the Society for the Protection of Science and Learning) 327/2 fol.209
- 18** Zeitzeugeninterview mit P. P. Ewald 1979 (UAST SN 1/35) S. 19; desgl. 1968 S. 33 und 46 f.; Eckert, Ewald (wie Anm. 2) S. 278–280. Bereits am 09.03.1937 beantragte der Reichsstatthalter von Württemberg beim Reichserziehungsministerium die Versetzung in den Ruhestand, das am 08.04.1937 zustimmte: BA Berlin R 4901/13626 Bl. 59.
- 19** Eckert, Ewald (wie Anm. 2) S. 280
- 20** BA Berlin R 4901/15595
- 21** Ebd.
- 22** Bethe u. Hildebrandt (wie Anm. 10) S. 147
- 23** Nach A. Kipnis (siehe Quellenangabe) blieb Ewald wegen der von ihm gehaltenen als kriegswichtig eingeschätzten Grundvorlesung in Physik vor der Internierung verschont. Im Jahr 1979 gab Ewald an, dass er dies den Bemühungen seiner Frau verdankte: Brock, Werner: Artikel „Kein Wort über den Rücktritt in der Zeitung“, in: *Stuttgarter Zeitung* v. 17.10.1979. Der Name von Ewalds Sohn Arnold erscheint in den Listen der im australischen Internierungslager bei Hay in New South Wales festgehaltenen Deutschen: Bartrop, Paul R. u. Eisen, Gabrielle (Hrsg.): *The Dunera Affair. A Documentary Resource Book*. Melbourne 1990, S. 400.
- 24** Bodleian Library, University of Oxford MS SPSP (Archive of the Society for the Protection of Science and Learning) 327/2 fol.205–221
- 25** UAST SN 16/108 (Annie Schroedinger, Ehefrau von Erwin Schroedinger, an Erika Rathgeber v. 26.01.1941)
- 26** HStA Stuttgart EA 3/159 Nr. 484
- 27** Schreiben P. P. Ewalds an Erika und Henri Rathgeber v. 02.06.1946: UAST SN 16/108
- 28** UAST 57/48 und 127/7

Teil II Biographien der Verfolgten

Weitere Quellen und Literatur (Auswahl)

American Institute of Physics – Niels Bohr Library and Archives: Oral history interview with Paul Peter Ewald, 1959 April 1 (with R.A.Young): <https://www.aip.org/history-programs/niels-bohr-library/oral-histories/4595>; Desgl. ebd. 8. Mai 1962 (with Thomas S. Kuhn): <https://www.aip.org/history-programs/niels-bohr-library/oral-histories/4523-1/-2>; Ewald, Paul P.: Personal Reminiscense, in: Acta Crystallographica A24 (1968), S. 1–3; Bragg, Lawrence: Professor P.P. Ewald, in: Acta Crystallographica A24 (1968), S. 4f.; Hosemann, Rolf: Max-Planck-Medaille 1978 für Paul Ewald, in: Physikalische Blätter 34 (1978), S. 715–718; Jagodzinski, Heinz: [Nachruf auf] Paul Peter Ewald, in: Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1986, S. 255–258; Juretschke, Hellmut J. u. a.: [Nachruf auf] Paul P. Ewald, in: Physics Today, Mai 1986, S. 101–104; [Anonym]: Editorial. P. P. Ewald memorial Issue, in: Acta Crystallographica A42 (1986), S. 409f.; Jagodzinski, Heinz: [Nachruf auf] Paul Peter Ewald, in: Fortschritte der Mineralogie 65 (1987), S. 1–3; Cruickshank, D. W. J., Juretschke, H. J., Kato, N. (Hrsg.): P. P. Ewald and his Dynamical Theory of X-ray Diffraction. A Memorial Volume for Paul P. Ewald, 23 January 1888–22 August 1985. Oxford 1992 [Darin S. 149–156 Werkverzeichnis Ewalds]; Kipnis, Alexander: Artikel Ewald, Paul Peter, in: Baden-Württembergische Biographien, Bd. 6 (2016)
Der Nachlass Ewalds befindet sich in der Cornell University Library, Ithaca, New York: <http://rmlc.library.cornell.edu/EAD/htmldocs/RMM04586.html> (19.07.2015).

Für zahlreiche Hinweise zum Lebenslauf und zur Literatur über P.P. Ewald danke ich Herrn Dr. Alexander Kipnis, Karlsruhe.

NB

A. F.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1923 Sept. 29 geb. in Rotterdam, niederländischer Staatsbürger

1943 März 31–1945 April 9 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Schlosser

1945 Rückkehr in die Heimat

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 80, 85, 89; UAST 202/1 S. 63, 82f.

NB

B. F.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1921 Mai 13 geb. in Den Haag, niederländischer Staatsbürger

1943 März 31–1943 Sept. 4 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als „Wasserleitungsinstallateur“

Mit 21 Jahren kam der niederländische Installateur B. F. nach Deutschland, um im FKFS zu arbeiten. Als er Anfang Juni 1943 seinen Arbeitsplatz unerlaubt verließ, benachrichtigte das FKFS das Arbeitsamt sowie die Leitstelle der Gestapo in Stuttgart. Nun lief der deutsche Verwaltungs- und Verfolgungsapparat an: In Den Haag wurde B. F. vom dortigen deutschen Fachberater beim Arbeitsamt mehrfach vorgeladen, erschien aber nicht. Das Arbeitsamt berichtete daraufhin dem FKFS: „Auch der ihm dann zugestellten Dienstverpflichtung kam er nicht nach. Die Angelegenheit wurde dann am 17. November 43 dem hiesigen deutschen Sicherheitsdienst, zwecks Ergreifung von Strafmaßnahmen gemeldet.“¹ B. F. scheint aber untergetaucht zu sein, sogar ohne Wissen seiner Verwandten. Darauf lässt die Initiative seiner Mutter schließen, die Anfang Februar 1944 offenbar noch glaubt, ihr Sohn sei in Stuttgart, und das dortige Arbeitsamt bittet, diesen zu veranlassen, wieder an sie zu schreiben.²

Quellen: UAST 131/3/80; UAST 202/1 S. 97

1 UAST 131/3/41 (Schreiben des Deutschen Fachberaters Ludwig beim Arbeitsamt Den Haag v. 25.11.1943 an das FKFS)

2 UAST 131/3/41

NB**E. F.**

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1924 Dez. 24 geb. in Mailand, italienischer Staatsbürger, katholisch

1943 Nov. 20–1944 Jan. 10 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Dreher

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 81, 86; UAST 202/1 S. 40

NB**K. F.**

Architekturstudent/zeitweilige Relegation aus rassistischen Gründen

1922 geb. in Plettenberg/Westfalen

1937–1939 Aufenthalt und Schulbesuch in den Niederlanden

1941 März 10 Abitur am Realgymnasium Wuppertal-Elberfeld

1941 Juni 10 Zulassung zum Studium als

„Mischling zweiten Grades“ durch den Rektor der TH Aachen¹

WS 1941/42–WS 1942/43 Architekturstudium an der TH Stuttgart

SoSe 1943–WS 1943/44 zwangsweise Beurlaubung vom Studium

SoSe 1944 Wiederaufnahme des Architekturstudiums an der TH Stuttgart

1944 Okt.–1945 März studentischer Arbeitseinsatz beim Landesdenkmalamt Straßburg, in einem Architekturbüro und bei den Heinkel-Werken in Oranienburg

1945–1946 Febr. Tätigkeit im väterlichen Betrieb

1946 (WS 1945/46) Wiederaufnahme des Architekturstudiums an der TH Stuttgart

1946 Juli 1 Diplomvorprüfung, TH Stuttgart

1948 Febr. 9 Diplommhauptprüfung, TH Stuttgart

1948 März 1–1950 Jan. 31 Verwalter der Dienstgeschäfte eines wissenschaftlichen Assistenten am Lehrstuhl für Städtebau und Wiederaufbau (Prof. Richard Döcker) der TH Stuttgart²

1952 Gründung des eigenen Architekturbüros Schul- und Verwaltungsbauten, Privathäuser und Projekte für die Evangelische Kirche
Lehrer und Professor an den Architekturfacultäten zweier Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen

2012 gest.

Der Architekturstudent K.F. galt im NS-Staat als sogenannter „Mischling zweiten Grades“. Er erwirkte seine Zulassung zum Studium, für die die Zustimmung des Reichserziehungsministeriums erforderlich war, zunächst an der TH Aachen. Mit der durch die TH Aachen erworbenen Studierenerlaubnis¹ konnte er sich an der TH Stuttgart immatrikulieren.

Dort geriet er aber in den Fokus des Studentenführers Karlheinz Herzer. Dieser warnte die Studierenden, die mit K.F. befreundet waren, und drohte K.F. selbst mit der Ausweisung von der Hochschule, wenn er freundschaftliche Kontakte mit „deutschen“ Studenten oder Studentinnen pflegen oder anstreben würde.³ Neben dieser rassistischen Ausgrenzung galt K.F. nach eigenem Bekunden auch als „politisch unzuverlässig“, also als Gegner der NS-Ideologie. Schließlich wurde seine Lage so prekär – Herzer hatte vor der Gaustudentenführung die Relegation K.F.s gefordert – dass er auf Rat des damaligen Rektors Heinrich Hess⁴ die Hochschule vorläufig verließ und sich als Student beurlauben ließ. In dieser Zeit fertigte er aber noch Entwürfe an, die von einem Assistenten begutachtet wurden.⁵ Nachdem Karlheinz Herzer das Amt des Studentenführers verloren hatte, konnte K.F. 1944 an die Hochschule zurückkehren, wurde aber zum Kriegsende noch zum studentischen Arbeitseinsatz eingefordert. Sein Vater, der als sogenannter „Mischling ersten Grades“ galt, war gegen Kriegsende noch für drei Monate in einem Zwangsarbeitslager der Gestapo inhaftiert. K.F.s Großmutter, die – evangelisch getauft – im NS-Regime jedoch als Jüdin galt, war in das KZ Theresienstadt deportiert worden und dort umgekommen.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft arbeitete K.F. zunächst am Lehrstuhl Richard Döckers. Er gründete 1952 in Nordrhein-Westfalen ein Architekturbüro, das u. a. Schul- und Verwaltungsbauten, Privathäuser und Projekte für die Evangelische Kirche realisierte. K.F. lehrte auch als Professor an zwei Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: UAST 120 (Studentenakte); UAST 202.

- 1 Das Schreiben des Rektors der TH Aachen v. 10.06.1941 ist erwähnt in: BA Berlin R 4901/13125; StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 42688 (Spruchkammerakte Herzer, Karlheinz) Bl. 43.
- 2 UAST 114/9128 (Personalakte)
- 3 StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 42688 (Spruchkammerakte Herzer, Karlheinz) Bl. 23: Schreiben K. F.s an die Spruchkammer I Stuttgart v. 02.04.1947
- 4 StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 42688 (Spruchkammerakte Herzer, Karlheinz) Bl. 43
- 5 StA Ludwigsburg EL 902/6 Bü 9757 Bl. 6: Schreiben von K. F. v. 03.04.1946

NB

LUIGI FOSSI

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1913 Aug. 31 geb. in Brozzi (Stadtteil von Florenz), italienischer Staatsbürger, katholisch
1944 Sept. 27–1945 Zwangsarbeiter am

Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Feinmechaniker und Rüstungsarbeiter

Quellen: UAST 131/3/89; UAST 202/1 S. 35

NB

WILLIAM ALAN FRASER

Student des Maschinenbaus/Relegation aus rassistischen Gründen

1918 Febr. 17 geb. in Halle/Saale als Wolfgang Amadeus Fackenheim, israelitisch
1936 Abitur am Realgymnasium in Halle
1936 April 1–1936 Sept. 29 Praktikant in den Lehrwerkstätten der Ingenieurschule Weimar
1936 Nov. 2 Immatrikulation an der TH Stuttgart für das Fach Maschinenbau
1938 Frühjahr Diplomvorprüfung, TH Stuttgart¹
1938 Nov. 12 Zwangsrelegation: „gestrichen weil Jude“, endgültiger Ausschluss vom Studium am 7. Jan. 1939

1938 Nov. 15–1939 Jan. 2 Verhaftung und Verschleppung in das Konzentrationslager Welzheim
1939 März 23 Emigration nach England
1940 Juli 5 aufgrund Emigration Ausbürgerung aus Deutschland²
1940 (–1941?) Internierungslager in Australien
Annahme der britischen Staatsbürgerschaft
1948 April 14 Namensänderung in William Alan Fraser
1985 oder 1986³ gest.

Über die Familie und die Kindheit Wolfgang Amadeus Fackenheim (ab 1948: William Alan Fraser) wissen wir ein wenig durch die Lebenserinnerungen seines Bruders Emil L. Fackenheim (1916–2003), der in Kanada und Israel als Professor der Philosophie und als Rabbiner wirkte.⁴ Danach wuchs Wolfgang Amadeus Fackenheim als jüngster von drei Söhnen in einer großbürgerlichen Familie auf, die ihr Bekenntnis zur jüdischen Religion bewusst lebte. So hatte der Vater, Dr. Julius Fackenheim (1884–1970), Rechtsanwalt und Notar, im Jahr 1904 in Halle einen jüdischen Sportverein gegründet.

Schon als Kinder war den Söhnen ihre prekäre gesellschaftliche Situation als Juden in einer nichtjüdischen Umgebung klar. Emil Fackenheim berichtet, dass Wolfgang und er es vermieden, in der Schule positiv hervorzutreten, um ihre Sonderstellung nicht unnötig hervorzuheben, zumal sie die meiste Zeit die einzigen jüdischen Kinder in ihren Klassen waren.⁵ Die Familie war zu dieser Zeit vermögend, wie Julius Fackenheim nach dem Zweiten Weltkrieg selbst schrieb.⁶

Gleich im Jahr 1933 wurde dem Vater Dr. Julius Fackenheim die Tätigkeit als Anwalt und Notar untersagt. Mit der Gewalttätigkeit des NS-Regimes gegenüber Juden wurde die Familie schnell konfrontiert, als Julius Fackenheim als Rechtsberater von jüdischen Unternehmen 1935 für sechs Wochen in Gestapohaft geriet.⁷

Trotz dieser Entwicklungen nahm Wolfgang Fackenheim Ende 1936 das Studium des Maschinenbaus an der Technischen Hochschule Stuttgart auf. Auf seiner Karteikarte, die ihn mit gelber Farbe schon als Juden kennzeichnete, steht als Berufsziel: „freier Beruf“. Wie so viele Juden dürfte er auch gehofft haben, in der freien Wirtschaft eine von den politischen Drangsalierungen ungestörte Erwerbsmöglichkeit zu finden. An der Technischen Hochschule Stuttgart gehörte Fackenheim bald zu einem Freundeskreis von fünf jüdischen bzw. dem NS-Staat als jüdisch geltenden Studenten, den ↗ Dietrich Alsberg in seinen Lebenserinnerungen erwähnt und dem nach den Fotos und Fotobeschriftungen im Familienarchiv Liebel auch ↗ Georg Liebel, ↗ Gunter Benno Seaton (Günter Benno Zittwitz) und ↗ Hans Oppenheimer angehörten.

Unmittelbar nach den Novemberpogromen 1938 wurde Wolfgang Fackenheim jedoch wie alle noch verbliebenen jüdischen Studierenden von der Technischen Hochschule Stuttgart verwiesen. Zu seiner Relegation schrieb er rückblickend:

Nachdem ich 5 Semester an der genannten Technischen Hochschule studiert hatte, liess ich mich auch für das 6. Semester, das Wintersemester 1938/39, an dieser Hochschule einschreiben. Ich begann die Vorlesungen und Übungen in diesem Semester zu besuchen, wurde jedoch durch Verfügung des Rektors vom 12. November 1938 wegen meiner jüdischen Abstammung von der Teilnahme an den Vorlesungen und Übungen ausgeschlossen. Mir wurde das Betreten der Hochschule untersagt.⁸

Gleich darauf, am 15. November 1938, wurde auch Wolfgang Fackenheim noch im Zuge der Verhaftungen nach den Novemberpogromen in das Konzentrationslager Welzheim verschleppt. Hierbei wurde von ihm ein Foto gemacht, das zusammen mit denen vieler anderer Mithäftlinge in der NS-Zeitung „Flammenzeichen“ mit verhöhnenden Kommentaren abgedruckt wurde.⁹ Fackenheim schrieb weiter: „Ich verblieb auch nach meiner Entlassung in Stuttgart und wurde durch Verfügung der Technischen Hochschule

vom 7. Januar 1939 vom weiteren Studium endgültig als Jude ausgeschlossen ...“⁸ Ende März 1939 wanderte Wolfgang Fackenheim dann nach England aus mit dem Ziel, ein Visum für die USA zu erlangen und nach San Francisco zu ziehen.

Während der Novemberpogrome hatte eine Tante, Schwester seines Vaters, Suizid begangen, sein Bruder Emil L. Fackenheim wurde im KZ Sachsenhausen ebenfalls inhaftiert. Er folgte Wolfgang Fackenheim dann nach England ins Exil. Ebenso konnten sich die Eltern wenige Tage vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs noch nach England retten. Der älteste Bruder Alexander Fackenheim konnte jedoch Deutschland nicht mehr verlassen und starb, wahrscheinlich durch Suizid, im Jahr 1941.¹⁰

Bei Kriegsbeginn gerieten Wolfgang Fackenheim wie auch sein Bruder in neue Schwierigkeiten. Kaum dem Terror des NS-Staates entflohen, stellten sie nun zu Beginn des Zweiten Weltkriegs als Deutsche in den Augen der englischen Kriegsgegner ein Gefahrenpotential dar. Beide Brüder wurden in Internierungslagern festgehalten. Wolfgang Fackenheim geriet sogar in das in New South Wales in Australien gelegene Wüstencamp Hay¹¹ und teilte damit das Schicksal seines ehemaligen Stuttgarter Mitstudenten ↗ Gunter Seaton.

Im Rückblick schreibt Wolfgang Fackenheim: „In England konnte ich aus Mangel an Mitteln das unterbrochene Studium nicht weiterführen. Ich war bei verschiedenen technischen Firmen als Angestellter tätig ...“ Fackenheim nahm die englische Staatsbürgerschaft an und änderte 1948 seinen Namen in William Alan Fraser. Noch im Jahr 1957 mit 39 Jahren arbeitete er auf einem „Angestelltenposten als nicht akademisch geschulter Ingenieur“.⁸

Ein Kontakt zu Frasers Familie oder zu der seines Bruders Emil Fackenheim ließ sich leider nicht herstellen.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, sind alle Daten entnommen aus: UAST10/55 (Karteikarte Fackenheim, Wolfgang Amadeus) und StA Ludwigsburg EL350 I Bü36001 (Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Stuttgart).

1 UAST 120/Fackenheim, Wolfgang Amadeus

2 Liste 187 – Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 155 vom 05. 07. 1940, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter. (18. 06. 2015): <http://db.saur.de.dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=ADS-0195>

3 Fackenheim: An epitaph for German Judaism (wie Anm. 4) S. 126, 144

4 Emil L. Fackenheim: An epitaph for German Judaism. From Halle to Jerusalem. Madison, Wisconsin – University of Wisconsin Press 2007

5 Fackenheim: An epitaph for German Judaism (wie Anm. 4) S. 27

6 StA Ludwigsburg EL350 I Bü36001 Bl. 27 (Schreiben Julius Fackenheims an das Amt für Wiedergutmachung Stuttgart v. 29. 06. 1958.) Nach dem Zweiten Weltkrieg schrieb er noch in Bezug auf die 1930er Jahre von seinem „damals recht beträchtlichen Vermögen“.

7 Fackenheim: An epitaph for German Judaism (wie Anm. 4) S. 42 f.

8 StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 36001 Bl. 16r (eigener Lebenslauf W. A. Fackenheims v. 29. 07. 1957)

9 Abbildung der Zeitungsseite bei Zelzer, Maria: Wege und Schicksal der Stuttgarter Juden. Ein Gedenkbuch, Stuttgart 1964, S. 429. Eine Ausgabe der Zeitung findet sich in StA Ludwigsburg EL350 I Bü36001.

10 Fackenheim: An epitaph for German Judaism (wie Anm. 4) insbes. S. 92, 236

11 Siehe die Liste der dort Internierten in: The Dunera Affair. A Documentary Resource Book. Hrsg. v. Paul R. Bartrop, Gabrielle Eisen o.O. 1990, S. 400; Fischer, Erica: Königskinder. Berlin 2012.

CURTIS RALPH FREMOND

Assistent in der Architekturabteilung/Entlassung aus rassistischen Gründen

1904 Juli 10 geb. in Frankfurt/Main als Curt Ralph Hugo Friedberg, israelitisch

Architekturstudium in München (4 Semester) und Berlin (1 Semester)

1924 Nov. 25 Diplomvorprüfung, TH München

SoSe 1926–SoSe 1928 Architekturstudium, TH Stuttgart¹

1929 April 1 Diplomprüfung

ab 1929 Jan. 1 Assistent am Lehrstuhl für Entwerfen und Städtebau bei Prof. Paul Bonatz und zugleich Mitarbeiter in dessen Architekturbüro

1933 April 20 als Hochschulassistent entlassen zum 1. Mai 1933

bis 1935 Eigenes Architekturbüro und Wei-

terarbeit im Büro von Paul Bonatz bis 20. Okt. 1935²

1935 April 29 Ablehnung des Aufnahmeantrags in die Reichskammer der bildenden Künste

1935 Emigration über England, Italien, Frankreich und die Schweiz in die USA (1940)

1942 Jan. 27 Zulassung als Architekt in Pennsylvania³

1945 Juli 18 Zulassung als Architekt im Staat New York⁴

ab 1959 Mitglied des American Institute of Architects⁵

1997 Okt. 16 gest. in Wading River, New York, USA⁶

Der Architekt Curt Friedberg war schon 1932 im Stuttgarter NS-Kurier scharf angegriffen worden: Professor Bonatz habe „den Juden Friedberg zum Hauptassistenten für Entwerfen gemacht“. Der Autor fährt fort:

Dieses scheint uns besonders unverstündlich nach dem Ausgang der letzten AStA-Wahlen, wo die Studenten sich mit starker Mehrheit für einen völkischen Aufbau der Studentenschaft entschieden haben und damit auch jede Beeinflussung durch Juden ablehnen. Durch diese Maßnahme werden manche Kommilitonen, denen es ernst um unsere Sache ist, abgehalten werden, an diesem Unterricht teilzunehmen.

In einem Aushang stellte sich Bonatz demonstrativ hinter seinen Assistenten und forderte den Verfasser – es handelte sich um den Architekturstudenten Gustav Meckseper – auf, ihn persönlich aufzusuchen.⁷ Meckseper war schon 1931 in den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) eingetreten, im selben Jahr auch in die SS und in die NSDAP. Er war Begründer der Zeitungsbeilage zum Stuttgarter NS-Kurier „Student im Braunhemd“.⁸

Nur kurze Zeit später erfüllte sich der Wunsch der nationalsozialistischen Studenten: Im Zuge der Vertreibung der sogenannten „nichtarischen“ Beamten und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes wurde Curt Friedberg auf der Grundlage des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ durch das Württembergische Kultministerium am 20. April 1933 entlassen. Er versuchte, ein eigenes Architekturbüro zu eröffnen, wurde aber als sogenannter „Nichtarier“ nicht als Mitglied in die Reichskammer der bildenden Künste aufgenommen, was die Voraussetzung für die Zulassung als freier

Architekt war. Paul Bonatz beschäftigte Friedberg bis zu dessen Emigration 1935 in seinem Büro, wo dieser an Entwürfen für Brücken der Reichsautobahn mitarbeitete.⁹ Der Kollege Walter Köngeter erinnerte sich nach dem Ende der NS-Diktatur, dass diese Hilfe von Bonatz „bei der NS-Studentenschaft erheblichen Unwillen erregte“.¹⁰ Friedberg schreibt selbst, dass er im „Herbst 1935 zur Auswanderung gezwungen [war], nachdem wegen Nazianpöbelungen [die] weitere Anstellung im Büro von Prof. Bonatz unmöglich geworden war“.¹¹

Seine Emigration führte Friedberg über England, wo er sich an die Hilfsorganisation „Society for the Protection of Science and Learning“ (SPSL) wandte,¹² und Italien, von wo er als deutscher Flüchtling wiederum vertrieben wurde, schließlich über Frankreich und die Schweiz im Jahr 1940 in die USA. Ein Schulfreund und späterer Anwalt erinnert sich: „Im April 1940 fing er völlig mittellos als Hilfszeichner in einem kleinen Büro in Pittsburgh an, wechselte von Büro zu Büro und verdiente kaum seinen Lebensunterhalt.“¹³ Schließlich gelang es Friedberg, der sich nun Curtis Ralph Fremond nannte, in den USA als Architekt zu arbeiten. Er hielt Kontakt zur Familie Bonatz und gehörte zu den jüdischen Gästen der Stadt Stuttgart, die in den 1980er Jahren ihre Heimatstadt besuchten.¹⁴

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 26738 (Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Stuttgart); HStA Stuttgart EA 99/001 Bü 165; UASt 120/Friedberg, Curt (Prüfungsakte).

- 1 UASt 10/44, 10/46 bis 10/47
- 2 HStA Stuttgart EA 99/001 Bü 165; May, Roland: Pontifex Maximus. Der Architekt Paul Bonatz und die Brücken. Münster 2011, S. 128, 609–625
- 3 <http://licensedirect.com/curtis-r-fremond/14467355> (29.10.2015)
- 4 <http://licensedirect.com/fremond-curtis-ralph/12078620> (29.10.2015)
- 5 <http://deu.archinform.net/arch/204628.htm> (29.10.2015)
- 6 <http://www.nytimes.com/1997/10/22/classified/paid-notice-deaths-fremond-curtis.html> (29.10.2015)
- 7 Archiv Paul Bonatz/Dübbers (im Privatbesitz): Zeitungsartikel und Aushang v. 13.05.1932
- 8 Eigenhändiger Lebenslauf Gustav Mecksepers im BDC (BA Berlin). Ich danke Herrn Dr. Wolfgang Voigt, Deutsches Architekturmuseum Frankfurt, für die Hinweise auf dieses und das in Anm. 7 gen. Dokument.
- 9 May, Pontifex Maximus (wie Anm. 2) S. 128 f., 609–625
- 10 StA Ludwigsburg El 350 I Bü 26738 Bl. 51a (Schreiben Köngeters an C. Fremond v. 22.06.1962)
- 11 Ebd. Bl. 56; vgl. ebd. Bl. 38
- 12 Bodleian Library, University of Oxford MS SPSL (Archive of the Society for the Protection of Science and Learning) 243/1 fol. 1–8
- 13 Wie Anm. 10, Bl. 38 (Schreiben des Erwin Stein v. 28.02.1968 an das Landesamt für Wiedergutmachung Stuttgart)
- 14 Freundl. Mitteilung von Herrn Peter Dübbers an den Verfasser v. 21.01.2014

NB

FRÖSCHL

wiss. Mitarbeiter an der Forschungsanstalt Graf Zeppelin/
rassistische Verfolgung

Der Fall des promovierten(?) Diplomingenieurs Fröschl ist aus einem Zeitzeugeninterview bekannt: Fröschl arbeitete an der Forschungsanstalt Graf Zeppelin in Ruit als Diplomingenieur. Ein Bericht des Abteilungsleiters Ulrich Hütter nennt ihn als Koautor eines wiss. Berichts aus dem Jahr 1939.¹ Nach der Aussage einer Zeitzeugin soll er beim Kurzzeitwindkanal gearbeitet haben und „Nichtarier“ gewesen sein. Nach ihrem Bericht zu schließen, musste er möglicherweise zuletzt außerhalb des Instituts arbeiten, aber die Zeitzeugin fügte hinzu: „nur um der Form zu genügen“. Welchen Status Fröschl hatte und wie genau sich die Verfolgungsmaßnahmen gegen ihn gestalteten, lässt sich nicht mehr ermitteln.

Quellen: Bender, Jochen: Geschichte des Scharnhäuser Parks. 3. Aufl. Ostfildern 2004, S. 117 aufgrund StadtA Ostfildern T16; freundl. Mitteilung v. Herrn Jochen Bender, Stadtarchiv Ostfildern, v. 09.03.2015 an den Verf.

¹ Hütter, Ulrich: Organisation, Arbeitsgebiete und Berichte der Forschungsanstalt Graf Zeppelin (FGZ) Stuttgart Ruit. o.O. [Privatdruck] Nov. 1946, S. 78

NB

OTTO FUCIK

Student/Relegation

Den Fall Otto Fuciks kennen wir nur aus einem Schreiben des Studenten ↗ Friedhelm Eckenrath, das er für das Spruchkammerverfahren gegen den ehemaligen Studentenführer Karlheinz Herzer 1949 verfasst hat. Darin heißt es:

Meines Wissens bin nicht nur ich allein durch H.[erzer; Zusatz N.B.] geschädigt worden. Warum wurden den Herren [F.T.], Otto Fucik und Gyula Schneider und mehreren anderen das Studium gewaltsam unterbrochen?

Vermutlich hatte Herzer wie in ähnlichen Fällen zu Beginn des Sommersemesters 1943 seine Zustimmung zur Wiedereinschreibung (Rückmeldung) Fuciks verweigert. Den Vorwand hierfür lieferte Ende März 1943 – nach der Niederlage in Stalingrad – ein Rundschreiben der Reichsstudentenführung an alle Hochschulen mit der Anordnung, Studierende, die „nach Leistung und Haltung für ein Studium unter den erhöhten Anforderungen des Krieges nicht geeignet erschienen“, zu beurlauben und den Arbeitsämtern zu melden (vgl. Kap. 3.3.).

Quellen: StA Ludwigsburg EL.902/20 Bü 42688 (Spruchkammerakte Herzer, Karlheinz) Bl. 40 (Erklärung Friedhelm Eckenrath v. 19.03.1949)

NB

D. G.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1926 April 10 geb. in Forsano, italienischer Staatsbürger, katholisch	am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Mechaniker
1943 Nov. 20–1945 April 20 Zwangsarbeiter	

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 81, 86, 90; StadtA Kirchheim/Teck, Fremdarbeiterdatenbank Nr.1032; UAST 202/1 S.39

NB

E. G.

Student des Maschinenbaus/Relegation aus rassistischen Gründen

1919 geb. in Ludwigshafen/Rhein, katholisch	1941 Aug. 1–1941 Sept. 1 Praktikum Fa. Mohr und Federhaff, Mannheim
1929–1933 Oberrealschule Merseburg	1941 Nov. 10–1942 Okt. 31 Praktikum Fa. Mohr und Federhaff, Mannheim
1933–1935 Oberrealschule Ludwigshafen/Rhein	1943 Jan. 15 Diplomvorbereitung
1935–1937 Oberrealschule Stuttgart	1944 April 19 Diplomhauptprüfung, „mit Auszeichnung“ bestanden
1937 März 15 Abitur	1944 Mai 8–1945 Juli Dipl.-Ing. bei Hirth-Motoren, Stuttgart-Zuffenhausen
1937 Nov. 1–1938 März 20 Praktikum Daimler-Benz AG	1945 Aug. 1–1945 Sept. 30 Dipl.-Ing. bei Großküchen-Böbel, Stuttgart
1938 April 1 Studienbeginn Maschinenbau, TH Stuttgart	1945 Okt. 1–1946 März 31 Verwalter der Dienstgeschäfte eines wissenschaftlichen Assistenten am Lehrstuhl für Werkzeugmaschinen
1938 Aug. 1–1938 Nov. 5 Praktikum Daimler-Benz AG	1946 April 1–1950 Sept. 30 ebd. wiss. Assistent
1938 Nov. 14–1940 Juli 6 Soldat, Teilnahme am Frankreichfeldzug Entlassung aus der Wehrmacht, weil „Mischling ersten Grades“	
1940 Sept. Fortsetzung des Studiums, TH Stuttgart ¹	

E. G., der nach den Nürnberger Gesetzen als sogenannter „Mischling ersten Grades“ galt, hatte nach dem Abitur 1938 mit dem Maschinenbaustudium begonnen, war aber bei Kriegsbeginn Soldat geworden und hatte den Frankreichfeldzug mitgemacht. Nach seiner Entlassung aus der Wehrmacht, die aufgrund seines Status als „Mischling“ erfolgt war, wurde er mit Hilfe des damaligen Prorektors Heinrich Hess im September 1940

immatrikuliert. Zum Sommersemester 1941 verweigerte der Studentenführer seine Zustimmung zur Wiedereinschreibung (Rückmeldung) des E. G., der nun den vorgesehenen Antrag auf Ausnahmegenehmigung stellte. Bis zur Genehmigung des Antrags konnte E. G. als Gasthörer weiterstudieren.

Nun folgte ein für die Lage der sogenannten „Mischlinge“ typischer, enervierender Behördenweg, bei dem nicht weniger als vier Instanzen beteiligt waren: der Rektor der Technischen Hochschule, das Reichserziehungsministerium, die Parteikanzlei der NSDAP in München und das Oberkommando des Heeres. Daneben bemühte sich der Vater, ein Unternehmer („Fabrikant“) aus Mannheim, die notwendigen Papiere und Nachweise zu beschaffen, und reiste zur persönlichen Vorsprache bei den beteiligten Dienststellen u. a. nach Berlin und München. Nachdem die Parteikanzlei zunächst die Zulassung zum Studium verweigert hatte, konnte E. G. offenbar dann doch den notwendigen Nachweis der Tapferkeit als Soldat beibringen und wurde – nach anderthalb Jahren der Ungewissheit – im Wintersemester 1942/43 wieder zum regulären Studium zugelassen.

Allerdings versuchte nun der Studentenführer Karlheinz Herzer, E. G. über den neuen Erlass vom Frühjahr 1943 (siehe Kap. 3.3.5) zu relegieren, wonach zum Studium ungeeignete Personen den Arbeitsämtern gemeldet werden sollten. Nach Aussage des E. G. war Rektor Heinrich Hess wiederum behilflich, sodass er sein Studium mit der Diplomprüfung 1944 abschließen konnte. Danach erhielt er auf Vermittlung von Professor August Wewerka eine Anstellung bei der Firma Hirth Motoren in Zuffenhausen.²

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde E. G. Assistent am Lehrstuhl für Werkzeugmaschinen und wechselte 1950 in die Industrie (Daimler-Benz AG). Er blieb seiner Hochschule auch noch als Lehrbeauftragter für Werkzeuge der spanabhebenden Fertigung (1967) verbunden.³

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen die Daten des Lebenslaufs aus der Prüfungsakte (UAST 120/3484) und der Personalakte (UAST 114/1702). Die Informationen zur Relegation finden sich in: StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 42688 (Spruchkammerakte Herzer, Karlheinz) Bl. 18 f.; ebd. EL 902/2 Bü 1998 (Spruchkammerakte Hess, Heinrich) Bl. 21, 68 f.; Korrespondenz zwischen Reichserziehungsministerium, Parteikanzlei, dem Vater des E. G., Oberkommando des Heeres und Rektor der TH Stuttgart: Akten der Parteikanzlei, Microfiches Nr. 8922–8926, 9586–9589, 9953, 9956 bis 9968 (= BA [Altsignaturen:] R21 (76)/873, 875, 878).

¹ StA Ludwigsburg, EL 902/2 Bü 1998 (Spruchkammerakte Hess, Heinrich), Bl. 21

² StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 85846 (Spruchkammerakte Wewerka, August): Schreiben des E. G. v. 11. 06. 1947

³ Prosopographische Datenbank von Maschinenbauern an deutschen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen des 19. und 20. Jahrhundert (PDM; Andreas Haka): <http://www.uni-stuttgart.de/hi/gnt/pdm/index.html> (26. 10. 2015)

J. G.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1920 Aug. 20 geb., französischer Staatsbürger, katholisch
1942 März 13–1942 Juli 3 Zwangsarbeiter
 am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Lagerarbeiter

Quellen: UAST 131/3/76

NB

M. G.

Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1923 Nov. 27 geb. in „Schelkor/Suma“, „Ostarbeiterin“
1942 Nov. 12–1944 Sept. 26 und ab 1944 Okt. 23 Zwangsarbeiterin am Forschungs-
 institut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Putzfrau

Quellen: UAST 132/3 Nrn. 78, 81, 88; UAST 202/1 S. 148

NB

REINHOLD GABERT

Chemiestudent/rassistische Verfolgung

1921 Mai 2 geb. in Jena
1928–1938 Waldorfschule Stuttgart
1938–1940 Oberschule für Jungen und Aufbauschule Jena
1940 Jan. 17 Reifezeugnis
1. Trim. 1940 Studienbeginn an der TH Stuttgart
ab 1941 Febr. Soldat bei der Wehrmacht
1941 Dez.–1942 Nov. Lazarettaufenthalt
1942 Dez.–1943 März Fortsetzung des Studiums an der TH Stuttgart
1943 April–Mai Wehrmacht in Bremen
1943 Mai–WS 1944/45 Fortsetzung des Studiums an der TH Stuttgart
1944 Dez. 22 Diplomvorprüfung, TH Stuttgart
1945 Juli 15–Sept. 15 Fortsetzung des Studiums: anorganisches Praktikum

SoSe 1946–WS 1947/48 Fortsetzung des Studiums, TH Stuttgart
1949 März 23 Diplomhauptprüfung, TH Stuttgart

Ausbildung zum Waldorf-Lehrer
Lehrer an Waldorf-Schulen, zuletzt in São Paulo
2001 Aug. 19 gest. in Botucatu (Brasilien)

Reinhold Gabert gehörte zu den letzten der sogenannten „Mischlinge zweiten Grades“, die an der Technischen Hochschule Stuttgart noch bis zum Ende der NS-Herrschaft studieren konnten. Gabert war durch die Erziehung im Elternhaus und durch den Besuch der Stuttgarter Waldorfschule in seinem ganzen Denken anthroposophisch geprägt. Wahrscheinlich weil einer seiner Großväter Jude war und er mithin als sogenannter „Mischling zweiten Grades“ galt, war Gabert nie Mitglied einer NS-Organisation – auch nicht der Hitlerjugend – gewesen.¹

Nachdem 1938 die Waldorfschule durch den NS-Staat geschlossen wurde, beendete Gabert seine Schulausbildung mit einem Notabitur² in Jena und wurde dann als Soldat eingezogen. In Russland zog er sich schwere Erfrierungen an den Füßen zu, sodass er nicht mehr einsatzfähig war und zunächst als Soldat und dann als Zivilist mit der Zulassungserlaubnis und später mit einer Sonderförderung des Reichserziehungsministeriums³ an der TH Stuttgart Chemie studieren konnte. Hier war er auch als „Hilfsassistent“ (entspricht der heutigen studentischen Hilfskraft) tätig. Dass er als „Mischling zweiten Grades“ dennoch unter missgünstiger Beobachtung von NS-Stellen stand, zeigt die Umfrage des Reichserziehungsministeriums vom Mai 1944, in der alle Hochschulen ihre Studenten, die als „Mischlinge zweiten Grades“ galten, auch namentlich melden mussten. Diese Umfrage war durch die Reichsstudentenführung veranlasst worden.³ Reinhold Gabert konnte jedoch weiterstudieren und nach dem Zweiten Weltkrieg an der TH Stuttgart sein Studium abschließen.

Noch während seiner Berufstätigkeit in der Entwicklungsabteilung der Möbelfabrik Behr in Köngen bei Stuttgart absolvierte er das Lehrerseminar der Freien Waldorfschule in Stuttgart. Der Lehrerberuf führte ihn an Waldorfschulen in Hamburg, Stuttgart, São Paulo, Berlin-Dahlem und zuletzt wieder nach São Paulo, Brasilien. Reinhold Gabert starb am 19. August 2001 in Botucatu (ca. 250 km westlich von São Paulo), wo er noch bis zuletzt an Lehrveranstaltungen für Landwirte und Pädagogen beteiligt war.²

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen zu Reinhold Gabert aus: UAST 120/Gabert, Reinhold (Studentenakte).

¹ StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 85117 (Spruchkammerakte Sauer, Eberhard) Bl. 20: Eigene Aussage Gaberts in Schreiben v. 15.01.1948

² Gabert, Johannes: [Nachruf auf] Reinhold Gabert, in: Lebensbilder verstorbener Lehrer, Mitarbeiter und Vorstandsmitglieder. Bd. 2. Hrsg. von der Freien Waldorfschule Kräherwald. Stuttgart 2013, S. 37–39

³ BA Berlin R 4901/13125

ODA GALEOTTI

In den Quellen auch: Gaelotti (Galetto)/Ada (Aci)
Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und
Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1916 Sept. 6 geb. in Apuania, italienische
Staatsbürgerin, katholisch

1943 Dez. 9–1945 Zwangsarbeiterin am
Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahr-

zeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Küchenhilfe
und Putzfrau

1943 Dez. 31 beschäftigt in Kirchheim/Teck,
Dettingerstr.

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 81, 86, 90; StadtA Kirchheim/Teck, Fremdarbeiterdatenbank Nr. 696;
UAST 202/1 S. 37

NB

VITTORE CONSTANZO GAVA

In den Quellen auch: Vittorio
Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und
Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1912 Juni 9 geb. in Dronero, italienischer
Staatsbürger, katholisch

1943 Nov. 20–1945 April 21 Zwangsarbeiter
am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und

Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Mecha-
niker

1944 Mai 2–1944 Juni 15 Haft im Arbeitser-
ziehungslager Oberndorf am Neckar

Dass auch die italienischen „Fremdarbeiter“ unter Zwang arbeiteten, zeigt sehr deutlich das Schicksal des Mechanikers Vittore Gava, der am 2. Mai 1944 von der Gestapo in das Arbeitserziehungslager Oberndorf am Neckar eingewiesen und am 15. Juni 1944 wieder zur Arbeit am FKFS entlassen wurde. (Siehe auch ↗ Orasio Parisati, ↗ Silvio Uda-vissich. Zu den Arbeitserziehungslagern der Gestapo siehe Kap. 3.8.2). Als er seine Arbeit am FKFS nach der Lagerhaft wieder aufnehmen musste, wurde sein Stundenlohn von 1 Reichsmark auf 0,80 Reichsmark reduziert, später allerdings wieder auf 0,90 Reichsmark erhöht.¹

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 40, 80, 85; StadtA Kirchheim/Teck, Fremdarbeiterdatenbank Nr. 719;
UAST 202/1 S. 38

¹ UAST 131/3/85 (Lohnkartei des FKFS für das Jahr 1944)

NB

ERICH GEBHARDT

Chemiestudent/rassistische Verfolgung

1913 April 15 geb. in Perouse, Kreis Leonberg, evangelisch

1932 Reifeprüfung (Oberrealschule)

SoSe 1932–1937 Juni 21 Chemiestudium, TH Stuttgart¹

1935 Mai 31 Diplomvorprüfung¹

1936 Dez. 21 Diplomhauptprüfung Chemie, Fachrichtung Metallkunde¹

1938 Febr. 21 Promotion, TH Stuttgart

1938 März 1–1939 Nov. 30 Assistent am Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung, Institut für angewandte Metallkunde, Stuttgart

1939 Dez. 1–1945 Aug. 31 ebd. wiss. Mitarbeiter

1939 Nov. 15 Heirat mit Liselotte Dannecker

1945 Juli 1–1953 März 31 wiss. Assistent, TH Stuttgart

1947 Mai 27 Habilitation (Metallkunde), Dozent

1952 Okt. 9 apl. Professor

ab 1953 März 1 wiss. Assistent Max-Planck-Institut für Metallforschung

1958 Leiter der Abt. für Sondermetalle am Max-Planck-Institut für Metallforschung

1965 Direktor des Instituts für Sondermetalle am Max-Planck-Institut für Metallforschung

1969–1971 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Metallkunde

1976 Ehrendoktor der Hanyang-Universität Seoul (Korea)

1978 Okt. 9 gest.

Der Chemiestudent Erich Gebhardt sah sich 1933 plötzlich von der Relegation bedroht. Im Jahr 1947 beschrieb er seine Erlebnisse im Rückblick so: „Als 1933 die T. H. Stuttgart die ersten Abstammungsnachweise verlangte [...], wurde mir bei der Abgabe meines Fragebogens auf dem Sekretariat der T. H. Stuttgart mitgeteilt, dass ich nunmehr studieren könne, wo der Pfeffer wächst.“ Gebhardt galt nach der NS-Ideologie als „nichtarisch“ – wahrscheinlich wurde er ab Ende 1935 nach den Nürnberger Gesetzen als „Mischling zweiten Grades“ eingestuft.² Mit Hilfe eines Freundes aus seiner Burschenschaft Ghibelinia, der in der SA eine leitende Funktion hatte, gelang es Gebhardt, in die SA einzutreten und damit seine Wiedereinschreibung zu erreichen.³ Er schildert – im Kontext ähnlicher Fälle durchaus plausibel – dass er in der Folge aufgrund seines Mischlingsstatus an der Hochschule und im beruflichen Fortkommen Nachteile und Diskriminierungen erfahren musste. Allerdings scheinen manche seiner Aussagen – sicherlich dem Rechtfertigungsdruck vor der Spruchkammer geschuldet – überzogen zu sein.⁴

Gebhardt konnte sein Studium im Alter von nur 24 Jahren mit der Promotion abschließen und sogleich eine Assistentenstelle bei seinem Doktorvater Werner Köster am Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung in Stuttgart antreten. Zwar musste er unauffällig agieren und offenbar die Möglichkeit zur Habilitation und zur Dozentur ablehnen.³ Doch wurde er bald zu einem erfolgreichen Wissenschaftler auf dem Gebiet der Ersatzstoffforschung. Gebhardt entwickelte am KWI für Metallforschung die nach ihm benannte aluminiumhaltige Zinklegierung („Gebhardt-Legierung“), die mit ihren mesingähnlichen Eigenschaften für die Herstellung von Bordwaffenmunition und Gleitlagern in der Luftfahrt- und Marinetechnik wichtig wurde.⁵ Noch im März 1945 erhielt

Gebhardt das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse.⁶ Die Forschungsarbeiten Gebhardts waren als kriegswichtig eingestuft, sodass er während des gesamten Kriegsverlaufs nicht als Soldat eingezogen wurde, sondern als unabkömmlich eingestuft am Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung weiterarbeiten konnte.⁷

Nach dem Ende des NS-Staates erwarb sich Gebhardt auch aufgrund seiner organisatorischen Fähigkeiten große Verdienste beim Wiederaufbau des Max-Planck-Instituts für Metallforschung. Seine wissenschaftliche Laufbahn konnte er jetzt mit Habilitation, apl. Professur an der TH Stuttgart und als Direktor in der Max-Planck-Gesellschaft realisieren. Er erweiterte seine Forschungsgebiete über die Zinklegierungen hinaus u. a. auf Themen wie „Gase in Metallen“, Reaktorwerkstoffe, Strahlenschädigungen in Metallen, Korrosion und Elektrochemie, analytische Untersuchungen von Werkstoffen. Erich Gebhardt erhielt für sein wissenschaftliches Werk zahlreiche Auszeichnungen. Er verstarb plötzlich und unerwartet am 9. Oktober 1978.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: UAST 57/817 (Personalakte der Universität Stuttgart); Petzow, Günter: Nachruf auf Erich Gebhardt, in: Zeitschrift für Werkstofftechnik 9 (1978), S. 425.

1 UAST 10/55 (Karteikarte Gebhardt, Erich); 120/6643 (Prüfungsakte Gebhardt, Erich)

2 Gebhardt war „von mütterlicher Seite her nicht-arischer Abstammung“ (Schreiben Gebhardts an die Spruchkammer Ludwigsburg-Kornwestheim v. 24. 11. 1947: StA Ludwigsburg EL 902/15 Bü 6490 Bl. 12). „Mischling ersten Grades“ dürfte er nicht gewesen sein, da er 1939 offenbar ohne große Widerstände heiraten durfte und noch 1942, als die sogenannten „Mischlinge ersten Grades“ als „wehrunwürdig“ aus der Wehrmacht entlassen waren, noch als wehrpflichtig geführt wurde (Maier, Forschung als Waffe S. 962).

3 StA Ludwigsburg EL 902/15 Bü 6490 Bl. 12 (Schreiben Gebhardts an die Spruchkammer Ludwigsburg-Kornwestheim v. 24. 11. 1947); Mitgliedschaft in der Burschenschaft Ghibellinia siehe UAST 10/55 (Karteikarte Gebhardt, Erich)

4 So gibt er zum Beispiel vor der Spruchkammer an, dass er an der TH Stuttgart „keinerlei Stipendien, auch nicht diejenigen, die für nicht bedürftige Studenten höherer Semester allgemein üblich waren“ erhalten hatte, während auf seiner Karteikarte des Studentensekretariats für das Sommersemester 1936 ein Kolleggeldnachlass von 2/4 notiert ist (UAST 10/55). Auch die Angabe, dass er wegen seiner Abstammung bzw. der Nicht-Mitgliedschaft in der NSDAP keine Stelle in der freien Industrie hatte annehmen können, ist ungewöhnlich, könnte subjektiv aber richtig sein.

5 Maier, Forschung als Waffe S. 651, 674, 691, 789, 791, 793, 798 f., 887 f.

6 Maier, Helmut: „Wehrhaftmachung“ und „Kriegswichtigkeit“. Zur rüstungstechnologischen Relevanz des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Metallforschung in Stuttgart vor und nach 1945. Berlin 2002 (Ergebnisse, 5), S. 22

7 Maier, Forschung als Waffe S. 643, 1059

NB

ALFRED GELLHORN

Architekt/Entziehung des Doktorgrades aus rassistischen Gründen



1885 Mai 26 geb. in Ohlau (Polen/Schlesien), israelitisch/evangelisch

1903 Sept. 22 Reifeprüfung, Gymnasium Ohlau¹

1903–1906 Architekturstudium, TH München

1906 Fortsetzung des Studiums an der TH Berlin

1906–1908 Fortsetzung des Studiums an der TH Stuttgart

1908 Mai 13 1. Staatsprüfung im Hochbau-fach¹

1908–1911 Architekt in Breslau, Berlin und Hamburg

1911–1914 städt. Hochbauamt Breslau

1914 März 12 Promotion zum Dr.-Ing., TH Stuttgart

1914–1918 Militärdienst

1916 Konversion zum evangelischen Glauben

1918–1933

selbst. Architekt in Berlin und Halle/Saale

1933

Emigration nach Spanien

1936 Emigration nach Kolumbien

1939 Ausbürgerung aus Deutschland

1940–1953 Architekt in Buenos Aires

1941 Jan. 29 Aberkennung des Doktorgrades durch die TH Stuttgart²

1954–1960 selbstständiger Architekt in Berlin

1960 Wohnsitz in Barcelona

1966 Wohnsitz in Wiesbaden

1971 Wohnsitz in London

1972 Mai 7 gest. in London

Der Architekt Alfred Gellhorn war im Jahr 1914 mit einer Dissertation zum Thema „Die Friedhofsanlagen Schlesiens unter besonderer Berücksichtigung ihrer Situierung und Gestaltung“³ zum Doktor-Ingenieur (Dr.-Ing.) promoviert worden. Doktorvater war der Architekturhistoriker Ernst Fiechter.¹ Gellhorn, der im NS-Staat als Jude galt, wurde aufgrund seiner Emigration im Sommer 1939 ausgebürgert,⁴ was nach der damaligen Gesetzeslage die Aberkennung des Doktorgrades nach sich zog. Allerdings wurden diese durch die Hochschulen selbst vollzogen, hier offenbar als Verwaltungsakt durch den Rektor bzw. Prorektor der Technischen Hochschule Stuttgart. Prorektor Heinrich Hess ließ die Depromotion Alfred Gellhorns wie vorgeschrieben im Deutschen Reichsanzeiger und preußischen Staatsanzeiger publizieren (vgl. Kap. 3.6 mit Abb. 9). Die Beteiligung der Technischen Hochschule Stuttgart an diesem Vorgang wird auch durch ihr Rundschreiben an die anderen deutschen Hochschulen deutlich. Hierin heißt es:

Der am 26. Mai 1885 in Ohlau/Schlesien geborene Alfred Gellhorn ist auf Grund des §2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933 der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt worden. Dem Genannten ist daher der ihm am 12. März 1914 von der Technischen Hochschule Stuttgart verliehene akademische Grad eines Doktor-Ingenieurs entzogen worden.

i.V. [Unterschrift:] Hess⁵

Zu einem unbekanntem Zeitpunkt in der Nachkriegszeit (um 1947?) wurde Alfred Gellhorn von der Technischen Hochschule Stuttgart „auf Anordnung der Militärregierung rehabilitiert“.¹

Quellen: Alle Daten zum Lebenslauf sind entnommen aus: Schätzke, Andreas: Transatlantische Moderne. Deutsche Architekten im lateinamerikanischen Exil. Münster 2015, S.136f. (Lebenslauf mit Werkverzeichnis), 169–172 (Bibliographie); Bußmann, Annette: Zu Adaption und Demontage von Architekturgeschichte im „Neuen Bauen“ der Weimarer Republik: Alfred Gellhorn (1885–1972). Bauten, Projekte, Schriften 1920 bis 1933. Diss. Marburg 2003 (<http://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2006/079720151030>), S.371f. (Lebenslauf), S.375–397 (Werkverzeichnis), S.398–403 (Schriftenverzeichnis).

1 UAST 10/103 Nr. 112 (Promotionsverzeichnis)

2 Deutschen Reichsanzeiger und preußischen Staatsanzeiger Nr. 24. v. 29.01.1941, S. 3

3 Erschienen in Straßburg 1918 (Studien zur deutschen Kunstgeschichte, 208)

4 Liste 119 – Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 138 vom 19. 6. 1939, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter. 05.10.2015. <http://db.saur.de.dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=ADS-0127>

5 Exemplar des Rundschreibens v. 24. 01. 1941 der Universität Freiburg: UA Freiburg B1/3737

NB

GERTRUD GOLDSCHMIDT

jüdische Architekturstudentin

1912 Aug. 1 Gertrud Louise Goldschmidt geb. in Hamburg; israelitisch

1932 Abitur

WS 1932/33–1938 Architekturstudium an der TH Stuttgart

1937 Febr. 15 Vordiplom, TH Stuttgart, Note: „bestanden“¹

1938 Juli 25 Bescheinigung über die bestandene Diplomprüfung²

1938 Nov. 24 Datum des Diplomzeugnisses, Note: „gut bestanden“^{2,3}

1939 Emigration über England nach Venezuela

1940 Okt. Heirat mit Ernst Gunz

1942 Geburt des Sohnes Tomás

1944 Geburt der Tochter Barbara

1952 Annahme der Staatsbürgerschaft von Venezuela

1954 erste Ausstellung von Werken Gertrud Goldschmidts in Venezuela

1955 erste Ausstellung von Werken im Ausland: Galerie Wolfgang Gurlitt, München

1957 erste dreidimensionale Kunstwerke

1958 erste Einzelausstellung (Caracas)

1960 Assistentin an der Facultad de Arquitectura y Urbanismo, Universidad Central de Venezuela

1962 Professorin für Gestaltung an der Facultad de Arquitectura y Urbanismo, Universidad Central de Venezuela

zahlreiche Ausstellungen in Lateinamerika, in den USA und in Europa

1994 Sept. 17 gest. in Caracas (Venezuela)



Gertrud Goldschmidt
im Jahr 1937

Gertrud Goldschmidt stammte aus einer alteingesessenen jüdischen Bankiersfamilie in Hamburg. In den eigenen Lebenserinnerungen hält sie im Rückblick fest:

Ich bin als 6. von 7 Geschwistern völlig unbeschwert aufgewachsen. Jüdische Herkunft war als Tatsache bekannt, aber wir gehörten damit völlig und ganz in die Gemeinschaft Deutschlands: in die Tradition Deutscher + Hamburgischer Kultur. Ich bin nie in einer Synagoge oder Tempel der jüdischen Gemeinde gewesen + hab vom Antisemitismus erst sehr spät erfahren.

Mit einigem Humor erzählt sie weiter, wie sie das erste Mal – sie hatte viel Privatunterricht erhalten – durch die externe Abiturprüfung fiel, bevor sie diese im Sommer 1932 bestand.

Sie entwickelte schon früh ein Interesse für Kunst und wandte sich später der Architektur zu, wobei ein Blick für die sozialen Aspekte des Bauens eine wichtige Rolle spielte. Auf Anregung von befreundeten Architekturstudenten wählte sie für ihr Architekturstudium die Technische Hochschule Stuttgart.

Gertrud Goldschmidt berichtete, dass sie an der Architekturabteilung der TH Stuttgart als jüdische Studierende von den Professoren gerecht und anständig behandelt wurde. „Ich hab während der Studienzeit nicht ein einziges Mal einen Affront von seiten der Kollegen oder Professoren erlebt“, schreibt sie im Rückblick. Und 1946 resümiert sie: „Immer erscheint es den ‚demokratischen‘ Menschen ‚wunderbar‘ dass ich im Jahr 38 noch diplomiert habe und dass ich ein Diplom habe, das nach den Schreckenstagen im November ausgefertigt ist. Das war eben nur unter den nicht Nazigesinnten Stuttgarter Architekten möglich ...“⁴ Tatsächlich gehörte Gertrud Goldschmidt zu den letzten jüdischen Diplom-Absolventen der TH Stuttgart, die noch im Sommer vor den Novemberpogromen 1938 ihr Studium abschließen konnten. Dem Architekturstudenten ↗ Gustav Jacobsthal, der gleichzeitig mit Gertrud Goldschmidt diplomierte und als sogenannter „Mischling ersten Grades“ galt, wurde allerdings – wohl vom Prüfungssekretär – die Herausgabe des Diplomzeugnisses verweigert. Hierdurch hatte er dann im Exilland Guatemala große Schwierigkeiten, als Architekt beruflich Fuß zu fassen.

Andererseits sind Goldschmidts Aussagen Zeugnisse für die prekäre Situation der jüdischen Studierenden, wenn sie schreibt, dass es wohl nicht „im Sinne der jungen Absolventen“ gewesen wäre, wenn sie zu deren Zusammenkunft erschienen wäre, oder wenn sie überhaupt zurückgezogen lebte und arbeitete: „... bin allerdings selber allen ausserakademischen Aktivitäten aus dem Weg gegangen. [...] Im übrigen arbeitete ich in meiner Wohnung.“ Es dürfte kein Zufall sein, dass Gertrud Goldschmidt in dieser Isolation wohl öfter bei der Familie des Stuttgarter Professors ↗ Erich Regener zu Gast war – die Tochter ↗ Erika Rathgeber hatte sie durch das gemeinsame Studium bei ↗ Paul Bonatz kennengelernt.⁴ Weil die Mutter Victoria Regener als Jüdin, die Kinder Erika Rathgeber und ↗ Victor Regener mithin als sogenannte „Mischlinge“ galten, war diese Familie in der gleichen Verfolgungssituation wie Goldschmidt.

Ohne berufliche Zukunft in Deutschland gelang es Gertrud Goldschmidt 1939, über England nach Venezuela zu emigrieren. Dort arbeitet sie zunächst als Architektin und entwarf Möbel für die gemeinsam mit ihrem Ehemann betriebene Möbeltischlerei. In

den folgenden Jahren wurde „Gego“, wie nun Gertrud Goldschmidts Künstlernamen lautet, zu einer der bedeutendsten Künstlerinnen Lateinamerikas. Auf zahlreichen Reisen in die USA und nach Europa hatte sie Gelegenheit sich fortzubilden. Ab 1960 lehrte Gertrud Goldschmidt auch an der Fakultät für Architektur und Stadtplanung der Universidad Central de Venezuela. Zahlreiche Preise, Ausstellungen und Einzelausstellungen in Lateinamerika, in den USA und in Europa zeugen von der Bedeutung ihrer Arbeiten. Zuletzt zeigten die Hamburger Kunsthalle, das Kunstmuseum Stuttgart und das Henry Moore Institute in Leeds eine Auswahl ihrer Arbeiten.

Große Skulpturen aus Draht, Seilen oder Stangen sind die auffälligsten ihrer Werke. Sie finden sich nicht selten in Beziehung zu Gebäuden oder in Innenräumen: Ausbildung und Arbeit als Architektin haben die Künstlerin geprägt, und die Formung des Raums blieb ein zentraler Punkt ihrer Werke. Die Fähigkeit, die Dreidimensionalität in verschiedenen zeichnerischen Techniken darzustellen und zu vermitteln sowie den Raum als Gegenstand des künstlerischen Werks zu beherrschen, verdankte sie ihrem Stuttgarter Architekturstudium.⁵

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen zum Lebenslauf aus: Radtke, Merle u. Thies, Franziska: Biographie, in: Gego. Line as Object [Katalog zur Ausstellung Gego. Line as Object, Hamburger Kunsthalle, Kunstmuseum Stuttgart, Henry Moore Institute, Leeds]. [2013], S. 158–169. Die Zitate und weitere einzelne Informationen sind den Lebenserinnerungen entnommen: Gertrud Goldschmidt: Gedanken über Herkunft + Begegnungen als Entwicklung meines Lebenswegs [entstanden ab 1987/1988], in: Sabiduras and other texts by Gego. Hrsg. v. María Elena Huizi. [Houston] 2005 (Documents of 20th-century Latin America and Latino art series), S. 241–245.

1 UAST 10/55 (Karteikarte Goldschmidt, Gertrud)

2 Archiv Fundación Gego, Museo de Bellas Artes, Caracas

3 UAST 120/7335 (Prüfungsakte)

4 Brief Gertrud Goldschmidts an Erika Rathgeber, geborene Regener v. 16. 06. 1946 (UAST SN 16/108)

5 Frotzheim, Eva-Marina: Gego. Architektin des fließenden Raums, in: Gego. Line as Object. Ostfildern [2013], S. 72–86, hier S. 76

Literatur (Auswahl)

Peruga, Iris: Gego. Obra completa 1955–1990. Caracas, 2003; Sabiduras and other texts by Gego. Hrsg. v. María Elena Huizi. [Houston] 2005 (Documents of 20th-century Latin America and Latino art series); Gego 1957–1988. Thinking the line. Ostfildern 2006; Gego. Between transparency and the invisible. Buenos Aires 2006; Untangling the Web. Gego's Reticulárea. An Anthology of critical Response. New Haven, London 2013; Gego. Line as Object. Ostfildern [2013] (Mit Bibliographie und Werkverzeichnis); Schätzke, Andreas: Transatlantische Moderne. Deutsche Architekten im lateinamerikanischen Exil. Münster 2015, S. 7, 46f., 137f., 172

Links

<http://www.fundaciongego.com/index02.html> (Fundación Gego, Caracas)

http://www.uni-stuttgart.de/archiv/alumni/goldschmidt_gertrud.html (Universitätsarchiv Stuttgart)

<https://en.wikipedia.org/wiki/Gego> (Biographie in Wikipedia – engl.)

<https://es.wikipedia.org/wiki/Gego> (Biographie in Wikipedia – span.)

[http://on1.zkm.de/zkm/stories/storyReader\\$3738](http://on1.zkm.de/zkm/stories/storyReader$3738) (Biographie ZKM)

<http://www.universes-in-universe.de/car/venezia/bien50/survival/d-gego.htm> (Biennale Venedig 2003)

[http://on1.zkm.de/zkm/stories/storyReader\\$3737](http://on1.zkm.de/zkm/stories/storyReader$3737) (Marta Trabe zu Gegos Werk)

NB

BERNHARD GROSS

wiss. Mitarbeiter/
Verdrängung aus rassistischen Gründen

1905 Nov. 22 geb. in Stuttgart
1915–1923 Eberhard-Ludwigs-Gymnasium, Stuttgart
1923 Abitur
1923–1924 Praktikant bei Daimler-Benz
1925–1929 Studium der Physik an der TH Stuttgart
1929–1930 Fortsetzung des Studiums an der Universität Berlin
1931–1932 Fortsetzung des Studiums an der TH Stuttgart
1931 Dez. 12 Diplomvorprüfung („sehr gut“)
1932–1933 wiss. Mitarbeiter am Physikalischen Institut, TH Stuttgart ohne Bezüge¹
1932 Dez. 16 Diplomhauptprüfung („sehr gut“)
1933 Juni Auswanderung nach Brasilien, Rio de Janeiro
ab 1934 Jan. Technischer Assistent am Instituto Nacional de Tecnologia
1935 Mitglied der American Physical Society und korrespondierendes Mitglied der Brasilianischen Akademie der Wissenschaften
1935 brasilianische Staatsbürgerschaft²
1935–1937 Prof. für Physik an der Universidade do Distrito Federal, Rio de Janeiro
1937 Titular-Mitglied der Brasilianischen Akademie der Wissenschaften
1939–1941 ebd. Leiter der Abt. für Maß und Gewicht am Instituto Nacional de Tecnologia
1939–1941 und ab 1951 Mitglied der Maß-

und Gewichtskommission des brasilianischen Arbeitsministeriums
ab 1946 Leiter der Abt. für Elektrizität und elektrische Messung am Instituto Nacional de Tecnologia
1949 ebd. Prof. für Elektromaschinen
1949–1950 Forschungsstipendium des British Council in London
1951–1954 Leiter der Abt. Physik am Nationalen Forschungsrat Brasiliens
ab 1953 Prof. für Elektrische Messungen, Kath. Universität Rio de Janeiro
1954 Promotion, TH Stuttgart
1954 Mitglied der Deutschen Physikalischen Gesellschaft
1954–1955 Forschungsstipendium der Yale University
1961–1967 Direktor an der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien³
1967–1969 Direktor Comissão Nacional de Energia Nuclear – CNEN³
1971–1981 Gastprofessor Universität São Paulo (Campus São Carlos)⁴
1975 Ehrendoktor der Universität São Paulo³
1985 Ehrendoktor der Universität Darmstadt⁵
2002 gest. in São Paulo⁴



Der Physiker Bernhard Gross verließ 1933 das Physikalische Institut, weil er erkannte, dass er als sogenannter „Nichtarier“ in Deutschland keine Möglichkeit mehr hatte, Hochschullehrer zu werden.⁶ Er emigrierte nach Brasilien – ein Land, das er als Kind schon kennengelernt hatte, und wohin er über eine Tante, die die brasilianische Staatsbürgerschaft besaß, schon Kontakte auch in wissenschaftliche Kreise hatte. Seine Mut-

ter konnte ihm 1934 in die Emigration nach Brasilien folgen, sein Vater war schon 1927 verstorben.

Gross konnte in Brasilien sehr schnell an seine wissenschaftliche Laufbahn anknüpfen. Die Professur an der gerade gegründeten Universidade do Distrito Federal von Rio de Janeiro⁷ gab er 1937 zugunsten der Anstellung am Instituto Nacional de Tecnologia auf, weil es nicht mehr gestattet war, gleichzeitig an zwei staatlichen Stellen zu arbeiten. Im Jahr 1954 – Gross war zu diesem Zeitpunkt schon ein angesehenes Mitglied verschiedener wissenschaftlicher Gesellschaften, selbst schon Professor und hatte bereits an die 60 wissenschaftliche Publikationen vorgelegt – holte er seine Promotion an der TH Stuttgart nach.

Dem Arbeitsgebiet seiner Stuttgarter Diplomarbeit – der Erforschung der kosmischen Strahlung – blieb Gross auch in Brasilien treu. Es kamen weitere Themen hinzu wie die elektrische Leitung in Gasen und Festkörpern, Theorie und Praxis der Dielektrika, Viskoelastizität, Rheologie, lineare Systemtheorie, Radioaktivität, die Theorie elektrischer Schaltungen sowie Arbeitsgebiete in der angewandten Mathematik. Durch zahlreiche Forschungsaufenthalte in den USA und Europa knüpfte er internationale Kontakte zu ausländischen Forschergruppen. In Brasilien gehörte Gross zu den Mitbegründern der nationalen Nuklearkommission und wirkte in zentralen staatlichen Kommissionen als Wissenschaftsorganisator für sein Land. Von 1961 bis 1967 war er Direktor für technische und wissenschaftliche Information an der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien, blieb aber trotz aller amtlicher Aufgaben als forschender Wissenschaftler aktiv. Bernhard Gross starb mit zahlreichen wissenschaftlichen Auszeichnungen hoch geehrt im Jahr 2002 in São Paulo.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Daten aus der Prüfungs- und Promotionsakte (UASt 120/7667), aus dem eigenen Lebenslauf in der Dissertation (Bernhard Gross: Theorie linearer Systeme. Diss. Stuttgart 1955, S. 116–118) sowie insbesondere für die Zeit nach 1955 aus der Biographie von Guilherme Fontes Leal Ferreira, in: Arquivo Bernhard Gross. Inventário Sumário. Arquivo de História da Ciências Afins. Rio de Janeiro 2001, S. 7–17; UA Darmstadt 108 Nr. 29, Bl. 41–45 („Darstellung und Bewertung des wissenschaftlichen Werks von ... Bernhard Gross“ anl. der Verleihung der Ehrendoktorwürde der TH/TU Darmstadt).

1 Die genaue Dienststellung Gross' am Physikalischen Institut konnte nach 1945 wegen der Aktenverluste der TH nicht mehr ermittelt werden. Vgl. UASt 57/885 (Personalakte Gross, Bernhard) und StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 14196 (Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Stuttgart), Bl. 35 f.

2 Leal Ferreira (wie unter Quellen) S. 10

3 IBDE II (1983)

4 http://www.mast.br/apresentacao_bernhard_gross.html (30.11.2015)

5 http://www.tu-darmstadt.de/universitaet/selbstverstaendnis/profil_geschichte/ehrendoktoren_und_senatoren/index.de.jsp (30.11.2015)

6 UASt 57/885 (Personalakte); StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 14196 (Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Stuttgart)

7 Zur Aufnahme von Gross und anderen deutsch-jüdischen Wissenschaftlern an der Universidade do Distrito Federal von Rio de Janeiro und anderen brasilianischen Hochschulen s. Moreira, Pedro: Juden aus dem deutschsprachigen Kulturraum in Brasilien. Ein Überblick, in: Kotowski, Elke-Vera (Hrsg.): Das Kulturerbe deutschsprachiger Juden. Eine Spurensuche in den Ursprungs-, Transit- und Emigrationsländern. Berlin u. a. 2015, S. 410–435, hier S. 427

Literatur

Mascranhas, Sergio: Bernhard Gross and his Contribution to Physics in Brazil, in: Brazilian Journal of Physics 29, Nr. 2 (Juni 1999): http://www.scielo.br/scielo.php?pid=S0103-97331999000200002&script=sci_arttext (30.11.2015)

NB

HEINZ GRÜNWARD

Ehrensensator/Aberkennung der Ehrensensatorwürde

1870 Dez. 12. geb. in Heilbronn¹, israelitisch

1945 Wohnort in Nizza²

1923/1924 Ernennung zum Ehrensensator der
TH Stuttgart

1945 März 19 gest. in Moirans, Frankreich²

Heinz (Heinrich) Grünward wurde im Studienjahr 1923/1924 zum Ehrensensator der Technischen Hochschule Stuttgart ernannt, wie wir nur noch aus dem Rechenschaftsbericht des damaligen Rektors wissen.³ Nach der Familientradition war diese Ehrung als Anerkennung seines Engagements für die Kunstwissenschaft und für Künstler erfolgt. Heinz Grünward schätzte sie offenbar sehr, denn er ließ den Titel „Sensator“ fortan im Adressbuch seines Wohnorts Baden-Baden aufnehmen.⁴ Weil er Jude war, wurde ihm wahrscheinlich in der zweiten Jahreshälfte 1934 zusammen mit den anderen jüdischen und politisch missliebigen Geehrten der Hochschule dieser Titel aberkannt (s. o. Kap. 3.7). Eine Rolle könnte auch gespielt haben, dass er sich in seiner Heimatstadt Heilbronn im „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ betätigt hatte, der den antisemitischen Kampagnen insbesondere der NSDAP entgegengetreten war.

Heinz Grünward entstammte einer wohlhabenden, bildungsbürgerlichen Kaufmannsfamilie. Seine Weltläufigkeit und sein großes Interesse für die Künste – er selbst spielte Cello und Klavier und besaß eine große Bibliothek – waren gute Voraussetzungen für seinen Beruf: Er gründete in Baden-Baden eine Kunstgalerie mit einer Filiale in Berlin und spezialisierte sich auf Werke des 14. bis 18. Jahrhunderts, war selbst aber auch ein Anhänger der modernen Kunst. Grünward verband auch eine Freundschaft mit dem Stuttgarter Professor für Kunstgeschichte ↗ Hans Hildebrandt.

Zu einem unbekanntem Zeitpunkt floh Heinz Grünward vor den Nationalsozialisten zunächst nach Karlsbad im heutigen Tschechien, danach nach Südfrankreich, wo er verarmt am Ende des Zweiten Weltkriegs verstarb.⁵

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Daten aus den Erinnerungen des Neffen Siegfried Aram von 1962 (StadtA Heilbronn D009-14), die in umgeschriebener Form ediert sind von Franke, Hans: Geschichte und Schicksal der Juden in Heilbronn. Heilbronn 1963, S. 239–242 (<https://stadtarchiv.heilbronn.de/fileadmin/daten/stadtarchiv/online-publikationen/03-vr-11-franke-juden-in-heilbronn.pdf>).

- 1 BA Berlin, Residentenliste 7. Aufl. unter Grünwald, Heinz
 2 Freundl. Auskunft v. A. Enderlein, Genealogical Research, v. 03.01.2017 aufgr. Landesarchiv Berlin B Rep. 025–02 Nr. 3928/50
 3 Bericht des abtretenden Rektors Prof. Dr. phil. Heinrich Weizsäcker über das Studienjahr 1923/24, in: Reden und Aufsätze, 1 (Stuttgart 1924), S. 8
 4 Freundl. Mitteilung von Frau Dagmar Kicherer, StadtA Baden-Baden, an den Verf. v. 22.11.2000
 5 Es ist unklar, ob Grünwald mit einer gleichnamigen Person identisch ist, die während der Novemberpogrome 1938 in das KZ Dachau verschleppt wurde (so jedenfalls nach einer Notiz des Stadtarchivs Baden-Baden nach freundl. Mitteilung von Frau Dagmar Kicherer an den Verf. v. 22.11.2000).

NB

MAX GUTHER

Architekturstudent/
 Vertreibung aus politischen Gründen

1909 Febr. 12 geb. in Neu-Ulm
1928 März 6 Reifeprüfung Realgymnasium Ulm
WiSe 1928/29 Studienbeginn, TH Stuttgart¹, Guther unterbricht sein Studium öfter zur Ableistung von Büropraktika und (seit 1. Nov. 1934) für eine selbstständige Tätigkeit als Architekt u. a.
1933 März 1–Okt. 31 Tätigkeit in Architekturbüros in Turckheim (Elsass) und Stuttgart
1936 Febr. 15 Vordiplomprüfung, TH Stuttgart¹
1936 Okt. 20 Hauptdiplomprüfung, TH Stuttgart¹
1937 April 1–1938 März 31 Mitarbeiter im Büro von Konstanty Gutschow, Hamburg
1938 April 1–1945 Sept. 30 selbst. Architekt in Schwerin/Mecklenburg
1940 Juni 1–1945 Juli 17 Soldat im Zweiten

Weltkrieg, Marineartillerie
1945–1947 Stadtbaurat in Wismar und Dozent an der Bauabteilung der Ingenieurakademie in Wismar
1947–1954 Leiter der Stadtbauverwaltung in Ulm
1954–1974 Prof. für Städtebau und Siedlungswesen, TH Darmstadt
1969–1970 Rektor der TH Darmstadt
ab 1955 neben seiner Tätigkeit als Professor freier Architekt und Städtebauer in verschiedenen Bürogemeinschaften, dabei Planung der Stadt Bahir Dar in Äthiopien
1991 Juni 19 gest. in Darmstadt



Max Guther im Alter von 50 Jahren

Der Architekturstudent Max Guther berichtete im Jahr 1947, dass er an der TH Stuttgart dem Roten Studentenbund angehört habe und schrieb ferner:

Nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus 1933 wurde ich von dem damaligen Rektor, Herrn Prof. Wetzel darauf aufmerksam gemacht, dass ich Stuttgart verlassen müsse, wenn ich mich nicht Schwierigkeiten aussetzen wolle. Ich ging damals ins Elsass, kam jedoch schon im Herbst 1933 zurück.²

Teil II Biographien der Verfolgten

Offenbar konnte er danach auch eine Stelle als (Hilfs-)Assistent bei Prof. Wilhelm Tiedje annehmen.³ Sein politisches Engagement blieb in der Folgezeit für seinen weiteren beruflichen Weg offenbar ohne Folgen.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen zum Lebenslauf entnommen aus: Gräfe, Kristina: Guthier, Max, in: Allgemeines Künstlerlexikon. Berlin, Boston: K. G. Saur. http://www.degruyter.com.dbis4999.han.wlb-stuttgart.de/view/AKL/_42195672 (01.12.2015); eigener Lebenslauf in: UA Darmstadt TH 25/01 Nr. 235/7.

1 UASt 120/7963 (Prüfungsakte)

2 StA Ludwigsburg EL 902/21 Bü 4298 Bl. 27

3 StA Ludwigsburg EL 902/21 Bü 337 Bl. 34R

Literatur (Auswahl)

Seggern, Hille von: Über Max Guthier 1909–1991, in: Planerin 1991, Heft 2 (Juni 1991), S. 1; Artikel Guthier, Max Rudolf, in: Frank Raberg: Biografisches Lexikon für Ulm und Neu-Ulm. Ulm u. Neu-Ulm 2010, S. 136

NB

C. H.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1922 Juni 28 geb. in „D. Popow – Leschatschi“/
Kursk, „Ostarbeiter“

1942 Juli 13–1945 Zwangsarbeiter am For-

schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

Quellen: UASt 131/3 Nrn. 78, 83, 90; UASt 202/1 S. 135

NB

K. H.

Chemiestudent/Relegation aus rassistischen Gründen

1921 geb. in Ludwigsburg	Firmen Gutbrod in Plochingen und G. W. Barth in Ludwigsburg
1939 März 7 Reifezeugnis, Friedrich-Schiller-Oberschule Ludwigsburg	
1940 Jan. 9 Immatrikulation an der TH Stuttgart für das Fach Chemie	1944 Nov. 11-1945 April 20 Inhaftierung im Gestapo-Zwangsarbeitslager Billroda
1940 Relegation	1947 Jan. 24 Übersiedlung in die USA
1940 Soldat bei der Wehrmacht	1954 Sept. 12 Chemiestudium an der Brown University in Providence, Rhode Island
1940 Okt. Entlassung aus der Wehrmacht, weil „Mischling ersten Grades“	1957 Juni Bachelor-Abschluss
Arbeit als ungelernter Mechaniker bei den	später Promotion und Professur in den USA

K.H., der im NS-Staat als sogenannter „Mischling ersten Grades“ galt, konnte sich noch Anfang 1940 für das Chemiestudium immatrikulieren, wurde aber dann schon zu seinem zweiten Semester nicht mehr zugelassen. Er berichtet hierüber: „Meine Einschreibung zum 2. Trimester wurde infolge eines Erlasses des damaligen Reichsministers Rust aufgrund meiner nichtarischen Abstammung verweigert ... Das 1. Trimester wurde dazuhin als ungültig erklärt.“¹ Man erklärte ihm, dass eine Wiedereinschreibung erst nach einer „Frontbewährung“ als Wehrmachtssoldat möglich wäre, woraufhin er sich zum Militär meldete. Doch auch die Wehrmacht entließ ihn wieder, weil er den Status des „Mischlings ersten Grades“ hatte. Wie die meisten Leidensgenossen wurde auch K.H. am Ende des Zweiten Weltkrieges in einem Zwangsarbeitslager inhaftiert, wo er im Bergwerk in Billroda harte körperliche Arbeit leisten musste.

Nach Ende der NS-Herrschaft zog er in die USA, wo er das in Deutschland verwehrte Studium nun aufnehmen konnte. Er schreibt hierzu: „Da ein berufliches Fortkommen ohne Studium sich als unmöglich erwies, besuche ich seit dem 12. September 1954 die Brown University, Providence, Rhode Island als ordentlicher Studierender der Chemie im 1. Semester. Ich bin heute 33 Jahre alt, und fange genau wieder von vorn an.“² Es gelang ihm jedoch, sein Studium erfolgreich abzuschließen. Die Korrespondenz mit dem Landesamt für Wiedergutmachung führte er später mit den Titeln „Doktor“ und „Professor“.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: StA Ludwigsburg EL350I Bü26403 (Wiedergutmachungsakte) sowie aus den Karteikarten und den Dokumenten 0.1/41890047–41890052 und 1.1.47.1/5173419 u. 5173450, ITS Digital Archive, Bad Arolsen.

¹ StA Ludwigsburg EL350I Bü26403 Bl.19 (Schreiben des K.H. v. 26.09.1954 an das Landesamt für Wiedergutmachung Stuttgart)

² Ebd.

NB

R. H.

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1925 März 25 geb. in Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine)

1944 Febr. 26–1944 Dez. 31 Zwangsarbeiter beim Bezirksbauamt Stuttgart

1945 Jan. 1/16/23–1945 April 21 Zwangs-

arbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

1945–1950 5 Jahre Soldat in der Roten Armee, stationiert in Leipzig, Cottbus, Peitz und Großenhain

R.H. meldete sich im Jahr 2000 anlässlich des Entschädigungsverfahrens für ehemalige Zwangsarbeiter bei der Stadt Stuttgart. Anhand des Fragebogens, den das Stadtarchiv Stuttgart ihm dann zugesandt hat, berichtete er über die Lebens- und Arbeitssituation in Deutschland und an der Materialprüfungsanstalt der TH Stuttgart (siehe hierzu Kap. 3.8.1).

R.H. stammte aus der Ukraine. Er war am Sonntag, den 23. Januar 1944, im Alter von gerade einmal 18 Jahren zusammen mit weiteren 28 Bewohnern seines Dorfs Saporoschkoje (bei Dnjpropetrowsk) verschleppt worden. Zunächst musste er die Strecke von 300 Kilometern nach Odessa zu Fuß zurücklegen. Von dort wurde die ganze Gruppe in Güterwagen nach Bietigheim gebracht. Er gibt für seine Zeit an der MPA – vom Januar 1945 bis zur Befreiung durch die amerikanischen Truppen am 21. April 1945 – im Rückblick an, dass die Behandlung in der MPA gut war, Beleidigungen habe es selten gegeben. Die Zwangsarbeiter der MPA hatten im Krankheitsfall Zugang zu ärztlicher Behandlung.

Nach Ende des Krieges bis zu Stalins Tod wurde R.H., wie er berichtet, als Verräter behandelt und musste fünf Jahre in der Roten Armee dienen. In dieser Zeit war er in Ostdeutschland stationiert.

Quellen: StadtA Stuttgart 1/140; UASt 202/1 S. 219f.; UASt 33/1/65 und 33/1/76

NB

T. H.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1920 Mai 22 geb. in Den Haag, niederländischer Staatsbürger, evangelisch

1943 April 3–1943 Sept. 3 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Schlosser

1943 nach Stuttgart-Feuerbach verzogen

Quellen: UASt 131/3 Nrn. 80, 92; UASt 202/1 S. 81

NB

WILHELM HÄBICH

ord. Prof. für Anlage und Organisation von Fabriken und Betriebslehre/Verdrängung



Wilhelm Häbich 1929

1870 Mai 30 geb. in Augsburg, evangelisch
1876-1888 Elementarschule und Realgymnasium in Ulm, Abitur
1888-1889 Offiziersaspirant im Infanterieregiment 124 in Ulm
1889-1894 Studium des Maschinenbaus, TH Stuttgart, Staatsexamen
1894-1896 Ingenieur im Württembergischen Dampfkessel-Revisionsverein
1896-1904 Ingenieur, Betriebsleiter und schließlich Direktor der Maschinenfabrik G. Kuhn, Stuttgart
1904-1909 Generaldirektor der Görlitzer Maschinenbauanstalt in Görlitz/Schlesien
1909 April 1-1912 Jan. 31 ordentliches Mitglied des Vorstands der Gutehoffnungshütte Actienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb in Oberhausen/Rheinland, Leitung des Werkes Sterkrade
1912-1913 Industrierberater
1913 Okt. 1 ord. Prof. für Fabrikorganisation, TH Danzig

1914 ord. Prof. für Maschinenzeichnen sowie für Anlage und Organisation von Fabriken und für Betriebslehre, TH Stuttgart
1914 Hauptmann der Landwehr im Ersten Weltkrieg
1915 Kompanieführer bei Ypern
1916 Frühjahr kommandiert zum preussischen Kriegsministerium als Chef des Personals der deutschen Eisen-, Stahl-, Metall-, Maschinenindustrie
1918 Herbst Dienstantritt an der TH Stuttgart
1925 viermonatige Studienreise in die USA
 Aufbau des betriebstechnischen Laboratoriums, Veröffentlichungen zu Arbeitszeit und Arbeitsprozessen
1935 Juni 30 Emeritierung¹
1957 Juli 7 gest. in Stuttgart

Es ist nicht sicher, ob man Wilhelm Häbich, ord. Professor für Anlage und Organisation von Fabriken und für Betriebslehre, zu den in der NS-Zeit verfolgten Mitgliedern der Technischen Hochschule Stuttgart zählen kann. Er schied mit 65 Jahren nach dem gerade erlassenen „Gesetz über die Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern aus Anlass des Neuaufbaus des Hochschulwesens vom 21. Januar 1935“ (GEVH) durchaus gesetzeskonform aus dem Dienst. Doch lassen einige Indizien sowie eine Bemerkung des Nachkriegsrektors Richard Grammel darauf schließen, dass dies im Dissens mit der Hochschulleitung und den NS-Machthabern geschah. Grammel gab im Spruchkammerverfahren gegen Georg Meyer, den Nachfolger der beiden Professoren Wilhelm Häbich und Alfred Widmaier, zu deren Emeritierung zu Protokoll: „... sie hatten die Altersgrenze erreicht. Ich weiss nicht, ob vielleicht politische Momente mit reingespielt haben, dass sie vielleicht aus diesem Grunde früher weggegangen sind.“² Häbich hätte noch bis zum 68. Geburtstag im Amt belassen werden können – was jedoch nicht geschah. Es ist also unklar, ob er sich freiwillig emeritieren ließ oder hierzu gezwungen war.

Dafür, dass die Hochschulleitung Wilhelm Häbich aus dem Amt gedrängt hat, sprechen einige Indizien: Wie seine beiden Kollegen ↗ Alfred Widmaier und ↗ Wilhelm Mayer war Häbich noch im Kaiserreich auf seine Professur berufen worden. Wie diese dürfte er dem nationalkonservativen Milieu verbunden gewesen und dem NS-Regime skeptisch oder ablehnend gegenübergestanden haben. Wilhelm Häbich war im Ersten Weltkrieg als Hauptmann der Landwehr u. a. in Ypern an der Front im Einsatz gewesen³ sowie seit 1904 Mitglied im Krieger- und Militärverein Stuttgart-Berg.⁴ Ein Zeitungsbeitrag im Nachlass mit dem Titel „Besinnung“ nimmt einige Motive nationalkonservativer Publikationen auf.⁵ Einen Brief an einen Doktoranden aus dem Jahr 1942 unterzeichnete er nicht – wie für diese Zeit nicht ungewöhnlich gewesen wäre – mit „Heil Hitler“, sondern mit „Ihr sehr ergebener“⁶.

Neben den weltanschaulichen Fragen dürfte auch auf fachlichem Gebiet eine Ablehnung nationalsozialistischer Positionen durch Häbich wahrscheinlich sein. In einem im Nachlass befindlichen Manuskript für einen Artikel in der Hochschulbeilage des „Schwäbischen Merkur“ wandte sich Häbich schon 1925 gegen die Technikfeindlichkeit und die mit ihr verbundene unreflektierte Glorifizierung des Landlebens. Gerade diese Technikfeindlichkeit fand aber noch bis 1933 starke Zustimmung bei zahlreichen Vertretern des NS-Regimes. An der Technischen Hochschule vertrat der aktive nationalsozialistische Hochschulkommissar und spätere Rektor Wilhelm Stortz 1933 in einer Rede einen dezidierten Technikskeptizismus als Grundlage nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik und forderte einen Primat der landwirtschaftlichen Produktion und ländlicher Lebensformen.⁷

Es ist zu vermuten, dass Häbich auch im Widerspruch stand zu einer Arbeitswissenschaft, die nun von einigen Kollegen für die NS-Ideologie vereinnahmt wurde und mit dem Ziel einer rassistisch definierten Volksgemeinschaft Wissenschaft betreiben wollten. Sein langjähriger Assistent seit 1923, Fritz Giese (geb. 21.05.1890 Berlin-Charlottenburg, gest. 13.07.1935 Berlin), inzwischen Privatdozent und a.o. Professor an der TH Stuttgart, gehörte zu den dezidierten Verfechtern einer nationalsozialistischen Arbeitswissenschaft.⁸

Ein letztes Indiz für die Verdrängung Wilhelm Häbichs von der Technischen Hochschule Stuttgart ist die Wahl seines Nachfolgers. Bei der Berufung Georg Meyers scheinen eher politische Motive als fachwissenschaftliche Qualifikationen eine Rolle gespielt zu haben. Meyer war zwar kein „Alter Kämpfer“ der NSDAP und erst nach dem 1. Mai 1933 Mitglied dieser Partei geworden, engagierte sich aber schnell bei den Deutschen Christen. Wenn mit seiner Berufung ideologische Erwartungen verknüpft gewesen waren, so erfüllte Meyer sie, indem er zum Beispiel 1938 das Amt eines Wehrwirtschaftsführers antrat, dessen Aufgabe es war, die Unternehmen in seinem Zuständigkeitsbereich in Hinblick auf Effizienz für die Rüstungsproduktion zu überwachen. Dabei griff Meyer mitunter erheblich in die Betriebsabläufe und Bereitstellung von Raum und Produktionsmitteln ein, Maßnahmen, die bis zur Stilllegung der Betriebe reichen konnten.⁹ Außer seiner Dissertation scheint Meyer keine weiteren Publikationen verfasst zu haben. Seine Tätigkeit hat er später selbst so beschrieben: „Ich bin an sich kein Wissenschaftler im Sinne eines Professors. Ich war 25 Jahre Betriebsführer, war ein Praktiker ... Ich habe eigentlich keinen wissenschaftlichen Lehrstuhl gehabt, sondern einen über Fabrikorganisation.“¹⁰

Wie Wilhelm Häbich die weitere Entwicklung seines Faches an der Technischen Hochschule Stuttgart beurteilte, wissen wir nicht. Im Jahr 1937 erschien in Stuttgart sein umfangreiches Werk „Organisationselemente einer Funktionstechnik“.¹¹ Wilhelm Häbich starb am 7. Juli 1957 in Stuttgart.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, sind alle Lebensdaten den Dokumenten im Nachlass Wilhelm Häbichs (UAST SN10) sowie dem selbst verfassten Lebenslauf in der Personalakte (UAST 57/59) entnommen. Siehe ferner: Senger, Ulrich: Wilhelm Häbich zum Gedenken, in: Reden und Aufsätze, 25 (Stuttgart 1958) S. 65–68 sowie die Presseauschnitte in der Dokumentation im Universitätsarchiv Stuttgart (UAST SA 2/171; SA 2/173; SA 2/478; AA 610; AA 637; AA 954; AA 955; AA 956).

1 Notiz über die Entpflichtung Wilhelm Häbichs in: BA Berlin R 4901/19003 (Personalakte des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung für Wilhelm Kutta)

2 StA Ludwigsburg EL 902/18 Bü 5296 Bl. 149

3 Lebenslauf in UAST 57/59 (Personalakte)

4 UAST SN 10/15

5 UAST SN 10/9

6 UAST Z 801 (Nachlass Oskar Bihlmaier)

7 Becker, Norbert: Artikel Stortz, Wilhelm, in: Württembergische Biographien 2, Stuttgart 2011, S. 283–285

8 Raehlmann, Irene: Arbeitswissenschaft im Nationalsozialismus. Eine wissenschaftssoziologische Analyse. Wiesbaden 2005, S. 30–34; dies.: Interdisziplinäre Arbeitswissenschaft in der Weimarer Republik. Eine wissenschaftssoziologische Analyse. Opladen 1988 (Studien zur Sozialwissenschaft, 71), S. 127–144; Hinrichs, Peter: Um die Seele des Arbeiters. Arbeitspsychologie, Industrie- und Betriebssoziologie in Deutschland 1871–1945. Köln 1981, S. 245–252; UAST 57/839 (Personalakte Giese, Fritz)

9 Zu Georg Meyer siehe: StA Ludwigsburg EL 902/18, Bü 5296 (Spruchkammerakte); Nachrufe in: Technische Hochschule Stuttgart. Reden und Aufsätze, 27 (Stuttgart 1961), S. 57–59; ebd. Bd. 28 [o.O. und o.J.], S. 21–24; [Jahresbericht der] Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule Stuttgart 1960/61. Stuttgart 1961, S. 5f.; Dolezalek, Institut S. 29–35, hier S. 35; Spur, Produktionstechnische Forschung, S. 55f.

10 StA Ludwigsburg EL 902/18 Bü 5296 (Spruchkammerakte Meyer, Georg) insbes. Bl. 28, 45, 143, 145

11 Eine zweite Ausgabe erschien 1938 in München.

NB

FEDOR HAIDUK

In den Quellen auch: Hajduk

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1912 Juli 5 geb. in „Marjeka“, Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine), „apostolisch“

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter

an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 207

NB

HENDRICUS JOHANNES HAYES

In den Quellen auch: Heyes

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1912 Feb. 12 geb. in Batavia (vermtl. Jakarta), niederländischer Staatsbürger

1943 März 26/30–1945 Juni 12 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen

und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Rüstungsarbeiter und technischer Zeichner

ab 1944 Juni 12 Einsatz bei Fa. Paul Kienzle, Stuttgart-Bad Cannstatt

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 45, 80, 85; UAST 202/1 S.73

NB

OSKAR HEILBRUNN

Architekturstudent/Vertreibung aus rassistischen Gründen

1912 Sept. 24 geb. in Kassel

1932 Abitur am Realgymnasium in Kassel

WS 1932/33–1933 Architekturstudium, TH Stuttgart

1933 Herbst Vertreibung von der TH Stuttgart

1938 Nov. 10 während der Novemberpogrome in Kassel festgenommen¹

1938 Nov. 11–Dez. 11 oder 12 Haft im Konzentrationslager Buchenwald²

1945 lebte in Großbritannien³

1950/1954 lebte in Canterbury (Australien)⁴

Der Architekturstudent Oskar Heilbrunn aus Kassel gehörte zu den jüdischen Studierenden, die gleich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 ohne formale Rechtsgrundlage von der Hochschule vertrieben wurden. Im Herbst 1933 musste Heilbrunn sein Studium aufgeben. Sein Anwalt schrieb 1954 an die Verwaltung der Technischen Hochschule Stuttgart: „Dann wurde ihm bedeutet, dass sein Studium zwecklos sei und dass er als Jude durchaus unerwünscht sei und er hat deshalb sein Studium aufgeben müssen.“⁵ Heilbrunn selbst schrieb hierzu: „Irgendwelche Unterlagen sind mir bei meiner zwangsweisen Entfernung von der Hochschule nicht ausgehändigt worden.“⁶ Erhalten hat sich noch seine Karteikarte aus dem Prüfungsamt, die belegt, dass Heilbrunn von den geplanten Teilprüfungen für das Vordiplom im Herbst 1933 zurücktreten musste. Nur ein Teil der vorab bezahlten Prüfungsgebühren wurden ihm damals von der TH Stuttgart erstattet.⁷

Über das weitere Schicksal Heilbrunns wissen wir nur wenig. Während der Novemberpogrome 1938 wurde er in seiner Heimatstadt Kassel verhaftet und für einen Monat

in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Ihm gelang danach die Flucht nach Großbritannien. Anfang der 1950er Jahre lebte er in Canterbury in Australien.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: UAST 17/724 Nr. 4–5; Namen und Schicksale der Juden Kassels 1933–1945. Ein Gedenkbuch. Bearbeitet von Beate Kleinert und Wolfgang Prinz. Kassel 1986, S. 69; BA Berlin, Residentenliste 7. Aufl.

- 1 0.1/24353875, ITS Digital Archive, Bad Arolsen
- 2 0.1/24353876 f. und 1.1.5.3/6076387f., ebd.
- 3 0.1/24353878, ebd.
- 4 0.1/24353882, ebd.; UAST 17/724 Nr. 5
- 5 UAST 17/724 Nr. 4 (Notare Erich Rocholl und Otto Reuter an TH Stuttgart v. 26. 01. 1954)
- 6 UAST 17/724 Nr. 5 (Schreiben Heilbrunn an die TH Stuttgart v. 09. 03. 1954)
- 7 UAST 120/8986 (Karteikarte des Prüfungsamts)

NB

RICHARD HEILNER

Ehrensator/Aberkennung der Ehrensatorwürde
aus rassistischen Gründen



1876 März 22 geb. in Stuttgart, israelitisch, ab 1913 evangelisch

Realgymnasium Stuttgart

1891 kaufmännische Lehre im Großhandelsgeschäft des Vaters, Gebr. Heilner in Stuttgart

1893 Web-, Spinn- und Wirkschule in Reutlingen

1894 kaufmännische Tätigkeit in Paris

1894–1895 Militärdienst

1895–1898 Verkaufsreisen für die Firma des Vaters nach Frankreich, Niederlande, Belgien, Italien, Schweiz und Skandinavien

1899 Mitbegründer und stellvertretender Direktor der Germania Linoleum-Werke AG, Bietigheim

1913 Ehe mit Elena Löbell, Konversion zur evangelischen Kirche¹

1915–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Offizier

1924 Mai 1 Dr. rer. pol. h.c. der Universität Tübingen²

1924 Ernennung zum Ehrensator der TH Stuttgart³

1926 Generaldirektor und Hauptaktionär der Deutschen Linoleum-Werke AG (DLW) in Bietigheim⁴

1928 Mitbegründer des Rotary-Club Stuttgart⁵

1931 Ausscheiden aus dem Vorstand der DLW⁴

1933/1934 Aberkennung der Ehrensatorwürde durch die TH Stuttgart

1933 Juli Austritt aus dem Rotary-Club Stuttgart⁵

1938 Nov. 12–Dez. 12 Verschleppung in das KZ Dachau⁶

1938 Dez. 6 Aberkennung der Ehrendoktorwürde der Universität Tübingen²

1940 Ausschluss aus der Deutschen Linoleum-Werke AG (DLW)

1944 Nov. 12⁷ Verschleppung in das Konzentrationslager Theresienstadt⁶

1945 Juni 23 Rückkehr von Theresienstadt nach Stuttgart⁸

1964 Febr. 13 gest. in Nizza⁴

Richard Heilner gehörte in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen zu den bedeutenden Industriellen Württembergs. Als Generaldirektor und Hauptaktionär der Deutschen Linoleum-Werke A. G. in Bietigheim (DLW) und als Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Verbandes Württembergischer Industrieller zählte er zu den einflussreichen und in der württembergischen Gesellschaft hoch angesehenen Persönlichkeiten. Er war auch politisch aktiv und im Vorstand des Landesverbandes Württemberg der Deutschen Volkspartei, einer der staatstragenden Parteien der Weimarer Republik, im Vorstand der Paneuropäischen Union Deutschlands sowie erster Vorsitzender der Landesgruppe Württemberg der Deutsch-Französischen Gesellschaft. Dieses Engagement verriet ihn als klaren Gegner des Nationalsozialismus. Da er im NS-Staat als Jude galt, drängte man ihn aus der Leitung der DLW⁹ und entzog ihm alle Positionen und Ehrungen, darunter auch die Ehrensensatorwürde, die ihm die TH Stuttgart im Jahr 1924 verliehen hatte.⁴ Die Gestapo hatte ihn als Juden, Freimaurer und als aktives Mitglied der Paneuropa-Union in ihre Karteien von NS-Gegnern aufgenommen.¹⁰

Bei den Novemberpogromen 1938 wurde Richard Heilner für einen Monat in das Konzentrationslager Dachau verschleppt. Im Laufe der NS-Zeit wurde das gesamte Vermögen Heilners durch den Staat eingezogen.¹¹ Die zwiespältige Lage, in der viele patriotisch empfindende deutsche Verfolgte in der NS-Zeit lebten, wird in einer Episode deutlich, die Heilners Sohn Helmut R. Heilner im Jahr 2004 niederschrieb:

Ich glaube es war 1943, als mein Vater bereits auf der Schwäbischen Alb in ein kleines Dorf mit anderen Juden verbannt wurde (bevor Abtransport nach Theresienstadt). [...] Er hatte auf dem Tisch Pläne von Russland mit Rotstift Bewegungen der Alliierten und der Deutschen – wie ein General. Seine unvergesslichen Worte waren: „Wenn ein Sieg der Deutschen gemeldet wird, freue ich mich als Deutscher, und wenn ich einen Sieg der Alliierten erfahre, freue ich mich als Verfolgter ebenfalls. So taumele ich von einer Freude in die andere.“¹²

Richard Heilner überlebte das Konzentrationslager Theresienstadt und kehrte im Juni 1945 von dort nach Stuttgart zurück.⁸ Gleich im August 1946 bemühte sich der damalige Rektor Richard Grammel, Kontakt zu ihm zu finden und die Ungültigkeit der Aberkennung des Senatortitels zu versichern.⁴

Nach Ende der NS-Diktatur lebte Richard Heilner zurückgezogen in Stuttgart und zuletzt in Nizza, wo er am 13. Februar 1964 verstarb.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus WBIS: Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. Bd. 1 (1930).

- 1** Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Archiv des Rotary Clubs Stuttgart: Schreiben Helmut R. Heilners an Paul Erdmann v. 28. 11. 2005
- 2** 150 Jahre Promotion an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen. Biographien der Doktoren, Ehrendoktoren und Habilitierten 1830–1980 (1984). Bearb. v. Immo Eberl u. Helmut Macon. Stuttgart 1984, S. 591f.
- 3** UAST Z 1000
- 4** UAST 127/196 (Ehrensensatorakte)
- 5** Erdmann, Paul: Dr. h.c. Richard Heilner, in: 75 Jahre Rotary Club Stuttgart. Stuttgart 2004, S. 84f.
- 6** BA Berlin, Residentenliste 7. Aufl. unter Heilner, Richard; StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 1643 (Akte des Landesamtes für Wiedergutmachung Stuttgart) Bl. 29
- 7** Nach 150 Jahre Promotion (wie Anm. 2) und 0.1/24318941, ITS Digital Archive, Bad Arolsen: 1944 Jan. 11
- 8** Zelzer, Maria: Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden. Ein Gedenkbuch. Stuttgart o.J. S. 266–272
- 9** Hahn, Joachim: Jüdisches Leben in Ludwigsburg. Geschichte, Quellen und Dokumentation. Karlsruhe 1998, S. 403
- 10** BA Berlin R 58/9631 (Karteikarte des Reichssicherheitshauptamtes)
- 11** StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 1643 und 14456 (Akten des Landesamtes für Wiedergutmachung Stuttgart)
- 12** Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Archiv des Rotary Clubs Stuttgart: Schreiben Helmut R. Heilners an Paul Erdmann v. 11. 11. 2005

NB

GEORG HENZE

Architekturstudent/Relegation aus politischen Gründen

1910 Juli 21 geb. in Mülheim/Ruhr

WS 1928/29 Beginn des Architekturstudiums, TH Stuttgart

seit 1929 (mit Unterbrechungen) Präsident des Republikanischen Studentenbunds, Ortsgruppe Stuttgart

1933 Juli Haft und Relegation¹

WS 1933/34–WS 1935/36 Fortsetzung des Studiums an der ETH Zürich, Abschluss mit Diplom

1936 Oktober Emigration über England nach Brasilien

1939 Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit wegen Emigration²

1948 April Anerkennung seines Diplomabschlusses in Brasilien

1953 Sept. Beginn der Tätigkeit als freier Architekt

1980 Juni 19 gest.

Wegen seines Engagements im Republikanischen Studentenbund wurde der Architekturstudent Georg Henze im Juli 1933 verhaftet, „vor einer Untersuchungskommission verhört, nach 10 Tagen entlassen“, relegiert und vom Studium an allen deutschen Hochschulen ausgeschlossen. Henze war seinen politischen Gegnern kein Unbekannter, da er schon 1931 vom Amtsgericht Stuttgart zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, weil er als Vorsitzender eine Fahrt des Republikanischen Studentenbunds zu einem politischen Vortrag nach Tübingen nicht wie vorgeschrieben beim Polizeipräsidium in

Stuttgart angemeldet hatte – eine harte Strafe, die auf Empfehlung des Gerichts jedoch vom württembergischen Justizministerium auf dem Gnadenwege in eine geringfügige Geldstrafe umgewandelt wurde.³

Georg Henze stand bei seiner Relegation kurz vor dem Abschluss seines Vordiploms, wie die Karteikarte zeigt, die für ihn im Prüfungsamt angelegt wurde. Darauf notierte der Beamte der Hochschulverwaltung: „wird zu keiner Prüfung mehr zugelassen [au]t Min[isterial-]Erl[ass] v. 8.7.33“. Fälschlicherweise fügte er noch mit Unterstreichung hinzu: „– Kommunist –“.⁴ In einem Akt der Vermengung von Unrecht mit formaler Korrektheit wurden ihm die Studiengebühren zurückerstattet, die er für das Sommersemester 1933 schon entrichtet hatte. Immerhin konnte Henze mit dem Zeitverlust von nur einem Semester sein Studium an der ETH Zürich fortsetzen und abschließen.

Weil Henze zudem nach den Nürnberger Gesetzen als sogenannter „Mischling ersten Grades“ galt, durfte er in Deutschland nicht als freier Architekt arbeiten und ging in die Emigration nach Brasilien. Da dort sein in Zürich erworbenes Diplom zunächst nicht anerkannt wurde, konnte er bis 1948 nur als Zeichner arbeiten. Erst Anfang der 1950er Jahre war es ihm möglich, sich als freier Architekt selbstständig zu machen.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus: StA Ludwigsburg EL3501 Nr. 37890 (Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Stuttgart).

1 Siehe auch Archiv der Humboldt-Universität, Universitätsrichter Nr. 3017, 3018.

2 Liste 119 – Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr.138 vom 19.6.1939, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter. <http://db.saur.de.yye1k91307a0.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=ADS-0127> (18.04.2017) Dokument-ID: ADS-0127; Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Rheinland RW 58/42817

3 StA Ludwigsburg F302 III Bü 54

4 UASt 120/Henze, Georg (Prüfungsakte)

NB

CARL HERMANN

Assistent und Privatdozent am Institut für Theoretische Physik/Verdrängung

1898 Juni 17 geb. in Lehe bei Bremerhaven

1919–1924 Studium der Mathematik und Physik in Göttingen¹

1923 Febr. 23 Promotion in Physik bei Max Born¹

1924–1925 Mitarbeiter am Kaiser-Wilhelm-Institut für Faserstoffe Berlin¹

1925–1935 Assistent am Lehrstuhl/Institut für Theoretische Physik an der TH Stuttgart bei Prof. ↗ Paul Peter Ewald

1930 Habilitation und Privatdozent, TH Stuttgart²



Carl Hermann um 1930

1933 Carl Hermann und seine Ehefrau Eva Hermann schließen sich den Quäkern an.

1935 Jan. Hermann verlässt die TH Stuttgart, weil er sich den ideologischen Zumutungen der dortigen NS-Vertreter nicht mehr aussetzen will, und nimmt eine Stelle in einem Forschungslabor der I. G.-Farbenindustrie in Ludwigshafen/Rhein an.

1943 Juli 9 Verurteilung durch das Sondergericht Mannheim zu 8 Jahren Zuchthaus wegen „Abhören von Auslandssendern“ („Rundfunkver-

gehen“). Hermanns Ehefrau Eva Hermann erhält eine Freiheitsstrafe von 3 Jahren.

Haft in Ensisheim/Elsaß

ab 1943 Nov. Haft in Halle/Saale

1945 April 22 Freilassung

1945–1947 Physiker bei der BASF¹

Dozent an der TH Darmstadt

1947 Juli 1 Tätigkeit als ord. Prof. für Kristallographie Universität Marburg (10. November 1947: Ernennung zum ord. Prof.)¹

1961 Sept. 12 gest. in Marburg

Wie ↗ Paul Peter Ewald kam auch Carl Hermann über das Studium der Mathematik zur Theoretischen Physik und als Assistent von Ewald an der Technischen Hochschule Stuttgart zur Kristallstrukturforschung. Hier entwickelte Hermann auch die Systematik für die dreidimensionalen Raumgruppen, die verschiedenen Möglichkeiten der Anordnung von Bauelementen der Kristalle im Raum, und initiierte zusammen mit P. P. Ewald den „Strukturbericht“,³ ein unentbehrliches Nachschlagewerk, in dem möglichst vollständig die bis dato erfolgten Bestimmungen der Kristallstrukturen erfasst wurden. Hermann leistete bedeutende Arbeiten zur Symmetrietheorie der Kristalle. Die heutigen Symbole der Raumgruppen sind nach ihm benannt (Hermann-Mauguin-Symbole). Seit 1996 würdigt die Deutsche Gesellschaft für Kristallographie das Lebenswerk herausragender Wissenschaftler auf dem Gebiet der Kristallographie mit der „Carl-Hermann-Medaille“.⁴

Carl Hermann und seine Frau Eva Hermann stammten aus traditionellen evangelischen Familien, bekannten sich aber ab 1933 als Quäker. Die Kontakte zu den wichtigen Persönlichkeiten in ihrem späteren Widerstandskreis hatten sie schon vor 1933 bei den Quäkern und in Kirchenkreisen gefunden. Im Jahr 1935 gab Hermann seine Stelle an der Technischen Hochschule Stuttgart auf, weil er nicht bereit war, dem NS-Regime Zugeständnisse zu machen. Vermutlich hatte er sich geweigert, dem Zwang nachzugeben und der NSDAP oder einer Parteigliederung beizutreten.⁵ Zu diesem Zeitpunkt waren die Quäker als Pazifisten und NS-Gegner schon in den Blick des Sicherheitsdienstes der SS geraten.⁶ Auch in Ludwigshafen, wo Hermann nun bei der I. G.-Farben-Industrie arbeitete, war er schnell als Gegner des NS-Regimes bekannt. Als er nämlich 1940 bei der Reichsschrifttumskammer die Genehmigung für sein Buchprojekt „Der Weg der Naturwissenschaften zum Geiste“ einholen wollte, stellte die Gestapo Karlsruhe u. a. fest: „Die Eheleute Hermann sind durch ihren Verkehr mit Juden in Mannheim wiederholt in Erscheinung getreten.“ Und die NSDAP-Gauleitung Baden urteilte noch schärfer: „Der Genannte bietet nach den getroffenen Erhebungen nicht die Gewähr dafür, dass er sich jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einsetzen wird. [...] Die ganze Einstellung ist nicht für die NSDAP, eher dagegen. So hat er solange mit Juden verkehrt, wie es nur einmal möglich war.“⁷

Die Beurteilung war zutreffend: Eva und Carl Hermann gehörten nun zu einem Helferkreis von Quäkern. Sie schickten den nach Gurs verschleppten Mannheimer Juden Päckchen und Briefe und unterstützten die noch verbliebenen jüdischen Partner der sogenannten „privilegierten Mischehen“. Als für das vor der Deportation geflüchtete Berliner jüdische Ehepaar Hilde und Fritz Rosenthal Anfang 1943 Verstecke in Mannheim gesucht wurden, stellten sie ihre Wohnung für „drei bis vier Wochen“ – so Eva Hermanns spätere Aussage vor der Gestapo – zur Verfügung. Als die Gestapo jedoch den Helferkreis aufdeckte, kamen auch Eva und Carl Hermann in Haft.

Vor der Gestapo gab Carl Hermann freimütig zu, dass das Quäkertum und er selbst die nationalsozialistische Rassenlehre und die Rassegesetze ablehnten. Er bekannte sich auch zu seinem Pazifismus: „Ich persönlich würde wohl einer Einberufung zum Heeresdienst Folge leisten, jedoch aufgrund meiner religiösen Haltung mich lieber töten lassen als selbst zu töten.“⁸

Es ist unklar, warum das Ehepaar Hermann nur wegen des Tatbestands des „Rundfunkvergehens“ (Abhören von ausländischen Sendern) mit acht bzw. drei Jahren Zuchthaus – für damalige Verhältnisse – recht glimpflich verurteilt wurde.⁹ Der nun folgende eineinhalbjährige Zuchthausaufenthalt hinterließ bei Carl Hermann jedoch Spuren, wie Kathleen Lonsdale nur andeutet.¹⁰

Nach dem Ende der NS-Herrschaft fand Carl Hermann wieder zurück in die universitäre Forschung, verstarb aber schon sehr früh im Alter von 63 Jahren. Im Jahr 1976 wurden Eva Hermann und Carl Hermann postum von der Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt.¹¹

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen die Informationen aus: Nachrufe des Rektors der Universität Marburg v. 18.09.1961 und von Kathleen Lonsdale (Nature 192, 1961): <http://www.staff.uni-marburg.de/~fischerw/Hermann.htm> (09.09.2015); Borgstedt, Angela: Eva und Dr. Carl Hermann. Zwei Mannheimer Quäker und ihre Hilfe für Verfolgte des NS-Regimes, in: Badische Heimat 79 (1999), S. 183–189; Ewald, Paul Peter: Art. Hermann, Carl, in: Dictionary of Scientific Biography 6 (1972), S. 303 f.

1 Freundl. Auskunft von Frau Dr. Katharina Schaal, Archiv der Philipps-Universität Marburg v. 15.09.2015 an den Verf. aufgrund UA Marburg 305a/4290b

2 Ernennung zum Privatdozenten am 13.11.1930 (Technische Hochschule Stuttgart. Programm und Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1935. Stuttgart 1935, S. 29)

3 Strukturbericht. Von P.P. Ewald u. C. Hermann. Erg.-Bde. zur Zeitschrift für Kristallographie. international journal for structural, physical, and chemical aspects of crystalline materials. München 1 (1931) – 7 (1943)

4 Renninger, Mauritius: Art. Hermann, Carl Heinrich, in: NDB 8 (1969), S. 662; <http://www.geodt.com/deu/d/Hermann> (09.09.2015); Ewald (wie Quellenverzeichnis)

5 Beyerchen, Alan D.: Wissenschaftler unter Hitler. Physiker im Dritten Reich. Köln 1980, S. 235; Lonsdale (wie Quellenverzeichnis); Erinnerungen von P.P. Ewald an seine Zeit an der TH Stuttgart, aufgezeichnet 1979 bei seinem Besuch anlässlich des 150-jährigen Jubiläums der Universität Stuttgart: UAST SN1/35, S. 12

6 Lagebericht des Geheimen Staatspolizeiamtes über die kommunistische Bewegung für die Monate (Juni) Juli, August und September 1935 (3.10.1935), S. 95–101, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter. 15.09.2015. <http://db.saur.de.dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=rk128>

7 BA Berlin, R 9361-II/380050

8 Zitat nach Borgstedt (wie Quellenverzeichnis) S. 186

9 Hierzu Borgstedt (wie Quellenverzeichnis) S. 186 f.

10 Lonsdale (wie Quellenverzeichnis)

11 Fraenkel, Daniel: Art. Herrmann, Carl – Hermann, Eva, in: Lexikon der Gerechten unter den Völkern. Göttingen 2005, S. 148 f.

NB

IMMANUEL GOTTLÖB HERRMANN

ord. Professor für Elektrotechnik/
Entlassung aus politischen Gründen

1870 Juli 29 geb. in Rommelshausen bei Waiblingen

1885–1888 evangelisch-theologische Seminare in Schöntal und Urach

1888 humanistische Reifeprüfung¹

1892 Examen am evangelischen Stift Tübingen

1892/93 Einjährig-Freiwilliger in der württembergischen Armee, im Anschluss Redakteur der „Münchener Post“²

1894–1898 Studium Maschinenbau und Elektrotechnik, TH Stuttgart¹

1898 Staats- und Diplomprüfung in Maschinenbau und Elektrotechnik an der TH Stuttgart¹

bis Mai 1899 Assistent am Elektrotechnischen Institut der TH Stuttgart

1899–1901 Tätigkeit als Ingenieur an der Zentralstelle für wissenschaftlich-technische Untersuchungen in Neubabelsberg

1900 Nov. 5 Ernennung zum Hilfslehrer für Elektrotechnik an der TH Stuttgart „unter Verleihung des Titels und Ranges eines Professors auf der VII. Stufe der Rangordnung“³

1901 Ernennung zum außerordentlichen Professor für Elektrotechnik an der TH Stuttgart

1914–1918 Leutnant der Landwehr, Technischer Offizier

1919 Jan. 15–Juni 28 württembergischer

Kriegsminister (SPD) im Kabinett des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Blos

1919 Juni 28

Rücktritt Herrmanns als württembergischer Kriegsminister

1919 Abgeordneter im Landtag von Württemberg (SPD)

1929 Ernennung zum ordentlichen Professor für Elektrotechnik an der TH Stuttgart, Inhaber des Lehrstuhls für Mess- und Fernmeldetechnik⁴

1929–1933 Vorsitzender des Deutschen Montanbundes

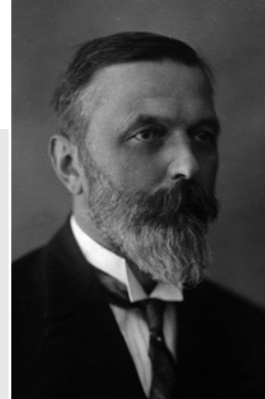
1933 März 23–1933 April 3⁵ „Schutzhaft“ Herrmanns im Gerichtsgefängnis Stuttgart⁶

1933 April 20 Zwangsbeurlaubung Immanuel Herrmanns⁷

1933 Jul. 26 Entlassung aus dem Staatsdienst durch den Reichsstatthalter aufgrund von §4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933⁸

1933 Dez. Umzug nach Finkenkrug bei Berlin

1945 Mai 22 gest. in Finkenkrug bei Berlin



Immanuel Herrmann 1929

Wenige Wochen nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde Immanuel Herrmann, Professor für Elektrotechnik und Vorstand des dem Elektrotechnischen Instituts angegliederten Laboratoriums für elektrische Mess- und Schwachstromtechnik, als „Landesverräter“ in „Schutzhaft“ genommen und am 23. März 1933 in das kleine Gefängnis in der Inneren Büchsenstraße gebracht.⁹ Durch seine bahnbrechenden und publikumswirksam vermittelten Forschungen auf dem Gebiet der Radiotechnik und die Einrichtung des ersten Rundfunksenders Stuttgarts am Elektrotechnischen Institut war der Wissenschaftler längst auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Als die SA den an der Technischen Hochschule Stuttgart Lehrenden in eine eigentlich für zwei Häftlinge bestimmte Zelle brachte, fand er dort seinen Sohn Rolf „eingekerkert“¹⁰ mit sieben anderen jungen Männern vor. Wie er selbst¹¹ war auch sein Sohn offenbar in Folge einer Denunziation¹² in Gefangenschaft geraten. Dieser freute sich zunächst über das unerwartete Wiedersehen und hatte gehofft, dass sein Vater gekommen sei, um ihn abzuholen. Bestürzt über dessen Festnahme teilten sich Vater und Sohn nun die nur mit einem winzigen Tisch und einer Holzpritsche ausgestattete Zelle. Kurze Zeit später wurde Immanuel Herrmann dann in eine Einzelzelle in das große Gerichtsgefängnis im Stadtzentrum verlegt. Dort musste er sich bis auf das Hemd entkleiden und sich – außer einem Buch und seinen Waschutensilien – alle persönlichen Gegenstände und sein Schreibmaterial abnehmen lassen. Selbst den Lichtschalter in seiner Zelle durfte er nicht selbst bedienen.¹²

Durch zahlreiche Bittgänge seiner Tochter Manuela und seiner Frau Else konnten – mit Hilfe Albert Müller-Payers, seines Rechtsanwalts, Notars und ehemaligen Kommilitonen – schon bald wenigstens die Haftbedingungen Immanuel Herrmanns ein wenig erleichtert und fast tägliche kurze Besuche ermöglicht werden. Beim Abschied – so seine Tochter in ihren Erinnerungen an die Zeit der Gefangenschaft ihres Vaters – konnte die Familie allerdings nie sicher sein, ob es ein Wiedersehen geben würde.¹³ Dank der raschen Intervention des alten Stifts- und Seminarfreundes Albert Müller-Payer entging Immanuel Herrmann nach einigen Tagen im Gerichtsgefängnis in der Stuttgarter Innenstadt nur knapp einer bereits vorbereiteten Verlegung in das Konzentrationslager Heuberg.¹⁴ Seinem Sohn Rolf blieb die KZ-Haft allerdings nicht erspart.¹⁵

Durch kontinuierlich eingereichte Eingaben gelang Albert Müller-Payer schließlich nach elf Tagen Haft die von seiner Familie kaum für möglich gehaltene Rettung Immanuel Herrmanns, der am 3. April 1933 aus dem Stuttgarter Gerichtsgefängnis entlassen wurde. Das Schicksal seines Sohnes Rolf im Konzentrationslager am Heuberg aber blieb nach wie vor ungewiss. Wieder waren es die Tochter und der alte Freund Herrmanns, die die für die Vollstreckung der „Schutzhaft“, von Überführungen in das Konzentrationslager oder aber für die Freilassung aus der Haft zuständigen Stellen ausfindig machten. Seine Tochter nahm schließlich all ihren Mut zusammen, um persönlich und am Ende sogar mit Erfolg für die Befreiung ihres Bruders aus dem Konzentrationslager einzutreten:

Alle unsere Eingaben hatten keinen Erfolg, so entschloss ich mich, in die Höhle des Löwen einzudringen. Ruhig und liebenswürdig, meinen Unmut unterdrückend, erzählte ich dem neuen Vorsitzenden, ich glaube, er hieß von Kuhlmann, den Hergang.

Er war ehrlich entsetzt: er hätte doch nur die Absetzung verlangt, weder Schutzhaft noch Konzentrationslager. Da ich die maßgebende Stelle natürlich vorher erkundet hatte, gab er in meinem Beisein dort telefonisch die nötigen Erklärungen ab und verlangte die Freilassung.¹⁶

Auf die überraschende Rettung in letzter Minute folgten Wochen der Ungewissheit und des Bangens, die kein Ende der Verfolgung Immanuel Herrmanns ankündigen sollten, sondern in einen Zustand der dauernden Überwachung übergehen sollten. Die Wohnung der Herrmanns war von der SA bereits nach Büchern, Schriftstücken und vor allem nach Waffen durchsucht worden, die die Familie nicht besaß.¹⁷ Schon sehr bald nach der Verabschiedung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ am 7. April 1933, dessen Paragraphen auch an der Technischen Hochschule Stuttgart zahlreiche Karrieren hochangesehener, international ausgewiesener Wissenschaftler auf einen Schlag vernichteten, ging beim Rektorat der TH ein Schreiben des Württembergischen Kultministeriums mit der Mitteilung ein, dass Immanuel Herrmann „bis auf weiteres beurlaubt“ sei.¹⁸ Drei Monate später wurde der Stuttgarter Professor durch eine Verfügung des Reichsstatthalters vom 26. Juli 1933 aus dem Staatsdienst entlassen.⁸ Weder die Solidaritätsgesten Paul Ewalds, des Rektors der Technischen Hochschule Stuttgart, und von dessen Assistenten Frühauf während der „Schutzhaft“ Immanuel Herrmanns¹⁹ noch die von 15 seiner Studenten unterzeichnete, an den Württembergischen Kultminister Christian Mergenthaler gerichtete Bittschrift²⁰ – verbunden mit der Hoffnung, den Verbleib des Professors für Elektrotechnik an der Technischen Hochschule Stuttgart erreichen zu können – hatten das Ende der aktiven Laufbahn Immanuel Herrmanns aufhalten können.

Dass das an der Technischen Hochschule Stuttgart ausgesprochen zügig als Instrument der Gleichschaltung und „politischen Säuberung“ verwendete „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ gerade den einstigen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und überzeugten Pazifisten Immanuel Herrmann als Ersten traf, war gewiss kein Zufall. Hintergrund war das Misstrauen gegen den um Entmilitarisierung und international vernetzte Friedensanstrengungen bemühten Politiker, der schon in seiner kurzen Amtszeit als letzter württembergischer Kriegsminister weite Teile des Militärs in erheblichem Maße gegen sich aufgebracht hatte. Es waren vor allem sein Engagement in der Deutschen Friedensgesellschaft, deren Vorstandsmitglied er vor 1933 war, seine Zugehörigkeit zum Internationalen Friedensbüro und seine Äußerungen zur Kriegsschuldfrage²¹, die ihn rasch ins Visier der Nationalsozialisten geraten ließen. So wurden schon sehr bald nach der Machtergreifung prägende Personen des deutschen Pazifismus verfolgt und verhaftet. Ganz auf der Linie der auf Reichsebene begonnenen nationalsozialistischen Hetze gegen prominente Pazifisten erließ der seit 1933 als Württembergischer Ministerpräsident und Kultminister amtierende Christian Mergenthaler am 23. März 1933 eine Verordnung „über die Auflösung staatsfeindlicher Vereinigungen an Hochschulen und anderen Unterrichtsanstalten“. Diese sah mit Inkrafttreten die Auflösung „sämtlicher kommunistischer, marxistischer, pazifistischer, gottesleugnerischer und diesen wesensverwandter“ Schüler- und Studentenvereinigungen vor.²² Wenige

Wochen später war mit §4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 auf Reichsebene ein juristisches Instrument geschaffen worden, das die rasche Entfernung politisch missliebiger – und somit auch pazifistisch eingestellter – Assistenten und Professoren ermöglichte. Wie Immanuel Herrmann selbst im Gesetzestext nachlesen konnte, wurde ihm sein Lehrstuhl für Mess- und Fernmelde-technik und damit auch seine Zugehörigkeit zur Technischen Hochschule Stuttgart nach 32 Jahren nur aus dem einzigen Grund genommen, dass er von den Nationalsozialisten zum Kreis derjenigen gezählt wurde, „die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“.²³

Bei der Verdrängung Immanuel Herrmanns von der Technischen Hochschule Stuttgart, die von der rechten Presse immer wieder gefordert worden war²⁴, ließen es die für seine Entlassung aus dem Staatsdienst verantwortlichen Stellen allerdings nicht bewenden. So wurde neben der in §4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ festgeschriebenen finanziellen Benachteiligung der wegen ihrer politischen Einstellung Entlassenen, die nach drei Monaten der Überweisung ihrer bisherigen Bezüge nur noch ein auf drei Viertel gekürztes „Ruhegeld“ erhalten sollten, im Falle des einstigen Politikers und ehemaligen Ministers auch §12 angewendet, in dem die Neufestsetzung der Bezüge der seit dem 9. November 1918 ernannten Reichsminister und die Pflicht zur Rückzahlung bereits erhaltener Ruhegehaltszahlungen festgeschrieben wurden. Mit der Aufnahme von §12 in das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ fand auch eine schon seit längerer Zeit gegen Immanuel Herrmann gerichtete Kampagne nationalistischer und völkischer Stuttgarter Studenten ein Ende, da diese ihre Ziel erreicht sahen. Schon 1931 hatte der Vorstand der Stuttgarter Studentenschaft in Briefen an den Württembergischen Kultminister und den Landtag den Bezug von Ministerruhegehältern durch die Professoren Immanuel Herrmann und Theodor von Pistorius beanstandet²⁵. Die Angriffe gegen Immanuel Herrmann lagen ganz auf der Linie nationalsozialistischer Kampagnen gegen demokratische Landesminister, deren Ansehen in der Öffentlichkeit gezielt herabgesetzt werden sollte.

Wenige Wochen nach seiner Amtsenthebung erhielt Immanuel Herrmann die schriftliche Aufforderung des württembergischen Finanzministeriums, sein für das Jahr 1932 erhaltenes Ministerruhegehalt in Höhe von 9476,40 Reichsmark zurückzuzahlen.²⁶ Am 20. Juli 1933 hatte er dem Ministerium offenbar mündlich mitgeteilt, dass er die Absicht habe, ein Nachlassgesuch beim Staatsministerium zu stellen. Kurze Zeit später erreichte ihn ein weiteres Schreiben, in dem er mit der demütigenden Anfrage konfrontiert wurde, bis wann und wie er – angesichts der „neuen Sachlage“ seiner Entlassung aus dem Staatsdienst – in der Lage sein werde, die im Schreiben erneut angemahnte „Schuldigkeit abzutragen“.²⁶

Zermürbt von der auch nach seiner Entlassung aus dem Staatsdienst anhaltenden Überwachung wurde Immanuel Herrmann das Leben am Ort seiner alten Hochschule am Ende „unerträglich“.²⁷ So beschloss er im Laufe des Jahres 1933, Stuttgart mit seiner Familie zu verlassen und nach Finkenkrug bei Berlin umzuziehen, woher seine Frau stammte. Dort widmete er sich – neben der Abfassung populärwissenschaftlicher Pu-

blikationen – der Überarbeitung seiner bisherigen elektrotechnischen Göschen-Bände für geplante Neuauflagen. Doch auch das neue Leben in Berlin wurde durch die anhaltende polizeiliche Überwachung und die Tatsache, dass Immanuel Herrmann ohne eine neue Anstellung umgezogen war, überschattet. Sorgen bereitete Immanuel Herrmann gewiss auch die von seinen Verlegern geforderte Beantragung einer Mitgliedschaft bei der „Reichsschrifttumskammer“, die wiederum ein Gutachten über ihn bei der Gestapo erforderlich machte. Im Fragebogen, der zur Bearbeitung seines Aufnahmeantrags erforderlich war, gab Herrmann an, dass er seit 1934 förderndes Mitglied (FM) der SS sei.²⁸ Möglicherweise aus Angst vor einer Beschränkung seiner Publikationstätigkeit und in dem Glauben, „Pluspunkte“ bei den neuen Machthabern sammeln zu müssen, mag er sich zu diesem Schritt entschlossen haben.

Es waren gewiss auch die kleinen Schikanen seiner auf das Private zurückgeworfenen späten Jahre – wie der Versuch, seinen Fernsprecher abschalten zu lassen, gegen den er sich schriftlich zur Wehr setzte²⁹ –, die seine Kräfte schon früh nachlassen ließen. In Finkenkrug starb Immanuel Herrmann am 22. Mai 1945 im Alter von 75 Jahren. Trotz reicher Publikationstätigkeit im „erzwungenen Ruhestand“³⁰ hat er die Ereignisse an der Technischen Hochschule Stuttgart nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten und die damit verbundenen Demütigungen, „persönlichen Gehässigkeiten“ und politischen Anfeindungen zeit seines Lebens weder vergessen noch hinter sich lassen können:

Im 1. Weltkrieg 1914–18 an der Front in Flandern hat er sich geschworen, seine ganze Kraft für den Frieden und die Freigeistigkeit einzusetzen. [...] Dieser Enthusiasmus und Idealismus wurde ihm zum Verhängnis: im März 1933 wurde er als „Landesverräter“ in Schutzhaft genommen und seines Amtes als Hochschullehrer für Elektrotechnik enthoben, obwohl er seine Vorlesungen stets nur fachkundlich vor den ihn sehr verehrenden Studenten hielt. [...] Der Schmerz über den Nationalsozialismus, den 2. Weltkrieg [...] und die vielen Entbehrungen verzehrten seine Kraft und Gesundheit und rafften ihn allzu früh dahin.³¹

Zwei Monate nach der am 20. September 1945 erfolgten Aufhebung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ durch das Alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 1³² stellte Else Herrmann, die Witwe des wenige Monate zuvor verstorbenen Immanuel Herrmann, einen Antrag auf Rehabilitierung ihres 1933 „auf Grund des inzwischen widerrufenen Gesetzes unrechtmäßig pensionierten Mannes“.³³ Zudem forderte sie in ihrem Schreiben an das Württembergische Kultministerium die Auszahlung der seit Kriegsende ruhenden, ihr als Witwe „zustehenden Pension“ und eine Entschädigung hinsichtlich der ihrem Mann „zu wenig ausbezahlten Ruhegelder auf Grund der unrechtmäßig erfolgten Pensionierung“. Im Januar 1946, während der Amtszeit des ersten Nachkriegsrektors der Technischen Hochschule Stuttgart Richard Grammel, bestätigte das Rektoramt der TH Stuttgart, dass Immanuel Herrmann „widerrechtlich“ und mit „nur einem Teil des ihm zustehenden Ruhegeldes in den Ruhestand versetzt“³⁴ worden sei. Auch wenn der Verstorbene nicht mehr entschädigt werden könne, habe sich das Rektoramt der TH Stuttgart schon seit längerer Zeit bemüht, die Anschrift der Familie Herrmann in Erfahrung zu bringen, um „von sich aus“ beim Kultministerium einen

Antrag auf die „volle Rehabilitierung“ der Witwe Immanuel Herrmanns zu stellen. Nach Ansicht des Rektorats sei es nur „recht und billig“, Else Herrmann „in vollem Umfang“ dafür zu entschädigen, dass der 32 Jahre dem Lehrkörper der TH zugehörige Immanuel Herrmann „widerrechtlich in den Ruhestand“ versetzt worden sei. Auch war inzwischen ein Schreiben an Else Herrmann geschickt worden, in dem die TH Stuttgart dem ehemaligen ordentlichen Professor „wenigstens eine ideelle Rehabilitierung“³⁴ aussprach. Im März 1950 erhob die Witwe Immanuel Herrmanns wegen des mit der Entlassung ihres Mannes verbundenen Einkommensausfalls Wiedergutmachungsansprüche aufgrund des württemberg-badischen Entschädigungsgesetzes vom 16. August 1949.³⁵ Diesen wurde insofern stattgegeben, als das Kultusministerium Baden-Württembergs ihr im März 1953 die Nachzahlung der in der Zeit von Oktober 1935 bis zu Immanuel Herrmanns Tod nicht gewährten „Entpflichtetenbezüge“ zusicherte.³⁶ Der im August 1956 gestellte Antrag Else Herrmanns auf „Neuberechnung der Entschädigung für entgangene Dienst- und Versorgungsbezüge nach Maßgabe des Bundesentschädigungsgesetzes vom 29. Juni 1956“ hingegen wurde zurückgewiesen.³⁷

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus dem Nachlass Immanuel Herrmanns im HStA Stuttgart, Q1/38.

1 BA Berlin R9361 – V/6139 (Reichskulturkammer): „Kurzgefasster Lebenslauf des Immanuel Herrmann“, Bl. 1

2 Schiffer, Peter: [Kurzbiographie] Immanuel Herrmann, in: Württembergische Biographien. Unter Einbeziehung Hohenzollerischer Persönlichkeiten. Band II. Im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg herausgegeben von Maria Magdalena Rückert. Stuttgart 2011, S. 121–122, hier S. 121

3 Voigt, Festschrift S. 343. Siehe auch Jahresbericht der Königlichen Technischen Hochschule in Stuttgart für das Studienjahr 1900/1901, S. 19

4 Voigt, Festschrift S. 350

5 HStA Stuttgart Q1/38 Bü 4: Entlassungsbescheinigung Gerichtsgefängnis Stuttgart vom 03.04.1933

6 HStA Stuttgart Q1/38 Bü 4: Brief Immanuel Herrmanns an seinen Sohn Werner vom 31.03.1933 aus dem Gerichtsgefängnis Stuttgart

7 HStA Stuttgart Q1/38 Bü 4: Schreiben des Württembergischen Kultministeriums an das Rektorat der Technischen Hochschule Stuttgart vom 20.04.1933, gezeichnet vom Württembergischen Kultminister Christian Mergenthaler: „Professor Herrmann wird bis auf weiteres beurlaubt.“ Siehe auch Staatsanzeiger für Württemberg vom 21. April 1933, S. 3.

8 HStA Stuttgart Q1/38 Bü 4: Schreiben des Württembergischen Kultministeriums an das Finanzministerium vom 12.08.1933: „Professor Immanuel Herrmann an der Technischen Hochschule Stuttgart wurde durch Entschließung des Herrn Reichsstatthalters vom 26. Juli 1933 auf Grund des §4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Staatsdienst entlassen.“ Siehe auch die Meldung vom 09.08.1933 im Badischen Beobachter.

9 HStA Stuttgart Q1/38 Bü 4: Erinnerungen Manuela Plessners, der Tochter Immanuel Herrmanns, an die „Schutzhaft“ ihres Vaters vom 23.03. bis 03.04.1933, Aufzeichnung von 1988, Bl. 1

10 HStA Stuttgart Q1/38 Bü 4: Brief Immanuel Herrmanns an seinen Sohn Werner vom 31.03.1933 aus dem Gerichtsgefängnis Stuttgart, Bl. 1

11 Vgl. Voigt, Universität Stuttgart S. 35. Laut der Angabe Voigts musste Immanuel Herrmann die elf Tage „Schutzhaft“ im Konzentrationslager Heuberg erdulden, was aber – wie Immanuel Herrmanns eigene Schilderungen an seinen Sohn Werner, die Erinnerungen seiner Tochter Manuela Plessner sowie die Entlassungsbescheinigung aus dem Gerichtsgefängnis belegen – nicht der Fall war.

- 12** HStA Stuttgart Q 1/38 Bü 4: Brief Immanuel Herrmanns an seinen Sohn Werner vom 31.03.1933 aus dem Gerichtsgefängnis Stuttgart, Bl. 1: „Ich erzählte dann Rolf, was für Schritte ich den Tag zuvor getan, um ihn aus seiner Haft herauszubringen. Ich hatte ja, was Du wohl schon weisst, erfahren, dass ein oder einige seiner Kommilitonen ihn denunziert haben.“
- 13** HStA Stuttgart Q 1/38 Bü 4: Erinnerungen Manuela Plessners von 1988 an die „Schutzhaft“ ihres Vaters, Bl. 2
- 14** HStA Stuttgart Q 1/38 Bü 4: Brief Immanuel Herrmanns an seinen Sohn Werner vom 31.03.1933 aus dem Gerichtsgefängnis Stuttgart, Bl. 2
- 15** HStA Stuttgart Q 1/38 Bü 4: Erinnerungen Manuela Plessners von 1988 an die „Schutzhaft“ ihres Vaters, Bl. 2–3: „Inzwischen war mein Bruder Rolf ins Konzentrationslager Heuberg verlegt worden. Da er als Student der Musikhochschule im Vorstand als Schriftführer tätig war, wurde er mit dem Vorsitzenden, einem Pfarrerssohn, ebenfalls Musikstudent, kurzerhand von der neuen Regierung in Schutzhaft genommen.“
- 16** Ebd. Bl. 3
- 17** Ebd. Bl. 2
- 18** HStA Stuttgart Q 1/38 Bü 4: Schreiben des Württembergischen Kultministeriums an das Rektorat der Technischen Hochschule Stuttgart vom 20.04.1933
- 19** HStA Stuttgart Q 1/38 Bü 4: Brief Immanuel Herrmanns an seinen Sohn Werner vom 31.03.1933 aus dem Gerichtsgefängnis Stuttgart, Bl. 2
- 20** HStA Stuttgart Q 1/38 Bü 4: Bittschrift von 15 ehemaligen Studenten Immanuel Herrmanns an den Württembergischen Kultminister Mergenthaler vom 22. Mai 1933. Siehe auch Johannes Voigt, Universität Stuttgart S. 35.
- 21** BA Berlin R 58/9632 (Reichssicherheitshauptamt), Kartei politischer Gegner des NS-Regimes, Karteikarte Herrmann, Immanuel: „Mit Äusserungen über Deutschlands Schuld am Kriege ist er unangenehm in Erscheinung getreten.“
- 22** Amtsblatt des Württembergischen Kultministeriums 26 (1933), Nr. 3 (7. April 1933), S. 25 f.
- 23** Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (07.04.1933), in: documentArchiv.de [Hrsg.]; URL: <http://www.documentArchiv.de/ns/beamtenenges.html> (07.07.2015)
- 24** Vgl. Schmid, Manfred: Nie wieder Krieg! Zur Erinnerung an Immanuel Herrmann, in: Schwäbische Heimat 41 (1990/2), S. 114–117, hier S. 116
- 25** Möglicherweise waren nicht nur nationalistische und völkische Studentengruppen, sondern auch Mitglieder demokratischer Studentengruppen an diesem Appell beteiligt. Vgl. WHZ 31 (15. Juli 1931), S. 12.
- 26** HStA Stuttgart Q 1/38 Bü 4: Schreiben des Württembergischen Finanzministeriums an Immanuel Herrmann vom 21. August 1933. In diesem Schreiben wird auf die erste Zahlungsaufforderung des Württembergischen Finanzministeriums vom 13. Juli 1933 verwiesen.
- 27** HStA Stuttgart Q 1/38 Bü 4: Erinnerungen Manuela Plessners, der Tochter Immanuel Herrmanns, an die „Schutzhaft“ ihres Vaters vom 23. März bis 3. April 1933, Aufzeichnung von 1988, Bl. 2
- 28** BA Berlin R 9361 – V/6139 (Reichskulturkammer): Fragebogen Immanuel Herrmanns zur Bearbeitung seines Aufnahmeantrags für die Reichsschrifttumskammer vom 27.09.1939, Bl. 2
- 29** BA Berlin R 9361 – V/6139 (Reichskulturkammer): Schreiben Immanuel Herrmanns an das Postamt in Falkensee 06.02.1944
- 30** Voigt, Johannes H.: [Kurzbiographie] Immanuel Herrmann, in: Donat, Helmut u. Holl, Karl (Hrsg.): Die Friedensbewegung (Hermes Handlexikon). Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz. Düsseldorf 1983, S. 182 f., hier S. 183
- 31** HStA Stuttgart Q 1/38 Bü 4, „Erinnerungen an Immanuel Herrmann“, von Manuela Plessner verfasste Anmerkung zum 100. Geburtstag ihres Vaters, abgedruckt in: Freigeistige Aktion, Ausgabe Juli 1970, S. 81
- 32** Vgl. Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente des geteilten Deutschland. Bd. 1. Stuttgart 1968 (Kröners Taschenausgabe 391): Amtsblatt des Kontrollrats, S. 6

Teil II Biographien der Verfolgten

- 33** HStA Stuttgart EA 3/150 Bü 872 (Personalakte Immanuel Herrmann): Schreiben Else Herrmanns an das Württembergische Kultministerium vom 25. November 1945
- 34** Ebd. Schreiben Rektoramt der TH Stuttgart an das Kultministerium vom 4. Januar 1946
- 35** Regierungsblatt für Württemberg-Baden 1949, S. 187
- 36** HStA Stuttgart EA 3/150 Bü 872 (Personalakte Immanuel Herrmann): Bescheid des Kultusministeriums Baden-Württemberg vom 11. März 1953, Bl. 1
- 37** Ebd. Bescheid des Landesamts für die Wiedergutmachung Stuttgart vom 28. Oktober 1957, Bl. 1

Werke von Immanuel Herrmann (Auswahl)

- Elektrotechnische Einführung in die Starkstromtechnik. 4 Bde. 1. Aufl. 1906. 6. Aufl. 1933
- Die elektrotechnischen Meßinstrumente. 1. Aufl. Leipzig 1910. 4. Aufl. Berlin 1936
- Die elektrotechnische Meßtechnik. 1. Aufl. Berlin 1924
- Einführung in die Radiotechnik. 1. Aufl. 1924. 3. Aufl. Leipzig 1936
- Die elektrische Telegraphie mit Drahtleitung. 2 Bde. 1. Aufl. Berlin/Leipzig 1926/27

Literatur über Immanuel Herrmann

Degener, Hermann A. L. (Hrsg.): Kurzbiographie Immanuel Herrmann, in: Wer ist's? Unsere Zeitgenossen. 10. Ausgabe Berlin 1935, S. 656; Kurzbiographie Immanuel Herrmann, in: Biographisch-Literarisches Handwörterbuch (J. C. Poggendorff). Bd. 6: 1923–1931. Teil II, Berlin 1937, S. 1091 f.; Keil, Wilhelm: Erlebnisse eines Sozialdemokraten. Bd. 2. Stuttgart 1948, S. 143; Kolb, Eberhard u. Schönhoven, Klaus: Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg. Düsseldorf 1976; Bader, Wilhelm: Die Elektrotechnik an der Technischen Hochschule, in: Voigt, Festschrift S. 330–355, hier S. 349–351; Voigt, Universität Stuttgart S. 15, 23, 35 f.; Leipner, Kurt (Hrsg.): Chronik der Stadt Stuttgart 1933–1945. Stuttgart 1982 (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart, 30), S. 25; Voigt, Johannes H.: [Kurzbiographie] Immanuel Herrmann, in: Donat, Helmut u. Holl, Karl (Hrsg.): Die Friedensbewegung (Hermes Handlexikon). Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz. Düsseldorf 1983, S. 182 f.; Schmid, Manfred: Pazifistische Strömungen in Württemberg zwischen Kaiserreich und Drittem Reich, in: ZWLG 49 (1990), S. 321–342, hier S. 340 f.; Maurer, Hans-Martin: Ein Dialog wider die Erbfeindschaft – mitten aus dem Ersten Weltkrieg. Zur Erinnerung an das Kriegsende vor 75 Jahren, in: ZWLG 52 (1993), S. 479–488; Schröder, Wilhelm Heinz: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien – Chronik – Wahldokumentation. Ein Handbuch. Düsseldorf 1995 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 7), S. 504; Schumacher, Martin: Kurzbiographie Immanuel Herrmann, in: Schumacher, Martin u. Dünnwald, Achim (Hrsg.): M. d. L. Das Ende der Parlamente 1933 und die Abgeordneten der Landtage und Bürgerschaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Ein biographischer Index. Düsseldorf 1995 (Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien), S. 64; Schmid, Manfred: Nie wieder Krieg! Zur Erinnerung an Immanuel Herrmann, in: Schwäbische Heimat 41 (1996), S. 114–117; Mittag, Jürgen: Die württembergische SPD in der Weimarer Republik. Eine sozialdemokratische Landtagsfraktion zwischen Revolution und Nationalsozialismus. Vierow bei Greifswald 1997, S. 168; Kurzbiographie Immanuel Herrmann, in: Raberg, Frank (Bearb.): Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933. Stuttgart 2001, S. 349 f.; Schiffer, Peter: Kurzbiographie Immanuel Herrmann, in: Württembergische Biographien 2 (2011), S. 121 f.

KN

RUTH HERZ

jüdische Architekturstudentin

- 1909 Juli 17** geb. in Bad Homburg als Ruth Johanna Wertheimer¹
- ab WS 1929/30** Architekturstudium an der TH Stuttgart²
- 1932** Beginn der Vordiplomprüfungen³
- 1935 April o. Mai** Emigration nach Palästina⁴



Die jüdische Architekturstudentin Ruth Wertheimer beendete im Frühjahr 1933 ihre Vordiplomprüfung.³ Zusammen mit ihrem Mann Walter Herz (später Naf Herz) emigrierte sie im April oder Mai 1935 nach Palästina,⁴ wo sie als Lehrerin⁵ tätig war.

¹ Zu den Lebensdaten siehe auch die Passakte in StA Ludwigsburg F 215 Bü 402.

² UAST 10/50 bis 10/54

³ UAST 120/Wertheimer, Ruth

⁴ BA Berlin Residentenliste. 7. Aufl. Stand: 29.11.2013 unter Herz, Ruth; Dölemeyer, Barbara: Zum Schicksal der Bad Homburger jüdischen Rechtsanwälte in der NS-Zeit, in: Alt-Homburg. Die Heimatzeitung für Bürger und Freunde unserer Stadt (10) 2004, S. 4–7, hier S. 5

⁵ Eintrag zu Herz, Naf, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter. <http://db.saur.de.dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=BHB-5856> (19.02.2016)

Für Hinweise auf Quellen und Literatur danke ich Frau Petra Mayerhofer.

NB

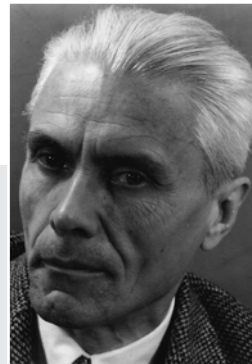
HANS HILDEBRANDT

a. o. Professor für Ästhetik der bildenden Künste und neuere Kunstgeschichte/Entzug der Lehrbefugnis aus rassistischen Gründen

- 1878 Jan. 29** geb. in Staufen bei Freiburg
- 1896** Abitur, Gymnasium Mannheim
- 1896–1900** Studium der Rechtswissenschaft an den Universitäten Heidelberg, Freiburg und Berlin
- 1900** erstes badisches juristisches Staatsexamen
- 1904** zweites badisches juristisches Staatsexamen in Karlsruhe

- 1905–1908** Studium der Kunstgeschichte, Philosophie und Archäologie an den Universitäten München und Heidelberg

- 1908** Hans Hildebrandt heiratet die Künstlerin Lily Uhlmann



1908 März 7 Promotion an der Universität Heidelberg

1908–1911 Tätigkeit als Privatgelehrter und Kunstschriftsteller in München; Studienreisen

1912 Habilitation an der TH Stuttgart für das Lehrgebiet „Ästhetik der bildenden Künste“

1912–1920 Privatdozent für Ästhetik der bildenden Künste an der TH Stuttgart

1920 Ernennung zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor an der TH Stuttgart

1924 Lehrauftrag für angewandte Ästhetik an der TH Stuttgart¹

1927¹ Habilitation für neuere Kunstgeschichte

1933 Publikationsverbot für Hans Hildebrandt

1935 Hans Hildebrandts Ehefrau Lily Hildebrandt wird die Ausübung ihres Berufes als Malerin verboten

1937 Juni 15 Entzug der Lehrbefugnis an der TH Stuttgart aufgrund der „nichtarischen“ Abstammung seiner Ehefrau¹

1937 Diffamierung in der Ausstellung „Entartete Kunst“²

seit 1937 Tätigkeit als Privatgelehrter in Stuttgart

1939/40 Gastvorlesungen an der ETH Zürich

1945 Rückberufung und Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit an der TH Stuttgart³

1945–1948 außerplanmäßiger Professor für Ästhetik der bildenden Künste und neuere Kunstgeschichte an der TH Stuttgart

1948 Okt. 1¹ Pensionierung

1957 Aug. 25 gest. in Stuttgart

Hans Hildebrandt entstammte einer alten badischen Juristenfamilie. Seine Mutter war die Tochter des Wormser Hofbuchhändlers Rahke und sein Vater Amtsrichter in Staufen. Dieser wurde schon bald nach Mannheim versetzt, wo er das Richteramt aufgab und die Position des Direktors der Rheinischen Hypothekenbank übernahm. Nach dem Abitur in Mannheim begann Hans Hildebrandt 1896 der Familientradition folgend ein Studium der Rechtswissenschaften, das ihn an die Universitäten Heidelberg, Freiburg und Berlin führte. Nachdem er 1900 das erste juristische Staatsexamen abgelegt und 1904 in Karlsruhe sein zweites Staatsexamen absolviert hatte, verfolgte er sein bisheriges Berufsziel nicht weiter. Nach einer kurzen Phase der praktischen Tätigkeit als Jurist schrieb er sich für ein Studium der Kunstgeschichte, Philosophie und Archäologie in München ein. Das Hobby des Vaters, der sich in seiner Freizeit als Mäzen und Kunstsammler betätigte, mag den Entschluss des Sohnes, die Juristenlaufbahn nicht weiter zu verfolgen, sondern ein mit finanziellen Risiken verbundenes Leben als Kunsthistoriker zu wählen, begünstigt haben. 1908 wurde er in Heidelberg bei seinem akademischen Lehrer Henry Thode, dem Schwiegersohn Richard Wagners, über „Die Architektur bei Albrecht Altdorfer“ promoviert. Im gleichen Jahr heiratete Hans Hildebrandt die jüdische Malerin und Photographin Lily Uhlmann (1887–1974), eine Schülerin Adolf Hölzels, der Hildebrandt – nicht zuletzt in seiner Eigenschaft als Wegbereiter der Moderne – selbst stark geprägt hatte. In späteren Jahren näherte er sich diesem auch publizistisch. Nach einigen Jahren als Privatgelehrter in München und mehreren Studienreisen nach Frankreich, Italien, Holland, Österreich, in die Schweiz und nach Belgien habilitierte sich Hans Hildebrandt 1912 über „Elemente der Wandmalerei“ an der Technischen Hochschule Stuttgart. Seit 1912 lehrte er dort als Privatdozent für Ästhetik der bildenden Künste. Schwerpunkt

seines Unterrichts an der TH Stuttgart war das Lehrgebiet der angewandten Ästhetik, doch hielt er bald auch Vorlesungen über neuere Kunstgeschichte ab, die sich besonders an Architekturstudenten richteten.⁴ Hildebrandt interessierte sich besonders für die Gestaltungsgesetze der bildenden Künste, aber auch für Gestaltungsfragen der Bühneninszenierung und der Wandmalerei. Er verfasste zahlreiche Städte- und Künstlermonographien, war Mitarbeiter mehrerer Kunst- und Architekturzeitschriften und übersetzte Le Corbusiers bahnbrechende Werke „Vers une Architecture“ sowie „Urbanisme“. Im Rückblick wird Hans Hildebrandt, der schon früh Kontakte zu Vertretern des Bauhauses und Freundschaften zu zeitgenössischen Künstlern pflegte, häufig als einer der „progressivsten Kunsthistoriker seit den 1920er Jahren“⁵ bezeichnet. Auch von Mitgliedern des Lehrkörpers der am 4. Juli 1967 in Universität Stuttgart umbenannten Technischen Hochschule Stuttgart – so im Jahre 1967 vom Lehrstuhlinhaber für Städtebau und Entwerfen Professor Rolf Gutbier – wurde Hildebrandt viele Jahre nach seinem Tod als „der erste Fachvertreter“ gewürdigt, der sich „leidenschaftlich für die Verbreitung der Gedanken der Initiatoren der damals ausserordentlich bedeutsamen 1. Dokumentation der modernen Architektur eingesetzt“⁶ hatte. Durch seine Übersetzungen der ersten Schriften Corbusiers habe er dessen Gedanken weit verbreitet. Gutbier verschweigt dabei nicht, dass Hildebrandt durch sein Eintreten für die Moderne und damit auch das Antasten und Infragestellen „bislang gültiger Leitbilder“ bei seinen „engeren Fachgenossen“ heftige Abwehrreaktionen auslöste, die ihm sein diesbezügliches Engagement „sehr verübelten“:

Mit allen – nicht immer sehr fairen Mitteln – wurde sein Werk in Frage gestellt. Dies führte so weit, dass es ihm nie gelang, einen Ruf auf einen Ordentlichen Lehrstuhl an einer deutschen Hochschule zu erhalten. Erst viel später, nach dem 2. Weltkrieg erinnerte man sich seiner, jedoch meiner Meinung nach zu einem viel zu späten Zeitpunkt.⁶

Unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde Hans Hildebrandt für seine 1908 geschlossene Ehe mit der jüdischen Künstlerin Lily Hildebrandt in mehrfacher Hinsicht sanktioniert. Schon 1933 wurde ihm ein Schreibverbot auferlegt und 1933/34 die Berufung Hans Hildebrandts auf eine außerordentliche Professur für „Angewandte Ästhetik und Kunst der Gegenwart“ an der Technischen Hochschule Dresden verhindert.⁷ Seine Frau Lily durfte seit 1933 ihre Tätigkeit als Journalistin und seit April 1935 ihren Beruf als Malerin nicht mehr ausüben.⁸ Zwei Jahre später wurde Hans Hildebrandt in der Ausstellung „Entartete Kunst“ als „Kulturbolschewik“ diffamiert.²

Anfang 1936 versuchte Hans Hildebrandt, seine Chancen auf eine Stelle im Ausland auszuloten. Um seine Emigrationspläne geheim zu halten, schrieb er über eine Adresse in Basel dem ihm persönlich nicht bekannten Direktor des Victoria and Albert Museums in London, dem Kunsthistoriker Eric Maclagan, und bat ihn, einen Kontakt zu der Hilfsorganisation für vertriebene deutsche Wissenschaftler, „Society for the Protection of Science and Learning“ (SPSL), herzustellen.⁹ Dieser legte er seine Situation dar:

Trotzdem ich sehr an meinem Vaterlande hänge und mich als guten Deutschen fühle, wäre es mir sehr erwünscht, wenn ich auf ehrenvolle Weise eine meinem bisherigen Wirken ... entsprechende Stellung im Ausland finden könnte.

Der Grund ist dieser: Meine Frau, mit der ich seit 1908 in glücklichster Ehe lebe, gilt als „Nicht-Arierin“ obwohl sie selbst als Kind getauft ward und schon ihr Großvater nicht mehr der israelitischen Gemeinde angehörte. Bei der grundsätzlichen Stellungnahme der Deutschen Regierung zur Arierfrage ist es nicht ausgeschlossen, dass mir in Zukunft das Wirken als Hochschullehrer unterbunden wird.¹⁰

Hildebrandt verfolgte die Emigrationspläne dann aber offenbar nicht weiter. Bei der SPSL überlegte man zwar, dass für Hildebrandt allenfalls eine Stelle in den USA zu finden sei, allerdings sei er bereits mit 58 Jahren schwer zu vermitteln, und sein Fall müsse zunächst zugunsten von bereits entlassenen Wissenschaftlern zurückgestellt werden.⁹

Am 15. Juni 1937 wurde ihm durch einen Erlass des Reichministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung seine Lehrbefugnis an der Technischen Hochschule Stuttgart entzogen.¹¹ Auch wurde ihm von den „Machthabern des Dritten Reiches jede nach außen gerichtete Tätigkeit“ untersagt.¹² Er verlor seinen Lehrstuhl und damit auch sein geregeltes Einkommen. Hans Hildebrandt blieb nur noch eine kleine Pension, um seine Frau und den 1914 geborenen Sohn Rainer ernähren zu können. Um als freiberuflich tätiger Kunsthistoriker besser an Aufträge gelangen zu können, kämpfte Hildebrandt darum, seinen Professorentitel trotz seiner Entlassung weiterhin führen zu dürfen. Um dieses Ziel zu erreichen, bat er den 1935 bis 1938 amtierenden Rektor Wilhelm Stortz, der beim Kultministerium die Gewährung eines „Gratials“ für den Kunsthistoriker erwirkt hatte, sich auch in dieser Angelegenheit für ihn einzusetzen.¹³ Dass sich Stortz für die Linderung der wirtschaftlichen Situation Hildebrandts engagierte¹⁴, war auch deshalb nicht selbstverständlich, weil der Rektor mit dessen unermüdlichem Eintreten für die Moderne in Bildender Kunst und Architektur, die mit der nationalsozialistischen Kunstauffassung unvereinbar war, keineswegs sympathisierte. Sollte Stortz im Entlassungsverfahren gegen den Kunsthistoriker Hans Hildebrandt von Seiten des Reichserziehungsministeriums konsultiert worden sein, ließe sich die in der Literatur häufig vertretene These, Hildebrandt habe aufgrund seiner bei den nationalsozialistischen Machthabern Anstoß erweckenden modernen Kunstauffassung seinen Lehrstuhl an der TH Stuttgart verloren¹⁵, nicht mehr vorbehaltlos aufrechterhalten. Wahrscheinlicher ist, dass der eigentliche Grund für den Entzug seiner Lehrbefugnis an der Technischen Hochschule Stuttgart und für die offenbar in letzter Minute vereitelte Berufung an die Technische Hochschule Dresden, gegen die er sich nach dem Krieg juristisch zu wehren versuchte,¹⁶ seine Ehe mit der Jüdin Lily Hildebrandt war. Dass dies zumindest in Dresden der Fall gewesen sein soll, legt beispielsweise eine unter Eid abgelegte Zeugenaussage eines zum damaligen Zeitpunkt an der Technischen Hochschule Dresden lehrenden Professors für Kunstgeschichte nahe.¹⁶

Trotz der offenbar erfolgten Fürsprache von Stortz beim Kultministerium für Hans Hildebrandt lassen sich aus der Zeit des Nationalsozialismus aber auch Belege anführen, die das Selbstverständnis des damaligen Rektors in einem etwas anderen Licht erscheinen lassen. So wies Stortz beispielsweise die von Hildebrandt selbst¹³ aber auch von anderer Seite¹⁷ vorgebrachte Einschätzung, dass Hildebrandt von der Auflösung des Reichsstudentenwerks und der damit verbundenen Hinterbliebenenfürsorge besonders

betroffen sei, entschieden zurück, um in seiner Eigenschaft als Rektor der Technischen Hochschule Stuttgart den Reichserziehungsminister gegen „irrig“ und dessen „Ansehen schädigende Behauptungen“¹⁷ zu verteidigen. Der zu diesem Zeitpunkt noch an der Technischen Hochschule Stuttgart lehrende Professor für Germanistik, Hermann Pongs, der sich in diesem Fall gegenüber dem Rektor für Hans Hildebrandt einzusetzen versucht hatte, war selbst allerdings schon früh in die NSDAP eingetreten. Er gilt heute in der Forschung als „prominenter Vertreter einer völkisch-nationalsozialistischen Germanistik“¹⁸, der „seine prinzipielle Übereinstimmung mit den weltanschaulichen Versatzstücken und Zielen des Nationalsozialismus in zahlreichen Publikationen deutlich werden ließ“.¹⁹

Auch der von 1942 bis 1945 als Rektor der Technischen Hochschule Stuttgart amtierende Heinrich Hess, dem Hans Hildebrandt 1941 in seiner Amtszeit als Prorektor seine finanzielle Not geschildert hatte, will sich daraufhin „mit Erfolg beim Kultminister für eine Dauervergütung“ für das einstige Mitglied der Technischen Hochschule eingesetzt haben.²⁰ Zu seinen Motiven gab er an, dass er mit seiner Fürsprache für den Kunsthistoriker dessen wirtschaftliche Sorgen habe erleichtern und diesem „unwürdiges Betteln“²¹ habe ersparen wollen. Den Fall Hildebrandt und seine Intervention zu dessen Gunsten wollte Hess gegenüber denjenigen, die seine eigene Rolle bei den zahlreichen Verfolgungstatbeständen an der Technischen Hochschule Stuttgart in der Zeit des Nationalsozialismus zu beurteilen hatten, als nur ein Beispiel für sein grundsätzliches Bestreben verstanden wissen, „aus rassischen Gründen in Schwierigkeiten geratenen Hochschulmitgliedern“ helfend zur Seite zu stehen.²⁰ Wann immer ihm als Rektor oder in seiner Zeit als Prorektor derartige Fälle bekannt geworden seien, habe er, der in seinem Spruchkammerverfahren ein durchweg positives Bild von sich und seinen Eigenschaften als Helfer von Verfolgten an der eigenen Hochschule zu zeichnen versuchte, zugunsten der in Bedrängnis Geratenen eingegriffen.²¹

Auf die Entlassung Hans Hildebrandts folgten für die Familie Hildebrandt, die bisher auf der Gänsheide ein offenes Haus vor allem für avantgardistische Künstler²² geführt hatte, schwere Jahre wirtschaftlicher Not und der Sorge um das Leben Lily Hildebrandts und des Sohnes Rainer, der als Mitglied der Widerstandsgruppe um Albrecht Haushofer mehr als ein Jahr in Untersuchungshaft verbringen musste. Durch eine abenteuerliche Initiative ihres Mannes und ihres Sohnes, im Rahmen derer sich Lily Hildebrandt einer „entwürdigenden Rassenuntersuchung“²³ beim „Reichsamt für Sippenforschung“²² unterziehen musste, gelang es im November 1940, ihr den rettenden Status eines „jüdischen Mischlings ersten Grades“ zu verschaffen. Für die erforderlichen Nachweise hatten ihr Sohn Rainer und Freunde im Ausland gesorgt, indem sie eidesstattliche Erklärungen zur „halbjüdischen“ Herkunft Lily Hildebrandts abgaben.² Kurz darauf ließen die staatlichen Verfolgungen zunächst auch spürbar nach. Das wirtschaftliche Problem der Hildebrandts blieb bestehen und wurde dadurch erschwert, dass zu dem bereits verhängten Schreibverbot für beide Eheleute der – im Zuge der sogenannten „Arisierung“ – 1937 in „Deutscher Verlag“ umbenannte und dem Zentralverlag der NSDAP (Franz Eher Nachfolger GmbH) angegliederte Ullstein Verlag²⁵ Hans Hildebrandt einen bereits abgeschlossenen Autorenvertrag kündigte, weil er mit einer jüdischen Frau verheiratet

war.²⁶ Der Versuch Hildebrandts, sich juristisch gegen diese Entscheidung zu wehren, scheiterte. Die juristische Abteilung des „Deutschen Verlages“ begründete gegenüber Hildebrandts Anwalt ihren als „endgültig zu betrachtenden Standpunkt“ damit, dass dem Verlag „nicht zugemutet werden“ könne, als „Autor und Herausgeber des geplanten Werkes eine Persönlichkeit zu benennen, der die Lehrbefugnis entzogen“ worden sei.²⁶ Erschwerend komme hinzu, dass „die persönlichen Gründe“, die Hans Hildebrandt „zum Rücktritt vom Amte gezwungen“ hätten, „nach den strengen Grundsätzen“ des Verlags „so schwerwiegend“ seien, „daß der verlegerische Erfolg des beabsichtigten Werkes unter seiner Autorenschaft ernstlich gefährdet erschien“.²⁶ Nach dieser auf juristischem Wege nicht mehr abzuwendenden erneuten Niederlage blieb Hildebrandt nur noch die Möglichkeit, als anonymen Autor zu publizieren, um seine Familie ernähren zu können.

Um seine Stellung als nichtbeamtetes Mitglied des Lehrkörpers der Technischen Hochschule und damit auch die Einkommensverhältnisse seiner Familie in den Jahren nach dem von den Nationalsozialisten verhängten Schreibverbot zu verbessern, bat Hans Hildebrandt 1935 den Geschäftsführer der Reichskulturkammer, Staatskommissar Hans Hinkel, um Fürsprache beim Reichsstatthalter oder bei Ministerpräsident und Kultminister Christian Mergenthaler.²⁷ Offenbar um sich auch auf noch höherer Ebene Gehör zu verschaffen, erinnerte er Hinkel wenige Monate später an eine ihm in Aussicht gestellte Einladung zur Reichskulturtagung im November 1935, bei der sich Hildebrandt die Gelegenheit erhoffte, „dem Herrn Minister“ seinen Entwurf zu einem „Museum deutscher Volkskunst“ vorzutragen.²⁸ Gemeint war Joseph Goebbels, Reichsminister für „Volksaufklärung und Propaganda“ und Präsident der zum Zweck der Gleichschaltung aller Bereiche des Kulturlebens und der Künstler geschaffenen Reichskulturkammer, die auf Betreiben von Goebbels durch das von der Reichsregierung beschlossene Reichskulturkammergesetz vom 22. September 1933 eingerichtet worden war.

Da es zu der von Hildebrandt erhofften „Besserung“ seiner Stellung an der Technischen Hochschule Stuttgart²⁹ durch Fürsprache Hinkels offenbar nicht gekommen war und sein Gesuch beim Kultministerium, ihm nach seiner Pensionierung seine vollen Dienstbezüge als Ruhegehalt weiter zu gewähren, abgelehnt wurde³⁰, wandte sich der Kunsthistoriker im Herbst 1948 mit der Bitte an den von 1948 bis 1950 amtierenden Rektor der Technischen Hochschule und Professor für Kunstgeschichte, Otto Schmitt, seinen Fall im Senat zur Sprache zu bringen. Nach einer „erfolgreichen Lehrtätigkeit von 72 Semestern“ und als ein „auch im Ausland angesehener Gelehrter“, der „bitteren Verfolgungen und Schädigungen an Gesundheit ausgesetzt“ gewesen sei, glaube er, „ein Recht auf eine wirkliche Wiedergutmachung“ zu haben.³¹ Der Rektor unterstützte ihn in dieser Angelegenheit und setzte sich auch persönlich beim Kultministerium für eine Lösung in Hildebrandts Sinne ein.³² Da sich der Kleine Senat der Technischen Hochschule Stuttgart in seiner Sitzung vom 29. Oktober 1948 davon überzeugt habe, dass Hans Hildebrandt „tatsächlich seit 1933 durch politische Verfolgung nachhaltig in seiner akademischen Laufbahn geschädigt“ worden sei, erscheine den Senatsmitgliedern eine Entschädigung angebracht. Das Rektorat der Universität Stuttgart bat daher das Kultministerium im Namen der Senatsmitglieder um die von Hildebrandt selbst angeregte Feststellung, ob es einen „Wiedergutmachungsfonds für politisch Verfolgte“ gebe.³²

Doch das Kultministerium sah keine Möglichkeit der Verbesserung des Ruhegehalts und verwies erneut auf die zuständigen Stellen.³³ Ein Jahr später trug der Rektor gegenüber Kultminister Bäuerle den Fall Hildebrandt erneut vor, dem er auch die von Hildebrandt verfasste Auflistung des von ihm in der Zeit des Nationalsozialismus erlittenen Unrechts schriftlich übermittelte.³³ Hans Hildebrandt hatte in seinem Schreiben an Rektor Otto Schmitt neben den bereits bekannten Verfolgungstatbeständen – Ausschluss aus dem Lehrkörper der Technischen Hochschule Stuttgart wegen „jüdischer Versippung“³⁴ und dem 1933 verhängten Publikationsverbot – auch auf die daraus resultierenden Implikationen für seine nunmehr kaum noch vorhandenen Wirkungsmöglichkeiten als Kunsthistoriker verwiesen. Dazu zählten die „Unmöglichkeit von Vorträgen, von Mitarbeit bei Tageszeitungen, Mitarbeit bei Fachzeitschriften nur selten und nicht mit vollem Namen, Anprangerung als ‚entarteter Kunstwissenschaftler‘“ sowie Aufnahme von zwei seiner Standardwerke auf die „Schwarze Liste“ von Veröffentlichungen.³³

Auf Antrag der Abteilung für Geisteswissenschaften der Technischen Hochschule Stuttgart beschloss die Fakultät für Natur- und Geisteswissenschaften in ihrer Sitzung vom 21. Juli 1952, den Großen Senat zu bitten, für eine Erhöhung der Pensionsbezüge von Hans Hildebrandt beim Justizministerium einzutreten, und verwies dabei auf befürwortende Schreiben der Professoren Pirath und Gutbier.³⁵ Angesichts des auch in diesem Fall – trotz der nicht zu bezweifelnden Bemühungen aller Beteiligten – nicht mit dem gewünschten Erfolg zum Abschluss gebrachten Wiedergutmachungsversuches³⁶ mag die Hans Hildebrandt zum 75. Geburtstag zuteilgewordene Geste der Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz³⁷ dem Kunsthistoriker mehr wie ein „Trostpries“ vorgekommen sein.

Über die Ursachen für den im Ergebnis eher mäßigen Erfolg der Wiedergutmachungsbestrebungen der Technischen Hochschule Stuttgart im Fall Hans Hildebrandt spekulierte im Jahre 1967 der Inhaber des Lehrstuhls für Städtebau und Entwerfen, Professor Rolf Gutbier, gegenüber dem zum damaligen Zeitpunkt amtierenden Rektor und Bauingenieur Professor Fritz Leonhardt, der diesen um eine Einschätzung zu der „von Lily Hildebrandt beabsichtigten Gedenkausstellung“ anlässlich des 90. Geburtstags von Hans Hildebrandt gebeten hatte. Gutbier glaubte in dem dadurch offenbarten mangelnden Willen zu einer von Hildebrandt geforderten „wirklichen Wiedergutmachung“ erstaunlicherweise ähnliche Motive und – wie sich nun zeigte – nur scheinbar überwundene Kontinuitäten und Denkstrukturen zu erkennen, die in der Zeit des Nationalsozialismus zur Verdrängung des Kunsthistorikers von der Technischen Hochschule Stuttgart geführt hatten:

Es gelang uns in den fünfziger Jahren nur sehr schwer, ihm wenigstens ein bescheidenes Gratial über das Kultusministerium zu verschaffen. Auch zu jener Zeit wirkte merkwürdigerweise noch immer die Tatsache, dass er mit einer Jüdin verheiratet war, hemmend auf die Gemüter. [...] Ganz anders als die unterschiedliche Wertung, die er in Deutschland erfuhr, war Hildebrandt in der übrigen Welt angesehen. Persönliche Freundschaft verband ihn mit allen führenden Kräften der Kunst der Neuzeit. [...] Seit vielen Jahren konnte ich mich eines gewissen Schuldgefühls unserer

*Universität diesem verstorbenen Mann gegenüber nicht ganz enthalten und es würde mich schon aus diesem Grunde freuen, wenn man zu dieser Gedenkausstellung einen Beitrag leisten könnte.*⁶

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus der Akte des Justizministeriums über das Entschädigungsverfahren Hans Hildebrandts (HStA Stuttgart EA 4/204 Bü 1080) sowie aus den Personalakten der TH/Universität Stuttgart (UAST 57/66) und des Kultusministerium Baden-Württemberg (HStA Stuttgart EA 3/150 Bü 894).

1 HStA Stuttgart EA 3/150 Bü 894: Abschrift des Wiedergutmachungsbescheids Hans Hildebrandt des Bundesinnenministeriums vom 09.04.1953, Bl. 2

2 Lurz, Meinhold: Hildebrandt, Johann Moritz Martin Ludwig Hermann („Hans“) Kunsthistoriker, Verfolger des NS-Regimes, in: Baden-Württembergische Biographien 1 (1994) S. 148

3 Roh, Franz: Hans Hildebrandt zum Gedächtnis, in: Das Kunstwerk 11 (1957/58), Heft 3, S. 36

4 Hildebrandt, Hans, in: Wendland, Ulrike: Biographisches Handbuch deutschsprachiger Kunsthistoriker im Exil. Leben und Werk der unter dem Nationalsozialismus verfolgten und vertriebenen Wissenschaftler. Bd. 1. München 1999. Zugl. Diss. Universität Hamburg 1996, S. 300

5 So beispielsweise Andreas Prinzing in seinem Aufsatz „Modernerezeption in der Kunstpublizistik der Nachkriegszeit. Das Beispiel der Zeitschrift Aussaat“, in: Friedrich, Julia u. Prinzing, Andreas (Hrsg.): So fing man einfach an, ohne viele Worte. Ausstellungswesen und Sammlungspolitik in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Berlin, Köln 2013, S. 36–45, hier S. 41

6 UAST 57/66 (Personalakte Hans Hildebrandt): Schreiben Prof. Rolf Gutbiens an den Rektor der Universität Stuttgart, Prof. Fritz Leonhardt, in seiner vom Rektor erbetenen Einschätzung zu der „von Lily Hildebrandt beabsichtigten Gedenkausstellung“ zum 90. Geburtstag von Hans Hildebrandt vom 29.09.1967

7 Vgl. HStA Stuttgart EA 3/150 Bü 894: Abschrift des Wiedergutmachungsbescheids Hans Hildebrandt vom 9. April 1953, Bl. 3: „Er [der Antragsteller; Anmerkung KN] trägt vor, er wäre, wenn seine Berufung an die Technische Hochschule in Dresden als ausserordentlicher Professor für ‚Angewandte Ästhetik‘ nicht durch eine Denunziation, seine Frau sei Jüdin, vereitelt worden wäre, spätestens 1934 ausserordentlicher Professor gewesen. Die Denunziation sei nach seinen Gastvorträgen an der Technischen Hochschule Dresden im Januar 1933 erfolgt.“

8 Neumann, Edith: Künstlerinnen in Württemberg. Zur Geschichte des Württembergischen Malerinnen-Vereins und des Bundes Bildender Künstlerinnen Württembergs. Stuttgart 1999 (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart, 81/1). Zugl. Diss. Universität Stuttgart 1998, S. 170

9 Bodleian Library, University of Oxford MS SPSL (Archive of the Society for the Protection of Science and Learning) 500/3 fol. 263–288

10 Ebd. fol. 279: Schreiben Hans Hildebrandts v. 22.03.1936

11 HStA Stuttgart EA 3/150 Bü 894: Abschrift des Wiedergutmachungsbescheids Hans Hildebrandt des Bundesinnenministeriums vom 09.04.1953, Bl. 2 sowie StadtA Stuttgart, Nachlass Hans Hildebrandt: Schreiben Hans Hildebrandt an Rektor Stortz vom 17.07.1937

12 Roth, Alfred: Hans Hildebrandt zum 75. Geburtstag, in: Werk 40 (1953), Werk-Chronik Heft 1, S. 22

13 StadtA Stuttgart, Nachlass Hans Hildebrandt: Schreiben Hans Hildebrandt an Rektor Stortz vom 17.07.1937

14 StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 79734 (Spruchkammerakte Stortz, Wilhelm) Bl. 9

15 So beispielsweise in „Prof. Dr. Hans Hildebrandt [zum 75. Geburtstag]“, in: Das Kunstwerk 6 (1952), Heft 6, S. 62: „Wegen seines kompromißlosen Eintretens für die moderne Kunst wurde er von den Nazis seines Lehrstuhls an der Technischen Hochschule Stuttgart enthoben.“

16 HStAs EA 3/150 Bü 894: Abschrift des Wiedergutmachungsbescheids Hans Hildebrandt vom 9. April 1953, Bl. 3

17 StadtA Stuttgart, Nachlass Hans Hildebrandt: Schreiben Stortz an den Leiter der Abteilung für allgemeine Wissenschaften, Professor Hermann Pongs v. 20.07.1937

- 18** Ferenschild, Hartmut: [Artikel] Hermann Pongs, in: König, Christoph (Hrsg.): Internationales Germanistenlexikon 1800–1950. Bd. 2. Berlin 2003, S. 1421
- 19** So Gerhard Kaiser in seiner Habilitationsschrift „Grenzverwirrungen“: Literaturwissenschaft im Nationalsozialismus. Berlin 2008. Zugl. Habil.-Schrift Univ. Siegen 2006, S. 254, Anm. 175
- 20** StA Ludwigsburg EL.902/2 Bü 1998 (Spruchkammerakte Hess, Heinrich): Spruch der Spruchkammer Ellwangen vom 23. 07. 1947, Bl. 4
- 21** StA Ludwigsburg EL.902/2 Bü 1998 (Spruchkammerakte Hess, Heinrich): Verteidigungsschrift Hess v. 03.1947, Bl. 8
- 22** Wie Karlheinz Fuchs in einem Auszug aus einem 1981 für das Projekt Zeitgeschichte geführten Interview mit Hans Hildebrandts Sohn, Rainer Hildebrandt, anführte, gehörte aber auch der schon frühzeitig in die NSDAP eingetretene Bildhauer und Akademieprofessor Arno Waldschmidt zu den „häufigen Gästen“ der Hildebrandts. Vgl. Ganz knapp „arisch“. Die List der Hildebrandts: Ein Vater von Eidesstatt. (Auszug aus einem Interview von Karlheinz Fuchs mit Rainer Hildebrandt im Herbst 1981 für das Projekt Zeitgeschichte), in: Ausstellungsreihe Stuttgart im Dritten Reich. Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Die Jahre von 1933 bis 1939. Stuttgart 1984, S. 480 f., hier S. 480.
- 23** Neumann, Künstlerinnen in Württemberg (wie Anm. 8) S. 170.
- 24** Ganz knapp „arisch“. Die List der Hildebrandts (wie Anm. 22) S. 480
- 25** Vgl. dazu ausführlich Wippermann, Wolfgang: Eule und Hakenkreuz. Ullstein und Deutscher Verlag im „Dritten Reich“ 1933 bis 1945, in: Enderlein, Anne u. Geyersbach, Ulf (Hrsg.): Ullstein Chronik 1903–2011. Berlin 2011, S. 198–219.
- 26** StadtA Stuttgart, Nachlass Hans Hildebrandt: Schreiben des Juristischen Büros des „Deutschen Verlags“ an Dr. jur. Carl Haensel, den Rechtsanwalt Hans Hildbrandts, vom 04. 02. 1938
- 27** BA Berlin R 9361 – V/101021 (Reichskulturkammer): Schreiben Hans Hildebrandt an Staatskommissar Hans Hinkel vom 21. 07. 1935
- 28** Ebd. Schreiben Hans Hildebrandt an Staatskommissar Hans Hinkel vom 04. 11. 1935
- 29** Ebd. Schreiben Hans Hildebrandt an Staatskommissar Hans Hinkel vom 08. 10. 1935
- 30** Vgl. UAST 57/66 (Personalakte Hans Hildebrandt): Schreiben Kultministerium an das Rektoramt der Technischen Hochschule Stuttgart vom 01. 10. 1948.
- 31** UAST 57/66 (Personalakte Hans Hildebrandt): Schreiben Hans Hildebrandt vom 13. 10. 1948 an den Rektor der Technischen Hochschule, Prof. Otto Schmitt
- 32** HStA Stuttgart EA 3/150 Bü 894 (Personalakte des Kultministeriums für Hans Hildebrandt): Schreiben des Rektors der TH Stuttgart an das Kultministerium vom 15. 11. 1948.
- 33** Ebd. Schreiben des Rektors der TH Stuttgart an Kultminister Bäuerle vom 12. 02. 1949
- 34** Ebd. Wiedergutmachungsantrag Hans Hildebrandt vom 10. 01. 1953, Bl. 2
- 35** Ebd. Fakultät für Natur- und Geisteswissenschaften, Prof. Lösch, an den Großen Senat der Technischen Hochschule Stuttgart v. 22. 07. 1952
- 36** Vgl. HStA Stuttgart EA 4/204 Bü 1080: ablehnender Bescheid des Justizministeriums vom 13. 07. 1954, Bl. 1f.
- 37** UAST 57/66 (Personalakte Hans Hildebrandt): Schreiben Ministerialrat G. H. Müller an das Rektoramt der Technischen Hochschule Stuttgart vom 28. 01. 1953

Hauptwerke von Hans Hildebrandt (Auswahl)

- Krieg und Kunst. München 1916
- Das Bühnenbild. Seine Geschichte und seine Ästhetik und Geschichte. Abhandlung über die Geschichte der Inszenierung von der Antike bis zur Gegenwart in „Stuttgarter Bühnenkunst“. Stuttgart 1917
- Wandmalerei. Ihr Wesen und ihre Gesetze. Stuttgart, Berlin 1921
- Le Corbusier: Kommende Baukunst. Übersetzung von „Vers une Architecture“. Stuttgart, Berlin 1926
- Le Corbusier: Städtebau. Übersetzung von „Urbanisme“. Stuttgart, Berlin 1927
- Die Frau als Künstlerin. Mit 337 Abbildungen nach Frauenarbeiten bildender Kunst von den frühesten Zeiten bis zur Gegenwart. Berlin 1928

Teil II Biographien der Verfolgten

- Die Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts. Aus der Reihe „Handbuch der Kunstwissenschaft“, begründet von Fritz Burger. Herausgegeben von Albert E. Brinckmann. Potsdam 1931
- Oskar Schlemmer. Mit einem Oeuvre-Katalog. München 1952

Literatur über Hans Hildebrandt (Auswahl)

Kurzbiographie Hans Hildebrandt, in: Handbuch der deutschen Wissenschaft. Bd. 2. Biographisches Verzeichnis. Herausgegeben vom Fr. K. Koetschau-Verlag. Berlin 1949, S. 1011; Prof. Dr. Hans Hildebrandt [zum 75. Geburtstag], in: Das Kunstwerk 6 (1952), Heft 6, S. 62; Kurzbiographie Hans Hildebrandt, in: Klimesch, Karl Ritter von (Hrsg.): Köpfe der Politik, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft. Augsburg 1953, S. 478; Roth, Alfred: Hans Hildebrandt zum 75. Geburtstag, in: Werk 40 (1953), Werk-Chronik Heft 1, S. 22; Kurzbiographie Hans Hildebrandt, in: Wer ist wer? 12. Auflage von Dege-ners Wer ist's? Berlin-Grunewald 1955, S. 469 f.; Curjel, Hans: Hans Hildebrandt, in: Werk 44 (1957), Werk-Chronik Nr. 10, S. 186 f.; Roh, Franz: Hans Hildebrandt zum Gedächtnis, in: Das Kunstwerk 11 (1957/58), Heft 3, S. 36; Hildebrandt, Rainer: Biographisches, in: Hans Hildebrandt und sein Kreis. Ausstellungskatalog Graphisches Kabinett, Kunsthandel Wolfgang Werner. Bremen 1978, S. 1–7; Schiller, Peter: Hans Hildebrandt als Wegbereiter der Moderne, in: Hans Hildebrandt und sein Kreis. Ausstellungskatalog Graphisches Kabinett, Kunsthandel Wolfgang Werner. Bremen 1978, S. 10–16; Joedicke, Jürgen: Die Stuttgarter Schule. Die Entwicklung der Architekturabteilung zwischen 1918 und 1945, in: Voigt, Festschrift S. 438–451, hier S. 446; Ganz knapp „arisch“ [Interview Karlheinz Fuchs mit Rainer Hildebrandt 1981], in: Stuttgart im Dritten Reich. Bd. 5. Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Die Jahre von 1933 bis 1939. Stuttgart 1984, S. 480 f.; Röttgen, Herwarth: Nachvollziehbare Gedanken zur Geschichte des Instituts für Kunstgeschichte, in: Johannes Zahlten (Hrsg.): 125 Jahre Institut für Kunstgeschichte Universität Stuttgart. Stuttgart 1991 (Reden und Aufsätze, 41), S. 28–42, hier S. 31 f.; Lurz, Meinhold: Hildebrandt, Johann Moritz Martin Ludwig Hermann („Hans“) Kunsthistoriker, Verfolgter des NS-Regimes, in: Baden-Württembergische Biographien 1 (1994), S. 147–149; Kurzbiographie Hans Hildebrandt, in: Killy, Walther (Hrsg.): Deutsche Biographische Enzyklopädie. Bd. 5. München 1997, S. 37; Hildebrandt, Hans, in: Wendland, Ulrike: Biographisches Handbuch deutschsprachiger Kunst-historiker im Exil. Leben und Werk der unter dem Nationalsozialismus verfolgten und vertriebenen Wissenschaftler. Bd. 1. München 1999. Zugl. Diss. Universität Hamburg 1996, S. 300–305; Becker, Norbert: Wegbereiter der klassischen Moderne. Gedenktafel erinnert an Hans Hildebrandt, in: Stuttgarter unikurier, Nr. 92 (2/2003), S. 23 f.; Friedrich, Julia u. Prinzing, Andreas (Hrsg.): „So fing man einfach an, ohne viele Worte“. Ausstellungswesen und Sammlungspolitik in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Berlin, Köln 2013; Hildebrandt, Alexandra: „Es wird viel gewaltsames Sterben geben ...“. Rainer Hildebrandt – Ein Leben für die Freiheit. Biografie Teil 1. Berlin 2014

KN

RAINER HILDEBRANDT

Student der Elektrotechnik/
rassistische Verfolgung

1914 Dez. 14 geb. in Stuttgart, evangelisch

1934 Abitur an der Friedrich-Eugens-Oberrealschule Stuttgart¹

1934–1936 Werkstudent in Stuttgart bei der Fortuna-Werke AG und bei der Fa. Bosch

SoSe 1936 Studium der Elektrotechnik TH Stuttgart¹

2 Semester Studium der Technischen Physik an der TH Berlin²

ab WS 1939/40 Studium der Philosophie und Sozialwissenschaften, Universität Berlin²

1942 Frühjahr Das Reichsamt für Sippenforschung stuft seine Mutter Lily Hildebrandt als „Mischling ersten Grades“ und Rainer Hildebrandt als „Mischling zweiten Grades“ ein.³

1942 Promotion zum Dr. phil.

ab 1942 Militärdienst

Frühjahr 1943/1944 zweimalige Verhaftung



wegen „Zersetzung der Wehrkraft“, insges. 17 Monate Haft⁴

1948 Gründung der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU)

1952 Austritt aus der KgU; Gründung des „Freiheitsbunds für Deutsch-Russische Freundschaft“

1962 Gründung des Mauermuseums in Berlin, später am Checkpoint Charlie

1963 Gründung der „Arbeitsgemeinschaft 13. August e.V.“ als Trägerverein für das Mauer-museum

2004 Jan. 9 gest. in Berlin⁵

Als Rainer Hildebrandt sich im April 1936 an der Technischen Hochschule Stuttgart für das Fach Elektrotechnik immatrikulierte, legte die Verwaltung für ihn eine gelbe Karteikarte an, die für die sogenannten „nichtarischen“ Studierenden vorgesehen waren.¹ Auch wenn der Verwaltungsbeamte dabei die Angaben zu Hildebrandts Abstammung unausgefüllt ließ, war allen Beteiligten offenbar bekannt, dass Rainer Hildebrandt als Sohn des Professors an der TH Stuttgart ↗ Hans Hildebrandt und seiner als jüdisch geltenden Frau Lily Hildebrandt als sogenannter „Mischling ersten Grades“ anzusehen war.

Noch im selben Jahr nach nur einem Semester übersiedelte Rainer Hildebrandt nach Berlin, wo er zunächst technische Physik an der TH Berlin und dann Philosophie und Sozialwissenschaften an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät (ehemals Deutsche Hochschule für Politik) der Friedrich-Wilhelms-Universität studierte. Im Juni 1940 lernte Rainer Hildebrandt hier den Widerstandskämpfer Albrecht Haushofer (7. Januar 1903 – ermordet 23. April 1945) kennen, Professor an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät, der später sowohl in die Kreise der Widerstandsgruppen der sogenannten „Roten Kapelle“ wie in die der Widerstandskämpfer des 20. Juli Kontakte unterhielt.

Anfang 1941 gelang es der Familie Hildebrandt u. a. durch langwierige und entwürdigende Untersuchungen durch das Berliner Reichssippenamt, dass Lily Hildebrandt nicht

mehr als „Volljüdin“ galt, sondern als „Mischling ersten Grades“, und Rainer Hildebrandt als sogenannter „Mischling zweiten Grades“ eingestuft wurde. Der Verfolgungsdruck durch den NS-Staat verminderte sich hierdurch ein wenig, und Rainer Hildebrandt wurde 1942 zur Promotion (über ein arbeitspsychologisches Thema)⁶ zugelassen, aber dann auch als Soldat zur Wehrmacht eingezogen.³ Rainer Hildebrandt hatte in Berlin ebenfalls Kontakte zu Mitgliedern der verschiedenen Gruppen geknüpft, die die Gestapo unter dem Namen „Rote Kapelle“ führte.⁷ Seine zweite Verhaftung stand offenbar in Zusammenhang hiermit.⁸

Nach Ende der NS-Herrschaft arbeitete Hildebrandt als Buchautor und Publizist, verfasste u. a. ein Erinnerungsbuch über den Widerstandskreis um Albrecht Haushofer.⁷ Sein ganzes Engagement galt den Bürger- und Menschenrechten, deren Einhaltung er nun von den kommunistischen Diktaturen in Osteuropa einforderte. Er gründete 1948 die „Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit“ (KgU), eine Vereinigung, die einen Suchdienst nach vermissten Gefangenen im Machtbereich der UdSSR unterhielt, über das Unrecht und die Haftbedingungen in Ostdeutschland informierte und entlassene Gefangene unterstützte. Als die KgU den Weg der Gewaltfreiheit verließ, den Hildebrandt in der Orientierung an Mahatma Gandhi als Grundsatz verfolgte, trat er im Jahr 1952 aus.

Neben seinen zahlreichen Artikeln zu Opfern und Unrecht in den Staaten des Ostblocks war sein großes Werk die Gründung des Mauermuseums am Checkpoint Charlie in Berlin. Ausbau und Leitung dieses Museums trugen die Züge, die er sich selbst einmal zugeschrieben hatte: „... da ich alles, womit ich mich beschäftigte, besonders total und mit gefährlichster Leidenschaft anzupacken pflegte“.⁹ Hildebrandt erhielt von zahlreichen prominenten Politikern und Menschenrechtsaktivisten Unterstützung, wie etwa von Elena Bonner oder Lew Kopelew. Nach dem Fall der Mauer legte er einen Schwerpunkt seines Engagements auf die Aufarbeitung des DDR-Unrechts.

Rainer Hildebrandt starb am 9. Januar 2004 im Alter von 89 Jahren in Berlin.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: Hildebrandt, Alexandra: Zum Geleit, in: Deutsche Nachkriegsgeschichte in ausgewählten Aufsätzen von Rainer Hildebrandt 1949–1993. Berlin 2001, S. 10–17; Lebensdaten Dr. Rainer Hildebrandt, in: ebd. S. 188 f.; dies: „Es wird viel gewaltsames Sterben geben...“ Rainer Hildebrandt – Ein Leben für die Freiheit. Biografie Teil 1. Berlin 2014.

1 UASt 10/55 (Karteikarte Hildebrandt, Rainer)

2 Hildebrandt, Rainer: Wir sind die Letzten. Aus dem Leben des Widerstandskämpfers Albrecht Haushofer und seiner Freunde. Neuwied u. Berlin 1949, S. 10 f.

3 Ganz knapp „arisch“ [Interview Karlheinz Fuchs mit Rainer Hildebrandt 1981], in: Stuttgart im Dritten Reich. Bd. 5. Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Die Jahre von 1933 bis 1939. Stuttgart 1984, S. 480 f.

4 Hildebrandt, Wir sind die Letzten (wie Anm. 2), S. 179

5 <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=3849> (11.12.2015)

6 <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=3849> sowie https://de.wikipedia.org/wiki/Rainer_Hildebrandt (beide 11.12.2015)

7 Hildebrandt, Wir sind die Letzten (wie Anm. 2)

8 Richter, Christine: Der Freiheitskämpfer, in: Berliner Zeitung v. 10.01.2004

9 Hildebrandt, Wir sind die Letzten (wie Anm. 2) S. 10

HERMANN HOERLIN

Assistent am Physikalischen Institut/Verdrängung

1903 Juli 5 geb. in Schwäbisch Hall

1921 März Reifeprüfung am Realgymnasium in Schwäbisch Hall

Praktikant bei den Siemens-Schuckert-Werken in Nürnberg

WS 1921/22-SoSe 1922? Studium der Elektrotechnik an der TH Stuttgart¹

ab WS 1922/23 Studium der Physik an der TH Stuttgart

1926 Mai 22 Diplomvorprüfung²

1927-1928 Hoerlin unterbricht sein Studium, um den erkrankten Vater im Haushaltsgeschäft der Eltern in Schwäbisch Hall zu unterstützen.

1929-1930 Fortsetzung des Physikstudiums an der TH Berlin mit Schwerpunkt auf den physikalischen Grundlagen der Fotografie

1930 Teilnahme an der Himalaya-Expedition zum Kangchendzönga als Bergsteiger und Fotograf

Sommer 1931 Abschluss der Diplomarbeit bei Prof. Erich Regener

1932 März-1934 Forschungsarbeiten zur Frage der Breitenabhängigkeit der kosmischen Strahlung während der Cordillera Blanca Expedition des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins nach Peru (1932), anschließend u. a. auf Spitzbergen

1933 April 1-

1937 Assistent am Physikalischen Institut, TH Stuttgart bei Prof. Erich Regener

1934 Febr. 28 Diplomhauptprüfung für Physik, TH Stuttgart²

1936 Juni Promotion in Physik zum Dr.-Ing. mit der Dissertation „Die Breitenabhängigkeit der Ultrastrahlung in Meereshöhe und ihre Änderung mit der Höhe bis 6000 m“

1937-1938 Physiker bei Agfa in Wolfen, Physik der Farbfilme

1938 Übersiedlung in die USA

1938 Juli 12 Heirat mit Käthe Schmid in Deutschland

1938-1953 Leiter des Physik-Labors im Agfa-Ansco Reserach Department, Entwicklungen für Farb- und Röntgenfilme in Binghamton, New York

1939 Geburt der Tochter Bettina

1944 Staatsbürgerschaft der USA

ab 1953 Gruppenleiter im Los Alamos Scientific Laboratory

1983 Nov. 6 gest.



Hermann Hoerlin
im Jahr 1932

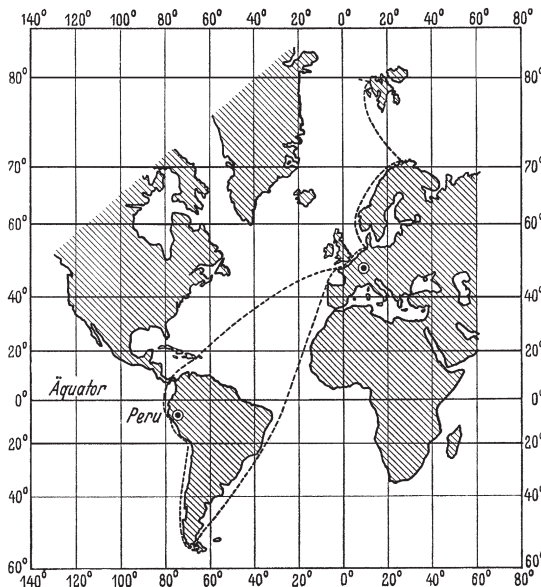
Hermann Hoerlin wuchs in einer gutbürgerlichen Familie in Schwäbisch Hall auf. Der Vater unterhielt ein Geschäft für Porzellan und Haushaltswaren. Er sah für seinen Sohn ein Hochschulstudium vor, durch das dieser sozial aufsteigen sollte, und hoffte auch, dass sein Sohn in die Welt hinausziehen und die ihm selbst versagt gebliebenen Reisen in ferne Länder unternehmen würde. Diese zwei väterlichen Wünsche gingen in Erfüllung. Im Jahr 1922 begann Hoerlin sein Physikstudium in Stuttgart und trat der Verbindung „Sonderbund“ bei. Zudem Mitglied im Akademischen Skiclub und im Akademischen Alpenverein, machte Hoerlin sich im Laufe der 1920er Jahre einen Namen als Bergsteiger, vor allem auch durch seine zahlreichen Winterbesteigungen in den Alpen.

Im Jahr 1930 nahm er das Angebot an, an der internationalen Himalaya-Expedition zum Kangchendzönga teilzunehmen. Dort gelang ihm im Dreiländereck von Tibet, Nepal und Sikkim zusammen mit Erwin Schneider die Erstbesteigung des Jongsong Peak (7483 m), „damals der höchste bis zum Gipfel bestiegene Berg“ (Hoerlin).³ Danach erhielt er die Einladung des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins, sich an einer Expedition in die Cordillera Blanca in Peru zu beteiligen. Der Alpenverein unterstützte jedoch nur solche Vorhaben, die mit naturwissenschaftlichen oder medizinischen Forschungen verknüpft wurden. Hoerlin beriet sich daher mit seinem akademischen Lehrer Professor ↗ Erich Regener, und es wurde beschlossen, die Reise und den Aufstieg in die Kordillere mit Messungen der Kosmischen Strahlung und der Erforschung des Breiteneffekts der Strahlung zu verbinden.⁴

Dem Nationalsozialismus stand Hoerlin schon vor 1933 reserviert gegenüber.⁵ Die folgende Episode ist sowohl durch Familienmitglieder Hoerlins wie Erich Regeners bezeugt und im Kontext der stürmischen Aktionen der nationalsozialistischen Studenten im Jahr 1933 durchaus glaubhaft: Als Hoerlin das Gerücht zu Ohren kam, dass Studenten eine Aktion gegen Erich Regener planten, legte er sich bewaffnet mit seinem Eispickel als Wächter hinter die Eingangstür der Dienstwohnung Regeners im Physikalischen Institut. Ein Angriff der Studenten – ob nun tatsächlich geplant oder nicht – fand jedoch nicht statt.⁶

Als im Sommer 1934 die deutsche Nanga-Parbat-Expedition (Hoerlin hatte nicht teilgenommen) in eine Katastrophe mit zehn toten Bergsteigern mündete, wurde Hermann Hoerlin als Experte nach München gebeten. Hier sollte er Käthe Schmid unterstützen, die für die Pressestelle der Expedition arbeitete. Käthe Schmid hatte kurz zuvor

selbst einen Schicksalsschlag erlitten: Ihr Ehemann Willi Schmid war bei den Mordaktionen zwischen dem 30. Juni und Anfang Juli 1934 (sogenannter „Röhmputsch“) getötet worden. Die Täter hatten ihn mit einer anderen Person gleichen Namens, die auf den Todeslisten stand, verwechselt.



Reisewege Hermann Hoerlins vom März 1932 nach Südamerika, August 1933 nach Spitzbergen und September 1933 in die Alpen zur Messung des Breiteneffekts der Kosmischen Strahlung. Aus: Hermann Hoerlin: Die Breitenabhängigkeit der Ultrastrahlung in Meereshöhe und ihre Änderung mit der Höhe bis 6000 m. Diss. TH Stuttgart 1936, S. 653

Hermann Hoerlin und Käthe Schmid wurden ein Paar, obwohl sich erhebliche Schwierigkeiten für die Beziehung ergaben. Käthe Schmid galt im NS-Staat zunächst als Jüdin. Sie konnte zwar Ende 1936 auch mittels Beziehungen in hohe NS-Kreise die Einstufung als sogenannter „Mischling ersten Grades“ erreichen, doch dieser Teilerfolg bot dauerhaft keine Perspektive für ein würdiges und ungestörtes Leben in Deutschland.⁷ Daher plante das Paar – Käthe Schmid brachte auch drei Kinder aus der Ehe mit Willi Schmid in die neue Verbindung mit ein – ab 1936 die Emigration aus Deutschland. Hermann Hoerlin war klar, dass er mit einer als „nichtarisch“ geltenden Ehefrau im NS-Staat keine Aussichten haben würde, die ihm bei Erich Regener offenstehende Hochschulkarriere zu realisieren.⁸

Mit Blick auf die Möglichkeiten, die die Firma Agfa für einen späteren Wechsel ins Ausland bot, nahm Hermann Hoerlin eine Stelle am Standort Wolfen an, und es gelang ihm nach vielfachen Schwierigkeiten auch mit Hilfe der Verbindungen Käthe Schmid zu dem einflussreichen Industriellen Paul Reusch, im Jahr 1938 den Stellenwechsel in die USA zu erreichen. Nach der Heirat, für die im Deutschen Reich eine Sondergenehmigung erforderlich war, übersiedelten auch Käthe Schmid und ihre Kinder in die USA.

Ab 1953 arbeitete Hermann Hoerlin in Los Alamos als Leiter der Nuclear Weapons Effects Group über die Auswirkungen von Atomtests für die Atmosphäre. Nach Los Alamos hatte ihn Hans Bethe geholt, der wie Hoerlin Anfang der 1930er Jahre am Physikalischen Institut der TH Stuttgart gearbeitet hatte. In Los Alamos wuchs auch Hermann und Käthe Hoerlins Tochter Bettina (geb. 1939) auf, die 2011 die Lebensgeschichte ihrer Eltern verfasste.⁹ An die verhinderte Laufbahn als Hochschullehrer konnte Hoerlin zumindest durch Gastprofessuren an der University of California¹⁰ und 1959 bis 1960 an der Cornell University, Ithaca, New York,¹¹ wieder anknüpfen.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Daten und Informationen aus: Hoerlin, Bettina: *Steps of Courage. My Parents' Journey from Nazi Germany to America*. Bloomington 2011 (Deutsche Übersetzung: *Courage – Im Schatten des Nanga Parbat 1934*, Innsbruck u. Wien 2014); eigenhändiger Lebenslauf H. Hoerlins v. 14.01.1937 (Privatarchiv Bettina Hoerlin, Philadelphia, Pennsylvania, USA); Lebensläufe von 1953, in: Leo Baeck Institute. Center for Jewish History, New York. Papers of Kate and Herman Hoerlin, Box 2, Folder 16 (online: <https://www.lbi.org/digibaeck/results/?qtype=pid&term=1956829> (09.12.2015)).

- 1 UAST 10/34 und 10/35
- 2 UAST 120/Hoerlin, Hermann (Prüfungsakte)
- 3 Hoerlin schreibt hierzu: „Die Engländer hatten am Everest größere Höhen erreicht, aber noch nicht den Gipfel.“ Hoerlin an Erwin Schopper v. 19.07.1981 (UAST SN 16/34)
- 4 Siehe den Bericht Hoerlins hierüber in seinem Brief an Erwin Schopper v. 19.07.1981 (UAST SN 16/34).
- 5 Hoerlin, *Steps of Courage* (wie Quellenverzeichnis) S. 8, 91–97
- 6 Hoerlin, *Steps of Courage* (wie Quellenverzeichnis) S. 49, 238; Mitteilung v. Bettina Hoerlin an den Verf. v. 23.10.2014
- 7 Hierzu Hoerlin, *Steps of Courage* (wie Quellenverzeichnis) S. 103–107, 121–125, 131 f.
- 8 Hoerlin, *Steps of Courage* (wie Quellenverzeichnis) S. 139
- 9 Hoerlin, *Steps of Courage* (wie Quellenverzeichnis)
- 10 Hoerlin, *Steps of Courage* (wie Quellenverzeichnis) S. 219 f., 224–230
- 11 https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Hoerlin (10.12.2015)

NB

FRITZ HOHENEMSER

Student der Elektrotechnik/

Schikanen und verhinderte Promotion aus rassistischen Gründen

1914 Okt. 14 Fritz (Friedrich) Hohenemser geb. in Frankfurt/Main, evangelisch

1925–1935 Abitur, Gymnasium Bernhardinum in Meiningen (Thüringen)

1936–1940 Studium der Elektrotechnik, TH Stuttgart

1935 April–1936 Sept. Praktikant bei AEG, Berlin

1937 Juni–Aug. Militärdienst

1938 Mai 14 Diplomvorprüfung, TH Stuttgart

1938 Juli–Sept. Werkstudent bei AEG, Berlin

1939 Juni–1942 Okt. Militärdienst, Gefreiter

WS 1940/41 Beurlaubung von der Wehrmacht wegen Diplomprüfung¹

1940 März 15 Diplomhauptprüfung, TH Stuttgart

1940 Okt.–1941 März Versuchsfeldingenieur bei der Fa. C. & E. Fein, Stuttgart

1942 Okt. Entlassung aus der Wehrmacht, weil sog. „Mischling ersten Grades“

1942 Okt.–1943 Jan. ohne Beschäftigung

1943 Jan. 18–1947 April 30 Versuchsfeldingenieur im Hochspannungslaboratorium Fa. Voigt & Haeffner, Frankfurt/Main

1944 Sept.–Nov. Arbeitseinsatz beim Bau des sog. „Westwalls“²

1947 Mai 1–1950 Sept. 30 wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl für Elektrische Anlagen, TH Stuttgart

1950 Juli 1–1960 März 31 Vertretertätigkeit für die Fa. Wickmann (Elektrogeräte)

ab 1960 April 1 Mitarbeiter AEG

Fritz Hohenemser gehörte zu den Studenten, die als sogenannte „Mischlinge ersten Grades“ – sein Vater, gefallen im Ersten Weltkrieg, galt im NS-Staat als Jude – Benachteiligungen erfuhr. Ende 1945 berichtet er an den Rektor der Technischen Hochschule Stuttgart:

Als ich 1942 wegen meiner halbjüdischen Abstammung von der Wehrmacht entlassen wurde, durfte ich aus demselben Grunde an der T. H. nicht mehr promovieren. Das Studium war mir bereits in jeglicher Weise erschwert worden. Abgesehen von allen persönlichen Schwierigkeiten, erhielt ich keine Stipendien, obwohl ich als Kriegswaise darauf dringend angewiesen war. Von der Ferienarbeit als Werkstudent wurde ich auf Betreiben des Fachschaftsobmannes durch die Studentenschaft ausgeschlossen – beim Einsatz der Studentenschaft anlässlich der VDI-Tagung 1938 wurde ich z. B. am zweiten Tag direkt vom Arbeitsplatz fortgejagt. Auch eine mir von der AEG bewilligte Studienbeihilfe – mein Vater war s.[einer] Z.[eit] Oberingenieur und Leiter des AEG-Büros Straßburg gewesen und die maßgebenden Herrn kannten meine Familienverhältnisse – mußte mir entzogen werden, weil vom Sekretariat der T. H. mit Rotstift auf einem Semesterzeugnis „jüdischer Mischling“ vermerkt worden war.³

Die Schikanen und Ungerechtigkeiten der Studentenschaft bzw. der Fachschaftsleitung sowie der Verwaltungsangestellten im Studentensekretariat gegen „nichtarische“ Stu-

dierende, von denen Hohenemser hier berichtet, waren, wie ähnliche Fälle zeigen, recht typisch für die Verfolgungen an der TH Stuttgart (siehe Kap. 3.3.2).

Hohenemser berichtet in all seinen beruflichen Korrespondenzen jedoch nicht von den weiteren Gefährdungen, denen er durch das NS-Regime ausgesetzt war. So war seine Schwester Elisabeth Schumacher (1904–1942) in Berlin im aktiven Widerstand in der Gruppe Harnack/Schulze-Boysen („Rote Kapelle“) tätig, unterstützte zudem die von der Deportation bedrohten jüdischen Verwandten des Vaters und andere Verfolgte. Elisabeth Schumacher wurde am 12. September 1942 festgenommen, am 19. Dezember 1942 durch das Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt und am 22. Dezember 1942 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.⁴ Bei der Aufdeckung des Widerstandskreises hat die Gestapo vielleicht auch den Bruder Elisabeth Schumachers, Fritz Hohenemser, ins Visier genommen. Zudem dürfte auch die im NS-Staat illegale und zu sanktionierende Beziehung des „nichtarischen“ Hohenemser zu seiner späteren „arischen“ Ehefrau für beide Partner gefährlich gewesen sein. Als sogenannter „Mischling ersten Grades“ geriet er zuletzt in das Zwangsarbeitersystem des NS-Staates, als er für den Ausbau des „Westwalls“ verpflichtet wurde.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft bewarb sich Fritz Hohenemser im Dezember 1945 bei der TH Stuttgart um eine Assistentenstelle an einem der beiden elektrotechnischen Lehrstühle. Erst auf Drängen des für die TH zuständigen Ministerialrats im Kultministerium, Hans Rupp, erhielt er praktisch als Wiedergutmachung eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter, um die ihm in der NS-Zeit verwehrt Promotion nachholen zu können. Als durch die Währungsreform 1948 die Stiftungsmittel verloren gingen, aus denen Hohenemser bezahlt wurde, geriet er in eine finanzielle Notlage – inzwischen war er verheiratet und hatte ein Kind. Nach 1950 konnte er als Vertreter auf Provisionsbasis für eine Firma für Elektroartikel arbeiten. Im Jahr 1960 ging dann sein langgehegter Wunsch in Erfüllung, wie sein Vater bei AEG arbeiten zu können.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: UAST 120/Hohenemser, Fritz (Prüfungsakte); UAST 57/343 (Personalakte).

1 StA Ludwigsburg EL 902/2 BÜ 1998 (Spruchkammerakte Hess, Heinrich) Bl. 28; vgl. StA Ludwigsburg EL 902/20 BÜ 97101 (Spruchkammerakte Leonhard, Adolf) Bl. 42.

2 StA Ludwigsburg EL 350 I BÜ 4557 (Einzelfallakte Landesamt für Wiedergutmachung, Stuttgart) Bl. 1 (Antrag auf Wiedergutmachung v. 14. 04. 1948)

3 Schreiben Fritz Hohenemser an den Rektor der TH Stuttgart v. 31. 12. 1945 (UAST 54/343); die Schilderung dieser Vorgänge auch in StA Ludwigsburg EL 350 I BÜ 4557 (Einzelfallakte Landesamt für Wiedergutmachung, Stuttgart)

4 Zu Elisabeth Schumacher siehe <http://www.gdw-berlin.de/de/vertiefung/biographien/biografie/view-bio/schumacher/> (04. 12. 2015); Griebel, Regina u. a.: Erfasst? Das Gestapo-Album zur Roten Kapelle. Eine Foto-Dokumentation. Halle/Saale 1992, S. 102 f.; Scheel, Heinrich: Elisabeth und Kurt Schumacher, in: Hans Coppi, Jürgen Danyel, Johannes Tuchel (Hrsg.): Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Berlin 1994, S. 254–261.

RUDOLF HORVAT

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1912 Feb. 16 geb. in Varazdin (Kroatien), jugoslawischer Staatsbürger
seit 1942 Mai¹ Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Ingenieur
1945 Febr.–April Arbeit an Dissertation an der MPA Stuttgart²

1945 oder später Horvat will mit seinem Bruder nach Kanada auswandern.
Horvat lebt in Deutschland, vermutlich in Stuttgart und wird in den 1950er Jahren Vater von zwei Kindern.²
1968 März 23 gest.²

Quellen: UAST 33/1/65, 33/1/76; UAST 202/1 S. 54

1 StA Ludwigsburg EL.902/6 Bü 4379 (Spruchkammerakte Egner, Karl) Bl. 9 (Schreiben R. Horvats an die Spruchkammer Esslingen v. 10. 11. 1947); UAST 33/1/65 und 33/1/76: 1942 Mai 20
2 UAST 57/2431 (Personalakte)

NB

JOHANNES CORNELIUS VAN HOUDT

In den Quellen auch: Johannes Cornelis
Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1913 Jan. 20 (1913 Okt. 20) geb. in Rotterdam, niederländischer Staatsbürger, evangelisch
1943 März 31–1944 Sept. 16 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und

Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Elektromechaniker
Zwangsarbeiter am Institut für elektrische Maschinen (Prof. Heinrich Hess)¹
1945 Rückkehr in die Heimat

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 80, 85; UAST 202/1 S. 107 f.

1 StA Ludwigsburg EL.902/2 Bü 1998 (Spruchkammerakte Hess, Heinrich) Bl. 71

NB

JOHANNES VAN DEN HOVEN

In den Quellen auch: van den Hoyen, van der Hooven
Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und
Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1913 Okt. 20 geb. in Drunen, niederländischer
Staatsbürger

ab 1943 März 31–1945 März 31/April 9
Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für

Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart
(FKFS) als Schmied

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 80, 85, 89; UAST 202/1 S.98

NB

ANDRE HUPALO

In den Quellen auch: Andr[e]j, Andreas
Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1914 Sept. 30 (1914 Nov. 30) geb. in Krasne
(Kreis Dnjepropetrowsk) oder Dnjepropetrowsk,
Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine), „apo-
stolisch“

seit 1944 April 15–1945 April 21 Zwangs-
arbeiter an der Materialprüfungsanstalt,
Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 202/1 S.208; UAST 33/1/65 und 33/1/76: 1944 Juni 26 „Eintritt“ in Institut für Bauforschung

NB

A. J.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und
Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1924 geb., „Ostarbeiter“

1942 Juli 13–1942 Nov. 18 Zwangsarbeiter
(„Ostarbeiter Nr. 10“) am Forschungsinstitut für

Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart
(FKFS)

Quellen: UAST 131/3/78

NB

B. J.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1919 Feb. 28 geb. in „D. Poponow – Leschatschi“/ Kursk, „Ostarbeiter“

Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

1942 Juli 13–1945 Zwangsarbeiter am

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 83, 90; UAST 202/1 S. 140

NB

C. J.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1924 Juli 23 geb. in „D. Poponow – Leschatschi“/ Kursk, „Ostarbeiter“

schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

1942 Juli 13–1945 Zwangsarbeiter am For-

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 83, 90; UAST 202/1 S. 129

NB

T. J.

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1925 Mai 26 geb. in Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine)

schung, als Hilfsarbeiter

1944 Juni 16–1944 Nov. Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Baufor-

1944 Nov. abgemeldet nach Bietigheim (Krankenhaus)

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 229 f.

NB

Z. J.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1921 Juli 11 geb. in Den Haag, niederländischer Staatsbürger, katholisch

1943 März 31–1944 Mai 24 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und

Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

ab 1943 Nov. 8 in der Außenstelle des FKFS in Kirchheim/Teck

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 81, 86; UAST 202/1 S. 68 f.

NB

HUGO JACOBI

Ehrensator/Entzug der Ehrensatorwürde aus rassistischen Gründen

1885 Okt. 23 geb. in Stuttgart¹; israelitisch

1914 Eintritt als Teilhaber in die väterliche Firma

1930 Juni 10 Ernennung zum Ehrensator der TH Stuttgart

1933 Oktober Hugo Jacobi wird gezwungen, seine Tätigkeit als Vorstand der eigenen Firma zu beenden

1933/1934 Entzug der Ehrensatorwürde durch die TH Stuttgart

1938 mehrfache Verhaftungen und Beschlagnahme des gesamten inländischen Vermögens durch das Deutsche Reich

nahme des gesamten inländischen Vermögens durch das Deutsche Reich

1939 bis 1940 „Arisierung“ der Jacobi AG

1940 Jan. 20 Emigration über die Schweiz und Südamerika in die USA

1980 April 27 gest.



Hugo Jacobi war ein Sohn Jacob Jacobis, der im Jahr 1880 in Stuttgart einen Brenne- rei- und Destillationsbetrieb gründete. Im Jahr 1914 traten Hugo Jacobi und sein Bruder Hermann – beide waren seit Beginn des Jahrhunderts schon als Mitarbeiter tätig – in die offene Handelsgesellschaft als Teilhaber ein. In den 1920er Jahren spezialisierte sich die Firma auf die Herstellung von Weinbränden („Jacobi 1880“). Die Brüder Hugo und Hermann Jacobi hatten in den Wirtschaftskreisen Stuttgarts eine bedeutende Rolle – Hugo Jacobi war auch Mitglied im Aufsichtsrat der Stuttgarter Hofbräu AG.

Im NS-Staat wurden die Familienmitglieder als Juden verfolgt. Schon 1933 musste Hugo Jacobi auf Druck nationalsozialistischer Mitarbeiter seine Tätigkeit als Vorstand der Familien-AG aufgeben. Seinem Bruder Hermann widerfuhr dasselbe im Jahr 1935.

Ende 1933 oder 1934 wurde Hugo Jacobis Name aufgrund seiner jüdischen Abstammung aus der Liste der Ehrensensoren der TH Stuttgart gestrichen. Der NS-Staat enteignete die beiden jüdischen Brüder in mehreren Schritten, zuletzt durch die „Arisierung“ der Jacobi AG, d. h. durch die erzwungene Übertragung der Familien-Aktien an einen nicht-jüdischen Eigentümer.² Vor der Verfolgung durch den NS-Staat emigrierten Hugo Jacobi und sein Bruder Hermann³ in die USA, Hugo mit Frau und Tochter erst spät im Jahr 1940 über die Schweiz.¹ Eine seiner Schwestern und ihr Ehemann sowie ein weiterer Schwager kamen in den Konzentrationslagern des NS-Staates ums Leben.

In den USA galt Hugo Jacobi zunächst als feindlicher Ausländer („Enemy Alien“) und hatte bis 1946 keine eigenen Einkünfte. Danach gründete oder übernahm Hugo Jacobi jedoch eine neue Firma, die Vernet Co. in New York, die sich mit der Herstellung von Sekt und Wermut befasste. Später erwarb Hugo Jacobi einen weiteren Betrieb der Branche in Frankreich und war noch mit 75 Jahren aktiv in seinen Firmen tätig.⁴ Die ehemalige Stuttgarter Firma war als Folge der Enteignung und durch die Kriegszerstörungen und Plünderungen nach Ende des Krieges untergegangen.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Daten und Informationen aus: StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 21179 (Akte Landesamt für Wiedergutmachung Stuttgart); UAST 127/210 (Ehrensensorenakte), Bestandsbeschreibung des Wirtschaftsarchivs Baden-Württemberg: <https://wabw.uni-hohenheim.de/73199> (17.12.2015).

¹ BA Berlin, Residentenliste 7. Aufl.

² StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 5832, 5834, 6169, 21179; Bestandsbeschreibung des Wirtschaftsarchivs Baden-Württemberg: <https://wabw.uni-hohenheim.de/73199> (17.12.2015)

³ Ausbürgerung Hermann Jacobis 1939: Liste 150 – Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 292 vom 13.12.1939, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter. <http://db.saur.de.dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=ADS-0158> (17.12.2015)

⁴ Aktennotiz v. 26.08.1960 in UAST 127/210 (Ehrensensorenakte)

NB

GUSTAV JACOBSTHAL

Architekturstudent/

rassistische Verfolgung, Vorenthaltung des Diplomzeugnisses

1910 Nov. 15 geb. in Hamburg

1930 Okt. 27 Immatrikulation, TH Stuttgart

WS 1930/31–SoSe 1933 und WS 1934/35–

SoSe 1938 Architekturstudium, TH Stuttgart

1938 März 15 Vordiplom

1938 Juli 25 Abschluss der Diplomhauptprüfung

1938 Sept. Emigration nach Guatemala

1938 Nov. 24 Hauptdiplomprüfung (Datum des Diplomzeugnisses)

1946 Mitglied der Fakultät für Ingenieurwesen an der Universität San Carlos, Guatemala-Stadt, später Universitätsprofessor für Stadtsoziologie an der Architekturfakultät der Universität San Carlos

1963 Annahme der Staatsbürgerschaft Guatemalas

1966 Dissertation: Rumbos de penetraciones regionales en Guatemala¹

1966 Okt. 13 Mitglied der Academia de Geografia e Historia de Guatemala²

1988 Mai 25 gest. in Guatemala-Stadt²

Als der Architekturstudent Gustav Jacobsthal, der im NS-Regime als sogenannter „Mischling ersten Grades“ galt, im September 1938 Deutschland verließ, hatte er zwei Monate zuvor seine Diplomhauptprüfung bestanden. Wie zu dieser Zeit üblich, erhielten die Absolventen zunächst nur eine Bescheinigung über die bestandene Diplomprüfung, mit der sie sich bewerben konnten. Die eigentliche Diplomurkunde wurde erst später, für die Absolventen des Sommertermins im November, ausgefertigt. Jacobsthal beantragte bei der TH, ihm die Urkunde nach Guatemala nachzusenden, doch dies geschah nie. Aus den Akten der Nachkriegszeit lässt sich der Fall rekonstruieren: Nach seiner Auswanderung unterließ das Prüfungsamt der TH Stuttgart, Jacobsthal das Zeugnis zuzusenden. Zwei Wochen vor der Ausstellung der Diplomurkunden am 24. November 1938 hatten die Novemberpogrome stattgefunden, und eine deutliche Verschärfung der rassistischen Verfolgungen im NS-Staat eingesetzt. Dies war wahrscheinlich der Anlass oder die Ermutigung für einen oder mehrere Verwaltungsbeamte, den „Mischling ersten Grades“ Gustav Jacobsthal zu schädigen. Sein prekärer Status im NS-Regime war der Hochschulverwaltung durchaus bekannt, denn auf seiner Karteikarte im Studentensekretariat hatte man im März 1937 notiert: „Vater ist nichtarischer Abstammung.“³ Erst nach dem Ende der NS-Herrschaft war Jacobsthal durch die Hilfe eines Offiziers der US-Armee (der – so ist anzunehmen – sich im Namen Jacobsthals an die Technische Hochschule gewandt hat) in den Besitz einer beglaubigten Kopie des Diplomzeugnisses gelangt. Jacobsthal hatte, wie das Landgericht Stuttgart 1968 im Rahmen des Wiedergutmachungsverfahrens in einem Urteil feststellt, dadurch, dass er die Urkunde über die bestandene Prüfung nicht vorweisen konnte, in Guatemala erhebliche berufliche Nachteile erlitten:

In Guatemala wurde er wegen des fehlenden Prüfungsnachweises nicht als Ingenieur angesehen. Deshalb durfte er auch kein Zusatzexamen ablegen, das ihn berechtigt hätte, die beabsichtigte Berufsausübung als freischaffender Architekt aufzunehmen. Er arbeitete als Zeichner, zunächst bei der Stadtverwaltung, dann im Ministerium für öffentliche Arbeiten. Bei einem Regierungsumsturz 1944 verlor er seine Stellung, erhielt aber eine beschränkte Bauerlaubnis. Erst ab 1. 1. 1947, nunmehr im Besitz der Prüfungsurkunde, war er als Architekt mit ausreichendem Einkommen erwerbstätig.⁴

Die Verwaltung der Technischen Hochschule wehrte sich 1957 strikt dagegen, dass von ihr ein solches Unrecht überhaupt hätte ausgehen, geschweige denn, dass es aus rassistischen Motiven hätte geschehen können. Man zog sich auf die formaljuristische Argumentation zurück und vertrat den Standpunkt, „dass jüdische Mischlinge, die zum Studium an der Technischen Hochschule zugelassen waren, ihr Studium ohne

Einschränkungen mit Prüfungen abschließen konnten und nach deren Bestehen auch das Diplom erhielten“.⁵ Hier mag das Urteil Wilhelm Tiedjes, Professor für Architektur, ausschlaggebend gewesen sein,⁶ verband man in der Architekturabteilung mit den „Mischlingen ersten Grades“ doch in erster Linie die Hilfe und Unterstützung, die ihnen durch die Professoren gewährt worden waren (vgl. Teil I, Kap. 4.3). Gustav Jacobsthal musste bis 1969 warten, bis ihm Gerechtigkeit widerfuhr. Nachdem das Oberlandesgericht Stuttgart seine Ansprüche auf Wiedergutmachung in der letzten Instanz abgelehnt hatte, ergriff das Baden-Württembergische Justizministerium die Initiative, um das durch die reaktionäre Justiz der Nachkriegszeit sanktionierte Unrecht aus der NS-Zeit aufzuheben. Gustav Jacobsthal erhielt nun die ihm zustehende Entschädigungszahlung unter der Rechtsform eines Vergleichs.

Vermutlich hatte Gustav Jacobsthal Guatemala als Exilland gewählt, weil schon sein Vater, der im NS-Staat als Jude geltende Medizinprofessor Erwin Jacobsthal,⁷ im Jahr 1934 dorthin emigriert war. Nach dem beruflich schweren Anfang in Guatemala wurde Gustav Jacobsthal dort jedoch zu einem erfolgreichen Architekten und Stadtplaner. Er baute neben Wohnhäusern auch Kirchen und andere öffentliche Gebäude und arbeitete in der Dirección General de Obras Públicas Guatemalas. Jacobsthal war korrespondierendes Mitglied zahlreicher Akademien Lateinamerikas sowie der Real Academia de la Historia in Madrid.²

Gustav Jacobsthal starb am 25. Mai 1988 im Alter von 77 Jahren in Guatemala-Stadt.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Daten aus der Prüfungsakte (UAST 120) und der Akte des Landesamtes für Wiedergutmachung Stuttgart (StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 38210). Für wichtige Hinweise auf Quellen und Literatur danke ich Herrn Dr. med. habil. Heiner Freiesleben, Lübeck.

¹ Veröffentlicht in: *Anales de la Sociedad de Geografía e Historia de Guatemala* 39 (1966), S. 355–375

² [Anonym]: Gustavo W. Jacobsthal (1910–1988), [Nachruf] in: *Academia de Geografía e Historia de Guatemala* 72 (Dez. 1988), S. 345 f.

³ UAST 10/55 (Jacobsthal, Gustav)

⁴ StA Ludwigsburg Bü 350 I Nr. 38210 (Urteil des Landgerichts Stuttgart v. 11. 01. 1968)

⁵ UAST 120 (Prüfungsakte Jacobsthal, Gustav) Nr. 6: Schreiben Zentrale Verwaltung an Rechtsanwalt Heinrich Schlüter v. 09. 11. 1957

⁶ UAST 120 (Prüfungsakte Jacobsthal, Gustav) Nr. 2: Schreiben Zentrale Verwaltung an Rechtsanwalt Heinrich Schlüter v. 13. 06. 1957

⁷ Zu Erwin Jacobsthal (1879–1952) siehe: Starsonек, Astrid: *Erwin Jacobsthal (1879–1952). Bakteriologe und Serologe am Allgemeinen Krankenhaus St. Georg in Hamburg. Leben und Werk.* Diss. Lübeck 2007

WALTER JENNEW EIN

Architekturstudent/
Verfolgung aus rassistischen Gründen

1910 Sept. 11 geb. in Stuttgart, evangelisch

1929 Abitur an der Wilhelms-Oberrealschule, Stuttgart

1929 halbjähriges Baupraktikum als Maurer zur Vorbereitung des Architekturstudiums

WS 1929/30–SoSe 1931 Architekturstudium an der TH Stuttgart

1931 Nov. 2–1932 Okt. 31 Zwischenpraxis auf dem Büro des Bezirksbauamts Stuttgart

1931 Dez. 1 Diplomvorprüfung, „bestanden“

WS 1932/33–SoSe 1933 Fortsetzung des Architekturstudiums, TH Stuttgart

1933 Nov. 1–1934 Nov. 1 Tätigkeit im Architekturbüro Dr.-Ing. Zoller

WS 1934/35–1936 Febr. 22 Fortsetzung des Architekturstudiums, TH Stuttgart

1936 März 20 Diplomprüfung, „gut bestanden“

1936 März

1–31 Mitarbeit im Architekturbüro W. Kauderer

1936 April 1–

1937 Okt. 1¹

Architekt im Büro Hans Eitel, Stuttgart

1937 Okt. 1–1950 Jan. 15¹ Architekt im Büro P. J. Manz, Stuttgart

1940 Jan. 12–1943 Jan. 1 Soldat in der Wehrmacht

1950 Jan. 16 Architekt im Hochbauamt der Stadt Esslingen/Neckar

1957 April 1 Ernennung zum Baurat

1966 Jan. 1 Ernennung zum Oberbaurat

1972 Dez. 31 Ruhestand

1995 gest.



Walter Jennewein
um 1933

Walter Jennewein entstammte einer Künstlerfamilie, sein Vater Paul Jennewein war Graphiker und Kunstmaler. Die Familieneinkünfte waren bescheiden, sodass Walter Jennewein sein Studium durch eigene Arbeit finanzieren und hierfür auch ein Jahr aussetzen musste.² Während der NS-Herrschaft geriet die Familie in große Bedrängnis, weil Jenneweins Mutter als Jüdin galt, er selbst nach den Nürnberger Gesetzen als sogenannter „Mischling ersten Grades“. Im Studentensekretariat wurde für ihn wie für die jüdischen Studierenden eine gelbe Karteikarte angelegt. Der Familienüberlieferung zufolge hatte er als Student an der TH Stuttgart keine Probleme. Allerdings ist unklar, welchen Hintergrund der Eintrag auf seiner Karteikarte im Prüfungsamt hatte, nach dem er eine Diplomteilprüfung erst nach einer zeitlichen Frist wiederholen durfte. Jennewein orientierte sich in seinem Studium an Paul Bonatz, der auch seine Diplomarbeit betreute. Der Architekturlehre Paul Schmitthenners, den er in den ersten vier Semestern als akademischen Lehrer hatte, und dessen anfänglicher Anlehnung an das NS-Regime stand er sehr kritisch gegenüber.²

Im Jahr 1948 schrieb er an das Landesamt für Wiedergutmachung: „Im Jahre 1937 [sic!] konnte ich als einer der letzten Mischlinge an der Techn. Hochschule Stuttgart das Examen eines Diplomingenieurs ablegen, konnte mich aber nicht selbstständig machen,

sondern wurde in untergeordneter Arbeit beschäftigt, Beamtenstellung war versagt. Außerdem war mir verboten zu heiraten.⁴³ Mit Hilfe von Paul Bonatz² fand er eine Stelle im Stuttgarter Architekturbüro Hans Eitel sowie später im Büro Philipp Jacob Manz in Stuttgart, das inzwischen der Sohn des Gründers Max Manz leitete. Jennewein wurde auch zur Wehrmacht eingezogen und kam nach Frankreich, wo er u. a. als Dolmetscher und Kartenzeichner eingesetzt wurde.² Wie alle sogenannten „Mischlinge ersten Grades“ wurde er jedoch Anfang 1943 aus der Wehrmacht entlassen. Seine Sorge galt seiner Mutter, die als Jüdin in besonderer Gefahr war, dann aber mit Hilfe des Kantors an der Lukaskirche, August Langenbeck, als einzige ihrer Familie – mit Ausnahme einer Cousine Jenneweins – überlebte.²

Offenbar ohne weitere Dienstverpflichtung konnte Walter Jennewein das Kriegsende im Büro von Max Manz erwarten. Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete er als Architekt und zuletzt als Oberbaurat im Hochbauamt der Stadt Esslingen/Neckar.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: UAST10/55 (Karteikarte Jennewein, Walter); UAST 120 (Prüfungsakte); StadtA Esslingen PA 2008 (Personalakte Walter Jenneweins).

1 Nach anderen Schriftstücken in der Personalakte war Jennewein bis 31. Sept. 1938 im Architekturbüro Hans Eitel bzw. ab 01. Okt. 1938 im Büro Baurat Manz tätig.

2 Freundliche Auskunft von Susanne Jennewein v. 18. 04. 2014 und Dr. Mattias Jennewein v. 01. 07. 2015 an den Verfasser

3 StA Ludwigsburg EL350 I Nr. 5860

NB

ERNST GABRIEL JENNY

Lehrbeauftragter/Verdrängung

1872 April 16 geb. in Menton bei Nizza, Schweizer Staatsbürger

Gymnasien in Zürich und Odessa

1892–1894 Studium der Agrarwissenschaften mit Schwerpunkt Nationalökonomie an der Landwirtschaftlichen Akademie Hohenheim (heute Universität Hohenheim)

1896–1899 Studium der Staatswissenschaften in Berlin

Verwaltung des Familienbesitzes (Großgrundbesitz in Südrussland, Berg- und Hüttenwerke im Donezbecken)

1913 Promotion zum Dr. phil.

ab 1914 freiwillige Mitarbeit im deutschen Kriegspresseamt und im stellvertretenden Generalstab

1918 aus Russland vertrieben, in den folgenden Jahren Privatgelehrter und Syndicus des Margarineverbandes in Berlin

1930 Berufung auf eine a. o. Professur für Volkswirtschaftslehre (mit den Rechten eines ord. Prof.) an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim; Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft

seit 1932 Lehrauftrag an der TH Stuttgart¹

seit SoSe 1935 laut Vorlesungsverzeichnis keine
Lehrveranstaltung mehr an der TH Stuttgart

1935 Okt. Entlassung

1939 Okt. 18 gest. in Stuttgart

In der „List of displaced German scholars“, die 1936 von der „Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland“ in London veröffentlicht wurde, erscheint auch der Wirtschaftswissenschaftler Ernst Jenny, damals Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim und Dozent an der Technischen Hochschule Stuttgart.² Er wurde im Herbst 1935 in Hohenheim gezwungen, seine Entlassung zu beantragen. Schon im Sommersemester 1935 hielt er keine Lehrveranstaltung mehr an der TH Stuttgart, was die gleichen Gründe wie seine Amtsverdrängung aus der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim gehabt haben dürfte. Jenny, der nach der russischen Revolution durch die Bolschewisten enteignet und aus Russland vertrieben worden war und im Ersten Weltkrieg freiwillig für das deutsche Militär gearbeitet hatte, ist sicherlich nationalkonservativen Kreisen zuzuordnen. Der Zeitpunkt der Verdrängung aus dem Amt im Jahr 1935 lässt darauf schließen, dass er auch zu den Professoren gehörte, die jetzt im Zuge der weiteren Ideologisierung der Hochschulen trotz ihrer nationalbewussten politischen Grundhaltung aus ihren Lehrämtern entfernt wurden. „Zweifellos hat Prof. Dr. Jenny seit der nationalen Revolution den besten Willen, sich mit den Gedankengängen des Nationalsozialismus vertraut zu machen. Diese Bemühungen haben aber keinen befriedigenden Erfolg gezeigt und Prof. Dr. Jenny wird nie in der Lage sein, Volkswirtschaft nationalsozialistisch zu lesen“, resümierte 1935 der Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule gegenüber dem Württembergischen Kultministerium.³ Jenny erhielt nach seiner Entlassung eine Pension. Er ließ im Juni 1936 eine große Zahl von Möbeln und Kunstgegenständen seines Haushalts versteigern⁴ – sie lassen auf einen großbürgerlichen Haushalt und gehobenen Lebensstil schließen – und lebte bis zu seinem Tod zurückgezogen in Stuttgart.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus:

Ulrich Fellmeth: Artikel Jenny, Ernst Gabriel, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil. Online-Datenbank. De Gruyter (30.04.2015) (Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration. Hrsg. v. Harald Hagemann u. Claus-Dieter Krohn. München 1999, Bd. 1, S. 290 f.); WBIS: Artikel Jenny, Ernst, in: Die wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer an den reichsdeutschen Hochschulen u. an der TH Danzig (1938); WBIS: Artikel Jenny, Ernst Gabriel, in: Neue Schweizer Biographie. Hrsg. v. A. Bruckner (1938).

¹ Programm der württembergischen Technischen Hochschule Stuttgart für das Studienjahr 1932/33. Stuttgart o.J. (1932), S. 26

² Schwartz, P. (Hrsg.): List of displaced German scholars. Reprint der Ausgabe London 1936. Neuausg. hrsg. Koordinationsstelle zur Erforschung der Deutschsprachigen Exil-Literatur, Stockholm 1974, S. 30

³ Zitat nach Fellmeth (siehe oben unter Quellen)

⁴ StA Ludwigsburg K 746 Bü. 173

WERNER JEREMIAS

aus rassistischen Gründen abgelehnter
Studienbewerber

1913 Juli 15 geb. in Straßburg

1933 Febr. 25 Reifezeugnis

1933 Ablehnung der Immatrikulation an der
TH Stuttgart

1935–1937 Studium am Kyffhäuser-Technikum
in Bad Frankenhausen

1937 Febr. 27 Abschlusszeugnis

1943 Erkrankung an Lungentuberkulose

1946–1947 Studium am Staatlichen Berufspä-

dagogischen

Institut in Stutt-
gart

1948 Juni 26

Staatsprüfung für
das Lehramt an
Gewerbeschulen

1951 Tätigkeit als Elektroingenieur in Frank-
furt/Main



Dem Studienbewerber Werner Jeremias wurde von der Technischen Hochschule Stuttgart die Immatrikulation verweigert, weil er jüdischer Abstammung war. Als er sich einschreiben wollte – wahrscheinlich im Jahr 1933 – gab es hierfür noch keine gesetzliche Grundlage. Als die Verwaltung der Technischen Hochschule anlässlich des Wiedergutmachungsverfahrens für Jeremias' mit dem Vorgang konfrontiert wurde, gab sie sich wie in ähnlichen Fällen unverständlich. Man zog sich auf die damaligen rechtlichen Bestimmungen zurück und erklärte, dass danach eine Immatrikulation durchaus möglich gewesen wäre, Jeremias' Darstellung also unrichtig sei.

Jeremias erhielt trotz seines prekären Status als „Mischling ersten Grades“ im Jahr 1935 einen Studienplatz an einer Ingenieurschule, dem Kyffhäuser-Technikum in Bad Frankenhausen. Die rassistische Gesetzgebung des NS-Staates verbot ihm zu heiraten: „Als jüdischer Mischling ersten Grades konnte ich meine jetzige Frau im Jahr 1941 nicht heiraten. Nach späterem illegalem Zusammenleben wurden wir durch die Gestapo gewaltsam getrennt.“¹ Die Erkrankung an Lungentuberkulose im Jahr 1943 bewahrte ihn vor der Zwangsarbeit, zu der die „Mischlinge ersten Grades“ am Ende des Zweiten Weltkrieges herangezogen wurden.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft ließ sich Jeremias in Stuttgart zunächst als Gewerbelehrer ausbilden, arbeitete in den 1950er Jahren aber als Prüffeldingenieur in der Industrie.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Daten aus der Akte des Landesamtes für Wiedergutmachung Stuttgart (StA Ludwigsburg EL350 I Bü 2827) sowie aus UAST 17/724 Nr. 1.

¹ StA Ludwigsburg EL350 I Bü 2827

JESAJAS

jüdischer Chemiestudent

Den jüdischen Chemiestudenten mit Nachnamen Jesajas kennen wir nur aus einem Brief Prof. Erwin Ott, den dieser in seinem Spruchkammerverfahren an den Minister für politische Befreiung schrieb und in dem er zu seiner Entlastung den folgenden Tatbestand anführte:

*Besondere Unterstützung und wissenschaftliche Förderung jüdischer Studenten
(Fälle Weissenburger, Oppenheimer, Mendelsohn, Jesajas, Bass, Katzenstein)*

Quellen: StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 86536 (Spruchkammerakte Ott, Erwin) Bl.95 (Brief Otts v. 01.03.1949 an den Minister für politische Befreiung)

NB

ERIKA JOACHIMSTHAL

jüdische Chemiestudentin

Die jüdische Chemiestudentin Erika Joachimsthal wird beim Spruchkammerverfahren gegen Professor Werner Köster erwähnt. Sie war im August 1937 Praktikantin am Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung.

Möglicherweise ist sie mit der jüdischen Studentin Erika Joachimsthal, geb. 1916 in Dresden, identisch, die am 13. Juni 1939 von Bremen aus nach London emigrierte.¹

Quellen: StA Ludwigsburg EL902/20 Nr. 99668 (Spruchkammerakte Köster, Werner) Bl. 12, 29

1 http://212.227.236.244/passagierlisten/listen.php?ArchivIdent=AIII15-13.06.1939-4_N&abreishafen=Bremen&ankunftshafen=Southampton,%20England&lang=en&start=1&more=656379#656374
(02.02.2016)

NB

ROBERT AUGUSTE JOLLAIN

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1912 April 19 geb. in Xures, französischer Staatsbürger, katholisch

1941 Jan. 21–1945 April 21 Kriegsgefangener/Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Laborant

Quellen: UAST 33/1/65, 33/1/76; UAST 202/1 S. 15; UAST 17/684 Beilage 54 (Zeugnis Jollains für Karl Wellinger und Paul Gimmel v. 03. 05. 1945)

NB

RÉNÉ JOUBERT

Zwangsarbeiter an der TH Stuttgart, Hochschulverwaltung

1905 Juni 16 geb. in Paris, französischer Staatsbürger, evangelisch

1941 Jan. 24–1945 März 31 Zwangsarbeiter an der TH Stuttgart als Heizer

Rektor Heinrich Hess berichtet in seinem Spruchkammerverfahren von dem „Fall des französischen Zivilarbeiters René Joubert, der als einziger Ausländer bei der Hochschulverwaltung arbeitete“.¹

Quellen: UAST 202/1 S. 16

1 StA Ludwigsburg EL 902/2 Bü 1998 (Spruchkammerakte Hess, Heinrich) Bl. 71

NB

B. K.

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1922 Dez. 23 geb. in Vojnic, jugoslawischer Staatsbürger, katholisch

1942 Juli 27–1942 Nov. 12 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 57 f.

NB

K. K.

Student des Maschinenbaus/rassistische Verfolgung

1915 geb. in Tübingen

Abitur am Realgymnasium Herne

1 Semester Studium an der TH Danzig

ab 1936 7 Semester Studium, TH Stuttgart**1938 Mai 14** Vordiplom, TH Stuttgart**1940 März 30** Diplom, TH StuttgartTätigkeit als Ingenieur bei den Junkers Flugzeugwerken¹Militärdienst bei der Luftwaffe, Kriegseinsätze in Sizilien (Italien)¹**1946** Gründung einer eigenen Maschinenbaufirma im Ruhrgebiet**1977** gest.¹

K. K., dessen Vater Chefarzt der chirurgischen Abteilung eines Krankenhauses im Ruhrgebiet war,² wollte ursprünglich Medizin studieren. Da ihm dies aber als sogenanntem „Mischling zweiten Grades“ im NS-Staat verboten war, begann er ein Studium des Maschinenbaus an der TH Stuttgart. Dort befreundete er sich mit K.W., dem späteren Studentenführer, der trotz dieser Funktion im NS-Staat zu ihm stand und ihn in seiner prekären Situation stützte. K. K. berichtete nach dem Ende der NS-Herrschaft: „Zur selben Zeit [um 1937; Zusatz N.B.] wurden Juden und teilweise auch Mischlinge von der Hochschule verwiesen und die verbliebenen Mischlinge durch Rundschreiben diskriminiert und dem Boykott preisgegeben.“³

K. K. konnte jedoch sein Studium abschließen. Nach dem Zweiten Weltkrieg gründete er 1946 im Ruhrgebiet eine noch heute bestehende Maschinenbaufirma.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: UAST 120 (Studentenakte); StA Ludwigsburg EL 902/6 Bü 4222 (Spruchkammerakte K.W.) Bl. 13: Schreiben des K. K. v. 09. 09. 1946.

1 UAST 202**2** Verhandlungen der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie 67 (1950), S. LXVIII**3** StA Ludwigsburg EL 902/6 Bü 4222 (Spruchkammerakte K.W.) Bl. 13: Schreiben des K. K. v. 09. 09. 1946**NB****L. K.**

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1922 April 14 geb. in Mailand, italienischer Staatsbürger, katholisch**1943 Nov. 20–1944 Jan. 10** Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Dreher**Quellen:** UAST 131/3 Nrn. 81, 86; UAST 202/1 S. 47**NB**

M. K.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1925 März 18 geb. in Den Haag, niederländischer Staatsbürger, katholisch

1943 März 31–1943 Sept. 18 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und

Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter und Elektromonteur

1943 Sept. 18 eigenmächtig nach Hause gereist

In einer Gruppe von 30 Arbeitskräften aus den Niederlanden war der gerade 18 Jahre alt gewordene M. K. aus Den Haag Ende März 1943 als Hilfsarbeiter vom Arbeitsamt Stuttgart dem Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren zugewiesen worden. Knapp ein halbes Jahr hielt er es hier aus und ging am 18. September 1943 „nach Holland“ zurück, wie man im Institut zu wissen glaubte. Schon drei Tage später unterrichtete das FKFS das zuständige Stuttgarter Arbeitsamt. Nach vergeblicher Vorladung des M. K. vor das Arbeitsamt in Den Haag und einer ebenso vergeblichen Hausdurchsuchung bei seinen Eltern wurde der Fall „dann am 17.11.43 dem hiesigen deutschen Sicherheitsdienst, zwecks Ergreifung von Strafmaßnahmen durchgegeben“. Wahrscheinlich wurde M. K. gefasst und musste wieder im FKFS arbeiten: Ein späteres Schreiben des Arbeitsamts Stuttgart wies das FKFS an, 60 Prozent seines Nettolohns künftig an ein Konto des Reichskonsulenten voor Sociale Zaaken in Arnheim zur sozialen Unterstützung (wahrscheinlich für niederländische Arbeitnehmer) anzuweisen.

Quellen: UAST 131/3/80; UAST 202/1 S. 95; UAST 131/3/39; Karteikarte: 0.1/97693603, ITS Digital Archive, Bad Arolsen

NB

W. K.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1923 Mai 9 geb., „Ostarbeiter“

ab 1942 Juli 13 Zwangsarbeiter am Forschungs-

institut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 83, 90; UAST 202/1 S. 136

NB

WERNER KAHN

Student des Maschinenbaus/rassistische Verfolgung

1913 Jan. 24 geb. in Landau/Pfalz

Abitur am Humanistischen Gymnasium
Landau

1938 Jan. 3 Diplomvorprüfung Maschinen-
bau, TH Stuttgart

1939 Okt. 4 Diplomhauptprüfung

1940 März 1 Zeugnis über die Diplomhaupt-
prüfung

1944/45 Zwangsarbeit in einem Gestapo-
Lager¹

Werner Kahn, der wegen seines Vaters aus jüdischer Familie im NS-Staat als sogenannter „Mischling ersten Grades“ galt, konnte, noch kurz bevor auch den Mischlingen Schwierigkeiten bereitet wurden, sein Hochschulstudium abschließen. Zu Beginn seiner Studienzeit konnte er als sogenannter „Nichtarier“ nicht Mitglied der Deutschen Studentenschaft sein, was ihm aber – vermutlich infolge der für „Mischlinge“ zunächst günstigen Bestimmungen der Nürnberger Gesetze – nach drei Semestern ermöglicht wurde.

In einer eidesstattlichen Erklärung, die Werner Kahn als Entlastungszeugnis für einen Studienkollegen in dessen Spruchkammerverfahren abgab, berichtete er über sich und seine Familie: In den letzten sieben Kriegsmonaten war er in einem Gestapo-Zwangsarbeitslager. Sein Vater Hermann Kahn (1880–1944), der Oberlandesgerichtsrat gewesen war, wurde 1944 in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert und im Oktober 1944 nach Auschwitz, wo er ermordet wurde.²

Quellen: Sofern nicht anders angegeben, sind alle Informationen der Prüfungsakte Werner Kahns entnommen: UASt 120/Kahn, Werner.

¹ StA Ludwigsburg EL.903/1 Bü 719

² <http://yvng.yadvashem.org/> (02.02.2016)

NB

CASPAR KANI

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1910 Nov. 16 geb. in Zemun, jugoslawischer
Staatsbürger (Kroatien), katholisch

1943 Sept. 16–1944 März 15 Zwangsarbeiter
an der Materialprüfungsanstalt, Institut für
Bauforschung, als Ingenieur

Quellen: UASt 33/1/65; UASt 202/1 S.56

NB

KATZENSTEIN

jüdischer Chemiestudent

Den jüdischen Chemiestudenten mit Nachnamen Katzenstein kennen wir nur aus einem Brief Prof. Erwin Ott's, den dieser in seinem Spruchkammerverfahren an den Minister für politische Befreiung schrieb und in dem er zu seiner Entlastung den folgenden Tatbestand anführte:

Besondere Unterstützung und wissenschaftliche Förderung jüdischer Studenten (Fälle Weissenburger, Oppenheimer, Mendelsohn, Jesajas, Bass, Katzenstein).

Quellen: StA Ludwigsburg EL.902/20 Bü 86536 (Spruchkammerakte Ott, Erwin) Bl.95 (Brief Ott's v. 01.03.1949 an den Minister für politische Befreiung) NB

HUGO JOSEF KAUFFMANN

a. o. Professor für Chemie/
Zwangspensionierung und Entzug des
Lehrauftrags aus rassistischen Gründen

1870 Juli 27 geb. in Ludwigsburg, württembergischer Staatsangehöriger

Vater: Jakob Kauffmann, Inhaber einer Textilfabrik in Stuttgart Zuffenhausen¹

1888 Sept. 15 Reifezeugnis der Oberrealschule Stuttgart

1888 Herbst–1891 Frühjahr Studium der Chemie, Physik, Mathematik und Mineralogie an der TH Stuttgart²

1891 Frühjahr–1892 Herbst Studium der Chemie, Physik, Mathematik und Mineralogie an der Universität Heidelberg²

1892 Promotion an der Universität Heidelberg³
Schüler von K. Auwers

1892 Wehrdienst als Einjährig-Freiwilliger²

1893 bis 1894 Besuch der Chemieschule in Mühlhausen im Elsass¹

1894 Assistent bei F. Réverdin in Genf

1896 Assistent bei Professor Classen in Aachen

1897–1914 Erster Assistent am Laboratorium

für allgemeine Chemie der TH Stuttgart bei Prof. Carl v. Hell, als solcher Leiter der organischen

Abteilung dieses Laboratoriums.⁴

1897 Dez. 6–1933 Mai 3⁵ Privatdozent für Chemie in der Abteilung für chemische Technik der TH Stuttgart

1904 Ernennung zum außerordentlichen Professor für Chemie an der TH Stuttgart

1907 Ruf von der British Association for the Advancement of Science nach Leicester

1914 Herbst –1918 Dez. 31 Tätigkeit als Aushilfslehrer in Physik und Chemie an der Friedrich-Eugen-Realschule Stuttgart

seit 1914 Lehrauftrag an der TH Stuttgart für Farbenchemie



seit 1919 Lehrauftrag an der TH Stuttgart für Chemische Technologie der Brenn- und Leuchtstoffe

seit 1921 Juli 1 Lehrbeauftragter der chemisch-technischen Abteilung des Reutlinger Technikums für Textilindustrie

1921-1933 Mai 3 Vorstand des „Laboratoriums für analytische Chemie und Bleichertechnik“ und Leiter der chemischen Abteilung am Technikum für Textilindustrie in Reutlingen

seit April 1922 Baurat a. g. St. (Professor) am Technikum für Textilindustrie in Reutlingen

seit April 1930 Professor der Gr. 3 am Technikum für Textilindustrie in Reutlingen

1933 Mai 3 Zwangsbeurlaubung

1933 Sept. 25 Zwangspensionierung durch den Reichsstatthalter aufgrund von §3 Abs. 1 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933^{5,6}, danach Umzug der Familie Kauffmann von Reutlingen nach Stuttgart

1938 Nov. 9 Verhaftung Hugo Kauffmanns während der Pogromnacht

1939 Febr. 24 Auswanderung in die USA

seit 1939 Physiko-Chemiker im Forschungstab der Food Machinery and Chemical Corp.'s Becco Chemical Division, Buffalo, New York, USA^{7,8,9}

1957 Aug. 31 gest.

Gemeinsam mit anderen deutschen Ehepaaren jüdischen Glaubens aus Frankfurt, Zürich, Wien und Budapest erreichte auch das Ehepaar Kauffmann am 3. März 1939 den sicheren Hafen von New York. Offenbar wenige Tage vor der bereits gebuchten Schiffsreise am 22. Februar 1939 von Hamburg nach New York hatten die beiden ihre Reiseroute kurzfristig geändert. Der Grund für die Änderung ihrer Pläne ist nicht bekannt. Hugo Kauffmann war während der Stuttgarter Pogromnacht im November 1938 von der Gestapo verhaftet worden.¹⁰ Nach seiner Freilassung folgten die nun nicht mehr aufzuschiebenden Vorbereitungen für die schon länger geplante Übersiedelung von Martha und Hugo Kauffmann in die USA. Von der englischen Hafenstadt Southhampton aus reisten beide schließlich am 24. Februar 1939 auf der „Manhattan“ in die Vereinigten Staaten, wo auch ihr Sohn, Dr. Hans O. Kauffmann, schon einige Zeit zuvor eine neue Heimat gefunden hatte.¹¹ Er war es offenbar auch, der für den Vater den Kontakt bei dessen neuem Arbeitgeber vermittelt hatte, der BECCO Chemical Division, Food Machinery and Chemical Corp. Buffalo, New York, für die auch Hans O. Kauffmann selbst als technischer Leiter tätig war.¹²

Für den Bruder Hugo Kauffmanns hingegen kam jede Hilfe zu spät. Der Stuttgarter Augenarzt Dr. Eugen Kauffmann und dessen Frau Elsa wurden 1942 nach Theresienstadt deportiert. Während Eugen Kauffmann im August 1943 dort verstarb, wurde seine Frau im Oktober 1944 im KZ Auschwitz für tot erklärt.¹³ Hugo Kauffmanns Neffe Fritz war schon 1927 nach Australien emigriert, von wo aus er nach China und schließlich 1951 nach New York reiste. Die für die Einreise seiner Eltern nach Shanghai erforderlichen Dokumente hatte der Sohn organisiert, doch sollte der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs deren Flucht aus Deutschland verhindern. Ab September 1941 musste das Ehepaar Kauffmann einen Judenstern tragen.¹⁴

Hugo Kauffmann, der besonders durch seine Untersuchungen auf dem Gebiet der Cellulose-Chemie bekannt geworden war, war am 3. Mai 1933 mit sofortiger Wirkung

„bis auf weiteres“ zwangsbeurlaubt worden.¹⁵ Von diesem Tag an durfte er weder seine Büroräume am Reutlinger Technikum für Textilindustrie betreten noch seine Funktion als Privatdozent für Chemie in der Abteilung für chemische Technik der TH Stuttgart wahrnehmen. Nachdem am 7. April 1933 das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erlassen worden war, das in §3 Absatz 1 die Versetzung von „Beamten nicht arischer Abstammung in den Ruhestand“¹⁶ vorsah, erhielt auch Hugo Kauffmann am 28. August 1933 eine Eröffnungsbescheinigung zur Durchführung dieses Gesetzes.¹⁷ Doch Kauffmann, der auch nach der Ernennung zum Professor am Reutlinger Technikum für Textilindustrie im Jahre 1922 seinen Lehrauftrag an der TH Stuttgart behalten hatte, war fest entschlossen, mit Hilfe der Paragraphen sein Recht auf die Fortführung seiner bisherigen Berufslaufbahn gegen diejenigen, die eine vorzeitige Pensionierung gegen seinen Willen erreichen wollten, durchzusetzen. In einem Schreiben an das württembergische Wirtschaftsministerium vom 30. August 1933¹⁷ erinnerte der Chemiker daher an die in der Dritten Verordnung zur Durchführung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ in §1 Absatz 2 verankerten Regelung, dass Privatdozenten an wissenschaftlichen Hochschulen als Beamte im Sinne dieses Gesetzes galten.¹⁸ Für diese wiederum hatte die Reichsregierung, die das „Berufsbeamtengesetz“ am 7. April 1933 beschlossen hatte, einen Paragraphen geschaffen, der sie vor der Entlassung schützte (§3 Abs. 2). Wie er gegenüber dem Ministerium argumentierte, war er davon überzeugt, mit seiner seit 1. August 1914 bestehenden ununterbrochenen Anstellung im Staatsdienst die Voraussetzung für die Ausnahmeregelung zu erfüllen. Hugo Kauffmann, der sich am Reutlinger Technikum für Textilindustrie schon des Öfteren als „streitbarer Geist“ und „Kämpfer für seine Rechte“¹⁹ erwiesen hatte, ging bei seiner Eingabe offenbar von der Annahme aus, dass die Ausnahmeregelung, die er zu seinem Schutz anführte, für die verantwortlichen Stellen als verbindliche und nicht durch Uminterpretation außer Kraft zu setzende Gesetzesnorm gelten musste. Offenbar um sicher zu gehen, sich mit seinem berechtigten Anliegen auch durchsetzen zu können, hob Hugo Kauffmann in der letzten Passage seines Schreibens hervor, dass er sich „während des Krieges in der Stellung als Privatdozent mit kriegstechnischen Fragen beschäftigt“ habe und „mit Institutsmitteln unter Anderem über Gift- und Reizgase unter Fühlungnahme mit Herren vom Kriegsministerium arbeitete“.¹⁷

Der Gedanke, dass die Verhinderung einer Zwangspensionierung jüdischen Beamter, die die geforderten Kriterien erfüllten, gar nicht das Ziel der für die Auslegung und Anwendung der Ausnahmeregelungen zuständigen Stellen war, dürfte sich dem auch international anerkannten Gelehrten spätestens mit Erhalt seiner am 25. September 1933 vom Reichsstatthalter des Württembergischen Landesgewerbebeamtes verfügten Zwangspensionierung aufgedrängt haben. Doch auch zu diesem Zeitpunkt wollte sich Hugo Kauffmann noch nicht geschlagen geben und er fasste den Entschluss, selbst in die Offensive zu gehen. Am 26. September 1933 wandte er sich mit der Bitte um Versetzung in den Ruhestand selbst an das Württembergische Landesgewerbeamt, um die durch den Reichsstatthalter verfügte Zwangsmaßnahme doch noch in letzter Minute abzuwenden. Doch auch diese Initiative Kauffmanns scheiterte. Wie ihm das Landesgewerbeamt mitteilte, sei sein eigener Antrag durch die Verfügung des Reichsstatthalters „überholt“ worden und

könne daher keine Berücksichtigung mehr finden.²⁰ Am 17. Oktober 1933 unterzeichnete Hugo Kauffmann die entsprechende „Eröffnungsbescheinigung“. Seine Dienstbezüge erhielt Hugo Kauffmann bis Ende Januar 1934 und bekam noch bis 1941 ein Ruhegehalt ausbezahlt, welches er aber zu einem großen Teil als „Judenvermögensabgabe“ wieder an den Staat zurückzahlen musste.²¹ Als ihm am 17. Oktober 1933 vom Württembergischen Kultministerium eine Anfrage zu seiner Lehrberechtigung an der Technischen Hochschule Stuttgart gestellt wurde, teilte er mit, dass er auf diese verzichte.²²

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus Hugo Kauffmanns Personalakte des Württembergischen Wirtschaftsministeriums (HStA Stuttgart E 383a Bü 256).

1 HStA Stuttgart E 383a Bü 256: „Stammliste von Dr. Hugo Kauffmann, Professor am Technikum für Textilindustrie in Reutlingen“

2 Universitätsbibliothek Heidelberg, Signatur Z 1756, 15: selbst verfasster Lebenslauf Hugo Kauffmanns in seiner Dissertation

3 Titel und Thema der Dissertation Hugo Kauffmanns, Universitätsbibliothek Heidelberg, Signatur Z 1756, 15: Zur Kenntniss der Stereoisomerie aliphatischer Dicarbonsäuren. Stuttgart 1892 (Inaugural-Dissertation zur Erlangung der philosophischen Doctorwürde vorgelegt der hohen naturwissenschaftlich-mathematischen Facultät der Ruprecht-Carls-Universität zu Heidelberg)

4 HStA Stuttgart E 383a Bü 256, Q 24 und Q 25: Stammliste 1 und 2 von Hugo Kauffmann

5 HStA Stuttgart E 383a Bü 256, Q 24: Schreiben des Württembergischen Kultministeriums an das Wirtschaftsministerium v. 17. 10. 1933

6 HStA Stuttgart E 383a Bü 256, Q 26: Auszug aus dem Amtsblatt des Württembergischen Innenministeriums vom 07. 11. 1933, Nr. 11: Entschließung des Herrn Reichsstatthalters vom 25. 9. 1933: „Dr. Kauffmann, Professor am Technikum für Textilindustrie in Reutlingen, wird auf Grund des §3 Abs. 1 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand versetzt.“ Neben dem Amtsblatt des Innenministeriums veröffentlichte auch der Staatsanzeiger die Zwangspensionierung des Chemikers (ebd. Q 24).

7 Zelzer, Weg und Schicksal S. 488

8 Nachruf Hugo Kauffmann, in: Chemical English News vom 30. September 1957, Nr. 35 (39), S. 99 f.

9 Notiz Hugo Kauffmann in Rubrik „Ausland/Gestorben“, in: Nachrichten aus Chemie und Technik vom 21. November 1957, Bd. 5, Nr. 22, S. 336

10 Böttcher, Karin-Anne: Ausgrenzung und Verfolgung – Auswirkungen der nationalsozialistischen Rassenpolitik in Reutlingen, in: Heinz Alfred Gemeinhardt (Bearb.): Reutlingen 1930–1950. Nationalsozialismus und Nachkriegszeit. Reutlingen 1995, S. 130–172, hier S. 164

11 „New York, New York Passenger and Crew Lists, 1909, 1925–1957“, index and images, Family Search (<https://familysearch.org/pal:/MM9.3.1/TH-1942-22089-14931-87?cc=1923888&wc=MFK7-K38:1030085701>: accessed 17 Oct. 2014), 6291 – vol 13544–13545, Mar 2, 1939, image 609 of 784, citing NARA microfilm publication T715 (Passagierliste der Manhattan von Southampton nach New York vom 24. Februar 1939, auf der Hugo Kauffmann und seine Frau Martha als Passagiere aufgelistet sind). Als Kontaktadresse in New York, die bei der Ankunft dem „States Immigration Officer“ vorzulegen war, gab das Ehepaar Kauffmann die Anschrift ihres Sohnes, Dr. Hans O. Kauffmann, an.

12 Nachruf Hugo Kauffmann, in: Chemical English News vom 30. September 1957, Nr. 35 (39), S. 99 f.: “He came to the U. S. in 1939 to join Becco. He was the father of H. O. Kauffmann, Becco’s technical director.”

13 Diese Angaben wurden den auf der Homepage der Cannstatter Stolperstein-Initiative abgedruckten Stolpersteinen des Ehepaars Elsa und Eugen Kauffmann sowie dem dort abgedruckten Text von Susanne Rueß entnommen. [http:// www.stolpersteine-cannstatt.de/node/117](http://www.stolpersteine-cannstatt.de/node/117)

14 Rueß, Susanne: Stuttgarter jüdische Ärzte während des Nationalsozialismus. Würzburg 2009. Zugl. Diss. Univ. Tübingen 2009, S. 157–163, hier S. 160

Teil II Biographien der Verfolgten

15 HStA Stuttgart E 383a Bü 256, Q 24: Schreiben des Württembergischen Kultministeriums an das Wirtschaftsministerium v. 17.10.1933

16 Vgl. RGBl I, S. 175

17 HStA Stuttgart E 383a Bü 256, Q 17: Schreiben Hugo Kauffmanns an das Württembergische Wirtschaftsministerium vom 30.08.1933, Betreff: Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Beamtentums

18 RGBl I, S. 245

19 Böttcher, Ausgrenzung (wie Anm. 10) S. 163

20 Schreiben Württembergisches Landesgewerbeamt an das Technikum für Textilindustrie Reutlingen vom 13. Oktober 1933, abgedruckt in: Böttcher, Ausgrenzung (wie Anm. 10) S. 143

21 Ebd. S. 164

22 HStA Stuttgart E 383a Bü 256, Q 25: Antwortschreiben Hugo Kauffmanns vom 22.10.1933 an das Württembergische Kultministerium auf dessen Anfrage vom 17.10.1933

Werke von Hugo Kauffmann (Auswahl)

– Über elektrisch konjugierte Valenzen und über Eigenschaften derselben. Stuttgart 1898 (Habilitationsschrift, TH Stuttgart)

– Die Valenzlehre. Ein Lehr- und Handbuch für Chemiker und Physiker. Stuttgart 1911

– Allgemeine und physikalische Chemie. 2 Bde. Berlin 1913

– Beziehungen zwischen physikalischen Eigenschaften und chemischer Konstitution. Stuttgart 1920 (Chemie in Einzeldarstellungen, 10. Hrsg. von Julius Schmidt)

Mitgliedschaften Hugo Kauffmann

– Deutsche Chemische Gesellschaft

– American Chemical Society

Literatur über Hugo Kauffmann

Kurzbiographie Hugo Kauffmann, in: Johann C. Poggendorff. Biographisch-Literarisches Handwörterbuch, Bd. IV: 1883–1904. Teil I, Leipzig 1904, S. 731f.; Kurzbiographie Hugo Kauffmann, in: Johann C. Poggendorff. Biographisch-Literarisches Handwörterbuch, Bd. V, 1904–1922. Teil I, Leipzig/Berlin 1925, S. 616; Kurzbiographie Hugo Kauffmann, in: Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild. Bd. 1. Berlin 1930, S. 892; Kurzbiographie Hugo Kauffmann, in: Kürschners deutscher Gelehrtenkalender. Jg. 4, Berlin 1931, S. 1394f.; Nachruf Hugo Kauffmann, in: Chemical English News vom 30.09.1957, Nr. 35 (39), S. 99f. Quelle: <http://pubs.acs.org/doi/pdf/10.1021/cen-v035n039.p099>; Notiz Hugo Kauffmann in Rubrik „Ausland/Gestorben“, in: Nachrichten aus Chemie und Technik vom 21.11.1957, Bd. 5, Nr. 22; Kurzbiographie Hugo Kauffmann, in: Zelzer, Weg und Schicksal S. 488; Kurzbiographie Hugo Kauffmann, in: Joseph Walk: Kurzbiographien zur Geschichte der Juden. 1918–1945. München u. a. 1988, S. 189; Böttcher, Karin-Anne: Ausgrenzung und Verfolgung – Auswirkungen der nationalsozialistischen Rassenpolitik in Reutlingen, in: Heinz Alfred Gemeinhardt (Red.): Reutlingen 1930–1950. Nationalsozialismus und Nachkriegszeit. Reutlingen 1995, S. 130–172, hier S. 141ff.; Serger, Bernd: Professor Hugo Kauffmann und Familie, in: Böttcher, Karin-Anne u. Serger, Bernd: Es gab Juden in Reutlingen. Geschichte, Erinnerungen, Schicksale. Ein historisches Lesebuch. Reutlingen 2005, S. 234–244

KN

HERMANN KELLER

Privatdozent für Musikgeschichte/
Verdrängung

1885 Nov. 20 geb. in Stuttgart

WS 1903/04–SoSe 1905 Architekturstudium,
TH Stuttgart¹

Fortsetzung des Architekturstudiums in München

1905–1906 Privatschüler von Max Reger in München

1906–1909 Musikstudium in München, Stuttgart und Leipzig

1910–1916 Lehrer an der Großherzoglichen Musikschule in Weimar und Organist an der Stadtkirche

1916 Organist an der Markuskirche in Stuttgart

1919–1922 Leiter der Stuttgarter Madrigal-Vereinigung

1919–1935 Lehrauftrag an der TH Stuttgart für Musikgeschichte

1920 Lehrer an der Hochschule für Musik Stuttgart

1924 Promotion zum Dr. phil., Universität Tübingen²

1925 Professor an der Musikhochschule Stuttgart

1926 Mai 15 Habilitation, TH Stuttgart³



1926 Privatdozent, TH Stuttgart

1928–1937 Leiter der Abteilung für Kirchen- und Schulmusik an der Musikhochschule Stuttgart

1935 Beendigung der Vorlesungen an der TH Stuttgart

1935 Vorsitzender des württembergischen Bachvereins und Vorstandsmitglied der Internationalen Bach-Gesellschaft

1937 Das Württembergische Kultministerium entzieht Hermann Keller die Leitung der Abt. Kirchen- und Schulmusik an der Musikhochschule Stuttgart.⁴

1945–1952 Leiter/Direktor der Musikhochschule Stuttgart

WS 1952/53–1959 Lehrauftrag für Musikgeschichte an der TH Stuttgart

1957 Febr. 12 Honorarprofessor, TH Stuttgart

1967 Aug. 17 gest. in Freiburg/Breisgau

Mit Hermann Keller hatte die Technische Hochschule Stuttgart 1919 einen Lehrbeauftragten für Musikgeschichte gewonnen, der sich bald zu einem bedeutenden Musikwissenschaftler, Pianisten, Organisten und Komponisten entwickeln sollte. Die genauen Umstände, durch die Hermann Keller 1935 seine Privatdozentur an der Technischen Hochschule Stuttgart aufgeben musste, lassen sich nicht mehr ermitteln. Auch die Beendigung der Leitung der Abteilung für Kirchen- und Schulmusik an der Musikhochschule Stuttgart im Jahr 1937 hatte wahrscheinlich politische Gründe und hing offenbar mit dem früheren Engagement seiner Söhne in einer bündischen bzw. kommunistischen Jugendgruppe zusammen.^{4,5} In seiner späteren, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs angelegten Personalakte findet sich eine Aktennotiz für den Rektor der TH Stuttgart, worin festgehalten wurde: „Herr Professor Keller hat [...] seinerzeit im Jahr 1935/36 unter Druck seine Privatdozententätigkeit an unserer Hochschule eingestellt.“⁶ Professor Fritz

Teil II Biographien der Verfolgten

Martini schrieb als Leiter der Abteilung für Geisteswissenschaften und Bildungsfächer im Jahr 1952 an das Kultministerium: „Aus politischen Gründen schied er 1936 aus.“⁷

Hermann Keller nahm 1952 seine Lehrtätigkeit an der TH wieder auf und hielt noch bis 1959 eine stark besuchte Vorlesung zu verschiedenen Themen der Musikgeschichte. Im Jahr 1957 wurde er auf Initiative der Technischen Hochschule Stuttgart zum Honorarprofessor ernannt.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus: UAST 57/1257 (Personalakte Keller), <http://www.hermann-keller.org/content/biographie/> (04.02.2016); Müller, Erich Hermann (Hrsg.): Deutsches Musiker-Lexikon. Dresden 1929.

1 UAST 10/7 bis 10/10

2 Die musikalische Artikulation, insbesondere bei Johann Sebastian Bach. Stuttgart 1925

3 Technische Hochschule Stuttgart, Programm Studienjahr 1935/36, S. 29 f.

4 Schreiben Hermann Kellers an seinen Sohn Diethelm v. 05.12.1937 (Familienarchiv Hermann Keller. Für den Hinweis auf diesen Brief danke ich Herrn Andreas Keller).

5 Deutsche Biographische Enzyklopädie. Hrsg. v. Walther Killy, Bd. 5 (1997); Just, Martin: Keller, Hermann in: Neue Deutsche Biographie 11, Berlin 1977, S. 456 f. <http://www.hermann-keller.org/content/biographie/textezurbiographie.html> (04.05.2016)

6 UAST 57/1217 (Aktennotiz o. Dat. [1952])

7 Ebd. Schreiben v. 30.06.1952

NB

WALTER KÖRTE

a. o. Professor für Architektur/Verdrängung

1893 Aug. 14 geb. in Magdeburg

1914 Abitur am humanistischen Gymnasium Stettin

1914 April Studium der Architektur an der TH Berlin-Charlottenburg

1914–1918 Kriegsdienst als Feldartillerist und Fliegeroffizier

1918–1920 Studium der Architektur an der TH Stuttgart, Abbruch des Studiums aus finanziellen Gründen

1920–1924 Ausbildung im Büro von Prof. Paul Bonatz in Stuttgart

1925–1930 Städtischer Baurat im Hochbauamt der Stadt Frankfurt/Main

1928 Heirat mit Leonore von Clossmann

1930–1934

Dozent mit Lehrauftrag
Entwerfen an der TH Stuttgart

1931 Ernennung zum a. o. Professor, Antrittsrede

und darauf folgende heftige Reaktion aus dem nationalsozialistischen Lager

1934 Niederlegung des Lehrauftrags

1935–1936 Chefarchitekt für den Aufbau des Flughafens in Oldenburg



1936–1945 Referent im Reichsluftfahrtministerium in Berlin für Entwurf und Bau der Luftwaffenlazarette

1937 Mai 1 Aufnahme in die NSDAP¹

1939 Juli 14 Baurat², jedoch keine Übernahme in das Beamtenverhältnis³

ab 1945 freier Architekt in Freiburg/Breisgau

1945–1949 Wiederaufbau der Institutsgebäude der Universität Freiburg

1972 Aug. 10 gest. in Freiburg

Walter Körte gehört zu den profilierten Architekten der Moderne in Deutschland. Über Paul Bonatz, in dessen Büro er gearbeitet und gelernt hatte, sowie durch seine Tätigkeit als Stadtbaurat in Frankfurt unter Ernst May gewann er die Reputation als Architekt, durch die er an der TH Stuttgart als Anhänger des „Neuen Bauens“ einen Lehrauftrag erhielt.

Schon seine Antrittsvorlesung am 16. Juli 1931, die dem internationalen Baustil in einer modernen Welt gewidmet war, führte zu heftigen Anfeindungen. Walter Körte lehnte alle Vorstellungen von einer „Rassengebundenheit“ der Architektur ab. Das Flachdach sei keineswegs „antideutsch“.⁴ Im Stuttgarter NS-Kurier wurde er daraufhin durch einen Artikel des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes als „ein geistiges Kind jüdisch-bolschewistischer Frankfurter Richtung“ diffamiert.⁵ Auch der einflussreiche Professorenkollege Paul Schmitthenner, der sich in seiner Agitation gegen die moderne



Volksschule in Frankfurt/Main 1928/29. Architekt: Walter Körte

Architektur bald der Hilfe der Nationalsozialisten bedienen sollte, äußerte sich kritisch über die Inhalte der Antrittsvorlesung.⁶

Nach der Machtübernahme verlangten die nationalsozialistischen Studenten von Körte, in die NSDAP einzutreten, was dieser jedoch ablehnte.⁶ Da zudem die Zahl seiner Hörer nach der Machtübernahme von 65 im Wintersemester 1932/33 auf zwei im Jahr 1934 zurückging – offenbar wurde seine Vorlesung boykottiert – gab Körte unter diesem ideologischen Druck seinen Lehrauftrag zurück. Sein Kollege Hugo Keuerleber schrieb hierzu 1947: „Ohne förmlich gezwungen zu sein, aus einem Gefühl des Anstandes heraus, hat er 1934 seine Lehrtätigkeit niedergelegt.“⁷

Körte konnte sich in der Folgezeit als freier Architekt in Stuttgart nicht halten.⁷ Er schreibt in seinen Lebenserinnerungen: „Dem immer stärker werdenden politischen Druck habe ich schließlich nachgeben müssen und bin nach vergeblichen Versuchen, mich über Wasser zu halten, einem Ruf der (getarnten) Verkehrsfliegerschule Hildesheim gefolgt, als ehemaliger ‚Weltkriegsflieger‘ mich zu einer Wiederholungsübung zu melden, und im Jahr 1934 nach Hildesheim gegangen.“⁶ Bei der Luftwaffe fand er schließlich eine Anstellung als Architekt. Um die Stelle eines Referenten im Reichsluftfahrtministerium antreten zu können und den Unterhalt der wachsenden Familie zu sichern, trat Walter Körte 1937 in die NSDAP ein. Eine Übernahme in das Beamtenverhältnis blieb ihm aber wegen seiner „politischen Belastung von Stuttgart her“ (Körte) verwehrt.³

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Walter Körte beim Wiederaufbau der Universität Freiburg tätig und arbeitete als freier Architekt. Er realisierte nun zahlreiche Bauten für die evangelische Kirche wie Lehrlings-, Mädchen-, Alten-, Kinderheime und Kirchen (1958/59 Bau der Thomas-Kirche in Freiburg), Krankenhausbauten und wie vor dem Krieg wieder Einfamilienhäuser, Läden und Lokale.

Quellen: Die Daten des Lebenslaufs aus: Universitätsarchiv Stuttgart. Findbuch zum Bestand SN 60. Nachlass Walter Körte (1893–1972). Bearb. v. Karl-Heinz Böttcher. Stuttgart 2011, S. 4; UAST SN 60 Nr. 1, 11, 13, 42, 58

1 StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 79514 (Spruchkammerakte Walter Körtes); UAST SN 60/11

2 UAST SN 60/11

3 UAST 202/Körte: Anlage zum Schreiben W. Körtes an die Architekturabteilung der TH Stuttgart v. 29. 08. 1947

4 Zeitungsartikel „Gibt es rassenbedingte Architektur?“ in: Stuttgarter Tagblatt v. 18. 07. 1931 (UAST SN 60/13)

5 Zeitungsartikel „Ein bolschewistischer ‚Baukünstler‘“ in: Stuttgarter NS-Kurier v. 20. 07. 1931

6 Lebenserinnerungen Walter Körtes aus dem Jahr 1974 (UAST SN 60/1) S. 44

7 StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 79514 (Spruchkammerakte Körte, Walter) Bl. 14 f.: Schreiben Hugo Keuerlebers an die Spruchkammer Stuttgart v. 09. 06. 1947

NICOLAI KOLESSNIK

In den Quellen auch: Kolesnik/Njkolaj

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1912 März 5 geb. in „Thomakirka“, Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine), „apostolisch“

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 209

NB

ROBERT KRESS

Schlosser und Mechaniker an der Materialprüfungsanstalt/Denunziation

1898 April 28 geb. in Reutlingen, evangelisch

1912–1915 Lehre zum Mechaniker

1915–1924 Deutsche Reichsbahn

1916 Dez. 1–1918 Nov. 13 Soldat im Ersten Weltkrieg

1924–1925 Daimler-Benz

1925–1939 Städtisches Gaswerk Stuttgart

1939–1940 Fa. Mailänder, Stuttgart-Bad Cannstatt

1940 Nov. 4 Schlosser an der Staatlichen Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1949 Juni 1 Wechsel zur Materialprüfungsanstalt

1956 Okt. 15 gest. in Stuttgart



Robert Kress stammte aus einer schwäbischen Handwerkerfamilie. Bevor er im November 1940 als Schlosser und Mechaniker an der Materialprüfungsanstalt (MPA), Institut für Bauforschung, seine Arbeit aufnahm, war er bei der Reichsbahn, bei Daimler-Benz, bei den Stuttgarter Gaswerken und bei der Maschinenfabrik Mailänder in Stuttgart-Bad Cannstatt beschäftigt gewesen. Kress gehörte bis 1933 der KPD an und war deshalb in der NS-Zeit in einer schwierigen Lage. In einem Schreiben der Technischen Hochschule von 1946 heißt es: „Wegen seiner politischen Einstellung hatte er früher wiederholt zu leiden und finanzielle Nachteile ...“¹ Als Kress nun an der MPA, Institut für Bauforschung, als Vorarbeiter der sowjetischen Zwangsarbeiter eingesetzt wurde, baute er ein freundschaftliches Verhältnis zu diesen Arbeitskollegen auf.²

Im Jahr 1944 wurde er wegen kritischer politischer Äußerungen am Arbeitsplatz mit einer Meldung bei der Gestapo bedroht. Kurz vor Kriegsende erhielt er eine Warnung und musste vor dem Zugriff der Gestapo untertauchen.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft setzte sich Kress für eine konsequente Entnazifizierung der Technischen Hochschule ein. Wahrscheinlich war er Mitglied im sogenannten „Reinigungsausschuss“, der im Sommer 1945 alle Mitglieder der Hochschule in Hinblick auf ihre Unterstützung des NS-Regimes überprüfte. Robert Kress, der auch Mitglied des Betriebsrats der TH wurde, hatte eine wichtige Rolle in den späteren Spruchkammerverfahren, wo er zusammen mit dem ersten Nachkriegsrektor Richard Grammel in vielen Fällen als Zeuge gehört wurde. Er scheute sich auch nicht, gegen seinen ehemaligen Vorgesetzten Professor Otto Graf vorzugehen, was zu einem tiefen Zerwürfnis zwischen beiden führte³ und ihm zudem den Vorwurf von dritter Seite einbrachte, zu den „hetzerischen, verlogenen kommunistischen Elemente[n]“ zu gehören, gegen die „ein Disziplinarverfahren oder Klage wegen Verleumdung“ anzustrengen sei.⁴ Nach der Rückkehr Grafs in die alte Leitungsposition wechselte Robert Kress daher seinen Arbeitsplatz vom Institut für Bauforschung zur Materialprüfungsanstalt – beide Institute waren zwischenzeitlich selbstständige Einrichtungen mit eigenen Direktoren geworden. Robert Kress starb im Alter von 58 Jahren am 15. Oktober 1956 in Stuttgart.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus den Personalakten Robert Kress' im UAST 114/6461 und 33/3/777 sowie aus der Spruchkammerakte Professor Heinrich Hess' im StA Ludwigsburg EL902/2 Bü1998 Bl. 44 u. 134. Siehe auch Becker, Norbert: Die Entnazifizierung der Technischen Hochschule Stuttgart, in: Becker/Quarthal, Universität Stuttgart S. 35–48, hier S. 39 f.

¹ Schreiben des Rektors Richard Grammel (Entwurf) an das Kultministerium v. 29.04.1946 (UAST 114/6461)

² Auskunft seines Sohns Hans Kress an den Verfasser v. 19.01. u. 03.02.2004

³ Hierzu Ditchen, Henryk: Ein Fall der Entnazifizierung in Stuttgart. Wie ein Institut einen Beinamen erhalten hat. Berlin 2010, S. 64–71; ders.: Die Beteiligung Stuttgarter Ingenieure an der Planung und Realisierung der Reichsautobahnen unter besonderer Berücksichtigung der Netzwerke von Fritz Leonhardt und Otto Graf. Berlin 2009 (zugl. Diss. Stuttgart 2009), S. 360–363; ders.: Otto Graf. Der Baumaterialienforscher. Berlin 2013, S. 102–115, 122

⁴ UAST 57/329: Schreiben v. 30.05.1947 an den Rektor der TH Stuttgart

NB

RICHARD KÜMMICH

Assistent am Elektrotechnischen Institut/
Entlassung aus politischen Gründen

1899 Mai 3 geb. in Freudenstadt

1906–1912 Realschule Metzingen

1912–1915 Realgymnasium Göppingen

1915–1917 Volontär in der Elektrotechnischen Fabrik Rudolf Lang in Göppingen

1917–1919 Febr. 5 Kriegsdienst, u. a. Soldat in Flandern

1919 Reifeprüfung nach einem Sonderkurs für Kriegsteilnehmer am Realgymnasium Stuttgart

WS 1919/20–WS 1922/23 Studium der Elektrotechnik an der TH Stuttgart, Diplomprüfung mit Auszeichnung bestanden

1923 Juni–1926 April Mitarbeiter Telefunken, Laboratorium für Maschinensender

1926 Mai 1–1934 März 31 Vollassistent am Elektrotechnischen Institut der TH Stuttgart bei Prof. Fritz Emde

1931 Promotion

1934 März 31 Entlassung aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“

1934 April 1–1945 Mitarbeiter bei Telefunken, ab 1940 als Abteilungsleiter, Arbeiten auf dem Gebiet der Hochfrequenztechnik

1945 Mai 3–Juli 12 russische Kriegsgefangenschaft

1946–1947 freiberuflicher Wissenschaftler

1947–1950 Lehrbeauftragter der Abteilung Elektrotechnik an der TH Stuttgart

1950 Juni 15 Diätendozent, TH Stuttgart

1957 Aug. 21 apl. Professor

1961 Okt 12 wiss. Rat

1963 Aug. 12 gest. in Göppingen

Zu den Assistenten, die aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ entlassen wurden, gehört auch der Elektrotechniker Richard Kümmich. Kümmich hatte seit 1917 als Soldat am Ersten Weltkrieg teilgenommen, nach Kriegsende die Hochschulreife erworben und von 1919 bis 1923 an der TH Stuttgart Elektrotechnik studiert. Er gehörte hier zu den Gründern des Republikanischen Studentenbundes.¹ Es schloss sich eine berufliche Tätigkeit bei Telefunken in Berlin an, bis Kümmich 1926 als Assistent am Elektrotechnischen Institut bei Professor Emde eintrat und hier auch 1931 die Doktorprüfung mit Auszeichnung bestand. Kümmich arbeitete an seiner Habilitationsschrift, als er aufgrund seiner Mitgliedschaft in der KPD in den Jahren 1919 und 1920 zum 30. März 1934 entlassen wurde.

Die Entlassung Kümmichs wirft auch Licht auf den Verwaltungsgang, in dem das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ an der TH Stuttgart vollzogen wurde: Am 23. Mai 1933 wurde den Professoren zur Weiterleitung an alle Beschäftigten ein Fragebogen zugesandt, der innerhalb von vier Tagen zurückgesandt werden musste. Kümmich hatte hierin seine Mitgliedschaft in der KPD angegeben und musste sich – im September 1933 hierzu aufgefordert – vor dem Württembergischen Kultministerium rechtfertigen. Schließlich erfolgte im Januar die Anordnung des Württembergischen Kultministers Mergenthaler an den Rektor, Kümmich zum 30. März 1934 zu entlassen. Die Entlassung selbst wurde Kümmich durch seinen unmittelbaren Vorgesetzten, Prof.

Teil II Biographien der Verfolgten

Emde, mündlich mitgeteilt. Eine Beteiligung des Dozentenführers wird von Kümmich selbst nicht erwähnt, ist aber nicht unwahrscheinlich, zumal der spätere Rektor Otto Schmitt 1950 berichtete, Kümmich sei „1933 durch den damaligen Dozentenbundführer von der Hochschule verwiesen“ worden.²

Vom Entlassungsfall Kümmichs wissen wir jedoch nur, weil er nach dem Zweiten Weltkrieg an die Technische Hochschule zurückkehrte und dort eine neue Personalakte angelegt wurde. Was Kümmichs beruflichen Werdegang anbetraf, so verlief der Konflikt mit den nationalsozialistischen Machthabern noch vergleichsweise glimpflich: Richard Kümmich arbeitete nach seiner Entlassung bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs wieder bei Telefunken in Berlin, wo er an ca. 50 Patenten mitarbeitete, in denen er als Erfinder genannt wird. Allerdings ließ ihn die Gestapo nicht aus den Augen. Auf einer Karteikarte der Gestapo ist vermerkt: „K. wurde 1934 aus der TH Stuttgart wegen KPD Tätigkeit entlassen. Heute ist er bei Telefunken, ist Geheimnisträger. Seine politische Zuverlässigkeit wird angezweifelt.“³

Richard Kümmich geriet 1945 als Zivilinternierter in sowjetische Kriegsgefangenschaft und arbeitete danach als freiberuflicher Wissenschaftler. Im Jahr 1947 kehrte er als Lehrbeauftragter an die TH Stuttgart zurück, wo er 1950 u. a. auch auf der Grundlage der Entschädigungsgesetzgebung zum Diätendozenten aufstieg. Kümmich habilitierte sich im selben Jahr in Stuttgart und wurde 1957 zum außerplanmäßigen Professor ernannt, 1961 zum wissenschaftlichen Rat. Richard Kümmich starb im Alter von nur 64 Jahren am 12. August 1963 in Göppingen.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Daten aus der Personalakte Kümmichs im Universitätsarchiv Stuttgart (UAS 57/110).

1 StA Ludwigsburg EL.350 I Bü 3247 (Akte des Landesamtes für Wiedergutmachung Stuttgart): „Politischer Lebenslauf“ v. 12. 07.1948

2 Zur Entlassung Kümmichs siehe auch HStA Stuttgart EA 4/204 Bü 856.

3 BA Berlin R 58/9641

NB

A. L.

Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1927 Jan. 6 geb. in Lodz, Polen

1943 Okt. 15-1943 Nov. 26 Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und

Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiterin im Labor

1988 lebte in Polen

Quellen: UAS 131/3 Nrn. 39, 81; UAS 202/1 S. 7

NB

B. L.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1923 Okt. 1 geb. in Rivignano bzw. Udine, italienischer Staatsbürger, katholisch

1944 Sept. 27–1945 April 20 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 86, 90; UAST 202/1 S. 52

NB

P. L.

Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1923 Sept. 23 geb., „Ostarbeiterin“
ab 1942 Nov. 12 Zwangsarbeiterin am
Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen

und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als
Küchenhilfe und Putzfrau

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 81, 83, 88; UAST 202/1 S. 150

NB

X. L.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1921 Juni 6 geb. in Heerlen, niederländischer Staatsbürger, katholisch

1943 März 31–1944 Mai 13 Zwangsarbeiter
am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen
und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als
Büroangestellter und Heizer

1944 Mai 14 abgemeldet nach Stuttgart-Untertürkheim; an die Fa. Ferdinand Fromm, Maschinenfabrik, Stuttgart Bad-Cannstatt, gegen eine deutsche Hilfsarbeiterin „getauscht“¹

Quellen: UAST 131/3 Nr. 81, 86; UAST 202/1 S. 96

1 UAST 131/3/38 (PA Barth-Beutel, Luise)

NB

ALEXANDRE LAFLAME

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1892 Sept. 25 geb. in St. Fons, französischer Staatsbürger, katholisch

1942 Nov. 30–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65, 33/1/76; UAST 202/1 S. 17

NB

RENE GASTON LAMBERT

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1908 Nov. 2 geb. in Rupt-sur-Moselle, französischer Staatsbürger, katholisch

1941 Jan. 21–1943 Okt. 7 Kriegsgefangener/Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Schreiner

1943 Okt. 8 gest. bei einem Luftangriff der Alliierten auf Stuttgart

1943 Nov. 2 Beerdigung auf dem Steinhaldenfeld-Friedhof in Stuttgart

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 18

NB

GEORG LIEBEL

Chemiestudent/
Relegation aus rassistischen Gründen

1916 Sept. 22 geb. in Wien

Vater: Victor Liebel, Diplomingenieur in der Maschinenfabrik Esslingen;

Mutter: Julie Liebel, geb. Sussmann

1929 Die Familie Liebel erhält die württembergische Staatsbürgerschaft.

1931 März 22 Konfirmation¹

1936 Ostern Abitur am Realgymnasium Esslingen/Neckar

1936 April 30 Immatrikulation an der TH Stuttgart für das Fach Chemie

1938 Nov. 12 Verbot, die TH Stuttgart zu betreten, „gestrichen weil Jude“²

1939 März Emigration nach England

1939–1940 Chemiestudium an der Universität Leeds

1940 Mai Internierung als „Enemy Alien“ auf der Isle of Man

1940 Juli Deportation nach Kanada, Internierung in Quebec City und Farnham, Quebec

1942 Mai Entlassung aus dem Internierungslager

Tätigkeit als Chemiker bei Felton International Inc.

1971 Übersiedlung von Montreal nach Toronto

1981 Juli 22 gest. in Toronto



Georg Liebel. Das Bild wurde für den Studentenausweis oder für das Belegbuch verwendet, wie der noch teilweise zu lesende Stempel der TH Stuttgart zeigt: „Württ. Tech[nische Hochschule] St[uttgart]“

Georg Liebel, geboren 1916 in Wien, und seine vier Jahre jüngere Schwester Anne wuchsen in einer bürgerlich gebildeten, musisch interessierten Familie auf.³ Die Eltern stammten aus Österreich und waren 1913 nach Esslingen gezogen, wo der Vater Victor Liebel als Ingenieur bei der „Maschinenfabrik Esslingen“ tätig wurde. Bilder aus dem Nachlass zeigen ihn als österreichischen Offizier.⁴ Die nationalsozialistische Bürokratie hielt später fest, dass Victor Liebel aktiv als sogenannter „Frontkämpfer“ am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte,² was aber später weder ihn und seine Frau vor der Ermordung noch seine beiden Kinder vor der Vertreibung bewahren sollte. Georg Liebel besuchte das damalige Realgymnasium (heute Georgii-Gymnasium) in Esslingen⁵, war ein guter Schüler und ein begeisterter Cello-Spieler. Ein Bild im Familienarchiv zeigt ihn als Mitglied eines Esslinger Kammerorchesters.⁴

Die jüdische Familie, in der die Religion keine große Rolle spielte,³ assimilierte sich wohl in den 1920er Jahren an die bürgerliche deutsche Mehrheitsgesellschaft. Im Jahr 1929 nahm die Familie die württembergische Staatsangehörigkeit an. Georg Liebel wurde 1931 als evangelischer Christ konfirmiert, seine Schwester Anne 1934.¹ Ein Resultat

der nationalsozialistischen Verfolgung seiner Familie wird später seine Rückkehr zur jüdischen Religion sein.³

Nach der Familientradition studierte Georg Liebel an der TH Stuttgart, wo er in seinem Chemiestudium sehr gute Leistungen erbrachte.⁶ Hier gehörte er bald zu einem Freundeskreis von fünf jüdischen bzw. dem NS-Staat als jüdisch geltenden Studenten, den ↗ Dietrich Alsberg in seinen Lebenserinnerungen erwähnt und dem nach den Fotos und Fotobeschriftungen im Familienarchiv Liebel auch ↗ Gunter Benno Seaton (Günter Benno Zittwitz), ↗ William Alan Fraser (Wolfgang Amadeus Fackenheim) und ↗ Hans Oppenheimer angehörten. Die jüdischen Chemiestudenten und damit auch Georg Liebel wurden – vermutlich auf Betreiben ihrer „arischen“ Mitstudenten – von diesen getrennt unterrichtet, wie ein ehemaliger Assistent bei den Chemikern später berichtete (vgl. Kap. 3.3.2): „Während meiner Assistententätigkeit an der Technischen Hochschule Stuttgart hatte ich zur selbstständigen Unterrichtung in einem Praktikum die zusammengefassten jüdischen Studenten zu betreuen. Es war im letzten Semester, da diese zum Studium zugelassen waren.“⁷

Auch Georg Liebel wurde nach den Novemberpogromen 1938 der Zutritt zur Technischen Hochschule verboten. „Im November 1938 musste ich nach der sog. ‚Gruenspan-affaire‘ als Jude die Hochschule verlassen“, berichtete er im Jahr 1958.⁸ Auf seiner Karteikarte im Studentensekretariat wurde vermerkt: „gestrichen weil Jude.“² Die Prüfungen zum Vordiplom hatte er zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen.⁶

Georg Liebel hatte Glück und wurde während der Pogrome im November 1938 nicht wie sein Vater ins Konzentrationslager Dachau verschleppt. Ein Foto aus seinem Nachlass zeigt ihn im Februar 1939 bei der Abschiedsfeier seines Freundes ↗ Gunter Seaton, der bei den Novemberpogromen 1938 verhaftet worden war und nach der Entlassung aus dem Konzentrationslager Dachau Deutschland verlassen musste (Abb. 5). Georg Liebel selbst emigrierte kurz darauf im März 1939 mit einem Studentenvisum, das nur für drei Monate gültig war, nach England. Dort lebten bereits seit 1936 seine Schwester und eine weitere Verwandte, die das Visum zum Studium in Leeds besorgt hatten.³ Er konnte sein Studium aus finanziellen Gründen im Exilland zunächst nicht beenden: „Ich habe in England auf der Universität Leeds Chemie studiert 1939 bis 1940, konnte aber nach einem Jahr mir es nicht weiter leisten ...“, schrieb er später.⁸

Hinzu kam: Wie so viele Flüchtlinge aus Deutschland wurde auch Georg Liebel zu Beginn des Zweiten Weltkriegs als Deutscher in Internierungslagern festgehalten. Nach Kanada gebracht, musste er annähernd zwei Jahre als Zivilinternierter seine Zeit in Lagern in Quebec City und in Farnham (Quebec) zubringen. Ende April 1941 beschrieb er in einem Brief an seinen Freund aus Esslinger Kammermusiktagen Carl Gustav Anthon, der nun an der Harvard Universität war, die Situation der Internierten treffend: „It is really a tragedy a great many of the interned refugees are Jews or of Jewish origin who are definitely antifascists and loyal to the democracies, others have spent long times in Nazi concentraion camps ...“.⁹ Georg Liebel setzte sich in einem Telegramm an Winston Churchill für die lagermäßige Trennung der jüdischen Internierten von den deutschen Kriegsgefangenen ein und hielt in Kooperation mit der McGill University Fortbildungskurse in Chemie ab, die auf Prüfungen vorbereiteteten.⁹

Im Juni 1941 schrieb er in Sorge um das Leben seiner Eltern, die in Deutschland geblieben waren, an denselben Freund: „I doubt very much if the[y] can still get out of the Nazihell. I am sometimes getting crazy. I don't know what I am living for. For nearly 10 years now I am oppressed or restricted or imprisoned, a second class and fifth class human being.“¹⁰

Im Jahr 1942 wurde Georg Liebel schließlich entlassen. 1945 erfuhr er, dass die Eltern Julie und Victor Liebel 1942 nach Izbica (Polen) verschleppt und nach dem 6. September 1942, dem Datum des letzten Lebenszeichens, ermordet worden waren.³ Ihre Kinder setzten ihnen nach dem Krieg auf dem jüdischen Teil des Ebershalden-Friedhofs in Esslingen einen Gedenkstein.

In Kanada gründete Georg Liebel mit seiner ebenfalls aus Deutschland geflohenen Frau eine eigene Familie – mit den beiden Kindern wurde kein Deutsch gesprochen³ – und lebte in Montreal und Toronto. Er schloss noch an der Concordia University sein Studium ab, arbeitete zunächst in einfachen Stellungen, zum Beispiel 1943 in einer Rüstungsfabrik⁴ oder als Vertreter⁸, stieg aber bald auf zum „Vice President“ der Felton International Inc., eines Chemieunternehmens, das Aromen und Duftstoffe herstellte.¹¹

Georg Liebel starb am 22. Juli 1981 in Toronto.¹¹

Im Jahr 2008 ehrten die Stadt Esslingen und der Verein DENK-ZEICHEN Georg Liebel, seine Schwester Anne und seine Eltern Julie und Victor Liebel durch die Verlegung von vier Stolpersteinen vor ihrer letzten Wohnung in Esslingen. Die Schüler und Lehrer seiner ehemaligen Schule, des Georgii-Gymnasiums, verlegten auf dem Schulhof einen zusätzlichen Stolperstein: „HIER LERNTE/1927–1936/GEORG LIEBEL/JG. 1916/FLUCHT 1939/ENGLAND/ÜBERLEBT“.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: UAST 10/55 (Karteikarte des Studentensekretariats); StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 38629 (Akte Landesamt für Wiedergutmachung Stuttgart); Privatarchiv Susan Liebel, Toronto, Kanada. Siehe auch: Eller, Gerda u. Kühnle, Ernst: Familie Liebel, Silberstraße 11, in: Esslinger Stolpersteine 2008, Broschüre des Vereins Denk-Zeichen Esslingen, S. 8–11.

1 UAST 202/Liebel, Georg: Pfarramt Evang. Johanneskirche Esslingen an Ernst Kühnle v. 09.09.2008

2 UAST 10/55 (Karteikarte Liebel, Georg)

3 UAST 202/Liebel, Georg: Korrespondenz – Fragen und Antworten – der Klasse 10a und Ernst Kühnles, Georgii-Gymnasium Esslingen, mit Susan Liebel, Tochter Georg Liebels, 2008

4 Familienarchiv Liebel, Toronto/Kanada

5 Zur Schulzeit Georg Liebels siehe: Hörburger, Irene; Sandig, Margit; Voß, Gerhard: Das soll nicht vergessen werden. Zeitzeugen aus Oberesslingen. Esslingen 2006, S. 108 [Zeitzeugeninterview mit Ulrich Finckh]; UAST 202/Liebel, Georg: Schülerkarteikarte Liebel, Georg aus dem Schularchiv des Georgii-Gymnasiums Esslingen

6 UAST 120/Liebel, Georg (Prüfungsakte); StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 38629 (Akte Landesamt für Wiedergutmachung Stuttgart). Hierin die beiden Kopien der Teilprüfungsergebnisse für das Vordiplom vom 5. und 6. April 1938

7 StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 15739 (Spruchkammerakte Aldinger, Walter)

8 StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 38629 (Akte Landesamt für Wiedergutmachung Stuttgart)

9 UAST 202/Liebel, Georg: Brief Georg Liebels an Carl Gustav Anthon vom 30.04.1941 aus Familienarchiv Liebel, Toronto/Kanada

Teil II Biographien der Verfolgten

10 Ebd: Brief Georg Liebels an Carl Gustav Anthon vom 26.06.1941 aus Familienarchiv Liebel, Toronto/Kanada

11 Schreiben Susan Liebels an den Verf. v. 11.09.2014

Für zahlreiche Hinweise und die Zusendung von Dokumenten und Fotos aus dem Familienarchiv Liebel, Toronto, danke ich Susan Liebel, Toronto, sowie Ernst Kühnle, Leinfeld-Echterdingen.

NB

KURT LINGENS

Architekturstudent/
Relegation aus politischen Gründen

1912 Mai 31 geb. in Düsseldorf, katholisch

1931 Abitur in Berlin

WS 1931/32 Beginn des Architekturstudiums an der TH Stuttgart¹

1933 April Emigration nach Österreich²

1933 Juli Relegation wegen Mitgliedschaft in der Roten Studentengruppe³

SoSe 1933–WS 1933/34 Studium der Kunstgeschichte an der Universität Wien

WS 1934/35–SoSe 1935 Medizinstudium an der Universität Wien

WS 1935/36–SoSe 1937 Fortsetzung des Medizinstudiums in München⁴

WS 1937/38 Fortsetzung des Medizinstudiums an der Universität Wien

SoSe 1938 Fortsetzung des Medizinstudiums in Marburg

1938 Nov. 26 Exmatrikulation von der Universität Marburg

ab 1940 Hilfe für gefährdete jüdische Mitbürger in Wien

ab 1942 Febr. 9 Wehrdienst⁵

1942 Medizinisches Staatsexamen und Promo-

tion⁵; Denunziation durch SD-Spitzel

1942 Sept.

Gestapohaft (4 Monate), Degradierung, Entzug des

Grades Dr. med. und Berufsverbot als Arzt, Einsatz als einfacher Soldat an der Ostfront²

1943 Ende schwere Verwundung (Lungenschuss)²

1944 Desertion aus der Wehrmacht, in der österreichischen Widerstandsbewegung als Arzt tätig²

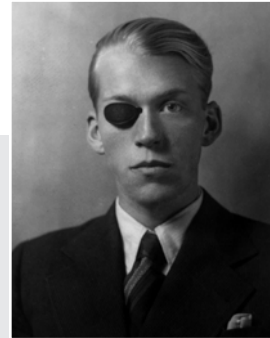
1945 nach Ende des Krieges Arzt in einem Kinderkrankenhaus²

ab 1946 Mitarbeiter des International Rescue and Relief Committee, Austrian Branch²

1946 Sept. 17 Österreichische Staatsbürgerschaft²

1948 Übersiedlung in die USA

1966 oder 1967 gest.



Kurt Lingens um 1937

Die ersten Informationen über Kurt Lingens weisen auf einen noch unreifen und finanziell verwöhnten jungen Mann aus reicher Familie hin, der den klassischen Vater-Sohn-Konflikt in der nicht weniger klassischen Auflehnung gegen die eigene gehobene soziale Herkunft bewältigen will. Aber es liegt nahe, dass diese nonkonforme

Lebenshaltung mehr war als ein einfaches jugendliches Aufbegehren. Denn der Mann Kurt Lingens versteckte während des Zweiten Weltkriegs Juden, wofür er vom Staat Israel postum als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt wurde.

Kurt Lingens wuchs in einem großbürgerlichen Haushalt im streng katholischen rheinischen Milieu auf. Die Familie war von väterlicher wie von mütterlicher Seite sehr wohlhabend. Der Vater Walther Lingens (1882–1940) war zudem seit 1932 Polizeipräsident von Köln, ein Amt, das er zunächst, ohne Mitglied der NSDAP zu werden, bis zum Juli 1935 behielt. Im inneren Konflikt zwischen seiner starken Ablehnung des Nationalsozialismus und einer staatstragenden, nationalkonservativen Pflichterfüllung nahm er in Köln eine leitende Rolle in der frühen Verfolgungsphase des NS-Regimes ein, die sich zunächst vor allem gegen Mitglieder der politischen Linken wandte, der auch sein Sohn Kurt als Student in Stuttgart angehörte.⁶ Auch wenn die Weltwirtschaftskrise den Reichtum geschmälert hatte, war kein Gedanke daran, dass der strenge, im rheinischen Katholizismus tief verwurzelte Vater Probleme gehabt hätte, seinen Kindern die Ausbildung zu finanzieren, die einem gehobenen bürgerlichen Lebenswandel entsprach. Der Sohn Kurt sollte an der Technischen Hochschule Stuttgart Architektur studieren.

Kurt Lingens begann das ungeliebte Studium im Wintersemester 1931/1932.¹ Gleich in diesem ersten Semester soll er nach den Informationen der politischen Polizei „1. Vorsitzender des Roten Studentenbundes“ gewesen sein.⁷ Sein „Jugendkommunismus“ (Ella Lingens) hatte jedenfalls zur Folge, dass er im Sommersemester 1933 von der Technischen Hochschule Stuttgart relegiert und ebenfalls vom Weiterstudium an anderen deutschen Hochschulen ausgeschlossen wurde. Auf seiner Karteikarte beim Prüfungsamt der TH Stuttgart wurde notiert „wird zu keiner Prüfung mehr zugelassen“ und mit Rotstift hinzugefügt „Kommunist“.⁸ Ob sein Vater, der Kölner Polizeipräsident, hiergegen eingeschritten ist, wissen wir nicht. Lingens und seine spätere Frau Ella Lingens vertrauten aber noch später auf ihn und seine Position: „Wenn wir wirklich in Schwierigkeiten geraten sollten, dann würde es der (Schwieger)vater schon richten.“ In Wien, wohin Kurt Lingens anders als viele in gleicher Weise betroffene Mitstudenten dank der großzügig bemessenen Schecks des Vaters problemlos ausweichen konnte, studierte er nun Kunstgeschichte. Bald vertrat er wie auch seine spätere Frau Ella Lingens gemäßigte politische Ansichten.

Ähnlich wie ihr Ehemann war Ella Lingens in einer reichen Familie groß geworden, schloss sich aber bei aller großbürgerlicher Lebensführung eng an die österreichische Sozialdemokratie an. Beide Eheleute studierten nun Medizin aus Neigung, nicht zum Broterwerb. Anders als das hier abgebildete Passfoto aus der Studienzeit vermuten lässt, war Kurt Lingens ein lebensfroher Mensch. Es gelang ihm offenbar, sich trotz seines reichsweiten Studienverbots an den Universitäten München und Marburg einzuschreiben, wo er nun zusammen mit seiner Frau studierte. Seine Studienzeit in Stuttgart gab er in den uns vorliegenden Unterlagen wohlweislich nirgendwo an.

Das Ehepaar Lingens pflegte einen weiten Freundes- und Bekanntenkreis, dem viele linke Politiker und Intellektuelle und viele Juden angehörten. Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich entschlossen sie sich trotz der Bedenken wegen der

Gefahr für ihren 1939 geborenen Sohn, dem NS-Regime wirkungsvoll Widerstand zu leisten.

Ab 1940 versteckten sie in ihren Wohnungen von der Deportation gefährdete Juden. Inwieweit Kurt Lingens noch an weiteren Widerstandshandlungen beteiligt war, ist unklar. Jedenfalls wird er in einem Verhörprotokoll der Gestapo erwähnt, die 1942 die Widerstandsgruppe im Wiener Raum um Dr. Johann Haas aufdeckte. Die Aussagen einer Mitverschworenen über ihre Begegnungen mit Kurt Lingens lassen bei aller Tarnung und allem Versteckspiel zwischen den Gestapo-Beamten und ihrem Opfer auf einen Mann schließen, der in misstrauischer Anspannung zwar vorsichtig agierte, aber eben auch willens war, den Verfolgten des NS-Regimes und ihren Angehörigen die ihm mögliche Hilfe zu leisten.⁹

Im Jahr 1942 wurden Ella und Kurt Lingens von einem SD-Spitzel verraten. Während Ella Lingens in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert wurde, wo sie als Ärztin gerade überleben konnte, kam Kurt Lingens zunächst dank des Eingreifens seines Wehrmacht-Vorgesetzten noch glimpflich davon, musste aber auf Initiative der Gestapo an der Ostfront in Russland Dienst tun. Nach einer schweren Verwundung wurde er zurück nach Österreich gebracht, überlebte auf diese Weise den Krieg und schloss sich später dem österreichischen Widerstand an. Die Ehe mit Ella Lingens hielt den widrigen Lebensumständen jedoch nicht stand. Zudem gingen die Vermögen beider Ehegatten während und nach dem Zweiten Weltkrieg unter.

Nach erneuter Heirat siedelte Kurt Lingens 1948 in die USA über, wo er als Hilfsarzt in einer psychiatrischen Klinik in New Jersey arbeitete. Wie vielen deutschen Emigranten mit medizinischem Beruf war es auch für den Arzt Kurt Lingens sehr schwer, seine Ausbildung im Ausland anerkennen zu lassen. Kurz nachdem dies gelungen war und er sich als niedergelassener Arzt selbstständig gemacht hatte, verstarb Kurt Lingens mit 54 Jahren plötzlich an einem geplatzten Aneurysma.

Im Jahr 1980 wurden Ella und Kurt Lingens sowie ihr in Auschwitz ermordeter Helfer Baron Karl von Motesiczky von Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichnet.¹⁰

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen die Informationen zum Leben Kurt Lingens aus: Lingens, Ella: *Gefangene der Angst. Ein Leben im Zeichen des Widerstands*. Hrsg. v. Peter Michael Lingens. Wien u. Frankfurt/Main 2003, insbes. S. 38–43, 59–66; Lingens, Peter Michael: *Ansichten eines Außenseiters*. Wien 2009, insbes. S. 26–31, 35, 84 f., 90, 131–144, 429–436. Die Daten zu den Studienzeiten sind entnommen aus den Studentenakten bzw. aus den Studentenkarteikarten Kurt Lingens' aus den Universitätsarchiven Wien, Marburg und München. Für die Recherchen dort danke ich meinen Kollegen Thomas Maisel, Wien, Carsten Lind, Marburg, und Claudius Stein, München.

1 UAST 10/54

2 3.2.1.3/80725719–27, ITS Digital Archive, Bad Arolsen (u. a. eigener Lebenslauf aus dem Jahr 1948)

3 UA der Humboldt-Universität, Universitätsrichter Nr. 3017, 3018; UAST 120/Lingens, Kurt

4 Universität München. Studenten-Verzeichnis. Winter-Halbjahr 1935/36. Nach dem Stande vom 6. Februar 1936. München 1936, S. 26 (<http://epub.ub.uni-muenchen.de/9716/>); desgl. Sommer-Halbjahr 1936. Nach dem Stande vom 17. Juni 1936. München 1936, S. 25 (<http://epub.ub.uni-muenchen.de/9717/>); desgl. Winter-Halbjahr 1936/37. Nach dem Stande vom 1. Januar 1937. München 1937, S. 28 (<http://epub.ub.uni-muenchen.de/9718/>); desgl. Sommer-Halbjahr 1937. Nach dem Stande vom 1. Juni

1937. München 1937, S. 25 (<http://epub.ub.uni-muenchen.de/9719/>); UA München: Verzeichnis der belegten Vorlesungen (Lingens, Kurt)

5 Lebenslauf Kurt Lingens in seiner Dissertation: Die Sojabohne und ihre Bedeutung für die deutsche Volksernährung. Diss. Wien 1942

6 Zu Walther Lingens siehe Jung, Werner: Ein gleitender Übergang. Die Kölner Polizeiführung zwischen „Preußenschlag“ und Machtergreifung, in: Buhlan, Harald u. Jung, Werner (Hrsg.): Wessen Freund und wessen Helfer? Die Kölner Polizei im Nationalsozialismus. Köln 2000, S. 64–144, hier S. 76–134; Ella Lingens, Gefangene der Angst (wie Quellenverzeichnis) S. 38–43; Peter Michael Lingens, Ansichten eines Außenseiters (wie Quellenverzeichnis) S. 26–31, 139 f., 429 f.

7 BA Berlin R 58/9592

8 UAST 120/Lingens, Kurt

9 BA Berlin R 3017/17063; siehe auch Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes <http://www.doew.at> unter Lingens, Kurt (12. 06. 2015).

10 Borut, Jakob: Artikel Lingens Kurt, Lingens Ella, von Motesiczky, Baron Karl, in: Lexikon der Gerechten unter den Völkern. Göttingen 2005, S. 332 f.

NB

KARL ERICH LOEBELL

Assistent in der Architekturabteilung/Entlassung aus rassistischen Gründen

1905 Mai 26 geb. in Dresden¹

ca. 1921 Aufenthalt am Bauhaus in Weimar

WS 1924/25 – WS 1926/27 und WS

1928/29 – WS 1929/30 Architekturstudium an der TH Stuttgart² und Mitarbeit an Bauprojekten Prof. Paul Schmitthenners

1930 Juli 8 Diplomprüfung³

WS 1930–1933 Assistent am Lehrstuhl für Baugestaltung bei Prof. Paul Schmitthenner⁴

1933 Entlassung wegen sog. „nichtarischer“ Abstammung

ab 1934 Umbau der Hüneburg im Elsass

1937 zieht sich zurück auf einen Bauernhof in Waakirchen-Riedern, Kreis Miesbach, Bayern

1940–1941 Soldat in der Wehrmacht

1941–1942 Mitarbeit als Architekt beim Wiederaufbau von Lauterbourg (Lauterbourg/Elsass) durch Paul Schmitthenner

ab 1944 April Zwangsarbeit in einem Lager der Organisation Todt in der Normandie⁵, Flucht in das Elsass, dort von den Franzosen verhaftet und eineinhalb Jahre bis 1946 interniert⁵

1946 Rückkehr nach Waakirchen-Riedern, Entwurf von Möbeln

ca. 1960 Übersiedlung nach La Motte-Chalancon, Dep. Drôme, Frankreich

1993 Sept. gest. in La Motte-Chalancon

Gleich zu Beginn der NS-Herrschaft wurde der Assistent am Institut für Baugestaltung, Erich Loebell, aus dem Dienst entlassen, da sein Vater Jude war.⁶ Professor Paul Schmitthenner hielt ihn für den besten Assistenten, den er jemals beschäftigt hatte.⁷ „Loebell steht meiner Familie wie ein Sohn nah“, schrieb Schmitthenner über ihn in der Nachkriegszeit.⁸ Loebell war mit Schmitthenners Sohn Martin befreundet. Beide gehörten zeitweise zusammen mit dem späteren Hitler-Attentäter Claus Graf Schenk von Stauffenberg und dessen Brüdern zum Kreis um Stefan George.⁹ Paul Schmitthenner war es

auch, der Loebell nach dessen Entlassung Bauaufträge vermittelte, so den Wiederaufbau des Château de Hunebourg (Hüneburg) im Elsass, der von Friedrich Spieser betrieben wurde, einem deutsch-nationalistischen Volkstumspolitiker und späteren nationalsozialistischen Kulturpolitiker. Allen Angaben, die Spieser zur Persönlichkeit Erich Loebells in seinen 1952 erschienenen Memoiren macht, ist nur mit großer Vorsicht zu folgen, so zum Beispiel auch die Behauptung, Spieser habe sich intensiv dafür eingesetzt, dass Loebell trotz seines Status als „Halbjude“ als Architekt tätig sein durfte.¹⁰ Loebell hatte vergeblich versucht, in die Reichskammer der bildenden Künste aufgenommen zu werden, um als freier Architekt in Deutschland tätig werden zu können.¹¹

Auch Erich Loebell wurde zu Beginn des Zweiten Weltkriegs zur Wehrmacht eingezogen, wie die anderen sogenannten „Mischlinge ersten Grades“ jedoch wieder entlassen. Danach konnte er in einem Projekt Paul Schmitthenners im Elsass arbeiten, bis er im April 1944 in ein Zwangsarbeitslager der Organisation Todt in der Normandie eingewiesen wurde, wo er Schwerstarbeit in einem Steinbruch leisten musste.¹² Nach gelungener Flucht ins Elsass wurde er jedoch von den Franzosen aufgegriffen. Loebell lehnte – so jedenfalls berichtete es Paul Schmitthenner – aus Nationalstolz oder Identifikation mit seinem Vaterland eine Mitwirkung beim Vormarsch der französischen Truppen ab und wurde daraufhin in Frankreich interniert, aber durch die Hilfe Paul Schmitthenners 1946 wieder freigelassen.¹³

Nach der Entlassung aus der französischen Gefangenschaft lebte er wieder in Waa-kirch-Riedern und entwarf und baute Möbel nach eigenen Entwürfen. Um 1960 übersiedelte er nach La Motte-Chaloncon in Südfrankreich, wo er bei der Restaurierung von Bauten und kunsthandwerklich tätig war. Karl Erich Loebell starb im September 1993 in seiner neuen Wahlheimat La Motte-Chalancon in Südfrankreich.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus: Voigt, Wolfgang: Deutsche Architekten im Elsass 1940–1944. Plänen und Bauen im annektierten Grenzland. Tübingen u. Berlin 2012, S. 136–145, 148, 210. Vgl. ders.: Von der Hitlerskizze zur „Neuordnung“ und zum ersten Wiederaufbau 1940–1945: Deutsche Planungen und Bauten im annektierten Elsass, in: Harlander/Pyta, NS-Architektur, S. 211–227, hier S. 225–227.

1 BA Berlin, Volkszählungsdatenbank (02.10.2014)

2 UAST 10/40 bis 10/52

3 UAST 7/45 Bl. 3

4 UAST 57/1454

5 Privatarchiv Paul Schmitthenner, München: „Eidesstattliche Erklärung“ Erich Loebells o. Dat.

6 BA Berlin, Volkszählungsdatenbank (02.10.2014)

7 UAST 57/1454 („Erklärung“ Paul Schmitthenners v. 25.03.1950)

8 Privatarchiv Paul Schmitthenner, München: Text „Meine Fürsorge um halbjüdische und jüdische Studierende“ o. Dat.

9 UAST 44/16 (Zeitzeugeninterview mit Elisabeth Schmitthenner v. 03.04.2014) S. 21, 25, 28

10 Hüneburg, Friedrich (d.i. Spieser, Friedrich): Tausend Brücken. Eine biographische Erzählung aus dem Schicksal eines Landes. Stuttgart 1952, S. 285–300 ff.

11 Warhaftig, Architekten S. 331

12 StA Ludwigsburg EL3501 Bü 37333 (Wiedergutmachungsakte Ernst, Hans Joachim) Bl. 26: Paul Schmitthenner an das Landesamt für Wiedergutmachung Stuttgart v. 15.11.1957

13 StA Ludwigsburg EL902/20 (Spruchkammerakte Schmitthenner, Paul): Protokoll der Sitzung v. 14.03.1947, Bl. 31a; Voigt, Deutsche Architekten (siehe oben unter Quellen) S. 148

EUGENE ADRIEN ALBERT LOUIS

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1917 Sept. 26 geb. in Saumeray/Frankreich, französischer Staatsbürger, katholisch

1941 Jan. 21–1945 April 21 Kriegsgefangener/Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Schlosser

Quellen: UAST 17/684 Beilage 54 (Zeugnis Louis' für Karl Wellinger und Paul Gimmel v. 03.05.1945); UAST 33/1/65, 33/1/76; UAST 202/1 S.19

NB

WASIL LUBJSCHENKO

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1911 Jan. 10 geb. in Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine)

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65, 33/1/76; UAST 202/1 S. 211

NB

EDUARD LUDWIG

Doktor-Ingenieur der Luftfahrttechnik/
Aberkennung der Promotion aus politischen Gründen

1901 Febr. 18 geb. in Stuttgart

1919 Juni 21 Reifezeugnis, Reformgymnasium Stuttgart

WS 1919/20–WS 1923/24 Studium des Bauingenieurwesens, TH Stuttgart¹

1923 Mai 15 Diplom Bauingenieurwesen, TH Stuttgart

1924 März 10–Mai 20 Praktikum beim Brückenbaubüro der Reichsbahndirektion Stuttgart

berufliche Tätigkeit in Freiburg/Breisgau, Hamburg, Moskau, Dessau

1926 Dez. 1–1927 Sept. 30

Ausbildung für den höheren Staatsdienst als Reichsbahnbauführer in Stuttgart



1928 E. Ludwig arbeitet im Auftrag der Junkers-Flugzeugwerke in Dessau in deren Zweigbetrieb in Moskau als Flugzeugstatiker

1928 Juni 13 Promotion zum Dr.-Ing. TH Stuttgart²

1928 Ingenieur bei der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin-Adlershof

Verhaftung und Untersuchungshaft von 1 ½ Jahren

1929 Nov. 23 Verurteilung durch das Reichsgericht wegen Verrats militärischer Geheimnisse

zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust

Haftzeit (Einzelhaft)

1939 Sept. 1-1940 Jan. 11 „Schutzhaft“ im Gefängnis Frankfurt-Preungesheim und KZ Buchenwald (ab 15. Sept. 1939) auf Veranlassung der Gestapo Frankfurt/Main³ Soldat in der Wehrmacht, amerikanische Kriegsgefangenschaft

1947 lebte in Frankfurt/Main, „Regierungsbaumeister“

Zu einem unbekanntem Zeitpunkt, der auch noch vor der NS-Zeit liegen könnte, hatte die Technische Hochschule Stuttgart Eduard Ludwig die Doktorwürde aberkannt. Dies geschah aufgrund einer Verurteilung durch den vierten Strafsenat des Reichsgerichts wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse im Jahr 1929. Zum Strafmaß gehörte auch die zeitweilige Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte. Diese konnte auch nach Rechtslage in der Weimarer Republik für eine Hochschule als Begründung dienen, einem gerichtlich Verurteilten die Doktorwürde abzuerkennen.⁴

Allerdings wurde dieses Urteil aufgrund des Gesetzes Nr. 29 zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts 1947 aufgehoben. Eduard Ludwig war Opfer militaristischer Kreise und der Reichswehr geworden, die schon lange vor 1933 hinter dem Rücken der demokratischen Reichsregierungen die Wiederaufrüstung betrieben hatten. Im Jahr 1928 war Ludwig als Ingenieur der Junkers-Flugzeugwerke in deren Zweigbetrieb bei Moskau gekommen, um dort als Flugstatiker zu arbeiten. Hier gab es einen regen fachlichen Austausch zwischen den deutschen Ingenieuren und ihren russischen Kollegen. Als er im gleichen Jahr nach Deutschland zurückkehrte, um bei der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin-Adlershof zu arbeiten, wurde er denunziert und angeklagt, militärische Geheimnisse an die Sowjetunion verraten zu haben. Die Reichswehr war daran interessiert, dass ihre völkerrechtswidrige Rüstungsforschung und der Bau von Kampfflugzeugen, die sie in den Zweigwerken deutscher Unternehmen im Ausland betrieb, nicht öffentlich wurden und forcierte durch ihre Gutachter eine Verurteilung Ludwigs. Ludwig wurde nach einem nicht öffentlich geführten Prozess zu fünf Jahren Zuchthaus sowie zu fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Haft musste er in einer Einzelzelle verbüßen. Im Jahr 1947 berichtet er dem Rektor der TH:

Nach der offiziellen Machtergreifung durch die Nazis war jeder Versuch, an der Sache nochmals zu rütteln, aussichtslos und nur mit Gefahren verbunden. Obwohl ich mich vollkommen still verhielt, wurde ich während der ganzen Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft dauernd schikaniert, von der Gestapo verfolgt, auf deren Anweisung hin trotz bester Zeugnisse insgesamt sieben Mal aus meinen Stellungen entlassen und schließlich bei Kriegsausbruch in das Konzentrationslager Buchen-

wald verbracht, Nach etwa 5-monatiger Haft wurde ich auf Grund einer schweren Erkrankung entlassen. Gegen Kriegsende diente ich schließlich noch in der Wehrmacht und geriet in amerikanische Gefangenschaft, aus der ich aber sofort entlassen wurde, nachdem ich meine KZ-Haft nachweisen konnte.⁵

Eduard Ludwig konnte der TH eine Bescheinigung des Justizministeriums von Württemberg-Baden vorlegen, wonach das Urteil des Reichsgerichtes gegen ihn aufgrund eines Gesetzes der Alliierten zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts aufgehoben war. Seinem Antrag von 1947, ihm die Doktor-Urkunde auszuhändigen, wurde entsprochen und seine Streichung aus dem Promotionsverzeichnis rückgängig gemacht.

Dass der unbekannte Flugzeugingenieur Ludwig keine Chance gehabt hatte, gegen seine Ankläger anzukommen, zeigt der bekanntere „Weltbühne-Prozess“ aus dem Jahr 1931. Der Herausgeber der Wochenzeitschrift „Die Weltbühne“, prominente Journalist und spätere Friedensnobelpreisträger (1935) Carl von Ossietzky (1889–1938) musste sich zusammen mit dem Journalisten Walter Kreiser ebenfalls vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts für einen Artikel in der Weltbühne verantworten. Hierin war u. a. wohl mit Blick auf den Fall Eduard Ludwigs die Aufrüstung der Luftwaffe und damit der Bruch des Versailler Vertrags thematisiert worden. Der Prozess endete mit der Verurteilung der beiden Angeklagten zu 18 Monaten Haft. Er gilt heute als Wegmarke der Entwicklung, die die deutsche Justiz schon einige Jahre vor 1933 zur völkischen Rechtsauffassung des späteren NS-Staates einschlug.⁶

Eduard Ludwig, der inzwischen verheiratet war und zwei Kinder hatte (geboren 1935 und 1937), sah nach dem Ende der NS-Herrschaft für sich und seine Familie offenbar keine Zukunft mehr in Deutschland. 1948 beantragte er die Ausreise nach Chile, wofür er schon ein Visum besorgt hatte und wo, wie in dem Antrag vermerkt wurde, Freunde auf ihn warteten.⁷

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus der Studentenakte, insbesondere aus dem Bericht Ludwigs v. 14. 07. 1947 (UAST 120/Ludwig, Eduard) sowie aus der Personalakte der Reichsbahndirektion Stuttgart (StA Ludwigsburg K 410 I Bü 5999).

1 UAST 10/103 Nr. 575

2 Titel der Dissertation: Untersuchungen über Knickprobleme des Metallflugzeugbaus

3 Karteikarte und Unterlagen des KZ Buchenwald: 1.1.5.3/6525860–6525863, ITS Digital Archive, Bad Arolsen; Karteikarte der Strafanstalt Frankfurt-Preungesheim: 1.2.2.1/11555099, ebd.

4 Vgl. Happ, Sabine: Politisch und nicht politisch motivierte Aberkennung von akademischen Graden. Eine Auswertung der Rundschreiben deutscher Universitäten in der NS-Zeit, in: Happ, Sabine u. Nonn, Ulrich (Hrsg.): Vielfalt in der Geschichte. Berlin 2004, S. 283–296, hier S. 285 f.

5 UAST 120/Ludwig, Eduard: Schreiben E. Ludwigs an den Rektor der TH Stuttgart v. 14. 07. 1947, S. 8

6 Lang, Dieter: Staat, Recht und Justiz im Kommentar der Zeitschrift „Die Weltbühne“. Frankfurt/Main 1996, S. 183–188; <https://de.wikipedia.org/wiki/Weltb%C3%BChne-Prozess> (09. 02. 2016)

7 3.2.1.1/79423416, ITS Digital Archive, Bad Arolsen

B. M.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1922 Feb. 28 geb. in Den Haag, niederländischer Staatsbürger, katholisch

1943 März 31-1944 Juni 12 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Maler

1945 Rückkehr in die Heimat

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 81, 86; UAST 202/1 S. 103f.

NB

N. M.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1926 März 4 geb. „Demidoff“/Smolensk, „Ostarbeiter“

1942 Juli 13-1945 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 83, 90; UAST 202/1 S. 123

NB

R. M.

Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1923 Juli 9 geb. in Genua, italienische Staatsbürgerin

1944 März 16/April 14-1944 Aug. 16 Zwangs-

arbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiterin und Putzfrau

Quellen: UAST 131/3/88; UAST 202/1 S. 30

NB

T. M.

Zwangsarbeiterin an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1921 Juni 30 geb. in Den Haag, niederländische Staatsbürgerin**1944 Juni 26/28–1945 April 13** Zwangsarbeiterin an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Bürohilfe**Quellen:** UAST 33/1/65, 33/1/76; UAST 202/1 S. 110**NB****V. M.**

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1922 Okt. 12 geb. in Mariaenske oder Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine)**1944 Febr. 26–1944 Juni 25** Zwangsarbeiter

beim Bezirksbauamt Stuttgart

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

V.M. meldete sich im Jahr 2000 anlässlich des Entschädigungsverfahrens für ehemalige Zwangsarbeiter bei der Stadt Stuttgart. Anhand des Fragebogens, den das Stadtarchiv Stuttgart ihm dann zugesandt hat, berichtete er über die Lebens- und Arbeitssituation in Deutschland und an der Materialprüfungsanstalt der TH Stuttgart (siehe hierzu Kap. 3.8.1).

V.M. stammte aus der Ukraine. Er hatte einen Tag vor dem Abfahrtstermin den schriftlichen Bescheid zum Arbeitseinsatz in Deutschland erhalten. V.M. wurde im Güterwaggon nach Deutschland gebracht, und wohnte dann – im Vergleich zu anderen Ostarbeitern relativ gut untergebracht – mit vier weiteren Männern in einem Raum der MPA. Hier arbeitete er zusammen mit deutschen Kollegen. Verpflegung gab es am Arbeitsplatz und offenbar zusätzlich Lebensmittelmarken, die er in Läden einlösen konnte. V.M. konnte sich in der Stadt frei bewegen und war nach seinen Angaben keinen Schikanen ausgesetzt. Jedoch blieb er die ganze Zeit über ohne Informationen über den Verlauf des Krieges. Ferner berichtet er, dass den ukrainischen Zwangsarbeitern bei Luftangriffen Zugang zum Bunker gewährt wurde.

Nach der Befreiung durch die alliierten Truppen wurde V.M. in die Rote Armee eingezogen und kehrte erst nach seiner Dienstzeit wieder in seine Heimat zurück.

Quellen: StadtA Stuttgart 140/1; UAST 33/1/65, 33/1/76; UAST 202/1 S. 210**NB**

WILHELM MAIER

ord. Professor für Maschinenelemente, Hebezeuge und Verbrennungsmotoren/vorzeitige Emeritierung

1872 geb.

1896 Mai 1–1897 Sept. 30 Assistent, TH Stuttgart

1897 Okt. 1–1898 Nov. 25 Militärdienst

1898 Dez. 5–1903 Juni 30 Fa. G. Kuhn in Stuttgart-Berg

1903 Juli 1–1907 Aug. 25 Oberingenieur bei der Friedrich Krupp AG, Germania-Werft in Kiel-Gaarden

1907 Aug. 25 Berufung als ord. Prof. an die TH Stuttgart für Maschinenelemente, Hebezeuge und Verbrennungsmotoren¹

Wilhelm Maier
1929



1922–1923 Rektor der TH Stuttgart

1935 Sept. 30 Emeritierung²

1945 gest.

Die Hintergründe für das vorzeitige Ausscheiden des Professors Wilhelm Maier sind nicht ganz klar. Es ist auffällig, dass Maier im Jahr 1935 offenbar auf der Grundlage des „Gesetzes über die Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern aus Anlass des Neuaufbaus des Hochschulwesens vom 21. Januar 1935“ (GEVH) (vgl. Kap. 3.1.2) mit erst 63 Jahren aus seinem Amt ausschied. Wie seine Kollegen [↗] Wilhelm Häbich und [↗] Alfred Widmaier dürfte er als älterer Professor, der im Kaiserreich auf seine Professur berufen worden war und eher dem nationalkonservativen und NS-skeptischen Milieu verbunden gewesen sein dürfte,³ den NS-Machhabern unliebsam gewesen sein. Maier wird in der „List of displaced German Scholars“ der „Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaftler im Ausland“ vom Herbst 1936 als ein aus politischen Gründen Entlassener aufgeführt,⁴ was ein Hinweis darauf ist, dass sein Ausscheiden aus dem aktiven Dienst gegen seinen Willen geschah.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, sind alle Lebensdaten den Unterlagen im Nachlass (UAST SN 9) entnommen.

¹ Bericht der Königlichen Technischen Hochschule in Stuttgart für das Studienjahr 1906/1907. Stuttgart 1908, S. 15 f.

² UAST SN 9/3

³ Siehe hierzu Maiers Rede „Technische Hochschule und Wirtschaftsleben“, in: Schwäbischer Merkur, Hochschulbeilage v. 13. 03. 1923 (UAST AA 84) sowie die weiteren Redepublikationen in UAST SN 9/1.

⁴ Schwartz, Philipp (Hrsg.): List of displaced German scholars. Reprint der Ausgabe London 1936. Neuausgabe hrsg. Koordinationsstelle zur Erforschung der Deutschsprachigen Exil-Literatur. Stockholm 1974, S. 38

HANS MANNHEIMER

jüdischer Student des Maschinenbaus

Von der Existenz und vom Schicksal des jüdischen Studenten Hans Mannheimer erfahren wir lediglich durch eine Aussage in einem Spruchkammerverfahren. Der ehemalige Student des Maschinenbaus Eugen Gruber schreibt zugunsten seines Studienkollegen Walter Hess über die Studienbedingungen an der TH Stuttgart in den Jahren 1933 bis 1937:

Wir arbeiteten in demselben Übungssaal. Zur Kennzeichnung des Milieus sei gesagt, daß ein jüdischer Mitstudent, Herr Dipl. Ing. Hans Mannheimer aus Göppingen, bis zur Beendigung seines Studiums und seiner Emigration im Jahr 1937 unbehelligt in dem Saal arbeiten konnte und mit einigen Mitstudenten sogar Umgang pflegte.¹

Da sowohl Eugen Gruber wie Walter Hess Maschinenbau studierten,² dürfte Hans Mannheimer, der im selben Übungssaal arbeitete, ebenfalls Student des Maschinenbaus gewesen sein.

1 StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 94201 (Spruchkammerakte Hess, Walter): „Bestätigung“ des Dipl.-Ing. Eugen Gruber v. 26. 07. 1947 für Walter Hess

2 Siehe die Karteikarten für beide in UAS10/55.

NB

ERNST MARX

Direktor der Bibliothek der TH Stuttgart und
a. o. Professor für Geschichte/Verdrängung

1865 Mai 16 geb. in Mannheim, israelitisch

1884 Reifeprüfung, Gymnasium Mannheim
anschließend Studium der Geschichte, National-
ökonomie, Philosophie und Kunstgeschichte an
der Universität Leipzig

1894 Dissertation: „Beiträge zur Geschichte des
niederländischen Aufstandes“

1900 Juni 18 Habilitation und Privatdozent für
Geschichte, TH Stuttgart

1905 Juli 16 a. o. Prof. für Geschichte, TH Stuttgart

1919 provisorischer Vorstand der Bibliothek der
TH Stuttgart (BTH)

1920 Vor-
stand der BTH

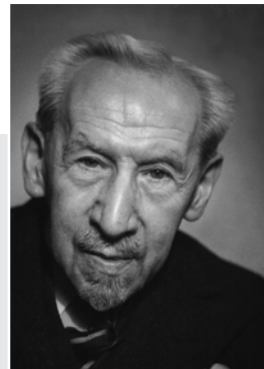
1925 Ober-
bibliothekar

1930 Direktor
der BTH

1933 März 31
Pensionierung

1941 Aug. 21 Emigration mit Frau und Toch-
ter via Spanien in die USA

1949 März 14 gest. in New York, USA



Der Direktor der Bibliothek und Professor für Geschichte an der Technischen Hochschule Stuttgart, Ernst Marx, wurde Ende März 1933 pensioniert, zwei Monate vor dem regulären Termin. Wie ↗ Leopold Rothmund hatte er in der Zeit vor der Machtübernah-

me durch die Nationalsozialisten den nationalsozialistischen Studenten Paroli geboten und sich zum Beispiel geweigert, den „Völkischen Beobachter“, die Zeitung der NSDAP, in der Bibliothek auszulegen.¹ Der damalige Rektor ↗ Paul Ewald berichtet von einer Studentenvollversammlung Anfang März 1933, in der er sich der vehementen Forderung der Studenten entgegenstellen musste, Marx zu entlassen.²

Ernst Marx hatte als Bibliothekar Maßstäbe für die Versorgung mit wissenschaftlicher Literatur gesetzt. Ewald schreibt im Rückblick:

Ich muß übrigens hinzufügen, daß wir in Stuttgart wunderbar versehen waren mit ausländischer Literatur dank den Bemühungen des damaligen Bibliothekars Marx, der von Beruf Historiker war, aber die Bibliothek mit großem Verständnis leitete [...]. Aber auch sonst waren wir so gut ausgestattet, daß Leute von vielen anderen Hochschulen zu uns kamen, um die Bibliothek zu benutzen.³

Marx hatte als erster hauptamtlicher Bibliothekar die Leitung der Bibliothek der Technischen Hochschule Stuttgart übernommen. Er verstand die Bibliothek als „allgemein wissenschaftliche Bibliothek, insbesondere für Technik“. Analog zu einigen ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen an der Technischen Hochschule Stuttgart orientierte sich Marx in den 1920er Jahren an amerikanischen Vorbildern. Für das wissenschaftliche Bibliothekswesen bedeutete dies eine deutliche Hinwendung zum Dienstleistungsauftrag für Forschung und Lehre. Die mit seiner Tätigkeit verbundene Professionalisierung der bibliothekarischen Aufgaben zahlte sich aus: Marx gelang es weitgehend, die durch die Isolation im Ersten Weltkrieg entstandenen Lücken in den Serien der ausländischen natur- und ingenieurwissenschaftlichen Zeitschriften zu schließen. Weitere Initiativen betrafen die Modernisierung der Benutzung: Marx richtete aus Spenden eine Lehrbuchsammlung zunächst für bedürftige Studierende ein, eine Abteilung für belletristische Literatur, sowie ebenfalls aus Spendengeldern eine der ersten Kopierstellen an einer deutschen wissenschaftlichen Bibliothek. Er öffnete die Bibliothek für Personen, die nicht der Technischen Hochschule Stuttgart angehörten, und vertiefte hierdurch die Kontakte zur Industrie. In Zusammenarbeit mit amerikanischen Kulturstellen wurde auf Marx' Initiative 1932 in Stuttgart die George Washington Memorial Library gegründet. Sie sollte dem Kulturaustausch und der Vertiefung der Kenntnisse über die USA bei den Studierenden dienen und hat auch in den 1930er Jahren rege Benutzung erfahren. Seine geschichtswissenschaftlichen Arbeiten behandelten die niederländische Unabhängigkeitsbewegung in der Frühen Neuzeit und die damals neueste Zeit der Bismarck-Ära.

War Ernst Marx mit seiner frühen Pensionierung zunächst aus dem Blickfeld seiner Verfolger geraten, so musste er doch auf Druck des damaligen Rektors Wilhelm Stortz 1937 auch seine ehrenamtliche Tätigkeit für die George Washington Memorial Library aufgeben. Noch im Sommer 1941 gelang es Ernst Marx, durch die Emigration in die USA seine Familie und sich selbst in Sicherheit zu bringen.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen die Informationen zum Leben Ernst Marxs aus: Becker, Norbert: Artikel Marx, Ernst, in: Württembergische Biographien 2 (2011), S.187f. (hier auch weitere Quellen und Literatur); Nachlass im UAST SA 2/158, SA 2/1697, SA 3/8; HASTa Stuttgart EA 99/001 Bü 170.

- 1 Schöpfer, Otto: Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Ein Abriss aus seiner Geschichte an der Technischen Hochschule Stuttgart, in: Hochschulführer der Technischen Hochschule Stuttgart 1936/37. Würzburg o. J. [1936], S. 54–57, hier S. 55; UAST 57/53: Stellungnahme Leopold Rothmunds v. 20. 01. 1948 zum Spruchkammerbescheid Helmut Görings, Bl. 1
- 2 Zeitzeugeninterview mit P. P. Ewald 1968 S. 30; desgl. 1979 (UAST SN 1/35) S. 16
- 3 Zeitzeugeninterview mit P. P. Ewald 1979 (UAST SN 1/35) S. 12

NB

HANS HEINRICH MEINECKE

Architekturstudent/
aus politischen Gründen verfolgt

1907 Aug. 16 geb. in Hamburg¹

WS 1926/27 Beginn des Architekturstudiums an der TH Stuttgart²

1930 Dez. 1 Vordiplomprüfung, TH Stuttgart³

1934 März 15 Diplomabschluss³ Architekt¹

1944 Okt. 31 als Leutnant der Wehrmacht gefallen bzw. vermisst bei Tomaszów Mazowiecki (bei Łódź in Polen).⁴



Zusammen mit ↗ Edwin Roth und ↗ (Karl) Ernst Ruge hatte Hans Heinrich Meinecke Anfang 1933 als Vertreter des Republikanischen Studentenbundes ein Flugblatt des Aktionsausschusses der Roten Studenten, republikanischen Studenten und der „Nichtorganisierten“ unterzeichnet, das sich konsequent gegen den Nationalsozialismus aussprach.⁵ Während Roth als Mitglied der Roten Studentengruppe relegiert wurde und Ernst Ruge, Vertreter der „Nichtorganisierten“ und damals auch Kommunist, im letzten Moment seiner Verhaftung entkommen konnte, wissen wir nicht, welche unmittelbaren Folgen die NS-kritische Haltung für Meinecke hatte. Der damalige Präsident des Republikanischen Studentenbundes in Stuttgart, ↗ Georg Henze, kam jedenfalls im Juli 1933 in Haft und wurde ebenso wie viele Mitglieder der Roten Studentengruppe relegiert.

Meinecke blieb wegen seiner Beteiligung an dem Flugblatt bei der Gestapo zumindest unter Beobachtung, wie die für ihn angelegte Karteikarte des Reichssicherheitshauptamtes zeigt. Die Gestapo notierte über ihn etwa 1937: „M. lebt heute sehr zurückgezogen. Nachteiliges über ihn ist nicht bekannt [...] einer N. S. Formation gehört er nicht an. Den Bezug der N. S. Presse lehnt er ab.“¹

Immerhin konnte Meinecke, der in den 1930er Jahren in Stuttgart Bad-Cannstatt wohnte, Anfang 1934 sein Studium mit dem Diplom abschließen und auch die Aufnahme in die Reichskulturkammer erreichen, sodass er seinen Beruf als Architekt ausüben durfte. Die nächste Information über ihn ist die Todesnachricht: Hans Heinrich Meinecke starb als Leutnant der Wehrmacht 1944 in Polen.⁴

Teil II Biographien der Verfolgten

1 BA Berlin R 58/9593

2 UAST 10/45–10/48, 10/53–10/54, 10/99

3 UAST 120/Meinecke, Hans (Prüfungsakte)

4 Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Gräbersuche online: <http://www.volksbund.de/graebersuche.html> (04.12.2015)

5 StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 101233. Siehe auch Abb. 1.

NB

LOUIS MEINI

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1910 Nov. 29 geboren¹

Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) im Auslagerungsort Weilheim

1944 April 10–1945 Mai 8 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und

Der Kriegsgefangene Louis Meini, der in einer Liste der Stadt Weilheim an der Teck erscheint, die 1946 im Rahmen der „Suchverfahren über Ausländer“ erstellt wurde, dürfte als Zwangsarbeiter bzw. Kriegsgefangener am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren beschäftigt gewesen sein, da als Beschäftigungsstelle „Forschungs-Institut Weilheim“ angegeben wurde. Ein Teil des Forschungsinstituts für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart war zu dieser Zeit nach Weilheim ausgelagert.

Quellen: Kreisarchiv Esslingen D 1 Bü. 834 (freundliche Auskunft von Herrn André Kayser, Kreisarchiv Esslingen, an der Verf. v. 07.04.2015); dieselbe Bezeichnung für die Beschäftigungsstelle findet sich in der Kartei des ITS: 0.1/40819783–40819787, ITS Digital Archive, Bad Arolsen.

1 0.1/40819783–40819785, ITS Digital Archive, Bad Arolsen

NB

ALFRED MENDELSONN

jüdischer Chemiestudent

1910 Mai 13 geb. in Czernowitz/Cernăuți (Ukraine) als Sohn des Rechtsanwalts Moritz Mendelsohn

1 Semester Studium in Braunschweig

ab WS 1929/30 Studium der Textilchemie an der TH Stuttgart und am Technikum für Textilindustrie in Reutlingen

1932 Febr. 13 Vorprüfung für Textilchemiker, TH Stuttgart

1934 Jan. 15/23 Diplomprüfung in Textilchemie, TH Stuttgart

ab 1943 März als Zwangsarbeiter eingezogen¹

Der jüdische Chemiestudent Alfred Mendelsohn – damals rumänischer Staatsangehöriger – fertigte 1933 seine Diplomarbeit bei Professor Erwin Ott an. Dieser berief sich in seinem Spruchkammerverfahren nach dem Ende der NS-Diktatur hierauf, um dem Vorwurf zu begegnen, dem Nationalsozialismus gedient zu haben. In seinem Brief an den Minister für politische Befreiung führte Ott zu seiner Entlastung den folgenden Tatbestand auf:

Besondere Unterstützung und wissenschaftliche Förderung jüdischer Studenten (Fälle Weissenburger, Oppenheimer, Mendelsohn, Jesajas, Bass, Katzenstein)²

Alfred Mendelsohn geriet später in Rumänien in die Verfolgungsmaßnahmen der Shoah: Sein Name findet sich in einer Liste jüdischer Männer aus Czernowitz, die im März 1943 zur Zwangsarbeit eingezogen wurden.¹

Quellen: UAST 120/Mendelsohn, Alfred (Prüfungsakte); UAST10/50 bis 10/54 (Studentenverzeichnisse)

¹ <https://yvng.yadvashem.org/nameDetails.html?language=en&itemId=10333393&ind=10> (27.03.2017)

² StA Ludwigsburg EL.902/20 Bü 86536 (Spruchkammerakte Ott, Erwin) Bl. 95 (Brief Otts v. 01.03.1949 an den Minister für politische Befreiung)

NB

KARL MEYER

Assistent Elektrotechnik/Verdrängung

1905 Juli 4 geb. in Bad Salzungen, Thüringen, evangelisch

1925 Abitur, Oberrealschule Schmalkalden

1925–1931 Studium an der TH Stuttgart, Diplomabschluss mit Auszeichnung

1931–1932 1½ Jahre Arbeitslosigkeit

1932 Okt. 1–1933 Febr. 28 „Ingenieur-Praktikant“ am Elektrotechnischen Institut der TH Stuttgart unter Prof. Fritz Emde

1933 März 1–1934 März 31 Betriebsingenieur Fa. E. Preisendanz, Elektrische Werkstätten, Stuttgart

1934 April 1–1935 April 30 Fa. F. Klöckner, Schaltgerätefabrik, Köln-Bayenthal

1935 Mai 1–1936 März 31 Wiss. Assistent am Elektrotechnischen Institut der TH Stuttgart bei Prof. Fritz Emde; Beendigung der Anstellung auf Druck des Rektors Wilhelm Stortz

1936 April 1–1945 Jan. 31 Ingenieur in der Großgleichrichterfabrik der AEG, Berlin

1943 März 17 Promotion zum Dr.-Ing. Technische Hochschule Berlin

1945 Febr. 1–1946 März 1 selbstständiger Ingenieur, Arbeiten für die Fa. H. Hoffer, Elektrotechnische Werkstätten, Tiefenort/Werra

1946 März 15 Geschäftsführer der Elektrotechnischen Fabrik, Bad Nauheim

Die wissenschaftliche Karriere Karl Meyers wurde 1935 jäh durch den damaligen Rektor Wilhelm Stortz, einen überzeugten Nationalsozialisten, beendet. Meyer, damals Assis-

tent am Elektrotechnischen Institut bei Professor Fritz Emde, wurde eine unvorsichtige Bemerkung zum Verhängnis. Bei einer Sammlung für das Winterhilfswerk, die eigentlich als „Prominentensammlung“ durch den Rektor Wilhelm Stortz persönlich in der Hochschule hätte durchgeführt werden müssen, ließ sich dieser jedoch durch „zwei jüngere uniformierte Sammler“ vertreten. Meyers Kommentar, „da kann ja jeder Prominente sein Dienstmädchen schicken“, war offenbar für Wilhelm Stortz eine Provokation. Obwohl Meyer den Rektor schnell aufgesucht und sich entschuldigt hatte, erhielt er im Beisein des Dozentenführers Bauder von Stortz einen strengen Verweis und den „Rat“ (Meyer), die Hochschule zu verlassen, was einer Kündigung bzw. Nicht-Verlängerung der Assistentenstelle gleichkam. Dieser Vorgang ist in den Akten auch durch weitere Personen gut bezeugt.

Meyer erhielt zwar verschiedene Anstellungen in der Industrie, die ihm zuletzt auch ein gutes Auskommen sicherten. Jedoch vermisste er die anspruchsvolle, wissenschaftliche Arbeit, sodass er 1946 dem neuen Rektor Richard Grammel seine Mitarbeit am Wiederaufbau der Lehre anbot, ein Plan, der jedoch nicht realisiert wurde.

Quellen: UAST114/7764 (Briefwechsel Karl Meyers mit Rektor Richard Grammel 1946) und StA Ludwigsburg EL902/20 Bü96271 (Spruchkammerakte Hermann Reihers) Bl. 116, 119

NB

ROBERT MICHOUDET

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1911 Aug. 20 geb., französischer Staatsbürger, katholisch

1943 März 30–1945 April 21 Kriegsgefangener/Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Ingenieur

Quellen: UAST17/685 Beilage 53 (Zeugnis Michoudets für Karl Wellinger v. 15.05.1945), UAST33/1/65, 33/1/76; UAST202/1 S.20

NB

ALIKSANDER MJROSCHJESCHENKO

In den Quellen auch: Mjroschnjechenko, Miroshajtschenko, Mjroschnjeschenko, Mjroschjeschenko/Alexander, Alex
Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1915 Dez. 18 geb. in Maranskoe bzw. Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine), „apostolisch“

1944 April 15–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 202/1 S. 214; StadtA Stuttgart 202/16; UAST 33/1/65 und 33/1/76: 1944 Juni 26 „Eintritt“ in Institut für Bauforschung

NB

MAX MOOSREINER

deutscher Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt

Max Moosreiner war ein Untersuchungsgefangener der Gestapo, der zur Zwangsarbeit an der Materialprüfungsanstalt eingesetzt wurde. Moosreiner schildert seine Situation in einer „Erklärung“, die er zugunsten des ehemaligen „Betriebsobmanns“ der Technischen Hochschule, Robert Kiesel, in dessen Entnazifizierungsverfahren 1946 abgab:

Der Unterzeichnete war von Januar 1945 bis kurz vor dem Einmarsch als Gestapo-Untersuchungsgefangener zusammen mit etwa 6 bis 8 weiteren Gefangenen, meistens Ausländern, einem Arbeitskommando der Technischen Hochschule, Materialprüfungsanstalt, zugeteilt. Das Kommando wurde von dem Betriebsobmann der Technischen Hochschule, Ingenieur Kiesel, betreut.

Quellen: StA Ludwigsburg EL902/15 Bü 11470 (Spruchkammerakte Kiesel, Robert): Erklärung Max Moosreiners v. 08.01.1946

NB

WASILI MOROSOW

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1912 Juni 10 geb. in „Tanibow“, „Ostarbeiter“
1942 Juli 13–1945 Zwangsarbeiter am For-

schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 84, 90; UAST 202/1 S. 145

NB

ADOLF MÜLLER

Ehrensator der TH Stuttgart/Aberkennung der Ehrensatorwürde aus politischen Gründen



1863 Aug. 19¹ geb. in Wittlich bei Trier
Besuch der Mittelschule in Wittlich
Besuch der Bürgerschule in Trier
Studium der Volkswirtschaftslehre und Medizin in Berlin und Straßburg²
Beginn seiner Tätigkeit als Journalist bei mehreren Zeitungen
Abbruch des Studiums
Mitarbeiter des liberalen Depeschensbüros „Herold“ in Berlin
Direktor des Depeschensbüros „Herold“ in Berlin
1893 Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
1893 Beginn seiner Tätigkeit für die sozialdemokratische Tageszeitung „Münchner Post“
1895–1915³ Chefredakteur der „Münchner Post“
1899–1917 Sozialdemokratischer Abgeordneter im Bayerischen Landtag

seit 1910 stellvertretender Vorsitzender der SPD in Bayern
seit 1919 Jan. 25 deutscher Gesandter in der Schweiz, Bern

1922⁴ Ehrensator der TH Stuttgart

1922 Ehrenbürger der Universität München

1922 Ehrendoktorwürde der Universität Tübingen

1933 August⁵ Rücktritt aus dem diplomatischen Dienst⁶

1934⁷ Streichung aus der Liste der Ehrensatoren der TH Stuttgart

1943 Sept. 5 gest. in Merligen am Thunersee im Kanton Bern

Während Adolf Müller im Programm der Technischen Hochschule Stuttgart für das Studienjahr 1933/34 in der Liste der Ehrensatoren noch aufgeführt wird, sucht man seinen Namen in der Ehrungsliste des Personal- und Vorlesungsverzeichnisses für das Sommersemester 1935 vergeblich.⁷ Dass ihm die Technische Hochschule Stuttgart die 1922 verliehene Ehrung als Ehrensator im Jahre 1934 mit der Streichung aus der Liste der Ehrensatoren entzog, weil möglicherweise inzwischen bekannt geworden war, dass der einst von der Stuttgarter Hochschule geehrte „Spitzendiplomat der Weimarer Republik“⁸ „nicht arisch“⁹ war, ist sehr wahrscheinlich. Der von der Schweiz aus auf einen Verständigungsfrieden hinwirkende „Friedensemissär“⁸ Adolf Müller hat sich zeit seines Lebens darum bemüht, Teile seiner Biographie und ganz besonders seine jüdischen Wurzeln „zu verschleiern“.¹⁰ Selbst seine Kinder mussten nach seinem Tod feststellen, dass ihnen viele biographische Details ihres Vaters bisher gänzlich unbekannt gewesen waren. Auch dass Adolf Müller sein Leben lang einen sehr eigenen Umgang mit der Wahrheit gepflegt hatte, von dem auch heute noch schwer zu beurteilen ist, ob es eine durch seinen Beruf bedingte Marotte war oder aber tiefere – vielleicht in seinem Charakter und seiner Lebensgeschichte zu suchende – Ursachen hatte, wird die Forschung gewiss auch weiterhin beschäftigen. Ganz zu lösen sein werden die mit dem

Diplomaten und „Geheimagenten“¹¹ Adolf Müller verbundenen Rätsel sicherlich nie, zumal große Teile seines heute im Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich aufbewahrten Nachlasses bei einem von „Agenten des NS-Regimes“ durchgeführten Einbruch in sein Haus in Merligen im Kanton Bern zerstört wurden.⁵ Ziel der nationalsozialistischen Nacht-und-Nebel-Aktion im Altersruhesitz von Adolf Müller war offenbar die gezielte Suche und wohl von höherer Stelle angeordnete Vernichtung von Material, das der erfahrene Diplomat in einer vielleicht von ihm geplanten Abfassung seiner Memoiren hätte verwenden können.¹²

Als deutscher Gesandter in der Schweiz von 1919 bis 1933 war Adolf Müller der erste Sozialdemokrat, der im Dienst des Auswärtigen Amtes tätig werden konnte. Neben der Reformierung der Struktur der deutschen Gesandtschaft in Bern bemühte sich Müller darum, mit diplomatischen Mitteln dazu beizutragen, das Vertrauen der Schweiz zu Deutschland allmählich wiederaufzubauen. Eine „späte Genußtuung“ erfuhr Adolf Müller einige Jahre später, als die Schweiz seinen Anteil an der Verbesserung der deutsch-schweizerischen Beziehungen durch „die Berufung in eine Vielzahl von hohen Ehrenpositionen“ würdigte.⁴

Müllers Verhältnis zu den deutschen Reichspräsidenten, mit denen er ein freundschaftliches Verhältnis gepflegt haben soll, und den Außenministern galt als gut.⁴ Besonders geschätzt wurde Adolf Müller offenbar von Gustav Stresemann, auch wenn beide alles andere als immer einer Meinung waren. So lehnte Adolf Müller nicht nur das Vertragswerk von Locarno, sondern auch die Völkerbundpläne Stresemanns ab. Zu Müllers spektakulärsten Aktionen wird eine „innenpolitische Fronde“ gegen Stresemann gezählt, die – wenn auch missglückt – sogar Hindenburg und die Reichswehrführung einbezog, um Stresemanns Pläne zu durchkreuzen.⁴

Über die Gründe für das Ende der diplomatischen Tätigkeit Adolf Müllers im August 1933 kursieren in der Literatur unterschiedliche Erklärungsversuche. Während sein Biograph Pohl die These vertritt, Müller habe den Dienst quittiert, da er dem nationalsozialistischen Regime nicht länger habe „dienen wollen“, werden an anderer Stelle „Altersgründe“ als Begründung angeführt.¹³ Eine weitere, nicht unwahrscheinliche Möglichkeit ist die Verdrängung Müllers aus dem Amt, da er aufgrund seiner Zugehörigkeit zur SPD und seiner engen Verbindungen zu ausländischen Sozialisten zu dem Personenkreis zählte, der den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge war. Nach seinem Rückzug aus dem diplomatischen Dienst und der Politik lebte Müller weiterhin in der Schweiz, wo er sich mit medizinhistorischen Studien über Paracelsus beschäftigte und sich darüber hinaus immer wieder für die Belange deutscher Emigranten, wie beispielsweise Rudolf Breitscheid und Wilhelm Hoegner, engagierte.⁴

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen zum Lebenslauf von Adolf Müller aus den folgenden Publikationen: Pohl, Karl Heinrich: Adolf Müller. Geheimagent und Gesandter in Kaiserreich und Weimarer Republik. Köln 1995 sowie ders.: [Kurzbiographie] Adolf Müller, in: Neue Deutsche Biographie (NDB) 18, Berlin 1997, S. 343–344.

1 Wie der Autor der 1995 erschienenen Publikation „Adolf Müller. Geheimagent und Gesandter in Kaiserreich und Weimarer Republik“, Karl Heinrich Pohl, herausgefunden hat, ist das auf dem Grabstein

Teil II Biographien der Verfolgten

Adolf Müllers in Merligen angegebene Geburtsdatum (siehe Abb. bei Pohl S. 374) falsch. Der von ihm eingesehenen Geburtsurkunde Adolf Müllers ist das in der Tabelle (siehe oben) eingetragene Geburtsdatum zu entnehmen. Vgl. Pohl, Adolf Müller Geheimagent (wie Quellenverzeichnis) S. 16 Anm. 5.

2 Nach Karl Heinrich Pohl gelten diese Angaben als nicht gesichert. Adolf Müller hat wahrscheinlich in Berlin und Straßburg Medizin und Volkswirtschaftslehre studiert. Auch das Jahr der Immatrikulation und/oder der Exmatrikulation Müllers ist nicht zu klären. Vgl. Pohl, Kurzbiographie Adolf Müller (wie Quellenverzeichnis) S. 343 sowie Pohl, Adolf Müller Geheimagent (wie Quellenverzeichnis) S. 26 f.

3 Vgl. Bringmann, Tobias C.: Handbuch der Diplomatie 1815–1963. Auswärtige Missionschefs in Deutschland und deutsche Missionschefs im Ausland von Metternich bis Adenauer. München 2001, S. 82.

4 Pohl, Kurzbiographie Adolf Müller (wie Quellenverzeichnis) S. 344

5 Beschreibung zum Inventar des Teilnachlasses von Adolf Müller im Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich: <http://onlinearchives.ethz.ch/detail.aspx?guid=d6c334a9e55c4c3394be84fab7bebd3a02.03.2015>

6 Wie Anm. 5. Vgl. Pohl, Kurzbiographie Adolf Müller (wie Quellenverzeichnis) S. 344 sowie Conze, Eckart u. a.: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und der Bundesrepublik Deutschland. München 2010, S. 63.

7 Vgl. „Programm der württembergischen Technischen Hochschule Stuttgart für das Studienjahr 1933/34 (1. April bis 31. März)“, S. 24 („Müller, Adolf, Dr. Deutscher Gesandter in Bern“) sowie UAST: Personal- und Vorlesungsverzeichnis der TH Stuttgart für das Sommersemester 1935, S. 6 f.

8 Pohl, Adolf Müller Geheimagent (wie Quellenverzeichnis) S. 9

9 Ebd. S. 10

10 Wie Anm. 5. Vgl. dazu auch ausführlich Pohl, Adolf Müller Geheimagent (wie Quellenverzeichnis) S. 9 f.

11 Pohl, Adolf Müller Geheimagent (wie Quellenverzeichnis)

12 So beispielsweise die Deutung von Tobias C. Bringmann (wie Anm. 3). Vgl. dazu auch die Beschreibung des Inventars des Teilnachlasses von Adolf Müller im Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (siehe Anm. 5).

13 Pohl, Kurzbiographie Adolf Müller (wie Quellenverzeichnis) S. 344 sowie Conze, Das Amt (wie Anm. 6) S. 63

Weitere Literatur über Adolf Müller (Auswahl)

Pohl, Karl Heinrich: Ein sozialdemokratischer Frondeur gegen Stresemanns Außenpolitik. Adolf Müller und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, in: Graml, Herman u. Benz, Wolfgang (Hrsg.): Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Hans Rothfels zum Gedächtnis. München 1976, S. 68–86; Pohl, Karl Heinrich: „Der Münchener Kreis“. Sozialdemokratische Friedenspolitik als Geheimdiplomatie, in: Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft. Berlin 1992, S. 68–99; Bringmann, Tobias C.: Handbuch der Diplomatie 1815–1963: Auswärtige Missionschefs in Deutschland und deutsche Missionschefs im Ausland von Metternich bis Adenauer. München 2001, S. 82; Conze, Eckart u. a.: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und der Bundesrepublik Deutschland. München 2010, S. 63

KN

ROLF MUMBRAUER

wiss. Assistent/Verdrängung

1906 Mai 2 geb. in Berlin-Charlottenburg**1931–1934** Assistent am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in Berlin-Dahlem**1934 April 1–1935 März 31** wiss. Assistent am Chemischen Institut der Universität Greifswald**1935 April 1–1936 März 31** wiss. Assistent am Laboratorium für anorganische Chemie und anorganisch-chemische Technologie der TH Stuttgart**1935 Nov. 25** Lehrauftrag für analytische Chemie**1936 April 1–1945 Sept. 30** Tätigkeit in der chemischen Industrie**1936 Nov.** Habilitation, TH Stuttgart**1945 Okt. 1–1946 März 31** Sachbearbeiter/Referent beim Magistrat der Stadt Berlin, Abt. für Volksbildung/Wissenschaft**1946 April 1** Oberassistent/Dozent, TH Berlin**1949 Okt. 1** a. o. Professor für analytische Chemie, TH Berlin**1951 März 3** gest. in Berlin

Der Chemiker Rolf Mumbrauer gehörte zu den Assistenten, die als politische Gegner des Nationalsozialismus aus ihren Stellen gedrängt bzw. entlassen wurden. Nach dem Ende der NS-Herrschaft beschrieb er den Vorgang anlässlich seiner Einstellung bei der Stadt Berlin:

1935 war ich als 1. Assistent am chemischen Institut der Technischen Hochschule Stuttgart tätig und erhielt für das W. S. 1935/36 einen Lehrauftrag für analyt. Chemie. Von dem damaligen Rektor, Prof. Stortz, wurde ich ständig gedrängt, mich in einer Parteiorganisation aktiv zu beteiligen; auch wurde die Verlängerung meines Lehrauftrags hiervon abhängig gemacht. Ferner hätte ich nach der Habilitation für die Erlangung der Dozentur die weltanschauliche Ausbildung in einem Dozentenlager mitmachen müssen. Da sich all dies mit meiner politischen Überzeugung nicht vereinbaren ließ, verließ ich 1936 die Hochschule und nahm eine Industriestellung an.¹

In den Akten ist auch ein Auszug aus einem Schreiben des Rektors Wilhelm Stortz von Anfang 1936 erhalten, in dem dieser Mumbrauer zur Mitarbeit in einer NS-Organisation drängte und mit dem Abbruch der Hochschullaufbahn drohte:

Ehe ich den Antrag auf Verlängerung Ihres Lehrauftrages [an das Reichserziehungsministerium; Zusatz NB] weiterleite, bitte ich, mir mitzuteilen, ob Sie Ihre Betätigung im DLV [Deutscher Luftsportverband; Zusatz NB] wieder aufgenommen haben, oder was Sie davon abhält.

Ich lege mit dem Reichsministerium Wert darauf, daß die jungen Lehrkräfte, soweit sie die Hochschullaufbahn ergreifen wollen, sich der politischen Dienstleistung nicht entziehen.²

Teil II Biographien der Verfolgten

Rolf Mumbrauer hielt diesem Druck stand und verließ die Technische Hochschule Stuttgart, womit seine Hochschullaufbahn endete. Immerhin wurde es ihm aber 1936 noch ermöglicht, sich an der TH Stuttgart zu habilitieren.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft konnte Rolf Mumbrauer seine Hochschultätigkeit wieder aufnehmen, erhielt 1949 eine außerordentliche Professur für analytische Chemie an der Technischen Hochschule Berlin, verstarb aber im Alter von 45 Jahren plötzlich am 3. März 1951.

Im Wiedergutmachungsverfahren, das Mumbrauers Witwe anstrebte, wurden deren Ansprüche auf eine Witwenrente 1953 zunächst abgewiesen mit der Begründung, ihr Ehemann wäre ja nicht entlassen worden, sondern hätte ja formal gesehen selbst seine Assistentenstelle aufgegeben. Erst 1959 wurde der Tatbestand der Amtsverdrängung und der Schädigung der Beamtenlaufbahn anerkannt und die Witwenrente bewilligt.

Quellen: Alle Informationen sind den Personalakten des Kultusministeriums Baden-Württemberg (HStA Stuttgart EA3/150 Bü 1587) und der Universität Stuttgart (UAST 57/149) sowie der Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Stuttgart (StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 29509) entnommen.

1 HStA Stuttgart EA 3/150 Bü 1587: Schreiben des Kultministeriums Baden-Württemberg an das Landesamt für Wiedergutmachung Stuttgart v. 16.06.1953

2 Ebd. Beglaubigte Abschrift des Wiedergutmachungsbescheids v. 06.12.1958

NB

A. N.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1918 März 5 geb. in Den Haag, niederländischer Staatsbürger

1943 März 31 – April 27 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Koch

Quellen: UAST 131/3/81; UAST 202/1 S. 102

NB

B. N.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1923 Aug. 27 geb. in Bitonto, italienischer Staatsbürger, katholisch

1943 Nov. 19/20–1945 April 20 Zwangsar-

beiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als

Mechaniker

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 81, 86, 90; StadtA Kirchheim/Teck, Fremdarbeiterdatenbank Nr.509; UAST 202/1 S.28

NB

J. N.

Zwangsarbeiterin an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1928 Mai 26 geb. in „Kusmonka“ bei Minsk, Staatsbürgerin der Sowjetunion

1944 März 22–1944 Aug. 5 Zwangsarbeiterin an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Putzfrau

J. N. war erst 15 Jahre alt, als sie die Arbeit an der Materialprüfungsanstalt der TH Stuttgart aufnahm. Dort befragte man sie über ihren Lebensweg und notierte ihren Lebenslauf. Danach hatte sie vom 8. bis zum 13. Lebensjahr die Grundschule besucht und danach wie ihre Eltern, die in Russland lebten, in der Landwirtschaft gearbeitet. Eine Schwester war ebenfalls als „Ostarbeiterin“ nach Deutschland gebracht worden und wohnte mit ihr zusammen im Zwangsarbeitslager „Gemeinschaftslager Landhaus“ (Ostheimer Schule in Stuttgart-Ost).

An der Materialprüfungsanstalt wurde J. N. ab Ende März 1944 als Putzfrau beschäftigt. Unter anderem musste sie an den Freitag- und Samstagvormittagen die Maschinenhallen und den Hof kehren. Anfang August 1944 endete ihre Tätigkeit an der Materialprüfungsanstalt, weil nun für die Stadtverwaltung die Trümmerbeseitigung in Stuttgart Vorrang hatte. Die Bemühungen der Materialprüfungsanstalt, die drei „Ostarbeiterinnen“ J. N., ↗ Pauline Papkowa und ↗ N. N. 10 weiterbeschäftigen zu können, hatten keinen Erfolg. Für J. N. schrieb man einen weiteren (vergeblichen) Antrag, in dem als Argument für die Weiterbeschäftigung in der Materialprüfungsanstalt angeführt wurde, dass sie in der Lichtpauserei nur schwer durch deutsche Arbeitskräfte zu ersetzen sei.

Quellen: UAST 33/1/3; UAST 202/1 S.201

NB

M. N.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1918 Juli 1 geb. in Mailand, italienischer Staatsbürger, katholisch

1943 Nov. 19/20–1944 Aug. 19 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als

Monteur

Quellen: UAST131/3 Nrn. 81, 86; StadtA Kirchheim/Teck, Fremdarbeiterdatenbank Nr. 511; UAST 202/1 S. 29

NB

JEAN NAUCHE

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1896 Sept. 3 geb. in Paris, französischer Staatsbürger, katholisch

1943 März 23–1943 Mai 22 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen

und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Bohrer

1942 verzogen nach Fellbach

1943 nach Untertürkheim abgereist

Quellen: UAST131/3/87; UAST 202/1 S. 21f.

NB

NYAZ NURBEGOVIC

In den Quellen auch: Nurbigovic, Nurbegovich, Nurbegovit, Nürbegovic/Nijas, Nias, Niyaz, Nijaz
Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1909 Okt. 22 (1909 Nov. 22) geb. in Zvornik, jugoslawischer (türkischer) Staatsbürger, katholisch (muslimisch)

1942 Sept. 1–1943 März 27 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

1946 Jan. 22–1946 Feb. 21 Untersuchungsanstalt Stuttgart

1946 Nov. 27 in Mittenwald wird der Displaced Persons-Status angezweifelt.

1947 Aug. 30 wird repatriert von Augsburg nach Jugoslawien.

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 59f.

NB

B. O.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1922 Feb. 23 geb. in Den Haag, niederländischer Staatsbürger, katholisch

1943 März 31–1945 April 9 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und

Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Elektromonteur

1945 nach Spaichingen verzo-gen

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 80, 85, 89; UAST 202/1 S. 77f.

NB

C. O.

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1922 April 13 geb. in Den Haag, niederländischer Staatsbürger, katholisch

1943 Mai 31/Juni 1–1945 April 13 Zwangs-

arbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65, 33/1/76; UAST 202/1 S. 109

NB

T. O.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1924 Jan. 14 geb., „Ostarbeiter“

1942 Juli 13–1945 Zwangsarbeiter am For-

schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 83, 90; UAST 202/1 S. 138

NB

U. O.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1923 Sept. 7 geb. in Amsterdam, niederländischer Staatsbürger

1943 März 31/1945 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Schreiner

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 80, 85, 89; StadtA Kirchheim/Teck, Fremdarbeiterdatenbank Nr.1026; UAST 202/1 S.75

NB

V. O.

Student der Elektrotechnik/rassistische Verfolgung

1919 geb. in Wien
Studium der Elektrotechnik in Stuttgart und München

1940 Nov. 15 Vordiplom, TH Stuttgart
vor 1944 Mai 18 Diplom, TH Stuttgart¹

Der Student der Elektrotechnik V. O. wird als sogenannter „Mischling zweiten Grades“ vom ehemaligen Rektor der TH Stuttgart, Heinrich Hess, in dessen Spruchkammerverfahren erwähnt. Danach war V. O. auch am Lehrstuhl von Hess (wohl als studentische Hilfskraft) beschäftigt.² Er muss dann vor dem 18. Mai 1944 ausgeschieden sein, da er in der Auflistung der studierenden „Mischlinge“, die die TH für das Reichserziehungsministerium mit Datum von diesem Tag erstellte, nicht mehr aufgeführt ist.³

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, sind alle Informationen der Prüfungsakte entnommen: UAST 120; vgl. BA Berlin, Residentenliste. 7. Aufl. Stand: 29.11.2013.

¹ In der Prüfungsakte (UAST 120) findet sich nur ein nicht datierter Entwurf der Diplomurkunde mit einem handschriftlichen Vermerk: „Urkunde wurde von Prof. Feldtkeller ausgestellt (ohne Prüf[ungs-] Sekretariat)“.

² StA Ludwigsburg EL.902/2 Bü 1998 Bl. 70, 138

³ BA Berlin R 4901/13125

NB

SEMEN OCHMUSCH

Kriegsgefangener/Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

Der „russische“ Kriegsgefangene Semen Ochmusch wird in einer „Meldung“ vom 26. Juli 1944 erwähnt. Der Leiter des Kriegsgefangenen- oder Zwangsarbeiterlagers am FKFS berichtete der Institutsleitung, dass ein Mitarbeiter des FKFS nach Dienstschluss Ochmusch zwecks Arbeiten für die Verlagerung des Instituts beschäftigt habe, diesen aber nicht mehr am selben Abend, sondern erst tags darauf wieder „im Lager ... abgeliefert“ habe.

Quellen: UASt 131/3/35 (PA Walter, Willy)

NB

ALEXANDER ONUFRIENKO

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1900 März 17 geb. in Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine)

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UASt 202/1 S. 215; UASt 33/1/65; UASt 33/1/76: 1945 Jan. 1 „Eintritt“ in Institut für Bauforschung

NB

HANS OPPENHEIMER

Chemiestudent/Relegation aus rassistischen Gründen

1915 April 21 geb. in Stuttgart

1934 Abitur am Dillmann-Realgymnasium Stuttgart

1935 März 28 Immatrikulation für das Fach Chemie an der TH Stuttgart

1938 März 15 Vorprüfung „gut bestanden“

1938 Nov. 10 Verhaftung und Einlieferung in das Polizeigefängnis in der Büchsenstraße

1938 Nov. 12–1938 Dez. 22 Verschleppung in das Konzentrationslager Dachau

1938 Nov. 12 Relegation

1939 April 28 Emigration nach England

1940 April Emigration in die USA

1941 Aug. 29 Master of Science, University of Minnesota

1952 Doctor of Philosophy (Ph. D.) in Chemie, University of Chicago

1966 lebte in Mount Vernon, New York, USA

Der Chemiestudent Hans Oppenheimer teilte das Schicksal seiner Mitstudenten ↗ Gunter Benno Seaton (Günter Benno Zittwitz) und ↗ William A. Fraser (Wolfgang Fackenheim) und wurde während der Novemberpogrome bereits am 10. November 1938 verhaftet und mit zahlreichen weiteren jüdischen Männern in das Konzentrationslager Dachau verschleppt. Der Brief des Rektors der TH Stuttgart vom 12. November 1938, mit dem ihm verboten wurde, die Hochschule zu betreten, hat ihn am Wohnort nicht erreicht. Den Abgangsvermerk in seinem Studienbuch vom 16. Dezember 1938, der die Bemerkung enthält: „Er wurde vom weiteren Hochschulbesuch ausgeschlossen, weil er Jude ist“, müssen also andere Personen entgegengenommen haben.

Nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager emigrierte Hans Oppenheimer über England, wo er für die Abwicklung der Formalitäten ein Jahr verlor, in die USA. Nach dem Zweiten Weltkrieg berichtet er in einem Schreiben an das Landesamt für Wiedergutmachung in Stuttgart:

Mein Chemiestudium wurde in den folgenden Jahren mit Unterbrechungen fortgesetzt und erst im Jahre 1952 endgültig mit dem Doctor of Philosophy (Ph. D.) abgeschlossen. [...] Da ich hier mittellos ankam, musste ich gleich arbeiten, sodass ich mich nicht auf den Abschluss meines Studiums konzentrieren konnte. Daher zog sich das Studium über viele Jahre hin.

Hans Oppenheimers weiterer Lebensweg ist uns unbekannt. Aus seiner Korrespondenz mit dem Landesamt für Wiedergutmachung geht hervor, dass er 1966 in Mount Vernon im US-Bundesstaat New York lebte.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen zur Biographie Hans Oppenheimers entnommen aus: UAST 10/55 (Karteikarte Oppenheimer, Hans); UAST 120 (Prüfungsakte Oppenheimer, Hans); StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 35028 (Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Stuttgart).

NB

ALFRED OREN

jüdischer Student des Bauingenieurwesens

1914 Febr. 18 geb. in Creglingen/Württemberg als Alfred Landauer¹

1932 April Abitur am Reform-Realgymnasium Stuttgart (Zeppelin-Gymnasium)

1932 4 Monate Vorpraktikum für das Bauingenieurstudium beim Bau des Neckarkanals

WS 1932/33–SoSe 1933 Studium Bauingenieurwesen, TH Stuttgart¹

1933 März 25 Opfer des Pogroms in Creglingen

Schreinerlehre in Stuttgart, anschließend in München

1937 Mai Heirat mit Lotte Mezger in Frankfurt/Main

1938 März Auswanderung nach Palästina, Kibbuz Hasorea

Tätigkeit als Schreiner (später als Leiter) in der Kibbuz-Schreinerei

2000 Mai 15 gest.

Bis zum Beginn der NS-Herrschaft schien der Lebensweg von Alfred Landauer, der seinen Namen später in Palästina in Alfred Oren änderte, in bürgerlichen Bahnen zu verlaufen. Die Eltern ermöglichten ihm ein Hochschulstudium – ursprünglich dachten sie an eine Juristenausbildung. Doch ihr Sohn interessierte sich in der Gymnasialzeit für den Beruf des Bauingenieurs, sodass er nach dem Abitur ein entsprechendes Vorpraktikum absolvierte und im Wintersemester 1932/33 mit dem Studium an der Technischen Hochschule Stuttgart begann.

Wir wissen nicht, ob er im Frühjahr 1933 von der TH Stuttgart vertrieben wurde. Wahrscheinlich dürfte für die Beendigung des Studiums ein Pogrom eine Rolle gespielt haben, das am 25. März 1933 stattfand. SA-Männer misshandelten 16 Männer der jüdischen Gemeinde Creglingen, darunter auch Alfred Oren. Zwei jüdische Männer starben an den Folgen der Schläge.

Alfred Oren berichtete, dass er nach zwei Semestern sein Studium aufgab und dann eine Schreinerlehre in Stuttgart begann. „Ein Nazi erreichte jedoch, dass ich die Lehre abbrechen musste. Ich setzte sie bei einem jüdischen Schreiner in München fort.“²

Schon in seiner Schulzeit hatte er sich einer jüdischen Jugendbewegung angeschlossen, dem deutsch-jüdischen Wanderbund „Kameraden“, später „Werkleute“. Hier beschloss man im Sommer 1933, sich auf die Emigration nach Palästina vorzubereiten. „Der größte Teil der Bewegung, die damals schon nationalbewusst jüdisch war, beschloss im Sommer 1933, gemeinsam einen Kibbuz, eine gemeinsame Siedlung in Israel, damals noch Palästina, um es richtig zu sagen, aufzubauen und von da an war die ganze Arbeit auf dieses Ziel gerichtet.“³

Im März 1938 kamen Alfred Oren und seine Frau in Palästina an. Alfred Oren arbeitete seit seinem zweiten Jahr im Kibbuz Hasorea in der Schreinerei, bis er das Alter von 81 Jahren erreichte.

Quellen: Soweit nicht anders notiert, sind alle Informationen entnommen aus: Naser, Gerhard (Hrsg.): Lebenswege Creglinger Juden. Das Pogrom von 1933. Der schwierige Umgang mit der Vergangenheit. 3. Aufl. Bergatreute 2002, S. 97–111. Siehe auch: HStA Stuttgart EA 99/001 Bü 169.

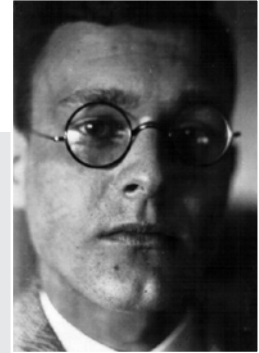
¹ UAST Z 996

² Naser, Lebenswege (siehe unter Quellen) S. 105

³ Ebd. S. 106

HERBERT OSSWALD

Architekturstudent/
Vertreibung aus politischen Gründen



1910 Aug. 1 geb. in Stuttgart

Vater: Ernst Otto Oßwald, Architekt

1928 Ostern Abitur am Dillmann-Realgymnasium Stuttgart

1928 Okt. 27 Immatrikulation an der TH Stuttgart

1930 Dez. 1 Diplomvorprüfung, mit „gut“ bestanden

WS 1931/32–SoSe 1932 Fortsetzung des Studiums an der TH Berlin

1932 Nov. 7 Fortsetzung des Studiums an der TH Stuttgart

1933 Febr. 23 Einstellung eines Verfahrens wegen Vorbereitung zum Hochverrat durch Verbreitung kommunistischer Schriften

1933 April/Mai

Zwangsexmatrikulation oder Verweisung von der TH Stuttgart¹

1936 Febr. 14

Wiedereinschreibung an der TH Stuttgart abgelehnt

1939 Herbst Wehrdienst

1940 Sept. 2 Immatrikulation an der TH Stuttgart

vor 1940 Nov. 19 Heirat

1942 Mai 28 Diplomhauptprüfung, mit „gut“ bestanden

1943 Juli 15 an der Ostfront gefallen²

Herbert Oßwald wuchs in einem politisch liberal eingestellten Elternhaus auf.² Sein Vater, Ernst Otto Oßwald (1880–1960), war der Architekt des 1928 fertiggestellten Hochhauses in Sichtbeton für die Redaktion des Stuttgarter Neuen Tagblatts („Tagblatt-Turm“), das als wichtiges Architekturdenkmal des Neuen Bauens in Stuttgart gilt. Wir wissen nicht, ab wann sich Herbert Oßwald kommunistischen Kreisen zuwandte. Um die Jahreswende 1931/1932 trat er jedenfalls der KPD bei.³

Im Januar 1933 gab Herbert Oßwald das erste (und einzige) Heft seiner Zeitschrift „roter student“ heraus. In zwei Artikeln, einer von Oßwald selbst verfasst, nahm man aus marxistischer Sicht kritisch zu Artikeln der burschenschaftlich dominierten Württembergischen Hochschulzeitung und zwar gegen die dort vertretenen nationalistischen und kriegsfreundlichen Auffassungen Stellung. Die auch andernorts bezeugte Einseitigkeit der Stuttgarter Polizei und Justiz⁴ zuungunsten linker und zugunsten rechtsradikaler und nationalsozialistischer Täter wird nun auch im Fall Oßwalds deutlich: Die württembergische Kriminalpolizei ermittelte gegen ihn wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“. Oßwald wurde im Stuttgarter Polizeipräsidium vernommen, sein Zimmer im Elternhaus von der Polizei durchsucht und bei einer Versammlung der roten Studentengruppe wurden die vorhandenen Exemplare des „roten student“ beschlagnahmt. Oßwald gab zu Protokoll: „Das von mir herausgegebene 1. Heft der Zeitung ‚Der rote Student‘ ist ein erster Versuch, die Werbung für die KPD unter den Hochschülern mittels einer Zeitung zu fördern.“³ Das Reichsgericht in Leipzig sah Oßwalds Vergehen allerdings als nicht so gravierend an. Es schlug Ende Februar 1933 das Verfahren nieder.⁵ Nur wenige Tage später

hätte Oßwald mit Schlimmerem rechnen müssen, da die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 „zur Verfolgung kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ die bürgerlichen Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft setzte und damit die amtliche Verfolgung von Kommunisten formaljuristisch legitimierte.

Herbert Oßwald wurde dann doch noch ein Opfer der politischen Verfolgung und zwar an der Technischen Hochschule Stuttgart. Er hatte am 19. April 1933 eine erste Teilprüfung zum Hauptdiplom schon bestanden, als er am 10. Mai schon zur nächsten nicht mehr erscheinen konnte. Offenbar war er mit Beginn der Vorlesungszeit des Sommersemesters 1933 (24. April) zwangsweise von der Hochschule verwiesen worden.¹ Die Daten bzw. der Ablauf der Ereignisse sind ein Indiz dafür, dass die Urheber der Relegation die zum Semesterbeginn wieder auf den Plan getretenen nationalsozialistischen Studierenden waren.

Über seine Tätigkeit bis zu seinem Wehrdienst ab Herbst 1939 wissen wir nur wenig, außer dass er im Architekturbüro seines Vaters beschäftigt war.⁶ Ein Versuch, sich 1936 wieder zu immatrikulieren, scheiterte. Auf seiner Karteikarte ist zu lesen: „Wiedereinschreibung am 14. II. 1936 wegen früherer kommunistischer Betätigung abgelehnt.“ Oßwald blieb auch in diesen Jahren seinen politischen Überzeugungen treu. Sein Freund Eugen Eble berichtet in seinen Lebenserinnerungen, dass Oßwald mit ihm zusammen zu einer „kleine[n] Gruppe von Antifaschisten“ gehörte, „die sich nach wie vor traf“. Nach der Volksabstimmung über den „Anschluss Österreichs“ am 10. April 1938 befürchtete Oßwald, der wohl mit „Nein“ gestimmt hatte, die Verfolgung durch nationalsozialistische Stellen.⁶ Dass seine Verfolger ihn weiter im Auge behalten wollten, zeigt eine Karteikarte, die über ihn im Reichssicherheitshauptamt Berlin geführt wurde und auf der die Tat von 1933 festgehalten blieb: „Herausgeber der Zeitschrift ‚Der Rote Student‘, treibende Kraft des Roten Studentenbundes in Stuttgart“ ist darauf vermerkt.⁷

Offenbar ebnete der Wehrdienst Herbert Oßwald wieder den Weg in das Studium. Im Spruchkammerverfahren des damaligen Rektors Heinrich Hess wurde zu dessen Entlastung jedenfalls angeführt, er habe „einen Gegner des Nationalsozialismus, den von der Hochschule verwiesenen Studierenden Oswald [sic], nach seiner Entlassung aus der Wehrmacht im Jahr 1940 einschreiben lassen.“⁸ Oßwald bestand nun seine Diplomhauptprüfung mit Datum vom 28. Mai 1942 mit der Note „gut“. Seine Diplomarbeit fertigte er bei Professor Hugo Keuerleber an, der als moderater Vertreter der klassischen Moderne in der Architekturabteilung an den Rand gedrängt worden war. Auch die Wahl des Zweitgutachters Paul Bonatz¹ ist ein Indiz dafür, dass Oßwald dem Neuen Bauen näher stand als der traditionellen Stuttgarter Schule eines Paul Schmitthenner. Zurück zur Wehrmacht – Oßwald soll einer Strafkompagnie angehört haben – kam Herbert Oßwald im Juli 1943 als Soldat an der Ostfront ums Leben. Er hinterließ Frau und drei Kinder.²

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen die Daten zum Lebenslauf aus der Karteikarte Herbert Oßwalds (UASt 10/55) und aus seiner Prüfungs- bzw. Studentenakte (UASt 120/Oßwald, Herbert).

¹ UASt 120/Oßwald, Herbert (Prüfungs- bzw. Studentenakte)

² Freundl. Mitteilung der Familie v. 18. 06. 2014 an den Verfasser; UASt 120/Oßwald, Herbert

Teil II Biographien der Verfolgten

3 BA Berlin R3003 Nr. 8J339/33 Bl.13 (Protokoll von Oßwalds Vernehmung am 25.01.1933 im Polizeipräsidium Stuttgart)

4 Siehe hierzu die Lebenserinnerungen des Stuttgarter Rechtsanwalts Fred Uhlman: *The Making of an Englishman. Erinnerungen eines deutschen Juden.* Zürich 1998, S. 147–164.

5 wie Anm. 3 Bl. 18

6 *Die schlaflosen Nächte des Eugen E. Erinnerungen eines neuen schwäbischen Jacobiners.* Edition Cordeliers, Stuttgart 1982, S. 94f.

7 BA Berlin R 58/9595

8 StA Ludwigsburg EL 902/2 Bü 1998 (Spruchkammerakte Hess, Heinrich) Bl. 138

NB

A. P.

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1923 Aug. 8 geb. in „Paranskoe“ (oder Krasne), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine), „apostolisch“

1944 April 15/26-1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 212

NB

L. P.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1922 Juli 16 geb., „Ostarbeiter“
ab 1942 Juli 13 Zwangsarbeiter („Ostarbeiter

Nr. 13“) am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

Quellen: UAST131/3 Nrn. 78, 83

NB

R. P.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1927 April 14 geb., „Ostarbeiter“

1942 Juli 13–1945 Zwangsarbeiter am For-

schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 83, 90; UAST 202/1 S. 131

NB

S. P.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1924 Juli 27 geb. in Witebsk, „Ostarbeiter“

1942 Juli 13–1945 Zwangsarbeiter am For-

schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 83, 90; UAST 202/1 S. 142

NB

T. P.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1925 Nov. 8 geb., „Ostarbeiter“

1942 Juli 13–1945 Zwangsarbeiter am For-

schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 83, 90; UAST 202/1 S. 134

NB

PAULINE PAPKOWA

Zwangsarbeiterin an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1916 April 29 geb. in „Schonderowa“ bei Leningrad, Staatsbürgerin der Sowjetunion
1941 Jan. 8 Geburt der Tochter

1944 März 22–1944 Aug. 5 Zwangsarbeiterin an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Putzfrau

Als Pauline Papkowa ihre Arbeit an der Materialprüfungsanstalt der TH Stuttgart aufnahm, befragte man sie dort über ihren Lebensweg und notierte ihren Lebenslauf. Danach waren ihre Eltern, die in der Landwirtschaft gearbeitet hatten, gestorben, als Papkowa zwei Jahre alt war. Eine Tante nahm sie in ihren Haushalt auf, bis sie 13 Jahre alt war. Papkowa ging im Alter von neun und zehn Jahren zur Grundschule, arbeitete danach zwei Jahre als Schneiderin und besuchte währenddessen abends eine „Arbeitschule“. Mit 14 Jahren zog Papkowa in das damalige Leningrad (heute Sankt Petersburg), wo sie sechs Jahre als Haushaltshilfe und zwei Jahre lang in einer russischen „Soldatenschule“ als Putzfrau und Wäscherin arbeitete. Sie heiratete 1938 einen Soldaten. Ihre Tochter wurde am 8. Januar 1941 geboren. Zum Zeitpunkt ihres Arbeitsantritts in der MPA lebte ihr Kind in der Nähe von Leningrad. Möglicherweise konnte Papkowa es aber zu sich holen, denn in einem der „Beschäftigungsnachweise“, die die Verwaltung der Materialprüfungsanstalt beim „Gemeinschaftslager Landhaus“ für jeden Beschäftigungstag einreichen musste, ist Ende Juli 1944 die Lohnnummer Papkows durchgestrichen und die Bemerkung „Kind krank“ hinzugefügt. Offenbar war Papkowa an diesem Tag nicht zur Arbeit erschienen, da sie sich um ihre kranke Tochter kümmern musste.

Einen Monat nach Beginn des Krieges mit der Sowjetunion, also wohl im Juli 1941, war Papkowa in die Gewalt der deutschen Wehrmacht geraten. Hier musste sie für die deutschen Soldaten und bei einer „Ortskommandantur“ in der Nähe des von deutschen Truppen belagerten Leningrad putzen, Wäsche ausbessern und andere Haushaltsarbeiten verrichten. Die Aufzeichnungen sind an dieser Stelle unklar: Offenbar war Pauline Papkowa von hier geflohen, wurde jedoch wieder aufgegriffen und geriet in das Lager-system in Deutschland. Schließlich kam sie im Januar 1944 nach Stuttgart Ost in das „Gemeinschaftslager Landhaus“ (Ostheimer Schule). In Stuttgart wurde Pauline Papkowa zunächst zur Trümmerbeseitigung eingesetzt.

An der Materialprüfungsanstalt wurde sie ab Ende März 1944 als Putzfrau beschäftigt. Unter anderem musste sie an den Freitag- und Samstagvormittagen die Maschinenhallen und den Hof kehren. Anfang August 1944 endete hier ihre Tätigkeit, weil nun für die Stadtverwaltung die Trümmerbeseitigung in Stuttgart Vorrang hatte. Die Bemühungen der Materialprüfungsanstalt, die drei „Ostarbeiterinnen“ Pauline Papkowa, ♂ J. N. und ♀ N. N. 10 weiterbeschäftigen zu können, hatten keinen Erfolg.

ORASIO PARISATI

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1913 Jan. 1 geb. in Masi, italienischer Staatsbürger, katholisch

1943 Nov. 20–1944 Aug. 26 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Schweißer

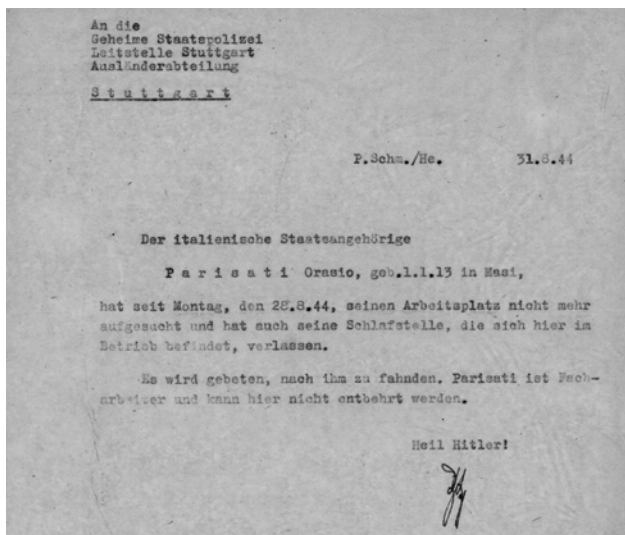
1944 Aug. 27 Flucht vom Arbeitsplatz

Dem italienischen Staatsbürger Orasio Parisati, der als Schweißer im FKFS arbeitete, gelang offenbar 1944 die Flucht vom Arbeitsplatz. Jedenfalls finden sich in den Akten des Forschungsinstituts für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren keine Hinweise darauf, dass er gefasst und zurückgebracht worden wäre. Die Institutsleitung betrieb die Verfolgung Parisatis durch die Gestapo mit Nachdruck. Es wurde nicht nur die Meldung des Fernbleibens vom Arbeitsplatz erstattet, sondern man schickte der Gestapo zudem noch zwei Postkarten, die an Parisati gerichtet und an seine Adresse im FKFS gelangt waren. Ihr Inhalt war der Institutsleitung verdächtig vorgekommen, sodass sie gleich Übersetzungen ins Deutsche hatte anfertigen lassen, die sie nun mitschicken konnte. „Das Institut bittet, die Fahndungsmaßnahmen nach Parisati energisch zu betreiben. Parisati ist Facharbeiter, sodass auf ihn schwerlich verzichtet werden kann.“¹

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 40, 80, 85; UAST 202/1 S. 41f.

1 UAST 131/3/40, Zitat aus einem Schreiben des FKFS an die Ausländerabteilung der Gestapo Stuttgart v. 06.09.1944

NB



Das FKFS meldet am 31. August 1944 der Gestapo Stuttgart das Fernbleiben des italienischen Facharbeiters Orasio Parisati vom Arbeitsplatz und beantragt die Fahndung nach ihm.
Quelle: UAST 131/3/40

SHLOMO PASHTAN

jüdischer Architekturstudent/Vertreibung

1910 Jan. 16 geb. in Köln als Oskar van Perlstein

1929 März Abitur

1929 Praktikum im Architekturbüro seines Onkels Robert Stern in Köln

WS 1929/30 Beginn des Architekturstudiums an der TH Stuttgart¹

1933 Vertreibung von der TH Stuttgart

1934 Ausreise nach Palästina und Namensänderung in Shlomo Pashtan (Schlomo Paschtan) Tätigkeiten in verschiedenen Kibbuzim

1959–1977 Oberbuchhalter in der Landwirtschaftlichen Schule Mikveh Israel

2004 Juni 18 gest. in Israel

Shlomo Pashtan gehörte zu den Studenten, die nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 von der Technischen Hochschule vertrieben wurden, ohne dass hierfür eine gesetzliche Grundlage oder Verordnung vorlag. Nach seiner Emigration nach Palästina musste er seinen Berufswunsch Architekt aufgeben. Er arbeitete zunächst als Arbeiter in verschiedenen Kibbuzim, danach als Oberbuchhalter an der Landwirtschaftlichen Schule Mikveh Israel, wo er auch noch bis zum Alter von 90 Jahren ehrenamtlich tätig blieb. Seine Mutter – Shlomo Pashtan hatte vergeblich versucht, auch für sie die Einreise in das britische Mandatsgebiet Palästina zu erwirken – sowie ein Bruder und eine Tante wurden in deutschen Konzentrationslagern ermordet.

Wie viele Emigrierte blieb auch Shlomo Pashtan seiner Heimat verbunden: Er war Mitbegründer des „Verbandes ehemaliger Kölner und Rheinländer in Israel“.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus: Wolfram Hagspiel: Köln und seine jüdischen Architekten. Köln 2010, S. 345 f.; UAST 120/Perlstein, Oskar

¹ UAST 10/50 bis 10/54

NB

JUAN PASTERNACHIA

jüdischer Chemiestudent/Relegation aus rassistischen Gründen

Den jüdischen Chemiestudenten Juan Pasternachia kennen wir nur aus einem Zeitzeugeninterview mit einem Studienkollegen. Auf die Frage nach jüdischen Kommilitonen berichtete dieser: „Wir hatten einen Pasternachia, das war ein Jude aus Kuba, Juan Pasternachia.“ Wahrscheinlich gehörte auch Pasternachia zu den jüdischen Studierenden, die nach den Novemberpogromen 1938 von der Hochschule verwiesen wurden.

Quelle: Zeitzeugeninterview mit A. G. v. 24. 04. 1998 (UAST 44/10): 00:30:50

NB

HANAN PAVELL

jüdischer Architekturstudent

1909 Nov. 12 geb. in Stettin als Heinz Pawel
WS 1928/29–1934 Architekturstudium an der TH Stuttgart¹
1930 Dez. 1 Vordiplomprüfung mit „gut“ bestanden²
1934 Juli 25 Diplomhauptprüfung mit „gut“ bestanden²
1934 Emigration nach Palästina
1935–1948 freier Architekt in Palästina
1948–1955 Mitarbeiter in der Planungsabteilung der israelischen Regierung
1952 UN-Stipendium für Stadtplanung in Nordafrika und Westeuropa
1955–1962 Leiter der Abteilung für Stadt-

planung für den Nordbezirk im israelischen Innenministerium
1957 Mitglied der Jury für den Wettbewerb des Knesset-Gebäudes
1962–1964 Leiter der Abt. für Stadtplanung der äthiopischen Regierung
1964–1966 Leiter der Abt. Architektur der Haile-Selassie-Universität, Addis Abeba
1968–1973 2. Generaldirektor im israelischen Wohnungsbauministerium
1973 Berater im Wohnungsbauministerium und Vorsitzender der Planungskommission für neue Städte und Stadtentwicklung
1976 Febr. 11 gest. in Tel Aviv

Es fällt auf, dass Heinz Pawel, der die ersten Teilprüfungen zu seinem Architekturdiplom vom Juli 1932 bis zum 13. März 1933 ablegte, im Jahr 1933 eine lange Pause einlegte, nur unterbrochen durch die Teilprüfung im Fach Aquarellieren Ende Juli 1933. Erst im Wintersemester 1933/34, am 14. Oktober 1933, setzte er die Reihe der Teilprüfungen fort und schloss die Prüfung schließlich im Sommer 1934 erfolgreich ab.² Dieser ungewöhnlich langgezogene Prüfungsverlauf könnte viele Gründe gehabt haben, vielleicht auch den, dass Pawel den Vertreibungen der jüdischen Studierenden durch die nationalsozialistischen Mitstudenten entgehen wollte und die Technische Hochschule Stuttgart in der aufgeladenen Verfolgungsatmosphäre des Sommersemesters 1933 bewusst gemieden hat.

Pawels Vater war freier Architekt mit Büro in Stettin (Szczecin/Polen), in dem Heinz Pawel arbeitete. Nach der bestandenen Diplomprüfung wanderte Heinz Pawel nach Palästina aus. Wie in vielen deutschen jüdischen Familien emigrierten die erwachsenen Kinder noch rechtzeitig. Pawels Vater wurde 1939 in das KZ Sachsenhausen verschleppt, jedoch gelang es den Eheleuten, noch im selben Jahr nach Schweden auszureisen.

Heinz Pawel, der sich bald in hebräischer Form Hanan Pavell nannte, gehört zu den Pionieren des Staates Israel. Seine Mitgliedschaften in der zionistisch-sozialistisch orientierten Histadrut (ab 1935) und in der paramilitärischen Untergrundorganisation Haganah (1938–1948) zeigen sein Engagement für den neuen Staat. Er arbeitete zunächst als freier Architekt und später in aufsteigender Karriere in Ministerien und Regierungsstellen, die über Wohnungsbau und Stadtplanung entschieden. Im Gegensatz zur Stuttgarter Architekturschule zeigen seine Bauten eine starke Orientierung an der modernen Architektur, wie Pawel sie in Israel – vor allem in Tel Aviv – vorfand.

Teil II Biographien der Verfolgten

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen die Informationen zum Lebenslauf aus Cornelia Brosamer: Artikel Pavell (Pawel), Hanan (Heinz), in: <http://kg.ikb.kit.edu/arch-exil/414.php> (02.07.2015); Artikel Pavell, Hanan in: IBDE, Bd. 1, S. 565; Warhaftig, Myra: Deutsche jüdische Architekten vor und nach 1933. Berlin 2005, S. 384.

Siehe auch: Nachlass Myra Warhaftig, Karlsruher Institut für Technologie, Institut für Kunst- und Bau-geschichte, Mappe „Pavell, Hanan“; Warhaftig, Myra: Sie legten den Grundstein. Leben und Wirken deutschsprachiger jüdischer Architekten in Palästina 1918–1948. Tübingen u. a. 1996, S. 382

1 UASt 10/49–10/54. Wegen der Überlieferungslücken in der Serie der Stuttgarter Studentenverzeichnisse sind die Unterbrechungen im Studienverlauf nicht genau dokumentiert. Zumindest im SoSe 1931 war Pawel nicht immatrikuliert.

2 UASt 120/Pawel, Heinz (Prüfungsakte)

NB

ALBERT PFLÜGER

Ehrenbürger 1929/Entzug der Ehrenbürgerwürde aus politischen Gründen

1879 Nov. 7 geb. in Dettingen/Teck, evangelisch

1896–1899 Lehre zum Buchdrucker und Maschinensetzer in Kirchheim/Teck

1897 Eintritt in die SPD

seit 1904 Tätigkeit im Landessekretariat der württembergischen SPD

1906–1911 Parteisekretär

1908–1919 Redakteur, ab 1912 Schriftleiter der „Schwäbischen Tagwacht“

1913–1918 Mitglied des württembergischen Landtags

1919–1920 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung für den freien Volksstaat Württemberg

1920–1933 Mitglied des württembergischen Landtags

1921–1928 Vizepräsident des württembergischen Landtags

1922 Regierungsrat im Arbeits- und Ernährungsministerium

1928–1932 Präsident des württembergischen Landtags

1929 Mai 16

Ernennung zum Ehrenbürger der TH Stuttgart

1930 Oberregierungsrat im Wirtschaftsministerium

1933 Juni Inhaftierung im KZ Heuberg

1933–1945 Pflüger bestreitet den Lebensunterhalt als Versicherungsvertreter, Gelegenheitsarbeiter und Erntehelfer

1944 Inhaftierung im KZ Dachau

1945/1946–1950 Leiter/Präsident des Landes-gewerbeamts

1946–1955 Parlamentarier der verfassungsgebenden Landesversammlungen und der Landtage von Württemberg-Baden und Baden-Württemberg

1965 Mai 11 gest. in Stuttgart



Albert Pflüger um 1929

Zu den Persönlichkeiten aus der Politik, die die Technische Hochschule im Jahr 1929 anlässlich ihres 100-jährigen Bestehens zu Ehrenbürgern der Hochschule ernannte, gehörte auch der damalige württembergische Landtagspräsident Albert Pflüger.¹ Wie die späteren Listen der Ehrenbürger in den Vorlesungsverzeichnissen zeigen, war ihm als einem führenden Sozialdemokraten im Land diese Würde zu Beginn der NS-Herrschaft von der TH aberkannt worden. Studentenführer Albert Schmehl hatte in der diffamierenden Sprache des Nationalsozialismus die Aberkennung der Ehrentitel der „marxistischen und zentriemlichen Parteibonzen“ gefordert (vgl. Kap. 3.7).

Wie in ähnlichen Fällen, in denen die Technische Hochschule Stuttgart die Ehrenwürden entzog (siehe zum Beispiel ↗ Josef Beyerle, ↗ Eugen Bolz, ↗ Hans Bredow) trug die Aberkennung der Ehrenbürgerwürde zur Demontage des Ansehens in der bürgerlichen Gesellschaft bei. Mit diesem Schritt leistete die Technische Hochschule Stuttgart einen nicht unwesentlichen Beitrag zu den Verfolgungsmaßnahmen des NS-Staates.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: Raberg, Frank: Pflüger, Albert, in: Baden-Württembergische Biographien 2 (Stuttgart 1999), S. 349–352; ders.: Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933. Stuttgart 2001, S. 664–666.

1 UAST 127/323 (Ehrenbürgerakte)

NB

EDGAR PICK

Ehrensator/Entzug der Ehrensatorwürde
aus rassistischen Gründen

1877 Nov. 25 geb. in Stuttgart, israelitisch¹

Mitinhhaber des Bankhauses Glaub & Cie
(zuvor: Pick & Cie), Stuttgart

1925 Ehrensator der TH Stuttgart

1925 Ernennung zum Königlichen Belgischen
Konsul²

1936 Jan. 1 weil er Jude ist, muss Pick, zu
diesem Zeitpunkt Kommandantist, aus seiner
Bank ausscheiden.

1938 Nov. Inhaftierung im KZ Dachau;
Freilassung auf Intervention des belgischen

Botschafters in
Berlin

1938 Dez. 6

Emigration in
die Schweiz
nach Zürich

1940 Sept. 9

Aberkennung
der deutschen Staatsangehörigkeit¹, Picks
Vermögen fällt an das Deutsche Reich

1972 Febr. 3 gest.



Wie die Vorlesungsverzeichnisse der 1930er Jahre zeigen, entzog die Technische Hochschule Stuttgart auch dem Stuttgarter Bankier Edgar Pick die Ehrensatorwürde, weil

Teil II Biographien der Verfolgten

dieser Jude war (vgl. Kap. 3.7). Über einen befreundeten Anwalt nahm Edgar Pick 1948 wieder Kontakt mit der Technischen Hochschule auf. Der Anwalt schrieb:

Wahrscheinlich wurde Herr Konsul Pick, da er Jude ist, im Dritten Reich dieser seiner Würde entkleidet. Ich habe in seinem Auftrag anzufragen, ob die Technische Hochschule in der Zwischenzeit diese aus rassischen Gründen erfolgte Aberkennung seiner Eigenschaft als Ehrensator wieder aufgehoben hat und Herr Konsul Pick sich wieder als Ehrensator bezeichnen kann.³

Der damalige Rektor Otto Schmitt antwortete, dass die Streichungen aus den Ehrungslisten, die in der NS-Zeit erfolgt waren, „sofort nach dem Zusammenbruch durch den damaligen Rektor Professor Grammel nachdrücklich zurückgezogen worden“ seien.⁴ In der Folgezeit gratulierten die Rektoren der Technische Hochschule zu den runden Geburtstagen, jedoch fand – wie die Ehrungsakte zeigt – keine persönliche Begegnung mit Edgar Pick mehr statt.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: UAST 127/254 (Akte über die Ernennung zum Ehrensator); StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 8463 (Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Stuttgart).

1 Liste 200 – Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 214 vom 12.9.1940, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter: <http://db.saur.de.dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=ADS-0208> (12.02.2016)

2 Nach Zelzer, Weg und Schicksal S. 465, erfolgte die Ernennung zum belgischen Konsul für Württemberg und Hohenzollern im Jahr 1931.

3 UAST 127/254: Dr. jur. Walter Molt an das Rektorat der TH v. 27.07.1948

4 Ebd. Antwort Rektor Otto Schmitt v. 31.07.1948

NB

ANDRE PROCHOREZ

In den Quellen auch: Andrj

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1894 Okt. 2 geb. in Maranskoe bzw. Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine), „apostolisch“

1944 April 15/Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 202/1 S. 216; UAST 33/1/65; UAST 33/1/76: 1945 Jan. 1 „Eintritt“ in Institut für Bauforschung

NB

ANTON PROCHOREZ

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1912 Jan. 12 (1922 Jan. 12) geb. in Maranskoe bzw. Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine), „orthodox“

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65 und 33/1/76; UAST 202/1 S. 217

NB

A. R.

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1924 Jan. 30 geb. in „Rusaliwka“, Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine), „apostolisch“

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 239 f.

NB

O. R.

Architekturstudentin/rassistische Verfolgung

1918 geb. in Essen, evangelisch

1937 Abitur am Städtischen Oberlyzeum in Herne

1937 April–Nov. Arbeitsdienst

1938 April 1–SoSe 1943 mit Unterbrechungen:

Architekturstudium an der TH Stuttgart

1939 Nov. 29 Vordiplom, TH Stuttgart

1939/1940 Studium an der Universität Florenz

1943 Juli 21 Diplom, TH Stuttgart

O. R. wird in einigen Spruchkammerverfahren als sogenannte „Halbjüdin“ erwähnt.¹ Es dürfte aber richtig sein, was der damalige Rektor Heinrich Hess über sie schrieb, nämlich dass sie im NS-Staat als „Mischling zweiten Grades“ galt.² Hugo Keuerleber schrieb im Spruchkammerverfahren gegen den Studentenführer K. W. zu dessen Entlastung:

Fräulein [O. R.] studierte damals in der Architekturabteilung. Durch einen Anschlag am Schwarzen Brett hat sie sich an meinem Lehrstuhl als Mitarbeiterin beworben. Die Mitarbeiter mussten damals durch die Studentenführung genehmigt werden.

Teil II Biographien der Verfolgten

Trotzdem Fräulein [O. R.] Halbjüdin war, ist von Herrn [K. W.] entgegen des Verbots diese Genehmigung ausgesprochen worden. Fräulein [O. R.] war als Halbjüdin der Zutritt zur Mensa nicht gestattet, auch diese Erlaubnis wurde von Herrn [K. W.] erteilt.³

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: UAST 10/55.

1 StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 76998 (Spruchkammerakte Tiedje, Wilhelm) Bl. 12: Schreiben Erich Hecks v. 06. 05. 1946; vgl. Anm. ³ sowie StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 161 (Spruchkammerakte Schmitt-henner, Paul), Bl. 12 c

2 StA Ludwigsburg EL 902/2 Bü 1998 (Spruchkammerakte Hess, Heinrich) Bl. 70, 138

3 StA Ludwigsburg EL 902/6 Bü 4222 (Spruchkammerakte K. W.) Bl. 11: Schreiben Hugo Keuerlebers v. 31. 08. 1946

NB

P. R.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1919 Jan. 15 geb. in Den Haag, niederländischer Staatsbürger, evangelisch

1943 März 26/31–1943 Nov. 8 Zwangsarbei-

ter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Kraftfahrer

Quellen: UAST 131/3/81; UAST 202/1 S. 74

NB

T. R.

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1925 Aug. 25 geb. in Maranskoe bzw. Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk), Staatsbürger der Sowjetunion

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 231; UAST 33/1/76: 1945 Jan. 1 „Eintritt“ in Institut für Bauforschung

NB

ERIKA RATHGEBER

Architekturstudentin/rassistische Verfolgung

1907 Mai 28 geb. in Berlin als Erika Regener
Hölderlin-Gymnasium Stuttgart

SoSe 1926 –SoSe 1929 und WS 1930/31–

SoSe 1931 Architekturstudium in Stuttgart¹

um 1927 Praktikantin beim Bau der Weißen-
hofsiedlung in Stuttgart

1930 Mai 10 Vordiplom, „bestanden“²

1932 Aug. 02 Heirat mit Heinrich (Henri)
Rathgeber (1908–1995)

1934 Juli 25 Hauptdiplom, „gut bestanden“

1935 Bau des eigenen Wohnhauses in Stutt-
gart

1939 Mai Emigration nach Melbourne, Aus-
tralien

ab 1949 post-
graduate course
in Town and
Regional Plan-
ning, Melbourne
University

bis 1973 Mitar-
beit im Architek-
turbüro Stephen-
son & Turner in Sydney, im London County
Council und als Stadtplanerin im Local State
Government Town Planning Department in
Sydney

1996 Juli 31 gest. in Adelaide, Australien



Erika Rathgeber war die Tochter Professor \nearrow Erich Regeners und seiner Frau Victoria Regener, geb. Mintschin. Einen Teil ihrer Kindheit und Studienzeit lebte sie wie ihr Bruder \nearrow Victor Regener in der Dienstwohnung der Eltern im Physikalischen Institut in der Wiederholdstraße. Da ihre Mutter unter dem NS-Regime als Jüdin galt, wurde sie zunächst als „nichtarisch“ und nach den Nürnberger Gesetzen von 1935 als „Mischling ersten Grades“ eingestuft. Offenbar unbeeinflusst von der nationalsozialistischen Rassenpolitik konnte sie jedoch im Sommer 1934 ihre Diplomprüfung im Fach Architektur ablegen.

Erika Rathgeber war Schülerin von Professor \nearrow Paul Bonatz, bei dem Entwürfe im Stil der klassischen Moderne bzw. des Neuen Bauens durchaus mit Aussicht auf gute Noten eingereicht werden konnten. Sie hatte als Praktikantin während der Semesterferien beim Bau der Weißenhofsiedlung in Stuttgart mitgewirkt, obwohl die Stuttgarter Architekturprofessoren in starker Ablehnung gegen die Formen der Moderne standen und keine Beiträge zu diesem Projekt beisteuerten. Paul Bonatz hingegen hatte – wie die Familientradition überliefert – das Engagement seiner Studentin in der Weißenhofsiedlung begrüßt. Ein Indiz dafür, dass Erika Rathgeber nur wenig Interesse am heimatverbundenen Baustil der damaligen Stuttgarter Architekturlehre fand, ist auch der Umstand, dass sie bei der Diplomvorprüfung im Fach Baukonstruktionslehre bei Paul Schmitthenner – dem Hauptvertreter antimoderner Architektur in Stuttgart – beim ersten Termin durchfiel und beim zweiten nur knapp bestand, jedoch beim offen und modern eingestellten Professor Hugo Keuerleber im Fach Hochbaukunde mit erheblich besserer Note aus der Prüfung kam. Die Diplomarbeit fertigte sie nach der Geburt ihres ersten Kindes bei Paul Bonatz an.³

Noch Mitte der 1930er Jahre sahen Erika Rathgeber und ihr Mann wohl keine Anzeichen, Deutschland verlassen zu müssen, denn sie bauten nach Plänen Erika Rathgebers 1935 für ihre Familie im modernen Stil ein Doppelhaus in Stuttgart. Die Emigration erfolgte jedoch im Mai 1939 nach Australien. Nach Kriegsbeginn musste das Ehepaar Rathgeber hier als „Enemy Aliens“ einige Einschränkungen u. a. in der Bewegungsfreiheit in Kauf nehmen. Nach Kriegsende studierte Erika Rathgeber an der Melbourne University Stadt- und Regionalplanung und arbeitete anschließend im Architekturbüro Stephenson & Turner in Sydney, danach zwei Jahre in England im London County Council und anschließend wieder bis zu ihrem Ruhestand in Australien als Stadtplanerin im Local State Government Town Planning Departement in Sydney.

Erika Rathgeber engagierte sich auch politisch zusammen mit ihrem Ehemann gegen den Vietnam-Krieg, im National Trust zur Erhaltung von Natur- und Kulturdenkmälern sowie als Mitglied und zeitweise Präsidentin der australischen Sektion der Women's International League for Peace and Freedom (WILPF). Es wird ihre eigene Verfolgungserfahrung sowie die ihrer Familienmitglieder (↗ Erich Regener, ↗ Victor Regener) gewesen sein, die sie dazu geführt hat, sich noch im Alter gegen Nationalismus auszusprechen und für die Verständigung der Kulturen einzutreten.⁴ Nicht von ungefähr baute sie als Architektin in der Formensprache des „internationalen Stils“, der in den 1930er Jahren sowohl von der Stuttgarter Architekturschule als auch von der offiziellen Kulturpolitik des NS-Staates heftig abgelehnt worden war.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen zur Biographie Erika Rathgebers entnommen aus: Kohlheim, Hans: Erich Regener. Stuttgarter Physiker. Die von ihm in Friedrichshafen gegründete Forschungsstelle und seine Familie [2011] und Eric Findlay: Regener/Rathgeber Family History, beides in: UAST SN 16/108.

¹ UAST 10/44 bis 10/54. Die Zeiten der Immatrikulation können wegen Aktenverlusten im Zweiten Weltkrieg nur bis zum Wintersemester 1931/32 nachgewiesen werden.

² UAST 120/Regener, Erika (Prüfungsakte)

³ Ebd.

⁴ Siehe abstract von Rathgeber, Erika: A Matter of Survival, in: Social Alternatives 1 (1980), S. 103: <http://connection.ebscohost.com/c/articles/24646324/matter-survival>

NB

ERICH REGENER

ord. Professor für Experimentalphysik/Entlassung aus rassistischen und politischen Gründen

1881 Nov. 12 geb. in Schleusenau Kreis Bromberg, Provinz Posen (heute: Wilczak, Stadtteil von Bydgoszcz, Polen)

1900–1906 Studium der Physik und Chemie an der Universität Berlin

1905–1914 Assistent an der Universität Berlin

1906 Promotion in Physik zum Dr. phil. an der Universität Berlin

1906 Heirat mit Victoria Mintschin (1879–1949)

1909 Habilitation an der Universität Berlin

1909–1914 Privatdozent an der Universität Berlin

1914–1920 ord. Professor für Experimentalphysik und Meteorologie an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin

1915–1917 Militärdienst als Feldröntgenmechaniker im Felde

1920 April 1 ord. Professor für Experimentalphysik und Direktor des Physikalischen Instituts der TH Stuttgart

1937 Sept. 30 Versetzung in den Ruhestand gegen Regeners Willen, anschließend Umzug nach Friedrichshafen

1938 Jan. 1 Eröffnung eines Privatlabors in Friedrichshafen

1938 April 1 Leiter der Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Friedrichshafen

1941 Jan. 25

Das Reichssippenamt stuft Victoria Regener (vorläufig) als sog. „Mischling ersten Grades“ ein.¹

1942 März 1

Hermann Göring ernennt Erich Regener zum korrespondierenden Mitglied der Deutschen Akademie für Luftfahrtforschung.²

1944 Sept. Verlegung der Forschungsstelle nach Weißenau bei Ravensburg

1945 Nov. 1 Leiter des Lehrstuhls für Experimentalphysik und des Instituts für Experimentelle Physik, TH Stuttgart

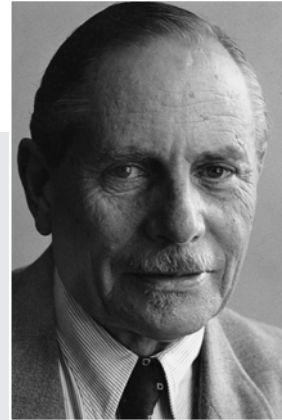
1946 Wiedereröffnung der Physikalischen Gesellschaft Württemberg-Baden-Pfalz durch Erich Regener

1948 Febr. 26 Gründung der Max-Planck-Gesellschaft – Erich Regener wird Vizepräsident

1949 Aug. Heirat mit Gertrud Heiter (1915–1983)

1951 Sept. 30 Emeritierung

1955 Febr. 27 gest. in Stuttgart



Mit Erich Regener begann ein neuer innovativer Abschnitt in der Geschichte des Stuttgarter Physikalischen Instituts. Regener überwand die bisher eingeschränkte Rolle der Physik als Grundlagenfach für die Ingenieurausbildung und etablierte einen eigenständigen Studiengang der „technischen Physik“. Er unterstützte auch erfolgreich die Einrichtung einer zweiten Professur, und zwar für „theoretische Physik“. Regener kam aus dem Kreis der Berliner Physiker und hatte hier gute Kontakte u. a. zu James Franck, Gustav Hertz, Lise Meitner, Albert Einstein und Otto Hahn, mit dem ihn eine Freundschaft verband. In Stuttgart förderte Regener bedeutende Nachwuchskräfte durch Stellen und Lehraufträge

ge am Physikalischen Institut, so etwa den Philosophen Hans Reichenbach sowie Hans Hellmann oder Erich Hückel, zwei Pioniere der Quantenchemie. Ein Schwerpunkt seiner Forschungsarbeiten galt der kosmischen Strahlung („Ultrastrahlung“). Durch aufwändige Messungen mittels Höhenballons konnte er – für die damalige Forschung überraschend – feststellen, dass die Strahlungsintensität ab 20 km Höhe wider Erwarten abnahm. Dies führte zu der Erkenntnis, dass die in der Atmosphäre gemessene Höhenstrahlung durch Ionisationsprozesse entsteht, die durch extraterrestrische Strahlung verursacht werden. Regener und seine Forschungsgruppe erbrachten in den 1930er Jahren die Nachweise für eine korpuskulare Komponente der kosmischen Strahlung und den Zusammenhang zwischen Strahlungsstärke und Vorgängen auf der Sonne.³

Welchem perfiden Verhalten der nationalsozialistischen Parteigänger sich deren Opfer ausgesetzt sahen, zeigt die Situation Erich Regeners am Physikalischen Institut. Hier lässt sich zumindest in Umrissen das Geschehen und die Atmosphäre erschließen, die zu schwer erträglichen Lebensumständen der Betroffenen führten. Für den Direktor des Physikalischen Instituts und für seine als jüdisch geltende Ehefrau, die zudem noch als geborene Russin unter den Vorbehalten gegen Ausländer litt, wurden Arbeits- und Lebenssituation immer prekärer.

Schon in der Anfangsphase der NS-Herrschaft an der Hochschule, als die nationalsozialistischen Studierenden in ihrer „revolutionären“ Hochstimmung fast ohne Widerstand ihre Aktionen durchführen konnten, war offenbar eine solche auch gegen Erich Regener geplant. Sein Assistent ↗ Hermann Hoerlin jedenfalls hatte von Planungen hierzu erfahren und bewachte – als passionierter Bergsteiger mit einem Eispickel bewaffnet – eine Nacht lang die Wohnungstür seines Professors im Physikalischen Institut.⁴

Seit 1936 bildete sich um den Assistenten und Privatdozenten Ernst Lenz eine „Gruppe nationalsozialistisch gesinnter Institutsmitglieder, die einen ausgesprochenen Meinungsterror im Physikalischen Institut aufrichtete“, wie es der damalige Assistent ↗ Erwin Schopper im Rückblick 1947 formulierte. Lenz unterhielt ein gutes Verhältnis zum Dozentenführer der TH Stuttgart, Reinhold Bauder, und offensichtlich auch zu der aktiven Gruppe nationalsozialistischer Studenten am Physikalischen Institut, deren Aktionen sich nicht offen, sondern verdeckt und indirekt gegen Erich Regener und dessen Ehefrau richteten.⁵ Auch aus anderen Quellen ist diese Gruppe bekannt, die sehr offensiv eine „Arische Physik“ vertrat.⁶ Im Jahr 1935 nahmen 14 Studenten der Physik aus Stuttgart in zwei Gruppen angeleitet durch Lenz⁷ am „Reichsberufswettkampf der deutschen Studenten“ teil, der von der Deutschen Studentenschaft bzw. von der Reichstudentenföhrung veranstaltet wurde. Die Themen ihrer Arbeiten lauteten: „Der Einfluß des Juden im Wissenschaftsleben Stuttgarts, insbesondere an der TH Stuttgart“ und „Allgemeine Fragen des jüdischen Einflusses in der Wissenschaft, insbesondere in den Physikalischen Naturwissenschaften“.⁸ Die Initiative eines Assistenten, dem antisemitischen Thema die Spitze gegen die Familie Regener zu nehmen, wurde von Lenz unterbunden.⁹ Beide Arbeiten erhielten in den beiden Kategorien „politisch-wissenschaftlich“ und „praktisch-politisch“ das Prädikat „wertvoll“. Der Institutsdirektor Professor Erich Regener war schon aus seinem Amt entfernt worden, als eine weitere Arbeit Stuttgarter Physikstudenten beim Reichsberufswettkampf 1937/38 mit dem Thema „Kampf um

arische Naturforschung“ den Rang einer „Reichssieger-Arbeit“ bekam. In der Würdigung hieß es:

Die Reichssieger-Arbeit ist in ihrer Fragestellung sehr wertvoll indem sie Heinrich Hertz, einen Mischling aus arischem und jüdischem Blut, der als Naturforscher eine bedeutsame Leistung vollbracht hat, behandelt. Die wissenschaftlich exakte Arbeit ist politisch gut gesehen. Die Arbeit zeichnet sich vor allem durch ein mutiges Vorwärtsschreiten in eine bewußt rassistisch gesehene Betrachtung der Naturwissenschaft aus, ohne in den entgegengesetzten Fehler zu verfallen, alles von vornherein zu verdammen, was von andersrassistischer Seite kommt.

Der letzte Satz deutet an, dass die Autoren offensichtlich nicht völlig in einen abstrusen Rassismus abgeglitten waren. Eine genauere Prüfung ist nicht möglich, da keine der Stuttgarter Arbeiten aus der Physik erhalten geblieben ist. Die Fortsetzung von „Kampf um arische Naturforschung“ wurde auch im folgenden Reichsberufswettkampf 1938/39 zu einer der „Reichssieger-Arbeiten“ erklärt.¹⁰ Erich Regener, von seinem Assistenten ↗ Erwin Schopper auf die Aktivitäten von Ernst Lenz und der Physik-Fachschaft angesprochen, scheint darauf eher gelassen reagiert und die antisemitische Spitze gegen seine Familie ignoriert zu haben.¹¹

Die antisemitische Diffamierung fand aber auch im Hörsaal des Physikalischen Instituts statt. Der Assistent ↗ Erwin Schopper erinnert sich, dass Regener sehr unter den antisemitischen Schmähungen gelitten habe, die er bei der „großen“ Vorlesung (d. h. den Grundlagen-Vorlesungen in Experimentalphysik für Ingenieure und Naturwissenschaftler) aus dem Auditorium zu hören bekam. Sie zeigen übrigens, dass die antisemitischen Studierenden nicht gut unterrichtet waren, wenn sie Regener selbst als Juden im Sinne der NS-Rassenideologie beschimpften. Noch später erinnert sich ein Hörer Regeners an dessen Vorlesungen und bezeichnet ihn fälschlicherweise als „Juden“.¹² Regener zog sich als Reaktion auf die Schmähungen von den Vorlesungen zurück und ließ sich öfter von seinem Assistenten vertreten.¹³

„Es sind starke Kräfte am Werk, R[egener] zu entlassen.“ An diese Aussage des württembergischen Finanzministers Alfred Dehlinger erinnerte sich Regeners Kollege Professor Richard Glocker im November 1954.¹⁴ Erich Regener wurde zum 1. Oktober 1937 durch eine Verfügung des Württembergischen Reichsstatthalters Murr amtsenthoben. Statt der Bezüge eines Emeritus erhielt er nun eine um 20 Prozent geringere Pension.¹⁵ Auch die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (die spätere Deutsche Forschungsgemeinschaft) lehnte in dieser Zeit einen Antrag Erich Regeners ab, nachdem sie zuvor 17 Anträge positiv beschieden hatte.¹⁶

Erich Regener selbst gibt als Gründe für seine Entlassung zunächst seine „Opposition gegen den Nazismus, besonders in Unterrichtsfragen“ an.¹⁷ Hintergrund dürfte der Konflikt um eine neue Prüfungsordnung für Physiker gewesen sein, bei dem auf der Gegenseite der ehemalige Regener-Schüler und spätere a. o. Professor Ernst Lenz eine Rolle spielte. Lenz hatte sich der antisemitisch fundierten sogenannten „Deutschen“ oder „Arischen Physik“ zugewandt, die die Relativitätstheorie und die Quantenmechanik als zu mathematisch, zu theoretisch und angeblich jüdisch geprägt ablehnte. Er nahm auch

eine wesentliche Rolle in der antisemitischen Fachschaftsarbeit (s. o.) ein.¹⁸ An der Auseinandersetzung um die neue Studienordnung war auch Hermann Reiher beteiligt. Reiher hatte zum 1. April 1935 durch die Protektion des nationalsozialistischen Württembergischen Kultministers Christian Mergenthaler eine Professur erhalten. Mergenthaler hatte sich hierfür auch gegen den energischen Widerstand des damaligen Finanzministers Alfred Dehlinger durchgesetzt.¹⁹ Quellen aus der Zeit nach 1945 enthalten Äußerungen, wonach Reihers Berufung auf seine Professur nicht nach den erforderlichen akademischen Verfahren vonstatten gegangen sei, wofür auch die heute einsehbare Personalakte Reihers im Reichserziehungsministerium Indizien liefert.²⁰ Jedenfalls hielt man am Physikalischen Institut die Forschungsarbeiten an Reihers Institut für Schall- und Wärmeforschung für die Ausbildung in Physik, die man als Grundlagenfach verstand, für unerheblich.²¹ Reiher, dessen Institut ab 1937 als „Institut für Technische Physik“²² firmierte, brachte gegen den Willen Regeners ein über sieben Semester laufendes technisch-physikalisches Seminar als Pflichtveranstaltung für alle Physikstudenten in den Studienplan ein.²³ Das 1951 von Erich Regener kritisierte Spezialistentum, das die einseitige Orientierung von Studienplänen an einer „technischen Physik“ hervorbringe, bezieht sich auf die Lehre am Institut Hermann Reihers: „In Stuttgart konnte sie [d.i. die Entwicklung zur technischen Physik; Zusatz N.B.] sich nur eine Zeit lang unter nationalsozialistischem Schutz breit machen.“²⁴ Die Einzelheiten des Streits um die neue Studienordnung sind heute mangels Quellen nicht mehr nachvollziehbar. Ob und inwieweit Lenz und Reiher aktiv auf die Ablösung Erich Regeners hingearbeitet haben, lässt sich heute ebenfalls nicht mehr rekonstruieren.

Erheblicher als der Konflikt in Unterrichtsfragen dürfte aber gewesen sein, dass Erich Regener und seine Frau Victoria der Mittelpunkt eines Kreises junger Physiker waren, die ganz offensichtlich Abstand vom NS-Regime hielten. Regener hatte im Frühjahr 1936 das Memorandum Werner Heisenbergs, Max Geigers und Hans Wiens gegen eine „Arische Physik“ mitunterzeichnet.²⁵ Aus seinem Kreis von „Kritikastern und Dissidenten“ (Schopper) gerieten dann auch die Assistenten ↗ Erwin Schopper und ↗ Hermann Hoerlin sowie Regeners Sohn ↗ Victor Regener mit den Machthabern in Konflikt. Diese waren durch Spitzel, die im Institut tätig waren und von denen wir zumindest einen namentlich kennen, von den Vorgängen im Physikalischen Institut der TH Stuttgart gut informiert.²⁶

Ein weiterer von Regener selbst genannter Grund für den Konflikt mit dem NS-Regime war seine Ehe mit seiner nach der nationalsozialistischen Rassenideologie als Jüdin geltenden Frau.²⁷ Regeners Name erscheint noch 1937 in einer Liste des Reichserziehungsministeriums, die den Titel trägt: „Jüdisch versippte Professoren“. Zu seinem Eintrag findet sich die Notiz „Frau Volljüdin“.²⁸ Offenbar stand Erich Regener auch im vorgesetzten Reichserziehungsministerium auf der Liste der missliebigen Professoren, die in absehbarer Zeit aus ihren Ämtern zu entfernen waren. Der Eintrag auf dieser Liste ist ein Indiz dafür, dass die Initiative, Erich Regener (aber auch seinen Kollegen ↗ Paul Ewald) zu entlassen, aus dem Reichserziehungsministerium kam. Hier – am Ort formaljuristischer Überlegungen – hatte man offenbar im Blick, dass mit dem Inkrafttreten des Deutschen Beamtengesetzes am 1. Juli 1937 das „Gesetz zur Wiederherstellung des

Berufsbeamtentums“ (BBG) außer Kraft trat und insbesondere der §6 des BBG, wonach Beamte zur „Vereinfachung der Verwaltung“ oder „im Interesse des Dienstes“ entlassen werden konnten, für die geplanten Amtsenthebungen nicht mehr hätte herangezogen werden können.²⁹ Tatsächlich wurde Erich Regener aber noch nach §6 BBG in den Ruhestand versetzt, und zwar mit Schreiben des Reichsstatthalters vom 24. September 1937,³⁰ unmittelbar bevor am 1. Oktober 1937 dies formaljuristisch nicht mehr möglich gewesen wäre. Es lässt sich letztlich aber nicht mehr eindeutig klären, welche Personen oder Stellen die wesentliche Initiative zur Amtsenthebung Professor Erich Regeners ergriffen haben. Sehr wahrscheinlich werden das Reichserziehungsministerium und die NS-Stellen vor Ort untereinander abgestimmt gegen ihn vorgegangen sein.

Wir wissen nicht, ob Erich Regener eine Emigration in Betracht zog. Victoria Regener schrieb 1946 an ihre Kinder, es sei ihre Schuld, dass das Ehepaar in Deutschland geblieben sei. Sie hätte ihren Mann durch eine Emigration nicht heimatlos machen wollen, da sie selbst als russische Emigrantin die Heimatlosigkeit hatte ertragen müssen.³¹

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Vorgängerin der Max-Planck-Gesellschaft, bot Regener durch den Unterhalt einer kleinen Forschungsstation in Friedrichshafen am Bodensee (später in Weissenau bei Ravensburg), die er zunächst aus privaten Mitteln betrieben hatte, Forschungsmöglichkeiten, ein gutes finanzielles Auskommen und eine institutionelle Anbindung, um Drittmittel einwerben zu können. Sie wurde ab Januar 1938 als „Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre“ in die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft integriert. Regener fand jedoch auch Rückhalt im Reichsluftfahrtministerium durch seine Stratosphärenforschung, die für die weitere Entwicklung der V2 als kriegswichtig eingestuft wurde.³² Wernher von Braun hatte ihn 1942 am Bodensee besucht und zur Mitarbeit veranlasst.³³ Während des Zweiten Weltkriegs expandierte Regeners Institut im Zuge der kriegswichtigen Forschungsprojekte, sowohl was die bauliche und die finanzielle Ausstattung als auch was die Mitarbeiterzahl anbetraf, deutlich.³⁴ Das avancierteste Projekt, mit einer A4- bzw. V2-Rakete die von Regener und seinem Team entwickelten Instrumente in bisher unerreichbare Höhen zu bringen und Messungen u. a. der kosmischen Strahlung und der chemischen Zusammensetzung der Atmosphäre durchzuführen, scheiterte im letzten Moment am Vorrücken der Roten Armee auf Peenemünde.

Nach den Novemberpogromen 1938, als sich die Lebenssituation der deutschen Juden weiter verschlimmerte, gelang es Erich Regener mit Hilfe der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in einem entwürdigenden Verwaltungsverfahren seine Frau Victoria vorläufig als sogenannter „Mischling ersten Grades“ einzustufen zu lassen. Die endgültige Regelung wurde auf die Zeit nach Kriegsende verschoben.³⁵ Damit entfiel zunächst der größte Verfolgungsdruck auf das Ehepaar. Allerdings zog sich Victoria Regener in den neuen Wohnorten in Friedrichshafen am Bodensee und in Immenstaad bis Kriegsende stark zurück; Zeitzeugen machen unterschiedliche Aussagen darüber, ob sie gezwungen war, den Judenstern an ihrer Kleidung anzubringen oder nicht.

Für das Ehepaar Regener war vor allem die Emigration ihrer beiden Kinder ↗ Victor Regener im Jahr 1938 und ↗ Erika Rathgeber 1939, die beide als sogenannte „Mischlinge“ galten, sehr belastend. Der briefliche Kontakt mit den Kindern war seit der Kriegserklä-

rung Deutschlands an die USA Ende 1941 unterbrochen und konnte erst im Mai 1945 wieder aufgenommen werden. Hinzu kam die persönliche Enttäuschung über einige von Regener geförderte Schüler und Mitarbeiter am Physikalischen Institut, die sich den Nationalsozialisten angeschlossen und nach Regeners Entlassung ihre wissenschaftliche Karriere am Physikalischen Institut weiter betrieben hatten.³⁶

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Erich Regener auf seinen Lehrstuhl zurückberufen. Nach der erzwungenen Isolation war er nun auch in der Wissenschaftsorganisation der Nachkriegszeit eine gefragte Persönlichkeit. Regener wurde 1946 Vorsitzender der „Physikalischen Gesellschaft Württemberg-Baden-Pfalz“ und auf Anregung Otto Hahns Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft. Es ist wohl sein Konflikt mit den Vertretern einer ideologisch fundierten „Arischen Physik“, der Regener im Jahr 1947 veranlasste, den folgenden Passus in die Satzung der Physikalischen Gesellschaft Württemberg-Baden aufnehmen zu lassen:

*Aus der Tatsache, daß die in der Physik gewonnenen Erkenntnisse in zunehmendem Maße die Geisteshaltung der Menschen beeinflussen, daß ferner die praktischen, physikalischen Ergebnisse sich immer stärker auf alle Gebiete menschlicher Betätigung auswirken, entnimmt die Physikalische Gesellschaft die Verpflichtung, das Gefühl der Mitverantwortlichkeit der in der Wissenschaft Tätigen an der Gestaltung des menschlichen Lebens wachzuhalten. Sie tritt dabei stets für die Freiheit, Wahrheitigkeit und Würde der Wissenschaft ein.*³⁷

Regener, der schon von 1917 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs am Kaiser-Wilhelm-Institut in Dahlem bei Fritz Haber an der Erforschung von Giftgasen mitgewirkt hatte,³⁸ stellte sich durchaus der Tatsache, dass er mit der Zusammenarbeit mit dem Peenemünder Forschungskomplex und mit anderen kriegswichtigen Forschungen auch das ihm feindliche NS-Regime unterstützte. Er rechtfertigte sein Tun mit der Überlegung, als Patriot die Heimat verteidigen und einen Beitrag zur Abwehr der sowjetischen Eroberung Deutschlands und Europas leisten zu wollen.³⁹ Wenn Regener in der Nachkriegszeit die „hemmungslose Anwendung physikalischer Ergebnisse für destruktive Zwecke“ verurteilte,⁴⁰ so blendete er offenbar seine frühere eigene Mitwirkung hierzu aus. Dies zeigt aber auch, wie komplex und vielschichtig die Lebenssituation und die Handlungsweisen eines Verfolgten im Bereich der Wissenschaft sein konnten.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen die Informationen zum Lebenslauf aus Karl-Heinz Böttcher: Universitätsarchiv Stuttgart. Findbuch zum Bestand SN 16, Nachlass Erich Regener (1881–1955). 2. erw. Aufl. Stuttgart 2014, S. 4.; Kohlheim, Hans: Erich Regener (1881–1955), Stuttgarter Physiker. Kurze Biographie [2014]; ders.: Erich Regener. Stuttgarter Physiker [2011]; ders.: Viktoria Regener-Mintschin (1879–1949), Stuttgarter Künstlerin. Kurze Biographie [2014], alle in: UAST SN 16/108; Schopper, Erwin: Zwiesprache mit der Natur – Erich Regener, in: Becker/Quarthal, Universität Stuttgart S. 298–305.

¹ Hinweis von Carl Freytag an den Verf. aufgrund: Historisches Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Abt. II, Rep. 1A, PA Regener (Bd. 1)

² Orth, Karin: Die NS-Vertreibung der jüdischen Gelehrten. Die Politik der Deutschen Forschungsgemeinschaft und die Reaktion der Betroffenen. Göttingen 2016, S. 310

- 3** Schopper, Erwin: Zwiesprache mit der Natur – Erich Regener, in: Becker/Quarthal, Universität Stuttgart S. 298–300; Priesner, Claus: Artikel Regener, Erich Rudolph Alexander, in: Neue Deutsche Biographie 21 (2003), S. 258 f. (Onlinefassung: <http://www.deutsche-biographie.de/ppn11639059X.html>)
- 4** Hoerlin, Bettina: Courage. Im Schatten des Nanga Prabat 1934. Innsbruck u. Wien 2014, S. 67
- 5** Die Verbindung Ernst Lenz' mit Reinhold Bauder geht aus der Korrespondenz mit dem vertraulichen „Du“ in seiner Spruchkammerakte hervor: StA Ludwigsburg EL 902/6 Bü 13292 Bl. 36, 59, 103 f.; seine Verbindung zu den NS-Studenten aus der Bemerkung des Physikers Walter Kramer, Lenz habe ihn „vor den Angriffen der aktiven Studentengruppe der Hochschule im Jahr 1938 [...] gewarnt“ (ebd. Bl. 29) sowie aus dem Zeitzeugeninterview mit Erwin Schopper v. 12. 08. 2003: UAST 44/8b 57:30.
- 6** Ein kurzer Bericht über die Aktivitäten dieser Gruppe findet sich auch in der Spruchkammerakte von Gerhard Schmid: StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 79752.
- 7** UAST 44/8b (Zeitzeugeninterview mit Erwin Schopper) 57:30
- 8** StA Würzburg, Bibliothek RSF 96 (Berichte zu den Reichsberufswettkämpfen), hier 1935/36 S. 136 f. Nr. 559 f. (heute im BA Berlin)
- 9** HStA Stuttgart EA 3/150 Nr. 1340: Schreiben v. 23. 10. 1947
- 10** StA Würzburg, Bibliothek RSF 96 Bd. 1937/38 S. 53 Nr. 924 sowie Bd. 1938/39 S. 52 Nr. 942 (heute im BA Berlin)
- 11** UAST 44/8a (Zeitzeugeninterview mit Erwin Schopper) 01:05.30
- 12** UAST 44/10 (Zeitzeugeninterview mit A. G.)
- 13** UAST 44/8a (Zeitzeugeninterview mit Erwin Schopper) 48:00
- 14** UAST 21/20: Protokoll der „Vernehmung“ Richard Glockers durch Hans Volkart, Dekan der Fakultät
- 15** StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 27836 (Akte Landesamt für Wiedergutmachung Stuttgart für Erich Regener) Bl. 1/3
- 16** Orth, NS-Vertreibung (wie Anm. 2) S. 303 f.
- 17** StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 99668 (Spruchkammerakte Köster, Werner) Bl. 44
- 18** HStA Stuttgart EA 3/150 Bü 1340 (Personalakte Lenz, Ernst): Schreiben Richard Grammels an Landesverwaltung für Kultus, Erziehung und Kunst v. 26. 07. 1945; UAST 44/8b (Zeitzeugeninterview mit Erwin Schopper) 57:30
- 19** HStA Stuttgart E 130b Bü 1595
- 20** BA Berlin R 4901/23197
- 21** Siehe zur Einschätzung der wissenschaftlichen Arbeiten Reihers in den 1930er Jahren: StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 96271 sowie UAST 44/8b (Zeitzeugeninterview mit Erwin Schopper) 43:30; UAST 21/20: Briefentwurf Rektor an H. Reiher v. 12. 10. 1955 S. 2 f.
- 22** BA Berlin R 4901/13624, Bl. 219
- 23** UAST 21/20: Briefentwurf Rektor an H. Reiher v. 12. 10. 1955 S. 3
- 24** Erich Regener: Memorandum betreffs einer Neuordnung des Lehrgebietes der Physik an der Technischen Hochschule Stuttgart [23. 06. 1950]: UAST SN 16/31 S. 4 f., vgl. Freytag, Carl: „Bürogenerale“ und „Frontsoldaten“ der Wissenschaft. Atmosphärenforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft während des Nationalsozialismus, in: Maier, Helmut (Hrsg.): Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer. Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus. Göttingen 2007, S. 215–267, hier S. 236 Anm. 111.
- 25** Hentschel, Klaus u. Hentschel, Ann M. (Hrsg.): Physics and National Socialism. An Anthology of Primary Sources, Basel 1996 (Science Networks Series, Vol. 18), Nr. 49, S. 140
- 26** StA Ludwigsburg EL 902/5 Bü 5341 (Spruchkammerakte Staab, Fritz). Zu den Spitzeln am Physikalischen Institut siehe UAST 44/8a (Zeitzeugeninterview mit Erwin Schopper) 04:30.
- 27** StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 99668 (Spruchkammerakte Köster, Werner) Bl. 44
- 28** BA Berlin R 4901/15595
- 29** Mühl-Benninghaus, Beamtentum S. 168
- 30** StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 27836 (Akte Landesamt für Wiedergutmachung Stuttgart für Erich Regener)
- 31** UAST SN 16/51

Teil II Biographien der Verfolgten

- 32** H. K. Paetzold, G. Pftotzer, E. Schopper: Erich Regener als Wegbereiter der extraterrestrischen Physik, in: Zur Geschichte der Geophysik. Festschrift zur 50-jährigen Wiederkehr der Gründung der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft. Berlin u. a. 1974, S. 167–188. Zu den rüstungsrelevanten Forschungsaufträgen an Regener siehe Freytag, Bürogenerale (wie Anm. 24), S. 246–248.
- 33** UAST 44/8b (Zeitzeugeninterview mit Erwin Schopper) 0:00:10
- 34** Orth, NS-Vertreibung (wie Anm. 2) S. 305, 311
- 35** UAST SN 16/152. Hierzu ausführlich Freytag, Bürogenerale (wie Anm. 22) S. 244–246 und Orth, NS-Vertreibung S. 307–310, 312
- 36** Schopper, Zwiesprache (wie Anm. 3) S. 302 f.
- 37** UAST SN 16/65; Text in: Physikalische Blätter 3 (1947), S. 169 f., hier S. 169
- 38** Freytag, Bürogenerale (wie Anm. 24) S. 232–234; Orth, NS-Vertreibung (wie Anm. 2) S. 301 f.
- 39** Schopper, Zwiesprache (wie Anm. 3) S. 303; UAST 44/8a (Zeitzeugeninterview mit Erwin Schopper) 01:07:30
- 40** Freytag, Bürogenerale (wie Anm. 24) S. 257 Anm. 230 (hier auch das Zitat) sieht in Regeners Appell an die Mitverantwortlichkeit der Naturwissenschaftler für die gesellschaftliche Entwicklung einen Widerspruch zu seinen kriegstechnischen Forschungsarbeiten.

Weitere Quellen und Literatur (Auswahl)

UAST SN 16 (Teilnachlass) u. 57/177 (Personalakte); Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft III. Abt., Rep. 37 (Teilnachlass), Personalakte und Dokumentation; HStA Stuttgart EA 4/204 BÜ 943 (Justizministerium Baden-Württemberg, Wiedergutmachungsakte)

F. Fraunberger: Artikel Regener, Erich Rudolph Alexander, in: Dictionary of Scientific Biography 11 (1975), S. 347 f. [mit Werkverzeichnis und Bibliographie]; Cirkel-Bartelt, Vanessa: Kosmische Kontroversen. Die Erforschung der kosmischen Strahlung 1912–1932. Berlin u. a. 2013 (zugl. Diss. Wuppertal 2011), insbes. S. 176–178; Carlson, Per u. Watson, Alan A.: Erich Regener – a forgotten cosmic-ray pioneer [2013]: <http://h24-files.s3.amazonaws.com/.../390538-59AvM.pdf> – (APS2013.pdf). (28. 07. 2015); Carlson, Per u. Watson, Alan A.: Erich Regener and the maximum in ionisation of the atmosphere [2014]: <http://arxiv.org/abs/1411.6217> (28. 07. 2015); Kipnis, Alexander: Regener, Erich (1881–1955) [2014], Physiker, in: <http://www.kipnis.de/index.php/alexander/kurzbiografien/165-regener-erich-1881-1955-physiker> [mit Werkverzeichnis und Bibliographie] (24. 07. 2015)

NB

VICTOR REGENER

Student der Physik/rassistische Verfolgung

- 1913 Aug. 25** geb. in Berlin-Charlottenburg, evangelisch
- 1922–1932** Eberhard-Ludwigs-Gymnasium Stuttgart¹
- 1932** Abitur
- WS 1932/33–SoSe 1934** Studium der Physik an der TH Stuttgart
- 1934 Dez. 1** Diplomvorprüfung¹
- WS 1934/35–SoSe 1935** Fortsetzung des Studiums an der Universität München¹
- WS 1935/36–WS 1936/37** Fortsetzung des Studiums an der TH Stuttgart
- 1937 April 16** Diplomprüfung, „mit Auszeichnung“ bestanden¹



Victor Regener 1935

1938 Promotion in Physik

1938 Emigration nach Italien

Universität Padua, Italien

Universität Chicago, USA²

1946 Associate Professor of Physics an der
University of New Mexico, Albuquerque, USA

1947-1957 und 1962-1979 Chair of the
Department of Physics and Astronomy

1949-1957 Professor

1957-1979 Research Professor

1979 Ruhestand

2008 Jan. 20 gest. in Tampa, Florida, USA

Als man Anfang 1937 in der Verwaltung der Technischen Hochschule für den Physikstudenten Victor Regener eine Karteikarte anlegte, erhielt er zwar keine gelbe, die nun nur noch den sogenannten „Volljuden“ vorbehalten waren, aber neben seiner Reichs-Matrikelnummer wurde später noch eine spezielle Nummer nachgetragen, die ihn als sogenannten „Nichtarier“ auswies. Unter der Rubrik „Bemerkungen“ findet sich der Eintrag: „Mutter ist nichtarischer Abstammung.“³

Victor Regener war der Sohn des Stuttgarter Professors für Experimentalphysik ↗ Erich Regener und seiner Frau Victoria geb. Mintschin. Sie galt nach der nationalsozialistischen Rassenlehre als Jüdin. Victor Regener konnte in Stuttgart sein Studium abschließen und im Jahr 1938 noch promovieren, emigrierte dann aber über Italien, wo er bei Bruno Rossi an der Universität Padua arbeitete, in die USA.

Hier gelang ihm die Fortsetzung seiner wissenschaftlichen Arbeiten auf den teilweise schon in Stuttgart gepflegten Gebieten der Physik der hohen Atmosphäre und der kosmischen Strahlung. Er wurde Professor an der University of New Mexico, Albuquerque, erweiterte dort das Lehrprogramm erheblich, sodass ab 1950 auch Dissertationen im Fach Physik möglich wurden. Auch der Bau des Capilla Peak Observatoriums Anfang der 1950er Jahre geht auf Regeners Initiative zurück. Hierdurch erweiterte sich das Arbeitsspektrum u. a. auf die Erforschung des Zodiaklichts, des Nachthimmelleuchtens, auf Pulsare und Doppelsternsysteme. Victor Regener prägte damit bis zu seinem Ruhestand im Jahr 1979 das physikalische Department der University of New Mexico.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen zur Biographie Victor Regeners entnommen aus: UAST 10/55 (Karteikarte Regener, Victor); The University of New Mexico, UNM, Department of Physics and Astronomy, Department History: <http://physics.unm.edu/pandaweb/history/so-wie-.../faculty.php/> (28.07.2015).

1 UAST 120/Regener, Victor (Prüfungsakte); Lebenslauf Victor Regeners in: Regener, Victor: Neue Messungen der vertikalen Verteilung des Ozons in der Atmosphäre. Diss. Stuttgart 1938

2 Nachruf in: <http://www.abqjournal.com/obits/profiles/428444profiles01-28-06.htm> (28.07.2015); UAST SN 16/108, S. 40

3 UAST 10/55 (Karteikarte Regener, Victor)

NB

IRMGARD REIS

Verhinderung der Assistentenstelle aus rassistischen Gründen

Die ehemalige Pharmaziestudentin Irmgard Reis berichtete 1948:

Ich bin nach den Nürnberger Gesetzen Mischling ersten Grades. Im Jahre 1933 machte ich in Stuttgart das pharmazeutische Staatsexamen mit Prädikat Sehr gut, das mir noch ohne Angabe des Arierparagraphen gelang. Der damalige Professor der Botanik an der Techn. Hochschule Stuttgart, Prof. Walther, trug mir eine Assistentenstelle bei sich an, um mir die Promotion zu ermöglichen. Da mir die Botanik immer besonders lag, hätte ich diese günstige Gelegenheit nur zu gerne wahrgenommen. Meine Abstammung versagte mir diese Möglichkeit.

Irmgard Reis hatte nun einen schwierigen beruflichen Weg vor sich. Ihr und ihrer Schwester, die ebenfalls Apothekerin war, wurde wegen ihrer „nichtarischen Abstammung“ 1934 die Pacht der Schlossapotheke Schwaigern entzogen. Sie wich in das Saargebiet aus, wo „die Arierparagraphen vor der Abstimmung¹ noch nicht galten“, wechselte dann an eine Apotheke in der Nähe des Wohnsitzes ihrer Eltern, da sie ihrem als Juden geltenden Vater, der 1935 in den Ruhestand versetzt worden war, beistehen wollte. Irmgard Reis erhielt erst nach anderthalbjähriger Verspätung, und dies nur auf Druck ihres Arbeitgebers, die Approbation, durfte jetzt aber als „Mischling“ keine Apotheke selbstständig führen. Am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Irmgard Reis noch in zwei Apotheken dienstverpflichtet.

Erst 1950 konnte sie eine eigene Apotheke in Esslingen-Mettingen eröffnen.²

Quellen: StA Ludwigsburg EL 3501 Bü 4743 (Wiedergutmachungsakte Reis, Irmgard); Schreiben Irmgard Reis' an das Ministerium für Wiedergutmachung v. 23.05.1948; HStA Stuttgart EA 4/204 Bü 1473 (Justizministerium Baden-Württemberg, Wiedergutmachungsakte)

¹ In einer Volksabstimmung am 13. Januar 1935 entschieden sich die Bewohner des Saargebietes für die Rückführung des Saarlandes in das Deutsche Reich. Das Saargebiet war nach dem Ersten Weltkrieg unter einem Mandat des Völkerbundes von Frankreich regiert worden.

² Pharmazeutische Zeitung 86. Jg. (1950) Nr. 8, S. 108

NB

ADALGISA RIBETTO

In den Quellen auch: Odalysia, Adalgysa
Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und
Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS),
Ehefrau von ↗ Paolo Ribetto und Mutter von ↗ Walter Ribetto

1910 April 7 geb. in Alessandria/Italien als
Adalgisa Guerrina, ital. Staatsbürgerschaft,
katholisch

1944 April 14–1945 April 30 (?) Zwangs-

arbeiterin am Forschungsinstitut für Kraft-
fahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart
(FKFS) als Putzfrau

2010 gest.

PAOLO RIBETTO

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und
Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS);
Ehemann von ↗ Adalgisa Ribetto und Vater von ↗ Walter Ribetto

1903 März 22 geb. in Visone bei Alessandria,
Italien, ital. Staatsbürgerschaft, katholisch

1935–1936 Teilnahme am Abessinienkrieg

1943 Nov. 20–1945 April 12 (?) Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen
und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als
Dreher

1987 gest.

WALTER RIBETTO

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und
Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS);
Sohn von ↗ Adalgisa Ribetto und ↗ Paolo Ribetto

1930 Aug. 24 geb. in Alessandria, ital. Staats-
bürgerschaft, katholisch

1944 Juli 1–1945 April 30 Zwangsarbeiter am
Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahr-

zeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter,
Putzkraft und „Anlernkraft“

1989 gest.

Die Familie Ribetto stammte aus dem Piemont. Im Jahr 1935 lebten Adalgisa und Paolo Ribetto mit ihrem Sohn Walter in Alessandria, wo Paolo Ribetto jedoch keine Arbeit

mehr fand. Er entschloss sich, in die Partito Nazionale Fascista (PNF) einzutreten, um mit deren Hilfe leichter eine Arbeitsstelle zu finden. Hierfür musste er jedoch zuvor als italienischer Soldat am Abessinienkrieg teilnehmen. Die anschließende Aufnahme in die faschistische Partei erbrachte allerdings nicht das erhoffte Ergebnis, jedoch konnte er mit Hilfe seines Bruders Arbeit in La Spezia finden. In dieser Zeit erlernte er den Beruf des Drehers. Als La Spezia 1943 durch alliierte Bombenangriffe stark zerstört wurde, musste Paolo Ribetto mit seiner Familie nach Framura, ein Dorf in der Nähe, ausweichen, wo er nur mit großer Mühe ein Auskommen für seine Familie fand.

In dieser Situation entschloss sich Paolo Ribetto, auf die Arbeitsangebote aus Deutschland einzugehen. Er kam – wie sein Sohn Marco betont – freiwillig nach Deutschland und erhielt eine Stelle als Schreiner und Dreher am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren an der TH Stuttgart (FKFS). Nach einigen Monaten der Trennung entschloss sich seine Frau Adalgisa, trotz des Krieges mit ihrem Sohn Walter von La Spezia aus nach Deutschland nachzukommen. Nach einer strapaziösen Reise, die länger als einen Monat dauerte, erreichte sie Kirchheim/Teck, wohin inzwischen ein Teil des FKFS ausgelagert war und wo ihr Mann nun arbeitete.

Adalgisa Ribetto fand im FKFS eine Anstellung als Putzfrau. Der Sohn Walter Ribetto – damals erst 13 Jahre alt – erhielt ebenfalls im FKFS eine Beschäftigung als Putzkraft, Hilfsarbeiter und Anlernkraft (wahrscheinlich an der Drehbank). Interessant sind die Familienerinnerungen über die Arbeitszustände im FKFS (der später geborene zweite Sohn Marco Ribetto kennt den Arbeitsplatz seiner Eltern und seines Bruders Walter nur als „fabbrica“ – Fabrik):



Paolo, Walter und
Adalgisa Ribetto im Jahr
1937 in La Spezia

In dieser Fabrik waren Arbeiter aus vielen Ländern, viele waren Italiener, Franzosen und russische Zwangsarbeiter. Nach Aussage meiner Eltern haben ihre Vorgesetzten sie immer gut behandelt, während die Russen wirklich sehr schlecht behandelt wurden, und wenn sie konnten, gaben sie ihnen von ihrem Essen ab. Die französischen Arbeiter mochten die italienischen nicht, und hin und wieder gab es Prügeleien. Leider weiß ich den Namen der Fabrik nicht; aber ich erinnere mich, dass sie sagten, sie hätten an den letzten Teilen der V2 gearbeitet, die London bombardierte.¹

Auch wenn Paolo Ribetto freiwillig nach Deutschland gekommen war, so zeigt doch die Behandlung einiger seiner italienischen Kollegen (z. B. Vittorio Gava, Orasio Parisati, Silvio Udavissich), die vom Arbeitsplatz flohen oder in das Arbeitserziehungslager Oberndorf am Neckar eingewiesen wurden, dass er sich nicht wie ein freier Bürger verhalten durfte.

Ende März 1945,² gut drei Wochen bevor Kirchheim/Teck von alliierten Truppen eingenommen wurde, machte sich die Familie Ribetto – Adalgisa Ribetto war zu diesem Zeitpunkt mit ihrem zweiten Sohn schwanger – auf den Weg in die Heimat. Ursprünglich wollte man zurück nach La Spezia. Da aber alle drei in Bozen in den Lancia-Werken Arbeit erhielten, blieb die Familie dauerhaft dort. Sie gerieten hier am Ende des Zweiten Weltkriegs noch in die Rückwärtsbewegung deutscher Truppen und wären beinahe erschossen worden. In Bozen wurde auch Mitte Oktober 1945 der zweite Sohn Marco Ribetto geboren, dem wir die Informationen zur Geschichte der Familie Ribetto verdanken.

Paolo Ribetto starb 1987. Er hatte sich immer so geäußert, dass es ihm gut ergangen sei, obwohl er im Ausland und dazu noch in Kriegszeiten hatte arbeiten müssen.³ Sein Sohn Walter starb im Alter von nur 58 Jahren 1989. Adalgisa Ribetto wurde 100 Jahre alt und starb im Jahr 2010.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus einem Schreiben von Herrn Marco Ribetto (Sohn von A. u. P. Ribetto), Bozen, v. 31.07.2014 an den Verf. Die Lebensdaten und Informationen zu den Arbeitsverhältnissen am FKFS sind entnommen aus: UAST 202/1 S. 44–46; UAST 131/3 Nrn. 40, 80, 85, 87–91; StadtA Kirchheim/Teck, Fremdarbeiterdatenbank Nr. 1427.

1 Schreiben Marco Ribettos, Sohn von Adalgisa und Paolo Ribetto, an den Verf. v. 31.07.2014: „In quella fabbrica vi erano operai di molti paesi, tanti erano italiani e francesi, e molti prigionieri russi. Dai racconti dei miei genitori i loro capi o superiori li hanno sempre trattati bene, mentre i russi erano veramente trattati molto male, e quando potevano, di nascosto passavano loro del cibo. Gli operai francesi non vedevano di buon occhio gli italiani, ed ogni tanto scappava qualche rissa. Purtroppo non so il nome della fabbrica in cui hanno lavorato; ricordo però che dicevano di aver lavorato agli ultimi pezzi del V2, che avrebbe bombardato Londra.“

2 So nach der Familientradition: Einige Dokumente nennen als Ende der Arbeitsverhältnisse von Adalgisa und Walter Ribetto den 30. April 1945 und damit einen Zeitpunkt nach dem Einmarsch der alliierten Truppen in Kirchheim/Teck am 20. April 1945.

3 Schreiben Marco Ribettos (wie Anm. 1): “Ha sempre detto che si era trovato bene pur essendo in terra straniera, e per giunta in tempo di guerra!”

NB

HANS JOSEF RITZDORF

Architekturstudent/rassistische Verfolgung

1911 Juli 6 geb. in Mönchengladbach

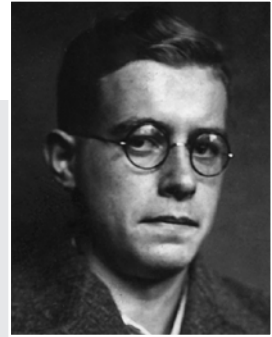
1929 Abitur

1929 Okt. 28 Immatrikulation, TH Stuttgart

1935-März 1937 Mitarbeiter in einem Architekturbüro

1939 Sept. 16 Diplomvorprüfung

1939 Dez. 18 Diplomhauptprüfung



Viermal unterbrach Hans Josef Ritzdorf sein Architekturstudium, wahrscheinlich nicht aus Gründen der Verfolgung, sondern eher, um die geforderten Praktika abzuleisten und einer längeren Erwerbstätigkeit auf einem Architekturbüro nachzugehen. Nach zwölf Semestern konnte er seine Diplomprüfung ablegen.

Auf seiner Karteikarte notierte der Beamte im Studentensekretariat: „Großmutter väterlicherseits ist Jüdin“, einen Umstand, der ihn im NS-Regime zu einem sogenannten „Mischling zweiten Grades“ abstempelte. So erhielt Ritzdorf zunächst auch eine spezielle Matrikelnummer mit dem vorangestellten Buchstaben „N“ für sogenannte „Nichtarier“, die später, bei seiner erneuten Immatrikulation im Jahr 1937, durch eine unauffällige Matrikelnummer für „Reichsdeutsche“ ersetzt wurde.¹ In einer eidesstattlichen Versicherung, die er 1946 zugunsten eines Studienkollegen für dessen Entnazifizierungsverfahren abgab, berichtete Ritzdorf: „Durch meine zur Zeit des Naziregimes sehr belastende Abstammung (jüdische Großmutter) hatte ich sowohl während des Studiums auf der Hochschule selbst sowie nach Beendigung des Studiums durch die Reichskulturkammer außerordentliche Schikanen auszustehen, obwohl nach den Nürnberger Gesetzen keinerlei gesetzliche Handhabe dazu vorlag.“ Er spricht ferner von „einige[n] sehr hinterhältige[n] Angriffe[n] aus Kreisen der Studentenschaft“.²

Ritzdorf konnte trotz aller Anfeindungen sein Studium mit dem Diplom abschließen. Nach dem Ende der NS-Herrschaft fand er als Regierungs-Baurat im Braunschweigischen Staatsministerium eine Anstellung.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus: UAST 10/55 (Karteikarte Ritzdorf, Hans Josef); UAST 120/Ritzdorf, Hans Josef (Prüfungsakte).

¹ UAST 10/55 (Karteikarte Ritzdorf, Hans Josef)

² StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 56882 (Spruchkammerakte Gruber, Günther) Bl. 12: „Eidesstattliche Versicherung“ von H.-J. Ritzdorf v. 25. 03. 1946

PAUL ROCHE

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1901 Okt. 21 geb. in Saint Sylvestre/Frankreich, französischer Staatsbürger, katholisch

1941 Jan. 21-1945 April 21 Kriegsgefangener/Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Maurer

Quellen: UAST 202/1 S. 23; UAST 33/1/65, 33/1/76

NB

MARIA ROMANOWA

Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1894 April 1 geb. in Demidow/Smolensk als Maria Fisikowa, „Ostarbeiterin“

ab 1943 Okt. 4¹ Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Küchenhilfe

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 81, 83, 88; UAST 202/1 S. 153 f.

1 Möglicherweise schon ab 1942 Juli 8

NB

EDWIN ROTH

Architekturstudent/
Relegation aus politischen Gründen

1912 Jan. 4 geb. in Stuttgart

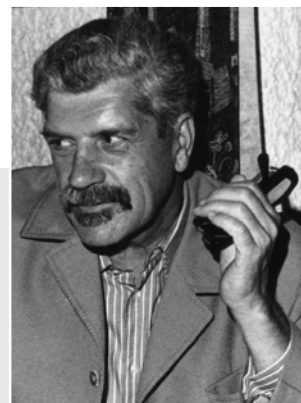
1931 Abitur an der Oberrealschule Stuttgart-Bad Cannstatt

1931 Okt. 26 Immatrikulation an der TH Stuttgart für das Fach Architektur

1931 Mitglied der Roten Studentengruppe

1932 Leiter der Roten Studentengruppe und Mitglied der KPD

1933 März/April durch Disziplinarverfahren vom Studium ausgeschlossen¹, Tätigkeit im Architekturbüro Hans Herkommer



Edwin Roth im Jahr 1980

1933 Aug. 1–1934 Febr. 1 Arbeitsdienst
1935 Juli 27 Heirat mit Anna Sofie Brecke
1935–1937 Mitglied der SA²
1937 Nov. 1 Erneute Immatrikulation an der TH Stuttgart
1939 Nov. 15 Vordiplomprüfung, Note: gut
1939 Dez. 18 Hauptdiplomprüfung, Note: sehr gut
1939/1940 Umzug nach Linz/Donau, Entlassung durch die Reichsbahndirektion Linz, weil sog. „Mischling zweiten Grades“
1941–1945 Militärdienst bei der Kriegsmarine in Genua

1945 amerikanischer Kriegsgefangener, Rückkehr nach Deutschland
1946 Okt.–1949 Instandsetzungsleiter bei der Stadt Stuttgart in Stuttgart-Feuerbach
1950–1951 Ausbildung zum Gewerbelehrer anschließend Gewerbelehrer an der Steinbeisschule Stuttgart, später Leiter der Meisterschule für Kunstschmiede in Stuttgart und Lehrauftrag an der Berufspädagogischen Hochschule
1975 Pensionierung
künstlerische Arbeit mit Edelsteinen
1995 Jan. 17 gest. in Stuttgart

Edwin Roth berichtete 1947 selbst: „Bei Beginn des Studiums 1931 bin ich in die Rote Studentengruppe eingetreten. 1932 war ich deren Leiter und habe in dieser Eigenschaft Flugblätter unterschrieben und verteilt. In Versammlungen der NS-Studenten trat ich als Diskussionsredner auf. Ab 1932 war ich zahlendes Mitglied der K.P.D.“ Wie nur wenige Studierende hatte Roth eine deutliche Vorstellung über die verbrecherischen Ziele der Nationalsozialisten. Zusammen mit zwei Vertretern des Republikanischen Studentebundes und der „nichtorganisierten“ Studierenden (↗ Hans Heinrich Meinecke, ↗ Karl Ernst Ruge) unterzeichnete er ein Flugblatt, das nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler erschien und in dem die kommunistischen und demokratischen Studenten sich klar gegen die NS-Regierung und die Umtriebe der nationalsozialistischen Studenten aussprachen, insbesondere „gegen eine Politik des Eroberungskriegs und der militärischen Intervention“.³ (siehe Abb. 1). Es ist klar, dass Edwin Roth zu den ersten gehörte, gegen die sich die NS-Studentenführung nach ihrem Machtgewinn richtete.

Roth berichtete weiter: „Auf Grund meiner politischen Tätigkeit wurde ich 1933 durch ein Disziplinarverfahren vom Studium ausgeschlossen.“ Das auf der Karteikarte genannte Datum der Exmatrikulation (15. März 1933) ist – wie aus ähnlichen Fällen bekannt – auf die verwaltungsinterne Gepflogenheit zurückzuführen, eine Exmatrikulation im laufenden Semester auf den letzten Tag der Vorlesungszeit des vorausgegangenen Semesters zurückzudatieren. Nach seiner Karteikarte hatte sich Roth für das Sommersemester 1933 nicht mehr zurückgemeldet bzw. zurückmelden können. Das Disziplinarverfahren und die Verweisung von der Hochschule dürften daher zwischen der Reichstagswahl am 5. März 1933, nach der in Stuttgart die Verfolgung von Sozialdemokraten und Kommunisten verstärkt einsetzte, und dem Zeitraum für die Rückmeldungen der Studierenden zum Sommersemester 1933, dem 24. April bis 20. Mai, liegen.

Weitere Folgen seines widerständigen Handelns schilderte er nach dem Zweiten Weltkrieg vor der Spruchkammer:

[Ich] musste jahrelang in untergeordneter Stellung arbeiten. Die Gestapo hat mehrfach Haussuchungen durchgeführt und mir mit KZ gedroht. Von dritter Seite wurde mir nahe gelegt, in die SA einzutreten, um dadurch fortgesetzten Verfolgungen zu entgehen. Ich habe dies 1935 getan, bin aber 1937 wieder ausgetreten. Diskussionen über Kommunismus und Antisemitismus brachten mich oft in kritische Situationen.

Roths Lebensbedingungen wurden in der Folgezeit zudem noch prekärer, da er als sogenannter „Mischling zweiten Grades“ galt.

Arbeit und ein Auskommen fand er im Architekturbüro Hans Herkommers in Stuttgart, wo Roth bereits vor 1933 gearbeitet hatte. Nach Heirat und Familiengründung gelang es ihm, wieder als Student an der Technischen Hochschule Stuttgart immatrikuliert zu werden und sein Architekturstudium 1939 mit der Diplomprüfung abzuschließen. Es folgte eine kurze Anstellung bei der Reichsbahndirektion Linz, wo Roth jedoch als „Mischling zweiten Grades“ wieder entlassen wurde. Den Militärdienst leistete er bei der Kriegsmarine in Stellungen rund um den Hafen von Genua ab. Nach der amerikanischen Kriegsgefangenschaft in Italien kehrte er 1945 nach Stuttgart zurück, wo er zunächst im Wiederaufbau bei der Stadt Stuttgart seine inzwischen auf vier Kinder angewachsene Familie ernähren und nach einer Umschulung als Gewerbelehrer – später wurde er Leiter der Meisterschule für Kunstschmiede – seine gestalterischen Fähigkeiten entfalten konnte. Für die Ausbildung und die Meisterstücke seiner Schüler entwarf er zahlreiche Kunstschmiedearbeiten und verfasste Bildbände und Lehrbücher für Schlosser und Metallbauer, die teils in mehreren Auflagen bis in die 1990er Jahre hinein erschienen. Nach seiner Pensionierung machte er sich auch mit Edelstein- bzw. Schmuckarbeiten als Künstler einen Namen.

Edwin Roths Familie war es in der NS-Zeit weitgehend gelungen, über den „Mischlings“-Status ihrer Mitglieder zu schweigen.⁴ Auch in der jungen Bundesrepublik sprach Edwin Roth nicht darüber, weil er fürchten musste, dass die antisemitischen Ressentiments der NS-Zeit noch allgemein verbreitet waren. Erst Mitte der 1960er Jahre erfuhr sein Sohn, dass sein Urgroßvater im NS-Regime als Jude gegolten hatte. Und erst bei einem Familienfest 1989 wurden die Relegation Edwin Roths und die Existenz des oppositionellen Flugblattes aus dem Jahr 1933 offenbart.

Edwin Roth starb im Januar 1995 in Stuttgart.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen die Informationen zum Lebenslauf aus der Spruchkammerakte Roths (StA Ludwigsburg EL902/20 Bü101233), aus seiner Karteikarte des Studentensekretariats (UAST10/55) und aus einem Lebenslauf, den sein Sohn Dr. Rajan L. Roth verfasst hat (UAST 202/Roth, Edwin)

1 UA der Humboldt-Universität, Universitätsrichter Nr. 3017, 3018

2 StA Ludwigsburg EL902/20 Bü101233

3 Ein Exemplar dieses Flugblattes oder Plakats hat sich erhalten in: StA Ludwigsburg EL902/20 Bü101233 (siehe Abb. 1)

4 Für diese und die folgenden Informationen danke ich Herrn Dr. Rajan L. Roth (E-Mail v. 18.12.2014)

LEOPOLD ROTHMUND

ord. Professor für Wasserbau/zeitweilige
Verdrängung von der Hochschule

1879 Juli 7 geb. in Donaueschingen
1899–1905 Studium Bauingenieurwesen, TH Karlsruhe und München
1904/05 Staatsprüfung für Bauingenieure Karlsruhe
1905–1924 Beamter in der Badischen Oberdirektion des Wasser-
und Straßenbaus in Karlsruhe
1924 a. o. Professor für Wasserbau TH Stuttgart
1925 Mai 2 ord. Prof. für Wasserbau TH Stuttgart
1930–1932 Rektor TH Stuttgart
1945–1948 Prorektor
1948 März 31 Emeritierung
1967 Mai 6 gest.



Leopold Rothmund 1929

Seit dem Sommer 1933 sah sich Leopold Rothmund, Professor für Wasserbau und Rektor in den Jahren 1930 bis 1932, wachsenden Angriffen von Seiten der Studentenführung ausgesetzt. Im Rückblick führte er seine Konflikte mit den nationalsozialistischen Studenten auf verschiedene Ereignisse zurück: Rothmund hatte als Rektor anlässlich der Reichspräsidentenwahl 1932 seine Stimme „öffentlich für Hindenburg abgegeben“, für den Kandidaten der demokratischen Parteien also, womit er zugleich seine Ablehnung des Gegenkandidaten Hitler dokumentierte. Zudem hatte er Aktionen und Vorträge der nationalsozialistischen Studenten an der Hochschule untersagt,¹ den Bibliotheks-
direktor ↗ Ernst Marx in seinem Konflikt mit diesen unterstützt und war eine Auseinandersetzung mit Otto Maier eingegangen, damals Assistent am Elektrotechnischen Institut und nachmals Kreisleiter der NSDAP von Stuttgart, die zu Maiers Entlassung 1932 geführt hatte. Rothmunds Aufruf gegen die Politisierung der Hochschule und dazu, „Verständnis zu pflegen und zu üben für die Ansichten Andersdenkender“, die er ausgerechnet beim Hochfest der nationalistischen Studierenden, der Sonnenwendfeier der Stuttgarter Studentenschaft, im Jahr 1931 vorgetragen hat,² dürften ihn bei den nationalistischen Studierenden ebenfalls suspekt gemacht haben. Wesentlich scheint jedoch Rothmunds Engagement für den freiwilligen Arbeitsdienst (siehe Kap. 2.1.2) gewesen zu sein, der ihn mit dem nationalsozialistischen Studentenführer Albert Schmehl in Konflikt geraten ließ.³

Als im Juni 1933 von der Deutschen Studentenschaft, der inzwischen in nationalsozialistischer Hand befindlichen Dachorganisation der lokalen Studentenausschüsse, für alle männlichen Studenten der ersten vier Semester ein zehnwöchiger Arbeitsdienst verpflichtend vorgeschrieben wurde,⁴ musste es dem Stuttgarter Studentenführer Albert Schmehl nun darauf ankommen, die Organisation des Arbeitsdienstes an die nationalsozialistische Studentenführung zu ziehen. So wurde der zum Zweck des Arbeitsdienst-

tes gegründete Verein kurzerhand aufgelöst und das Barvermögen von 7500 Reichsmark der Studentenschaft der TH übergeben. Um Rothmund zu diskreditieren, veranlasste Schmehl eine – dann ergebnislos verlaufende – neue Revision der bereits geprüften Rechnungsbücher des Vereins.⁵ Die Diskreditierung politischer Gegner über die Ausstreuung des Verdachts der persönlichen Bereicherung an öffentlichen Geldern war ein in der Anfangsphase der NS-Herrschaft nicht unübliches Mittel, missliebige Persönlichkeiten in der Öffentlichkeit bloßzustellen.

Der Höhepunkt der Auseinandersetzung folgte jedoch erst. Rothmund berichtete nach dem Zweiten Weltkrieg:

Zu Beginn des Sommersemesters 1934 wurde mir dann vom abgehenden Rektor Wetzel und dem neuen Rektor Göring eröffnet, dass eine Demonstration der Studenten gegen mich geplant sei, die meine Entlassung nach sich ziehen könne, wenn ich meine Vorträge im Sommersemester aufnehmen wolle; ich solle mich für das Sommersemester krank melden und der Hochschule fernbleiben, was dann auch geschah.⁶

Leopold Rothmund konnte später jedoch seine Lehr- und Forschungstätigkeit wieder aufnehmen. Nach dem Ende der NS-Herrschaft gehörte er zu dem engen Kreis von Professoren, die die ersten Entscheidungen zum Wiederaufbau und zur Wiederaufnahme des Lehrbetriebs der TH Stuttgart trafen. Von 1945 bis zu seiner Emeritierung 1948 versah er das Amt des Prorektors.⁷ In einem Nachruf berichtete später ein Kollege, dass Rothmund die starken Anfeindungen durch die Nationalsozialisten „bis in sein hohes Alter nicht ganz verschmerzen konnte“.⁸

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen die Informationen zum Lebenslauf aus: Giesecke, Jürgen: Der geniale Wasserbauingenieur in Wissenschaft und Praxis – Leopold Rothmund, in: Becker/Quarthal, Universität Stuttgart S. 173–175; UAST 57/2417 (Personalakte).

1 Zum Verbot der Hochschulleitung, ein antisemitisches Plakat des NSDStB, das sich u. a. auch gegen die moderne Architektur richtete, in der Technischen Hochschule anzubringen, siehe Student im Braunhemd (Beilage zum Stuttgarter NS-Kurier) v. 14.02.1932.

2 WHZ 31 (1931 Juli 15) S. 1

3 UAST 57/53: Stellungnahme Leopold Rothmunds v. 20.01.1948 zum Spruchkammerbescheid Helmut Görings, Bl. 1f. Der Konflikt zwischen Rothmund und dem NSDStB wird in seiner Schärfe aus Sicht des Letzteren geschildert von Otto Schöpfer: Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Ein Abriss seiner Geschichte, in: Hochschulführer der Technischen Hochschule Stuttgart 1936/37. Würzburg o. J. S. 54–57, hier S. 55f. Siehe ferner die Schilderung im Lebenslauf Albert Schmehls von 1934: StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 80446.

4 Grüttner, Studenten S. 78

5 UAST 57/53: Stellungnahme Leopold Rothmunds v. 20.01.1948 zum Spruchkammerbescheid Helmut Görings, Bl. 2

6 Ebd.

7 Becker/Quarthal, Universität Stuttgart S. 357

8 Leonhardt, Fritz: Ansprache anlässlich der akademischen Gedenkfeier für den am 6. Mai 1967 verstorbenen em. o. Professor Leopold Rothmund, in: Reden und Aufsätze, 35 (Stuttgart 1970), S. 57–61, hier S. 59

KARL ERNST RUGE

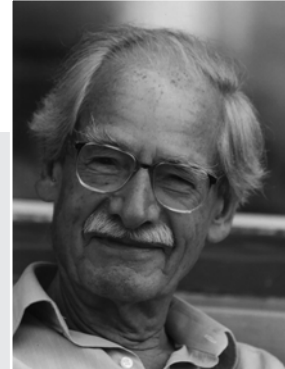
Architekturstudent/
Vertreibung aus politischen Gründen

1912 Jan. 27 geb. in Berlin

WS 1931/32 Immatrikulation an der TH Stuttgart für das Fach Architektur¹

1933 Flucht vor der deutschen Polizei über Frankreich nach Spanien

2011 Dez. 19 gest.



Als Reaktion auf den Aufstieg der Nationalsozialisten Anfang der 1930er Jahre wurde der Architekturstudent Karl Ernst Ruge zu einem überzeugten Kommunisten, was ihn in Konflikt mit seinem politisch konservativ eingestellten Vater brachte. Karl Ernst Ruge, der bei einem Baupraktikum mit Gewerkschaftern in Kontakt gekommen war, gab dann Kurse für Arbeiter über das „Kapital“ von Marx und über den Sozialismus.

Zusammen mit ↗ Edwin Roth und ↗ Hans Heinrich Meinecke unterzeichnete er als Vertreter der Gruppe der „Nichtorganisierten“ Anfang 1933 ein Flugblatt, das sich gegen den Nationalismus der Stuttgarter Studentenschaft und gegen die Nationalsozialisten in Hochschule und Politik richtete.² Dieses mutige Bekenntnis zur Demokratie lastete ihm die Gestapo auch später noch an, als er längst im Exil lebte.³

Karl Ernst Ruge war sich 1933 der Gefahr bewusst, die sein Engagement gegen den Nationalsozialismus für ihn hatte. Als er nämlich – wohl Ende 1933 – mit dem Fahrrad von der Technischen Hochschule nach Hause fuhr, sah er vor dem Haus, in dem sein Studentenzimmer war, ein Fahrzeug stehen, in das Polizisten Unterlagen aus seinem Besitz einluden. Karl Ernst Ruge, der für diesen befürchteten Fall nie ohne seinen Pass und genügend Bargeld aus dem Haus ging, drehte sein Fahrrad um, verließ Deutschland und radelte – so die Information aus seinem Nachruf – über Frankreich nach Madrid. Dies geschah wohl erst Ende September 1933 oder in den Monaten danach, da Ruge noch am 11. September 1933 einige bereits für den Herbsttermin vereinbarte Teilprüfungen für das Vordiplom absagte, um – wie er damals schrieb – zur Finanzierung seines Studiums ab 1. Oktober eine Stelle anzutreten.⁴

In Madrid wurde er von einem Großonkel aufgenommen, der eine Öl-Import-Firma besaß. Nicht nur wegen seiner linken politischen Haltung war Ruge im NS-Staat gefährdet. Hinzu kam noch, dass eine Großmutter Jüdin war, Karl Ernst Ruge in Deutschland somit als „nichtarisch“ galt.

Nach einer schweren Krankheit übersiedelte Ruge nach London, wo ein anderer Großonkel, ein Bruder seiner jüdischen Großmutter,⁵ eine Privatbank mit Schwerpunkt im Firmenkundengeschäft betrieb. Hier konnte er als Angestellter arbeiten und zudem an der London School of Economics studieren. Die Rückkehr nach Spanien wurde durch

den Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs 1936 verhindert, jedoch erhielt Ruge nun eine feste Stelle in der Londoner Bank seines Großonkels, Leopold Joseph & Sons, wo er 1964 zum Bankdirektor aufstieg und bis zu seinem Ruhestand blieb. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges meldete sich Karl Ernst Ruge freiwillig zum britischen Militär, was eine schwierige Entscheidung für ihn war. Vor seinem Dienstantritt wurde er jedoch wie die meisten deutschen Männer, die in England im Exil lebten, in einem Internierungslager festgehalten. Beim britischen Militär arbeitete er zunächst als Ausbilder und wurde 1944 als Major in Ägypten stationiert.

Im Ruhestand war Karl Ernst Ruge noch wenige Jahre vor seinem Tod mit fast 100 Jahren in zahlreichen karitativen und bürgerschaftlichen Vereinen sowie als Kommunalpolitiker aktiv tätig.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus dem Nachruf in: <https://sites.google.com/site/fbwwebsite/announcements/inmemoryofkarlernstruge1912-2011> (26. 11. 2015) sowie aus einem Auszug von Ruges Lebenserinnerungen (UAST 202/Ruge, Karl).

1 UAST 10/54

2 StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 101233 (Spruchkammerakte Roth, Edwin); siehe oben Abb. 1.

3 Siehe die Karteikarte, die die Gestapo für Ruge angelegt hat: BA Berlin R 58/9598.

4 UAST 120/Ruge, Karl Ernst (Prüfungsakte): Schreiben Ruges v. 11. 09. 1933 an den Prüfungssekretär
5 Grunwald, Kurt: Three Chapters of German-Jewish Banking History, in: Yearbook of the Leo-Baeck-Institute 22 (1977), S. 191–208, hier S. 208; Kumpf, Johann Heinrich: Der Londoner Bankier Leopold Joseph und seine Odenwälder Wurzeln, in: Odenwald-Heimat. Monatliche Beilage des Odenwälder Echo 88 (2013), Nr. 7, S. 25–27

NB

ZEFFIRINO RUINI

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1897 Okt. 14 geb. in Casalgrande, italienischer Staatsbürger, katholisch

1943 Nov. 20–1944 Dez. 5 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Dreher

Quellen: UAST 131/3/81; UAST 131/3/81; UAST 202/1 S. 48

NB

ALFRED RURAN

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS);
Ehemann von ↗ Julija Ruran

1914 Juli 10 geb. in „Schlachodka“/Witebsk, „Ostarbeiter“

1942 Juli 13–1945 Zwangsarbeiter am

Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 83, 90; UAST 202/1 S. 144

NB

JULIJA RURAN

In den Quellen auch: Julie, Juli
Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS);
Ehefrau von ↗ Alfred Ruran

1916 Mai 16 geb. in Ljubaschkino als Julija Fedotowa, „Ostarbeiterin“, „orthodox“

1942 Juli 28–1944 Juli 3 Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und

Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Küchenhilfe

1944 Sept. 20 gest. in Großsachsenheim an offener Lungentuberkulose

Die russische Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren (FKFS) Julija Ruran, die seit zwei Jahren am FKFS als Küchenhilfe beschäftigt war, wurde 1944 mit der Diagnose „offene Lungentuberkulose“ in das Kranken- bzw. Sterbelager für Zwangsarbeiter in Großsachsenheim gebracht, wo sie ohne ausreichende medizinische Versorgung am 20. September 1944 starb. Sie war mit ↗ Alfred Ruran verheiratet.¹

Das Krankenlager Großsachsenheim für ca. 600 Zwangsarbeiter lag etwa 30 Kilometer nördlich von Stuttgart und bestand aus einem bewachten umzäunten Barackengelände. Es hatte keine medizinischen Einrichtungen, wurde aber zeitweise von zwei Ärzten betreut, die im NS-Regime ebenfalls in prekärer Situation lebten. Hier starben bis zum Kriegsende mindestens 678 Personen, die meisten „Ostarbeiter“, darunter auch Kinder und Jugendliche.²

Mitverantwortlich für den Tod Julia Rurans dürften auch die schweren Arbeitsbedingungen am FKFS gewesen sein, die den Ausbruch bzw. das Fortschreiten der TBC mit großer Wahrscheinlichkeit begünstigt haben. Das FKFS verfügte über für die damalige

Zeit sehr gute eigene betriebsärztliche Einrichtungen, wo man die Krankheit schon in einem frühen Stadium hätte erkennen müssen.³

Julija Ruran ist auf dem Friedhof des ehemaligen Krankenlagers Großsachsenheim, Grab Nr. 479/480 beigesetzt.⁴

Quellen: Sofern nicht anders angegeben sind alle Informationen entnommen aus: UAST 131/3 Nrn. 78, 81, 88; UAST 202/1 S. 203 f.

1 Sterbeurkunde Julija Rurans: 2.2.2.2/76853049/ITS Digital Archive, Bad Arolsen

2 Zum Krankenlager für Zwangsarbeiter in Großsachsenheim siehe: http://www.alemannia-judaica.de/sachsenheim_friedhof.htm; Axmann, Christine: Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Bedeutung und Funktion des Durchgangslagers für „ausländische“ Arbeitskräfte in Bietigheim mit seinen Krankensammellagern in Pleidelsheim und Großsachsenheim. Magisterarbeit Stuttgart 2004, S. 193–219 (S. 209: Anzahl der im Krankensammellager Großsachsenheim Verstorbenen); Schäfer, Zwangsarbeiter S. 199–205; dies. Durchgangs- und Krankensammellager im Zweiten Weltkrieg: Schnittstellen zwischen „Arbeit“ und „Vernichtung“ beim Zwangsarbeitereinsatz, in: Frewer, Andreas u. Siedbürger, Günther (Hrsg.): Medizin und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Frankfurt/Main 2004, S. 203–230, hier S. 213–224; Tholander, Fremdarbeiter S. 436–453.

3 Leistungskampf des Forschungsinstituts für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren an der Technischen Hochschule Stuttgart für das Arbeitsjahr 1940/1941 (UAST 131/3/ o. Sign.); Bilder zum Leistungsbericht des Forschungsinstituts für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren an der Technischen Hochschule Stuttgart zum Antrag auf Verleihung des Leistungsabzeichens für „Vorbildliche Sorge um die Volksgesundheit“ Arbeitsjahr 1941/42 (UAST 131/1/ o. Sign.)

4 Landratsamt Ludwigsburg. Gräberliste über die auf dem Friedhof des Krankenlagers für ausländische Arbeitskräfte in Großsachsenheim beerdigten Russen, Bl. 16/31, 2.1.1.2/70531662/ITS Digital Archive, Bad Arolsen; ebd. 2.1.4.2/71105090

NB

A. S.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1921 Aug. 12 geb. in Den Haag, niederländischer Staatsbürger, konfessionslos

1943 März 31–1944 Okt. 7 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter und Flaschner

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 52, 80, 85; UAST 202/1 S. 94

NB

G. S.

Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1924 April 24 geb. in „Schwejkow“, polnische Staatsbürgerin

1942 Dez. 15–1945 Mai 9 Putzstelle bei Fa. W. Bleyle Stuttgart bzw. Untertürkheim

1943 März 18–1945 Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Putzfrau

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 88, 90; UAST 202/1 S. 116 f.

NB

Z. S.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1925 Mai 5 geb., „Ostarbeiter“

1942 Juli 13–1945 Zwangsarbeiter am For-

schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 83, 90; UAST 202/1 S. 121

NB

ILSE SAHLMANN

jüdische Architekturstudentin

1913 März 15 geb.

nach WS 1931/32¹ Beginn des Architekturstudiums an der TH Stuttgart

1935 Febr. 26 Vordiplomprüfung, TH Stuttgart

1935 Fortsetzung des Studiums an der TH Berlin-Charlottenburg

Emigration nach Südafrika²

Die Architekturstudentin Ilse Sahlmann stammte aus Fürth und galt im NS-Staat als Jüdin bzw. als „nichtarisch“.² An der TH Stuttgart konnte sie ihre Vordiplomprüfung ablegen, wechselte dann nach Berlin, wo sie bei Heinrich Tessenow studierte. Zu einem unbekanntem Zeitpunkt emigrierte sie nach Südafrika.

Quellen: UAST 120/Sahlmann, Ilse (Prüfungsakte); Bauer, Architekturstudentinnen in der Weimarer Republik S. 391

1 Vermutlich hat Ilse Sahlmann im Sommersemester 1933 ihr Studium in Stuttgart begonnen, denn in den erhaltenen Unterlagen zu ihrer Diplomvorprüfung ist das Wintersemester 1933/34 als ihr zweites Semester, das Sommersemester 1934 als drittes und das Wintersemester 1934/35 als ihr viertes Semester notiert.

2 Freundliche Auskunft von Frau C. I. Bauer an den Verf. v. 26.02.2016

NB

ANTON SAKABLUK

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1906 Aug. 6 geb. in Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine)

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 202/1 S. 218; UAST 33/1/65; UAST 33/1/76: 1945 Jan. 1 „Eintritt“ in Institut für Bauforschung

NB

WASSIL SAKABLUK

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1895 Febr. 12 geb. in Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine)

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 219 f.

NB

DIMID SAMOILENVO

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1900 Dez. 10 geb. in Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine)

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 221

NB

IWAN SCHADKO

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1917 April 14 geb. in „Apostolowskij“, Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine), „orthodox“

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 222

NB

STEPHAN SCHADKO

In den Quellen auch: Stepan, Stefan

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1909 Dez. 28 geb. in Marinka bzw. Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine), „orthodox“

1944 April 15–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 202/1 S. 223; UAST 33/1/76: 1945 Jan. 1 „Eintritt“ in Institut für Bauforschung; UAST 33/1/65: 1944 Juni 26 Beschäftigungsbeginn

NB

ALEX SCHAOR-SCHADSE

In den Quellen auch: Schar-Schadse/Alexander
Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1914 Nov. 27 geb. in Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine)

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 202/1 S. 224; UAST 33/1/65; UAST 33/1/76; 1945 Jan. 1 „Eintritt“ in Institut für Bauforschung

NB

IGOR SCHAPOWALOW

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1915 Feb. 28¹ geb. in Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk),² Staatsbürger der Sowjetunion, „apostolisch“

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 225 f.; UAST 33/1/65; UAST 33/1/76; 1945 Jan. 1 „Eintritt“ in Institut für Bauforschung

1 andere Angaben: 1915 Dez. 12; 1915 Okt. 1

2 andere Angabe für den Geburtsort: Artemowsk

NB

RAPHAEL SCHARF-KATZ

Maschinenbaustudent/
Vertreibung aus rassistischen Gründen



1917 Jan. 30 geb. in Erfurt als Raphael Scharf-False Katz, polnische Staatsangehörigkeit; israelitisch

1937 Abitur am Staatlichen Realgymnasium zur Himmelspforte in Erfurt
viermonatiges Praktikum in Eisengießerei und Maschinenbaubetrieb

1937 Aug. 2 Immatrikulation an der TH Stuttgart

1937 Okt. 16 Exmatrikulation
Lehre als Automechaniker

1938 Okt. 27/28 Verschleppung und Ausweisung nach Polen in der sog. „Polenaktion“

1939 Abschluss der Lehre in Polen

1939–1945 April 11 von den deutschen Besatzern verschleppt in verschiedene Zwangsarbeitslager, ab 1944 in das Konzentrationslager Krakau-Plaszow,¹ Ende 1944 in das Konzentrationslager Mittelbau-Dora, Nordhausen²

bis 1958 Inhaber eines Transportgeschäfts

1958 Leiter der Reparatur-Annahme im VEB Kfz-Instandsetzung Erfurt

1959/1962 Mitglied/Vorsitzender der Konfliktkommission des VEB Kfz-Instandsetzung Erfurt

1965 Studium an der Ingenieurschule Zwickau. Abschluss: Meister Kfz-Instandsetzung

1972 Mitglied im Vorstand der Synagogen-Gemeinde Erfurt

1977 Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbandes Thüringen der Jüdischen Gemeinden (Jüdische Landesgemeinde Thüringen)

1984 Ruhestand (Scharf-Katz hatte nach Pensionierung im Jahr 1977 noch 7 Jahre weiter gearbeitet)

1985 Okt. Wahl zum Vorsitzenden der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen

1994 Okt. 10³ gest.

Raphael Scharf-Katz' Eltern stammten aus Galizien und waren, wie er in seinem Lebenslauf um 1988 schreibt, „infolge der Kriegswirren im 1. Weltkrieg ... nach Erfurt gekommen“. Auf der Karteikarte, die für ihn im Studentensekretariat angelegt wurde, notierte man unter der Rubrik „Volkszugehörigkeit“ zunächst noch die polnische Staatsbürgerschaft. Dieser Vermerk wurde später gestrichen und durch „Jude“ ersetzt.

Während Scharf-Katz als Schüler des Erfurter Realgymnasiums vom Schulleiter und den meisten Lehrern gerecht behandelt wurde und als letzter jüdischer Schüler die Abiturprüfung ablegen konnte, war er als Student in der Technischen Hochschule Stuttgart Anfeindungen ausgeliefert. Er schrieb: „Zu Beginn des 2. Semesters mußte ich das Studium abbrechen, da die antisemitischen Haltungen der Dozenten und der Studenten ein geregeltes Studium nicht mehr zuließen. Ich verließ die TH und begann die Lehre als Automechaniker.“

Raphael Scharf-Katz war von der Automobiltechnik fasziniert. Schon bei der Immatrikulation hatte er als Berufsziel „Autoingenieur“ angegeben, und die Technik rund um das Auto sollte auch in Zukunft der Inhalt seiner beruflichen Tätigkeit sein.

Raphael Scharf-Katz und seine Familienangehörigen gehörten zu den Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit, die Ende Oktober 1938 im Rahmen der sogenannten „Polenaktion“ gewaltsam aus dem Deutschen Reich nach Polen ausgewiesen wurden. Er konnte zwar seine Lehre in Polen abschließen, geriet aber nach Beginn des Zweiten Weltkrieges in die Gewalt der deutschen Besatzer. Die Familie seiner Schwester wurde im Juli 1942, die Eltern 1943 ermordet. Fast alle Familienmitglieder ersten, zweiten und drittens Grades – er zählte 43 Personen⁴ – kamen bei der Zwangsarbeit oder in den deutschen Vernichtungslagern ums Leben. Scharf-Katz selbst musste zunächst in verschiedenen Lagern Zwangsarbeit leisten und kam dann Anfang 1944 in das Konzentrationslager Krakau-Plaszow,¹ Ende 1944 in das Konzentrationslager Mittelbau-Dora bei Nordhausen, wo er als „Autoschlosser“ in einem „Garagenkommando“ eingesetzt wurde.² Zuletzt war er im KZ-Außenlager Boelcke-Kaserne, wo er den britischen Bombenangriff vom 3. und 4. April 1945 überlebte und erfolgreich fliehen und sich verstecken konnte, bis er schließlich am 11. April 1945 von den vorrückenden Truppen der US-Army befreit wurde.

Scharf-Katz kehrte nach Erfurt zurück, wo er ein Transportgeschäft betrieb. Ab 1958 war er im VEB KFZ-Instandsetzung Erfurt tätig. Sein großes Engagement galt der jüdischen Gemeinde in Erfurt und der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, deren Vorsitzender er von 1985 bis zu seinem Tod war. Seinen Kindern hat er vermittelt, sich offen zu ihrem Judentum zu bekennen. Er stellte sich auch als Zeitzeuge im Schulunterricht zur Verfügung, um dem versteckten und offenen Antisemitismus entgegenzutreten.⁴

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen die Informationen zum Lebenslauf aus: Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg B.1/38 Nr. 448 (u. a. selbstverfasster Lebenslauf ca. 1988); UAST 10/55 (Studentenkartei); Hoschek, Jutta: Ausgelöschtes Leben. Juden in Erfurt 1933–1945. Biographische Dokumentation. Jena 2013, S. 123 f., 391.

¹ ITS Archives, Bad Arolsen, Zentrale Namenkartei 35613708

² Ebd. 54472862, 35613703

³ https://de.wikipedia.org/wiki/Raphael_Scharf-Katz (31.08.2015)

⁴ Pepi Ritzmann im Interview, Artikel in: Thüringer Allgemeine, Erfurt v. 30.08.2012: <http://erfurt.thueringer-allgemeine.de/web/lokal/leben/detail/-/specific/Pepi-Ritzmann-im-Interview-1269134677>

EUGEN SCHEDE

Architekturstudent/rassistische Verfolgung

1906 Juli 10 geb. in München

ab WS 1926/27 4 Semester Architekturstudium in Dresden

ab WS 1928/29 6 Semester Architekturstudium an der TH Stuttgart

1930 Dez. 1 Diplomvorprüfung, TH Stuttgart

1935 März 30 Diplomhauptprüfung, TH Stuttgart

1938 Einberufung zur Wehrmacht¹

Zu den Studierenden, die in der NS-Zeit als sogenannte „Mischlinge ersten Grades“ galten, gehörte auch der Architekt Eugen Schede. Eugen Schede konnte 1935 wohl noch ohne Probleme die Diplomprüfung ablegen. Er wurde sogar Mitglied in der Reichskulturkammer, eine Voraussetzung dafür, als selbstständiger Architekt arbeiten zu können. Vermutlich hatte er als adoptiertes Kind seine Abstammung von seinem leiblichen jüdischen oder als jüdisch geltenden Vater noch verheimlichen können. Anfang 1938 kam sie aber, wie die erhaltenen Dokumente der Reichskulturkammer zeigen, verschiedenen Dienststellen der NSDAP zur Kenntnis. Der Leiter der NSDAP-Ortsgruppe Elisabethplatz in München, in dessen Bezirk Schede damals wohnte, schrieb im September 1938: „Eugen Schede ist Mitglied der Reichskulturkammer und muss somit seinen arischen Nachweis dort erbracht haben. Durch Befragen Dritter war nichts Anderes festzustellen.“¹ Bei der Volkszählung im Mai 1939 konnte Schede seinen Status als „Mischling ersten Grades“ nicht mehr geheim halten und musste ihn angeben.²

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: UAST 120/Schede, Eugen (Prüfungsakte).

¹ BA Berlin R 9361-V/105510

² BA Berlin: VZ-Datenbank (Die Ergänzungskarten für Angaben über Abstammung und Vorbildung der Volkszählung vom 17. Mai 1939): Recherche des BA nach „Stuttgart“ im Feld „Ergänzungen“ (Hochschulstudium) vom 09.10.2014. Der nicht-jüdische Professor für Orthopädie an der Universität Leipzig Franz Schede, der in den Dokumenten als Vater genannt wird, hatte Eugen Schede bei der Heirat mit dessen Mutter als Kind angenommen. Vgl. Dichtl, Manuel: Der Orthopäde Prof. Dr. Franz Schede (1882–1976). Leben und Werk. Diss. med. Regensburg 2012, S. 62.

NB

WILHELM SCHILBERGER

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1915 Aug. 11 geb. in Budkau, tschechoslowakischer Staatsbürger

1941 Juni 13–1942 Juni 15 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Ingenieur

Quellen: UASt 33/1/65; UASt 202/1 S. 197

NB

OTTO SCHLEEHAUF

abgelehnter Studienbewerber

1924 geb. in Guatemala

1942 Abitur am Gymnasium in Korntal

1942 Ablehnung der Immatrikulation durch die TH Stuttgart

1943 Rückkehr nach Guatemala

2005 Dez. 3 gest.¹

Ende des 19. Jahrhunderts wanderte der Vater von Otto Schleeauf aus Stuttgart nach Mittelamerika aus und ließ sich im Hochland Guatemalas nieder. Die guatemalteckische Regierung hatte insbesondere auswanderungswillige Deutsche umworben, indem sie diesen günstige Bedingungen für den Landerwerb und andere Privilegien einräumte. Mit seinen fünf Geschwistern wuchs Otto Schleeauf im hauptsächlich von Deutschen bewohnten Cobán auf.

Seine Familie pflegte die Kontakte zur deutschen Heimat sehr intensiv. So kamen Otto Schleeauf und seine Geschwister immer wieder zu einer Tante nach Korntal bei Stuttgart. Am Gymnasium in Korntal legte Otto Schleeauf auch seine Abiturprüfung ab. Als er sich jedoch für das Architekturstudium an der Technischen Hochschule Stuttgart immatrikulieren wollte, wurde dies mit der Begründung, er sei „Ausländer“, abgelehnt. Wahrscheinlich hat hierbei auch der Umstand eine Rolle gespielt, dass Schleeaufs Mutter den in Guatemala einheimischen Q'eqchi (Kekchi) entstammte und man ihm möglicherweise die sogenannte „nichtarische“ Abstammung zur Last legte. Vielleicht spielte auch eine Rolle, dass Guatemala schon Ende 1941 dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hatte.

Da Otto Schleeaufs Vater ein Gegner des Nationalsozialismus war und zudem eine einheimische Ehefrau hatte, blieb seine Familie von den Vertreibungen der deutschen Siedler – Guatemala hatte auf Druck der USA 1941 dem Deutschen Reich den Krieg er-

Teil II Biographien der Verfolgten

klärt – verschont. Otto Schleeauf lebte weiterhin in Cobán, wo er bis zum Lebensende eine Pferdezucht unterhielt.

Quellen: Losert, Carin: Artikel „Ein schwäbischer Indianer mit Schlag bei den Mädchen“, in: Stuttgarter Zeitung v. 11.10.2005

1 <http://www.geni.com/people/Otto-Schleeauf-Pacay/6000000034656715968?through=6000000039120838418> (20.01.2016)

NB

HERMANN SCHMIDT

Mitarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart/Anzeige bei der Polizei

1899 Juni 17 geb. in Leonberg, deutscher Staatsbürger

1940 Dez. 12–1945 März 3 Hilfsarbeiter am FKFS

Anfang Januar 1945 beantragte das Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren bei der Gendarmerie-Station Öhringen, gegen seinen Mitarbeiter Hermann Schmidt „polizeiliche Maßnahmen zu ergreifen“. Schmidt war seit dem Herbst des Vorjahres offenbar mehrmals nicht zur Arbeit erschienen, ohne hierfür ausreichende Begründungen vorzulegen. Zur Disziplinierung Schmidts wurden zunächst die Rüstungskommission Va in Nürtingen aufgefordert, danach – als diese sich für nicht zuständig erklärte – ein entsprechender Antrag beim „Reichstreuhänder für den öffentlichen Dienst“ in Ludwigsburg gestellt. Als diese Schreiben ohne Folgen blieben, verständigte man die Gendarmeriestation in Öhringen, in deren Zuständigkeitsbereich Schmidt wohnte, mit dem Ziel, diesen von einem Vertrauensarzt untersuchen zu lassen. „Die härtesten Massnahmen gegen ihn sind angebracht“¹ hieß es in dem Schreiben des FKFS, das Schmidt „Arbeitsbummelei“ unterstellte. Die Gendarmerie vernahm daraufhin Hermann Schmidt, stellte aber fest, dass dieser wirklich krank und arbeitsunfähig war, was Schmidt ebenfalls durch ein ärztliches Attest bescheinigen konnte.

Quellen: UAST 131/3/48

1 UAST 131/3/48 Schreiben des FKFS an die Gendarmeriestation Öhringen v. 03.01.1945

NB

JULIUS SCHMIDT

a. o. Professor für organische Chemie/Suizid

1872 Juni 26 geb. in Baiersdorf in Bayern

1891 bis 1894 Studium der Chemie an der Universität Jena

1894 Promotion an der Universität Jena, Schüler von L. Knorr

1894 Wehrdienst als Einjährig-Freiwilliger¹

1895 bis 1898 Assistent am Chemischen Institut der Universität Jena

1899 Assistent am Chemisch-Technischen Laboratorium der TH Stuttgart

1900 Habilitation an der TH Stuttgart, Privatdozent an der TH Stuttgart

1905 Ernennung zum außerordentlichen Professor für organische Chemie an der TH Stuttgart

1914 bis 1918

Leutnant im mobilen Landsturmregiment Esslingen², Einsatz als Offizier an mehreren Kriegsfrenten³

seit 1923

etatmäßiger Professor für Chemie an der Höheren Maschinenbauschule in Esslingen⁴

1933 März 29 Julius Schmidt begeht Selbstmord⁵



Julius Schmidt im Jahr 1929

Noch bevor mit der Verabschiedung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ am 7. April 1933 auch an der Technischen Hochschule Stuttgart eine Entwicklung eingeleitet wurde, in der zahlreiche jüdische Wissenschaftler die Folgen der nationalsozialistischen Machtergreifung nun auch in ihrem eigenen Arbeitsumfeld unmittelbar zu spüren bekamen, nahm sich der Chemiker Julius Schmidt am 29. März 1933 das Leben.⁶ Wenige Monate später sollte die erste große Entlassungswelle an dem Ort einsetzen, wo dieser mit seiner Assistententätigkeit, seiner Habilitation und der Ernennung zum außerordentlichen Professor bereits wichtige Stationen seiner akademischen Laufbahn erfolgreich absolviert hatte. Warum er, der offenbar schon vor 1933⁷ sehr unter dem zunehmend feindlichen Klima und den sich verschärfenden Repressionen gegen jüdische Hochschulmitglieder gelitten haben muss, sich für diesen verzweifelten Schritt entschied, ist nur zu vermuten. Doch auch die Frage, ob Julius Schmidt aus Angst vor einer nicht mehr auszuschließenden Entlassung Selbstmord verübte oder einen möglicherweise erfolgten Verlust seiner Arbeitsstelle nicht verkraftete, ist heute auch deshalb nicht abschließend zu beantworten, weil 1944 bei einem Bombenangriff fast alle Akten der damaligen Technischen Hochschule Stuttgart in den Flammen vernichtet wurden.

So war 7 Immanuel Herrmann (1870–1945), Professor für Elektrotechnik, „wohl der erste“⁸, der – nach einer vorläufigen Beurlaubung im April 1933 – am 26. Juli 1933 seines Amtes an der TH Stuttgart enthoben wurde. Während Herrmann aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ entlassen wurde, können dessen Paragraphen auf den Chemieprofessor Julius Schmidt keine Anwendung gefunden haben, da Letzter bereits Ende März 1933 Suizid verübt hatte, also noch bevor am 7. April

1933 das Gesetz erlassen wurde, das zur Verdrängung zahlreicher jüdischer Hochschulangehöriger aus dem öffentlichen Dienst führen sollte. Es ist daher anzunehmen, dass Julius Schmidt zwar das jähe Ende seiner Berufslaufbahn und den unfreiwilligen und unverschuldeten Entzug seiner Professur noch nicht selbst erlebt hatte, er dieses Szenario aber vermutlich schon als unmittelbar bevorstehend erlebte. Hinzu kam, dass Julius Schmidts „ausgesprochen deutschnationale“⁷ Einstellung bei den nazistischen Studenten der TH Stuttgart offenbar keinerlei Sympathien hervorrief, sondern eine Ablehnung des jüdischen Professors womöglich noch verstärkte.⁷

Bekannt wurde Julius Schmidt nicht zuletzt als Autor des von 1907 bis 1931 fast ununterbrochen erscheinenden „Jahrbuchs der organischen Chemie“ und als Herausgeber der Monographien-Sammlung „Chemie in Einzeldarstellungen“, für die er selbst einen Teilband über „Organometallverbindungen“ verfasste.⁹ Sein auch bei den Studenten sehr beliebtes „Lehrbuch der organischen Chemie“ wurde seit 1906 in vier deutschen Auflagen veröffentlicht. 1926 folgte eine englische und 1928 eine französische Ausgabe des populären Werkes. Den Lesern der „Berichte der Deutschen Chemischen Gesellschaft“ war Schmidt seit mehr als zwei Jahrzehnten als Verfasser zahlreicher Arbeiten im Bereich der Phenanthren-Chemie bekannt. Längere Untersuchungsreihen widmete er – neben der Erforschung der Kohlenwasserstoffe Fluoren und Karbazol – vor allem dem als Kernsubstanz der Morphinumalkaloide bedeutsamen Phenantren. Seine wertvollen Forschungsarbeiten auf diesem damals noch wenig bekannten Gebiet wurden in der Fachwelt mit großem Interesse aufgenommen. In den letzten Jahren seines Lebens widmete er sich vor allem dem Studium von lichtempfindlichen Diazoverbindungen und Fluoren-Derivaten. Seine Studenten an der Technischen Hochschule Stuttgart lehrte er diese auch zum analytischen Nachweis von Schwermetallen zu verwenden.¹⁰ Neben seiner Professur für Chemie an der TH Stuttgart und an der Höheren Maschinenbauschule in Esslingen, wo er an der Neuorganisation des chemischen Unterrichts beteiligt war und den Ausbau des Laboratoriums vorantrieb¹¹, war Julius Schmidt als Berater und Sachverständiger der chemischen Industrie tätig. In den Nachrufen wurden vor allem seine stark ausgeprägten didaktischen Fähigkeiten als akademischer Lehrer hervorgehoben. Für seine Studenten und deren Anliegen habe sich Julius Schmidt sehr engagiert gezeigt und sei diesen „stets ein väterlicher Berater von warmer Herzengüte“¹² gewesen.

Über das Schicksal der Familie des Chemikers nach dessen Tod ist lediglich bekannt, dass seine Frau, Isabella Schmidt geborene Gombrich, einige Zeit nach dem Tod ihres Mannes in die USA ausgewandert sein muss.¹³ Die Versorgungsbezüge ihres Mannes wurden ihr nach dem 31. März 1940 nicht mehr ausgezahlt. Auch musste sie eine in vier Raten zu entrichtende „Judenvermögensabgabe“ im Wert von 13 123,- Reichsmark aufbringen und an den Staat abführen.¹⁴

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind die Angaben zum Lebenslauf der Personalakte im Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStA Stuttgart) M 430/3 Bü 10058 sowie dem Erhebungsbogen aus der Dokumentation jüdischer Bürger im HStA Stuttgart EA 99/001 Bü 172 entnommen.

¹ HStA Stuttgart M 430/3 Bü 10058 (Personalakte Schmidt, Julius)

² Zelzer, Weg und Schicksal S. 489

- 3** Glauner, Richard u. Glauner, Gertrud: Nachruf auf Julius Schmidt, in: Berichte der Deutschen Chemischen Gesellschaft 66, Nr. 5 (3. Mai 1933), Abt. A (Vereinsnachrichten), S. 51–53, hier S. 51
- 4** Zelzer, Weg und Schicksal S. 489. In ihrem Nachruf auf Julius Schmidt geben R. und G. Glauner hingegen an, dass Julius Schmidt seit 1921 Professor für Chemie an der Höheren Maschinenbauschule in Esslingen gewesen sei (wie Anm. 3).
- 5** Voigt, Universität Stuttgart S. 36; UAST SA2/150 (Schreiben Paul Schlacks an Direktor der Bibliothek der TH Stuttgart v. 28.07.1960)
- 6** Ebd. In Nachrufen war die Rede von einem Herzschlag am Schreibtisch, durch den der 61-Jährige „jäh aus dem Leben gerissen“ worden sei. Vgl. beispielsweise R. und G. Glauner: Nachruf auf Julius Schmidt (wie Anm. 3) S. 51.
- 7** Freundliche Mitteilung von Professor Dr. Ulrich Kull an Norbert Becker vom 22.03.2015
- 8** Voigt, Universität Stuttgart S. 37
- 9** Schmidt, Julius: Organometallverbindungen. Stuttgart 1934 (Chemie in Einzeldarstellungen, Band 17, Teil 2)
- 10** R. und G. Glauner, Nachruf (wie Anm. 3) S. 52
- 11** Vgl. den in der Personalakte von Julius Schmidt enthaltenen Nachruf. Quelle: nicht bekannt.
- 12** R. und G. Glauner, Nachruf (wie Anm. 3), S. 53
- 13** HStA Stuttgart EA 99/001 Bü 172 S. 1: Erhebungsbogen von Julius Schmidt
- 14** Ebd. S. 2

Werke von Julius Schmidt (Auswahl)

- Über die Erforschung der Konstitution und die Versuche zur Synthese wichtiger Pflanzenalkaloide. Stuttgart 1900
- Die Alkaloidchemie in den Jahren 1900–1904. Stuttgart 1904
- Kurzes Lehrbuch der organischen Chemie. Stuttgart 1906 (vier deutsche Auflagen; englische Ausgabe 1926; französische Ausgabe 1928)
- zs. mit Viktor Grafe: Handbuch der biologischen Arbeitsmethoden. Abteilung 1, Teil 9, Alkaloide. Berlin, Wien 1920
- Organometallverbindungen. Stuttgart 1934 (Chemie in Einzeldarstellungen 17, Teil 2)
- Jahrbuch der organischen Chemie. 18 Bde. Stuttgart 1907–1931
- Herausgeber der Monographien-Sammlung „Chemie in Einzeldarstellungen“. 18 Bde. (seit 1912)

Literatur über Julius Schmidt

Kurzbiographie Julius Schmidt, in: Johann C. Poggendorff. Biographisch-Literarisches Handwörterbuch, Bd. IV: 1883–1904. Teil II, Leipzig 1904, S. 1339f.; Kurzbiographie Julius Schmidt, in: Johann C. Poggendorff, Biographisch-Literarisches Handwörterbuch, Bd. V: 1904–1922. Teil II, Leipzig/Berlin 1926, S. 1119; Kurzbiographie Julius Schmidt, in: Kürschners deutscher Gelehrtenkalender. Jg. 4, Berlin 1931, S. 2598f.; Glauner, Richard und Gertrud: Nachruf auf Julius Schmidt, in: Berichte der Deutschen Chemischen Gesellschaft 66, Nr. 5, 3. Mai 1933, Abteilung A (Vereinsnachrichten), S. 51–53; Notiz zum Tod von Julius Schmidt, in: nature 131, 20. Mai 1933, S. 718. doi: 10.1038/131718a0. Quelle: <http://www.nature.com/nature/journal/v131/n3316/abs/131718a0.html> (Stand: 03.03.2015); Nachruf auf Julius Schmidt, Quelle unbekannt, enthalten in der Personalakte von Julius Schmidt im Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStA Stuttgart) M 430/3 Bü 10058; Kurzbiographie Julius Schmidt, in: Johann C. Poggendorff. Biographisch-Literarisches Handwörterbuch, Bd. VI: 1923–1931. Teil IV, Berlin 1939, S. 2341; Kurzbiographie Julius Schmidt, in: Zelzer, Weg und Schicksal S. 489; Voigt, Universität Stuttgart S. 36; Kurzbiographie Julius Schmidt, in: Joseph Walk: Kurzbiographien zur Geschichte der Juden. 1918–1945. München u. a. 1988, S. 332; Effenberger, Franz: Die Chemie an der Universität Stuttgart. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, in: Wechselwirkungen. Jahrbuch 1986. Aus Lehre und Forschung der Universität Stuttgart, S. 67–75

KN

PHILIP SCHMIHOL

In den Quellen auch: Schmjhol/Filip
Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1915 Aug. 22 geb. in Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine), katholisch

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 202/1 S. 228; UAST 33/1/65; UAST 33/1/76: 1945 Jan. 1 „Eintritt“ in Institut für Bauforschung

NB

GYULA SCHNEIDER

Student der Elektrotechnik/Relegation

Dem ungarischen Studenten der Elektrotechnik Gyula Schneider wurde kurz vor Studienabschluss im Mai 1943 vom Studentenführer die Auflage gemacht, sich zur Waffen-SS zu melden. Hintergrund war ein Erlass des Reichserziehungsministeriums, der auf Initiative der Reichsstudentenführung entstanden war, wonach alle volksdeutschen Studenten, d. h. ausländische Studenten mit deutschstämmigem Elternteil, sich für die Genehmigung zur Fortsetzung des Studiums bei Wehrmacht oder Waffen-SS anmelden mussten (vgl. Kap. 3.5). Studentenführer Herzer warf Schneider zudem die Freundschaft zu ausländischen Studenten und eine passive Haltung dem Nationalsozialismus gegenüber vor.

Schneider erhielt die Studiengenehmigung nicht, verließ daraufhin Stuttgart und ging nach Berlin. Es ist unklar, ob er sein Studium dort weiterführen oder abschließen konnte. Er führte nach Ende des Krieges sein Verhör bei der Gestapo Berlin und seine Überwachung durch die Gestapo auf eine Denunziation durch den Stuttgarter Studentenführer Herzer zurück. Schneider schließt seine Schilderung: „Durch persönliches Einsetzen der ungarischen Gesandtschaft in Berlin wurde ich von einem Arbeitslager verschont und wurde mir zur Flucht aus Berlin geholfen.“

Quellen: StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 42688 (Spruchkammerakte Herzer, Karlheinz) Bl. 38: Schreiben Gyula Schneiders an die Spruchkammer Stuttgart v. 05.03.1949 (vgl. ebd. EL 905/4 Bü 736); ebd. Bl. 40: Erklärung Friedhelm Eckenraths v. 19.03.1949

NB

GÜNTER SCHÖLL

Assistent am Ingenieurlaboratorium/
Verhinderung der Habilitation aus politischen Gründen

1912 März 14 geb. in Düsseldorf

1922-1931 Goethe-Oberrealschule in Düsseldorf

1931 Abitur

WS 1931/32-SoSe 1935 Studium des Maschinenbaus an der TH Stuttgart

1933 Nov. Eintritt in die SA¹

1934 Austritt aus der SA¹

1934 Juni 1 Diplomvorprüfung²

1935 Dez. 2 Diplomhauptprüfung²

1935 Okt. 1-1936 Sept. 30 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut für Wärme-

kraftmaschinen und Kompressoren, TH Stuttgart

1936 Okt. 1-1942 Sept. 30 Vollassistent am Ingenieurlaboratorium, TH Stuttgart

1938 Promotion³ Entwicklung von Sonderbauarten von Dampfkesseln

ab 1945 Lehrbeauftragter an der TH Stuttgart für die Fächer „Dampfkraftanlagen, Dampfkessel und Feuerungen“, ab 1947 „Heizung und Lüftung“

1958 Honorarprofessor der TH Stuttgart

1999 Febr. 11 gest.

Der ehemalige Assistent Günter Schöll berichtete nach dem Ende der NS-Herrschaft, dass er aufgrund des Umstands, dass er sich in keiner NS-Organisation engagierte, 1942 seine Stelle verloren habe und ihm ebenso die Habilitation verwehrt worden sei. Zwar war er als Student 1933 der SA beigetreten, um nicht seinen Studienplatz zu verlieren, war aber 1934 wieder ausgetreten. Dies war offenbar ohne Konflikt mit dem NS-Regime geschehen, da Schöll gesundheitliche Gründe geltend machte, denen zufolge er nicht am SA-Dienst bzw. am SA-Sport teilnehmen konnte.⁴ Im Jahr 1939 lehnte der Dozentenführer Reinhold Bauder Schölls Antrag auf Habilitation „unter Hinweis auf meine politische ‚Nichtbewährung‘“ ab,



Günter Schöll (rechts) im Jahr 1971 mit einem selbst entwickelten Sonnenkollektor zur Dampferzeugung

... und mir wurde aus gleichem Grunde der Austritt aus der Hochschule nahegelegt. Der Ausbruch des Krieges und meine fachlichen Leistungen verhinderten damals zunächst meine Entlassung. Als ich auch während des Krieges meine ablehnende Haltung gegenüber der NSDAP und dem NSDoB [Nationalsozialistischer Dozentenbund; Zusatz N. B.] fortsetzte, musste ich schließlich 1942 meine Assistentenstelle aufgeben, da mein Dienstvertrag nicht weiter verlängert wurde.⁵

Während des Zweiten Weltkrieges konstruierte Schöll im Auftrag des Reichswirtschaftsministeriums einen leistungsfähigen Dampfkessel, der sich durch Einsparung von Stahl und durch das geringe Gewicht – er konnte mit der Eisenbahn transportiert werden – auszeichnete.⁶ Nach Ende der NS-Herrschaft kehrte Schöll zunächst als Lehrbeauftragter an die Technische Hochschule zurück und hielt Vorlesungen über „Dampfkraftanlagen, Dampfkessel und Feuerungen“ und ab 1947 über den Bereich „Heizung und Lüftung“. Er unterhielt ein erfolgreiches Forschungs- und Ingenieurbüro in Stuttgart und Esslingen und baute an der TH Stuttgart zudem das Forschungs- und Lehrgebiet „Heizung und Lüftung“ auf. Günter Schöll wird als ideenreicher Ingenieur geschildert, der zugleich „ein ausgezeichneter Theoretiker“ und „ein beachtenswert guter Praktiker“⁷ war, wovon zahlreiche Patente für seine Erfindungen zeugen. Im Jahr 1958 wurde er zum Honorarprofessor der TH Stuttgart ernannt.

Quellen: Soweit nicht anders angegeben, sind alle Informationen entnommen aus: UASt 57/1966 (Personalakte); StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 12864 (Akte Landesamt für Wiedergutmachung Stuttgart).

1 StA Ludwigsburg EL 902/6 Bü 20800 (Spruchkammerakte Schöll, Günter)

2 UASt 120/Schöll, Günter (Prüfungsakte)

3 Schöll, Günter: Schwingkolbenmaschine mit unmittelbar elektrischem Kraftschluss. Diss. Stuttgart 1938

4 Auf Schölls Karteikarte ist bei der Mitgliedschaft in der SA bemerkt: „ehrvoller Austritt wegen Schwerhörigkeit“. UASt 10/55 Schöll, Günter

5 StA Ludwigsburg EL 902/6 Bü 20800 (Spruchkammerakte Schöll, Günter): Schreiben Schölls an die Spruchkammer v. 07.11.1946; vgl. die weiteren Angaben hierzu durch Schöll in: StA Ludwigsburg EL 902/15 Bü 20888 (Spruchkammerakte Schmidt, Hans Heinrich) Bl. 11 sowie StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 85846 (Spruchkammerakte Wewerka, August) Bl. 27 f.

6 Für zahlreiche Hinweise auf das Werk und die Persönlichkeit Günter Schölls danke ich Herrn Professor Heinz Bach, Leinfelden-Echterdingen.

7 UASt 57/1966: Gutachten Friedrich Nubers v. 02.12.1957

NB

WILHELMUS JOHANNES SCHOONMADE

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1904 Juni 27 geb. in Rotterdam/Niederlande, niederländischer Staatsbürger, evangelisch

1943 Juni 1–1945 April 12 Zwangsarbeiter an

der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

1975 April 19 gest. in Rotterdam

Quellen: UASt 202/1 S. 85; UASt 33/1/65: Beschäftigungsende: 1943 Mai 31

NB

ERWIN SCHOPPER

Assistent am Physikalischen Institut/Verdrängung

1909 Juni 26 geb. in Heilbronn**1927** Abitur

Physikstudium in Tübingen, Berlin, München und Stuttgart

1934 Promotion, Universität Tübingen**1934–1935 Dez.** Mitgliedschaft in der SA¹**1934–1937** Assistent am Physikalischen Institut der TH Stuttgart**1937 März** erzwungene Aufgabe der Assistentenstelle zum 31. Juli 1937²**1937 Aug. 1–1945** Abteilungsleiter im wiss. Zentrallabor der Agfa AG/IG Farben in Wolfen**1940–1956** gleichzeitig Tätigkeit an der Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bei Prof. ↗ Erich Regener**1939 Azug.–1940 Juli** Wehrmacht, als Offizier in einer Flak-Einheit macht Schopper die Feldzüge gegen Polen und Frankreich mit, Verwundung an der Westfront und Lazarettaufenthalt³**1945–1956** Assistent am Physikalischen Institut der TH Stuttgart**1948** Habilitation/Dozent**1950** apl. Prof.**1952** wiss.

Mitglied der Max-Planck-Gesellschaft

1952–1955 Leiter des Hochspannungslaboratoriums Hechingen, Abt. der Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre in der Max-Planck-Gesellschaft**1956–1979** ord. Professor an der Goethe-Universität Frankfurt/Main, Gründungsdirektor des Instituts für Kernphysik**2009 Juni 29** gest. in Bad Soden

Erwin Schoppers Hochschullaufbahn wurde im Jahr 1937 aus ideologischen Gründen vom Rektor der Technischen Hochschule Stuttgart, Wilhelm Stortz, beendet. Schopper hatte in der Forschungsgruppe um Professor ↗ Erich Regener bereits beachtliche Arbeiten geleistet, als er mit einer speziell von ihm entwickelten Filmemulsion bei den Messungen in der hohen Atmosphäre die durch die kosmische Strahlung induzierte Zertrümmerung von Atomkernen nachweisen konnte.

Schopper, der 1934 der SA beigetreten war, um die Assistentenstelle am Physikalischen Institut erhalten zu können,⁴ geriet in der Folgezeit in einen allmählich eskalierenden Konflikt mit dem nationalsozialistischen Leitungspersonal der Technischen Hochschule. Er wandte sich in der Vorlesung, in der er Professor ↗ Erich Regener mitunter vertrat, gegen die sogenannte „Deutsche“ oder „Arische Physik“ und weigerte sich, beim Reichsberufswettkampf, an dem die Fachschaft Physik teilnahm, mitzuwirken, weil er die antisemitische Ausrichtung der hier gestellten Themen ablehnte. Zum Dozentenführer Reinhold Bauder zitiert, lehnte Schopper es ab, wie von diesem verlangt die SA-Uniform zu tragen, wenn er Regener in der Vorlesung vertrat. Der Konflikt eskalierte, als Schopper bei der SA denunziert wurde, er habe seine Verlobung in der Wohnung Professor Regeners gefeiert, der mit einer Jüdin verheiratet sei. Wegen dieses Vorwurfes musste er ein SA-Gerichtsverfahren über sich ergehen lassen und trat daraufhin

Teil II Biographien der Verfolgten

aus der SA wieder aus, was – wie er es im Rückblick deutete – wohl die Ursache für seine spätere Verdrängung war. Von seiner Verlobungsfeier im Jahr 1936 existiert heute noch ein Foto (siehe Kap. 3.1.2 Abb. 4)⁵, das – wie Schopper selbst noch kommentierte – neben anderen Personen auch zwei Gäste zeigt, die als Spitzel für das NS-Regime tätig gewesen waren.⁶ Sein Weggang aus Stuttgart hatte den Charakter einer „Flucht“ (Schopper). Er war von einem Kollegen und einem Bekannten Anfang 1937 vor dem Zugriff der Gestapo gewarnt worden, von der er zuvor schon zweimal verhört worden war. Schopper wich zunächst in einen Ausbildungsgang der Wehrmacht in Ludwigsburg aus, konnte danach aber noch einige Wochen im Physikalischen Institut arbeiten, bevor er am 1. August 1937 die Technische Hochschule und Stuttgart verließ und seine Stelle im wissenschaftlichen Zentrallabor der Agfa AG in Wolfen antrat. Bei Rektor Stortz hatte er noch erreichen können, dass die Technische Hochschule ihm offiziell bescheinigte, seine Entlassung sei auf eigenen Wunsch geschehen.

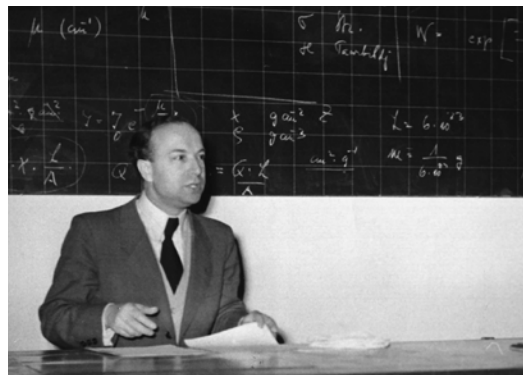
Erwin Schopper, dessen Habilitationsvorhaben hiermit beendet war, blieb seinem ehemaligen Institutsdirektor jedoch treu. Neben seiner Tätigkeit bei Agfa konnte er bei ↗ Erich Regener in dessen Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre weiter mitarbeiten und begleitete Regener auch nach 1945 wieder an die TH Stuttgart als Assistent, wo er seine Habilitation nachholte und seine Hochschullaufbahn wieder aufnahm.

Erwin Schopper wurde Gründungsdirektor des Instituts für Kernphysik an der Universität Frankfurt. Neben den Arbeiten zur kosmischen Strahlung, Physik der hohen Atmosphäre u. a. Arbeitsgebieten forschte er im Bereich der Weltraum-Strahlenbiologie. Erwin Schopper gilt als einer der Pioniere der Schwerionenphysik.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen die Informationen zum Lebenslauf aus: Munzinger Online/Personen: <http://www.munzinger.de/document/00000007115> (21.07.2015); Groeneveld, Karl Ontjes u. a.: Nachruf auf Erwin Schopper, in: Physik Journal 8 (2009) Nr. 8/9, S. 114; Prof. Dr. Erwin Schopper †: <https://www.uni-franfurt.de/45167370/Schopper> (21.07.2015).

¹ StALudwigsburg EL 902/20 Bü 99731 (Spruchkammerakte Schopper, Erwin); UAST 44/8a (Zeitzeugeninterview mit Erwin Schopper) 06:40 und 58:40

² StA Ludwigsburg EL 902/6 Bü 13292 (Spruchkammerakte Lenz, Ernst); HStA Stuttgart EA 3/150 Nr. 1340



Erwin Schopper hält 1952 an der TH Stuttgart eine Vorlesung über Kernphysik.

3 StA Ludwigsburg EL.902/20 Bü 99731 (Spruchkammerakte Schopper, Erwin); UAST 44/8a (Zeitzeugeninterview mit Erwin Schopper) 01:08:55

4 Auch für das Folgende siehe UAST 44/8a (Zeitzeugeninterview mit Erwin Schopper) 06:40–13:40, 19:10–20:10, 47:30–50:00, 55:20–01:06:30; schriftliche Quellen zu den im Folgenden geschilderten Vorgängen: StA Ludwigsburg EL.902/6 Bü 13292 (Spruchkammerakte Lenz, Ernst); ebd. EL.902/20 Bü 99731; HStA Stuttgart EA 3/150 Nr. 1340; UAST SN 16/34

5 UAST SN 16/11

6 StA Ludwigsburg EL.902/5 Bü 5341 (Spruchkammerakte Staab, Fritz)

NB

ERNST SCHÜTTE

Assistent in der Architekturabteilung/Entlassung aus rassistischen Gründen

1905 März 10 geb. in Elberfeld (heute Wuppertal)

Abitur am Realgymnasium Elberfeld

Architekturstudium in Breslau (3 Semester)

ab SoSe 1926 mit Unterbrechungen: Architekturstudium an der TH Stuttgart (5 Semester)¹

1927 Nov. 11 Diplomvorprüfung, TH Stuttgart

1931 Juli 22 Diplomhauptprüfung, TH Stuttgart

WS 1931/32 Einstellung als „Stundenassistent“ am Lehrstuhl Paul Schmitthenners²

SoSe 1932 „a. o. Assistent“ ebd.³

1935/1936 Entlassung

Ernst Schütte war von Professor Paul Schmitthenner 1931 als „Stundenassistent“ beschäftigt worden und rückte 1932 zum „außerordentlichen“ Assistenten auf. In dieser Stellung ist er noch im Personal- und Vorlesungsverzeichnis für das Studienjahr 1935/36 aufgeführt, im nächsten Verzeichnis für 1936/37 fehlt jedoch sein Name. Die nächste Information, die wir von ihm haben, ist eine Aussage in einer Spruchkammerakte eines ehemaligen Studienkollegen. Heinrich Langbein berichtete im Jahr 1947: „Auch die ungarische Jüdin Jozsa Balog ... verbrachte ihre Ferien in meinem Elternhaus zusammen mit der jüdischen Frau des Assistenten Ernst Schütte, der wegen dieser ‚Versippung‘ ebenfalls von der T.H. Stuttgart entlassen wurde.“⁴ Leider liegen uns keine Informationen zum weiteren Schicksal Ernst Schüttes und seiner Ehefrau vor.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: UAST 120/Schütte, Ernst (Prüfungsakte).

1 UAST 10/44 bis 10/54

2 UAST 10/53 S. 19

3 UAST 10/54 S. 19

4 StA Ludwigsburg EL.902/20 Bü 85330 (Spruchkammerakte Langbein, Heinrich): Lebenslauf v. 05.11.1947, S. 2. Die Ehe Schüttes mit einer jüdischen bzw. als Jüdin geltenden Frau bestätigt auch Professor Wilhelm Tiedje in seinem Spruchkammerverfahren (Text „Zu meiner Rechtfertigung“ v. 04.11.1945: StA Ludwigsburg EL.902/20 Bü 76998 Bl. 28 f.).

NB

KURT SCHULMEISTER

Student des Maschinenbaus/Verfolgung aufgrund einer Verurteilung wegen homosexuellen Verhaltens

1911 März 26 geb. in Stuttgart
bis WS 1938/39 Studium des Maschinenbaus an der TH Stuttgart

1940 Juli 12 Verurteilung durch das Landgericht Stuttgart wegen homosexuellen Verhaltens

Durch ein Rundschreiben an alle deutschen Hochschulen vom 24. Oktober 1940 informierte der damalige Prorektor Professor Heinrich Hess alle deutschen Hochschulverwaltungen über die Verurteilung des ehemaligen Studenten Kurt Schulmeister, um zu verhindern, dass dieser sein Studium an einer anderen Hochschule fortsetzen konnte:

Der ehemalige ausserordentliche Studierende der Fakultät für Maschinenwesen der Technischen Hochschule Stuttgart Kurt Schulmeister, geb. am 26. 3. 1911 in Stuttgart wurde durch rechtskräftiges Urteil der Strafkammer 3 des Landgerichts Stuttgart vom 12. 7. 1940 wegen zweier Vergehen der Unzucht unter Männern zu der Gesamtgefängnisstrafe von 10 Monaten verurteilt. Gegen Schulmeister konnte an der Technischen Hochschule Stuttgart kein Disziplinarverfahren durchgeführt werden, da er seit Sommersemester 1939 nicht mehr immatrikuliert ist. Ich gebe hiervon Kenntnis.

Bemerkenswert ist, dass die Verwaltung der Technische Hochschule Stuttgart Schulmeister noch verfolgt, obwohl sie selbst kein Disziplinarverfahren gegen ihn geführt hat und Schulmeister sich schon im Jahr zuvor exmatrikuliert hatte (siehe auch den Fall ↗ Helmut Wolff). Damit fügt sie sich ohne Not in den Verfolgungsapparat des NS-Staates ein. Die Exmatrikulation eines Studenten nach einer zuvor erfolgten gerichtlichen Verurteilung wegen homosexuellen Verhaltens war auch noch nach 1945 weiterhin üblich (siehe Kap. 6.4).

Quellen: UA Leipzig HHS 436, Bd. 2, Blatt 348; desgl. in UA Köln Zugang 28, Nr. 125, Bl. 257

NB

GUNTER BENNO SEATON

Chemiestudent/Relegation aus rassistischen Gründen

1916 Jan. 5 geb. in Breslau als Günter Benno Zittwitz

1935 Abitur am Kaiser-Wilhelm-Gymnasium in Strehlen (heute: Strzelin), Schlesien

1935 Dez. 4 Immatrikulation an der TH Stuttgart für das Fach Chemie¹

1938 Nov. 12 Zwangsrelegation, „gestrichen weil Jude“

1938 Nov. 12-1939 Jan. 10 Verhaftung und

Verschleppung in das Konzentrationslager Dachau²

1939 Febr. 26 Emigration nach England, später Annahme der britischen Staatsbürgerschaft

1940 Mai 17-1941 Mai 10 Internierungslager in Australien

ab 1941 Sept. Arbeit als Milchmann und Laborant

1948 Juni 17 Namensänderung von Zittwitz in Seaton³

Gunter Seaton gehörte zu den jüdischen Studierenden, die aufgrund des Erlasses des Reichserziehungsministeriums nach den Novemberpogromen am 12. November 1938 relegiert wurden. In der Kopie seines Studienbuchs, die in seiner Akte des Landesamts für Wiedergutmachung zu finden ist, steht der Abgangsvermerk, unterzeichnet von Rektor Erich Schönhardt und Rechnungsrat Jung, ergänzt mit der Bemerkung: „Vom weiteren Hochschulbesuch ausgeschlossen, weil Jude.“ Seaton hatte Anfang des Wintersemesters 1938/39 noch Lehrveranstaltungen besucht und die übliche Abschlagszahlung für die Studiengebühren entrichtet. Er wollte, wie er 1959 an die Verwaltung der TH Stuttgart schrieb, im Januar und Februar 1939 seine letzten Teilprüfungen für das Diplom ablegen. Die Relegation verhinderte dies, und zudem gehörte Seaton dann wie seine Mitstudenten ↗ Hans Oppenheimer und ↗ William A. Fraser zu den jüdischen Männern, die im Rahmen der Novemberpogrome 1938 verhaftet, in Konzentrationslager – Seaton kam nach Dachau – verschleppt und zur Auswanderung genötigt wurden.

Der erzwungene Abbruch des Studiums und die Vertreibung aus Deutschland zerstörten Seatons Berufspläne nachhaltig. Bei Beginn des Zweiten Weltkriegs kam die von der englischen Regierung für deutsche Exilanten auferlegte Internierungszeit hinzu. Wie sein Stuttgarter Mitstudent ↗ William Alan Fraser kam Seaton in das Wüstencamp Hay in Australien.⁴ Seatons Ziel war es gewesen, im Fach Chemie zu promovieren und „den Beruf als Forschungs- oder industrieller Chemiker zu ergreifen“. Im Jahr 1954 schrieb er an das Landesamt für Wiedergutmachung in Stuttgart: „Die Unmöglichkeit, die von mir begonnene Ausbildung nachzuholen, in Verbindung mit dem Auswanderungszwang, hat nicht nur meine ganzen Zukunftsaussichten zerstört bzw. auf das Wesentlichste beeinträchtigt, sondern mich auch in die zur Zeit für mich bestehende wirtschaftliche und finanzielle Notlage versetzt ...“ Und 1959 schrieb er an die Technische Hochschule Stuttgart: „Der Mangel eines Zeugnisses oder irgend einer Bescheinigung, wie weit ich mit meinem Studium gekommen war, machte es besonders schwierig und ich hätte [in England; Zusatz N.B.] ein volles drei bis dreieinhalbjähriges Studium wieder von vorn anfangen müssen, was ich mir natürlich nicht leisten konnte.“⁵ Noch 1954 war die wirt-

Teil II Biographien der Verfolgten

schaftliche Lage Seatons schlecht, der neben der eigenen Familie noch für die in New York lebenden Eltern zu sorgen hatte, zumal auch das Familienvermögen in Breslau verloren war.

Die Verwaltung der Technischen Hochschule Stuttgart verhielt sich im Rahmen des Wiedergutmachungsverfahrens 1954 zumindest ungeschickt: Die Karteikarte von Seaton wurde nicht aufgefunden, was seinen Grund in der inzwischen erfolgten Namensänderung haben kann. Die Hinweise auf die gesetzliche Grundlage des Ausschlusses, die im Schreiben der TH an das Landesamt für Wiedergutmachung gegeben wurde, waren schlichtweg sachlich falsch und unvollständig.

Über das weitere Schicksal Seatons wissen wir leider nur so viel, dass er noch 1965 in England lebte.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen zur Biographie Seatons entnommen aus: UAST 10/55 (Karteikarte Zittwitz, Benno); StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 29884 (Akte Landesamt für Wiedergutmachung).

1 Angabe aus der Karteikarte UAST 10/55 (Zittwitz, Benno); Seaton selbst nennt den 22.10.1935: StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 29884.

2 Siehe auch BA Berlin, Residentenliste 7. Aufl. 2013 unter Zittwitz, Günter.

3 Siehe auch The London Gazette v. 20. Juli 1948, S. 4169.

4 Seatons Name wird in der Liste der im Wüstencamp Hay in New South Wales/Australien Internierten Personen genannt: The Dunera Affair. A Documentary Resource Book. Hrsg. v. Paul R. Bartrop, Gabrielle Eisen o.O. 1990, S. 411; Fischer, Erica: Königskinder. Berlin 2012.

5 UAST 120/Zittwitz, Günter

NB

UMBERTO SESTAGALLI

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1908 Juni 5 geb. in Vignate, italienischer Staatsbürger, katholisch

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Bohrer

1943 Nov. 20–1944 Jan. 10 Zwangsarbeiter

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 81, 83; UAST 202/1 S. 49

NB

HEINZ SIEVEKING

Architekturstudent/Relegation aus politischen Gründen

1912 Sept. 22 geb. in Zürich^{1,2}

nach WS 1931/32 Immatrikulation an der TH Stuttgart³

1933 Relegation von der TH Stuttgart als Mitglied der Roten Studentengruppe

1943 Nov. 21 gefallen/vermisst bei Warwarowka/Kirowograd – Ukraine¹

Der Architekturstudent Heinz Sieveking wurde im Sommersemester 1933 zwangsexmatrikuliert und vom weiteren Studium an anderen deutschen Hochschulen ausgeschlossen,⁴ weil er Mitglied der Roten Studentengruppe war. Die Gestapo notierte später über ihn: „Herausgeber von Flugblättern der Roten Studentengruppe.“² Von Heinz Sieveking wissen wir lediglich noch, dass er als Soldat im Zweiten Weltkrieg ums Leben kam.

1 Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge, Gräbersuche-Online: <http://www.volksbund.de/graebersuche.html> (20.02.2016)

2 BA Berlin R.58/9599

3 In den noch erhaltenen letzten Studentenverzeichnissen, die bis zum WS 1931/32 Informationen geben, ist Sieveking noch nicht aufgelistet: UAST 10/52 bis 10/54.

4 UA der Humboldt-Universität Berlin, Universitätsrichter Nr. 3017, 3018

NB

CHRISTOFFEL HENDRIK SMITS

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1904 Sept. 10 geb. in Den Haag, niederländischer Staatsbürger

1943 März 31–1943 Nov. 8 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Mechaniker

Quellen: UAST 131/3/81; UAST 202/1 S. 86

NB

PIETER JACOBUS SMITS

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1907 Sept. 22 geb. in Rotterdam, niederländischer Staatsbürger, evangelisch

1943 März 31–1943 Nov. 8 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Lagerarbeiter

Quellen: UAST 131/3/80; UAST 202/1 S. 87

NB

AFANASSI SOKOL

In den Quellen auch: Fanassi
Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine)
1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter

an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 233

NB

PAUL SOMMER

Student der Ingenieurwissenschaften/Vertreibung aus rassistischen Gründen

1915 Febr. 26 geb. in Karlsruhe; israelitisch

1918 Okt. 7 Tod des Vaters Julius Sommer als Soldat

1926–1935 Hindenburg-Realgymnasium Trier, Wohnsitz in Grevenmacher (Luxemburg)

1935 Febr. 28 Abitur

SoSe 1935–1935 Sept. Studium des „Ingenieurwesens“ an der TH Stuttgart und erzwungene Beendigung des Studiums

1935 Sept.–1940 Juli Tätigkeit als Vertreter einer luxemburgischen Telefongesellschaft

1940 Nov. 7 Transport durch die Gestapo nach Südfrankreich

1940 Nov.–1941 März Inhaftierung in einem Lager in Bayonne-Mousserolles

1941 April–1941 Juni 8 lebt nach der Flucht aus dem Lager illegal in Marseille

1941 Juni Flucht und Ausreise über Spanien, Portugal, New-York in die Dominikanische Republik

1941–1946 Mitglied einer jüdischen, landwirtschaftlichen Siedlung in der Dominikanischen Republik

1946 Nov.–1947 Dez. Tätigkeit als Vertreter einer luxemburgischen Telefongesellschaft

1947 Übersiedlung in die USA

1948 Juni 1–1949 März 16 Stromberg-Carlson Co., Rochester, New York, USA

1949 März 25–1959 März 17 Telefoningenieur bei Automatic Electric Co. in Northlake, Illinois, USA

ab 1959 Mai 1 Collins Radio Co., Richardson, Texas, USA

Paul Sommer wollte eigentlich Medizin studieren, wie seinem Abiturzeugnis zu entnehmen ist. Da der NS-Staat jedoch zu dieser Zeit keine Juden zum Medizinstudium zuließ, wick Sommer wie viele andere von dieser Bestimmung Betroffenen (↗ K. K., ↗ P. Z.) auf ein anderes Fach aus und immatrikulierte sich im Sommersemester 1935 für eine Ingenieurwissenschaft an der TH Stuttgart. Sommer beschreibt nicht genau, unter welchen Umständen er sein Studium an der TH Stuttgart abbrechen musste, doch dürften wie bei ↗ Oskar Heilbrunn, ↗ Werner Jeremias oder ↗ Raphael Scharf-Katz die antisemitische Atmosphäre bzw. eine Verdrängung ohne Rechtsgrundlage den Grund gebildet haben. Er berichtete: „Mein Austritt aus der technischen Hochschule war bedingt durch nationalsozialistische Maßnahmen, weil Juden das Studieren an der Technischen Hochschule verboten wurde.“¹ Er ging nach Luxemburg zurück, wo die Familie seit 1917 wohnte, und arbeitete dort bei einer Telefongesellschaft.

Nach der Besetzung Luxemburgs durch die deutsche Wehrmacht wurde er entlassen, weil er Jude war. Trotz dieses Status wurde er sogar von der deutschen Wehrmacht erfasst, entging hierdurch zwar der Zwangsarbeit in einem Steinbruch, wurde aber schließlich genötigt, sich einem Transport anzuschließen, der von Gestapo-Beamten und der deutschen Polizei überwacht wurde und zum Ziel hatte, eine Gruppe von 200 – nach anderen Quellen 300 – Luxemburger Juden, darunter auch Frauen und Kinder, nach Portugal abzuschleppen. Nachdem dies der Gestapo nicht gelungen war, endete die Verschleppung in einem Gefangenenlager in Bayonne. Sommer konnte von hier fliehen, sich in Marseille unter ärmlichsten Verhältnissen verstecken und schließlich mit einem Visum der Dominikanischen Republik über Spanien und Portugal ausreisen. Er schloss sich einem Siedlungsprojekt im Urwald der Dominikanischen Republik an, wo er die NS-Herrschaft überstand. Seine Mutter Selma Sommer wurde am 23. April 1942 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Im Jahr 1946 kehrte Paul Sommer nach Luxemburg zurück, übersiedelte aber im darauffolgenden Jahr in die USA, wo er bei verschiedenen Telefongesellschaften Arbeit fand.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus: GLA Karlsruhe Abt. 480 Nr. 29401 (Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Karlsruhe); UAST 17/724 Nr. 14.

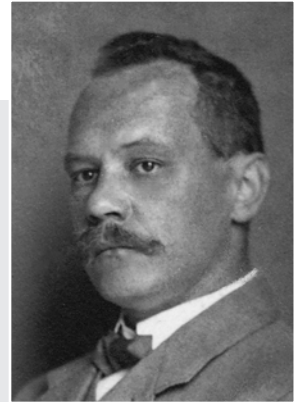
1 GLA Karlsruhe Abt. 480 Nr. 29401 (Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Karlsruhe), Bl. 6 (eidesstattliche Erklärung Sommers v. 22. 11. 1957)

NB

ARNOLD SOMMERFELD

Ehrenbürger 1929/Entzug der Ehrenbürgerwürde

- 1868 Dez. 5** geb. in Königsberg/Kaliningrad
- 1886** Mathematik- und Physikstudium, Universität Königsberg
- 1891** Promotion
- 1892** Staatsexamen für das Lehramt in Physik, Mathematik, Chemie und Mineralogie
- 1895** Habilitation in Göttingen
- 1897** Professur für Mathematik, Bergakademie Clausthal
- 1900** Professor für Mechanik, TH Aachen
- 1906–1935** Professor für Theoretische Physik, Universität München
- 1951 April 26** gest. in München



Mit der Aberkennung der Ehrenbürgerwürde ging die Technische Hochschule Stuttgart auf Distanz zu einem der bedeutendsten Physiker des 20. Jahrhunderts. Arnold Sommerfeld hatte 1915 das Atommodell Niels Bohrs auf der Grundlage der Speziellen Relativitätstheorie erweitert. Die von ihm gefundene und nach ihm benannte Sommerfeldsche Feinstrukturkonstante ist eine grundlegende Naturkonstante für die gesamte Atomphysik. Mit seinen Arbeiten gehörte Sommerfeld zu den Physikern, die die Grundlage für die Quantenmechanik legten. Im Mai 1929 verlieh ihm die Technische Hochschule Stuttgart den Titel eines Ehrenbürgers.¹

Sommerfelds Name erscheint ab 1935 nicht mehr in den Listen der Ehrenbürger, die in den Vorlesungsverzeichnissen publiziert wurden. Den Grund für die Streichung kann man nur vermuten. Sommerfeld hatte keine jüdischen Vorfahren² und lehrte an der Universität München auch noch nach seiner Emeritierung 1935, galt den Nationalsozialisten also nicht als eminenter politischer Gegner, den das NS-Regime hätte entlassen müssen. Vermutlich sprach man Sommerfeld als prominentem Vertreter der Theoretischen Physik den Titel ab, weil diese als „jüdisch“ dominiert galt. Die fanatischen Verfechter einer „Arischen“ oder „Deutschen Physik“, allen voran die beiden Nobelpreisträger Johannes Stark und Philipp Lenard, sollten später, im Jahr 1938, mit Ferdinand Schmidt einen Vertreter der „Deutschen Physik“ auf einen Lehrstuhl an der TH Stuttgart bringen, der damit einer der Nachfolger der beiden vertriebenen Ordinarien ↗ Paul Ewald und ↗ Erich Regener wurde.³

Vermutlich waren für die Streichung Sommerfelds radikale Stuttgarter Studierende verantwortlich. Seit 1935 nahmen auch Stuttgarter Physikstudenten am „Reichsberufswettkampf der deutschen Studenten“ teil, der von der Deutschen Studentenschaft bzw. von der Reichsstudentenführung veranstaltet wurde. Die Themen ihrer Arbeiten im Jahr 1935 lauteten: „Der Einfluß des Juden im Wissenschaftsleben Stuttgarts, insbesondere an der TH Stuttgart“ und „Allgemeine Fragen des jüdischen Einflusses in der Wissenschaft, insbesondere in den Physikalischen Naturwissenschaften.“⁴ Seit 1936 hatte sich

um den Dozenten Ernst Lenz eine „Gruppe nationalsozialistisch gesinnter Institutsmitglieder [gebildet], die einen ausgesprochenen Meinungsterror im Physikalischen Institut aufrichtete“, wie es ein Betroffener, der Assistent ↗ Erwin Schopper, im Rückblick 1947 formulierte.⁵ Wer sich gegen die nationalsozialistischen Aktivisten sperrte und offen seine abweichende Meinung kundtat, musste mit Konsequenzen rechnen. So erteilte Rektor Schönhardt dem Doktoranden ↗ Hans Wetzels einen strengen Verweis und setzte eine Frist zur Beendigung seiner Doktorarbeit, „weil er durch beleidigende Äußerungen über die Dozenten am 1. Physikalischen Institut hier und durch Herabwürdigung und Verächtlichmachung der studentischen Fachschaftsarbeit, sowie des Reichsberufswettkampfes sich gegen die einem Studierenden der Technischen Hochschule obliegenden Pflichten in grober Weise verfehlt hat.“⁶

Es ist also wahrscheinlich, dass die Aberkennung der Ehrenbürgerwürde von Arnold Sommerfeld auf Initiative der durchsetzungsfähigen nationalsozialistischen Physikstudenten geschah, die hiermit ihre Missachtung für die moderne Theoretische Physik und deren Fachvertreter demonstrieren wollten.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: Eckert, Michael: Sommerfeld, Arnold Wilhelm Johannes, in: Neue Deutsche Biographie 24 (2010), S. 568–569, Onlinefassung: <http://www.deutsche-biographie.de/pnd11861553X.html> (23.02.2016); ders.: Arnold Sommerfeld. Atomphysiker und Kulturbote. 1868–1951. Eine Biografie. Göttingen 2013.

1 UAST Z1000

2 Eckert, Arnold Sommerfeld (wie unter Quellen) S. 448

3 Zur Berufung Ferdinand Schmidts siehe: BA Berlin R 4901/13624; Seeger, Alfred: Sogar theoretische Physik kann praktisch sein! – Ulrich Dehlinger, in: Becker/Quarthal, Universität Stuttgart S. 306–313, hier S. 308–310; Voigt, Universität Stuttgart S. 42f. Zu Ferdinand Schmidt siehe StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 13982 und die Personalakten im HStA Stuttgart (EA 3/150 Nr. 2089) und im Universitätsarchiv Stuttgart (UAST 57/411).

4 StA Würzburg, Bibliothek RSF 96 (Berichte zu den Reichsberufswettkämpfen), hier 1935/36 S. 136 f. Nr. 559 f. (heute im BA Berlin)

5 StA Ludwigsburg EL 902/6 Bü 13292 Bl. 103

6 UA Stuttgart SN 26/12: Schreiben Rektor Schönhardts v. 12. 07. 1939

NB

JOACHIM SOPHER

Student der Elektrotechnik/politische und rassistische Verfolgung

1911 Mai 10 geb. in Düsseldorf

WS 1930–1933 Studium der Elektrotechnik an der TH Stuttgart¹

1934 Emigration nach Buenos Aires, Argentinien

1938 Mitarbeiter der Firma Westinghouse in Buenos Aires, später Übersiedlung nach Brasilien²

1940 Juli 4 Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit⁴

Über den Studenten der Elektrotechnik Joachim Sopher war die deutsche Gestapo gut informiert. Aus ihrer Karteikarte, die sich im Bundesarchiv erhalten hat, erfahren wir neben anderem, dass Joachim Sopher im NS-Staat als „Jude“ galt und von 1931 bis 1932 Mitglied der Roten Studentengruppe war. Die Bezeichnung „Jude“ dürfte im Sinne der NS-Ideologie nicht richtig gewesen sein: Da ein Bruder Joachim Sopers zum Arbeitsdienst und als Soldat zur Wehrmacht eingezogen und 1940 wie alle sogenannten „Mischlinge ersten Grades“ wieder entlassen wurde,² dürfte auch für Joachim Sopher die Diffamierung als „nichtarisch“ bzw. ab 1935 als „Mischling ersten Grades“ gegolten haben. Sein Schicksal wurde von der Gestapo zumindest bis 1940, dem Jahr seiner Ausbürgerung, weiter verfolgt, und es ist nicht unwahrscheinlich, dass der deutsche Geheimdienst ihn auch in seinem Exilland Argentinien noch bespitzelte, denn auf der Karteikarte ist außer seiner Adresse in Buenos Aires auch noch notiert: „Seit 1934 hält er sich in Buenos-Aires auf. Ende 1938 übernahm er einen technischen Posten bei der nordamerikanischen Firma Westinghouse in Buenos-Aires. S[opher] benutzt jede Gelegenheit in gemeinster Weise gegen das Dritte Reich zu hetzen.“

Joachim Sopher konnte vor seiner Emigration nicht mehr die Diplomprüfung für Elektroingenieure ablegen. Fünf Teilprüfungen sollte er im April und Mai 1933 ablegen, er ist aber nur zu einer angetreten. Auf den Laufzetteln der vier anderen prangt der Stempel „Nicht erschienen“, was darauf schließen lässt, dass Sopher sein Studium abrupt und unfreiwillig hatte beenden müssen.³ In den Quellen, die auf den Angaben seiner emigrierten Verwandten fußen, wird er jedoch als Diplomingenieur bezeichnet.² Sopher gehörte demnach zu den jüdischen Studenten, die gleich im April 1933 von der Hochschule verdrängt oder vertrieben wurden. Die meisten Mitglieder seiner Familie emigrierten schon früh oder noch vor 1938 in die USA und in südamerikanische Staaten.²

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen der Karteikarte der Gestapo zu Joachim Sopher entnommen: BA Berlin R 58/9599.

¹ UASt 10/53 und 10/54; BA Berlin R 58/9599

² Zu Joachim Sopers Übersiedlung nach Brasilien, zu den Familienmitgliedern und zum Studienabschluss als Diplomingenieur siehe: Eintrag zu Sopher, Wolfgang Klaus, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter. 20.01.2016. <http://db.saur.de/dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=BHB-3422>; zum Vater siehe: Eintrag zu Sopher, Bernhard (Burnat David), ebd: <http://db.saur.de/dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=DBE-7818>; sowie ebd. <http://db.saur.de/dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=BHB-8067>.

³ UASt 120/Sopher, Joachim

⁴ Liste 186 – Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr.154 vom 4.7.1940, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter. 20.01.2016. <http://db.saur.de/dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=ADS-0194>

PETRO STARTSCHENKO

In den Quellen auch: Peter
Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1901 Okt. 5 geb., Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine)

1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 234

NB

DORA STEINER

jüdische Chemiestudentin

1909 Sept. 27 geb. in Stuttgart

ab SoSe 1928 Studium der Chemie an der TH Stuttgart und ein Semester an der TH Berlin-Charlottenburg

1930 Dez. 1 Vordiplomprüfung

1932 Nov. 28 Diplomprüfung

1934 Promotion an der TH Stuttgart in Chemie¹

1935 März–Juni Tätigkeit bei der Fa. Messmer und Schupp, Leimfabrik in Stuttgart

1935 Emigration nach England

1938 Jan.–1939 Mai Institute of Metals

1939 Juni–1947 Sept. Editorial-Assistent am Iron and Steel Institute in London

1947 Juli 15

Annahme der britischen Staatsbürgerschaft²

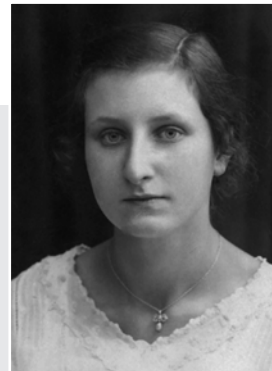
1947 Okt.–

1950 Aug.

Information

Officer bei der British Oxygen Company Ltd.

ab Okt. 1950 Information Officer beim National Physical Laboratory in Teddington, Middlesex



Dora Steiner, die aus einer jüdischen Familie in Stuttgart stammte, promovierte 1934 an der Technischen Hochschule Stuttgart in Chemie.¹ Im Jahr 1960 berichtete sie in einem Brief: „Da es nach Beendigung meines Studiums der Chemie infolge meiner jüdischen Abstammung unmöglich für mich war, in Deutschland berufstätig zu sein, wanderte ich schon 1935 aus und habe die schlimmsten Verfolgungen der Nationalsozialisten nicht mehr miterlebt.“³ Im Exil in England fand sie erst 1938 ein Einkommen als Redakteurin und „Chief Translator“ von Fachzeitschriften, eine Tätigkeit, die sie nicht befriedigte, weil „sie entgegen ihrer ursprünglichen Absicht in England nicht als praktische Chemikerin arbeiten konnte“.⁴

Teil II Biographien der Verfolgten

Wie bei einigen anderen jüdischen Absolventen der Technischen Hochschule Stuttgart, die in die Emigration getrieben wurden, blieben die Eltern, der Stuttgarter Arzt Dr. Viktor Steiner und seine Frau Johanna Steiner, in Deutschland. Beide Eltern sowie andere Verwandte wurden 1942 zunächst gezwungen, in das sogenannte jüdische Altersheim Dellmensingen umzuziehen. Im August 1942 wurden sie nach Theresienstadt deportiert, von wo aus sie im Oktober 1944 nach Auschwitz kamen und dort ermordet wurden.⁵

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 29163 (Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Stuttgart); UAST 120/Steiner, Dora (Prüfungs- und Studentenakte).

1 Steiner, Dora: Über chemische Reaktionen zwischen Kolloiden, in: Kolloid-Zeitschrift 72 (1935), Heft 1; zugl. Diss. Stuttgart 1934

2 The London Gazette, 22 August 1947, S. 3976

3 Zitiert nach: Rueß, Susanne: Stuttgarter jüdische Ärzte während des Nationalsozialismus. Diss. Tübingen 2009, S. 271

4 StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 29163 (Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Stuttgart) Bl. 11; The London Gazette, 22 August 1947, S. 3976: „Chief Translator of Editorial Department of Iron and Steel Institute“

5 Rueß, Stuttgarter jüdische Ärzte (wie Anm. 3), S. 270–273; BA Berlin, Residentenliste. 7. Aufl. (Stand: 29.11.2013) unter Steiner, Viktor und Steiner, Johanna; <http://www.stolpersteine-stuttgart.de/index.php?docid=485&mid=30>: Zehn Jahre Stolpersteine für Stuttgart. Familie Steiner (03.09.2015); Zelzer, Weg und Schicksal S. 372

NB

OTTO STENZEL

Architekturstudent/rassistische Verfolgung

1913 Mai 20 geb. in Breslau, evangelisch

1931 Abitur, Staatl. Gymnasium in Kiel

1931 Mai 19–1934 März 15 Architekturstudium, TH Darmstadt¹

1934 Febr. 2–1935 Febr. 6 Praktikum als Zeichner und Bauführer bei Denis Boniver (Assistent u. Dozent am Lehrstuhl für Baugeschichte der TH Stuttgart)

1934 Febr. 20 Diplomvorprüfung

1935 Nov. 1–1936 Juni 30 Fortsetzung des Studiums, TH Stuttgart

1936 Juli 10 Diplomhauptprüfung, mit „gut“ bestanden

Arbeitsdienst und Wehrdienst

berufliche Tätigkeit als „Entwerfer und Bauzeichner“ in Stuttgart, Kiel, Heidelberg und Wiesbaden

1939 Febr. Ankunft in Ägypten, Mitarbeit am Ludwig-Borchardt-Institut (heute Schweizer Institut für Ägyptische Bauforschung und Altertumskunde) in Kairo²

1941 Juli 18 als Soldat (Obergefreiter) im Zweiten Weltkrieg bei Ludowka/Ukraine vermisst bzw. gefallen³

Auch für den Architekturstudenten Otto Stenzel wurde eine gelbe Karteikarte ausgestellt, auf der 1936 unter der Rubrik „Volkszugehörigkeit“ das Wort „nichtarisch“ eingetragen wurde. Seine Mutter, die 1939 mit Stenzels Bruder Joachim in die USA emigrieren konnte, galt im NS-Staat als Jüdin, Stenzel selbst damit als sogenannter „Mischling ersten Grades“.⁴ Sein Vater Julius Stenzel (1883–1935), klassischer Philologe und Professor für antike Philosophie, wurde nach einem Konflikt mit dem NS-Regime von der Universität Kiel zur Universität Halle/Saale versetzt.⁵

Nach seinem Diplom in Stuttgart leistete Otto Stenzel noch den Arbeitsdienst und einen einjährigen Wehrdienst ab. In einem Empfehlungsschreiben seines akademischen Lehrers Ernst Fiechter, Professor für Baugeschichte in Stuttgart, hieß es 1938: „Jetzt stellen sich bei den verschärften Ariervorschriften auch für ihn Schwierigkeiten ein, sodass er aus D[utschland] herausstrebt.“ Stenzel erhielt im Februar 1939 eine Stelle am Ludwig-Borchardt-Institut (heute Schweizer Institut für Ägyptische Bauforschung und Altertumskunde) in Kairo, wo er an archäologischen Feldforschungen in Karnak teilnahm.² Dann muss Stenzel nach Deutschland zurückgekehrt sein, denn die nächste Nachricht von ihm betrifft seinen Tod: Er starb 1941 als deutscher Soldat im Zweiten Weltkrieg.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Daten aus der Karteikarte Otto Stenzels (UASt 10/55) und der Prüfungsakte (UASt 120/Stenzel, Otto) sowie aus dem Lebenslauf (1938) im Archiv des Schweizer Instituts für Ägyptische Bauforschung und Altertumskunde Kairo.

1 Dies ergibt sich aus der Kombination der Einträge auf der Stuttgarter Karteikarte und dem o.g. Lebenslauf.

2 Von Pilgrim, Cornelius: Ludwig Borchardt und sein Institut für Ägyptische Bauforschung und Altertumskunde in Kairo, in: Ägyptologen und Ägyptologien zwischen Kaiserreich und Gründung der beiden deutschen Staaten. Hrsrg. v. Susanne Bickel u. a.o.O. 2013, S. 262

3 Recherche in: <http://www.volksbund.de/graebersuche.html>; Stenzels Tod ist auch bezeugt in: StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 161 (Spruchkammerakte Schmitthenner, Paul) Bl. 13.

4 Stenzel hatte noch zwei weitere Geschwister, die in die USA emigrieren konnten (Archiv des Schweizer Institut für Ägyptische Bauforschung und Altertumskunde Kairo: Schreiben von Otto Königsberger an Mimi Borchardt v. 12. 07. 1938). Seine Großmutter mütterlicherseits beging in der Verfolgungssituation Suizid (https://de.wikipedia.org/wiki/Julius_Stenzel (21. 09. 2015)).

5 https://de.wikipedia.org/wiki/Julius_Stenzel (21. 09. 2015)

Für freundliche Auskünfte zu Otto Stenzel danke ich Herrn Dr. Cornelius von Pilgrim, Schweizer Institut für Ägyptische Bauforschung und Altertumskunde Kairo.

NB

WILHELM STETTINER

Ehrensator/Entzug der Ehrensatorwürde aus rassistischen Gründen

1879 Juni 4 geb. in Stuttgart

ca. 1923 Ehrensator der TH Stuttgart

1933 Sept. 27 gest.



Wilhelm Stettiner war wahrscheinlich im Jahr 1923 zum Ehrensator der Technischen Hochschule ernannt worden.¹ Es ist nicht ganz klar, warum sich der Name Wilhelm Stettiners in der Liste der Ehrensatoren im Vorlesungsverzeichnis von 1935 nicht mehr findet: Vielleicht ist der Eintrag gestrichen und ihm die Ehrensatorenwürde aberkannt worden, weil Wilhelm Stettiner Jude war, vielleicht geschah dies aber auch ohne diese diskriminierende Absicht, weil er bereits am 27. September 1933 gestorben² war und die verstorbenen Geehrten nicht mehr in den Listen geführt wurden.

Wir wissen nur wenig über den Ehrensator Wilhelm Stettiner. Aus den Stuttgarter Adressbüchern geht hervor, dass er Teilhaber der Firma Hermann Stettiner & Co, Isoliermaterialien und Korksteinfabrik, war.³ Aus seinem alten Reisepass können wir entnehmen, dass er geschäftlich und privat weit gereist war, so Ende der 1920er Jahre und Anfang der 1930er Jahre nach Frankreich, Italien, in die Schweiz, nach Polen und im Jahr 1930 nach Palästina und Ägypten.⁴ Seine Witwe Käthe Stettiner (geb. am 13. Januar 1890 in Gnesen/Gniezno) und seine Tochter Eva Stettiner (geb. am 6. Febr. 1914 in Stuttgart) wurden mit den Stuttgarter Juden nach Riga deportiert und am 26. März 1942 ermordet. Der Sohn Ludwig Stettiner überlebte die Shoah.⁵

Quellen: Zelzer, Weg und Schicksal S. 375, 470; StA Ludwigsburg EL 228b II Nr. 72737 (Foto des Grabsteins auf dem Stuttgarter Pragfriedhof). Für Hinweise auf Quellen und Literatur v. 22.11.2000 danke ich Frau Sabine Schrag, Stadtarchiv Stuttgart.

1 UAST Z1000

2 HStA Stuttgart EA 99/001 Bü 173

3 Amtliches Stuttgarter Adressbuch 1930 II, S. 592; ebd. 1934 II, S. 574

4 StA Ludwigsburg F215 Bü 502

5 Deportation Stuttgart – Riga 01.12.1941, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. Online-Datenbank. De Gruyter <http://db.saur.de/dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicFullCitationView.jsf?documentId=BER-0071> (21.02.2016); Zelzer, Weg und Schicksal S. 375, 471; HStA Stuttgart EA 99/001 Bü 173

VIKTOR PAULINUS STEVENS

In den Quellen auch: Victor

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1902 Mai 2 geb. in Breendonk, belgischer Staatsbürger, katholisch

1943 Febr. 19–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Schreiner, Möbeltischler

Quellen: UAST 33/1/65, 33/1/76; UAST 202/1 S. 9

NB

PAUL STOHRER

Architekturstudent/Vertreibung aus politischen Gründen

1909 Aug. 3 geb. in Stuttgart

1916–1925 Schulbesuch, Realschulabschluss

1925–1927 Zimmermannslehre und ab 4. Oktober 1926 Praktikant beim Stuttgarter Architekten Paul Gebhardt

1928–1929 Studium an der Staatlichen Württembergischen Höheren Bauschule Stuttgart (ab 1938: Staatsbauschule Stuttgart)

WS 1929/30 u. WS 1931/32 Architekturstudium an der TH Stuttgart¹

1933 Vertreibung von der TH aus politischen Gründen

1933–1934 Fortsetzung des Studiums an der Staatsbauschule Stuttgart

1934 Staatsprüfung zum Bauingenieur an der Staatsbauschule Stuttgart

seit 1935 April 1 selbstständiger Architekt

1940–1941, 1944 Fortsetzung des Studiums an der TH Stuttgart

1941 Sonderreifeprüfung

1942 Jan. 28–1944 April 30 Soldat in der Wehrmacht; Entlassung wegen Fleckfiebererkrankung

1944 April 1 Vorprüfung, TH Stuttgart, Note: gut¹

1944 Dez. 20 Diplom, TH Stuttgart, Note: gut¹

1945 Jan. 8–1945 April 25 Architekt an der Forschungsanstalt Graf Zeppelin (FGZ) in Ruit; Barackenbau

ab 1945 April 25 selbstständiger Architekt

1947–1957 Lehrbeauftragter an der Staatsbauschule Stuttgart

1957 Staatlicher Baurat

1959 Staatlicher Oberbaurat und Verleihung der Amtsbezeichnung Professor

1972 Ruhestand

1975 Juni 30 gest.

Dass der renommierte Stuttgarter Nachkriegs-Architekt Paul Stohrer zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft durch einen politischen Konflikt mit den neuen Machthabern beinahe sein Berufsziel nicht erreicht hätte, findet sich bisher in keiner seiner Biographien. Dies mag auch daran liegen, dass Stohrer seine Mitgliedschaft in

der Roten Studentengruppe der TH Stuttgart – wie alle ehemaligen Mitglieder – auch nach Ende der NS-Herrschaft nicht publik machen wollte. Die nebelhafte Bezeichnung „antifaschistischer Studentenbund“, die Stohrer 1946 wählte, ist aber zusammen mit der Nennung des Zeugen Fritz Wechsung, der Sozialist war, und anderen Indizien ein ausreichender Hinweis darauf, dass es die Rote Studentengruppe war, der er angehört hatte. Sein Engagement dort passt auch zu seiner damaligen Lebenssituation, die ihn im Widerspruch zwischen seinem antibürgerlichen Freiheitsstreben und dem Zwang zur Anpassung festhielt. Letzterer dürfte es gewesen sein, der ihn auch zum Mitglied in der schlagenden studentischen Verbindung Suevia gemacht hat.²

Stohrer berichtete 1946:

Ich war Anhänger des „antifaschistischen Studentenbundes“ von 1929 bis Ende 1932, bekam 1933 keine Studierlaubnis mehr an der Hochschule: In meinem Schrank, den ich mit einem jüdischen Studenten teilte, wurden antifaschistische Kampfschriften gefunden.

Mein Hochschulstudium war damit zu Ende. Meine Gesinnungsfreunde gingen entweder ins Ausland oder an andere Hochschulen. Ich war arm und musste mein Studium durch Nebenarbeit (Malen und Zeichnen) selbst verdienen und war deshalb gezwungen, bei den Eltern zu wohnen.

Deshalb rieten mir die Gesinnungsfreunde, zur „Bauschule“ zu gehen, um wenigstens dort einen Abschluss zu erzielen und dort mich zu tarnen.³

Wie andere in ähnlicher Weise Verfolgte (↗ Herbert Oßwald, ↗ Edwin Roth) gelang es Paul Stohrer jedoch, Anfang der 1940er Jahre sein Architekturstudium an der TH Stuttgart fortzusetzen und mit dem Diplom abzuschließen. Er vermutete – war sich aber nicht sicher – dass die Widerstände gegen seine Immatrikulation zum Wintersemester 1941/42 noch „eine Folge der Vorgänge von 1933 waren“⁴

In der Nachkriegszeit erarbeitete sich Paul Stohrer einen festen Platz in der Stuttgarter Architektenszene. Sein extravagantes Auftreten als Star- und Prominentenarchitekt wurde legendär. Stohrers Selbstverständnis war das eines Künstlers – er arbeitete auch als Maler – oder Künstlerarchitekten. Das heute bekannteste Werk ist das neue Stuttgarter Rathaus, das Paul Stohrer zusammen mit Hans Paul Schmohl zwischen 1953 und 1956 realisierte. In seinem umfangreichen Werkverzeichnis finden sich zahlreiche öffentliche Bauten, Bürogebäude und Wohnhäuser vor allem im süddeutschen und Berliner Raum.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen zur Biographie Stohrers entnommen aus: Grammel, Ursula: Paul Stohrer. Architekt in der Zeit des Wirtschaftswunders. Stuttgart u. London 2012 (mit Werkverzeichnis); Bäcker, Max: Architekt zwischen Bau und Kunst, in: Rektoratsübergabe 1977. [Fachhochschule für Technik] Stuttgart, 1977, S. 46–57 (mit Werkverzeichnis); Spruchkammerakte Paul Stohrers: StA Ludwigsburg EL.902/20 Bü 14366.

¹ UASt 120/Stohrer, Paul (Prüfungsakte)

² Siehe hierzu Grammel, Paul Stohrer (wie unter Quellen) S. 23.

3 StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 14366 (Spruchkammerakte Stohrer, Paul: Schreiben Stohrers v. 10.05.1946); vgl. Stohrers Schreiben vom 14.02.1948 in der Spruchkammerakte von Alfred Vollmer: StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 17232 Bl. 55.

4 StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 14366 (Spruchkammerakte Stohrer, Paul: Schreiben Stohrers v. 10.05.1946)

Weiterführende Quellen und Literatur

Sayah, Amber: Ein Heldenleben. Der Stuttgarter Architekt Paul Stohrer (1909–1975), in: Bauwelt 1987, Heft 31, S. 1126–1144; Paul Stohrer, Architekt [erschieden zur Ausstellung in der architektur-galerie am weißenhof, Paul Stohrer Architekt 1909–1975 vom 17.12.99–13.02.00]/[Konzeption und Gestaltung der Ausstellung: Thomas Ott. Text von Max Bächer], Stuttgart 1999; Roos, Dorothea: Moroshito. Das Sommerhaus des Architekten Paul Stohrer in Dingelsdorf am Bodensee, 1959–61, in: Architectura 34 (2004), S. 201–213; Lubitz, Jan: Artikel Paul Stohrer, in: http://www.architekten-portrait.de/paul_stohrer/index.html (14.06.2015); Südwestdeutsches Archiv für Architektur und Ingenieurbau (SAAI): http://www.saai.macbay.de/saai/bestaende_stohrer_paul.html (15.04.2015)

NB

HERMANN STREBER

Student der Elektrotechnik/rassistische Verfolgung

1916 Febr. 14 geb. in München, katholisch

1935 Abitur am Neuen Realgymnasium München

1935 Dez. 4 Immatrikulation an der TH Stuttgart für das Fach Elektrotechnik

1936 Febr. 22 Exmatrikulation

1940 Juni 17 gefallen als Soldat der Wehrmacht bei Ohnenheim/Elsass¹

Auch für den Studenten der Elektrotechnik Hermann Streber legte der Verwaltungsbeamte des Studentensekretariats eine gelbe Karteikarte für sogenannte „Nichtarier“ an. Hermann Strebers Mutter galt im NS-Staat als Jüdin, Hermann Streber somit als „Mischling ersten Grades“. Als Grund für die Exmatrikulation nach nur einem Semester ist auf der Karteikarte notiert: „Wechsel der Hochschule“.²

Hermann Streber kam als Soldat der Wehrmacht gleich zu Beginn des Zweiten Weltkrieges im Elsass ums Leben.¹ Aus Lebenserinnerungen einer Nachbarin wissen wir, dass Strebers Mutter, Klara Streber (1882–1948), das KZ Theresienstadt überlebte, und seine beiden Brüder ebenfalls die NS-Zeit überstanden haben, der älteste als Arzt in der Oberpfalz lebte, der mittlere als Ingenieur in Australien.³

¹ <http://www.volksbund.de/graebersuche.html> (22.02.2016)

² UAST 10/55 Streber/Hermann

³ Klebe, Pauli: Autobiographie. Geboren am Weihnachtsabend des Jahres 1916. Books on Demand 2015, S. 185

NB

ERNST STÜTZ

Mitarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart/Gestapohaft

1902 Febr. 14 geb. in Heidenheim/Brenz, deutscher Staatsbürger, evangelisch
als Dreher bei den Vereinigten Kugellagerfabriken in Stuttgart-Bad Cannstatt

ab 1936 Juli 25 Maschinenschlosser am FKFS
1944 Okt. 28–29 Polizeihaft bei der Gestapo, Staatspolizeistelle Stuttgart

Im Sommer 1944 schlug das Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren dem Leiter des Stuttgarter Arbeitsamtes vor, den Mitarbeiter des FKFS Ernst Stütz „gegebenenfalls für einige Wochen in ein Arbeitserziehungslager einzuweisen“.¹ Tatsächlich wurde Stütz dann für zwei Tage in Gestapohaft genommen, um ihn für Verfehlungen am Arbeitsplatz zu bestrafen. Das FKFS hatte ihm Tätlichkeiten gegen Kollegen vorgeworfen. Hinzu kam die Beschuldigung seines Vorgesetzten, Ernst Stütz habe „kein einwandfreies Verhältnis zu Ostarbeitern, die gelegentliche Untätigkeit der Ostarbeiter wurde nicht unterbunden, sondern durch Duldung gefördert, trotz ausdrücklicher Anweisung meinerseits, Abstand zu bewahren und die Ostarbeiter zur Arbeit anzuhalten“.² Sein kollegiales Verhalten gegenüber den osteuropäischen Zwangsarbeitern ist ein Hinweis darauf, dass Stütz sich nicht für die diskriminierenden Maßnahmen der NS-Herrschaft hergab. Seine ebenfalls kolportierte Reaktion auf die ihm angedrohten möglichen Konsequenzen seines Fehlverhaltens lauteten „es sei ihm gleich, ob er so oder so ‚hin‘ sei“;² was eine kaum verhohlene Kritik am NS-Regime gewesen sein dürfte.

Quellen: UAST 131/3/52

1 UAST 131/3/52: Schreiben Dr. Greiners an den Leiter des Arbeitsamtes Stuttgart v. 15. 08. 1944
2 Ebd. Aktenvermerk Dr. Rossenbecks v. 11. 08. 1944

NB

D. T.

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine)
1944 Juni 26–1945 April 21 Zwangsarbeiter an

der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 213

NB

F. T.

Architekturstudent/Relegation aus politischen Gründen

1919 geb. in Lippstadt**1937 März 17** Reifeprüfung (Realgymnasium)**Wintersemester 1939–I. Trim. 1940** Architekturstudium, TH Berlin**3. Trim. 1940–Trim. 1941** Fortsetzung des Studiums an der TH Stuttgart**SoSe 1942–SoSe 1944** Fortsetzung des Studiums an der TH Stuttgart**1943 Frühjahr** zeitweiser Ausschluss vom Studium**1944 März 15** Diplomvorprüfung**1945 April 3** Diplomprüfung

Zu den Studierenden, die der Studentenführer Karlheinz Herzer zu Beginn des Sommersemesters 1943 relegierte (siehe Kap. 3.3), gehörte auch der Architekturstudent F.T.¹ aus Köln. F.T. war zu diesem Zeitpunkt im 7. Semester und stand kurz vor dem Studienabschluss. Herzer warf ihm vor, seinen Hund zu einer Exkursion mitgebracht zu haben und sich wie ein „englischer Gentleman zu benehmen“ (so F.T. 1947) – möglicherweise ist dies ein Hinweis darauf, dass F.T. zu der im NS-Staat verpönten „Swingjugend“ gehörte. Seine unübliche Kleidung und sein extravagantes Benehmen sowie seine Skepsis gegenüber dem NS-Regime wurden auch von anderen Zeugen als Gründe für seinen Ausschluss vom Studium genannt.²

F.T. konnte jedoch auf Intervention von Professoren der Architekturabteilung nach einer Unterbrechung von weniger als einem Jahr weiterstudieren. Nach dem Krieg arbeitete er im Architekturbüro seines Vaters¹ in Köln.

Quellen: StA Ludwigsburg EL 902/20 Nr. 42688 (Spruchkammerakte Herzer, Karlheinz) Bl. 31: Schreiben F.T.s an die Spruchkammer Stuttgart v. 28. 06. 1947; ebd. EL 902/20 Bü 80446 (Spruchkammerakte Göring, Helmut) Bl. 58 (Schreiben F.T.s v. 02. 05. 1947); UAST 120 (Prüfungsakte)

1 UAST 202**2** StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 80446 (Spruchkammerakte Göring, Helmut) Bl. 50 (Schreiben Bruno von Sandens); ebd. EL 902/6 Bü 9757 (Spruchkammerakte Hoss, Gottlieb) Bl. 55 (Hoss an Spruchkammer v. 07. 09. 1947); UAST 44/14 (Zeitzeugeninterview mit Elisabeth Schmitthenner v. 03. 04. 2014) S. 11 f.**NB****K. T.**

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1920 Jan. 25 geb. in Lokvicic, jugoslawischer Staatsbürger (Kroatien), katholisch**1942 Aug. 13–1942 Nov. 12** Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter**Quellen:** UAST 33/1/65**NB**

L. T.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1926 März 16 geb., „Ostarbeiter“
ab 1942 Juli 13 Zwangsarbeiter („Ostarbeiter

Nr. 2“) am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 83

NB

P. T.

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1923 Dez. 12 geb. in Willebroek, belgischer Staatsbürger, katholisch

1943 Mai 13/14–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Schreiner, Möbeltischler

Quellen: UAST 33/1/65, 33/1/76; UAST 202/1 S. 8

NB

S. T.

Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1920 Mai 25 geb. in „Schpykolyssy“/Złoczów (Ukraine), polnische Staatsbürgerin (Westukraine), katholisch

1942 Ende Verschleppung von Polen nach Deutschland¹

1942 Dez. 15–1943 März 18 Zwangsarbeiterin Fa. Wilhelm Bleyle O. H.G., Strickwarenfabrik, Stuttgart²

1943 März 19–1943 Nov. 30³ Zwangsarbeiterin am FKFS als Küchenhilfe

ab 1943 Dez. Tätigkeit in der Kursaal-Gaststätte in Stuttgart-Bad Cannstatt

1944 wird im KZ Dachau inhaftiert, da angeblich jüdischer Abstammung¹

1945 März 19–1946 Febr. 28 Küchenhilfe Gasthaus Paulaner-Thomasbräu Stuttgart

Kriegsende–1947 Febr. S. T. wohnt im Displaced Persons-Camp in Stuttgart-Vaihingen, später Stuttgart-Burgholzof

vor 1952/1953 Heirat mit Georg Schmitt, S. T. lebte in Stuttgart

Der Fall der polnischen Zwangsarbeiterin S.T., die von März 1943 bis November 1943 als Küchenhilfe im FKFS arbeitete, ist gravierend. Sie wurde 1944 in das KZ Dachau verschleppt, weil sie angeblich jüdischer Abstammung sei. S.T. überlebte zwar und kehrte nach dem Krieg nach Stuttgart zurück, jedoch mit erheblichem gesundheitlichem Schaden. Die näheren Umstände der Einweisung in das Konzentrationslager Dachau oder die Namen der Urheber dieser Aktion ließen sich nicht ermitteln.

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 46, 81, 83; UAST 202/1 S. 114f.

1 Schreiben des Ehemannes an das ITS v. 02.1952: 6.3.3.2/90206429/ITS Digital Archive, Bad Arolsen

2 Karteblätter, 0.1/64474761/ITS Digital Archive, Bad Arolsen

3 UAST 131/3 Nrn. 46, 81, 83

NB

MORIS H. TAGGER

jüdischer Student der Textilchemie

1908 Mai 19 geb. in Sofia, Bulgarien
Friedrich-Eugens-Oberrealschule Stuttgart

WS 1930/31–SoSe 1932 Jurastudium an der
Universität Sofia

SoSe 1932–1936 Juni 30 7 Semester Studium
der Textilchemie an der TH Stuttgart und
2 Semester am Technikum für Textilindustrie in
Reutlingen

1936 Juni 27 Vordiplom für Textilchemiker,
TH Stuttgart

1936 Okt. 16 Diplomhauptprüfung für Textil-
chemie, TH Stuttgart

1937 März 1 Einberufung zum bulgarischen
Heer

Moris Tagger konnte 1936 noch zügig sein Diplom als Textilchemiker erhalten, bevor er dem Stellungsbefehl zum bulgarischen Heer Folge leisten musste. Auf seiner Karteikarte des Studentensekretariats steht unter Konfession zwar „oriental.-orthodox“, der Studienfreund und Assistent Walter Aldinger erwähnt in seinem Spruchkammerverfahren jedoch, dass Tagger Jude war:

Ich hatte nie den freundschaftlichen Verkehr mit meinem Studienfreund, Herrn Moritz Tagger aus Sofia eingeschränkt oder abgebrochen, obwohl er jüdischen Glaubens war. Erst nach seiner Heimreise im Jahr 1938 war mir eine briefliche Verbindung nicht mehr gelungen.¹

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: UAST 120/Tagger, Moris (Prüfungsakte); UAST 10/55 (Karteikarte für Moris Tagger).

1 StA Ludwigsburg EL.902/20 Bü 15739 (Spruchkammerakte Aldinger, Walter)

NB

DOMINICO TETTI

In den Quellen auch: Diminico
Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und
Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1913 Juni 14 geb. in Rom, italienischer Staatsbürger, katholisch

1943 Nov. 20–1945 April 20 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Dreher

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 40, 80, 85, 89; StadtA Kirchheim/Teck, Fremdarbeiterdatenbank Nr. 1646; UAST 202/1 S. 50

NB

TOMOFEI TKALISCH

In den Quellen auch: Timofej, Timovej
Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1900 April 4 geb. in Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine), „orthodox“

1944 April 15–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 202/1 S. 236; UAST 33/1/76: 1945 Jan. 1 „Eintritt“ in Institut für Bauforschung; UAST 33/1/65: 1944 Juni 26 Beschäftigungsbeginn

NB

PAWEL TKASCENCO

In den Quellen auch: Tkatschenko, Tkaschenko/Pawlo, Pael
Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1906 Aug. 6 geb. in Krasne (Kreis Dnjepropetrowsk), Staatsbürger der Sowjetunion (Ukraine)

1944 Juni 26 oder 1945 Feb. 5/8–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 33/1/65; UAST 202/1 S. 238; UAST 33/1/76: 1945 Jan. 1 „Eintritt“ in Institut für Bauforschung

NB

WALTER TROCKELS

Architekturstudent/Relegation aus politischen Gründen

WS 1930/31 Beginn des Architekturstudiums an der TH Stuttgart
1933 Juli Relegation aus politischen Gründen
1942 Febr. 23 Als Soldat der Wehrmacht in Russland ums Leben gekommen (?)

Walter Trockels begann sein Architekturstudium an der TH Stuttgart im Wintersemester 1930/31. Er hatte bereits alle Teilprüfungen zu seinem Vordiplom bis auf eine bestanden, als er 1933 aufgrund des Erlasses gegen kommunistische Studierende (vgl. Kap. 3.2) zu keiner Prüfung mehr zugelassen und relegiert wurde. Dieses Studienverbot galt auch für alle anderen deutschen Hochschulen, da auch an der Universität Berlin sein Name in den Listen der relegierten Studierenden notiert ist, die sich deutschlandweit nicht mehr immatrikulieren durften.¹ Zum weiteren Lebensweg Walter Trockels konnten keine Informationen gefunden werden. Sehr wahrscheinlich ist er aber identisch mit dem gleichnamigen Wehrmachtssoldaten, der am 23. Februar 1942 bei Popowka in Russland ums Leben gekommen ist.²

Quellen: Sofern nicht anders notiert, sind alle Angaben entnommen aus: UAST 120/Trockels, Walter (Prüfungsakte).

Vorprüfung		Abschluß:		Hauptprüfung A. B.		Abschluß:	
		Nicht bestanden:	Note:			Nicht bestanden:	Note:
1. Baukonstruktionen . . .	8.31.30	2,0	✓	1. Baustatik A . . .			
2. Vermessungskunde . . .			5,5	B . . .			
3. Techn. Zeichnen . . .			4,0	2. Eisenbetonbau . . .			
4. Techn. Mechanik . . .	8.31.30	2,4	✓ 4,3	3. Ing.-Hoch- und Ind.-Bau			
5. Baustofflehre . . .	Wird zu keiner Prüfung mehr		10,0	4. Baugeschichte . . .			
6. Bauverfahren I . . .	Prüfung mehr		5,7	5. Hochbaukunde II. . .			
7. Darstell. Geometrie . . .	Zugelassen		14,5	6. Städtebau . . .			
8. Kunstgeschichte . . .	H. Min. Erl.		5,5	7. Nationalökonomie . . .			
9. Baugeschichte . . .	v. 8.7.33		✓ 4,0	8. Baupol. und Bodenpol. . .			
10. Freihandzeichnen . . .	m. 8.7.33		✓ 5,0	9. a) Kunstgeschichte oder b) Staats- u. Verw.kunde			
11. Bauaufnahmen . . .	Kommunist		✓ 4,0	10.			
12. Bauverfahren II . . .			5,8	11. Bauaufnahmen . . .			
13. Bauverfahren III . . .				12. Freihandzeichnen . . .			
Zwischenpraxis			Mte.	13. Aquarellieren . . .			

Karteikarte des Prüfungssekretariats für Walter Trockels. Notiert sind die Noten der Teilprüfungen für das Vordiplom, wobei die Wiederholungsprüfung in Baukonstruktionslehre noch ausstand. Der handschriftliche Eintrag lautet: „wird zu keiner Prüfung mehr zugelassen I[au]t Min[isterial-] Erl[ass] v[om] 8. 7. 33 Nr. 8968“. Mit Rotstift ist hinzugefügt: „Kommunist“. Quelle: UAST 120/Trockels, Walter

Teil II Biographien der Verfolgten

1 Universitätsarchiv der Humboldt-Universität, Universitätsrichter Nr. 3017, 3018

2 Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge e.V., Kriegsgräberdatenbank: <http://www.volksbund.de/graebersuche.html> (23.02.2016). Das Geburtsjahr 1911 des hierin aufgeführten Walter Trockels würde zum Studienbeginn mit ca. 19 Jahren im WS 1930/31 passen.

NB

NESTOR TSCHAPALINSKI

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1909 geb., „Ostarbeiter“

Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart

1942 Juli 13–1943 Jan. 22 Zwangsarbeiter („Ostarbeiter Nr. 26“) am Forschungsinstitut für

(FKFS) als Küchenhilfe

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 83

NB

VADESCHDA TSCHAPALINSKI

Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1897 geb., „Ostarbeiterin“

für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Küchenhilfe

1942 August 3–1943 Febr. 8 Zwangsarbeiterin („Ostarbeiter Nr. 30“) am Forschungsinstitut

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 83

NB

B. U.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1926 Mai 2 geb. in Mailand, italienischer Staatsbürger

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Dreher und Hilfsarbeiter

1943 Dez. 9–1944 Jan. 10 Zwangsarbeiter

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 81, 86; UAST 202/1 S. 43

NB

H. U.

Zwangsarbeiterin am Institut für Theorie der Elektrotechnik

1923 August 10 geb. in Volos, griechische Staatsbürgerin, griechisch-orthodox

1944 Sept. 18–1945 April 20 Zwangsarbeiterin am Institut für Theorie der Elektrotechnik als Putzfrau (halbtags)

Quellen: UAST 114/4311 (Personalakte); UAST 202/1 S. 24

NB

J. U.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1924 Dez. 17 geb. in Rotterdam, niederländischer Staatsbürger, evangelisch

Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

1943 März 31–1945 April 9 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und

1945 nach Spaichingen verzogen

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 81, 86, 90; StadtA Kirchheim/Teck, Fremdarbeiterdatenbank Nr. 594; UAST 202/1 S. 67

NB

K. U.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1920 Okt. 30 geb. in Fijnaart, niederländischer Staatsbürger, katholisch

1943 Okt. 2 keine Rückkehr aus dem Heimaturlaub

1943 März 31–1945 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Automechaniker

1943 Okt. 12–1943 Nov. 26 Haft im Arbeitserziehungslager Oberndorf am Neckar

Der niederländischen Mechaniker K. U. war Ende März 1943 an das FKFS gekommen. Ein halbes Jahr später erschien er nicht zur Arbeit und wurde daraufhin vom FKFS angezeigt: „Es wird angenommen, dass er ohne Genehmigung nach Holland zurückgekehrt ist.“¹ Wahrscheinlich hatte er die Flucht aus dem FKFS zusammen mit ↗ M. C. unternom-

Teil II Biographien der Verfolgten

men. K.U. wurde gefasst und am 12. Oktober 1943 von der Gestapo in das Arbeitserziehungslager Oberndorf am Neckar eingewiesen, von wo er sechseinhalb Wochen später wieder entlassen wurde und zu seinem Arbeitsort, dem FKFS, zurückkehren musste (siehe Kap. 3.8.2). Hier wurde zudem sein Arbeitslohn gekürzt.²

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 51, 80, 85, 89; UAST 202/1 S. 90f.

1 UAST 131/3/51

2 UAST 131/3/80

NB

L. U.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1922 März 7 geb. in Den Haag, niederländischer Staatsbürger, evangelisch

1943 März 31–1945 Zwangsarbeiter am For-

schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter und Küchenhilfe

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 51, 81, 86, 90; UAST 202/1 S. 92f.

NB

SILVIO UDAVISSICH

In den Quellen auch: Udovissich, Udovissck
Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1899 Juli 6 geb. in Pola, italienischer Staatsbürger, katholisch

1943 Nov. 20–1944 April 15 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen

und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Dreher

1944 Mai 2–1944 Juni 15 Haft im Arbeitserziehungslager Oberndorf am Neckar

Dass auch die italienischen „Fremdarbeiter“ unter Zwang arbeiteten, zeigt sehr deutlich das Schicksal des Drehers Silvio Udavissich, der am 2. Mai 1944 von der Gestapo in das Arbeitserziehungslager Oberndorf am Neckar eingewiesen und am 15. Juni 1944 wieder zur Arbeit am FKFS entlassen wurde (siehe auch ↗ Vittorio Gava, ↗ Orasio Parisati, ↗ K.U. Zu den Arbeitserziehungslagern der Gestapo siehe Kap. 3.8.2). Als er seine Arbeit am FKFS nach der Lagerhaft wieder aufnehmen musste, wurde sein Stundenlohn von

1 Reichsmark auf 0,80 Reichsmark reduziert, später allerdings wieder auf 0,90 Reichsmark erhöht.¹

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 40, 80, 85, 89; StadtA Kirchheim/Teck, Fremdarbeiterdatenbank Nr.1685; UAST 202/1 S.51

1 UAST 131/3/85 (Lohnkartei des FKFS für das Jahr 1944)

NB

GUSTAV UNSELT

Chemiestudent/Aberkennung des Doktorgrades

1897 Juli 24 geb. in Stuttgart

1916 Sept. 15 Abitur, Friedrich-Eugens-Realschule Stuttgart

Soldat im Ersten Weltkrieg

WS 1919/20–WS 1923/24 Chemiestudium, TH Stuttgart¹

1924 Juli 24 Diplom, TH Stuttgart¹

1927 März 11 Promotion in Chemie¹

1929–1932 Febr. 20 Mitgliedschaft in der NSDAP

1929–1931 Betriebsleiter bei der Fa. Carl Christ. Held, Öle und Fette, Stuttgart

1931–1932 berufliche Tätigkeit in Italien

1935/1936 wiss. Hilfsarbeiter bei den technischen Werken Stuttgart

1939, 1941 Juli–1942, 1945 Soldat bei der Wehrmacht

1973 Nov. 11 gest. in Stuttgart²

Dem Chemiker Gustav Unsel (Promotion 1927) wurde zu einem unbekanntem Zeitpunkt die Doktorwürde aberkannt. Eine Notiz über eine spätere Rehabilitierung fehlt im Promotionsverzeichnis.³ Der Fall könnte einen politischen Hintergrund haben: Unsel war schon früh Mitglied der NSDAP geworden, aber bereits 1932 wieder ausgetreten, was Konflikte mit den späteren NS-Machthabern vermuten lässt.⁴ Unsel führte nach dem Zweiten Weltkrieg wieder seinen Dokortitel⁴, allerdings nicht vor der Verwaltung der TH Stuttgart: Im Jahr 1961 meldete er sich dort und erbat zwecks Rentenberechnung einen Studiennachweis. Sein Schreiben trägt keinen Briefkopf, sodass wir nicht erfahren, ob er den Doktor-Titel führen wollte oder durfte. Die Hochschulverwaltung richtete ihr Antwortschreiben auch nur an „Herrn Dipl.-Chem. Gustav Unsel“.

Quellen: Sofern nicht anders notiert sind alle Angaben entnommen: UAST 120/Unsel, Gustav (Studentenakte); StA Ludwigsburg EL.902/20 Bü 63294 (Spruchkammerakte).

1 UAST 10/103 (Promotionsverzeichnis) Nr. 501

2 http://www.ancestry.com/genealogy/records/john-gustav-unsel_33643761 (22.02.2016)

3 UAST 10/103 (Promotionsverzeichnis) Nr. 501 sowie Index unter Buchstabe „U“

4 StA Ludwigsburg EL.903/4 Bü 203 Bl. 106: eidesstattl. Vers. Dr.-Ing. Gustav Adolf Unsel v. 25.01.1948

NB

USCINOFF

Student/Relegation?

Der ehemalige Assistent in der Architekturabteilung Paul Betzler erinnerte sich im Jahr 1947 im Spruchkammerverfahren gegen den Studentenführer Karlheinz Herzer, dass dieser „durch bewusst falsche Ausdeutung von Erlassen politisch andersdenkende Studierende von der Technischen Hochschule Stuttgart ausgeschieden und ihnen dadurch wirtschaftlichen Schaden zugefügt“ habe. Unter den Betroffenen sei auch ein ausländischer Student namens Uscinoff gewesen. In welcher Form er benachteiligt oder geschädigt wurde, lässt sich nicht mehr rekonstruieren, da wir keine andere Quelle zu Uscinoff haben.

Quellen: StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 42688 Bl. 20 (Schreiben Paul Betzlers an die Spruchkammer I Stuttgart v. 16. 04. 1947)

NB

A. V.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1920 Jan. 3 geb. in Bozzano (Italien), französischer Staatsbürger, katholisch

1942 April 13–1942 Aug. 1 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsdreher

Quellen: UAST 131/3/76

NB

B. V.

Student/rassistische Verfolgung

1924 geb. in Prag**ab 1942 Juli 1** Laborant am Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung in Stuttgart**1945–1946** Studium Universität Göttingen**1946–1948** Studium der Mathematik an der TH Karlsruhe**1950** Promotion zum Dr. rer. nat. an der TH Karlsruhe und Lehramtsprüfung (2. Staatsprü-

fung) für das höhere Lehramt in Mathematik und Physik

1958 Privatdozent, TH München

Tätigkeit bei Siemens & Halske in München

1964 apl. Prof. TH München**1968 SoSe** Lehrauftrag an der TH Karlsruhe**WS 1984/85** Beendigung seines Lehrauftrags an der TH München

B.V. war der Sohn eines ordentlichen Professors für Mechanik und angewandte Mathematik. Dieser wurde 1937 amtsenthoben, weil seine Frau Jüdin war. Sein Sohn B.V. galt im NS-Staat entsprechend als „Mischling ersten Grades“. Ihm wurde die Immatrikulation an der Technischen Hochschule Karlsruhe versagt, insbesondere auch aufgrund eines Gutachtens, in dem der Direktor seines Gymnasiums das angebliche jüdische Aussehen und den vorgeblichen jüdischen Charakter des B.V. negativ herausstrich.¹

Werner Köster, Professor für Metallkunde an der TH Stuttgart und Direktor am Kaiser-Wilhelm Institut für Metallforschung, ermöglichte B.V. jedoch eine geschützte Position, indem er ihn nach dem Abitur als Laborant am Kaiser Wilhelm-Institut einstellte. B.V. schreibt hierzu: „Er ... hat mir ermöglicht, in den Jahren bis zum Kriegsende mir vieles aus der naturwissenschaftlichen Grundbildung anzueignen, ja auch an der Technischen Hochschule in Stuttgart verschiedene Vorlesungen zu hören; und durch die Arbeit über chemische und Kristallstrukturuntersuchungen konnte ich mir viel praktische Kenntnisse erwerben.“² Wahrscheinlich hat ihn diese Stelle an einem für die Rüstungs- und Autarkieforschung wichtigen Institut³ vor der Verschleppung zur Zwangsarbeit in ein Lager der Organisation Todt bewahrt.

B.V. konnte nach dem Ende der NS-Herrschaft an der TH Karlsruhe ein reguläres Mathematikstudium beginnen und auch promovieren. 1958 wurde er an der TH München Privatdozent.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: Poggendorff, J. C.: Biographisch-literarisches Handwörterbuch der exacten Naturwissenschaften, Bd. VIIa, Teil 3; StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 99668 (Spruchkammerakte Köster, Werner) Bl. 20, 45; TU München ZA4 Registratur (4438) (Personalakte der TU München).

¹ Werner, Josef: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich. 2. Aufl. Karlsruhe 1990, S. 138 f.

² StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 99668 (Spruchkammerakte Köster, Werner) Bl. 20: Schreiben des B.V. v. 11. 03. 1946

³ Siehe hierzu Maier, Forschung als Waffe sowie ders.: Dreistoffsysteme, Zinkzünder und Reaktormetalle – Werner Köster, in: Becker/Quarthal, Universität Stuttgart S. 178–181.

F. V.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1922 Nov. 7 geb. in Den Haag, niederländischer Staatsbürger

1943 März 31–1943 April 14 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Betonierer

Quellen: UAST 131/3/81; UAST 202/1 S. 72; Karteikarte: 0.1/99353904 f., ITS Digital Archive, Bad Arolsen
NB

G. V.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1921 geb. in Dordrecht, niederländischer Staatsbürger, evangelisch

1943 März 30/31–1945 April 9 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart

(FKFS) als Schreiner und Zimmermann
ab 1943 März 11 Tätigkeit in Kirchheim/Teck
ab 1943 Juni 30 Tätigkeit in Stuttgart, Talstr. 121
1945 nach Spaichingen verzogen

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 45, 80, 85, 89; UAST 202/1 S. 105–106

NB

WILLEM VAN DER VALK

In den Quellen auch: van den Valk
Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1917 Juni 27 geb. in Den Haag, niederländischer Staatsbürger, evangelisch

1943 März 31–1945 April 20 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart

(FKFS) als Fräser und Hilfsarbeiter
1943 Sept. 9–26 Sonderurlaub wegen Eheschließung
ab 1944 Feb. 8 Beschäftigung in Kirchheim/Teck, Dettingerstr. 148

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 54, 80, 85; StadtA Kirchheim/Teck, Fremdarbeiterdatenbank Nr. 1711; UAST 202/1 S. 100 f.

NB

KAREL LUDWIG VAN DE VENNE

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1902 April 26 geb. in Heindonk [in den Quellen auch: Breendonk], belgischer Staatsbürger, katholisch

1943 Febr. 19–1945 April 21 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Schreiner

Quellen: UAST 33/1/65, 33/1/76; UAST 202/1 S. 10

NB

ERNST VESELY

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1916 Juli 27 geb. in Brünn, tschechoslowakischer Staatsbürger

1941 Juni 13–1942 Juni 15 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Ingenieur

Quellen: UAST 202/1 S. 199

NB

FRIDEL VOGEL

Architekturstudentin/rassistische Verfolgung

1909 Juni 1 geb. in Elbing als Frieda [Natalie] Hohmann; evangelisch

WS 1929/30–SoSe 1930 Architekturstudium an der TH Stuttgart¹, Architekturstudium an den

technischen Hochschulen Graz, Berlin, Stuttgart

1934 Febr. 20 Vordiplomprüfungen, TH Stuttgart

1934 Diplom, TH Berlin, bei Heinrich Tessenow

Mitte der 1930er Jahre–1944 arbeitet als Architektin in Berlin u. a. beim Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt, Albert Speer

1946 Sept. Heirat mit dem Architekten Eberhard Vogel

Mitarbeit im Architekturbüro ihres Mannes in Marienheide

1962 selbstständige Architektin in Hilchenbach/Siegerland

zahlreiche realisierte private und öffentliche Bauten in Hilchenbach und Umgebung

1997 März 1 gest. in Hilchenbach



Teil II Biographien der Verfolgten

Die Architekturstudentin Fridel Vogel, geb. Hohmann, immatrikulierte sich an der TH Stuttgart zum Wintersemester 1929/30 und blieb zunächst bis zum darauffolgenden Sommersemester. Die weiteren Studienzeiten in Stuttgart, Berlin und Graz sind nicht genau bekannt. An der Technischen Hochschule Stuttgart bestand sie jedenfalls die Vordiplomprüfung mit Datum vom 20. Februar 1934.

Fridel Vogel soll überrascht gewesen sein, als sie erfuhr, dass ihre Großmutter „nicht-arisch“ war.² Wahrscheinlich wurde Vogel nach den Nürnberger Gesetzen als sogenannter „Mischling zweiten Grades“ eingestuft. Inwieweit ihre berufliche Laufbahn in der NS-Zeit hierdurch behindert wurde oder welchen Benachteiligungen oder Schikanen sie ausgesetzt war, ist nicht bekannt.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, stammen alle Informationen aus: Bauer, Architekturstudentinnen in der Weimarer Republik S. 358–360.

1 UAST 10/49 u.10/52

2 Bauer, Architekturstudentinnen in der Weimarer Republik S. 359 Anm. 206

NB

A. W.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1921 Mai 5 geb. in Den Haag, niederländischer Staatsbürger, katholisch

1943 März 31–1945 Febr. Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Transportarbeiter und Kraftfahrer

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 81, 86, 90; UAST 202/1 S. 84

NB

C. W.

Student der Elektrotechnik/Relegation wegen psychischer Erkrankung

Der Student der Elektrotechnik C. W. wurde 1938 durch den damaligen Rektor Wilhelm Stortz relegiert, weil er psychisch erkrankt war. Professor Adolf Leonhard, der den Fall in seinem Spruchkammerverfahren schilderte, berichtete zudem, dass sich Stortz hierbei auf einen Erlass des Reichserziehungsministeriums stützte, der aber auch für „besonders Begabte“ eine Ausnahmeregelung vorsah. C. W. hätte also bei gutem Willen des Rektors weiterstudieren können.

Quellen: StA Ludwigsburg EL.902/20 Bü 97101 (Spruchkammerakte Adolf Leonhard), Bl. 32–35, 43

NB

D. W.

Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1922 Jan. 16 geb. in Den Haag, niederländischer Staatsbürger, katholisch

1943 Mai 31/Juni 1–1945 April 13 Zwangsarbeiter an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung, als Schreiner

Quellen: UAST 33/1/65, 33/1/76; UAST 202/1 S. 71

NB

E. W.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1926 Mai 25 geb., „Ostarbeiter“
1942 Juli 13–1945 Zwangsarbeiter am For-

schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 83, 90; UAST 202/1 S. 120

NB

F. W.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1921 Juni 4 geb. in Amsterdam, niederländischer Staatsbürger, katholisch
1943 März 31–1944 Juli 20 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter und technischer Zeichner

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 81, 86; UAST 202/1 S. 88 f.

NB

ULRICH WEIGERT

Student/rassistische Verfolgung

1914 Okt. 12 geb. in Sonthofen/Allgäu, evangelisch

1934 Abitur am Landerziehungsheim Salem

WS 1934/35 Immatrikulation, TH Stuttgart

1935 Nov. 11 Exmatrikulation

Für den Studenten Ulrich Weigert legte das Studentensekretariat im Oktober 1935 eine gelbe Karteikarte an, die ihn als „nichtarischen“ Studenten kennzeichnete. Der Karte ist nicht zu entnehmen, welchen Status Weigert im rassistischen NS-Staat hatte, ob er als Jude (er war evangelisch) oder als „Mischling ersten Grades“ galt. Sein Vater, Kurt Weigert (1881–1978), war als Arzt in Sonthofen tätig und galt als Jude.¹ Das Studienfach Weigerts ist auf der Karteikarte ebenfalls nicht eingetragen. Da er aber zur „Fachschaft Naturwissenschaft“ gehörte, könnte er Chemie, Physik oder allgemeine Naturwissenschaften studiert haben. Ulrich Weigert exmatrikulierte sich nach zwei Semestern. Als Grund ist notiert: „Wechsel der Hochschule“.

Quellen: Sofern nicht anders notiert, sind alle Angaben der Karteikarte des Studentensekretariats entnommen: UAST 10/55.

¹ BA Berlin Residentenliste. 7. Aufl. 2013; <http://www.sonthofen.de/Stadtfinfos/DatenundFakten.aspx> (22.02.2016)

NB

HELMUT WEISSENBURGER

Chemiestudent/rassistische Verfolgung

1911 März 25 geb. in Köln, evangelisch

1920–1923 Gymnasium in Stuttgart-Bad Cannstatt

1923–1929 Schiller-Gymnasium Köln-Ehrenfeld, Reifeprüfung

3 Jahre Tätigkeit in Köln als Apothekenpraktikant und Apothekenassistent

1931 März 21 pharmazeutisches Vorexamen in Köln

SoSe 1932–WS1933/34 Studium der Pharmazie in Würzburg

1934 April 4 pharmazeutische Staatsprüfung

1934 Apotheker (Apothekenkandidat) in Köln

1934 Nov. 1–1938 Juni 30 Studium und Promotionsstudium, TH Stuttgart

1936 Juni 27 Diplomvorprüfung, TH Stuttgart

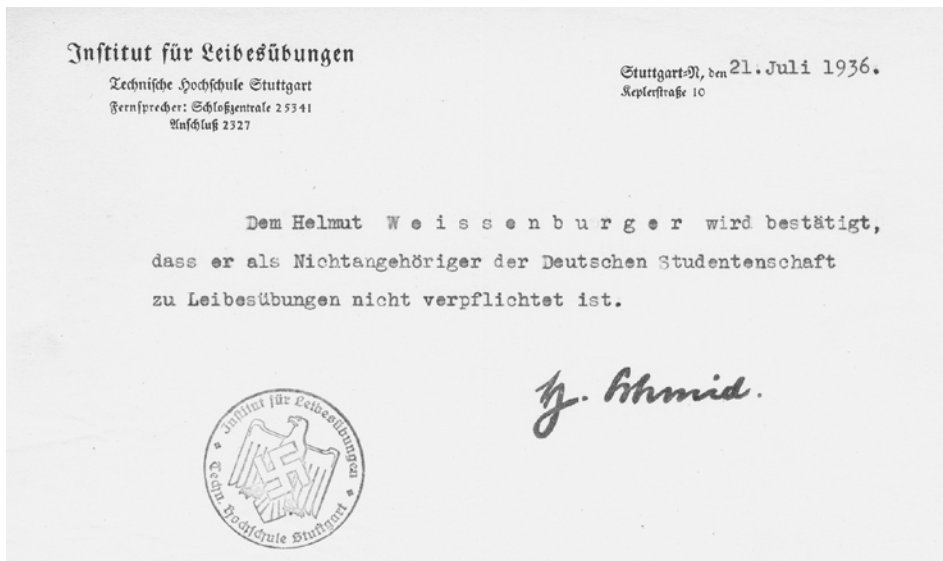
1936 Dez. 14 Diplomhauptprüfung, TH Stuttgart

1939 Promotion in Organischer Chemie, TH Stuttgart: „Über die Einwirkung von Mono- und Dichloracetylen auf Amine und Phenylhydrazin“

1939/1941 Weissenburger lebte seit Anfang August 1939 in Berlin.¹ Einweisung in ein Zwangsarbeiterlager für ein halbes Jahr

Nachkriegszeit und 1950er Jahre Chemiker bei Byk Gulden Lomberg Chemische Fabrik GmbH in Konstanz²

Obwohl Helmut Weissenburger im NS-Staat als „Mischling ersten Grades“ angesehen wurde – sein Vater galt als Jude – konnte er 1936 sein Chemiestudium abschließen und wurde noch im Frühjahr 1939 promoviert. Wir wissen nicht, warum er nach seiner abgeschlossenen Ausbildung zum Apotheker noch das Chemiestudium begann. Als „Mischling ersten Grades“ hätte er zwar noch Ende der 1930er Jahre als Apotheker arbeiten können³, vielleicht sah er aber auch voraus, dass es für „Mischlinge“ in dieser öffentlich exponierten Tätigkeit bald keine Zukunft mehr geben würde. Wie nämlich der Berufsweg der Pharmazeutin \nearrow Irmgard Reis, ebenfalls „Mischling ersten Grades“, zeigt, konnte die Approbation in der Praxis herausgezögert oder verweigert werden. Nach der Mitte der 1930er Jahre war dann die Pacht und die selbstständige Leitung einer Apotheke den „Mischlingen ersten Grades“ untersagt. Auch wurden sie nicht mehr zum Pharmaziestudium zugelassen.⁴ Weissenburgers unsichere persönliche Situation spiegelt sich auf seiner Studentenkarteikarte wider: Als für ihn 1935 eine Karteikarte angelegt wurde, erhielt er noch eine Matrikelnummer, die ihn als sogenannten „Nichtarier“ auswies, und der Verwaltungsbeamte Lehmann notierte: „Vater ist nichtarischer Abstammung.“



Der Leiter des Instituts für Leibesübungen, H. Schmid, attestiert 1936 Helmut Weissenburger, dass er „als Nichtangehöriger der Deutschen Studentenschaft zu Leibesübungen nicht verpflichtet ist“. Der Ausschluss von der Deutschen Studentenschaft war eine Folge von Weissenburgers Mischlingsstatus. Quelle: UAST 120/Weissenburger, Helmut (Prüfungsakte). Vgl. Kap. 3.3.1. und 3.3.5.

Teil II Biographien der Verfolgten

Als Weissenburger sich nach einer Unterbrechung 1937 erneut für das Promotionsstudium immatrikulierte, erhielt er jedoch eine neue, neutrale Matrikelnummer.⁵ Dass sein Status dennoch prekär geblieben war, zeigen einzelne Aussagen in dem Leumundzeugnis, das Weissenburger nach dem Ende der NS-Diktatur seinem Doktorvater Professor Erwin Ott für dessen Spruchkammerverfahren ausstellte:

Trotzdem Herrn Prof. Dr. Ott bekannt war, dass ich halbjüdischer Abstammung bin, machte er bei mir in keiner Weise gegenüber anderen Studenten einen Unterschied [...] Viele Professoren hätten einen derartigen Doktoranden erst gar nicht genommen. Darüber hinaus ist es mir bekannt, dass Herr Prof. Ott mich aufgrund meiner Diplomarbeit für den William-Küster-Preis vorgeschlagen hatte, was dann allerdings von der Studentenschaft hintertrieben wurde.⁶

Wie die meisten sogenannten „Mischlinge ersten Grades“ musste auch Helmut Weissenburger am Ende des Zweiten Weltkrieges in einem Lager Zwangsarbeit leisten. In der Nachkriegszeit war er Mitarbeiter der Byk Gulden Lomberg Chemische Fabrik GmbH in Konstanz.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: Lebenslauf, in: Helmut Weissenburger: Über die Einwirkung von Mono- und Dichloracetylen auf Amine und Phenylhydrazin. Diss. Stuttgart 1939, S. 27; UASt 10/55 (Studentenkarteikarte); UASt 120/Weissenburger, Helmut (Prüfungsakte).

1 BA Berlin Recherche in VZ-Datenbank (BA Berlin R 1509 VZ) v. 09.10.2014

2 StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 86536 (Spruchkammerakte Ott, Erwin) Bl. 54; siehe auch Weissenburgers Publikation als Mitarbeiter von Byk Gulden aus dem Jahr 1955 in: Archiv der Pharmazie, v288 n11–12 (1955), S. 532–535.

3 Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Bd. 2 (bearb. v. Susanne Heim), München 2009, S. 510 f., Dok. 180

4 Meyer, Jüdische Mischlinge S. 200

5 Nach Meyer, Jüdische Mischlinge S. 200 waren „Mischlinge ersten Grades“ bis 1937 Mitglieder der Deutschen Studentenschaft und wurden erst 1937 zwischenzeitlich ausgeschlossen.

6 StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 86536 (Spruchkammerakte Ott, Erwin) Bl. 20

NB

GERARDUS WESTORP

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1917 Febr. 10 geb. in Kampen, niederländischer Staatsbürger

1943 März 31–1943 Juli 10 Zwangsarbeiter

am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Mechaniker

Quellen: UASt 131/3 Nrn. 55, 80, 92; UASt 202/1 S. 113

NB

HANS WETZEL

Physikstudent, Doktorand/Verweis durch den Rektor

1908 Juli 4 geb. in Dürnai

Ausbildung zum Mechaniker, Gesellenprüfung

Tätigkeit in der Industrie

Selbststudium und Realgymnasium Ulm

1936 Abitur am Realgymnasium Ulm

Studium der Physik in Würzburg, Leipzig,

München und an der TH Stuttgart

1939 Beginn der Dissertation am Kaiser-

Wilhelm-Institut für Metallforschung bei

Werner Köster

1940 Mai 14 Promotion¹

Studenten, die sich gegen die nationalsozialistischen Aktivisten sperrten und offen ihre abweichende Meinung kundtaten, mussten mit Konsequenzen rechnen. So erteilte Rektor Erich Schönhardt im Juli 1939 dem Doktoranden Hans Wetzel einen strengen Verweis und setzte eine Frist zur Beendigung seiner Doktorarbeit, „weil er durch beleidigende Äußerungen über die Dozenten am 1. Physikalischen Institut hier und durch Herabwürdigung und Verächtlichmachung der studentischen Fachschaftsarbeit, sowie des Reichsberufswettkampfes sich gegen die einem Studierenden der Technischen Hochschule obliegenden Pflichten in grober Weise verfehlt hat“.²

Seit 1935 nahmen auch Stuttgarter Studenten am „Reichsberufswettkampf der deutschen Studenten“ teil, der von der Deutschen Studentenschaft bzw. von der Reichstudentenföhrung veranstaltet wurde. Die reichsweit eingereichten Arbeiten wurden bewertet und ggf. ausgezeichnet. Im Jahr 1935 nahmen 14 Studenten der Physik aus Stuttgart in zwei Gruppen teil. Die Themen ihrer Arbeiten lauteten: „Der Einfluss des Juden im Wissenschaftsleben Stuttgarts, insbesondere an der TH Stuttgart“ und „Allgemeine Fragen des jüdischen Einflusses in der Wissenschaft, insbesondere in den Physikalischen Naturwissenschaften“.³ Diese Arbeiten erhielten in den beiden Kategorien „politisch-wissenschaftlich“ und „praktisch-politisch“ das Prädikat „wertvoll“. Seit 1936 bildete sich dann um einen Dozenten eine „Gruppe nationalsozialistisch gesinnter Institutsmitglieder, die einen ausgesprochenen Meinungsterror im Physikalischen Institut aufrichtete“, wie es ein Betroffener, der Assistent am Physikalischen Institut ↗ Erwin Schopper, im Rückblick 1947 formulierte.⁴ Der Assistent am benachbarten Laboratorium für Physikalische Chemie und Elektrochemie Gerhard Schmid berichtete nach dem Ende der NS-Zeit: „Etwa 1937 brach an unserem Nachbar-Institut, dem physikalischen Institut der Technischen Hochschule, Stuttgart, Wiederholdstr. 13, eine von fanatisierten Studenten und jüngeren Dozenten in Szene gesetzte üble Hetze und Schnüffelei gegen vom ‚Judentum abhängige‘ und ‚jüdisch versippte‘ Wissenschaftler [aus] ...“ Schmid habe versucht „... in gelegentlichen Unterredungen die an der genannten Reichsberufsarbeit beteiligten Studenten von der Abwegigkeit der sogenannten ‚Arischen Physik‘ zu überzeugen“.⁵ Die Aktionen der Gruppe am Physikalischen Institut richteten sich nicht offen, sondern versteckt und indirekt gegen den Institutsdirektor Professor ↗ Erich Regener und dessen als Jüdin geltende Ehefrau.

Erich Regener war schon aus seinem Amt gedrängt, als eine weitere Arbeit Stuttgarter Physikstudenten beim Reichsberufswettkampf 1937/38 mit dem Thema „Kampf um arische Naturforschung“ den Rang einer „Reichssieger-Arbeit“ bekam. In der Würdigung hieß es:

Die Reichssieger-Arbeit ist in ihrer Fragestellung sehr wertvoll indem sie Heinrich Hertz, einen Mischling aus arischem und jüdischem Blut, der als Naturforscher eine bedeutsame Leistung vollbracht hat, behandelt. Die wissenschaftlich exakte Arbeit ist politisch gut gesehen. Die Arbeit zeichnet sich vor allem durch ein mutiges Vorwärtsschreiten in eine bewußt rassisch gesehene Betrachtung der Naturwissenschaft aus, ohne in den entgegengesetzten Fehler zu verfallen, alles von vornherein zu verdammen, was von andersrassischer Seite kommt.

Der letzte Satz deutet an, dass die Autoren offensichtlich nicht völlig in einen abstrusen Rassismus abgeglitten sind. Eine genauere Prüfung ist nicht möglich, da keine der Stuttgarter Arbeiten aus der Physik erhalten geblieben ist. Die Fortsetzung von „Kampf um arische Naturforschung“ wird auch im folgenden Reichsberufswettkampf 1938/39 zu einer der „Reichssieger-Arbeiten“ erklärt.⁶

Der strenge Verweis Schönhardts steht also im Kontext der Aktivitäten dieser Gruppe von Studierenden, die sich auf die Seite der sogenannten „Arischen“ oder „Deutschen Physik“ geschlagen hatten. Sie lehnten im Gefolge der beiden Nobelpreisträger für Physik Johannes Stark und Philipp Lenard die Relativitätstheorie und die Quantenmechanik als eine von Juden entwickelte Physik ab. Hans Wetzels inkriminierte Äußerungen dürften wohl eine deutliche Kritik an diesem völkischen Wissenschaftsverständnis gewesen sein.

Im Vergleich zu den harten und eigenmächtigen Bestrafungen seines Vorgängers im Rektoramt, Wilhelm Stortz, war die Bestrafung mit einem „strengen Verweis“ durch den Rektor Erich Schönhardt milde. Immerhin war es Hans Wetzels möglich, seine Dissertation abzuschließen und den Doktorgrad an der TH Stuttgart zu erwerben.

Quellen: Die Lebensdaten sind dem Lebenslauf in der Dissertation (siehe Anm. 1) entnommen.

¹ Wetzels, Hans: Zur Frage der magnetischen Umklappvorgänge in Nickel und Eisen. Diss. Stuttgart 1940 (Tag der Einreichung: 23. 04. 1940, Tag der mündlichen Prüfung: 14. 05. 1940)

² UASt SN 26/12: Schreiben Rektor Erich Schönhardts v. 12. 07. 1939

³ StA Würzburg, Bibliothek RSF 96 (Berichte zu den Reichsberufswettkämpfen), hier 1935/36 S. 136 f. Nr. 559 f. (heute im BA Berlin)

⁴ StA Ludwigsburg EL 902/6 Bü 13292 Bl. 103

⁵ StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 79752 (Spruchkammerakte Schmid, Gerhard): Schreiben Schmid an Spruchkammer Schwäbisch Gmünd v. 23. 09. 1947

⁶ StA Würzburg, Bibliothek RSF 96, Bd. 1937/38, S. 53 Nr. 924 sowie Bd. 1938/39 S. 52 Nr. 942 (heute im BA Berlin)

ALFRED WIDMAIER

ord. Professor für Maschinenbau/Verdrängung

1873 Juni 24 geb.**WS 1893/94** Immatrikulation für das Fach Maschinenbau an der TH Stuttgart¹**1894** Vorprüfung²**1897** Erste Staatsprüfung² Hütteningenieur für den Hochofenbetrieb, die Kokerei und das Walzwerk bei Neunkircher Eisenwerke, Gebr. Stumm**1901 April 1** ord. Professor für Mechanische Technologie, TH Stuttgart**1914–1918** Militärdienst als Offizier u. a. im Generalkommando BerlinAlfred Widmaier
1929**1935 Sept. 30** Emeritierung**1947–1948** Lehrauftrag für Getriebelehre an der TH Stuttgart**1954 Dez. 4** gest.

Alfred Widmaier, ordentlicher Professor für Werkzeugmaschinen, Mechanische Technologie und Eisenhüttenkunde, wurde im September 1935 mit 62 Jahren vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Die formale Grundlage hierfür dürfte ein neues Gesetz gewesen sein, das „Gesetz über die Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern aus Anlass des Neuaufbaus des Hochschulwesens vom 21. Januar 1935“ (GEVH). Es bestimmte in §4: „Fällt aus Anlaß des Neuaufbaus ein Lehrstuhl fort oder wird er einem anderen Fachgebiet zugeschlagen, so kann der bisherige Inhaber von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden werden.“ Wie seine Kollegen ²Wilhelm Häbich und ²Wilhelm Maier wurde Widmaier aber wohl nicht wegen einer geplanten Umwidmung von Lehrstühlen, sondern eher aus politischen Gründen aus seinem Amt gedrängt. Das GEVH wurde nämlich vielfach auch an anderen Hochschulen herangezogen, um unliebsame in der Kaiserzeit aufgewachsene NS-skeptische Mitglieder der älteren Professorgeneration von den Hochschulen zu entfernen.³ Bei Alfred Widmaier war zudem ein nicht näher beschriebener Konflikt mit Vertretern des NS-Regimes an der Technischen Hochschule vorausgegangen.

In der nach 1945 angelegten neuen Personalakte Widmaiers findet sich eine Bescheinigung des damaligen Rektors, Professor Richard Grammel, nach der Widmaier sein Ordinariat aus Protest gegen nicht weiter genannte Anfeindungen durch Anhänger des NS-Regimes an der Technischen Hochschule niedergelegt und einen Beitritt zur NSDAP abgelehnt habe.⁴ Grammels Schilderung der Umstände und beteiligten Personen bzw. Ministerien sind wie in ähnlichen Fällen etwas unscharf bzw. ungenau. Der Kern der Aussage, Widmaier habe seine Emeritierung wegen einem Zerwürfnis mit nationalsozialistischen Mitgliedern der Professorenschaft vorzeitig beantragt, dürfte aber richtig sein. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass seine Erkrankung im Sommersemester 1934,⁵ ähnlich wie im Verfolgungsfall von ²Leopold Rothmund, eher vorgeschützt war, um sich in Einvernehmen mit dem Rektorat aus der Hochschule fernhalten zu können. Was

Teil II Biographien der Verfolgten

es damit auf sich hat, dass Widmaier – wie er nach dem Zweiten Weltkrieg angibt⁶ – keine Urkunde über seine Emeritierung erhalten hat, bleibt unklar.

Nach seiner Emeritierung arbeitete Alfred Widmaier an dem 1954 erschienenen Werk „Atlas für Getriebe- und Konstruktionslehre. Band Schrauben- und Radgetriebe“. Nach dem Ende des NS-Regimes, als zahlreiche Professoren wegen ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP oder in NS-Organisationen entlassen waren, übernahm Alfred Widmaier von 1947 bis 1948 einen Lehrauftrag für Getriebelehre.

Quellen: Sofern nicht anders angegeben, sind alle Informationen entnommen aus: UAST 57/2319 (Personalakte); HStA Stuttgart EA 3/150 Nr. 2518 (Personalakte des Kultusministeriums).

1 UAST 10/1

2 UAST 10/101

3 Grüttner/Kinas, Die Vertreibung von Wissenschaftlern S. 135f.

4 Universitätsarchiv Stuttgart 57/2319 (Personalakte Widmaier, Alfred): Bescheinigung [des Rektors, Richard Grammel] v. 08.08.1946. Siehe auch die Andeutungen Grammels zur unfreiwilligen Aufgabe der Professur durch Widmaier im Spruchkammerverfahren von Widmaiers Nachfolger Georg Meyer: StA Ludwigsburg EL 902/18 Bü 5296 (Spruchkammerakte Meyer, Georg) Bl. 149.

5 Erwähnt bei Spur, Produktionstechnische Forschung, S. 57

6 HStA Stuttgart EA 3/150 Nr. 2518 (Personalakte Widmaiers) Bl. 2

NB

RICHARD WILLSTÄTTER

Ehrenbürger der TH Stuttgart 1932/Entzug der Ehrenbürgerwürde aus rassistischen Gründen

1872 Aug. 13 geb. in Karlsruhe, israel.

1883–1890 Lateinschule und Realgymnasium in Nürnberg

1890–1893 Studium der Chemie, Universität München

1893 März Promotion, Universität München, anschließend Privatassistent bei Prof. Adolf von Baeyer

1896 Habilitation und Privatdozent, Universität München

1902–1905 a. o. Prof. und Vorstand der organischen Abteilung am Chemischen Institut der Universität München

1905–1912 ord. Prof., ETH Zürich

1912–1916 wiss. Mitglied des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie in Berlin-Dahlem und

Honorarprofessor, Universität Berlin

1915
Nobelpreis für Chemie

1916–1925
ord. Prof. für organische Chemie, Universität München

1925 Rücktritt vom Amt aus Protest gegen die antisemitische Berufungspraxis der Universität München

1932 Juli 31 Ehrenbürger der TH Stuttgart¹

1939 nach gescheiterter Flucht Emigration in die Schweiz

1942 Aug. 3 gest. in Muralto, Schweiz



Richard Willstätter gehört zu den bedeutenden Chemikern, die ihr Fach und dessen Forschungsrichtungen vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts geprägt haben. Seine Hauptarbeitsgebiete galten den Blatt- und Blütenfarbstoffen und den Enzymen sowie der Fortentwicklung der Methodik. Im Jahr 1915 erhielt er den Nobelpreis für Chemie, da es ihm „durch die Ausarbeitung neuer, sehr wertvoller Methoden und durch umfangreiche, mit meisterhaftem Geschick ausgeführte Untersuchungen gelungen [war], ... in allen hauptsächlichen Teilen die Frage nach der chemischen Natur des Chlorophylls klarzustellen“.² Willstätters wissenschaftliche Leistungen wurden u. a. durch acht Ehrendoktorwürden, die Mitgliedschaft in über 20 nationalen und internationalen wissenschaftlichen Akademien und auch durch die Ehrenbürgerwürde der Technischen Hochschule Stuttgart gewürdigt.³

Richard Willstätter bekannte sich zu seinem Judentum; seine Lebenserinnerungen, die er 1940 nach einer missglückten Flucht und der dann gelungenen Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland im Schweizer Exil niederschrieb, beginnen mit dem Satz: „Meine Vorväter waren Juden.“⁴ Während seiner beruflichen Tätigkeit hatte er gerade auch mit dem Antisemitismus im Wissenschaftsbetrieb zu kämpfen. Aus Protest gegen das antisemitisch motivierte Übergehen jüdischer Wissenschaftler bei Berufungen an der Universität München trat Richard Willstätter 1925 von seiner dortigen Professur zurück.⁵ In seinen Lebenserinnerungen fasst er seine Erfahrungen im Hochschulbereich prägnant zusammen:

Die Zahl der jüdischen Forscher und Lehrer an den deutschen Hochschulen ist bekanntlich stets durch Maßnahmen der Zurücksetzung gedrosselt worden. Fakultäten vieler Universitäten und der technischen Hochschulen in Deutschland verschlossen oder erschwerten den jüdischen Gelehrten den Zutritt zum Gelehrtenberuf und Lehramt – nicht im Sinne der deutschen Verfassung, nicht gemäß den Hochschulstatuten, nicht mit Mitteln, die volles Licht vertragen. Meine Erfahrungen erstrecken sich auf die letzten vierzig Jahre. [...] Aber viel tieferen Eindruck, entscheidenden, hat auf mich die Haltung von Fakultäten gemacht, nämlich der häufige Fall, daß die Berufung hervorragender jüdischer Gelehrter bekämpft und verhindert wurde, und die Art und Weise, in der dies geschah. Fakultäten ließen Ausnahmen zu, gewährten aber keine Gleichberechtigung.⁶

Auch die Technische Hochschule Stuttgart löschte mit Beginn der NS-Zeit Willstätters Namen aus den Listen ihrer Ehrenbürger.

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: Albrecht, Helmuth: Willstätter, Richard, in: Badische Biographien. Neue Folge. Bd. 3. Stuttgart 1990, S. 296–299; Kazemi, Marion: Nobelpreisträger in der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. 2. Aufl. Berlin 2006, S. 311–315.

¹ Bamann, Eugen: Erinnerungen aus meiner Stuttgarter Dozentenzeit 1931–1935, in: Deutsche Apotheker Zeitung 119, Nr. 12 (22. 03. 1979), S. 443–450, hier S. 449

² Laudatio zur Verleihung des Nobelpreises von O. Hammarsten, zitiert nach Kazemi, Richard Willstätter (siehe Quellen) S. 311

3 Siehe die Liste der Ehrungen in: Willstätter, Richard: Aus meinem Leben. Von Arbeit, Muße und Freunden. Hrsg. v. Arthur Stoll. Weinheim 1949, S. 441f.

4 Zitiert nach Albrecht, Willstätter (siehe Quellen) S. 299

5 Siehe hierzu auch Willstätter, Aus meinem Leben (wie Anm. 3) S. 340–346.

6 Ebd. S. 399

NB

HELMUT WOLFF

Architekturstudent/

Relegation aufgrund Verurteilung wegen homosexuellem Verhalten

1909 Juli 31 geb. in Berlin-Lichterfelde

1936 März 31 Relegation wegen Verurteilung

WS 1931/32 Immatrikulation an der TH Stuttgart¹

nach §175 StGB (Homosexualität)

Ein Rundschreiben an alle deutschen Hochschulen, das Rektor Wilhelm Stortz am 31. März 1936 verfasste, zeigte den anderen deutschen Hochschulverwaltungen die Relegation des Stuttgarter Architekturstudenten Helmut Wolff an. Mit den Rundschreiben wollten die Hochschulleitungen verhindern, dass relegierte Studierende sich an einer anderen deutschen Hochschule wieder immatrikulierten:

Der Studierende der Architektur Helmut Wolff, geboren am 31. Juli 1909 in Berlin-Lichterfelde, der vom Amtsgericht Stuttgart wegen 3 Vergehen gegen §§175, 74 St.G.B. bestraft worden ist, wurde von mir ohne besonderes Disziplinarverfahren vom Hochschulstudium ausgeschlossen.²

Bemerkenswert ist, dass sich Wilhelm Stortz über das formalrechtliche Verfahren, das für die Zwangsexmatrikulation eines Studierenden einen Beschluss des Disziplinarggerichts bzw. des „Dreierausschusses“ der Hochschule vorsah, einfach hinwegsetzte. Auf der Karteikarte, die für Wolff im Prüfungsamt angelegt wurde – Wolff hatte bereits mehrere Teilprüfungen für das Vordiplom bestanden – notierte der Prüfungssekretär Reinhardt die Tatsache der Relegation und zudem die Anweisung des Rektors: „Keine Bescheinigungen dürfen l[au]t Anweisung v[on] H[er]r[n] Rektor an Wolff abgegeben werden.“ Nach dem Datumsstempel stammt diese Anweisung vom 1. Juli 1936. Stortz verfolgte den Fall offenbar intensiv über mehrere Monate hinweg.³ In einem späteren ähnlichen Fall (↗ Kurt Schulmeister) erfolgte die Relegation auch noch zu einem Zeitpunkt, als der betreffende Student die Hochschule schon verlassen hatte. Die Praxis, einen Studenten nach einer zuvor erfolgten gerichtlichen Verurteilung wegen homosexuellen Verhaltens zwangsweise zu exmatrikulieren, war auch noch nach 1945 üblich (siehe Kap. 6.4).

Quellen: Sofern nicht anders notiert, stammen alle Informationen aus: Universitätsarchiv Leipzig HHS 437, Bd. 1, Bl. 39.

- 1 UAST 10/54; UAST 120 (Karteikarte des Prüfungsamts für Helmut Wolff)
 2 Universitätsarchiv Leipzig HHS 437, Bd. 1, Blatt 39
 3 UAST 120/Wolff, Helmut (Prüfungsakte)

OSKAR WYSS

Hilfsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren (FKFS)/Haft im Arbeitserziehungslager Oberndorf am Neckar

1917 April 9 geb. in Witterswil, Schweizer Staatsbürger, katholisch

1942 Sept. 21–1945 Febr. 8 Hilfsarbeiter und Hilfsschlosser am FKFS

1944 März 1–1944 April 12 Haft im Arbeitserziehungslager Oberndorf am Neckar

1944 Okt. Mitglied der SS (Bewerber)

1945 Febr. 8/13 Ausscheiden/Kündigung

Der Schweizer Staatsbürger Oskar Wyss kam wohl gut ein Jahr, nachdem er seine Arbeit am FKFS aufgenommen hatte, mit der Institutsleitung in Konflikt: Diese untersagte ihm eine Teilnahme an einem Schulungslager für schweizerische Nationalsozialisten, weil man seine Arbeitskraft im FKFS brauchte. Das FKFS beklagte in der Folgezeit öfter das unentschuldigte Fehlen Wyss' von der Arbeit, denunzierte ihn bei der Gestapo Stuttgart und forderte zur Besserung seiner Arbeitsmoral die Einweisung in das Arbeitserziehungslager Oberndorf am Neckar. Dort verbrachte Wyss im März und April 1944 42 Tage Haft mit Zwangsarbeit. Auch sein späterer Eintritt in die SS half nicht, seine Stellung zu verbessern. Die Leitung des FKFS monierte auch bei seiner vorgesetzten SS-Dienststelle sein Fernbleiben von der Arbeit, wodurch sich seine prekäre Situation auch in dieser Organisation verschlimmerte.

Quellen: UAST 131/3/56 (Personalakte Wyss, Oskar)

C. Z.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1924 Juli 14 geb. in Kursk, „Ostarbeiter“

1942 Juli 13–1945 Zwangsarbeiter am For-

schungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Hilfsarbeiter

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 83, 90; UAST 202/1 S. 137

D. Z.

Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1924 Juli 27 geb., „Ostarbeiterin“
ab 1942 Nov. 12 Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahr-

zeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Küchenhilfe und Putzfrau

Quellen: UAST 131/3 Nrn. 78, 81, 83, 88; UAST 202/1 S. 149

NB

E. Z.

Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1922 Nov. 10 geb. in Gemert, holländischer Staatsbürger, katholisch
1943 März 30/31–1943 Sept. 18 Zwangsarbeiter am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen

und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) als Weber und Hilfsarbeiter
1943 Okt. 12 „Flucht nach Holland“

Wie einige Zwangsarbeiter aus Italien oder den Niederlanden floh auch der Niederländer E. Z. von seinem Arbeitsplatz im FKFS: Auf seiner Abmeldebescheinigung, die das FKFS für ihn ausfüllen musste, steht unter dem Datum 12. Oktober 1943 vermerkt: „Flucht nach Holland“.¹

Quellen: UAST 131/3 Nr. 55, 81; UAST 202/1 S. 111

¹ UAST 131/3/55

NB

F. Z.

Architekturstudentin/zeitweise Relegation

1923 geb. in Stuttgart, evangelisch**1941 Febr.** Abitur am Königin-Katharina-Stift, Stuttgart**1941 April–1942 April** Reichsarbeitsdienst als Land- und Bürohilfe**1942** 6 Monate Praktikum in einer Möbelfabrik**WS 1942/43–SoSe 1944** Architekturstudium, TH Stuttgart**1942–1944** Mitglied im NSDStB**1945 Jan. 1–1945 April 14** Kriegseinsatz als technische Zeichnerin in den Vereinigten Kugellagerfabriken in Bad Cannstatt**1945 Sept.–1946 Jan.** Wiederaufbauarbeit an der TH Stuttgart**WS 1945/46–SoSe 1949** Fortsetzung des Studiums an der TH Stuttgart**1948 Nov. 30** Diplomvorprüfung**1949 Nov. 30** Unterbrechung des Studiums

Anfang 1943 wollte der damalige Studentenführer Karlheinz Herzer die Architekturstudentin F. Z. von der Technischen Hochschule verweisen. Grundlage für diesen Schritt war ein Rundschreiben der Reichsstudentenführung von Ende März 1943, das unter dem Eindruck der Niederlage von Stalingrad an alle Hochschulen gerichtet war mit der Anordnung, Studierende, die „nach Leistung und Haltung für ein Studium unter den erhöhten Anforderungen des Krieges nicht geeignet erscheinen“, zu beurlauben und den Arbeitsämtern zu melden.¹

F. Z. schrieb hierzu im Jahr 1947:

Im Herbst 1942 begann ich mein Studium an der Architekturabteilung der Technischen Hochschule Stuttgart. Bei Beginn des 2. Semesters im darauffolgenden Frühjahr wurde mir von dem damaligen Studentenführer Herzer die Wiederezulassung verweigert und zwar angeblich auf Grund eines Reichserlasses, dessen Wortlaut mir aber unbekannt geblieben ist. Wie mir sofort von einem meiner Professoren bestätigt wurde, lag auf fachlichem Gebiet keinerlei Veranlassung für die Verweigerung vor. Mit der Hilfe eines Assistenten ist es mir erst nach grossen Schwierigkeiten gelungen, die Wiederezulassung zu erwirken.²

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: UAST 120 (Studentenakte).

¹ Vgl. o. Kap. 3.3.5; Grüttner, Studenten S. 415.

² StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 42688 (Spruchkammerakte Herzer, Karlheinz) Bl. 24: Schreiben von F. Z. v. 29. 03. 1947. Der Vorfall ist auch beschrieben: ebd. Bl. 20 (Schreiben Paul Betzlers an die Spruchkammer I Stuttgart v. 16. 04. 1947).

NB

P. Z.

Chemiestudent/Relegation aus rassistischen Gründen

1919 geb. in Stuttgart-Untertürkheim, israelitisch

1938 März 31 Abitur am Dillmann-Gymnasium Stuttgart

1938 April 1 Immatrikulation an der TH Stuttgart für das Fach Chemie

1938 Nov. 12 Relegation, „gestrichen weil Jude“

1939 März Emigration über Luxemburg, Belgien und Frankreich nach Schottland

1939 Dez. Emigration in die USA
Arbeit als Metzger und Inhaber einer Fleischwarengroßhandlung

Das Studium der Chemie, für das sich P. Z. im Sommersemester 1938 an der Technischen Hochschule Stuttgart immatrikulierte, war für ihn nur eine Verlegenheitslösung. Eigentlich hatte P. Z. Medizin studieren wollen, was jedoch den Juden im nationalsozialistischen Deutschland zu diesem Zeitpunkt bereits untersagt war. Wie alle seine jüdischen Mitstudenten wurde auch P. Z. nach den Novemberpogromen 1938 mit Schreiben vom 12. November 1938 zwangsweise von der Hochschule relegiert. Zudem war ein Studium auch aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich, da sein Vater, der als Handelsvertreter arbeitete, aufgrund seiner jüdischen Konfession seine Stelle verloren hatte und somit das Familieneinkommen nicht mehr für die Finanzierung des Studiums ausreichte.

Wie bei vielen jüdischen Familien gelang dem Kind die Flucht aus Deutschland, während die Eltern in der Shoah ums Leben kamen. P. Z.s Vater (geb. 21.10.1885) und die Mutter (geb. 03.07.1887) wurden nach der Deportation aus Stuttgart (1941) in Riga ermordet.¹

Nach der Emigration in die USA konnte P. Z. seine Studienpläne nicht mehr realisieren. Im Jahr 1958 schrieb er an das Landesamt für Wiedergutmachung: „Ich bin jetzt Metzger. Da ich meine eigene Fleischwarengroßhandlung seit 1949 betreibe, habe ich meinen Beruf als Kaufmann angegeben.“

P. Z. lebte 1965 in Belle Harbor im Bundesstaat New York, USA.

Quellen: Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Informationen zur Biographie entnommen aus: UAST 10/55; StA Ludwigsburg EL350I Bü 37886 (Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Stuttgart); HStA Stuttgart EA 99/001 Bü. 172.

¹ BA Berlin Residentenliste, 7. Aufl. 2013; Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, Bundesarchiv, Koblenz 1986

NB

ZELLINSKY

jüdischer Chemiestudent/Relegation aus rassistischen Gründen

Der ehemalige Assistent Walter Aldinger erwähnt in seinem Spruchkammerverfahren den jüdischen Chemiestudenten Zellinsky, der wohl auch am 12. November 1938 von der Hochschule verwiesen wurde:

Während meiner Assistententätigkeit an der Technischen Hochschule Stuttgart, hatte ich zur selbständigen Unterrichtung in einem Praktikum die zusammengefassten jüdischen Studenten zu betreuen. Es war im letzten Semester, da diese zum Studium zugelassen waren. [...] Die Namen sind neben anderen Herr Oppenheimer und Zellinsky.

Quellen: StA Ludwigsburg EL 902/20 Bü 15739 (Spruchkammerakte Aldinger, Walter)

NB

ERIKA ZIMMERMANN

Chemiestudentin/Relegation auf Intervention der Gestapo

1914 Aug. 11 geb. in Czersk in Westpreußen/
Polen

1934 Abitur

1935–1938 Studium der Chemie an der TH
Stuttgart

1938–1942 Chemotechnikerin in verschiedenen
Unternehmen

1942 Mai 1–1942 Okt. 28 Polizeihaft in
Stuttgart

WS 1942/43 Fortsetzung des Chemiestudiums;
Relegation auf Veranlassung der Gestapo

1943 April 1–1948 April 30 lebte und arbeitete
in Zell an der Mosel

1951/1958 lebte und arbeitete in Hannover

Erika Zimmermann wurde 1942 von der Gestapo inhaftiert, weil sie ihren Schwager, der „jüdischer Abstammung“ war, in ihrer Wohnung versteckt hatte. Sie war am Arbeitsplatz verhaftet worden und erhielt zwei Wochen später von ihrem Arbeitgeber die Kündigung. Nach der Entlassung aus der Haft musste sie sich noch ein halbes Jahr lang regelmäßig bei der Gestapo Stuttgart melden.

Als Erika Zimmermann ihr Chemiestudium an der TH Stuttgart fortsetzen wollte, wurde ihr „das Weiterstudium ... auf Veranlassung der Gestapo wegen der politischen Inhaftierung untersagt“.

Quellen: StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 28575 (Akte des Landesamts für Wiedergutmachung Stuttgart); UASt 17/724 Nr. 8

1 UASt 17/724 Nr. 8: Schreiben des Bezirksamts für Wiedergutmachung Koblenz an den Rektor der TH Stuttgart v. 22.06.1957

NB

KLAUS ZWIAUER

Verwaltungsassistent/Entlassung aus politischen Gründen

1914 Aug. 28 geb. in Stuttgart, evangelisch

1932 Abitur, Bundesrealgymnasium II in Wien

1932 Nov. 23–1937 Febr. 22 Chemiestudium an der TH Stuttgart

1933 Juni 20–1933 Nov. 9 Mitglied der HJ (Kameradschaftsführer)

1933 Nov. 11 Eintritt in die SA

1936 März 4 Diplomvorprüfung

1937 April 5 Diplomhauptprüfung

1937 April–Nov. Verwaltungsassistent am Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie

1937 Nov. 8 Verhaftung durch die Gestapo; 20. 11. 1937 Haftbefehl¹

1937 Nov. Entlassung aus der Assistentenstelle aufgrund des von der Gestapo beantragten Verfahrens wegen „Heimtücke“²

1937 Nov.–1938 April Untersuchungshaft

1938 Mai 2 „Schutzhaft“ bei der Gestapo¹

1938 Juni 2 Hauptverhandlung vor dem Sondergericht Stuttgart wegen verbotener Betätigung in der bündischen Jugend wird aufgrund eines Amnestierungsgesetzes eingestellt.³

1938 Nov.–1945 Mai Soldat in der Wehrmacht

1939 März 2/1940 Jan. 40 Einreichung der Dissertation/Promotion in Chemie⁴

1945 Mai–1948 April russische Kriegsgefangenschaft

in der Nachkriegszeit bis zum Ruhestand Mitarbeiter bei der Fa. Osram GmbH, Herbrechtlingen⁵

1997 Juni 11 gest.⁵

Als der Verwaltungsassistent am Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie Klaus Zwiauer am 8. November 1937 von der Gestapo in Haft genommen wurde, wurde ihm auch die Stelle von der Technischen Hochschule Stuttgart gekündigt. Zwiauer hatte sich in der bündischen Jugend engagiert – er gehörte der inzwischen vom NS-Staat verbotenen „Deutschen Jungenschaft vom 1. November 1929“ („dj. 1.11“) an. Innerhalb der Jugendbewegung gehörte diese Gruppierung, die sich zum Naturerlebnis bei Wanderungen, Fahrten und beim Zelten zusammenfand und auf den Gemeinschaftserlebnissen von Jungen aus bürgerlicher, städtischer Herkunft aufbaute, zu den späten Jungenschaften. Mit dem Gründer, Eberhard Koebel (1907–1955, Fahrtenname: „tusk“), der in der NS-Zeit im Exil in England lebte, hatte Zwiauer auch weiterhin Kontakt gehalten, ihn auch 1935 in London besucht.⁶ Im Jahr 1932 war Koebel der KPD beigetreten, hatte diese Partei aber Anfang 1933 wieder verlassen und versucht, in der Hitlerjugend eine führende Position zu erhalten. Der Aufruf Koebels an die Mitglieder der „dj. 1.11“, in die Hitlerjugend einzutreten,⁷ erklärt wahrscheinlich auch, dass Zwiauer vom 20. Juni 1933 bis zum 9. November 1933 Kameradschaftsführer bei der Hitlerjugend war.⁸

Zwiauer selbst scheint sich aber mit dem NS-Regime stärker arrangiert zu haben als Koebel. Dies zeigt vielleicht nicht so sehr sein Eintritt in die SA, der ja ab 1933 für alle Studenten praktisch obligatorisch war (siehe o. Kap. 2.2.1), als vielmehr die Bewilligung von Stipendien, die er in den Sommersemestern 1934 und 1936 erhielt, was bei kritischem Verhalten gegenüber dem NS-Staat nicht möglich gewesen wäre.⁹ Sein Engage-

ment galt aber weiterhin der „dj. 1.11“, in der er auch nach deren Verbot bis 1937 eine Jungengruppe in Stuttgart, die sogenannte „Rominschorde“, leitete.

Klaus Zwiauer verbrachte sieben Monate im Gefängnis, das Verfahren gegen ihn wurde aber aufgrund eines Amnestiegesetzes, das wegen des „Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich“ erlassen worden war, Anfang Juni 1938 eingestellt.¹⁰ Der Prozess ist in der Forschung bekannt geworden, weil einer der Mitangeklagten Hans Scholl war, das spätere Mitglied der Münchener Widerstandsgruppe „Weiße Rose“. Hans Scholl kam wegen „bündischer Umtriebe“ in Ulm sowie Vergehen gegen den §175a des Strafgesetzbuches (homosexuelle Handlungen) vor Gericht. Sein Verfahren wurde aber ebenfalls aufgrund des Amnestiegesetzes (Gesetz über die Straffreiheit v. 30. 04. 1938) eingestellt.¹¹

Klaus Zwiauer konnte nach Beendigung des Prozesses seine Dissertation fertigstellen und wurde auch 1940 promoviert, während er bereits zur Wehrmacht eingezogen worden war. In der Nachkriegszeit lebte er in Heidenheim und war bis zum Ruhestand bei der Fa. Osram in Herbrechtingen beschäftigt.⁵

Quellen: Sofern nicht anders vermerkt, sind alle Informationen entnommen aus: UAST 10/55 (Karteikarte Zwiauer, Klaus); StA Ludwigsburg EL 902/10 Bü 17323 (Spruchkammerakte).

1 Herzer, Manfred: Hans Scholls große Liebe, in: Capri. Zeitschrift für schwule Geschichte. Febr. 2008, S. 2–21, hier S. 4. Hierin auch die Edition von Dokumenten des Verfahrens vor dem Sondergericht Stuttgart

2 UAST 114/13715 (Schreiben Zwiauers an Sekretariat der TH Stuttgart v. 18. 08. 1951)

3 Herzer, Liebe (wie Anm. 1), S. 16 (Edition des Gerichtsurteils v. 29. 06. 1938)

4 Zwiauer, Klaus: „Über die Reduktion des Niobpentoxyds mit Wasserstoff bei gleichzeitiger Legierungsbildung“. Diss. Stuttgart 1940 (Exemplar der Universitätsbibliothek Stuttgart: Diss. 1939/744)

5 Artikel „Heimatkundler Dr. Klaus Zwiauer verstorben“, in: Heidenheimer Neue Presse v. 13. 06. 1997 S. 17; Todesanzeige sowie Artikel „Zum Tod von Dr. Klaus Zwiauer“, in: Heidenheimer Zeitung v. 12. 06. 1997

6 Schmidt, Fritz: Ein Mann zwischen zwei Welten. Eberhard Koebels politische Entwicklung, seine ersten Jahre in der Emigration und seine Wirkung auf illegale dj. 1.11. Edermünde 1997, S. 60, 64, 78 f., 89, 92, 114; vgl. die Urteilsbegründung in: Herzer, Liebe (wie Anm. 1), S. 14 sowie in: Herrmann, Ulrich: Vom HJ-Führer zur Weißen Rose. Hans Scholl vor dem Stuttgarter Sondergericht 1937/38. Weinheim und Basel 2012, S. 315–317

7 Holler, Eckard: Eberhard Koebel (tusk) und die dj. 1.11 im Jugendwiderstand gegen Hitlerjugend und Nationalsozialismus, in: Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Berlin. Berlin 2014, S. 8–17, hier S. 11

8 Die Daten nach UAST 10/55 (Karteikarte Zwiauer, Klaus)

9 UAST 10/55 (Karteikarte Zwiauer, Klaus). Unklar sind die weiteren Daten zu Mitgliedschaften in bzw. Austritten aus weiteren NS-Organisationen: So ist eine Mitgliedschaft Zwiauers im NSDStB in der Prozessakte von 1938 erwähnt (vgl. Anm. 1), die im Spruchkammerverfahren (StA Ludwigsburg EL 902/10 Bü 17323) nicht genannt ist. Der Austritt Zwiauers aus der SA ist auf seiner Karteikarte des Studentensekretariats (UAST 10/55) für den 17. 07. 1935 notiert, im Spruchkammerverfahren für das Jahr 1939.

10 Vgl. die Urteilsbegründung in: Herzer, Liebe (wie Anm. 1), S. 14; Herrmann, HJ-Führer (wie Anm. 6), S. 315–317

11 Herzer, Liebe (wie Anm. 1); Zankel, Sönke: Mit Flugblättern gegen Hitler. Der Widerstand um Hans Scholl und Alexander Schmorell. Köln, Weimar, Wien 2008, S. 53–56; Hergemöller, Bernd-Ulrich: Scholl, Hans, in: Mann für Mann. Biographisches Lexikon zur Geschichte von Freundschaft und mann-männlicher Sexualität im deutschen Sprachraum. Bd. 2, Berlin 2010, S. 1976 f.; Zoske, Robert M.: Sehnsucht nach dem Lichte. Zur religiösen Entwicklung von Hans Scholl. München 2014, S. 53–79

NB

N. N. 1

Relegation eines Studenten

Der bulgarische Architekturstudent Mehmet-Ali Aliev Hüseyin schilderte 1947 beim Spruchkammerverfahren gegen den ehemaligen Studentenführer Karlheinz Herzer den Fall eines mit Namen nicht genannten deutschen Studenten, mit dem er eine Wohnung teilte. Dieser Student hatte Angst, dass Herzer herausfand, dass ein Ausländer sein Mitbewohner war. Tatsächlich wurde der deutsche Student von Herzer vorgeladen und aufgrund der Vorwürfe, er sei weder Mitglied der NSDAP noch des NSDStB als „unzuverlässiger Deutscher“ von Herzer der Hochschule verwiesen.

Quellen: StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 42688 Bl. 21 (Schreiben Alievs an die Spruchkammer I Stuttgart v. 11. 04. 1947)

NB

N. N. 2

Relegation einer Studentin/mehrerer Studentinnen

Die Verfolgungsfälle einer oder mehrerer namentlich nicht genannter Studentinnen, die als sogenannte „Mischlinge ersten Grades“ galten oder aus anderen Gründen missliebiger waren und zumindest zeitweise relegiert wurden, sind durch die Aussage des Architekten Paul Betzler bekannt. Im Jahr 1947 schrieb er im Verfahren gegen den ehemaligen Studentenführer Karlheinz Herzer an die Spruchkammer Stuttgart:

Er [Studentenführer Herzer; Zusatz N. B.] hat durch bewusst falsche Ausdeutung von Erlassen politisch andersdenkende Studierende von der Technischen Hochschule Stuttgart ausgeschieden und ihnen dadurch wirtschaftlichen Schaden zugefügt. In meiner Erinnerung sind die Studierenden: Herr [K. F.], Herr Ernst, Herr Ekenrath, mehrere Ausländer (Uscinoff und Angeloff) sowie einige weibliche Studierende, von denen mir der Fall [F. Z.] bekannt ist.

Quellen: StA Ludwigsburg EL902/20 Bü 42688 Bl. 20 (Schreiben Paul Betzlers an die Spruchkammer I Stuttgart v. 16. 04. 1947)

NB

N. N. 3 und N. N. 4

Erschwerung und Verweigerung der Zulassung zweier Kandidaten zum Apothekerexamen aus rassistischen Gründen

Der aus rassistischen Gründen abgelehnte Studienbewerber ↗ Werner Jeremias berichtete 1949:

In einem Falle hatte ein sogenannter jüdischer Mischling I. Grades schon im Juni 1933 gerade noch unter Schwierigkeiten sein Apotheker-Staatsexamen ablegen können. Im zweiten Falle wurde der arische Ehemann (!) eines sogenannten Mischlings I. Grades an der Technischen Hochschule Stuttgart schon im Herbst 1933 nicht mehr zu demselben Examen zugelassen, da hier der grosse ‚Ariernachweis‘ verlangt wurde.

Quellen: StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 2827 Bl. 7 (Schreiben von Werner Jeremias v. 26. 08. 1949 in seiner Wiedergutmachungsakte)

NB

N. N. 5

Verwaltungsbeamter/prekäre Lage wegen Ehe mit „Mischling“

In seinem Spruchkammerverfahren berichtete der ehemalige Rektor Heinrich Hess von einem Verwaltungsbeamten, dessen Namen er nicht nennt, dessen Ehefrau im NS-Staat als „Mischling“ galt. Im November 1944 sollten die mit sogenannten „Mischlingen“ verheirateten Beamten dem Kultministerium gemeldet werden. Die Brisanz des Falls löste sich dadurch, dass die Ehefrau 1945 verstarb.

Quellen: StA Ludwigsburg EL 902/2 Bü 1998 (Spruchkammerakte Hess, Heinrich) Bl. 70, 138

NB

N. N. 6

Zwangsarbeiter oder Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1905 geb.

1942 Juli 13–1942 Sept. 7 Zwangsarbeiter/in („Ostarbeiter Nr. 7“) am Forschungsinstitut für

Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

Quellen: UAS 131/3/78

NB

N. N. 7

Zwangsarbeiter oder Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1919 geb. Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart
1942 Juli 13–1942 Okt 21 Zwangsarbeiter/in (FKFS)
(„Ostarbeiter Nr. 15“) am Forschungsinstitut für

Quellen: UAS131/3/78

NB

N. N. 8

Zwangsarbeiter oder Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1924 geb. Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart
1942 Juli 13–1942 Okt. 28 Zwangsarbeiter/in (FKFS)
(„Ostarbeiter Nr. 22“) am Forschungsinstitut für

Quellen: UAS131/3/78

NB

N. N. 9

Zwangsarbeiter oder Zwangsarbeiterin am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)

1922 geb. Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart
1942 Juli 13–1942 Aug. 11 Zwangsarbeiter/in (FKFS)
(„Ostarbeiter Nr. 24“) am Forschungsinstitut für

Quellen: UAS131/3/78

NB

N. N. 10

Zwangsarbeiterin an der Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung

1944 Juli 17–1944 Aug. 8 Zwangsarbeiterin
an der Materialprüfungsanstalt, Institut für
Bauforschung, als Putzfrau

Die Frau mit unbekanntem Namen stammte wie ihre Kolleginnen an der Materialprüfungsanstalt ↗ Pauline Papkowa und ↗ J. N. wahrscheinlich aus der Sowjetunion. Sie war gezwungen, im Zwangsarbeitslager „Gemeinschaftslager Landhaus“ in Stuttgart-Ost (Ostheim-Schule) zu leben, und erscheint in unserer Quelle als „Ostarbeiterin Nr. 740“.

Quellen: UASt 33/1/2

NB

Der Rektor
der
nischen Hochschule

Einschreiber

Nr.

stud.mach.Wolfgang F a c k e n h e
s t u t t g
Werastr

Beil.

Auf Grund der Ermächtigung des
verbiere ich Ihnen bis zur weiteren
Wirkung die Teilnahme an den Vor-
Betreten der Hochschule.

TEIL III - ANHANG

1 ABKÜRZUNGEN

- ↗ Verweis auf einen biographischen Artikel im Teil II der Dokumentation
- a. o. Prof.** außerordentlicher Professor
- Abb.** Abbildung
- abs.** absolut
- Abs.** Absatz
- Abt.** Abteilung
- Anm.** Anmerkung
- ANSt** Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Studentinnen
- apl. Prof.** außerplanmäßiger Professor
- Art.** Artikel
- BA** Bundesarchiv
- BBG** Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums
- Bd.** Band
- Bl.** Blatt/Blätter
- Bü** Büschel
- Dat.** Datum
- ders.** derselbe
- dies.** dieselbe
- Diss.** Dissertation
- DNVP** Deutschnationale Volkspartei
- ebd.** ebenda
- Fa.** Firma
- FGZ** Forschungsanstalt Graf Zeppelin
- FIST** Flugtechnisches Institut der TH Stuttgart
- FKFS** Forschungsinstitut für Kraftfahrzeugwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart
- geb.** geboren
- gest.** gestorben
- Gestapo** Geheime Staatspolizei
- GEVH** Gesetz über die Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern
- GLA** Generallandesarchiv
- GmbH** Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- Habil.-Schrift** Habilitationsschrift
- Hrsg.** Herausgeber
- HJ** Hitlerjugend
- hs.** handschriftlich
- HStA** Hauptstaatsarchiv
- IBDE** International Biographical Dictionary of Central European Émigrés (Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933)
- Jg.** Jahrgang
- Kap.** Kapitel
- KN** Katja Nagel
- KPD** Kommunistische Partei Deutschlands
- KWG/KWI** Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft/Kaiser-Wilhelm-Institut
- KZ** Konzentrationslager
- MPA** Materialprüfungsanstalt
- NB** Norbert Becker
- NSDAP** Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
- NSDStB** Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
- o. g.** oben genannt
- o. J.** ohne Jahr
- o. O.** ohne Ort
- ord. Prof.** ordentlicher Professor
- Prof.** Professor
- REM** Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Reichserziehungsministerium)
- RGBL** Reichsgesetzblatt
- Rhld.** Rheinland
- RM** Reichsmark
- S.** Seite
- SA** Sturmabteilung
- SD** Sicherheitsdienst der SS
- siehe o.** siehe oben
- sog.** sogenannt(e/er/en)
- SoSe** Sommersemester
- Sp.** Spalte
- SPD** Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- SS** Schutzstaffel
- StA** Staatsarchiv
- StadtA** Stadtarchiv
- TH** Technische Hochschule
- TU** Technische Universität
- u. g.** unten genannt
- UA** Universitätsarchiv
- UAST** Universitätsarchiv Stuttgart
- vgl.** vergleiche
- vermtl.** vermutlich
- WBIS** World Biographical Information System Online
- WHZ** Württembergische Hochschulzeitung
- WS** Wintersemester
- WSZ** Württembergische Studentenzeitung
- z. B.** zum Beispiel
- ZWLG** Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte

2 TABELLEN

Tabelle 1 Zahl der verfolgten Hochschulmitglieder.
Bis jetzt sind an Verfolgungsfällen ermittelt worden:

	Anzahl
entlassene oder amtsverdrängte ord. Professoren	7
entlassene oder amtsverdrängter a.o. Professoren (einschl. Suizid)	6
zeitweise amtsverdrängte ord. Professor	1
Entzug von Lehraufträgen	2
entlassene oder amtsverdrängter Assistenten (einschl. habilitierte Assistenten)	17
Assistenten und wiss. Mitarbeiter in prekärer Lage	2
aus politischen Gründen relegierte Studierende	16 ¹
jüdische und „nichtarische“ Studierende/rassistisch verfolgte Studierende	67 ²
aus anderen Gründen relegierte Studierende (nonkonformes Verhalten, Homosexualität, psychische Erkrankung, Ausländer u.a.)	12 ³
Aberkennung von Doktorgraden	3 ⁴
Aberkennung von Ernennungen zum Ehrensator oder Ehrenbürger	12
Zwangsarbeiter	292 ⁵
Verfolgung von Mitarbeitern aus Technik und Verwaltung	5 ⁶
Gesamtzahl der bekannten Verfolgungsfälle	442

1 Davon mit unbekanntem Namen: 1

2 Davon mit unbekanntem Namen: 2. Relegiert oder verdrängt: 29. Die Gesamtzahl der aus rassistischen Gründen verfolgten Studierenden dürfte bei ca. 100 bis 120 Personen liegen. Siehe hierzu Kapitel 3.3.3.

3 Davon mit unbekanntem Namen: 1

4 Ohne Aberkennung der Ehrendoktorwürden (die Einzelfälle sind nicht bekannt.)

5 Davon mit unbekanntem Namen: 134. Nicht eingerechnet ist eine unbekannte Zahl von „russischen“ Kriegsgefangenen, die am Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) arbeiten mussten.

6 Davon mit unbekanntem Namen: 1

(Vgl. Anhang Register 5.7 Die Verfolgten nach Status und Tatbeständen)

Teil III Anhang

Tabelle 2 Statistik der Studierenden der Technischen Hochschule Stuttgart 1930–1945

Semester	Gesamt	m/dt./vdt.	w/dt./vdt.	m/ausl./fmdv.	w/ausl./fmdv.
WS1930/31	2109	1947	64	94	4
SoSe1931	1916	1769	52	89	6
WS1931/32	1909	1756	67	80	6
SoSe1932	1671	1539	56	73	3
WS1932/33	1690	1555	54	75	6
WS1932/33	1754	1632	52	63	7
SoSe1933	1430	1315	53	58	4
SoSe1933	1498	1369	51	70	8
WS1933/34	1402	1298	51	51	2
WS1933/34	1455	1344	47	58	6
SoSe1934	1130	1051	38	38	3
SoSe1934	1173	1094	36	38	5
WS1934/35	1087	1006	34	46	1
WS1934/35	1123	1049	35	38	1
SoSe1935	975	899	29	47	0
SoSe1935	1000	929	30	41	0
WS1935/36	1042	931	31	80	0
WS1935/36	1072	964	30	77	1
SoSe1936	963	865	21	77	0
SoSe1936	1000	914	12	73	1
WS1936/37	922	822	28	72	0
WS1936/37	989	882	25	80	2
SoSe1937	927	832	22	71	2
Zwischensem. 1937	424	394	1	28	1
WS1937/38	749	674	16	56	3
SoSe1938	797	723	11	59	4
WS1938/39	869	791	13	61	4
SoSe1939	949	858	13	73	5
1. Trim. 1940	398	359	23	16	0
2. Trim. 1940	477	418	37	22	0
3. Trim. 1940	543	449	71	23	0
Winter-Trim. 1941	467	374	63	30	0
SoSe1941	292				
WS1941/42	1108*				
SoSe1942	989*				
WS1942/43	827* ¹				
SoSe1943	1191* ²				
WS1943/44	1180* ³				
SoSe1944	-				
WS1944/45	335 ⁴				

Abkürzungen:

ausl. ausländisch,
dt. deutsch
fmdv. „fremdvölkisch“

m männlich
SoSe Sommersemester
Trim. Trimester

vdt. „volksdeutsch“
w weiblich
WS Wintersemester

Quellen: Die Statistik folgt für den Zeitraum vom Wintersemester 1930/31 bis zum Wintersemester 1936/37: Statistisches Handbuch für Württemberg. 25. Ausgabe, Stuttgart 1937, S. 268; vom Wintersemester 1932/33 bis zum Wintersemester 1941: Zehnjahresstatistik des Hochschulbesuchs und der Abschlussprüfungen. Bearb. v. Charlotte Lorenz. Bd. 1: Hochschulbesuch. Berlin 1943, S. 140–147; ab dem Sommersemester 1941 einer Statistik in UAST 17/36. Ein Vergleich zeigt, dass die Zahlen des Statistischen Handbuchs für Württemberg (in der Tabelle die Zeilen mit den niedrigeren Zahlen) im Durchschnitt 4 Prozent unter den Zahlen der Zehnjahresstatistik von Lorenz liegen. Der Grund hierfür ist, dass die Hochschulverwaltung bzw. das württembergische Kultministerium Studenten für das Semester nicht mitzählten, in dem sie sich exmatrikulierten. Auch wenn sie zu Beginn eines Semesters anwesend waren und Lehrveranstaltungen besuchten, wurde ihre Exmatrikulation auf den Termin des Vorlesungsendes des vorigen Semesters zurückdatiert. Die Zehnjahresstatistik gibt jedoch Zahlen der tatsächlich (zumindest zu Semesterbeginn) anwesenden Studierenden wieder.

Zu beachten ist ferner, dass Lorenz die rassistischen Kategorien „volksdeutsch“ und „fremdvölkisch“ verwendet. Als „Volksdeutsche“ wurden demnach auch Studierende geführt, die keine deutsche Staatsangehörigkeit hatten, jedoch von deutschen Vorfahren abstammten. Den entsprechenden Zahlen vor dem Wintersemester 1932/33 liegt jedoch die tatsächliche Staatsangehörigkeit der Studierenden zugrunde.

* inkl. Fernmatrikulierte; im Durchschnitt dürfte die Zahl der tatsächlich vor Ort anwesenden Studierenden ca. 430 betragen haben.

1 Abweichende Angabe in einer Aufstellung der Abteilung Maschinenbau durch Prof. Otto Cranz (UAST 65/320): 1138

2 Ebd. 752

3 Ebd. 814

4 UAST 17/739; nach Otto Cranz (siehe Anm. 1): 317

Tabelle 3: Entwicklung der Zahlen der jüdischen bzw. „nichtarischen“ Studierenden im Deutschen Reich vom WS 1932/33 bis zum WS 1935/36

Semester	Anzahl der Studierenden				Anteil der jüdischen und „nichtarischen“ Studierenden an der Gesamtzahl der Studierenden in Prozent
	„jüdischer Herkunft“	„nichtarischer Abstammung“	Summe	alle Studierenden	
WS 1932/33	3549	–	–	122 847	2,9
SoSe 1933	1908	3200	5108	115 722	4,4
WS 1933/34	812	2441	3253	106 764	3,0
SoSe 1934	656	1316	1972	95 830	2,1
WS 1934/35	538	1132	1670	89 093	1,9
SoSe 1935	–	935	935	77 535	1,2
WS 1935/36	–	800 ¹	800	81 438	1,0

1 Hierzu handschriftlich hinzugefügt: „d[as] i[st] etwa 1,1%“ (BA Berlin R 4901/992 Bl. 29f.).

Quellen: Für die abs. Zahlen der Studierenden „jüdischer Herkunft“ und „nichtarischer Abstammung“: BA Berlin R 4901/992 Bl. 29f. (Konzept eines Berichts an den deutschen Botschafter in England v. 25.02.1937. Die Botschaft hatte mit Schreiben vom 16.02.1937 beim Reichserziehungsministerium angefragt, wie viele jüdische Studierende es im Deutschen Reich gebe, „da in England die Auffassung herrscht, dass Juden in Deutschland weder studieren noch Abschlussprüfungen ablegen dürfen“). Für die Gesamtzahl der Studierenden: Grütner, Studenten S. 487 Tab. 16. Prozentangaben nach eigener Berechnung. Vgl. Sauer, Schicksale S. 6.

Die Statistik wechselt an zwei Stellen die Grundlagen für die Kategorisierung der erfassten Personengruppen: Bei den für das Wintersemester 1932/33 notierten 3549 jüdischen Studierenden dürfte es sich um „Glaubensjuden“ handeln, deren Zugehörigkeit zu jüdischen Gemeinden Grundlage der Erfassung war. Danach unterscheidet die Statistik offenbar diese „Glaubensjuden“ und die jetzt zusätzlich erfassten sogenannten „nichtarischen“

Teil III Anhang

Studierenden, die keiner jüdischen Gemeinde angehörten, die aber jüdische Eltern oder Großeltern hatten. Es dürfte sich also um diejenigen Personen handeln, die nach den späteren Nürnberger Gesetzen als „Mischlinge ersten“ oder „zweiten Grades“ galten. Ab dem Sommersemester 1934 wurden die Studierenden „jüdischer Herkunft“ offenbar nicht mehr gesondert erfasst, sondern zu den Studierenden mit „nichtarischer Abstammung“ gezählt; sie wurden bis zu den Novemberpogromen 1938 an einigen deutschen Hochschulen noch geduldet (siehe hierzu Kapitel 3.3.4).

Tabelle 4: Rückgang der Zahl jüdischer Studierender an deutschen Hochschulen vom WS 1932/33 bis zum WS 1934/35

Semester	Anzahl der Studierenden			
	„jüdischer Herkunft“		alle Studierenden ohne Studierende „jüdischer Herkunft“	
	abs.	Index	abs.	Index
WS 1932/33	3549	100	119 298	100
SoSe 1933	1908	53,8	113 814	95,4
WS 1933/34	812	22,9	105 952	88,8
SoSe 1934	656	18,5	95 174	79,8
WS 1934/35	538	15,2	88 555	74,2

Quellen: Siehe Tabelle 3.

Der Rückgang des Anteils jüdischer Studierender an deutschen Hochschulen übertrifft den Rückgang der übrigen Studierenden bei Weitem und ist im Jahr 1933 mit 71,1 Prozent gegenüber 11,2 Prozent bei den anderen Studierenden besonders prägnant.

Ein Indiz für die Vertreibung und Verdrängung der sogenannten „volljüdischen“ Studierenden von den Hochschulen ohne formale Rechtsgrundlage ist der Rückgang ihres Anteils an der Gesamtzahl der „nichtarischen“ Studierenden im Wintersemester 1933/34:

Anteil der jüdischen Studierenden an der Gesamtzahl der „nichtarischen“ Studierenden vom SoSe 1933 bis zum WS 1934/35			
Semester	„jüdischer Herkunft“	„nichtarischer Abstammung“	Summe
SoSe 1933	37,4 (1908)	62,6 (3200)	100 (5108)
WS 1933/34	25,0 (812)	75,0 (2441)	100 (3253)
SoSe 1934	33,3 (656)	66,7 (1316)	100 (1972)
WS 1934/35	32,2 (538)	67,8 (1132)	100 (1670)

Quellen: Siehe Tabelle 3.

Während zu Beginn der NS-Herrschaft rund ein Drittel der sogenannten „nichtarischen“ Studierenden offenbar „Glaubensjuden“ waren, ging ihr Anteil an den rassistisch verfolgten Studierenden im Wintersemester 1933/34 hingegen auf ein Viertel zurück. Dieser erhöhte Abgang „volljüdischer“ Studierender von den Hochschulen deckt sich mit den biographischen Daten jüdischer Studierender in Stuttgart, die gerade in der Zeit von 1933 bis 1934 die Technische Hochschule verlassen mussten (↗ Bär, ↗ Oskar Heilbrunn, ↗ Alfred Oren, ↗ Shlomo Pashtan, ↗ Joachim Sopher. Siehe auch ↗ Erich Gebhardt).

Tabelle 5: Zahl aller Studierenden der Technischen Hochschule Stuttgart vom WS 1932/33 bis WS 1944/45 (ohne Fernimmatrikulierte)

WS 1932/33 bis WS 1944/45	6400–6600 Studierende
---------------------------	-----------------------

Um eine Vorstellung zu erlangen, wie groß der Anteil der Studierenden war, die während der NS-Zeit in prekärer Situation an der Technischen Hochschule Stuttgart waren, soll die Gesamtzahl aller Studierenden zwischen 1933 und 1945 ermittelt werden. Da die Matrikelbücher, die dies auf einfachem Weg erlaubt hätten, 1944 verbrannt sind, kann die Zahl der Studierenden in den zwölf Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft nur noch annähernd bestimmt werden:

1. Aufgrund der höchsten Matrikelnummer, die in der fragmentarisch überlieferten Studentenkartei genannt ist (Nr. 5383 = Grasshoff, Heinz: immatrikuliert im WS 1942/43), und den höchsten hierin vorgefundenen Sondermatrikelnummern für die sogenannten „nichtarischen“ Studierenden (93/N/29) und ausländischen Studierenden (93/A/307 = Tzenoff, Tzvetan) kann man erschließen, dass durch die Kartei mindestens 5719 Studierende erfasst waren. Es sind dies Personen, die vom Wintersemester 1935/36 – Zeitpunkt der Einführung der neuen Kartei und der neuen Matrikelnummern – bis zum Kriegsende immatrikuliert waren, sowie Studierende aus der Zeit davor, die zumindest noch im WS 1935/36 immatrikuliert waren und daher durch die Kartei erfasst wurden.
2. Für den Zeitraum vom Wintersemester 1932/33 bis zum Sommersemester 1935 (6 Semester) ist noch die Zahl der Studierenden zu berücksichtigen, die bis zum Sommersemester 1935 exmatrikuliert wurden und für die daher keine Karteikarten mehr angelegt bzw. neue Matrikelnummern vergeben wurden. Auf der Grundlage der bekannten Studentenzahlen des Zeitraums vom Wintersemester 1935/36 bis Frühjahr 1945 ist ein durchschnittlicher Wert pro Semester zu errechnen (5719 Studierende in 21 Semestern/Trimestern entsprechen etwa 272 pro Semester zu zählende Studierende), so erhält man für die Zeit vom Wintersemester 1932/33 bis zum Sommersemester 1935, für sechs Semester also, die Zahl von ca. 1632 Studierenden.
3. Zwischen dem WS 1941/42 und dem WS 1943/44 stieg die Zahl der Studierenden sprunghaft an. Dies ist auf die große Zahl der fernimmatrikulierten Studenten zurückzuführen. Es handelte sich hierbei um Soldaten der Wehrmacht, denen ein Fernstudium ermöglicht wurde. Sie waren nicht in Stuttgart präsent, sollten also bei der Frage, wie groß der Anteil der Studierenden vor Ort in prekärer Situation war, nicht berücksichtigt werden. Die Studentenstatistik vom 1. Trimester 1940 bis Sommersemester 1941 und dann wieder für das WS 1944/45 enthält offenbar nur die Zahlen der Studierenden vor Ort. Der Durchschnitt dieser Semester beträgt 431 Studierende. Zieht man diesen Mittelwert für jedes Semester von den Studentenzahlen für den Zeitraum WS 1941/42 bis WS 1943/44 ab und geht wie oben von einer durchschnittlichen Verweildauer von 3,5 Semestern pro Student aus, so dürfte die Zahl der Fernimmatrikulierten insgesamt bei ca. 750 bis 900 Studenten liegen.

Nach diesen Überlegungen dürften zwischen 1933 und 1945 also zwischen 6400 und 6600 Personen an der TH Stuttgart (vor Ort) studiert haben (ca. 5700 nach der Studentenkartei plus ca. 1600, die zwischen 1933 und 1935 studierten und nicht von der Kartei erfasst wurden minus ca. 750 bis 900 Fernimmatrikulierte).

Teil III Anhang

Tabelle 6: Zahl der ermittelten Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen an der Technischen Hochschule Stuttgart

Einsatzort	Name bekannt		Name unbekannt		
	m	w	m	w	unbek.
Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)	86 ¹	15	-	-	4
Materialprüfungsanstalt (MPA)	52	3	-	1	-
Forschungsanstalt Graf Zeppelin (FGZ)	-	-	117 ²	12 ²	-
andere Institute und Stellen der TH Stuttgart	1	1	-	-	-
Summen	139	19	117	13	4
			m	w	unbek.
Summe Name bekannt und unbekannt			256	32	4
Gesamtzahl			292		

Quellen: Siehe Teil II Biographien der während der NS-Zeit an der Technischen Hochschule Stuttgart Verfolgten

¹ Darunter ein „russischer“ Kriegsgefangener mit bekanntem Namen (≠ Semen Ochmusch) und ein schweizerischer Staatsbürger (≠ Oskar Wyss)

² StadtA Ostfildern NA 932: Liste v. April 1945 (112 Männer, nämlich 80 Italiener und 32 „Russen“); ebd. NA 1289: Juli 1944 (12 Frauen und 5 Männer, alle „Ostarbeiter“)

3 QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

Das Quellen- und Literaturverzeichnis führt Archivbestände, Archivalien, Datenbanken und Literaturtitel auf, die für den Teil I dieser Dokumentation genutzt wurden, d.h. die für die Ermittlung von Sachverhalten, die für das Verfolgungsgeschehen von grundsätzlicher Bedeutung sind, sowie für die systematische Recherche nach den Verfolgten der TH Stuttgart eingesehen wurden. Spezielle Archivalien und Literatur zu einzelnen Verfolgten sind in deren Kurzbiographien angeführt. Datenbanken einzelner Archive, die nicht online, sondern nur in den jeweiligen Archiven benutzbar sind, sind unter diesen Archiven angeführt.

Zahlreiche grundlegende Publikationen, Lexika, Quellensammlungen und Datenbanken konnten mit Hilfe der drei Datenbanken „Residentenliste“ des Bundesarchivs, „DGO – Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert Online: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945“ sowie „World Biographical Information System (WBIS) Online“ (beide K.G.Saur/de Gruyter-Verlag; siehe unter 8.3.2 Datenbanken) genutzt werden. Die hierin enthaltenen Publikationen sind im folgenden Quellen- und Literaturverzeichnis nicht noch einmal aufgeführt.

3.1 Quellen in Archiven

Universitätsarchiv Stuttgart

- 7** Diplomhauptprüfung 1871–1967
- 10** Matrikellisten, Studenten- und Personalverzeichnisse, Promotionsverzeichnisse
- 17** Zentrale Verwaltung, Verwaltungsregistratur 1944–1965
- 33** Otto-Graf-Institut, Forschungs- und Materialprüfungsanstalt für das Bauwesen
- 41** Institut für Technische Mechanik der Maschineningenieure Nr. 41/1, 41/4a, 41/4b
- 44** Sammlung Zeitzeugeninterviews siehe auch das ausführliche Verzeichnis unten Kap. 3.3.
- 57** Personalakten der Beamten 1945ff.
- 65** Zentrale Verwaltung, Verwaltungsregistratur 1943ff.
- 72** Kleinere Sammlungen und Nachlässe
- 114** Personalakten der Angestellten 1945ff.
- 120** Studierenden- und Prüfungseinzelfallakten 1901–1964
- 122** Abteilung für Geisteswissenschaften 1946–1966
- 127** Akten der Ehrenbürger, Ehrensensoren und Ehrendoktoren 1945ff.
- 131** Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS)
- 189** Akademische Wissenschaftliche Verbindung Makaria Stuttgart
- 202** Dokumentation zu Verfolgung und Entrechtung in der NS-Zeit darin insbes. Nr. 202/1: Chr. A. Wäldner, Dokumentation Zwangsarbeit an der Technischen Hochschule Stuttgart 2013
- AA, SA1, SA2, SA3** Pressedokumentation und Schriftenarchiv
- SN 1** Sammlung Johannes H. Voigt

- SN 8** Nachlass Richard Feldtkeller
- SN 9** Nachlass Wilhelm Maier
- SN 10** Nachlass Wilhelm Häbich
- SN 16** Nachlass Erich Regener
- SN 20** Nachlass Helmut G. Heinrich
- SN 26** Nachlass Sascha Magun
- SN 32** Nachlass Wilhelm Bader
- SN 60** Nachlass Walter Körte
- Z 93** Sammlung Richard Weidle
- Z 101, Z 162, Z 360** Korporationen: Jahresberichte und Festschriften
- Z 132** Sammlung Dimiter Batscheff
- Z 173, Z 253** Sammlung Theodor W. Knacke
- Z 801** Nachlass Oskar Bihlmaier
- Z 996** Zentrale Verwaltung, Verwaltungsregistratur 1945ff.
- Z 1000** Rektor
- Matrikeldatenbank:** <http://archiv.ub.uni-stuttgart.de/UAMatrikel/index.php/Hauptseite>

Bundesarchiv Berlin

- NS 38** Reichsstudienführung – Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund (NSDStB) Nr. 2186, 2272, 3624, 3646 [Signaturen des StA Würzburg:] I 00 I 254, I 03 p/253/V, I 03 p 241, I 03 p 254, I 05 g 609, I 06 p 315, I 12 g 281/2, I 12 g 615/1, I 20 g 78/2, I 20 g 88, I 20 g 91/2, I 20 g 95/2, I 21 C 14/4, I 24 g 20, I 24 g 92/2, I 30 131/1, I 33 g 109/2, I 33 g 109/2, I 41 g 212/2, I 50 p 6, I 60 p 471, I 90 p 185/1-3, I 90 p 186/1-2, I 90 p 189, II 11, II 18, II 51, II 67, II 91, II 101, II* 101 α 45, II 103, II 105, II 106, II 108, II* 108 α 52, II 109, II 118, II* 147 α 80, II 158, II 159, II 160, II 161, II* 300 α 213, II* 450 αγ 353, II* 65 γ 604

Teil III Anhang

R 58 Reichssicherheitshauptamt

Nr. 9581–9607, 9631–9633, 9637, 9641

R 3003 Oberreichsanwalt beim Reichsgericht
Nr. 8J339/33

R 3017 Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof
Nr. 17063 (ZB II 0310/6), 1002480 (14 J 59/34)

R 4901 Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Reichserziehungsministerium)
Nr. 309, 312, 992, 2372, 2373, 2374, 2374a, 2374b, 2929, 11863, 12768, 12897, 13125, 13221, 13234, 13623, 13624, 13625, 13626, 13824, 14106, 14143, 14196, 14203, 14524, 15133, 15570, 15595, 15690, 15717, 19003, 19015, 19494, 19994, 20600, 23034, 23044, 23093, 23100, 23197, 23622, 23701, 23746, 23767, 23808, 24037, 24379

R 9361-I Berlin Document Center (BDC)/personenbezogene Unterlagen der NSDAP

Nr. 1764, 2602, 3002, 3259, 26283, 33101

R 9361-II Berlin Document Center (BDC)/personenbezogene Unterlagen der NSDAP
Nr. 190427, 380050, 411353

R 9361-IV Berlin Document Center (BDC)/personenbezogene Unterlagen der Einwanderungszentralstelle (EWZ)
Nr. 93273

R 9361-V Berlin Document Center (BDC)/Reichskulturkammer
Nr. 6139, 6287, 21992, 22198, 30609, 77565, 86322, 99558, 99604, 101021, 103896, 105510, 108189, 120345, 123090, 127853

Datenbanken des Bundesarchivs

Residentenliste. Die Liste der jüdischen Einwohner im Deutschen Reich 1933–1945. 7. Aufl. Stand: 29.11.2013

Volkszählungsdatenbank (Recherche in den Daten der Ergänzungskarten für Angaben über Abstammung und Vorbildung der Volkszählung vom 17. Mai 1939 nach den Schlagworten „Hochschule“ und „Stuttgart“ vom 02.10.2014)

Hauptstaatsarchiv Stuttgart

130b Staatsministerium 1876–1945

Bü 1595

E 383a Wirtschaftsministerium: Personalakten 1876–1945

Bü 256

EA 3/150–EA 3/154 Kultusministerium: Personalakten

EA 4/204 Justizministerium, Wiedergutmachung: Gnadengesuche, Revisionen

EA 99/001 Dokumentationsstelle zur Erforschung der Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933–1945

Bü 163–174

M 430/3 Personalakten von Offizieren und Militärbeamten
Bü 10058

Q1/38 Nachlass Immanuel Herrmann

Staatsarchiv Ludwigsburg

EL 288b II Landesdenkmalamt Baden-Württemberg: Dokumentation der jüdischen Grabsteine in Baden-Württemberg, Fotografien ca. 1980 – ca. 2000
Nr. 72737

EL 350 I Einzelfallakten des Landesamts für die Wiedergutmachung Baden-Württemberg

Bü 1643, 2827, 3247, 4557, 4743, 4843, 5618, 5832, 5834, 5860, 6169, 7170, 7330, 7975, 8463, 8747, 9449, 9793, 12864, 14196, 14456, 21179, 25632, 26170, 26403, 26738, 27542, 27836, 28575, 28742, 28808, 29163, 29273, 29509, 29884, 29971, 35028, 36001, 36219, 37058, 37333, 37886, 37890, 38210, 38240, 38490, 38629, 38802, 41051, 45575, 49692, 55893, 58618, 58811, 58928

Verfahrensakten der Spruchkammern

EL 902/1 Spruchkammer 1 – Aalen
Bü 2597, 3360

EL 902/2 Spruchkammer 2 – Ellwangen
Bü 1998, 2109, 5551

EL 902/3 Spruchkammer 4 – Backnang
Bü 3148, 3913, 4099, 6534, 7900, 8815

EL 902/4 Spruchkammer 6 – Böblingen
Bü 593, 1301, 2133, 4408, 6079, 7813, 10864, 12076

EL 902/5 Spruchkammer 9 – Crailsheim
Bü 699, 945, 1848, 5335, 5341

EL 902/6 Spruchkammer 11 – Esslingen
Bü 817, 1286, 1679, 2425, 4222, 4379, 4601, 6681, 7164, 7795, 8143, 8443, 9161, 9549, 9757, 10732, 11206, 11610, 12820, 13292, 17462, 18310, 20402, 20800, 21308, 24557

EL 902/7 Spruchkammer 14 – Schwäbisch Gmünd
Bü 437, 739, 1123, 4249, 4434, 6594, 6928, 7923, 11695, 12312, 16768

EL 902/8 Spruchkammer 16 – Göppingen mit Geislingen und Eisligen
Bü 995, 2114, 3563, 9739, 9741, 9890, 13420, 14949, 18606, 19823, 20817

EL 902/9 Spruchkammer 20 – Schwäbisch Hall
Bü 169, 719, 1752, 2250, 4144, 4215, 7978, 8025, 8337

EL 902/10 Spruchkammer 22 – Heidenheim
Bü 664, 917, 1856, 6379, 7843, 11580, 17323

EL 902/11 Spruchkammer 24 – Heilbronn (Stadt)
Bü 1372, 1780, 3571, 3620, 4428, 4769, 7681

EL 902/12 Spruchkammer 26 – Heilbronn (Land)
Bü 9348, 9405, 18081, 20673, 20935, 21535

EL 902/13 Spruchkammer 28 – Künzelsau
Bü 5456

3 Quellen- und Literaturverzeichnis

- EL 902/14** Spruchkammer 29 – Leonberg
Bü 563, 734, 1580, 2390, 7712, 9426, 9803, 9999
- EL 902/15** Spruchkammer 30 – Ludwigsburg
Bü 1058, 2858, 3151, 6490, 6732, 7190, 7755, 8641, 9421, 9816, 11279, 11470, 13271, 17680, 17995, 18206, 18342, 18571, 20581, 20720, 20888, 23529, 24456, 24604, 27778, 30653
- EL 902/16** Spruchkammer 33 – Bad Mergentheim
Bü 1002
- EL 902/17** Spruchkammer 34 – Nürtingen
Bü 1471, 1606, 1816, 2459, 6350, 9707, 12186
- EL 902/18** Spruchkammer 35 – Kirchheim/Teck
Bü 603, 2467, 2550, 3049, 3604, 4394, 4866, 5296, 5475, 6221, 6389, 6466, 7101, 7633, 8936
- EL 902/20** Spruchkammer 37 – Stuttgart
Bü 161, 1113, 1580, 1699, 1918, 1938, 2857, 3146, 3531, 4484, 4563, 4657, 5795, 6884, 7337, 7443, 9703, 10362, 10833, 11000, 11434, 11869, 13099, 13779, 13783, 13982, 14366, 14791, 15397, 15654, 15654, 15739, 16509, 16511, 16643, 17232, 17890, 18299, 18508, 18570, 18738, 18939, 21056, 21237, 22842, 22887, 23029, 24322, 24331, 26066, 27580, 27846, 28016, 28243, 28647, 28663, 28950, 31001, 31057, 31216, 32372, 32588, 32592, 32743, 33086, 33377, 33765, 34119, 34194, 38916, 40191, 40823, 40885, 41035, 41294, 41655, 42471, 42688, 43972, 44660, 44733, 45306, 45498, 45664, 46205, 46578, 47451, 47814, 50117, 50311, 50462, 50469, 51147, 51180, 51192, 52291, 55682, 56882, 57185, 57981, 60473, 61077, 61258, 61837, 62037, 62111, 62411, 63294, 63636, 63643, 63714, 64048, 64096, 64164, 64338, 64814, 65836, 66239, 67166, 67348, 67492, 71630, 72103, 72171, 72327, 73356, 73918, 74219, 74916, 75761, 76371, 76789, 76870, 76998, 77065, 77309, 78374, 78397, 78485, 78550, 78643, 78662, 78706, 79462, 79473, 79514, 79675, 79734, 79752, 79990, 80118, 80267, 80374, 80446, 82583, 82722, 83137, 83749, 83828, 83867, 84407, 84685, 85117, 85330, 85633, 85846, 86118, 86190, 86419, 86536, 86549, 86636, 86804, 86821, 86908, 87139, 87380, 87496, 87745, 87835, 88197, 88331, 89008, 89144, 89563, 90069, 90589, 90773, 91613, 91905, 92081, 92124, 92183, 92418, 92519, 92736, 92843, 92870, 92965, 93017, 93167, 93262, 93333, 93814, 93940, 94201, 94421, 94444, 94709, 94730, 95457, 95784, 95826, 96249, 96256, 96271, 96384, 96468, 96626, 97101, 97397, 97570, 98050, 98195, 98410, 98569, 98844, 98924, 98944, 99172, 99586, 99621, 99668, 99671, 99731, 99813, 100487, 100790, 101233, 101303, 101374, 103028, 103317, 103780, 103804, 103820, 103922, 104034
- EL 902/21** Spruchkammer 45 – Ulm (Stadt)
Bü 337, 950, 1051, 1660, 4298, 4833, 4901, 8251, 9219, 11600, 12899, 13173, 13223
- EL 902/22** Spruchkammer 47 – Ulm (Land)
Bü 1439, 12471
- EL 902/23** Spruchkammer 48 – Vaihingen/Enz
Bü 7872
- EL 902/24** Spruchkammer 49 – Waiblingen
Bü 218, 566, 678, 735, 1421, 1555, 1746, 2098, 2127, 3327, 3867, 5223, 7502, 8195, 8487
- EL 902/25** Spruchkammer 50 – Schorndorf
Bü 984, 1469, 1685, 2125, 2711, 3809, 3870, 4278, 6141, 6793, 7025, 7901, 8175, 8193
- EL 903/1** Spruchkammer des Interniertenlagers 72, Ludwigsburg, Krabbenlochkaserne
Bü 719
- EL 903/2** Spruchkammer des Interniertenlagers 74, Ludwigsburg-Oßweil, Flakkaserne
Bü 1669, 2743
- EL 903/3** Spruchkammer des Interniertenlagers 75, Kornwestheim, Ludendorffkaserne
Bü 2395, 4060, 4064
- EL 903/4** Spruchkammer des Interniertenlagers 76, Hohenasperg
Bü 203
- EL 903/5** Spruchkammer des Interniertenlagers 77, Ludwigsburg, Fromannkaserne
Bü 1063
- EL 905/2 II** Zentralspruchkammer Nordwürttemberg: SV-Aktenzeichen
Bü 52
- EL 905/4** Zentralspruchkammer Nordwürttemberg: Handakten öffentlicher Kläger
Bü 40, 736, 1623, 2056, 2387
- EL 905/6 I** Zentralspruchkammern und Zentralberufungskammer Württemberg-Baden: Verfahrenseinstellungsbescheinigungen
Bü 252
- F 201** Stadtdirektion Stuttgart, Passakten
- F 215** Polizeipräsidium Stuttgart 1923-1944
Bü 90, 151, 284, 374, 402, 440, 502, 528, 555, 574
- F 302 III** Amtsgericht Stuttgart: Strafsachen 1931-1934
Bü 54
- K110** SD-Dienststellen in Württemberg und Hohenzollern
Bü 44-46
- K 410 I** Reichs-/Bundesbahndirektion Stuttgart: Personalakten der Bahnbeamten
Bü 5999
- K 746** Reichskammer der Bildenden Künste Landesleitung Stuttgart
Bü 173
- PL 522** NS-Studentenbund Gau Württemberg
Bü 2
- PL 501 II** NSDAP-Gauleitung Württemberg-Hohenzollern
Bü 124

Teil III Anhang

International Tracing Service (ITS)/

Internationaler Suchdienst Bad Arolsen

Zentrale Namenkartei u.a. (siehe die einzelnen Artikel im Teil II: Biographien der während der NS-Zeit an der Technischen Hochschule Stuttgart Verfolgten)

Bodleian Library, University of Oxford

MS SPSL (Archive of the Society for the Protection of Science and Learning)

241/8 fol. 271–295; 243/1 fol. 1–14; 326/3 fol. 121–246; 327/2 fol. 186–274; 500/3 fol. 263–287

Stadtarchiv Stuttgart

122 Protokoll der Gemeinderatssitzung v. 06.09.1946

125/1 Hauptamt, Straßenbenennungen

Nr. 41/16, 30/4, 80/37

140/1 Dokumentation Zwangsarbeiter in Stuttgart 1939–1947

Nr. 10–18

Zwangsarbeiterdatenbank Nr. 14938 u. 15014

Stadtarchiv Ostfildern

D 18, NA 932, 1289

Stadtarchiv Kirchheim unter Teck

Index/Datenbank Fremdarbeiter in Kirchheim unter Teck A 1290; B 3036

Universitätsarchiv Freiburg

B0001 Rektorat, Sachakten der Universitätsverwaltung (1743–1963)

B1/3736, 3737, 3739

Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin

Bestand Universitätsrichter Nr. 3017, 3018

Historisches Archiv der Technischen Universität München

PA Treibs, Alfred (Schreiben A. Treibs an F. Weigand v. 25.01.1960)

Nachlass Paul Schmitthenner, München (in Privatbesitz)

Korrespondenzen von Paul Schmitthenner

Nachlass Paul Bonatz (in Privatbesitz sowie Deutsches Architekturmuseum Frankfurt am Main)

Korrespondenzen von Paul Bonatz

3.2 Datenbanken

Datenbanken einzelner Archive, die nicht online, sondern nur in den jeweiligen Archiven benutzbar sind, werden im Abschnitt 3.1 aufgeführt.

Allgemeines Künstlerlexikon – Internationale Künstlerdatenbank – Online:

<http://www.degruyter.com.dbis4999.han.wlb-stuttgart.de/databasecontent?dbid=akl&dbsource=%2Fdb%2Fakl>

archINFORM. Internationale Architektur-Datenbank: <http://deu.archinform.net/index.htm>

Universitätsarchiv Leipzig: Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger. Nachträgliche Aberkennungen akademischer Grade im Deutschen Reichsanzeiger von 1937 bis 1944:

<https://www.archiv.uni-leipzig.de/geschichte/universitaetsgeschichte/personen/doktorbuch/reichsanzeiger>

DGO – Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert Online: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933-1945/National Socialism, Holocaust, Resistance and Exile 20th Century German History Online: <http://db.saur.de.dbis6568.han.wlb-stuttgart.de/DGO/basicSearch.jsf>

[Archivportal der Niederlande]: <http://www.archieven.nl>

„Testaments to the Holocaust“ (Archives of The Wiener Library London):

<http://gale.cengage.co.uk/product-highlights/history/testaments-to-the-holocaust.aspx>

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Gräbersuche online: <http://www.volksbund.de/graebersuche.html>

World Biographical Information System (WBIS) Online: <http://db.saur.de/WBIS/basicSearch.jsf>

Yad Vashem: Zentrale Datenbank der Namen der Holocaustopfer:

<http://db.yadvashem.org/names/search.html?language=de>

3.3 Zeitzeugeninterviews

Zeitzeugeninterview Norbert Becker mit Dimiter Batscheff am 01.09.1997: UAST Z 132

Zeitzeugeninterview Norbert Becker mit Walter Betting am 14.03.2000: UAST 44/13

Zeitzeugeninterview Norbert Becker mit Hans Eckers am 05.11.2015: UAST 44/15

Transkription eines Interviews von Charles Weiner mit Paul Peter Ewald v. Mai 1968: Center for History of Physics, American Institute of Physics. Desgl. online: http://www.aip.org/history/ohilist/4596_2.html

Transkription eines Interviews mit Paul Ewald zu seiner Tätigkeit an der TH Stuttgart, geführt von Karlheinz Fuchs, aufgezeichnet 1979 bei Ewalds Besuch anlässlich

des 150-jährigen Jubiläums der Universität Stuttgart: UAST SN 1/35

Zeitzeugeninterview Norbert Becker mit A.G. am 24.04.1998: UAST 44/10

Zeitzeugeninterview Norbert Becker mit B.S. 1997: UAST Z 93

Transkription eines Zeitzeugeninterviews von Norbert Becker und Katja Nagel mit Dipl.-Ing. Elisabeth Schmitthenner am 03.04.2014 in München: UAST 44/16

Zeitzeugeninterview Norbert Becker mit Erwin Schopper am 12.08.2003: UAST 44/8

Zeitzeugeninterview Norbert Becker mit K.W. am 11.08.1998: UAST 44/7

3.4 Autobiographische Aufzeichnungen

Alsberg, Dietrich A.: Witness to a Century. A Memoir. Lincoln, USA 2001

Bamann, Eugen: Erinnerungen aus meiner Stuttgarter Dozentenzeit 1931–1935. Zur 150-Jahr-Feier der Gründung der Technischen Hochschule Stuttgart, in: Deutsche Apotheker Zeitung 119, Nr. 12 (22.03.1979), S. 443–450

Bonatz, Paul: Leben und Bauen. Stuttgart 1950

Büchner, Rudolf: Ergebnisse eines Architekturstudiums 1933–1946 an der Technischen Hochschule Stuttgart des cand. arch. Rudolf Büchner. Ausstellung an der Universität Karlsruhe, Fakultät für Architektur. o. D. [1985]

Eberle, Eugen u. Grohmann, Peter: Die schlaflosen Nächte des Eugen E. Erinnerungen eines neuen schwäbischen Jacobiners. Stuttgart 1982

Eckert, Bruno: Erinnerungen, Erzählungen, Erfahrungen ... (Privatdruck) 1982: UAST 72/18

Feldtkeller, Richard: Lebenserinnerungen. hs. Manuskript u. Privatdruck (Auszüge): UAST SN 8/6 und SN 8/24

Goldschmidt, Gertrud: Gedanken über Herkunft und Begegnungen als Entwicklung meines Lebenswegs, in:

Huizi, Maria Elena u. Manrique, Josefina (Hrsg.): Gego [d.i. Gertrud Goldschmidt]: Sabiduras and other texts by Gego. Houston, Texas 2005, S. 241–245

Hoerlin, Bettina: Steps of Courage. My Parent's Journey from Nazi Germany to America. Bloomington, USA 2011

Hückel, Erich: Ein Gelehrtenleben. Ernst und Satire. Weinheim 1975

Hulshoff, Dirk: Vom anderen Deutschland ... (1935–1945), in: Schönheit ruht in der Ordnung. Paul Schmitthenner zum 100. Geburtstag. Ein Gedenkbuch. Bremen 1984, S. 89–95

Leonhardt, Fritz: Baumeister in einer umwälzenden Zeit. Erinnerungen. 2. Aufl. Stuttgart 1998

Mueller-Menckens, Gerhard (Hrsg.): Schönheit ruht in der Ordnung. Paul Schmitthenner zum 100. Geburtstag. Ein Gedenkbuch. 1. Aufl. Bremen-Sebaldsbrück 1984

Offenberg, Gerd: Mosaik meines Lebens. Mainz 1974

Walter, Heinrich: Bekenntnisse eines Ökologen. Erlebtes in acht Jahrzehnten und auf Forschungsreisen in allen Erdteilen. 4. Aufl. Stuttgart, New York 1985

3.5 Publierte Quellen und Online-Quelleneditionen

Ansprachen beim Festakt der Technischen Hochschule Stuttgart zur Feier ihrer Wiedereröffnung am 23. Februar 1946, Stuttgart o.J. [1946]. (Reden und Aufsätze, 14)

Bartrop, Paul R. u. Eisen, Gabrielle (Hrsg.): The Dunera Affair. A Documentary Resource Book. Melbourne 1990

Behnken, Klaus (Hrsg.): Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade)

1934–1940. 7 Bde. Nachdruck 3. Aufl. Frankfurt/Main 1980

Bohn, Willi. Stuttgart, geheim! Widerstand und Verfolgung 1933–1945. 3. Aufl. Frankfurt/Main 1978

Chronik der Stadt Stuttgart. Teil: 1913/18. Hrsg. v. Kohlhaas, Wilhelm. Stuttgart 1967

Chronik der Stadt Stuttgart. Teil: 1933–1945. Hrsg. v. Leipner, Kurt. Stuttgart 1982

Deutsche Hochschulstatistik Bd. 9 (Sommerhalbjahr 1932) und Bd. 10 (Winterhalbjahr 1932/33). Berlin 1933
Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Amtsblatt des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und der Unterrichtsverwaltungen der Länder: <http://goobiweb.bbf.dipf.de/viewer/toc/ZDB991084217/1/>

Die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Baden-Württemberg 1933–1945. Ein Gedenkbuch. Stuttgart 1969 (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, 20 Beibd.)

Ein Führer. Hrsg. vom Allgemeinen Studentenausschuss der Technischen Hochschule und von der Stuttgarter Studentenhilfe e.V. W[inter]-S[emester] 1925/26, Stuttgart o.J. [1925]

Grammel, Richard: Die Technische Hochschule Stuttgart einst und jetzt. Stuttgart 1947 (UAST SA 2/167)

Lorenz, Charlotte (Bearb.): Zehnjahresstatistik des Hochschulbesuchs und der Abschlußprüfungen. Bearb. v. Charlotte Lorenz. Bd. 1: Hochschulbesuch. Berlin 1943

Programm der württembergischen Technischen Hochschule Stuttgart (ab 1935 unter dem Titel: Technische Hochschule Stuttgart. Personal- und Vorlesungsverzeichnis). Studienjahr 1932/33–1944 **Reden und Aufsätze.** Technische Hochschule Stuttgart, 1 (1924) ff.

Regierungsblatt für Württemberg vom Jahr 1933. Stuttgart o. J.

Sauer, Paul (Bearb.): Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime. Im Auftrag der Archivdirektion bearbeitet von Paul Sauer. 2 Teile Stuttgart 1966 (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, 16 u. 17)

Schwartz, Philipp (Hrsg.): List of displaced German scholars. Reprint der Ausgabe London 1936. Neuausgabe hrsg. Koordinationsstelle zur Erforschung der Deutschsprachigen Exil-Literatur. Stockholm 1974

Statistisches Handbuch von Württemberg. 25. Ausgabe, Stuttgart 1937

Strauss, Herbert A.; Buddensieg, Tilmann; Düwell, Kurt (Hrsg.): Emigration. Deutsche Wissenschaftler nach 1933. Entlassung und Vertreibung. Berlin 1987

Student im Braunhemd. Beilage zum Stuttgarter NS-Kurier. Stuttgart 1931–1932

Stuttgarter Hochschulführer. Hrsg. im Auftrag des Vorstandes der Stuttgarter Studentenschaft (später unter dem Titel: Hochschulführer der Technischen Hochschule Stuttgart). Hrsg. für die Studentenschaft der Technischen Hochschule Stuttgart 1926/27–1939/40

Württembergische Hochschulzeitung. Hohenheim, Stuttgart, Tübingen. 1927–1933

Württembergische Studentenzeitung. Amtliches Organ der Studentenschaften Hohenheim, Stuttgart, Tübingen, der Fachhochschulen und Seminare. 1933–WS 1935/36

3.6 Bibliographien

Hemmerle, Oliver Benjamin (Bearb.): Hochschulen 1933–1945 (Bibliographie). Hrsg. v. AStA der Universität Mannheim. Mannheim 1998 (Schriftenreihe des AStA der Universität Mannheim, 4)

Hemmerle, Oliver Benjamin (Bearb.): Hochschulen 1933–1945. Nachtrag zur Bibliographie sowie Übersichten über Rehabilitationen und Gedenken nach 1945. Hrsg. v. AStA der Universität Mannheim (Schriftenreihe des AStA der Universität Mannheim, 6)

Jung, Michael: Literaturübersicht Hochschulen im Nationalsozialismus (Stand Oktober 2015): www.uni-hannover.de/fileadmin/luh/content/webredaktion/universitaet/geschichte/literaturuebersicht_neu.pdf (17.01.2016)

Landesbibliographie Baden-Württemberg online: <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/LABI/home.asp>

Ruck, Michael: Bibliographie zum Nationalsozialismus. Vollständig überarbeitete und wesentlich erweiterte Ausgabe. 2 Bde. Darmstadt 2000

Wein, Susanne: Alles erforscht? Nationalsozialismus in Württemberg und Hohenzollern. Literaturbericht und Bibliografie. Norderstedt 2013

3.7 Literatur

[Anonym]: Großsachsenheim (Stadt Sachsenheim, Landkreis Ludwigsburg). Friedhof des „Krankenlagers“ Großsachsenheim: http://www.alemannia-judaica.de/sachsenheim_friedhof.htm

Adam, Uwe Dietrich: Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich. Tübingen

1977 (Contubernium. Tübinger Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, 23)

Adam, Uwe Dietrich: Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf 1972

Adler, Bruni: Bevor es zu spät ist. Begegnungen mit der Kriegsgeneration. Tübingen 2004

- Alvermann, Dirk:** Die Aberkennung akademischer Grade an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald während der NS-Zeit und ihre Aufhebung 1945-66, in: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 7 (2003), Heft 2, S. 2–23
- Auch, Eva-Maria:** Die Verfolgung jüdischer Hochschul-lehrer in Greifswald, in: „Halte fern dem ganzen Lande jedes Verderben ...“ Geschichte und Kultur der Juden in Pommern. Hildesheim u.a. 1995, S. 429–437 (Haskala. Wissenschaftliche Abhandlungen, 15)
- Axmann, Christine:** Zwangsarbeit im Nationalsozia-lismus. Bedeutung und Funktion des Durchgangslagers für „ausländische“ Arbeitskräfte in Bietigheim mit seinen Krankensammlagern in Pleidelsheim und Großsachsenheim. Magisterarbeit Stuttgart 2004
- Baganz, Carina:** Diskriminierung, Ausgrenzung, Ver-treibung. Die Technische Hochschule Berlin während des Nationalsozialismus. Berlin 2013
- Bartsch, Elisabeth; Kammer, Hilde; Eppenstein-Baukhage, Manon:** Lexikon des Nationalsozialismus. Begriffe, Organisation und Institutionen. Reinbeck/Hamburg 1999
- Bauer, Corinna Isabell:** Architekturstudentinnen in der Weimarer Republik. Bauhaus- und Tessenow-Schülerinnen. Genderaspekte im Spannungsverhältnis von Tradition und Moderne. Kassel 2003
- Bauz, Ingrid; Brüggemann, Sigrid; Maier, Roland (Hrsg.):** Die Geheime Staatspolizei in Württemberg und Hohenzollern. Stuttgart 2013
- Becker, Heinrich:** Aufstellung der Professoren, Privatdozenten, Lehrbeauftragten und Nachwuchswis-senschaftler, die infolge der nationalsozialistischen Maßnahmen die Universität Göttingen verlassen mus-sen, in: Becker, Heinrich; Dahms, Hans-Joachim; Wege-ler, Cornelia (Hrsg.): Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. 2. erw. Aufl. München 1998, S. 709–721
- Becker, Norbert u. Quarthal, Franz (Hrsg.):** Die Universität Stuttgart nach 1945. Geschichte – Entwicklun-gen – Persönlichkeiten. Ostfildern 2004
- Becker, Norbert:** Artikel Stortz, Wilhelm, in: Württember-gische Biographien 2. Stuttgart 2011, S. 283–285
- Becker, Norbert:** Die Entnazifizierung der Technischen Hochschule Stuttgart, in: Becker/Quarthal, Universität Stuttgart nach 1945, S. 35–48
- Bedürftig, Friedemann:** Drittes Reich und Zweiter Weltkrieg. Das Lexikon. München und Zürich 2002
- Bender, Jochen:** Kein Zutritt. Die Geschichte des Scharn-hauser Parks vom Schlöble zur Kaserne, 1783–1992. 2. durchges. Aufl. Ostfildern 1994 (Schriftenreihe des Stadtarchivs Ostfildern, 1)
- Benz, Wolfgang; Graml, Hermann; Weiß, Hermann (Hrsg.):** Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Stuttgart 1997
- Benz, Wolfgang (Hrsg.):** Handbuch des Antisemitis-mus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. 8 Bde. Berlin u. München 2008–2015
- Bleuel, Hans Peter u. Klinnert, Ernst:** Deutsche Studentenschaft auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologien – Programme – Aktionen 1918–1935. Gütersloh 1967
- Blunck, Carl (Hrsg.):** Heinz Wetzel zum Gedenken. Stuttgart 1958
- Bodo, Béla:** The Role of Antisemitism in the Expulsion of non-aryan Students (1933–1945), in: Yad Vashem Studies 30 (2002), S. 189–227
- Böhm, Helmut:** Von der Selbstverwaltung zum Führer-prinzip. Die Universität München in den ersten Jahren des Dritten Reichs (1933–1936). Berlin 1995 (Ludovico Maximiliana. Universität Ingolstadt-Landshut-München. Forschungen und Quellen, Forschungen, 15)
- Böttcher, Karl-Heinz u. Maurer, Bertram:** Stuttgarter Mathematiker. Geschichte der Mathematik an der Universi-tät Stuttgart von 1829 bis 1945 in Biographien. Stuttgart 2008 (Veröffentlichungen des Universitätsarchivs Stutt-gart, 2)
- Böttcher, Karl-Heinz:** Artikel Erich Schönhardt, in: Böttcher/Maurer, Stuttgarter Mathematiker S. 223–226
- Bohn, Willi: Stuttgart:** Geheim! Widerstand und Ver-folgung 1933–1945. 3. Aufl. Frankfurt/Main 1978
- Borchard, Klaus (Hrsg.):** Opfer nationalsozialistischen Unrechts an der Universität Bonn. Gedenkstunde anläßlich der 60. Wiederkehr der Reichspogromnacht. Bonn 1999 (Alma Mater. Beiträge zur Geschichte der Universität Bonn, 88)
- Borst, Otto:** Schule des Schwabenlandes. Geschichte der Universität Stuttgart. Stuttgart 1979
- Bottin, Angela; Nicolaysen, Rainer:** Spuren Ver-triebener und Verfolgter der Hamburger Universität. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Audimax der Universität Hamburg vom 22.2. bis 17.5.1991. Berlin, Hamburg 1992 (Hamburger Beiträge zur Wissenschafts-geschichte, 11)
- Breitbach, Michael:** Das Amt des Universitätsrichters an der Universität Gießen im 19. und 20. Jahrhundert. Zugleich ein Beitrag zu den Doktorentziehungsverfahren zwischen 1933 und 1945, in: Archiv für hessische Ge-schichte 59 (2001), S. 267–334
- Bresan, Uwe:** StifTERS Rosenhaus. Diplomarbeit Bau-haus-Universität Weimar 2007: <http://nbn-resolving.de/urn/resolver.pl?urn:nbn:de:gbv:wim2-20080422-13576>
- Broch, Thomas:** Bildhauer, Maler und ein franziskanischer Mensch. Siegfried Haas: <http://www.drs.de/profil/glaubenszeugnis/zeitzeugen-im-portraet/siegfried-haas.html>
- Bruch, Rüdiger vom:** Die Universität Halle im Kontext. Entlassung und Vertreibung von Hochschullehrern in der NS-Zeit, in: Stengel, Friedemann (Hrsg.): Ausgeschlossen. Zum Gedenken an die 1933–1945 entlassenen Hoch-

Teil III Anhang

schullehrer der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg. Halle 2013, S. XXIII–XXXVI

Bruhn, Mike: Die Jenaer Studentenschaft 1933–1939, in: Hoßfeld, Uwe; John, Jürgen; Lemuth, Oliver; Stutz, Rüdiger: Kämpferische Wissenschaft. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus. Köln, Weimar, Wien 2003, S. 235–261

Buddrus, Michael u. Fritzlar, Sigrid: Die Professoren der Universität Rostock im Dritten Reich. Ein biographisches Lexikon. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte. München 2007 (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, 16)

Bühnen, Matthias; Schaarschmidt, Rebecca: Studierende als Täter und Opfer bei der NS-Machtübernahme an der Berliner Universität, in: Jahr, Christoph u. a. (Hrsg.): Die Berliner Universität in der NS-Zeit. Bd. 1. Strukturen und Personen. Wiesbaden 2005, S. 143–157

Büttner, Ursula (Hrsg.): Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Bd. 2: Verfolgung, Exil, belasteter Neubeginn. Hamburg 1986

Carlé, Walter: Eugen Eisenhut. Geologe, Ornithologe. Nachruf in: Jahreshefte der Gesellschaft für Naturkunde in Württemberg 134 (1979), S. 249–256

Chronik des Corps Stauffia zu Stuttgart. 2 Bde. Privatdruck 2000

Chroust, Peter: Gießener Universität und Faschismus. Studenten und Hochschullehrer 1918–1945. 2 Bde. Münster, New York 1994 (zugl. Diss. Gießen 1993)

Clemens, Ditte: Schweigen über Lilo. Die Geschichte der Liselotte Herrmann. Ravensburg 1993

Deichmann, Ute: Biologen unter Hitler. Porträt einer Wissenschaft im NS-Staat. Überarb. und erw. Neuausg. Frankfurt/Main 1995

Deichmann, Ute: Flüchten, Mitmachen, Vergessen. Chemiker und Biochemiker in der NS-Zeit. Weinheim 2001

Deinert, Juliane: Die Studierenden der Universität Rostock im Dritten Reich. Rostock 2010 (Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte, 11)

Dinckal, Noyan; Dipper, Christof; Mares, Detlev (Hrsg.): Selbstmobilisierung der Wissenschaft. Technische Hochschulen im „Dritten Reich“. Darmstadt 2010

Dipper, Christof; Hanel, Melanie; Schmidt, Isabel: Die TH Darmstadt 1930–1950. Eine erste Erkundung, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 14 (2011), S. 87–124

Ditchen, Henryk: Die Beteiligung Stuttgarter Ingenieure an der Planung und Realisierung der Reichsautobahnen unter besonderer Berücksichtigung der Netzwerke von Fritz Leonhardt und Otto Graf. Berlin 2009 (zugl. Diss. Stuttgart 2009)

Ditchen, Henryk: Ein Fall der Entnazifizierung in Stuttgart. Wie ein Institut einen Beinamen erhalten hat. Berlin 2010

Ditchen, Henryk: Otto Graf. Der Baumaterialforscher. Berlin 2013

Doeberl, Michael (Hrsg.): Das akademische Deutschland. 5 Bde. Berlin 1930–1931

Dolezalek, Carl Martin: Das Institut für Industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb und das Institut für Produktionstechnik und Automatisierung, in: Festschrift anlässlich der Schlüsselübergabe am 26. Juni 1964 für die drei Fertigungsinstitute der Technischen Hochschule Stuttgart. Stuttgart o. J., S. 29–35

Dörner, Heiner: Drei Welten – ein Leben. Prof. Dr. Ulrich Hütter. Hochschullehrer, Konstrukteur, Künstler. Heilbronn 1995

Eberle, Henrik: Die Martin-Luther-Universität [Halle] in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945. Halle 2002

Eberle, Henrik: „Ein wertvolles Instrument“. Die Universität Greifswald im Nationalsozialismus. Köln, Weimar, Wien 2015

Ebert, Hans: Die Technische Hochschule Berlin und der Nationalsozialismus: Politische „Gleichschaltung“ und Rassistische „Säuberungen“, in: Rürup, Wissenschaft Bd. 1, S. 455–468

[Einhundert] 100 Jahre AACs [Akademischer Alpenclub Stuttgart] ASCS [Akademischer Skiclub Stuttgart] 1910–2010. Selbstverlag Stuttgart 2010

[Einhundertfünfundzwanzig] 125 Jahre Hilaritas. 100 Jahre Burschenschaft Hilaritas Stuttgart. Stuttgart 1998

Elkar, Rainer S.: Studieren in Kiel. Eine historisch-politische Zeitreise von den Anfängen bis zur Gegenwart. Husum 2015 (Sonderveröffentlichung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, 77)

Elsässer, Christian: Forschungsmotor Mangel? Die Forschungsanstalt Graf Zeppelin 1943–1945. Unveröffentlichte Bachelorarbeit, Geschichte der Naturwissenschaften und Technik. Universität Stuttgart 2016

Enzyklopädie des Holocaust s. Gutman, Israel
Enzyklopädie des Nationalsozialismus s. Benz, Wolfgang

Es war Unrecht. Die TU Darmstadt rehabilitiert Personen, die während des Nationalsozialismus Titel und Status an der TH Darmstadt entzogen bekamen. Dokumentation des Gedenkaktes an der TU Darmstadt vom 20. Januar 2015. Darmstadt 2015.

Essner, Cornelia: Die „Nürnberger Gesetze“ oder die Verwaltung des Rassenwahns 1935–1945. Paderborn 2002

Faust, Anselm: „Überwindung des jüdischen Intellektualismus und der damit verbundenen Verfallserscheinungen im deutschen Geistesleben“. Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund, in: Scholtyseck, Universitäten und Studenten im Dritten Reich, S. 107–114

Faust, Anselm: Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik. 2. Bde. Düsseldorf 1973 (Geschichte und Gesellschaft. Bochumer historische Studien)

Festschrift zur Feier des 100-jährigen Bestehens der Akademisch-Wissenschaftlichen Verbindung Makaria an der Universität Stuttgart 1875–1975. Stuttgart o. Dat. [1975]

Fijal, Andres: Die Rechtsgrundlagen der Entpflichtung jüdischer und politisch mißliebiger Hochschullehrer nach 1933 sowie des Umbaus der Universitäten im nationalsozialistischen Sinne, in: Fischer, Wolfram u. a. (Hrsg.): Exodus von Wissenschaften aus Berlin. Berlin, New York 1994 (Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Forschungsbericht, 7), S. 101–115

Forsbach, Ralf: „Des Tragens eines deutschen akademischen Grades unwürdig“. Der Entzug von Doktorgraden während des Nationalsozialismus und die Rehabilitierung der Opfer am Beispiel der Universität Bonn, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 67 (2003), S. 284–299

Fraenkel, Daniel: Lexikon der Gerechten unter den Völkern. Bd. [1]: Deutsche und Österreicher. Göttingen 2005

Fraenkel, Ernst und Brünneck, Alexander von: Der Doppelstaat. 2. Aufl. Hamburg 2001

Frankl, Wolfgang: Cenni sulla mia vita fino all'incontro con Mario Ridolfi, in: Brunetti, Fabrizio; Milani, Paolo; Signori, Paola (Hrsg./Bearb.): Mario Ridolfi. Poggibonsi 1984, S. 75–77

Freimark, Peter: Juden an der Hamburger Universität, in: Krause/Huber/Fischer, Hochschulalltag im Dritten Reich Teil I, S. 125–147

Freise, Gerda: Der Nobelpreisträger Professor Dr. Heinrich Wieland. Zivilcourage in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Lill, Rudolf u. Eisele, Klaus (Hrsg.): Hochverrat? Neue Forschungen zur „Weißen Rose“. Konstanz 1999, S. 79–100

Freytag, Matthias: Stuttgarter Schule für Architektur 1919 bis 1933. Versuch einer Bestandsaufnahme in Wort und Bild. Stuttgart 1996 (zugl. Diss. Stuttgart 1996)

Frommer, Gabriele (Hrsg.): Siegfried Haas. Bildhauer, Zeichner und Maler. 1. Aufl. Lindenberg im Allgäu 2008

[Fünfundsiebzig] 75 Jahre FKFS. Ein Rückblick.

Eine Chronik des Forschungsinstituts für Kraftfahrzeugwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart – FKFS – aus Anlass seines 75-jährigen Bestehens 1930–2005. Stuttgart 2005

[Fünfundsiebzig] 75 Jahre FKFS. Forschung 1930–2005. 2 DVDs. Anhang zur Chronik. Stuttgart 2013

Gerstengarbe, Sybille: Die erste Entlassungswelle von Hochschullehrern deutscher Hochschulen aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. 4. 1933, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 17 (1994), S. 17–39

Giles, Geoffrey J.: Students and National Socialism in Germany. Princeton, N.J. 1985

Giovannini, Norbert: Zwischen Republik und Faschismus. Heidelberger Studentinnen und Studenten 1918–1945. Weinheim 1990

Grammel, Ursula: Paul Stohrer. Architekt in der Zeit des Wirtschaftswunders. Stuttgart u. London 2012

Grenville, John A. S.: Die „Endlösung“ und die „Judenmischlinge“ im Dritten Reich, in: Büttner, Das Unrechtsregime Bd. 2, S. 90–121

Grün, Bernd: Die Radikalisierung der Studentenschaft in der Weimarer Republik und der Wehrsport 1930–1935, in: Martin, 550 Jahre Albert-Ludwigs-Universität Freiburg Bd. 3, S. 308–330

Grüttner, Michael: „Ein stetes Sorgenkind für Partei und Staat“. Die Studentenschaft 1930 bis 1945, in: Krause/Huber/Fischer, Hochschulalltag im Dritten Reich Teil I, S. 201–236

Grüttner, Michael: Studenten im Dritten Reich. Paderborn u.a. 1995

Grüttner, Michael: Machtergreifung als Generationenkonflikt. Die Krise der Hochschulen und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Bruch, Rüdiger vom; Kaderas, Brigitte (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2002, S. 339–353

Grüttner, Michael: Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik. Studien zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte. Heidelberg 2004

Grüttner, Michael u. Kinas, Sven: Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten 1933–1945, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 55 (2007), S. 123–186

Grüttner, Michael: Die „Säuberung“ der Universitäten. Entlassungen und Relegationen aus rassistischen und politischen Gründen, in: Scholtzseck, Universitäten und Studenten im Dritten Reich, S. 23–39

Grüttner, Michael (Hrsg.): Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert. Göttingen 2010

Grüttner, Michael: Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen 1918–1945. Geschichte der Universität Unter den Linden. Berlin 2012

Grüttner, Michael u. Benz, Wolfgang (Hrsg.): Das Dritte Reich: 1933–1939, in: Handbuch der deutschen Geschichte Bd. 19: 20. Jahrhundert (1918–2000). 10. Aufl. Stuttgart 2014

Grüttner, Michael: Brandstifter und Biedermänner. Deutschland 1933–1939. Stuttgart 2015

Gutman, Israel; Jäckel, Eberhard; Longenrich, Peter; Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. 3 Bde. Berlin 1993

Hammerstein, Notker: Die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Bd. 1: Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule 1914–1950. Göttingen 2012

Handbuch des Antisemitismus s. Benz, Wolfgang

Hanel, Melanie und Schmidt, Isabel: Zwischen Ausgrenzung und Duldung. Die Geschichte der TH Darmstadt und ihrer jüdischen Studierenden 1933–1950, in: *Aschkenas* 21 (2013), S. 201–228

Hanel, Melanie: Normalität unter Ausnahmebedingungen. Die TH Darmstadt im Nationalsozialismus. Darmstadt 2014

Happ, Sabine: Die Aberkennung von Doktorgraden an der Universität Münster in den Jahren 1920 bis 1960, in: Thamer, Hans Ulrich; Droste, David; Happ, Sabine (Hrsg.): *Die Universität Münster im Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Brüche zwischen 1920 und 1960*. Münster 2012 (Veröffentlichungen des Universitätsarchivs Münster, 5). Bd. 1, S. 135–161

Happ, Sabine: Politisch und nicht politisch motivierte Aberkennung von akademischen Graden. Eine Auswertung der Rundschreiben deutscher Universitäten in der NS-Zeit, in: Happ, Sabine u. Nonn, Ulrich (Hrsg.): *Vielfalt der Geschichte. Lernen, Lehren und Erforschen vergangener Zeiten*. Festgabe für Ingrid Heidrich zum 65. Geburtstag. Berlin 2004, S. 283–296

Harlander, Tilman u. Pyta, Wolfram (Hrsg.): *NS-Architektur: Macht und Symbolpolitik*. Berlin 2010 (Kultur und Technik. Schriftenreihe des Internationalen Zentrums für Kultur- und Technikforschung (IZKT) der Universität Stuttgart, 19)

Harrecker, Stefanie: Degradierte Doktoren. Die Aberkennung der Doktorwürde an der Ludwig-Maximilians-Universität München während der Zeit des Nationalsozialismus. München 2007 (Beiträge zur Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München, 2)

Hartshorne, Edward Y.: *The german universities and national socialism*. 1. publ. Cambridge 1937

Häußermann, Martin Carl: Quellen zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in den baden-württembergischen Staatsarchiven, in: *Unterlagen der Nachkriegszeit als Quellen zur Geschichte des Dritten Reichs*. Vorträge eines quellenkundlichen Kolloquiums im Rahmen der Heimattage Baden-Württemberg am 13. Oktober 2001 in Bad Rappenau. Stuttgart 2004, S. 15–24

Heiber, Helmut: *Universität unterm Hakenkreuz*. 2 Teile/3 Bde. München u.a. 1991–1994

Herbert, Ulrich (Hrsg.): *Europa und der „Reichseinsatz“*. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945. Essen 1991

Herbert, Ulrich: *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*. Neuaufl. Bonn 1999

Herbert, Ulrich: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. Bonn 2003 (Schriftenreihe/Bundeszentrale für Politische Bildung, 410)

Hildebrandt, Klaus: *Universitäten im „Dritten Reich“*. Eine historische Betrachtung, in: Becker, Thomas (Hrsg.): *Zwischen Diktatur und Neubeginn*. Die Universität Bonn im „Dritten Reich“ und in der Nachkriegszeit. Bonn 2008, S. 13–22

Hirzel, Susanne: *Vom Ja zum Nein*. Eine schwäbische Jugend 1933–1945. Tübingen 1998

Höpfner, Hans-Paul: *Die Universität Bonn im Dritten Reich*. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft. Bonn 1999 (Academica Bonnensia. Veröffentlichungen des Archivs der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, 12)

Hoepke, Klaus-Peter: Auswirkungen der nationalsozialistischen Rassenpolitik an der Technischen Hochschule Fridericiana Karlsruhe 1933–1945, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberheims* 137 (1989), S. 383–413

Hoepke, Klaus-Peter: *Geschichte der Fridericiana*. Stationen in der Geschichte der Universität Karlsruhe (TH) von der Gründung 1825 bis zum Jahr 2000. Hrsg. v. Grünthal, Günther; Nippert, Klaus; Steinbach, Peter. Karlsruhe 2007

Hoffmann, Michael u.a. (Bearb.): *„Reichskristallnacht“ – Der Pogrom im November 1938 in Stuttgart*. Ein Quellen- und Arbeitsbuch für den Geschichtsunterricht. Stuttgart 2008

Hopmann, Barbara: *Zwangsarbeit bei Daimler-Benz*. Stuttgart 1994

Hoßfeld, Uwe; John, Jürgen; Lemuth, Oliver; Stutz, Rüdiger: *Kämpferische Wissenschaft*. Zum Profilwandel der Jenaer Universität im Nationalsozialismus, in: dies. (Hrsg.): *Im Dienst an Volk und Vaterland*. Die Jenaer Universität in der NS-Zeit. Köln, Weimar, Wien 2005, S. 1–126

Jäckel, Eberhard: Neues von Lilo Herrmann, in: *Stuttgarter Uni-Kurier* 37 (Dez. 1988) S. 1f.; ebd. 41 (Okt. 1989) S. 8; ebd. 57 (Jan. 1993) S. 5

Jahnke, Karl Heinz: *Jugend im Widerstand 1933–1945*. 2. Aufl. Frankfurt/Main 1985

Jahnke, Karl-Heinz: *Ermordet und ausgelöscht*. Zwölf deutsche Antifaschisten. Freiburg 1995

Jarausch, Konrad: *Die Vertreibung der jüdischen Studenten und Professoren von der Berliner Universität unter dem NS-Regime*, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 1 (1998), S. 112–133

Jooß, Rainer: *Erich Keller (1894–1977)*, in: *Lächele*, *Wir konnten uns nicht entziehen*, S. 287–298

Jordan, Udo: *„Studenten des Führers“*. Studentenschaft nach 1933, in: *Frontabschnitt Hochschule*. Die Gießener Universität im Nationalsozialismus. Gießen 1982, S. 68–99

Jung, Michael: *„Voll Begeisterung schlagen unsere Herzen zum Führer“*. Die Technische Hochschule Hannover und ihre Professoren im Nationalsozialismus. Norderstedt 2013

Jung, Michael u. Barricelli, Michele: *Technische Hochschulen in der Zeit des Nationalsozialismus*. Konferenz

an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover 11./12. Mai 2015, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 18 (2015), S. 261–269

Kalkmann, Ulrich: Die Technische Hochschule Aachen im Dritten Reich (1933–1945). Aachen 2003 (Aachener Studien zu Technik und Gesellschaft, 4)

Kater, Michael H.: Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik. Hamburg 1975 (Historische Perspektiven, 1)

Kaupp, Peter: Burschenschaft und Antisemitismus. Dieburg 2004 (www.burschenschaftsgeschichte.de/pdf/kaupp_antisemitismus.pdf)

Kellershorn, Helmut: Im „Dienst an der nationalsozialistischen Revolution“. Die Deutsche Gildenschaft und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus, 2004 (<http://www.diss-duisburg.de/2004/09/im-%E2%80%99Edienst-an-der-nationalsozialistischen-revolution%E2%80%9C/>)

Kempf, Christian: „Jüdische Mischlinge“ und Mischehen unter der Herrschaft des NS-Regimes. Mit Schwerpunkt auf den Verhältnissen in Stuttgart. Magisterarbeit, Universität Stuttgart 2002

Kleinmanns, Joachim u. Weber, Christiane (Hrsg.): Fritz Leonhardt 1909–1999. Die Kunst des Konstruierens. Stuttgart u. London 2009

Klemmer, Klemens: Jüdische Baumeister in Deutschland. Architektur vor der Shoah. Stuttgart 1998

Krause, Eckart; Huber, Ludwig; Fischer, Holger (Hrsg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933–1945. 3 Teile. Berlin u. Hamburg 1991 (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, 3)

Kreutz, Wilhelm: Studenten im Kampf für die Weimarer Republik. Vom „Reichskartell der Republikanischen Studenten“ zum „Republikanischen Studentenbund“ (1922–1933), in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 17 (2014), S. 185–199

Kuder, Ulrich (Hrsg.): Architektur und Ingenieurwesen zur Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933–1945. Im Auftrag des Rektorats u. des Zentrums für Technik und Gesellschaft der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus. Berlin 1997

Kunze, Rolf-Ulrich: Die Studienstiftung des deutschen Volkes seit 1925. Zur Geschichte der Hochbegabtenförderung in Deutschland. Berlin 2001 (Edition Bildung und Wissenschaft, 8)

Kröner, Peter: Vor fünfzig Jahren. Die Emigration deutschsprachiger Wissenschaftler 1933–1939. Im Auftrag der Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte zusammengestellt. Wolfenbüttel 1983.

Lächele, Rainer u. Thierfelder, Jörg (Hrsg): Wir konnten uns nicht entziehen. 30 Porträts zu Kirche und Nationalsozialismus in Württemberg. Stuttgart 1998

Lambrecht, Ronald: Politische Entlassungen in der NS-Zeit. Vierundvierzig biographische Skizzen von Hochschullehrern der Universität Leipzig. Leipzig 2006 (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Reihe B, Bd. 11)

Lang, Hans-Joachim: Jüdische Lehrende und Studierende in Tübingen als Opfer des Nationalsozialismus, in: Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus. Stuttgart 2010 (Contubernium. Tübinger Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, 73), S. 609–628

Langewiesche, Dieter: Die Universität Tübingen in der Zeit des Nationalsozialismus: Formen der Selbstgleichschaltung und Selbstbehauptung, in: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997), S. 618–646

Lauf, Peter: Jüdische Studierende an der Universität Köln 1919–1934. Köln, Weimar, Wien 1991 (Studien zur Geschichte der Universität Köln, 11)

Leisen, Adolf: Die Ausbreitung des völkischen Gedankens in der Studentenschaft der Weimarer Republik. Diss. Heidelberg 1964

Letsche, Lothar: Neues über Lilo Herrmann und ihre Mitkämpfer (1993), in: Lilo Herrmann, eine Stuttgarter Widerstandskämpferin. Stuttgart 1993, S. 67–91

Lexikon des Nationalsozialismus s. Bartsch, Elisabeth

Lienert, Matthias: Die Studenten der Technischen Hochschule Dresden unter dem Nationalsozialismus, in: Dresdener Hefte. Beiträge zur Kulturgeschichte 35 (1993), S. 5–25

Lilo Herrmann, eine Stuttgarter Widerstandskämpferin. Stuttgart 1993

Lotfi, Gabriele: KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich. Stuttgart 2000

Mahrholz, Werner: Geschichtliche Stellung der Freistudentenschaft, in: Doeberl, Das akademische Deutschland Bd. 2, S. 593–599

Maier, Helmut: Dreistoffsysteme, Zinkzünder und Reaktormetalle – Werner Köster, in: Becker/Quarthal, Universität Stuttgart nach 1945, S. 178–181

Maier, Helmut: Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900–1945/48. 2 Bde. Göttingen 2007 (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, 1–2)

Maier, Helmut: Forschung für den „autarken Wehrstaat“. Technische Hochschulen im „Dritten Reich“, in: Dinçkal/Dipper/Mares, Selbstmobilisierung, S. 25–45

Maier, Helmut: Forschungsräte, Amerikabomber und „Holländer“. Das FKFS im forschungs- und rüstungspolitischen Kontext 1930–1945, in: 75 Jahre FKFS. Ein Rückblick. Eine Chronik des Forschungsinstituts für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart – FKFS – aus Anlass seines 75-jährigen Bestehens 1930–2005. Stuttgart 2005, S. 73–108

Maier, Helmut: Chemiker im Dritten Reich. Die Deutsche Chemische Gesellschaft und der Verein Deutscher Chemiker im NS-Herrschaftsapparat. Weinheim 2015

Marsch, Ulrich: Zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Industrieforschung in Deutschland und Großbritannien 1880–1936. Paderborn u. a. 2000 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, 47)

Martin, Bernd: Universität im Umbruch: Das Rektorat Heidegger 1933/34, in: John, Eckhard u. a. (Hrsg.): Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus. Freiburg, Würzburg 1991, S. 9–24

Martin, Bernd: Die Entlassung der jüdischen Lehrkräfte an der Freiburger Universität und die Bemühungen um ihre Wiedereingliederung nach 1945, in: Freiburger Universitätsblätter 129 (Sept. 1995), S. 7–46

Martin, Bernd (Hrsg.): [Fünfhundertfünfzig] 550 Jahre Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Bd. 3: Von der Badischen Hochschule zur Hochschule des 21. Jahrhunderts. Freiburg 2007

Merz, Hans-Georg: Der Nationalsozialismus im Vormarsch. Politische Versammlungen im Hochschwarzwald, in: Archivnachrichten. Quellenmaterial für den Unterricht 20 (Mai 2000), S. 1–8

Meyer, Beate: Jüdische Mischlinge. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945. 2. Aufl. Hamburg 2001 (Studien zur jüdischen Geschichte, 6)

Molitor, Stephan: Spruchkammerverfahrensakten. Überlieferung zur Entnazifizierung als Quelle für die NS-Zeit, in: Unterlagen der Nachkriegszeit als Quellen zur Geschichte des Dritten Reichs. Vorträge eines quellenkundlichen Kolloquiums im Rahmen der Heimattage Baden-Württemberg am 13. Oktober 2001 in Bad Rappenau. Stuttgart 2004, S. 7–14

Mommsen, Hans: Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik. Stuttgart 1966 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte)

Moritz, Werner: Die Aberkennung des Dokortitels an der Universität Heidelberg während der NS-Zeit, in: Kohnle, Armin u. Engehausen, Frank (Hrsg.): Zwischen Wissenschaft und Politik. Studien zur deutschen Universitätsgeschichte. Festschrift für Eike Wolgast. Stuttgart 2001, S. 540–562

Mühl-Benninghaus, Sigrun: Das Beamtentum in der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Zu Entstehung, Inhalt und Durchführung der einschlägigen Beamtengesetze. Düsseldorf 1996 (Schriften des Bundesarchivs, 48)

Mühlberger, Kurt: Dokumentation vertriebene Intelligenz 1938. Der Verlust geistiger und menschlicher Potenz an der Universität Wien von 1928 bis 1945. 2. Aufl. Wien 1993

Müller, Hans-Harald; Schöberl, Joachim: Karl Ludwig Schneider und die Hamburger „Weiße Rose“. Ein Beitrag

zum Widerstand von Studenten im „Dritten Reich“, in: Krause/Huber/Fischer, Hochschulalltag im Dritten Reich Teil I, S. 423–437

Müller, Julia: Die Akademie der Bildenden Künste und die Kunstgewerbeschule in Stuttgart in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Büttner, Nils; Zieger, Angela (Hrsg.): Rücksichten. 250 Jahre Akademie der Bildenden Künste Stuttgart. Ein Lesebuch. Stuttgart 2011, S. 155–178

Müller, Roland: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus. Stuttgart 1988

Mussnug, Dorothee: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Zur Geschichte der Ruprecht-Karls-Universität nach 1933. Heidelberg 1988 (Heidelberger Abhandlungen zur Mittleren und Neueren Geschichte, 2)

Nagel, Anne Christine (Hrsg.): Die Philipps-Universität Marburg im Nationalsozialismus. Dokumente zu ihrer Geschichte. Stuttgart 2000 (Pallas Athene. Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, 1)

Naser, Gerhard (Hrsg.): Lebenswege Creglinger Juden. Das Pogrom von 1933. 3. Aufl. Bergatreute 2002

Nationalsozialistische Unrechtsmaßnahmen an der Technischen Hochschule Hannover. Beeinträchtigungen und Begünstigungen von 1933 bis 1945. Hrsg. v. Präsidium der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover. Petersberg 2016

Neupert, Karl (Hrsg.): Von der Stadtbaukunst 1940: Heinz Wetzel. Kiel 1966 (Studien zur Siedlungsgestaltung, 3)

Noakes, Jeremy: „Wohin gehören die ‚Judenmischlinge‘?“ Die Entstehung der ersten Durchführungsverordnung zu den Nürnberger Gesetzen, in: Büttner, Das Unrechtsregime Bd. 2, S. 69–89

Noakes, Jeremy: Nazi Policy towards German-Jewish Mischlingen 1933–1945, in: Leo Baeck Institute. Yearbook 34 (1989), S. 291–356

Olenhusen, Albrecht Götz von: Die „nichtarischen“ Studenten an den deutschen Hochschulen. Zur nationalsozialistischen Rassenpolitik 1933–45, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14 (1966), S. 175–206

Orth, Karin: Die NS-Vertreibung der jüdischen Gelehrten. Die Politik der Deutschen Forschungsgemeinschaft und die Reaktion der Betroffenen. Göttingen 2016

Pabst, Martin: Die Geschichte der Technischen Universität München, in: Technische Universität München. Die Geschichte eines Wissenschaftsunternehmens. Bd. 1, Berlin 2006

Pampe, Ulrike (Red.): Heinz Wetzel und die Geschichte der Städtebaulehre an deutschen Hochschulen. Eine Veröffentlichung des Städtebaulichen Instituts der Universität Stuttgart zum 100. Geburtstag von Heinz Wetzel am 19. Okt. 1982. Stuttgart 1982

Philipp, Klaus Jan u. Jessen, Johann (Hrsg.): Der Städtebau der Stuttgarter Schule. Berlin und Münster 2015

Philipp, Klaus Jan u. Renz, Kerstin (Hrsg.): Architekturschulen. Programm, Pragmatik, Propaganda. (Publika-

tionen der Universität Stuttgart, Institut für Architekturgeschichte). Tübingen und Berlin 2012

Pollmann, Klaus Erich: Die nationalsozialistische Hochschulpolitik und ihre Wirkungen in Braunschweig, in: Kertz, Walter (Hrsg.): Technische Universität Braunschweig. Vom Collegium Carolinum zur Technischen Universität 1745–1995. Hildesheim, Zürich, New York 1995, S. 443–465

Pommerin, Reiner: Geschichte der TU Dresden 1828–2003. Köln, Weimar, Wien 2003 (175 Jahre TU Dresden, 1)

Posch, Herbert; Ingrisch, Doris; Dressel,

Gert: „Anschluß“ und Ausschluss 1938. Vertriebene und vertriebene Studierende der Universität Wien. Wien, Berlin, Münster 2008

Potthoff, Jürgen u. Schmid, Ingobert C.: Wunibald I. E. Kamm. Wegbereiter der modernen Kraftfahrttechnik. Heidelberg u. a. 2012

Raberg, Frank: Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933. Stuttgart 2001

Reichel, Peter (Hrsg.): Der Nationalsozialismus – die zweite Geschichte: Überwindung, Deutung, Erinnerung. München 2009

Reininghaus, Wilfried u. Reimann, Norbert (Hrsg.): Zwangsarbeit in Deutschland 1939–1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien. Bielefeld 2001

Rückl, Steffen; Schultze, Winfried; Noack, Karl Heinz: Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangeneneinsatz an der Berliner Universität 1933 bis 1945, in: Jahr, Christoph u. a. (Hrsg.): Die Berliner Universität in der NS-Zeit. Bd. 1. Strukturen und Personen. Wiesbaden 2005, S. 205–225

Rürup, Reinhard (Hrsg.): Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879–1979. 2 Bde. Berlin 1979

Sauer, Paul: Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933–1945. Statistische Ergebnisse der Erhebungen der Dokumentationsstelle bei der Archivdirektion Stuttgart und zusammenfassende Darstellung. Stuttgart 1969 (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, 20)

Sauer, Paul: Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Ulm 1975

Schäfer, Annette: Durchgangs- und Krankensammellager im Zweiten Weltkrieg. Schnittstellen zwischen „Arbeit“ und „Vernichtung“ beim Zwangsarbeitereinsatz, in: Frewer, Andreas u. Siedbürger, Günther (Hrsg.): Medizin und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Frankfurt/Main 2004, S. 203–230

Schäfer, Annette: Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik. Russische und polnische Arbeitskräfte in Württemberg 1939–1945. Stuttgart 2000 (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, 143)

Schätzke, Andreas: Transatlantische Moderne. Deutsche Architekten im lateinamerikanischen Exil. Münster 2015

Schallner, Berit: Repressionen, Restriktionen, Vorschriften: Kölner Studierende im Visier des Regimes, in: Szöllösi-Janze, Margit (Hrsg.): Zwischen „Endsieg“ und Examen. Studieren an der Universität Köln 1943–1948. Brüche und Kontinuitäten. Nümbrecht 2007, S. 19–35

Schellbach, Artur: Die Auswirkungen der antijüdischen Rassenpolitik im Lehrkörper der Universität Halle-Wittenberg in der Zeit der NS-Diktatur, in: 300 Jahre Juden in Halle. Leben – Leistung – Leiden – Lohn. Halle 1992 (Dokumente und Beiträge, 1), S. 293–311

Schmidt, Isabel: Nach dem Nationalsozialismus. Die TH Darmstadt zwischen Vergangenheitspolitik und Zukunftsmanagement (1945–1960). Darmstadt 2015

Schmitz-Berning, Cornelia: Vokabular des Nationalsozialismus. 2. Aufl. Berlin 2007

Schmoeckel, Dieter: Geschichte des Corps Rhenania Stuttgart 1859–1994. Stuttgart 1994

Schneider, Ulrich: Widerstand und Verfolgung an der Marburger Universität 1933–1945, in: Kramer, Dieter u. Vanja, Christina (Hrsg.): Universität und demokratische Bewegung. Ein Lesebuch zur 450-Jahrfeier der Philipps-Universität Marburg. Marburg 1977 (Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, 5), S. 219–256

Schnerr, Wolfgang: Forscher, Lehrer, Organisator – Richard Grammel, in: Becker/Quarthal, Universität Stuttgart nach 1945, S. 248–252

Schölzel, Christian: Verbündete als Zwangsarbeiter. Arbeiter aus dem „Unabhängigen Staat Kroatien“ im „Großdeutschen Reich“ 1941–1945, in: Linne, Karsten u. Dierl, Florian (Hrsg.): Arbeitskräfte als Kriegsbeute: Der Fall Ost- und Südosteuropa 1939–1945. Berlin 2011, S. 199–209

Schöpfer, Otto: Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Ein Abriss aus seiner Geschichte an der technischen Hochschule Stuttgart, in: Hochschulführer der Technischen Hochschule Stuttgart 1936/37. Würzburg o. J. [1936], S. 54–57

Scholtzseck, Joachim (Hrsg.): Universitäten und Studenten im Dritten Reich. Bejahung, Anpassung, Widerstand. XIX. Königswinterer Tagung vom 17. – 19. Februar 2006. Berlin 2008 (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944, 9)

Schottlaender, Rudolf: Verfolgte Berliner Wissenschaft. Ein Gedenkwerk. Berlin 1988 (Stätten der Geschichte Berlins, 23)

Schröder, Anette: Vom Nationalismus zum Nationalsozialismus. Die Studenten der Technischen Hochschule Hannover von 1925 bis 1938. Hannover 2003

Schwarz, Jürgen: Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik. Berlin 1971

Schweber, Silvan S.: Nuclear forces. The making of the physicist Hans Bethe. Cambridge/Mass. 2012

Seeger, Alfred: Sogar theoretische Physik kann praktisch sein! Ulrich Dehlinger, in: Becker/Quarthal, Universität Stuttgart nach 1945, S. 306–313

Seidl, Ernst (Hrsg.): Forschung, Lehre, Unrecht. Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus. Tübingen 2015 (Schriften des Museums der Universität Tübingen MUT, 9)

Seidl, Tobias: Personelle Säuberungen an der Technischen Hochschule Karlsruhe 1933–1937, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 157 (2009), S. 429–492

Simon, Uli (Hrsg.): „Räder müssen rollen für den Sieg!“ Ausländische Zwangsarbeiter/-innen im Kreis Esslingen 1940–1945. 2. Aufl. Esslingen 1988

Sohn, Elke: Städtebau der Stuttgarter Schule: Heinz Wetzels, in: Krauskopf, Kai; Lippert, Hans-Georg; Zschke, Kerstin (Hrsg.): Neue Tradition. Konzepte einer antimodernen Moderne in Deutschland von 1920 bis 1960. Dresden 2009, S. 97–120

Sohn, Elke: Zur Stadtbaukunst der Wetzels-Schule, in: Jessen, Johann u. Philipp, Klaus Jan (Hrsg.): Der Städtebau der Stuttgarter Schule. Berlin 2015 (Kultur und Technik, 29), S. 111–129

Speck, Dieter: Zwischen Kriegseinsatz und Heimatfront, in: Martin, 550 Jahre Albert-Ludwigs-Universität Freiburg Bd. 3, S. 520–534

Spur, Günther (Hrsg.): Produktionstechnische Forschung in Deutschland 1933–1945. München u. Wien 2003

Ssymank, Paul: Geschichtlicher Verlauf der freistudentischen Bewegung, in: Doeberl, Das akademische Deutschland, Bd. 2, S. 599f.

Stadtarchiv Geislingen (Hrsg.): Kleine Dokumentation zur Geschichte der Zwangsarbeit und des KZ-Außenlagers Geislingen an der Steige. Geislingen 2001: <http://www.geislingen.de/fileadmin/Dateien/Dateien/PDF-Dateien/Aussenlager.pdf>

Steinsiek, Peter-Michael: Die Forstliche Fakultät der Universität Göttingen im Nationalsozialismus. Eine Erinnerung an ihre ehemaligen jüdischen Angehörigen. Göttingen 2015 (Göttinger Forstwissenschaften, 6)

Strauss, Herbert A.; Buddensieg, Tilmann; Düwell, Kurt (Hrsg.): Emigration. Deutsche Wissenschaftler nach 1933. Entlassung und Vertreibung. Berlin 1987

Strauss, Walter (Hrsg.): Lebenszeichen. Juden aus Württemberg nach 1933. Gerlingen 1982

Stuchlik, Gerda: Goethe im Braunhemd. Universität Frankfurt 1933–1945. Frankfurt/Main 1984

Swamy, Usha: „Für Nichtarier bestehen besondere Bedingungen“ – Das Schicksal der jüdischen Studierenden und Professoren, in: Martin, 550 Jahre Albert-Ludwigs-Universität Freiburg Bd. 3, S. 374–390

Szabó, Anikó: Vertreibung, Rückkehr, Wiedergutmachung. Göttinger Hochschullehrer im Schatten des

Nationalsozialismus. Göttingen 2000 (Veröffentlichungen des Arbeitskreises Geschichte des Landes Niedersachsen (nach 1945), 15)

Szöllösi-Janze, Margit u. Freitäger, Andreas: „Doktorgrad entzogen!“ Aberkennung akademischer Titel an der Universität Köln 1933 bis 1945. Nümbrecht 2005

Tent, James F.: Schicksale deutsch-jüdischer Mischlinge im Dritten Reich. Köln u. a. 2007

Thalhofer, Frank: Fremdarbeiter in Kirchheim unter Teck 1939–1945, in: Schriftenreihe des Stadtarchivs Kirchheim unter Teck 4 (1986), S. 135–164

Thalhofer, Frank: Fremdarbeiter in Kirchheim unter Teck, in: Schwäbische Heimat 4 (1988), S. 318–326

Thieler, Kerstin: „[...] des Tragens eines deutschen akademischen Grades unwürdig.“ Die Entziehung von Dokortiteln an der Georg-August-Universität Göttingen im „Dritten Reich“. 2. erw. Aufl. Göttingen 2006 (Göttinger Bibliotheksschriften, 32)

Tholander, Christa: Fremdarbeiter 1939 bis 1945. Ausländische Arbeitskräfte in der Zeppelin-Stadt Friedrichshafen. Essen 2001

Tilitzki, Christian: Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Berlin 2002

Timm, Elisabeth: Zwangsarbeit in Esslingen 1939–1945. Kommune, Unternehmen und Belegschaften in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft. Ostfildern 2008 (Esslinger Studien, 21)

Uhlig, Ralph (Hrsg.); Schmatzler, Uta Cornelia (Bearb.); Wieben, Matthias (Bearb.): Vertriebene Wissenschaftler der Christian-Albrechts-Universität Kiel (CAU) nach 1933. Zur Geschichte der CAU im Nationalsozialismus. Frankfurt/Main u. a. 1991 (Kieler Werkstücke. Reihe A, Bd. 2)

Uhlig, Ralph: „... da die erforderlichen Messungen s. Z. nicht vorgenommen wurden.“ Die Verdrängung von jüdischen Gelehrten an der Kieler Christian-Albrechts-Universität nach 1933, in: Paul, Gerhard; Gillis-Carlebach, Miriam (Hrsg.): Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918–1998). Neumünster 1998, S. 215–235

Ulmer, Martin: Antisemitismus in Stuttgart 1871–1933. Studien zum öffentlichen Diskurs und Alltag. Berlin 2011 (zugl. Diss. Tübingen 2008)

Viehberg, Maud Antonia: Restriktionen gegen Greifswalder Hochschullehrer im Nationalsozialismus, in: Buchholz, Werner (Hrsg.): Die Universität Greifswald und die deutsche Hochschullandschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 2004 (Pallas Athene. Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, 10), S. 271–307

Voigt, Johannes H. (Hrsg.): Festschrift zum 150-jährigen Bestehen der Universität Stuttgart. Beiträge zur Geschichte der Universität. Stuttgart 1979

Voigt, Johannes H.: „Ehrentitel“ oder der Streit zwischen der Firma Bosch und der TH während der Zeit

des Nationalsozialismus, in: Die Alte Stadt 16 (1989), S. 488–497

Voigt, Johannes H.: Die TH Stuttgart während der Zeit des Nationalsozialismus, in: Stöhr, Martin (Hrsg.): Von der Verführbarkeit der Naturwissenschaften. Naturwissenschaften und Technik in der Zeit des Nationalsozialismus. Frankfurt/Main 1986 (Arnoldshainer Texte, 44), S. 35–58

Voigt, Johannes H.: Hitlers Machtantritt und die TH Stuttgart. Ein geschichtlicher Rückblick in fünf Folgen, in: Stuttgarter Uni-Kurier, 1. Die Studenten (Nr. 11, Febr. 1983, S. 1–3), 2. Die Professoren (Nr. 12, April 1983, S. 6f.), 3. Die Architektur (Nr. 13, Juni 1983, S. 6f.), 4. Allgemeine Wissenschaften (Nr. 14, Dez. 1983, S. 6f.), 5. Ingenieurwissenschaften (Nr. 15, Febr. 1984, S. 5f.)

Voigt, Johannes H.: Paul Schmitthenner im Sog des Nationalsozialismus, in: Paul Schmitthenner. Kolloquium zum 100. Geburtstag. Stuttgart 1985, S. 13–40

Voigt, Johannes H.: Universität Stuttgart. Phasen ihrer Geschichte. Stuttgart 1981

Voigt, Wolfgang (Hrsg.) u. Bresan, Uwe (Bearb.): Paul Bonatz 1877–1956 [... anlässlich der Ausstellung „Paul Bonatz 1877–1956. Leben und Bauen zwischen Neckar und Bosphorus“, vom 22. Januar bis 20. März 2011, veranstaltet vom Deutschen Architekturmuseum]. Frankfurt/Main u. Tübingen 2011

Voigt, Wolfgang (Hrsg.): Paul Schmitthenner 1884–1972 [anlässlich der Ausstellung „Schönheit ruht in der Ordnung. Paul Schmitthenner 1884–1972“ vom 16. August bis 9. November 2003, veranstaltet vom Deutschen Architekturmuseum]. Tübingen und Berlin 2003

Wäldner, Christian-Alexander: Die Technische Hochschule Hannover und der Entzug akademischer Titel in der NS-Zeit. Ergebnisse hannöverscher Vorgänge unter der Berücksichtigung des Falles Walter Dux. Berlin 2012

Walter, Franz: Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik. Bonn 1990

Warhaftig, Myra: Deutsche jüdische Architekten vor und nach 1933. Das Lexikon. 500 Biographien. Berlin 2005

Warhaftig, Myra: Sie legten den Grundstein. Leben und Wirken deutschsprachiger jüdischer Architekten in Palästina 1918–1948. Tübingen 1996

Wengenroth, Wolfgang: Zwischen Aufruhr und Diktatur. Die Technische Hochschule 1918–1945, in: Wengenroth, Ulrich (Hrsg.): Technische Universität München. Annäherungen an ihre Geschichte. München 1993, S. 215–260

Weßelhöft, Daniel: Von fleißigen Mitmachern, Aktivisten und Tätern. Die Technische Hochschule Braunschweig im Nationalsozialismus. Hildesheim, Zürich, New York 2012 (Veröffentlichungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig, 6)

Wettern, Michael u. Weßelhöft, Daniel: Opfer nationalsozialistischer Verfolgung an der Technischen Hochschule Braunschweig 1930 bis 1945. Hildesheim 2010 (Veröffentlichungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig, 5)

Wetzel, Heinz: Stadt, Bau, Kunst. Gedanken und Bilder aus dem Nachlass. Nachdruck der Original-Ausgabe. Stuttgart 1978

Wieben, Matthias: Studenten der Christian-Albrechts-Universität im Dritten Reich. Zum Verhaltensmuster der Studenten in den ersten Herrschaftsjahren des Nationalsozialismus. Frankfurt/Main u. a. 1994 (Kieler Werkstücke. Reihe A: Beiträge zur schleswig-holsteinischen und skandinavischen Geschichte, 10)

Wieben, Matthias: „Aus Deutschland sind sie ausgespien für alle Zeiten.“ Die Vertreibung jüdischer Studenten der Christian-Albrechts-Universität Kiel, in: Paul, Gerhard; Gillis-Carlbach, Miriam (Hrsg.): Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918–1998). Neumünster 1998, S. 237–243

Wiesing, Urban (Hrsg.): Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus. Stuttgart 2010 (Contubernium. Tübinger Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, 73)

Wiglusch, Agnes u. Schittenhelm, Judith: Zwangsarbeiter an der Universität Tübingen 1940–1945, in: Wiesing, Universität Tübingen im Nationalsozialismus, S. 629–684

Wimmer, Katharina: Zur politischen Verfolgung der kommunistischen Studenten, in: Seidl, Ernst (Hrsg.): Forschung, Lehre, Unrecht. Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus. Tübingen 2015 (Schriften des Museums der Universität Tübingen MUT, 9), S. 184–194

Wischnath, Johannes Michael: „Student sein verpflichtet“. Tübinger Studenten im Dritten Reich, in: Wiesing, Universität Tübingen im Nationalsozialismus S. 685–730

Wolgast, Eike: Die Studierenden, in: Eckart, Wolfgang U.; Sellin, Volker; Wolgast, Eike (Hrsg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus. Heidelberg 2006, S. 57–94

Zelzer, Maria: Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden. Ein Gedenkbuch. Stuttgart 1964

Zelzer, Maria: Stuttgart unterm Hakenkreuz. Chronik aus Stuttgart 1933–1945. 2. Aufl. Stuttgart 1984

Zentner, Christian u. Bedürftig, Friedemann (Hrsg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985

Zinn, Holger: Zwischen Republik und Diktatur. Die Studentenschaft der Philipps-Universität Marburg in den Jahren von 1925 bis 1945. Köln 2002 (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen, 11)

4 GLOSSAR: ERLÄUTERUNGEN ZU INSTITUTIONEN UND FACHBEGRIFFEN

Allgemeiner Studentenausschuss (AStA)

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde den Studierendenvertretungen an den deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen eine rechtlich definierte Stellung als Körperschaft innerhalb der Hochschule zugestanden. Die „Studentenschaft“ der TH Stuttgart erlangte am 13. Januar 1921 die staatliche Anerkennung als „Glieder der Technischen Hochschule“. Organe der Studentenschaft waren u. a. die Allgemeine Studentenversammlung, der Allgemeine Studentenausschuss als eine Art Parlament der Studentenschaft sowie die Fachschaften. Mitglied der Studentenschaft war jeder deutsche Studierende sowie alle ausländischen Studierenden „deutscher Abstammung und Muttersprache“, eine Bestimmung, die die meisten ausländischen Studierenden also ausschloss. Die Mitglieder des AStA wurden von den Studierenden gewählt, in Stuttgart bis zu Beginn der 1930er Jahre je nach Studierendenanteil in den jeweiligen Fächern. Die Studierenden der einzelnen Fächer organisierten sich wiederum in den jeweiligen Fachschaften. Die Aufgaben der Studentenschaft bzw. des AStA und seiner Ämter bestanden in der Vertretung der Studentenschaft in den Hochschulgremien, gegenüber der Hochschulleitung und der Öffentlichkeit, sowie in der Mitwirkung in der Hochschulverwaltung soweit studentische Belange betroffen waren, ferner in der Mitwirkung bei der Disziplinargerichtsbarkeit, der Förderung des kulturellen Lebens, des Sports und der Gemeinschaftsveranstaltungen für Studierende. Zu diesem Zweck wurden in Stuttgart schon seit 1895 von den Studierenden Semesterbeiträge eingezogen, die u. a. zur Finanzierung einer Kranken- und Unfallversicherung sowie für Stipendien und Darlehen an Studierende dienten.

Die Studentenschaften der einzelnen Hochschulen gehörten zu einem Dachverband, der Deutschen Studentenschaft, die bereits seit 1931 vom NSDStB dominiert wurde. Mit Verordnung vom Württembergischen Kultministerium vom 1. Mai 1933 erhielt die Studentenschaft der TH Stuttgart eine nationalsozialistische Organisationsform, in der Wahlen nicht mehr stattfanden. Das Amt des gewählten AStA-Vorsitzenden wurde durch das des Studentenführers abgelöst, der auf Vorschlag seines Vorgängers durch den „Führer der Deutschen Studentenschaft“ bzw. später durch den Reichsstudentenführer ernannt wurde. Der Studentenführer bestimmte seinerseits alle Funktionsträger der Studentenschaft. Die Fachschaften erhielten durch die obligatorische „Fachschaftsarbeit“ die Aufgabe einer ideologischen Schulung der Studierenden.

Lit.: Sigloch: Die Stuttgarter Studentenschaft, in: 100 Jahre Technische Hochschule Stuttgart. Stuttgart 1929, S. 37–41; Programm der Technischen Hochschule Stuttgart für das Studienjahr 1934/35. Stuttgart 1934, S. 23–27

Alter Kämpfer

In der NS-Zeit Bezeichnung für Mitglieder der NSDAP, die schon früh – in jedem Fall vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 – in die Partei eingetreten waren. „Alte Kämpfer“ standen in dem Ruf, glaubwürdig die Ideologie des Nationalsozialismus zu vertreten und keine Opportunisten zu sein, da sie sich schon in der sogenannten „Kampfzeit“ während der Weimarer Republik zur NSDAP bekannt hatten.

Lit.: Zentner/Bedürftig, Lexikon des Dritten Reichs S. 23; Enzyklopädie des Nationalsozialismus S. 358 (Weß, Hermann); Bartsch/Kammer, Lexikon des Nationalsozialismus S. 18; Bedürftig, Drittes Reich S. 17; Schmitz-Berning, Vokabular S. 26

Arbeitsdienst

siehe Reichsarbeitsdienst

Arbeitserziehungslager

siehe Geheime Staatspolizei (Gestapo)

arisch

siehe nichtarisch/arisch

AStA

siehe Allgemeiner Studentenausschuss (AStA)

Deutsche Studentenschaft

siehe Allgemeiner Studentenausschuss (AStA)

Disziplinargericht

Bis in die 1960er Jahre verfügten die deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen über sogenannte Disziplinargerichte, in denen Vergehen an der Hochschule und gerichtliche Verurteilungen der Studierenden sanktioniert wurden. Hintergrund für diese Bestrafungen bildete die Vorstellung, dass der Studierende durch sein Fehlverhalten das Ansehen und die akademische Würde der Hochschule verletzt habe und daher im Kontext seiner Hochschulmitgliedschaft zur Rechenschaft gezogen wer-

den müsse. In der Zeit des Nationalsozialismus war das Disziplinargericht bzw. der sogenannte „Dreierausschuss“ aus Rektor, Dozenten- bzw. Professorenvertreter und Studentenführer ein wesentliches Instrument, Studierende zu relegieren, die dem NS-Regime und seinen Vertretern an der Technischen Hochschule Stuttgart unerwünscht waren. Die deutschen Hochschulen setzten auch nach 1945 wieder Disziplinargerichte ein, die wie zuvor Studierende zeitweise oder dauerhaft relegieren und sogar vom Besuch aller anderen deutschen Hochschulen ausschließen konnten. Verstöße gegen die akademische Ordnung waren jetzt etwa Täuschungsversuche, Eigentumsdelikte, Sachbeschädigung, Verstöße gegen die Hausordnung oder ungebührliches sexuelles Verhalten. Wie schon vor 1945 teilten die ordentlichen Gerichte die Verurteilung von Studierenden deren Hochschulen mit, was dann zu einem Nachspiel vor dem Disziplinargericht und damit meistens zu einer Relegation führte. Die Disziplinargerichtsbarkeit der deutschen Hochschulen endete im Verlauf der 1960er Jahre durch neue Hochschulverfassungen bzw. das novellierte Hochschulrecht der Bundesländer. Zuvor war sie de facto schon abgeschafft worden, indem die Allgemeinen Studentenausschüsse sich im Verlauf der 1960er Jahre weigerten, die für das Verfahren notwendigen studentischen Mitglieder zu stellen – oder man ließ die Disziplinargerichtsbarkeit einfach auslaufen, weil die verhängten Strafmaßnahmen allenfalls noch in wirkungslosen mündlichen oder schriftlichen Tadeln bestanden. An der Technischen Hochschule Stuttgart fand das letzte Disziplinargerichtsverfahren nach den vorliegenden Unterlagen im Jahr 1966 statt (siehe Kap. 6.4).

Dozentenführer

siehe Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund (NSDDB)

Fachschaft

siehe Allgemeiner Studentenausschuss

Geheime Staatspolizei (Gestapo)

Die Polizeiabteilungen der Länder, die bereits in der Weimarer Republik mit politisch motivierten und staatsgefährdenden Straftaten befasst waren („Politische Polizei“), wurden zusammen mit der Kriminalpolizei in den Jahren 1933 bis 1934 aus den Zuständigkeiten der Innenminister herausgelöst und im weiteren Verlauf unter die Leitung der SS gebracht. Aufgabe der so entstandenen Staatspolizei (Geheime Staatspolizei/Gestapo) war die Bekämpfung der Gegner des Nationalsozialismus, zu welchem Zweck sie auch ein weit gespanntes System von Spitzeln unterhielt. Die Gestapo konnte willkürlich, ohne richterlichen Beschluss oder ohne Gerichtsurteil die sogenannte „Schutzhaft“, Folter, die Einweisung in Konzentrationslager oder

die Ermordung des Gefangenen („Sonderbehandlung“) anordnen bzw. durchführen. Mitglieder der Gestapo gehörten auch zu den sogenannten „Einsatzgruppen“, die nach Beginn des Zweiten Weltkriegs in den besetzten Gebieten die Massenmorde an Juden, Sinti und Roma und der Bevölkerung der besetzten Länder durchführten. Zu den Repressionsmitteln der Gestapo gehörten auch die von ihr betriebenen Arbeitserziehungslager, in die sie Zwangsarbeiter bei Vergehen am Arbeitsplatz willkürlich einweisen konnte (siehe Kapitel 3.8.2).

Lit.: Zentner/Bedürftig, Lexikon des Dritten Reichs S. 205f. (Rißmann, Wilhelm); Enzyklopädie des Holocaust Bd. 1, S. 532–534; Enzyklopädie des Nationalsozialismus S. 480f. (Boberach, Heinz); Bartsch/Kammer, Lexikon des Nationalsozialismus S. 95f.; Bedürftig, Drittes Reich S. 188; Handbuch des Antisemitismus Bd. 5, S. 274f. (Wenzel, Mario); Bauz, Geheime Staatspolizei

Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (BBG)

Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (BBG) vom 7. April 1933 bestimmte in §3 die Versetzung in den Ruhestand bzw. die Entlassung von Beamten und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, „die nicht arischer Abstammung“ waren. Damit waren Juden und auch solche Personen gemeint, die dem NS-Regime nach dessen rassistischen Anschauungen als Juden galten. Darüber hinaus galt nach der ersten Durchführungsverordnung auch als „nichtarisch“, wer schon allein eine jüdische Großmutter oder einen jüdischen Großvater hatte. Den zweiten Kern des Gesetzes bildete die Bestimmung, dass auch Personen in den Ruhestand versetzt bzw. entlassen werden konnten, die „nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“ (§4). Die Entlassung bzw. Pensionierung konnte auch „zur Vereinfachung der Verwaltung“ (§6) geschehen. Die erste Formulierung richtete sich gegen Kommunisten und Sozialdemokraten bzw. politisch links stehende Demokraten. Die zweite konnte wiederum gegen jüdische Beamte angewendet werden, die als Teilnehmer am Ersten Weltkrieg nach §3 BBG zunächst noch vor einer Entlassung hätten verschont bleiben müssen – ein Wunsch des noch amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg. Die Aufgabe des BBG war im Grunde nur, die nun anlaufenden scheinlegalen Entlassungen vor der bürgerlichen, staatsgläubigen Öffentlichkeit zu legitimieren und zugleich mögliche Auswüchse der nationalsozialistischen Anhängerschaft in dieser Phase der „nationalsozialistischen Revolution“ einzudämmen: So bestimmte zum Beispiel §6 BBG, dass Stellen, deren Inhaber „zur Vereinfachung der Verwaltung“ entlassen wurden, nicht wiederbesetzt werden durften – konkret bedeutete dies: dass NS-Anhänger durch Entlassungen beliebiger

Teil III Anhang

Beamter sich keine lukrativen Stellen verschaffen sollten. Mit dem Inkrafttreten des Deutschen Beamtengesetzes am 1. Juli 1937 trat das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (BBG) außer Kraft.

Lit.: Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich; Mühl-Beninghaus, Beamtentum; Handbuch des Antisemitismus Bd. 3, S. 28–30 (Töllner, Axel) u. Bd. 4, S. 146f. (Benz, Wolfgang); Gesetzestext: <http://www.documentArchiv.de/ns/beamtenges.html> (07.07.2015)

Gestapo

siehe Geheime Staatspolizei (Gestapo)

Kameradschaft

siehe Korporation

Kolleggeld und Studiengebühren

An der Technischen Hochschule Stuttgart kostete das Studium um 1938 pro Jahr etwa 200 Reichsmark an Gebühren.¹ Hinzu kamen die Lebenshaltungskosten, die für Studierende, die nicht zu Hause wohnen konnten, etwa 800 Reichsmark betragen.² Studierende konnten aufgrund guter Leistungen oder wegen ihrer finanziellen Bedürftigkeit einen Erlass oder einen Teilerlass des Kolleggeldes sowie Stipendien erhalten. Ein großer Teil der Stipendien wurde über das von den Studierenden bzw. vom AstA verwaltete Studentenwerk vergeben.

Um die finanzielle Belastung der Familien durch die Studienkosten abschätzen zu können, hier die Spannmöglichkeiten in einigen Berufen bzw. die Spannweite der unterschiedlichen Familien-Jahreseinkommen:

Arbeiter in Maschinenfabrik: 2800–3500 RM (1932–1938)

Drehermeister (Maschinenfabrik 1943): 5600 RM³

Wiss. Assistent TH Stuttgart (1932): 4200 RM

Ingenieur (Baufirma 1943): 4800 RM⁴

Oberingenieur (Maschinenfabrik 1934): 7700 RM⁵

ord. Professor (1938–1945): 14000–15600 RM⁶

1 Vgl. etwa die Ausgaben an Gebühren nach dem Studienbuch von ↗ Gunter Benno Seaton: StA Ludwigsburg EL 350 I Bü 29884.

2 Hierzu Grüttner, Studenten S. 140f. Grüttner geht von höheren durchschnittlichen Studiengebühren in Deutschland, nämlich jährlich ca. 400 Reichsmark aus.

3 StA Ludwigsburg EL 902/10 Bü 664

4 Ebd. EL 902/4 Bü 10864

5 Ebd. EL 902/20 Bü 55682

6 Ebd. EL 902/20 Bü 55682; ebd. EL 902/8 Bü 9741

Korporation

Die Korporationen oder studentischen Verbindungen sind Gemeinschaften von Studierenden und ehemaligen Studierenden („Alte Herren“), die sich als Lebensbund zusammenfinden. Die Anfänge der Korporationen in Deutschland liegen in der Zeit der napoleonischen Kriege, als der Wunsch nach bürgerlicher Freiheit und einem geeinten deutschen Staat einen starken Nationalismus aufleben ließ, der neben antifranzösischen Ressentiments auch einen latenten antisemitisch-völkischen Charakter hatte. Die einzelnen Verbindungen an den Hochschulorten sind in verschiedenen überregionalen Korporationsverbänden organisiert. Im Jahr 1929 formulierte der Vorsitzende der Stuttgarter Studentenschaft: „Das Wesen der Verbindungen ist oft grundverschieden, zum Teil gerade entgegengesetzt, jedoch ein Ziel haben alle gemeinsam: sie suchen den Studenten durch das Korporationsleben zu erziehen. Hauptpunkte einer Korporationserziehung sind die Pflege eines geistigen Lebens und einer warmen vaterländischen Gesinnung, ferner die Erziehung zu einem gewissen Selbstvertrauen und zur gesellschaftlichen Gewandtheit.“ Bis zum Verbot in der NS-Zeit bzw. zur Umwandlung der Verbindungen in nationalsozialistische sogenannte „Kameradschaften“ dominierten die „schlagenden“ Verbindungen: Ein überzogener auf Männlichkeit hinielender Ehrbegriff erzwang für die meisten Verbindungsstudenten die Teilnahme an Messuren, also den zwar vielfachen Regeln unterliegenden Zweikämpfen mit Säbeln, bei denen man aber teils entstellende Schnittwunden im Gesicht („Schmisse“) erhalten oder austeilen konnte. Von den 29 Korporationen an der TH Stuttgart im Jahr 1931 waren 24 schlagend, d.h. die Mitglieder konnten oder mussten diese Säbelduelle ausfechten. Zu Beginn der 1930er Jahre gab es an der Technischen Hochschule Stuttgart ca. 30 Verbindungen, in denen ähnlich wie an den anderen deutschen Hochschulen etwa 60 Prozent der Studierenden Mitglied waren (vgl. Kap. 1.1).

Lit.: Sieglösch: Die Stuttgarter Studentenschaft, in: 100 Jahre Technische Hochschule Stuttgart. [Festschrift] Zur Jubiläumsfeier 15.–18. Mai 1929. Stuttgart 1929, S. 37–40; Stuttgarter Hochschulführer 1931–32. Stuttgart o. J. [1931], S. 210f.; Handbuch des Antisemitismus Bd. 5, S. 138–140 (Wyrwa, Ulrich)

Kulturbolschewismus

Seit den 1920er Jahren diffamierende Bezeichnung zunächst der bürgerlichen und dann vor allem der nationalsozialistischen Propaganda mit antisemitischer Konnotation für die Gegenwartskunst der 1920er Jahre, für Kubismus, Dadaismus, Expressionismus, die Formensprache des Bauhauses und des Neuen Bauens, aber auch für die atonale Musik oder den Jazz. Die modernen Kunst- und Architekturrichtungen wurden mit diesem Begriff als an-

geblich jüdisch und kommunistisch beeinflusste kulturelle Zerfallserscheinungen diskreditiert.

Lit.: Zentner/Bedürftig, Lexikon des Dritten Reichs S. 338; Enzyklopädie des Nationalsozialismus S. 560 (Endlich, Stefanie); Schmitz-Berning, Vokabular S. 360–366; Ulmer, Antisemitismus S. 241f.

Mischling

Beim Reichsparteitag der NSDAP im November 1935 wurden durch den Reichstag drei Gesetze verabschiedet, von denen insbesondere das „Blutschutzgesetz“ und das „Reichsbürgergesetz“ die rassistische Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung juristisch weiter untermauerten. Ehen und unehelicher Geschlechtsverkehr zwischen Juden und Nicht-Juden waren von nun an verboten bzw. unter Strafe gestellt. Juden zählten nur als „Staatsangehörige“ und unterschieden sich in ihren Rechten deutlich von den „deutschblütigen“ Reichsbürgern. In den Ausführungsverordnungen wurde nun auch der Status des „Mischlings“ definiert.

Als sogenannter „Mischling ersten Grades“ galt, wer zwei Großeltern hatte, die nach Definition des NS-Regimes Juden waren, sofern er oder sie nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörte oder nicht mit einem jüdischen Partner verheiratet war. (In diesen Fällen galt er/sie als Jude.) „Mischlinge zweiten Grades“ waren für das NS-Regime Personen, die einen Großelternanteil hatten, der im NS-Staat als jüdisch galt. Die Rücksichtnahme auf Proteste der „arischen“ Verwandten und auf mögliche negative außenpolitische Folgen führte dazu, dass die NS-Regierung „Mischlinge“ noch vorläufig als „Reichsbürger“ einstufte und sie nicht völlig den Juden gleichstellte. Die „Mischlinge“ stellten im Unrechtssystem des NS-Staates zunächst eine Sondergruppe dar. Im prestigeträchtigen Konkurrenzstreit um Kompetenzen zwischen Reichsinnenministerium, Reichssicherheitshauptamt, Reichs- und Parteikanzlei, Wehrmacht und anderen Regierungs- und Parteistellen verschlechterte sich die Lage der „Mischlinge“ zusehends. Auf der Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 schlug Reinhard Heydrich, Leiter des Reichssicherheitshauptamtes, schon die Ermordung aller „Mischlinge ersten Grades“ vor; in den besetzten Ostgebieten wurde die Gleichstellung der dort lebenden, ausländischen Mischlinge mit Juden vollzogen, wodurch sie der Ermordung preisgegeben waren. Auch gab es Planungen zur Sterilisation aller „Mischlinge ersten Grades“. Im Reichsgebiet wurden die „Mischlinge ersten Grades“ schließlich ab 1944 zur Zwangsarbeit in der Organisation Todt verpflichtet. Es scheint sicher, dass nur die befürchteten Proteste der „deutschstämmigen“ Verwandten, die die Führung des NS-Staates während des Krieges scheute, die deutschen „Mischlinge ersten Grades“ noch vor der Ermordung bewahrten. Ihre Tötung sowie das weitere Vorgehen gegen

die „Mischlinge zweiten Grades“ hatte das NS-Regime jedoch für die Zeit nach Ende des Krieges geplant.

Lit.: Grenville, Endlösung; Noakes, Judenmischlinge; ders., Nazi Policy; Meyer, Jüdische Mischlinge; Essner, Nürnberger Gesetze, insbes. S. 419–434; Siehe ferner die Literaturangaben unter dem Stichwort „Nichtarisch, arisch“.

Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund (NSDDB)

Der NSDDB wurde erst relativ spät im Juli 1935 auf Anordnung von Rudolf Heß durch Ausgliederung aus dem Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) gegründet. Der NSLB war zuvor für die reichsweite Organisation auch der Hochschullehrer zuständig. An den Hochschulen hatte zuvor der Dozentenführer als Leiter der hochschulintern agierenden Dozentschaften den Zugriff auf die nicht-beamteten Assistenten und Dozenten. Von Seiten der NS-Machthaber wurde eine Personalunion zwischen Dozentschaftsführer und lokalem Führer des NSDDB angestrebt – in Stuttgart nahm der Elektrotechniker Reinhold Bauder beide Ämter ein. Der Dozentenführer überwachte die ideologische Ausrichtung der Lehre und die Gesinnung der Assistenten und Dozenten. Er war maßgeblich an Personalentscheidungen bei der Einstellung von Assistenten und Privatdozenten beteiligt. Der NSDDB nahm durch seine örtlichen Leiter die Parteiaufsicht über Lehre und Forschung wahr. Die Teilnahme an Dozentenlagern, bei denen die ideologische Schulung stattfand, war Voraussetzung für die Laufbahn als Hochschullehrer (→ Rolf Mumbrauer). An vielen Universitäten und technischen Hochschulen wurde das Amt des Dozentenführers zum Sprungbrett für eine Hochschulkarriere, so auch in Stuttgart, wo Reinhold Bauder es in der NS-Zeit vom wissenschaftlichen Assistenten bis zum ord. Professor brachte.

Lit.: Adam, Hochschule und Nationalsozialismus S. 67–69; Zentner/Bedürftig, Lexikon des Dritten Reichs S. 410; Enzyklopädie des Nationalsozialismus S. 608 (Chroust, Peter); Handbuch des Antisemitismus Bd. 5, S. 435–438 (Nowak, Irina)

Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund (NSDStB)

Im Jahr 1926 gegründete Organisation der nationalsozialistischen Studenten mit der Aufgabe „der weltanschaulichen und politischen Erziehung der deutschen Studenten“. Die Stuttgarter Hochschulgruppe des NSDStB wurde im Januar 1929 gegründet (siehe Kap. 1.2). Im Juli 1931 konnten Mitglieder des NSDStB die Leitung der Deutschen Studentenschaft, des Dachverbandes der Studentenvertretungen an den einzelnen Universitäten und Hochschulen, übernehmen. Im Jahr 1934 wurde der NSDStB eine Glied-

derung der NSDAP. In der Anfangsphase der NS-Herrschaft bestand eine Konkurrenz zwischen SA und NSDStB um die Macht über die Studierenden, die nach dem sogenannten „Röhmputsch“, der Entmachtung der SA, zugunsten des NSDStB entschieden wurde. Für die Studentinnen gab es innerhalb des NSDStB eine eigene Gruppierung, die „Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Studentinnen“ (ANSt).

Lit.: Faust, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund; Zentner/Bedürftig, Lexikon des Dritten Reichs S. 410; Grüttner, Studenten S. 19–31, 86–100, 271–286, 348–356, 397–414; Enzyklopädie des Nationalsozialismus S. 608 (Chroust, Peter); Schmitz-Berning, Vokabular S. 436f.; Handbuch des Antisemitismus Bd. 5, S. 440–443 (Nowak, Irina)

nichtarisch/arisch

In der nationalsozialistischen Rassenpolitik galten solche Personen als „nichtarisch“, die Juden waren oder von jüdischen Eltern abstammten oder mindestens einen jüdischen Großvater oder eine jüdische Großmutter hatten. Als Nachweis für diese rassistische Zuordnung galt die Zugehörigkeit oder auch nur ehemalige Zugehörigkeit der betroffenen Person oder ihrer Eltern oder Großeltern zur jüdischen Religion. Zu den „Nichtariern“ wurden aber auch Angehörige bestimmter anderer Kulturen gerechnet, wie etwa Chinesen oder die indigenen Einwohner Amerikas oder deren Nachfahren (siehe zum Beispiel ↗ Otto Schleeauf). Als Gegensatz zu „Nichtarier/nichtarisch“ wurde später in Gesetzen und Verordnungen der Ausdruck „Deutschblütiger/deutschblütig“ verwendet. Die Begriffe „Arier/arisch“, „Nichtarier/nichtarisch“ wurden zuerst mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums“ (BBG) und mit der ersten Verordnung zum BBG vom 7. bzw. 11. April 1933 in die Justiz eingeführt.

Nach dem Reichsbürgergesetz, einem der Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935, und seinen späteren Ausführungsverordnungen, in denen die verschiedenen Grade der Personen definiert wurden, die nicht „deutschblütig oder artverwandten Blutes“ waren, waren Juden bzw. Nichtarier nicht mehr vollberechtigte „Reichsbürger“, sondern nur noch „Staatsangehörige“ mit verminderten Rechten, während die „Mischlinge“ ersten und zweiten Grades de jure noch als Reichsbürger zählten, auch wenn ihnen schon jetzt durch das „Blutschutzgesetz“ Beschränkungen der Heirat und des Geschlechtsverkehrs auferlegt waren.

Lit.: Zentner/Bedürftig, Lexikon des Dritten Reichs S. 386; Enzyklopädie des Holocaust Bd. 2, S. 956–958, 1055f.; Enzyklopädie des Nationalsozialismus S. 373f. (Königseder, Angelika), S. 620 (Wetzel, Juliane); Bedürftig, Drittes Reich S. 324; Essner, Nürnberger Gesetze; Schmitz-Berning, Vokabular S. 54–62; Handbuch des Antisemitismus Bd. 4, S. 257f. (Benz, Wolfgang)

Siehe ferner die Literaturangaben unter dem Stichwort „Mischling“.

NSDDB

siehe Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund (NSDDB)

NSDStB

siehe Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund (NSDStB)

Nürnberger Gesetze

siehe nichtarisch/arisch und Mischlinge

Organisation Todt (OT)

Weitgehend unabhängige Großorganisation im NS-Staat, die 1938 für die Durchführung der großen Bauaufgaben der Kriegs- und Rüstungswirtschaft gegründet und nach ihrem ersten Leiter, Fritz Todt (1891–1942) benannt wurde. Die OT war militärähnlich strukturiert, ihre Mitglieder trugen Uniform und waren in vielen Fällen durch Dienstverpflichtung zur OT eingezogen worden. Während des Zweiten Weltkriegs beschäftigte die OT in großer Zahl ausländische Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge, die z. T. unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen zu Tode kamen. Eines der Großprojekte war „Mittelbau“ bei Nordhausen/Harz, eine unterirdische Rüstungsfabrik (↗ Raphael Scharf-Katz). Am Ende des Zweiten Weltkrieges drohte insbesondere den sogenannten „Mischlingen ersten Grades“ die Zwangsarbeit in OT-Lagern (↗ Martin Bier, ↗ Jochen Ernst, ↗ Karl Erich Loebell).

Lit.: Zentner/Bedürftig, Lexikon des Dritten Reichs S. 432 (Sontowski, Rainer); Enzyklopädie des Holocaust Bd. 2, S. 1071f.; Enzyklopädie des Nationalsozialismus S. 629 (Bergmann, Armin); Bartsch/Kammer, Lexikon des Nationalsozialismus S. 182f.; Bedürftig, Drittes Reich S. 362

Politische Polizei

siehe Geheime Staatspolizei (Gestapo)

Reichsarbeitsdienst (RAD)

Schon in der Weimarer Republik hatte es als Reaktion auf die Arbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise von verschiedenen Seiten Pläne für einen „freiwilligen Arbeitsdienst“ für Jugendliche gegeben (siehe Kap. 2.1.2), die nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten aufgegriffen wurden. Seit 1935 bestand für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren die Verpflichtung zur Ableistung von gemeinnützigen Arbeiten („Ehrendienst am Deutschen Volke“), oftmals im Rahmen der Unterbringung in militärisch geführten Arbeitsdienst-

lagern. Der RAD erfüllte eher eine erzieherische Funktion im Sinne der NS-Ideologie, als dass ein volkswirtschaftlicher Nutzen erzielt wurde, der zumindest die Kosten der Organisation des RAD gedeckt hätte.

Lit.: Zentner/Bedürftig, Lexikon des Dritten Reichs S. 472f. (Wulff, Birgit); Enzyklopädie des Nationalsozialismus S. 664 (Pommerin, Rainer); Bartsch/Kammer, Lexikon des Nationalsozialismus S. 193f.

Reichserziehungsministerium (REM)

siehe Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung

Reichskammer der Bildenden Künste

siehe Reichskulturkammer

Reichskulturkammer

Im September 1933 gegründete Körperschaft des öffentlichen Rechts mit sieben Einzelkammern, darunter der Reichsschrifttumskammer und der Reichskammer der bildenden Künste. Präsident der Reichskulturkammer war Joseph Goebbels. Im Verfolgungssystem des NS-Staates fiel den Einzelkammern die Zulassung zu den kulturellen Berufen zu. So wurde einigen Verfolgten der TH Stuttgart, vor allem Architekten, durch die Reichskammer der bildenden Künste die Mitgliedschaft versagt und somit die Berufsausübung unmöglich gemacht, weil sie als „nichtarisch“ galten oder politisch missliebig waren (→ Georg Adler, → Caspar Ehmcke, → Curtis Fremont → Karl Erich Loebell; siehe auch → Immanuel Herrmann, → Hans Hildebrandt, → Hans Josef Ritzdorf).

Lit.: Zentner/Bedürftig, Lexikon des Dritten Reichs S. 478f. (Obenaus, Sybille); Enzyklopädie des Nationalsozialismus S. 680f. (Jensen, Uffa); Bartsch/Kammer, Lexikon des Nationalsozialismus S. 205–207; Bedürftig, Drittes Reich S. 410; Handbuch des Antisemitismus Bd. 4, S. 329–331 u. Bd. 5, S. 522–525 (Barbian, Jan-Pieter)

Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung

Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung – oft nur kurz als Reichserziehungsministerium (REM) bezeichnet – wurde im Zuge der Übernahme von Länderkompetenzen durch das Reich im Mai 1934 gegründet. Reichsminister war Bernhard Rust (1883–1945). Im Bereich der Hochschulen steuerte es insbesondere die Berufung von Professoren, bewilligte aber auch die Anstellung von Assistenten oder war bei der Zulassung von sogenannten „nichtarischen“ Personen zum Studium beteiligt (siehe Kap. 3.3.4 und 3.3.5)

Lit.: Enzyklopädie des Nationalsozialismus S. 686 (Richter, Jana)

Reichsschrifttumskammer

siehe Reichskulturkammer

Reichssicherheitshauptamt (RSHA)

Das Reichssicherheitshauptamt wurde mit Kriegsbeginn im September 1939 gegründet. Durch die organisatorische Vereinigung von Kriminalpolizei, Gestapo und Sicherheitsdienst der SS (SD) wurde die Vernetzung zwischen staatlicher Polizei und den Repressionsorganen der NSDAP gestärkt. Das RSHA war ein Hauptamt der SS und im Zweiten Weltkrieg die zentrale Stelle für die Organisation und Durchführung der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, der Sinti und Roma, der körperlich und geistig Behinderten, der Mitglieder der Führungsschichten in den besetzten Ländern und aller Personen, die aus rassistischen oder weltanschaulichen Gründen als Gegner des Nationalsozialismus angesehen wurden. Leiter des RSHA waren von 1939 bis 1942 Reinhard Heydrich, von 1942 bis 1943 Heinrich Himmler und von 1943 bis 1945 Ernst Kaltenbrunner.

Lit.: Zentner/Bedürftig, Lexikon des Dritten Reichs S. 483f.; Enzyklopädie des Holocaust Bd. 2, S. 1210–1212; Enzyklopädie des Nationalsozialismus S. 692–694 (Boberach, Heinz); Bartsch/Kammer, Lexikon des Nationalsozialismus S. 214–217; Bedürftig, Drittes Reich S. 414; Handbuch des Antisemitismus Bd. 5, S. 528–530

SA

siehe Sturmabteilung (SA)

Schutzstaffel (SS)

Aus Hitlers Leibgarde entstandene Truppe mit militärischer Struktur, die auf Hitler ausgerichtet war, diesem unmittelbar unterstand und die zur zentralen Organisation der NSDAP für die Durchführung von Terror, Bespitzelung, Mord, Massen- und Völkermord wurde. Ihre Mitglieder verstanden sich als eine Elite, als Sachwalter eines auf Rassenideologie gründenden Herrenmenschentums. 1929 wurde Heinrich Himmler „Reichsführer SS“. Ihm gelang es in den ersten Jahren der NS-Herrschaft, alle Polizeiaufgaben unter seine bzw. die Herrschaft der SS zu vereinigen. Durch die Ermordung der SA-Führung am 30. Juni und 1. Juli 1934 (sogenannter „Röhmputsch“) festigte die SS ihre Machtstellung im NS-Staat und insbesondere gegenüber der SA. Die SS betrieb seit 1933/34 die Konzentrations- und Vernichtungslager, verfügte über eigene Wirtschaftsbetriebe, in denen die KZ-Häftlinge Zwangsarbeit leisten mussten, sowie mit der „Waffen-SS“ über eine eigene Kampftruppe, die jedoch der Wehrmachtsführung unterstand. Die SS unterhielt u.a. mit dem SD (Sicherheitsdienst) eine eigene Spitzelorganisation bzw. einen auch nach innen gerichteten Geheimdienst, der 1939 in das

Teil III Anhang

Reichssicherheitshauptamt eingegliedert wurde. Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess wurden die SS und der SD als „verbrecherische Organisation“ eingestuft.

Lit.: Zentner/Bedürftig, Lexikon des Dritten Reichs S. 528–530 (Wegner, Bernd); Enzyklopädie des Holocaust Bd. 3, S. 1363–1366; Enzyklopädie des Nationalsozialismus S. 718–721 (Dingel, Frank); Bartsch/Kammer, Lexikon des Nationalsozialismus S. 237–248, 270–272; Bedürftig, Drittes Reich S. 469–471; Handbuch des Antisemitismus Bd. 5, S. 546–549 (Kopke, Christoph) u. S. 561–564 (Hördler, Stefan)

SD (Sicherheitsdienst der SS)

siehe Schutzstaffel (SS)

Spruchkammer

Aufgrund der Gesetzgebung der alliierten Siegermächte und später der neugebildeten Länderverwaltungen mussten sich alle erwachsenen Deutschen, die Mitglied in der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen gewesen waren, vor der für sie zuständigen Spruchkammer – einem Gremium aus unbelasteten Juristen oder Laienrichtern – verantworten. Zumeist war ihnen bis zum Abschluss des Spruchkammerverfahrens die Arbeit in leitenden Positionen bzw. in ihrem früheren Beruf untersagt. Vor der Verhandlung wurden die Angaben, die sie in einem Fragebogen niederlegen mussten, überprüft, bei Verdacht auch ein Ermittler eingeschaltet, der Erkundigungen über die betroffenen Personen einholte. Diese konnten persönliche Erklärungen und vor allem Leumundszeugnisse über ihr Verhalten während der NS-Zeit, die im Volksmund sogenannten „Persilscheine“, einreichen oder Entlastungszeugen benennen. Viele Verfahren wurden jedoch nicht persönlich verhandelt, sondern auf dem Schriftweg entschieden. Die Spruchkammern stuften die Betroffenen in fünf Gruppen ein: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer, Entlastete. Die größte Gruppe bildeten die Mitläufer, die zumeist mit einer Geldstrafe belegt wurden.

Lit.: Molitor, Spruchkammerverfahrensakten

SS

siehe Schutzstaffel (SS)

Studentenführer

siehe Allgemeiner Studentenausschuss (AStA)

Studiengebühren

siehe Kolleggeld

Sturmabteilung (SA)

Paramilitärische Organisation der NSDAP, die sich in der Anfangszeit der Partei vor allem aus gewaltbereiten Schlägern zusammensetzte und durch Straßen- und Saalkämpfe hauptsächlich mit Kommunisten die öffentliche Ordnung in der Weimarer Republik unterminierte. Aufgrund der Weltwirtschaftskrise stieg ihre Mitgliederzahl vor allem aus Mittel- und Unterschicht bis 1932 auf mehr als 400.000 Männer an. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden SA-Männer als Hilfspolizisten eingesetzt, was zur scheinbaren Legalisierung ihrer Übergriffe auf politische Gegner beitrug. Die SA führte willkürliche Verhaftungen durch und unterhielt eigene Gefängnisse und Haftlager, stellte die Wachmannschaften der frühen Konzentrationslager und konkurrierte mit dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) um die Herrschaft über die Studierenden. Der Zwang zu SA-Dienst und SA-Mitgliedschaft störte bis 1934 in erheblichem Maß den Studienbetrieb an den deutschen Hochschulen und Universitäten. Im Einvernehmen mit der Wehrmachtsführung ließ Hitler die SA-Führung am 30. Juni und 1. Juli 1934 durch Mitglieder der SS ermorden (sogenannter „Röhmputsch“), wodurch die Expansion der SA zur Massenorganisation gestoppt und ihre Machtbefugnisse beschränkt wurden. Auch der Zugriff der SA auf die Studierenden war nun abgeschwächt. SA-Männer waren maßgeblich an der Niederbrennung der Synagogen, den Plünderungen, Verschleppungen und Morden der Novemberpogrome 1938 (sogenannte „Reichskristallnacht“) beteiligt.

Lit.: Zentner/Bedürftig, Lexikon des Dritten Reichs S. 569f. (Petter, Wolfgang); Enzyklopädie des Holocaust Bd. 3, S. 1267–1269; Enzyklopädie des Nationalsozialismus S. 752–754 (Schilde, Kurt); Bartsch/Kammer, Lexikon des Nationalsozialismus S. 226f.; Bedürftig, Drittes Reich S. 440; Schmitz-Berning, Vokabular S. 551–554; Handbuch des Antisemitismus Bd. 5, S. 587–591 (Hördler, Stefan)

Verbindung

siehe Korporation

Wiedergutmachung/Wiedergutmachungsverfahren

Die ersten Maßnahmen zur Entschädigung der Opfer der NS-Diktatur und zur Restitution des bei der Verfolgung gestohlenen Eigentums gingen ab 1947 zunächst von den Besatzungsmächten aus. Im Jahr 1953 wurde das erste bundeseinheitliche Entschädigungsgesetz verabschiedet, das aufgrund zahlreicher Mängel für die praktische Umsetzung 1956 durch das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) und dann 1965 durch das Bundesentschädigungs-Schlussgesetz (BEG-SG) novelliert wurde. Im Jahr 1957 folgte das

4 Glossar: Erläuterungen zu Institutionen und Fachbegriffen

Bundesrückerstattungsgesetz. Die meisten verfolgten Mitglieder der Technischen Hochschule Stuttgart mussten ihre Entschädigungsansprüche beim Landesamt für Wiedergutmachung in Stuttgart geltend machen. Entschädigungszahlungen wurden u.a. für Haftzeiten, die Behinderung der Berufsausübung, oder – vor allem in den Fällen der relegierten und vertriebenen Studierenden – für einen Schaden in der Ausbildung gewährt. Zumindest in den Anfangsjahren zeigten sich die beteiligten Behörden eher restriktiv, was die Anerkennung von Schädigungen anbelangte (siehe Kap. 6.5). Vielfach mussten die Entschädigungszahlungen durch die Opfer gerichtlich erstritten werden, und Betroffene, insbesondere diejenigen, die

emigriert waren, mussten Anwälte vor Ort beauftragen, um ihre Ansprüche durchzusetzen. Mitunter hob das Baden-Württembergische Justizministerium ungerechtfertigte Gerichtsurteile gegen Wiedergutmachungsansprüche durch einen Vergleich zugunsten der Betroffenen auf (↗ Gustav Jacobsthal).

Lit.: Handbuch des Antisemitismus Bd. 4, S. 435–438 (Irmer, Thomas); Hockerts, Hans Günter: Wiedergutmachung in Deutschland 1945–1990. Ein Überblick, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 25/26 (2013); online: <http://www.bpb.de/apuz/162883/wiedergutmachung-in-deutschland-19451990-ein-ueberblick?p=all> (30.06.2017)

5 REGISTER

5.1 Personenregister

Die fettgedruckten Ziffern beziehen sich auf den Biographieteil ab Seite 153.

- Aderbauer, Herbert 120
Adler, Georg Arthur 60, 67, **154**,
155, 495
Adorjand, Georg (György) 123, **155**
Adrion, Lucien 173
Aichinger (Student) 95
Aldinger, Walter 82, 327, 433, 459
Alsberg, Dietrich 80, 82–84, 86,
88, 89, 123, 139, **156–158**,
236, 326
Andelfinger, Fritz 27, 71, 72, **159**,
160
Angeloff, Angel **160**, **161**, 462
Anhegger, Eugen 103
Anthon, Carl Gustav 326, 327, 328
Antolini, Benedetto **161**
Aram, Siegfried 254
Auwers, K. 310
B., C. 161
B., G. **162**
B., J. **162**
B., P. **162**
B., S. 87, 88, 123, 138, **163**, **164**
Bach, Heinz 410
Bader, Wilhelm 62, 99, 133
Badt, Georg **164**, **165**
Bär 75, **165**, 472
Bär, Wilhelm 26, 27
Bäuerle, Theodor 172, 201, 202,
283, 285
Baeyer von, Adolf 452
Bakscha, Michael **166**
Balog-Spemann, Józsa 25, 120, **166**,
167, 193, 413
Balter, Paul 60, 67, **167**, **168**
Barth-Beutel, Luise 323
Bass **168**, 305, 310, 343
Batscheff, Dimiter 98, 99, 124
Bauder, Reinhold 48, 63, 125, 229,
344, 374, 379, 409, 411, 493
Bauer, C. I. 397
Baum, Emma geb. Gruner 170, 174
Baum, Franz 171
Baum, Gertrud 174
Baum, Hermann 170
Baum, Joseph Maier 171
Baum, Julius 60, 65, 66, 89, 122,
126, **169–178**
Baum, Konrat 174
Bazille, Wilhelm 103
Beisswänger, Helmut 51
Bender, Jochen 117, 240
Benzmüller, Guido **178**
Besserer 168
Bethe, Hans 228, 291
Bethe, Rose 231
Betting, Eugen 179–181
Betting, Ruth 180
Betting, Walter 78, 93, 120,
179–181
Betzler, Paul 160, 161, 440, 457,
462
Beyer, Frank 54, 70, 72, 168
Beyerle, Josef 103, 104, **181**, **182**,
187, 189, 367
Bier, Elisabeth L. M. 184
Bier, Martin **183**, **184**, 494
Bihlmaier, Oskar 261
Birchler, Linus 175
Blackett, Patrick 223
Bloch, Oskar 154
Blos, Wilhelm Josef 269
Blum, Fred **185**, **186**
Boczkowski, Hermann 134, **186**
Bögle (Student) 45
Böhringer, Hans 119
Bohn, Willi 119
Bohr, Niels 420
Bolz, Eugen 103, 182, 367, **187**, **188**
Bonatz, Paul 49, 52, 54, 56, 58,
65, 84, 120–122, 138, 166, 167,
188–197, 222, 226, 238, 239,
250, 301, 302, 316, 317, 359, 371
Bonner, Elena 288
Borchardt, Mimi 425
Born, Max 266
Borst, Heinz 79
Bosch, Robert 172
Boukema, Lambertus Tije **197**
Bräuhäuser, Manfred 56, 57
Bragg, William Lawrence 227, 229
Braun, Wernher von 377
Brecke, Anna Sofie 388
Bredow, Hans 103, 104, 182, 187,
198–199, 367
Breitscheid, Rudolf 347
Bringmann, Tobias C. 348
Büchner, Rudolf 53, 54, 139
Bühning, C. A. 35
Bulin, Wassili **199**
Buranello, Stefano **200**
Butz, Adolf 26, 27, 29, 63, 65, 73,
122, 127, 136, **200–202**
C., A. 105, **203**
C., D. 94, **203**
C., M. 113, **203**, **204**, 437
C., O. **204**
C., T. 95, 131, **204**, **205**
Calogovic, Marko 105, **206**
Cane, Vittorio **206**
Chagall, Marc 174
Churchill, Winston 326
Classen, Alexander 310
Clossmann von, Leonore 316
Colden, Curt 206
Colden, Eleonore 206
Colden, Hartmut 45, 88, 90, 120,
123, **206–209**
Conrad, Fred **209**, **210**
D., B. 210
D., E. 110–112, **210**, **211**
D., F. **211**
D., G. **211**
D., H. **212**
Daferner, Adolf 68, 109, 124, **212**,
213
Dannecker, Liselotte 246
Dehlfis, Karl Heinz 36
Dehlinger, Alfred 375, 376
Deimling, Erwin 217
Delacroix, Eugène 173
Deneke, Hans-Werner **213**, **214**

- Dirxen, Christa 53
 Döcker, Richard 234
 Doroschko, Nikin **214**
 Dreher, Wilhelm 173
 Dübbers, Kurt 167, 189
 Dübbers, Peter 167, 196, 239
 Dwornik, Iwan **215**
 E., A. **215**
 E., D. **215**
 E., F. **216**
 E., S. **216**
 E., Z. **216, 217**
 Ebert (Student) 87
 Eberwein, Otto 27, 54, 70–72,
217–219
 Eble, Eugen 359
 Eckenrath, Friedhelm 97, **219, 220**,
 240, 408, 462
 Eckers, Hans 82, 84, 88–90, **220**,
221
 Eckert, Bruno 22
 Eckert, Michael 229
 Eckstein, Hans siehe Eckers, Hans
 Egelhaaf, Gottlob 103
 Egner, Karl 294
 Ehmcke, Caspar **222**, 495
 Ehrenberg, Werner 60, 67, **223, 224**
 Einstein, Albert 373
 Eisenhut, Eugen 29, 122
 Eitel, Hans 301, 302
 Emde, Fritz 321, 322, 343, 344
 Enderlein, A. 255
 Erdmann, Paul 265
 Ernst, Albert 224
 Ernst, Elsbeth geb. Schönbeck 224
 Ernst, Jochen 81, 93, 120, **224–226**,
 332, 462, 494
 Ewald, Arnold 230, 231
 Ewald, Ella geb. Philippson 227,
 229, 231
 Ewald, Paul Peter 32, 38, 40, 45, 47,
 52, 56, 58, 65, 66, 122, 138, 139,
 140, 143, 144, **227–232**, 266,
 267, 268, 271, 340, 341, 376, 420
 Ewald, Rose 38
 F., A. **232**
 F., B. 113, **232, 233**
 F., E. **233**
 F., K. 81, 93, 94, 123, **233–235**, 462
 Fackenheim, Alexander 237
 Fackenheim, Emil L. 236, 237
 Fackenheim, Julius 236, 237
 Fackenheim, Wolfgang siehe Fraser,
 William Alan
 Feldtkeller, Richard 48, 139, 354
 Fick, Roderich 222
 Fichter, Ernst 248, 425
 Finckh, Ulrich 327
 Fischer, Cris 209
 Fischer, Theodor 188
 Fischges, Werner 49
 Flechtheim, Alfred 173
 Foerster, Friedrich 170, 174
 Fossi, Luigi **235**
 Franck, James 373
 Frank, Hans 62
 Frankl, Wolfgang 30, 49
 Fraser, William Alan 78, 83, 84,
 87–89, 124, 157, **235–237**, 326,
 356, 415
 Freiesleben, Heiner 300
 Freise, Ewa 53
 Fremond, Curtis 37, 58, 60, 67, 138,
 167, 193, 196, **238, 239**, 495
 Freytag, Carl 378, 380
 Friedberg, Curt Ralph Hugo siehe
 Fremond, Curtis
 Friesenhahn, Ernst 132
 Fröhlich, Helene 188
 Fröschl 65, **240**
 Frühauf (Assistent) 271
 Fuchs, Karlheinz 285, 286, 288
 Fucik, Otto **240**
 G., A. 83, 138, 139, 163, 164, 364,
 379
 G., D. **241**
 G., E. 92, 93, 120, **241, 242**
 G., J. **243**
 G., M. **243**
 Gabert, Reinhold **243, 244**
 Gärtner (Student) 45
 Gageur, Oskar 174
 Galeotti, Oda **245**
 Gandhi, Mahatma 185, 288
 Gava, Vittore 114, **245**, 385, 438
 Gebhardt, Erich 74, 75, 79, 80, 91,
 165, **246, 247**, 472
 Gebhardt, Paul 427
 Gego siehe Goldschmidt, Gertrud
 Geidel, Eugen 120
 Geiger, Max 376
 Gellhorn, Alfred 100, 101, **248, 249**
 George, Stefan 331
 Giese, Fritz 260
 Giesler, Hermann 192
 Gimmel, Paul 108, 306, 333
 Glauner, Gertrud 407
 Glauner, Richard 407
 Glocker, Richard 223, 375, 379
 Goebbels, Joseph 282
 Goerdeler, Karl 187
 Göring, Helmut 32, 33, 36, 40, 44,
 46, 47, 70–72, 194, 196, 341,
 391, 431
 Göring, Hermann 174, 194, 373
 Goldschmidt, Gertrud 25, 53, 75,
 80, 83, 84, 120, 138, 193, 196,
249–251
 Graf, Otto 108, 320
 Grammel, Richard 9, 45, 50, 59, 62,
 95, 102, 125–129, 175, 259, 264,
 273, 320, 344, 368, 451, 452
 Grasshoff, Heinz 473
 Greiner, [Eberhard] 430
 Grimlinger, Eugen 119
 Gross, Bernhard 60, 67, **252–254**
 Gruber, Eugen 82, 339
 Gruber, Günther 386
 Grünwald, Heinz 103, **254, 255**
 Grüttner, Michael 13, 14, 55, 492
 Guggenheimer, Ernst 154
 Gunz, Barbara 249
 Gunz, Ernst 249, 250
 Gunz, Tomás 249
 Gutbier, Rolf 128, 279, 283, 284
 Guther, Max 27, 46, 72, 73, **255**,
256
 Gutschow, Konstanty 217, 219, 255
 H., C. **256**
 H., K. **257**
 H., R. 106, 107, 108, **258**
 H., T. **258**
 Haas, Johann 330
 Haas, Siegfried 119
 Haber, Fritz 378
 Häbich, Wilhelm 33, 51, 61, 62, 65,
 122, **259–261**, 338, 451
 Haensel, Carl 285
 Haesler, Otto 222
 Hahn, Hans 112
 Hahn, Otto 373, 378
 Haiduk, Fedor **261**
 Hammarsten, O. 453
 Haushofer, Albrecht 281, 287, 288
 Hayes, Hendricus Johannes **262**
 Heck, Erich 370
 Heilbrunn, Oskar 75, **262, 263**,
 419, 472
 Heilner, Helmut R. 264, 265
 Heilner, Richard 102, 103, 127,
263–265
 Heinrich, Helmut G. 117

Teil III Anhang

- Heisenberg, Werner 376
Heiter, Gertrud 373
Hell, Carl von 310
Hellmann, Hans 374
Henze, Georg 29, 30, 69, 70, 72,
122, 131, **265, 266**, 341
Herkommer, Hans 387, 389
Hermann, Carl 63, 65, **266–269**
Hermann, Eva 267, 268
Hermelin, Jakob 173
Herrmann, Else 270, 273, 274, 276
Herrmann, Immanuel 32, 34, 37,
57, 60, 65, 122, 126, **269–276**,
405, 495
Herrmann, Lilo (Lieselotte) 26, 27,
122, 135, 136, 146, 200–202
Herrmann, Rolf 270, 275
Herrmann, Werner 274, 275
Hertz, Gustav 373
Hertz, Heinrich 375, 450
Herz, Naf 277
Herz, Ruth **277**
Herz, Walter 277
Herzer, Karlheinz 25, 81, 92–94, 97,
160, 180, 219, 225, 226, 234,
242, 408, 431, 440, 457, 462
Hess, Heinrich 47–49, 82, 92, 93,
98–101, 119–121, 144, 180, 203,
234, 241, 242, 248, 281, 293,
294, 306, 320, 354, 359, 360,
369, 414, 463
Hess, Rudolf 91, 493
Hess, Walter 339
Heuss, Theodor 170, 175, 190
Heydrich, Reinhard 493, 495
Hilbert, David 227
Hildebrandt, Hans 65, 67, 122, 126,
128, 254, **277–286**, 287, 495
Hildebrandt, Lily 278–281, 283,
284
Hildebrandt, Rainer 280, 281, 285,
286, **287, 288**
Himmler, Heinrich 500
Hindenburg, Paul 38, 55, 103, 347,
390, 491
Hinkel, Hans 282, 285
Hinsch, Walter 217
Hirzel, Hans 119
Hirzel, Susanne 119
Hitler, Adolf 38, 42, 47, 53, 84, 91,
187, 199, 219, 222, 228, 390,
495, 496
Höger, Fritz 222
Hoegner, Wilhelm 347
Höhn, Karl 173
Hoerlin, Bettina 289, 291
Hoerlin, Hermann 24, 63–65, 122,
289–291, 374, 376
Hoffmann 168
Hohenemser, Fritz 81, **292, 293**
Hohmann, Frieda siehe Vogel, Fridel
Horvat, Rudolf 105, **294**
Hoss, Gottlieb 93, 431
Houdt, Johannes Cornelius van **294**
Hoven, Johannes van den **295**
Huber, Kurt 129, 130
Huber, Theodor 130
Hückel, Erich 374
Hünenburg, Friedrich 332
Hüseyin, Mehmet-Ali Aliev 462
Hütter, Ulrich 214, 240
Hulshoff, Dirk 96, 99, 124, 226
Hupalo, Andre **295**
J., A. **295**
J., B. **296**
J., C. **296**
J., T. **296**
J., Z. **297**
Jacobi, Hermann 297, 298
Jacobi, Hugo 103, **297, 298**
Jacobi, Jacob 297
Jacobsthal, Erwin 300
Jacobsthal, Gustav 90, 133, 250,
298–300, 497
Jaeger, Albrecht 206
Jaeger, Roland 222
Jagow, Dietrich von 39
Jaspers, Karl 223, 224
Jennewein, Matthias 302
Jennewein, Paul 301
Jennewein, Susanne 302
Jennewein, Walter **301, 302**
Jenny, Ernst Gabriel 62, 63, 65,
302, 303
Jeremias, Werner 75, 80, 91,
133–135, **304**, 419, 463
Jesajas 168, **305**, 310, 343
Joachimsthal, Erika **305**
Jollain, Robert Auguste 105, **306**
Jones, L. A. 154
Joubert, René **306**
Jung, Adolf 415
Jung, Carl Gustav 185
K., B. **306**
K., K. **307**, 419
K., L. **307**
K., M. 113, **308**
K., W. **308**
Kahn, Hermann 309
Kahn, Hugo 75, 122
Kahn, Werner **309**
Kahnweiler, Daniel-Henry 173
Kahnweiler, Gustav 173
Kaltenbrunner, Ernst 495
Kamm, Wunnibald 49, 68, 108, 109,
117, 212, 213
Kani, Caspar 105, **309**
Katzenstein 168, 305, **310**, 343
Kauderer, W. 301
Kauffmann, Elsa 311, 313, 314
Kauffmann, Eugen 311, 314
Kauffmann, Fritz 311
Kauffmann, Hans O. 311, 313
Kauffmann, Hugo Josef 56, 60, 65,
66, 122, **310–314**
Kauffmann, Jakob 310
Kauffmann, Martha 311
Kayser, André 342
Keller, Diethelm 316
Keller, Erich 34
Keller, Hermann 65, **315, 316**
Kennedy, John F. 185
Keuerleber, Hugo 25, 77, 93,
120, 154, 180, 219, 318, 359,
369–371
Kicherer, Dagmar 255
Kiesel, Robert 108, 345
Kinas, Sven 13, 55
Kipnis, Alexander 231, 232, 235
Kirchstein, Walter 167
Klee, Paul 174
Knacke, Theodor 117
Kneer, Joseph 175
Knorr, L. 405
Koebel, Eberhard 460
Köngeter, Walter 239
Königsberger, Otto 425
Körte, Walter 32, 37, 43, 54, 58, 60,
65, 122, 127, 193, **316–318**
Köster, Werner 177, 246, 305, 379,
441
Kokoschka, Oskar 174
Kolesnik, Nicolai **319**
Kopelw, Lew 288
Kraus, Carl 174
Kreiser, Walter 335
Kress, Hans 106, 320
Kreß, Heinrich 103
Kress, Robert 68, 106, 123, **319**,
320
Kröger (Student) 35
Kühnle, Ernst 327, 328

- Kümmich, Richard 56, 60, 67, 126, **321, 322**
 Kuhlmann, von 271
 Kull, Ulrich 407
 Kutta, Wilhelm 261
 L., A. **322**
 L., B. **323**
 L., P. **323**
 L., X. **323**
 Laflame, Alexandre **324**
 Laiblin, Ernst Louis 172
 Lambert, Rene Gaston 105, **324**
 Landauer, Alfred siehe Oren, Alfred
 Langbein, Heinrich 167, 413
 Lange, Konrad 170
 Langenbeck, August 302
 Laue, Max von 227, 228
 Laurencin, Marie 173
 Le Corbusier 279
 Lehmann, Ernst 66
 Lehmann, Hans 447
 Leidenberger (Student) 49, 58
 Lenard, Philipp 52, 420, 450
 Lenz, Ernst 52, 374–376, 379, 412, 413, 421
 Leonhard, Adolf 62, 293, 444
 Leonhardt, Fritz 128, 190, 196
 Letsche, Lothar 26, 202
 Liebel, Anne 325–327
 Liebel, Georg 83, 84, 88, 123, 157, 236, **325–328**
 Liebel, Julie geb. Sussmann 325, 327
 Liebel, Susan 83, 327, 328
 Liebel, Victor 325–327
 Lind, Carsten 330
 Lings, Ella 329, 330
 Lings, Kurt 27, 71, 72, 122, **328–331**
 Lings, Peter Michael 330
 Lings, Walther 329, 331
 Linnebach, Adolf 120
 Löbell, Elena 263
 Loebell, Karl Erich 60, 67, 122, **331, 332**, 494, 495
 Lösch, Friedrich 285
 Londsdale, Kathleen 268
 Louis, Eugene Adrien Albert 105, **333**
 Lubjschenko, Wasil **333**
 Ludewig (Arbeitsamt Den Haag) 233
 Ludwig, Eduard 101, **333–335**
 Lutterklas, Eugen 57
 M., B. **336**
 M., N. **336**
 M., R. **336**
 M., T. **337**
 M., V. 106, 108, **337**
 Machemer, Robert 99
 Maclagan, Eric 279
 Madelung, Georg 117
 Magun, Sascha 64
 Maier Baum, Joseph 171
 Maier, Otto 390
 Maier, Wilhelm 33, 61, 65, 122, 260, **338**, 451
 Maisel, Thomas 330
 Mannheimer, Hans 81, **339**
 Manz, Philipp Jacob 301, 302
 Martin, Bernd 127
 Martini, Fritz 316
 Marx, Ernst 40, 58, 60, 65, 66, 122, 228, **339–341**, 390
 Mauguin, Charles-Victor 267
 May, Roland 191
 Mayerhofer, Petra 277
 Meckseper, Gustav 238, 239
 Meinecke, Hans Heinrich **341, 342**, 388, 392
 Meini, Louis 105, **342**
 Meitner, Lise 373
 Mendelsohn, Alfred 123, 168, 310, **342, 343**
 Mendelsohn, Moritz 342
 Mergenthaler, Christian 27, 33, 34, 40, 271, 274, 275, 282, 321, 376
 Metzger, Lotte 356
 Meyer, Georg 51, 62, 259–261, 452
 Meyer, Karl 65, **343, 344**
 Michoudet, Robert 105, **344**
 Mies van der Rohe, Ludwig 189
 Mjroschjeschenko, Aliksander **345**
 Molt, Walter 102, 368
 Moosreiner, Max 108, **345**
 Morosow, Wasili **345**
 Moser, Max 175
 Motesiczky, Karl von 330
 Müller-Payer, Albert 270
 Müller, Adolf 103, **346–348**
 Müller, Franz 119
 Müller, G. H. 285
 Mumbrauer, Rolf 63, 65, **349, 350**, 493
 Murr, Wilhelm 41, 231, 375
 N., A. **350**
 N., B. **351**
 N., J. **351**, 362, 465
 N., M. **352**
 N., N. 1 **462**
 N., N. 2 **462**
 N., N. 3 **463**
 N., N. 4 **463**
 N., N. 5 68, 124, **463**
 N., N. 6 **463**
 N., N. 7 **464**
 N., N. 8 **464**
 N., N. 9 **464**
 N., N.10 351, 362, **465**
 Nauche, Jean **352**
 Nicolai, Bernd 191
 Nietzsche, Friedrich 224
 Nolde, Emil 174
 Norkauer, Fritz 224
 Nurbegovic, Nyaz **352**
 O., B. **353**
 O., C. **353**
 O., T. **353**
 O., U. **354**
 O., V. **354**
 Ochmusch, Semen 109, **355**, 474
 Öchslin, Rudolf 82
 Oesterlen, Dieter 53
 Onufrienko, Alexander **355**
 Oppenheimer, Hans 83, 84, 88, 89, 123, 138, 157, 168, 236, 305, 310, 326, 343, **355, 356**, 415, 459
 Oren, Alfred 75, 78, **356, 357**, 472
 Ossietzky von, Carl 335
 Obwald, Ernst Otto 358, 359
 Obwald, Herbert 26, 27, 68, 71, 72, 122, **358–360**, 428
 Ott (Student) 45
 Ott, Erwin 168, 305, 310, 343, 448
 P., A. **360**
 P., L. **360**
 P., R. **361**
 P., S. **361**
 P., T. **361**
 Papkowa, Pauline 351, **362**, 465
 Paracelsus 347
 Parisati, Orasio 114, 245, **363**, 385, 438
 Pashtan, Shlomo 49, 75, **364**, 472
 Pasternachia, Juan 88, 138, **364**
 Pavell, Hanan **365, 366**
 Pawel, Heinz siehe Pavell, Hanan
 Perlstein, Oskar van siehe Pashtan, Shlomo
 Pflüger, Albert 103, **366, 367**
 Pick, Edgar 102, 103, **367, 368**
 Pilgrim, Cornelius von 425

Teil III Anhang

- Pirath, Carl 52, 131, 283
Pistorius, Theodor von 34, 37, 57, 272
Plessner, Manuela 270, 274, 275
Pohl, Karl Heinrich 347, 348
Pongs, Hermann 281, 284
Prochorez, Andre **368**
Prochorez, Anton **369**
R., A. **369**
R., O. 25, 81, **369, 370**
R., P. **370**
R., T. **370**
Rahke, Johann Moritz 278
Rathgeber, Erika 53, 84, 138, 231, 251, **371, 372, 377**
Rathgeber, Heinrich (Henri) 231, 371
Rauter, Sigrid 53
Reagen, Ronald 164
Regener, Erich 32, 43, 49, 52, 63–66, 122, 126, 128, 138, 143, 223, 224, 250, 289, 290, 371, 372, **373–380**, 381, 411, 412, 420, 449, 450
Regener, Erika siehe Rathgeber, Erika
Regener, Victor 64, 65, 250, 371, 372, 376, 377, **380, 381**
Regener, Victoria geb. Mintschin 49, 64, 138, 250, 371, 373, 374, 376, 377, 381, 449
Reger, Max 315
Reichenbach, Hans 374
Reiher, Hermann 344, 376, 379
Reinhardt, Guido 133, 205, 454
Reiniger (Student) 45
Reis, Irmgard 60, 67, **382**, 447
Ressel, Wolfram 137, 146
Reusch, Paul 291
Reuter, Otto 263
Réverdin, F. 310
Ribetto, Adalgisa **383–385**
Ribetto, Marco 111, 384, 385
Ribetto, Paolo 106, 111, 112, **383–385**
Ribetto, Walter **383–385**
Riegraf, Hellmut 29, 122
Riekert, Paul 213
Rimpl, Herbert 217
Ritzdorf, Hans Josef 81, **386**, 495
Ritzmann, Pepi 401
Roche, Paul 105, **387**
Rocholl, Erich 263
Röhm, Ernst 42
Röllli, Alois 120
Romanowa, Maria **387**
Rommel, Manfred 136
Rosenthal, Fritz 268
Rosenthal, Hilde 268
Rossenbeck 430
Rossi, Bruno 381
Roth, Edwin 27, 71, 72, 122, 341, **387–389**, 392, 393, 428
Roth, Rajan L. 389
Rothmund, Leopold 32, 36, 37, 40, 43, 46, 58, 65, 140, 175, 177, 339, 341, **390, 391**, 451
Rüdt, A. H. 23
Rueß, Susanne 314
Ruge, Karl Ernst 30, 70, 72, 122, 341, 388, **392, 393**
Ruini, Zeffirino **393**
Rupp, Hans 293
Ruran, Alfred **394**
Ruran, Julija 110, 111, **394, 395**
Rust, Bernhard 69, 495
Rutherford, Lord 230
S., A. **395**
S., G. **396**
S., Z. **396**
Sahlmann, Ilse 25, 53, **396, 397**
Sakabluk, Anton **397**
Sakabluk, Wassil **397**
Samoilenco, Dimid **398**
Sanden, Bruno von 431
Schaal, Katharina 268
Schaate, Heinz 21
Schadko, Iwan **398**
Schadko, Stephan **398**
Schachterle, Karl 196
Schäffler, Herrmann 120
Schaor-Schadse, Alex **399**
Schapowalow, Igor **399**
ScharfKatz, Raphael 80, 123, **400**, **401**, 419, 494
Schede, Eugen **402**
Schede, Franz 402
Schickhardt, Heinrich 170
Schilberger, Wilhelm 105, **403**
Schleehauf, Otto **403, 404**, 494
Schlüter, Heinrich 300
Schmehl, Albert 33, 36, 41, 43, 44, 46, 56, 72, 102, 182, 367, 390, 391
Schmid, Christian 49, 112
Schmid, Gerhard 379, 449, 450
Schmid, Heinrich 447
Schmid, Käthe 289–291
Schmid, Paul 108, 109, 112
Schmid, Willi 290, 291
Schmidt, Ferdinand 52, 420, 421
Schmidt, Hans Heinrich 410
Schmidt, Hermann 68, 109, 124, **404**
Schmidt, Isabella geb. Gombrich 406
Schmidt, Julius 60, 65, 66, 122, **405–407**
Schmihol, Philip **408**
Schmitt, Georg 432, 433
Schmitt, Otto 102, 134, 282, 285, 322, 368
Schmitthenner, Elisabeth 166, 219, 332, 431,
Schmitthenner, Martin 331
Schmitthenner, Paul 32, 33, 47, 49, 52–54, 58, 70, 72, 73, 93, 99, 120, 121, 124, 139, 167, 168, 180, 181, 189, 209, 218, 219, 224, 226, 301, 317, 331, 332, 359, 370, 371, 413, 425
Schmohl, Hans Paul 428
Schneider, Erwin 290
Schneider, Gyula 97, 98, 240, **408**
Schöll, Günter 65, **409, 410**
Schönhardt, Erich 47, 86, 87, 125, 415, 421, 449, 450
Schöpfer, Otto 36, 49, 391
Scholer, Friedrich Eugen 188, 190
Scholl, Hans 119, 144, 461
Scholl, Sophie 119, 144
Schoonmade, Wilhelmus Johannes **410**
Schopper, Erwin 47, 48, 52, 63–65, 126, 291, 374–376, 379, 380, **411–413**, 421, 449
Schott, Adolf 102, 103
Schrug, Sabine 426
Schroedinger, Annie 231
Schroedinger, Erwin 231
Schütte, Ernst 63, 65, 168, **413**
Schuhmacher, Adolf 193
Schulmeister, Kurt 94, 131, 137, **414**, 454
Schumacher, Elisabeth 293
Schumann, Gerhard 41, 43
Schwamberger, Emil 172, 173
Schwilik, Christina 226
Seaton, Gunter Benno 83, 84, 88, 89, 124, 157, 236, 237, 326, 356, **415, 416**, 492
Semkoff, Antoni 96
Sérusier, Paul 173
Sestagalli, Umberto **416**

- Siebrecht 168
 Sieveking, Heinz 27, 71, 72, **417**
 Smits, Christoffel Hendrik **417**
 Smits, Pieter Jacobus **418**
 Sokol, Afanassi **418**
 Sommer, Paul **418, 419**
 Sommer, Selma 419
 Sommerfeld, Arnold 103, 227, 228, **420, 421**
 Sopher, Bernhard (Burnat David) 422
 Sopher, Joachim 71, 72, 75, **421, 422, 472**
 Sopher, Wolfgang Klaus 422
 Sorberger, (Student) 95
 Speer, Albert 190–192, 443
 Spieser, Friedrich 332
 Staab, Fritz 379, 413
 Staal, Adrian 115
 Stalin 258
 Stark, Johannes 420, 450
 Startschenko, Petro **423**
 Staufenberg, Claus Graf Schenk von 331
 Stein, Claudius 330
 Stein, Erwin 239
 Steiner (Gestapo Stuttgart) 213
 Steiner, Dora 25, **423, 424**
 Steiner, Johanna 424
 Steiner, Viktor 424
 Stender, Friedrich 24, 44
 Stenzel, Joachim 425
 Stenzel, Julius 425
 Stenzel, Otto **424, 425**
 Stern, Robert 364
 Stettiner, Eva 426
 Stettiner, Käthe 426
 Stettiner, Ludwig 426
 Stettiner, Wilhelm 103, **426**
 Steudel, Wiltrud 112
 Stevens, Viktor Paulinus **427**
 Stoeff, Swetoslaw 99
 Stölzle, Loren 109
 Stohrer, Paul 24, 27, 68, 70–72, **427–429**
 Stortz, Wilhelm 32, 33, 47–49, 60, 63, 64, 66, 94, 95, 99, 102, 120, 143, 193, 194, 229, 260, 280, 284, 340, 343, 349, 411, 412, 444, 450, 454
 Streber, Hermann **429**
 Streber, Klara 429
 Stresemann, Gustav 347
 Stütz, Ernst 68, 109, 112, **430**
 Stumpp, H. 36
 T., D. **430**
 T., F. 94, 95, 240, **431**
 T., K. **431**
 T., L. **432**
 T., P. **432**
 T., S. **432, 433**
 Tagger, Moris H. **433**
 Tamms, Friedrich 192, 196
 Tessenow, Heinrich 53, 396, 443
 Tetti, Dominico **434**
 Thode, Henry 278
 Tiedje, Wilhelm 133, 167, 168, 256, 300, 370, 413
 Tkalisch, Tomofei **434**
 Tkaschenko, Pawel **434**
 Todt, Fritz 189, 190–192, 494
 Tönnemann, Johanna 53
 Tomaschek, Rudolf 52
 Treibs, Alfred 82
 Trockels, Walter 27, 71, 72, **435, 436**
 Troost, Paul Ludwig 189, 192
 Tschapalinski, Nestor **436**
 Tschapalinski, Vadeschda **436**
 Tschima, Johannes 98, 99
 Tzenoff, Tzwetan 473
 U., B. **436**
 U., H. **437**
 U., J. **437**
 U., K. 113, 114, 204, **437, 438**
 U., L. **438**
 Udavissich, Silvio 114, 245, 385, **438, 439**
 Uhlmann, Fred 209, 359
 Uhlmann, Lily 277, 278
 Unselt, Gustav 101, **439**
 Uscinoff (Student) **440**, 462
 Usseinoff, Mechmed Ali Aliev 97
 V., A. **440**
 V., B. **441**
 V., F. **442**
 V., G. **442**
 Valk, Willem van der **442**
 Venne, Karel van de **443**
 Vesely, Ernst 105, **443**
 Vierling, Hans 112
 Vlamincq, Maurice de 173
 Vogel, Eberhard 443
 Vogel, Fridel **443, 444**
 Voigt, Johannes H. 12, 14, 32, 135, 146
 Voigt, Wolfgang 58, 239
 Volkart, Hans 177, 379
 Voll, Karl 170
 Vollmer, Alfred 70, 429
 W., A. **444**
 W., C. 47, 95, **444**
 W., D. **445**
 W., E. **445**
 W., F. **445**
 W., K. 82, 307, 369, 370
 Waber, Fritz 36
 Wäldner, Christian-Alexander 104
 Wagner, Richard 278
 Walter, Heinrich 138, 382
 Wechsung, Fritz 428
 Wegeli, Rudolf 175
 Weigand, F. 82
 Weigert, Ulrich **446**
 Weissenburger, Helmut 168, 305, 310, 343, **446–448**
 Weizsäcker, Heinrich 169, 171, 172
 Wellinger, Karl 306, 333, 344
 Wertheimer, Ruth Johanna 277
 Westorp, Gerardus **448**
 Wetzel, Hans 43, 421, **449, 450**
 Wetzel, Heinz 45–47, 52, 58, 59, 71, 72, 102, 180, 207, 255, 391
 Wewerka, August 60, 65, 242, 410
 Widmaier, Alfred 33, 51, 61, 62, 65, 93, 122, 259, 260, 338, **451, 452**
 Wien, Hans 376
 Willstätter, Richard 103, **452–454**
 Wölflin, Heinrich 170
 Wolff, Helmut 47, 94, 131, 137, 414, **454, 455**
 Wunderlich, Ernst 201
 Wyss, Oskar 109, 124, **455, 474**
 Z., C. **455**
 Z., D. **456**
 Z., E. 113, **456**
 Z., F. 25, **457**
 Z., P. 78, 79, 88, 419, **458**
 Zellinsky **459**
 Zimmer, Louis 103
 Zimmermann, Erika **459**
 Zittwitz, Günter Benno siehe Seaton, Gunter Benno
 Zoller,[Walter]. 301
 Zwiauer, Klaus 65, **460, 461**

5.2 Sachregister

Die fettgedruckten Ziffern beziehen sich auf die Artikel im Glossar ab Seite 490.

- A**beiter- und Soldatenrat 189, 194
 Academic Assistance Council (AAC) 223, 229
 Akademischer Alpenverein 289
 Akademischer Skiclub 289
 Allgemeiner Deutscher Waffenring 23
 Allgemeiner Studentenausschuss siehe *AStA*
Alter Kämpfer 44, 45, 47, 62, 228, 260, **490**
 Antifa-Wahlgemeinschaft 30
 Antisemitismus, antisemitisch 21, 23–25, 30, 31, 41, 52, 60, 64, 66, 76, 80, 81, 88, 97, 120, 128–130, 138, 140, 142–144, 156, 157, 163, 173, 180, 207, 250, 254, 374–376, 389, 391, 400, 401, 411, 419, 452, 453, 492
 Arbeits- und Ernährungsministerium 366
 Arbeitsamt 93, 104, 106, 113, 143, 216, 217, 219, 233, 240, 242, 308, 430
 Arbeitsdienst (siehe auch Reichsarbeitsdienst) 34, 36, 37, 42, 79, 183, 213, 224, 225, 369, 388, 390, 422, 425
 Arbeitserziehungslager 114, 212, 213, 430, 491
 Arbeitslager (Arbeitsdienst) 96
 Arbeitswissenschaften 51, 52
Ariemachweis 75
Arierprinzip 23, 24
arische Physik 43, 52, 374, 378, 411, 420, 449, 450
 Assistentenmangel 99
AStA 20, 27, 31, 34–37, 41, 132, **490**, 491
AStA-Vorsitzender 36, 142, 490
Asta-Wahl 25–27, 30, 31, 34, 35, 48, 49, 69
 Ausländerclub 96
 Ausländerlisten 16
 Auswärtiges Amt 347
 Autarkieforschung (siehe auch Rüstungsforschung) 18
 Autobahn siehe Reichsautobahn
Baubauhaus 52, 53, 226, 279, 492
 BBG siehe Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums
 Boykott jüdischer Geschäfte 80
 Bücherverbrennung 43
 Bündische Jugend 315, 460
 Bunker (Benutzung durch Zwangsarbeiter) 106, 107, 112, 337
 Burschenschaft siehe Korporation
Cartellverband der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen (CV) 31
DAF siehe Deutsche Arbeitsfront
 Depromotion siehe Doktorgrad, Aberkennung
 Der Block 189
 Deutsch-Bulgarischer Freundschaftskreis e.V. 97
 Deutsche Arbeitsfront (DAF) 115, 116
 Deutsche Christen 51, 62, 260
 Deutsche Demokratische Republik (DDR) 29
 Deutsche Friedensgesellschaft 271
 Deutsche Jungenschaft 460
Deutsche Physik siehe *arische Physik*
 Deutsche Studentenschaft 37, 40, 43, 45, 69, 79, 96, 231, 309, 390, 420, 447–449, 490, 493
 Deutsche Volkspartei (DVP) 264
 Deutscher Hochschulring 21
 Deutscher Monistenbund 269
 Deutscher Werkbund 189
 Deutsches Beamtengesetz 376, 492
 Deutsches Studentenwerk (siehe auch Studentenwerk) 71, 77
 Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 103
 Disziplinargericht, Disziplinargerichtsbarkeit (siehe auch Dreierausschuss) 94, 130–132, 146, 205, **490**, **491**
 Disziplinarordnung 70, 132
 Disziplinarverfahren 71, 132, 388, 414, 454
 dj. 1.11 460
 DNVP siehe Deutschnationale Volkspartei
 Doktorgrad, Aberkennung 12, 15, 100–102, 141, 248, 333
 Doktorgrad, Dokortitel 12, 15, 334, 439
 Dolchstoßlegende 21
 Dozentenführer 48, 60, 63, 125, 143, 209, 322, 344, 374, 409, 411, 493
 Dozentenlager 349, 493
 Dreierausschuss (siehe auch Disziplinatgericht) 94, 454, 491
Ehrenbürger 10, 12, 15, 102–104, 141, 146, 181, 182, 187, 190, 199, 366, 367, 420, 421, 452, 453
 Ehrendoktor 15, 47, 100, 102, 104, 127, 136, 146, 164, 190, 227, 230, 253, 453
 Ehrensenator 10, 12, 15, 102–104, 127, 136, 141, 146, 198, 199, 254, 263, 264, 297, 346, 367, 426
 Elektrotechnisches Institut 184, 269, 270, 321, 343, 344, 390
 Entnazifizierung (siehe auch Reinigungsausschuss) 15, 16, 41, 50, 93, 126, 128, 141, 168, 209, 320, 345, 386,
 Ermächtigungsgesetz 38
Fachschafft 34, 81, 84, 490
 Fachschaftsarbeit 43, 52, 95, 421, 449, 490
 Fachschaftsleiter 87, 142, 292
 FGZ siehe Forschungsanstalt Graf Zeppelin
 Finanzminister, Finanzministerium (Württemberg) 272, 274, 275, 375, 376
 FIST siehe Flugtechnisches Institut und Forschungsanstalt Graf Zeppelin
 FKFS siehe Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart
Flammenzeichen (NS-Zeitung) 174, 236
 Flugtechnisches Institut (FIST) (siehe auch Forschungsanstalt Graf Zeppelin) 104, 105, 117, 143
 Forschungsanstalt Graf Zeppelin (FGZ – siehe auch Flugtechnisches Institut) 14, 105, 106, 117, 143, 213, 214, 240, 427

- Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) 14, 17, 18, 49, 68, 104–106, 108–117, 124, 143, 145, 161, 162, 166, 178, 197, 199, 200, 203, 206, 210–212, 215–217, 232, 233, 235, 241, 243, 245, 256, 258, 262, 294–297, 307, 308, 322, 323, 336, 342, 345, 350–355, 360, 361, 363, 383, 384, 387, 393–396, 404, 416–418, 430, 432, 434, 436–438, 440, 442, 444, 445, 448, 455, 456, 463, 464, 469
- Forschungsinstitut für Wärmekraftmaschinen und Kompressoren 409
- Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre 377
- Freie Deutsche Jugend 209
- Freier deutscher Kulturbund (Free German League of Culture) 208, 209
- Freies Deutschland 183
- Freimaurer 24, 264
- Freistudenten, Freistudentenschaft (siehe auch Nichtorganisierte) 21, 30, 34, 35
- Freitod siehe Suizid
- Gaudozentenbundführer von Württemberg-Hohenzollern 48
- Geheime Staatspolizei 10, 13, 20, 27, 29, 30, 48, 53, 66, 68, 69, 89, 106, 108, 109, 113, 114, 135, 160, 174, 189, 192, 193, 212, 213, 217, 218, 229, 233, 234, 236, 245, 264, 267, 268, 273, 288, 293, 304, 309, 310, 320, 322, 330, 334, 341, 345, 363, 389, 392, 393, 408, 412, 417–419, 422, 430, 438, 455, 459, 460, **491**, 495
- Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen 189
- Generalkommissariat Weißruthenien 105
- Genfer Konvention 105
- Geographisches Institut 200, 201
- George Washington Memorial Library 340
- Gerechte unter den Völkern 329, 330
- Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen 74, 77
- Gesetz über die Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern (GEVH) 61, 62, 259, 338, 451
- Gesetz zur Führung akademischer Grade 100
- Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (BBG) 20, 37, 45, 55–58, 60, 80, 154, 169, 170, 174, 176, 193, 223, 227, 229, 238, 269, 271–275, 311, 321, 376, 377, 405, **491**, **492**, 494
- Gestapo siehe Geheime Staatspolizei
- Gestapohaft 187, 212, 236, 328, 430
- GEVH siehe Gesetz über die Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern
- Hagana 365
- Halbjude siehe *Mischling ersten Grades*
- Histadrot 365
- Hitlerjugend 63, 109, 244, 460
- Hochschule siehe Universität
- Hochschulkommissar 47, 60, 66, 102, 260
- Hochschulverwaltung (siehe auch Prüfungsamt, Studentensekretariat) 14, 17, 47, 67, 78, 84, 90, 123, 125, 132–134, 143, 299, 300, 306, 416, 439, 471, 490
- Homosexualität 9, 94, 132, 414, 454, 461
- Hunnell-Hütte 42
- IEEE siehe Institute of Electrical and Electronic Engineers
- Ingenieurlaboratorium 409
- Innenminister, Innenministerium (Württemberg) 187, 313
- Institut für elektrische Maschinen 294
- Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie 460
- Institut für Schall- und Wärmeforschung 376
- Institut für Technische Physik 376
- Institut für Theorie der Elektrotechnik 437
- Institute of Electrical and Electronic Engineers (IEEE) 163, 164
- Instituto Nacional de Tecnologia 252
- Internierung, Internierungslager (brit.) 90, 123, 145, 183, 184, 207, 208, 220, 221, 223, 224, 230, 231, 235, 237, 266, 325, 326, 331, 393, 415
- Justizminister, Justizministerium (Württemberg) 103, 181, 182, 187, 266, 283–285
- Justizministerium (Baden-Württemberg) 300, 497
- Justizministerium (Württemberg-Baden) 335
- Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 377, 411
- Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie 349, 378, 452
- Kaiser-Wilhelm-Institut für Faserstoffchemie 223, 266
- Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 14, 246, 247, 305, 441, 449
- Kameradschaft 24, 44
- Kampfbund Deutscher Architekten und Ingenieure 167
- Katholisch-Deutsche Studenten 31
- Katholische Studentengruppe 31, 119, 120, 143
- Kochenhofsiedlung 189
- Kolleggeldnachlass (siehe auch Studiengebühren, Befreiung/Nachlass) 42, 78, 79, 95, 247, **492**
- Kommissar für die württembergischen Studentenschaften 41, 43
- Kommunisten, Kommunismus 9, 20, 26, 27, 29, 30, 35, 37, 38, 55, 69, 70, 72, 73, 75, 121, 124, 135, 136, 146, 266, 271, 288, 315, 329, 341, 358, 359, 388, 389, 392, 435, 496
- Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 26, 27, 29, 56, 69, 106, 135, 183, 201, 207, 208, 218, 319, 321, 322, 358, 387, 388, 460
- Kommunistische Studentenfaktion (Kostufra) 26
- kommunistische Studierende, Studentengruppe (siehe auch Rote Studentengruppe) 9, 20, 26, 27, 29, 43, 57, 68–72, 119, 143
- Konzentrationslager 113, 115, 123, 145, 158, 194, 196, 271, 298, 364, 389, 491, 495, 496
- Konzentrationslager Leonberg 179, 180
- Konzentrationslager Vaihingen/Enz 179, 180
- Korporation (siehe auch Kameradschaft) 21–25, 29, 30, 34, 35, 57, 39–42, 44, 73, 130, 131, 140, 142, 146, **492**

Teil III Anhang

- Alania 23, 31
- Alemannia 23
- Alt-Württemberg 23
- Arminia 23
- Borussia 22, 23
- Catena 22
- Deutsche Christliche Studentenvereinigung (D.C.S.V.) 22
- Germania 23
- Ghibellinia 23, 246, 247
- Hilaritas 22-24, 41
- Hohentwiel 22, 23, 31
- Makaria 22, 23
- Marcomannia 23
- Rhenania 22
- Rheo-Nicaria 31
- Saxonia 23
- Sonderbund 289
- Stuttgarter Wingolf 22
- Suevia 428
- Ulmia 22, 23
- Westmark 22, 23
- Widar 23
- Kostufra siehe Kommunistische Studentenfraktion
- KPD siehe Kommunistische Partei Deutschlands
- Kriegsgefangene 10, 17, 104-107, 109, 111, 112, 118, 221, 306, 324, 326, 333, 342, 344, 355, 469, 474, 494
- Kriegsgefangenschaft 321, 322, 334, 460
- Kriegshilfsdienst 203
- Kriegsminister (Württemberg) 269, 271
- Kriegsministerium 312
- Kultminister, Kultministerium (Württemberg) 20, 33, 34, 37, 40, 41, 42, 44, 46, 47, 58, 60, 62, 69, 77, 102, 103, 193, 217, 218, 229, 238, 271-276, 280, 281, 303, 313-315, 320, 321, 376, 463, 471, 490
- Kultministerium (Württemberg-Baden) 129, 170, 172, 176, 201, 202, 282, 283, 285
- Kulturbolschewismus* 32, 53, 54, 58, 70, 279, 317, 318, **492, 493**
- Kultusministerium (Baden-Württemberg) 274, 276, 284, 316, 350
- KZ siehe Konzentrationslager
- KZ-Häftlinge 51, 494
- Laboratorium für Physikalische Chemie und Elektrochemie 449
- Landesamt für Denkmalpflege
 - Baden-Württemberg 169, 171, 172, 180
- Landesamt für Wiedergutmachung 15, 16, 80-90, 133-135, 497
- Landesgewerbeamt 314
- Landeskriminalpolizei (Württemberg) 69
- Landesmuseum Württemberg 169, 171, 175, 176
- Landesverwaltung für Kultus, Erziehung und Kunst 379
- Landtag (Württemberg) 37, 38, 103, 181, 187, 269, 271, 272, 366
- Lebenserinnerungen 14-16, 67, 80, 83, 84, 104, 138, 139, 157, 184, 198, 199, 209, 236, 250, 251, 318, 360, 393
- Lehrstuhl für Elektrische Anlagen 292
- Lehrstuhl für Industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb 51, 52
- Lehrstuhl für Werkzeugmaschinen 241, 242
- Lehrstuhl/Institut für Theoretische Physik 266
- Linke Einheitsfront 30
- List of displaced German Scholars 13, 61-63, 303, 338
- Listenwahl 34
- Lungentuberkulose 110, 111, 124, 145
- Marxistische Arbeiterschule Stuttgart** 201
- Maschinenlaboratorium 60, 214
- Materialprüfungsanstalt 67, 68, 104-109, 112, 117, 123, 143, 203, 204, 206, 320
- Materialprüfungsanstalt, Institut für Bauforschung 107, 108, 203, 204, 206, 214, 216, 258, 261, 294-296, 306, 309, 319, 324, 334, 337, 344, 345, 351-353, 355, 360, 362, 368-370, 387, 397-399, 403, 408, 410, 418, 423, 427, 430-432, 434, 443, 445, 465
- Materialprüfungsanstalt, Institut für Materialprüfungen des Maschinenbaus 108
- Max-Planck-Gesellschaft 50, 128, 373, 377, 378, 411
- Max-Planck-Institut für Metallforschung 246, 247
- Mensur 23, 24, 130, 131, 492
- Minister für politische Befreiung 168, 305, 310, 343
- Ministerpräsident (Württemberg) 271, 282
- Mischehe* 78, 179, 268
- Mischling* 64, 74, 80, 82, 84-86, 90-94, 96, 121, 133, 134, 139, 144, 179, 222, 226, 242, 250, 299, 375, 377, 450, 463, 472, **493**
- Mischling ersten Grades* 25, 48, 60, 64, 65, 75, 77, 78, 81, 91, 94, 120, 123, 133, 134, 144, 145, 165, 166, 179, 180, 183, 186, 225, 234, 241, 247, 250, 257, 266, 281, 291-293, 299-302, 304, 309, 332, 371, 373, 377, 382, 402, 422, 425, 429, 441, 446-448, 462, 463, 472, 493, 494
- Mischling zweiten Grades* 56, 60, 81, 92-94, 123, 145, 203, 214, 228, 234, 244, 246, 287, 307, 354, 369, 386, 388, 389, 444, 472, 493, 494
- Museum der Stadt Ulm 170, 172, 175
- Musterbetrieb, nationalsozialistischer 111
- Nationalismus** 11, 20-22, 24-27, 29, 31, 34, 35, 37, 40, 45-47, 57, 95, 130, 131, 133, 138, 140, 142, 144, 205, 272, 275, 332, 358, 372, 390, 392
- nationalistische und völkische Studentengruppen 275
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 15, 20, 22, 32, 39, 41, 42, 44, 46-48, 51, 58, 79, 62, 63, 91-93, 95, 101, 134, 142, 173, 217, 218, 238, 247, 254, 260, 267, 281, 285, 317, 318, 329, 340, 390, 402, 410, 439, 451, 452, 462, 493-496
- Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK) 200
- Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund (NSDDoB) 48, 49, 410, **493, 496**
- Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund (NSDStB) 22, 25, 26, 30, 32, 34-37, 40, 41, 43, 44, 49, 57, 69, 73, 75, 76, 84, 96, 238, 317, 391, 457, 461, 462, 490, **493, 494**
- Neues Bauen 32, 52, 54, 222, 317, 358, 359, 371, 492

- Nichtorganisierte (siehe auch Freistudenten, Freistudentenschaft) 28, 30, 72, 341, 388, 392
- Novemberpogrome 1938 86, 87, 89, 90, 123, 145, 156, 157, 163, 170, 174, 207, 220, 236, 250, 255, 262, 264, 299, 311, 326, 356, 364, 415, 458, 496
- NSDAP siehe Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
- NSDAP-Gauleitung Württemberg-Hohenzollern 49
- NSDDoB siehe Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund
- NSDStB siehe Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
- NS-Kurier* 69, 73, 75, 76, 84, 189, 193, 194, 238, 317, 318, 391
- Numerus clausus 73
- Nürnberger Gesetze 61, 81, 90, 165, 179, 183, 228, 241, 246, 266, 301, 309, 371, 382, 386, 444, 472, 494
- Organisation Todt 123, 145, 184, 226, 332, 441, 493, **494**
- Ostarbeiter* (siehe auch Zwangsarbeiter) 105–112, 115–117, 166, 199, 210, 211, 215, 256, 295, 296, 308, 336, 345, 353, 360, 361, 394, 396, 430, 432, 436, 445, 455, 463, 464, 474
- Ostarbeiterabgabe 116
- Ostarbeiterin* (siehe auch Zwangsarbeiterin) 115, 117, 162, 211, 212, 243, 323, 351, 362, 387, 394, 436, 456, 465
- Ostarbeitersparen 115
- Panuropa-Bewegung 35
- Paneuropäische Union Deutschlands 264
- Panuropa-Union 29, 264
- Panstud – Republikanische Studenten (siehe auch Republikanischer Studentenbund) 35
- Parteikanzlei der NSDAP 91, 183, 242, 493
- Pazifismus, Pazifisten 21, 26, 34, 35, 57, 267, 268, 271, 272
- Pejo Jaworow e.V. 97
- Pflichtsport 41, 42, 84
- Physikalische Gesellschaft Württemberg-Baden-Pfalz 378
- Physikalisches Institut 49, 52, 64, 66, 223, 289–291, 371, 373, 374, 376, 378, 411, 412, 421, 449
- Pogrom Creglingen 1933 78, 356, 357
- Polenaktion* 400, 401
- Politische Polizei 27, 48, 68, 329
- Präsident (Landtag Württemberg) 103
- Privatassistent 14
- Prüfungsamt 133, 218, 266, 299, 354, 435
- Prüfungssekretär 250, 393
- Quäker 267, 268
- Rassenpolitisches Amt der NSDAP 134, 183, 186
- Reichsamt für Sippenforschung 281, 287
- Reichsarbeitsdienst (siehe auch Arbeitsdienst) 95, 179, 203, 457, **494, 495**
- Reichsautobahn 18, 189, 190, 192, 239
- Reichsberufswettkampf 374, 379, 411, 420, 421, 449, 450
- Reichsbürgergesetz 61, 493, 494
- Reichserziehungsministerium siehe Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
- Reichsfachschaft Film 160
- Reichsgericht 101, 334, 335, 358
- Reichsgründungsfeier 22
- Reichsinnenministerium 42, 493
- Reichskammer der bildenden Künste 154, 217, 218, 222, 238, 332, 495
- Reichskonsulent voor Sociale Zaken 112, 113, 308
- Reichskriegsgericht 293
- Reichskriegsministerium 60
- Reichskristallnacht* siehe Novemberpogrome 1938
- Reichskulturkammer 81, 154, 218, 275, 282, 341, 386, 402, **495**
- Reichsluftfahrtministerium 117, 317, 318
- Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda 282
- Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) 44, 46, 47, 52, 56, 60, 62, 63, 69, 70, 72, 76, 85–87, 91–95, 98, 102, 120, 143, 144, 163, 183, 202, 203, 224, 229, 231, 234, 242, 244, 257, 280, 281, 349, 354, 376, 408, 415, 444, 471, **495**
- Reichspostministerium 103, 198
- Reichspräsident 38, 55, 57, 347
- Reichsregierung 20, 74, 334
- Reichs-Rundfunk-Gesellschaft 198
- Reichsschrifttumskammer 267, 273, 275, 495
- Reichssicherheitshauptamt 66, 69, 275, 265, 341, 359, 493, **495, 496**
- Reichssippenamt 287, 373
- Reichsstathalter (Württemberg) 41, 231, 271, 274, 282, 311–313, 377
- Reichsstudentenführung 92, 98, 99, 180, 240, 244, 374, 408, 420, 449, 457, 490
- Reichsstudentenwerk 280
- Reichstagsbrandverordnung siehe Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat
- Reichstagswahl 26, 38
- Reichstreuhänder für den öffentlichen Dienst 212, 404
- Reichswehr 334
- Reichswetterdienst 200, 202
- Reichswirtschaftsministerium 410
- Reinigungsausschuss 125, 129, 320
- Relegation 9, 14, 15, 17, 20, 27, 30, 46, 55, 57, 68–72, 74, 75, 78, 80, 82, 86–90, 94, 95, 120–123, 131–133, 135, 139, 142–146, 156, 157, 159, 160, 163, 165, 179, 180, 183, 186, 204–206, 217–221, 233–235, 240, 241, 246, 257, 265, 266, 325, 328, 355, 359, 387, 408, 415, 417, 431, 435, 440, 444, 454, 457–459, 462, 497
- REM siehe Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
- Republikanische Studenten 28–30, 40, 72
- Republikanischer Studentenbund (siehe auch Panstud – Republikanische Studenten) 29, 30, 34, 36, 69, 265, 321, 341, 388
- Republikanisches Studentenkartell 29
- Resistance 201
- Röhmputsch* 41, 42, 80, 290, 494, 496
- Röntgenlaboratorium 223
- Rotary-Club 263
- Rote Armee 210, 211, 258, 337, 377
- Rote Kapelle 287, 288, 293
- Rote Studentengruppe (siehe auch kommunistische Studierende, Studentengruppe) 26–29, 36, 40, 47, 54, 63, 68–73, 75, 122, 135, 200, 201, 217, 255, 328, 329, 341, 358, 359, 387, 417, 422, 428

Teil III Anhang

- Rüstungsforschung (siehe auch Autarkieforschung) 18, 109, 116, 126, 129, 135, 441
Rüstungsproduktion 51, 260
SA siehe Sturmabteilung
SA-Hochschulamt 42, 44, 80
Schutzstaffel (SS – siehe auch Waffen-SS) 42, 44, 63, 64, 192, 193, 238, 267, 273, **495, 496**
SD siehe Sicherheitsdienst der SS
Selbstmobilisierung der Wissenschaft 126
Selbstmord siehe Suizid
Shoah 94, 123, 145, 185, 343, 426, 458
Sicherheitsdienst der SS (SD) 48–50, 54, 64, 93, 97, 99, 113, 233, 267, 308, 495, 496
Society for the Protection of Science and Learning (SPSL) 154, 224, 230, 239, 279
Sondergericht Stuttgart 460, 461
Sonnenwendfeier 22, 32
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 55, 56, 103, 189, 194, 346, 347, 366
SPD siehe Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Spitzel, SD-Spitzel 328, 330, 376, 412
SPSL siehe Society for the Protection of Science and Learning
SS siehe Schutzstaffel
Staatskommissar siehe Hochschulkommissar
Staatsministerium 272
Staatspräsident (Württemberg) 103, 187
Stadtgartenaffäre 24
Stadtjugendring Stuttgart e.V. 136
Stellvertreter des Führers 91, 225
Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft 106
Stipendium (siehe auch Studiengebühren, Befreiung/Nachlass, Kolleggeldnachlass) 42, 44, 77–79, 95, 96, 99, 247, 292, 460
Stolperstein 314, 327
Studentenführer 15, 24, 25, 33, 36, 41, 43–47, 49, 56, 76–78, 80–82, 84, 92, 94, 96–99, 102, 120, 139, 142, 157, 160, 179, 180, 183, 214, 219, 225, 234, 240, 242, 307, 367, 408, 431, 440, 457, 461, 490, 491
Studentenführung 29, 41–43, 46, 47, 56, 60, 72, 77, 79, 82, 84, 89, 94, 96, 123, 143, 388, 390
Studentengruppe, demokratische 20, 37, 119, 275
Studentengruppe, völkische 37, 43
Studentenschaft 34, 37, 40, 41–43, 45, 46, 69, 70, 72, 75, 77, 81, 83, 120, 132, 209, 228, 231, 239, 272, 390–392, 448
Studentenseelsorge 31
Studentensekretariat 16, 84, 89, 143, 292, 299, 301, 326, 386, 400, 429, 446, 461
Studentenwerk (siehe auch Deutsches Studentenwerk) 60, 77
Studiengebühren 90, 97, 120, 266, 415
Studiengebühren, Befreiung/Nachlass (siehe auch Kolleggeldnachlass, Stipendium) 44, 77, 90, 183
Studienstiftung des Deutschen Volkes 71, 77
Sturmabteilung 22, 30, 33, 38, 41, 42, 43, 44, 45, 47, 48, 54, 63, 70, 72, 76, 79, 80, 142, 246, 270, 271, 357, 388, 389, 409, 411, 460, 461, 494, 495, **496**
Stuttgarter Architekturschule 49, 52–54, 189–191, 195, 197, 286, 359, 365, 372
Suizid 55, 60, 75, 122, 158, 165, 237, 405, 425
Swingjugend 95, 431
TBC siehe Lungentuberkulose
Technische Hochschule siehe Universität
UfA siehe Universum-Film AG
Universität, Hochschule
– Aachen 76, 88, 89, 94, 235, 310, 420
– Addis-Abeba 365
– Albuquerque/New Mexico (University of New Mexico) 381
– Bad Frankenhausen (Kyffhäuser Technikum) 304
– Belfast (Queen's University) 227
– Belgrad 97
– Berlin (Landwirts. Hochschule) 373
– Berlin (TH) 74, 76, 155, 167, 188–190, 248, 287, 289, 316, 343, 349, 350, 358, 396, 423, 431, 443
– Berlin (Univ.) 77, 93, 104, 135, 159, 169, 170, 181, 187, 223, 252, 277, 278, 287, 302, 346, 348, 373, 411, 435, 444
– Bonn 76, 187
– Breslau (TH) 206, 207, 413
– Breslau (Univ.) 93
– Cambridge (GB) 227
– Cambridge/Massachusetts (Harvard) 326
– Caracas (Universidad Central de Venezuela) 251
– Chicago (University of Chicago) 355, 380
– Clausthal, Bergakademie 420
– Cleveland/Ohio 156
– Danzig 259, 307
– Darmstadt 67, 88, 104, 129, 154, 252, 253, 255, 267, 424
– Dresden 279, 280, 284, 402
– Esslingen (Höhere Maschinenbauschule) 134, 405–407
– Esslingen (Pädagogischen Institut) 201
– Florenz 369
– Frankfurt/Main 74, 91, 411, 412
– Freiburg 86, 88, 93, 100, 127, 277, 278, 317, 318
– Genf 185, 310
– Gießen 77
– Göttingen 227, 420, 441
– Graz (TH) 443, 444
– Graz (Univ.) 93
– Greifswald 104, 349
– Guatemala-Stadt (San Carlos) 298
– Halle/Saale 425
– Hamburg (HAW) 214
– Hamburg (Univ.) 76, 88
– Hannover 104, 227
– Heidelberg 76, 93, 223, 277, 278, 310
– Hohenheim 62, 63, 91, 302
– Istanbul (TU) 190
– Ithaka/New York (Cornell University) 232, 291
– Jena 405
– Kalifornien (University of California) 185, 291
– Kapstadt 154
– Karlsruhe 67, 88, 390, 441
– Kiel 77, 88, 89, 198, 425

- Köln 76
- Königsberg 74, 420
- Köthen (Friedrichs-Polytechnikum) 198
- Leeds 325, 326
- Leipzig 74, 339, 449
- London (Birkbeck College, University of London) 223
- London (School of Economics) 392
- London (University College) 155
- Ludwigsburg (Pädagogische Hochschule) 201, 202
- Marburg 76, 267, 328, 329
- Markgröningen (Pädagogisches Institut) 201
- Melbourne (University) 371, 372
- Minnesota (University of Minnesota) 185, 355
- Montreal (Concordia University) 327
- Montreal (McGill University) 326
- München (Musikakademie) 315
- München (TH) 76, 94, 97, 163, 164, 188, 238, 248, 315, 354, 390, 441
- München (Univ.) 76, 88, 89, 93, 169, 170, 175, 227, 277, 278, 328, 329, 346, 380, 411, 420, 449, 452
- New Haven/Connecticut (Yale University) 252
- New York (Adelphi University) 227
- New York (City College) 163
- New York (Columbia University) 163
- New York (Polytechnical University) 163, 227
- Padua 381
- Paris 227
- Providence/Rhode Island (Brown University) 257
- Reutlingen (Technikum für Textilindustrie) 311, 312, 314, 342, 433
- Rio de Janeiro (Kath. Universität) 252
- Rio de Janeiro (Universidade do Distrito Federal) 253
- Rostock 76, 88
- Sao Paulo 252
- Seoul (Hangyang Universität) 246
- Straßburg 346, 348
- Stuttgart (Berufspädagogische Hochschule) 304, 388
- Stuttgart (Kunstakademie) 169, 172
- Stuttgart (Kunstgewerbeschule) 169, 172
- Stuttgart (Musikhochschule) 275, 315
- Stuttgart (Pädagogisches Institut) 201
- Stuttgart (Staatsbauschule) 225, 427
- Tübingen 66, 69, 71, 104, 169, 170, 181, 185, 187, 189, 200, 202, 263, 315, 346, 411
- Washington, D.C. (Georgetown University) 163
- Washington, D.C. (Washington Scholl of Psychiatry) 185
- Weimar (Bauhaus) 331
- Weimar (Hochschule für Architektur) 207
- Weimar (Hochschule für Baukunst und Bildende Künste) 208
- Weimar (Ingenieurschule) 235
- Weimar (Musikhochschule) 315
- Wien (Hochschule für Welthandel) 93
- Wien (Univ.) 328
- Winterthur (Technikum) 204
- Wismar (Ingenieurakademie) 255
- Würzburg 200, 446, 449
- Zagreb 97
- Zürich (ETH) 155, 184, 204, 205, 265, 266, 278, 347, 452
- Zwickau (Ingenieurschule) 400
- Universum-Film AG (UfA) 159
- Verbindung siehe Korporation
- Verein zur Abwehr des Antisemitismus 254
- Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes (VVN) 29, 136
- Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des Deutschen Volkes 38, 57
- Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat (Reichstagsbrandverordnung) 38, 57, 359
- Versailler Vertrag 22, 335
- Verwaltung siehe Hochschulverwaltung
- Vierteljude siehe *Mischling zweiten Grades*
- völkisch/völkische Bewegung 9, 11, 21, 25, 26, 29, 35, 37, 43, 44, 73, 142
- Völkischer Beobachter* 40, 58, 340
- Volksgemeinschaft* 36, 94
- Volksgerichtshof 187
- Vorlesungsboykott 43
- VVN siehe Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes
- Waffen-SS (siehe auch Schutzstaffel) 98, 99, 408, 495
- Wehrmacht 17, 42, 72, 91, 93, 94, 98, 99, 104, 121, 123, 134, 145, 183, 186, 201, 212, 213, 217, 222, 225, 241, 243, 257, 288, 292, 301, 302, 328, 330–332, 334, 341, 359, 362, 408, 412, 419, 422, 427, 429, 435, 439, 460, 461, 473, 493, 496
- Wehrwirtschaftsführer 51, 62
- Weimarer Republik 21, 29, 34, 37, 66, 102, 264, 334, 346
- Weißerose 119, 129, 144, 461
- Weißenhofsiedlung 189, 371
- Weltausstellung Paris 1937 167, 168, 189
- Weltbühne-Prozess 335
- Weltwirtschaftskrise 36, 329
- Werksschar 116
- Widerstand, Widerstandskämpfer 119, 122, 136, 143
- Widerstandsgruppe v. 20. Juli 1944 187
- Wiedergutmachung (siehe auch Landesamt für Wiedergutmachung) 101
- Wiedergutmachungsverfahren 133, 134, 141, **496, 497**
- Wirtschaftsministerium (Württemberg) 312–314, 366
- Württembergische Hochschulzeitung 23, 358,
- Württembergische Studentenzeitung 70
- Yad Vashem 268, 330
- Zeitzeugeninterview 15, 67, 142
- Zentrale Verwaltung siehe Hochschulverwaltung
- Zentrum (Partei) 38, 103, 182, 187, 228

Teil III Anhang

- Zwangsarbeit, Zwangsarbeiter (siehe auch *Ostarbeiter*) 10, 13, 15–17, 51, 52, 104–110, 112, 114–117, 123, 124, 141, 143, 145, 155, 161, 162, 166, 178, 180, 197, 199, 200, 203, 204, 206, 210–212, 214–217, 232, 233, 235, 241, 243, 245, 256, 258, 261, 262, 293–297, 304, 306–309, 319, 322–324, 331, 333, 336, 337, 342, 344, 345, 350–355, 360, 361, 363, 368–370, 385, 387, 393–399, 401, 403, 408, 410, 416–419, 423, 427, 430–432, 434, 436–438, 440–445, 448, 455, 463, 464, 491, 494, 495
Zwangsarbeiterin (siehe auch *Ostarbeiterin*) 10, 51, 104, 105, 110, 113, 115, 124, 145, 162, 211, 212, 243, 245, 322, 323, 333, 336, 337, 351, 362, 383, 387, 394, 396, 432, 433, 436, 437, 456, 463–465
Zwangsarbeitslager 400, 447
Zwangsexmatrikulation siehe Relegation

5.3 Herkunft, Geburtsorte und Wohnorte der Verfolgten

- Aachen 310
Agram (Zagreb) 206
Alessandria/Piemont 383
Amsterdam 354, 445
Apostolowskij 398
Apuania 245
Artemowsk 399
Augsburg 259
Bad Frankenhausen 304
Bad Homburg 277
Bad Nauheim 343
Bad Salzungen 343
Bad Soden 411
Baden-Baden 254
Baiersdorf 405
Barcelona 248
Batavia (Jakarta) 262
Bath/Ungarn 166
Belgien 105
Bentjai/Witebsk 199
Berlin 159, 164, 167, 169, 181, 187, 188, 223, 227, 244, 248, 254, 266, 273, 277, 287, 288, 292, 302, 316, 317, 321, 322, 328, 334, 343, 346, 349, 358, 371, 373, 380, 392, 396, 408, 411, 431, 443, 447, 451, 454
Birtonto 351
Bonn 187
Botucatu/Brasilien 244
Bozen 385
Bozzano 440
Breendonk 427, 443
Breslau 206, 248, 413, 415, 416, 424
Brozzi/Florenz 235
Brünn 443
Budapest 155
Budkau 403
Bulgarien 124
Bydgoszcz-Wilczak (Schleusenau) 373
Cambridge/Großbritannien 227
Casalgrande 393
Cernăuți (Czernowitz) 342, 343
Chamberi 162
Chile 335
Cobán 403
Cottbus 258
Creglingen 78, 356
Czernowitz (Cernăuți) 342, 343
Czersk 459
Danzig 259, 307
Demidoff/Smolensk 162, 336, 387
Den Haag 113, 161, 197, 203, 232, 233, 258, 297, 308, 336, 350, 353, 395, 417, 438, 442, 444, 445
Dessau 333
Dettingen/Teck 366
Dnjepropetrowsk 204, 214, 258, 295, 296, 333, 337, 345, 355, 368–370, 397–399, 408, 434
Donaueschingen 390
Dordrecht 442
Dresden 305, 331, 402
Dronero 245
Drunen 295
Dürnau 449
Düsseldorf 222, 328, 409, 421
Ehingen 181
Elbing 443
Ellwangen 181
Erfurt 400, 401
Essen 369
Esslingen 301, 302, 325, 327, 382, 410
Fellbach 352
Fijnaart 437
Finkenkrug 269, 272, 273
Florenz 235
Forsano 241
Framura 384
Frankfurt/Main 164, 238, 292, 304, 316, 317, 334
Frankreich 105
Freiburg/Breisgau 183, 184, 277, 315, 317, 318, 333
Freudenstadt 321
Friedrichshafen/Bodensee 373, 377
Fürth 396
Gemert 456
Genf 310
Genua 336, 388, 389
Gluschkowskij 210
Göppingen 81, 321, 322, 339
Görlitz 259
Göttingen 227, 266
Graz 443
Grevenmacher 418
Großenhain 258
Großwardein 155
Guatemala 403
Hagen 220
Hagenau/Elsass 188
Halle/Saale 235, 236, 248
Hamburg 159, 160, 213, 217, 244, 248–250, 255, 298, 333, 341
Hamhüing/Nordkorea 208
Hannover 459
Heerlen 323
Heidelberg 277, 424
Heidenheim/Brenz 181, 430, 461
Heilbronn 29, 254, 411
Heindonk 443
Herbrechtingen 460, 461
Herne 307, 369
Hildesheim 318
Hohenstadt/Ostalbkreis 181, 182
Ilmenstaad 377
Italien 105, 111, 114, 115, 117, 439, 474

- Jakarta (Batavia) 262
 Jena 243, 405
 Jugoslawien 105, 352
K
 Kairo 424
 Kaliningrad (Königsberg) 420
 Kampen 448
 Karlsruhe 277, 390, 452
 Kassel 86, 89, 156, 157, 262
 Kiel 198, 338, 424
 Kindino/Witebsk 212
 Kirchheim/Teck 197, 245, 297, 366,
 384, 385, 442
 Köln 329, 364, 431, 446
 Königsberg (Kaliningrad) 420
 Köthen/Anhalt 198, 204
 Konstanz 447, 448
 Korntal 403
 Krasne/Dnjepropetrowsk 204, 214,
 258, 295, 296, 333, 337, 345,
 355, 360, 368-370, 397-399,
 408, 434
 Kroatien 105
 Kuba 364
 Kursk 155, 210, 256, 296, 455
 Kusmonka 351
L
 La Motte-Chalancon 331, 332
 La Spezia 384, 385
 Landau/Pfalz 309
 Lehe/Bremerhaven 266
 Leipzig 258, 315, 339
 Leningrad (Sankt Petersburg) 362
 Leonberg 404
 Linz 388, 389
 Lippstadt 431
 Lipuwka 203
 Ljubaschkino 394
 Lodz 322
 Lokvicic 431
 London 248, 252
 Lubaschkowo/Witebsk 210, 211
 Ludwigsburg 257, 310
 Ludwigshafen/Rhein 224, 241, 267
 Luxemburg 419
M
 Magdeburg 316
 Mailand 233, 307, 352, 436
 Mannheim 185, 267, 277, 278, 339
 Manolzweiler/Winterbach 212
 Maranskoe 345, 368-370
 Mariaenske 337
 Marinka 398
 Marinske 214
 Marjeka 261
 Masi 363
 Meiningen 292
 Menton/Nizza 302
 Merseburg 241
 Metzgingen 321
 Minsk 105, 351
 Modica 215
 Mönchengladbach 386
 Moskau 333, 334
 Mülheim/Ruhr 265
 München 159, 160, 169, 188, 219,
 222, 224, 238, 248, 278, 315,
 346, 354-357, 380, 390, 402,
 411, 420, 429
N
 Nagyvárad (Rumänien) 155
 Nellingen 197
 Neu-Ulm 255
 New Jersey 330
 Niederlande 105, 124
 Nizza 264
 Nordhausen/Harz 224
 Nürnberg 156, 452
O
 Oberhausen/Rhld. 259
 Odessa 302
 Ohlau/Schlesien 100, 248
 Oradea 155
P
 Paranskoe 360
 Paris 215, 263, 306, 352
 Páty 166
 Pawenschki 211
 Peitz 258
 Perouse 246
 Piemont 383
 Plettenberg 233
 Plovdiv 160
 Pola 438
 Polen 105, 322, 400, 432
 Popow/Poponow-Leschatschi 256,
 296
 Prag 441
R
 Radstadt 197
 Reutlingen 310, 319, 433
 Rivignano 323
 Rom 434
 Rommelshausen 269
 Rostock 206, 208
 Rottenburg 181, 187
 Rotterdam 197, 216, 232, 294, 410,
 418, 437
 Rottweil 159
 Rupt-sur-Moselle 324
 Rusaliwka 369
 Russland 104-107, 109-112, 117, 118,
 124, 145, 210, 302, 351, 355,
 469, 474
S
 Sachalin 211
 Saint Sylvestre 387
 Salem 446
 Sankt Petersburg (Leningrad) 362
 São Paulo 244
 Saporoschtskoje/Dnjepropetrow-
 sk 107, 258
 Saumeray 333
 Schelkor/Suma 243
 Schlachodka 394
 Schlawe 198
 Schleusenau (Bydgoszcz-
 Wilczak) 373
 Schmalkalden 343
 Schonderowa 362
 Schpykolyssy/Złoczów 432
 Schwäbisch Hall 289
 Schweiz 103, 474
 Schwejkow 396
 Schwerin 255
 Smolensk 336, 387
 Sofia 433
 Solgne 188
 Sonthofen 446
 Sowjetunion (UdSSR) 105, 107, 109,
 110, 114, 124, 143-145, 155, 167,
 204, 210, 214, 216, 258, 261,
 295, 296, 319, 333, 337, 345,
 351, 355, 360, 362, 368-370,
 397-399, 408, 418, 423, 430,
 434, 465
 Spaichingen 353, 437, 442,
 St. Fons 324
 St. Gallen 154, 204
 Staufeu/Freiburg 277, 278
 Stettin (Szczecin) 154, 316, 365
 Straßburg 304
 Strehlen (Strzelin) 415
 Strzelin (Strehlen) 415
 Stuttgart 103, 135, 163, 170-172,
 175, 179-182, 185, 187, 200, 241,
 243, 244, 249, 252, 259, 263,
 287, 292, 297, 301-303, 310, 315,
 316, 318, 321, 333, 341, 352,
 355, 356, 358, 366, 367, 371,
 373, 380, 382, 387, 389, 410,
 413, 423, 424, 426, 427, 430,
 432, 433, 439, 441, 442, 446,
 451, 457, 458, 460
 Szczecin (Stettin) 154, 316, 365
T
 Tanibow 345
 Tetkino/Gluschkowskij, Kursk 210
 Thomakirka 319
 Tiflis 167
 Trier 346, 418

Teil III Anhang

- Tschechoslowakei 105
Tübingen 169, 181, 183, 185, 187,
200, 307, 411
Udine 323
Ukraine 104-107, 204, 214, 216,
258, 261, 295, 296, 319, 333,
337, 342, 345, 355, 360, 368,
369, 397-399, 408, 418, 423,
430, 432, 434
Ulm 170, 174, 175, 181, 255, 259,
449
Ungarn 51, 98, 120, 123
USA 257, 328, 330
Varace 161
Varazdin 294
Venedig 200
Vignate 416
Visone/Alessandria 383
Vlaardingen 216
Vojnic 306
Volos 437
Waakirchen-Riedern 331, 332
Walpershofen 178
Weilheim 342
Weimar 206, 208
Weissenau 377
Weißrussland 105, 110
Weißruthenien 105
Wetter 220
Wieliczka 162
Wien 325, 354
Wiesbaden 169, 248, 424
Wilezka 162
Willebroek 432
Winterbach 212
Winterthur 204
Wismar 255
Witebsk 210, 212, 361, 394
Witterswil/Schweiz 455
Wittlich 346
Wolfen 289, 291
Würzburg 446
Wuppertal 233, 413
Xures 306
Zagreb 206
Zell/Mosel 459
Zemun 309
Złoczów 432
Zollikon 204
Zürich 204, 302, 417, 452
Zvornik 352

5.4 Exilländer und Exilorte der Verfolgten

- Argentinien** 422
– Buenos Aires 248, 421, 422
Australien 123, 145, 235, 311,
372, 415, 429
– Adelaide 371
– Canterbury 262, 263
– Hay/New South Wales 231, 415,
416
– Melbourne 371
– Sydney 372
Belgien 458
Bolivien 166
Brasilien 253, 265, 266, 421, 422
– Rio de Janeiro 252
– São Paulo 252, 253
China 311
– Shanghai 311
Deutschland
– Saargebiet 382
Dominikanische Republik 418,
419
Frankreich 238, 239, 392, 458
– Elsass 168, 332
– Marseille 154, 418, 419
– Moirans 254
– Nizza 254
– Paris 154, 168
– Saargebiet 382
– Turckheim 255
Großbritannien 123, 145, 185,
207, 220, 221, 223, 227, 228,
230, 235, 237-239, 249, 250,
262, 263, 265, 325, 326, 355,
356, 372, 415, 423, 460
– Belfast 144, 227, 230
– Cambridge 207
– Glasgow 207, 208
– Hayes/Middlesex 223
– Isle of Man 207, 223, 227, 325
– Leeds 326
– London 156, 305, 392, 460
– Schottland 207, 458
– Sutton Courteney 185
– Wembley/Middlesex 223
Guatemala 90, 133, 250,
298-300, 403
– Cobán 404
– Guatemala-Stadt 299, 300
Israel (Palästina) 277, 357, 364,
365
– Hasorea, Kibbutz 356, 357
– Mikveh Israel 364
– Tel Aviv 365
Italien 166, 224, 226, 238, 239,
381
– Bozen 224, 226
– Meran 224, 226
– Padua 381
Kanada 123, 145, 207, 219-221,
294, 325-327
– Farnham/Quebec 325, 326
– Montreal 221, 325, 327
– Quebec City 325, 326
– Toronto 325, 327
Kolumbien 248
Luxemburg 458
Niederlande 156-158
Österreich 328
– Wien 252, 329
Portugal 418, 419
Schweden 365
Schweiz 171, 175, 183-185, 205,
238, 239, 297, 298, 346, 347,
452, 453
– Bern 170, 174, 175
– Genf 185
– Merligen 346-348
– Muralto 452
– Zürich 183, 184, 266, 367
Sowjetunion (UDSSR) 223
Spanien 248, 339, 392, 418, 419
– Madrid 392
Südafrika 154, 396
– Kapstadt 154
– Port Elizabeth 154
Südamerika 297
Tschechoslowakei (Tschechien)
– Karlsbad 254
Türkei 190, 191, 194
– Istanbul 190
USA 122-124, 145, 156, 158, 163,
164, 166, 185, 228, 230, 238,
239, 289, 291, 297, 298, 311,
339, 340, 355, 356, 381, 406,
419, 422, 425, 458
– Albuquerque/New Mexico 381

- Belle Harbor/New York 458
- Binghamton/New York 289
- Boston/Massachusetts 166
- Buffalo/New York 311
- Cleveland/Ohio 156, 158
- Gaithersburg/Maryland 163
- Ithaka/New York 227, 230
- Kalifornien 222
- Los Alamos/New Mexico 289, 291
- Mount Vernon/New York 355, 356
- New Haven/Connecticut 252
- New York City 163, 227, 238, 298, 311, 339, 416, 418
- Northlake/Illinois 419
- Pennsylvania 238
- Pittsburgh/Pennsylvania 239
- Richardson/Texas 419
- Rochester/New York 419
- Tampa/Florida 381
- Wading River/New York 238
- Washington, D.C. 163
- Venezuela** 249, 250
- Caracas 249

5.5 Nationalsozialistische Haftorte und Konzentrationslager

- Auschwitz, KZ** 309, 311, 330, 419, 424
- Bayonne-Musserolles** 418, 419
- Berlin-Plötzensee** 187, 293
- Billroda, Gestapo-Zwangsarbeitslager** 257
- Buchenwald, KZ** 262, 263, 334, 335
- Dachau, KZ** 83, 89, 157, 255, 263, 264, 326, 355, 356, 366, 367, 415, 432, 433
- Dellmensingen, „jüdisches Altersheim“** 424
- Ensisheim/Elsass** 267
- Frankfurt-Preungesheim** 334, 335
- Geislingen an der Steige, KZ** 51
- Großsachsenheim, Kranken- und Sterbelager für Zwangsarbeiter** 111, 394, 395
- Gurs** 268
- Halle/Saale** 267
- Heuberg, KZ, siehe Stetten am Kalten Markt**
- Hohenasperg** 187
- Izbica** 327
- Kirchheim/Teck, Zwangsarbeiterlager** 109, 110, 112
- Krakau-Plaszow, KZ** 400, 401
- Krasznaja Jaruga bei Kursk/Russland** 155
- Leonberg, KZ** 179, 180
- Natzweiler-Struthof, KZ, siehe Außenlager Geislingen an der Steige, Leonberg, Vaihingen/Enz**
- Nordhausen, KZ Mittelbau-Dora** 123, 145, 400, 401, 494
- Nordhausen, KZ-Außenlager Boelcke-Kaserne** 401
- Normandie, Zwangsarbeitslager der Organisation Todt** 331, 332
- Oberndorf-Aistaig, Arbeitserziehungslager** 106, 109, 113, 114, 143, 203, 204, 385, 437, 438, 455
- Riga** 426, 458
- Ruit/Ostfildern, Zwangsarbeitslager des FGZ** 105, 117
- Rumänien** 123
- Sachsenhausen, KZ** 237, 365
- Stetten am Kalten Markt, KZ Heuberg** 270, 274, 275, 366
- Stuttgart, Gefängnis Büchsenstr.** 270, 355
- Stuttgart, Gerichtsgefängnis** 269, 274, 275
- Stuttgart-Ost, Zwangsarbeiterlager „Gemeinschaftslager Landhaus“ (Ostheimer Schule)** 351, 362, 465
- Stuttgart (Polizeihaft)** 459
- Stuttgart-Untertürkheim, Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlager des FKFS** 355
- Theresienstadt, KZ** 234, 264, 309, 311, 424, 429
- Vaihingen/Enz, KZ** 179, 180
- Welzheim, KZ** 89, 170, 174, 235, 236

5.6 Wissenschaftliche Disziplinen und Berufe der Verfolgten

Architektur

Adler, Georg Arthur
Angeloff, Angel
Balog-Spemann, Józsa
Balter, Paul
Bär
Betting, Walter
Bonatz, Paul
C., D.
C., T.
Colden, Hartmut
Conrad, Fred
Eberwein, Otto
Eckenrath, Friedhelm
Eckers, Hans
Ehmcke, Caspar
Ernst, Jochen
F., K.
Fremond, Curtis Ralph
Gellhorn, Alfred
Goldschmidt, Gertrud
Guther, Max
Heilbrunn, Oskar
Henze, Georg
Herz, Ruth
Jacobsthal, Gustav
Jennwein, Walter
Körte, Walter
Lingens, Kurt
Loebell, Karl Erich
Meinecke, Hans Heinrich
Oßwald, Herbert
Pashtan, Shlomo
Pavell, Hanan
R., O.
Rathgeber, Erika
Ritzdorf, Hans Josef
Roth, Edwin
Ruge, Karl Ernst
Sahlmann, Ilse
Schede, Eugen
Schütte, Ernst
Sieveking, Heinz
Stenzel, Otto
Stohrer, Paul
T., F.
Trockels, Walter
Vogel, Fridel
Wolff, Helmut
Z., F.

Bauingenieurwesen

Oren, Alfred
Rothmund, Leopold

Chemie

Adorjan, Georg
Bass
Gabert, Reinhold
Gebhardt, Erich
H., K.
Jesajas
Joachimsthal, Erika
Katzenstein
Kauffmann, Hugo Josef
Liebel, Georg
Mendelsohn, Alfred
Mumbrauer, Rolf
Oppenheimer, Hans
Pasternachia, Juan
Schmidt, Julius
Seaton, Gunter Benno
Steiner, Dora
Unsel, Gustav
Weissenburger, Helmut
Willstätter, Richard
Z., P.
Zellinsky
Zimmermann, Erika
Zwiauier, Klaus

Elektrotechnik

Alsberg, Dietrich Anselm
Andelfinger, Fritz
Bier, Martin
Herrmann, Immanuel
Gottlob
Hildebrandt, Rainer
Hohenemser, Fritz
Jeremias, Werner
Kümmich, Richard
Meyer, Karl
O., V.
Schneider, Gyula
Sopher, Joachim
Streber, Hermann
W., C.

Facharbeit und Handwerk

Daferner, Adolf
Kress, Robert

Schmidt, Hermann
Stütz, Ernst

Geographie

Butz, Adolf

Geschichte

Marx, Ernst

Ingenieurwesen

Sommer, Paul

Kunstgeschichte

Baum, Julius
Hildebrandt, Hans

Luftfahrttechnik

Deneke, Hans-Werner
Ludwig, Eduard

Maschinenbau

Badt, Georg
Boczkowski, Hermann
Fraser, William Alan
Fröschl
G., E.
Häbich, Wilhelm
K., K.
Kahn, Werner
Maier, Wilhelm
Mannheimer, Hans
Scharf-Katz, Raphael
Schöll, Günter
Schulmeister, Kurt
Widmaier, Alfred

Mathematik

V., B.

Musikwissenschaften

Keller, Hermann

Naturwissenschaften

Weigert, Ulrich

Pharmazie

Reis, Irmgard

Anonyme Schicksale:
N.N. 3
N.N. 4

Physik

B., S.
Ehrenberg, Werner
Ewald, Paul Peter
Gross, Bernhard
Hermann, Carl
Hoerlin, Hermann
Regener, Erich
Regener, Victor
Schopper, Erwin
Sommerfeld, Arnold
Wetzel, Hans

Politik

Beyerle, Josef
Bolz, Eugen
Bredow, Hans
Müller, Adolf
Pflüger, Albert

Textilchemie

Tagger, Moris H.

Verwaltung

Anonyme Schicksale:
N.N. 5

Wirtschaft

Grünwald, Heinz
Heilner, Richard
Jacobi, Hugo
Pick, Edgar
Stettiner, Wilhelm

Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Blum, Fred
Jenny, Ernst Gabriel

Zwangsarbeit

Hilfsarbeit

B., C.
B., P.
Bakscha, Michael
Boukema, Lambertus Tije
Bulin, Wassili
Buranello, Stefano
C., M.
C., O.
D., B.
D., E.

- D., F.
D., G.
D., H.
Doroschko, Nikin
E., S.
G., J.
G., M.
Galeotti, Oda
H., C.
H., R.
Haiduk, Fedor
Hupalo, Andre
J., B.
J., C.
J., T.
J., Z.
Joubert, René
K., B.
K., W.
Kolesnik, Nicolai
L., A.
L., B.
L., P.
Lafame, Alexandre
Lubjschenko, Wasil
M., N.
M., R.
M., T.
M., V.
Mjroschjeschenko,
 Alikander
Morosow, Wasili
N., J.
Nurbegovic, Nyaz
O., C.
O., T.
Onufrienko, Alexander
P., A.
P., R.
P., S.
P., T.
Papkowa, Pauline
Prochorez, Andre
Prochorez, Anton
R., A.
- R., T.
Ribetto, Adalgisa
Ribetto, Walter
Romanowa, Maria
Ruran, Alfred
Ruran, Julija
S., A.
S., G.
S., Z.
Sakablik, Wassil
Sakabluk, Anton
Samoilenvo, Dimid
Schadko, Iwan
Schadko, Stephan
Schaor-Schadse, Alex
Schapowalow, Igor
Schmihol, Philip
Schoonmade, Wilhelmus
 Johannes
Smits, Pieter Jacobus
Sokol, Afanassi
Startschenko, Petro
T., D.
T., K.
T., S.
Tkalisch, Tomofei
Tkaschenko, Pawel
Tschapalinski, Nestor
Tschapalinski, Vadeschda
U., H.
U., J.
U., L.
V., A.
W., E.
Wyss, Oskar
Z., C.
Z., D.
- Anonyme Schicksale:
N.N. 10
- Facharbeit und Handwerk**
Antolini, Benedetto
B., G.
B., J.
- Benzmüller, Guido
Cane, Vittorio
E., A.
E., D.
E., F.
E., Z.
F., A.
F., B.
F., E.
Fossi, Luigi
G., D.
Gava, Vittore Constanzo
H., T.
Hayes, Hendricus Johannes
Houdt, Johannes Cornelius
 van
Hoven, Johannes van den
Jollain, Robert Auguste
K., L.
K., M.
L., X.
Lambert, Rene Gaston
Louis, Eugene Adrien Al-
 bert
M., B.
N., A.
N., B.
N., M.
Nauche, Jean
O., B.
O., U.
Parisati, Orasio
R., P.
Ribetto, Paolo
Roche, Paul
Ruini, Zeffirino
Sestagalli, Umberto
Smits, Christoffel Hendrik
Stevens, Viktor Paulinus
T., P.
Tetti, Dominico
U., B.
U., K.
Udavissich, Silvio
V., F.
- V., G.
Valk, Wilhelm van der
Venne, Karel Ludwig van de
W., A.
W., D.
W., F.
Westorp, Gerardus
Z., E.
- Ingenieurwesen**
C., A.
Calogovic, Marko
Horvat, Rudolf
Kani, Caspar
Michoudet, Robert
Schilberger, Wilhelm
Vesely, Ernst
- Nicht bekannte Art der
Zwangsarbeit**
Dwornik, Iwan
J., A.
Meini, Louis
Moosreiner, Max
Ochmusch, Semen
P., L.
T., L.
- Anonyme Schicksale:
N.N. 6
N.N. 7
N.N. 8
N.N. 9
- Wiss. Disziplinen und
Berufe nicht bekannt**
Fucik, Otto
Schleehauf, Otto
Uscinoff
- Anonyme Schicksale:
N.N. 1
N.N. 2

5.7 Die Verfolgten nach Status und Tatbeständen

(vergl. Anhang Tabelle 1: Zahl der verfolgten Hochschulmitglieder)

Entlassene oder amtsverdrängte ord. Professoren

Bonatz, Paul
Ewald, Paul Peter
Häbich, Wilhelm
Herrmann, Immanuel
Gottlob
Maier, Wilhelm
Regener, Erich
Widmaier, Alfred

Entlassene oder amtsverdrängte a. o. Professoren (einschl. Suizid)

Baum, Julius
Hildebrandt, Hans
Kauffmann, Hugo Josef
Körte, Walter
Marx, Ernst
Schmidt, Julius

Zeitweise amtsverdrängter ord. Professor

Rothmund, Leopold

Entzug von Lehraufträgen

Jenny, Ernst Gabriel
Keller, Hermann

Entlassene oder amtsverdrängte Assistenten (einschl. habilitierte Assistenten)

Adler, Georg Arthur
Butz, Adolf
Ehrenberg, Werner
Fremond, Curtis Ralph
Fröschl
Gross, Bernhard
Hermann, Carl
Hoerlin, Hermann
Kümmich, Richard
Loebell, Karl Erich
Meyer, Karl
Mumbrauer, Rolf
Regener, Victor
Reis, Irmgard
Schopper, Erwin

Schütte, Ernst
Zwiauier, Klaus

Assistenten und wiss. Mitarbeiter in prekärer Lage

Balzer, Paul
Schöll, Günter

Aus politischen Gründen relegierte Studierende

Andelfinger, Fritz
C., T.
Eberwein, Otto
Eckenrath, Friedhelm
Guther, Max
Henze, Georg
Lingens, Kurt
Meinecke, Hans Heinrich
Oßwald, Herbert
Roth, Edwin
Ruge, Karl Ernst
Sieveking, Heinz
Sopher, Joachim
Stohrer, Paul
Trockels, Walter

Anonyme Schicksale:
N.N. 1

Jüdische und „nicht-arische“ Studierende/rassistisch verfolgte Studierende

Adorjan, Georg
Alsberg, Dietrich Anselm
B., S.
Badt, Georg
Balog-Spemann, Józsa
Bär
Bass
Betting, Walter
Bier, Martin
Blum, Fred
Boczkowski, Hermann
C., D.
Colden, Hartmut
Conrad, Fred
Deneke, Hans-Werner

Eckers, Hans
Ehmcke, Caspar
Ernst, Jochen
F., K.
Fraser, William Alan
G., E.
Gabert, Reinhold
Gebhardt, Erich
Goldschmidt, Gertrud
H., K.
Heilbrunn, Oskar
Herz, Ruth
Hildebrandt, Rainer
Hohenemser, Fritz
Jacobsthal, Gustav
Jennwein, Walter
Jeremias, Werner
Jesajas
Joachimsthal, Erika
K., K.
Kahn, Werner
Katzenstein
Liebel, Georg
Mannheimer, Hans
Mendelsohn, Alfred
O., V.
Oppenheimer, Hans
Oren, Alfred
Pashtan, Shlomo
Pasternachia, Juan
Pavell, Hanan
R., O.
Rathgeber, Erika
Ritzdorf, Hans Josef
Sahlmann, Ilse
Scharf-Katz, Raphael
Schede, Eugen
Schleehauf, Otto
Seaton, Gunter Benno
Sommer, Paul
Steiner, Dora
Stenzel, Otto
Streber, Hermann
Tagger, Moris H.
V., B.
Vogel, Fridel
Weigert, Ulrich
Weissenburger, Helmut
Z., P.
Zellinsky

Anonyme Schicksale:
N.N. 3
N.N. 4

Aus anderen Gründen relegierte Studierende (nonkonformes Verhalten, Homosexualität, psychische Erkrankung, Ausländer u.a.)

Angeloff, Angel
Fucik, Otto
Schneider, Gyula
Schulmeister, Kurt
T., F.
Uscinoff
W., C.
Wetzl, Hans
Wolff, Helmut
Z., F.
Zimmermann, Erika

Anonyme Schicksale:
N.N. 2

Aberkennung von Doktorgraden

Gellhorn, Alfred
Ludwig, Eduard
Unsel, Gustav

Aberkennung von Ernennungen zum Ehrensator oder Ehrenbürger

Beyerle, Josef
Bolz, Eugen
Bredow, Hans
Grünwald, Heinz
Heilner, Richard
Jacobi, Hugo
Müller, Adolf
Pflüger, Albert
Pick, Edgar
Sommerfeld, Arnold
Stettiner, Wilhelm
Willstätter, Richard

Zwangsarbeiter/innen

Antolini, Benedetto

- B., C.
 B., G.
 B., J.
 B., P.
 Bakscha, Michael
 Benzmüller, Guido
 Boukema, Lambertus Tije
 Bulin, Wassili
 Buranello, Stefano
 C., A.
 C., M.
 C., O.
 Calogovic, Marko
 Cane, Vittorio
 D., B.
 D., E.
 D., F.
 D., G.
 D., H.
 Doroschko, Nikin
 Dwornik, Iwan
 E., A.
 E., D.
 E., F.
 E., S.
 E., Z.
 F., A.
 F., B.
 F., E.
 Fossi, Luigi
 G., D.
 G., J.
 G., M.
 Galeotti, Oda
 Gava, Vittore Constanzo
 H., C.
 H., R.
 H., T.
 Haiduk, Fedor
 Hayes, Hendricus Johannes
 Horvat, Rudolf
 Houdt, Johannes Cornelius van
 Hoven, Johannes van den
 Hupaló, Andre
 J., A.
 J., B.
 J., C.
 J., T.
 J., Z.
 Jollain, Robert Auguste
 Joubert, René
 K., B.
 K., L.
 K., M.
 K., W.
 Kani, Caspar
 Kolessnik, Nicolai
 L., A.
 L., B.
 L., P.
 L., X.
 Laflame, Alexandre
 Lambert, Rene Gaston
 Louis, Eugene Adrien Albert
 Lubjschenko, Wasil
 M., B.
 M., N.
 M., R.
 M., T.
 M., V.
 Meini, Louis
 Michoudet, Robert
 Mjroschjeschenko, Alikander
 Moosreiner, Max
 Morosow, Wasili
 N., A.
 N., B.
 N., J.
 N., M.
 Nauche, Jean
 Nurbegovic, Nyaz
 O., B.
 O., C.
 O., T.
 O., U.
 Ochmusch, Semen
 Onufrienko, Alexander
 P., A.
 P., L.
 P., R.
 P., S.
 P., T.
 Papkowa, Pauline
 Parisati, Orasio
 Prochorez, Andre
 Prochorez, Anton
 R., A.
 R., P.
 R., T.
 Ribetto, Adalgisa
 Ribetto, Paolo
 Ribetto, Walter
 Roche, Paul
 Romanowa, Maria
 Ruini, Zeffirino
 Ruran, Alfred
 Ruran, Julija
 S., A.
 S., G.
 S., Z.
 Sakablík, Wassil
 Sakabluk, Anton
 Samoilenvo, Dimid
 Schadko, Iwan
 Schadko, Stephan
 Schaor-Schadse, Alex
 Schapowalow, Igor
 Schilberger, Wilhelm
 Schmihol, Philip
 Schoonmade, Wilhelmus Johannes
 Sestagalli, Umberto
 Smits, Christoffel Hendrik
 Smits, Pieter Jacobus
 Sokol, Afanassi
 Startschenko, Petro
 Stevens, Viktor Paulinus
 T., D.
 T., K.
 T., L.
 T., P.
 T., S.
 Tetti, Dominico
 Tkalisch, Tomofei
 Tkaschenko, Pawel
 Tschapalinski, Nestor
 Tschapalinski, Vadeschda
 U., B.
 U., H.
 U., J.
 U., K.
 U., L.
 Udavissich, Silvio
 V., A.
 V., F.
 V., G.
 Valk, Wilhelm van der
 Venne, Karel Ludwig van de
 Vesely, Ernst
 W., A.
 W., D.
 W., E.
 W., F.
 Westorp, Gerardus
 Wyss, Oskar
 Z., C.
 Z., D.
 Z., E.
 Anonyme Schicksale:
 N.N. 6
 N.N. 7
 N.N. 8
 N.N. 9
 N.N. 10
 sowie weitere 129 namentlich nicht bekannte Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter
Verfolgung von Mitarbeitern aus Technik und Verwaltung
 Daferner, Adolf
 Kress, Robert
 Schmidt, Hermann
 Stütz, Ernst
 Anonyme Schicksale:
 N.N. 5

6 ABBILDUNGSVERZEICHNIS ZU TEIL I

1. Wahlaufruf des „überparteilichen Ausschusses“ aus der Roten Studentengruppe, den Republikanischen Studenten und den Nichtorganisierten, vermutlich aus dem Februar 1933 (28,5 x 22,4 cm). **S. 28**
2. Vorbeimarsch der Stuttgarter Korporationen vor dem vom NS-Staat eingesetzten württembergischen Polizeikommissar von Jagow vor dem Neuen Schloss am 21. März 1933. Die „Kundgebung aller nationalen Verbände“ fand aus Anlass der Eröffnung des neuen Reichstags („Tag von Potsdam“) statt. **S. 39**
3. Rundschreiben des Rektors Heinz Wetzel v. 23. Mai 1933 an die Professoren und Institutsdirektoren (hier das Exemplar von Prof. Richard Grammel, Technische Mechanik) zur Feststellung der Abstammung der Hochschulmitarbeiter. **S. 59**
4. Teilnehmer der Verlobungsfeier von Erwin Schopper und Eleonore Bachner in der Dienstwohnung Professor Erich Regeners im Physikalischen Institut 1936. **S. 64**
5. Jüdische Studenten 1938. **S. 83**
6. Schreiben des Rektors der Technischen Hochschule Stuttgart, Erich Schönhardt, an Wolfgang Fackenheim (William A. Fraser) v. 12. November 1938: Mitteilung über Fackenhaims Relegation. **S. 87**
7. Gelbe, für Juden bestimmte Karteikarte für Wolfgang Fackenheim (William A. Fraser) mit den Matrikelnummern für „Nichtarier“ („N 1143“ und „93/N/26“) und dem Vermerk „gestrichen weil Jude“. **S. 88**
8. Bulgarische Studierende auf der Dachterrasse der Mensa in der Schellingstraße um 1943. **S. 98**
9. Bekanntmachung der Depromotion Alfred Gellhorns durch den Prorektor der Technischen Hochschule Stuttgart, Heinrich Hess, im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger Nr. 24 v. 29.01.1941, S. 3. **S. 101**
10. Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion verladen um 1944 die Bibliothek der Materialprüfungsanstalt. **S. 107**

7 BILDNACHWEIS

Die Zahlen verweisen auf die Seiten. Die Signaturen der bildgebenden Archive und Bibliotheken sind jeweils in Klammern nachgestellt.

Berlin, Auswärtiges Amt, Politisches Archiv: 346 (AA, BS 2598) · Berlin, Bundesarchiv: 159u. (R 9361-V/108189) · Berlin, Mauermuseum – Museum Haus am Checkpoint Charlie: 277u., 287 · Caracas/Venezuela, Fundación Gego, Museo de Bellas Artes: 249; · Ludwigsburg, Staatsarchiv: 28 (EL 902/20 Bü 101233), 87 (EL 350 I Bü 36001, Bl. 8), 277o. (F 215 Bü 402), 297 (F 215 Bü 528), 304 (F 215 Bü 555), 333 (F 215 Bü 90), 341 (F 215 Bü 574), 367 (F 215 Bü 284), 386 (F 215 Bü 440), 423 (F 215 Bü 151), 426 (F 215 Bü 502), 443 (F 215 Bü 374); · Marburg, Universitätsarchiv: 328 (Matrikelkartei) · München, Archiv des Deutschen Museums: 420 (BN 42121) · Reutlingen, Stadtarchiv: 310 (S 100 Nr. 11439/6) · Rostock, Stadtarchiv: 206 (2.1.19 Nr. 80) · Rottenburg, Stadtarchiv: 187 · Stuttgart, Stadtarchiv: 169 (F 51226) · Stuttgart, Universitätsbibliothek: 290 (Diss. 1936/1158) · Stuttgart, Universitätsarchiv: 98 (Fotograf: D. Batscheff), 188, 227, 259, 269, 316, 319, 338, 339, 390, 405, 451 (alle Fotosammlung), 39 (189/o. Sign.), 59 (41/4a Bl. 330), 64 (SN 16/11), 88 (10/55), 107 (17/684), 159o. (120/334), 181 (127/309), 198 (127/155), 213 (57/623), 218 (120/4451a), 224 (120/o. Nr.), 317 (SN60/45), 363 (131/3/40), 366 (127/323), 373 (SN 16/11), 411 (SN 16/11), 435 (120/o. Nr.), 447 (120/o. Nr.) · Stuttgart, Württembergische Landesbibliothek: 101 (Ztg 9374), 263 (Archiv des Rotary Club Stuttgart) · Wien, International Atomic Energy Agency Archives: 352 · Zürich, ETH-Bibliothek, Bildarchiv, Fotograf: Camille Ruf: 452 · Wikipedia: 248 (<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=4343790>), 255 (<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=39534031>, Fotograf: Christian Gutther) · Privatbesitz: 83, 179, 183, 185, 200, 220, 223, 266, 289, 301, 315, 325, 358, 371, 380, 384, 387, 392, 400, 409, 412

8 DANK

Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen in Archiven und Bibliotheken haben unsere Recherchen mit viel Engagement unterstützt, unsere oft arbeitsaufwändigen Anfragen geduldig beantwortet, Kopien geschickt und uns auf weitere Quellen hingewiesen. Ihnen allen sei hier herzlich Dank gesagt!

Cristina Fischer, Rostock/Berlin, hat uns über Jahre an ihren Recherchen teilhaben lassen, uns immer wieder Hinweise zu den Mitgliedern der Roten Studentengruppe gegeben und so manche Quelle zugänglich gemacht. Lothar Letsche, Weinstadt, verdanken wir viele Erkenntnisse zur Widerstandsgruppe um Lilo Herrmann und zum Schicksal von Adolf Butz. Durch das Engagement von Ernst Kühnle, Leinfelden-Echterdingen, erhielten wir wichtige Informationen zum Studenten Georg Liebel und seinem Freundeskreis. Peter Dübbers, Stuttgart, und Wolfgang Voigt, Deutsches Architekturmuseum Frankfurt, gaben uns viele Informationen zu den verfolgten Studierenden und Mitarbeitern von Paul Bonatz. Hans Kohlheim, Stuttgart, hat ganz offen seine Arbeiten zur Familie Regener/Rathgeber mit uns geteilt, so dass wir Kontakt zur Familie knüpfen konnten und deren aufschlussreiche Korrespondenz erhielten. Elisabeth Schmitthenner gab uns ein Zeitzeugeninterview und zeigte uns sehr ergiebige Dokumente aus dem Nachlass ihres Mannes Paul Schmitthenner. Christian Alexander Wäldner überließ uns großzügig seine Forschungsergebnisse zu den Zwangsarbeitern an der Technischen Hochschule Stuttgart und hat zudem wichtige Recherchen für unser Projekt geleistet. Große Unterstützung erhielten wir durch Rolf Menger, Universitätsarchiv Stuttgart, der für das Projekt zahlreiche Karteien und Akten erschlossen hat und immer wieder Anregungen zu Korrekturen gab. Angela Wesser danken wir für die englische Übersetzung der Zusammenfassung und Sabine Besenfelder für das sorgfältige und kenntnisreiche Lektorat dieses Buches.

Insbesondere möchten wir uns bei unseren Kolleginnen und Kollegen im Hauptstaatsarchiv Stuttgart und im Staatsarchiv Ludwigsburg bedanken! Sie haben uns über mehrere Jahre stets freundlich und geduldig beraten, unsere Archivbesuche vorbereitet und uns mit vielen Recherchen und Tipps unterstützt.

Den Kindern und Enkeln der verfolgten Hochschulmitglieder, die wir kennengelernt haben, sei hier nochmals herzlich Dank gesagt! In vielen Gesprächen und Korrespondenzen teilten sie uns Familien Erinnerungen mit, überließen uns Fotos und Dokumente und vermittelten den Kontakt zu den Nachfahren anderer Betroffener. Für einige von Ihnen war es nicht leicht, über die Diskriminierung und Verfolgung ihrer Eltern zu sprechen, ein Zeichen dafür, wie die Geschichte auch über die Zeit eines Menschenlebens hinaus fortwirkt.

Stuttgart, im Juli 2017

Norbert Becker Katja Nagel

9 DIE AUTOREN

Norbert Becker

Studium Geschichte, Germanistik und kath.Theologie in Bochum, Freiburg und Bonn. 1986 Erstes Staatsexamen, 1991 Promotion in Rheinischer Landesgeschichte. 1991 bis 1993 Mitarbeiter Stadtarchiv Bergisch Gladbach, 1993 bis 1995 Vorbereitungsdienst für den höheren Archivdienst am Staatsarchiv Münster und an der Archivschule Marburg. Seit 1995 Leiter des Universitätsarchivs Stuttgart. Publikationen zur mittelalterlichen und frühneuzeitlichen rheinischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, zur Archivwissenschaft sowie zur Geschichte der Technischen Hochschule/Universität Stuttgart.

Katja Nagel

Studium Mittlere und Neuere Geschichte, Germanistik und Anglistik in Heidelberg. 2002 Magisterexamen in den Hauptfächern Germanistik und Mittlere und Neuere Geschichte. 2008 Promotion mit der Dissertation „Die Provinz in Bewegung. Studentenunruhen in Heidelberg, 1967–1973“. 2014–2016 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „Die Verfolgten der Technischen Hochschule Stuttgart in der NS-Zeit“. Seit 2016 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Haus der Geschichte Baden-Württemberg und Kuratorin der Sonderausstellung „... denn die Zeiten ändern sich. Die 60er Jahre in Baden-Württemberg“. Zu ihren wissenschaftlichen Interessen gehören die Geschichte der Universität Stuttgart, die Geschichte der Stadt Heidelberg, deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert und die internationalen Protestbewegungen.



In der Zeit der NS-Herrschaft von 1933 bis 1945 wurden zahlreiche Forschende, Studierende und Zwangsarbeiter an der Technischen Hochschule Stuttgart Opfer von Entrechtung und Verfolgung. Aus rassistischen oder ideologischen Gründen oder ihrer sexuellen Orientierung wegen wurden sie entlassen, mussten ihr Studium abbrechen, verloren ihre akademischen Titel oder sogar ihr Leben.

Diese Dokumentation erzählt ihre Geschichte umfassend und systematisch und würdigt die Opfer in Kurzbiographien.

ISBN 978-3-7630-2805-4

